Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 29

Chronik vom 29. Mai bis zum 28. Juni 2024

Chronik vom 29.05. – 28.06.2024

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 29. Mai bis zum 28. Juni 2024	5-424
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	425-426

Danksagung und Widmung

> Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen.
> *Apostelgeschichte 5, 29)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Konrad Adam, Henry Albrecht, Hans-Günter Appel, Jonas Aston, Christina Baum, Gero Bernhardt, Zan Blagojević, Julius Böhm, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Ben Brechtken, Reed Cassady, Michael Dienstbier. Rene Dierkes, Sven Eggers, Wolfgang Eggert, Jürgen Elsässer, Philippe Fischer, Reiner Fuellmich, Friedrich Georg, Jonas Glaser, Louis Hagen, Günter Hannich, Jochen Haug, Thorsten Hinz, S. Hofer, Leif-Erik Holm, Stefan Homburg, Gerrit Huy, Oliver Janich, John Kage, Jan A. Karon, Birgit Kelle, Einar Koch, Stefan Korinth, Johann Leonhard, Paul Leonhard, Herbert Ludwig, Wim Lukowsky, Martina Meckelein, Ralph Meese, Karel Meissner, Harald Meußgeier, Peter Möller, Matthias Moosdorf, Simon Niederleig, Dirk Nockemann, Jo Nova, Reiner Osbild, Michael Paulwitz, Mathias Pellack, Daniell Pföhringer, Stephan Protschka, Martin Reichardt, Roman Reusch, Sven Reuth, Zara Riffler, Ken Robinson, Thomas Röper, Max Roland, Matisse Royer, Ivo Sasek, Valentina Schacht, Fabian Schmidt-Ahmad, Marc Schmidt, Heiko Schöning, Christian Schreiber, Paul Schreyer, Stefan Schubert, Moritz Schwarz, Pauline Schwarz, David Sorensen, Ulrich van Suntum, Thorsten Thaler, Josef Thoma, Sebastian Thormann, Jörg Urban, Harald Walach, Sandra Weegels, Alice Weidel, Jerome Wnuk und Ernst Wolff,

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

> Wozu Kraftwerke? Bei uns kommt der Strom aus der Steckdose.
> *Spottvers der 68er Bewegung*

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der fremdbestimmten Parteien und ihren willigen Erfüllungsgehilfen sowie der globalen Nichtregierungsorganisationen seit Jahrzehnten regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat, um sie letzten Endes im Rahmen einer totalitären Enteignung und Entrechtung zu versklaven.
In dem Staatsfragment BRD gab es nie eine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern seit Gründung dieses Vasallengebildes existiert eine Scheindemokratie. In dieser Scheindemokratie (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) verwirklichten die fremdbestimmten Parteien und Abgeordneten nicht den Wählerwillen des Volkes, sondern sie handelten zweifelsfrei im Auftrag sowie nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte und vertraten in erster Linie die Interessen der gemeingefährlichen internationalen Finanzeliten.
Die systematische Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, die Zerstörung der Familie, Abschaffung der eigenen Identität, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, der Genderismus, die Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung.
In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging und geht es vor allem tatsächlich darum, alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands zu zerstören, um die Deutschen vollständig auszuplündern und letzten Endes auszulöschen.

Pflicht zum Widerstand

> Wer kein Geld hat, muß mit der Haut bezahlen.
> *Sprichwort aus Deutschland*

Trotz der drohenden Katastrophe befindet sich der deutsche Michel noch immer in einem komaähnlichen Todesschlaf.
Infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche blenden die selbsternannten Gutmenschen und Mitläufer starrsinnig die Realität aus und zeichnen sich weiterhin durch unglaubliche Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.
Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.
Die Menschen unterscheiden sich vor allem durch Geist, Vernunft und Rationalität von allen anderen Lebewesen. Diese Fähigkeiten ermöglichen es den Menschen, Entwicklungen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, Lügen zu durchschauen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
Wenn wir unsere Heimat retten wollen, müssen wir unseren komaähnlichen Todesschlaf sofort beenden und uns endlich wehren und erbitterten Widerstand leisten, um die Vernichtungspläne der verbrecherischen Finanzeliten noch rechtzeitig zu entschärfen oder rückgängig zu machen.
Angesichts der bedrohlichen Ereignisse in den Monaten Mai und Juni 2024 bleibt nicht mehr viel Zeit, um unsere Heimat zu retten:

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.368/…): >>**300.000 starben während Corona alleine im Krankenhaus: Deutschland brach die Menschenwürde**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Einbürgerungen auf Rekordhöhe - die meisten "Fachkräfte" kommen aus Syrien!**

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Vor allem Industrie-Betriebe sterben: 176.000 Unternehmen geben auf!**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.368/…): >>**"Wir sind Deutschland": Europakandidatin von deutscher Islam-Partei verkündet Machtanspruch**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.367/…): >>**200.000 Menschen erhielten 2023 eine deutsche Staatsbürgerschaft: Unser Paß ist keine Ramschware!**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Verteidigungsministerium setzt Corona-Impfpflicht für Soldaten aus**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Volksverhetzung gegen Deutsche: Schluß mit der Beschimpfung unserer Bürger!**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Immer mehr Vergewaltigungen durch Gruppen**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Exmatrikulation für Sylt-Gröler, Kalifatsredner unbelangt? Die unfaßbare Antwort der Hamburger Hochschulen**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Potsdam: Wachmann stirbt nach Attacke in Flüchtlingsheim**

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/24" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.387/…): >>**Das Weltklima retten mit immer weniger deutschen Produktionsstätten**

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/24" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.387/…): >>**Unternehmensführer positionieren sich gegen die AfD**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.383/…): >>**Steuerquote steuert auf Rekordniveau zu**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Grüne Jugend fordert Reichensteuer und Linksruck**

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Deutschland hat im Februar 2023 einen verurteilten Vergewaltiger in einem eigens gecharterten Flugzeug in den Niger abgeschoben**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Regierung billigt Einsatz deutscher Waffen gegen Ziele in Rußland**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Amtlich: Gewalt gegen Politiker trifft zuallererst die AfD - Täter fast immer Linksextremisten**

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Lehrerin in Nordrhein-Westfalen schlägt Alarm: "Wir erleben Islamismus als Lifestyle"**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.378/…): >>**Regierung: Bio-Mann darf Frauendusche nutzen**

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Kanzler-Kehrtwende: Scholz erlaubt Einsatz deutscher Waffen auf russischem Territorium**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Staatsanwaltschaft: Parole "AfDler töten" wird nicht verfolgt**

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 29. Mai bis zum 28. Juni 2024

29.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Habeck hält an Übernahme des Tennet-Stromnetzes fest**

Trotz der bislang ergebnislosen Verhandlungen hält Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) an einer Übernahme des Stromnetzes des niederländischen Netzbetreibers Tennet fest. "Die Gespräche sind noch nicht zu Ende", sagte Habeck der "Rheinischen Post". "Ich halte es nach wie vor für sinnvoll, daß der Staat bei einer so wichtigen Infrastruktur sicherstellt, daß sie in guten Händen bleibt." Er fügte an: "Dazu werden wir weiter mit der niederländischen Regierung reden."

Habeck hob die Bedeutung des Netzausbaus hervor: Man sollte sich klarmachen, "daß ohne den Netzausbau erst recht sehr hohe Kosten entstehen, weil der Strom aus Windkraft nicht ausreichend vom Norden in den Süden transportiert werden könnte". Dann müßte man dauerhaft Anlagen abregeln und für viel Geld entschädigen und an anderer Stelle teure Gaskraftwerke hochfahren, so der Grünen-Politiker. Deshalb habe man so viel Druck gemacht, um den Netzausbau zu beschleunigen. "Und das geht.

Dieses Jahr gehen fünfmal so viele Stromtrassenkilometer in den Bau wie 2021", so Habeck. Er hält dabei weiter an der Idee fest, die Kosten für den Netzausbau über einen längeren Zeitraum zu strecken. "Denn wir bauen das Stromnetz ja nicht für diese Legislatur, sondern für Generationen. Damit würden wir den Anstieg der Stromkosten dämpfen.

All das ist nicht trivial und muß rechtlich noch geprüft werden. Das andere ist, daß wir möglichst die Netzkosten verringern. Dafür prüfen wir etwa eine günstigere Bereitstellung von Systemdienstleistungen, also Technik, mit der das Netz stabil betrieben werden kann", so Habeck weiter.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.368/…): >>**300.000 starben während Corona alleine im Krankenhaus: Deutschland brach die Menschenwürde**

Ein letzter gemeinsamer Atemzug war während der Pandemie in vielen Krankenhäusern nicht möglich, es herrschte Besuchsverbot. Neue Zahlen zeigen: Über 300.000 Menschen starben alleine, weil die Regierung ihnen durch die Corona-Regeln auch ihre letzte Würde entrissen hatte.

Wim Lukowsky

Ein letzter Atemzug, vollkommene Stille und dann - Finsternis. Dieser beklemmende Moment wird in der Regel immer von Angehörigen und Freunden begleitet: Abschied nehmen im familiären Kreis, in einem schönen Umfeld. Doch während der Pandemie verschallten über 300.000 letzte Atemzüge in der Einsamkeit, die in den abgeriegelten Behandlungszimmern der sterilen Krankenhäuser herrschte. Wegen der Corona-Maßnahmen waren Klinikbesuche eine Zeit lang untersagt - auch im Sterbefall.

Die Bundesländer verhängten im Frühjahr 2020 sowie im Winter 2021 und 2022 teils monatelange Besuchsverbote, in denen ganze 312.897 Menschen alleine und ohne persönlichen Beistand starben. Diese Zahlen stammen allerdings nicht vom ahnungslosen Bundesgesundheitsministerium, das über diese Folge der Corona-Maßnahmen "keine Kenntnis" gehabt haben will, wie eine Anfrage des Bündnis Sahra Wagenknecht zeigt. Die Zahlen stammen stattdessen aus den Krankenhausdaten des Abrechnungsportals INEK, schreibt die Welt.

Die Bundesregierung weiß also nichts von den zahlreichen letzten Atemzügen, die ohne jegliche Anteilnahme in deutschen Krankenhäusern verstrichen - obwohl sich unlängst Ärzte und

Angehörige der Verstorbenen zu Wort meldeten und ihre traumatischen Erfahrungen mit dem Tod aus der Ferne schilderten. Es sind keine Einzelfälle. In der ganzen Republik mußten Familien auf den letzten gemeinsamen Moment verzichten, weil es die Politik so wollte.
In Deutschland stehen einzelne Fälle repräsentativ für das Schicksal tausender Familien, die diese unerträglichen Zerreißproben durchmachen mußten. Die eigene Mutter, der eigene Vater konnten nicht verabschiedet, teilweise nicht einmal das eigene Kind ein letztes Mal umarmt werden. So zum Beispiel in Hamm. Hier wurde der Sohn von Marianne Jansen Ende März 2020 hospitalisiert und reagierte wenig später nicht mehr auf Anrufe. Die Mutter kontaktiert damals das Krankenhaus, eine Schwester legte dem Sohn auf Drängen der Mutter das Telefon ans Ohr - es folgten nur unverständliche Laute.
Die Mutter erkannte den Ernst der Lage, durfte aber nicht ins Krankenhaus, obwohl ihr Sohn nicht infiziert und abgeschottet von den Corona-Patienten untergebracht war. Wenige Stunden später meldete sich der Chefarzt: Eine Schwester hatte den Sohn leblos aufgefunden. "Ich kann den Gedanken nicht ertragen, daß er alleine gestorben ist", sagte Marianne Jansen dem Westfälischen Anzeiger. "Ich habe sie alle begleitet. Als sie gegangen sind, habe ich sie im Arm gehalten", sagt sie über bereits verstorbene Familienmitglieder. "Nur bei Thomas konnte ich das nicht."
Er starb alleine. Genau wie die Mutter von Ronald Lewin, deren Schicksal symbolisch für unzählige Familien mit Angehörigen im Pflegeheim steht. Die 89-Jährige war im Sommer 2020 nach einem Krankenhausaufenthalt kurzfristig in einem Heim untergebracht, während ihr Sohn nach einem dauerhaften Platz suchte, an dem sie ihren Lebensabend verbringen kann. Als es Ella Lewin plötzlich schlechter ging, beschlich den Musikpädagogen ein ungutes Gefühl. Lewin wollte sofort zu seiner Mutter - er "wollte sie in dieser Stunde nicht allein lassen".
"Doch da hieß es Nein", berichtet der Musikpädagoge dem Nordkurier. Wenige Stunden später war seine Mutter tot. Lewins Verzweiflung kannte keine Grenzen. "Das, was wegen der Coronaauflagen passiert, ist einfach unmenschlich", sagte der Mann - und brachte den Schmerz tausender Angehöriger damit auf den Punkt. Das Leid, nur hilflos dasitzen zu können und sich vorzustellen, wie ein geliebter Mensch einsam und traurig in einem kalten Raum stirbt.
Im Gegensatz dazu ist die Trauer, die einsetzt, wenn man einen Menschen während seiner letzten Atemzüge begleiten darf, natürlicher, kann im besten Fall familiär aufgefangen werden. Der Schmerz, der allerdings bei derartig ungewissen Todesfällen, wie sie bei über 300.000 Menschen in der Pandemie eintraten, einsetzt, ist in den meisten Fällen ein solcher Angriff auf die innere Stabilität, daß er den Betroffenen im schlechtesten Fall nachhaltig Schaden zufügen kann. Und so kämpfen heute immer noch Angehörige mit dem einsamen Tod geliebter Mitmenschen.
Die Besuchsverbote haben genau das verstärkt: Es war nicht möglich, die Hand einer geliebten Person zu halten, ihr gegebenenfalls zu vergeben oder um Vergebung zu bitten. Aus ethischer Sicht tut sich hier das Tor zur Unterwelt auf: Den Sterbenden, aber auch den Angehörigen, diese letzte Möglichkeit zu nehmen, ist unmenschlich. Die politische Entscheidung ist eigentlich metapolitischer Natur, weil es hier letztlich um nichts Geringeres ging, als die Menschenwürde.
Davor warnte auch die Medizinethikerin Professor Christiane Woopen im Januar 2021 im SWR. Die Besuchsverbote würden bedeuten, daß Betroffene "unter nicht würdevollen Umständen sterben müssen. Das ist für die Sterbenden grausam und es ist auch für diejenigen grausam, die mit dieser Situation leben müssen. Denn sie konnten sich nicht von ihren Angehörigen verabschieden. Und das bleibt manchmal ein Leben lang als tiefer Schmerz in einem zurück".

Damals wie heute warnen nicht nur Medizinethiker, sondern auch Hospiz-Mitarbeiter und Seelsorger vor den Folgen dieses stillen Todes. Noch dazu kommt, daß manche Familien die verstorbene Person nicht einmal mehr zu Gesicht bekommen haben. Wenn eine Person an oder mit Covid-19 verstarb, mußte der Sarg verschlossen werden und durfte in der Folge nicht wieder geöffnet werden.
Dabei ist die Aufbahrung für Freunde und Familie oftmals die letzte Möglichkeit, eine verstorbene Person physisch zu verabschieden. Ein Moment, in dem alle Schuldgefühle beglichen werden können, um mit einem ehrwürdigen Bild des verstorbenen Menschen weiterzuleben.
Doch ein letzter gemeinsamer Augenblick in jedweder Form wurde den Betroffenen genommen. Dieser letzte Ausdruck der Menschenwürde, ein letzter gemeinsamer Atemzug - verboten.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Blackout wegen KI? Strompreise vor Explosion**
Der hohe Strombedarf wegen Künstlicher Intelligenz (KI) dürfte die Industrienationen in eine Stromkrise führen. Es gibt nicht genug Kraftwerke, neue sind kaum geplant. Der Stromverbrauch von KI ist dagegen astronomisch. Folge: die Strompreise werden drastisch steigen, Blackoutgefahr steigt.
von *Reed Cassady*, Portfoliomanager bei ClearBridge Investments
Der Markt konzentriert sich auf das Veränderungspotential der künstlichen Intelligenz (KI), hat aber unserer Meinung nach noch nicht ganz verstanden, welche realen Engpässe mit dieser Zukunftstechnologie verbunden sind. Während die Märkte das Angebot an innovativen Grafikprozessoren zu vervielfachen scheinen, um die steigende Nachfrage zu decken, zeichnen sich im zunehmenden Wettrüsten bei der KI neue Herausforderungen ab.
Dazu zählen die Suche nach Standorten für Rechenzentren, der Anschluß an das Stromnetz und die Beschaffung von Kühlanlagen. Wir denken, daß die Märkte letztendlich eine Lösung für die meisten dieser Hindernisse finden werden. Doch das Lebenselixier der KI-Infrastruktur ist die Elektrizität, weshalb sich der Zugang zum Stromnetz und die Stromerzeugungskapazitäten wahrscheinlich als längerfristige Problemfaktoren erweisen werden.
Durch Innovationen wie das Cloud Computing ist der Strombedarf von Rechenzentren stetig gestiegen, derzeitige Spitzenschätzungen des Strombedarfs für KI-Computing liegen demgegenüber jedoch beim 30-fachen pro Server. In Anbetracht der Vielzahl von Servern in einem Rack, der Menge an Racks in einem Rechenzentrum und der wachsenden Zahl von Rechenzentren wird schnell klar, daß der Gesamtanstieg des Strombedarfs nicht nur für das KI-Ökosystem, sondern auch für andere Stromverbraucher ein Problem darstellt.
Nach aktuellen Schätzungen werden die USA aufgrund der wachsenden KI-Nachfrage in den nächsten zehn Jahren zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder ein Wachstum der Stromnachfrage von mehr als 3 % verzeichnen. Die Deckung dieser erhöhten Nachfrage wäre bereits unter normalen Umständen keine leichte Aufgabe. Daß wir gleichzeitig eine globale Energiewende durchlaufen und diese forcieren, wird dies noch schwieriger machen.
KI bewirkt einen drastischen Anstieg des Strombedarfs
Die aktuelle Umstellung von reichlich vorhandenen, aber umweltschädlichen fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien in Form von Wind- und Sonnenenergie macht die Sache noch komplizierter.
Die großen KI-Akteure werden die Strompreise beeinflussen
Die großen Player der KI-Infrastruktur Amazon, Google, Microsoft, Meta und zunehmend auch Oracle warten nicht und werden die bestehenden Systeme an ihre Grenzen bringen. Angesichts der beschriebenen Schwierigkeiten überrascht es nicht, daß sich die Stromversorgung schnell als größter Engpaß für einen umfassenderen Ausbau von KI-Rechenzentren heraus-

stellt. Selbst wenn ein Unternehmen alle Genehmigungen erhalten hat und die erforderlichen Anlagen beschaffen kann, werden die Vorlaufzeiten für den Anschluß an die Stromversorgung immer länger.
Viele der großen Player umgehen daher das allgemeine Stromnetz. Sie wenden sich direkt an Stromhändler, um über langfristige Verträge Strom zu beziehen, oft mit einem erheblichen Aufschlag auf die herrschenden Strompreise. Wir vermuten, daß die Häufigkeit solcher Geschäfte zunehmen wird, da Geschwindigkeit für diese Unternehmen alles ist, und weitere Geschäfte, von denen die Stromerzeuger profitieren werden, dürften folgen.
Auch wenn neue Energieträger der regenerativen Energiewirtschaft eine wichtige Rolle spielen werden - eine solche direkte Nutzung der etablierten Energiequellen wird die Rechenzentren schneller ans Netz bringen und die Nachfrage nach den vorhandenen Ressourcen erhöhen. Doch was für die großen KI-Akteure von Vorteil ist, ist es nicht zwangsläufig auch für den Rest der Gesellschaft.
So hat Amazon beispielsweise kürzlich mit dem Kernkraftwerksbetreiber Talen Energy einen Vertrag über die Abnahme von mehr als 1 Gigawatt (GW) Strom mit einem Aufschlag von 50 % auf die aktuellen Strompreise abgeschlossen. Diese enorme Strommenge wird allein Amazon dienen; sie wird nicht dazu beitragen, die Netzzuverlässigkeit zu sichern und sie wird nicht helfen, die Strompreise niedrig zu halten.
einem gut funktionierenden Markt würden neue Einspeisungen diese Stromentnahme von Amazon ausgleichen, aber die Engpässe bei den Netzanschlüssen für neue Stromerzeuger haben sogar dazu geführt, daß die lokalen Netzbetreiber aufgrund des entstandenen Rückstands die Annahme von Anträgen komplett eingestellt haben. Ein Anstieg der Nachfrage bei einem unzureichenden Angebot führt zu höheren Preisen für Verbraucher und Unternehmen, die darüber indirekt die KI-Pläne von Amazon subventionieren.

Blackout oder Brownout?

Da sämtliche Konkurrenten von Amazon sicherlich zur Kenntnis genommen haben, daß das Unternehmen mit der Talen-Transaktion die Voraussetzungen für die Beschleunigung seiner KI-Strategie geschaffen hat, ist es sehr wahrscheinlich, daß andere Unternehmen auf diesem Markt nachziehen und das angespannte Angebot-Nachfrage-Verhältnis weiter verschärfen werden. Im Zuge dieser Entwicklung könnte es in den nächsten Jahren zu einem galoppierenden Anstieg der Strompreise kommen.
Ein letzter Punkt: Wenn entsprechende Strommengen aus dem Netz genommen und nicht mehr zur Deckung der Grundlast zur Verfügung stehen, sind die Versorgungsunternehmen gezwungen, zur Deckung der Spitzennachfrage verstärkt auf erneuerbare Energien zurückzugreifen. Dabei besteht die Gefahr, daß diese die Nachfrage nicht decken können, da es bei ihnen anders als bei Gas- und Kohlekraftwerken nicht möglich ist, die Produktion bei Bedarf beträchtlich zu steigern. Im schlimmsten Fall könnten sogar Stromausfälle drohen.

Preis und Angebot stehen nicht in einem linearen Verhältnis

Eine Kombination aus deutlich höheren Preisen und einer geringeren Netzzuverlässigkeit dürfte zu einem erheblichen politischen Widerstand gegen den KI-Ausbau führen. Von den KI-Akteuren dürfte dann zunehmend nachdrücklich verlangt werden, daß sie einen angemessenen Beitrag leisten, anstatt die Kosten für den Bau von Rechenzentren über höhere Preise auf die Verbraucher abzuwälzen. Außerdem könnte es sein, daß sich die Tech-Giganten hinsichtlich neuer Netzanschlüsse hinten anstellen müssen, da sie im Vergleich zu Alternativen, wie z. B. neuen Fabriken, keine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung auf lokaler Ebene versprechen. Sind diese Annahmen richtig, könnte der rasante Wachstumskurs, dem viele dieser Unternehmen folgen, irgendwann auf die schwerfälligere und lineare Realität treffen, was zu einer deutlichen Korrektur der Erwartungen führen dürfte.
Glücklicherweise wird dieser perfekte Sturm eines Nachfragewachstums, das auf eine tradi-

tionell wachstumsschwache Energiebranche trifft, teilweise dadurch entschärft, daß das Erdgasangebot in den USA durch die Förderung von Schiefergas zugenommen hat. Die Gewinnung von Energie aus Schiefergestein, einer wichtigen und immer wichtiger werdenden Energiequelle für die Stromerzeugung in den USA, hat zu einem exponentiellen Produktivitätsanstieg der Bohrungen geführt und zu einem Angebotswachstum beigetragen, das die Nachfrage übertroffen hat. Selbst angesichts der steigenden Gasnachfrage, die sich mit der zunehmenden Stromnachfrage noch verstärken dürfte, befinden sich die Erdgaspreise derzeit auf einem historischen Tiefstand.

KI-Chancen im Versorgungs- und Energiesektor

Die Entwicklung hin zu höheren Strompreisen ist unseres Erachtens einer der stärksten fundamentalen Positivfaktoren für kapitalintensive zyklische Unternehmen. Dabei werden die letztendlichen Vorteile fast immer unterschätzt und es kommt zu einer Unterreaktion, die wir als Value-Investor nutzen können. Die KI-Begeisterung der Anleger richtet sich vor allem auf Mega-Cap-Entwickler und wachstumsstarke IT-Unternehmen. Doch in Sektoren wie der Versorgungs- und Energiewirtschaft ergeben sich Chancen, die nicht weniger interessant sind (wenn auch nicht ganz so aufsehenerregend).

Vor dem Hintergrund eines erwarteten Wachstums des Strombedarfs von möglicherweise 3 % oder mehr sehen wir eine der größten Chancen bei den Stromversorgern im Versorgungssektor, da erhebliche Investitionen in die Stromerzeugung und Netzkapazität angesichts höherer Strompreise gerechtfertigt erscheinen. Die Aussicht auf langfristige Preismacht aufgrund einer höheren Stromnachfrage durch die Entwicklung und Implementierung von KI hat die Kurse der Versorgungsunternehmen Vistra und Constellation Energy im Jahr 2024 nach oben schnellen lassen. Dies dürfte sich mit einer zunehmenden KI-Nachfrage noch verstärken.

Da die großen Technologieunternehmen nach mehr erneuerbaren Energiequellen Ausschau halten, glauben wir, daß AES, ein Entwickler erneuerbarer Energien, mit am stärksten von der anhaltenden Nachfrage nach netzgebundener und netzunabhängiger Energie profitieren wird. Auch wenn dieser Trend der Aktie von AES bislang noch keinen Schwung verleiht, glauben wir, daß die Projektrenditen steigen werden und sich das Wachstum durch die Nachfrage nach erneuerbaren Energien deutlich intensivieren könnte.

Von einer Erholung der Erdgaspreise würden vor allem die Produzenten profitieren. Für sie dürften sich langfristig beträchtliche Wertschöpfungsmöglichkeiten ergeben, da sie wichtige Kandidaten sind, um die Lücke zwischen der wachsenden Stromnachfrage und den Stromerzeugungskapazitäten zu schließen. Da Erdgas reichlich vorhanden, relativ günstig und umweltfreundlicher als andere fossile Brennstoffe ist, dürfte der Produzent EQT ein beträchtliches Wachstum verzeichnen, nicht nur wegen der steigenden Nachfrage bestehender Kraftwerke, die ihre Spitzenlastkapazität erhöhen, sondern auch aufgrund des Baus neuer Erdgasturbinen und Flüssigerdgasanlagen (LNG) in den USA und im Ausland, der ebenfalls zu einer erhöhten Nachfrage führt.

Risiko KI-Wachstum könnte Outperformance belasten

Wie jede Form der Kognition ist auch die KI energieintensiv, und Anleger, die glauben, digitale Innovationen wirkten rein deflationär, könnten eine Überraschung erleben. Höhere Strompreise in Märkten mit überdimensionierten KI-Infrastrukturen sind der Weg des geringsten Widerstands. Die Problematik der Stromversorgung großer Rechenzentren wird von den Anlegern möglicherweise unterschätzt und ist ein Risiko für das KI-Wachstum und die langfristige Outperformance vieler Aktien, die von der KI-Begeisterung profitieren.

Angesichts der historischen Marktkonzentration bei diesen Titeln dürfte ein beträchtlicher Teil der bei ihnen angehäuften Marktkapitalisierung in andere Segmente des Marktes zurückfließen. Dies kommt den Portfolios von Value-Investoren zugute, die sich von Mega Caps abwenden und Chancen in kapitalintensiveren, zyklischen Sektoren ergreifen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Einbürgerungen auf Rekordhöhe - die meisten "Fachkräfte" kommen aus Syrien!**

Noch nie bekamen so viele Menschen den deutschen Paß wie im vergangenen Jahr. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht der Ampel wird das Verfahren für Neubürger künftig noch mehr erleichtern. Die "Syrisierung" Deutschlands schreitet zügig voran.

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland so viele Menschen eingebürgert wie seit 25 Jahren nicht - und das, obwohl das beschlossene neue Staatsbürgerschaftsrecht noch gar nicht in Kraft ist. Rund 200.000 Ausländer erhielten 2023 einen deutschen Paß, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) in Wiesbaden mitteilte.

Dieser Anstieg liegt vor allem darin begründet, daß die Asyl-Migranten von 2015 und 2016 inzwischen lange genug im Land sind, um in den Genuß der regulären Einbürgerung nach acht Jahren zu kommen. Die größte Gruppe, rund 75.500 Personen, unter den im Jahr 2023 Eingebürgerten machen Syrer aus. Zweitgrößte Gruppe sind Türken und Iraker mit jeweils rund 10.700 Personen, gefolgt von Afghanen und Rumänen.

Insgesamt stieg die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 31.000. Das entspricht einem Plus von 19 Prozent. Bereits im Jahr 2022 war die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zum Vorjahr um rund 37. 000 entsprechend 28 Prozent gestiegen.

Die eingebürgerten Personen waren im Durchschnitt 29,3 Jahre alt und damit deutlich jünger als die Gesamtbevölkerung hierzulande, deren Durchschnittsalter bei 44,6 Jahren liegt. Mehr als jeder zweite Neubürger (55 Prozent) ist männlichen Geschlechts.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Vor allem Industrie-Betriebe sterben: 176.000 Unternehmen geben auf!**

Redaktion

Diese Entwicklung ist höchst bedenklich: Im Jahr 2023 ist es in Deutschland zu einem wahren Unternehmenssterben gekommen. Die meisten Firmen resignieren im Stillen. Experten sind alarmiert.

Insgesamt schlossen neuen Daten zufolge im vergangenen Jahr in Deutschland rund 176.000 Unternehmen und damit 2,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Das geht aus einer aktuellen Untersuchung der Wirtschaftsauskunftei Creditreform in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hervor.

Nur 11 Prozent der Schließungen waren Folge eines Insolvenzantrags. Industrieunternehmen mußten besonders oft aufgegeben. Im Baugewerbe stieg die Zahl der Schließungen um 2,4 Prozent auf 20.000. Im verarbeitenden Gewerbe schlossen 11.000 Firmen, ein Anstieg um 8,7 Prozent und der höchste Stand seit dem Jahr 2004. Die industrielle Basis schwinde, heißt es in der Studienauswertung.

"Schließungen treffen den Kern unserer Volkswirtschaft"

Im Handel sank die Zahl der Schließungen um knapp 1 Prozent auf rund 37.000 Firmen. Bei den konsumnahen Dienstleistern, zu denen unter anderem das Gastgewerbe, das Grundstücks- und Wohnungswesen, Krankenhäuser, Arztpraxen, Friseure oder Reinigungen zählen, gaben gut 51.000 Unternehmen auf und damit 0,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Sonstige Branchen wie beispielsweise Post und Verkehr oder Bergbau wurden in der Studie nicht im Detail analysiert.

"Verwaiste Ladenlokale und leere Schaufenster treffen die Menschen in ihrer Umgebung wirtschaftlich und auch emotional", sagte Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung. "Die Schließungen in der Industrie aber treffen den Kern unserer Volkswirtschaft." Hohe Energie- und Investitionskosten, unterbrochene Lieferketten, Personalmangel und politische Unsicherheit seien für die Wirtschaft ein toxischer Cocktail.

Sorgen bereitet den Experten, daß es vor allem forschungsintensive Firmen - etwa aus der Chemie- und Pharmaindustrie oder dem Maschinenbau - treffe. Der Effekt sei dort zudem be-

sonders stark, weil den Schließungen stagnierende Gründungen gegenüberstünden, erläuterte ZEW-Expertin Sandra Gottschalk. "Wenn der Bestand nicht nachwächst, steigt die Zahl der Schließungen überproportional". Das Schrumpfen forschungsintensiver Branchen sei keine gute Voraussetzung für notwendige Innovationen, die die Grundlage zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und für Wachstum seien, hieß es in der Studie.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.368/…):

>>**"Wir sind Deutschland": Europakandidatin von deutscher Islam-Partei verkündet Machtanspruch**

Die Dava-Partei gilt als Ableger von Erdogans Partei AKP und tritt zur Europawahl an. Dahinter stehen auch ehemalige Politiker der SPD. Eine Kandidatin offenbart jetzt, worum es der Partei geht.

Von *Redaktion*

Yonca Kayaoglu, eine Europakandidatin der DAVA-Partei, verkündet "Wir sind Deutschland", während sie auf einer Parteiveranstaltung zur anstehenden Europawahl sprach. Ihre Kritik gegen etablierte Politiker, die nach ihrer Beobachtung die Muslime lediglich vor Wahlen berücksichtigen würden. "Sie machen eine Politik gegen uns, und kurz vor den Wahlen besuchen sie einmal unsere Moscheen, wedeln ein paar Mal mit der Friedensflagge", erklärt Kayaoglu. Sie beklagt, daß Politiker dies lediglich oberflächlich machen würden. Man behaupte, Muslime würden "zu Deutschland gehören" und man würde sie "lieben". Kayaoglu stellt jedoch klar, daß Muslime Deutschland seien.

Auf ihren Social-Media-Kanälen präsentiert sich Kayaoglu als stolzes Mitglied der DAVA. Laut ihrem LinkedIn-Profil arbeitete sie in der Automobilindustrie und im Bauwesen, unter anderem bei Mercedes und Strabag-Züblin, und war Gastdozentin an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Politisch aktiv war sie bis April 2021 als Vorsitzende der UID-Jugend in Baden-Württemberg. Die UID ist eine Lobby-Organisation der türkischen AKP, sie steht seit 2017 unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht.

Kayaoglu hatte bereits mehrere Begegnungen mit dem türkischen Präsidenten. Ein Bild vom Mai 2022 zeigt sie neben Erdogan während eines Jugendcamps, an dem sie für die UID teilnahm. Auf einem anderen Bild steht sie inmitten einer großen Gruppe, in deren Zentrum sich Erdogan befindet.

Quelle: Instagram

Trotz dieser Verwicklungen spricht Kayaoglu von einem Einsatz für "eine umfassende Antidiskriminierungs- und Anti-Rassismus-Gesetzgebung" und einer Außenpolitik, die "die Menschenrechte und demokratische Werte weltweit fördert und verteidigt".

Die Partei gilt als jüngster Ableger der türkischen Regierungspartei AKP, bekannt ist sie unter anderem für ihre offene Feindseligkeit gegenüber Israel. Trotz dieser Hintergründe wird Kayaoglu von ihren Anhängern als "junge engagierte Visionärin mit Weitblick" und "engagierter Mensch" gefeiert.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann äußert tiefe Bedenken hinsichtlich Kayaoglus Kandidatur und der Intentionen ihrer Partei. "Es spricht auf den ersten Blick alles dafür, daß hier versucht wird, von Seiten der Parteifreunde Erdogans, unmittelbaren Einfluß auf das Europäische Parlament zu nehmen", warnt Herrmann. Dieser Schritt sei beispiellos und stelle ein "Alarmsignal" für die politische Entwicklung in Deutschland dar.

Die DAVA ist allerdings nicht von irgendwelchen Politamateuren gegründet worden, einige ihrer Spitzenköpfe kommen unter anderem aus der SPD. So zum Beispiel Mehmet Teyfik Özcan, ein Ex-Mitglied der SPD Dreieich, der einen Tag vor der Gründung der Partei DAVA aus der SPD ausgetreten ist und Vorsitzender der DAVA ist. Auch Fatih Zingal, ist ein ehemaliges SPD-Mitglied. Er war stellvertretender Vorsitzender des Zuwanderer- und Integrationsrates der Stadt Solingen und ist Spitzenkandidat der DAVA geworden.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.367/…): >>**200.000 Menschen erhielten 2023 eine deutsche Staatsbürgerschaft: Unser Paß ist keine Ramschware!**

Es sind mehr Menschen als die Einwohnerzahl von Potsdam, Saarbrücken oder Leverkusen: 200.100 Personen haben im vergangenen Jahr eine deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Die Zahl der Einbürgerungen hat damit ein historisches Rekordniveau erreicht, während Ampel und CDU uns eine Begrenzung der Migration vorgaukeln wollen.

In Wahrheit ist die Rekordzahl die Folge der massenhaften Zuwanderung von Syrern in den Jahren 2014 bis 2016, die uns von der damaligen CDU-Bundesregierung unter Angela Merkel eingebrockt wurde. Mehr als ein Drittel der Eingebürgerten des vergangenen kamen nämlich aus Syrien (75.500 Personen); auf Platz zwei folgen Migranten aus dem Irak und der Türkei.

Im Januar hatte der Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Regierung eine weitere Aufweichung des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Die Neuregelungen sehen vor, daß bei Einbürgerungen eine Mehrstaatigkeit generell hingenommen werden soll.

Zudem soll die Einbürgerung in der Regel bereits nach fünf Jahren statt wie bisher nach acht Jahren möglich werden, bei sogenannten "besonderen Integrationsleistungen" schon nach drei Jahren. So kann sich nur eine Regierung verhalten, die die Identität des eigenen Landes abschaffen will und deren Vizekanzler laut eigener Aussage Vaterlandsliebe "stets zum Kotzen" fand.

Am 27. Juni 2024 tritt die "Modernisierung" des Staatsangehörigkeitsrechts in wesentlichen Teilen in Kraft. Dann werden wir wohl beobachten können, daß die Ausländerkriminalität in den Statistiken auf wundersame Weise sinken wird.

Anstatt die Bevölkerung mit solchen Tricks einzulullen und unsere Staatsbürgerschaft zu verramschen, brauchen wir den umgekehrten Weg: Die Zuwanderung in die Sozialsysteme und der Mißbrauch des Asylrechts muß gänzlich unterbunden werden. Dort, wo eine Einbürgerung tatsächlich angebracht ist, hat der deutsche Paß am Ende und nicht am Anfang eines Integrationsprozesses zu stehen. Und wer sich illegal in unserem Land aufhält oder Straftaten begeht, muß konsequent abgeschoben werden!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Verteidigungsministerium setzt Corona-Impfpflicht für Soldaten aus**

Das Verteidigungsministerium hat die Corona-Impfpflicht für Soldaten ausgesetzt. Dies erklärte das Ministerium in einem Schreiben gegenüber dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Lediglich eine Empfehlung soll nun für die Corona-Impfung fortgelten.

Jonas Aston

Das Verteidigungsministerium hat die bisher noch immer bestehende Corona-Impfpflicht offenbar aufgehoben. Ohnehin ist beim Wehrdienstsenats des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig derzeit noch ein entsprechendes Verfahren zur Rechtmäßigkeit der Impfpflicht anhängig. Ein Soldat hatte juristische Schritte gegen die Aufnahme der Covid-19-Impfung in das verpflichtende Basisimpfschema der Bundeswehr eingeleitet.

Der Antragsteller vertritt die Auffassung, daß die Beibehaltung dieser Impfpflicht unter den derzeitigen Umständen rechtswidrig ist. Er argumentiert, daß angesichts der aktuellen Lage und der verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse eine Fortführung der verpflichtenden Covid-19-Impfung für Soldatinnen und Soldaten nicht mehr gerechtfertigt sei.

Dieser Entscheidung will das Verteidigungsministerium nun offenbar vorgreifen. Wie t-online berichtet, hat das Verteidigungsministerium die Impfpflicht in Form eines Schreibens an das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gekippt. Zudem hatten die Anwälte des Klägers die Meldung verbreitet. Die Entscheidung, die Impfpflicht auszusetzen, beruhte demnach auf einer Empfehlung des Wehrmedizinischen Beirats.

Dort plädierte man dafür, statt der Pflicht nur noch eine Empfehlung auszusprechen. Verteidi-

gungsminister Boris Pistorius (SPD) folgte dem Wehrmedizinischen Beirat und das Verteidigungsministerium teilte dies dem Gericht mit. In dem Schreiben hieß es dem Vernehmen nach, daß auch für den Kläger die Impfpflicht nicht mehr gelte.
Seit November 2021 ist die Covid-Impfung Teil des Basisschemas und war daher zwingend von den Soldaten einzuhalten. Im Juli 2022 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht noch die Verpflichtung zur Covid-19-Impfung für Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Nun ist eine erneute gerichtliche Entscheidung zu dieser Frage jedoch hinfällig.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Fall Krah: Die Basis muß es richten**
Wenn Krah mit seinen Äußerungen einen taktischen Fehler gemacht haben sollte - was man durchaus so sehen kann - dann hat die Reaktion des Bundesvorstands diesen Fehler verschlimmert, anstatt ihn zu heilen. …
_von *Simon Niederleig*
"Mut zur Wahrheit", so lautete der Wahlspruch der AfD in ihrem ersten Bundestagswahlkampf. Und tatsächlich hat die AfD in ihrer kurzen Geschichte viele heiße Eisen angepackt: 2015, auf dem Höhepunkt der "Willkommenseuphorie", prangerte sie den Mißbrauch des Asylgesetzes an und machte sich für Grenzschutz stark. Das brachte ihr den absurden Vorwurf ein, sie fordere den "Schießbefehl".
Bereits im Grundsatzprogramm 2016 setzte die AfD sich für den Weiterbetrieb der bestehenden Atomkraftwerke ein. Das war im "von der Energiewende begeisterten Deutschland" von damals eine ebenfalls absolut unpopuläre Forderung. Im gleichen Programm formulierte die AfD damals, daß der Islam nicht zu Deutschland gehöre, was ebenfalls einen massiven medialen Aufschrei verursachte. Der Nachsatz, daß integrierte Muslime sehr wohl zu Deutschland gehören können, wurde natürlich bei der Skandalisierung unterschlagen.
Die AfD hat für diese und andere Positionen offensiv geworben, statt vermeintlichen Mehrheitsmeinungen hinterherzulaufen. Die Zeit hat ihr recht gegeben. AfD-Positionen, die ehemals als absolut randständig galten, sind in der deutschen Bevölkerung heute mehrheitsfähig. Scheinoppositionelle Parteien wie CDU/CSU und Freie Wähler kopieren mittlerweile diese AfD-Inhalte eins zu eins in ihre Wahlprogramme. So wollen Altparteien der AfD vor Wahlen das Wasser abgraben, um sich dann nach der Wahl mit links-grünen "Projekten" zu überbieten.
Durch ein paar sinnentstellend zitierte Passagen des AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah wurde jetzt kurzzeitig die deutsche NS-Vergangenheit ins Zentrum der Debatte gerückt. Wer sich Krahs Sätze im Zusammenhang anschaut, wird nichts Verwerfliches daran finden können. Doch reflexhaft wird dieses Thema auch aus der AfD als "unwichtig" und "Ablenkung von wichtigeren Themen" gebrandmarkt.
Distanzierung wird als Schuldeingeständnis verstanden
Der Bundesvorstand der AfD hat sich eilfertig distanziert und Krah ein "Auftrittsverbot" erteilt. Vom "Mut zur Wahrheit" ist da nichts mehr zu spüren. Offensiv verteidigt werden Krahs sachlich richtigen Äußerungen schon gar nicht. Schlimmer kann man einem Spitzenkandidaten nicht in den Rücken fallen. Der Schaden für die Partei ist immens.
Wenn Krah im Wahlkampf auf die deutsche NS-Vergangenheit zu sprechen kommt, dann ist das absolut KEIN Nebenthema. Es ist das zentrale Thema, mit dem die AfD immer wieder in die "braune" Ecke gestellt wird. Die Deutungshoheit über diesen Themenbereich kann die AfD aber nicht gewinnen, indem sie kuscht. Beim Wähler kommen durch solches Zurückweichen zwei unterschwellige Botschaften an:
Zum einen wird es als implizites Schuldeingeständnis aufgefaßt, zum anderen entsteht der Eindruck, die AfD traue es ihren potentiellen Wählern nicht zu, sich im Zuge einer differenzierten Debatte ein qualifiziertes Urteil zu bilden.

Wenn der AfD-Vorstand in dieser Art kuscht und sich schamlos der "Cancel Culture" bedient, sobald ihm dies machtpolitisch irgendwie vorteilhaft erscheint, dann wird er selbst Teil des deutschen Problems. Denn die politisch-korrekte Tabuisierung inhaltlich richtiger Positionen zugunsten politischer Tagesgewinne hat unser Land an den Abgrund gebracht, an dem es heute steht.
In Ostdeutschland haben einige führende AfD-Politiker die fatale Wirkung solcher Anbiederungsversuche an den Mainstream bereits tiefer verinnerlicht. Besonders standfest in dieser Frage ist wohl fraglos Björn Höcke.
Er erklärte bereits sehr früh in mehreren Reden, daß die Wiederherstellung der Meinungsfreiheit für ihn nicht ein Thema unter vielen ist, sondern DAS Thema, an dem sich das Schicksal unseres Landes entscheiden wird. Die politische Korrektheit ist das letzte verbliebene Machtinstrument der Altparteien im Diskurs. Wer dieser falschen Korrektheit seinen Kotau macht, der behindert aktiv positive Veränderungen in unserem Land.
Wenn Krah mit seinen Äußerungen einen taktischen Fehler gemacht haben sollte - was man durchaus so sehen kann - dann hat die Reaktion des Bundesvorstands diesen Fehler verschlimmert, anstatt ihn zu heilen.

Aufarbeitung steht bevor

Nach der Europawahl, auf dem Bundesparteitag in Essen, ist der richtige Zeitpunkt, um die Fehler, die in diesem Wahlkampf vom Bundesvorstand gemacht wurden, aufzuarbeiten und Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Parteibasis muß sich jetzt zu Wort melden und die AfD wieder auf Kurs bringen, wie sie es schon so oft getan hat (siehe Lucke, Petry, Meuthen). Nach einer kurzen Delle in der Zustimmung ging es nach der Befreiung von politisch-korrekter Selbstfesselung immer wieder bergauf.
Umgekehrt wird ein fortgesetzter Angstkurs aber niemals zum Erfolg führen. Denn der Bürger will eine Partei, die selbst Mut hat und damit den Menschen im Lande Mut macht. Und der Bürger will auf gar keinen Fall eine Partei, die das Spiel des Establishments mitspielt und "Cancel Culture" durch eigene Nutzung legitimiert.
Die Mitglieder der AfD sollten sich aber durch die jetzigen Vorkommnisse nicht wieder in Lager aufspalten lassen. Auch für den Bundesvorstand kann es keine Kollektivschuld geben. Man muß sich ruhig aussprechen und sachlich schauen, wer welchen Einfluß auf diese Fehlentscheidung genommen hat (Wo war Brandner? Wo Gauland? Wo Chrupalla?). Notfalls müssen wieder "Köpfe rollen" - auch ganz an der Spitze. Für die wichtigen Wahlen im Osten muß jedenfalls sichergestellt werden, daß sich ein solcher Dolchstoß, wie gegen Krah, nicht wiederholen kann.
Die Wähler und Wahlkämpfer der AfD werden bei dieser EU-Wahl jedenfalls auf eine harte Probe gestellt. Glücklicherweise hat sich schon ein hartgesottener Kern von Stammwählern herausgebildet, den auch solche Stromschnellen nicht mehr schrecken. Mit elf Jahren ist die AfD historisch betrachtet immer noch eine sehr junge Partei. Was hier im Fall Krah passiert ist, gehört sicher immer noch zu den Geburtswehen einer Partei, die ihren eigenen Weg noch finden muß. Eine "Professionalisierung", im Sinne einer Nachahmung anderer Berufspolitikervereinigungen, wäre jedenfalls ein tödlicher Irrweg.
Daß alle Fehler der AfD heute besonders schmerzlich sind, liegt sicher daran, daß unsere Nation derzeit fast schon auf dem Sterbebett liegt; da spürt man jeden Behandlungsfehler doppelt. Und es bleibt der AfD auch nicht mehr viel Zeit, das Schlimmste für unser Volk und Land abzuwehren. Daß die AfD die Kraft hätte, doch noch etwas für Deutschland zu retten, erkennt man an dem Furor, mit dem sie von den Etablierten bekämpft wird.
Würde die Wahl der AfD tatsächlich nichts ändern, hätte man nicht solche Angst vor ihr. Es besteht also immer noch Grund zur Hoffnung. Das von Merkel geschaffene Altparteienkartell spielt allerdings auf Zeit. Diese Zeit darf der Wähler diesem Kartell nicht gewähren. Der

Druck aufs politische Establishment muß stetig erhöht werden. Die AfD muß ihre Wähler jetzt um Nachsicht und Vertrauen bitten - trotz allem, was passiert ist, und auch trotz allem, was notwendigerweise noch passieren muß.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Nächste Kampagne: Bystrons "Scheinwohnung"**

AfD-Politiker Bystron soll angeblich eine "Scheinwohnung" in München haben. Seine Komplizen bei der Verschleierung sind laut Spiegel kriminelle Flüchtlinge aus der Türkei… Jetzt erst recht! Pfeifen Sie auf den Verfassungsschutz und andere Geheimdienste und holen Sie sich das erste faire und ausgewogene Porträt der AfD. Inklusive Interviews mit Alice Weidel, Tino Chrupalla, Björn Höcke und anderen.

_von *Johann Leonhard*

"Nachbarn beschreiben die beiden Männer als gewaltbereit, oft alkoholisiert", so der Spiegel über die Herren, die merkwürdigerweise dort wohnen, wo eigentlich der AfD-Abgeordnete Bystron leben soll. Was machen die in der Wohnung eines Bundestagsabgeordneten?

Der Spiegel tischt dazu eine sagenhafte Geschichte auf. Sie beginnt mit der Razzia vor wenigen Tagen, als Dutzende Beamte Bystrons Privathäuser- und Wohnungen auf den Kopf stellten. Als sie bei der aktuellen Meldeadresse in München anklopften, stand da plötzlich ein Mann, der "kaum Deutsch" sprach, so der Spiegel. Bei diesem handelt es sich laut dem ehemaligen Nachrichtenmagazin um einen polizeibekannten Migranten.

Im Artikel heißt es: "Der eingetragene Mieter und mutmaßliche Adreßgeber des Rechtsextremisten Bystron ist nach Recherchen von SPIEGEL und ZDF ein vorbestrafter Flüchtling, der in den Neunzigerjahren als Asylbewerber aus der Türkei nach Deutschland kam."

Wie Relotius, nur noch blöder

Heißt also: Der "Rechtsextremist" Bystron hat einen kriminellen Flüchtling bei sich wohnen, der ihm dabei helfen soll, eine "Scheinadresse" zu unterhalten? Da lachen ja die Hühner. Und wozu der ganze Zinnober? Der Spiegel spekuliert, daß Bystron bei seiner Meldeadresse trickste, "um sich weiter als Münchner präsentieren zu können".

Gleichzeitig gibt der Spiegel aber zu, daß dies rein rechtlich "gar nicht nötig" sei, da ein Bundestagsabgeordneter "nicht zwingend in seinem Wahlkreis wohnen" muß. Doch es wird noch absurder. So behauptet das Ex-Nachrichtenmagazin, daß der kriminelle Flüchtling und sein Bruder vom Vermieter der Wohnung gefragt worden seien, "ob sie für einen "Freund", der nicht hier wohne, für ein paar Monate die Post entgegennehmen könnten".

Petr Bystron, der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, läßt also seine private Post von kriminellen türkischen Flüchtlingen vorsortieren? Wenn das nicht mal das Dümmste ist, was der Spiegel jemals geschrieben hat! Was Bystron selbst zu dem Unfug sagt:

"Es handelt sich um keine Scheinwohnung. Ich habe einen ordnungsgemäßen Mietvertrag, werde jedoch am Einzug gehindert, weil sich der Vormieter weigert, auszuziehen."

Das COMPACT-Magazin konnte die Korrespondenz zwischen Bystron und dem Vermieter exklusiv einsehen. Darin teilte dieser Bystron mit: "Ich konnte die Räumung der Wohnung leider zivilrechtlich nicht so schnell durchsetzen, wie ich es mir vorgestellt habe. ... Ich werde das jetzt gerichtlich durchsetzen."

Diese Information hätte man als Leser vom Spiegel gerne zuerst bekommen - Dann hätte man sich das Lesen des restlichen Artikels nämlich sparen können.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.367/…): >>**Volksverhetzung gegen Deutsche: Schluß mit der Beschimpfung unserer Bürger!**

Mit ihrem heute eingereichten Antrag will die AfD-Fraktion im bayerischen Landtag eine rechtliche Gleichbehandlung des deutschen Volkes mit anderen Teilen der Bevölkerung erwirken. Hierzu soll eine - nicht abschließende - Legaldefinition des Ausdrucks "Teil(e)der

Bevölkerung" vorgenommen werden, um klarzustellen, daß auch Angehörige des deutschen Volkes Teil der Bevölkerung im Sinne dieser Norm von § 130 Abs. 1 StGB sind.
Indem Volksverhetzungen gegen Deutsche explizit für strafbar erklärt werden, soll nicht nur die deutsche Bevölkerung als solche, sondern auch der öffentliche Frieden geschützt werden.
Rene Dierkes erklärt dazu als rechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag:
"Es kann nicht sein, daß jedweder Gruppe der in Deutschland lebenden Bevölkerung ein Schutz gegen Hetze und Gewaltaufrufe durch den Volksverhetzungsparagraphen zuteil wird, jedoch der größten Gruppe des Staatsvolks, nämlich den Deutschen als ethnischer, kultureller und Sprachgemeinschaft, dieser Schutz mangels definierter Eindeutigkeit hinsichtlich des Tatobjekts durch die bundesrepublikanische Justiz verweigert wird.
Gewaltbereite Linksextremisten dürfen bislang ungestraft mit Parolen wie 'Deutschland verrecke', 'Deutschland, du mieses Stücke Scheiße' oder 'Bomber Harris, do it again' alles verunglimpfen, was mit 'Deutschsein' oder der deutschen Bevölkerung in Zusammenhang steht, und auf diese Weise zu Haß und Gewalt gegen Deutsche anstacheln.
Ich werde oft von Menschen auf der Straße gefragt, warum man sich wegen seines Deutschseins alles Mögliche gefallen lassen muß und keinerlei Rechtsschutz genießt. Hier bedarf es dringend einer begrifflichen Klarstellung und rechtlichen Absicherung! Warum sollen Deutsche als Bevölkerungsmehrheit rechtlich schlechter gestellt sein als alle anderen Bevölkerungsgruppen?
Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert die Staatsregierung daher auf, sich auf Bundesebene für die Einführung eines Straftatbestandes der Verunglimpfung, des Beschimpfens oder böswilligen Verächtlichmachens des deutschen Volkes einzusetzen."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Immer mehr Vergewaltigungen durch Gruppen**
Von *Sven Eggers*
Alarm: Im vergangenen Jahr ab es allein in Berlin 111 Gruppen-Vergewaltigungen. Politik und Medien schweigen oder verharmlosen. Abschiebungen müßten jetzt das Gebot der Stunde sein. …
Mitten in die großen gegenwärtigen Empörungsrituale zum Videoschnipsel aus Sylt, das feiernde Reiche und deren "Döp-dödö-Döp-Entgleisungen" dokumentiert, kommen neuen Zahlen zu Gruppenvergewaltigungen auf den Tisch. Und die sind schockierend: Allein in der deutschen Hauptstadt mußten im vergangenen Jahr mehr als 100 Mädchen dran glauben. Sie wurden von mehreren Tätern, von Horden vergewaltigt.
Flehen nützt nichts …
Das bedeutet, man möge es sich vor Augen halten: Jeden dritten Tag kommt es allein in Berlin zu einer Gruppenvergewaltigung. Es handelt sich gegenüber dem Vorjahr um einen Anstieg um 26 Prozent!
Die Bild stellt es aufrüttelnd dar: "Sie schlug um sich, weinte, flehte. Eine damals 14-Jährige ging durch die Hölle, als sich im vergangenen Juni zwei Männer am Berliner Schlachtensee an ihr vergingen. Ein Fall von 111 Gruppen-Vergewaltigungen im vergangenen Jahr in der Hauptstadt, ein Höchststand."
Die hier nicht erwähnten Täter waren Islam E. und Mehmet E., 18 und 19 Jahre alt. Sie sind mittlerweile zu neun Monaten Jugendstrafe beziehungsweise drei Jahren Haft verurteilt worden.
Nichtdeutsche Tatverdächtige
Die Berliner Polizei ermittelte 2023 gegen 106 mutmaßliche Gruppenvergewaltiger, der jüngste 12 Jahre alt, die ältesten über 60. Die Opfer waren Mädchen und Frauen von sechs bis sechzig. Am schlimmsten trifft es 14- bis 16-Jährige. Die häufigsten Tatorte sind Mehrfamili-

enhäuser und Parks, aber auch Gaststätten und öffentliche Verkehrsmittel.
Gemäß Angaben des Berliner Senats wurden die Gruppenvergewaltigungen mehrheitlich von nichtdeutschen Tatverdächtigen begangen. 54 Prozent der Täter haben demnach keinen deutschen Paß. Würde man die Vornamen abfragen, wäre das Bild weitaus eindeutiger, doch Mehmets mit BRD-Paß werden von den Behörden als "deutsche Täter" erfaßt.
Übrigens: Die Bild berichtet zwar immerhin über die "krassen Zahlen", verschweigt aber, warum sie überhaupt ans Licht der Öffentlichkeit gekommen sind. Das Springerblatt verweist nebulös auf "eine parlamentarische Anfrage" und erwähnt erst am Ende des eigenen Beitrags, daß es die AfD war, die den Berliner Senat zur Herausgabe der Daten verpflichtet hat.

Auch bundesweiter Alarm

Auch die jüngsten bundesweiten Zahlen verdanken wir einer AfD-Abfrage, nämlich durch die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst Ende vergangenen Jahres. Das Bundesinnenministerium räumte damals 2.800 Gruppenvergewaltigungen binnen vier Jahren in der BRD ein.
Mittlerweile schränken 83 Prozent der in EU-Europa lebenden Frauen zwischen 16 und 39 Jahren ihre persönliche Freiheit ein, um sich vor Gewalt und Belästigung zu schützen. Beispielsweise kleiden sie sich betont unauffällig oder meiden bestimmte Straßen und Plätze. Das ergab eine Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. In Berlin gaben 72 Prozent der befragten Frauen an, sich an öffentlichen Orten nicht sicher zu fühlen, 46 Prozent fürchten sich vor "suspekten" Personen an. Das belegt eine Studie des Vereins Plan International e.V.
Nicole Höchst wandte sich in einer Presseerklärung beinahe hilfesuchend an die Öffentlichkeit: "Wenn über einzelne dieser Verbrechen berichtet wird, aber die Masse im Dunkel des Schweigens bleibt, wird das deutsche Volk zusätzlich im Stich gelassen. Wie kann es sein, daß die Frauen und Mädchen erst durch die Erzählungen der Opfer erfahren, daß öffentliche Parks, Schwimmbäder, Verkehrsmittel und Straßen in Deutschland für sie zu No-go-Areas geworden sind? Hier muß die Politik handeln. Sofort!"
Weiter sagt sie: "Das sind in den letzten vier Berichtsjahren über 2.800 Frauenschicksale, körperliche und seelische Zerstörungen in ungeahntem Ausmaß durch Gruppenvergewaltigungen mit überproportional hohem Ausländeranteil." Ausgewiesen werden für 2019 registrierte 710 Gruppenvergewaltigungen, 49,5 Prozent ausländische Täter. 2020 waren es dann 704 Fälle bei 46,4 Prozent nichtdeutschen Tatverdächtigen, 2021 trotz Lockdown und Ausgangssperren 677 Fälle (47 Prozent Ausländer als Tatverdächtige), 2022 dann 789 Fälle bei 50 Prozent durch nichtdeutsche Tatverdächtige.

Ausmaß der Katastrophe

AfD-Abgeordnete Höchst: "Die in der Presse zu Recht geschilderte Dramatik eines jeden Einzelfalles - wie etwa im Berliner Görlitzer Park, als ein Mann der Gruppenvergewaltigung seiner Freundin zusehen mußte - täuscht zugleich über das tatsächliche Ausmaß der Katastrophe hinweg. Nach den Auskünften des Ministeriums für Inneres und Heimat ergibt sich eine ungeheuerliche Zahl von Gruppenvergewaltigungen auf gleichbleibend unerträglich hohem Niveau."
Wer nicht über Abschiebungen krimineller Fremder nachdenkt, meint es nicht gut mit unserem Land. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Schock: Neuer Niederlande-Premier ein Rußland-Hasser?**
Von *Sven Reuth*
In Den Haag hat sich die neue rechtsbürgerlich-patriotische Koalition endlich auf einen neuen Regierungschef geeinigt. Doch die Personalie sorgt auch gleich für Stirnrunzeln und Ablehnung. Die rechte Aktivistin Eva Vlaardingerbroek bezeichnete Schoof beispielsweise in einer ersten Reaktion als Vertreter des Tiefen Staates. …

Lange mußte man in Den Haag auf die wichtigste Personalie der neuen rechtsgerichteten niederländischen Regierung warten, nämlich den Namen des neuen Ministerpräsidenten. Der frühere sozialdemokratische Minister Ronald Plasterk, der schon als gesetzt galt, wurde wieder zurückgezogen, nachdem bekannt geworden war, daß dieser während seiner Zeit als Molekularbiologe Patentrechte verletzt haben soll. Wilders hatte im März dieses Jahres seinen Anspruch auf das Spitzenamt zurückgezogen, um so den Weg zur Regierungsbildung freizumachen.

Graue Eminenz im Hintergrund

Gestern zog der Wahlsieger Geert Wilders nun einen Kandidaten aus dem Hut, den noch vor einigen Wochen niemand auf dem Zettel hatte. Es handelt sich um den Spitzenbeamten und Ex-Geheimdienstchef Dick Schoof.

Schoof ist so etwas wie eine graue Eminenz der niederländischen Politik. Der 1957 an der niederländischen Nordseeküste geborene Schoof begann 1988 seinen Dienst im niederländischen Kultusministerium und machte im Staatsdienst schnell Karriere. Von 1999 bis 2003 war er Generaldirektor des Einwanderungs- und Einbürgerungsdienstes (Immigratie en Naturalisatiedienst) und spielte am Ende dieses Zeitraums als Projektgeneraldirektor eine wichtige Rolle bei der Reform der Einwanderungsgesetzgebung.

2010 wurde er Generaldirektor für die Polizei im Justizministerium und war dafür zuständig, die Polizei von einer föderalen in eine nationale Behörde zu verwandeln. Im März 2013 wurde er dann Nationaler Koordinator für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit und damit niederländischer Geheimdienstchef. Er leitete sowohl die Antiterrorbehörde NCTV wie den Geheimdienst AIVD.

Vertuschung bei der MH17-Untersuchung?

Schoof spielte eine zentrale Rolle beim restriktiven Umgang mit Dokumenten zum Abschuß der Passagiermaschine MH17 über der Ostukraine und verfügte die Sperrung von 147 Dokumenten, die zur Aufklärung des Abschusses hätten beitragen können.

Bis 2021 war Schoof Mitglied der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid (PvdA), die er verließ, als diese sich gegenüber Koalitionen mit den Grünen öffnete.

Schoof ist jedenfalls - daran läßt seine Biographie keinen Zweifel - ein Mann des Systems. Kann er trotzdem das System umkrempeln? Die niederländische rechte Politik-Aktivistin Eva Vlaardingerbroek zeigte sich in einem Post bei X (vormals Twitter) jedenfalls zutiefst skeptisch gegenüber dem neuen designierten Ministerpräsidenten.

Sie schrieb: "Das neue niederländische Kabinett hat gerade den Spitzenbeamten des Justizministeriums und ehemaligen Geheimdienstchef Dick Schoof zum 'bevorzugten Kandidaten' für das Amt des Premierministers ernannt. Und die Situation ist schlecht. Wirklich schlecht.

Dick Schoof - oder 'Mr. "Deepstate', wie ich ihn nennen möchte, ist der ehemalige Chef des niederländischen Nachrichten- und Sicherheitsdienstes (AIVD) sowie der ehemalige nationale Koordinator der Einheit zur Terrorismusbekämpfung (NCTV), die sich bekanntermaßen auf die Bekämpfung von 'Anti-Terror-Einheiten' konzentriert und Regierungsextremismus betreibt.

Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, stand er auch noch:

- hinter dem niederländischen Covid-Regime
- war in den Trump-Rußland-Schwindel verwickelt
- stand hinter der Vertuschung der Berichte über Flug MH17
- hat den niederländischen Bürger ausspioniert mit gefälschten X-Konten, die von der Regierung betrieben werden.

Derzeit ist er Generalsekretär im Ministerium für Justiz und Sicherheit und damit der ranghöchste Beamte. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes die Personifikation eines technokratischen Bürokraten und - als ehemaliges Mitglied der niederländischen Sozialdemokraten - das

genaue Gegenteil von dem, wofür die niederländische Bevölkerung bei den Wahlen im vergangenen November gestimmt hat. Geert Wilders hätte niemals seinen rechtmäßigen Anspruch auf das Amt des Premierministers aufgeben dürfen."

Kein Signal für Politikwechsel

Das alles macht wenig Hoffnung auf einen grundlegenden Politikwechsel in den Niederlanden. Die Besetzung des endgültigen Kabinetts soll dann in einem Monat bekanntgegeben werden. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.378/…):

>>**Sylt-Skandal: D'Agostino distanziert sich nicht**

Von *Daniell Pföhringer*

Döp dödö döp: Ganz Deutschland steht Kopf wegen der migrationskritischen Umdichtung von "L'Amour toujours". Der Komponist sieht's gelassen - und auch Rap-Star Farid Bang nimmt's mit Humor. …

Entlassung, Exmatrikulation, soziale Ächtung, Anzeige: Die feuchtfröhliche Sause in Kampen auf Sylt hat für die Beteiligten schwerwiegende Konsequenzen. Kein Wunder, Politik und Medien rufen zum Tribunal. Gruppenvergewaltigungen, Messermorde, Kalifatsdrohungen? Ist gerade nicht so wichtig.

Erst mal das vierte Reich verhindern, ein paar junge Leute an den Pranger stellen und einen über 20 Jahre alten Italo-Dance-Hit vom Plattenteller verbannen. Man muß halt Prioritäten setzen - und mit der Sylter Party-Jugend so verfahren, wie es Mao gelehrt hat: Bestrafe einen, erziehe Hunderte.

Ist das die richtige Art, mit den "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!-Gegröle" von ein paar angetrunkenen Hipstern umzugehen? Die Sache zur Staatsaffäre aufbauschen? Das entsprechende Video hundertfach medial verbreiten?

Dadurch ist nun im hintersten Winkel der Republik angekommen: Wer mal so richtig provozieren will, dichtet einfach mal "L'Amour toujours" von Gigi D'Agostino um. Potentielle "Nachahmungstäter" freuen sich schon aufs nächste Dorffest.

Spaß und Liebe statt Haß und Hetze

Daß man die ganze Chose auch mit Humor nehmen kann, stellen nicht nur diese beiden Migrationshintergründler unter Beweis:

Auch Farid Bang - Erfolgs-Rapper mit marokkanischen und spanischen Wurzeln - kündigt nicht etwa Konzerte gegen Rechts an oder läßt sich vom Mainstream zu entsprechenden Statements verleiten, sondern macht lieber ein paar Späßchen.

Am 25. Mai veröffentlichte er einen Clip auf Tiktok, in dem er das inzwischen berühmt-berüchtigte "Döp dödö döp" (das inzwischen als Chiffre für die "verbotene" Umdichtung gilt) … zum Besten gibt.

Ein paar Tage später meldete sich der Kollege von Kollegah via Tiktok beim Cabrio-Fahren aus Spanien: "Sie sagten Ausländer raus, jetzt bin ich in Marbella."

Ebenfalls mit Humor nahm die Sylt-Sause der Comedy-Youtuber "Snicklinks" ("Snickers für Linkshänder"). Er textete kurzerhand die legendäre Szene aus Tarantinos "Pulp Fiction", in der sich Vincent Vega (John Travolta) und Jules Winnfield (Samuel L. Jackson) darüber unterhalten, warum der Quarterpounder bei McDonald's in Paris Hamburger Royal heißt, um.

Das Resultat: Und wie sieht Gigi D'Agostino die Sache? Spendet er einen Teil des Erlöses aus seinem Lied (das inzwischen wieder die Charts stürmt) an Anti-Rechts-Projekte? Ruft er zu Demos gegen "Faschismus" und "Rassismus" auf?

Nö! Der italienische DJ, Produzent und Komponist von "L'Amour toujours" hält den Ball flach und läßt sich noch nicht einmal zu einer Distanzierung vom "Mißbrauch" seines Dance-Hits von 2001 überreden.

Gegenüber dem Spiegel erklärte der Musiker lediglich: "In meinem Lied geht es um ein wun-

derbares, großes und intensives Gefühl, das die Menschen verbindet. Es ist die Liebe."
Wer wollte das bestreiten …<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29203" berichtet am 29. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Zusammenschnitt des Pressesymposiums "Zielscheibe Kind und Bindung" von AXION Resist**

Jährlich werden in Deutschland allein 80-90.000 Kinder ihren Eltern oft gewaltsam entzogen. Das "Kindeswohl" wird zu einem Schlagwort reduziert, um Kinder gegen ihren Willen von den Eltern zu trennen. Hochkarätige Referenten aus den Bereichen Psychologie, Kriminologie sowie Recht und Wissenschaft setzen sich bei einem Pressesymposium der gemeinnützigen Vereinigung "AXION Resist" kritisch mit dem Thema der Inobhutnahme auseinander und geben Einblick in die katastrophalen Mißstände der deutschen Justiz: "Zielscheibe Kind und Bindung". …

Systematisch werden in Deutschland Kinder unter Angabe von falschen Tatsachen zwangsweise durch Familiengerichte und Jugendämter von ihren Müttern oder Vätern getrennt bzw. isoliert, teilweise sogar mit Gewalt verschleppt. Um den Betroffenen eine Stimme zu geben, veranstaltete die Vereinigung "AXION Resist" am 3. Mai dieses Jahres ein Pressesymposium mit dem Thema: "Zielscheibe Kind und Bindung".

Die Initiatorin von AXION, Dr. Andrea Christidis, ist seit 15 Jahren forensische Psychologin und unabhängige Gutachterin. In dieser Zeit hat sie in über 1.000 Familienfällen geprüft, ob Inobhutnahmen durch Jugendämter wirklich gerechtfertigt waren. Sie deckte Gefälligkeitsgutachten, Unterschriftenfälschungen, Datenmißbrauch, falsch gestellte Diagnosen, staatliche Korruption, Protokollfälschungen, Rufmord und Behauptung falscher Tatsachen auf.

Diese Mißstände konnten sich über Jahrzehnte hinweg etablieren, weil Umgangs- und Sorgerechtsverfahren an Familiengerichten unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden und kein internes Kontrollorgan an Gerichten oder Jugendämtern existiert. Richter, Staatsanwälte und Jugendamt-Mitarbeiter decken sich gegenseitig. Dies kommt organisierter Kriminalität gleich!

Im Symposium beschäftigten sich die hochkarätigen Referenten aus den Bereichen Psychologie, Kriminologie, Recht und Wissenschaft u.a. mit folgenden Fragen:

- Wußten Sie, daß in Deutschland jährlich 80-90.000 Kinder ihren Eltern entzogen werden, oft unwiderruflich?
- Wußten Sie, daß Kinder von Flüchtlingen ein beliebtes Ziel der Jugendämter geworden sind, während ihre Eltern, ohne Sprach- und Gesetzeskenntnisse, hilflos zusehen müssen?
- Wußten Sie, daß die deutsche Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zusammen mit der WHO "Standards für die Sexualaufklärung der Kinder in Europa" entwickelt hat? Und sie dadurch bereits schamlos auf Pädophilie-Übergriffe vorbereitet?

In diesen "Standards" heißt es, daß Masturbation bereits im Alter von 0 bis 4 Jahren empfohlen wird und Kindern ab 12 der Umgang mit Peitschen, Handschellen und Liebeskugeln beigebracht werden soll.

- Wußten Sie, daß Kentlers Plädoyer für die Pädophilie dadurch wieder Einzug in die staatliche Erziehung von Kindern hält? Dabei war er ein nachweislich kriminell Pädophiler.
- Und wußten Sie, daß die "Sexualpädagogik der Vielfalt" alles andere als harmlos ist?

Kla.TV hat in freundlicher Zusammenarbeit mit AXION die wichtigsten Aussagen des Tages im Folgenden für Sie zusammengefaßt:

Prof. Dr. Aris Christidis ist Naturwissenschaftler und Professor für Informatik und MWGFD-Vorstandsmitglied (Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.). Er moderierte das Pressesymposium.

"Der Name der Veranstaltung oder der Titel der Veranstaltung ist schon eingeblendet: "Zielscheibe Kind und Bindung". Das deutet schon an, daß da irgend etwas Zielscheibe, also etwas da ist, worauf geschossen wird. Wir beziehen uns auf etwas, was offenbar verteidigenswert

ist. Ich werde mich der Frage widmen, ob denn wirklich staatliche Maßnahmen die Eingriffe in die Eltern-Kind-Beziehung einfach vornehmen und dadurch das alles gefährden. Das hervorstechende Beispiel von Maßnahmen, die dann einen rigorosen Schnitt in dieser Beziehung vornehmen, sind die Inobhutnahmen, die Entfernung von Kindern aus Haushalten oder jedenfalls aus dem Milieu, in dem sie normalerweise leben.
Die Begründungen für diese Inobhutnahmen, die finden Sie hier, das war Überforderung der Eltern und ob das jetzt zwei Eltern oder ein Elternteil war. Wir stellen fest, ein Drittel, also ein großer Teil der Inobhutnahmen, hatten als Begründung die Überforderung der Eltern. Überforderung kann geschehen, zum Beispiel, daß man arbeitslos wurde in der Zwischenzeit. In Millionen, stellen wir fest, haben wir jedes Jahr, etwa eine halbe Milliarde Kosten der Inobhutnahmen. Eine halbe Milliarde betraf die öffentliche Hand.
Die Kosten für die Betroffenen selbst können Sie dann in Zehnerpotenz nehmen. Mindestens ein Zehnfaches würde ich schätzen, ein Hundertfaches halte ich für das Wahrscheinlichere. Also die Eltern, die dagegen prozessieren, die Eltern, die die Gutachten dazu finanzieren müssen, Eltern, die die Unterbringung finanzieren müssen und so weiter. In den 90ern ist sehr viel privatisiert worden. Und viele von den Heimen sind privat, die verdienen dann viel oder weniger gut daran."
Prof. Dr. Ulrich Kutschera ist Evolutionsbiologe mit Schwerpunkt Zoologie und Mikrobiologie. Er referierte zum Titel: "Angeborene Mutterliebe, Adoptionsrecht & Leihmutterschaft".
"Ich möchte Ihnen heute etwas sehr Provozierendes mitteilen, was aber glasklar wissenschaftlich belegt ist. Nämlich, daß die Mutterliebe von Mäusen und Menschen vorgeburtlich fixiert wird. Die Mutter-Kind-Bindung ist das Engste, was die Evolution hervorgebracht hat, auf dem Niveau von Regenwürmern nachweisbar. Das ist der erste wichtige Punkt.
Vor einem Jahr wurde der Begriff "Tagesmutter" durch Kindertagespflegeperson ersetzt. Kindertagespflegeperson. Das ist natürlich ein kompletter Witz, ein Schlag ins Gesicht jeder Mutter, frauenfeindlich bis dort hinaus. Da kann ich nur als Biologe den Kopf schütteln und sagen, ihr habt wohl nicht mehr alle Tassen im Schrank, wer sich so etwas ausdenkt. So, jetzt müssen wir uns natürlich fragen: Was passiert denn eigentlich, wenn Menschen ohne Mutterliebe groß werden?
Also ohne Mutterliebe entstehen Menschen, die keine Empathie oder wenig Empathie entwikkeln. Im Grunde, wenn man die Mutterliebe bekämpft, was ja politisch gewollt ist alles, zerstört man im Grunde eine natürliche, vitale Gesellschaft. Man hat also entdeckt, daß es bei schwangeren Mäuseweibchen vorgeburtlich, während der Schwangerschaft, vorgeburtlich, zu einer Neuverdrahtung bestimmter Areale im Hypothalamus, also in einer Hirnregion, kommt, und diese Neuverdrahtung des Muttergehirns sitzt auf Lebenszeit.
Einmal Mutter, immer Mutter. Ich habe jetzt Begriffe geprägt, die, wie gesagt, in der Quelle nachlesbar sind, nämlich angeborene Mutterliebe. Das Wort habe ich im Prinzip mir ausgedacht, steht aber im englischen Text natürlich verschlüsselt drin, und die erworbene Vaterzuwendung. Bei Vätern, bei Papas gibt es keine angeborene Babyliebe. Da gibt es eine Zuwendung zum Kind, das ist aber von der Qualität völlig anders.
Und man kann das noch deutlicher machen, ich habe das in einem anderen Schema nochmal dargestellt, wir können sagen, es kommt zu einer vorgeburtlichen Östrogen-Progesteron-vermittelten neuronalen Hirnvermutterung. Das heißt, wenn die Mäuseweibchen, beziehungsweise die Menschenfrauen, ihr Baby zur Welt bringen, austragen, bei der Geburt, kurz nach der Geburt, ist die Mutterliebe schon fixiert. Das muß ich jetzt mal ganz deutlich hier sagen. Frauen, die selbst eigene Kinder zur Welt gebracht haben, leibliche Kinder zur Welt gebracht haben, können fremde Kinder mit entsprechender Liebe großziehen.
Es funktioniert aber nach allem, was wir wissen, bei Frauen, die keine Kinder zur Welt gebracht haben, viel schlechter. Oder gar nicht. Und bei Männern, zumindest von der Biologie

her, ist da kaum zu erklären, wie das funktionieren soll. Jetzt Adoptionsrecht. Adoptionsrecht für alle. Ich meine, es ist einfach ein Unding, wenn man Kinder einem Männerpaar übergibt, ob homo oder hetero, das spielt überhaupt keine Rolle, es können auch Hetero-Paare sein, es können Brüder sein. Da fehlt einfach diese Empathie der Mutter.
Ja. Und letztes Wort, Leihmutterschaft. Also diese Stoffpuppen-Experimente, damals das Men Having Babies, das haben Sie sicher mitbekommen. In Berlin war ja ein großer Kongreß, wo junge Männer bis unter 45 Babys kaufen durften oder sich zumindest beraten lassen konnten. Das wurde nach Angaben, die ich gestern gefunden habe, von der EU jetzt unterbunden, also Babyhandel geht jetzt offensichtlich nicht mehr.
Aus meiner Sicht ist das natürlich ein absolut verwerfliches Menschenexperiment. Ich würde nicht ausschließen, natürlich nicht ausschließen, daß es gelungene Adoptionen gibt. Ich würde auch nicht ausschließen, daß es gleichgeschlechtlich veranlagte Paare gibt, die das irgendwie hinbekommen, im Einzelfall. Aber diese Defektsituation zur Normalsache zu erheben und vor allem die ganze Biologie, der ich seit Jahrzehnten mein Leben widme hier, die auf die Müllhalde zu werfen, so ungefähr wird es ja gemacht, das ist einfach nicht akzeptabel.
Eine Gesellschaft, die die Mutterliebe ignoriert, bekämpft, die degeneriert, verkommt, verroht, verdummt. Und genau das haben wir ja leider in Deutschland zu beobachten. Und das waren meine Ausführungen. Vielen Dank."
Markus Matuschzyk ist Rechtsanwalt mit besonderem Fokus auf Familienrecht, Erbrecht und Wirtschaftsrecht. Er sammelte Erfahrungen in der Verteidigung mit zu Unrecht Verfolgten bis hin zur Diplomatie. Herr Matuschzyk referierte zu dem Thema: "Rechtliche Rahmenbedingungen von Inobhutnahmen".
"Grundsätzlich kann man sagen, also ganz allgemein, ganz kurz, mit plakativen Worten, ist eine Inobhutnahme nur dann zulässig, wenn das Kind sich in einer akuten Gefahr befindet und sein Wohl nicht anders gewährleistet werden kann. In der Praxis, theoretisch, bedeutet dies, daß eine Inobhutnahme nur dann gerechtfertigt ist, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden und das Kind sich tatsächlich in akuter Gefahr befindet.
Zu den rechtlichen Voraussetzungen von Inobhutnahmen gehören, wie gesagt, eine konkrete Gefährdungslage für das Kind, die eine sofortige Intervention erforderlich macht sowie eine sorgfältige Abwägung aller relevanten Faktoren wie die Bindung des Kindes zu seinen Eltern, seine Entwicklungschancen und seine individuellen Bedürfnisse.
Darüber hinaus ist es entscheidend, präventive Maßnahmen zu stärken, um Inobhutnahmen möglichst zu vermeiden. Das kommt in der Praxis überhaupt viel zu kurz. Überhaupt hat man den Eindruck, daß bei den Amtsgerichten, Familienrichtern das Grundgesetz überhaupt keine Rolle spielt. So habe ich mehrfach bereits in der Praxis gehört von Amtsrichtern: Das Grundgesetz, das ist das Grundgesetz, aber ich bin hier der Familienrichter und ich entscheide nach meiner Rechtsauffassung. Auch nach Vorgaben des Gerichtshofs für Menschenrechte müssen Inobhutnahmen auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen, verhältnismäßig sein und das Wohl des Kindes angemessen berücksichtigen.
Verhältnismäßig bedeutet geeignet, erforderlich und angemessen, so wie das die Juristen sagen. Wie gesagt, das sind die Vorgaben, in der Praxis sieht das natürlich alles ganz anders aus. Der Gerichtshof für Menschenrechte betont in seiner Rechtsprechung immer wieder die Bedeutung des Kindeswohls als oberste Maxime bei allen Entscheidungen im Bereich des Kindesschutzes. Er stellt klar, daß Inobhutnahmen nur dann gerechtfertigt sind, wenn das Wohl des Kindes akut gefährdet ist und andere Maßnahmen nicht ausreichen, um es zu schützen. Da sind wir wieder beim Verhältnismäßigkeitsprinzip.
Trotz dieser klaren rechtlichen Vorgabe kommt es immer wieder und vielleicht regelmäßig, könnte man sagen, zu Fällen, in denen Inobhutnahmen durch Jugendämter und Familiengerichte kritisiert werden. Oftmals wird zu Recht bemängelt, daß die Entscheidungen nicht aus-

reichend begründet sind, die Eltern nicht angemessen beteiligt wurden und daß die Kinder und Jugendlichen nicht ausreichend gehört wurden.
Auch die Dauer der Inobhutnahmen und die Unterbringungssituationen in Pflegefamilien und daheim sind häufig Gegenstand der Kritik. Einer der Hauptkritikpunkte ist die Frage nach der Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit von Inobhutnahmen. Wie gesagt, Verhältnismäßigkeit geeignet, erforderlich und Angemessenheit. Es wird bemängelt, daß in vielen Fällen Kinder zu schnell aus ihren Familien genommen werden, ohne daß eine akute Gefährdungssituation vorliegt. Dies führt in der Regel zu traumatischen Erfahrungen für die betroffenen Kinder und erschüttert natürlich das Vertrauen in das Jugendamts- bzw. Helfersystem.
Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Vermutung, daß Jugendämter und Familiengerichte finanzielle Anreize haben könnten, um Kinder in Obhut zu nehmen. Es wird befürchtet, daß es ein finanzielles Interesse geben könnte, da für jede untergebrachte Person finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden und zwar nicht in geringer Höhe. Darüber hinaus ist es wichtig, unabhängige Kontrollmechanismen einzurichten, um mögliche finanzielle Interessen bei Inobhutnahmen zu überprüfen und Mißbrauch vorzubeugen.
Eine regelmäßige Überprüfung der Entscheidungen und der finanziellen Mittel, die für die Inobhutnahmen bereitgestellt werden, kann dazu beitragen, Transparenz und Vertrauen in das System zu schaffen. Insgesamt ist es wichtig, daß Inobhutnahmen von Kindern durch Jugendämter und Familiengerichte kritisch hinterfragt werden und daß Maßnahmen ergriffen werden, um die Situation der betroffenen Kinder und Familien zu verbessern. Darüber hinaus ist es wichtig, präventive Maßnahmen zu stärken, um Inobhutnahmen möglichst zu vermeiden."
Uwe Kranz ist Leitender Ministerialrat außer Dienst, gelernter Polizist, ehemaliger Präsident des Landeskriminalamtes Thüringen, Deutscher unter den Vätern von Europol: Als Kriminalist gibt er Einblick in den Deep State, beobachtet im Ruhestand noch das Geschehen sowie Pädokriminelle und Amtsträger, die mit Kindswohl handeln. Sein Thema: "Sexueller Mißbrauch von Kindern: eine Metaanalyse" (vorhandene Forschungsarbeiten werden zu einer bestimmten Forschungsfrage untersucht).
"Ich bin 60 Jahre im Polizeidienst, über 60 Jahre im Polizeidienst. Ich habe 50 Jahre der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere der schweren Kriminalität gewidmet, insbesondere darunter dem Kindeshandel, dem Kindesmißbrauch. Ich habe in den 50 Jahren eigentlich keine großen Veränderungen festgestellt. Nur jedes Jahr neue Sprüche. Was wir jetzt haben, ist eine Generation Alpha, die zu über 70 Prozent psychisch belastet ist, dank einer Corona-Zeit, die wir durchmachen mußten und dank Entscheidungen von unseren Politikern. Also das war wahrlich kein Zeichen für Beachtung des Kindeswohls durch den Staat. Das war eine Verachtung des Kindeswohls.
Was wir wissen, ist aus diesen großen Fällen, Dutroux aus Belgien, wir wissen aus dem französischen Fernsehen, aus dem französischen Fernsehen wissen wir von einem englischen Skandal, wo ein riesiger Pädophilen- und Päderastenring zu Fall gebracht worden ist. 76 Politiker waren darin beteiligt, 43 Künstler, 35 Journalisten. Die ganze Mischpoke im Prinzip, die zusammenhält und das alles unter dem Deckel hält und uns weiterhin belügt. Über 100.000 Kinder beteiligt. Das Ding habe ich jetzt verfolgt, die letzten fünf Jahre, das war 2015, und der Reihe nach sind die wichtigsten Zeugen gestorben. Genau wie beim Dutroux-Fall.
Dieser klassische Fall von 2018 des jahrelangen sexuellen Mißbrauchs auf einem Campingplatz in einer verrotteten Liegenschaft, in einem Wohnwagen, wurden vom Jugendamt Kinder hin geführt zu einem Pflegevater, und der hat die Kinder dort sexuell mißbraucht. Und das Jugendamt sorgte für Frischfleisch. Das ist ein Unding. Der Untersuchungsausschuß, der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat jetzt im März angefangen. Ich bin sehr gespannt, was dabei rauskommt. Denn hier wird die Verantwortlichkeit von Jugendämtern, Richtern, Familienrichtern und der sozialen Gesellschaft überdeutlich.

Wenn wir dahin kommen, daß einem Pädosexuellen Kinder zugeführt werden, damit er die Kinder dort erziehen kann, in Anführungszeichen, in seinem Sinne, dann ist es unmöglich. Und das Wichtigste ist, kein Schwein forscht das Dunkelfeld aus. Seit über 40 Jahren erheben wir Kriminalisten, Praktiker, die Forderung, mehr Dunkelfeldforschung zu betreiben. Seit 47 Jahren wird das mündlich bei allen Pressekonferenzen. Wir müssen demnächst mal und das muß und und und ... Das können Sie vergessen. Das können Sie vergessen.
Aber wir haben am 9. April diese wunderschöne Pressekonferenz gehabt von unserem Dreigestirn. Deutschland, weiterhin eines der sichersten Länder der Welt. Ich könnte mich kaputtlachen. Dunkelfeld 1 zu 10 mindestens. Mindestens! Und wenn ich dann höre, die Gewaltkriminalitäten nahmen um 8 Prozent oder fast 9 Prozent auf 214.000 Fälle zu. Höchster Stand seit 2000. Ich kenne nur noch höchste Stände seit vielen Jahrzehnten. Jedes Jahr gibt es plus 1, plus 7, plus 3, plus 30 Prozent. Ich komme nicht mehr nach. In jeder Schulklasse sitzen ein oder zwei Schüler, der bereits sexuellen Mißbrauch erlebt hat. Die Leihmutterschaft ist ein besonderes Problem geworden.
Die OSZE hat sich vor kurzem der besonderen Thematik Ukraine angenommen. Ein Anstieg von 900 Prozent. Das sind irre Zahlen. Der Krieg hat natürlich da viel dazu beigetragen, keine Frage. Aber Ukraine war schon immer ein Top-Land für den Menschenhandel, den Frauenhandel insbesondere. Da auch schon vorher. Wenn Sie früher mal im Fernsehen, im deutschen Fernsehen, Monitor gesehen hätten, oder Report 24 oder so was, da ist auf die Ukraine eingeprügelt worden, auf Teufel komm raus, korrupter Laden, kriminelle Organisation, Menschenhandel, Frauenhandel. Das ist zick, war das weg.
Kaum ist der Russe über die Grenze marschiert, war Ukraine plötzlich ein Land der Friedlichen und der Schönen und der Guten. Dann möchte ich ganz kurz auf die berühmtberüchtigten frühkindlichen Sexualerziehungen eingehen. Ich nehme an, nachher wird es nochmal besprochen. Das ist ein Papier der WHO Europa, das Direktorat Europa, gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus dem Jahre 2011. So lange ist das Ding schon virulent. Hat eine ganz lange Zeit dahinvegetiert und hat vorgeschlagen, daß bis vier Jahre die Kinder Selbstbefriedigung, Entwicklung des Interesses am eigenen und fremden Körper erlernen sollen. Ich frage mich, welche Erzieher in Kindertagesstätten und in Kindergärten sich dafür hergeben und wie das gehen soll.
Vier bis sechs sollen sie die Selbstbefriedigung erlernen, die Ermutigung sexuelle Bedürfnisse zu äußern. Sechs bis neun Aufklärung über Geschlechtsverkehr online, Pornographie, heimliche Liebe und Selbststimulation. Neun bis zwölf erste sexuelle Erfahrung. Und dann lernt man auch entsprechend die Online-Pornographie zu nutzen.
Das sind die Vorschläge der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Frühkindliche Masturbation. Mein Freund Karl Lauterbach hat das letztes Jahr auf das Panier gehoben und wieder aus der Leichenhalle rausgeschleppt. Das Ding war ja schon über zehn Jahre da gelegen. Okay. Dieses Rahmenkonzept sei nur für politische Entscheidungsträger. Innerhalb dessen können die sich das selbst machen.
Das Rahmenkonzept, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, stammt von Kinsey. Die Älteren unter uns kennen den noch. Das ist ein lupenreiner Kindesmißbraucher gewesen, der sich selbst Wissenschaftler genannt hat. Wir haben nicht gewußt, was er gemacht hat. Der hat Kinder der Reihe nach vergewaltigen lassen, von Straftätern, aus dem Gefängnis geholt, von Zuhältern. Das waren seine Lehrlinge, die ihm geholfen haben. Und der Kentler hat hinterher dasselbe gemacht. Er hat behauptet, das sind von Jugend an schon sexuelle Wesen, die zur Sexualität freigegeben werden müssen. Sexualität muß man dürfen mit diesen Kindern. Und der Nächste war der Herr Sielert aus Kiel.
Der hat den pädophilen Geist, eine pädagogische Vorarbeit für den sexuellen Mißbrauch, erst richtig eingepflanzt. Meine Damen und Herren, über viele, viele Jahrzehnte hinweg hat dieser

Ungeist viele (Psycho-) Logen und (Päda-)Gogen geschult an Universitäten, an Instituten und was auch immer. Und alle, die heute da sind und plappern dasselbe da nach, sind alle aus diesem Geiste geschnitzt. Da wundere ich mich nicht. Da wundere ich mich darüber, daß die Universität in Bielefeld wenigstens mal deutlich gesagt hat, was Sache ist, daß das Ganze kriminell ist. Und sonst gar nichts.
Das hat es in zwei Gutachten gemacht. Das ist ein pädosexuelles Netzwerk quer durch wissenschaftliche Einrichtungen. Das ist nicht nur alleine Berlin, wohl gemerkt, das ist nicht alleine Berlin. Und das sind auch die Parteien, insbesondere die Partei der Grünen, die die Forderung hatte, Entkriminalisierung der Pädosexualität. Und das hat dann solche Folgen wie Original Play, wo in deutschen Kindertagesstätten erwachsene Männer für bares Geld bei den Kindertagesstätten die Erlaubnis bekommen, mit denen mal auf dem Boden rumzurolzen, einen Schritt in den Griff zu üben.
In anderen Bundesländern ist dagegen immer mehr üblich, daß alle die Drag-Lesung eingeführt wird. Und die Eltern, die sich dagegen wehren wollen, die kriegen eindeutig gesagt in diesem Papier, das bevorzugte Framework verlangt eine Erziehung von Geburt an, vom Staat gelenkt. Vom Staat gelenkt und anstatt des Elternmodells. Das heißt im Klartext, Eltern stören. Es gibt keine Ausnahmeregelung für die Eltern, ihre Kinder vom Unterricht freistellen zu lassen. Es droht sogar Gefängnis oder die Inobhutnahme.
Ist das Ziel die Separation der Kinder von der Kernfamilie? Das ist der wahre Hintergrund. Wenn ich ein Kind zum Sexualobjekt degradiere, dann ist das kein Individuum mehr. Und die Entziehung des Erziehungsrechts der Eltern durch den Staat. Das ist das, was schleichend läuft. Das ist das, was die EU macht, das ist das, was die WHO macht, das ist das, was unser Staat macht. Die Eltern stören irgendwo. Und wir haben es ins Fernsehen geschafft, ins ZDF. Da ist jetzt üblich, über Genitalien zu reden, Trans-Themen und schwule Prinzen heiraten schwule Prinzen. So weit sind wir. Leave our kids alone."
Edgar Siemund ist Rechtsanwalt mit den Spezialgebieten nationales und internationales Wirtschafts- und Strafrecht, Gesellschaftsrecht, IT-Recht und Erbrecht sowie Verwaltungsrecht. Mitglied bei den "Medizinern und Wissenschaftlern für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" und bei den "Anwälten für Aufklärung". Er referiert zum Titel: "Sukzessive Entziehung der Elternrechte durch Instrumentalisierung der Schulpflicht".
"Denn wir müssen mal davon wegkommen, daß wir immer glauben, der Staat will uns immer was Gutes. Der Staat will uns meistens nichts Gutes. Denn er will eigentlich nur unser Bestes, wie ihr wißt, und das ist unser Geld und unsere Kinder. Die erste Frage ist: Woher nimmt der Staat eigentlich das Recht, die Kinder zu erziehen? Warum darf ein Staat Kinder erziehen? Zweitens, minderjährige Kinder selbst zum Schulbesuch zu verpflichten. Sie werden sehen, das tut er. Vorzuschreiben, daß Kinder nur in der Schule zu erziehen sind. Die sogenannte Schulgebäude-Anwesenheitspflicht. Und auch noch in die körperliche Unversehrtheit von Kindern einzugreifen. Hier habe ich das Beispiel Corona-Tests und Masken.
Wie kann nun der Staat das Naturrecht der Eltern so degradieren, daß er ihnen das Recht nimmt, die Kinder nicht schulisch, sondern frei zu erziehen. Sie dürfen also nicht mehr frei erziehen, sondern müssen das Kind in die Schule schicken. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist erst einmal Artikel 6 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz, wo wir gesagt haben, über die Betätigung von Pflege und Erziehung wacht die staatliche Gemeinschaft. Daraus leitet die Rechtsprechung folgendes ab, und das ist wichtig.
Es gibt eine Schutzpflicht des Staates gegenüber dem Kind und es gibt einen eigenen umfassenden Förderauftrag des Staates gegenüber dem Kind. Das leiten die daraus ab. Hier steht zwar nur wacht, aber gleichwohl macht man daraus einen Förderauftrag. Schulpflicht 1, also wir haben aus der Sicht des Grundgesetzes und der Rechtsprechung gesehen, das Erziehungs- und Pflegerecht der Eltern ist ein Naturrecht. Es steht damit über dem Grundgesetz. Nun soll

die Schulpflicht für Kinder installiert werden. Das muß ganz allmählich durch die Normen-Hierarchie hindurch geschehen.
Und das geht so. Die Formulierung Artikel 7 Grundgesetz begründet keine Schulpflicht. Da steht: "Der Staat hat ein funktionierendes Schulsystem zu gewährleisten." Es muß also nur da sein. Man muß es nicht nutzen. Es ermöglicht jedem den Schulbesuch. Ein Erziehungsauftrag des Staates ist nicht erkennbar. Trotzdem wird durch das Bundesverfassungsgericht der angeblich staatliche Erziehungsauftrag in der Schule dem elterlichen Erziehungsrecht gleichgeordnet. Mit Hilfe der Schutzpflichten des Staates gegenüber dem Kind. Und diese werden dazu benutzt, eigene staatliche Ziele zu verfolgen.
Bei der Erfüllung ihres Auftrags haben die Schulen das verfassungsmäßige Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder zu achten. Kein natürliches Recht mehr, steht da jetzt wortwörtlich, sondern nur noch verfassungsmäßiges Recht. Da sehen Sie, was passiert ist. Aus dem Naturrecht wird ein Verfassungsrecht. Also dem Gesetzesvorbehalt zugänglich. Das ignoriert den naturrechtlichen Vorrang der Elternrechte. Und die Pflege durch die Eltern war schon in der Bayerischen Verfassung vollständig entfallen.
Das Wort Pflege taucht da gar nicht mehr auf. Es geht also nur noch um Erziehung. Nicht mehr um Pflege des Kindes durch die Eltern. Jetzt fragt man sich, wie kann das sein? Einen im Grundgesetz enthaltenen Begriff der Pflege spiegelt die Bayerische Verfassung nicht mehr wider. Interessant. Die Pflege des Kindes wird jetzt einfach in der Schule durch den Staat übernommen. Der sagt, Eltern haben kein Pflegerecht mehr, das mache ich jetzt. Es entsteht also ein juristisches Dilemma. Im Grundgesetz steht, Pflege und Erziehung sind Naturrecht. Der Staat hat nur eine Wächterfunktion.
Im Bayerischen EUG steht, Schulgebäude-Anwesenheitspflicht. Folge: Spaltung von Eltern und Kindern, denn die Schulpflicht richtet die Kinder. Diese kann der Staat nicht verpflichten, auch wenn er es schreibt, also, muß er die Eltern für die Einladung der Schulpflicht sorgen lassen. Konsequenz, das Gericht kann sich jetzt aussuchen, gegen wen es vorgeht. Die gesetzlichen Regelungen beseitigen das Naturrecht der Eltern und öffnen der Willkür das Tor, denn sie sind völlig unbestimmt hinsichtlich Zeitpunkt des Eingriffs, Art des Eingriffs, Intensität des Eingriffs, Dauer des Eingriffs.
Und folgende Fragen blieben während der Corona-Krise unbeantwortet: Wann ist das Kindeswohl gefährdet? Durch eine Corona-Erkrankung? Welche Gefahr ist es? Ansteckung oder schwere Gesundheitsgefährdung? Hat keiner beantwortet. Was dürfen die Eltern nicht wollen? Testen und Maske, das war klar. Das dürfen sie auf gar keinen Fall nicht wollen. Und welche Mittel können die Eltern anwenden, wenn das Kind nicht will? Wußte keiner. Absicherung des Tricks im Bayerischen EUG, Eltern für den Schulbesuch der Kinder Sorge zu tragen durch Zwangs- und Bußgelder.
Und zwar bei Verstoß gegen die Pflichten der Eltern oder der Kinder. Zweck: Eltern dem staatlichen Narrativ zu unterwerfen und ihren Willen zu brechen und die Kinder in den Schulräumen zu disziplinieren und auf Linie zu bringen. Folge: Beseitigung des Naturrechts der Eltern auf Erziehung und Aufenthaltsbestimmung und flächendeckende Entmündigung der Eltern und Umerziehung der Kinder.
Das waren die Folgen für Kinder ohne Schulbesuch in Corona-Zeiten: Sie wurden in liebevollen Kleingruppen individuell betreut und erzogen und hatten Kontakt zu anderen Kindern, die man sich auch aussuchen konnte, die man sich nicht aussuchen mußte, aber konnte. Und dann Aufnahme des Lehrstoffs in wesentlich kürzerer Zeit als in der Schule. Aufgeklärte Eltern bewahren das Kind vor dem täglichen Testen und sinnlosen Maskentragen. Kein Mobbing des Kindes, weil aufgeklärte Eltern ihm geraten haben, Testen und Maskentragen in der Schule zu unterlassen. Und keine seelischen Schäden, weil Mobbing ausfällt.
Was waren jetzt die Folgen für die Eltern, wenn sie dem staatlichen Narrativ nicht gefolgt

sind? Psychische Belastungen wegen der Sorge um das Kind aufgrund der Gefahr durch Testen und Masken. Kind wird nicht zur Schule geschickt. Nachfolgend werden sie kriminalisiert. Dann kommen verfassungswidrige Buß- und Zwangsgelder auf sie zu. Und ein permanenter Versuch der Erzwingung staatskonformen Verhaltens durch finanziellen Druck wird erzeugt. Dadurch entsteht eine Spaltung der Familie. Denn die Folgen für die Kinder, solange sie nicht zur Schule gehen, sind diese: Sie spüren den Druck der Eltern und nehmen Schaden an Körper, Geist und Seele.
Wir sehen also, daß von dem ursprünglich naturrechtlichen Ansatz, der zuvörderst den Eltern obliegenden Pflicht, ihre Kinder zu pflegen und zu erziehen, nicht viel übrig geblieben ist. Der Wächter-Staat greift massiv in diese Beziehung ein. Endstation Corona. Fazit: Der Verfassungs- und Gesetzgeber hat die Elternrechte bewußt ausgehöhlt. Vom Naturrecht ist nichts mehr übrig geblieben. Deswegen kann es jederzeit wieder zu ungezügeltem Zugriff des Staates auf das Kind kommen. Zur Erzwingung dieses Zugriffs durch Strafmaßnahmen gegen Eltern. Doch die Elternschaft und die Familien sind präexistent. Es gab sie bereits vor dem Staat.
Deshalb hat der Staat kein höheres Recht gegenüber Kindern als deren Eltern selbst. Die Unterstützung des Staates für Kinder muß daher auf Notfälle und die Schaffung eines kindgerechten Umfeldes beschränkt werden, oder, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte es sagt: Der Staat ist zur Schaffung von Regelungen verpflichtet, die sich zur Entwicklung von Familienbindungen eignen, und muß Maßnahmen treffen, die ein Zusammenleben ermöglichen.
Also Familienbindung muß geeignet sein. Die Maßnahme muß geeignet sein. Was wir erleben, sind Maßnahmen, die die Familienbindung auflösen und zerstören. Das ist das, was wir hier tun. Das heißt, was der Staat hier tut. Und er stellt sich damit eindeutig gegen die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Mein Epilog: Aufarbeitung tut Not. Rehabilitierung der Opfer dieser Politik tut Not.
Die Bestrafung der Täter tut Not. Es muß gegen neuerliche Auswüchse vorgebeugt werden durch eine massive Aufklärung - vor allem der Bevölkerung, die weiß nämlich gar nichts - der Ärzte, des Schulpersonals, der Verwaltung, der Richter, der Staatsanwälte und der Polizei und eine Schaffung unabhängiger Institutionen zur Überprüfung der von Politikern verbreiteten Meinungen muß her. Und die Verteidigung der Freiheit der Meinung muß durchgesetzt werden, ebenso wie die Freiheit der Wissenschaft.
Schlußendlich muß die Verteidigung unserer Kinder gegen einen übergriffigen Staat erfolgen. Und letztlich die Korrektur des Rechtssystems. Wir brauchen eine Gewaltentrennung, nämlich die Gewalten müssen voneinander getrennt sein und sie dürfen sich die Gewalt nicht mehr untereinander aufteilen, so wie es jetzt momentan der Fall ist."
Dr. Andrea Christidis war erfolgreiche Unternehmerin und deckte massive Korruption und Gewaltverhältnisse in Hessen auf. Danach mußte die Initiatorin von AXION von Grund auf einen neuen Beruf erlernen und ist seit 15 Jahren als forensische Psychologin und unabhängige Gutachterin tätig. Ihren Vortrag hält sie zum Titel: "Psychische und physische Folgen der Inobhutnahme bei Kindern".
"Bindungsabbrüche bei Kindern durch Trennung und Scheidung, durch Tod, institutionelle Kindesherausnahmen, Kidnapping, Kinderhandel und Kinderprostitution führen dazu, daß ganz andere Hormone ausgeschüttet werden, die sehr schädlich für das Kind sind. Ich nenne jetzt nur ein paar, Adrenalin und Cortisol, zum Beispiel. Ab ungefähr sechs Monate Trennung von Eltern und Kind wird die Hirnentwicklung massiv geschädigt. Wir haben unglaublich viele schwere Traumata bei Kindern, die in Heimen groß geworden sind, sogar bis hin zur bipolaren Störung und auch Schizophrenie.
Es ist nachgewiesen, unsere Jugendämter wissen, was sie tun. Das möchte ich Ihnen sagen.

Wenn die ein Kind aus einer Familie herausreißen, wissen sie, daß dieses Kind massiv gestört sein wird. Entweder die, die einigermaßen Resilienz haben, diese Kinder, die werden nicht psychisch krank, die werden körperlich krank. Die können das irgendwie umleiten.
Es ist unfaßbar, was geschieht. Und wenn Kinder dann präventiv herausgenommen werden, ohne daß man wirklich Anhaltspunkte hat, dann ist das für mich ein Verbrechen. Für mich persönlich ist es ein Verbrechen. Das Hauptproblem ist die Eigenüberzeugung und die wirtschaftlichen Vorteile der Profiteure. Dazu gehören Politiker, das kann ich Ihnen sagen, weil Politiker sitzen in der Regel in dem Jugendhilfeausschuß und bestimmen da mit. Behörden insgesamt, nämlich die Jugendämter, die Heimbetreiber vor allem auch.
Und die sind der Auffassung, daß Kinderschutz in erster Linie am besten außerhalb der biologischen Familie gelingt. Nach den Harvard-Studien ist es nicht nur die Hirnentwicklung der Kinder, die gestört ist, sondern, wie ich schon gesagt habe, psychische und physische Störungen, chronische Erkrankungen, Bildungsmangel, ganz oft Bildungsmangel, ganz massiv. Und vor allem, was alle wissen, Kinder, die im Kinderheim groß werden, sind nachher stigmatisiert. Viele Kinder haben mir erzählt, die später raus waren, daß andere Kinder mit ihnen nicht spielen durften, weil sie ja ein Heimkind waren.
Und mit denen spielt man besser nicht, Schmuddelkinder. Also es wird unglaubliches Verbrechen an diesen Kindern ausgeübt. Die Profiteure sind nicht nur Politiker, Jugendamtsleiter, Kinderheime, Verfahrensbeistände, Pharmaindustrie, weil es werden Medikamentenversuche an Kindern betrieben, Richter, Gutachter, Kinderpornographie und Pädokriminalität. Sie hängen alle mit drin. Es gibt noch viel mehr aufzudecken.
Bei den Geschichten von Kentler will ich Ihnen nur sagen, diese Jugendamtsleiter, die die Kinder zu den Pädokriminellen untergebracht haben, das waren früher Jugendamtsmitarbeiter, die sind jetzt Leiter und die sind immer noch in den Jugendämtern tätig. Und die Namen von den Kentler-Untersuchungen, das haben die Untersucher, also die Forscher, haben das sehr stark bemängelt, die werden unter Verschluß gehalten. Das heißt, die Leute dürfen so etwas betreiben mit Einwilligung unseres Staates. Ansonsten würden diese Namen bekanntgegeben."
Manfred Müller ist Rechtsanwalt des Familien- und Arbeitsrechtes. Er nimmt selbst vor Gericht kein Blatt vor den Mund und trägt den Anspruch auf einen fairen Prozeß laut vor. Thema seines Referates war: "Kinder und Eltern als Opfer staatlichen Handelns im Familienrecht".
"Jetzt stellt sich ja die Frage: Wie kommt es denn zum Sorgerechtsentzug wegen Kindeswohlgefährdung, in den Fällen, wenn es um die Verletzung der Schulpflicht kommt. Und das ist, die Richter sind ja intelligent und das kann man wunderschön konstruieren, wenn man so ein bißchen die Familienprozesse und die Hintergründe kennt und vor Augen führt.
Man kommt über eine ganz interessante Schiene dazu. Man sagt, in dem Augenblick, wenn die Eltern, was ja eigentlich möglich wäre, ihre Kinder zu Hause beschulen oder über online oder irgendwelche Möglichkeiten, die ja nun heute vorhanden sind, dann tritt eine soziale Vereinsamung der Kinder ein.
Das ist die Schiene, die intelligenterweise zum Sorgerechtsentzug führt und damit, was der Kollege ja angeführt hat, die verwaltungsrechtliche Schiene zur Seite schiebt. Die Richter entscheiden, wer angehört wird. Kann man Fälle konstruieren über Familienhilfen, Tatsachen schaffen, die belegen, daß die Kinder gar keine sozialen Kontakte haben, obwohl die Eltern mir mitteilen, die sozialen Kontakte sind da. Aber jetzt stellt sich für den Anwalt natürlich die Frage: Wie wollen Sie das beweisen? Oder wie wollen Sie damit durchkommen?
Das heißt ja, das wäre vielleicht eine Möglichkeit. Dann ist die Frage: Ist es zulässig? Nein. Da kommt wieder das Problem. Wie wirkt sich das denn aus im Rahmen von Mißbrauchsfällen oder des Vorwurfs? Wie wird das überhaupt behandelt? Und da muß man sich vor Augen führen: Wir haben im Grunde bei solchen Fällen eine Zweiteilung. Wir haben einmal eine

Komponente, die den strafrechtlichen Bereich betrifft, und wir haben auf der anderen Seite eine Komponente, die den familienrechtlichen Bereich betrifft.
Wenn solche Vermutungen des Kindesmißbrauchs entstehen oder vorhanden sind und man sich direkt zum Beispiel an die Jugendämter wendet, werden Sie es häufig erleben, daß die Jugendämter und die Mitarbeiter drängen, Strafantrag zu stellen, den Umgang komplett einzustellen und die Eltern dazu bringen, erstmal dies zu tun. Interessant war, daß sie in diesem Zusammenhang sagten, wenn solche Mißbrauchsfälle irgendwo auftreten, ich fand das sehr bemerkenswert, wohlgemerkt, die Eltern sollten nicht gleich zur Polizei laufen oder zugleich agieren, tätig werden, sich beeinflussen lassen, sondern versuchen, erstmal zurückzunehmen und erstmal von Dritten Hilfe zu suchen.
Aus gutem Grund, wie Sie später jetzt bei meinem Vortrag dann noch vielleicht mitbekommen werden. Die Gefahr besteht, wenn Sie sofort Strafantrag stellen: Was passiert, wenn es nur Äußerungen der Kinder sind, was soll damit passieren? Es kommt auf das Alter der Kinder an, die Kinder werden vernommen, so ein Glaubhaftigkeitsgutachten, je nachdem, wie fähig die entsprechende Beamtin oder der Beamte ist, der das durchführt, führt nach meiner Erfahrung häufig zu keinem Ergebnis, was verwertbar ist.
Mit der weiteren Folge, und das muß man sich dann überlegen, es geht eine gewisse Zeit in das Land, bis überhaupt diese Vernehmung durchgeführt wird, die Anhörung, und in der Zwischenzeit wird dann häufig von den Jugendämtern, der Mutter zum Beispiel klar gesagt, kein Umgang.
Was passiert mit Kindern, die, wenn hier ein Verdacht des Mißbrauchs vorliegt, der sich nicht bestätigt, die von der Mutter möglicherweise mal manipuliert worden sind, was passiert denn damit? Sie müssen sich jetzt die Situation vorstellen, Ihr Kind erzählt Ihnen das, und die Folge davon ist, wenn Sie es bestätigen, getrieben, teilweise vom Jugendamt und anderen Organisationen, es der Polizei mitzuteilen, wird das Kind dorthin kommen, zu dem Vater oft, wo der Mißbrauch im Raum steht.
Wichtig ist, daß man sich auch vor Augen führt, wenn denn es hierbei herauskommt, daß das Gericht die Auffassung vertritt, daß hier eine Beeinflussung durch die Mutter vorliegt, wird das Gericht dem weiter nachgehen. Und Sie haben die große Gefahr, daß dann in dem Augenblick vorläufige Regelungen getroffen werden, die sogar so weit gehen können, daß zunächst mal der Mutter die elterliche Sorge entzogen wird.
Entweder kommen die Kinder dann zu dem Vater, oder aber, was natürlich die Alternative ist, die Kinder kommen auch noch einmal, kommen in eine Einrichtung, und darüber hat ja auch schon Frau Christidis über die entsprechenden Störungen, nicht in der Tiefe, auch in vorigen Veranstaltungen wurde da schon von gesprochen, über die entsprechenden Traumatisierungen der Kinder, die dann praktisch den Eltern entzogen sind.
Und für mich stellt sich die Frage, wenn ich Müttern nicht mehr gestatte, mit den Folgen des Entzugs der elterlichen Sorge, die meist sofort passiert, ob da nicht unser Staat Pädophile schützt, und dann stellt sich auch für mich die Frage, und dann höre ich auf, ist dies nicht auch gewollt? Um es einfach mal so im Raum stehen zu lassen, ist das nicht gewollt? Und das ist eine ganz, ganz große Gefahr."
Dr. Heinrich Fiechtner ist Hämatologe (Facharzt für Blutkrankheiten) und internistischer Onkologe (Facharzt für Krebserkrankungen), Palliativmediziner (Facharzt für unheilbar Kranke) sowie parteiloser Politiker. In seinem Referat deckte er Machenschaften in der STIKO auf: "Zwischen Hammer und Amboß−Kinder als Opfer fanatisierter Elternteile und einer ideologisierten Justiz, am Beispiel von Corona".
"Die Kinder sind unsere Zukunft. Die Kinder sind die Menschenwesen, die aus einer innigen Beziehung zwischen Mann und Frau und nur zwischen Mann und Frau hervorgehen. Es ist sonnenklar und vollkommen einsichtig, daß es hier eine elementare, vitale Bindung gibt zwi-

schen Kind und Mutter, in die niemand eingreifen darf. Natürlich gibt es die auch zum Vater. Herr Kutschera ist noch da oder weg. Er sagte ja nur, die Mütter haben so diesen Brutinstinkt. Ich habe ein Erweckungserlebnis bei der Geburt meines älteren Sohnes gehabt. Bis dahin war mir das Kind-Haben als Vater völlig egal.
Aber als mein Sohn da herauskam aus dem Leibe seiner Mutter, da hat sich das wie ein Schalter geändert. Und meine Einstellung zum Kinde war eine andere. Also vielleicht gibt es bei Männern auch so was. Ich möchte es nur mal so in den Raum gestellt haben. Zu Corona sagt der jüdische Arzt Wladimir Zelenko: "You only vaccinate a child if you believe in child sacrifice." Und das ist eine ganz steile Aussage.
Dieser fromme Jude, der sehr bekannt war und sehr berühmt wurde durch Behandlungen von Corona-Patienten, er hat am Ende seines Lebens, er ist viel zu früh gestorben, 7000 Menschen behandelt. Sieben davon sind gestorben. Ein Tausendstel sind gestorben. Also ein extrem erfolgreicher Mann spricht davon. Wer den Kindern so etwas zufügt, begeht ein Kindesopfer. Es ist hochinteressant, wie Gerichte agieren. Und es wird daraus verständlich, daß sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser, daß man ihr unsinniges, rechtswidriges Handeln in dieser Weise dokumentiert.
Und jetzt muß man sich überlegen: Wer ist denn die STIKO? Was ist das für ein Elfenbeinturm? Was ist das für eine Institution, die quasi ex cathedra mitteilt, was gut ist, was nicht gut ist und sogar Entscheidungen treffen kann, die unter Umständen das physische Aus eines Menschen bedeutet. Diese Institution wurde gegründet 1972. Interessanterweise war da gerade die Diskussion um die Masernimpfung hochgekocht. Übrigens das Gericht, was dieses Urteil getroffen hat, wir wollen Namen nennen, Köln Oberlandesgericht, Richter Manfred Abs, Dr. Petra Volke und Marion Fasen.
Wir werden uns diese Namen merken und merken müssen. Aber zurück zur STIKO. Die STIKO besteht aus momentan 19 Mitgliedern. Zwölf davon waren länger als die geplanten 3x3 Jahre im Amt. Sie werden von Bundesministerium für Gesundheit im Einvernehmen mit den obersten Landesgesundheitsbehörden benannt.
Also von Neutralität kann hier überhaupt keine Rede sein. Und sind jetzt seit Anfang der 2000er verpflichtet, vor jeder Sitzung etwaige Interessenkonflikte offenzulegen. Interessenkonflikte sei hier gesagt, ich habe Interessenkonflikte und zwar massive mit dem Gebaren dessen, was hier als Staat über uns herkommt. Da habe ich ganz andere Interessen und die will ich auch durchsetzen. Aber in der Wissenschaft sollte man vor jedem Vortrag seine Interessenkonflikte angeben. Zum Beispiel Beziehungen mit pharmazeutischen Herstellern.
Und dann läuft es so wahrscheinlich wie beim DGHO-Kongreß Jahrestagung 2023 in Hamburg. Sitzung über Coronaviren. Der Moderator, ein Herr Cornely aus Köln, dort Ordinarius, der zum Beispiel mich im Wort beschnitten hat, als ich Fragen stellte. Gucken Sie mal rein, mit welchen Pharmafirmen der so zu tun hat. Und diese Interessenkonflikte kommen am Anfang auf eine kleine Dia und werden schnell ausgeblendet. Und dann geht es weiter zum Text und Genaueres hinterfragt niemand. Das sollte man vielleicht mal tun.
Und der letztgültige Beweis für die Befangenheit dieser Institution war doch, Sie erinnern sich, als die Kinderimpfung eingeführt werden sollte. Da kamen plötzlich die Gesundheitsminister um die Ecke und sagten: Wir wollen jetzt, daß auch die Kinder gegen Corona geimpft werden - 02.08.2021.
Und Herr Martens war da noch ganz unsicher, sagte: "Ich würde meine Kinder nicht impfen lassen", vielleicht erinnern Sie sich noch ganz dunkel. Ich habe noch die Gesundheitsminister von Bund und Ländern als Verbrecher bezeichnet, wurde deswegen auch verurteilt, weil ich die Gesundheitsminister verunglimpft hätte. 8 von den 17 haben eine Anzeige gegen mich erstattet. Es sind Verbrecher, es sind Totschläger, die den Tod von Kindern und Menschen billigend in Kauf genommen haben. So, jetzt zeigt uns noch mal an.

Die STIKO ist alles Mögliche, aber keine neutrale Institution, die darüber befinden kann, ob eine medizinische Maßnahme wirklich nötig ist und ob sie wirklich schadlos ist, so wie wir das brauchen. Und wenn man sagt: "Es spielt doch keine Rolle, wenn jemand stirbt", dann muß man sagen, damit ist der Tod, die Todesstrafe, durch die Hintertür eingeführt. Damit ist die Tötung durch die Hintertür eingeführt.
Wir müssen hier aufpassen, denn das Wort Kindeswohlgefährdung ist sozusagen der Zauber, das Zauberwort auch hier. Wir haben bei diesen medizinischen Maßnahmen ja tatsächlich einen ultragroßen Hebel. Ich mache zum Abschluß das Beispiel der Masernimpfung. Masern ist ja sogar vom Bundesverfassungsgericht als verpflichtend vorgeschrieben worden. Und jetzt soll ein Kind in Obhut genommen werden, weil angeblich Mutter nicht in der Lage ist oder der Vater hat es dann übernommen, kann aber nicht und jetzt geht das Kind ins Heim.
Und vielleicht war der Vater sogar dagegen, gegen die Impfung, und es hat bislang keine Masernimpfung. Jetzt ist das Kind in Obhutnahme in einer Verwahranstalt und das darf nicht abgewiesen werden, auch ohne Masernimpfung, muß aber dann in den nächsten vier Wochen die Masernimpfung bekommen. Was glauben Sie wohl, was da geschehen wird? Und glauben Sie mir, ich habe in meiner medizinischen Karriere nur einen schweren Masernfall gesehen. Das war nach einer Impfung mit einer schweren Gehirnentzündung eine junge Frau, die nachher ihr Leben nicht mehr führen konnte.
Wir müssen aufpassen. Der WHO-Vertrag spielt hier nämlich auch rein, der die Länder zwingt, auch so etwas wie Impfungen vorzunehmen, auch damit auch die Inobhutnahme, die Beseitigung der Kinder aus ihrem angestammten und ihnen von Natur her zugehörigen Bereich zu entnehmen. Das menschliche Leben ist dem Gutdünken geöffnet, der Kinderopferung, die es übrigens seit der Antike gab, Kinder wurden geopfert. Das war bei den Phöniziern so. Und interessanterweise die noble Klasse, die Höherstehenden, die Gescheiteren waren besonders dabei. Die einfachen Leute, die es schafften, waren da eher zurückhaltend.
Und ich glaube, wir entdecken gewisse Parallelitäten zu unserem heutigen Land. Wenn Sie gucken, in verschiedenen Städten gab es bei einer Gesamtbevölkerung von 250.000 im Laufe von 200 Jahren 25.000 Urnen, Opfer der Kinder. An so einer Situation sind wir wieder. Wir opfern momentan unsere Kinder für Phantastereien, für sexuelle Perversionen, für medizinische Irrtaten. Und es gilt hier, dem entgegenzustehen, es darf nicht sein, daß wir unsere Kinder für diese Götzen durchs Feuer gehen lassen."
Erwin Prüfert ist Versicherungsfachwirt, zertifizierte Datenschutzfachkraft, Mitglied im Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands. Sein Arbeitsgebiet ist die Forensische Datenanalyse. Einer der wichtigsten Berater bei AXION. Sein Thema: "Reformen zur Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe dringend erforderlich".
"In der heutigen Zeit spielen die EU-Grundrechte und die Datenschutz-Grundverordnung eine entscheidende Rolle im Schutz von natürlichen Personen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, in der Kinder- und Jugendhilfe. Die EU-Grundrechte legen die fundamentalen Rechte und Freiheiten fest, die für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union gelten, darunter Bestimmungen zum Schutz von Minderjährigen. Die Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung und anderer EU-Grundrechte in der Kinder- und Jugendhilfe ist essentiell, um Kinder und Jugendliche zu schützen und gleichzeitig ihre Rechte zu wahren.
Es ist unerläßlich, daß Organisationen und Einrichtungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe die Datenschutzvorschriften einhalten, um die Privatsphäre und Rechte der Betroffenen zu sichern. Wir können nicht ignorieren, daß historisch belastende Strukturen wie die Reform der Reichsjugendhilfe von 1939 immer noch Auswirkungen auf das System der Kinder- und Jugendhilfe haben. Es ist an der Zeit, uns deutlich von diesen vergangenen Ideologien zu distanzieren und zukunftsweisende Reformen einzuleiten, die auf den Grundsätzen von Gleichberechtigung, Freiheit und Menschlichkeit beruhen.

In Anbetracht dessen schlagen wir die Schaffung eines Gremiums auf Bundesebene vor, das eine breite Repräsentation verschiedener Interessengruppen, wie Politik, freie Träger, Eltern- und Jugendorganisationen umfaßt. Diese Initiative könnte eine länderübergreifende und europäische Perspektive in die Planung und Umsetzung von Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe einbringen. Kurz gesagt, es ist an der Zeit, unsere Sozialsysteme zu modernisieren und von historisch belastenden Strukturen zu distanzieren.
Durch effektive Reform und Etablierung einer zeitgemäßen demokratischen Struktur können wir eine Kinder- und Jugendhilfe schaffen, die den Werten von Gleichberechtigung, Solidarität und Menschlichkeit entspricht. Als verantwortungsbewußtes Unternehmen laden wir externe Hinweisgeber, insbesondere diejenigen, die in sensiblen Bereichen wie Kinder- und Jugendhilfe, Krankenhäusern und anderen Organisationen tätig sind, herzlich ein, potentielle Verstöße zu melden, uns wichtige Informationen über Mißstände zuzuspielen.
Ihr Beitrag ist von unschätzbarem Wert, um Integrität und Schutz zu gewährleisten. Wir bieten Ihnen ein vertrauliches und sicheres Hinweisgebersystem an, das es Ihnen ermöglicht, ethisches Fehlverhalten oder gesetzwidrige Handlung ohne Furcht vor Repressalien zu melden. Unser Ziel ist es, die Zusammenarbeit mit externen Aufsichtsbehörden zu stärken und sie bei der Aufdeckung von Mißständen zu unterstützen.
Durch diese gemeinsamen Bemühungen möchten wir dazu beitragen, eine sichere und ethische Umgebung zu schaffen. Wir ermutigen alle, die in diesem wichtigen Bereich tätig sind, mit uns zusammenzuarbeiten, um einen positiven Einfluß zu erzielen und die Veränderung voranzutreiben. Gemeinsam können wir die notwendigen Schritte unternehmen, um Mißstände aufzudecken, anzugehen und eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen. Basierend auf meiner langjährigen Praxis und Erfahrung im Umgang mit Datenschutzgrundverordnung ist mir besonders aufgefallen, daß Jugendämter dieser Verpflichtung nicht in ausreichendem Maße nachkommen.
Daher ermutige ich Sie, Ihren Schriftverkehr mit der öffentlichen Verwaltung zu überprüfen und zu kontrollieren, ob Ihr zuständiges Jugendamt Ihnen Hinweise zur Datenschutzgrundverordnung übermittelt hat. Es ist bedeutsam, daß auch in diesem Bereich die Datenschutzbestimmungen eingehalten werden. Darüber hinaus sollten Sie sicherstellen, daß Ihre weiteren Rechte als natürliche Person laut der Datenschutzgrundverordnung respektiert werden, wozu unter anderem das Recht auf Information, Zugang zu den eigenen Daten, Berichtigung unrichtiger Daten und Löschung personenbezogener Daten gehört.
Es ist wichtig, jedoch Personen darauf vorzubereiten, daß bei der Überprüfung von Bescheiden und Daten der Jugendämter überraschende oder unerwartete Informationen in den Akten auftauchen können. Diese gründliche Prüfung kann dazu beitragen, ein umfassendes Verständnis für die jeweilige Situation zu gewinnen und mögliche Unstimmigkeiten aufzudecken. Es ist daher ratsam, ruhig und sachlich an diese Aufgabe heranzugehen, um angemessen auf die vorgefundenen Informationen reagieren zu können. Diese Vorbereitung ist essentiell, um sicherzustellen, daß alle Beteiligten angemessen informiert sind und potentielle Herausforderungen konstruktiv angegangen werden."
Benjamin Vater ist Sicherheitsberater und universitär geprüfter Vormund, der viel Erfahrung mit hilfebedürftigen Menschen sammeln durfte und eine zusätzliche Qualifizierung in der Gefährdungsbewertung erworben hat. Er referierte zum Thema: "Amtsmißbrauch, Korruption, Mißstände".
"Ich kämpfe für das Wohl unserer lieben Kinder, weil ich alle Kinder liebe. Sie sind geniale kleine Menschen, nach dem Ebenbild Gottes geschaffen. Ich liebe die strahlenden Augen und ich finde, Kinder brauchen eine verfügbare Mama und einen verfügbaren Papa, damit sie wirklich gelingen können. In einem Format vom Bayerischen Rundfunk namens Kontrovers vom 30. 06. 2021 informiert der Psychologe und Forscher Stefan Rücker, daß laut großen

Studien Kinder, die Kontaktabbruch mit einem Elternteil haben, mit massiven psychologischen Folgen kämpfen.
Er bezeichnet ein solches Verhalten als psychische Mißhandlung der Kinder, wenn plötzlich eine liebevolle Bezugs- und Bindungsfigur aus dem Leben gerissen wird. Es ist sogar so schlimm, daß ein Elternteil über mehrere Wochen oder länger gegen seinen Willen gar keinen Umgang mehr mit dem eigenen Kind haben kann, obwohl man voll gleichberechtigt sorgeberechtigt ist. In der Praxis ist es dann regelmäßig so, daß die im öffentlichen Auftrag Handelnden den Elternteil, der den Umgang mit dem Kind verweigert, der wird bevorteilt. Es braucht also keinen Polizeieinsatz, es braucht keine Strafanzeigen, es braucht keine konkrete Gefährdungslage. Entfremdung wird einfach gefördert. Das finde ich einfach schockierend.
Leider wird ein System der Lügen geradezu lanciert. Denn obwohl an Familiengerichten die Wahrheitsermittlungspflicht nach 138 ZPO existiert, werden unwahre Tatsachenbehauptungen nicht geprüft. Stellen Sie sich das vor. An Familiengerichten gibt es grundsätzlich keinen Zeugenbeweis. Das heißt, an deutschen Familiengerichten werden auch keine Zeugen vorgeladen. Also wenn Sie sagen, aber der kann bestätigen, ich habe das nicht getan. Der wird nicht geladen. Was hat das mit Wahrheitsermittlungen zu tun eines Richters? Der beste Lügner gewinnt und der andere kommt ständig in Rechtfertigungsnot.
Das hat meiner Meinung nach nichts mehr mit Rechtsstaatlichkeit zu tun. Am Familiengericht wird, wie wir heute gehört haben, nicht öffentlich verhandelt. Die Beteiligten könnten also glauben, was ihnen beliebt. Es kommt niemals nach außen. Und wer von diesen räumt gerne ein, daß man sich über einen längeren Zeitraum getäuscht hat? Wohl niemand.
Es muß also gedeckelt werden, denn der eigene Ruf steht auf dem Spiel. Sollte sich zum Beispiel herausstellen, daß Jugendamtsmitarbeiter und Verfahrensbeistand zu lügen anfangen, weil sie etwa feststellten, über ein Jahr lang das falsche Elternteil geschützt zu haben, oder Fehlernamen über Alleinerziehende in unzähligen Schriftstücken einschickten, gibt es keine Möglichkeit, diese beiden aus dem Verfahren zu bekommen.
Ein Ehemann trennt sich wegen einer neuen Flamme. Er erfindet, daß die Frau sich mit den Kindern umbringen möchte. Ein sogenannter erweiterter Suizid. Jedoch ist die Mutter Selbsttherapeutin und war nie suizidal. Meinen Sie etwa, man ist auf die Mutter zugegangen? Als Behörde, man prüft man es: "Haben Sie Suizidgedanken? Wie geht es Ihnen? War sie schon mal bei Psychiater?" Nein. Es ist niemand auf sie zugegangen. Beide jungen Kinder wurden ihr von heute auf morgen gesperrt. Komplett. Und zwar über drei Monate komplett weg. Sie lernen also, Befangenheit gegen Umgangsaufsicht und Umgangspfleger gibt es, aber nicht gegen Jugendamtsmitarbeiter und nicht gegen Verfahrensbeistände.
Ist dieser Systemfehler ein Fehler oder ist das Absicht? Ich weiß es selber nicht. Damit wird derjenige, der nicht das Wohl des Kindes im Blick hat, der eine Bindungsperson aus dem Leben reißen will, dazu extra wegzieht, regelmäßig belohnt und so kann und darf es nicht mehr weitergehen, finde ich. Wir erleben also ein Gedankensystem, das eine Eltern-Kind-Entfremdung begünstigt und belohnt, anstatt es zu maßregeln und zu sanktionieren. Wenn ein Elternteil offenkundig gegen die sogenannte Wohlverhaltenspflicht aus § 1684 BGB verstößt, diese Gesetzesvorgabe zum Wohlverhalten der Eltern, ist den schwarzen Schafen tatsächlich egal. Es ist wirklich schockierend.
Geheime Wohnadressen gibt es in Schutzhäusern, mittlerweile auch für Männer, die oft konzeptwidrig aufnehmen. So froh wir alle sein können, und ich bin es auch, daß diese anonymen Schutzhäuser existieren, so leicht sind sie alle manipulierbar. Denn es wird pro Bewohner abgerechnet und subventioniert. So werden also hauptsächlich Hauptwohnsitze, wo man gar nicht wohnt, beispielsweise in Regensburg, vom Jugendamt gedeckt, und das Bürgerzentrum, Leitz heißt er glaube ich, mißbraucht den Schutzparagraphen aus dem Bundesmeldegesetz 51 inflationär, ohne Nachweise.

Stellen Sie sich das vor, es braucht keinen Polizeiansatz, es braucht keine Strafanzeige, es braucht keine Tatsache, es braucht einfach nur die Bitte um Schutz, und es wird gemacht. So wird dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. So ist es auch bei Kindern. Ein sexueller Mißbrauch ist ein Trauma. Je nach Art und Schwere des Traumas verarbeitet das Kind dies, und wegen Scham und Schuldgefühlen mit spezifischen Verdrängungsmechanismen, teilweise auch seelischer Abspaltung und sogenannter Dissoziation. Wenn ein Kind sich öffnet, besteht also ein Gebot großer Eile.
Denn das Traumagedächtnis in der Amygdala, im Gehirn, sorgt dafür, daß wichtige Details vergraben werden. Es besteht also regelmäßig die Gefahr, daß das Kind Wichtiges vergißt, und dies weiß jeder Staatsanwalt. Eltern gelten immer als befangen, selbst die von ihnen beauftragten Privatgutachter. Wir haben das heute schon gehört. Eltern sollten ohne Schulung keine tiefen Gespräche darüber führen, denn einmal besteht als Laie die Gefahr der Retraumatisierung beim Kind durch die Gespräche, und es könnte sein, daß der Täter am Ende behauptet, das Kind wäre mit dem Gedankengut ja geimpft worden. Die sogenannte Suggestionshypothese.
Eltern werden also von allen gebeten, hier der öffentlichen Gewalt voll und ganz zu vertrauen. Das bedeutet für uns alle, Behördenmitarbeiter, die hier zusammenarbeiten müssen, haben eine sehr, sehr hohe Verantwortung für den Erfolg der Ermittlungen, und wir Bürger sollten ihnen vertrauen.
Der Staatsanwalt und Gruppenleiter Hans-Christopher Theissen, der bereits vor ein paar Jahren durch das Vermorat Regensburg Digital bekannt wurde, weil er einen amtsbekannten Mißbrauchstäter ohne Kontaktverbot zum Kind weiter mißbrauchen ließ, macht genauso weiter. Er manipulierte nicht nur den Ablauf der viel zu späten Kindesanhörung, sondern verhinderte sogar systematisch den Opferschutzanwalt, damit nichts herauskommt.
Und jetzt kommt's. Leider, leider wird das vom Justizministerium Dr. Arlott und der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg Michael Schrotberger so gedeckt. Genau wie damals hat der aktuelle Verdächtige - jetzt festhalten - weiterhin jede Woche ohne neutrale Aufsicht Kontakt mit dem minderjährigen Kind. Von Juni bis heute.
Es gibt kein Kontaktverbot. Leider zog dieser Staatsanwalt dann noch den Ermittlungsrichter Christian Erl in die Sache rein. Und auch der Richter wurde übergriffig. Richter Erl war früher Staatsanwalt, auch in Regensburg. Richter Erl hat erst letzten August einen sechsfach geständigen Mißbrauchstäter komplett mit Deal frei gesprochen. Ich finde das bedenklich.
Als der Staatsanwalt mitbekam, daß am OLG Nürnberg ein Opferschutzanwalt mandatiert werden sollte, stellte er das Verfahren schnell ein und begründete es mit mangelhaften Beweisen, die er ja selbst verschuldet hatte. Damit gab es im gesamten Verfahren nie einen Opferschutzanwalt. Und halten Sie sich fest, es gab nicht mal eine Zeugenvernehmung im Beisein eines Zeugenanwalts. Und jetzt kommt der Punkt, ich habe noch die Minute hoffentlich. Sie werden sich also jetzt denken, was ist da los? Was treibt denn den Mann an? Warum sollte sich ein Gruppenleiter, rechte Hand vom leitenden Staatsanwalt, derart aus dem Fenster lehnen?
Meiner Analyse nach war der Hintergrundskandal, daß das bezeichnete Kind konzeptwidrig im Schutzhaus mit Hauptwohnsitz angemeldet war, im Mitwissen des Jugendamtes, obwohl es dort gar nicht lebte. Das Kind wohnte nämlich beim Beschuldigten, ging im Tatzeitraum sehr selten in den Kindergarten und wurde vom Beschuldigten vormittags betreut. Ein Kind wird sexuell schwer mißbraucht, als es im Schutzhaus lebte, kann man nicht zulassen, oder? Geht nicht, muß man verhindern.
Und zu unser aller Bedauern war sich das Justizministerium und sogar die oberste Dienstaufsicht der Generalstaatsanwaltschaft, Oberstaatsanwältin Schmidt und leitender Stellvertreter Schrotberger, nicht zu schade, Ausreden zu erfinden und diese Lügen dann auch noch zu

schreiben. Wir werden die geschwärzt veröffentlichen. Was wurde nun getan, um dem Skandal Herr zu werden? Sie haben es schon heute gehört, man psychiatrisiert den Mitteiler und so ist es gelaufen.
Die Verfahrenspflegerin Frau Weigl-Brechte und das Jugendamt Frau Rock hörten, daß Axion Resist im Boot sitzt, bekamen also wegen der ganzen eigenen Unterlassung, sie haben ja auch das Kind nicht geschützt, Angst und beantragten, zusammen abgestimmt, ein psychiatrisches Gutachten von dem Elternteil, der sein Kind schützen wollte. Frau Weigl-Brechte wollte sogar einen begleitenden Umgang für das Elternteil, weil es könnte ja sein, daß es weiter manipuliert werden könnte.
Und jetzt kommt aber die Pointe, denn, ich formuliere das immer so, Gott ist gut, Lügen haben manchmal kurze Beine. Erst kürzlich bestätigte am Familiengericht genau die Gutachterin, die der Staatsanwalt selber aussuchte, daß ihre Beauftragung im Juli 23 hätte stattfinden müssen. Ihre Exploration konnte erst am 8. Februar, also sieben Monate zu spät, stattfinden. Sie erteilte allen Anwesenden in ihrem Redefluß zwischendrin eine verbale Schelte, weil die Beweissicherung unterlassen wurde.
Und nicht nur das, sie teilte allen mit, daß es keine Hinweise darauf gebe, daß das meldende Elternteil das Kind beeinflußt habe. Leider berichtete sie auch, daß das Kind sich nicht erinnern kann. Der Staatsanwalt hatte also in seinem Tun Erfolg. Jetzt halten sie sich fest, eigentlich müßte der Verfahrensbeistand sagen, okay, lassen wir das psychiatrische Gutachten. War zu groß. Sie haben trotzdem am Antrag festgehalten. Und genau deswegen braucht es Axion. Vielen Dank fürs Zuhören."
Wie Sie an den bemerkenswerten Vorträgen bereits gemerkt haben, wird das "Kindeswohl" immer öfter zu einem Schlagwort reduziert, um Kinder in Umgangs- und Sorgerechtsverfahren gegen ihren Willen und teils gewaltsam von den Eltern bzw. einem Elternteil zu trennen und zu isolieren. Die Auswirkungen auf die seelische Gesundheit der betroffenen Kinder und Familienmitglieder sind katastrophal.
Unter der gemeinnützigen Gesellschaft AXION haben sich neben Dr. Andrea Christidis mehrere Professionen und Fachleute unterschiedlichster Disziplinen sowie Betroffene zusammengeschlossen, um auf diese systematischen Mißstände aufmerksam zu machen und die ausbeuterischen kindes- und familienschädlichen Maßnahmen durch wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu widerlegen.
Betroffene dürfen sich an AXION wenden, dort finden sie eine Interessenvertretung durch Jugend- und Familienberatung, Aufklärung der Öffentlichkeit, Unterstützung hilfsbedürftiger Personen und fachübergreifenden Wissenserwerb. (office@axionresist.com) Das nächste Symposium von AXION Resist ist für den 2. August dieses Jahres angesetzt.
Kla.TV dankt AXION für ihre absolut notwendige und wertvolle Arbeit!<<

30.05.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Krah absolviert Wahlkampfauftritt trotz Anordnung von AfD-Spitze**
AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krah hat, anders als von der Parteispitze angeordnet, doch am Mittwochnachmittag in Dresden einen Wahlkampfauftritte für die Europawahl absolviert. Das berichtet die "Bild" (Donnerstagausgabe). Krah machte demnach Wahlkampf vor dem Prohlis-Einkaufscenter und trug dabei am Wahlkampfstand eine blaue Jacke mit AfD-Logo. Der Auftritt steht im Widerspruch zu dem Auftrittsverbot Krahs durch die AfD-Spitze.
Die zeigte sich laut "Bild" "verwundert" über Krahs Auftritt, wollte jedoch zunächst keinen weiteren Kommentar abgeben. Der umstrittene AfD-Spitzenkandidat hatte bereits 2023 in einem Buch eine andere Definition der Menschenwürde gefordert.
Die Debatte über Krah kam allerdings erst durch mögliche Zahlungen aus Rußland, Ermittlungen zu einem mutmaßlichen Spion unter seinen Mitarbeitern und Äußerungen über die

nationalsozialistische Organisation SS in Fahrt. "Ich werde nie sagen, daß jeder, der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Verbrecher war", wurde Krah aus einem Interview mit der italienischen Zeitung "La Repubblica" zitiert.
In den Verantwortungsbereich der SS, die Buchstaben stehen für "Schutzstaffel", fielen ab 1934 der Betrieb und die Verwaltung von Konzentrationslagern und ab 1941 auch von Vernichtungslagern. Sie war sowohl an der Planung wie an der Durchführung des Holocausts und anderer Völkermorde vorrangig beteiligt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Exmatrikulation für Sylt-Gröler, Kalifatsredner unbelangt? Die unfaßbare Antwort der Hamburger Hochschulen**
Die HAW Hamburg strebt ein Exmatrikulationsverfahren gegen eine Studentin an, die im Sylt-Video auftauchte. Im Fall des Islamisten Raheem Boateng von der "Kalifatsdemo" sieht die Universität Hamburg aber keinen Grund, diesen zu exmatrikulieren - an Hamburger Hochschulen hat man offenbar ein diametral unterschiedliches Rechtsverständnis.
Von *Redaktion*
Weil sie am Pfingstwochenende "Ausländer raus" gesungen haben soll, muß eine Studentin jetzt ein Exmatrikulationsverfahren an der staatlichen Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg fürchten. Das teilte die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) am Montag mit. Die Studentin wurde zuletzt bereits von einer Hamburger Influencerin entlassen, für die sie als Assistentin tätig war. Angesichts des Videos "in dem eine Studierende in einem hochschulfremden Umfeld rechtsextreme Parolen skandiert, sieht sich die HAW Hamburg mit einem enormen Reputationsschaden konfrontiert."
Mit der gleichen Argumentation hätte auch der Islamist Joe Adade Boateng, auch bekannt als Raheem Boateng, der als Gesicht der vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuften Organisation "Muslim Interaktiv" gilt, exmatrikuliert werden müssen. Doch das sehen die beiden großen Hamburger Universitäten ganz unterschiedlich. Apollo News fragte bei der Hamburger Wissenschaftsbehörde, der Universität Hamburg und der HAW nach.
Laut Hamburger Hochschulgesetz, auf das sich die Wissenschaftsbehörde bezog, können Studenten exmatrikuliert werden, sollten sie der Hochschule durch schweres schuldhaftes Fehlverhalten erheblichen Schaden zugefügt haben. Die Universität Hamburg, die größere der beiden Hochschulen, argumentiert im Fall Boateng, daß ein Schaden an der Hochschule nur vorliegt, wenn eine Person mit ihrem Verhalten der Universität einen nachweislichen schweren Schaden zugefügt hat.
"Konkret heißt das, ob Vorfälle vorliegen, die die Person nachweislich verantwortet und sich gegen die Universität, ihre Mitglieder oder den Hochschulbetrieb richten." Dies sei im Fall Boateng eben nicht so. Weiter erklärt die Uni, daß man keinerlei Einfluß auf die privaten Aktivitäten und Äußerungen ihrer Studierenden u.a. in den sozialen Medien habe.
Daß Boateng in Hamburg auf einer Demo Ende April die Forderung nach einem Kalifat stellte, ist für die Universität Hamburg wohl nicht von Relevanz. "Was außerhalb des universitären Kontexts passiert, ist auch außerhalb der Einflußsphäre der Universität, das ist eine Aufgabe für Polizei und Justiz", erklärt die Universität Hamburg weiter. Das Thema sieht die HAW aber offenbar anders.
Auf eine detaillierte Apollo News-Anfrage, in der die HAW mit dem Vergleichsfall Boateng konfrontiert wurde, antwortete man lediglich mit der bereits zuvor veröffentlichten Stellungnahme und ging nicht näher darauf ein, warum man Aktivitäten "außerhalb des universitären Kontexts" bestraft oder inwiefern man eine andere Rechtsauffassung als die Universität Hamburg vertritt.
Neben der Einleitung des Exmatrikulationsverfahrens verhängte die HAW ein zweimonatiges Hausverbot, sodaß die junge Frau bis auf weiteres nicht an Lehrveranstaltungen teilnehmen

kann. Diese Maßnahmen würden ergriffen, weil die Hochschule ein Ort sei, "an dem Menschen unabhängig von ihrer Nationalität, ethnischen Herkunft, Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder ihrer sexuellen Identität willkommen sind".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Mai 2024 (x1.377/…): >>**Migrantengewalt: Wachmann in Potsdam getötet**

Von *Sven Reuth*

Deutschland befindet sich im totalen Krieg gegen Döp Dödö Döp. Der echte und mörderische Krieg auf Deutschlands Straßen geht derweil ungebremst weiter, scheint Politik und Medien aber nicht zu kümmern. Mit Islamisten, potentiellen Terroristen und eingewanderten Kriminellen hat man hierzulande offenbar weniger Probleme. …

Nach einem Angriff in einem Potsdamer Asylheim ist ein Wachmann an seinen schweren Verletzungen gestorben. Der Täter befindet sich auf der Flucht. Die Polizei fahndet nun großflächig nach dem Täter und durchsucht unter anderem den Schloßpark Sanssouci sowie den Bereich um den Bahnhof Park Sanssouci. Der Täter soll laut Medieninformationen identifiziert worden sein, es ist aber noch nicht bekannt, ob er auch schon von der Polizei gefaßt werden konnte.

Scholz wird schweigen

Bei der Asyl-Unterkunft handelt es sich um ein ehemaliges Hotel mit 17 Zimmern, das frühere Schloßgarten-Hotel. Dort sollen nach Informationen der Bild-Zeitung vor allem Ukrainer untergebracht sein. Eine Gefährdung der Nachbarschaft soll angeblich nicht bestehen. Weitere Angaben wurden von der Polizei nicht gemacht.

Mit einer Wortmeldung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ist nach diesem erneuten Tötungsdelikt durch einen Migranten natürlich nicht zu rechnen, die spart sich der Kanzler für den Fall auf, daß irgendwo in Deutschland der Sylt-Ohrwurm gesungen wird oder daß irgendwo zehn Reichsbürger mit einem Luftgewehr gesichtet werden. Das ist dann natürlich wieder "eklig", während zu den unzähligen Tötungsdelikten, die die "Geflüchteten" mittlerweile an Deutschen begangen haben, eisern geschwiegen wird.

Remigration schützt Menschenleben

In den Sinn kommt einem auch, daß in Potsdam ja das von Politik und Medien zur "Wannseekonferenz 2.0" aufgebauschte Treffen einiger CDU- und AfD-Politiker mit dem neurechten Vordenker und COMPACT-Kolumnisten Martin Sellner stattfand. In diesem Kontext fragt man sich, ob Remigration nicht zumindest für jene Ausländer zur Pflicht werden sollte, die in Deutschland schwerste Straftaten begehen. ...<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Potsdam: Wachmann stirbt nach Attacke in Flüchtlingsheim**

In einer Asylbewerberunterkunft in Potsdam ist in der Nacht zu Donnerstag ein Wachmann attackiert und dabei tödlich verletzt worden. Das teilte die Staatsanwaltschaft am Donnerstagvormittag dem RBB mit. Demnach läuft der Polizeieinsatz rund um den Tatort im Westen der Stadt seit circa 4:30 Uhr. Der mutmaßliche Täter ist offenbar noch auf der Flucht - es werde nach ihm gefahndet, hieß es.

Die weiteren Hintergründe waren zunächst unklar. Die "Bild" berichtet unterdessen, daß der Garten rund um Schloß Sanssouci derzeit womöglich nach der Tatwaffe durchsucht wird. Eine Gefährdung der Nachbarschaft soll derzeit nicht bestehen, so die Polizei.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Mai 2024 (x1.378/…): >>**Sensation: Trump will Elon Musk in die Regierung holen**

Das könnte im Falle eines Wahlsiegs von Donald Trump im November dieses Jahres ein Traumpaar der Superlative werden: Donald Trump überlegt offenbar, Elon Musk als Berater in seine Regierung zu holen. …

_ von *Sven Reuth und Daniell Pföhringer*

Das berichtet das Wall Street Journal in einem Artikel, in dem von einer sich intensivierenden Zusammenarbeit von Trump und Musk die Rede ist. Der Tesla-Chef und der Ex-Präsident sollen sich regelmäßig austauschen und auch schon über konkrete Formen der Kooperation nach einem eventuellen Wahlsieg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten nachgedacht haben.

Der dritte Mann: Nelson Peltz

Der Tech-Visionär soll dann insbesondere die Möglichkeit bekommen, Einfluß auf die Wirtschaftspolitik sowie auf Fragen der Grenzsicherung zu nehmen. Musk rufe Trump mitunter auch direkt auf seinem Handy an, weiß das Wall Street Journal. Die Gespräche der beiden Männer drehten sich vorzugsweise um Technologie, Wissenschaft oder Migration.

Schon im März dieses Jahres sollen sich Trump und Musk auf dem Anwesen des US-Milliardärs und Hedgefonds-Managers Nelson Peltz in Florida persönlich getroffen haben, worüber schon die New York Times berichtete. Das Treffen soll dabei in einem ganz besonderen Rahmen stattgefunden haben: Während die auf das Anwesen von Peltz geladenen Gäste - eine Reihe von reichen und einflußreichen Amerikanern - am Sonntagmorgen ein vom Hauspersonal serviertes Frühstück aus Eiern, Speck und frischem Obst genossen, hätten Peltz, Trump und Musk sich zurückgezogen.

Gemeinsam mit dem damaligen Gastgeber soll Musk außerdem an einem "datengetriebenen Projekt" arbeiten, mit dem ein Wahlbetrug bei den kommenden Präsidentschaftswahlen in jedem Fall verhindert werden soll.

Wechselvolle Beziehungen

Peltz und Musk sollen sich außerdem regelmäßig mit Wirtschaftsvertretern treffen, um diese davon zu überzeugen, nicht die Biden-Kampagne zu unterstützen. Das Verhältnis zwischen Musk und Trump galt lange Zeit als bestenfalls durchwachsen. Zu Beginn von Trumps erster Präsidentschaft war der Unternehmer zwar schon kurzzeitig Mitglied seines Wirtschaftsberatergremiums im Weißen Haus gewesen. Nachdem Trump und die USA 2017 aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen waren, gab Musk jedoch seine Position ab. Nun folgte eine Phase, in der sich Musk und Trump in herzlicher Abneigung verbunden waren.

Doch dann entwickelte Elon Musk zunehmend Sympathien für rechte politische Positionen - und näherte sich im Zuge dieses Prozesses auch dem republikanischen Ex-Präsidenten wieder an. Wenige Monate nach dem Kauf der heute X genannten Plattform im Oktober 2022 setzte Musk dann auch gleich sein Versprechen um, dort wieder eine größere Vielfalt an Meinungen zuzulassen. Ausdruck fand dies in der Entsperrung mehrerer politisch mißliebiger Accounts, darunter auch des Nutzerkontos von Donald Trump, dem im Jahr zuvor wegen des sogenannten Sturms auf das Kapitol der Saft auf Twitter abgedreht worden war.

Immun gegen das Woke-Virus

Laut Musks Biograf Walter Isaacson spiegelt vor allem ein Tweet vom Dezember 2021 "seine politische Kehrtwende wider". Damals verwendete er erstmals den Begriff "Woke Mind Virus". Ausgelöst worden sei dieser Sinneswandel "teils von der Transition seiner Tochter Jenna". Elons ältestes Kind, geboren als Xavier, hatte sich kurz zuvor zu einer sogenannten Transfrau erklärt - und bei der Eintragung der neuen Geschlechtsidentität gleich den Geburtsnamen ihrer Mutter angenommen, um zu dokumentieren, daß sie sich von ihrem Vater lossagte.

Dabei hatte der Vater Vivian Jenna Wilson, wie sich der vormalige Sohn nun nennt, deswegen nie Vorwürfe gemacht. Doch Ex-Xavier hatte sich durch "progressive Indoktrination" an ihrer Schule in "eine linksextreme, woke, demokratische Aktivistin" verwandelt, zitiert Isaacson den Tech-Unternehmer in Elon Musk. Die Biographie. Fortan habe Musk einen regelrechten "Eifer gegen Wokeness" und eine "Tendenz zu Verschwörungstheorien der Alt-Right-Bewegung" entwickelt, so der Autor. Dies habe sich mit seiner "libertären Ader, die sich vor

allem aus seiner natürlichen Abneigung gegen Vorschriften und Regeln" speise, zu einer explosiven Mischung verbunden. Eine explosive Mischung, die in den kommen Jahren dann vielleicht sogar der US-Politik ihren Stempel aufdrückt.<<

31.05.2024

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/24" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.387/…): >>**Das Weltklima retten mit immer weniger deutschen Produktionsstätten**

Grünes Wirtschaftswunder

Reiner Osbild

Einst herrschte ökologischer Pragmatismus, die Ziele Wachstum und Umwelt sollten vereint werden.

Dieses Paradigma unter dem Schlagwort "Qualitatives Wachstum" besagte, daß über spezifische Umweltsteuern das Wirtschaftswachstum umweltfreundlich gestaltet werden könne. Jene friedliche Koexistenz wurde in Deutschland schon vor der Ampel-Zeit aufgekündigt.

Inzwischen herrscht ein Klimafundamentalismus, dem Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand hemmungslos untergeordnet werden. Beleg dafür ist die jüngste Umfrage des Ifo-Instituts, wonach sich die Wettbewerbsposition der deutschen Industrie innerhalb der EU und auf den Weltmärkten seit zwei Jahren verschlechtere.

Innerhalb der EU berichteten die Unternehmen, daß sie bei der Wettbewerbsposition zurückfallen. Ähnliches gelte auf den Weltmärkten, wo diese Entwicklung schon im ersten Quartal 2022 begonnen habe. "Für die deutsche Industrie wird es schwieriger, sich im Wettbewerb zu behaupten", sagt Ifo-Ökonom Klaus Wohlrabe.

Exemplarisch ist der Niedergang der Autoindustrie (JF 22/24): 2016 liefen noch 5,7 Millionen Pkws von den Bändern in Deutschland, 2023 waren es nur noch 4,1 Millionen. Der erzwungene Strukturwandel zum Elektroantrieb stellt heimische Zulieferer vor große Probleme, während die Weltkonzerne einfach mehr im Ausland produzieren. Das gilt auch für die von den Energiepreisen gebeutelte chemische Industrie, deren Flaggschiff BASF in Ludwigshafen abbaut, aber über zehn Milliarden Euro in China investiert.

Ob Abwanderung, Produktionskürzung oder Insolvenz: die Deindustrialisierung Deutschlands ist in vollem Gange. Ist sie sogar gewollt? Vieles spricht dafür, daß der Ehrgeiz von Robert Habeck darin besteht, seiner grünen Klientel zu erklären, Deutschland habe "seine" Klimaziele erreicht - was in dreifachem Sinne Unsinn ist:

Erstens nützt es dem Weltklima nichts, wenn ein Land mit 84,7 Millionen Einwohnern irgendwelche selbst gesteckten Ziele erreicht, der Rest der Welt mit einer Acht-Milliarden-Bevölkerung es jedoch bei Lippenbekenntnissen beläßt. Zweitens wird das verteufelte CO2 nicht weniger, wenn statt in Deutschland verstärkt im Ausland produziert wird. Der niedrige Gas- und Strompreis in den USA verleitet im Gegenteil dazu, sorgloser mit den Ressourcen umzugehen.

Drittens wird die Angebotsseite übersehen: Gas, Kohle und Öl, die nicht mehr in Deutschland verbrannt werden, landen dann eben im Rest der Welt, wo über 95 Prozent der Weltproduktion erbracht werden. Solar- und Windenergie gewinnen zwar auch dort an Bedeutung, werden aber keineswegs als Allheilmittel angesehen. Die Vertreibung der Industrie wird zum umwelt- und klimapolitischen Bumerang.

Deutschland betrachtet sich zu Unrecht als Vorbild. Denn der offenkundige Verlust an Wettbewerbsfähigkeit ist ein starkes Indiz, daß die hiesige "Energiewende" in eine Sackgasse führt. Insbesondere die rasch wachsenden Schwellenländer setzen auf Wachstum, getragen von Kernenergie und - weiterhin - fossilen Brennstoffen. Eine der wenigen Hoffnungen im trüben deutschen Umfeld bildet die Pharmaindustrie, deren Geschäftsklima stabil auf hohem Niveau verbleibt. Kein Wunder, möchte man sagen, ist doch Bill Gates in der Pharmabranche investiert; der WHO-Sponsor hält mit seinen Anzeigen auch etliche deutsche Medienhäuser über

Wasser. Solch einen Menschenfreund vergrault man nicht gerne. Zufall oder nicht?<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/24" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.387/…):

>>**Unternehmensführer positionieren sich gegen die AfD**

Politische Kampagne: Dax-Konzerne, Arbeitgebervertreter und der DGB agitieren für mehr EU, Diversität und anhaltende Masseneinwanderung

Paul Leonhard

Wen würde ChatGPT bei der EU-Wahl ankreuzen? Laut Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung wohl die woke Partei Volt Europa, die linke Tierschutzpartei oder die Grünen, denn mit denen hat das auf Künstlicher Intelligenz (KI) beruhende US-Dialogsystem zwischen 88,6 und 84,8 Prozent Übereinstimmung. Union und FDP kommen immerhin auf 56,1 bzw. 60,6 Prozent.

Um die AfD würde die deutschsprachige Version von ChatGPT einen großen Bogen machen, denn hier liegt die Übereinstimmung bei nur 17,4 Prozent. Das ergab ein wissenschaftliches Experiment des Finanzökonomen Christian Rieck, das der Professor für Wirtschaftstheorie an der Frankfurt University of Applied Sciences auf seinem Youtube-Kanal zur Spieltheorie veröffentlichte.

In Umfragen sieht es anders aus. Da liegt die zweitgrößte Oppositionspartei stabil auf Rang zwei. Das mißfällt nicht nur Ampelpolitikern: "Jedem Unternehmer, jedem Arbeitnehmer muß klar sein: Die AfD schadet Deutschland."

So warnte CSU-Generalsekretär Martin Huber im Handelsblatt. Die AfD "schadet unserer Volkswirtschaft, unserer Gesellschaft, unserer Zukunft", echote der CDU-nahe Christian Kullmann, seit 2017 Chef der Evonik Industries AG (Ex-Ruhrkohle) in der Süddeutschen Zeitung. Und für FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai stellt die AfD "ein ganz erhebliches Risiko" für den Erfolg der deutschen Wirtschaft dar, weshalb er deren Vertreter auffordert, "die von der AfD ausgehenden Gefahren klar zu benennen".

Nicht jeder wurde so deutlich wie Multimilliardär Reinhold Würth

Der SPD-hörige Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und sein einstiger Konterpart, der Arbeitgeberverband BDA, warnen in einer gemeinsamen Erklärung: "In Zeiten, in denen Populisten und Extremisten die Demokratie angreifen und das Vertrauen in unser politisches System zu untergraben versuchen, müssen wir Flagge zeigen." Gemeinsam wolle man alle Unternehmen und Betriebe sowie die Betriebs- und Personalräte ermutigen, "für die Demokratie zu werben und sie wo nötig entschlossen zu verteidigen", ohne die AfD jedoch schriftlich zu erwähnen.

Wissenschaftliche Rückendeckung für ein aktives Bekenntnis gegen die Oppositionsparteien AfD und auch das neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) liefert eine Studie des arbeitgeberfinanzierten Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), nach der ein Großteil (77 Prozent) der 905 befragten Geschäftsführer, Vorstände oder Leiter von Strategieabteilungen ein langfristiges Erstarken der AfD für gefährlich für den Bestand der EU und des Euro hält. 54 Prozent gaben an, es sei eine betriebsinterne Positionierung gegen die AfD oder - bei 47,3 Prozent - eine öffentliche Stellungnahme erfolgt.

"Die Ergebnisse zeigen, daß Unternehmen in dieser wichtigen Frage ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden", kommentiert Matthias Diermeier, Geschäftsführer der neuen IW Gesellschaftsforschung gGmbH und Leiter des "Kooperationsclusters Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft", das Umfrageergebnis.

Auch wenn Knut Bergmann, Leiter des IW-Hauptstadtbüros, in der Rheinischen Post zugestand, daß "wir nicht 1932 haben" und "Alice Weidel nicht Adolf Hitler" sei, machen speziell Diermeier und IW-Direktor Michael Hüther bei jedem Medienkontakt heftig mobil gegen die AfD.

Der 89jährige schwäbische Unternehmer Reinhold Würth, laut dem US-Wirtschaftsmagazin

Forbes mit einem Vermögen von 35 Milliarden Dollar auf Rang 47 der globalen "Billionaires List", rechnet ab 2025 zwar mit einer schwarz-roten oder schwarz-grünen Koalition, er warnte aber im März in einem Schreiben an seine 27.000 Mitarbeiter eindringlich: "Bloß wegen ein bißchen Spaß an der Freude Rabatz zu machen und aus Unmut über die Ampelregierung die AfD zu wählen, ist einfach zu wenig", so der Firmenpatriarch.
Zwei Dax-Konzerne, die vor 80 Jahren nicht im Widerstand waren, wollen nicht nur den eigenen Mitarbeitern ins Gewissen reden, sondern via FAZ einem etwas größeren Publikum: "Krude Gedanken wie Remigrationspolitik und Ausländerfeindlichkeit überschreiten eine rote Linie", erklärte Siemens-Chef Roland Busch ohne jeden Beleg vorige Woche in der FAZ.
"Es gibt immer dann eine Drift zu den Extremen, wenn die Dinge im Umbruch sind, wenn die Wirtschaft unter Druck gerät und auch wenn die Migration einen negativen Beigeschmack hat, weil sie schlecht gemanagt ist." Das sei aber kein Grund, AfD zu wählen, deshalb "müssen wir jetzt aufstehen und einschreiten", so der 59jährige Physiker aus Erlangen.
Mercedes-Chef Ola Källenius argumentiert im selben FAZ-Interview mit seinen "114.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 121 Nationen": Das Werk in Sindelfingen und "die ganze Stadt und Region haben enorm von Zuwanderung profitiert, von den ersten Gastarbeitern bis zu unserer vielfältigen Belegschaft heute".
Allerdings muß man bei Mercedes wie bei Siemens die Mitarbeiter aus den Hauptasylländern Syrien, Afghanistan, Irak oder Somalia mit der Lupe suchen. Und Autos wurden von denen "auch nicht entwickelt". Dennoch beteiligt sich Mercedes "an Kampagnen, wir informieren, wir versuchen für Aufklärung zu sorgen, wir gehen in Betriebsversammlungen", und man setze "klare Grenzen mit klaren Verhaltensregeln".
Deswegen finanzieren die beiden Dax-Konzerne zusammen mit 33 weiteren Großunternehmen - darunter BMW, Ford, Henkel, "Marlboro-Hersteller" Philip Morris, Thyssenkrupp und VW - sowie dem DGB und dem Industrieverband BDI die EU-Wahl-Kampagne "Wir stehen für Werte", die sich mit ihren firmeninternen "Diskussionsrunden, Workshops, Townhalls, Videobotschaften und Informationsveranstaltungen" nicht nur an die "rund 1,7 Millionen Mitarbeitenden der Unternehmen" richten. Denn "ohne Diversität sind Innovation und Erfolg im globalen Wettbewerb nicht denkbar", behauptet BASF-Chef Markus Kamieth auf der am 7. Mai gestarteten Kampagnenseite.
Hat die Ampelpolitik die Wähler in die Arme der AfD getrieben?
"Die kommende Europawahl ist entscheidend", mahnt Bosch-Geschäftsführer Stefan Hartung. Und Wolf-Dieter Adlhoch, einst Büroleiter des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), deutet an, um was es den Unternehmensführern wirklich geht - Masseneinwanderung, damit die Lohnforderungen der länger hier Lebenden im Zaum bleiben: "Für viele ist ihre Arbeit bei uns, zum Beispiel in der Gebäudereinigung oder der Altenpflege, der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt und somit der Schlüssel zu einer gelungenen Integration", so der Chef der Dussmann Group.
Nachdenklicher äußert sich der Geldadel im Handelsblatt: Man dürfe die AfD nicht einfach ignorieren, sondern man müsse sie mit Argumenten schlagen", glaubt Jeanette zu Fürstenberg, Gründungspartnerin des mit General Catalyst fusionierten Risikokapitalfonds Venture-Capital-Fonds La Famiglia, deren Büro sich im Bodenseekreis befindet, in dem auch Alice Weidel Wohnsitz und Wahlbezirk hat.
Auch Marie-Christine Ostermann, frühere FDP-Politikerin und seit 2023 Präsidentin des Verbandes der Familienunternehmer, setzt eher auf Argumente, denn wokes Manager-Sprech. Ihr Verband hat sich in zwei Analysepapieren nicht nur mit der AfD, sondern auch der Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung auseinandergesetzt.
Das Fazit: Die EU-Austrittsdrohung und das "unfinanzierbare Rentenkonzept" der AfD seien "die schwerwiegendsten Beispiele für eine standortfeindliche Politik", doch die Bundesregie-

rung habe mit ihrem Gebäudeenergiegesetz (GEG/"Heizungshammer") oder dem Bürgergeld viele Wähler in die Arme der AfD getrieben, die "den Staat als zunehmend übergriffig wahrnehmen".
Die fatalen Fehler würden "teils aus eigener Ideologie, teils aus Unverständnis über die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge von Angebot und Nachfrage" resultieren und ebenso aufgrund "eines Menschenbildes, das den bürokratischen Obrigkeitsstaat zur Umerziehung braucht", kritisiert Ostermann: "Die beiden großen Ampelparteien sind am lautesten bei der Verdammung der AfD - aber stärken genau diese Partei mit ihrer konkreten Politik."
Das EU-Parlament selbst ist auf seiner Wahlseite (elections.europa.eu/de/how-to-vote/de) wie der Wahl-O-Mat parteipolitisch neutral. Es wird sogar darauf hingewiesen, daß es in Deutschland - anders als bei Bundes- und Landtagswahlen, "derzeit keine Sperrklausel bei der Europawahl" gibt. …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/24" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.387/…):
>>**"Bemerkenswerte Gelassenheit"**
Das jüngste Saar-Hochwasser war nicht dem Klimawandel geschuldet / Aus dem Ahrtal-Desaster einiges gelernt
Christian Schreiber
Die Saar war noch nicht wieder in ihr Bett zurückgekehrt, da tobte schon der Streit: "Da stellen sich dann die Vorsitzenden hin, Friedrich Merz, und sagen: Die Welt wird schon nicht untergehen. Sag das mal den Leuten im Saarland, für die ist die Welt untergegangen. Buchstäblich!", entgegnete Robert Habeck auf eine Aussage des CDU-Chefs, der davor gewarnt hatte, die Klimadebatte überzubewerten. Enorme Regenmengen haben im Saarland Überflutungen, Erdrutsche und hohe Schäden verursacht.
Doch 134 Tote und Hunderte Verletzte wie bei der Ahrtal-Flut 2021 gab es nicht. Bei Bergungsarbeiten kam eine Person zu Tode, die mit einem Rettungsfahrzeug zusammenstieß. "Die Bevölkerung hat sehr besonnen reagiert", konstatierte Ministerpräsidentin Anke Rehlinger. Offenbar hatten die Verantwortlichen Lehren aus dem Ahrtal-Desaster gezogen. Die Warn-Apps informierten frühzeitig über die Lage. Als am 17. Mai ersichtlich war, daß die Stadtautobahn in Saarbrücken überflutet würde, gab es bereits Katastrophenalarm.
Manche Erinnerungen wurden wach an die Weihnachtszeit 1993
Engmaschig informierten sie via Rundfunk und Internet über die Entwicklung. Die Saarländer sind Hochwasser gewöhnt. Die Autobahn A 620 in der Landeshauptstadt verläuft direkt neben dem Fluß und wird im Volksmund "breitester Nebenfluß der Saar" genannt. Ein- bis zweimal pro Jahr ist sie daher gesperrt. In aller Regel verläuft das glimpflich. Die Debatte um Auswirkungen des Klimawandels hat die Saarländer irritiert.
Erinnerungen wurden wach an die Weihnachtszeit 1993. Bei dem Jahrhunderthochwasser stieg der Pegel in Saarbrücken auf 8,24 Meter. Die Innenstadt lief voll. Diesmal wurde der Scheitelpunkt bei 6,40 Meter erreicht. Das soll die kritische Situation in den Abendstunden des 17. Mai nicht bagatellisieren. Aber schon 48 Stunden später kehrten viele zur Normalität zurück. In den Biergärten rund um die Saar, die einen Tag zuvor noch unter Wasser standen, begannen die Aufräumarbeiten.
Zwei Tage nach Pfingsten meldete das Innenministerium wieder Normalbetrieb. Doch die Schäden sind immens. Es hat vor allem Infrastruktur getroffen. In Saarbrücken wurde eine Tennis-Anlage komplett geflutet und weitgehend zerstört. Zahlreiche Straßen wurden beschädigt, auch Brückenpfeifer wurden in Mitleidenschaft gezogen. An manchen Landesstraßen im Saarland können die Sperrungen laut Landesbetrieb für Straßenbau längerfristig sein. Teilweise seien "immense Schäden" zu beheben, insbesondere dann, wenn Straßen nicht allein durch Erdmassen oder Geröll blockiert, sondern weg- und eingebrochen seien, hieß es in einer Mitteilung.

Unterdessen wurde auch das Ausmaß des Unwetters bekannt. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) maß im Saarland stellenweise mehr als 100 Liter Regen pro Quadratmeter in nicht einmal 24 Stunden. Im gesamten vergangenen Monat April waren in der Region rund 74 Liter Regen pro Quadratmeter gemessen worden - und dies war ein Sechstel mehr Niederschlag als normalerweise in dem Monat. "Es ist klar, daß wir es mit massiven Schäden an privatem Eigentum, aber auch an Infrastruktur wie Straßen, Brücken oder auch Kitas zu tun haben", sagte Ministerpräsidentin Rehlinger.
Die SPD-Politikerin fügte hinzu: "Wir werden sicherlich Jahre mit den Folgen kämpfen müssen." Unterdessen hat das SPD-Kabinett in Saarbrücken Soforthilfen auf den Weg gebracht, um betroffenen Menschen zu helfen. Denn auch an Privateigentum ist erheblicher Schaden entstanden. Keller liefen voll, teilweise bekamen Fundamente Risse. "Das Saarland hält zusammen. Wasserfest", bemühte Rehlinger ein Wortspiel und lobte abermals die Bevölkerung und deren "bemerkenswerte Gelassenheit".
Anmerkungen von "Wetterexperten", die Menschen der Region müßten sich aufgrund der globalen Erwärmung verstärkt mit solchen Phänomen auseinandersetzen, wurden kaum zur Kenntnis genommen. "Es handele sich um ein Ereignis, wie es nur alle 20 bis 50 Jahre stattfinde", teilte das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz in Saarbrücken mit. Und der Blick auf das letzte große Hochwasser im Jahr 1993 gibt der Statistik recht.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.383/…):
>>**Steuerquote steuert auf Rekordniveau zu**
Die Steuerquote, der Anteil der Steuereinnahmen an der Wirtschaftsleistung, wird in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Das geht aus Zahlen der Bundesregierung hervor, über die der "Spiegel" berichtet.
Demnach steigt die Quote von 22,4 Prozent in diesem Jahr auf 23,3 Prozent im Jahr 2028. Zumindest für dieses Jahrhundert wäre das ein neuer Rekordwert.
Im kommenden Jahr macht die Quote einen besonders großen Sprung auf 22,8 Prozent. 2026 soll sie bereits bei 23,1 Prozent liegen, ein Jahr später bei 23,2 Prozent. Fachleute der Bundesregierung machen vor allem den Tarifverlauf der Einkommensteuer, die Progression, für die Entwicklung verantwortlich. Sie hat zur Folge, daß Arbeitnehmer bei Gehaltssteigerungen teilweise überproportional mehr Geld ans Finanzamt abführen müssen.
Zum Vergleich: 2005 lag die Steuerquote noch bei 19,7 Prozent. Wollte die Regierung die Belastung auf das damalige Niveau drücken, müßte sie für 2025 ein Entlastungsvolumen von rund 135 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Seit Jahren begnügt sich die Bundesregierung laut Kritikern mit kosmetischen Korrekturen des Steuertarifs, seit Jahrzehnten gab es keine grundlegende Steuerreform mehr.
Lediglich die Inflationsgewinne des Fiskus fließen an die Bürger zurück. Für Anfang 2025 plant Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) den nächsten Entlastungsschritt. Wie hoch er ausfallen wird, steht noch nicht fest, wird aber derzeit verhandelt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Nouripour begrüßt Kurswechsel bei Ukraine-Waffeneinsatz**
Grünen-Chef Omid Nouripour hat die Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der Ukraine den Einsatz von westlichen Waffen gegen Ziele in Rußland zu erlauben, begrüßt und gleichzeitig das Zögern der Regierung kritisiert. "Es ist gut und überfällig, daß jetzt Klarheit herrscht", sagte Nouripour den Zeitungen der Mediengruppe Bayern (Samstagausgaben). "Denn es ist ein gemeinsames Anliegen von Deutschland und seinen internationalen Partnern, die Ukraine darin zu unterstützen, sich bestmöglich gegen die russische Aggression zu verteidigen." Dafür sei es wichtig, wohlüberlegt zu handeln und gleichzeitig zügig auf die dynamische Entwicklung zu reagieren.
"Ein künstliches Herauszögern von Entscheidungen sorgt für Unsicherheit bei den Deutschen

und für weniger Schutz der Ukrainer", fügte Nouripour hinzu. Die Ukraine habe nach dem Völkerrecht das Recht dazu, zur Verteidigung auch Waffen auf russischem Territorium einsetzen zu dürfen. "Wenn man diese Debatte nicht will, muß man die Ukraine anderweitig unterstützen.
Deshalb werben wir als Grüne für mehr Systeme zur Luftabwehr, wie Iris-T und Patriot", sagte der Grünen-Parteivorsitzende weiter. Die Tatsache, daß die Ukraine die Debatte selbst befördert habe, zeige, "wie vertragstreu sie ist". Nouripour verwies darauf, daß die Ukrainer sich bisher an alle Vorgaben gehalten hätten, die ihnen gegeben worden seien. "Das sollten wir bei der Diskussion nicht vergessen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.383/…): >>**L'Amour Toujours in den Top 10 der Deutschen Single-Charts**
Nach der Diskussion über rechtsextreme Parolen zur Melodie von Gigi D'Agostinos "L'amour Toujours" auf Sylt, ist der 1999 veröffentlichte Song auf Platz acht der offiziellen deutschen Single-Charts zurückgekehrt. Das teilte die GfK am Freitag mit. Bereits diesen Januar war das Lied für eine Woche auf Rang 96 plaziert gewesen. An die Spitze der Single-Charts schaffte es der Rapper Pashanim mit "Mittelmeer".
Er verdrängt damit "Wunder" von Ayliva und Apache 207, die nach vier Wochen auf Platz eins nun an zweiter Stelle stehen. Den zweitstärksten Neueinstieg legt das Duo Zartmann und Ski Aggu ("Wie du manchmal fehlst", sieben) hin. Weiterhin im Ranking vertreten sind die "Eurovision Song Contest-Acts Joost" ("Europapa", 35), Isaak ("Always On The Run", 64) und Nemo ("The Code", 99). Bei den Alben gelingt Twenty One Pilots ("Clancy") ihre erste Spitzenposition.
Billie Eilish ("Hit Me Hard And Soft", zwei) und Taylor Swift ("The Tortured Poets Department", vier), Rudy Giovannini ("Wenn im Frühling Blumen blühen", drei) und Lenny Kravitz ("Blue Electric Light", fünf) reihen sich dahinter ein. Außerdem sind Solar Fake ("Don't Push This Button", sechs), Billy Andrews aka The Dark Tenor ("Alive 10 Years", sieben), Bring Me The Horizon ("Post Human: Nex Gen", acht) sowie BTS-Leader RM ("Right Place, Wrong Person", neun) auf den ersten zehn Plätzen vertreten.
Die offiziellen deutschen Charts werden von GfK Entertainment im Auftrag des Bundesverbandes Musikindustrie ermittelt. Sie decken 90 Prozent aller Musikverkäufe ab.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 31. Mai 2024 (x1.370/…): >>**Gesetz als "Test": Habeck in der Kritik**
Vorwurf eines fragwürdigen Demokratieverständnisses des Wirtschaftsministers / Oppositionsparteien fordern Rücktritt und Rücknahme des Heizungsgesetzes / Habeck: Interpretation seiner Worte "mißgünstig"
Eine Äußerung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), das Gebäudeenergiegesetz sei ein "Test" gewesen, ist auf überwiegend negative Reaktionen in Politik, Medien und sozialen Online-Netzwerken gestoßen. Auch Staatsrechtler und Energiefachleute äußerten sich ablehnend. Auf einer Veranstaltung zum 75-jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 26. Mai in Berlin hatte Habeck gesagt: "Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz, also wie heizen wir in Zukunft, war ja auch ehrlicherweise ein Test, wie weit die Gesellschaft bereit ist, Klimaschutz, wenn er konkret wird, zu tragen - und ich bin zu weit gegangen."
Die Tageszeitung "Welt" wies darauf hin, daß die Debatte um das Gesetz die Bevölkerung enorm verunsichert hätte und daß die Wärmepumpe laut des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie zum "Ladenhüter" geworden sei. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie (BDH), Markus Staudt bezeichnete Habecks "Test am offenen Herzen" nicht als "empfehlenswerte Strategie für politisches Handeln".
Die Tageszeitung "Nordkurier" faßte die Reaktionen in den sozialen Netzwerken mit der Aussage zusammen, der Vizekanzler hätte "einen unfreiwilligen Einblick in sein Denken gegeben

und offenbart, wie er über Bürger und Mehrheitswillen denke".
Das Online-Magazin "Nachdenkseiten" kritisierte Habecks "politische Kälte" und erinnerte an andere "brutal ehrliche" Äußerungen von Politikern wie der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel oder dem ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler.
Habeck hätten bislang auch seine "harten Wahrheiten" öffentlich kaum geschadet, da viele etablierte Medien solche Eingeständnisse nicht kritisch begleiteten oder sogar lobten, heißt es im Nachdenkseiten-Beitrag.
Das Onlinemedium "Nius" stellte die Frage, ob die Deutschen "nur ein Versuchskaninchen für die Klima-Politik der Grünen Partei" seien und zitierte den Staatsrechtler Volker Böhme-Neßler: "Die Politik testet das Volk? Je länger man über diese Aussage nachdenkt, desto schlimmer wird sie… Was für ein Demokratieverständnis…".
Der stellvertretende Parteivorsitzende sowie klimaschutz- und energiepolitische Sprecher der CDU, Andreas Jung, bezeichnete in einem Interview mit der "Welt" die Wortwahl Habecks als "despektierlich" und forderte aufgrund des Fehlereingeständnisses des Ministers die Rücknahme des Heizungsgesetzes. Der baupolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Marc Bernhard, teilte Multipolar mit, ein Minister dürfe "kein spekulierender Pokerspieler" sein, sondern habe "den verfassungsmäßigen Auftrag, Fürsorge und Verantwortung für das deutsche Volk zu übernehmen", und forderte Habecks Rücktritt.
Zudem machte Bernhard auf eine Analyse der FDP aufmerksam, nach der das Heizungsgesetz "mindestens 2.500 Mrd. Euro" koste. Im besten Fall würde das Gesetz eine Kohlendioxid-Einsparung in der Größenordnung dessen bringen, was China in 32 Stunden an Kohlenstoffdioxid ausstößt, so Bernhard weiter.
Die Pressestelle des Bundeswirtschaftsministeriums teilte auf Anfrage von Multipolar mit, der Minister habe den Kritikern des Gesetzes zugehört und Kompromisse vorgeschlagen. "Genau das ist sein Politik- und Amtsverständnis: Zuhören, Kritik ernstnehmen, Kompromisse und Lösungen finden und sein politisches Handeln immer wieder aufs Neue und auch im öffentlichen Dialog zu überprüfen - das hat der Minister mit 'Test' gemeint."
Habeck selbst sagte nun in Berlin, seine Äußerungen seien "mißgünstig" interpretiert worden. Seine Aussage habe nicht bedeutet, "Wir probieren mal was aus. Und Menschen sind Labor-Ratten oder so etwas." Mit der Formulierung habe er die Erfahrungen aus der Klimadebatte gemeint.
Die im September 2023 mit den Stimmen der Ampelkoalition im Bundestag beschlossene Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) war bereits innerhalb der Regierungsfraktionen umstritten. Eine Umfrage des MDR am Tag der Abstimmung im Bundestag ergab, daß zumindest die große Mehrheit der Ostdeutschen gegen eine Einbaupflicht von klimafreundlichen Heizungen in Bestandsgebäude war. Eine Umfrage des Energiedienstleisters Techem vom April 2024 ergab, daß nur 38 Prozent der befragten privaten Vermietenden und 24 Prozent der Geschäftskunden das GEG positiv bewerteten.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.369/…):
>>**Grüne Jugend fordert Reichensteuer und Linksruck**
Angesichts drohender Verluste bei der Europawahl und eines Rechtsrucks in der Gesellschaft mahnt die Grüne Jugend eine Kurskorrektur der Ampel-Regierung und der Grünen an. "Es kann nicht sein, daß eine winzige Minderheit auf Milliardenvermögen sitzt, während viele Kinder nicht mal ein warmes Mittagessen auf dem Tisch haben", sagte Grüne-Jugend-Bundessprecherin Svenja Appuhn der "Süddeutschen Zeitung". "Wir müssen in Deutschland die Superreichen, also Multimillionäre und Milliardäre, stärker besteuern, die Erbschaftsteuer reformieren und Schlupflöcher schließen, um Ärmere zu entlasten und unsere Daseinsvorsorge endlich gut aufzustellen."
Vor dem kleinen Parteitag der Grünen am Samstag in Potsdam liefert die Jugendorganisation

der Koalition und der Mutterpartei auch mit weiteren Forderungen Diskussionsstoff: "Die ökologischen und sozialen Probleme sind ja längst so groß, daß eine Schönheitskorrektur nicht mehr genug ist", sagte Co-Bundessprecherin Katharina Stolla. "Unser Ziel ist es, die Daseinsvorsorge - Bereiche wie die Energie, Wasser- und Gesundheitsversorgung - wieder in öffentliche Hand zu überführen und große Wohnungskonzerne zu enteignen." Zu den Zielen der Jugendorganisation gehört auch eine Jobgarantie.
"Wer in Deutschland arbeiten will, sollte die Möglichkeit bekommen, eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Beschäftigung zu bekommen", sagte Stolla. Das aktuelle Wirtschaftssystem produziere immer wieder systematische Ungleichheit. "Der Kapitalismus ist aus der Zeit gefallen. Unser Ziel ist ein demokratischer Sozialismus", so Stolla weiter.
Die Grüne Jugend gilt als Stimmungsbarometer und Kaderschmiede. Sie ist unabhängig, verfügt aber über enge Drähte in die Partei und die Klimabewegung. Führungskräfte der Jugendorganisation machen regelmäßig Karriere in der Mutterpartei. So war die aktuelle Grünen-Co-Chefin Ricarda Lang vor ihrem Wechsel in die Bundesspitze von 2017 bis 2019 Chefin der Grünen Jugend.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Deutschland hat im Februar 2023 einen verurteilten Vergewaltiger in einem eigens gecharterten Flugzeug in den Niger abgeschoben**

Redaktion

Wie die Neue Osnabrücker Zeitung unter Berufung auf das Innenministerium Sachsen-Anhalt berichtete, handelt es sich bei dem Abgeschobenen um einen Asylbewerber aus dem Niger, der im Juni 2019 ein Mädchen in Dessau vergewaltigt hatte. Er wurde zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Aus einer Antwort auf eine kleine Anfrage von "Die Linke" geht hervor, daß die Abschiebung dabei 120.450 Euro kostete.
Die notwendigen Dokumente stellte der Niger erst Ende 2022 aus, und sie galten nur für einen Tag und einen Flug. Um jegliches Risiko eines Flugausfalls zu vermeiden, entschied sich die Behörde für einen Mini-Charterflug von Leipzig aus.
Im vergangenen Jahr führte Deutschland 15 Abschiebungen im Privatjet durch, wobei bis zu vier Personen pro Flugzeug transportiert wurden. Insgesamt wurden auf diesem Weg 41 Personen abgeschoben, die meisten von ihnen in die Türkei.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Regierung billigt Einsatz deutscher Waffen gegen Ziele in Rußland**

Nach dem Kurswechsel in den USA erlaubt auch die deutsche Bundesregierung der Ukraine, gelieferte Waffen gegen Ziele in Rußland einzusetzen. Das teilte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Freitag in Berlin mit. "Es geht um die Befreiung des ukrainischen Staatsgebiets, und wir haben mit der Ukraine vereinbart, daß die von uns gelieferten Waffen dazu völkerrechtskonform eingesetzt werden", sagte Hebestreit.
"Gemeinsam mit unseren engsten Verbündeten und im engen Dialog mit der ukrainischen Regierung passen wir unsere Unterstützung dabei kontinuierlich der Entwicklung des Kriegsgeschehens an." In den letzten Wochen habe Rußlands insbesondere im Raum Charkiw von Stellungen aus dem unmittelbar angrenzenden russischen Grenzgebiet heraus Angriffe vorbereitet, koordiniert und ausgeführt.
"Gemeinsam sind wir der Überzeugung, daß die Ukraine das völkerrechtlich verbriefte Recht hat, sich gegen diese Angriffe zu wehren." Dazu könne sie auch die dafür gelieferten Waffen "in Übereinstimmungen mit ihren internationalen rechtlichen Verpflichtungen" einsetzen - "auch die von uns gelieferten", so der Regierungssprecher.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Ermittler vermuten islamistisches Motiv bei Mannheim-Attentäter**

Ermittler sollen den Messerstecher von Mannheim identifiziert haben: Der Attentäter soll ein

25-jähriger, islamistisch motivierter Afghane namens Sulaiman A. sein.
Von *Redaktion*
Der Islamkritiker Michael Stürzenberger wurde am Freitag offenbar gezielt zum Opfer einer Terror-Angriffs. Ein arabisch aussehender Mann ging plötzlich auf den Islamkritiker und seiner Mitarbeiter los. Er verletzt mit einem großen Messer insgesamt sechs Personen, die alle in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten.
Nach aktuellem Erkenntnisstand mußte Stürzenberger notoperiert werden, er sei laut der Schatzmeisterin von Pax Europa "am Bein und im Gesicht getroffen" worden. Auch der Polizist, der von dem arabisch aussehenden Täter attackiert wurde, muß laut Informationen der Bild notoperiert werden. Die Ärzte kämpfen demnach seit Stunden um das Leben des Mannes, dem der Angreifer das Messer in den oberen Rücken und Nacken knapp unter dem Kopf gestochen haben soll.
Wie der Spiegel nun berichtet, soll es sich bei dem Täter um den 25-jährigen Afghanen Sulaiman A. handeln. Der Mann wurde in Herat, Afghanistan, geboren und lebt in Hessen, als Extremist sei er bislang noch nicht aufgefallen. Nach Einschätzung der Ermittler soll es sich laut Spiegel außerdem um ein islamistisches Motiv handeln, gesichert sei diese Information jedoch noch nicht.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Amtlich: Gewalt gegen Politiker trifft zuallererst die AfD - Täter fast immer Linksextremisten**
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wird nicht müde, die AfD mitverantwortlich zu machen "für ein zunehmendes Klima von Haß und Gewalt". Zahlen aus ihrem eigenen Ministerium widersprechen diesem propagandistischen Lügenmärchen: Auch in diesem Jahr waren Politiker der AfD bisher das häufigste Angriffsziel von Gewalttätern - und zwar mit deutlichem Abstand!
Laut Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des AfD-Innenexperten Martin Hess gab es vom 1. Januar bis zum 28. Mai insgesamt 26 gewalttätige Angriffe auf AfD-Politiker. 24 dieser Attacken ordnete das Bundeskriminalamt dem Phänomenbereich "Politisch motivierte Kriminalität (PMK) links" zu, zwei der Kategorie "PMK sonstige Zuordnung".
Zum Vergleich: Neunmal griffen Gewalttäter Vertreter der "Grünen" an. Zweimal waren SPD-Politiker betroffen. Dabei handelt es sich um die Angriffe auf Matthias Ecke in Dresden und Franziska Giffey in Berlin. Einmal war ein Unionspolitiker das Ziel. Repräsentanten der Linkspartei und der FDP wurden vom 1. Januar bis zum 28. Mai laut Bundesregierung überhaupt nicht angegriffen.<<
Steuerquote steuert auf Rekordniveau
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Lehrerin in Nordrhein-Westfalen schlägt Alarm: "Wir erleben Islamismus als Lifestyle"**
Jan A. Karon
Fast die Hälfte der muslimischen Schüler in Niedersachsen glauben daran, daß ein islamischer Gottesstaat die beste Staatsform sei. Mehr als ein Drittel sagen, daß sie Verständnis für Gewalt gegen Menschen haben, die Allah oder den Propheten Mohammed beleidigen. In Nordrhein-Westfalen wurden Fälle von islamischen Sittenwächtern publik; in Berlin die Glorifizierung von Terrororganisationen.
Zudem werden deutsche Klassenzimmer immer wieder von roher Gewalt heimgesucht. Junge Menschen stechen mit Messern zu, Großfamilien und Jugendlichengruppen versammeln sich vor Schulgebäuden und schlagen aufeinander ein. Es sind Befunde, die alle Alarmglocken schrillen lassen - und die NiUS unlängst zu dem Schluß kommen ließ: Die Kampflinie mit dem neuen Islam verläuft quer durch unsere Klassenzimmer.

Die Polizeibeamten der Pressestelle Peter Reuters und Steffen Woche stehen am 26.4.2024 vor der Hans-Lenhard-Schule vom Neukirchener Erziehungsverein in Neukirchen-Vluyn. Es hat eine Auseinandersetzung zwischen zwei Schülern gegeben wobei ein Messer im Spiel war.
Die Polizeibeamten der Pressestelle Peter Reuters und Steffen Woche stehen am 26.4.2024 vor der Hans-Lenhard-Schule vom Neukirchener Erziehungsverein in Neukirchen-Vluyn. Es hat eine Auseinandersetzung zwischen zwei Schülern gegeben wobei ein Messer im Spiel war.
Im Nachgang der Berichterstattung erreichte uns die Zuschrift einer Lehrerin aus dem ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen. Diese zeigte sich besorgt und wollte mit uns darüber sprechen, was sie als Pädagogin tagtäglich erlebt. Im Interview mit NiUS spricht sie über Islamismus als Lifestyle, Gruppendynamiken und Dominanzkultur Heranwachsenden und die passive Rolle des Lehrerkollegiums und der Elternhäuser.
Aus Persönlichkeitsschutzgründen soll die Lehrerin an dieser Stelle Frau Lehmann heißen. Sie unterrichtet in Nordrhein-Westfalen, die Fächer Geschichte, Erdkunde und Politikwissenschaft. Ihre Schüler besuchen die fünfte bis zehnte Klasse, sind also zwischen 11 und 16 Jahre alt. Der wirkliche Name der Lehrerin, ihr Alter sowie die Schule, an der die Frau unterrichtet, sind NiUS bekannt.
NIUS: Frau Lehmann, was läuft schief, wenn die Öffentlichkeit über Schulen diskutiert?
Frau Lehmann: "Man hat gemeinhin die Vorstellung, daß Schulen so etwas wie heile Orte sind, an denen der Nachwuchs hierzulande gebildet wird. Dabei bemerke ich, daß die Öffentlichkeit viel zu wenig weiß darüber, was an den Schulen wirklich abgeht. Ich sehe das in meinem engsten Kreis.
Mein Sohn geht zum Beispiel aufs Gymnasium, und da laufen ganz andere Dinge ab als an der Realschule. Die Leute wissen einfach nicht, was los ist. Wenn ich dann meine Storys erzähle, fallen die aus allen Wolken und denken immer, ich bin die Bekloppte, weil es manchmal gar nicht begreifbar ist, wie kraß diese Diskrepanz zwischen den Schulformen ist."
NIUS: Was meinen Sie damit konkret?
Frau Lehmann: "Also, ich habe eine 9. Klasse übernommen. Durch Zufall habe ich dann in den letzten Wochen herausgefunden, daß ein litauischer und ein polnischer Schüler zum Islam konvertiert sind. Dabei war die Gruppe von Jungs in der Klasse war sehr verschlossen. Sie haben niemanden so richtig an sich rangelassen. Es war eine ziemlich gemischte Gruppe, darunter ein paar Deutsche, einige nicht-deutsche Europäer, aber eben auch einige Araber.
Alles, was ich herausgefunden habe, habe ich durch Nachfragen, Hinhören und auch Lauschen erfahren, wenn sie sich unterhalten haben, weil es nie öffentlich kommuniziert wurde. Ein Junge hatte in seinem engsten Freundeskreis mehrere arabische Kumpels, die ihn dann in die Moschee mitgenommen haben. Aber in der Zeit, in der er seinen Abschluß gemacht hat, war das Thema präsent. Er hat sich mir gegenüber verändert, besonders in seiner Art und Weise, wie er mit den Mädchen umgegangen ist. Ich habe schon gemerkt, da ist irgendwas im Gange."
NIUS: Was hat die Zuwendung zum Islam mit dem Jugendlichen bewirkt?
Frau Lehmann: "Mit dieser Konversion ging auch eine Veränderung des Verhaltens einher, besonders im Umgang mit mir als Lehrerin und mit den Mädchen in der Klasse. Diese wurden gemaßregelt und kritisch angesehen, wenn sie sich zu westlich verhielten. Er wurde stiller und introvertierter. So, als sei er in seinen Gedanken ganz woanders, obwohl zuvor sichtbar wurde, daß der Junge Lebensfreude hat."
NIUS: Wie erklären Sie sich das?
Frau Lehmann: "In meiner Klasse kann ich beobachten, daß ein oder zwei Jungs, die in der Peergroup viel Macht haben, bestimmte Jungs unter ihre Fittiche nehmen und sie in ihren in-

neren Kreis integrieren. Dann merkt man, daß sie sich den Habitus dieser Jungs zu eigen machen. Diese Jungs sind dann auch oft Muslime, die in die Moschee gehen und gläubig sind. Sie ziehen die anderen mit, besonders die, die dafür anfällig sind oder eine Führung brauchen, die sie anderswo nicht finden."
NIUS: Es gibt ja die These, daß der Islam gerade unter jungen Menschen identitätsstiftend und fast schon ein Lifestyle ist. Ahmad Mansour sprach von einer "Generation Allah". Inwiefern nimmst du das im Umgang mit Jugendlichen wahr?
Frau Lehmann: "Das würde ich auf jeden Fall so unterschreiben. Zum Beispiel ist es so, daß von Ramadan zu Ramadan immer mehr Jungs, die bisher nicht muslimisch waren, sich plötzlich loyal gegenüber dem Islam verhalten - und auch auf ihr Frühstück verzichten. Lehrer und Lehrerinnen wurden gemahnt, die Schüler anzuhalten, sie könnten jetzt was frühstücken oder trinken, weil damit Muslime benachteiligt werden, die nichts trinken und essen.
Es wurde erwartet, daß wir alle mitmachen. Es ist heutzutage unter Jugendlichen cool, ein Muslim zu sein, mehrfach zu beten. Das hat mit Gruppendynamik, mit Zugehörigkeit zu tun. Es wurde im Unterricht auch gefragt, ob Muslime das Klassenzimmer verlassen dürfen, um draußen zu beten. Natürlich nicht, sagte ich. Aber dann wird mit Religionsfreiheit argumentiert. Und in den Diskussionen solidarisieren sich dann Nicht-Muslime mit Muslimen."
NIUS: Was passiert, wenn Leute da nicht mitmachen wollen?
Frau Lehmann: "Zum Einen wird Ablehnung oder Widerspruch verheimlicht. Schüler, die das vielleicht kritisch sehen, sagen das nicht offen. Unter den Schülern kriegt man das als Lehrerin nur mitgeteilt, wenn man sich aktiv umhört. Ältere Schüler beeinflussen dabei Jüngere und fromme Muslime üben Druck auf säkulare aus.
Es gab auch schon Ärger auf dem Schulhof, wenn liberale Muslime die Regeln nicht befolgten. Und die frommen Muslime sind ohnehin fragwürdigen Einflüssen ausgesetzt: Manche Jungen sagen, sie dürfen nicht mehr neben Mädchen sitzen, weil ihr Imam es so sagt. Wenn ich sage, das ist hier egal, gibt es Diskussionen. Man weiß nicht, wie man reagieren soll.
Schulleiter wissen nichts, Bezirksregierung weiß nichts. Es fehlt eine klare Handlungsanweisung. Diese Dynamik hat sich in kürzester Zeit wirklich verschärft. Man weiß als Lehrerin oft nicht, wie man reagieren soll und hat manchmal auch Sorge um sich selbst. Ich mache den Mund nicht zu und sage nicht einfach, daß sich Mädchen nach hinten setzen sollen, aber ich weiß, daß es Eltern gibt, die mich verfolgen. Und im schlimmsten Fall kann das auch körperliche Gewalt nach sich ziehen. Stichwort Messer."
NIUS: Es gab jüngst zwei große Polizeieinsätze wegen gezogener Messer in Wuppertal. Man hat das Gefühl, diese Gewaltkomponente nimmt zu. Wie blickst du auf dieses Thema?
Frau Lehmann: "Wir machen keine Taschenkontrolle, aber ich denke oft, wir sollten das vielleicht einführen. Ich weiß nicht, wie viele Jugendliche Messer dabei haben, aber die dahinter stehende Logik wird definitiv ausgelebt. Das Prinzip Auge um Auge, Zahn um Zahn - diese Mentalität wird unter Muslimen eindeutig praktiziert. Auch die Gewalt auf dem Schulhof hat auf jeden Fall zugenommen. Früher haben sich Jungs geprügelt und danach war gut. Heute gibt es auch unter Mädchen mehr handgreifliche Auseinandersetzungen."
NIUS: Welche Rolle spielt dabei aus deiner Perspektive Sozialisierung und Kultur?
Frau Lehmann: "Oft denke ich, daß in diesen Drohgebärden eine Machtdemonstration steckt. Man wird beäugt, gemustert, angerempelt, zurechtgewiesen. Der biodeutsche Junge hat Respekt vor der Gruppe Muslime, die durch den Hof streift, und will sich nicht mit ihnen verscherzen. Andere Jungs, die affin dafür sind, lassen sich einkassieren. Es hat etwas Sektenartiges, daß sie einkassiert werden. Es gibt zwei Lager: die, die sich dem anschließen, und die, die sich fernhalten."
NIUS: Das klingt so als gebe es Rassismus und Diskriminierung auch gegen weiße deutsche Schüler.

Frau Lehmann: "Ich bekomme oft zu hören, ich gebe eine schlechte Note, weil jemand schwarze Haare hat. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Die Schule, an der ich unterrichte, versucht zu sensibilisieren und nicht-weiße Schüler bei jeder Möglichkeit einzubeziehen. Bei der Frage nach Rassismus geht es oft um Dominanzkultur und wenn man annimmt, daß jeder Mensch rassistisch sein kann - eigentlich eine linke Weltsicht -, dann ist es nur logisch, daß auch nicht-weiße Schüler weiße Schüler diskriminieren, wenn sie ihre Kultur als dominant wahrnehmen. Und a propos dominant: Nach den Angriffen auf Israel kamen Mädchen plötzlich mit Hijab zur Schule. Mädchen, die sonst keinen tragen.
Das war ein krasser Anblick. Und dann gab es Schüler, eher tonangebende junge Muslime, die zu den Mädchen sagten: "Du mußt das Hijab aber bestimmt wieder ausziehen, sonst gibt Frau Lehmann dir eine schlechte Note". Ich habe nicht das Gefühl, daß ich die Kinder aufgrund ihrer Religiosität diskriminiere; aber inzwischen fühle ich mich diskriminiert, in dem Sinne, daß ich neue Realitäten akzeptieren muss, die mir von außen aufgezwängt werden."
NIUS: Hast du das Gespräch mit Eltern oder Kollegen gesucht?
Frau Lehmann: "Im Kollegium wird darüber nicht offen gesprochen. Es ist wie ein riesengroßer Elefant, der willentlich übersehen wird. Viele Kollegen blenden das aus. Diejenigen, die im Kollegium kritisch sind, haben bereits die Schulen gewechselt oder überlegen auszuwandern. Mit den Eltern ist es oft schwierig. Manche kommen gar nicht zu Gesprächen oder sprechen kein Deutsch.
Sie stellen sich im Zweifelsfall vor ihre Schützlinge und sehen sie im Recht. Es gibt praktische Probleme und Überlastung, denn die Schule kann nicht die Rolle der Eltern bei der Erziehung und Integration ersetzen. Multikulti hat sich in vielen Schulen zu eine radikalen Strömung entwickelt, die vieles vernichtet. Das ist nicht die Realität, die wir wollen."
NIUS: Vielen Dank für das Gespräch, Frau Lehmann.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.368/…):
>>**Messerangriff auf Stürzenberger: Jede Relativierung ist entmenschlichend**
Michael Stürzenberger wird niedergestochen - und Medien und Politiker haben nichts Besseres zu tun, als Bestürzung durch Bezeichnungen wie "Rechtspopulist" zu relativieren. Klingt alles ein bißchen nach: So was kommt von so was.
Max Roland
"Heute wurde der Rechtspopulist und Anti-Islam-Aktivist Michael Stürzenberger in Mannheim mit einem Messer attackiert." So beginnt der Beitrag der Mannheimer SPD-Abgeordneten Isabel Cademartori. Ein Satz, zwei politische Einordnungen. Nicht der Tat - sondern des Opfers.
Wenn man als Islamkritiker niedergestochen wird, braucht es erstmal die Einordnung als "Rechtspopulist", damit eine SPD-Politikerin einen Messerangriff in ihrem Wahlkreis verurteilen kann. Man ahnt, daß diese Sonderbehandlung ausschließlich echten oder vermeintlich Rechten zuteil wird. Diese Art von "Einordnung", bei der auch immer eine Relativierung der Tat mitschwingt, gehört sich zu so einem Zeitpunkt nicht.
Ja: Stürzenberger ist Islamkritiker. Er ist umstritten. Er mag sogar "Rechts" sein. Und dennoch ist er Opfer, nicht Täter oder Provokateur des Angriffs auf ihn. Genau dieser Vorwurf schwingt aber bei den gebetsmühlenartigen Hinweisen hin, die viele Medien in ihre Artikel einarbeiten: Stürzenbergers "Bürgerbewegung Pax Europa" sei "rechtspopulistisch", meint die Tagesschau hin. Im Fernsehen heißt es bei der ARD-Sendung, Stürzenberger und die Gruppe seien "Islamfeindlich". Klingt alles ein wenig nach: So was kommt von so was. Aber genau das darf kein Prinzip in unserer Gesellschaft sein.
Immerhin: Grünen-Chef Nouripour kriegt es tatsächlich hin, den Messer-Angriff zu verurteilen, ohne die Stigmata "Rechtspopulist" oder "Islamfeind" an die Opfer der Attacke zu heften. Es geht also, wenn man will. Nur wollen viele Medien offenbar nicht.

Nancy Faeser und Olaf Scholz äußern sich mit Bausatz-Statements. Der Kanzler, der zu betrunkenen Mittzwanzigern auf Sylt noch eine ganze Videobotschaft verkündete, schreibt ein schnelles Statement auf Twitter. Nancy Faeser, die auf Sylt eine "Schande für Deutschland" sah, ist beim Messerangriff deutlich zurückhaltender und erklärt lediglich, sie habe ja stets vor dem radikalen Islam gewarnt. Ah ja.
Überhaupt ist bemerkenswert, wie viele Medien von einer "unklaren" Motivlage schreiben. Ja: Noch ist nichts bewiesen. Aber in einer Presselandschaft, die so gerne mutmaßt, ist diese Zurückhaltung auch bezeichnend. Es ist so gut wie sicher, daß der Täter einen islamistischen Hintergrund hatte.
Dafür sprechen Aussehen und Ziel des Messer-Mannes. Qualifiziert (und manchmal unqualifiziert) zu spekulieren, gehört eigentlich zu den liebsten Hobbys der Presse. Hier plötzlich so zurückhaltend? Die FAZ weist zumindest auf die islamkritische Haltung der Opfer hin und legt so nahe, was für denkende Menschen eigentlich offensichtlich ist: Stürzenberger und seine Leute wurden zum Ziel, weil sie den Islam kritisieren.
Und das ist kein Einzelfall. Das Opfer der Messer-Attacke wird von radikalen Muslimen immer wieder attackiert und er ist nicht der einzige. Den Islam zu kritisieren, ist längst lebensgefährlich in Deutschland. Verstehen wir überhaupt, was das heißt? Was es heißt, wenn Journalisten wie Constantin Schreiber nichts mehr zum Islam sagen wollen, weil sie Angst vor den Reaktionen haben?
Wenn exponierte Religionskritiker öffentlich zum Ziel von Morddrohungen, und dann - versuchen werden? Jeder Stich gegen Stürzenberger war auch ein Stich gegen die freie Gesellschaft - und man muß ihn nicht mögen, um das anzuerkennen. Meinungsfreiheit mißt sich immer auch an der Freiheit der Meinungen, die man nicht schätzt.
Es wäre Aufgabe von Politik und Pflicht für Journalisten, sich in einer Situation vor Stürzenberger und vor das Recht auf Meinungsfreiheit und Religionskritik zu stellen - ohne Bekenntniszwang, ohne politisch-korrekte Einordnung des Opfers als "Rechtspopulisten" oder ähnliches.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.378/…):
>>**Regierung: Bio-Mann darf Frauendusche nutzen**
Von *S. Hofer*
Ein Frauen-Fitneßstudio weigert sich, eine Transfrau (Bio-Mann) aufzunehmen. Daraufhin kriegt es Post vom Familienministerium … Schützenhilfe für Gender-Kritiker liefert die US-Journalistin Abigail Shrier mit ihren Buch "Irreversibler Schaden". …
Noch vor wenigen Jahren hätte das jeder für eine Zeitungsente gehalten: Das bundesdeutsche Familienministerium fordert Schadenersatzzahlung von einem Fitneß-Studio wegen Ablehnung einer Trans-Frau.
Es war einmal ein Frauenfitneßstudio mit dem schönen Namen "Lady's First", irgendwo im bayerischen Erlangen. Das diskriminierte eine Transfrau aufs Schlimmste. Der biologische Mann hatte im März nämlich eine Mitgliedschaft beantragt.
Da er sich bislang weder einer operativen Geschlechtsumwandlung unterworfen hatte noch eine Urkunde über eine Geschlechtsumwandlung vorzeigen konnte, vereinbarte das Fitneßstudio ein Probetraining. Kompromiß: Der Bio-Mann solle beim Duschen eine Badehose tragen.
Bald erfuhr jedoch die Studio-Leiterin von der Vereinbarung. Die wollte sich nicht darauf einlassen, ordnet statt dessen eine Absage an. Daraufhin bot der Bio-Mann einen gänzlichen Duschverzicht an. Auch damit kam er nicht durch. Frustriert wandte er sich ans Bundesfamilienministerium - und bekam Recht …
Die intolerante Studioleiterin erhielt einen Brief von der Antidiskriminierungsstelle. Darin heißt es, daß die Ablehnung womöglich gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz "in Form einer unmittelbaren Benachteiligung wegen des Geschlechts" verstoßen habe.

Denn das "AGG-Merkmal Geschlecht schützt auch trans* Frauen. Dies gilt unabhängig davon, ob die betroffene Person bereits offiziell eine Namen- und Personenstandsänderung und/oder geschlechtsangleichende Maßnahmen durchgeführt hat." Aber noch kann die Studio-Leitung guten Willen zeigen:
"In diesem Sinne würden wir Sie bitten zu erwägen, welche Möglichkeiten und Ansatzpunkte für eine einvernehmliche Lösung der Angelegenheit von Ihrer Seite bestehen."
Wie wäre es mit einem symbolischen Bußgeld: "Eine angemessene Entschädigung in Höhe von 1.000 Euro für die erlittene Persönlichkeitsverletzung."
Danach ist alles wieder gut. So verständnisvoll ist die woke Regierung bei unwoken Sündern. Das wird am 1. November freilich noch besser: Dann tritt das sogenannte Selbstbestimmungesetz in Kraft.
Schützenhilfe für Gender-Kritiker liefert die US-Journalistin Abigail Shrier mit ihren Buch "Irreversibler Schaden". Eine Streitschrift!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.377/…):
>>**Wieder einmal: Scholz bricht sein Wort**
Von *Sven Eggers*
Die nächste rote Linie ist gefallen: Sowohl Deutschland als auch die USA erlauben es der Ukraine, mit Waffen aus diesen beiden Ländern russisches Territorium zu beschießen. Scholz ist damit wortbrüchig geworden.
Bislang hatte Bundeskanzler Olaf Scholz diesen entscheidenden Schritt zur weiteren Ausuferung des Ukrainekrieges abgelehnt, hatte den Einsatz von an Kiew gelieferte Waffen sogar als Eskalation bezeichnet, die verhindert werden müsse. Schnee von gestern! Auch US-Präsident Joe Biden ist eingeknickt. Quasi zeitgleich gingen die Erklärungen zu den jeweiligen Änderungen des bisherigen Kurses an die Weltpresse.
Beschränkung fällt
Damit fällt nun die der Ukraine bisher auferlegte Beschränkung, US-Waffen nicht gegen das "traditionell" russische Hoheitsgebiet einzusetzen. Schon in den vergangenen Tagen hatte US-Außenminister Antony Blinken bei einem Treffen mit seinen NATO-Amtskollegen in Prag entsprechende Andeutungen verbreitet. Beispielsweise faselte er, daß es ein wichtiges Kennzeichen der US-amerikanischen Unterstützung für die Ukraine sei, "sich anzupassen, wenn die Bedingungen sich verändern, wenn das Schlachtfeld sich ändert, wenn Rußland sein Handeln verändert, und ich bin zuversichtlich, daß wir das auch wieder tun werden".
Die einzige Veränderung der Bedingungen bestand zuletzt darin, daß die ukrainischen Streitkräfte immer weiter unterlegen waren und der russische Vormarsch in der Region Charkow voranschreiten konnte. Es geht also letztlich darum, den "Einsatz zu erhöhen", um eine jetzige Niederlage Kiews abzuwenden. Scholz hatte bei diesen Gedankenspielen ganz offensichtlich nicht viel zu melden.
Es war zudem auffällig, daß beim Staatsbesuch von Emmanuel Macron in dieser Woche kein Widerspruch der Bundesregierung zu dessen aggressiven Tönen zu vernehmen war. Der französische Staatspräsident hatte sich ziemlich eindeutig für den Einsatz westlicher Waffen auf russischem Territorium ausgesprochen. Beispielsweise sagte er, daß er "nicht glaube", daß Angriffe auf Ziele im russischen Hinterland "zu einer Eskalation" beitragen würden.
Rote Linien, rosa Linien, keine Linien …
Polen hatte der Ukraine bereits ausdrücklich zugesichert, daß "es keine derartigen Beschränkungen für die an die Ukraine gelieferten polnischen Waffen gibt". Das bestätigte zuletzt auch Cezary Tomczyk, Staatssekretär im polnischen Verteidigungsministerium, gegenüber Pressevertretern. Für einen Scholz-Widerspruch war auch hier kein Platz. Der Spiegel hatte bereits frohlockt, daß die "roten Linien" des Bundeskanzlers nun zu "rosa Linien" werden könnten.
Tatsächlich hatte Scholz am Rande des Macron-Besuches schon angedeutet: "Die Ukraine hat

alle Möglichkeiten für das, was sie tut." Sein Pressesprecher Hebestreit war noch weiter gegangen. Seine Worte lauteten folgendermaßen:
"Das Völkerrecht weist der Ukraine das Recht zu, sich zu verteidigen, und diese Verteidigung beschränkt sich nicht auf das ukrainische Staatsgebiet."
Damit war politischen Beobachtern schon klar, wohin die Reise gehen würde, zumal auch der innerparteiliche Druck auf den Kanzler zuletzt angestiegen war. SPD-Scharfmacher Michael Roth, der sich seit Jahren als außenpolitischer Sprecher der Sozialdemokratie ausgibt, vertrat den Standpunkt, "Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, zu folgen, der einen solchen Vorschlag ja unterbreitet hat."
Stoltenberg hatte am vergangenen Wochenende die NATO-Staaten aufgefordert, Kiew den Einsatz weitreichender westlicher Waffen gegen russisches Territorium zu gestatten. NATO befiehl, wir folgen!<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.372/…): >>**Kanzler-Kehrtwende: Scholz erlaubt Einsatz deutscher Waffen auf russischem Territorium**
Redaktion
Es ist eine dramatische Kehrtwende in der Ukraine-Politik der Bundesregierung. Bundeskanzler Olaf Scholz hat den Einsatz deutscher Waffen gegen russisches Territorium genehmigt. Die Kursänderung kam nach einer ähnlichen Freigabe durch die US-Regierung.
Bedeutet: Die von Deutschland gelieferten Waffen dürfen nun auch gegen russische Truppen und Ziele eingesetzt werden, wenn diese sich auf russischem Staatsgebiet befinden. Bei der Entscheidung geht es vor allem darum, der Ukraine die Abwehr der russischen Offensive auf die ukrainische Stadt Charkiw zu ermöglichen, die sich in unmittelbarer Nähe zur russischen Grenze befindet. Der Beschuß von Charkiw geht vor allem von russischem Territorium aus.
Die Erklärung im Wortlaut
NIUS dokumentiert die historische Mitteilung des Kanzleramtes im Wortlaut:
"Die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen um ihr Land und ihre Freiheit. Sehr viele Länder der Welt unterstützen sie dabei, politisch, wirtschaftlich und mit militärischer Ausrüstung, mit Waffen.
Es geht um die Befreiung des ukrainischen Staatsgebiets, und wir haben mit der Ukraine vereinbart, daß die von uns gelieferten Waffen dazu völkerrechtskonform eingesetzt werden.
Gemeinsam mit unseren engsten Verbündeten und im engen Dialog mit der ukrainischen Regierung passen wir unsere Unterstützung dabei kontinuierlich der Entwicklung des Kriegsgeschehens an.
In den letzten Wochen hat Rußlands insbesondere im Raum Charkiw von Stellungen aus dem unmittelbar angrenzenden russischen Grenzgebiet heraus Angriffe vorbereitet, koordiniert und ausgeführt.
Gemeinsam sind wir der Überzeugung, daß die Ukraine das völkerrechtlich verbriefte Recht hat, sich gegen diese Angriffe zu wehren.
Dazu kann sie auch die dafür gelieferten Waffen in Übereinstimmungen mit ihren internationalen rechtlichen Verpflichtungen einsetzen; auch die von uns gelieferten."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Ex-ZDF-Journalist Mario Sixtus vergleicht Attentats-Opfer Stürzenberger mit Hitler**
Der ehemalige ZDF-Journalist Mario Sixtus hat nach dem Attentat auf Michael Stürzenberger gefordert, diesen als Rassisten zu bezeichnen. Zudem verglich er den Islam-Kritiker mit Hitler.
Von *Redaktion*
Der Ex-ZDF-Journalist Mario Sixtus hat sich auf der Plattform "Bluesky" zu dem Attentat auf den Islam-Kritiker Michael Stürzenberger geäußert. Während Michael Stürzenberger nach der Messer-Attacke eines arabisch aussehenden Mannes aktuell notoperiert wird und sein Ge-

sundheitsstand unbekannt ist, philosophiert Sixtus darüber, daß man Stürzenberger gefälligst "Rassist" nennen sollte und verglich ihn mit Adolf Hitler.
In seinem Post schreibt der Publizist "Liebe Journalistenkollg*innen, können wir bitte Rassisten, Rassisten, nennen und sie nicht zu 'Islamkritikern' erheben?!" und spielt damit auf den angegriffenen Stürzenberger an, der in der Medienberichterstattung über das Attentat als Islam-Kritiker beschrieben wird. Weiter schreibt er dann: "Auch wenn sie Opfer von Gewalt wurden, macht sie das nicht zu Religionswissenschaftlern. Danke!"
Darunter folgt dann ein Hitler-Vergleich. Sixtus formuliert: "Der österreichische Landschaftsmaler und Judaismuskritiker". Er spielt damit darauf an, daß Stürzenberger als Islam-Kritiker zu beschreiben, so wäre, als würde man Adolf Hitler als "Landschaftsmaler und Judaismuskritiker" beschreiben. Das ist offenbar das Erste, was ihm zu der brutalen Attacke gegen Stürzenberger einfällt.
Sixtus hat jahrelang beim ZDF Film- und Dokumentationsreihen gedreht. Für die Filme "Operation Naked" sowie für "Hyperland" wurde er zweimal für den Grimme-Preis nominiert. 2007 gewann Sixtus den Grimme Online Award der Kategorie "Wissen und Bildung" für eine ZDF-Videoreihe. Immer wieder ist Sixtus auf Twitter mit kontroversen Statements aufgefallen. 2019 rief er etwa als Reaktion auf verschiedene Tweets des Welt-Autors Don Alphonso dazu auf, Mitarbeiter des Springer-Verlags sozial auszugrenzen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Im Privatjet: Abschiebung von schwarzafrikanischem Vergewaltiger kostet mehr als 120.000 Euro!**
Ein erst jetzt bekannt gewordener Fall aus Sachsen-Anhalt macht wieder einmal das ganze absurde Ausmaß des Asyl-Chaos deutlich: Ein schwarzafrikanischer Vergewaltiger wurde in sein Herkunftsland Niger abgeschoben - mit einem eigens gecharterten Jet auf Steuerzahlerkosten!
Im Februar 2023 wurde, wie erst jetzt herauskommt, ein Sexualstraftäter in einem eigens gecharterten Flugzeug in den Niger (Westafrika)abgeschoben. Dabei handelte es sich um einen verurteilen Vergewaltiger, berichtet die "Neue Osnabrücker Zeitung" unter Berufung auf das Innenministerium Sachsen-Anhalt.
Die Rückführung kostete 120.450 Euro, wie die Bundesregierung auf Anfrage der Gruppe "Die Linke" im Deutschen Bundestag ergänzend mitteilte.
Laut Bericht hatte der Asylbewerber aus dem Niger im Juni 2019 ein Mädchen in Dessau vergewaltigt und wurde zu einer Freiheitsstrafe von fünfeinhalb Jahren verurteilt. Seit 2019 hatte das Innenministerium Sachsen-Anhalt versucht, den Mann abzuschieben. Das scheiterte zunächst an fehlenden Reisepapieren.
Erst Ende 2022 stellte der Niger die notwendigen Dokumente aus. Diese waren jedoch nur für einen Tag und einen Flug gültig. Daher entschied man sich für einen Privatjet von Leipzig aus.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Staatsanwaltschaft: Parole "AfDler töten" wird nicht verfolgt**
Bei einer Demonstration der Antifa-Jugend in Aachen zeigte man ein Banner mit dem Spruch "AfDler töten", was zu einem Ermittlungsverfahren wegen Aufforderung zu Straftaten und Beleidigung führte. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren jetzt jedoch ein, da sie kein strafbares Verhalten feststellen konnte, was auf die "konkreten Umstände des Einzelfalls" zurückzuführen sei.
Von *Redaktion*
Auf einer Demonstration gegen Rechts in Aachen (Nordrhein-Westfalen) wurde im Januar von der Antifa Jugend ein Banner mit dem Spruch "AfDler töten" gezeigt. Zunächst mit Folgen: Denn die Staatsanwaltschaft Aachen leitete für die Aussage des Banners ein Ermittlungs-

verfahren gegen die Antifa Jugend ein.
Im Raum standen die Straftatbestände der Aufforderung zu Straftaten und der Beleidigung. Jetzt die Kehrtwende: Am Mittwoch gab die Staatsanwaltschaft bekannt, das laufende Ermittlungsverfahren gegen die Urheber und Träger des Banners einzustellen. Es sei "kein strafbares Verhalten der handelnden Personen" festzustellen.
Im Januar hatte die Antifa-Jugend aus Aachen das Banner anläßlich einer Kundgebung "gegen Rechts" in Bezug auf das "Geheimtreffen" in Potsdam gezeigt. Auf einem weißen Plakat, das die Demonstranten ganz vorne, sozusagen als Aushängeschild für die Veranstaltung, zeigten, stand in rot-schwarzen Farben dann die Parole "AfDler töten. Nazis abschieben". Unten das Logo der Antifa-Jugend. Diese Parole hat jetzt jedoch keine juristische Nachwirkung.
Am Mittwoch erfuhr RTL West, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren rund um das Banner der Antifa-Jugend Aachen einstellen werde. Der Grund: Es liege, so die Staatsanwaltschaft, weder eine Beleidigung, noch die Aufforderung zu einer Straftat vor. Das sei eingehend geprüft worden, heißt es von Seiten der Aachener Staatsanwaltschaft.
Es käme hier auf die "konkreten Umstände" an, heißt es weiter. Dies würde allerdings ausdrücklich nicht bedeuten, daß der Schluß gezogen werden kann, Äußerungen wie die vorliegende generell nicht strafbar seien. "Es handele sich hier um das Ergebnis einer Einzelfallprüfung".
"Mehrere Auslegungsmöglichkeiten"
In der Erklärung der Staatsanwaltschaft, die am Mittwoch zur Entscheidung folgte, heißt es:
"Unter den gegebenen Umständen stellt die zu prüfende Äußerung "AfDler töten", insbesondere vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich gewährten Meinungsfreiheit, weder eine Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) noch eine Beleidigung (§ 185 StGB) dar.
Unter Berücksichtigung aller relevanten Gesichtspunkte (Anlaß der Äußerungen, Zweck der zugleich laufenden Versammlung, Adressaten der Äußerung, sonstiges Verhalten der Bannerträger, nachträgliche Erläuterungen der Antifa-Jugend Aachen zu dem verwendeten Banner) handelt es sich um einen (noch) sachbezogenen Angriff im Rahmen der öffentlichen politischen Auseinandersetzung, der weder auf die persönliche Diffamierung bestimmter Personen abzielt noch aus Sicht eines unbefangenen Betrachters zu Straftaten gegen einzelne Personen aufruft."
Weiter heißt es, ein wesentlicher Satz:
"Dabei war zu beachten, daß nach gefestigter Rechtsprechung bei mehreren gleichermaßen in Betracht kommenden Auslegungsmöglichkeiten einer Äußerung stets die für die handelnde Person strafrechtlich günstigste Variante bei der Bewertung zugrunde zu legen ist." Es gelte also der juristische Grundsatz: In dubio pro reo - also im Zweifel für den Angeklagten. Welche "in Betracht kommenden Auslegungsmöglichkeiten" die Staatsanwaltschaft bei der Parole "AfDler töten" sieht, gab man nicht an.
Geldstrafe für Spruch über Baerbock, aber nicht für "AfDler töten"?
Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft hat politische Brisanz, speziell, weil zuletzt in anderen Fällen die Staatsanwaltschaft die Meinungsfreiheit begrenzt ausgelegt hat. Vergangene Woche bezeichnete ein Mann aus Coburg Baerbock etwa als "dümmste Außenministerin der Welt". Dort bestätigte die zuständige Staatsanwaltschaft die Anklage der Außenministerin. Einen ähnlichen Fall hatte es im Februar in Bayern gegeben.
Dort hatte ein Unternehmer zwei satirische Plakate über Baerbock und Habeck und Ricarda Lang auf sein Grundstück gestellt, die Lang unter anderem als Dampfwalze zeigte. In diesem Fall übernahm die zuständige Staatsanwaltschaft in Bayern die Ermittlungen, weil sie darin eine strafbare Beleidigung von Politikern erkannte. 6.000 Euro Strafe sollte der Unternehmer damals zahlen, berichtete der Cicero.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Wagenknecht: BSW setzt auf Brandmauer**

Von *Sven Eggers*

Kurz vor der Europawahl hat das Bündnis Sahra Wagenknecht einen Landesverband in Brandenburg gegründet. Der distanziert sich sogleich vor der AfD. …

In Brandenburg wird am 22. September ein neuer Landtag gewählt. Auch die neue Partei von Sahra Wagenknecht will mitmischen. Bislang gibt es allerdings weder Parteiprogramm noch Kandidaten. Jetzt kam es zur Gründung eines Landesverbandes. Zum Landesvorsitzenden wurde Robert Crumbach gewählt, Richter am Arbeitsgericht Brandenburg an der Havel und zuvor 40 Jahre in der SPD aktiv.

Kaum gewählt, schon abgegrenzt …

Crumbach erhielt 29 Stimmen von dreißig Stimmen. Der BWS-Landesverband in Brandenburg verfügt insgesamt über 36 Mitglieder, sechs von ihnen waren offensichtlich verhindert. Erste Amtshandlung des gewählten 61-Jährigen war eine Abgrenzung zur AfD:

"Die AfD in Brandenburg ist rechtsextrem - mit denen werden wir nicht zusammenarbeiten."

Meinungsumfragen messen derzeit gut 10 Prozent für die Wagenknecht-Partei in Brandenburg, sofern sie denn auf dem Stimmzettel zu finden sein wird. Bis zum 5. August muß die Truppe 2.000 Unterstützungsunterschriften sammeln, um zur Landtagswahl zugelassen zu werden.

Wofür steht das BSW?

SPD und CDU hoffen auf einen neuen Verbündeten. Spitzenpolitiker beider Parteien betonten, sich zunächst das BSW-Parteiprogramm ansehen zu wollen, ehe man einer Zusammenarbeit zustimme. Sebastian Walter, Fraktionschef der Linken in Brandenburg: "Ich nehme nur wahr, daß auch nach einem Gründungsparteitag diese Partei nicht deutlich machen konnte, wofür die eigentlich in Brandenburg steht."

Das COMPACT-Spezial "AfD-Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei" enthält auch ein Exklusiv-Interview mit Björn Höcke. Darin nimmt der Kopf der Thüringer AfD auch Stellung zu Sahra Wagenknecht und ihrer Partei. Die Erfolgsaussichten schätzt er nicht übermäßig ein, sie habe den richtigen Zeitpunkt für die Gründung des BWS verpaßt.

Höcke: "Der Höhepunkt der Anti-Kriegsproteste wäre vielleicht der richtige Zeitpunkt dafür gewesen, weil sie stark mit dem Thema Krieg und Frieden verbunden worden ist beziehungsweise sich hat verbinden lassen und dies in den Talk-Shows, zu denen sie ja oft eingeladen wird, auch transportiert hat."

Daß sie genau jetzt vor den Wahlen im Osten auf der politischen Bühne erscheine, verdeutlicht, daß sie vor den wichtigen Ostwahlen im September 2024 die AfD als einzig wirklich relevante Oppositionskraft schwächen und vielleicht doch noch einmal den Siegeszug der AfD aufhalten" wolle. Damit sei sie ein "Teil des Establishments".

Zur großen ARD-Wahlarena 2024 Europa, die am 6. Juni ausgestrahlt wird, ist die Wagenknecht-Partei übrigens nicht eingeladen worden. Das Verwaltungsgericht Köln hat den WDR, der für diese Sendung federführend verantwortlich zeichnet, nicht verpflichtet, den Wagenknecht-Spitzenkandidaten Fabio De Masi, dort zu Wort kommen zu lassen. Das BSW will in dieser Frage nun vor das Oberverwaltungsgericht Münster ziehen.

Zur dieser Fernsehdebatte sind Kandidaten eingeladen, "die bereits im aktuellen Europarlament mit einer nennenswerten Anzahl von Abgeordneten vertreten sind und die in Deutschland über eine gewisse Relevanz aufgrund ihrer bisherigen Erfolge verfügen", so die WDR-Argumentation. …<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.368/…):

>>**RKI-Protokolle: Behörde schwärzte Millionenspende der Gates-Stiftung**

Das RKI wollte einen Vermerk über eine 100-Millionen-Spende der Gates-Stiftung geheim halten - obwohl diese öffentlich bekannt war. Unklar ist, warum.

Max Roland
Das Robert-Koch-Institut wollte eine hundert Millionen Euro schwere Spende mit der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung vor der Öffentlichkeit verschweigen. Die Behörde hatte eine entsprechende Passage in den sogenannten RKI-Protokollen geschwärzt, bis Gesundheitsminister Lauterbach die weitgehend entschwärzte Veröffentlichung angeordnet hatte.
Wie aus den unzensierten Dokumenten hervorgeht, wurde die Spende unter dem Punkt "Internationales" offiziell vermerkt. Warum man die Stelle schwärzte, ist nicht ersichtlich: Die umfangreiche Spende der umstrittenen Stiftung war bereits öffentlich bekannt. So berichtete bereits am Tag vor der betreffenden Sitzung beim RKI der Stern über die Zuwendungen.
Das RKI begründet die vorangegangenen Schwärzungen generell mit dem "Schutz personenbezogener Daten, des geistigen Eigentums und von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie von besonderen öffentlichen Belangen wie der inneren und öffentlichen Sicherheit sowie internationalen Beziehungen".
Keines dieser Kriterien scheint auf den Gates-Vermerk zuzutreffen. Selbst die Verwendung der Gelder ist öffentlich bekannt: Die 100 Millionen flossen zu großen Teilen an Organisationen wie die WHO oder an Gesundheitsbehörden in Ländern der Subsahara und Südasien. Der Rest war für die Entwicklung eines Impfstoffs sowie neuer Behandlungs- und Diagnosemöglichkeiten vorgesehen, hieß es 2020.
Das Robert-Koch-Institut hatte zunächst eine umfangreich geschwärzte Version der sogenannten RKI-Protokolle veröffentlicht, nachdem das Magazin Multipolar den Zugang zu ihnen mit einer Klage nach dem Informationsfreiheitsgesetz gerichtlich erstritten hatte. Auf öffentlichen Druck hin verfügte Gesundheitsminister Lauterbach schließlich, daß eine weitgehend entschwärzte Version veröffentlicht wird. Dies geschah am Donnerstag.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.368/…): >>**Geringe Windkraft-Nachfrage und Milliarden-Verluste: Arbeitsplatzabbau bei Siemens Energy**
Wegen der fallenden Nachfrage und einiger Qualitätsmängel schreibt der Windkraftanlagenhersteller Gamesa tiefrote Zahlen. Jetzt reagiert der Mutterkonzern Siemens Energy: 4.100 Arbeitsplätze könnten abgebaut werden, hunderte davon in Deutschland.
Von *Redaktion*
Stellenabbau bei Siemens Energy: Auch Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien sind jetzt wegen steigender Verluste gefährdet. Einem Bericht des amerikanischen Magazins Bloomberg zufolge plant ein Tochterunternehmen der deutschen Aktiengesellschaft den Rückbau von 4.100 Arbeitsstellen. Demnach hat Siemens Energy Umstrukturierungspläne mit dem Windkraftanlagen-Hersteller Gamesa besprochen.
Vor allem in Dänemark, Spanien und auch Deutschland sollen ganze 550, 430 beziehungsweise 370 Arbeitsplätze abgebaut werden. Zuletzt hatte Siemens Energy staatliche Garantien erhalten, weil das Unternehmen Verluste von mehreren Milliarden Euro notieren mußte. 7,5 Milliarden Euro hatte die Bundesregierung für Siemens Energy aus Haushaltsgeldern in die Hand genommen.
Siemens Energy gilt wegen der zahlreichen Produktionssparten im Bereich der erneuerbaren Energien als ein zentraler Träger der Energiewende. Das Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von über 30 Milliarden Euro ist ein wichtiger Produzent von Windkraft- und Wasserstoffanlagen, Gaskraftwerken und Energienetzen.
Nicht jede Sparte scheint dabei erfolgreich zu sein: Der Windkraftanlagen-Hersteller Gamesa mußte zuletzt tiefrote Zahlen schreiben. 2023 trug das Tochterunternehmen maßgeblich dazu bei, daß Siemens Energy rund 4,6 Milliarden Euro Verlust notieren mußte. Die Gründe: Qualitätsmängel bei deutschen Windrädern und die starke Konkurrenz aus China.
In der Folge hapert es auch bei der Nachfrage. Sogenannte "Onshore-Windkraftanlagen"

möchte Siemens Energy deshalb vor allem für den deutschen und US-amerikanischen Markt produzieren. Global bleibt einzig die Hoffnung auf steigende Aufträge für "Offshore-Anlagen", die in Küstennähe im Meer aufgestellt werden.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29207" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.366/…): >>**Wer ist von Ihrem Land Teil der Bilderberg-Gruppe?**

Zur aktuellen Bilderberg-Konferenz 2024 in Madrid: Was verbirgt sich hinter der exklusiven Bilderberg-Gruppe? Wer sind die Teilnehmer, die sich alljährlich mit dem Bilderberg-Führungsgremium hinter verschlossenen Türen treffen? …

Die Bilderberg-Konferenz ist seit 1954 eine exklusive Zusammenkunft von weltweit einflußreichen Persönlichkeiten. Sie findet alljährlich gut abgeschottet von der Öffentlichkeit statt. Veranstaltet wird sie von der Bilderberg-Gruppe, deren Gründung der Höchstgrad-Freimaurer David Rockefeller initiierte. Die Installierung dieser Konferenz wurde im Council on Foreign Relations (CFR) beschlossen. David Rockefeller war von 1970 bis 1985 Direktor des CFR und anschließend Ehrenvorsitzender bis zu seinem Tod 2017.

Henry Kissinger, Höchstgrad-Freimaurer und Verbündeter von David Rockefeller, war bei der strategischen Planung der Bilderberg-Gruppe im CFR mit dabei. Er gehörte ebenfalls dem CFR-Vorstand an und hatte bis zu seinem Tod 2023 eine führende Position bei den Bilderberg-Konferenzen inne.

Der CFR wurde im Jahr 1921 von bekannten Bankern wie John D. Rockefeller Junior, dem Vater von David Rockefeller, gegründet und anschließend maßgeblich durch die Familie Rockefeller finanziert. Bis in die Gegenwart beeinflußt der CFR als eine Art Schattenregierung das Weltgeschehen. Aus dieser strategischen Schaltstelle heraus wird die Bilderberg-Gruppe mit dem Ziel gelenkt, die von David Rockefeller und der internationalen Freimaurerei angestrebte Weltregierung zu installieren.

Der 33-Grad Freimaurer Józef Retinger wurde von David Rockefeller anfangs mit der Organisation der Bilderberg-Treffen betraut und spielte bis zu seinem Tod eine wichtige Rolle als Sekretär der Bilderberg-Gruppe. Heutzutage wird dieses Gremium vom sogenannten Steering Committee, dem Lenkungsausschuß, geleitet. Dieser trifft auch die Auswahl, welche Personen der einzelnen Länder zur Konferenz eingeladen werden.

Die geladenen Konferenz-Teilnehmer, darunter Minister, Regierungschefs und Vorsitzende supranationaler Organisationen, treffen dabei fernab der Öffentlichkeit mit internationalen Drahtziehern zusammen. Nicht nur die aktuellen Konferenz-Teilnehmer, sondern auch alle früheren Teilnehmer erhalten nach jeder Konferenz das Sitzungsprotokoll mit der aktuellen Agenda zugesandt. Sowohl Teilnehmerliste als auch Tagesordnungspunkte der Konferenz werden seit 2010 vor der Zusammenkunft im Internet veröffentlicht.

Der Blick auf die jährlichen Tagesordnungspunkte zeigt, daß die Bilderberg-Gruppe weltrelevante Themen bespricht!

Über Jahrzehnte hinweg wurde die Existenz der Bilderberg-Gruppe von den Mainstream-Medien geheim gehalten. Laut David Rockefeller konnte es nur so gelingen, über einen so langen Zeitraum die Regierungen weltweit zu unterwandern (!) und Schritt für Schritt eine Weltregierung aus dem Hintergrund aufzurichten. Rockefeller, der Gründer der Bilderberg-Konferenz, sagte nämlich 1991:

"Es wäre für uns nie möglich gewesen, einen Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre im Licht der Öffentlichkeit gestanden hätten. Aber die Welt ist auf einem komplexen und vorbereiteten Weg hin zur Weltregierung."

Doch wenn diese Drahtzieher und deren Verbündete in den Nationalstaaten genannt und gezeigt werden, uns somit ins Bewußtsein und unter Beobachtung der Bevölkerung kommen, wird es möglich, daß diese weltweit agierende Schattenregierung und deren Pläne auffliegen und gestoppt werden. ...

Helfen Sie, verehrte Zuschauer, bitte mit, daß diese weltweite Schattenregierung und deren Pläne weltweit auffliegen und gestoppt werden.
Die Bilderberg-Gruppe wird in der Kla.TV-Doku Bilderberg-Gruppe – die geheime Schattenregierung? (www.kla.tv/26219) noch ausführlicher beleuchtet.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29225" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.379/…): >>Update 2024: Bilderberg-Gruppe - die geheime Schattenregierung?
Vom 30. Mai bis 2. Juni 2024 tagt wieder die Bilderberg-Konferenz. Wozu? "Hier ist man im Vorhof der Macht, der wirklichen Macht. Hierher wird eingeladen, wer ins Visier dieser Macht geraten ist. Und als was wird er oder sie eingeladen? Als kommender Vertreter dieser Macht." - Zitat Claudia von Werlhof. Sehen Sie Ursprung, Netzwerk und Absichten der Bilderberger ...
Diese DOKU beleuchtet die Drahtzieher und Pläne der Bilderberg-Gruppe. Wer sind die Lenker und Teilnehmer aus den einzelnen Ländern, die sich hinter verschlossenen Türen treffen?
Das Geheimtreffen 2024 des Bilderberg-Clubs findet vom 30. Mai bis 02. Juni in der spanischen Hauptstadt Madrid statt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit finden sich Vertreter aus Hochfinanz, dem Adel, den Geheimdiensten, der Politik, dem Militär, der Wirtschaft, der Verwaltung und den Medien zusammen. Gastgeber ist dieses Mal der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez.
Der Hochschullehrer und Politiker Pedro Sánchez war schon 2015 zum Bilderberg-Treffen eingeladen. Innerhalb von nur drei Jahren gelangte er in das Amt des Ministerpräsidenten.
Nachfolgenden Personen diente die Teilnahme an der Bilderberg-Konferenz ganz offensichtlich ebenso als Karrieresprungbrett:
- Angela Merkel war im Mai 2005 bei dem Bilderberg-Treffen und ab November 2005 deutsche Bundeskanzlerin.
- Jens Spahn, ein eher unbekannter Staatssekretär im Finanzministerium, besuchte 2017 die Bilderberg-Konferenz und wurde 2018 überraschend deutscher Bundesgesundheitsminister.
- Emmanuel Macron, amtierender Präsident Frankreichs, war 2014 Teilnehmer des Bilderberg-Treffens und ab 2017 in seinem derzeitigen Amt.
- Ursula von der Leyen, die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin, nahm an den Bilderberg-Konferenzen 2015, 2016, 2018 und 2019 teil und ist seit 2019 Präsidentin der Europäischen Kommission.
Die Bilderberg-Konferenz als Karrieresprungbrett?
Claudia von Werlhof, deutsche Politologin und Soziologin, schrieb über die Bilderberg-Konferenz folgendes: "Hier ist man im Vorhof der Macht, der wirklichen Macht. Hierher wird eingeladen, wer ins Visier dieser Macht geraten ist. Und als was wird er oder sie eingeladen? Als kommender Vertreter dieser Macht. ... Offenbar können die Mächtigen nicht mächtig sein, wenn es diese Art "Scharnierklasse" nicht gäbe, die auf Befehl von oben sagt, was jeweils Sache ist und wo es langzugehen hat."
Mit "Scharnierklasse" meint sie die Personengruppe, die das Bindeglied zwischen den Mächtigen und dem Volk bildet. Es sind also die Personen, die die Beschlüsse des Bilderberg-Clubs von ihrer Position aus umsetzen oder in eine Position gehoben werden, um dort entsprechend der Beschlußfassung zu agieren.
Wie sind die Bilderberger entstanden, wie sind sie aufgebaut, wie funktionieren sie und welche Ziele verfolgen sie? Diesen Fragen geht Kla.TV in dieser Dokumentation nach.
1. Gründung
Gegründet wurde die Bilderberg-Gruppe auf Initiative von David Rockefeller (1915-2017). David Rockefeller war Präsident und Großaktionär der einst weltgrößten US-amerikanischen Bank Chase Manhattan inzwischen JP Morgan Chase.
Unter seiner Führung wurde die Chase Manhattan Bank ein zentraler Pfeiler des internationa-

len Finanzsystems. Rockefeller verfolgte Zeit seines Lebens den Plan einer Weltregierung unter Führung der Hochfinanz.
Er schrieb in seinen Memoiren: "Manche glauben sogar, daß wir Teil einer geheimen Kabale sind, die gegen die besten Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet, und bezeichnen meine Familie und mich als "Internationalisten" und als Verschwörer, die sich mit anderen auf der ganzen Welt zusammengetan haben, um eine stärker global integrierte, politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - Eine Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Vorwürfe sind, bekenne ich mich schuldig und bin stolz darauf."
David Rockefeller initiierte, um dieses Ziel zu erreichen, verschiedene Organisationen bzw. sogenannte Think Tanks- Denkfabriken, deren "Vordenken" die internationale Politik beeinflußt: So gründete er neben der Bilderberg-Gruppe auch die Trilaterale Kommission zusammen mit Henry Kissinger und dem Globalstrategen Zbigniew Brzezinski.
Die Trilaterale Kommission geht auf das Bilderberg-Treffen 1972 zurück, auf dem David Rockefeller deren Gründung vorgeschlagen hat. Viele der Bilderberg-Mitglieder schlossen sich auch der Trilateralen an.
Der strategische Plan zur Gründung des Bilderberg-Clubs entstand im Council on Foreign Relations (zu Deutsch: Rat für auswärtige Beziehungen, kurz: CFR). Das CFR ist eine private US-amerikanische Denkfabrik, 1921 gegründet - die als eine Art Schattenregierung in den USA die Fäden zieht.
Henry Kissinger erinnert sich an die Entstehung des Bilderberg-Clubs: "Wir trafen uns vor 60 Jahren als Teil einer Studiengruppe beim Council on Foreign Relations. Kurz darauf ermutigte er (David Rockefeller) eine Diskussionsgruppe, die später zu dem wurde, was heute als Bilderberg-Gruppe bekannt ist."
David Rockefeller war bis 1985 Direktor des Council on Foreign Relations und anschließend, bis zu seinem Tod, Ehrenvorsitzender desselben.
Henry Kissinger (*1923) war bei der Geburtsstunde des Bilderberg-Clubs mit dabei. Er genießt seit jeher eine starke Stellung bei den Bilderberg-Konferenzen. Über viele Jahre hinweg prägte er die US-Außenpolitik als politischer Berater. Von 1969 bis 1975 war er Nationaler Sicherheitsberater unter Richard Nixon und von 1973 bis 1977 US-Außenminister unter Nixon und Gerald Ford. Kissinger war bis zum Tod von David Rockefeller einer seiner engsten Verbündeten. Er ist langjähriges Mitglied des CFR und war 1977 - 1981 im Vorstand des CFR. Anläßlich seines 100sten Geburtstags strahlte Kla.TV die Doku "100 Jahre Henry Kissinger - Globalstratege und Kriegsverbrecher?" aus. (www.kla.tv/26113)
Es wurden auch noch weitere Personen in die Gründung der Bilderberg-Gruppe mit einbezogen:
- Józef Retinger (1888 - 1960): Józef Hieronim Retinger, ein polnischer Jesuit und 33-Grad-Freimaurer, wurde auf Grund seiner zahlreichen Verbindungen zu elitären Kreisen von David Rockefeller mit der Organisation des Bilderberg-Treffens betraut. Retinger stellte die ursprüngliche Gruppe des Bilderberg-Clubs zusammen. Er war Sekretär des Bilderberg-Clubs bis zu seinem Tod 1960.
- Joseph E. Johnson (1906 - 1994): Joseph Esrey Johnson war von 1950 bis 1971 Präsident des Carnegie Endowment for International Peace, eine amerikanische Denkfabrik, gegründet von Andrew Carnegie. Er war Direktor des CFR von 1950 bis 1974. Johnson fungierte 1954 als erster amerikanischer Sekretär der Bilderberg-Konferenz.
- Dean Rusk (1909 - 1994): David Dean Rusk war von 1961 bis 1969 Außenminister der Vereinigten Staaten unter dem Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson. Er war in den 1940er und frühen 1950er Jahren hoher Regierungsbeamter. Dean Rusk war von 1950 bis 1961 als Treuhänder der Rockefeller Foundation (private amerikanische Stiftung, von John D. Rockefeller gegründet) tätig. 1952 wurde er Präsident dieser Stiftung.

- Charles D. Jackson (1902 - 1964): Charles Douglas Jackson diente als Sonderassistent des Präsidenten unter Dwight Eisenhower ab 1953: Er war der Verbindungsmann zwischen der neu gegründeten CIA (Auslandsgeheimdienst der USA) und dem Pentagon (Verteidigungsministerium der USA). In den Jahren 1953 und 1954 war Jackson an der Gründung der Bilderberg-Gruppe beteiligt und stellte die amerikanische Beteiligung sicher. Jackson war Mitglied im CFR.
- Prinz Bernhard der Niederlande (1911 - 2004): Bernhard, Prinz der Niederlande und Prinz zur Lippe-Biesterfeld, entstammt dem Hochadel. Er vermählte sich mit Prinzessin Juliana, der niederländischen Thronfolgerin. Prinz Bernhard unterhielt rege Beziehungen zu den europäischen Königshäusern und hochgestellten Industriellen. Deshalb wurde er in die Organisation der Bilderberg-Gruppe mit einbezogen.
Prinz Bernhard war prädestiniert, "das königliche Gesicht" des Bilderberg-Clubs nach außen hin zu geben. Er war Vorsitzender des Lenkungsausschusses der Bilderberg-Gruppe bis 1976. Der Lenkungsausschuß ist nach dem Beirat die Entscheidungsinstanz des Bilderberg-Clubs.
Am 29. Mai 1954 fand das erste Treffen der Bilderberg-Gruppe statt. Auf Einladung von Prinz Bernhard der Niederlande trafen sich einflußreiche Vertreter aus Europa und den USA im "Hotel de Bilderberg" bei Arnheim in den Niederlanden zu einem geheimen Treffen. Auf der ersten Bilderberg-Konferenz legten die Gründungsmitglieder u.a. folgendes Ziel fest: "Wie bringt man in Europa und in den Vereinigten Staaten eine durch gemeinsame Zwecke verbundene >Aristokratie< (Herrschaft einer privilegierten Gruppe, vor allem aus der adligen Oberschicht) zustande und zusammen, und wie erzielt man deren Übereinstimmungen in Fragen der Politik, Wirtschaft und Strategie, um gemeinsam die Welt zu beherrschen?"
2. Aufbau
Die Spitze der Bilderberg-Gruppe bildete lange Zeit die Advisory Group, der Beirat, deren Mitglieder auf Lebenszeit ernannt wurden. Dieses Gremium traf sich auch zwischen den jährlichen Konferenzen und entschied darüber, wer auf die Gästeliste gesetzt wird. Dazu zählten bis zu seinem Tod 2017 David Rockefeller, Giovanni Agnelli, Eric Roll von Ipsden und Otto Wolff von Amerongen.
Heute wird die Bilderberg-Gruppe vom sogenannten Steering Committee, dem Lenkungsausschuß, mit ca. 35 Personen geleitet. Die Vertreter dieses Ausschusses entscheiden, wer aus ihrem Land zur jährlichen Bilderberg-Konferenz eingeladen wird. Der Lenkungsausschuß agiert als eine Art Schattenregierung in zahlreichen Ländern weltweit.
Einer der Vorsitzenden des Lenkungsausschusses ist aktuell Victor Halberstadt, er ist ein niederländischer Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied der Fakultät des Weltwirtschaftsforums (WEF) sowie Mitglied des internationalen Beirats der Goldman Sachs Group Inc., einem US-amerikanischen Finanzdienstleister. Den anderen Vorsitz hat Marie-Josée Kravis inne. Sie ist eine kanadische Geschäftsfrau und Mitglied des internationalen Beirats der Federal Reserve Bank of New York sowie des Council on Foreign Relations. Zudem ist Kravis Ehrendoktor der Rockefeller-Universität.
Im Steering Committee sind beispielsweise folgende Personen:
- aus Deutschland:
Paul M. Achleitner, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank AG C (FINANZEN)
Mathias Döpfner, Vorsitzender des Verlags Axel Springer SE (MEDIEN)
- aus Österreich:
Gerhard Zeiler, Präsident des Medienunternehmens Warner Bros. Discovery International (MEDIEN)
- aus Großbritannien:
John Sawers, geschäftsführender Vorsitzender des Beratungsunternehmens Newbridge Advi-

sory (DIENSTLEISTUNG)
- aus Frankreich:
Henri de Castries, Präsident der Denkfabrik "Institut Montaigne" (DIENSTLEISTUNG)
- aus Italien:
Marco Alverà, Mitbegründer der zhero.net, Geschäftsführer des Unternehmens Tree Energy Solutions (ENERGIE)
- aus Spanien:
Ana P. Botín, Geschäftsführender Fraktionsvorsitz der Banco Santander SA (FINANZEN)
- aus Portugal:
José Manuel Barroso, Vorsitzender der Goldman Sachs International LLC, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission (FINANZEN)
- aus der Türkei:
Ömer M. Koc, Vorsitzender des Industriekonglomerats Koc Holding A.S. (INDUSTRIE)
- aus Polen:
Radoslaw Sikorski, Mitglied des Europäischen Parlaments, Leitender Mitarbeiter der Harvard Universität, ehemaliger polnischer Außenminister (POLITIK)
- aus Norwegen:
Børge Brende, Präsident des World Economic Forum (STIFTUNG)
- aus Schweden:
Marcus Wallenberg, Vorsitzender der Skandinaviska Enskilda Banken AB (FINANZEN)
- aus den USA:
Nadia Schadlow, Leitende Mitarbeiterin der Denkfabrik "Hudson Institute" (DIENSTLEISTUNG)
Eric E. Schmidt, ehemaliger Geschäftsführer und Vorsitzender des Technologieunternehmens Google LLC (TECHNOLOGIE)
- aus Kanada:
Mark J. Carney, Vorsitz des Vermögensverwaltungsunternehmens Brookfield Asset Management (FINANZEN)
Die nächste Ebene bilden die Teilnehmer der jährlichen Konferenzen. Eine Bilderberg-Konferenz dauert in der Regel drei Tage, rund 130 Personen nehmen teil. Vor einer Konferenz werden Diskussionspapiere verteilt, mit denen sich die Teilnehmer auf die Konferenz vorbereiten.
Bei dem Durchgehen der Teilnehmer stechen zwei Gruppen besonders hervor: die Hochfinanz und der europäische Hochadel. Der Adel ist in der Weltpolitik wenig sichtbar. Prinz Bernhard und seine Tochter Königin Beatrix der Niederlande sowie Königin Sofia von Spanien nahmen an Bilderberg-Konferenzen teil, auch wenn sie keine formelle Position einnahmen wie Prinz Bernhard.
Jede Person, die an einer Bilderberg-Konferenz teilnahm, bleibt ab diesem Zeitpunkt mit der Bilderberg-Gruppe verbunden. Nach jeder Konferenz erhält jeder Teilnehmer sowie alle früheren Teilnehmer, ein Protokoll des Treffens zugesandt. Darüber hinaus erhalten sie seit 1963 eine dazu gehörige erläuternde Schrift, also die Agenda des Bilderberg-Clubs.
Unterhalb dieser Sendung finden Sie ein Dokument mit den Teilnehmern der Bilderberg-Konferenzen von 1954 bis 2024. Daraus wird ersichtlich, wer Teil der Bilderberg-Gruppe ist und wer deren Agenda in Ihrem Land umsetzt.
3. Fakten rund um die Bilderberg-Gruppe
Die Bilderberg-Gruppe läßt sich die enormen Sicherheitsmaßnahmen für die jährliche Konferenz vom Steuerzahler des Gastgeberlandes bezahlen. Beim Bilderberg-Treffen 2015 in Österreich stand ein Aufgebot von 2.100 Polizisten bereit. Die Teilnehmer und die Mitglieder des Lenkungsausschusses des Gastgeberlandes kommen hingegen nur für die Reise- und Ta-

gungskosten auf.
Während der Bilderberg-Konferenz gilt für die Teilnehmer seit jeher die Chatham-House-Regel. Sie besagt, "es kann in allgemeinen Begriffen berichtet, aber niemals mit Namen zitiert werden". Die offizielle Website der Bilderberg-Meetings verlautbart:
"Dank des privaten Charakters des Treffens nehmen die Teilnehmer als Einzelpersonen und nicht in offizieller Eigenschaft teil und sind daher nicht an die Konventionen ihres Amtes oder an vorher vereinbarte Positionen gebunden."
Das Monatsmagazin COMPACT schrieb dazu: "Der eigentliche Skandal des Bilderberg-Systems liegt daran, daß gewählte Abgeordnete, Minister und mitunter sogar Regierungschefs oder Spitzenvertreter internationaler Organisationen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne demokratische Legitimation und als privat deklariert, mit Vertretern der Finanzoligarchie und Industriekapitänen kungeln und womöglich weitreichende Entscheidungen treffen, ohne darüber Rechenschaft ablegen zu müssen." "Alles, was mit politisch relevanten ... Entscheidungen zu tun hat, ... kann niemals privat sein", so der deutsche Soziologe Hans-Jürgen Krysmanski.
Aber wie funktioniert die "Befehlsausgabe" bei der Bilderberg-Gruppe? Wie stellen sie sicher, daß die Ergebnisse einer Konferenz in den jeweiligen Organisationen, Unternehmen und Ländern umgesetzt werden?
Prinz Bernhard erklärte es folgendermaßen: "Wenn die Vertreter der westlichen Führung eine Bilderberg-Versammlung wieder verlassen, tragen sie den Konsens (mit anderen Worten: die Agenda) der Gruppe mit sich."
Selbst Henry Kissinger gibt zu: "Doch der Konsens, der zu Stande kommt, bildet die Grundlage, auf der weltweit Politik gemacht wird."
"Und von dem Augenblick an, an dem die Bilderberg-Konferenz endet, scheint "fast zufällig" der getroffene Konsens von der anerkannten Presse von ganzem Herzen angepriesen zu werden, während er gleichzeitig zur allgemeinen Politik der international regierenden Interessen in scheinbar unterschiedlichen Lagern wird", so der Journalist Daniel Estulin.
Die Berichterstattung über den Bilderberg-Club wird stark eingeschränkt. Tagungsort und Zeit des Treffens werden über die offizielle Homepage >>bilderbergmeetings.org<< erst kurz vor bzw. während des Treffens angegeben. Die Tagungsordnungspunkte sowie die Teilnehmerlisten können dort ebenfalls während oder nach der Konferenz eingesehen werden. Dank investigativer Journalisten, die das Bestehen der Bilderberg-Gruppe aufdeckten, mußte der Bilderberg-Club diese Zugeständnisse einräumen. Denn über Jahrzehnte hinweg wurde die Existenz des Bilderberg-Clubs sowie deren Treffen vor allem durch die Mainstream-Presse geheim gehalten.
David Rockefeller dankte für diese Geheimhaltung auf der Bilderberg-Konferenz 1991 seinen Verbündeten mit diesen Worten: "Wir sind der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen großen Publikationen dankbar, deren Chefredakteure an unseren Treffen teilgenommen und ihre Zusage zur Diskretion fast 40 Jahre lang eingehalten haben. Es wäre für uns nie möglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre im Licht der Öffentlichkeit gestanden hätten. Aber die Welt ist jetzt reifer und bereit, auf eine Weltregierung zuzugehen. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und von Welt-Bankiers ist sicherlich der nationalen Souveränität der letzten Jahrhunderte vorzuziehen."
4. Ziele der Bilderberg-Gruppe
Wie bereits erwähnt, zielen die Aktivitäten der Bilderberg-Gruppe auf die Schaffung einer "Eine-Welt-Regierung" ab. Die "Eine-Welt-Regierung" umfaßt unter anderem Folgendes - wobei einiges davon bereits eingeführt und umgesetzt wurde:
1. Die schrittweise Einschränkung nationaler Oberhoheiten zugunsten einer einzigen Weltre-

gierung: Installierung der Vereinten Nationen (UN) als Weltregierung unter der Kontrolle der Hochfinanz.
2. Eine internationale Wirtschaftsunion: Die gesamte Weltwirtschaft soll zur besseren Steuerung in drei Handelsblöcke aufgeteilt sein: die Europäische Union, die Amerikanische Union und die Asiatisch-Pazifische Union.
3. Ein einheitliches Rechtssystem: Der Internationale Gerichtshof soll zur einzigen und höchsten Rechtsinstanz der Welt werden.
4. Die Schaffung einer Weltarmee: Die NATO (Nordatlantikpakt, Verteidigungsbündnis) wird zur UN-Weltarmee, die alle nationalen Heere ablöst.
5. Ein einziger sozialistischer Sozialstaat: Die Bilderberg-Gruppe hat die Vision eines sozialistischen Wohlfahrtsstaates, in dem Gehorsame belohnt und Unangepaßte ins Visier genommen werden. Chinas Sozialkredit-System zeigt, wie es sein könnte. Es wird keinen Mittelstand mehr geben, nur "Herrscher und Beherrschte". Eine Nullwachstumsgesellschaft ist angedacht, ohne Wohlstand oder Fortschritt für das Volk. "Das Ende des Wohlstands geht mit dem Ende der Industrialisierung und dem Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie einher. Elektrischen Strom gibt es dann nur noch für Computer und den Dienstleistungssektor", so der Journalist Estulin.
5. Ereignisse ausgelöst durch die Bilderberg-Gruppe
Einige Autoren wie Daniel Estulin, Andreas von Rétyi oder Gerhard Wisnewski, die über die Bilderberg-Gruppe schrieben, zeigten verschiedene Ereignisse der neueren Weltgeschichte auf, die sie direkt auf die Gruppe zurückführten:
- Die Errichtung der Europäischen Union begann bei der Bilderberg-Gruppe. Der britische Historiker Richard Aldrich gibt an, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei der Bilderberg-Gruppe im Jahr zuvor hatten." Der ehemalige Vizepräsident der Europäischen Kommission und langjähriger Präsident des Bilderberg-Clubs, Étienne Davignon, gab gegenüber der Onlinezeitung EUobserver zu, daß der Bilderberg-Club "bei der Entstehung des Euros in den 90ern mitgeholfen" hat.
- Die Jugoslawien-Kriege 1991 bis 2001: Die Bilderberg-Gruppe erörterte die Schaffung eines Krisenherdes in Jugoslawien, um auf diese Weise Jugoslawien zu zerlegen und hernach die Grenzen neu festzulegen. Auf Kosten der Steuerzahler im Westen sollte der Wiederaufbau finanziert werden.
- Durchgesickerte Berichte der Bilderberg-Konferenz des Jahres 2002 geben an, daß der Angriff gegen den Irak vom Sommer/Herbst 2002 auf März 2003 verschoben worden war: Die europäischen Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz forderten die persönliche Anwesenheit von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der daraufhin seine Pläne änderte und an der Konferenz in Virginia/USA, teilnahm. Am Ende wurde der Angriff verschoben, obwohl die Presse diesen schon eher ankündigte.
Die Agenda der Bilderberg-Gruppe zielt darauf ab, die NATO als Weltarmee zu etablieren. Daher ist die Anwesenheit von Oberbefehlshabern und Generalsekretären der NATO auf Bilderberg-Treffen keine Überraschung.
Zum Beispiel besuchte der oberste Befehlshaber der NATO und gleichzeitiger Befehlshaber aller US-Truppen in Europa, Philip Mark Breedlove, die Bilderberg-Konferenz 2014.
Das war nachdem die Proteste auf dem Maidan in Kiew Ende 2013 und Anfang 2014 stattfanden. Im Hinblick auf die damalige Lage in der Ukraine und auf die angespannte Situation zwischen der NATO und Rußland, kam dem Bilderberg-Treffen von 2014 daher eine wichtige Rolle zu.
Eine ebenso wichtige Rolle kommt auch dem diesjährigen 70. Treffen der Bilderberg-Gruppe 2024 in Madrid zu.

Nach Angaben der Journalistin und Bilderberg-Kennerin Cristina Martín Jiménez würden bei der diesjährigen Konferenz in Madrid die Entwicklungen rund um den geplanten WHO-Pandemie-Vertrag sowie die Zensur der freien Berichterstattung auf der Tagesordnung stehen.
Blickt man auf die Themen der letzten Jahre wird deutlich, daß die Bilderberg-Gruppe sämtliche weltenscheidenden Ereignisse bespricht und darin die Agenda vorgibt.
Angesichts der in dieser Sendung aufgelisteten Fakten können wir von der Bilderberg-Gruppe als eine geheime Schattenregierung sprechen. Sie gilt als "bedeutendes Instrument der Neuen-Welt-Ordnung." Durch künstlich hervorgerufene Krisen, wie die eben genannten Kriege, soll die Weltbevölkerung Schritt für Schritt in die Neue-Welt-Ordnung geführt werden.
David Rockefeller faßte es 1994 vor dem Wirtschafts-Ausschuß der Vereinten Nationen (UN Business Council) so zusammen:
"Wir stehen am Rande einer weltweiten Umbildung - alles, was wir brauchen, ist die richtige allumfassende Krise, und die Nationen werden in die neue Weltordnung einwilligen".
Überschaut man die letzten Jahrzehnte, sind die Eliten bzw. die Hochfinanz tatsächlich erfolgreich dran, immer wieder neue Krisen hervorzurufen und anschließend für die Umsetzung ihrer Ziele zu nutzen.
Die Umsetzung der Neuen Weltordnung hat bis hierher deshalb funktioniert, weil das Wirken der Bilderberg-Gruppe im Verborgenen blieb und die Teilnehmer unbemerkt als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Bilderberg-Gruppe die Agenda umsetzen konnten. Um das Fortschreiten dieser Pläne und das Wirken der Bilderberg-Gruppe zu stoppen, ist es darum wichtig, daß die Pläne, Drahtzieher und Teilnehmer unter Beobachtung und ins Bewußtsein der Bevölkerung kommen.<<

USA: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.369/…): >>**Biden erteilt Ukraine Erlaubnis für Angriffe auf russisches Gebiet**
US-Präsident Joe Biden hat der Ukraine die Erlaubnis erteilt, mit US-Munition bestimmte militärische Ziele in Rußland anzugreifen. Damit hat der Krieg in der Ukraine hat eine neue Eskalationsstufe erreicht.
US-Präsident Joe Biden hat der Ukraine die Erlaubnis erteilt, mit US-Munition bestimmte militärische Ziele in Rußland anzugreifen. Das berichtet CNN am Donnerstagabend unter Berufung auf Regierungsbeamte. Der Einsatz soll demnach auf Ziele in der Nähe der ukrainischen Stadt Charkiw begrenzt bleiben.
Zuvor hatten sich bereits Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und US-Außenminister Antony Blinken offen für eine Anpassung der Strategie gezeigt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte unterdessen keine klare Position bezogen und lediglich auf das Recht der Ukraine zur Verteidigung verwiesen.
Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hatte es am Donnerstagabend offen gelassen, ob es die Bundesregierung der Ukraine erlauben will, auf russisches Gebiet zu schießen. "Das sind Details, über die man nicht öffentlich spricht, weil man niemals darüber sprechen sollte, wozu man bereit ist", sagte er dem "ZDF Heute-Journal".
Pistorius erklärte, der Kreml käme nie auf die Idee, seine Karten offenzulegen. Allerdings müsse jeder Verbündete seinen eigenen Weg dabei finden. Er sei aber generell davon überzeugt, daß wir "vorsichtig sein sollten mit unseren geheimen und strategisch relevanten Informationen".
Die Ukraine hatte in den vergangenen Wochen den Schritt erbeten, da die russische Armee rund um Charkiw zuletzt deutliche Fortschritte erzielen konnte. Während mit den von Deutschland gelieferten Waffen nicht weit ins russische Landesinnere getroffen werden konnte, haben die von den USA gelieferten ATACMS eine Reichweite von rund 300 Kilometern.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.377/…):

>>**Politische Justiz: Donald Trump schuldig gesprochen**
Von *Sven Reuth*
Im Prozeß um die Verschleierung von Schweigegeld-Zahlungen an eine Pornodarstellerin haben die Geschworenen den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump schuldig gesprochen. Das teilte die Jury am Donnerstag in New York mit. Der Mann könnte trotz Verurteilung Präsident werden und ist ein Phänomen …
Dieses Urteil stinkt fast genau ein halbes Jahr vor den US-Präsidentschaftswahlen am 5. November 2024 regelrecht nach politischer Justiz. Das Strafmaß wird erst im Juli festgelegt, es droht eine Geld- oder Freiheitsstrafe. Trump hat noch die Möglichkeit, gegen das Urteil in Berufung zu gehen.
Verurteilung wegen einer falschen Buchung
Von Anfang an war klar, daß die Schweigegeldzahlung an die US-Porno-Darstellerin Stormy Daniels nach dem Recht des US-Bundesstaates New York nicht zu beanstanden ist. Trump wurde nur vorgeworfen, diese nicht korrekt verbucht zu haben, deshalb wurde Trump das Delikt der Fälschung von Geschäftsunterlagen vorgeworfen. Obwohl dieses Delikt in dem US-Bundesstaat an der Ostküste eine Straftat der Klasse E und damit die niedrigste Stufe von Vergehen darstellt, können dafür bis zu vier Jahren Haft verhängt werden. Diese Haftstrafe kann zur Bewährung ausgesetzt werden.
Entscheiden wird Richter Juan Merchan, der das Strafmaß am 11. Juli verkünden wird. Er muß in einem Fall entscheiden, den es in der Rechtsgeschichte so noch nicht gegeben hat - und genau das wird Merchan wohl nicht so ohne weiteres aus dem Hinterkopf bekommen. Denn Trump ist republikanischer Präsidentschaftskandidat und hat laut aktuellen Umfragen gute Chancen, die Wahl zu gewinnen.
Verurteilung könnte Trump sogar nützen
Sollte Trump ins Gefängnis müssen, dann müßte der Secret Service mitgehen, denn dieser ist dazu verpflichtet, frühere Präsidenten rund um die Uhr zu beschützen. Die Verurteilung selbst berührt nicht Trumps Recht, zur Präsidentschaftswahl anzutreten. Sollte er noch vor der Wahl zu Hausarrest verurteilt werden, dann müßte er einen virtuellen Wahlkampf führen.
In einer kürzlichen Umfrage von ABC News und Ipsos gaben nur vier Prozent der Trump-Anhänger an, sie würden ihre Unterstützung zurückziehen, wenn er wegen einer Straftat verurteilt würde. Weitere 16 Prozent sagten immerhin, sie würden es sich noch einmal überlegen. Allerdings gaben auch 25 Prozent der Trump-Anhänger an, sie würden sich erst dann so richtig in den Wahlkampf stürzen und Geld spenden, wenn Trump verurteilt würde. Der gestrige Schuldspruch dürfte also einerseits mobilisierende Wirkung haben, andererseits aber auch ein paar eher unentschlossene Sympathisanten davon abhalten, Trump zu wählen.
Trump kann das Urteil vor einem Berufungsgericht oder vor dem höchsten Gericht des Staates New York anfechten. Seine Anwälte haben dafür mit Einsprüchen gegen Anklagepunkte und Entscheidungen im Prozeß bereits die Grundlage geschaffen. Außerdem warfen Trumps Anwälte Richter Merchan Befangenheit vor, da dessen Unternehmen sowohl US-Präsident Biden wie auch Vizepräsidentin Kamala Harris zu seinen Kunden zählt.
Vertrauensverlust in die Justiz
Schon jetzt aber dürften viele konservative Wähler in den USA durch den Prozeß ihr Vertrauen in den US-amerikanischen Staat verloren haben. Die Staatsanwälte in dem durch und durch demokratischen US-Bundesstaat New York greifen ausgerechnet sechs Monate vor der Wahl einen zeitlich weit zurückliegenden Fall auf, um - diesen Eindruck gewinnt man zumindest - doch zu einer Verurteilung von Trump zu kommen. Auch in den USA läßt man also nicht unversucht, um einen mißliebigen Kandidaten auszuschalten. ...<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.376/…): >>**Historisches Urteil: Trump als erster US-Präsident zu Strafe verurteilt**

Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten ist ein ehemaliger US-Präsident in einem Strafverfahren als schuldig verurteilt worden. Im Prozeß um Schweigegeld-Zahlungen an eine Pornodarstellerin haben die Geschworenen Donald Trump in allen 34 Anklagepunkten schuldig gesprochen. Das teilte die Jury in New York mit.
Es ist ein in der amerikanischen Geschichte bislang einmaliger Vorgang, daß ein Ex-Präsident wegen einer Straftat verurteilt wird. Trumps Anwalt Todd Blanche hat angekündigt, Berufung einzulegen. Das Strafmaß soll am 11. Juli verkündet werden.
Trump droht eine Freiheitsstrafe (gegebenenfalls auf Bewährung), mindestens aber eine Geldstrafe. Er könnte allerdings auch mit einer Vorstrafe wieder Präsident werden.
Die Staatsanwaltschaft hatte Trump vorgeworfen, daß er seine Aussichten auf einen Erfolg bei der Präsidentschaftswahl 2016 durch die Zahlung von 130.000 Dollar Schweigegeld an eine Pornodarstellerin verbessern wollte. Diese hatte damit gedroht, über eine angebliche sexuelle Begegnung auszupacken. Die von Trump nicht bestrittene Zahlung an sich war legal.
Der Republikaner soll das Geld aber unrechtmäßig verbucht haben, was ihm seitens der Anklage als illegale Wahlkampfkostenhilfe vorgehalten wurde. Dieser Auffassung folgten die sieben Männer und fünf Frauen der New Yorker Jury, die seit Mitte April mehr als 20 Zeugen angehört hatte.
Politische Beobachter bezweifeln, daß das Urteil Trump im Präsidentschafts-Rennen schaden wird. Trump-Anhänger sprechen bereits von einer "Kriegserklärung".<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 31. Mai 2024 (x1.371/…):
>>**Europa im Zangengriff von Militär und Kapital der USA**
Von *Herbert Ludwig*
Nach der allgemeinen Charakterisierung des von den USA ausgehenden wahren gnadenlosen Weltimperialismus, den Werner Rügemer in seinem neuen Buch "Verhängnisvolle Freundschaft" fundiert beschreibt, folgen hier die wesentlichen Aspekte aus dem VIII. Kapitel des Buches über die fortdauernde Wirksamkeit des US-Imperialismus in der Gegenwart, bis zum Ukraine-Krieg.
Den ungeheuren Lügen und Verzerrungen der deutschen US-Vasallen über die gegenwärtigen Ereignisse, die wieder neue anschwellende Kriegstreibereien begründen sollen, müssen immer wieder die wahren historischen Konstellationen und Vorgänge entgegen gehalten werden.
Werner Rügemer weist darauf hin, wie nach dem 2. Weltkrieg die USA einerseits Mitbegründer der UNO waren, aber andererseits eine eigene Weltordnung aufgebaut haben: eigene Militärbündnisse und einen eigenen Typ von Wirtschaftsbeziehungen mit privaten Schiedsgerichten, einen weltweiten Betrieb von mehreren hundert Militärstützpunkten, auch auf annektierten Territorien, Lagerung von Atombomben in "befreundeten" Staaten, die darauf keinen Zugriff haben.
Zu dieser Praxis gehörten Dutzende völkerrechtswidrige Putsche, Kriege, Stellvertreterkriege, Militäroperationen wie in Korea, Nicaragua, Indonesien.
"Neben der UNO und gegen die UNO bauen die USA verstärkt seit den 1990er Jahren zusätzlich eine alternative, von ihnen so getaufte 'Internationale Gemeinschaft' auf, zu der wechselnde US-Vasallen herangezogen werden.
So praktizieren die USA neben dem UN-Völkerrecht ihre Erfindung einer 'regelbasierten internationalen Ordnung', führen völkerrechtswidrige Kriege wie in Jugoslawien/Serbien, im Irak, in Afghanistan, Syrien und Libyen, exekutieren auch von deutschem Boden aus weltweite Drohnenmorde und bereiten Stellvertreterkriege durch Aufrüstung und Förderung rechtsradikaler Kräfte vor - wie seit 1994 in der Ukraine.
Und neben den Universellen Menschenrechten entwickeln die USA eine selektive Variante vor allem individualistischer, egoistischer 'Menschenrechte', zunehmend konzentriert um Sexualität, ohne die Sozial- und Arbeitsrechte.

Da präsentieren US-Konzerne und Kapital-Organisationen wie BlackRock und ihre Leitmedien young coloured people und fordern die Geschlechter-Gerechtigkeit für Frauen - aber nur für die US-gefälligen jungen Führungskräfte, während die Mehrzahl der Frauen in untergeordneter Arbeit menschenrechtswidrig ausgebeutet, erniedrigt und verarmt wird wie nie zuvor - in den USA selbst wie in den US-Investitions-Standorten der EU und ebenso im annektierten 'Überseegebiet' Puerto Rico, in Indien, Vietnam, Taiwan, in der Ukraine usw." (S. 280-281)

Nur US-geführter Kapitalismus ist gut

Kapitalistische Lobbyverbände, Regierung, Militär, Geheimdienste, Leitmedien und private Elite-Universitäten der USA förderten keineswegs den Kapitalismus als allgemeines System, sondern nur einen US-geführten Kapitalismus. Andere nationale und regionale Kapitalismen könnten zwar erst einmal gefördert, aber auch geschädigt, degradiert und verarmt werden wie gegenwärtig die EU.

Als nach 1990 das nun kapitalistische Rußland mit dem korrupten und besoffenen Boris Jelzin einen US-freundlichen Staatschef gehabt habe, der die Staatsunternehmen an einheimische Oligarchen und US-Investoren verscherbelte, und dadurch die Bevölkerung verarmte und Selbstmorde zunahmen - da sei Rußland ein Freund der USA gewesen.

Aber als im immer noch kapitalistischen Rußland danach mit Wladimir Putin ein nationalbewußter Staatschef an die Macht gekommen sei, der den Ausverkauf gestoppt, die Verarmung bekämpft habe, und die Selbstmorde zurückgegangen seien - da hätten die USA Rußland zum Todfeind inszeniert.

Die US-Kapital-Demokratie fördere seit ihrer Gründung auch nicht grundsätzlich die Demokratie, sondern ein jeweils US-geführtes Regierungssystem, zu dessen Führungskräften im Konfliktfall aber nicht Demokraten, sondern Diktatoren und sonstiger Autokraten wie die Faschisten des 20. Jahrhunderts in Europa und dann vielfach in der EU und im Europa des 21. Jahrhunderts rechtsradikale Oligarchen gehörten.

Die US-Kapital-Demokratie bedeute auch nicht, daß die Regierung den Staat regiere. Auch die gewählten Abgeordneten der von den Kapitalisten als dienlich selektierten und dauerfinanzierten, korrumpierten Parteien regierten den Staat nur formell. Vielmehr regierten die führenden Kapitalisten.

Die führenden Konzerne, Banken und ihre Multi-Aktionäre wie gegenwärtig BlackRock, Vanguard, State Street & Co. seien Staaten im Staate und besetzten im eingespielten Drehtürmechanismus Regierungs-, Behörden- und Beraterposten.

Die führenden US-Kapitalisten hätten die Staatsverschuldung zu ihren Gunsten in solche Höhen getrieben, wo eine Rückzahlung in der bisherigen Logik nicht mehr möglich sei. Jede von den Kapitalisten verursachte Finanz- und Wirtschaftskrise führe zu neuer Überschuldung, mit Hilfe derer der Staat erpreßt werde. Das gelte an erster Stelle für die USA selbst, aber auch immer mehr für ihre Einflußgebiete wie die EU.

Das US-Militärbudget werde in immer neue Höhen geschraubt - es betrage im Jahre 2022 mehr als die Militärbudgets aller 12 nächstgroßen Staaten zusammen, unter denen auch die Todfeinde Rußland und China seien.

Nach dem seit der US-Gründung entwickelten Muster sei im Zangengriff von Kapital und Militär die Eroberung Europas, zunächst Westeuropas weitergegangen: Mit Marshall-Plan und NATO und zusätzlichen Militärstützpunkten in den NATO-Mitgliedstaaten, mit offener und verdeckter Förderung ex-faschistischer und neu formierter antikommunistischer Kräfte, in Westeuropa zunächst vielfach in plötzlich christlicher Einkleidung "wie beim bundesdeutschen Politikdarsteller Konrad Adenauer".

"Mit Napalm, Sturzkampffliegern und Beratern griffen die USA ab 1948 in den griechischen 'Bürgerkrieg' ein, um die aus dem Antifaschismus entstandene Befreiungsbewegung zu vernichten. Erst dann wurde das Geld des Marshallplans ausgezahlt.

Im angeblich 'Kalten' Krieg führten die USA weitere heiße, mörderische Kriege wie in Vietnam, organisierten Dutzende blutige Putsche in Südamerika, in der Karibik, in Asien. Das war also weder ein Kalter Krieg noch ein 'Ost-West-Konflikt'. Vielmehr war es ein heißer Krieg des vor dem 2. Weltkrieg öffentlich ausgerufenen 'American Imperialism' gegen Demokratie, Menschenrechte und nationale Befreiung in Europa wie auf allen Kontinenten.
Dem so scheinbar freundlich geförderten Standort (West-)Europa wurde zudem eine tödliche Aufgabe aufgezwungen: Der von den USA geleitete, auch atomar mögliche Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion und heute gegen Rußland. Unter Präsident Barack Obama haben die USA ihre Doktrin des atomaren Erstschlags erneuert." (S. 283, 284)
Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der osteuropäischen sozialistischen Staaten sei der US-Zangengriff von Kapital und Militär weitergegangen. Die vor einem Jahrhundert von den USA inszenierte "bolschewistische Gefahr" als Begründung für die NATO sei weggefallen, aber das eigentliche Ziel sei schon nach dem 2. Weltkrieg die Eroberung Eurasiens gewesen, also zusätzlich ganz Rußland. Dieses Ziel sei bestehen geblieben, und deshalb werde die NATO fortgeführt und immer weiter an die Grenzen Rußlands vorgeschoben.
So sei mit der neu inszenierten NATO-Gründungslüge die US-Eroberung Europas als "Osterweiterung" weitergegangen. Damit die Prioritäten klar seien, habe bei jedem Staat zuerst die NATO-Mitgliedschaft vollzogen werden müssen, bevor die EU-Mitgliedschaft habe folgen dürfen - und wieder mit zusätzlichen US-Stützpunkten in neuen NATO- und EU-Mitgliedstaaten und neu formierten Separatstaaten (Kosovo, Nordmazedonien), und wieder mit der Förderung rechtsradikaler Kräfte und Oligarchen.

Ukraine: US-Schlüsselstaat für die Eroberung Eurasiens

Bereits 1997 habe der langjährige US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski die angepaßte Marschrichtung für das alte Endziel vorgegeben: die Eroberung des gar nicht mehr kommunistischen, sondern nun kapitalistischen Rußland. Brzezinski habe offengelegt: Europa sei der "geopolitische Brückenkopf Amerikas in Eurasien". Dabei sei Deutschland der "Musterknabe und stärkste Anhänger Amerikas" - und die Ukraine sei der Schlüsselstaat für die Eroberung ganz Eurasiens "von Lissabon bis Wladiwostok". Seit 1994 habe deshalb der Ausbau der Beziehung zwischen der Ukraine und den USA "höchste Priorität".
"Damit sollte die Stellung der USA als "einzige Weltmacht" endgültig abgesichert werden, durch Zugriff nicht nur auf Westeuropa, sondern auch auf Rußland, auf seine geostrategisch zentrale Landmasse und seine Ressourcen: Öl, Gas, Seltene Erden. Diese konflikt- und kriegstreibende Strategie wurde vom musterknäblichen Obervasallen, in Gestalt des bundesdeutschen FDP-Außenministers Hans-Dietrich Genscher, im Vorwort des Brzezinski-Manifests begeistert gelobt.
Wie von US-Berater Brzezinski 1997 öffentlich begründet, wurde die Ukraine nach modernisiertem Hinterhof-Muster schrittweise zur US-Bastion gegen Rußland ausgebaut, als extreme, aber logische Verwirklichung des 'Neoliberalismus':
korruptester Staat Europas, mit schnell wechselnden Oligarchen-Clans in der Regierung
höchster Anteil an Rechtsradikalen in Regierung, Militär und Medien
auslandsabhängiger, fremdfinanzierter Staat durch IWF, USA, EU und Kapitalorganisationen wie BlackRock
exzessive Nutzung ausländischer Finanzoasen wie Zypern, Luxemburg, britische Jungferninseln und Belize durch Unternehmen, Regierungschefs und Politiker
größtes Militär in Europa - mit mehr Soldaten als die bevölkerungsreicheren Staaten Frankreich und Deutschland
von ausländischen Mächten - USA, England - geheimdienstlich und digital geführtes Militär
niedrigster Mindestlohn von 1,21 Euro (Stand 2022) und die ärmste und kränkeste Bevölkerung in Europa

höchste Quote der Arbeitsmigration in Richtung benachbarter Staaten, wo Ukrainer/innen die übriggebliebenen niederen Dienste übernehmen." (S. 285) 9
Diese Geostrategie werde angeführt, wie im 1. und 2. Weltkrieg, von den führenden US-Kapitalisten. Der gegenwärtig größte Kapitalorganisator BlackRock sei in der US-Regierung personell vertreten, also Kriegspartei, und zugleich verantwortlich für den "Wiederaufbau" der Ukraine.
Im Januar 2022 sei im US-Kongreß eine Neuauflage des Land-Lease- Gesetzes von 1941 eingebracht worden, das "Leih- und Pachtgesetz zur Verteidigung der Demokratie in der Ukraine", in Kraft seit dem 9. Mai 2022. Es fördere die lukrativen Waffen- und sonstigen Lieferungen von US-Konzernen für den Stellvertreterkrieg "bis zum letzten Ukrainer".
Und das Gesetz lasse wie 1941 gegenüber den Alliierten die Formen der Rückzahlung offen. Sie könne wie nach 1945 in der Überlassung von Militärstützpunkten und günstigen Bedingungen für Investitionen bestehen, auch etwa für den Ankauf der fruchtbaren Schwarzerde durch ausländische Investoren. Wegen der monetär nicht rückzahlbaren Überschuldung bleibe die Ukraine langfristig erpreßbar.
Man muß aber noch eine wichtige Tatsache hinzufügen. Thomas Röper vom "Anti-Spiegel" hat darauf hingewiesen: "Der Gesetzentwurf wurde am 19. Januar 2022 eingereicht, also während man offiziell noch mit Rußland über gegenseitige Sicherheitsgarantien verhandelt hat und über einen Monat vor Beginn der russischen Operation. Das zeigt, daß man in den USA wußte, daß die Russen auf die Ablehnung von Sicherheitsgarantien militärisch reagieren würden. Die USA haben den Konflikt bewußt herbeigeführt und sich rechtzeitig darauf vorbereitet."
Doch nicht nur in den USA habe man gewußt, was man tut. Auch zum Beispiel Kanzler Scholz sei informiert gewesen, was in den USA und der NATO geschehe, wenn man Rußlands Forderungen nach gegenseitigen Sicherheitsgarantien ablehne. So sagte er in der Tat am 27. März in der Talkshow von Anne Will deutlich, "… so ganz ungeplant war das nicht, die Eskalation in der Ukraine hat sich ja schon lange Zeit abgezeichnet…" (Video Min. 0:27) und die Rußland-Sanktionen habe man "lange vor Kriegsausbruch" vorbereitet. (Min. 4:37)
Der US-geführte kollektive Westen, so Röper, habe Rußland ganz bewußt so lange an die Wand gedrückt, bis Rußland keine andere Möglichkeit mehr gesehen habe, als seine Sicherheit militärisch zu sichern. Und man habe sich - das zeigten das Datum des Land-Lease-Gesetzes und die Äußerungen von Scholz - darauf vorbereitet.
Die Überraschung und das Entsetzen im Westen nach dem russischen Einmarsch seien geheuchelt, man habe diese Situation vielmehr bewußt herbeigeführt, um den in Washington schon seit Jahren gehegten Wunsch umzusetzen, Rußland in einem Stellvertreterkrieg zu schwächen und es von Europa zu trennen. Darüber sei in Washington seit Jahren sogar offen gesprochen worden.

Die Deutschen

Über all diese historischen Zusammenhänge wird das deutsche Volk von Politik und Medien nach Strich und Faden getäuscht und belogen. Entweder unbewußt, weil man sich selbst um die historischen Tatsachen nicht kümmert und auf die suggestiven Einflüsterungen des tödlichen "Partners" hört, oder z.T. bewußt, wie Scholz, und macht sich zum verantwortungslosen Handlanger der ruchlosen Ziele des Weltimperialisten. Was ist schlimmer? - In beiden Fällen betreibt man die Vernichtung Deutschlands und Europas.
Rudolf Steiner hat bereits während und nach dem 1. Weltkrieg auf die kapitalistischen Methoden der Weltbeherrschung hingewiesen, die von herrschenden Gruppierungen in England, insbesondere in den USA ausgehen. In einer undatierten Tagebuchnotiz, die von 1917 oder 1918 stammen muss, schrieb er:
"Tonangebend ist eine Gruppe von Menschen, welche die Erde beherrschen wollen mit den

Mitteln der beweglichen kapitalistischen Wirtschaftsimpulse. Zu ihnen gehören alle diejenigen Menschenkreise, welche diese Gruppe imstande ist durch Wirtschaftsmittel zu binden und zu organisieren."
Er nennt diese Gruppierungen "Pluto-Autokraten", womit er eine Verbindung von Plutokrat (= jemand, der durch Reichtum Macht ausübt) und Autokrat (= diktatorischer Alleinherrscher) meint, dann bezeichnet er sie als eine okkulte Gruppe. Aus vielen seiner Vorträge geht hervor, daß er damit auf eine Gruppierung deutet, die im Hintergrund in Geheimgesellschaften organisiert ist, deren Mitglieder das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben des Landes beherrschen.
So spricht Rudolf Steiner im Fortgang dieser Tagebuchnotiz noch eine viel tiefere Dimension des US-Imperialismus an, die auf eine unbedingte Verhinderung des kulturellen Zusammenwirkens der deutschen und russischen Kultur gerichtet sei. Wenn dies dauerhaft gelänge, habe man an diese Gruppe innerhalb der anglo-amerikanischen Welt die Welt-Herrschaft abgetreten, "bis aus dem geknechteten deutsch-slawischen Gebiet durch zukünftige Ströme von Blut das wahre geistige Ziel der Erde gerettet wird." …<<

01.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Strack-Zimmermann fordert Aktivierung von 900.000 Reservisten**
Die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann zeigt sich alarmiert über mögliche Angriffspläne Rußlands gegen den Westen und fordert die Aktivierung von 900.000 Reservisten in Deutschland. "Putin trimmt sein Volk auf Krieg und bringt es in Stellung gegen den Westen.
Daher müssen wir so schnell wie möglich verteidigungsfähig werden", sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. "Rußland produziert nur noch Waffen. Es werden Schulbücher gedruckt, die Deutschland als Aggressor darstellen. Grundschulkinder werden an der Waffe ausgebildet. Das alles ist beängstigend." Strack-Zimmermann ergänzte: "Der russische Angriff gegen uns hat bereits begonnen."
Dabei verwies sie auf Cyberangriffe, Spionage und gezielt ausgelöste Fluchtbewegungen. "Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß uns der Krieg in der Ukraine unmittelbar betrifft", sagte sie. "Wenn Putin mit seinem Angriff erfolgreich ist, wird er seine Raubzüge fortsetzen: Georgien, Moldawien - und wenn er meint, daß die Zeit gekommen ist, wird er auch das Baltikum angreifen."
Strack-Zimmermann rief dazu auf, "die ungefähr 900.000 Reservisten zu aktivieren, die wir in Deutschland haben". Diese müßten zunächst registriert werden.
Die Bundeswehr habe Soldaten, die aus dem aktiven Dienst ausgeschieden seien, über Jahrzehnte nicht mehr erfaßt. "Wenn wir nur die Hälfte davon mit ihrer entsprechenden Expertise als Reservisten gewinnen könnten, wäre das ein unglaubliches Pfund", sagte sie. Die FDP-Politikerin appellierte an Unternehmen, den Reservisten unter ihren Angestellten eine gewisse Zeit für diese Aufgabe einzuräumen. "Auch das ist Teil der Zeitenwende." Strack-Zimmermann beharrte darauf, das Geld für die Bundeswehr aus dem regulären Haushalt zu finanzieren. "Das Sondervermögen Bundeswehr war eine Ausnahme", sagte sie.
Mit der FDP wird es auch keine Lockerung der Schuldenbremse geben. "Wir müssen lernen, in unserem Haushalt Prioritäten zu setzen." Auf die Nachfrage, ob sie bei Rente und Bürgergeld kürzen wolle, entgegnete Strack-Zimmermann: "Die Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, verdienen unseren Respekt und haben Anspruch auf ihre Rente. Junge Leute wiederum haben einen Anspruch darauf, ihre Zukunft zu gestalten. Wir sollten die Generationen nicht gegeneinander ausspielen."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Tagesschau unterstellt Stürzenberger Mitschuld an Anschlag**

Nach einem Angriff auf den Islamkritiker Michael Stürzenberger legt die Tagesschau nahe, er trage Mitschuld - denn die Meinungen des "Islamhassers" seien extrem und "unversöhnlich".
Henry Albrecht
Nach dem Anschlag auf den Islamkritiker Michael Stürzenberger erklärt die Tagesschau diesen indirekt für mitschuldig an dem Messer-Attentat. Er und seine Bewegung "Pax Europa" seien "islamfeindlich". Der ARD-Terrorismusexperte Holger Schmidt lieferte in einem Beitrag von Freitag die Begründung. Es seien "extreme" Positionen, die Stürzenberger vertrete, daher würde er "nicht nur als Islamkritiker, sondern von einigen als Islamhasser bezeichnet". Stürzenbergers Meinung, sei laut Schmidt "rhetorisch sehr gut vorgetragen", aber sei eben auch extrem "unversöhnliche rechtspopulistische Haltung", die er vertrete. Daß die "Bürgerbewegung Pax Europa" rechts und islamkritisch sei, mag stimmen - doch die Relativierung, die bei solchen Passagen mitschwingt, rechtfertigt das nicht.
Doch nicht nur ARD äußerte sich unpassend zum Anschlagsopfer. Der Ex-ZDF-Journalist Mario Sixtus hat sich auf der Plattform "Bluesky" zu dem Attentat auf den Islamkritiker Michael Stürzenberger geäußert. Während Michael Stürzenberger nach der Messer-Attacke eines arabisch aussehenden Mannes aktuell notoperiert wird und sein Gesundheitsstand unbekannt ist, philosophiert Sixtus darüber, daß man Stürzenberger gefälligst "Rassist" nennen sollte und verglich ihn mit Adolf Hitler.
In seinem Post schreibt der Publizist "Liebe Journalistenkollg*innen, können wir bitte Rassisten, Rassisten, nennen und sie nicht zu 'Islamkritikern' erheben?!" und spielt damit auf den angegriffenen Stürzenberger an, der in der Medienberichterstattung über das Attentat als Islamkritiker beschrieben wird. Weiter schreibt er dann: "Auch wenn sie Opfer von Gewalt wurden, macht sie das nicht zu Religionswissenschaftlern. Danke!"
Darunter folgt dazu noch ein Hitler-Vergleich gegen Terroropfer Stürzenberger: Sixtus formuliert, Stürzenberger als "Islamkritiker" zu bezeichnen, sei wie "der österreichische Landschaftsmaler und Judaismuskritiker" Hitler zu sprechen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Juni 2024 (x1.382/…): >>**EU beschließt Verbot von Bargeld-Zahlungen ab 10.000 Euro - das steckt wirklich dahinter**
Die EU hat sich auf ein Verbot von Bargeldzahlungen über 10.000 Euro ab 2027 geeinigt, mit der Begründung, damit Geldwäsche bekämpfen zu wollen. Der eigentliche Grund ist der Kampf gegen das Bargeld - um den Bürger zum digitalen Euro zu leiten.
Von *Jerome Wnuk und Zan Blagojević*
Die Europäische Union geht den nächsten Schritt im Kampf gegen das Bargeld. Wie am Freitag bekannt wurde, haben sich die EU-Unterhändler von EU-Rat und Europaparlament auf ein pauschales Verbot von Bargeld-Zahlungen über 10.000 Euro ab 2027 geeinigt. Nationale Regierungen können sogar geringere Höchstgrenzen für Bar-Zahlungen beschließen. Die EU begründet die Entscheidung mit dem Argument, damit effektiver das Problem der Geldwäsche bekämpfen zu können.
Die neue Obergrenze ist Teil eines größeren Anti-Geldwäsche-Pakets der EU-Kommission und soll "erstmals die Geldwäscheregeln europaweit harmonisieren und nationale Schlupflöcher schließen", heißt es von Seiten der Mitgliedsstaaten. In Realität verbirgt sich hinter der Entscheidung ein weiterer Schritt der EU, Bargeld-Zahlungen unattraktiver zu machen und damit digitale Zahlung, insbesondere den digitalen Euro voranzubringen - um damit mehr Einsicht und Kontrolle über wesentliche Finanzgeschäfte zu gewinnen.
Bargeldgrenze und neue Behörde
Es ist ein drastischer Schritt, den die EU-Mitgliedsstaaten am Freitag mit dem Vorwand, man kämpfe damit gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, einleitet: Wird die Reform jetzt noch von allen europäischen Institutionen formell bestätigt, eine Formsache, gilt ab 2027 in allen Mitgliedsstaaten eine pauschale Grenze von 10.000 Euro für Bargeldzahlungen, ge-

paart mit weiteren Regeln gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.
Es ist der Anfang von etwas, was weit über die Bekämpfung von Terrorfinanzierung hinaus geht: In Deutschland galt bislang keine Grenze für Bargeldgeschäfte - ab 10.000 Euro war allein eine Ausweispflicht vonnöten. Wer, wo, wie und wie viel Bargeld ausgab, auch über 10.000 Euro, war für den Staat und die Politik keine Angelegenheit - das ändert sich jetzt. Geschäfte über 10.000 Euro mit Bargeld sind ab 2027 generell verboten - eine willkürliche Grenze, ab der dann jede Zahlung per Digitalzahlung erfolgen muß, mit Ausnahme von Geschäften zwischen zwei Privatpersonen.
Dort soll die Bargeldobergrenze zunächst nicht gelten. Zur Überwachung der neuen Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche wird in Frankfurt zudem eine neue Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, AMLA, eingerichtet.

Die Frage nach dem Warum

Die Reform gibt neben der Bargeldobergrenze auch vor, daß künftig etwa Anbieter von Kryptowährungen ihre Kunden umfassend "kontrollieren" sollen, so wie es bei Banken bereits üblich ist. Transaktionen von 1000 Euro und mehr müssen geprüft werden, auch da gibt es also ab jetzt mehr Kontrolle. Auch Juweliere, Jachtverkäufer und Kunsthändler sind künftig verschärften Meldevorschriften verpflichtet. So müssen sie ab 2027 "bestimmte Details" zu ihren Kunden erfassen und "überprüfen". Ab 2029 sollen dann die Geldwäscheregeln für alle Erstliga-Fußballklubs und Spieleragenten gelten.
Der Zweck, Geldwäsche zu bekämpfen, wirkt dabei vorgeschoben: Denn dem objektiven Beobachter erschließt sich nicht, was ein pauschales Verbot von hohen Bargeldzahlungen der Kriminalität entgegenstellen kann - viele Beobachter verweisen etwa auf die Tatsache, daß auch Geldwäsche immer mehr im digitalen Raum stattfindet und eine Bargeldobergrenze kaum Wirkung hätte.
Bayerns Finanzminister Albert Füracker (CSU) sprach etwa gegenüber dem Handelsblatt von einer unverhältnismäßigen Maßnahme: "Der Zwang zu digitalem Bezahlen führt nicht automatisch zu weniger Kriminalität. Das zeigt sich auch an der Cyberkriminalität, die im Zweifel gänzlich ohne Bargeld auskommt", sagte er.
Ebenfalls auffällig ist, daß die Mitgliedsstaaten schon viele Reformen gegen die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung auf den Weg gebracht hat. So gibt es etwa seit 01.01.2020 die Auflage, daß Registrierkassen und normale Kassen im Einzelhandel eine technische Sicherheitseinrichtung haben müssen - schon das ist eine enorme Maßnahme zur aktiven Geldwäschebekämpfung.
Hierbei wird ein Verkettungsprinzip angewendet, bei der jede Transaktion eine elektronische Signatur, einen Signaturzähler sowie einen Zeitstempel bekommt. Damit wird sichergestellt, daß es unmöglich ist, im Nachhinein Änderungen an der Kette der Transaktionen vorzunehmen, ohne daß dies nachweisbar wäre. Die technische Sicherheitseinrichtung kann folglich vom Finanzamt mit einer Prüfsoftware auf Manipulation, Lücken und Veränderungen überprüft werden.
Braucht es deswegen wirklich noch ein pauschales Bargeldverbot ab 10.000 Euro? Einen solchen Eingriff für einen kleinen Schritt? Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, sprach einmal von "nicht gerechtfertigten Eingriffen in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie" bei einer Bargeldobergrenze.
Die Obergrenze ist ein erzwungener Wechsel auf digitale Zahlung bei hohen Summen, weg von anonymem Bargeld, die der EU gelegen kommt. Denn so lenkt die EU den Bürger zum digitalen Zahlen, weitet damit langfristig den eigenen Überblick über alle wesentlichen Finanzgeschäfte, die EU-Bürger tätigen, aus.
Die Bargeldobergrenze paßt gut in eine nun seit einiger Zeit laufende Entwicklung der EU. Seit 2021 fördern die Spitzen der Europäischen Union ganz aktiv die Einführung eines digita-

len Euro, der perspektivisch das Bargeld völlig verdrängen soll. Schon auf einer Konferenz in Brüssel im November 2022 betonte etwa die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, die Notwendigkeit, dem digitalen Euro den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels zu verleihen, vergleichbar mit dem Status des Bargelds.
EZB-Direktoriumsmitglied Fabio Panetta erklärte 2022 offen, daß der digitale Euro mit dem Bargeld in Konkurrenz treten soll. Nach Testphasen, Möglichkeits-Studien und der Einführung eigener Behörden für den digitalen Euro, plant man für 2027 eine mögliche Einführung des digitalen Zahlungsmittels.
Damit dieser auch Anwendung findet, ist die anonyme Bargeld-Zahlung der EU ein Dorn im Auge. Mit Bargeld sind absolut anonyme Transaktionen möglich. Es ist nicht nachvollziehbar, mit welcher Stückelung diese durchgeführt wurde und welche Güter oder welche Dienstleistungen zu welchem Preis gehandelt wurden.
Dieses Maß an Freiheit ist enorm, da keine Institution die Möglichkeit der Kontrolle innehat, weder eine Geschäftsbank, noch die Regierung.
Doch die EU will dort eben Kontrolle und Übersicht über die Finanzgeschäfte der EU-Bürger gewinnen: So ist der digitale Euro Zentralbankgeld - Geld, welches unmittelbar von der EZB geschöpft wird. Privatpersonen sollen demnach faktisch ein Konto direkt bei der EZB haben - und nicht mehr bei den Geschäftsbanken. Kontrolle und Überwachung könnte damit zentralisiert werden.
Die EZB sichert zwar strenge Datenschutzvorschriften zu, ob diese im Zweifel auch eingehalten werden, ist offen. Zumindest technisch stünden den Regierungen durch den digitalen Euro ungeahnte Möglichkeiten zur Verfügung, die bis zum Ausschluß aus dem Zahlungsverkehr reichen. Die Zahlungen des Bürgers wären dann einsehbar und im Zweifel sogar kontrollierbar. Damit diese Vision gelingen kann, sagt die EU dem Bargeld den Kampf an.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Stimmen zum Mannheim-Terror: "Es war richtig knapp"**
Von *Sven Reuth*
Zur gestrigen islamistischen Terrorattacke auf Michael Stürzenberger und einen Infostand der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) gab es zahlreiche Stellungnahmen. Mit Islamisten, potentiellen Terroristen und eingewanderten Kriminellen hat man hierzulande offenbar weniger Probleme. ..
Hier eine Übersicht der Stellungnahmen:
Gegenüber der Bild äußerte Stürzenberger zu seinem Gesundheitszustand:
"Es war gestern richtig knapp. Ein Stich seitlich an der Brust verfehlte die Lunge knapp. Ich habe Schrauben im seitlichen Kiefer. Eine klaffende Wunde an der Lippe, bei der die Zähne zu sehen waren, wurde genäht. Die Beinarterie wurde getroffen."
Stürzenberger: "Sie wollen den Job vollenden"
Im Video-Interview mit Oliver Flesch äußerte Stürzenberger:
"Mir geht es den Umständen entsprechend, wie man so schön sagt. Ich bin froh, daß es für alle Beteiligten gestern einigermaßen glimpflich abgelaufen ist, wenn man davon sprechen kann, denn es hätte gestern wirklich Tote geben können. Es war richtig übel, was dieser Afghane gestern da abgezogen hat mit seinem langen Messer. Was auch wirklich erschütternd war, war der Stich in den Nacken von dem Polizisten. Ich weiß nicht genau, wie da der Stand ist. Ich hoffe, daß er außer Lebensgefahr ist, der Polizist. Das war ein klarer Mordversuch.
Ich habe insgesamt sieben oder acht Stiche, ich habe das alles gar nicht so mitgekriegt. Einer hätte in die Lunge gehen können, der war knapp davor, dann wäre es das wahrscheinlich gewesen. ... Der Täter war wohl aus Hessen angereist, was man so hört. Der hatte einen Mordplan im Kopf. ... Es sind noch Polizisten zu meinem Schutz hier. Es gibt Andeutungen von Anhängern des politischen Islams im Internet, die den Job vollenden wollen, das muß man

sich mal vorstellen."
Boris Palmer, parteiloser Oberbürgermeister von Tübingen, äußerte gegenüber der Bild: "Angriffe auf Andersdenkende und die Polizei sind ein Stich ins Herz der Demokratie. Unser Staat muß hier wehrhafter werden, egal welcher Herkunft der Täter ist und welche Meinung das Opfer vertritt."
Weidel: "Eine Schande ist das"
Die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel äußerte beim Pfalztreffen der AfD: "Nancy Faeser hat reagiert mit einer Pressemitteilung, ich habe sie jetzt gerade vor mir. 'Bundesinnenministerin Nancy Faeser verurteilt Messerangriff auf Rechtsextremen.
Die Verbreitung dieses Videos verletzt die Persönlichkeitsrechte sowohl des Täters wie auch des Opfers und kann zu einer weiteren Spaltung unserer Gesellschaft führen, warnte die Ministerin. Das Teilen solcher Inhalte verstößt gegen geltende Gesetze zum Schutz der Privatsphäre und der Menschenwürde. ... ' Ich kann eines versprechen, daß wir als AfD nicht zulassen werden, daß solche Leute weiter in ihren Ämtern sitzen, so sieht das aus. Eine Schande ist das!"
Geert Wilders, Sieger der letzten niederländischen Parlamentswahl und Vorsitzender der islamkritischen Partei PVV, äußerte auf X: "Schrecklich! Das Opfer, Michael Stürzenberger, der mich mehrfach interviewt hat, ist nun Opfer eines feigen Terroraktes geworden."
Verletzter Polizist immer noch in Lebensgefahr
Der islamkritische Publizist Ahmad Mansour äußerte gegenüber der Bild: "Das ist ganz klar Islamismus, also eine religiös motivierte Tat. Und in diesem Spektrum handelt es sich hier sicher um keinen Einzeltäter. Eine ganze Industrie steht dahinter, deshalb gehen viele Islam-Kritiker nicht mehr ohne Polizeischutz aus dem Haus."
Wie mittlerweile verschiedene Medien berichten, ist der schwer verletzte Polizist entgegen anderslautender Berichte immer noch nicht außer Lebensgefahr. Das Bangen geht also weiter.<<
Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Juni 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Betreff: Endloser Terror der Antichristen: Der Reichtum der römisch-katholischen Kirche**
Sehr geehrte Damen und Herren!
Die Entstehung des Reichtums der römisch-katholischen Kirche
Der römische Kaiser Konstantin der Große erlaubte im Jahre 321 der katholischen Kirche per Gesetz, das geerbte Vermögen von Verstorbenen zu übernehmen (x241/147): >>Ein jeder soll das Recht haben, der heiligen und verehrungswürdigen Gemeinschaft der katholischen Kirche bei seinem Tod von seinen Gütern zu vermachen, so viel er will. Testamente sollen Geltung haben. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Erbfähigkeit der römisch-katholischen Kirche (x326/503-506): >>**Erbschleicherei**
Seit Konstantin 321 der Kirche die Erbfähigkeit verlieh - ein immer sprudelnder Quell des Reichtums bis heute -, hinterließen ihr viele Christen zur Rettung ihres Seelenheils teilweise oder ganz Ländereien und Barvermögen. In den seltensten Fällen wohl geschah dies nur aus eignem Antrieb. Denn unablässig schärfte man den Söhnen und Töchtern ein, ihr Geld und Gut ganz oder wenigstens zum Teil um ihres Seelenheiles willen Mutter Kirche zu schenken. Unablässig arbeiteten Kirchenrecht und Kirchenpraxis darauf hin, Zuwendungen an den Klerus zu erleichtern und zu steigern.
Es wurde Brauch, bei Kinderlosigkeit die Kirche zur Erbin und ihr auch sonstige Geschenke zur Erlangung des Himmelreiches zu machen. In Ost- wie Westrom begünstigte die staatliche Gesetzgebung die testamentarische Übereignung von Grundvermögen an kirchliche Stellen.

Und die "Väter" warnten eindringlich, daß das Seelenheil nicht gefördert werde, hinterlasse man Geld und Besitz den Verwandten. …
Es wurde bereits mehrfach durch Texte aus den verschiedensten Epochen belegt, wie gehässig, wie unsäglich menschenverachtend die Kirche die Familie mißachtet, die sie gewöhnlich (und natürlich ebenfalls nur ihres Vorteils wegen) ungewöhnlich glorifiziert, wie sie noch die einander Nächsten in brutalster Weise voneinander reißt, um ihrer Interessen willen. Um Gottes willen, sagt sie. In Wirklichkeit: um Geldes willen. (Nur das Strafgesetzbuch verbietet es, hier eine noch deutlichere Identifikation vorzunehmen.)
Keinen Augenblick, geht es ums Geld, zögern die gefeiertsten Heiligen, die berühmtesten Kirchenväter und -lehrer, Eltern und Kinder zu entzweien, indem sie verlangen, diese teilweise oder ganz zu enterben zugunsten der Kirche.
Auch für noch so viele Kinder läßt der heilige Cyprian die Sorge nicht gelten. "Gott überweise deine Schätze, die du für die Erben aufbewahrst. Er sei für deine Kinder Vormund". Der heilige Hieronymus fordert von den Priestern, ihren angehäuften Besitz nicht ihren Kindern zu hinterlassen, sondern alles den Armen und der Kirche. Nichtpriester aber sollen, wenn sie Kinder haben, Christus zum Miterben einsetzen. …
Selbst Salvian, der im 5. Jahrhundert so eindringlich das Elend der Massen schildert, klagt die Gläubigen an, weil sie nicht mehr, wie die ersten Christen, ihr Vermögen der Kirche vermachten. Doch wenn sie schon zu Lebzeiten ihre Güter behielten, sollten sie sich wenigstens auf dem Sterbebett erinnern, daß sie nur einen Besitz besaßen, dessen wahrer Eigentümer allein die Kirche sei.
"Wer sein Vermögen seinen Kindern hinterläßt, statt der Kirche, handelt gegen den Willen Gottes und gegen seinen eigenen Vorteil. Während er für die irdische Wohlfahrt seiner Kinder Sorge trägt, betrügt er sich um seine eigene Wohlfahrt im Himmel". …
Nie auch versäumte der Klerus, alle Schrecken der Sterbestunde, des Jüngsten Gerichts, der Hölle so lange auszumalen, bis die geängstigten Schäfchen bereit waren, sich mit ihrem irdischen Besitz im Himmel einzukaufen. Gerade auf dem Sterbebett flehten so manche Eltern ihre Kinder an, nichts von ihrem Vermögen für sich zu behalten.
Im 4. Jahrhundert bezeugen selbst die Gesetze der christlichen Kaiser das durch die großen Zuwendungen an die Kirche heraufbeschworene Elend ungezählter Familien. Bereits Valentinian I. (364-375) geht deshalb scharf gegen die Erbschleicherei des Klerus vor. 370 verbietet er Geistlichen und Mönchen, die Häuser der Witwen und Waisen aufzusuchen, und erklärt sämtliche Schenkungen und Vermächtnisse von ihnen sowie anderen Frauen, die unter religiösem Vorwand das Opfer erpresserischer Priester werden sollten, für ungültig.
Die Sache mußte schon damals ein solches Ausmaß angenommen haben, daß der Erlaß testamentarische Verfügungen an Geistliche mit der Konfiskation bedrohte, erbberechtigte Verwandte ausgenommen. Und schon zwei Jahrzehnte später wird durch ein Gesetz des Theodosius die klerikale Erbschleicherei erneut beschränkt - freilich auch, verblüffend bald, wieder aufgehoben.
Die Kaiser vermochten sich gegenüber (dem Finanzgebaren) der Kirche meist nicht durchzusetzen. Ein Gesetz des Theodosius vom Jahr 390, das die in den Städten herumlungernden, bettelnden Mönche wieder in ihre Wüsten verwies, mußte nach kaum zwei Jahren halb zurückgenommen werden. Die Verordnung gegen die Erbschleicherei von Geistlichen und Mönchen bei Witwen und Waisen sowie gegen das Ins-Kloster-Stecken junger Frauen und die finanzielle Beraubung von deren Kindern durch den Klerus, die Theodosius am 21. Juni 390 erließ, wurde auf Protest des heiligen Ambrosius schon zwei Monate später, am 23. August 390, widerrufen. Ähnlich ging es mit anderen Gesetzen, im Westen und im Osten. Was Kaiser gegen die klerikale Ausbeutung verfügen, heben sie selber oder spätere wieder auf.
Schließlich herrschte dieselbe Korruption da wie dort. Schließlich saugten Staat und Kirche

gemeinsam das Volk aus, zogen sie am selben Strang. Auch bei der Fortsetzung der Sklaverei.<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtete später über den Reichtum der römisch-katholischen Kirche (x923/…): >>**Superreich durch Erbschleicherei**

Ein Hauptfaktor für das Anwachsen des kirchlichen Grundbesitzes seit der Antike, besonders aber im Mittelalter, waren Erbschaften.

Bereits im 4. Jahrhundert war die Erbschleicherei durch den damaligen Papst Damasus so schlimm, daß der Kaiser eingreifen mußte.

Um nicht in den Verdacht der Ketzerei zu gelangen, hinterließ jeder Grundbesitzer oder Pächter bei seinem Tode einen Teil der Kirche. Denn auch ein Toter konnte noch der Ketzerei angeklagt werden, um den Nachkommen das ganze Erbe zu rauben. Zudem bekam ein der Ketzerei Verdächtigter unter Umständen keinen Begräbnisplatz in geweihter Erde. Unter diesem moralischen Druck wuchsen die Ländereien der Kirche an.

Papst Alexander III. verfügte bereits 1170, daß kein Testament gültig sei, das nicht in Gegenwart eines Priesters gemacht worden war. Jeder weltliche Notar, der ein Testament aufstellte, ohne diese Vorschrift des Papstes zu beachten, wurde mit dem Kirchenbann bestraft.

Die Kirche beanspruchte für sich das alleinige Recht, ein Testament gerichtlich zu bestätigen. Testamentarische Erbschaften an die Kirche galten laut Kirche als verläßliches Hilfsmittel, um die Leidenszeit im Fegefeuer zu verkürzen.

So machte die Angst vor ewigen Höllenstrafen nicht nur krank, sondern sie brachte der Kirche einen großen Batzen Geld ein. Bis heute. …

Unverhohlen predigte der Kirchenvater Salvian im 5. Jahrhundert: "Wer sein Vermögen seinen Kindern hinterläßt, statt der Kirche, handelt gegen den Willen Gottes und gegen seinen Vorteil. Während er für die irdische Wohlfahrt seiner Kinder Sorge trägt, betrügt er sich um seine eigene Wohlfahrt im Himmel."

Der "heilige" Basilius formulierte es so: "Vorsorge für die Kinder ist nur ein Vorwand der Habsüchtigen."

Erbschleicherei durch Priester ist bis in die heutigen Tage bekannt. Vor allem ältere Menschen sind davon betroffen. Alleinstehende ältere Menschen in Seniorenheimen sind dem Trost der Priester besonders zugänglich ...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtete später über den Reichtum der Kirche (x923/…): >>**Superreich durch Fälschungen**

… Um den kirchlichen Grundbesitz zu vermehren, fälschten Mönche und andere Kirchenleute nicht selten Urkunden.

Wollte ein Bischof oder ein Abt seinen Grundbesitz vergrößern, ließ er oft eine Fälschung erstellen, die dann im Archiv "gefunden" wurde und bewies, daß dieser oder jener Fürst aus früherer Zeit den betreffenden Landstrich bereits dem Kloster vermacht hatte. Was wollten die einfachen Bauern dagegen tun, die oft des Schreibens und Lesens unkundig waren?

Es gab Mönche, die das Fälscherhandwerk gelernt hatten und die das Land von Kloster zu Kloster durchzogen, um ihr Handwerk auszuüben.

Auf dem Sterbelager bekannte z.B. der Mönch Gueron, daß er ganz Frankreich durchzogen habe, um für Klöster und Kirchen falsche Dokumente zu erstellen.

In Süddeutschland übernahm das Benediktinerkloster Reichenau am Bodensee diese kriminelle Arbeit.

Ein großer Teil der mittelalterlichen Urkunden ist gefälscht.

Den absoluten Gipfel der Kriminalität maßte sich Papst Stephan II. (+ 757) an, indem er behauptete, Konstantin habe ihm das ganze Abendland geschenkt. Nicht wenige, die diese "Konstantinische Schenkung" für eine Fälschung hielten, mußten ihre Aussage mit dem Tode bezahlen, so z.B. Johannes Dränsdorf in Heidelberg noch im Jahre 1425 und der Waldenser-

Führer Friedrich Reiser in Straßburg 1458.
Der Konstantinischen Schenkung wurde folgendes Märchen zugrunde gelegt: Der Christenverfolger Konstantin war demnach durch Papst Silvester I. vom Aussatz geheilt, bekehrt und getauft worden und hatte zum Dank dem Papst nicht nur den Lateran, sondern alle Provinzen Italiens und der westlichen Lande zum Geschenk gemacht.
Nachdem bereits im 12. Jahrhundert die Anhänger Arnolds von Brescia den Betrug erkannt hatten, deckte ihn endgültig 1440 der päpstliche Sekretär und Humanist Laurentius Valla in einer Schrift auf. Die römisch-katholische Geschichtsschreibung, so der Kirchenexperte Karlheinz Deschner, gab die Fälschung erst seit dem 19. Jahrhundert zu.
Noch immer sind die Kirchen der größte private Grundbesitzer in Deutschland wie auch in vielen anderen Staaten. Wie viel dieses Grundbesitzes ist mit dem Geld ehrlicher Arbeit gekauft und bezahlt worden? Und wie viel ist gestohlen, erschlichen und geraubt worden? …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die Herkunft des römisch-katholischen Kirchenbesitzes (x324/20-22): >>... Eingehende Erörterungen gelten dem Entstehen und der Vermehrung des Kirchenbesitzes (offiziell, zumindest seit Pelagius I., das "Gut der Armen") durch Kauf, Tausch, Zehnten, Doppelzehnten, durch Erpressung, Betrug, Raub, durch Umfunktionierung des germanischen Totenkults und der Totengabe zum Seelenkult, Durchbrechung des germanischen Verwandtenerbrechts ("Der Erbe wird geboren, nicht gekoren"), durch Ausnutzung der Naivität, des Jenseitsglaubens, Ausmalen von Höllenqualen, Himmelsseligkeit, woraus nicht zuletzt die Dotationen der Fürsten, des Adels, aber auch, besonders im Frühmittelalter, kleiner Grundbesitzer, Zinsbauern … resultierten.
Alles in der Kirche besaß riesige Mengen an Boden, die Männerklöster, die Frauenklöster, die Ordensritter, die Kathedralen, die Dorfkirchen. Weithin sah vieles mehr nach Gutshof als nach Gotteshaus aus und wurde durch Halbfreie, Hörige, Sklaven bewirtschaftet.
Allein der Abtei Tegernsee gehörten in ihrer Glanzzeit 11.860 Bauernhöfe, dem Kloster St. Germain des Prés bei Paris etwa 430.000 Hektar, dem Abt von St. Martin in Tours zeitweise 20.000 Knechte.
Und während Laienbrüder, unfreie Bauern, die Arbeit verrichten, während die Klöster durch Stiftungen und Erbfälle immer reicher werden, korrumpiert der Reichtum regelmäßig die Mönche. "Die Religion erzeugte den Reichtum", hieß ein mittelalterliches Sprichwort, "der Reichtum aber zehrte die Religion auf." Damals besitzt die christliche Kirche ein Drittel von Europa. Im Osten gehört der orthodoxen Kirche ein Drittel des riesigen russischen Reiches bis 1917.
Und noch heute ist die Kirche Christi der größte private Grundeigentümer der Welt. "Wo die Kirche zu finden sei? Natürlich da, wo sich Freiheit ereignet ..." (Theologe Jan Hoekendijk). …<<
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 78 berichtete später über den gigantischen Reichtum der römisch-katholischen Kirche (x925/…): >>**Kirche und Geld**
Der größte Raubzug aller Zeiten
Kirchlicher Aufstieg zum Macht-Imperium - Ein geschichtlicher Rückblick
Kein anderes Unternehmen der überlieferten Weltgeschichte hat es so gut verstanden, Geld und Reichtum anzuhäufen wie die abendländische Kirche. Von Beginn an ist die Kirchengeschichte voll von Ausbeutung jeglicher Art: Erbschleicherei, Enteignung, Konfiskation, Schmarotzertum, Ablaßhandel, Raubzüge, Sklaverei usw. Die Arbeit für Theologie und Philosophie nehmen sich demgegenüber wie eine Nebentätigkeit aus. Sie können das nicht glauben? Dann sollten Sie weiter lesen. Denn dann sind Sie vermutlich dem frommsten Märchen der Kirche aufgesessen, das lautet:
Der Hauptzweck der Kirche sei, Almosen zu sammeln und Werke der Barmherzigkeit zu tun,

z.B. an Witwen und Waisen. Die Kirche trage zur Mäßigung der menschlichen Habgier bei und zu einer sozialen Gesinnung der Reichen. Diese rührende Mär wird seit Generationen in unzähligen Abhandlungen und Traktaten ständig wiederholt. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? …

1. Teil - Einführung

Die fromme Lüge

Es soll keineswegs in Abrede gestellt werden, daß es Kirchenchristen gibt, die sich ernsthaft bemühen, das Gebot des Jesus von Nazareth zu befolgen: "Ihr sollt euch keine Schätze sammeln, die die Motten und der Rost fressen." Oder: "Niemand kann zwei Herren dienen: Gott und dem Mammon." Ungezählte Christen opfern sich tatsächlich auf für ihren Nächsten, stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung. Doch betrachtet man die Kirche als Institution über die Jahrhunderte, dann erscheinen die wirklichen Christen eher als willkommenes Alibi für ein Gebaren ganz anderer Art. …

Bischöfe wurden zu Bankern

Die Geschichte der Kirche als eines geldgierigen und skrupellosen Wirtschaftsunternehmens beginnt bereits in der Antike, unmittelbar nachdem das Urchristentum in eine hierarchische Institution übergegangen war. Den Wendepunkt markiert hier die Einsetzung des Christentums als Staatsreligion durch Konstantin im 4. Jahrhundert n. Chr. Dabei begannen viele unheilvolle Entwicklungen schon vorher.

So wuchs bereits im 2. Jahrhundert den Bischöfen eine große Machtfülle zu, insofern als sie Empfänger aller kirchlichen Einnahmen waren. So verkündet Bischof Ignatius von Antiochien: "Ohne den Bischof sollt ihr überhaupt nichts tun ... Wer den Bischof ehrt, der wird von Gott geehrt. Wer ohne den Bischof etwas tut, dient dem Teufel" *(Deschner, a.a.O., S. 468)*.

Das Geld nutzten die Bischöfe in der Regel zum Ausbau ihrer persönlichen Macht, und vermehrten es dabei kräftig. …

Über die Bischöfe sagt Horst Herrmann: "Die Zeit arbeitet von Anfang für die Bischöfe, für die Aufseher (Bischof kommt von Episkopus = Aufseher) über das Geld aller - und später auch für die Aufpasser über die wahren Worte."

Klerikale Geldgeschäfte

Zu Wuchergeschäften und Unterschlagungen durch Priester, Bischöfe und Päpste kommt es schon vor Konstantin. …

Im 4. Jahrhundert nahmen die Mißstände weiter zu: "Viele Priester und Bischöfe dachten nur noch an sich, trieben einen schwungvollen Handel, liebten üppige Zins- und Wuchergeschäfte, obwohl dies alle Kirchenväter strikt verbieten" *(Deschner, a.a.O., S. 485)*. Bis zum Mittelalter stellen Priester einen bedeutenden Teil der Geldverleiher. Sogar der katholische Theologe Kobert sagt über den mittelalterlichen Klerus, daß dort "alle Arten und Formen des Wuchers ... aufs Schwunghafteste betrieben" wurden *(Deschner, a.a.O., S. 486)*.

"Bischof Janiarius von Salona versucht einen Ölhändler um den Ölpreis für das ewige Licht zu prellen." Oder: "Der Metropolit von Ephesus, der Kirchengrund für die eigene Tasche verhökerte und allerlei Kostbares aus Gotteshäusern einschmelzen ließ, um sein Bad zu verschönern, verkaufte um 400 regelmäßig die Bischofssitze an den Meistbietenden." *(S. 496)* …

Wie die Klöster reich wurden

Kein anderes Unternehmen hat es so gut verstanden, Geld und Reichtum zusammenzuraffen wie die Kirche. Die ganze Kirchengeschichte ist geprägt von Erbschleicherei, Konfiskation, Ablaßhandel, Raubzügen u.a.m. Die Verkündigung ihrer Lehre nimmt sich dagegen eher wie eine Nebentätigkeit aus. …

Kloster, Versicherungsgesellschaft und Bank in einem

Die Geschäfte der Klöster mit Geldverleih stellt die der Juden - die durch Berufsverbote in die Rolle der Geldverleiher gedrängt worden waren - weit in den Schatten. Viele Privatpersonen

übergaben ihr Geld Kirchen und Klöstern zur Aufbewahrung. Aus diesem Bestand verlieh das Kloster Geld an Einzelpersonen oder an Institutionen, die Geld brauchten.
Aus dem Jahre 1070 ist belegt, daß Kirchen und Klöster Geld an benachbarte Grundherren verliehen, "gegen einen Anteil an den Einkünften aus dem Grundbesitz des Herrn; durch diese Hypothekdarlehen wurden die Klöster zu den ersten Bankgesellschaften des Mittelalters. Die Abtei St. André in Frankreich war in ihren Bankgeschäften so erfolgreich, daß sie jüdische Geldverleiher anstellte, um ihren Finanzoperationen vorzustehen.
Die Tempelritter liehen an Könige und Fürsten, Herren und Ritter, Kirchen und Prälaten Geld gegen Zins; ihr Hypothekargeschäft war im dreizehnten Jahrhundert wahrscheinlich das ausgedehnteste der Welt. ... Die Rolle der Juden als Geldverleiher wird stark übertrieben; sie hatten in Spanien und eine Zeit lang in England eine große Macht, waren aber in Deutschland schwach und in Italien den christlichen Finanzleuten unterlegen" *(W. Durant, Kulturgeschichte der Menschheit, Bd. 6, S. 306 f.).*
"Im Zwölften Jahrhundert betrugen die Zinssätze in Frankreich und England 33 1/3 %; manchmal erreichten die Zinssätze die Höhe von 50 %. Friedrich II. versuchte um 1240, den Zins auf 10 % zu senken, zahlte aber bald einen höheren Zins an christliche Geldverleiher" *(W. Durant, Bd. 6, S. 313).* Allein durch diese Geschäfte war die Kirche nach Aussage Durants die "größte Finanzmacht des Christentums".
Damit nicht genug: Die Klöster übernahmen auch die Rolle der heutigen Versicherungen. Viele Vermögende übergaben ihnen ihren Besitz als "Precarium", "als eine Art Versicherung gegen Erwerbsunfähigkeit". …
Auf diese Weise verdiente die Kirche sogar an den **Kreuzzügen**, denn: "Kreuzfahrer verkauften nicht nur Ländereien zu niedrigen Preisen an die Kirche, um Bargeld zu erhalten, sondern erhielten auch Darlehen von kirchlichen Körperschaften, wobei sie ihren Grundbesitz als Sicherheit einsetzten, welcher dann in vielen Fällen wegen Zahlungsunfähigkeit des Schuldners verfiel" *(Durant, S. 455).* Und natürlich auch deshalb, weil viele von den Kreuzzügen nicht zurückkehrten.
Der Papst hatte es noch einfacher. Er erließ schlicht eine Kreuzzugssteuer. So erhob z.B. Papst Gregor VIII. im Jahre 1188 n. Chr. den "Saladinzehnten", der von allen eingefordert wurde, die den Kreuzzug nicht mitmachten. *(Schmitz, Die Kirche und das liebe Geld, S. 158)*

3. Teil

Mönche als Fälschungsexperten

Um den kirchlichen Grundbesitz zu vermehren, machten Mönche und andere Kirchenleute nicht nur Ödland urbar. Sie bedienten sich dazu nicht selten auch der Urkundenfälschung und des gemeinen Betruges. …

Unnachgiebig eingetrieben - der Zehnt

Eine große Rolle in den Einnahmen der Kirche spielte neben Grundbesitz und den Geschäften der Klöster - der Zehnt.
Im Mittelalter waren alle Grundbesitzer verpflichtet, ein Zehntel ihrer Gesamterzeugung oder ihres Einkommens an die Ortskirche abzuführen. … In der Tat treiben "Geistliche bewaffnet und unnachsichtig Schulden ein", während sie gleichzeitig gegen Wucher und Zinsen predigten *(Wolf, Neuer Pfaffenspiegel, S. 498).*
Ein Beispiel dafür ist Papst Pius V. im 16. Jahrhundert. Er gab seinen Geldeintreibern die Anweisung: "Ein gemeiner Mann, der seine Geldstrafe nicht bezahlen kann, soll beim ersten Mal mit auf den Rücken gefesselten Händen einen Tag lang vor der Kirchentür stehen, beim zweiten Mal durch die Straße gegeißelt werden, beim dritten Mal wird man ihm die Zunge durchbohren und ihn auf die Galeeren schicken." *(Herrmann, Kirchenfürsten, S. 18)* …

Kirchliche Sklavenhaltung

Die Unterwerfung unter Todesdrohung, die die Stedinger Bauern im 13. Jahrhundert erfahren

mußten, war in den meisten Teilen der abendländischen Christenheit schon viel früher brutale Realität. Denn die Kirche unterstützte von Anfang an die aus der Antike übernommene Sklaverei, ja verschärfte sie sogar in vieler Hinsicht …

Im Gegensatz zur Antike, wo die Freilassung von Sklaven so sehr in Mode kam, daß der Staat sogar dagegen einschritt, erschwerte die Kirche die Freilassung der in Kirchenbesitz befindlichen Sklaven. So wurde z.B. auf der 4. Synode von Toledo im Jahr 633 festgelegt, daß freigelassene Sklaven "die Kirche jeweils aus ihrem eigenen Vermögen entschädigten ...

Auch mußte der Bischof, der einen Sklaven freigelassen, ohne das Schutzrecht der Kirche vorzubehalten, seiner Kirche durch zwei andere Sklaven Ersatz leisten *(can. 68)*. Schließlich hat die Kirche, was es sonst nirgends gab (!), die Freilassung ihrer Sklaven unmöglich gemacht. Sie waren als 'Kirchengut' unveräußerlich." *(Deschner, S. 523)*

Auch die **Kinder der zölibatär lebenden Kleriker**, die offiziell sämtlich als unehelich galten, wurden laut Beschluß der 3. Synode von Toledo im Jahr 589 zu lebenslangen Kirchensklaven gemacht. Dies galt auch für die Findelkinder, die vor den Kirchentüren abgelegt wurden. Und der "Heilige" Martin von Tours, von dem die fromme Legende der Teilung seines Mantels erzählt wird, hielt sich 20.000 Sklaven. "Die rechtliche Anerkennung der Sklaverei verschärfte sich, seit der Staat christlich wurde" *(Deschner, S. 524)*.

"Sogar in der Kirche erschienen die reichen Gläubigen umringt von Sklaven. Es gab Christen, die viele Tausende besaßen. Nach Johannes Chrysostomos war ein Kontingent von 1.000 bis 2.000 Unfreien auf antiochienischen Domänen (in der heutigen Türkei) ganz normal ..." *(Deschner, S. 527)*. "Selbst die Klöster hatten Sklaven, sowohl zum Dienst im Kloster wie zur Bedienung der Mönche" *(Deschner, S. 528)*. So kann man sagen, daß "die Kirche nichts tat, um die Sklaverei zu beseitigen, aber alles, um sie zu erhalten". *(Deschner, S. 520)* …

Ablaßhandel - ohne Geld kein Trost

Lange schon hatten Klöster für "Gebetsdienste" Geld genommen. …

Zur vollen Blüte gelangte der Ablaßhandel - wie sollte es anders sein - jedoch erst durch die Päpste. Besonderes Geschick bewies Sixtus IV., der im Jahre 1467 verkündigte, "die Wirkung kirchlicher Ablässe erstrecke sich nicht nur auf Lebende, sondern auch auf die armen Seelen im Fegefeuer. Die Herde kapierte. Jetzt sollte es noch leichter möglich sein, auch denen da drüben Gutes zu tun, indem man Messen lesen ließ und Ablässe erwarb - und dafür zahlte" *(Herrmann, Kirchenfürsten, S. 144)*. …

"Simonie" oder das Schachern mit geistlichen Ämtern

Nicht weniger erträglich - und vor allem schon wesentlich älter als der Ablaßhandel - war der Verkauf von Ämtern. …

Bereits im Jahre 473 n. Chr. mußte Kaiser Glycerius feststellen, daß der klerikale Ämterkauf bereits derart grassierte, daß "der größte Teil der Bistümer ... nicht durch Verdienste, sondern durch Geld erworben" wurde. *(Deschner, Kriminalgeschichte, Bd. 3, S. 498)*

Dies wurde in der Folgezeit noch schlimmer. "Papst Innozenz VII. (1484-1492) soll gleich nach seinem Amtsantritt 52 neue Sekretariatsstellen geschaffen haben. Jede von ihnen hat er zu einem Preis von 2.500 Goldgulden verkauft" *(Wolf, S. 342)*. "Als Leo X. 1522 stirbt, werden die von ihm geschaffenen Ämter von seinem Nachfolger Hadrian VI. mit einem Federstrich für vakant erklärt, das heißt, sie mußten neu gekauft werden." *(ebenda, S. 343)* …

Der "heilige" Hieronymus: "Wir brennen wahrhaftig vor Geldgier"

Der Kirche war jedoch schon immer erlaubt, was sie anderen verbot. Hierzu gehören auch Luxus und Verschwendung, wobei das den Gläubigen abgepreßte Geld mit vollen Händen wieder ausgegeben wurde. Die Verschwendungssucht der Renaissance-Päpste war sprichwörtlich. …

Auch die Einführung des Zölibats, so Deschner, hängt "nachweislich mit der Furcht vor Verlust des Kirchenguts zusammen", dient doch "die Ehelosigkeit der Priester und Bischöfe ...

nicht zuletzt der Vermeidung gefährlicher Erbfälle, wie man selbst offen zugibt." *(S. 501)* …
Von Papst Leo X. ist der Ausspruch überliefert: "Wie viel die Fabel von Christus Uns und den Unsern genützt hat, ist bekannt" *(Herrmann, S. 142)*. Und wenn Friedrich Nietzsche die Kirche "die höchste aller denkbaren Korruptionen" nennt, so bestätigt er damit den Bischof Hieronymus, wenn dieser sagt: "Wir brennen wahrhaftig vor Geldgier, und indem wir gegen das Geld wettern, füttern wir unsere Käfige mit Gold, und nichts ist uns genug." *(zit. nach Herrmann, S. 76)* …

Das Blutgeld der Inquisition

"Nichts ist uns genug ..." Nirgends wurde die kirchliche Geldgier so deutlich wie bei der Verfolgung Andersgläubiger. "Kirchenfürsten haben immer wieder Blutgelder eingestrichen - so exzessiv, daß ein geflügeltes Wort sagte, das schnellste und leichteste Mittel, reich zu werden, sei das Hexenbrennen." *(Herrmann, Kirchenfürsten, S. 7)*
Die ideologische Begründung dafür lieferte die Kirche gleich mit, zum einen durch die Einführung der Inquisition zu Beginn des 13. Jahrhunderts, zum anderen durch die Absegnung des "Hexenhammers", jener furchtbaren Anleitung zum Foltern und Töten von abertausenden Frauen in Europa. Papst Innozenz III. gebot seinen Inquisitoren, "das Eigentum der Ketzer zu konfiszieren, zu enteignen und Ketzerkinder zu enterben".
Um schnell und direkt zu den gewünschten belastenden Geständnissen zu gelangen, ließen die Inquisitoren die Ketzer foltern. Hernach zog man das Vermögen der Opfer ein. …
Die Konfiskation des Eigentums von Ketzern war jedoch keine Erfindung des Mittelalters. Bereits der Codex Theodosianus, "das 438 zusammengestellte Reichsgesetzbuch, verzeichnet zwischen 380 und 438 ungefähr 80 Gesetze gegen 'Ketzer'! Man verordnete die Wegnahme ihrer Kirchen, verbot ihnen den Bau von neuen sowie die Benutzung von Privathäusern zu kirchlichen Zwecken ...
Man bedrohte sie mit Ausweisung, Verbannung und Konfiskation ihres Vermögens. Man sprach ihnen das Recht ab, sich Christen zu nennen, Testamente zu machen oder aufgrund von Testamenten zu erben; zuweilen erklärte man sie sogar für unfähig, irgendwelche rechtsgültige Akte zu vollziehen. Und zuletzt hatte man endlich auch die Todesstrafe ... für alle 'Abtrünnigen' bereit." *(Deschner, Abermals krähte der Hahn, S. 475)*
Während man jedoch in der Antike das Eigentum von Ketzern nur dann konfiszierte, wenn ihre Erben gleichfalls Ketzer waren, so rief auch in dieser Beziehung das Mittelalter zu einem Höhepunkt der Grausamkeit auf. "Das große Konzil von Tours, das Alexander III. 1163 abhielt, befahl allen weltlichen Fürsten, die Ketzer einzukerkern und ihr Eigentum zu konfiszieren." *(Lea, Geschichte der Inquisition im Mittelalter, Bd. 1, S. 562)* …

Die Inquisition lebte von der Konfiskation

... Erst als man durch die Konfiskationen die Ketzer zwang, selbst die Mittel zu ihrer Vernichtung zu liefern, als die Habgier dem Fanatismus die Hand reichte und beide zusammen die treibenden Kräfte für die Inquisition wurden, erst da konnte jene hundertjährige, nicht nachlassende, erbarmungslose Verfolgung einsetzen, die unbedingt zum Ziele führen mußte." *(Lea, S. 597)* …

Das Unglück der Menschen ist das Glück der Kirche

Fest steht in jedem Fall: "Wohl nirgends in der Geschichte hat sich der Eifer, aus dem Unglück der Mitmenschen Gewinn zu ziehen, in so abstoßender Weise gezeigt als bei den Geiern, die den Spuren der Inquisition folgten, um sich an dem von ihr angerichteten Elende zu mästen." *(Lea, S. 575)*

9. Teil

Unermeßliche Grausamkeiten - "Kirche der Geldgier"

Die Grausamkeit der Kirche war unermeßlich. Fiel jemand in die Hände der Inquisition, dann kamen sofort die Beamten ins Haus: "Jeder Teil seines Hausrates und der Lebensmittel wurde

inventarisiert, ebenso seine liegenden Güter. So wurde seine Familie, mochte sie noch so unschuldig oder schuldig sein, vor die Tür gesetzt, um Hungers zu sterben oder sich auf die unsichere Nächstenliebe anderer zu verlassen, eine Nächstenliebe, die nur allzu sehr beeinträchtigt wurde durch die Tatsache, daß jede Sympathiekundgebung für einen Ketzer gefährlich war." *(Lea, Geschichte der Inquisition im Mittelalter, Bd. 1, S. 583)* …

Gut bezahlte Hexenjäger

Für die Hexenverfolgung galt das gleiche wie für die Inquisition. Auch hier fand der gesamte Prozeß mit bereits vorab Verurteilten statt. Die Folterknechte wurden für jeden Handgriff, ja sogar für Speis und Trank auf Kosten des Opfers bezahlt. "An einem Hexenprozeß verdiente jeder, der daran beteiligt war. …

Auch die Gelder der Hexenprozesse kamen direkt oder auf Umwegen der Kirche zugute: "Mittel aus solchen konfiszierten Vermögen wurden, wie aus den Akten nachweisbar ist, beim neuen Schloßbau der Mainzer Erzbischöfe verwendet, auch die Kirchen in Goßmannsdorf (Main) und Gerbrunn wurden mit Geldern aus den Hexenprozessen gefördert" *(ebenda, S. 136)*. Bisweilen bekamen die Inquisitoren pro "überführter" Hexe sogar ein Kopfgeld. *(Rill, S. 315)* …

Die Milliardenschätze der Kirche …

Das Bistum München veröffentlichte 2016 seine Bilanz. Bei näherem Hinsehen wurde jedoch klar: In den ca. 6,5 Milliarden € ist Unermeßliches überhaupt nicht eingerechnet, von "Bilanztricks der Kirche" war in der Presse zu lesen. Die Gesprächsrunde der "Theologen" klärt zunächst auf, was die Zahlen bedeuten und welche Milliarden fehlen.

Dies alles führt auch zu der Frage: Wie ist die Kirche überhaupt zu ihrem Reichtum gekommen, der summa summarum in die Billionen geht? Je mehr man sich mit diesem Thema beschäftigt, je mehr Unsummen tun sich auf und je mehr Abgründe an Verbrechen im Laufe der Geschichte, welche bis heute die Basis des Kirchenimperiums sind. …<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die römisch-katholischen Freudenhäuser (x288/370-372): >>... Im späten Mittelalter besaß nahezu jede Stadt ein Bordell - oft in der erklärten Absicht, die Moral ihrer Bürger zu schützen -, und beziehungsvollerweise lag es meist in einer Seitengasse nahe der Kirche. ...

In Würzburg hatten die Frauenwirte, die als vereidigte Stadtdiener dem Puffe vorstanden und unter anderem die Lochvögelchen anwerben mußten, ihren Treueid dreimal zu leisten: dem Rat, dem Bischof und dem Domkapitel. ...

Der Klerus ... machte sich die Prostitution rasch auch wirtschaftlich nutzbar. Nicht selten war sie mit ihm eng administrativ und finanziell verknüpft, gab es deshalb Kompetenzkonflikte mit Städten und Fürsten. Jeder wollte sich die Huren unterordnen und ihre oft hohen Abgaben kassieren, die zuweilen wie etwa im späten 14. Jahrhundert in Augsburg zu den bedeutendsten Beträgen zählten.

Auch die Papststadt Avignon hatte ein öffentliches Freudenhaus. Und in Rom errichten Stellvertreter Christi wie Sixtus IV. (1471-1484), Erbauer der Sixtinischen Kapelle und Förderer des Festes der Unbefleckten Empfängnis, oder Julius II. (1503-1513) Bordelle; Sixtus, selbst den tollsten Sexualexzessen ergeben, bezog von seinen Huren eine Steuer von zwanzigtausend Dukaten im Jahr. Papst Clemens VII. verlangte 1523 das halbe Vermögen aller Prostituierten für die Errichtung des Konvents Santa Maria della Penitenza, und selbst der Bau der St.-Peters-Basilika wurde wahrscheinlich zum Teil mit Flittchengeldern finanziert.

Von einem deutschen Prälaten, der als sehr gebildet galt, hieß es, er habe so viele Huren in seinen Häusern wie Bücher in seiner Bibliothek. Ein englischer Kardinal kaufte ein Bordell; ein Straßburger Bischof baute selber eins; der Erzbischof von Mainz beschwerte sich, daß die städtischen Frauenhäuser seinen eigenen Unternehmen Abbruch täten. Als Oberhirte aller wollte er auch über alle Lustmädchen herrschen - "ungeschmälert". Denn nur, wenn der Be-

trieb in "würdigen Händen" sei, fließe auch die Moral in die rechten Bahnen.
Es ist bezeichnend, daß die Inquisition im allgemeinen zwar Bordelle ignorierte, gern aber Damen verfolgte, die auf eigene Rechnung koitierten. Sogar Äbte und Oberinnen angesehener Klöster hielten sich Freudenhäuser - und daneben hatten sie "Häuser der Magdalena" für reumütige Sünderinnen! ...<<

Schlußbemerkungen

Den Kirchengeistlichen und Kirchenoberen ging es nie um die Verwirklichung des wahren Christentums, sondern das Evangelium wurde systematisch zum Nutzen der Kirchenoberen nach Bedarf verdreht oder nicht selten auch gefälscht, um ihre ständig größer werdende Macht- und Geldgier zu befriedigen.
Das ungebildete Volk wurde durch die gebildeten römisch-katholischen Kirchengeistlichen und Kirchenoberen unentwegt beraubt, belogen und betrogen, um sie zu versklaven und vollständig auszuplündern. Den kirchlichen Machthabern war es völlig egal, ob ihre Handlungen gerecht oder ungerecht waren, denn es ging vor allem darum, den kirchlichen Machtzuwachs zu erweitern und den wirtschaftlichen Gewinn der Kirchen zu erhöhen.
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtete später über die Herkunft des Reichtums der Kirchen (x923/…): >>**Blutgeld durch Inquisition und Hexenbrennen**
Eine der schändlichsten Arten des Vatikans, Blutgeld und Reichtum zu scheffeln, war der Raubmord an Andersgläubigen.
Die Inquisition war eine Raub- und Lynchjustiz im Namen des "rechten" Glaubens.
Kirchenfürsten haben immer wieder Blutgelder eingestrichen - so exzessiv, daß ein geflügeltes Wort sagte, das schnellste und leichteste Mittel, reich zu werden, sei das Hexenbrennen.
Grundlage für die Folterung und Ermordung Zigtausender von Frauen in Europa war 1487 die Billigung des *Hexenhammers* durch den Papst.
Das wahre Gesicht der Inquisition zeigen die Anordnungen von Papst Innozenz III. Er gebot, "das Eigentum der Ketzer zu konfiszieren, zu enteignen und Ketzerkinder zu enterben".
Damit das Blutgeld schneller floß und um "belastende Geständnisse" zu bekommen, wurden die Opfer brutalst gefoltert.
Aus dem Blutgeld konnte z.B. Papst Johannes XXII. im Jahre 1317 sechs neue Bistümer kaufen.
Bereits im Jahre 380 bedrohte man Andersgläubige (Ketzer) mit Ausweisung, Verbannung und Konfiskation ihres Vermögens.
Man sprach den Andersgläubigen das Recht ab, sich Christen zu nennen, Testamente zu machen oder zu erben, und hatte die Todesstrafe für alle "Abtrünnigen" bereit.
Papst Alexander III. befahl auf dem Konzil von Tours 1163 den Fürsten, Andersgläubige einzukerkern und ihr Eigentum zu konfiszieren.
Sobald ein der Ketzerei Verdächtigter vorgeladen und verhaftet worden war, wurde sein Vermögen beschlagnahmt - bevor es überhaupt zu einem Prozeß kam. Auch daran kann man das Wesen der Inquisition erkennen.
Das Vermögen der Ermordeten wurde eingezogen. Heute würde man sagen: Raubmord.
Wurde jemand von der Inquisitionsbehörde beschuldigt und abgeholt, so kamen sofort die Beamten ins Haus und sein Besitz wurde inventarisiert. Seine Familie wurde - egal wie der Prozeß später ausging - vor die Tür gesetzt und mußte eventuell Hungers sterben. Es war sehr gefährlich, diesen Ausgesetzten zu helfen, da man dadurch selber in die Mühlen der Inquisition kommen konnte.
Die Kirche bekam in Deutschland jeweils 1/3 des geraubten Geldes, Landes oder der Häuser etc. der Ermordeten. In anderen Fällen die Hälfte. Oft erhielt ein Drittel die Ortsbehörde, ein Drittel die Inquisitionsbehörde (damit sie am Laufen blieb) und ein Drittel der Bischof.
Im Vatikanstaat fiel das gesamte geraubte Gut der ermordeten Andersgläubigen (Ketzer) an

den Vatikan.
Ab dem 14. Jahrhundert sackte der Vatikan auch in den anderen italienischen Gebieten 100 % des geraubten Gutes ein.
Oft genug stritten Kirche und Staat um das Raubgut, bisweilen jahrzehntelang.
Hätten nicht alle Beteiligten an der Inquisition, also am Raubmord an Andersgläubigen, gut verdient, wäre die Inquisition bald im Sande verlaufen. Denn viele Menschen, auch Fürsten, fühlten in ihrem Inneren, daß hier der Papst etwas Teuflisches angeordnet hatte.
Der Papst hat die Inquisition befohlen und gezielte Foltermethoden gebilligt.
Natürlich wurden vor allem reiche Andersgläubige (Ketzer) bevorzugt und ermordet. In Spanien reiche "Conversos", also bekehrte Juden. Manchmal konnten sie sich für astronomische Summen für einige Zeit freikaufen. Als die reichen "Conversos" "ausgestorben" waren, weil man über Jahrhunderte Jagd auf sie gemacht hatte, war der Niedergang des kirchlich inszenierten Raubmordes nicht mehr aufzuhalten.
Besonders pervers: Auch Verstorbene konnten nachträglich der Ketzerei beschuldigt werden. Dadurch konnte das Vermögen des Verstorbenen im Nachhinein bei den Erben eingezogen werden.
So konnte man jeden unliebsamen Menschen ruinieren: über den Umweg seiner verstorbenen Eltern. Eine Verjährung kannte die katholische Kirche erst nach 100 Jahren.
So stürzte man ganze Familien in unbeschreibliches Elend, indem man ihnen alles raubte.
Eine Verjährung bei Lebenden gab es nicht. So konnte eine kritische Aussage eines Jünglings denselben noch als Greis auf den Scheiterhaufen bringen - je nachdem, wie reich er war ...
Besonders pervers und grausam: Jeden Handgriff bei den brutalen Foltern und auch das Essen der Folterknechte mußten das Opfer oder seine Angehörigen bezahlen. Es gab eine Preisliste für alle Foltern. Hier ein Beispiel aus Darmstadt:
Einen Lebenden zu vierteilen 15 kr (Kreuzer = deutsche Münze).
Den Scheiterhaufen aufrichten, Die Asche des Verbrannten in fließendes Wasser werfen 30 Kreuzer.
Eine Hexe lebend verbrennen 14 Kreuzer.
Eine Person mit dem Schwert töten 10 Kreuzer.
Einen Menschen henken 18 Kreuzer.
Einen Körper ziehen 5 Kreuzer.
Ohren und Nase abschneiden 5 Kreuzer.
In den Bock spannen 8 Kreuzer.
Ein Streich mit der Spitzrute 1 Kreuzer.
Für Schnüre zum Bockspannen, Aufziehen und die Gewichte anhängen, die Beinschrauben anlegen 30 Kreuzer.
Des Ortes verweisen 1 Kreuzer.
Das durch Raubmord vorwiegend Frauen gestohlene Geld und Gut kam direkt oder auf Umwegen der Kirche zugute. …
Dieses durch Raubmord erbeutete Blutgeld ist auch heute noch Teil des - durch Zins und Zinseszins zu Milliarden angewachsenen - Vermögens der Kirchen.
Der vor allem in Europa und Amerika verbreitete Katholizismus vertritt eine sehr abstruse Glaubensrichtung. Die Massenmörder, die Hunderte Frauen, Männer, Greise und Kinder in einen grausamen Tod geschickt haben, bekommen Denkmäler über Denkmäler … und man benennt Brunnen und Straßen nach ihnen. Aber für die Opfer findet man nicht einmal eine Gedenk-Tafel. Im Denken dürfte sich da noch nicht allzu viel geändert haben. …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die finanzpolitische Weltmachtstellung der römisch-katholischen Kirche (x324/23-26): >>... Die Agrar-,

Handels-, Finanzpolitik der Mönche, der Bankiers im frühen Mittelalter, deren Klöster in Lothringen schon im 10. und 11. Jahrhundert als Leihinstitute, Banken, fungierten, überhaupt wirtschaftliche Größen ersten Ranges waren. Doch geht die Agitation der Mönche in der Welt der Politik, des Geldes, stetig weiter …
Noch im frühen 20. Jahrhundert kontrollieren allein die Jesuiten ein Drittel des gesamten spanischen Kapitals; im späten 20. Jahrhundert besitzen sie die größte Privatbank der Welt, die Bank von Amerika, mit 51 Prozent. Und das Papsttum ist heute eine finanzpolitische Weltmacht, die engste Kontakte mit der Unterwelt pflegt, unter anderem über die als "Mafiabank " bekannte Bank von Sizilien, ein finanzielles Instrument der Kurie. …
Die Habgier der Prälaten wird durch alle Jahrhunderte belegt, die private Bereicherung von Päpsten, Bischöfen, Äbten dokumentiert, ihr meist ungeheurer Luxus, die Verschleuderung von Kirchengütern an Verwandte, Simonie, Pfründenerwerb, Verdrängung der Pfründeninhaber, der Schacher von der Papstwahl bis zum Einsetzen der Landpfarrer, vom Stimmenkauf auf Synoden bis zum Verkauf von Wein, Bier, Salböl, Hostien, Antibabypillen (! namens "Luteolas"), bis zu Bestechungsgeldern … und anderes mehr - Zinsgeschäfte, Handel, Wucher, Peterspfennig, Ablaß, Kollekte, Erbschleicherei durch zwei Jahrtausende, riesige Rüstungsgewinne.
Die Folgen der Überhäufung des hohen Klerus mit Privilegien, mit Immunitätsrechten, mit Grafenrechten, Marktrechten, Zollrechten, Steuervorteilen, mit strafrechtlichen Ausnahmestellungen, milderen Strafen natürlich statt schärferen! Ganz zu schweigen von der Selbstherrlichkeit des römischen Pontifex: … so will ich es, also befehl ich es. - Die ökonomische Seite der Heiden-, Juden-, Ketzer-, Hexen-, Indianer- und Negerausmerzung. - Der wirtschaftliche Faktor des Wunderkults, der Heiligenviten, Mirakelbücher, Wallfahrtsorte und anderer Dinge mehr.
Die Volkstäuschung ("pia fraus") mit ihren verschiedenen Fälschungstypen (Apostolisation, Pilgerkonkurrenz, Besitzsicherung, Rechtssicherung) wird in eigenen größeren Komplexen untersucht, zumal in Europa bis ins hohe Mittelalter hinein die Fälscher fast durchweg Geistliche waren. Überall in Klöstern und an Bischofssitzen suchten sie aus kirchenpolitischen Gründen ihre rivalisierenden Ansprüche durchzusetzen mittels Fabrikation falscher Diplome oder Verfälschung (Interpolation) von Originalen.
Die Behauptung, es habe im Mittelalter fast ebenso viele unechte Urkunden, Annalen, Chroniken gegeben wie echte, ist kaum übertrieben; der "fromme" Betrug wurde zu einem politischen Faktor, "die Fälscherwerkstatt zur Ordnungsinstanz von Kirche und Recht" (Schreiner). …<<

Österreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Juni 2024 (x1.378/…): >>**"Döp dödö döp": UEFA cancelt Österreichs Tor-Hymne**
Von *Sven Reuth*
Die Posse geht weiter: Die UEFA hat dem Österreichischen Fußball-Bund ÖFB die Verwendung von Gigi D'Agostinos Song "L'amour Toujours" während der EM 2024 in Deutschland untersagt. …
Das magische Denken ist zurückgekehrt und hält ganz Europa fest in seinem Klammergriff. Nein, nicht etwa Migrantengewalt und islamistischer Terror sind für die herrschende Klasse nach den fürchterlichen Ereignissen der letzten Tage das wichtigste Thema, sondern es dreht sich alles weiterhin um den Sylt-Ohrwurm, dessen Ausbreitung man unbedingt verhindern möchte.
Ein Brief aus Nyon
Der Österreichische Fußball-Bund ÖFB beispielsweise verwendet den eingängigen Techno-Kracher schon seit längerer Zeit für die wiedererstarkte Nationalmannschaft. Gleich nach dem Abpfiff ertönte nach Siegen die eingängige Melodie. Nur zu verständlich, daß der ÖBB das

Lied bei der UEFA auch als Torhymne für die anstehende Europameisterschaft in Deutschland anmeldete.
Nun aber bekam man in Wien Post aus der UEFA-Zentrale, die sich in Nyon im Schweizer Kanton Waadt befindet. Per Mail teilte der europäische Verband dem ÖFB mit, daß das Lied nicht gespielt werden darf, wie das österreichische Magazin profil berichtete.

"Mißbräuchliche Verwendung"

Der ÖFB macht brav Männchen und nimmt den Song in vorauseilendem Gehorsam schon für das am 6. Juni anstehende Testspiel gegen Serbien vom Plattenteller. Der ÖFB teilte in einer Stellungnahme mit:
"Der ÖFB steht ganz klar für Toleranz, Vielfalt und Integration und engagiert sich für ein wertschätzendes Miteinander in allen Bereichen der Gesellschaft. Nach den jüngsten Vorfällen um die mißbräuchliche Verwendung wird der Song bei ÖFB-Länderspielen nicht gespielt."
Eine Ersatz-Torhymne hat man für die Austria-Kicker, die bei der anstehenden Europameisterschaft in der "Killergruppe" D gegen Vizeweltmeister Frankreich, die Niederlande und Polen antreten werden, noch nicht gefunden.

Angst vor einem Lied statt Angst vor Attentaten

Es wäre ja schließlich auch noch schöner, wenn man sich mit Blick auf kommende Großereignisse Gedanken über echte Gefahren wie die von Fachleuten befürchtete islamistische Terrorwelle zur EM 2024 in Deutschland und zu den Olympischen Sommerspielen in Paris machen würde.
Schließlich teilte der französische Innenminister Gérald Darmanin erst gestern mit, daß in der vergangenen Woche ein 18jähriger Islamist aus Tschetschenien festgenommen wurde. Er wird verdächtigt, einen islamistisch motivierten Angriff auf Zuschauer und Polizeikräfte im Fußballstadion in Saint-Etienne vorbereitet zu haben. Dort sollen im Rahmen des anstehenden Olympischen Fußballturniers Spiele ausgetragen werden. Nach vorläufigen Erkenntnissen wollte er einen Selbstmordanschlag verüben.
Aber wie gesagt, solche echten Gefahren sind doch gar nichts, wenn das Establishment nur weiter seinen Krieg gegen "rechte" Memes, Symbole und Lieder führen kann.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29127" berichtet am 1. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Wie die Ukraine zum Vernichtungslager des eigenen Volkes wird**

Notschrei aus der Ukraine: Männer werden aus Autos gerissen, brutal an die Front gezwungen, in Rekrutierungszentren mißhandelt. Zehntausende versuchen zu fliehen. Täglich werden die Leichen von Ertrunkenen aus einem Grenzfluß gezogen. Präsident Selenskyj beklagt währenddessen fehlende Moral und zu wenig Männer an der Front.
Ein neues Gesetz zur Verschärfung der Mobilisierung (18.5.24) soll nun "Abhilfe" schaffen. Was von US-Seite "wohlwollend" mit neuen Waffenpaketen unterstützt wird, ist in Wahrheit ein gigantisches Verbrechen - oder, wie der ukrainische Außenminister makaber, aber unzweideutig, sagt: "Sie stellen die Waffen, wir die Menschen." …
Am … 18. Mai ist dieses neue, verschärfte Gesetz zur landesweiten Mobilmachung in Kraft getreten. Wie gnadenlos die Maßnahmen und Strafen bei Verweigerung sind und welche neuen Möglichkeiten das Gesetz den Militärs eröffnet, verschweigt das SRF allerdings gänzlich. Damit macht sich SRF an den Verbrechen der ukrainischen Regierung am eigenen Volk mitschuldig.
Konfrontieren Sie sich mit einem Notschrei aus der Ukraine, welcher Kla.TV ebenfalls am 18. Mai 2024 erreichte.
Der Krieg in der Ukraine sieht schon lange sehr merkwürdig aus. Alles läuft wie in einem Szenario aus Orwells Dystopie. Der Krieg ist zu einem Vorwand geworden, um die Menschen vollständig ihrer Bürgerrechte und Freiheiten zu berauben. Es sieht aus wie ein großes grau-

sames Experiment an den Menschen. Das gleiche Experiment haben wir bereits während der Corona-Zeit erlebt, aber was jetzt in der Ukraine mit den Menschenrechten geschieht, übertrifft die Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Vergangenheit um ein Vielfaches.
Es ist beängstigend zu erkennen, daß das gleiche Szenario für die ganze Welt in Vorbereitung sein könnte und uns alle in einen Weltkrieg stürzen könnte. Nun wollen wir sehen, wie tief das einst wohlhabende und freie Land gesunken ist.
Männer im wehrpflichtigen Alter dürfen das Land nicht mehr verlassen. Zehntausende von Männern versuchen, illegal über Berge und Flüsse aus dem Land zu fliehen. Fast täglich werden die Leichen von Ertrunkenen aus dem Grenzfluß zu Rumänien gezogen. Das Ausmaß dieser Flucht ist enorm.
Die übrigen mobilisierungspflichtigen Männer des Landes, d. h. die Altersgruppe von 18 bis 60 Jahren, werden auf den Straßen der Stadt aufgegriffen, geschlagen und an die Front gezwungen. Das Ausmaß dieser Grausamkeiten läßt sich nicht abschätzen, sie finden in allen Teilen der Ukraine statt. Es gibt Straßensperren auf den Straßen, wo ein Mann gewaltsam aus seinem Auto direkt an die Front gebracht werden kann, obwohl seine Frau und seine Kinder im Auto bleiben.
Die Militärkommissare haben zudem angekündigt, daß sie mit dem neuen Mobilisierungsgesetz das Recht haben, Hausbesuche mit der Möglichkeit des Einbruchs durchzuführen. Nicht nur einfache Männer werden zwangsrekrutiert - auch Abgeordnete und Jugendliche, die kaum 18 Jahre alt sind. Die Fälle, in denen Männer in den Rekrutierungszentren nach schweren Schlägen sterben, häufen sich.
Weder der Präsident noch die Regierung reagieren auf die Gesetzlosigkeit der Polizei und des Personals der Rekrutierungszentren. Es werden nicht nur die Verfassung und die europäischen Werte verletzt, sondern auch die grundlegenden menschlichen Normen und die Moral. Die Menschen finden nicht einmal vor den Gerichten Schutz.
Die ukrainische Regierung hat sich von Dienern des Volkes in eine Regierung verwandelt, die ihr Volk auf Kosten der europäischen Partner und der Vereinigten Staaten entsorgt. Ständige Vertretungen der Europäischen Union wie die OSZE, UNICEF und andere tun so, als würden sie diese Menschenrechtsverletzungen nicht bemerken und machen sich so mitschuldig an der Massenvernichtung ukrainischer Bürger. Da selbst Militärgeneräle sowohl in der Welt als auch in der Ukraine selbst erkennen, daß es unmöglich ist, Rußland militärisch zu besiegen, hat dieser andauernde Krieg definitiv andere Ziele - die physische Zerstörung von Menschen und die Zerstörung von Menschenrechten.
Es ist ein Fakt, daß das Ganze ein Kalkül sein muss, eine berechnete Sache. Denn als die Ukraine die USA und die europäischen Partner vor Monaten erneut um Unterstützung durch eine Waffenlieferung bat, um den Russen standhalten zu können, tat sich da sehr lange nichts. Erst als die ukrainische Werchowna Rada ein neues Gesetz zur Verschärfung der Mobilisierung am 18.05.24 verabschiedete, stimmte der US-Kongreß für die Aushändigung eines neuen Waffenpaketes ab.
Minister Kuleba sagte dazu unzweideutig: "Sie stellen die Waffen, wir die Menschen." Es sieht ganz klar danach aus, als wolle man gar keinen schnellen Sieg gegen die Russen, sondern diesen Krieg möglichst lange erhalten. Dabei werden wir als Land geschröpft, Waffen gibt es nur gegen Menschen, die an die Front geschickt werden und Geld nur gegen Teile der Wirtschaft und gegen Land und Rohstoffe.
Aber es ist nicht die Regierung selbst, die die Menschen mißhandelt, sondern es sind immer Bürger, die im Kadavergehorsam ihre Befehle befolgen und die eigenen Mitbürger erniedrigen. Die "Menschenfänger" für die Front, die die Zwangsrekrutierung ausführen, sind ebenso Ukrainer, die sich auf diese Weise selbst vor der Front drücken können und durch eine Bezahlung in Dollar sehr motiviert werden. Die Regierung zerstört also ihr eigenes Volk mit ihren

eigenen Händen, indem sie die einen gegen die anderen ausspielt und über die gekauften Medien Haß schürt.
Wenn der Krieg irgendwann vorbei ist und die Kriegsverbrecher-Tribunale beginnen, sitzen oft die falschen auf der Anklagebank. Die wahren Verbrecher verstanden es bisher sehr gut, im Hintergrund zu bleiben. Leute, seid nicht so dumm, eure eigenen Leute zu demütigen und einzuschränken!
Die wahren Strippenzieher wollen nur, daß sich die Menschen in blinder Wut gegenseitig die Köpfe einschlagen, damit sie selber ungestört agieren können. Doch der Wind dreht sich zunehmend weltweit. Die Völker kommen in Bewegung, schon sehr bald sitzen die wahren Verbrecher in allen Ländern auf der Anklagebank, und das Gericht hält das Volk.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Trump: Nach Urteil zwei Spendenmillionen pro Stunde**
Von *Sven Reuth*
Der höchst umstrittene Schuldspruch gegen Ex-Präsident Donald Trump könnte sich aus Sicht des Systems noch als böser Bumerang erweisen. Der Mann könnte trotz Verurteilung Präsident werden und ist ein Phänomen …
Das Spendenaufkommen für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten erreicht nun jedenfalls zuvor noch nie gesehene Höchststände. Seit dem Urteil sind 53 Millionen Dollar an Spenden beim Wahlkampfteam von Donald Trump eingegangen, heißt es in einer offiziellen Mitteilung.
Maximale Mobilisierung der Trump-Anhänger
Ganz überraschend kommt diese Meldung nicht: In einer kürzlichen Umfrage von ABC News und Ipsos gaben nur vier Prozent der Trump-Anhänger an, sie würden ihre Unterstützung zurückziehen, wenn er wegen einer Straftat verurteilt würde. Weitere 16 Prozent sagten immerhin, sie würden es sich noch einmal überlegen.
Allerdings gaben auch 25 Prozent der Trump-Anhänger an, sie würden sich erst dann so richtig in den Wahlkampf stürzen und Geld spenden, wenn Trump verurteilt würde. Der vorgestern erfolgte Schuldspruch dürfte also zu einer maximalen Mobilisierung der überzeugteren Trump-Anhänger geführt haben - darauf deuten zumindest die neuesten Zahlen zum Spendenaufkommen für ihn hin.
Biden: "Rücksichtslos und gefährlich"
Trumps Kampagnenteam sprach am Freitag unter anderem bei Instagram von einer "Welle der Unterstützung von Patrioten" im ganzen Land und bedankte sich. Besonders erfreulich dürfte aus der Sicht von Trumps Team sein, daß mehr als ein Drittel der Gesamtsumme von neuen Spendern gekommen sein soll. Schon kurz nach der Entscheidung der Richter im US-Bundesstaat New York veröffentlichte Trumps Kampagnenteam einen Spendenaufruf mit dem Titel "Ich bin ein politischer Gefangener!". Die Spendenseite stürzte kurz nach dem Start für etwa eine Stunde wegen hoher Zugriffszahlen ab.
Da nützt es auch nur wenig, wenn US-Präsident Joe Biden jetzt scharfe Kritik am Umgang Donald Trumps mit dem Urteil äußert. Biden sagte dazu:
"Es ist rücksichtslos, es ist gefährlich, es ist unverantwortlich, wenn jemand behauptet, daß das Verfahren manipuliert wurde, nur weil einem das Urteil nicht gefällt."
Das Spiel ist aus
Wenn keine politischen Argumente mehr helfen, greift man in der Not eben zu politischer Justiz oder versucht es auf der moralischen Schiene - das scheint das Motto des demokratischen Establishments in den USA zu sein. Ein Glück nur, daß dieses falsche Spiel zumindest in den USA nicht mehr zu funktionieren scheint.<<
02.06.2024
BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Juni 2024

(x1.383/…): >>**Der Wahnsinn vom Windstrom vom Meer**

Die Energiewende wird immer absurder. Die Regierung zerstört ein bestehendes Stromnetz und will dann mit Hilfeneuer Leitungen, die 1 Billion Euro kosten, Windstrom von Nord nach Süd transportieren.

Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Die Reporter Svenja Fleig und Marco Krefting von der Wilhelmshavener Zeitung (WZ) und die Reporterin Susanne Preuß von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) haben die Angaben des Karlsruher Energiekonzerns EnBW über den Bau einer Riesenwindkraftanlage in der Nordsee vor Borkum kommentarlos übernommen. So beginnt Frau Preuß ihren Artikel mit der Falschaussage, diese Anlage könne 1,1 Millionen Haushalte mit Strom versorgen. Richtig ist: Bei Windstille kann kein einziger Haushalt versorgt werden. Die Autoren der WZ haben immerhin die Aussage mit dem Zusatz "rechnerisch" eingeschränkt.

In den Berichten werden eindrucksvolle große Zahlen für Investitionen und Dimensionen der Windgeneratoren auf hoher See genannt. Doch über die Kosten des Off-Shore Stroms erfährt man nichts. Das gilt für die Erzeugung wie auch für den Transport des Stroms an Land bis zur Einspeisung in das Stromnetz. Nach Auskunft des Übertragungsnetzbetreibers Amprion übergibt der Windkraftbetreiber den Strom auf der Off-Shore Konverterstation. Für die Weiterleitung bis zur Einspeisung in das Stromnetz sind die Übertragungsnetzbetreiber zuständig und verpflichtet. Die Kosten und Leitungsverluste von mehreren Cents pro Kilowattstunde erhöhen die Netzgebühren und werden nicht als Off-Shore Kosten ausgewiesen..

Von der Ampel-Regierung und vielen Politikern wird der Bau weiterer Windkraftanlagen auf hoher See gefordert. Die bisher installierte Leistung von 8.000 Megawatt soll in den nächsten 6 Jahren auf 30.000 erweitert werden. Das sind Jahr für Jahr 4 neue Anlagen in der Größe von "He Dreiht". Dazu gibt es noch keine verbindliche Planung und keine Kosten-Nutzen Analyse. Der Bundesrechnungshof hat eine solche Kontrolle wiederholt erfolglos angemahnt.

Demnach werden Steuergelder und Stromverbraucher-Gebühren für die Energiewende ohne Erfolgskontrolle verschleudert. Die … technischen und wirtschaftlichen Daten von der 960-MW-Windkraftanlage "He Dreiht" und dem 730-MW-Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven sollen helfen, beide Stromerzeuger sachlich zu bewerten. …

Leistung: Die Windstromanlage hat eine installierte Leistung von 960 MW, die aber nie erreicht wird, weil die Windgeschwindigkeit zum Meer hin abgebremst wird. Bei Starkwind werden bis zu 80 % der installierten Leistung erreicht. Ohne Wind, also bei Flaute, kann keine Leistung abgegeben werden. Dann kann auch kein Haushalt mit Strom versorgt werden.

Im Jahresmittel liegt die Leistung bei etwa 40 % der installierten Leistung. Die Leistung steigt und fällt mit der dritten Potenz der Windgeschwindigkeit. Sinkt die Windgeschwindigkeit auf die Hälfte, denn fällt die Leistung auf ein Achtel. Die Leistung der Windstromanlage ist nicht planbar und nicht regelbar. Leistungsvoraussagen sind genauso fehlerhaft wie die Wettervoraussagen, auf denen sie basieren.

Die Leistung des Kohlekraftwerkes ist plan- und regelbar. Es kann jederzeit die Leistung bis hin zur installierten Leistung geändert werden, um schwankende Netzleistungen auszugleichen. Der ständig wechselnde Wind- und Solarstrom hat zu einem starken Anstieg der Regelkosten in den letzten 20 Jahren von einst 100 Millionen Euro im Jahr auf nunmehr 4.200 Millionen geführt!

Leistung und Frequenz im Netz müssen von regelbaren Kraftwerken gesteuert werden. In dieses Netz kann begrenzt die schwankende Wind- und Solarleistung eingespeist werden. Allein mit Wind- und Solarstrom ist eine sichere Stromversorgung nicht möglich. Dieser Strom sollte daher als Fakepower (Fake = Täuschung) bezeichnet werden, um dies für alle deutlich zu machen.

Energie: Die Jahreserzeugung von "He Dreiht" liegt bei 3,3 Millionen kWh Fakepower, die

auf der Konverter Insel der Windkraft-Industrieanlage ankommen. Hier wird der Strom von dem Übertragungsnetzbetreiber Tennet übernommen. Die weiteren Transportkosten müssen von allen Stromkunden als Netzgebühren bezahlt werden. Die Verluste für Umspannung, Gleichrichtung, Leitungswiderstand und Rückumwandlung in Wechselstrom liegen bei 10 Prozent, also 0,3 Millionen MWh.
Das Kraftwerk kann deutlich mehr Energie im Jahr liefern als die Windstromanlage. Die erzeugte Wechselstrom kann ohne Verluste in das Netz eingespeist werden, da das Werk unmittelbar an das Netz angeschlossen ist.
Die Erzeugung des Fakepower-Stromes führt zu einer reduzierten Nutzung des Kohlekraftwerkes und erhöht dadurch die Erzeugungskosten des Kraftwerkes je Kilowattstunde. Würde auf diese Fakepower-Erzeugung verzichtet, würde der Wert von 1,7 Ct./kWh (Abschreibung und Wartung) beim Kohlekraftwerk noch niedriger sein. Ebenso versteht sich, daß der Betrag von 8 Ct./kWh CO2-Zertifikat nichts mit Energie zu tun hat sondern eine willkürliche Steuer darstellt, die ausschließlich den Kohlestrom verteuern und dem Staat mehr Einnahmen für seine Weltklimarettungsausgaben generieren soll.
Flächenbedarf: Die benötigte Flache für "He Dreiht" wird mit 63 km² angegeben. Es sollen 22 weitere Anlagen bis zum Jahr 2030 hinzukommen. Damit wird eine Fläche von knapp 1.400 km² benötigt. Das wäre ein Gürtel von Windgeneratoren entlang der deutschen Nordseeküste von der Emsmündung bis nach Dänemark mit einer Tiefe von ca. 10 km. 20 Kohlekraftwerke, die weitgehend vorhanden sind und abgeschaltet werden sollen, benötigen nur 13 km² und liefern planbaren Strom!
Kosten: Die Windstromkosten sind doppelt so hoch wie der Strom aus dem Kohlekraftwerk. Erst die politischen Kosten für CO2--Zertifikate machen den Kraftwerkstrom fiktiv teurer. Hierbei wird außerdem übersehen, daß der Windstrom teure Regelleistungen von den Kraftwerken braucht. Windstrom ist daher immer teurer, egal, wie hoch der Preis für CO2--Zertifikate getrieben wird.
Nach den Zeitungsberichten hat der zukünftige Betreiber von "He Dreiht", EnBW, schon Kaufverträge für den Windstrom mit großen Konzernen abgeschlossen. Welche Vorteile haben diese Konzerne davon?
EnBW verkauft den "grünen" Strom zum Erzeugerpreis ab Einspeisung an der Konverter-Plattform. Der Strom ersetzt teure CO2--Zertifikate, die die Firmen sonst für ihre CO2--Emissionen aufgrund von nationalen und EU-Vorschriften erwerben müßten. Bei den Firmen kommt aber kein "grüner" Strom, sondern weiter Netzstrom an, ein wechselnder Mix aus Fakepower, Wasser- und Kraftwerkstrom.
Die Versorgung mit "grünem" Strom ist nach Energiewende-Vorschriften auch gegeben, wenn er irgendwann in das Netz eingespeist wird und zu einer anderen Zeit gebraucht wird. Die Deutsche Bahn ist dafür ein bekanntes Beispiel. Nach deren Aussagen fährt "grün", wer dafür extra bezahlt, während der Nachbar im gleichen Zug die CO2--Emissionen erhöht.

Folgerungen

Die Daten zeigen, eine sichere und bezahlbare Stromversorgung ist mit Fakepower aus Wind (und auch aus Sonne) nicht möglich. Dies kann nur mit Kohlekraftwerken erreicht werden. Auch Gaskraftwerke würden wegen der begrenzten Lagerkapazitäten von Erdgas keine hinreichend sicher zu bevorratende Energiequelle sein.
Deutschlands Wirtschaft wird durch die Energiewende für die Weltklimarettung immer mehr geschwächt und ins Ausland getrieben. Unsinnige Vorschriften zugunsten von wenigen Profiteuren zerstören unsere Umwelt und treiben die Strompreise immer weiter in die Höhe. Es wird höchste Zeit zu einer Besinnung und Umkehr. Werden die kommenden Wahlen dazu beitragen?<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Hab-**

ecks plötzliches Geständnis von der "schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten"
Habeck gibt der CDU die Schuld an der aktuellen Wirtschaftskrise in Deutschland. Bemerkenswert daran sind nicht nur diese fragwürdige Schuldzuweisung, sondern vor allem die drastischen Worte, mit denen Habeck die Brisanz der Situation erstmals benennt.
Von *Redaktion*
Wirtschaftsminister Robert Habeck hat Oppositionsführer Friedrich Merz und die Parteien CDU und CSU für die aktuelle Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht. Diese Behauptung äußerte Habeck am Samstag auf dem kleinen Parteitag der Grünen in Potsdam. So sagte er: "Friedrich Merz, die Union ist verantwortlich für die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten" und adressierte damit die Union. Der Partei wirft er ebenfalls die "Nichtaufarbeitung dieser Geschichte" vor.
Als Grund gibt Habeck an, daß die Große Koalition Deutschland von russischem Gas abhängig gemacht habe und der Stopp der russischen Gaslieferungen zu der Wirtschaftskrise in Deutschland führte, die aktuell noch anhält. Diesen "historischen Fehler" habe nach Habecks Aussagen die Große Koalition aus Union und SPD gemacht.
Natürlich ist die Mitschuld der Großen Koalition an der aktuellen Wirtschaftslage zutreffend. Was Habeck allerdings ausblendet, ist, daß vor allem die rot-grüne Koalition unter Schröder die Gas-Abhängigkeit ausbaute und 2021 auch im Ampel-Koalitionsvertrag mit neuen Gaskraftwerken geplant wurde, die die Energiewende auffangen sollten. Damit hätte sich die Abhängigkeit wohl kaum verkleinert.
Bemerkenswert ist aber vor allem auch das Eingeständnis von Habeck - nämlich, daß Deutschland die "schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten" erlebt. Zuletzt wurde das von der Regierung immer verharmlost - Scholz sprach gar von einem neuen Wirtschaftswunder, Habeck feierte selbst minimale Verbesserungen bei der Inflationsentwicklung als große Erfolge. Die neuesten fatalen Konjunkturdaten wurden beschönigt. Jetzt also das harte Eingeständnis: Die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten.
Daß der Hintergrund der fatalen Entwicklung allerdings weit mehr ist als die Energiekrise durch den Ausfall russischen Gases, blendet er aus. Denn Faktoren wie die ohnehin explodierenden Energiekosten durch die Energiewende, die durch die Geldpolitik angeheizte Inflation, die extrem schweren Rahmenbedingungen für Unternehmen, die Überregulierung, Verteuerung insbesondere durch die Klimapolitik - das alles verschweigt Habeck als Gründe für die Situation. Seine Kommunikation wandelt sich jetzt allerdings - von der Leugnung des Problems geht es direkt über zu Schuldzuweisungen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Mannheim: Verletzter Polizist verstorben**
Von *Sven Reuth*
Es sind unsagbar traurige Nachrichten, die derzeit gerade aus Mannheim kommen: Laut Medieninformationen soll bei dem von einem Islamisten aus Afghanistan schwer verletzten Polizisten Rouven L. der Hirntod festgestellt worden sein. …
Die gleichermaßen verantwortungslose wie selbstmörderische Grenzöffnungspolitik hat nun wohl ein weiteres Todesopfer gefordert. Laut Medienberichten soll der am vergangenen Freitag bei dem Islamisten-Terror von Mannheim schwer verletzte Polizist mittlerweile in ein künstliches Koma versetzt worden sein. Angeblich wird er nur noch durch eine Herz-Lungenmaschine am Leben erhalten, um noch die von ihm gewünschte Organspende im Falle seines Todes zu ermöglichen.
Wo bleibt der Kampf gegen Islamismus
Der islamkritische Aktivist Michael Stürzenberger erlitt am vergangenen Freitag bei der Attacke des afghanischen Islamisten Suleiman A., der 2014 als Merkel-Gast nach Deutschland gekommen war, schwere Stichverletzungen. Bei dem Angriff wurden außerdem vier weitere

Personen teilweise schwer verletzt. Suleiman A. konnte schließlich nach dem Schußwaffeneinsatz eines weiteren Polizisten überwältigt werden, sonst hätte es wohl weitere Opfer gegeben.
Und? Wo bleibt jetzt der parteien- und organisationsübergreifende Kampf gegen den Islamismus? Wo bleiben Massenaufmärsche, Ansprachen von Kanzler und Präsident, angestrahlte Gebäude im ganzen Land, Tausende und Abertausende von Kundgebungen im Land, Förderprogramme gegen Islamismus, die staatlicherseits mit zweistelligen Milliardenbeiträgen gefördert werden, politische TV- und Radio-Spots, die Tag und Nacht rauf und runter gespielt werden, Großflächenplakate gegen Islamismus, mit Botschaften versehene Transparente an allen großen öffentlichen Gebäuden wie Hochschulen und Theatern?
Das alles gibt es natürlich nicht. Denn der innerste Kern der deutschen Staatsraison läßt sich schlicht auf den antideutschen Nenner "No Tears for Krauts" bringen. Die mittlerweile wirklich unzähligen Opfer, die es seit Merkels Grenzöffnung gegeben hat, kommen im öffentlichen Diskurs kaum vor, während gleichzeitig sofort totalitäre Hetzjagden losbrechen, wenn auch nur ein falsches Lied gesungen wird. Die Situation ist so derartig makaber, daß sie sich mit menschlichen Worten kaum mehr angemessen beschreiben läßt.

"Das war ein klarer Mordversuch"

Im Video-Interview mit Oliver Flesch äußerte Stürzenberger:
"Mir geht es den Umständen entsprechend, wie man so schön sagt. Ich bin froh, daß es für alle Beteiligten gestern einigermaßen glimpflich abgelaufen ist, wenn man davon sprechen kann, denn es hätte gestern wirklich Tote geben können. Es war richtig übel, was dieser Afghane gestern da abgezogen hat mit seinem langen Messer. Was auch wirklich erschütternd war, war der Stich in den Nacken von dem Polizisten. Ich weiß nicht genau, wie da der Stand ist. Ich hoffe, daß er außer Lebensgefahr ist, der Polizist. Das war ein klarer Mordversuch.
Ich habe insgesamt sieben oder acht Stiche, ich habe das alles gar nicht so mitgekriegt. Einer hätte in die Lunge gehen können, der war knapp davor, dann wäre es das wahrscheinlich gewesen... Der Täter war wohl aus Hessen angereist, was man so hört. Der hatte einen Mordplan im Kopf. ... Es sind noch Polizisten zu meinem Schutz hier. Es gibt Andeutungen von Anhängern des politischen Islams im Internet, die den Job vollenden wollen, das muß man sich mal vorstellen."

"Digga, das ist mein Vorbild"

Statt nun endlich den Islamismus wirkungsvoll zu bekämpfen, kann nun auch noch der in Deutschland tätige Islamist Meta die von seinem Glaubensgenossen in Mannheim begangenen Verbrechen abfeiern. Bei TikTok äußerte sich Meta wie folgt:
"Leute, endlich gute Nachricht: Dieser Stürzenberger wurde abgestochen. Inshallah bekommt der Junge, der ihn abgestochen hat, die höchste Stufe im Paradies. Ich schwöre bei Allah, ich schicke dir Geld, mein Freund. Ich schicke dir Geld. Ich schicke dir Essen, ich trinke, ich schicke dir alles ist, inshallah passiert das mit Ex-Muslimen ... Inshallah, jeder Islam-Kritiker. Jeder, der Islam kritisiert. Digga, ich schwöre bei Allah, der ist mein Vorbild. Dieser Junge ist mein Vorbild. Er sticht sogar dem Polizei in sein Hals."
Massenabschiebungen jetzt - und Imam Meta zuerst! Der deutsche Staat muß endlich handeln, bevor Islamisten weitere schreckliche Verbrechen begehen!
UPDATE: Nun wurde der Tod des Mannheimer Polizisten Rouven L. auch von der zuständigen Staatsanwaltschaft offiziell bestätigt. Das Mitgefühl von COMPACT gilt in diesen Stunden seiner Familie und seinen Freunden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Elektroautos: Voll gegen die Wand**
Auch in Australien bekommt man mit, daß der angekündigte deutsche Elektroauto-Boom ein laues Lüftchen geworden ist. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-

Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.
_ von J*o Nova*
Gerade als sie eigentlich zweistellig wachsen sollten, sind die deutschen Elektroautoverkäufe im Vergleich zum Vorjahr um erstaunliche 30 Prozent zurückgegangen. Ihr Marktanteil schrumpft tatsächlich. Elektroautos sind im Laufe ihrer Lebensdauer nicht besonders gut darin, Kohlendioxid zu reduzieren, aber sie sind sehr nützlich, um vorzutäuschen, den Verkehrssektor zu "dekarbonisieren".

Die Grünen: Der kleine Tyrann Deutschlands

Dies reißt also eine riesige Lücke in die sogenannte Energiewende der deutschen Regierung, die für jeden Sektor feste Ziele hat. Problematisch ist, daß der Verkehrssektor einfach nicht mit Wind- und Sonnenenergie oder Pumpspeicherkraftwerken betrieben zu werden scheint. Es ist schwer, ihn zu dekarbonisieren. Flüssiger Kraftstoff ist einfach zu praktisch.
Es scheint, als würde der deutsche Verkehrsminister mit einem Wochenendfahrverbot drohen, um die Absurdität der Position der Grünen aufzudecken. Er warnt, wenn die Grünen keine Gesetzesänderung zur Durchschnittsberechnung der Emissionen aller Sektoren unterzeichnen, müsse er drastische Maßnahmen ergreifen, um die Ziele für den Verkehrssektor zu erreichen, was Fahrverbote an Wochenenden bedeuten würde. (Falle aufgestellt.)

E-Auto

Die Grünen reagierten wie jeder kleine Tyrann und sagten, er solle die Leute nicht unnötig verärgern, denn es gebe andere Möglichkeiten, das Klima zu verbessern, etwa indem man alle zwingt, langsamer zu fahren. (Die Falle schnappte zu.) Die Grünen gingen direkt hinein: "Diese Behauptung ist schlicht falsch," sagte Grünen-Vize-Fraktionschefin Julia Verlinden der Deutschen Presse-Agentur mit Blick auf Wissings Drohung mit einem Wochenend-Fahrverbot.

Schlechte Nachrichten für Deutschlands Grün-Sozialisten

Wissing dürfe die Menschen nicht unnötig verärgern, denn es gebe auch andere Möglichkeiten, das Klimaproblem anzugehen, etwa ein Tempolimit. Natürlich werden bei der nächsten Wahl Maßnahmen, die die Menschen dazu bringen, langsamer zu fahren, um Stürme in 80 Jahren Zukunft zu verhindern, wie ein Boot voller brennender Autos untergehen.
Volker Wissing (Verkehrsminister) ist Mitglied der FDP, die theoretisch eine Mitte-Rechts-Partei ist. Da die deutsche Regierung eine "Ampelkoalition" aus drei verschiedenen Parteien ist, muß er mit den Grünen zusammenarbeiten, um Gesetze durchzubringen, aber er muß ihnen nicht helfen, die nächste Wahl zu gewinnen.
Pierre Gosselin von NoTricksZone weist darauf hin, daß die deutsche Regierung noch weit davon entfernt ist, ihre Ziele für Elektroautos zu erreichen: "Der massive Verkaufsrückgang ist eine schlechte Nachricht für die derzeitige sozialistisch-grüne Regierung in Deutschland, deren Ziel es ist, bis 2030 15 Millionen Fahrzeuge auf die Straße zu bringen. Derzeit sind es gerade einmal 1,4 Millionen!"
Es fehlen also 13,6 Millionen E-Autos und sie hätten nur 5 Jahre und 9 Monate Zeit, um dieses Ziel zu erreichen. Bei der aktuellen Verkaufsrate werden sie ihr Ziel um 11 Millionen Autos verfehlen. Deutschlands Ambitionen, eine führende Rolle bei der Elektromobilität einzunehmen, haben im ersten Quartal dieses Jahres einen herben Rückschlag erlitten.
Es zeichnet sich ein deutlicher Absatzrückgang ab. Nur 31.384 Elektrofahrzeuge wurden im März neu zugelassen, ein drastischer Rückgang von 28,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Einbruch der Zulassungen steht im Widerspruch zu den politischen Zielen und unterstreicht die Lücke zwischen politischer Planung und tatsächlichen Marktbedingungen. Die Herausforderung besteht darin, ob politische Maßnahmen wirksam genug sind, um den Verbraucherpräferenzen und der Marktdynamik entgegenzuwirken.
Mit der Abschaffung des Elektrobonus zum Ende des Jahres 2023 ist ein weiteres Problem

zutage getreten. Die Abhängigkeit der Branche von staatlichen Subventionen wurde sichtbar. Dies hat die Vertrauenskrise im Elektroautomarkt weiter verschärft. Und so gelangen wir zu dem nächsten häßlichen Punkt, an dem die Planwirtschaft auf die Realwirtschaft trifft.

Die FDP-Drohung mit dem Fahrverbot

Die Regierungskoalition streitet über eine Gesetzgebung, die verbindliche Klimaziele festlegt. Der deutsche Verkehrsminister droht mit Wochenendfahrverboten, um die Klimaziele zu erreichen, falls die Regierungskoalition bis Juli keine Reform des Klimaschutzgesetzes verabschiedet.

Eine Reduzierung des Verkehrs zur Erreichung der Klimaziele sei nur durch öffentlich schwer vermittelbare Maßnahmen wie "flächendeckende und zeitlich unbefristete Fahrverbote an Samstagen und Sonntagen" möglich, so Wissing. Wissing fordert lediglich eine Verteilung der Emissionsreduktionen auf andere Sektoren:

Die geplante Novelle des Emissionsminderungsgesetzes sieht vor, daß die Einhaltung der Klimaziele künftig nicht mehr nur für einzelne Sektoren, sondern alle Sektoren gemeinsam betrachtet werden. Wird das Gesamtziel zwei Jahre in Folge verfehlt, soll die Bundesregierung entscheiden, in welchem Sektor und mit welchen Maßnahmen die zulässige Gesamtmenge an Kohlendioxid-Emissionen bis 2030 erreicht werden soll.

Sollten die geplanten Reformen nicht bis zum 15. Juli durch das Parlament kommen, sei das Ministerium für Digitalisierung und Verkehr verpflichtet, ein "Sofortprogramm vorzulegen, das die Einhaltung der Jahresemissionsgrenzen des Verkehrssektors" bis zum Jahr 2030 sicherstellt - wozu auch Fahrverbote an Wochenenden gehören würden, warnte Wissing.

Keine Lösung für den E-Auto-Alptraum

Wissing hat bereits gesagt, daß die Regierung keine Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen einführen will. Er würde es wahrscheinlich sehr begrüßen, wenn die Grünen bei der nächsten Wahl diese Politik übernehmen würden. Die Mobilitätsexpertin von Greenpeace (als ob es so etwas gäbe) ist Clara Thompson, die sagte, Wissing habe sich "Horrorszenarien" ausgedacht, um von seinen eigenen Fehlern abzulenken. Aber zumindest laut Politico hatte sie keine Vorschläge, wie man die Albträume von Elektrofahrzeugen mit eingefrorenen Batterien, langsamem Laden, teuren Reparaturen, Reisekrankheit, brennbaren Materialien und Lade-Abenteuer im Urlaub lösen könnte.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.

Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.<<

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Orban: Europa bereitet Krieg gegen Rußland vor**

Der ungarische Ministerpräsident Orban hat im ungarischen Radio vor der Politik Europas gewarnt, Kiew den Beschuß von Zielen in Rußland mit westlichen Waffen zu erlauben. …

_ von *Thomas Röper*

In dem Radiointerview ist Orban offensichtlich sehr deutlich geworden, denn russische Medien zitieren viele verschiedene Zitate aus dem Interview.

"Der Krieg ist ein Monster"

RT-DE zitiert beispielsweise folgendes Orban-Zitat aus dem Interview:

"Der Krieg ist ein Monster, das ständig hungrig ist, es muß gefüttert werden, und es muß mit Geld gefüttert werden. Und ich sehe, daß die US-Amerikaner und die demokratische Regierung der Vereinigten Staaten sowie die Anführer der Europäischen Union bereit sind, es zu füttern."

Die russische Nachrichtenagentur TASS hat in einer Meldung, die ich übersetzt habe, andere Passagen des Interviews zitiert.

Beginn der Übersetzung:

"Orban erklärte, daß Europa in die Phase der Kriegsvorbereitung mit Rußland eingetreten ist. Der ungarische Ministerpräsident sagte, daß die EU und die NATO zunehmend in den bewaffneten Konflikt in der Ukraine hineingezogen werden.
Europa ist in ein Zwischenstadium der Vorbereitung auf einen Krieg mit Rußland eingetreten, da es zunehmend in den bewaffneten Konflikt in der Ukraine hineingezogen wird. Diese Meinung vertrat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban in der Morgensendung des Radiosenders Kossuth.

"Ein paar Zentimeter von der Vernichtung entfernt"

Ihm zufolge gibt es jede Woche mehr und mehr Anzeichen dafür, daß sich die EU und die NATO auf ein militärisches Vorgehen vorbereiten. Der Regierungschef stellte fest, daß 'man nicht in einem Schritt in einen Krieg eintritt'. 'Es gibt drei Phasen: Diskussion, Vorbereitung und Zerstörung. Jetzt sind wir dabei, die Diskussion abzuschließen und sind in der Vorbereitungsphase. Wir sind ein paar Zentimeter von der Vernichtung entfernt', sagte er.
Orban ist der Ansicht, daß es in der vergangenen Woche mindestens zwei Entwicklungen gegeben hat, die darauf hindeuten, daß sich Europa immer mehr in den Ukraine-Konflikt verstrickt und 'auf einen Krieg zusteuert'. Erstens gebe es Gespräche zwischen Frankreich und der Ukraine über die Möglichkeit, daß französische Militärausbilder in die Ukraine gehen, um ukrainische Soldaten auszubilden. 'Sollten sich die Franzosen darauf einlassen, wäre das ein neues Niveau' der Beteiligung von EU- und NATO-Ländern an dem Konflikt, so der Ministerpräsident.
Zweitens, so erinnerte er, werde die Möglichkeit diskutiert, westliche Waffen einzusetzen, um Ziele tief im russischen Territorium anzugreifen. 'Immer mehr Leute sagen, daß die Waffen, die der Westen liefert, nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Angriff eingesetzt werden sollten', so Orban. 'Ohne die NATO wäre die Ukraine nicht in der Lage, auf russisches Territorium zu schießen, aber sie kann es, und so machen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg, in den Krieg verwickelt zu werden', betonte der Ministerpräsident.

"Das ist nicht unser Krieg"

Seiner Meinung nach findet die Eskalation des Konflikts statt, weil die Ukraine und der Westen immer noch gewinnen wollen. 'Die Ukraine glaubt, Rußland besiegen zu können', und die westlichen Länder fühlen sich sicherer als die Frontstaaten in Mittel- und Osteuropa, erklärte Orban. 'Das ist der wichtigste Grund, warum sie sich anders verhalten als wir. Sie wollen Rußland besiegen, sie wollen um jeden Preis einen militärischen Erfolg erzielen', so der Ministerpräsident.
Er bekräftigte, daß seine Regierung alles tun werde, um zu verhindern, daß Ungarn in den bewaffneten Konflikt in der Ukraine hineingezogen werde. 'Dies ist nicht unser Krieg und die Ungarn dürfen nicht darunter leiden', erklärte Orbán. Er glaubt, daß er ein starkes Argument hat, um diese Position zu rechtfertigen: 'Die NATO ist ein starkes Verteidigungsbündnis, das geschaffen wurde, um seine Mitgliedstaaten zu schützen, nicht um in einen weiteren Krieg einzugreifen.'
Ende der Übersetzung<<

03.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Niemand hat die Absicht, das Bargeld abzuschaffen**

In der EU gilt künftig eine generelle Bargeldobergrenze von 10.000 Euro. In Deutschland gilt schon jetzt: Wer Beträge über 10.000 Euro bar bezahlen will, muß sich ausweisen und nachweisen, woher das Geld stammt.
Peter Boehringer, stellvertretender Bundessprecher der AfD, teilt dazu mit:
"Nun also doch. Unter dem Vorwand der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität hat man sich in Brüssel auf eine Bargeldobergrenze von 10.000 Euro verständigt.

Der Bundestag wurde hierzu nicht befragt, die Appelle der AfD, das Bargeld zu erhalten, blieben ungehört. Selbstredend werden die verantwortlichen Akteure beteuern, daß niemand das Bargeld abschaffen wolle, doch die Stoßrichtung ist bei allen Maßnahmen immer dieselbe und scheibchenweise werden die Barzahlungsmöglichkeiten immer geringer.
Dort wo die Bürger nicht ohnehin schon aus Bequemlichkeit auf das Bargeld verzichten, hilft der Staat eben mit Gesetzen nach. Freiheit verliert man in kleinen Scheiben, doch am Ende steht ganz gewiß der gläserne Bürger.
Daß die EU im Vorbeigehen hier auch noch eine neue Behörde geschaffen hat, die die Durchsetzung des Bargeldverbots überwachen soll, paßt ins Bild. Den Bürokratieabbau nimmt man in Brüssel nämlich ebenso wenig ernst wie in Deutschland die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, auch wenn diese Worthülsen von den Vertretern der Altparteien sehr regelmäßig zu hören sind. Die AfD wird sich jedoch auch in Zukunft für Bürokratieabbau, eine tabufreie Kriminalitätsbekämpfung, die uneingeschränkte Nutzung des Bargelds und die informationelle Selbstbestimmung der Bürger einsetzen."
Neben Banken und Casinos wie CasinoBonusesFinder.de müssen künftig auch etwa Händler von Luxusgütern sowie Anbieter von Krypto-Vermögenswerten ab bestimmten Summen ihre Kunden überprüfen und verdächtige Aktivitäten melden. Unter gewissen Bedingungen sollen auch Profifußballvereine und -agenten verpflichtet werden, Transaktionen zu überwachen.
Um die Regeln zu überwachen, ist in Frankfurt eine neue Behörde geplant: die "Anti-Money Laundering Authority" (AMLA). Sie soll Mitte nächsten Jahres den Betrieb aufnehmen und unter anderem die nationalen Aufsichtsbehörden koordinieren und unterstützen. Frankfurt hatte sich als Standort gegen acht europäische Hauptstädte durchgesetzt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**Deutsche sollen im Kriegsfall in präparierten Kellern Schutz finden**
Die Bevölkerung in Deutschland soll im Fall militärischer Angriffe nicht in erster Linie in Großbunkern geschützt werden, sondern in dafür präparierten Kellern. Das geht aus dem "Sachstandsbericht zur Entwicklung eines modernen Schutzraumkonzepts" hervor, über den der "Spiegel" berichtet und bei der Innenministerkonferenz Mitte des Monats in Potsdam beraten werden soll. Erarbeitet haben die Empfehlungen Experten des Bundesinnenministeriums, des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.
"Gegen moderne Präzisionswaffen, die gezielt einzelne kriegsrelevante Objekte zerstören und bei deren Angriff nur wenige Minuten Vorwarnzeit verbleiben, sind zentral gelegene öffentliche Schutzräume für mehrere Hundert oder Tausend Menschen keine geeignete Schutzmaßnahme", heißt es in dem Papier. Die größte Gefahr für die Zivilbevölkerung stellen aus Sicht der Experten "die sogenannten Kollateralschäden dar, die zu Personenschäden in der Zivilbevölkerung insbesondere durch Trümmer- und Splitterflug oder durch die Druckwelle einer Explosion führen".
Räume unterhalb der Erdoberfläche oder im Inneren von Gebäuden würden "bereits heute vor einem Teil der anzunehmenden Gefahren" schützen. "Um die Schutzwirkung nochmals zu verbessern, kann auf freiwilliger Basis und mit einfachen, ohne handwerklichen Sachverstand ausführbaren Maßnahmen eine `Härtung` insbesondere von Kellerräumen erreicht werden", heißt es in dem Papier. Die Experten erwähnen hier als Beispiel das "provisorische Abdekkung von Kellerfenstern und -öffnungen".
Ziel müsse es sein, "eine größtmögliche Zahl Baulicher Selbstschutzräume (BSR)" zu schaffen. Darüber hinaus müßten "zumindest in Ballungsräumen" Schutzmöglichkeiten für diejenigen angeboten werden, "die unterwegs von einem militärischen Angriff überrascht werden". Geeignet dafür seien Räume in öffentlichen Gebäuden, Kaufhäusern, Tiefgaragen, U-Bahnstationen, Tunneln oder noch vorhandene Bunker. Wo diese "öffentlichen Schutzräume"

(ÖSR) liegen - darüber könnte laut Bericht über Schilder und Apps informiert werden. Präzision und Wirksamkeit heutiger Waffensysteme seien jedoch "so groß, daß ein Direkttreffen jegliche Art von Schutzraum zerstören könnte", heißt es in dem Bericht ausdrücklich. Zum Bedrohungsszenario führen die Experten aus:
"Anders als im Zweiten Weltkrieg sind keine flächendeckenden Bombardements zu erwarten, mittels derer ganze Städte großflächig zerstört werden". Auszugehen sei von punktuellen Angriffen auf gewählte Ziele. Damit meinen die Experten "verteidigungswichtige Anlagen", Regierungs- und Verwaltungsgebäude so wie "weitere kritische Infrastrukturen". Zu Zeiten des Kalten Kriegs hatte es im Westen des Landes rund 2.000 solcher Bunker gegeben, 579 davon sind derzeit noch für Zivilschutzzwecke bestimmt.
Dort könnten etwa 470.000 Menschen Zuflucht finden. Um rund 85 Millionen Einwohner zu schützen, rechnen die Experten vor, müßten circa 210.100 größere Bunker gebaut werden. Die Gesamtkosten dafür kalkulieren sie auf 140,2 Milliarden Euro. In Finnland und der Schweiz gibt es laut Bericht entsprechende Bunkerplätze für 85 beziehungsweise "fast 100 Prozent" der Bevölkerung.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.385/…):
>>**Der oberste Krieger: Markige Kampfansage aus Illusion und Gehorsam**
Herbert Ludwig
Der offen zum Kriegsminister mutierte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius nutzte kürzlich den Ergebenheitsbesuch beim Lehnsherren in den USA dazu, sich als schärfster Vasall des US-Imperialismus im Kampf gegen Rußland anzubiedern. Weit entfernt, über die ganzen zeitgeschichtlichen Verhältnisse im Bilde zu sein, hat er die US-Propagandaversion verinnerlicht und bläst zu Rüstung und Kampfbereitschaft gegen den angeblich aggressiven russischen Imperialismus. Er will Deutschland zu einer führenden robusten Militärmacht aufbauen, die darüber hinaus überall in der Welt die "westlichen Werte" und Interessen verteidigen soll.
Die Wende von der Friedens- zur Kriegsorientierung
Der Journalist Peter Tiede hatte Boris Pistorius für "Bild" nach Amerika begleitet und berichtete am 10.5.2024 mit unverhohlener Empathie von seinem markigen Auftreten bei den amerikanischen "Freunden".
Boris Pistorius habe an der Johns-Hopkins-Universität in Washington unter dem Titel: "Standhaft, fähig und bereit: Deutschlands Sicherheitsrenaissance und transatlantische Verteidigung" "SEINE Grundsatz-, SEINE Zeitenwende-Rede" gehalten.
In Deutschland sei gerade (am 8. Mai) der "Tag der Befreiung" gefeiert worden, das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 79 Jahren, schreibt der Bild-Journalist, und nun stehe Boris Pistorius (64, SPD), Deutschlands Verteidigungsminister, vor knapp 250 Studenten und Professoren und sage:
"Wir sind bereit, die Führung zu übernehmen." -
Was für eine positive Wendung und Entwicklung, will er damit sagen. Doch was für ein Lügen- und Illusionskonstrukt gleich zu Anfang!
Man bombardiert am Ende eines Krieges nicht hilflose Frauen und Kinder eines Volkes, das man befreien will. In der US-Regierungsanweisung ICG 1067 vom April 1945 heißt es auch: "Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen." Mitteleuropa und auch Westeuropa sind, so hat es ja auch der US-Stratege Brzezinski bereits in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" nüchtern konstatiert: seit den beiden Weltkriegen "amerikanisches Protektorat", "tributpflichtige Vasallenstaaten". So ist es noch immer.
Was der Vasall Pistorius da von militärischer Führungsbereitschaft redet, daß man sich, wie er später sagt, 75 Jahre nach Staatsgründung und 35 Jahre nach dem Mauerfall nicht weiter hin-

ter den USA verstecken könne, bedeutet ja in Wahrheit nichts anderes als die unterwürfige Anbiederung zum Obervasallen unter den anderen Vasallen, der, nachdem die Ukraine bereits fast bis zum letzten Ukrainer ausgeblutet ist, zu allererst seine nun bald wieder wehrpflichtigen jungen Leute bis zum letzten Mann für die Eroberungs-Interesse des Weltimperialisten auf die "Schlacht-Felder" treiben will.
"Die Zeit der Friedensdividende ist vorbei", habe er versichert." Wir leisten unseren Beitrag. Deutschland macht die nationale und kollektive Verteidigung zu seiner Priorität - das ist neu in der deutschen Geschichte."
Und unter Bezug auf die im Vorjahr veröffentlichte deutsche Sicherheitsstrategie (sie lege unsere Sicherheitsinteressen in der Welt fest), die erste nach dem Zweiten Weltkrieg, sage Pistorius, sie sei "ein Meilenstein auf dem Weg zur sicherheitspolitischen Mündigkeit …"
Mündig, also militärisch erwachsen werden müsse Deutschland, finde der Verteidigungsminister! -

Mündig unter der Vormundschaft der USA!

So wie Deutschland "als Frontstaat während des Kalten Krieges" vom Westen profitiert habe, so werde Deutschland nun die Ost-Grenze des freien Westens gegen Moskau verteidigen: "Unser besonderer Schwerpunkt bleibt die Verteidigung unserer Bündnispartner an der Ostflanke der Nato." Geltungsbereich der Pistorius-Doktrin für Europa:
"Vom hohen Norden bis zum Balkan, von der Ostsee bis zum Mittelmeer."
Ansonsten, so Tiede: "Wo unsere Interessen bedroht sind - also weltweit." Pistorius: "Wir können nicht einfach zusehen und abwarten, wie das Völkerrecht, unsere Ordnung und unsere Werte zerstört werden."
Damit meine er nicht nur die Selbstverteidigung Deutschlands: "Das gilt weltweit."
Besonders gemeint seien "die Krisenherde in Afrika, im Nahen Osten und im indopazifischen Raum. Und das gilt auch für die Ukraine."
Pistorius erwähne China mit Rußland in einem Atemzug, einem Satz - als gemeinsame Bedrohung.
Die Wirtschaftsmacht Deutschland solle auch militärische Macht werden. -
Immerhin erkennt er: Nicht allein, in der NATO, in Europa, mit den USA. Aber eben doch: als militärisch starke Führungsmacht! -
Als stolzer Obervasall eben, der sich an vorderster Linie für den im Hintergrund lenkenden Lehnsherren und Weltimperialisten für dessen mörderische Ziele opfert.
Pistorius: "Deutschland macht die nationale und kollektive Verteidigung zu seiner Priorität - und gestaltet gleichzeitig sein Engagement in anderen Teilen der Welt neu."
Und der journalistische Schmierfink fügt begeistert hinzu: "Deutsche Interessenpolitik - national, europäisch und global. So klar, so aggressiv ist das Pistorius noch nie über die Lippen gekommen!"
"Und das als Militärmacht neben den USA!", meint er. Deutschland wird also nicht nur am Hindukusch verteidigt, sondern überall, an allen Brennpunkten der Welt, wo der Knecht vom US-Herren zur Verstärkung gebraucht wird.
Und dafür, das habe Pistorius schon früher gesagt, wolle er "eine Art von Wehrpflicht". Denn: "Wir müssen unsere militärische Durchhaltefähigkeit in einem Zustand der nationalen oder kollektiven Verteidigung sicherstellen."
Und nicht nur mit Blick auf die gefühlte Flut an Krisen habe er gesagt: "Aber anstatt zu kapitulieren, werden Sie mich lieber mit grimmiger Hingabe die vor uns liegenden Krisen und Herausforderungen bekämpfen sehen."
Er hat nur vergessen, hinzuzufügen:: "… die von den USA aggressiv erzeugten" Krisen und Herausforderungen "in deren Interesse" bekämpfen sehen.
Was ist das für ein Mensch, der da wie aus einem herabgedämpften illusionären Bewußtsein,

wie im Rausch über andere Menschenleben verfügend, stramm daherredet?

Quadriga

Doch Pistorius spricht nur aus, was längst begonnen hat, in Drohgebärden aggressiver Großmanöver militärisch gegen Rußland demonstriert zu werden.

Wie german-foreign-policy.com berichtete, gehe nach mehreren Monaten intensiver Kriegsübungen das Bundeswehr-Großmanöver Quadriga 2024 aktuell in seine Endphase.

"Mit dem Manöver proben deutsche Militärs den Aufmarsch und das "hoch intensive Gefecht" entlang der gesamten russischen Westflanke - von der norwegischen Arktis über Litauen, Polen, Deutschland und Ungarn bis nach Rumänien."

Quadriga sei ein "Zeichen an die russische Seite", habe sich ein führender deutscher Militär geäußert: "Wir üben den Ernstfall". Tatsächlich teste und entwickle Deutschland mit Quadriga, das bereits seit 2021 geplant werde, seine Fähigkeit, in Europa einen Krieg gegen Rußland zu führen. Als Teil des Großmanövers vollziehe die Bundeswehr die "erste bundesweite Heimatschutzübung" der im Zuge der Vorbereitungen auf einen Krieg mit Rußland aufgestellten Heimatschutzkräfte.

Neben dem Betrieb der logistischen "Drehscheibe" im Hintergrund trainiere die Bundeswehr - von leichten über mittlere bis zu schweren Kräften - alle Dimensionen eines großangelegten Landkriegs in Europa. Dabei mache sich die Truppe nicht nur mit den Marschrouten Richtung Rußland vertraut, sondern übe auch die Kriegsführung auf dem Schlachtfeld Osteuropa.

"Offizieller Beginn von Quadriga war Ende Februar. Wie der Reservistenverband berichtet, fanden erste Truppenbewegungen allerdings schon im Januar statt. Den Rückmarsch der Truppen kündigte Generalinspekteur Carsten Breuer in einer Pressekonferenz für Ende Mai an; es ist allerdings davon auszugehen, daß auch dabei einzelne Truppenbewegungen über den offiziellen Manöverzeitraum hinaus andauern werden. Sollte Quadriga in den folgenden Jahren wieder ungefähr ein halbes Jahr umspannen, dann entwickelte sich der monatelange Aufmarsch gegen Rußland für die Soldaten der Bundeswehr nahezu zum Dauerbetrieb."

Offiziell erkläre der für die Manöverplanungen zuständige Oberst i.G. Dirk Hamann in einem Interview, mit der Durchführung von Quadriga reagiere man auf den russischen Einmarsch in die Ukraine.

Allerdings berichte er im selben Interview, die Bundeswehr habe bereits 2021 mit den Planungen für Quadriga 2024 begonnen - also Monate vor dem russischen Einmarsch.

In Wahrheit ist nicht Rußland der Aggressor, sondern die US-geführte NATO, die längst von einem Verteidigungs- zu einem Aggressionsbündnis mutiert ist und die neonazistischen Herrscher in der Ukraine als Speerspitze gegen Rußland benutzt. Die NATO hat sich entgegen der Versprechungen bei der Auflösung der Sowjetunion bedrohlich immer weiter an die russischen Grenzen heran ausgedehnt und die Ukraine zu einem Aufmarschgebiet gegen Rußland ausgebaut.

Solche Manöver sind keine Verteidigungs-Übungen, sondern aggressive Demonstrationen und Vorbereitungen für einen größeren Angriffskrieg gegen Rußland, das so lange in seiner Sicherheit bedroht und provoziert wird, bis es als derjenige, der angefangen habe, dargestellt werden kann.

Der Geist des Krieges

Ein moderner Krieg mit seiner totalen Vernichtungs- und Zerstörungsenergie alles Menschlichen ist selbst nichts Menschliches, kann es nicht sein. Es ist eine Illusion zu glauben, er entspringe aus dem Wesen des Menschen. Er entspringt aus Wesen, aber mächtigeren, antimenschlichen Wesen, die stärker sind als das Ich des Menschen und ihn bis zur Selbstvernichtung treiben. Ihre Gedanken, Gefühle und Willensimpulse dringen unbemerkt in die unbewußten Regionen der menschlichen Seelen ein, steigen aus ihnen wie eigene Regungen auf und überwältigen sie. Wer das von sich weist und nicht alle Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in

seinem Inneren wendet, lebt verhängnisvoll nicht in der vollen Wirklichkeit.
Der Psychotherapeut Malte Nelles knüpfte in einem Artikel an die jüngsten kriegerischen Veränderungen im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit an, die sich unter Ignorierung der zeitgeschichtlichen Wahrheit plötzlich eingestellt haben, und fragte sich: "Wie werden aus Friedenstauben Marschflugkörper? Wie entwickelt der Krieg im Geiste seine unnachahmliche Dynamik und Vollendungssehnsucht?"
Rationale, politologische aber auch konventionell psychologische Erklärungszugänge reichten nicht aus, um die geistige 180-Grad-Wende zu verstehen, die öffentliche Akteure innerhalb kürzester Zeit vollzogen hätten und auf deren Pfad sich Deutschland begeben habe. Man ahne und spüre es, daß ein Übermächtiges wieder in der Luft liege, das herandringe, der Krieg, und mit ihm sein Durst nach Blut, menschlichem Leben und Zerstörung von all jenem, das unsere Gesellschaft vordergründig ausmache.
Der Krieg sei, einmal ausgebrochen - und ausgebrochen ist er zuerst bereits verbal durch Lüge und Haß in den Medien - ein Diktator des Bewußtseins. Nicht mehr das wache Ich, die Vernunft und das Einfühlungsvermögen bestimmten das Fühlen, Denken, Wahrnehmen und Handeln, sondern an ihrer Stelle setze sich das Prinzip des Krieges auf den Thron des Bewußtseins. Der Krieg, so scheine es, suche sich die menschlichen Schauspieler für das Stück, das er inszenieren möchte. Er schicke die Akteure auf eine Einbahnstraße der Wut und Angst, ohne daß jene es bemerken und reflektieren könnten.
Der amerikanische Psychoanalytiker James Hillman habe konstatiert: Der Krieg sei nicht das Resultat abgewogener Entscheidungen von Staatsführern, sondern ergebe sich aus Bewußtseinskräften, die stärker seien als das rationale Ich der jeweils Handelnden. Auf dem Schlachtfeld, aber auch am Tatort Schreibtisch oder nur beim betroffenen Lesen von Nachrichten werde die Psyche von archetypischen (urtümlichen) Kräften durchlebt, die entschieden, wie wahrgenommen, empfunden und schließlich gehandelt werde.
Hillman bezeichne diese menschheitsalten seelischen Strukturen des Erlebens erneut als "Götter".
Ein "Gott" sei für ihn eine Kraft, die jenseits des persönlichen Wollens und Entscheidens des "Ich" liege und das Bewußtsein des Betreffenden bestimme. Wo das "Ich" ende, beginne die Sphäre der Götter.
Und Malte Nelles fügt hinzu, der in seinem Selbstverständnis götterlose Mensch von heute meine nicht vom Gott "Mars" bestimmt zu werden, denn die Götter seien für ihn Einbildungen primitiverer Völker und Zeiten. Doch der moderne Mensch lasse sich gerade dadurch, daß er glaube, sie wissenschaftlich als Unfug entlarvt zu haben, vom "Mars" regieren. Er sei das ideale Opfer dieser Götter, denn der Mensch der heutigen Zeit lebe in seiner selbsternannten aufgeklärten Psyche im vollkommenen Unbewußtsein ihrer Existenz.
Der Mensch ist den ungeheuren Herausforderung der Gegenwart nur gewachsen, wenn er das übermächtige Wirken der bösen Mächte in der Seele bemerkt, ihre Existenz realisiert und sein Bewußtsein selbst beherrscht.
Machtinhaber, die das nicht tun, müssen sofort entmachtet werden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Stürzenberger-Attentäter war neun Jahre illegal in Deutschland**
Der 25-jährige Afghane, der in Mannheim eine blutige Messer-Attacke auf Michael Stürzenberger, dessen Mitstreiter und Polizisten verübte, war neun Jahre lang illegal in Deutschland. Sein Asylantrag war schon 2014 abgelehnt worden.
Von *Redaktion*
Der 25-jährige Afghane, der am Freitag eine Messer-Attacke auf Islamkritiker Michael Stürzenberger, dessen Mitstreiter und Polizisten verübte, war jahrelang illegal in Deutschland. Nach der Attacke, bei der Stürzenberger schwere Verletzungen erlitt, verstarb der Polizist

Rouven L. am Sonntag. Bereits am Freitagabend war er offenbar hirntot - der Attentäter Sulaiman Ataee hatte mit Stichen in die Kopf-Region wohl auch sein Gehirn verletzt.
Ataee war, wie aus der Asyl-Akte hervorgeht, über die jetzt die Welt berichtet, im März 2013 nach Deutschland gekommen und hatte Asyl beantragt. Der Antrag wurde 2014 abgelehnt, seitdem lebte er illegal im Land - eine Abschiebung fand aber nicht statt. 2017 machte der Mann einen Hauptschulabschluß, sein Hobby war der Kampfsport Taekwondo.
Nach neun Jahren illegalen Aufenthalts bekam er im Jahr 2023 einen Aufenthaltstitel von den deutschen Behörden: Er hatte mit einer deutschen Staatsangehörigen ein Kind bekommen, das die deutsche Staatsbürgerschaft hat. Mit dem Sorgerecht für das Kind bekam er nun eine befristete Aufenthaltsgenehmigung. Zwischen 2020 und 2023 ließ er sich offenbar bereits einen Vollbart wachsen.
Was für viele beim Zeitpunkt des Angriffes bereits klar war, bestätigt sich jetzt: Sulaiman Ataee hatte offensichtlich einen islamistischen Hintergrund. Das zeigt auch ein YouTube-Kanal, der dem Mann mutmaßlich gehörte - wo eine Taliban-Flagge sein Profilbild schmückte. In den letzten Monaten sollen auf dem inzwischen gelöschten Kanal laut Welt zudem immer wieder Videos des afghanischen Terror-Predigers Ahmad Zahir Aslamiyar hochgeladen worden sein.
Aslamiyar war Taliban-Kommandeur und starb in Afghanistan offenbar im Kampf mit westlichen Truppen. Seitdem gilt er für viele Islamisten als Märtyrer, so auch für den ISIS-K, den afghanischen IS-Ableger, der sich noch radikaler als die dort nun regierenden Taliban positioniert.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Erneute Konflikt-Eskalation mit Rußland treibt Europa immer tiefer in den Krieg**
Aktuell wurde beschlossen, daß die Ukraine nun mit deutschen Waffen Ziele in Rußland beschießen kann. Zu dieser abermaligen Konflikt-Eskalation unter deutscher Beteiligung teilt der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Matthias Moosdorf, mit:
"Es hat mit der Lieferung von Stahlhelmen angefangen und schauen wir, wo wir heute stehen. Die Zukunftschancen der Ukraine und ihrer Menschen stehen heute schlechter als jemals zuvor. Die Lieferung von westlichen Waffen haben den Tod hunderttausender junger Menschen nicht verhindert - im Gegenteil. Die Weigerung des Westens, die Unmöglichkeit seiner Politik zu korrigieren, treibt Europa immer tiefer in den Krieg. Schon wird die Aktivierung von 900.000 deutschen Reservisten gefordert, immer mehr und weitreichendere Waffen sollen das Blatt noch wenden. Was für eine verbohrte, gegen unsere Interessen gerichtete Politik! In ihr manifestiert sich ein verhängnisvoller Offenbarungseid.
Die Lösung liegt aus Sicht der AfD-Fraktion ausschließlich in der Priorisierung der Diplomatie. Waffenstillstand, eine Friedenslösung unter Gewährung gegenseitiger Sicherheitsgarantien, die Wiederbelebung der OSZE - es gibt dazu keine Alternative. Europas Sicherheit ist militärisch nicht zu erringen. Je früher wir alle das einsehen, desto schneller wird das Blutvergießen enden."
Der stellvertretende Sprecher für Außenpolitik der AfD-Fraktion und ehemalige Generalleutnant der Bundeswehr, Joachim Wundrak, ergänzt:
"Gab es zu Beginn des Krieges Rußlands gegen die Ukraine noch das Verständnis, daß die NATO nicht in diesen Konflikt hineingezogen werden sollte, so hat NATO-Generalsekretär Stoltenberg jüngst die langfristige, massive Unterstützung der Ukraine durch die NATO-Staaten gefordert und zugleich die 'Koordinierungs- und Führungsrolle' der NATO hinsichtlich dieses Konfliktes betont. Diese Eskalation ist eine fatale Entwicklung, die die NATO-Staaten weiter in Richtung Kriegsteilnahme treibt, statt eine Verhandlungslösung zu befördern. Dies kann nicht in deutschem Interesse sein."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Attentat in Mannheim: Taten statt Worte gegen Messer-Terror!**

Das furchtbare Messer-Attentat in Mannheim muß uns alle wachrütteln: Wenn nicht bald gehandelt wird, dann werden wir unser Land verlieren! Wie weit sind wir gekommen, wenn ein fanatisierter Afghane auf offener Straße auf einen Islamkritiker und anschließend auf einen Polizisten einsticht, der inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist? Die schwächlichen, verharmlosenden und ablenkenden Reaktionen aller etablierten Parteien beweisen: Mit diesen Parteien wird es immer so weitergehen. Ob Ampel-Regierung oder CDU: Sie alle betätigen den Phrasen-Automaten und gehen dann zur Tagesordnung über.

Es gibt so viele Reaktionen auf das Attentat, die typisch und bezeichnend für die Selbstaufgabe unseres Landes sind. Dazu gehört ein CDU-Vorsitzender Merz, der bei Twitter heuchlerisch von "Konsequenzen" spricht, ohne zu sagen, worin diese Konsequenzen bestehen sollen. Ohnehin ist seine Partei in allen CDU-regierten Bundesländern dafür verantwortlich, daß die illegale Massenmigration vorangetrieben wird! Ein weiteres Beispiel für ablenkende Äußerungen ist der Polizeigewerkschafter Rainer Wendt (CDU), der das Opfer fast schon zum Täter macht. Es seien "mehrere Extremisten aufeinandergestoßen", philosophiert der Wendt, der 2016 frenetischen Beifall für die Wiederwahl von Angela Merkel als Parteivorsitzende spendete.

Gegen den alltäglichen Messer-Terror, den nicht die AfD, sondern ausschließlich die etablierten Parteien zu verantworten haben, brauchen wir endlich Taten statt Worte. Wir müssen die illegale Massenmigration endlich stoppen, unsere Grenzen schützen, islamistische Netzwerke austrocknen, Haßprediger und Kriminelle abschieben. Das sind wir dem ermordeten Polizisten und allen Bürgern schuldig, die täglich unter der Massenmigration zu leiden haben und in ständiger Angst leben!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Messerattacken: Die große Gefahr**

Von *Sven Eggers*

Unglaublich: 3.842 Messerattacken wurden im Vorjahr allein in Berlin angezeigt. Ein deutlicher Anstieg! Nach der Gewaltorgie von Mannheim müssen Abschiebungen das Gebot der Stunde sein. …

Marc Vallendar zählt zur AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Seine Anfrage an die Senatsverwaltung in der deutschen Hauptstadt zu Messerattacken läßt aufhorchen. 3.842 Fälle im vergangenen Jahr! Da bedeutet statistisch: Jeden Tag und öfter kommt es in der Hauptstadt zu einer Messerattacke. Tag für Tag Blut und Gewalt!

"Das ist kein Zufall"

Ausländer sind auch bei diesen Delikten deutlich überrepräsentiert. 53 Prozent aller Messerattacken gehen auf das Konto nichtdeutscher Tatverdächtiger. Über die Vornamen der mutmaßlichen Täter mit deutschem Paß schweigen sich die vorliegenden Daten aus. Das wahre beziehungsweise gefühlte Ausmaß der Ausländerkriminalität liegt also sogar deutlich höher.

Für Stefan Luft, Migrationsforscher am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bremen und von der Berliner Zeitung zu den neuen Zahlen befragt, ist es "kein Zufall", daß Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund in diesen Statistiken herausragen. Einerseits gingen größere Migrationsbewegungen immer mit einer höheren Gewaltbelastung einher, andererseits hätten Studien des Kriminologischen Forschungsamtes Niedersachsen schon vor geraumer Zeit belegt, daß kulturelle Faktoren bei Kriminalität durchaus eine Rolle spielten. Da geht es beispielsweise um "gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen". Luft deutlich:

"Es ist belegt, daß die Bereitschaft in muslimischen Familien deutlich höher ist, Konflikte mit Gewalt zu lösen."

Gegenüber der Berliner Zeitung betont Stefan Luft, daß eine ansteigende Zahl der Messerkriminalität schon bei Merkels offenen Grenzen 2015 absehbar gewesen sei. Daß der Anstieg von Gewalttaten auf das erhebliche Mehr an Zuwanderung zurückgehe, sei "völlig klar". Während die Gewaltbelastung im Westen der Republik in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende zurückgegangen sei, stieg sie durch die verstärkte Zuwanderung wieder deutlich an, stellt Luft fest.
In der Forschung sei das "politisch-ideologische Bestreben" verbreitet, "die Gründe für den Anstieg der Gewalt wegzudiskutieren". Luft hält dagegen: "Es gibt bestimmte Bevölkerungsgruppen mit einer höheren Gewaltbelastung. Punkt." Das gelte für Delikte im Bereich der Messerkriminalität ebenso wie für Gruppenvergewaltigungen.
Türken, Syrer, Afghanen …
Laut Statistik stehen unter den Messer-Tatverdächtigen ohne deutschen Paß Türken und Syrer ganz vorne, gefolgt von Bulgaren und Afghanen. Zu den Vornamen der Tatverdächtigen erhielt AfD-Abgeordneter Vallendar keine Antwort. Er protestiert:
"Wenn man bedenkt, daß die CDU noch im letzten Wahlkampf damit gepunktet hat, daß sie nach Vornamen von deutschen Tatverdächtigen fragte, ist es bemerkenswert, daß der CDU-geführte Senat meine entsprechende Frage zu den Vornamen der Messertäter nicht beantworten will."
Der Senat weigere sich augenscheinlich, "wirksame Maßnahmen gegen diese hochgefährliche Kriminalität zu ergreifen", so Vallendar weiter. Er verlangt, "endlich wieder mehr Polizisten auf die Straßen zu bringen". Die Bild berichtete über die neuen Zahlen ebenfalls: "Kaum ein Tag vergeht, an dem es nicht zu einem Angriff mit einem Messer kommt." Das Blatt listet diverse Fälle der jüngsten Tage auf, darunter auch die tödlichen Stiche in einem Asylantenheim in Potsdam:
"Donnerstag, 30.05.2024: In einer Asylunterkunft in Potsdam (Brandenburg) ersticht der Südafrikaner Hilton Henrico G. (37) den Wachmann Anwar A. (33) und flüchtet. Der Messerstecher gilt offenbar bei den Behörden als Problemfall!"
Messerkriminalität ist kein Naturgesetz und nicht vom Himmel gefallen. Das Versagen der Politik führt zur Überfremdung ganzer Straßenzüge, Viertel und Stadtteile. Parallelgesellschaften entwickeln sich zu Brutstätten der Kriminalität. Folgen sind nicht selten wahre Gewaltorgien oder alltäglich präsente organisierte Kriminalität und das Treiben der berüchtigten Clans.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Strack-Zimmermann: Friedenspartei AfD verbieten!**
Von *Karel Meissner*
Marie-Agnes Strack-Zimmermann wütet mal wieder: Einerseits will sie die Aktivierung von 900.000 Reservisten in Deutschland, anderseits fordert sie ein Verbot der AfD. Gibt es da einen Zusammenhang? …
Wenn jemand es heiß mag, so richtig heiß, dann erscheint ihm Friedenspolitik als Spaßbremse. - So ließe sich die plötzliche Verbotsforderung von Marie-Agnes Strack-Zimmermann für die AfD erklären.
Einerseits träumt die EU-Spitzenkandidatin der FDP von Aktivierung der 900.000 Reservisten in Deutschland, da Putin sein Volk auf Krieg trimme und Rußland "nur noch Waffen" produziere: "Daher müssen wir so schnell wie möglich verteidigungsfähig werden."
Leider gibt es Parteien die den Sex-Appeal von Atompilzen nicht nachvollziehen können. Dazu zählt die AfD. Also will Madame Rheinmetall deren Fortbestand nicht länger dulden. Gegenüber der er Funke-Mediengruppe versichert sie: "Das ist keine Alternative für Deutschland, das ist ein Alptraum für Deutschland. Wir müssen uns dringend mit einem Parteienverbot auseinandersetzen."

Sie habe lange Zeit ein Verbotsverfahren abgelehnt, um eine Selbstdarstellung der Partei als Opfer zu verhindern. Aber: "Seit den jüngsten Enthüllungen allerdings sehe ich das anders."
Und was sind das für schreckliche Enthüllungen? Nun, da wären Maximilian Krahs Kontakt zu einem angeblichen China-Spion und Petr Bystrons angeblicher Annahme von russischem Geld. Mit anderen Worten: Wegen zwei unbewiesenen Anschuldigungen. Und deshalb soll die Partei plötzlich verschwinden?
Legt der Zeitpunkt des Gesinnungswandels nicht einen anderen Verdacht nah? Daß die AfD als friedensorientierte Partei bei wachsender Popularität die bellizistischen Phantasmen der "Eurofighterin" Strack-Zimmermann ausbremsen könnte?
Man kann die FDP nur beglückwünschen: Mit der Ernennung von "Oma Courage" zur EU-Kandidatin hat sie sich selbst das wohlverdiente Grab bereitet.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29228" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Filmfestival Cannes: Ablenkungsmanöver, um satanisch-rituelle Gewaltverbrechen zu verschleiern?**
Filmfestival Cannes 2024: Auch Frankreich erlebt nun seine "Me Too-Debatte"! Der Kurzfilm "Moi aussi" - "Ich auch" - von Judith Godrèche thematisiert sexuellen Mißbrauch, vor allem in der Film-Branche.
Eine wichtige Entwicklung, denn ALLE Arten von sexuellem Mißbrauch sind eben KEINE Kavaliersdelikte, erst recht nicht sexuelle und satanisch-rituelle Gewalt gegenüber von Kindern! Warum aber wird vor allem letzteres von den Mainstream-Medien verächtlich gemacht, vertuscht oder verschwiegen? Daß es auch anders geht, zeigt der ebenfalls in Frankreich angelaufene Kinofilm "Les Survivantes", in dem acht Überlebende solch pädokrimineller Netzwerke zu Wort kommen. …
Vom 14. bis zum 25. Mai 2024 wurde wieder das alljährlich stattfindende französische Filmfestival von Cannes veranstaltet. Große Aufmerksamkeit fand zu Beginn des Festivals der Kurzfilm "Moi aussi" (zu Deutsch: "Ich auch") der französischen Regisseurin und Schauspielerin Judith Godrèche, der sexuellen Mißbrauch thematisiert.
Angelehnt ist der Kurzfilm "Moi aussi" an die vor einigen Jahren in Hollywood ausgelöste öffentliche Debatte "MeToo". Nach dem Bekanntwerden zahlreicher Mißbrauchsfälle in der US-amerikanischen Filmbranche, z. B. durch den Regisseur Harvey Weinstein, wurden hiervon Betroffene durch das Hashtag (#) "Me Too" ermutigt, ihre schlimmen Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu bringen. So war auch die französische Regisseurin des "Moi aussi-Filmes", Judith Godrèche, eine direkt Betroffene von sexueller Gewalt, und zwar schon im Alter von 14 Jahren durch den damals 39-jährigen Filmregisseur Benoit Jacquot.
Nachdem sie damit nun an die Öffentlichkeit gegangen war, erhielt sie zahlreiche Zeugenaussagen von weiteren Opfern sexuellen Mißbrauchs. Zusammen mit vielen anderen Prominenten und Betroffenen prangert sie jetzt die mangelnden Konsequenzen bei sexualisierter Gewalt an. "Trotz des Muts der Opfer wächst die Straflosigkeit", hieß es in dem in der Zeitung "Le Monde" veröffentlichten Appell. "Wer hört uns eigentlich?" fragen sich dann auch die Unterzeichnerinnen des Appells, zu denen die Schauspielerinnen Isabelle Adjani, Juliette Binoche und eben auch die Regisseurin Judith Godrèche zählen. Sie fordern eine Gesetzesreform, die die Straftat "Vergewaltigung" besser definiert, den Schutz der Opfer verbessert und spezialisierte Polizeieinheiten vorsieht.
Eine gute Sache, könnte man meinen. Doch spiegelt dies wirklich die ganze brutale Realität wider? Oder ist es nur ein Offenlegen der winzigen Spitze des unvorstellbar großen Eisbergs von Mißbrauch und noch schlimmeren Verbrechen? Kla.tv ließ bereits in mehreren Dokumentationen zahlreiche Überlebende und Zeugen zu Wort kommen, (www.kla.tv/26203, "27 Opfer + 27 Zeugen der Blutsekte" und www.kla.tv/27211, "Die Blutsekte II - 111 Opfer, 50 Zeugen, 50 Täter") die davon berichten, daß ein weltumspannendes pädokriminelles Netzwerk

existiert.
Ein Netzwerk, das Mißbrauch der allergrausamsten Art nicht nur an Frauen und Teenagern, sondern sogar an Kleinkindern und Babys betreibt. Überlebende berichten von sadistischen Folterungen bis zur Ermordung der Opfer im Rahmen von satanischen Ritualen. Warum wird darüber keine vernünftige öffentliche Debatte geführt? Warum berichten die Medien schon seit Jahren nicht seriös über diese unvorstellbar grausamen satanischen Verbrechen, sondern machen im Gegenteil Überlebende und Zeugen lächerlich und stellen sie als völlig unglaubwürdig oder als Verschwörungstheoretiker dar?
Kla.tv deckte auf, daß die Medien mit Hilfeeiner perfiden Strategie weltweit diese Verbrechen vertuschen, (www.kla.tv/26577 "SRF-Skandal nur Spitze des Eisbergs: Weltweite Vertuschung rituellen Mißbrauchs") ja sogar darin verwickelt sind. Auch Angehörige des Justizsystems sind in diese Verbrechen verstrickt und decken die Täter. (www.kla.tv/28454 "SKANDAL: Justiz in pädokriminelle Netzwerke verstrickt")
Soll diese aktuell in Frankreich aufgeflammte - fraglos sehr wichtige Debatte um sexuellen Mißbrauch - die Öffentlichkeit nur in Sicherheit wiegen? Will man die Leute glauben machen: "Da wird etwas getan, wir können beruhigt sein"? Auch in den USA gab es bereits immer wieder Meldungen, daß der pädokriminelle Sumpf ausgetrocknet wird, daß Kinder gerettet werden. Diese trügerische Botschaft vermittelte z. B. auch der Kinofilm "Sound of Freedom". (www.kla.tv/27378 "US-Bestseller-Film des Jahres 2023: "Sound of Freedom" auf dem Prüfstand")
Vergleicht man die derzeitige Moi-Aussi-Debatte in Frankreich und die vorhergehende Me-Too-Debatte in den USA mit der verächtlichen und verschleiernden Art der Medienberichterstattung über satanisch-rituelle Gewalt, drängt sich der Verdacht auf, daß es sich hier um ein Riesen-Ablenkungsmanöver handelt. Ablenkung von Verbrechen allerschlimmster Art, die in einem unvorstellbaren Ausmaß begangen werden (www.kla.tv/28876 "50 Voices of Ritual Abuse - 50 Zeugen weltweiter, satanisch-ritueller Gewalt").
Auf der einen Seite bekommen hier mißbrauchte Frauen durch einen Bericht-Erstattungs-Hype große öffentliche Aufmerksamkeit - auf der anderen Seite wird in den System-Medien über diese geschundenen, mißbrauchten und ermordeten Kindern und Babys fast gar nichts berichtet, so daß sie kaum öffentliche Beachtung und Gehör finden.
Daß es auch anders geht, beweist der aktuell in Frankreich in etlichen Kinos laufende Film "Les Survivantes", (auf Deutsch: "Die Überlebenden") in dem acht Überlebende solch pädokrimineller Netzwerke zu Wort kommen. Deren authentische Berichte beleuchten das Innere dieses unsäglichen Systems, in welchem sie als Kinder unentrinnbar gefangen waren. Auch werden hier die Mechanismen aufgedeckt, die es diesem System ermöglicht haben, fortzubestehen, ohne je belangt zu werden. Chantal Frei, eine im Film zu Wort kommende Überlebende von satanisch-ritueller Gewalt, bittet die französisch-sprachigen Zuschauer, sich diesen erhellenden Film anzusehen und auch dafür zu werben.
Dies können Sie mit dem Flyer aus der Infobox unterhalb der Sendung tun. Der Film soll auch anderen Nationalitäten zugänglich gemacht werden, ab dem 7. Juni 2024 kommt er in Belgien in die Kinos und wird derzeit ins Englische übersetzt. Unter folgendem Link (https://lessurvivantes-lefilm.com/) können Sie, liebe Zuschauer, nachsehen, in welchen Kinos der Film gerade läuft. Den Trailer zum Film finden Sie in den Quellen. Auf diesem Wege kommt nun an die Öffentlichkeit, was die Mainstream-Medien verächtlich machen, vertuschen oder verschweigen!<<

04.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Deutschland exportiert immer weniger Plastikmüll ins Ausland**
Deutschland exportiert immer weniger Plastikmüll ins Ausland. Im Jahr 2023 wurden hierzu-

lande gut 694.000 Tonnen Kunststoffabfälle ausgeführt: Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Dienstag mitteilte, hat sich die Menge der exportierten Kunststoffabfälle damit in den letzten zehn Jahren fast halbiert (-48 Prozent). Ein Grund dafür sind die Einfuhrbeschränkungen einiger asiatischer Länder für Plastikmüll. Im Jahr 2013 waren noch gut 1,3 Millionen Tonnen aus Deutschland exportiert worden.
Im Vergleich zum Jahr 2022 nahm die Menge der Plastikmüll-Exporte im Jahr 2023 um acht Prozent ab. Der meiste Plastikmüll aus Deutschland wurde im vergangenen Jahr in die Niederlande ausgeführt. Mit knapp 131.600 Tonnen ging fast ein Fünftel (19 Prozent) aller exportierten Kunststoffabfälle in den europäischen Nachbarstaat, der mit dem Hafen in Rotterdam einen wichtigen Umschlagplatz für Seefracht besitzt.
Mit Malaysia an zweiter Stelle war 2023 - im Gegensatz zu den beiden vorherigen Jahren - wieder ein asiatischer Staat unter den drei wichtigsten Abnehmerstaaten von Plastikmüll. Gut 90.500 Tonnen Kunststoffabfälle wurden dorthin aus Deutschland exportiert - rund ein Drittel (34 Prozent) mehr als im Jahr zuvor. An dritter Stelle folgte die Türkei mit gut 87.100 Tonnen.
Im EU-Vergleich exportierte Deutschland im Jahr 2023 nach wie vor die größte Menge an Kunststoffabfällen. Zweitgrößter Exporteur von Kunststoffabfällen in der Europäischen Union (EU) waren laut EU-Statistikbehörde Eurostat die Niederlande mit gut 550.500 Tonnen, gefolgt von Belgien mit einer Exportmenge von knapp 436.400 Tonnen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Juni 2024 (x1.381/…): >>**SPD-Migrationskonferenz: Ampel-Parteien wollen trotz Mannheim mehr Muslime nach Deutschland holen**
Auf ihrer sogenannten "Migrationskonferenz" war für die SPD-Bundestagsfraktion der Terroranschlag von Mannheim weitgehend kein Thema. Unfaßbar: Einen Tag nach dem Tod des Polizisten Rouven L. spielte die Gefahr des Islamismus offenbar keine Rolle. Vielmehr warnten Ampel-Politiker, darunter SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, vor einer "Spaltung des Landes" und vor den Kritikern der unverantwortlichen Einwanderungspolitik der Bundesregierung.
FDP für "positives Migrations-Narrativ"
Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp (FDP) plädierte in der derzeit "angespannten Debatte" dafür, ein "positives Migrations-Narrativ" zu verbreiten. Er berichtete, daß er aktuell versuche, mehr junge Menschen aus Usbekistan und Kirgistan zur Einwanderung nach Deutschland zu bewegen. In Usbekistan leben mehr als 90 Prozent Muslime. In Kirgistan sind es 75 Prozent. Islamische Fundamentalisten verüben in beiden Ländern immer wieder Anschläge.
Bundesentwicklungshilfeministerin Svenja Schulze (SPD) sprach sich laut dem Bericht dafür aus, daß Deutschland weiterhin Menschen aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern als Asylsuchende aufnehme. Es gelte, das Ungleichgewicht zwischen den Hauptaufnahmeländern im Globalen Süden und den Ländern im Globalen Norden "zu verringern, anstatt diese noch stärker zu belasten".
Anders als ihre Vorredner nahm die Ministerin dann doch das Wort "Mannheim" in den Mund: Sie berichtete, ein ausgebildeter Sanitär- und Klimatechniker aus Marokko sei mit Hilfe ihres Ministeriums nach Mannheim vermittelt worden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Ladenhüter E-Auto: Schätzungsweise 100.000 Stromer stehen auf Halde**
Zehntausende Elektroautos in Deutschland stehen auf Halde. Voriges Jahr habe es einen Rekordwert bei nicht verkauften Fahrzeugen gegeben, erklärte der Chemnitzer Automobilforscher Werner Olle. Den Überhang bezifferte er auf rund 100.000.
Viele E-Autos haben demnach nicht den Weg zum Kunden gefunden, sondern stehen auf

Parkplätzen in Werksnähe, bei Händlern oder in Häfen. Das betreffe Fahrzeuge deutscher Hersteller ebenso wie Importe. Hintergrund sei das abrupte Ende der E-Auto-Förderung, unter der die Inlandsnachfrage gelitten habe. Die Strompreise, das sei der Vollständigkeit halber angemerkt, dürften ein Übriges tun!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Mannheim ist kein Einzelfall!**

Berlin, 04.06.2024. Zur Messerattacke in Mannheim und zu den veröffentlichten Zahlen zur Messerkriminalität in Deutschland teilt der stellvertretende AfD-Bundesprecher Stephan Brandner mit:

"Die Messerattacke in Mannheim, bei der ein 2014 nach Deutschland eingewanderter Afghane einen Polizisten tötete und den Islamkritiker Michael Stürzenberger sowie weitere Menschen zum Teil schwer verletzte, mag medial für großes Aufsehen gesorgt haben. Doch diese Tat ist nicht das, was die Medien aus ihr machen: Sie ist kein ‚Einzelfall'. Aktuellen Medienberichten nach wurden allein im vergangenen Jahr 13.844 Menschen Opfer sogenannter Messerkriminalität.

Unser Einzelfallticker zeigt ein erschreckendes Gesamtbild: Ob sexuelle Übergriffe, Messerterror oder sonstige Gewalttaten - Bürger in ganz Deutschland leiden immens unter der 2015 von der CDU initiierten und seit 2021 von der Ampel fortgeführten Migrationspolitik - und das insbesondere in den CDU-geführten Ländern. Nur die AfD ist bereit dazu, eine echte Asylwende herbeizuführen!"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Statt für Radwege in Peru: Entwicklungs-Milliarden im eigenen Land investieren!**

Berlin, 04.06.2024. Die Hochwasserlage in Teilen Süddeutschlands hat sich im Verlaufe des Wochenendes weiter zugespitzt. Todesopfer sind zu beklagen, darunter auch einige Helfer. Dazu AfD-Bundessprecherin Dr. Alice Weidel:

"Spätestens die Flutkatastrophe im Ahrtal hätte insbesondere die Bundesregierung, aber auch die Landesregierungen dazu bewegen müssen, die Gesamtsituation hinsichtlich des Katastrophenschutzes neu zu bewerten. Dazu gehört nicht nur die stärkere sachliche und finanzielle Unterstützung solcher Institutionen, die im Falle eines Falles Hilfe leisten, sondern auch die Prüfung aller möglicherweise gefährdeten Bereiche wie Dämme, Deiche, Kanalisationen oder Hochwasser-Auslaufzonen.

Erfolgt ist nichts davon. Während Milliardensummen für Entwicklungshilfe ausgegeben werden, die die Ampelregierung für so prestigeträchtige Projekte wie 'Radwege in Peru' einsetzt, wird die Infrastruktur im eigenen Land zum Sanierungsfall. Natürlich werden sich Hochwasser niemals vermeiden lassen, in vielen Fällen könnten jedoch vorbeugende Maßnahmen das Schlimmste verhindern.

Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen der Verstorbenen und insbesondere bei den vielen Helfern, die derzeit ihr Leben riskieren. Ihnen gebührt unser Dank und unser Respekt."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. Juni 2024 (x1.380/…): >>**AfD-Bundesvorstand weist rechtswidrige Forderungen der Essener Grugahalle zurück - Parteitag wird stattfinden**

Mit Schreiben vom heutigen Tag hat der Bundesvorstand der AfD Forderungen der MESSE ESSEN GmbH nach einer Vertragsanpassung zurückgewiesen.

AfD und MESSE ESSEN GmbH hatten bereits im Januar 2023 einen Vertrag über die Nutzung der Halle für den kommenden Bundesparteitag Ende Juni 2024 abgeschlossen.

Mit Schreiben vom 29. Mai 2024 forderte die MESSE ESSEN GmbH die AfD nun auf, eine neue Regelung zu akzeptieren, wonach sich die AfD verpflichten solle, "die Verwendung und Verbreitung von strafbaren Äußerungen wie der SA-Parole "Alles für Deutschland" und ande-

re strafbare Handlungen im Sinne der §§ 86 und 86a StGB durch Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder Besucherinnen und Besucher des 15. Bundesparteitages der AfD" zu verhindern "und Zuwiderhandlungen unverzüglich und wirksam unterbunden werden, mit der Maßgabe, daß für jeden Fall einer schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die Selbstverpflichtung durch die AfD eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 500.000 EUR zu zahlen" sei.
Für den Fall, daß diese Erklärung nicht bis spätestens zum 4. Juni 2024 abgegeben werde, drohte die MESSE ESSEN GmbH der AfD zudem an, daß der "Mietvertrag vom 20. Januar 2023 unverzüglich aus wichtigem Grund außerordentlich fristlos zu kündigen bzw. von diesem zurückzutreten und sicherzustellen" sei, "daß eine Nutzung der Grugahalle für den 15. Bundesparteitag der AfD nicht stattfindet".
Dem war eine entsprechende Weisung durch die Gesellschafter der MESSE ESSEN GmbH aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses vom 29. Mai 2024 vorausgegangen. Mehrheitsgesellschafterin der MESSE ESSEN GmbH ist die Stadt Essen. Deren Oberbürgermeister, Thomas Kufen (CDU), hatte erst am 28. Mai 2024 einen entsprechenden Antrag in den Rat der Stadt Essen eingebracht, dem der Rat in seiner Sitzung am 29. Mai 2024 mehrheitlich zugestimmt hatte - trotz eines vorsorglich übermittelten anwaltlichen Warnschreibens vom gleichen Tag.
Der Bundesvorstand hatte diesen Beschluß unverzüglich beanstandet. Zwischenzeitlich hatte auch die Essener AfD-Ratsfraktion gegen den Ratsbeschluß rechtliche Schritte eingeleitet, da die vom Oberbürgermeister behauptete "Eile" angesichts von entsprechenden Überlegungen in der Essener Stadtspitze und der GmbH seit mindestens Januar 2024 kaum begründbar ist. Zudem steht die Frage im Raum, ob Oberbürgermeister bzw. Rat haushaltsrechtliche Grundsätze hinreichend berücksichtigt haben.
Das Mitglied des AfD-Bundesvorstandes Roman Reusch sowie der stellvertretende AfD-Bundessprecher Peter Boehringer kommentieren den Sachstand wie folgt:
Roman Reusch: "Das Vorgehen der Stadt Essen ist offensichtlich ebenso rechtswidrig wie orchestriert. Ein rechtsgültiger Vertrag kann - zumindest in einem Rechtsstaat - nicht nachträglich einseitig modifiziert werden. Daß hier nun sogar explizit mit einer Kündigung gedroht wird, wenn wir uns diesem nötigenden Verhalten nicht beugen, haben wir daher bereits am vergangenen Freitag zum Anlaß genommen, bei der Staatsanwaltschaft Essen Strafanzeige u.a. gegen Oberbürgermeister Kufen und den Geschäftsführer der GmbH zu erstatten."
Peter Boehringer: "Als Rechtsstaatspartei ist es selbstverständlich unser ureigenstes Interesse, daß niemand auf unseren Parteitagen Straftaten begeht - das gilt erst recht für rechtsextreme Parolen. Unsere Partei agiert hier nach Recht und Gesetz - und das Gesetz kennt für eine etwaige Strafverfolgung hierfür eigens zuständige Behörden, nämlich Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte. Es bedarf also keiner vertraglichen Regelung mit der Stadt Essen. Sollten sich indes Stadt und Messe weiterhin nicht rechtskonform verhalten wollen, werden wiederum wir unverzüglich gerichtlichen Eilrechtsschutz in Anspruch nehmen."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29279" berichtet am 4. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Internationale Wanderausstellung "Psychiatrie: Tod statt Hilfe" (31. Mai - 10. Juni 2024 in München)**
Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte Deutschland e.V. ist seit fünf Jahrzehnten unentwegt im Einsatz für die Opfer der teils brutalen Praktiken der Psychiatrie. Aktuell zeigt sie die Ausstellung "Psychiatrie: Tod statt Hilfe", welche noch bis zum 10. Juni 2024 in München zu finden ist. Kla.TV strahlt in dieser Sendung zwei Interviews aus, die einen ersten Einblick in die Problematik geben. …
Die Kommission hat unzählige psychiatrische Mißstände dokumentiert, aufgedeckt und erfolgreich beseitigt. Sie verlangt die sofortige Abschaffung von psychiatrischen Zwangspraktiken wie Elektroschocks, Fixierungen von Patienten und die zwangsweise Verabreichung von

Psychopharmaka mit gefährlichen Nebenwirkungen.
2024 ist die Internationale Wanderausstellung "Psychiatrie: Tod statt Hilfe" der amerikanischen Schwesterorganisation Citizens Commission on Human Rights (CCHR) weltweit und auch in Europa zu sehen. Anhand von 14 Stellwänden wird die Chronologie der schädigenden Praktiken der Psychiatrie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart öffentlich gemacht.
Im April 2024 wurde die Ausstellung erfolgreich in Stuttgart gezeigt. Besucher können sich 14 preisgekrönte Dokumentarfilme mit 160 Experten und Betroffenen ansehen. Darin wird über die Vermarktung von psychischen und teils erfundenen Krankheiten der Psychiatrie und das Milliardengeschäft mit gefährlichen Psychopharmaka aufgeklärt.
Aktuell wird die Ausstellung "Psychiatrie: Tod statt Hilfe" noch bis zum 10. Juni 2024 in München gezeigt. Sie zeigt auch auf, wie man sich vor psychiatrischen Übergriffen schützen kann.
Interviews mit Experten und Betroffenen erlauben einen seltenen Einblick in unmenschliche psychiatrische Praktiken. Kla.TV strahlt im Anschluß ein Interview mit dem Autor, Arzt und Psychotherapeuten Dr. Josef Zehentbauer aus sowie ein Interview mit Robert, der als Kind in die Psychiatrie eingewiesen und mit Psychopharmaka ruhiggestellt wurde. Die vollständige Dokumentation "Der Schein trügt - Ein Blick in die Psychiatrie" beinhaltet diese und weitere Interviews und ist auf der KVPM-Website unter www.kvpm.de einsehbar.
Dr. Josef Zehentbauer:
Mein Name ist Josef Zehentbauer. Ich bin Arzt, Psychotherapeut, arbeite auch als Psychotherapeut und Autor mehrerer Bücher, die auch in verschiedenen Sprachen übersetzt worden sind. Also die derzeitige Schulpsychiatrie in Deutschland hat ein, ich würde sagen, grundsätzlich menschenverkennendes bis menschenverachtendes Konzept.
Und das gründet darin, daß jedes Leiden, jedes psychische Leiden, zur Krankheit erklärt wird. Das ist aber falsch. Es gibt sehr viel tiefmenschliches Leiden, das überhaupt nichts mit Krankheit zu tun hat, sondern zum Menschsein an sich gehört und auch keine psychiatrische oder pharmakologische Antwort verlangt, sondern ein empathisches Eingehen, ein menschenfreundliches, liebevolles auf diesen Menschen, in der Krise lebenden, ja, auf ihn zugehen und ihm helfen. Das schon.
Der ärztliche Eid des Hippokrates bedeutet ja, daß als Grundprinzip einem Menschen kein Schaden zugefügt werden soll. Und dieser Grundsatz wird in der Psychiatrie sicherlich sehr, sehr oft gebrochen.
Ja, wenn ein Patient mit einem massiven Lebensproblem, wenn er zu einem Psychiater geht und Hilfe sucht, dann wird er mit großer Wahrscheinlichkeit auf einen Arzt treffen, der wenig Zeit hat und der dann pharmakologisch antwortet. Er gibt ihm ein Rezept, nachdem er sich ein kurzes Bild davon gemacht hat. Den schlechten Ruf, den die Psychiatrie in Deutschland hat, würde ich sagen, ist gerechtfertigt, weil viel zu leichtfertig mit Psychopharmaka umgegangen wird, mit Freiheitsentzug und Verletzung der Menschenwürde.
Antidepressiva haben Nebenwirkungen, eine ganze Reihe, ja. Sicherlich auch Nebenwirkungen, die man erst nach Jahren dann vielleicht registriert oder mutmaßen kann. Neuroleptika sind ursprünglich entwickelt worden zur Behandlung von sogenannten Psychosen, also psychischen Ausnahmezuständen, haben aber sehr, sehr viele Risiken und Nebenwirkungen, zum Teil auch bleibende Nebenwirkungen, wie Bewegungsstörungen, Grimassieren und ähnliches, oder Speichelfluß, auch bei ganz jungen Menschen. Ich würde sagen, die Medikation, der Verschreibungsstil von Neuroleptika sollte erheblich eingeengt werden, diese sollten grundsätzlich nicht bei alten Menschen gegeben werden - alt meine ich jetzt ab 70, 75, 80, und sollten auch grundsätzlich nicht bei Kindern und Jugendlichen gegeben werden.
Ich denke, daß es keine medizinische Disziplin gibt, wenn man die Psychiatrie überhaupt zur Medizin rechnen will, die so sehr beeinflußt ist von der Pharmaindustrie wie die Psychiatrie.

Einmal, die Psychiater haben keine andere Idee, mit diesem Leiden des Menschen umzugehen, und zum Zweiten gibt es in Europa und in Amerika diese übermächtige Pharmaindustrie, die die bunten Pillen, die sie nun mal herstellt, für sehr viel Geld auch gewinnbringend an die Leute bringen will.
Die Pharmaindustrie bietet ja immer mehr an. Und auffällig ist schon, daß die neuen Medikamente, die die Pharmaindustrie auf den Markt wirft, ungewöhnlich teuer sind. Also, da geht es nicht um Millionen, sondern um Milliardengewinne, ja. Und die Psychiatrie wird gewissermaßen zum Diener, ja zum ausführenden Organ.
Natürlich gibt es Menschen, die in schwerer Not sind, die Wahrnehmungsveränderungen haben, die schwerst depressiv sind, die sich umbringen wollen, ja. Aber das bedeutet noch lange nicht, daß man diese Leute dann einsperrt, mit Psychopharmaka vollpumpt, womöglich entmündigt oder irgendwelche rechtlichen Betreuungen errichtet, Zwangsbehandlungen anordnet, Fixierungen, also ans Bett fesselt, sondern man müßte menschenwürdige Hilfe anbieten. Mit menschlichem Leiden muß man sich auseinandersetzen und muß auf den Menschen eingehen. Dazu braucht man aber keine Schubladen und schon gar nicht immer mehr Schubladen. Es ist auch nicht dienlich.
Es ist auch nicht dienlich, 20 oder 30 oder 50 verschiedene Formen von Depressionen zu unterscheiden. Das dient niemandem außer dem Psychiater, um irgendwelche Pillen scheinbar spezifisch einzusetzen. Es bedarf einer anderen Antwort. Und die andere Antwort liegt nicht in dem Bereich der Psychiatrie. Und ich würde sagen, die Psychiatrie ist ersatzlos auch zu streichen.
Robert - Betroffener:
Mein Schicksal begann mit meinem neunten Lebensjahr, auf Deutsch gesagt. Ich wurde dort reingebracht, nachdem ich vorher in Tübingen in der psychiatrischen Klinik untersucht worden war. Ich wurde vom Psychiater als verhaltensgestört und verhaltensauffällig (betrachtet), ein Kind, das immer Aufmerksamkeit braucht. Ich sei angeblich ein schwieriges Kind. Ich würde am besten noch in eine andere Schule für geistig behinderte Kinder hinpassen, weil ich angeblich nicht lernen kann. Ich hatte in Mathematik Schwierigkeiten, auf Deutsch gesagt: Total verblödet, Vollidiot - auf Deutsch gesagt.
Ich wurde als junges Kind ans Bett gefesselt, bekam Beta-Blocker, bekam Spritzen, bekam Psychopharmaka, die mich ruhigstellen sollten, bekam Zyprexa, ich bekam Acanitol, ich bekam auf jeden Fall Psychopharmaka reingehauen in den Kopf und Tabletten, mußte die nehmen. Und wenn ich die nicht genommen habe, wurde ich dazu gezwungen - sie haben den Kopf, den Mund, den Hals dann zurückgezogen und haben gesagt: "Jetzt schluckst du sie!" Es hieß, es würde mir helfen, daß ich selbstständiger werde, daß ich stabiler werde, daß ich selbstbewußter werde.
Statt dessen ist eher das Gegenteil passiert. Statt selbstbewußter bin ich ängstlicher geworden, statt ruhiger bin ich eher aggressiver geworden, statt nachdenklicher, statt ein bißchen fröhlicher zu werden, bin ich eher andauernd weinerlich gewesen. Ich habe plötzlich Stimmen durch die Psychopharmaka gehört, habe plötzlich Ungeziefer durch die Psychopharmaka gehabt. Das weiß ich noch. Plötzlich habe ich Schlangen gesehen, habe mich nicht mehr getraut, das Telefon anzufassen. In meinem Zimmer habe ich plötzlich Menschen gesehen, die gar nicht vorhanden waren, oder Stimmen gehört, (die) gesagt haben, mach das, mach das, mach das... Die mich fast verrückt gemacht haben. Ich war nicht mehr ich selber.
Ich war nicht mehr das unbeschwerte Kind, das ich war, bevor ich in die (Psychiatrie) kam - ich war eine gemachte Maschine. Ich lief wie ein Roboter, sprach wie eine Computermaschine und meine ganzen Bewegungsabläufe waren nicht mehr ich selber, war irgendwie wie in der Hypnose, in der Trance, richtig voll im Delirium, als würde ich so laufen. Man kann sich nicht vorstellen. Ich habe dadurch angefangen zu stottern, ich habe angefangen schlechter zu spre-

chen, habe noch langsamer gelernt, habe damals Krampfanfälle dann gekriegt.
Ich kann mich an manche Situationen erinnern, wo noch Schaum aus dem Mund kam. Dann halt nachts, wenn ich schlafen wollte, habe ich Albträume gekriegt, wurde nachts aus dem Bett rausgerissen. Es hieß: "Auf die nächste Dosierung." Und das habe ich nicht meiner Mutter mehr anvertrauen können, meinen Eltern nicht mehr anvertrauen können, meinen Geschwistern nicht anvertrauen können… Und immer, wenn ich was sagen wollte, bekam ich gleich eine Spritze, daß ich still war. Das ist Psychiatrie: Die Hölle erfahren ..!
Also ich kann nur sagen, es ist schlecht, noch Schlimmeres kann es nicht geben. Psychiatrie tötet! Und wir müssen aufstehen, bevor es zu spät ist!
Anmerkungen der Redaktion<<

05.06.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Nach Mannheim-Attentat: Baerbock will weitere 10.000 Afghanen aufnehmen!**
Auch nach dem entsetzlichen Messer-Attentat durch einen afghanischen Islamisten bleibt die Ampel-Regierung bei ihrer Migrations-Ignoranz. Die grüne Außenministerin Baerbock hat nun angekündigt, 10.000 weitere Personen aus Afghanistan aufzunehmen. Auch bei Abschiebungen von Straftätern und illegalen Migranten nach Afghanistan bleibt Baerbock bei ihrer brandgefährlichen Blockade-Haltung. Damit wird der Grundstein dafür gelegt, daß das nächste vergleichbare Messer-Attentat nur noch eine Frage der Zeit ist!
Dabei wurde das Aufnahmeprogramm für Afghanen in der Vergangenheit auf Eis gelegt, nachdem bekannt wurde, daß davon auch radikale Scharia-Richter profitieren. Die deutsche Botschaft in Pakistan warnte vor Kriminellen, Islamisten und Identitäts-Betrügern unter den Migranten. Die Beamten in Islamabad weigerten sich sogar, einem angeblich aus Afghanistan geflüchteten Mann ein Visum zur Einreise nach Deutschland zu erteilen, weil es erhebliche Zweifel an seiner Identität gebe und er die Botschaft vorsätzlich getäuscht habe. Das Baerbock-Ministerium erteilte dennoch die Anweisung, ein Visum zu erteilen.
All das zeigt, daß die Ampel-Regierung offenkundig keinerlei Interesse daran hat, illegale Migration auch nur zu reduzieren - geschweige denn zu beenden. Die Sicherheit der deutschen Bevölkerung ist ihr völlig egal. Was soll man auch von einer Außenministerin erwarten, die laut eigener Aussage an ihrer Außenpolitik festhalten will, "egal, was meine deutschen Wähler denken"?
Nur die AfD stoppt die Politik gegen das eigene Land. Und nur die AfD wird Afghanistan zum sicheren Herkunftsland erklären und kriminelle Afghanen konsequent in ihre Heimat zurückführen. Deshalb bei der Europawahl am 9. Juni unbedingt die AfD wählen!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Attentat von Mannheim: AfD fordert umfassende Aufklärung zum Tatverdächtigen**
Die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bevölkerung umfassend über behördliche Erkenntnisse zum mutmaßlichen Attentäter von Mannheim zu informieren. Dazu hat sie einen Dringlichen Berichtsantrag bei der Landesregierung eingereicht. Die innenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Sandra Weegels, erklärt dazu:
"Wir sind immer noch tief erschüttert über das unfaßbare Verbrechen in Mannheim. Ein 29 Jahre alter Polizeibeamter ist tot, mehrere Islamkritiker teils schwer verletzt. Der Tatverdächtige, ein Afghane, dessen Asylantrag schon vor fast zehn Jahren abgelehnt wurde, hat seinen Wohnsitz in Hessen. Die Hessische Landesregierung ist es der in ihrem Sicherheitsempfinden zutiefst verunsicherten Bevölkerung schuldig, nun Transparenz über den Werdegang dieses Mannes ebenso wie über mögliche Verbindungen in islamistische Kreise herzustellen."
Sandra Weegels weiter: "Wir wollen insbesondere Aufklärung über seine Einreise in die Bun-

desrepublik Deutschland und sein Asylverfahren aber auch über eine mögliche Radikalisierung des Tatverdächtigen, ebenso über eventuelle polizeiliche oder behördliche Erkenntnisse. Hier interessiert uns besonders, wie die Landesregierung zukünftig mit dem virulenten Problem des politischen Islams umzugehen gedenkt und wie sie zur Forderung steht, künftig auch in Länder wie Afghanistan oder Syrien abzuschieben."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Rechte von Frauen schützen und Selbstbestimmungsgesetz verabschieden!**

Die Besitzerin eines Frauen-Fitneßstudios hat einen Mann, der sich als Frau fühlt, die Mitgliedschaft verwehrt. Der abgewiesene Mann schaltet die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ein. Deren Leiterin Frau Ataman, schlägt der Besitzerin des Fitneßstudios die Zahlung von 1.000 Euro Entschädigung, für die erlittene Persönlichkeitsverletzung vor. Der familienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Martin Reichardt, kommentiert dies wie folgt:

"Noch bevor das Selbstbestimmungsgesetz in Kraft tritt, gibt es den ersten Fall, in dem sogenannte 'Transrechte' über den Schutz von Frauen und deren Rechte gestellt wird. Die AfD-Fraktion im Bundestag hat vor solchen Zuständen immer gewarnt. Bundesfamilienministerin Paus hat es als nicht existente Verschwörungstheorie abgetan und jeden, der auf diese Gefahr hingewiesen hat als 'Transphob' und 'Menschenfeindlich' diffamiert. Am Selbstbestimmungsgesetz zeigt sich schonungslos der ganze Irrsinn des Gender und Queer-Wahns. Und damit der Politik der Familienministerin.

Außerdem sollte überprüft werden, ob Frau Ataman, mit ihrem, an die Besitzerin des Fitneßstudios gerichteten Vorschlag, ihre Kompetenzen überschritten hat. Auch das liegt in der Verantwortung von Frau Paus. Eine Familienministerin, die die Rechte einer kleinen Minderheit über die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen stellt, gehört nicht in dieses Amt. Für die Rechte und den Schutz von Frauen steht nur noch die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag!"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Expertin warnt: Zehntausende Islamisten leben in Deutschland!**

Das furchtbare Messer-Attentat in Mannheim und der Tod des Polizisten Rouven L. erschütterten Deutschland. Jetzt schlägt die emeritierte Hochschulprofessorin und Islamismus-Expertin Susanne Schröter Alarm: Eine fünfstellige Zahl gewaltbereiter Islamisten lebt unter uns! Zwar kenne man die genaue Zahl nicht, so Schröter, "das hat unsere Politiker auch gar nicht interessiert." Die Expertin gibt jedoch eine Schätzung ab: "Es sind Zehntausende, die islamistisches Gedankengut in unser Land mitgebracht haben. Diese Leute laufen jetzt auf unseren Straßen herum."

Auch der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft nennt eine Größenordnung von rund 25.000 Personen, "die dem Phänomenbereich Islamismus / islamistischer Terrorismus zugerechnet werden müssen." Doch anstatt diese tickenden Zeitbomben abzuschieben, holt die Bundesregierung weiteren Zündstoff ins Land. Die Massenmigration hält weiterhin an, unsere Grenzen werden nicht geschützt, Straftäter nicht abgeschoben. Mit dieser Politik muß endlich Schluß sein!

Denn wir wollen nicht, daß Zustände wie in Mannheim weiterhin zum Alltag in unserem Land gehören. Wir wollen nicht, daß Polizisten im Dienst permanent um ihre Gesundheit oder gar ihr Leben fürchten müssen. Wir wollen einen wehrhaften Rechtsstaat, der islamistische Gefährder bei Vorliegen einer ausländischen Staatsbürgerschaft konsequent abschiebt - nach Afghanistan, nach Syrien und in andere Herkunftsstaaten. Deshalb brauchen wir bei der Europawahl am 9. Juni ein starkes Ergebnis, um den politischen Druck auf die etablierten Parteien

erhöhen zu können!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Freie Sachsen: Mordanschlag auf Max Schreiber**

Von *Sven Reuth*

In den letzten Tagen vor der Europawahl eskaliert die Gewalt gegen Rechts. Nun wurde auch noch ein Attentat auf den bekannten Aktivisten Max Schreiber von den Freien Sachsen verübt. …

Schon seit Jahren findet jede Woche die Dresdner Montagsdemonstration statt - abwechselnd organisiert von Freien Linken, Freien Sachsen und der Partei Die Basis. Die vorgestrige Veranstaltung stand ganz im Zeichen der dramatischen und tragischen Ereignisse von Mannheim. Auf dem Neumarkt wurden Kerzen vor dem Luther-Denkmal angezündet und eine Gedenkminute für den ermordeten Polizisten Rouven L. abgehalten.

Radmuttern gelöst

Es folgte eine Podiumsdebatte über islamistischen Terror und die Frage, inwieweit Remigrationskonzepte beitragen können, diesen zu beenden. Einer der Teilnehmer der Debatte war Max Schreiber, einer der bekanntesten Politiker der Freien Sachsen, der bei der anstehenden Kommunalwahl zur Stadtratswahl in Heidenau wie auch zur Kreistagswahl im Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge antritt.

Was Schreiber nicht ahnte: Während er debattierte, wurden an seinem Fahrzeug mehrere Radmuttern gelöst. Nur dem Zufall und einer gehörigen Portion Glück ist es zu verdanken, daß Schreiber auf dem Rückweg von der Veranstaltung nicht verunfallte, sondern die Sabotage noch rechtzeitig bemerkte.

Am Tatort wurde ein Aufkleber der Linksjugend "Solid" hinterlassen, in dem dazu aufgefordert wird, "für dein Land zu sterben". Mittlerweile ermittelt die Polizei inklusive Spurensicherung und Staatsschutz.

Linksextreme Randale vor dem Elternhaus

Nach dem Anschlag auf das Auto von Max Schreiber gab es dann noch einen verräterischen Beitrag bei X (vormals Twitter). Ein Linksextremist, der dort den Nicknamen "Dresdner Gesindel" nutzt, postete ein Bild mit dem abfotografierten Auto von Max Schreiber mit dem Antifa-Aufkleber - das Foto stammte also vom Montagabend. In dem Text zu dem Foto freute sich "Dresdner Gesindel" über einen "miesen Tagesabschluß" für Schreiber.

Normalerweise müßte ein solcher Post von den Ordnungsbehörden als klares Indiz für eine mögliche Tatbeteiligung gewertet werden. Bislang ist allerdings noch nichts darüber bekannt, daß die Polizei die IP-Adresse dieses X-Nutzers festgestellt hätte und bei ihm eingerückt wäre.

Dabei steht Schreiber schon länger im Visier von gewaltbereiten Linksextremisten. Erst im Februar dieses Jahres randalierte ein linksextremer Mob vor dem Wohnhaus von Max Schreiber, skandierte Gewaltaufrufe und zündete dort Pyrotechnik. Die Antifa Dresden veröffentlichte ein Bekennervideo.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Fußball: Die nächste Rassismus-Debatte**

Von *Sven Eggers*

Jeder fünfte Bundesdeutsche möchte mehr Fußballer ohne Migrationshintergrund in der Nationalelf sehen. Die Aufregung um ein solches Umfrageergebnis ist groß. Eine sachliche Stimme aber gibt es. Kurz vor der EM legt ein Historiker seine Abrechnung mit dem modernen Fußball vor: "Fußball war unser Leben. Wie Politik und Kommerz die schönste Nebendache der Welt fast zerstörten".

Es ist eigentlich kein Geheimnis, daß viele Fußballfreunde sich zurücksehnen in eine Zeit, in der man mit den Kickern mitfiebern konnte. Die Identifikation mit Beckenbauer, Müller oder

Netzer war groß. Es wurde zusammen gewonnen und auch gemeinsam verloren. Doch heute? Den Millionären mit Migrationshintergrund nimmt man einfach nicht ab, daß sie bereit sind, für Deutschland, für uns, zu rennen und mit Stolz zu kämpfen.
Das soll gar keine Wertung darstellen, sondern es ist eine Beschreibung des Ist-Zustandes. Eine euphorische Vorfreude auf die anstehende EM im eigenen Land wird zwar von Medien derzeit nach Kräften geschürt, verfängt aber nicht wirklich. Den Leuten ist das Schicksal der DFB-Elf zunehmend egal.

Vorwurf an die Deutschen

Der WDR bemüht sich gegenwärtig bedeutungsschwanger um Werbung in eigener Sache, nämlich für eine neue Fußball-Doku mit dem Titel "Einigkeit und Recht und Vielfalt.
Die Nationalmannschaft zwischen Rassismus und Identifikation", die heute zur Ausstrahlung kommt.
Was hier mit unseren unter Zwang eingetriebenen Geldern veranstaltet wird, ist eine einseitige Anklage an die Deutschen, ihre Mannschaft nicht zu mögen, weil dort mehrere Spieler mit Migrationshintergrund im Einsatz sind. Aus dem Ankündigungstext: "Im Jahr 2024 ist eine multikulturelle Nationalmannschaft selbstverständlich. Zur Zeit des 'Sommermärchens' 2006, des letzten großen Fußballturniers in Deutschland, sah das noch ganz anders aus. Was ist in diesen knapp 20 Jahren in diesem Land passiert?"
Um die Debatte und vor allen Dingen die Einschaltquote für die genannte Sendung anzufachen beziehungsweise in Schwung zu bringen haben die WDR-Verantwortlichen bei Infratest eine Meinungsumfrage in Auftrag gegeben, in der die Befragten zu folgender Aussage Stellung nehmen sollten:
"Ich fände es besser, wenn wieder mehr weiße Spieler in der deutschen Nationalmannschaft spielen."
Nationalspieler Joshua Kimmich hält es dabei mit dem alten Loriot-Spruch "Da regt mich ja die Frage schon auf". Jedenfalls polterte er auf einer DFB-Pressekonferenz: "Wenn man sich überlegt, daß wir vor einer Heim-EM stehen, ist es schon absurd, eine solche Frage zu stellen, wenn es darum geht, das Land zu vereinen." Die Umfrage sein "absolut rassistisch".

"Scheiß-Umfrage"

Rückendeckung gab es von Bundestrainer Julian Nagelsmann. Für ihn sei es "Wahnsinn", daß ein öffentlich-rechtlicher Sender eine solche "Scheiß-Umfrage" veranlasse. Es wolle so etwas nie wieder lesen. Was Kimmich und Nagelsmann ignorierten, ist das Ergebnis der Erhebung. Demnach wünschen sich 21 Prozent, daß in der Nationalmannschaft wieder mehr weiße Spieler mit dabei wären.
Zur Gegenprobe: 66 Prozent unterschreiben folgende Aussage: "Ich finde es gut, daß in der deutschen Mannschaft mittlerweile viele Fußballer spielen, die einen Migrationshintergrund haben." Daß sich DFB und Fernsehmacher über diese Zahl nicht besonders ausgelassen freuen, liegt auf der Hand, denn angesichts des jahrzehntelangen Propaganda-Dauerfeuers für Multikulti sind 66 Prozent zwar vorzeigbar, aber nicht übermäßig viele.
Zur nächsten Aussage. "Ich finde es schade, daß der derzeitige Kapitän der deutschen Nationalmannschaft türkische Wurzeln hat." Das sehen 17 Prozent so. Spielführer Ilkay Gündogan empfindet das als "schade", sei aber "wenig überrascht".

Geknebelter Fußball

Die ARD-Doku "Einigkeit und Recht und Vielfalt" kommt heute um 21:30 Uhr im Ersten daher. Sie dreht sich um Nationalspieler mit migrantischen Wurzeln. Im Mittelpunkt stehen Jonathan Tah, Gerald Asamoah und Shkodran Mustafi. Diese Spieler berichten "über ihre Erfahrungen mit Rassismus in deutschen Fußballstadien."
Daß die Macher des Films nun selbst mit Rassismusvorwürfen konfrontiert sind, läßt sie augenscheinlich kalt. Lorenz Narku Laing, Professor für Sozialwissenschaften und Rassismus-

forschung an der Evangelischen Hochschule Bochum und zertifizierter Diversitytrainer, sagt erhaben in Richtung Kimmich: "Diesen Wunsch, Rassismus unsichtbar zu machen, kann ich nachvollziehen. Das Thema ist schwer, es ist unangenehm, und es ist auch konfliktreich. Aber wenn wir Rassismus wirklich überwinden wollen, müssen wir ihn bearbeiten."
In dem Buch "Fußball war unser Leben" plädiert Autor Günter Scholdt, Fußball endlich wieder Fußball sein zu lassen und von woken Knebeln zu befreien. Der Autor selbst ist dabei durchaus in der Lage, eigene Erfahrungen einzubringen. Seit jungen Jahren ist er Fußballanhänger, war über Jahrzehnte im Amateurfußball aktiv und stets treuer Anhänger des 1. FC Nürnberg. Auch die Nationalelf hatte es ihm angetan. Er beschreibt sehr anschaulich, wie die Verantwortlichen bei DFB und DFL seine Sympathien regelrecht vertrieben.
Die anstehende Fußball-Europameisterschaft droht zu einem besonders bunten und woken Event zu werden. Da kommt dieses Buch in der Tat zur rechten Zeit. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**RKI-Leaking: Impfung war ein Menschenversuch**
Von *Karel Meissner*
Die ungeschwärzten RKI-Akten beweisen es: Das RKI führte politische Anweisungen durch. Außerdem wußte man wenig über die mRNA-Impfung und wollte sie austesten… Das Allerschlimmste: Es droht eine Wiederholung mittels WHO-Pandemievertrag, Dies belegt die Medizinrechtlerin und bekannte Corona-Kritikerin Beate Bahner in ihrem neuen Buch "WHO-Pandemievertrag. Der finale Angriff auf ihre Freiheit". Brandaktuell! …
Erst einige Monate her: Da beleidigten Politiker und Mainstream-Zeilenschinder ganze Teile der Bevölkerung, nannten sie Schwurbler, Verschwörer, und wähnten sich auf Seiten DER Wissenschaft. Nur Ex- Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ahnte womöglich früh, daß dieses Propaganda-Spektakel einmal auffliegen könnte. Schon im Frühherbst 2020 prophezeite er: Wir werden uns viel zu verzeihen haben.
Keine Sorge. Herr Spahn. Niemand wird Sie verklagen. Keine Schadensersatzforderung wird Sie zum Verkauf Ihrer Villa zwingen. Selbst das ungeschwärzte Leaking der RKI-Akten dürfte weder Ihnen, noch Herrn Lauterbach oder Professor Drosten irgendwelche Probleme bereiten.
Schließlich gibt es keinerlei Aufschrei, obwohl jetzt bewiesen ist: Der Maßnahmenterror, den Sie und Ihr Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) gegen die Bürger aufgefahren haben, war NICHT wissenschaftlich evidenzbasiert. Es war politischer Wille zur Macht. Und das Robert Koch-Institut (RKI) folgte den politischen Führern. So verrät ein RKI-Eintrag vom 07. Mai 2020:
"Aufgabe aus dem BMG: Wert 35/100.000 Einwohner (5 Fälle pro Tag, pro 7 Tage) ist vom BKAmt gewünscht, Schwelle soll in Karten abgebildet sein. Warnwert bevor die Schwelle 50/100.000 Einwohner mit den automatischen Maßnahmen erreicht wird."
Richtig gelesen: Dieser Wert ist "gewünscht". Am 29. Juli 2020 gibt es weitere "Vorgaben" zu Risikobewertung:
"Immer noch hohes Risiko, Vorgabe vom BMG: bis 1. Juli wird daran nichts geändert." Dann: "Der Satz: 'Die Anzahl der neu übermittelten Fälle ist aktuell rückläufig' soll angepaßt werden." - Also auch wenn die Fälle abnahmen: Die Risikobewertung hatte hoch zu bleiben, um weitere Diktatur-Maßnahmen zu legitimieren.
Nein, im RKI gab es keine unabhängigen Forscher, sondern kleine, willige Vollstrecker. Impfkönig Bill Gates belohnte so viel Unterwerfungslust mit einer saftigen Millionenspende. Zumal man auch vor Menschenversuchen nicht zurückschreckte. Am 8. Januar 2021 hieß es:
"Impfstoffwirkung ist noch nicht bekannt; Dauer des Schutzes ist ebenfalls unbekannt; Evidenz ist aktuell nicht genügend bezüglich Reinfektion und Ausscheidung (für Genesene und Geimpfte); es sind keine Ausbrüche bekannt, die von Reinfizierten ausgehen, diese scheinen

nicht den gleichen Beitrag zur Gesamtausbreitung zu haben wie Erstinfizierte."
Und weil man fast nichts weiß, muß man halt kräftig impfen, um das Ergebnis anschließend auswerten zu können: "Wir müssen noch Erfahrungen mit Geimpften sammeln."
Dieser Satz erklärte Millionen Menschen zu Labor-Ratten. In den folgenden Monaten wird die mRNA-Brühe von Politikern, Hofwirrologen und Propaganda-Medien als "nebenwirkungsfrei" verkauft - damit ein paar Mengele-Schüler weitere "Erfahrungen sammeln" konnten.
Und alle haben mitgespielt. All die mainstreamigen Fachleute, Nachrichtensprecher, Journalisten, Kolumnisten, Twitter-User, Faktenchecker, Agenturen, Schauspieler, Kulturschaffende - sie alle haben in ihrer Bewerbung und Hetze gegen Skeptiker dieses Menschenexperiment mit unterstützt.
Und das Allerschlimmste: Die Gefahr ist keinesfalls gebannt. Im Gegenteil. Es droht eine Wiederholung mittels WHO-Pandemievertrag. Das belegt die Medizinrechtlerin und bekannte Corona-Kritikerin Beate Bahner in ihrem neuen Buch "WHO-Pandemievertrag. Der finale Angriff auf ihre Freiheit". ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Brisant: Als Russen und Deutsche gemeinsam spionierten**
Von *Gero Bernhardt*
Was meist verschwiegen wird: Selbst in Zeiten größter ideologischer Verfeindung, in den 1930er Jahren, erkannten russische und deutsche Machthaber die Vorteile einer Zusammenarbeit. …
Der Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939, der zu einem zeitweiligen Bündnis zwischen der Sowjetunion und Deutschland führte, stürzte die Geheimdienste beider Staaten in Konfusion. Was eben noch ihre Tätigkeit gewesen war, die Ausspähung der jeweils anderen Seite, war auf einmal nicht mehr opportun. Die "Kämpfer an der unsichtbaren Front" verloren den Überblick.
Als die Partei- und Staatsführung der Sowjetunion im September 1939 von ihrem militärischen Aufklärungsdienst Angaben über den Verlauf der Kampfhandlungen zwischen deutschen und polnischen Truppen verlangte, mußte die Hauptverwaltung für Aufklärung (Gru) eingestehen, daß es ihr unmöglich gewesen war, sich so schnell auf die veränderte weltpolitische Konstellation einzustellen.
Doch da man sich ja mit der deutschen Seite im besten Einvernehmen befand, riet der Mann an der Spitze dieses sowjetischen Militärgeheimdienstes, Iwan Jossifowitsch Proskurow, seinen Aufklärungsoffizieren, doch einfach mit den deutschen Frontstäben in Polen Funkkontakt aufzunehmen und nachzufragen, wo ihre Einheiten gerade stünden.
Wer annahm, die deutschen Militärs würden die Russen abblitzen lassen, hatte die Situation noch nicht durchschaut.
Funker der einzelnen Wehrmachtseinheiten übermittelten ihren Kollegen in der roten Armee ihre der zeitigen Positionen, teilten ihnen darüber hinaus mit, in welche Richtung sich ihre Truppen gerade bewegten.
Als dann gut zwei Wochen nach dem deutschen Einmarsch in Polen sowjetische Truppen von der anderen Seite ebenfalls in das Land einrückten, erhielt die Abwehr-Abteilung im Oberkommando der Wehrmacht die Anweisung, die sowjetischen Truppen bei ihren Operationen in Polen zielgerichtet zu unterstützen.
Von dem damaligen deutschen Verbindungsoffizier zu den Sowjets, Major Karl Welker, erfuhr der Autor dieses Beitrags Einzelheiten, welches Ausmaß die militärische und politische Kooperation beider Seiten annahm. Hierzu Welker:
"Daß es zur Abhaltung einer gemeinsamen deutsch-sowjetischen Siegesparade in Brest-Litowsk kam, ist weithin bekannt, nicht jedoch eine Reihe von anderen Tatsachen, die als noch viel brisanter anzusehen waren. So fanden beispielsweise in Siedlce, einem östlich von

Warschau gelegenen Ort, gemein same Stabsbesprechungen von Wehr macht und Roter Armee statt."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29294" berichtet am 5. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Prof. Dr. Stefan Homburg: RKI löscht Risikobewertungen**

Die freigeklagten RKI-Files brachten ans Licht, daß die Einstufung der Risikobewertung von Corona auf politische Anweisung erfolgte. …

Für Millionen von Menschen waren die Jahre des Corona-Ausnahmezustands mit massiven Freiheitseinschränkungen durch Lockdowns, Ausgangssperren und Schulschließungen verbunden. Diese Maßnahmen wurden auf Grundlage der Einschätzungen des RKI-Expertenrats begründet. Doch nach Veröffentlichung der vom Magazin Multipolar freigeklagten RKI-Protokolle ist unbestreitbar, daß die Risikobewertung von "mäßig" auf "hoch" nicht auf wissenschaftlichen Daten basierte.

Nachdem nun ans Licht kam, daß die Einstufung auf politische Anweisung erfolgte, hat das RKI die Risikobewertungen von ihrer Website gelöscht. Wurde hier Beweismaterial für eine echte Aufarbeitung der katastrophalen Folgen der Corona-Politik gelöscht?

Im folgenden Video sehen Sie eine Analyse von Prof. Dr. Stefan Homburg, ehemaliger Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen der Universität Hannover. Er hat sich seit Beginn der Corona-Krise wiederholt mit fundierten Beiträgen zu den Maßnahmen der Politik geäußert.

Prof. Dr. Stefan Homburg:

"Guten Tag, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zu einer weiteren Folge von Homburgs Hintergrund und freue mich, daß Sie wieder dabei sind.

Ich habe etwas entdeckt, und zwar hat das RKI die Risikobewertungen zu Corona im Netz gelöscht. Ist das wichtig? Und ob! Jahrelang hing unser Leben von diesen Bewertungen ab. Wenn das RKI sagte, das Risiko sei mäßig oder moderat, dann konnten wir leben wie die Menschen in früherer Zeit, jahrhundertelang. Wenn das RKI aber sagte, das Risiko sei hoch, dann kamen Kita- und Schulschließungen, Lockdowns, Ausgangssperren und alte Menschen wurden in Pflegeheimen isoliert, durften nicht besucht werden, bis sie starben. Reguläre Beerdigungen mit vielen Gästen waren auch verboten.

Wie habe ich das entdeckt? Nun, Ausgangspunkt war ein RKI-Protokoll, das ich Ihnen in der letzten Sendung gezeigt hatte. In diesem Protokoll heißt es, daß das Bundesgesundheitsministerium BMG im Hochsommer 2020 eine Vorgabe machte, das Risiko hochzuhalten. Das heißt, die Risikobewertungen des RKI beruhten nicht auf irgendwelchen wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern waren politische Vorgaben. Nun haben Kritiker eingewandt, dieses Protokoll sei vom 29. Juni 2020 und man solle das Risiko bis zum 1. Juli 2020 hochhalten, also nur zwei Tage.

Daraufhin habe ich mich gefragt, bis wann ist das Risiko eigentlich hochgehalten worden? Dazu habe ich in einen der damaligen Lageberichte geschaut, den ich hier einblende. Und dort sehen Sie einen Link zu einem speziellen RKI-Dokument, Risikobewertung. Darauf habe ich geklickt und dann bekam ich diese Nachricht - nämlich, daß die Datei nicht mehr vorhanden ist. Ich habe danach auf dem gesamten RKI-Server gesucht. Es konnte ja sein, daß es an eine andere Stelle gewandert ist. Aber es ist gelöscht.

An dieser Stelle wäre die Geschichte jetzt zu Ende, wenn es nicht fleißige Bienen gäbe, die alles, was irgendwie fischig ist, im Internetarchiv speichern, sodaß man auch jahrelang später es noch findet. Und so kann ich es Ihnen jetzt zeigen. Ein Dokument, und zwar vom April 2020, mit einer Risikobewertung des RKI. Wir schauen uns mal genau an, wie diese Bewertung aussieht und ob sie hergibt, daß drastische Maßnahmen beschlossen werden.

Schauen wir den Text Stück für Stück durch. Zunächst steht dort, daß die WHO eine weltweite Pandemie erklärt hat. Nun, das stimmt, aber das hat die WHO oft getan. Denken Sie an die Schweinegrippe 2009 oder erst vor zwei Jahren, als die Affenpocken zu einer weltweiten

Pandemie der höchsten Warnstufe erklärt wurden. Das kam kaum in die Medien, ist von Deutschland ignoriert worden.
Es gab keinen Affenpocken-Lockdown, sondern die Leute wollten nichts mehr von solchen Pandemien hören. Und Medien und Politik dachten, das sei kein Gewinnerthema. Zweites Argument hier. Es handelt sich um eine sehr dynamische Situation. Ja, dynamisch sind eigentlich Erkältungswellen immer und ernstzunehmend. Da wird gewissermaßen die frühere Bundeskanzlerin zitiert mit ihrem berühmten Satz: "Ich nehme es ernst, nehmen Sie es auch ernst."
Das ist natürlich reine Floskel und keine wissenschaftliche Begründung. Schließlich heißt es, bei einem Teil der Fälle seien die Krankheitsverläufe schwer. Auch tödliche Krankheitsverläufe kommen vor. Das stimmt wiederum, gilt aber für jede Atemwegserkrankung und ist kein Argument, einen Lockdown auszurufen. Das Entscheidende ist jetzt ganz unten. Es hängt im Grunde an einem einzigen Wort: "Die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland wird derzeit insgesamt als hoch eingestuft."
Nun habe ich alle diese Risikobewertungen des RKI heruntergeladen. Und statt, daß ich sie jetzt einzeln verlese, zeige ich Ihnen eine neuartige Grafik, die ich daraus gemacht habe, die den gesamten Zeitverlauf der letzten Jahre darstellt. Schauen Sie mal. Ganz links sehen Sie zunächst Januar und Februar 2020. Damals wurde das Risiko von Politik und Robert-Koch-Institut als niedrig bis moderat angesehen. Und es hieß, Corona sei eine Sache, die Rechtsradikale ersonnen hätten, um die Bevölkerung zu ängstigen.
Dann wird das Risiko hochgestuft und zwar am 17. März 2020 aufgrund eines Dokuments, was ich Ihnen in der letzten Sendung vorgelesen hatte. Dann im Juni 2020, das war das Dokument, das ich eben gezeigt hatte, wird das Risiko auf Befehl des BMG hochgehalten. Es folgen dann sechs Monate mit noch höherem Risiko. In diesen sechs Monaten bestand ein erneuter kompletter Lockdown. Dann wird das Risiko auf hoch gemindert, wiederum auf sehr hochgestellt und nachdem die Impfpflicht im April 2022 im Bundestag gescheitert, wird - genau dann - wird das Risiko von sehr hoch auf hoch herabgestuft.
Ganz rechts finden wir jetzt die Lösung, nämlich erst im Februar 2023 wurde das Risiko auf moderat herabgestuft, also nach knapp drei Jahren. Das Muster der Grafik, die Sie hier klein noch neben mir sehen, ergibt selbst in der PCR-Testlogik des RKI überhaupt keinen Sinn, was auf politischen Einfluß schließen läßt. Ich zeige Ihnen zum Vergleich hier einmal die sogenannten Inzidenzen oder Fallzahlen. Da sehen sie ganz links einen winzigen Hügel Anfang 2020. Das war die Rechtfertigung für den ersten Lockdown.
Dann Ende 2021, als die gesamte Bevölkerung geimpft ist, schießen die Fallzahlen durch die Decke und bleiben durchgehend höher als 2020. Und dort im Februar 2023, sehen Sie, sind immer noch beachtliche PCR-Fallzahlen zu entdecken, aber das Risiko wird plötzlich auf moderat herabgestuft.
Es lautet natürlich die interessante Frage: Hat im Februar 2023 das BMG eine weitere Anweisung an das RKI gegeben, das Risiko nun endlich herabzustufen? Leider sind von Multipolar nur die RKI-Protokolle 2020 bis April 2021 herausgeklagt worden und diese waren stark geschwärzt, wie Sie wissen. Die späteren Protokolle sind ungeschwärzt, werden aber nicht herausgegeben.
Herr Minister Lauterbach hat zwar zugesagt, demnächst − vermutlich nach den Wahlen, denke ich − die ungeschwärzten Protokolle herauszugeben, aber er weigert sich, die Folgeprotokolle, die für uns eigentlich noch viel interessanter sind, weil sie mit der Impfpflicht zusammenhängen, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Somit müssen wir uns ein wenig gedulden, bis auch die späteren Protokolle freigeklagt sind, woran wenig Zweifel bestehen kann, und bis dahin verbleibe ich mit herzlichen Grüßen, Ihr Stefan Homburg.
Liebe Kla.TV-Zuschauer, machen Sie Ihr Umfeld auf diesen Vertuschungsskandal aufmerk-

sam! Allein durch eine gründliche Aufarbeitung des Corona-Ausnahmezustands kann verhindert werden, daß sich derartige Verbrechen gegen die Menschheit wiederholen.<<

06.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Bundestag beschließt schnellere Genehmigungsverfahren für Windräder**

Der Bundestag hat den Weg für schnellere Genehmigungsverfahren für Windräder auf den Weg gebracht. Für eine entsprechende Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes votierten am Donnerstag in namentlicher Abstimmung 377 Abgeordnete. Auf der Gegenseite gab es 258 Nein-Stimmen und neun Enthaltungen. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung Genehmigungsverfahren nach dem Immissionsschutzrecht vereinfachen, damit zum Beispiel Windkraftanlagen schneller gebaut werden können.

Ziel ist es demnach, die Potentiale des Bundesimmissionsschutzgesetzes effektiver zu nutzen, um die Klimaziele zu erreichen. Bis 2030 erforderten diese "nahezu eine Verdreifachung der bisherigen Geschwindigkeit der Emissionsminderung", heißt es in dem Gesetzentwurf. Konkret ist unter anderem geplant, die Genehmigungsverfahren für Anlagen wie etwa Windenergieanlagen an Land und Elektrolyseuren für grünen Wasserstoff zu beschleunigen. Das soll nach einer Änderung im zuständigen Ausschuß auch für alle anderen Industrieanlagen gelten, die nach dem Gesetz genehmigt werden.

Eine Verlängerung der Genehmigungsfristen durch die Behörde soll darüber hinaus nicht mehr unbeschränkt möglich sein. Anlagenbetreibern soll zudem das Nachreichen von Unterlagen im Genehmigungsverfahren erleichtert werden. Ebenfalls vereinfacht werden sollen Genehmigungsverfahren für das Ersetzen älterer Anlagen durch moderne.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Windkraft bleibt wichtigster Energieträger - mehr Stromimporte**

Im ersten Quartal 2024 sind in Deutschland 121,5 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert und in das Stromnetz eingespeist worden. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen am Donnerstag mitteilte, waren das 7,5 Prozent weniger Strom als im ersten Quartal 2023 (131,4 Milliarden Kilowattstunden).

Trotz des allgemeinen Rückgangs der Stromerzeugung stieg die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien im Vergleich zum ersten Quartal 2023 um 11,6 Prozent. Damit stammte der im ersten Quartal 2024 erzeugte Strom zu 58,4 Prozent aus erneuerbaren Quellen (erstes Quartal 2023: 48,5 Prozent).

Dies war der höchste Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien für ein erstes Quartal seit Beginn der Erhebung im Jahr 2018. Demgegenüber ging die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern um 25,4 Prozent auf einen Anteil von 41,6 Prozent an der inländischen Stromproduktion zurück. Den größten absoluten Anstieg bei der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien verzeichnete die Windkraft mit einem Plus von 5,0 Milliarden Kilowattstunden (+12,0 Prozent).

Im ersten Quartal 2024 stammten 46,8 Milliarden Kilowattstunden Strom und damit 38,5 Prozent des gesamten inländisch produzierten Stroms aus Windkraft. Damit war die Windkraft wie bereits im ersten Quartal 2023 (31,8 Prozent) die wichtigste Energiequelle. Am zweitgrößten war der absolute Anstieg mit 1,4 Milliarden Kilowattstunden bei der Stromerzeugung aus Photovoltaik (+21,0 Prozent). Insgesamt wurden 8,1 Milliarden Kilowattstunden Strom aus Photovoltaik erzeugt, das waren 6,6 Prozent der Stromproduktion.

Der starke Rückgang der Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern läßt sich vor allem auf die deutliche Abnahme der Stromproduktion aus Kohle zurückführen. Im Vergleich zum ersten Quartal 2023 sank die Stromeinspeisung aus Kohle im ersten Quartal 2024 um 11,0 Milliarden Kilowattstunden oder 28,2 Prozent. Mit einem Anteil von 23,0 Prozent an der gesamten Stromproduktion war Kohle im ersten Quartal 2024 aber weiterhin der zweitwich-

tigste Energieträger.
Da am 15. April 2023 die letzten drei Kernkraftwerke abgeschaltet worden waren, gab es im ersten Quartal 2024 keine Stromeinspeisung aus inländisch erzeugter Kernenergie mehr. Im ersten Quartal 2023 waren noch 5,8 Milliarden Kilowattstunden oder 4,4 Prozent des Stroms aus Kernenergie erzeugt worden. Zudem sank im ersten Quartal 2024 auch die Stromeinspeisung aus Erdgas gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,4 Milliarden Kilowattstunden oder 1,9 Prozent auf 19,2 Milliarden Kilowattstunden. Das entsprach einem Anteil von 15,8 Prozent an der gesamten Stromeinspeisung.
Im ersten Quartal 2024 verzeichnete Deutschland einen Anstieg der Stromimporte um 38,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal, so das Bundesamt weiter. Insgesamt wurden 16,8 Milliarden Kilowattstunden Strom importiert, verglichen mit 12,1 Milliarden Kilowattstunden im ersten Quartal 2023. Im Gegensatz dazu gingen die Stromexporte um 21,7 Prozent zurück auf 16,7 Milliarden Kilowattstunden, verglichen mit 21,3 Milliarden Kilowattstunden im ersten Quartal 2023.
Der Anstieg der Stromimporte und der gleichzeitige Rückgang der Exporte führte dazu, daß die tatsächlich in Deutschland verfügbare und nachgefragte Strommenge im Vergleich zum Vorjahresquartal nahezu unverändert geblieben ist.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Bericht seit zwei Jahren überfällig - Habeck verschweigt weiterhin die Folgen des Kohleausstiegs**
Das Bundeswirtschaftsministerium kann bisher die Auswirkungen des Kohleausstiegs auf Strompreise und Versorgungssicherheit in Deutschland nicht benennen. Der Prüfbericht ist schon zwei Jahre überfällig. Ob der Kohleausstieg auch CO2 einspart, entscheidet am Ende Brüssel.
Zan Blagojević
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck kann den Prüfbericht zu den Folgen des Kohleausstiegs weiterhin nicht vorlegen, teilte Michael Kellner, parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, an die Mitglieder der Bundestagsausschüsse für Wirtschaft sowie für Klimaschutz und Energie in einem Schreiben mit, welches dem Handelsblatt vorliegt. Habecks Ministerium bitte um Verständnis für die Verzögerung des Berichts.
Wie im Kohleausstiegsgesetz vorgeschrieben, soll der Bericht die Auswirkungen der Stilllegung der Kohlekraftwerke auf die Versorgungssicherheit, die Strompreise und die Klimaschutzziele "auf wissenschaftlicher Grundlage" dokumentieren. Jetzt plant das Ministerium, den Bericht sogar erst "im Frühjahr 2025" vorzulegen. Das wäre eine Verspätung von fast drei Jahren, zumal die Frist laut Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) bereits am 15. August 2022 abgelaufen ist - und der nächste Bericht schon im übernächsten Jahr vorgelegt werden soll.
Laut Kellner gibt es verschiedene Gründe für die Verzögerung des Berichts, darunter die Energiekrise von 2022 und die laufenden Arbeiten an der Kraftwerksstrategie und an einem Kapazitätsmechanismus. Die Kraftwerksstrategie soll Anreize für den Bau von Reservekraftwerken schaffen. Sie sollen einspringen, wenn der Strombedarf nicht durch sogenannte grüne Energien gedeckt werden kann.
Der Kapazitätsmechanismus soll in Kürze vorgestellt werden und die Vorhaltung von Kraftwerkskapazitäten belohnen - übersetzt bedeutet dies: Der Staat bezahlt den Erzeugern das Drosseln der Produktion. Daß Robert Habecks Untätigkeit bei der Vorlage des Berichts übrigens zu Spannungen innerhalb der Ampelkoalition führt, ist unwahrscheinlich: Von Seiten der FDP äußerte sich Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, gegenüber dem Handelsblatt und erklärte, Habeck "gefährde den Kohleausstieg ...".

Klimaschutz als Instrument der Planwirtschaft

In der Europäischen Union kann ein Unternehmen nur CO2 emittieren, wenn es dafür Zertifikate im europäischen Emissionshandelssystem kauft. Produziert ein Unternehmen zum Beispiel eine gewisse Anzahl an Bleistiften, welche im Rahmen des Produktionsprozesses unterm Strich eine Tonne CO2 freigesetzt haben, dann muß dafür ein Zertifikat erworben werden. Somit stellt die Gesamtanzahl dieser Zertifikate mit dem jeweiligen Nennwert der erlaubten CO2-Emissionsmenge dabei die theoretische Maximalmenge an Kohlenstoffdioxid in der EU dar. Damit Europa "klimafreundlicher" wird, muß also die Anzahl der Zertifikate am Markt verringert werden.

Allerdings hat sich bisher die Abschaltung von Kohlekraftwerken noch nicht signifikant in einer Reduzierung von CO2-Zertifikaten im europäischen Emissionshandel niedergeschlagen. Ziel der Bundesregierung ist es, die entsprechende Menge an CO2-Zertifikaten dauerhaft vom Markt zu nehmen - in dem Umfang, in dem Kohlekraftwerke aufgrund des Kohleausstiegs stillgelegt werden.

Dies erfordert jedoch eine entsprechende Beantragung bei der EU-Kommission. Sollte die Menge der Zertifikate also nicht reduziert werden, ist der Kohleausstieg wirkungslos und nutzlos: Die Zertifikate würden einfach anderswo in anderen Industrien oder Unternehmen der EU verwendet werden. Da die Nachfrage der Kohlestromerzeuger wegfallen würde, könnte dies sogar zu einer Senkung der CO2-Preise führen - das ist selbstverständlich nicht im Interesse der Klimaagenda Brüssels.

Deutschland hat bereits im Dezember 2023 beantragt, die vorgesehenen Zertifikate vom Markt nehmen zu lassen. Jetzt muß jedoch erst durch ein Gutachten festgestellt werden, ob und in welchem Ausmaß eine nationale Löschung notwendig ist oder ob die sogenannte "Marktstabilitätsreserve" bereits alle überschüssigen Emissionszertifikate aufgrund des Kohleausstiegs absorbiert hat. Erst danach erfolge die "finale Notifizierung der zu löschenden Zertifikatemenge", so das Ministerium.

Die Marktstabilitätsreserve sorgt dafür, daß enorme Schwankungen der CO2-Preise verhindert werden. Diese Reserve ist ein Mechanismus im europäischen Emissionshandelssystem, der überschüssige Zertifikate temporär vom Markt nimmt und später teilweise wieder einführen oder dauerhaft löschen kann. Habecks Ministerium erklärte, daß die Menge an zu löschenden Zertifikaten durch eine "Strommarktmodellierung für die relevanten Kraftwerke ermittelt werde, um die Netto-Minderungswirkung der stillgelegten Kraftwerke zu bestimmen."

Die Deindustrialisierung Deutschlands am Beispiel des Kohleausstiegs zeigt die Primitivität und zugleich die Komplexität der politischen Prozesse im Zusammenspiel der Machtzentren Berlin und Brüssel: Für die Bundesregierung und Robert Habeck scheint es recht einfach zu sein, den Kohleausstieg zu beschließen und auf Biegen und Brechen zu vollziehen - ein kaltblütiger Ablauf, oft getarnt mit dem Begriff des "Pragmatismus".

In Brüssel jedoch treffen verschiedene Anreizstrukturen wirtschaftlicher und politischer Akteure aufeinander, welche in gigantischer Komplexität und Bürokratismus münden und eine Funktionärswirtschaft erschaffen haben, die zentral und planwirtschaftlich den Ton angibt. Mit dem Emissionshandel (EU-ETS) hat die EU-Kommission ein Instrument der absoluten Steuerung in der Hand und kann damit willkürlich CO2-Emissionen selbst beeinflussen, denn klimafreundlich ist nur das, was Brüssel klimafreundlich findet - und das wird an Schreibtischen entschieden.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Juni 2024 (x1.382/…): >**"Schiere Katastrophe" - "Sind auf dem Weg zum Entwicklungsland" - Deutschlands Börsenchef teilt gegen Ampel aus**

Der Chef der Deutschen Börse AG, Theodor Weimer, hält die Wirtschaftspolitik der Ampel und Habecks für eine "schiere Katastrophe". Was Deutschland treibe, sei "Wahnsinn". Öko-

nomisch befinde sich Deutschland "auf dem Weg zum Entwicklungsland".

Jonas Aston

"Ich habe inzwischen mein 18. Treffen mit unserem Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck hinter mir. Und ich kann Ihnen sagen, es ist eine schiere Katastrophe." Das erklärte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse AG Theodor Weimer anläßlich einer Rede im Münchener Hotel "Bayerischer Hof". Dort redete er sich regelrecht in Rage und holte zur Generalabrechnung mit der Bundesregierung und insbesondere Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck aus.

Die Rede von Theodor Weimer im Rahmen einer Veranstaltung des Wirtschaftsbeirates Bayern ist schon fast zwei Monate her. Erst jetzt wurde der Redebeitrag jedoch auf YouTube der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu Beginn der Legislatur hätte man mit den Vertretern des Wirtschaftsministeriums zumindest noch sprechen können, führt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse AG dabei aus. Nun beiße man aber häufig auf Granit. "Inzwischen kommen die Fundamentalisten immer mehr durch", so Weimer.

Vor allem auf dem internationalen Parkett würde das Ansehen des Wirtschaftsstandorts Deutschlands massiv leiden. Weimer erklärt, daß er durch seine Kontakte und seine Arbeit "direkte Kenntnis" darüber habe, wie Geldgeber weltweit über die Bundesrepublik denken. "So schlecht wie jetzt war unser Ansehen in der Welt noch nie", so Weimer. Und weiter: "Die Gespräche mit den Investoren haben fatalistischen Charakter. Die Investoren sagen, wenn ihr so weitermacht, werden wir euch noch mehr meiden, werden wir noch weiter rausgehen aus Deutschland." Die noch immer recht gute Performance des deutschen Börsenindex Dax steht Weimer zufolge auf wackligen Füßen.

In der guten Datenlage sei das Hoch des Dax jedenfalls nicht begründet, so Weimer. Überwiegend seien die Investments in deutsche Aktiengesellschaften "nur noch opportunistisch geprägt". Investoren würden zunehmend "eine Risikoprämie" verlangen. "Früher hatten wir mal einen Risiko-Discount, weil doch alle Welt gesagt hat, Deutschland ist super", so der Börsenchef. Die Dax-Unternehmen "machen nur noch einen Bruchteil des Umsatzes in Deutschland", so Deutschlands Börsenchef. "Sie machen aber noch einen viel kleineren Bruchteil des Gewinns hier. Das Problem ist, der Gewinn wird nicht mehr hier produziert."

Im Ausland würde Weimer zusehends auf Unverständnis bezüglich der deutschen Politik stoßen. Internationale Geldgeber würden ihm gegenüber äußern: "Ihr seid einfach nur noch bekloppt, nur noch bekloppt." Selbst aus Fernost seien inzwischen deutliche und kritische Worte zu vernehmen, obwohl man dort "Gesichtswahrung ganz groß schreibt". Man sage ihm: "Was leistet ihr euch da eigentlich für eine Regierung? Ihr seid auf dem besten Weg, zu einer richtig alten Ökonomie zu werden."

"Was wir machen, ist Wahnsinn"

Auch Weimer selbst macht sich offenkundig große Sorgen um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft: "Wir sind ökonomisch gesehen auf dem Weg zum Entwicklungsland". Weiter erklärte er: "Wir machen uns klein vor Brüssel und Berlin" und wie "das Kaninchen auf die Schlange" starren und warten "wir darauf, daß die Schlange zubeißt". Einer der größten Fehler sei die Überregulierung der Automobilindustrie gewesen. "Wir haben die Autoindustrie kaputt gemacht", so Deutschlands Börsenchef.

Insgesamt habe man mit dem Vorgehen gegen die Automobilindustrie dem "Geschäftsmodell Deutschland" erheblichen Schaden zugefügt. Die Preise für Energie seien ideologisch getrieben in die Höhe geschossen. Die CO2-Vorgaben für die Autohersteller hätten ihr Übriges getan. Die Automobilindustrie wurde so "in die falsche Ecke gezwungen, aus der sie nicht mehr herauskommen". Die Umgestaltung der Automobilwirtschaft in Richtung Elektromobilität ist aus seiner Sicht der falsche Weg.

"Wir werden auch in den nächsten 35 Jahren noch Verbrenner haben. Was wir machen, ist

Wahnsinn", so Theodor Weimer. Dabei habe er nicht aus einer übergeordneten wirtschaftlichen, sondern auch aus ganz persönlicher Sicht ein Problem mit den bestehenden Entwicklungen. "Wenn ich heute einen 7er BMW als Dienstwagen kaufe, dann kriege ich nur einen Sechszylinder, den ich als Hybrid kaufen muß". Diese Wagen seien zudem "superteuer", so der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse AG.

Man hat "nichts hingekriegt, gar nichts hingekriegt!"

Europa und Deutschland befänden sich mit ihrer Industriepolitik auf einem Sonderweg. "In den USA kriege ich den Achtzylinder voll - ohne Hybrid." In seinem Berufsalltag erkläre ihm der Aufsichtsrat: "Wir müssen auf CO2 aufpassen und die Dienstwagen kleiner machen". Hierzu meint Weimer: "Das ist doch dummes Zeug! Wir müssen die Dienstwagen wieder groß machen. Das schafft nämlich Wachstum." Doch auch mit der Migrationspolitik rechnet Weimer ab.

"Diese wird allseits als vollkommen falsch empfunden", erklärt er. "Unsere Ausrichtung am Gutmenschentum wird nirgends geteilt". Migration mache Sinn, wenn tatsächlich Facharbeiter kommen, die in der Wirtschaft tatsächlich gebraucht werden. Fatal sei eine Einwanderungspolitik jedoch, wenn Menschen in ein Land migrieren, "die zu 50 Prozent das Bürgergeld abkassieren und das irgendwo hinschicken."

Am Rande geht Weimer sogar noch auf die Landesverteidigung sowie die Digitalisierung ein. Bei der Bundeswehr habe man dringend nötige Investitionen "verschlafen". Im Kriegsfall könne Deutschland sich faktisch nicht verteidigen. "Wir haben für anderthalb bis zwei Tage Munition", so Weimer. Nicht weniger versagt habe der Staat bei der Digitalisierung. Man habe "nichts hingekriegt, gar nichts hingekriegt!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Juni 2024 (x1.381/…): >>**800.000 Euro für Habecks neuen TikTok-Wahn!**

Getreu dem Motto "Wer nicht mit der Zeit geht, vergeht mit der Zeit" ist Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") neuerdings auf dem unter jungen Leuten angesagten Kurzvideo-Portal TikTok unterwegs. Für die Steuerzahler wird's wieder einmal ein teurer Spaß!

Das Habeck-Ministerium will bis zu 800.000 Euro auszugeben, um Deutschlands unfähigsten Wirtschaftsminister aller Zeiten mit Videos auf der nicht nur unter "Rechten" beliebten Social-Media-Plattform TikTok zu inszenieren.

Per Ausschreibung sucht das Wirtschaftsministerium eine Video-Produktionsfirma. Sie soll schon ab August "professionelle, tagesaktuelle, schnelle, kreative" Kurzfilme erstellen, um die Deutschland-Zerstörung des Ökosozialisten mit Hilfe "informativer und unterhaltsamer Videoinhalte" als kurzweiliges Polit-Entertainment zu verkaufen. Die Kurz-Videos sind hauptsächlich für die Verbreitung auf TikTok gedacht.

Die Video-Plattform ist vor allem bei Jugendlichen beliebt, die dort u.a. gern Tanz-Videos veröffentlichen. Doch nicht nur das: Jugendliche informieren sich lieber über TikTok statt über die ARD-Lügenschau, Verzeihung: -Tagesschau. Das will auch Ökosozialist Habeck ausnutzen, um u.a. die Klimahysterie propagandistisch anzuheizen.

Hintergrund: Gut 30 Prozent der 14- bis 24-Jährigen erreichen sogenannte journalistische Qualitätsangebote kaum noch. Als Grund geben sie unter anderem an, daß sie in den klassischen Nachrichtenmedien wie "Tagesschau" ihre Interessen nicht wiederfinden. Bei den 18-24-Jährigen liegt die Quote laut einer Studie des Leibniz-Instituts für Medienforschung alias Hans-Bredow-Institut (Hamburg) bei 22 Prozent, bei Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren sogar bei 45 Prozent.

Die befragten Zielgruppen schätzen unterhaltende Inhalte, die sie persönlich tangieren, haben die Wissenschaftler herausgefunden. Als Haupt-Informationsquelle dient ihnen TikTok, gefolgt von Instagram und YouTube.

TikTok ist in politisch-korrekten Kreisen allerdings umstritten, a) weil auch "Rechte" das

weitgehend noch zensurfreie Angebot nutzen; b) weil Betreiber der chinesische Tech-Konzern ByteDance ist.
Sei's drum: Der für Habeck gesuchte neue Video-Spezialist soll laut Ausschreibung in der Lage sein, innerhalb von Stunden eine kreative Idee zu entwickeln und "einen ansprechenden, kurzweiligen" Videoinhalt zu produzieren. Erwartet wird zudem, Inhalte "effektiv und originell zu vermitteln und Videos für die sichtbare, reichweitenstarke und interaktionsfördernde Ausspielung zu optimieren". Als Zielgruppe werden ausdrücklich Menschen unter 30 Jahren genannt.
Für seine TikTok-Offensive will das Habeck-Ministerium wöchentliche Konferenzen mit dem neuen Kooperationspartner abhalten, um die jeweils nächsten Clips zu planen. Der Vertrag soll zunächst über 24 Monate laufen und zweimal jeweils um ein Jahr verlängert werden können. Auf die gesamte Laufzeit gerechnet kalkuliert das Ministerium mit Kosten von 800.000 Euro.
Das ist bei weitem nicht alles: Bis zu 2,7 Millionen Euro will Habeck zudem für "allgemeine Videodienstleistungen" springen lassen - natürlich auch auf Kosten der Steuerzahler! Gesucht wird deshalb auch ein Propaganda-Spezialist, der z. B. Erklär-Videos, Image- und Messefilme erstellt sowie Statements des Ministers ins Internet streamt. Auch dieser Vertrag soll zunächst zwei Jahre laufen und zweimal um je ein Jahr verlängert werden können.
Die gute Nachricht: 2025 ist Bundestagswahl - spätestens dann dürfte sich das Thema Laufzeitverlängerung erledigt haben. Der Steuerzahler dankt im Voraus!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Knallharte Asyl-Wende in den Niederlanden: Mitte-Rechts-Regierung ruft Notstand aus!**
So geht Asyl-Wende: Die neue Mitte-Rechts-Regierung in Den Haag plant drastische Verschärfungen des Asylrechts und will den Asyl-Notstand ausrufen! Auf Deutschland dürfte eine regelrechte Abschiebungswelle aus den Niederlanden zukommen.
"Die Niederlande müssen strukturell zu der Kategorie Mitgliedsstaaten mit den strengsten Zulassungsregeln Europas gehören", heißt es im Koalitionsvertrag des neuen Regierungsbündnisses. Geert Wilders (Partei für die Freiheit) gibt als Ziel die "härteste Asylpolitik aller Zeiten" vor. Seine Partei ist die stärkste Kraft der Vier-Parteien-Koalition in Den Haag.
Die Ampel-Regierung in Berlin kann sich schon mal warm anziehen:
- Die Niederlande wollen Migranten an der Grenze zu Deutschland stoppen und auch an den Übergangen zu Belgien schärfer kontrollieren. Dort aufgegriffene illegale Migranten sollen sofort zurückgeschickt werden - auch ohne gültige Papiere! Unklar ist, ob dies auch für bereits via Deutschland nach Holland eingereiste Personen gelten könnte.
Eine Folge dieser Verschärfung dürfte absehbar sein, daß irreguläre Migranten künftig ihr "Glück" in Holland erst gar nicht versuchen, sondern direkt in Deutschland Asyl beantragen.
- Für die Dauer von zwei Jahren soll der Asyl-Notstand ausgerufen werden. Während dieses Zeitraumes kann die Bearbeitung von Asylanträgen ausgesetzt werden.
- Grundsätzlich liegt die Beweislast im Asylverfahren künftig beim Antragsteller. Migranten ohne gültigen Aufenthaltstitel sollen notfalls "auch gewaltsam" abgeschoben werden.
- Geplant ist zudem, den Familiennachzug von Asylbewerbern sowie Sozialleistungen einzuschränken.
Asyl-Wende ist doch gar nicht so schwer, Ihr Ampel-Versager!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Thüringen: Ramelow steht für Deindustrialisierung, Bildungsverfall und Erosion der inneren Sicherheit**
Als Aktuelle Stunde hat die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag eine Debatte um die Bilanz der Ramelow-Regierung am Ende der Legislaturperiode beantragt. Hierzu erklärt Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Thüringen:

"Die Bilanz der Ramelow-Regierung fällt katastrophal aus. Der in Deutschland anhaltende Negativtrend wird in Thüringen durch Ramelows Versagen in zentralen Politikbereichen noch verstärkt: Immer mehr Unternehmen beurteilen ihre wirtschaftliche Lage am Standort Thüringen als schlecht, halten Investitionen zurück oder bauen Arbeitsplätze ab. An Thüringer Schulen fehlen die Lehrer und Schüler verfehlen häufiger die Mindestanforderungen beim Lesen und Rechnen. Die innere Sicherheit erodiert und die Ausländerkriminalität ist auf einem neuen Höchststand, ob in Innenstädten oder Regionalzügen.
Deshalb: Politikwechsel mit der AfD statt "Weiter so" mit Ramelow!"<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Kosten auf Rekordhoch: Hälfte der Bürgergeld-Empfänger sind Ausländer!**
Es war einmal im Januar 2023: Damals sollte mit der Einführung des Bürgergelds das Ziel verfolgt werden, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Doch anderthalb Jahre später bleibt als Bilanz nur noch ein weiterer sozialpolitischer Flop der SPD. Denn die Zahl der Empfänger ist nicht gesunken, sondern sogar deutlich gestiegen: 4,021 Millionen erwerbsfähige Arbeitslose bezogen im Mai 2024 Bürgergeld - rund die Hälfte davon sind Ausländer!
Unter der Führung der ehemaligen Arbeiterpartei SPD sorgt die Ampel-Regierung an allen Ecken und Enden dafür, daß sich Arbeit in Deutschland nicht mehr lohnt. Auf der einen Seite werden deutsche Arbeitnehmer mit einer gigantischen Steuer- und Abgabenlast erdrückt, um Ideologie-Projekte von der Energiewende bis zur Massenmigration zu finanzieren.
Auf der anderen Seite wandert jährlich eine Großstadt mit überproportionalem Anteil an Stütze-Empfängern nach Deutschland ein. Legt man statt des Ausländeranteils den Anteil der Bürgergeld-Bezieher mit Migrationshintergrund zugrunde, dann liegt der bundesweite Anteil sogar bei 63 Prozent, in Hessen sogar bei 76 Prozent.
Mit sozialer Gerechtigkeit hat das schon lange nichts mehr zu tun. Wir wollen deshalb einen Kurswechsel! Wir wollen, daß die Massenmigration in unsere Sozialsysteme gestoppt wird, indem wir Geldleistungen in Sachleistungen umwandeln und unsere Grenzen schützen. Und wir wollen, daß sich Arbeit wieder lohnt, indem die Steuerbelastung gesenkt und die Energiekosten durch Rückabwicklung der Energiewende wieder reduziert werden. Deshalb braucht es am 9. Juni ein starkes AfD-Ergebnis bei der Europawahl.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29284" berichtet am 6. Juni 2024 (x1.379/…): >>**"Sie sind wenige, aber wir sind 8 Milliarden." Internationale WHO-Großdemo in Genf vom 01. Juni 2024**
Am 1. Juni 2024 formierten sich 50 internationale Experten und Kritiker des WHO-Pandemievertrages und zahlreiche weitere Teilnehmer zu einer Großdemo in Genf. Sie rufen auf, im Kampf um unsere Souveränität auch nach vorerst abgelehntem Pandemievertrag dranzubleiben. Dies ist definitiv wichtig, wie die kurz darauf erfolgte Annahme der "Internationalen Gesundheitsvorschriften" zeigt! …
Weltweit protestierten in den letzten Monaten kritische Menschen gegen den neuen WHO-Pandemievertrag. Dieses Vertragswerk sieht ausweitende Machtbefugnisse für die WHO vor und würde die Souveränität der nationalen Regierungen einschränken. Auf der Generalversammlung der WHO vom 27.5. bis 1.6.2024 sollte der Pandemievertrag in Genf verabschiedet werden. Die Verhandlungen sind vorerst gescheitert, wie das Schweizer Radio und Fernsehen schreibt. Wie es damit weiter geht, ist bisher noch unklar.
Kritische Menschen ließen sich auf diesem Teilerfolg nicht ausruhen. Nachdem sich bereits hunderte Menschen am 25. Mai in Bern auf einer vom Verein Mass-Voll organisierten Kundgebung getroffen haben, hat am 1. Juni eine internationale Großdemo in Genf stattgefunden. Unter dem Slogan "Road to Geneva" sind Bewegungen aus aller Welt vor den Hauptsitz der Vereinten Nationen nach Genf gekommen.

Vor Ort waren über 50 internationale Experten und Kritiker des Vertrages, wie z. B. der amerikanische Virologe Robert Malone, der Schweizer Rechtsanwalt Philipp Kruse, der britische Kardiologe Dr. Aseem Malhotra, die österreichische Medizinerin Dr. Maria Hubmer Mogg, die deutsche Rechtsanwältin Beate Bahner und Dr. Astrid Stuckelberger, ehemalige Mitarbeiterin der Vereinten Nationen. Mit dabei waren auch Menschen aus aller Welt, die ihr Recht auf Freiheit kundtun wollten.
François de Siebenthal, ehemaliger Generalsekretär der Credit Suisse Vaux und ehemaliger Generalkonsul der Philippinen in Lausanne, war als Gast vor Ort und hat berichtet, wieso es wichtig ist, sich auf diesem Teilerfolg nicht auszuruhen: "Der Vertrag, der sich scheinbar verzögert hat, ist mit einer binären Waffe gekoppelt, die sich 'Internationale Gesundheitsvorschriften' (IGV) nennt.
Das ist schlau, das ist schlau, diese Pädo-Satanisten als organisierte Bande sind sehr gerissen. Also haben wir vielleicht eine Schlacht gewonnen, um das Abkommen zu verzögern, aber die Bestimmungen sind sehr gefährlich. Sie wollen sie auch in die Internationalen Gesundheitsvorschriften und in verschiedene Gesetze, Verordnungen und Vorschriften, auch z. B. europäische, integrieren. Also ist es ein weltweiter Kampf auf allen Ebenen. Wir müssen unsere Souveränität zurückgewinnen und uns gegen diese globale Diktatur wehren."
Daß Herr de Siebenthal damit recht behält, wurde bereits am späten Abend des 1. Juni Realität. Das Aktionsbündnis Freie Schweiz schreibt: "Am Nachmittag des letzten Verhandlungstages wurde eine neue, mit umfassenden Änderungen versehene Endfassung der IGV (Internationale Gesundheitsvorschriften) der WHA (World Health Assembly, zu Deutsch 'Weltgesundheitsversammlung') zur Abstimmung vorgelegt. Kurz nach 21 Uhr, wenige Stunden später, wurde diese angenommen. ... Die Schweiz wird nun, wie andere Unterzeichnerstaaten, interne Verfahren einleiten und prüfen, ob die Änderungen auf nationaler Ebene umgesetzt werden können."
"Sie sind wenige, aber wir sind 8 Milliarden. Gemeinsam können und werden wir etwas bewirken. Sagen Sie Nein zur WHO. Sagen Sie Ja zur Freiheit!" Mit diesem Slogan riefen die Organisatoren und Experten dazu auf, sich nicht von den Wenigen unterkriegen zu lassen und weiterhin dranzubleiben. Denn der Kampf geht nun gerade wegen den angenommenen 'Internationalen Gesundheitsvorschriften' weiter. …<<
USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 6. Juni 2024 (x1.384/…): >>**Druck zu Lockdown aus den USA**
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Neue Details aus RKI-Protokollen / Hochstufung der Risikobewertung im März 2020 ohne Dokumente / US-Planspiel im Dezember 2019 zu "vorsätzlicher Freisetzung von biologischen Waffen"
Laut einer am Donnerstag (6. Juni) veröffentlichten Multipolar-Recherche belegen Details aus den am 30. Mai vom Robert Koch-Institut (RKI) vorgelegten weitgehend entschwärzten Krisenstabsprotokollen, daß das Bundesgesundheitsministerium und das RKI sich zu Beginn der Coronakrise zunächst dem internationalen Druck zu Lockdown-Maßnahmen widersetzt hatten. "WHO lobt China, empfiehlt Quarantäne, ... Minister möchte dies noch vermeiden", heißt es dazu im Protokoll vom 25. Februar 2020.
Dafür müsse das RKI "Evidenz dagegen zusammentragen" und "Alternativen präsentieren", "z.B. Evidenz für Absage von Massenveranstaltungen, keine Evidenz für Quarantäne von Gebieten", so die nun entschwärzte Passage. Eine Rolle habe damals auch die von den USA gegründete "Global Health Security Initiative" gespielt, die informell die Gesundheitsminister der G7-Staaten versammelte, und die laut nun entschwärztem Protokoll Ende Februar ein Papier zu Lockdown-Maßnahmen "vorbereitet" hatte.
Erst am Wochenende nach dem 13. März 2020 kam es demnach zu einer abrupten Kursände-

rung beim RKI, was zur Hochstufung der Risikobewertung führte, die Grundlage des folgenden Ausnahmezustands und der rigiden Coronamaßnahmen in Deutschland war. Die Hochstufung erfolgte ohne dokumentierten Diskussions- und Beratungsprozeß, die Gründe dafür blieben "weiter unklar", heißt es in dem Bericht.
Neu entschwärzte Passagen zeigten nun, daß bereits auch eine vorhergehende Verschärfung der Risikobewertung offenbar nicht fachlich fundiert war, sondern "auf Zuruf" des Ministeriums erfolgte. So vermerkt das Protokoll vom 2. März: "Es gab Kritik vom Bundesgesundheitsministerium, daß das Risiko vom RKI zunächst zu gering eingestuft war." Am gleichen Tag wurde die Risikobewertung geändert. Gesundheitsminister Lauterbach hatte nach Veröffentlichung der zunächst noch stark geschwärzten Protokolle durch das Online-Magazin Multipolar hingegen erklärt, das RKI habe "unabhängig von politischer Weisung gearbeitet."
Der Multipolar-Bericht stellt einen Zusammenhang zu US-Pandemieübungen kurz vor Ausbruch der Coronakrise her, darunter einem Planspiel im Dezember 2019 in Washington, wo eine private Lobbygruppe unter Teilnahme der vormaligen Vizedirektorin der CIA, Avril Haines, "die Abschreckung und Vorbeugung von katastrophalen biologischen Risiken durch möglicherweise staatlich geförderte Biowaffenforschung, einschließlich der versehentlichen und vorsätzlichen Freisetzung von biologischen Waffen" besprach, wie ein Abschlußbericht der Gruppe wörtlich vermerke.
Laut Multipolar korrespondiere diese "bemerkenswert paßgenaue Vorbereitung auf alles, was folgte, mit der nun stückweise bekannt werdenden Verstrickung der US-Geheimdienste in die umstrittene Gain-of-function-Forschung in Wuhan zum Scharfmachen von Viren". Erwähnt wird, daß Peter Daszak, dessen EcoHealth Alliance mit US-Fördergeldern in Wuhan daran forschte, Coronaviren infektiöser und leichter für den Menschen übertragbar zu machen, seit spätestens seit 2015 dem US-Geheimdienst CIA zuarbeite.
Ein Bericht der New York Times hatte in dieser Woche (3. Juni) erklärt, daß "letztlich ein noch nie dagewesenes SARS-ähnliches Virus mit einer neu eingeführten Furin-Spaltstelle", das der exakten Beschreibung in Daszaks Forschungsantrag aus dem Jahr 2018 "entsprach", die Coronakrise "verursacht" habe.<<

07.06.2024

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 24/24" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.387/…): >>**Michael Stürzenberger. Wer ist der Mann, dem das Attentat galt, das einen Polizisten das Leben gekostet hat?**

Der Rammbock

Moritz Schwarz

Das Schicksal des jungen Beamten Rouven L. war eigentlich ihm zugedacht: Als Suleiman A. erbarmungslos und mit, wie das Video des Attentats zeigt, unglaublicher Wucht das Messer immer wieder in seinen Leib stößt, ist der Tod nur Millimeter entfernt. Um Haaresbreite wäre Michael Stürzenberger, geboren im September 1964 in Bad Kissingen, nur 59 Jahre alt geworden.
Wer die Bilder des Angriffs sieht, kann kaum fassen, daß dieser Text kein Nachruf ist. Vielleicht weil der großgewachsene Franke selbst ein Rammbock ist, der Sturm des Angriffs auf die Vehemenz seiner eigenen Besessenheit trifft: Seit mehr als einem Jahrzehnt ist Stürzenberger Deutschlands entschlossenster Islamkritiker, ein Meinungsmissionar, der unermüdlich in Fußgängerzonen und auf Marktplätzen predigt, um die Deutschen zu seiner Sicht auf den Islam zu bekehren.
Gemeinsam mit der Gruppierung "Bürgerbewegung Pax Europa" organisiert er Info-Stände, stellt Plakate auf, hält mit einer Handvoll Anhänger Demos ab. Dabei geht Stürzenberger dahin, wo es weh tut und wo es gefährlich ist. Je mehr Migranten, desto besser. Er macht mit der Meinungsfreiheit radikal Ernst, greift verbal an, sucht die Konfrontation, will aufzeigen, wie

"tolerant" die Gesellschaft in Wahrheit ist und was so mancher Moslem wirklich denkt. Damit erzielt er erstaunliche Erfolge, denn wie er auf seinem Youtube-Kanal dokumentiert, entlockt er wütenden Muslimen immer wieder genau das, wovor er warnt.
Stürzenberger nimmt den Koran beim Wort - Resultat: Nicht dieser, er landet im Verfassungsschutzbericht.
Doch er dringt nicht durch, da die Medien, denen er meist als "Islamhasser" (Deutschlandfunk) gilt, falls überhaupt nur negativ über ihn sprechen. Dabei nimmt Stürzenberger den Koran nur beim Wort und dessen politischen Anspruch ernst, Resultat: nicht dieser, er landete (von 2013 bis 2022) im bayerischen Verfassungsschutzbericht. Das funktioniert meist nach dem Prinzip, das was etwa beim "Kampf gegen Rechts" als musterdemokratisch gilt, verfassungsfeindlich ist, wenn Stürzenberger es in Bezug auf den Islam tut, wie diesen auf sein Gefahrenpotential zu reduzieren. Gleichwohl zeigt die übereinstimmende Logik des "Kampfes gegen Rechts" und des Denkens Stürzenbergers dessen Radikalität.
Vielleicht ist es ja diese Doppelmoral, die ihn seinerseits in die vollen gehen läßt. So propagierte er, der Islam sei eine NS-ähnliche Ideologie, trat 2014 bei den "Hooligans gegen Salafisten" auf, wo die Menge laut Zeit während seiner Rede forderte, einen Koran anzuzünden. Oder verlangte 2020 zur "Entschärfung des politischen Islam" dazu auf, radikale Moslem "wie die Chinesen" in "Umerziehungslager" zu stecken, was "zwar im demokratischen Rechtsstaat nicht Mittel der Wahl (ist), aber ... Ultima ratio, wenn's hier richtig kracht".
Das freilich geht über alles bisherige im "Kampf gegen Rechts" und sicher auch über das Grundgesetz hinaus.
Wie hat sich der ehemalige RTL/Sat.1-Sportreporter so radikalisiert? Im JF-TV-Interview (siehe Seite 7) am Tag nach dem Anschlag sagt er, alles habe mit dem 11. September 2001 begonnen. 2011 trennte er sich von der Münchner CSU, deren Pressesprecher er damals war. 2013 wird er Chef der erfolglosen Kleinpartei Die Freiheit und Zugpferd des Vereins Pax Europa. Und immer wieder wird er bei öffentlichen Reden tätlich attackiert, gar mit dem Tod bedroht. Nun sind diesen Worten erstmals Taten gefolgt.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 24/24" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.387/…):
>>**Eine Kehrtwende erzwingen**
Mannheim und die Folgen: Die Politik will die Probleme der Masseneinwanderung weiter nicht wahrhaben
Michael Paulwitz
Das Fanal von Mannheim erschüttert die Republik, aber nicht ihre politische Klasse. Zum ersten Mal hat ein Polizeibeamter den importierten islamischen Terror mit dem Leben bezahlt. Die dramatischen Bilder des Mordrausches eines afghanischen Attentäters haben den Bürgern in blutiger Deutlichkeit vor Augen geführt, daß der Staat seine zwingend mit dem Gewaltmonopol verknüpfte Pflicht zum Schutz von Sicherheit und Freiheit im öffentlichen Raum nicht mehr erfüllt.
Der nur knapp mit dem Leben davongekommene Islamkritiker Michael Stürzenberger steht exemplarisch für die zerfallende Ordnung eines Gemeinwesens, in dem der Terror jeden treffen kann und die Wahrnehmung von Grundrechten wie Bewegungsfreiheit und freie Meinungsäußerung zum tödlichen Risiko werden.
Die politischen Repräsentanten dieses Gemeinwesens reagieren auf diesen mörderischen Ernstfall mit routinierter Phrasendrescherei und kaltschnäuziger Selbstgerechtigkeit, die längst die Grenze zur offenen Bürgerverhöhnung überschritten hat. Voran Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD), der vor der "Verrohung der politischen Auseinandersetzung und der wachsenden Gewaltbereitschaft in unserem Land" warnt, als sei der terroristische Messermord auf Andersdenkende lediglich eine Spielart des politischen Diskurses.
Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Unions-Fraktionschef Friedrich Merz verlesen an dem

Tag, an dem der mutige junge Polizeibeamte Rouven L. seinen tödlichen Verletzungen erlag, ungerührt vorgefertigte Textbausteine, mit denen sie Jahre zurückliegende Gewalttaten wie den Mord an Walter Lübcke für tagespolitische Propaganda im "Kampf gegen Rechts" instrumentalisieren.
Und während es die größte Sorge der grünen Außenministerin Annalena Baerbock ist, jegliche Diskussion über eine restriktivere Migrationspolitik für "total kontraproduktiv" zu erklären, stellt ihre Parteichefin Ricarda Lang die anstößigen Gesänge einer angeheiterten Sylter Partygesellschaft als "demokratiefeindlich" auf eine Stufe mit Terrorakten und erklimmt damit einen neuen Gipfel geschmackloser Relativierung der kriminellen Folgen einer verantwortungslosen Migrationspolitik.
Medienkommentare und "Einordnungen" vervielfältigen landauf, landab diese Stichworte. Brennpunkte? Sondersendungen? Davon ist keine Rede. Angepaßte und regierungsfromme Zeitungen und Sender, die keine Skrupel hatten, Dummheiten skandierende junge Menschen öffentlich an den Pranger zu stellen und aus dem "Correctiv-Lügenmärchen" eines angeblichen Potsdamer "Geheimtreffens" eine staatsgefährdende Verschwörung an die Wand zu malen, vermelden über den Mannheimer Messermord nur das Allernötigste.
Sie verstecken den Tod des Polizeibeamten in widerwilligen Kleinberichten und unterstellen, der Islamkritiker, dem der Anschlag gegolten hatte, habe sich durch seine "extremen" Ansichten den Angriff ja irgendwie auch selbst zuzuschreiben.
Das sind keine zufälligen oder empathielosen Entgleisungen, das hat System und Methode. Dahinter steckt der unbedingte Wille, an der seit Jahren und Jahrzehnten verfolgten Politik der Transformation der Wohnbevölkerung Deutschlands und des deutschen Staatsvolks durch unkontrollierte Migration und Masseneinbürgerung um jeden Preis festzuhalten.
Der Preis ist hoch. Entrichtet wird er nicht von den politisch Verantwortlichen, die sich in ihrer privilegierten bürgerfinanzierten Parallelwelt komfortabel eingerichtet haben, sondern von den Normalbürgern, denen die Bewegungsfreiheit und Sicherheit im öffentlichen Raum Zug um Zug genommen wird. Sie tragen die Lasten der explodierenden Gewaltkriminalität, der zur Alltagsrealität gewordenen sexuellen Übergriffe und Gruppenvergewaltigungen mit überproportional hohem Zuwandereranteil, dem Machtanspruch militanter Islam-Extremisten, dem Sicherheitskräfte, gehemmt durch ideologische Einsatzvorgaben immer weniger entgegenzusetzen haben.
Die Behauptung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die Behörden hätten "die islamistische Szene fest im Visier", ist vor diesem Hintergrund von perfider Verlogenheit. Der Verfassungsschutz hatte zwar das Terroropfer Michael Stürzenberger "im Visier", nicht aber den islamistischen Attentäter. Der Geheimdienst beobachtet also offenkundig nicht nur systematisch die Falschen, er hat den Islamkritiker auch noch mit dem Begriff "islamophob" de facto als Ziel für islamistische Terrorangriffe markiert.
Die von den Unions-Innenministern halbherzig angestoßene und im Ansatz schon wieder erledigte Debatte um Abschiebungen nach Afghanistan kratzt daher lediglich an der Oberfläche. Tatsächlich hätte der Messermörder von Mannheim schon abgeschoben werden können und müssen.
Statt dessen konnte er Sozialleistungen und "Bürgergeld" beziehen und durch Heirat und Kinder seinen Aufenthalt verfestigen. Das Abschiebeversagen ist nur ein kleiner Teilaspekt einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Migrationspolitik, die illegale Zuwanderer im Schnellverfahren mit Aufenthaltstiteln, Leistungsansprüchen und Einbürgerungen zu ewigen Kostgängern des Sozialstaats macht und mit Narrenfreiheit ausstattet.
Das Blutbad von Mannheim ist einer von unzähligen Folgeschäden der kulturellen Selbstaufgabe, der verordneten Mißachtung des Eigenen und der politisch gewollten Masseneinwanderung durch den geduldeten und geförderten millionenfachen Mißbrauch des Asylsystems.

Die einzig logische Konsequenz daraus ist diejenige, welche die politisch Verantwortlichen scheuen wie der Teufel das Weihwasser: eine migrationspolitische Kehrtwende, die Deutschlands Grenzen für illegale Migration schließt, die sozialen und finanziellen Zuwanderungseinladungen abstellt und die Signale auf Abschreckung und Rückführung stellt.
In einem zerrütteten und orientierungslosen Gemeinwesen, in dem der Bürgermeister einer vom Islam-Terror blutig heimgesuchten Stadt reflexhaft "gegen Rechts" demonstrieren läßt und den machttrunkenen islamischen Fundamentalismus mit dem Bau einer weiteren Islamisten-Moschee belohnt, spricht wenig dafür, daß die politisch Verantwortlichen bereit wären, eine solche Migrationswende aus eigener Kraft und Einsicht herbeizuführen.
Es wird an den Bürgern liegen, ob sie ihre Entrechtung und Unterwerfung weiter duldsam hinnehmen wollen oder ob sie einen politischen Wechsel erzwingen. Die Erschütterung über das Messerattentat von Mannheim ist eine Chance dazu, die es zu ergreifen gilt.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 24/24" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.387/…):
>>**Wenn der schlafende Riese erwacht**
Islamistendemos: In Teilen des Landes gibt es gar keine Mehrheitsgesellschaft mehr / Ihre Überreste wirken wie paralysiert
Thorsten Hinz
Der Schriftsteller Stefan Heym (1913-2001), ein harter Kritiker der SED-Führung, den die Stasi scharf im Blick hatte und der 1989 zu den führenden Bürgerrechtlern zählte, kandidierte bei den Bundestagswahlen zur allseitigen Verblüffung für die PDS, und zwar aus Zorn über die Art und Weise der Wiedervereinigung, insbesondere über die Praktiken der Treuhand. Vom CDU-Politiker Johannes Gerster (1941-2021), dem zur Cholerik neigenden stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfaktion der Union, in einer Talkshow zur Rede gestellt und mit der Frage konfrontiert, wie das denn wohl gewesen wäre, wenn nicht die Bundesrepublik, sondern die DDR den Systemwettbewerb gewonnen hätte und die Wiedervereinigung nach ihren Regeln verlaufen wäre, antwortete Heym gelassen:
"Das kann ich Ihnen sagen: Zwei Drittel der Bonner Politiker wären mit wehenden Fahnen zur SED übergelaufen." Volltreffer. Gerster verschlug es die Sprache. Schade nur, daß Heym die bundesdeutsche Zivilgesellschaft außer Betracht gelassen hatte.
Die Probe aufs Exempel blieb den Politikern und Zivilgesellschaftlern damals erspart. Heute holt der Islam ihre Bewährungsprobe nach. Die Reaktionen beziehungsweise Nichtreaktionen auf die beiden Kundgebungen von "Muslim Interaktiv" in Hamburg sind lehrreich. Zunächst demonstrierten rund 1.000 Moslems unter dem Motto "Kalifat ist die Lösung". Das war eine unzweideutige Aussage.
Wer das Kalifat will, der will weder Rechtsstaat noch Demokratie, der will die Gewaltenteilung, die liberalen Freiheitsrechte, die Trennung von Staat und Religion abschaffen. Beim nächsten Mal bezifferte die Polizei die Teilnehmerzahl auf etwa 2.300. Laut Tagesschau galten diesmal jedoch "strenge Auflagen". Unter anderem sei es den "Teilnehmenden" verboten worden, ein Kalifat in Deutschland zu fordern. Außerdem war ihnen die Geschlechtertrennung untersagt.
Die Geschlechtertrennung wurde tatsächlich vermieden, indem "die Teilnehmenden" ausschließlich aus Männern bestanden, aus überwiegend jungen Männern, die nichts anderes sein wollen als eben das: Männer. Plakate, auf denen das Kalifat gefordert wurde, waren jetzt nicht mehr nötig. Die Akteure wissen um den Zusammenhang von Strategie und Taktik und klinkten sich geschickt teils in den Menschenrechtsdiskurs ein: Sie protestierten gegen "koloniale Meinungsdiktatur" und bekundeten auf Plakaten: "Andersdenken nicht in Deutschland", "Muslime schweigen nicht" oder "Ideen sind verbotssicher". Wer wollte da widersprechen? Die eigentliche Aus- und Ansage aber war ihre körperliche Präsenz, von der eine kompakte Virilität und beeindruckende Kraft ausging.

Es mag ja sein, daß man solche teils offenen, teils camouflierten Feinderklärungen an die Grundordnung im Land nicht verbieten kann und sie, wie der FDP-Justizminister Marco Buschmann meinte, als Teil des geistigen Meinungskampfes ertragen müsse. Andererseits ist die behördliche Rücksichtnahme erstaunlich, wenn man bedenkt, wieviel Erfindungsreichtum die staatlichen und semistaatlichen Institutionen entwickeln, wenn es darum geht, identitäre, querdenkerische. konservative oder rechte Veranstaltungen zu ver- oder behindern. In Hamburg reichte die unfeine Bezeichnung des Innensenators als "Pimmel" bereits aus, um bei deren Verursacher eine Hausdurchsuchung anzuordnen.
Wenn Staat und Politik sich aus formalen Gründen zum Handeln außerstande sehen, steht gewöhnlich die Zivilgesellschaft als Kampfreserve bereit. Doch die erwies sich als Totalausfall. Keine Omas, die Trillerpfeifen gegen das Kalifat zückten; keine Kirchenglocken, die zum inneren Frieden mahnten; keine Verdi-Faust, die die kampfbereite Entschlossenheit der Demokraten signalisierte.
Und wo waren die Parteien, die demokratischen, die beim eingebildeten Kampf "gegen Rechts" Hunderttausende auf die Beine bringen? Sie alle zogen, bildlich gesprochen, den Schwanz ein. Die paar Gegendemonstranten, die es gab, waren Einzelkämpfer.
Ein Redner auf der ersten Kundgebung hatte eine deutliche Warnung ausgesprochen: "Deutschland, Politik und Medien, ihr solltet euch wohlbedacht positionieren - gegenüber Muslimen, Islam und Allah! Denn werden die Karten neu gemischt und der schlafende Riese erwacht, werdet ihr zur Rechenschaft gezogen."
Eine klare Ansage, die den skandalisierten Allerweltsspruch, den Alexander Gauland an die Regierung richtete: "Wir werden sie jagen", allemal übertrifft. Doch die Warnung war gar nicht mehr nötig, sie war schon verinnerlicht, noch ehe sie ausgesprochen wurde. Die etablierten Medien verzichteten darauf, sie zu zitieren, um sich nicht in Widersprüchen und kognitiven Dissonanzen zu verheddern. Sie laufen noch nicht, aber sie schleichen sich bereits davon und arrangieren sich in der Vorahnung: Genauso wird es wohl kommen.
Um so lauter wird jetzt getrommelt, gegen den AfD-Parteitag Ende Juni in Essen das berüchtigte "breite Bündnis" zu schmieden. Die AfD ist die einzige Partei, die die Masseneinwanderung, die dem islamistischen Begehren den demographischen Schub verleiht, offen kritisiert - und damit das Appeasement der gratismutigen Demokraten stört.
Der Islam-Experte Hans-Peter Raddatz hat die Asymmetrie im Dialog zwischen dem Islam und dem säkularen Westen nachvollziehbar beschrieben: Der glaubensstrenge Moslem ist auf seine religiöse Identität festgelegt, die seine Lebensführung unter ein strenges Regelwerk stellt. Kritik daran bedeutet für ihn eine existentielle Verletzung. Der Westler hingegen erprobt variierende Lebensentwürfe und kann bei Verletzung in andere Rollen schlüpfen - ein Ausweg, den der Moslem nicht hat. In diesem Muster wird Islam-Kritik zur rassistischen Hetze und die verordnete multikulturelle Toleranz zu einem einseitigen Geschäft. Es entsteht ein machttechnisches Gefälle, das die Verhältnisse allmählich zum Kippen bringt.
Natürlich gibt es in Deutschland viele Moslems, die dreimal am Tag Allah dafür danken, in einem Land zu leben, in dem der Glaube Privatsache ist. Aber Umfragen in Schulen in Niedersachsen haben ergeben, daß rund zwei Drittel der befragten muslimischen Schüler den Satz bejahen: "Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland." Mehr als ein Drittel hält Gewalt gegen Kritiker ihrer Religion für berechtigt.
Was ist das ganze Integrationsgeschwätz demnach wert? Blicken wir in das 2009 erschienene Buch "Crossover Geschichte", das Aufsätze von Sozial- und Bildungsforschern über das Geschichtsverständnis von Jugendlichen in der Einwanderergesellschaft versammelt.
Dort liest man von der Erziehungswissenschaftlerin Viola B. Georgi, die 2003 "herausarbeiten" konnte, daß jugendliche Migranten die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit als "Entrebillet" in die Mehrheitsgesellschaft betrachten und meinen, eine "fundierte Haltung

gerade zu diesem Teil der deutschen Vergangenheit entwickeln zu müssen". Was mitunter so weit gehe, "daß sie sich selbst für die NS-Zeit mitschuldig fühlen". Abgesehen von der verrückten Annahme, daß ein Nachgeborener, ob deutsch oder ausländisch, sich für NS-Verbrechen "mitschuldig" zu fühlen hat, gilt frei nach Wilhelm Busch: "Malik und Hedi denken froh: 'Altes Mädchen, träumst du so'??"
Zum Lachen ist das trotzdem nicht, denn solcher Stuß hat über die Jahrzehnte Hirnwindungen und Kommunikationskanäle verklebt. Die einen wurden zum Selbsthaß, die anderen zur Heuchelei veranlaßt, was dazu geführt hat, daß es heute in Teilen des Landes gar keine Mehrheitsgesellschaft mehr gibt und deren Überreste als "Nazi-Kartoffel" paralysiert sind. Frau Georgi aber hat sich zur Professorin für Diversity Education und Direktorin des Zentrums für Bildungsintegration sowie als gefragte "Expertin" für alles Mögliche qualifiziert.
Immerhin, am Tag der zweiten Kundgebung, am 11. Mai, hielt der Wertewesten dagegen und unterbreitete den Alt- und Neubürgern auf großer Bühne sein neuestes Identitätsangebot. Zwar nicht in Hamburg, sondern in Malmö, wo ein spezieller Migrationsdruck, wie Alain Finkelkraut kürzlich klagte, die Juden zum Verschwinden veranlaßt.
Beim Eurovision Song Contest tanzte der (die? das?) nonbinäre Nemo auf schwankendem Grund im rosa Fummel und zirpte: "I broke the code, whoa-oh-oh / Somewhere between the O's and ones / That's where I found my kingdom come". Ach, Nemo, es zerbrechen längst ganz andere Codes, und vor dem regenbogenfarbenen Königsreich, in dem alle Menschen sich pansexuell in die Arme fallen, steht das Kalifat. Dort braucht man nicht mal mehr überlaufen, sondern wird mit harter Hand integriert.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 24/24" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.387/…):
>>**"Ich vergesse nicht, ich verzeihe nicht"**
Während der Corona-Besuchsverbote starben mehr als 310.000 Menschen einsam in Kliniken
Martina Meckelein
Den größten und letzten Liebesbeweis, den wir uns gegenseitig erweisen können, ist die Begleitung in den Tod. Das leise Streicheln über die Hände. Das liebevolle Betrachten und mit den Augen nachzeichnen der so wohlbekannten Falten um den Mund. Das Ordnen einzelner Haarsträhnen. Das Benetzen der trockenen Lippen. Das Aufschütteln des Kopfkissens. Die aufflammende Angst im Raum aushalten und das Ticken der Uhr ertragen. Über Monate, Wochen, Tage, Stunden oder nur noch Minuten. Um dann die Fenster zu öffnen. Es ist vollbracht. Und es wird auch bei einem selbst so sein - irgendwann. Der Tod macht das Leben rund. Ewiglich.
Doch in Deutschland war dieser letzte Liebesdienst verboten. Für Jahre. Über 310.000 Menschen mußten laut der von der Welt angeführten Zahlen des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) einsam sterben. Mutterseelenallein ihre Todesängste tragen. Ohne Hilfe, ohne Beistand.
Und die Hinterbliebenen? Sie leiden noch heute. Jeden Tag. Selbstzweifel und Vorwürfe und dieses Erleben der Hilflosigkeit einer menschenverachtenden Politik gegenüber, die ihr Leiden nicht wahrnehmen will. Niemals dürfen wir diese Unmenschlichkeit vergessen. In dieser Zeitung erzählen Hinterbliebene und Pflegepersonal von ihren Erfahrungen.
Helene Schwarz schaut aus dem Fenster ihres Pflegeheimes. In der Hand hält die 91jährige ein Telefon. Draußen steht ihre Tochter, spricht mit ihr und fotografiert sie dabei. Das Bild entstand im Mai 2020. Es zeigt den Isolationswahnsinn zu Zeiten der Corona-Hysterie. "Stellen Sie sich vor, ich bin 500 Kilometer zu meiner Mutter gefahren, nur um sie dann am Fenster zu sprechen", sagt Gisela Müller (62) gegenüber der JUNGEN FREIHEIT.
Sie meldete sich, wie so viele, auf einen JF-Aufruf, ihre Geschichte zu erzählen, auch anonym. "Sie können dabei gerne meinen Namen nennen, es ist mir, mit Verlaub, scheißegal geworden", sagt die gelernte Köchin. Zwei Monate nach der Aufnahme, am 8. Juli, stirbt He-

lene Schwarz. "Ich möchte über den Tod meiner lieben Mutter sprechen, sie ist im Pflegeheim elendig zugrunde gegangen."
Gisela Müller stammt aus Altenburg in Thüringen. "1989 ging ich in den Goldenen Westen, erst Solingen dann Düsseldorf, meine Eltern blieben in Altenburg. Ich nahm mir dann extra eine kleine Wohnung dort, um meine Eltern immer wieder zu besuchen und auch zu betreuen." Ihr Vater stirbt 2015. "Den habe ich gepflegt, konnte von ihm Abschied nehmen. Meine Mutter lebte weiterhin in Altenburg." Doch mit dem Alter kommen die Gebrechen. Zweimal stürzt ihre Mutter. "Beim ersten Mal erlitt sie einen Wirbelsäulenanbruch, beim zweiten Mal einen Oberschenkelhalsbruch. Der Arzt riet mir, meine Mutter ins Pflegeheim zu geben. Das war im November 2018."

"Drei Bücher las sie pro Woche, und das noch bis März 2020"

Die alte Dame wird immer gebrechlicher. Ihr Herzschrittmacher soll in der Klinik versetzt werden. "14 Tage war meine Mutter in der Quarantäne, ich durfte sie nicht besuchen." Gisela Müller will ihre Mutter unbedingt aus dem Heim rausholen, sie mietet ein Appartement im Betreuten Wohnen.
"Da rief mich das Heim an. Die Schwester sagte: 'Wissen Sie denn nicht, daß ihre Mutter dement ist?' Nein, daß wußte ich nicht", sagt Gisela Müller. Ihre Mutter liebte es zu lesen. Auch im Heim gibt sie ihr Hobby nicht auf. "Drei Bücher las sie pro Woche", erinnert sich ihre Tochter, "und das noch bis März 2020." Auf Anraten des Heimes macht Gisela Müller alles wieder rückgängig.
Ende Mai stellen Ärzte starke Wassereinlagerungen bei Helene Schwarz fest. "Ich bin wieder nach Altenburg. Zum ersten Mal durfte ich meine Mutter nach Wochen wieder besuchen. In Schutzanzug und Maske", erinnert sich Gisela Müller. "Wenn Sie ihre Mutter berühren, müssen Sie sofort das Heim verlassen, sagte eine Pflegerin zu mir." Zwischen Mutter und Tochter hatte das Heim zur Sicherheit noch eine Plexiglasscheibe aufgebaut.
Mitte Juni fragt ein behandelnder Arzt die Tochter: "Wollen, Sie daß wir ihrer Mutter helfen oder daß sie lebt?" "Sie sollten ihr helfen", sagt die Tochter. "Meine Mutter nahm immer mehr ab. Zum Schluß wog sie noch 38 Kilo, bei einer Größe von 1,58 Metern. Am 8. Juli durfte sie dann gehen." Es ist ein Mittwoch. Doch damit endete das Drama keineswegs.
"Als wir ihre Sachen abholen wollten, hatte das Personal alles in blaue Müllsäcke gepackt und in den Lieferanteneingang gestellt. Auf der Straße lag die Beileidskarte." Nach dem Willen ihrer Eltern ließ Gisela Müller ihre Mutter verbrennen. Ihre Eltern liegen gemeinsam auf einem anonymen Gräberfeld. Zum Abschluß sagt sie: "Es ist verachtenswert, was in diesem Land passiert ist. Ich vergesse nicht und verzeihe nicht."

Senioren, die am Fenster saßen, total einsam und nur rausschauten

"Ich muß anonym bleiben", sagt eine Frau (49) am Telefon - und das ist verständlich. Sie ist Altenpflegerin. "Das Bild, das ich niemals vergessen werde, das sind die alten Menschen, die am Fenster saßen, total einsam, und rausschauten. Und sie stellten alle dieselbe Frage: "Warum kommen meine Kinder nicht?" Die Vorgaben und Auflagen für die Besucher, wie auch für das Personal sind immens. "Ich habe zu keiner Zeit soviel geschrieben wie in dieser Zeit. Der Verwaltungsaufwand war enorm."
Doch auch einfachste Handreichungen wurden zum Staatsakt. "Wir brachten den Bewohnern das Essen total vermummt in einem Karton ins Zimmer. Den stellten wir auf den Tisch und gingen. Man muß sich das vorstellen: Die Bewohner sahen nur Totalvermummte. Manchmal kniete ich einfach vor dem Bett, in dem sie lagen oder dem Rollstuhl, in dem die Menschen saßen, und dann haben wir gemeinsam geweint, und natürlich haben wir versucht, die Händchen zu halten."
Auf einer Station mit 44 Patienten und einem Pfleger und zwei Helfern nehmen allein diese Sekunden viel kostbare Zeit. Irgendwann, so erinnert sich die Pflegerin, zog auf die Station

eine Patientin, die erblindet war. Sie war wundgelegen, hatte einen Schlaganfall, bekam gegen die Schmerzen Morphium. Sie lag im Sterben. Ihr Sohn hatte keine Besuchserlaubnis, denn er war nicht geimpft.
"Da habe ich ihn einfach auf die Station geschmuggelt. Erst über den Wäscheaufzug, dann über die Feuertreppe. Ein paar Kollegen bekamen es mit, beschwerten sich bei der Chefin, aber es blieb unter uns. Es war klar, daß die Frau noch am selben Tag sterben würde. Ihr Sohn blieb, bis sie eingeschlafen war. Dann brachte ich ihn auf demselben Weg wieder von der Station."
Die Einschränkungen durch die Politik, die Vorgaben, bis hin zum Lockdown kamen schleichend. "Wir haben das ja teils gar nicht so in Erinnerung mehr. Die Zeitabläufe. Wir, also das Personal, mußten uns täglich testen lassen. Vor dem Heim hatte die Bundeswehr ein Zelt aufgebaut. Teils rammten die einem die Wattestäbchen gefühlt bis ins Hirn rein. Einen fuhr ich mal an: Noch einmal, mein Junge, und dann singst du den Großen Zapfenstreich." Was die gelernte Krankenschwester bis heute wundert: "Viele Menschen glaubten den Medien und der Politik, ohne zu hinterfragen."
Ihre Kolleginnen, auch sie selbst, riefen bei Fernsehsendern, in den Redaktionen der Talkshows an. "Wir wollten schildern, wie es bei uns ist, was die Menschen durchmachen. Daß die Intensivabteilungen nicht so voll sind, wie behauptet, und daß viele alte Menschen nach der Impfung sterben. Wir bekamen zwar Rückrufe, unsere Darstellungen wollte aber keiner hören." Es ist ein bitteres Resümee, das die mutige Frau zieht: "Es war die grausamste Zeit meines Lebens. Und ich verzeihe dieser Regierung nichts."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Neubauer sieht Fortschritte bei Mobilisierung für Klimaschutz**
Klimaschutzaktivistin Luisa Neubauer sieht Fortschritte bei der Mobilisierung der Menschen für den Kampf gegen den Klimawandel. "Es bewegt sich überall etwas, Menschen und auch Politik bewegen sich, weil wir es geschafft haben, Klima von einer bestimmten Partei loszulösen und zu einer Frage hinzuführen, die uns alle betrifft und bei der alle mitreden müssen", sagte die Fridays-for-Furure-Aktivistin dem "Mannheimer Morgen" (Samstagausgabe).
Sie müsse niemandem mehr die Klimakrise erklären und könne nun statt dessen erklären, was der Krise entgegengestellt werden könne. "Statt Krisenkommunikation mache ich jetzt mehr Hoffnungskommunikation", sagte Neubauer. Der Ampelkoalition stellte sie jedoch ein schlechtes Zeugnis aus.
"Wenn wir es daran messen, was gemacht werden müßte - dann Gute Nacht." Die Kompromisse der Grünen in Regierungsverantwortung findet Neubauer, die selbst Mitglied der Partei ist, "katastrophal". Mut macht ihr auch die Demokratiebewegung. In dem Augenblick, in dem man sage, etwas sei unmöglich, werde es auch unmöglich, sagte sie.
"Im Dezember hätte niemand gedacht, daß eine riesige Demokratiebewegung entsteht, und im Januar war sie auf einmal da. Hätten wir im Dezember alle gesagt: Das wird nichts mehr und wir haben gegen die Faschisten verloren, dann hätte es auch die Bewegung nicht gegeben", so Neubauer.
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.380/…): >>**AfD deckt auf: 6.897 Gruppenvergewaltigungen in zehn Jahren!**
Eine parlamentarische Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner bringt erschreckende Zahlen ans Licht: Mindestens 6.897 Menschen wurden in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren zum Opfer einer Gruppenvergewaltigung. Allein in Berlin kam es im vergangenen Jahr zu 111 derartigen Verbrechen. Fast die Hälfte der Täter (48 Prozent) sind Ausländer, während der Ausländeranteil in Deutschland bei 16,4 Prozent liegt.
Sieht man sich bei dieser Statistik die häufigsten Herkunftsländer der Tatverdächtigen an,

bleiben keine Fragen offen. Auf Platz 1 rangierten im vergangenen Jahr Syrer (79), gefolgt von Afghanen (49), Irakern (43) und Türken (33). Es ist somit schwarz auf weiß erwiesen, daß Tatverdächtige aus mehrheitlich muslimischen Ländern massiv überrepräsentiert sind. Dennoch leugnen die etablierten Parteien diese Fakten, um ihre zerstörerische Migrations-Ideologie krampfhaft aufrechterhalten zu können.
Wer gegen diese Zustände etwas unternehmen kann? Mit Sicherheit nicht die SPD, deren Bundeskanzler schon im vergangenen Jahr von Abschiebungen "im großen Stil" fabulierte und bis heute nichts, aber auch gar nichts lieferte. Man kann solchen Akteuren nichts glauben, wenn sie sich vor jeder Wahl mit Abschiebungs-Forderungen profilieren und nach der Wahl wieder die Rassismus-Keule auspacken.
Nur die AfD macht ernst: Wir werden kriminelle Migranten und Asylsuchende ohne Bleiberecht konsequent zurückführen. Gehen Sie deshalb unbedingt am Sonntag zur Wahl und stimmen Sie für die AfD, damit die verantwortungslose Migrationspolitik endlich beendet wird!
Quelle: https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2024/gruppenvergewaltigungen-es-geht-inzwischen-um-tausende-opfer/<<

Ukraine: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.385/…): >>**In Wahrheit führt die Ukraine einen Angriffs-Krieg gegen Rußland**
Herbert Ludwig
Durch die verlogenen Mainstream-Medien des Westens wird den Menschen täglich einsuggeriert, daß Rußlands Präsident Putin der große Aggressor sei, der mit brutalem Eroberungswillen die Ukraine überfallen und den seit nun über zwei Jahren dauernden Krieg verursacht habe. Damit wird auch in Deutschland die gewaltige Aufrüstung und Kriegsstimmung gegen Rußland geschürt.
Doch die Wahrheit sieht anders aus. In seinem gründlich recherchierten Buch "Die Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg", kommt der Bürgerrechtler Thomas Mayer zu dem Ergebnis, die ukrainische Regierung habe seit mindestens 2019 den Krieg mit Rußland gewünscht, diesen entsprechend provoziert und aggressiv betrieben.
In der Regierungsbefragung im Bundestag am 5.6.2024 sagte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius einleitend: (ab 12:34):"Rußlands brutaler und völkerrechtswidriger Krieg gegen die Ukraine ist eben ein Angriff auf unseren Frieden in Europa und in der Welt. Das ist ein Angriff auf Freiheit und die internationale Ordnung. Putin - und das müssen wir uns immer wieder klar machen - erkennt die Integrität souveräner Staaten nicht an. Er mißachtet international anerkannte Grenzen. …
Er hat den Krieg begonnen, und er wird nicht aufhören. … Wir dürfen nicht glauben, daß Putin an den Grenzen der Ukraine, wenn er soweit kommt, haltmachen wird. Rußland ist letztlich auch für Georgien, für Moldawien und letztlich auch für die NATO eine Bedrohung. Deshalb, wir müssen die Ukraine weiter unterstützen."
Auf die Frage eines AfD-Abgeordneten wiederholte er pointiert: (ab 40:42): "Diesen Krieg hat Putin vom Zaun gebrochen, und niemand sonst. Er trägt die Verantwortung, und niemand sonst."
Und auf die Frage eines anderen AfD-Abgeordneten steigerte er sich zu kaltschnäuziger Arroganz (ab 43:58): "Ich weiß nicht, ob mir die Bemerkung gestattet ist, aber manchmal wundert man sich über den intellektuellen Gehalt einer Fragestellung, … ja, manchmal wundert man sich wirklich, und man stellt sich unweigerlich die Frage, ob der eine oder andere vielleicht in einem Paralleluniversum unterwegs ist. In diesem Universum jedenfalls, in dem wir leben, hat Putin die Ukraine angegriffen, und wir unterstützen sie in Ihrem Abwehrkamp für Freiheit und für territoriale Unabhängigkeit."
Diese ständig wiederholten Lügen werden unaufhörlich der Öffentlichkeit als Wahrheit einge-

hämmert. Man weiß nicht, ob Herr Pistorius diese vom Weltimperialisten USA vorgegebene Version aus Bequemlichkeit und Gehorsam übernommen hat und selbst daran glaubt, oder ob er die wahren historischen Vorgänge kennt, wie es auch seine Verpflichtung wäre, und kaltschnäuzig das Volk belügt. In beiden Fällen gehört er nicht in dieses Amt, sondern woanders hin.
Ohne diese Lügen wären, so Thomas Mayer, die immensen Waffen- und Geldlieferungen in die Ukraine von über 150 Milliarden Euro allein bis Februar 2023 gesellschaftlich nicht durchsetzbar gewesen. Wenn aber der Konflikt so erzählt worden wäre, daß in der Ukraine fanatische und auf Krawall gebürstete extreme Nationalisten an der Macht seien 1, die solange provozierten, bis Rußland in den Krieg eintrat, dann hätte niemand verstanden, warum man diese Nationalisten auch noch unter großen eigenen Opfern unterstützen soll. Man hätte dann begriffen, daß vor allem die einfachen Menschen in der Ukraine Opfer einer Regierung seien, die bis zum blutigen Ende eskaliert sei. -
Und nicht zuletzt, muß man hinzufügen, hätte die Öffentlichkeit des Westens gesehen, daß es in der Ukraine nicht um die Verteidigung "der westlichen Werte" geht!

Selenskyj-Berater Asrestowytsch

Oleksij Arestowytsch, ein wichtiger Berater des ukrainischen Präsidenten Selenskyj für "strategische Kommunikation im Bereich der nationalen Sicherheit und Verteidigung" und durch tägliche Video-Briefings über die aktuelle Situation sehr bekannt, habe im März 2019, so Thomas Mayer, in einem Interview mit dem ukrainischen Sender "Apostrof TV" erläutert, daß die Ukraine nicht die Kraft für eine Neutralität habe und sich deshalb einer stärkeren Macht anschließen müsse. Die NATO sei sich aber unklar, ob sie die Ukraine haben wolle. Deshalb sei ein großer Krieg mit Rußland nötig, damit die Ukraine in die NATO aufgenommen würde. Dieser große Krieg sei die beste Lösung. Wörtlich habe er u.a. gesagt:
"Es besteht eine 99,9-prozentige Wahrscheinlichkeit, daß unser Preis für den Beitritt zur NATO ein großer Krieg mit Rußland ist. Und wenn wir der NATO nicht beitreten, wird Rußland uns innerhalb von 10-12 Jahren übernehmen. Jetzt müssen wir uns entscheiden."
Auf die Frage, was in einem solchen Fall besser sei, habe er geantwortet:
"Natürlich ein großer Krieg mit Rußland und der Übergang zur NATO nach dem Sieg über Rußland. Der kritischste Zeitpunkt ist 2020-2022. … Aber in diesem Konflikt werden wir vom Westen sehr aktiv unterstützt werden - mit Waffen, Ausrüstung, Hilfe, neuen Sanktionen gegen Rußland und sehr wahrscheinlich mit der Einführung eines NATO-Kontingents, einer Flugverbotszone usw. Wir werden diesen Konflikt also nicht verlieren, und das ist schon einmal gut so."
Auf die Frage, warum es überhaupt zu einem großen Krieg mit Rußland kommen solle, gebe er die Antwort, daß der Donbass-Krieg das Einstiegstor sei. Die ukrainische Regierung werde diesen nicht beenden, sondern solange eskalieren, bis Rußland nicht mehr nur zusehen könne und militärisch eingreife. Arestowytsch wörtlich:
"Wir werden nicht über irgendwelche Bedingungen für die Beendigung des Krieges (im Donbass) sprechen. Im Gegenteil, das wird Rußland höchstwahrscheinlich zu einer größeren Militäroperation gegen die Ukraine veranlassen. Denn sie werden uns infrastrukturell wegpusten und alles hier in Trümmer legen müssen." (S. 424)
Damit erkläre sich auch, warum die ukrainischen Truppen im Donbass täglich in die Städte und Dörfer der Volksrepubliken (auf Zivilisten) feuern und auch, warum Arestowytsch gewußt habe, daß es bis 2022 einen großen Krieg geben werde - weil die ukrainische Regierung diesen selbst nach ihrem Zeitplan provoziert habe.
Der Schweizer Nachrichtenoffizier Jacques Baud habe zu den Aussagen Arestowitschs gesagt, der Westen und die Ukraine hätten erwartet, daß wirtschaftliche Sanktionen und die politische Isolierung Rußlands schnell zu dessen Zusammenbruch führen würden, ohne daß es zu einer

militärischen Niederlage der Ukraine käme. Die Ukraine sei also dazu gedrängt worden, eine Offensive im Donbass vorzubereiten, um Rußland in eine Reaktion zu zwingen und mit Leichtigkeit eine Niederlage Rußlands durch verheerende Sanktionen zu erreichen. Das sei zynisch und zeige, wie sehr der Westen - angeführt von den Amerikanern - die Ukraine für seine eigenen Ziele mißbraucht habe.

Sicherheitsrats-Chef Danilow

Alexej Danilow, der mächtige Chef des ukrainischen Sicherheitsrates, so Thomas Mayer weiter, habe ebenfalls darauf hingewiesen, die ukrainische Regierung habe 2019 die Entscheidung für den Krieg mit Rußland getroffen. Nach dem Treffen im Normandie-Format Anfang Dezember 2019 sei von der ukrainischen Regierung beschlossen worden, das Minsker Abkommen nun offen abzulehnen und in die heiße Phase des Krieges gegen Rußland einzutreten. In einem Interview mit dem ukrainischen Fernsehsender NTA Ende August 2022, also ein halbes Jahr nach dem Eingreifen Rußlands in den Ukrainekrieg, habe er wörtlich gesagt:

"Wir haben uns auf den Krieg vorbereitet, sehr mächtig vorbereitet. Und die Tatsache, daß wir heute bereits 180 Tage Krieg hinter uns haben und uns auf unserem Territorium befinden, daß wir es nicht aufgegeben haben, zeigt nochmal, daß wir uns auf den Krieg vorbereitet haben. Und zwar begannen unsere Vorbereitungen für den Krieg nach dem 8. und 9. Dezember 2019.

...

Als unser Präsident Selenskyj in Paris den Bedingungen, die Rußland, Frankreich und Deutschland uns am 8. und 9. Dezember 2019 angeboten haben, nicht zustimmte, sagte er, um es gelinde auszudrücken: 'Nein, Freunde, es wird kein Minsk-3 geben, wir werden für unser Land kämpfen.' Wir haben am nächsten Tag begonnen zu verstehen, daß ein großer Krieg mit Rußland bevorstand."

Dabei wäre der Frieden so einfach gewesen. Thomas Mayer weist darauf hin, Kiew hätte nur dem Donbass und vielleicht weiteren Regionen der Südostukraine föderale Eigenständigkeit zugestehen müssen, so wie es das Minsker Abkommen vorsah. Was wäre schlimm daran, wenn die Leute im Donbass russisch reden und schreiben?

Die Donbass-Regionen wären in der Ukraine geblieben, auch die Wirtschaftskraft dieser Industrieregionen wäre für die Ukraine erhalten geblieben. Rußland hätte man auch leicht zufrieden stellen können mit einem Vertrag, der versichert, daß die Ukraine nicht in die NATO eintritt. Mehr wolle Rußland nicht.

Doch Nationalismus und Fanatismus, von den USA und ihren Vasallen unterstützt und für die eigenen imperialistischen Ziele ausgenutzt, trieben die blinden Ukrainer in einen für sie aussichtslosen Krieg.

Neue Militärdoktrin

2015 habe der nach dem Maidan-Putsch gewählte Präsident Poroschenko eine ukrainische Militärdoktrin in Kraft gesetzt, in der bereits Rußland als Hauptfeind der Ukraine bezeichnet und eine Angleichung der ukrainischen Streitkräfte an NATO-Standards bis 2020 angekündigt worden sei.

Am 24. März 2021 sei Präsident Selenskyj noch einen Schritt weiter gegangen, indem er die "Strategie zur De-Okkupation und Reintegration der Krim", die der Ukrainische Sicherheitsrat zuvor beschlossen hatte, in Kraft gesetzt habe. Darin sei es auch ausdrücklich um "Maßnahmen militärischer Art" gegangen, mit denen die Krim, die seit 2014 nach einer Volksabstimmung völkerrechtskonform wieder ein Teil Rußlands geworden sei, zurückgeholt werden solle. Damit habe die ukrainische Regierung also offiziell einen Krieg mit Rußland um die Krim angekündigt.

Einen Tag später, am 25. März 2021, habe Selenskyj eine ebenfalls vom Ukrainischen Sicherheitsrat beschlossene neue Militärdoktrin der Ukraine in Kraft gesetzt, die die weitere Integration der Ukraine in die Sicherheitsarchitektur der NATO vorsehe und die Forderung wieder-

hole, die Krim auch mit militärischen Mitteln zurückzuerobern.
Rußlands Präsident Putin habe sich dazu in einer Rede vom 21. Februar 2022 geäußert:
"Die Strategie sieht vor, auf der Krim und im Donbass eine Art terroristischen Untergrund aufzubauen. Sie umreißt auch die Konturen des zu erwartenden Krieges, der nach Ansicht der heutige Strategen in Kiew … mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu für die Ukraine günstigen Bedingungen` enden soll. Und auch, wie sich Kiew heute ausdrückt, ... 'mit der militärischen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft in einer geopolitischen Konfrontation mit der Russischen Föderation'. Im Grunde genommen ist das nichts anderes als die Vorbereitung einer militärischen Aktion gegen unser Land - gegen Rußland."
Mit diesen beiden Dokumenten, so Thomas Mayer, seien die zitierten Aussagen von Arestowitsch und Danilow offiziell bestätigt worden: "Die Ukraine plante einen Krieg mit Rußland und bereitete diesen konkret vor. Damit hatte die Ukraine die Aggressor-Rolle. Sie war nicht Opfer.
Die Realität ist also genau umgekehrt wie das, was uns in den Mainstream-Medien erzählt wird."

Eskalation im Donbass

Den Worten seien schnell Taten gefolgt. Die ukrainische Armee habe mehr und mehr Waffen aus den USA bekommen und weitere Truppen in die Ostukraine verlegt. Sie habe sich an der Waffenstillstandslinie im Donbass immer mehr zusammengeballt, so daß die Donbass-Volksrepubliken einen Angriff erwartet hätten. Es gebe Berichte, daß bis zu 120.000 Mann, was etwa der Hälfte der ukrainischen Armee entsprochen habe, dort konzentriert gewesen seien. Das sei gegenüber den 40.000 Milizsoldaten der Volksrepubliken eine dreifache Überlegenheit gewesen. Genau könne man es ohne Zugang zur Satellitenaufklärung der Geheimdienste nicht wissen.
Im weiteren Verlauf habe man aber unzweifelhaft erkennen können, daß die ukrainische Armee an der Grenze der Volksrepublik Donezk sehr stark und aggressiv geworden sei. Die Stadt Donezk sei zunehmend fast täglich von ukrainischer Artillerie beschossen worden mit ständigen Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung. Dies habe Anfang 2022 einen Höhepunkt erreicht.
Am 13. Januar 2022 habe US-Präsident Biden Selenskyj telefonisch versichert, daß die USA "umgehend und mit Bestimmtheit" auf "jegliche weitere russische Aggression" reagieren werde. Welche?
Am 14. Januar 2022 habe die US-Botschaft in Kiew ihre Türen geschlossen. Die Zahl der Charterflüge in Privatjets sei sprunghaft angestiegen, die Reichen der Ukraine hätten reihenweise das Land verlassen. Die "Washington Post" habe am 14.1.2022 in einem langen Artikel von Vorbereitung der USA auf einen erwarteten Kriegseintritt Rußlands berichtet: Zu den größten Sorgen zähle der Versuch Rußlands, "das falsche Narrativ zu verbreiten, daß es die Ukraine sei, die mit Unterstützung des Westens eine Offensive in der Ostukraine vorbereite, und daß Rußland das Opfer sei."
Ganz im Gegensatz zu dieser propagandistischen Tatsachenverdrehung des Westens, so Thomas Mayer, der damit zeige, daß der Krieg für ihn beschlossen gewesen sei, habe der Kreml am 14.2.2022 noch diplomatische Lösungsmöglichkeiten gesehen. Es hätten auch noch Friedensgespräche zwischen der Ukraine, Rußland, Frankreich und Deutschland stattgefunden, jedoch ergebnislos, da die Ukraine sich geweigert habe, auf Druck Moskaus direkt mit den Separatisten zu verhandeln. Damit habe Kiew praktisch dokumentiert, den Krieg zu wollen.
Schließlich habe ein hochrangiger russischer Diplomat dem britischen "Guardian" gesagt, daß Rußland das Recht habe, einen "Gegenangriff" gegen die Ukraine durchzuführen, wenn es den Eindruck habe, daß Kiew die Bevölkerung der Ostukraine bedrohe. Thomas Mayer:
"Zu dieser Zeit hatten etwa 700.000 Bewohner der Volksrepubliken einen russischen Paß und

waren damit russische Staatsbürger."
Die OSZE-Sonderbeobachtermission habe in ihrem Tagesreport für den 14.2.2022 berichtet: "Unter Verletzung der Rückzugslinien beobachtete die Mission 22 Panzer in einem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiet." Das sei eine ungewöhnlich große Anzahl Z-72-Panzer gewesen, 70 km nordwestlich von Luhansk.
Am 16.2.2022 hätten die Waffenstillstandsverletzungen und die Granatenschüsse an der Kontaktlinie im Donbass rapide zugenommen. Die OSZE habe 591 Vorfälle, das Vierfache der Vortage, gezählt.
Die Volksrepubliken hätten nun begonnen, die Bevölkerung mit Bussen zu evakuieren.
Vom 16.2.2022 bis zum Kriegseintritt Rußlands am 24.2.2022 habe im Donbass eine starke militärische Eskalation stattgefunden. Allein am 19.2.2022 seien von der OSZE bis 19:30 Uhr etwa 2.400 Granaten und sonstige Einschüsse gezählt worden.

Kriegseintritt Rußlands am 24.02.2022

Als am Morgen des 24. Februar 2022 russische Truppen in die Ostukraine einmarschierten, hätten die Medien, so Thomas Mayer weiter, ganz überrascht getan und verschwiegen, daß in der Ukraine schon seit 2014 Krieg herrschte. Doch manchmal sei die Wahrheit herausgerutscht. So habe der NATO-Generalsekretär Stoltenberg im Februar 2023 gesagt:
"… weil der Krieg nicht im Februar letzten Jahres begonnen hat. Er begann im Jahr 2014."
Doch als Regel habe in den westlichen Medien die millionenfach wiederholte Sprachregelung "unprovozierter völkerrechtswidriger Angriffskrieg" gegolten. Das habe als unumstößliche Tatsache ins öffentliche Bewußtsein eingebrannt werden sollen, um das Feindbild zu festigen, Rußland sei ein gesetzeswidriger Verbrecher. So sei das Völkerrecht für Kriegspropaganda mißbraucht worden. Eine Diskussion darüber habe nicht stattgefunden.
Doch nach Prüfung aller Vorgänge müsse festgestellt werden, daß der Kriegseintritt Rußlands nicht völkerrechtswidrig gewesen sei.
"Das Völkerrecht sieht vor, daß die Bevölkerung eines Landesteiles sich durch Mehrheitsbeschluß zu einem selbständigen Staat erklären kann, sofern es die Voraussetzung erfüllt, über eine eigenstaatliche Organisationsstruktur zu verfügen. Einer Anerkennung dieser Selbständigkeit durch andere Staaten bedarf es für die völkerrechtliche Gültigkeit dieses Schrittes nicht. Das war bei den Donbass-Republiken wie auch auf der Krim der Fall. Die Donbass-Republiken sind nach dem Völkerrecht selbständige Staaten." (S. 442, 443)
Dies hatte Thomas Mayer bereits ab S. 233 f. ausführlich begründet. Dem werde von der Ukraine entgegengehalten, daß nach der ukrainischen Verfassung eine Abspaltung von Teilen des Landes nur nach einem landesweiten Referendum möglich sei.
Doch Thomas Mayer macht darauf aufmerksam, daß durch den verfassungswidrigen Maidan-Putsch die verfassungsmäßige Ordnung der Ukraine so stark in den Grundlagen erschüttert und aufgehoben worden sei, daß die Krim und die Donbass-Regionen sich nicht mehr auf die Verfassung hätten verlassen können. Es sei zu bezweifeln, daß die ukrainische Verfassung nach Putsch, kriegerischen Handlungen und dem bestimmenden Einfluß ausländischer Mächte, wie den USA, noch Geltung hätten. Es sei ein rechtsfreier Raum entstanden, der mit den Referenden ausgefüllt worden wäre.
Diese Ansicht vertrete David C. Hendrickson, ein US-amerikanischer Experte im Bereich des Völkerrechts, in einem langen historisch begründeten Aufsatz: Das Recht der Selbstbestimmung sei "durch die vorherige Aufhebung der Verfassung auf die Menschen auf der Krim und im Donbass übergegangen."
Daher seien die militärischen Angriffe der ukrainische Armee mit Artillerie- und Raketenbeschuß auf zivile und militärische Ziele in den Gebieten der Donbass-Staaten ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg der Ukraine auf die Donbass-Volksrepubliken. Solange Rußland die Republiken nicht als solche anerkannt hatte, habe es ihnen nicht völkerrechtskonform militä-

risch zu Hilfe kommen können. Aber mit der Anerkennung sei Rußland berechtigt gewesen, einem von einem Aggressor völkerrechtswidrig angegriffenen Staat auf dessen Aufforderung hin militärisch beizustehen. Hinzu komme, daß ein Großteil der Bevölkerung der Republiken bereits die russische Staatsbürgerschaft gehabt habe, so daß der Angriff auf die Republiken ein Angriff auf russische Staatsbürger sei.
Im westlichen Narrativ komme all das nicht vor. Das Feindbild Rußlands mache es möglich, alles als erzwungenen Gewaltakt Rußlands darzustellen. Daß dem nicht so sei, habe er ausführlich beschrieben und belegt.
"So ergibt sich aus den Fakten und der Analyse, daß die Ukraine einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg durchgeführt hat, und daß Rußland dem Völkerrecht entsprechend den Donbass-Republiken bei ihrer legitimen Selbstverteidigung zu Hilfe gekommen ist. Rußland ist nicht der völkerrechtswidrige Aggressor, sondern das ist die Ukraine.
Die massive Steigerung des Beschusses der Volksrepubliken durch ukrainisches Militär ab dem 17. Februar 2022, auf die diese mit einer deutlich schwächeren Gegenwehr antworteten, hatte den Zweck, Rußland zum Kriegseintritt zu zwingen."
Nachdem Rußland am 21. Februar 2022 die beiden Donbass-Republiken anerkannt habe, hätten deren Regierungschefs am 23. Februar in einem Brief den russischen Präsidenten Putin um militärische Hilfe gebeten. Am 24. Februar 2022 habe Putin den Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine verkündet und sich in seiner Rede ausdrücklich auf Art. 51 der UNO-Charta bezogen, der das Recht auf Selbstverteidigung regle.
Diese völkerrechtliche Begründung sei im Westen nicht diskutiert und gegenüber der Bevölkerung unterschlagen worden. Für die Dämonisierung Rußlands habe es den millionenfach wiederholten Slogan vom "brutalen unprovozierten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg" gegeben, um in den Emotionen der breiten Bevölkerung festzuschreiben, daß sich Rußland an keine Gesetze halte, gefährlich und böse sei.
Und Kriegsminister Boris Pistorius und die ihn antreibenden Berliner Kriegshetzer begründen ihr unverantwortliches Geschrei nach Aufrüstung und "Kriegstüchtigkeit" Deutschlands weiter mit den Lügen vom "völkerrechtswidrigen Angriffskrieg" Rußlands auf die Ukraine und dem "russischen Imperialismus", der bis nach Mitteleuropa dränge.
Hoffentlich wachen noch genügend Menschen auf, diese Kriegstreiber in die Wüste zu jagen.<<
Rußland: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 7. Juni 2024 (x1.384/…): >>**Wladimir Putin: "Die unipolare Welt existiert nicht mehr"**
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Russischer Präsident stellt sich auf Pressekonferenz Fragen internationaler Nachrichtenagenturen / Westen wolle vergeblich eigene imperiale Größe bewahren / Putin: Russische Journalisten werden international in ihrer Arbeit behindert
Laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gehört die von den USA als einziger Großmacht dominierte Welt der Vergangenheit an. Es sei eine "Verschiebung hinsichtlich der Entwicklungsmuster in Richtung Asien" zu beobachten, erläuterte er am Mittwoch (6. Juni) bei einer Pressekonferenz auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg. Das Monopol der Vereinigten Staaten nach dem Kollaps der Sowjetunion sei nicht gut für die USA gewesen, erklärte Putin.
Um ihre Vormachtstellung zu bewahren, hätten sie immense Verteidigungsausgaben gehabt - beispielsweise zur Aufrechterhaltung eines weltweiten Netzes an Militärbasen. Rußland hätte hingegen seine Verteidigungsausgaben auf "Schlüsselgebiete" konzentriert. Die Frage sei jetzt, "wie schnell die USA vom Thron gestoßen" werde.
Putin sprach vor den Vertretern großer internationaler Nachrichtenagenturen, darunter die Deutsche Presseagentur (dpa), Reuters und Associated Press (AP). In der dreistündigen Ver-

anstaltung im Hauptsitz von Gazprom ging Putin auch detailliert auf die Fragen der hochrangigen Journalisten zur möglichen Reaktion auf den Einsatz westlicher Waffen auf russischem Territorium bis hin zum Vorwurf der russischen Beeinflussung der Bevölkerung im Westen ein.

Auf die Frage von dpa-Korrespondent Martin Romanczyk, was passieren würde, wenn Deutschland Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine liefere, antwortete Putin: "Als die ersten deutschen Panzer auf ukrainischem Boden auftauchten, hat dies einen moralischen und ethischen Schock in Rußland ausgelöst, weil unsere Beziehung zu Deutschland immer gut waren." Wenn es jetzt Gespräche gebe, daß Raketen geliefert werden, die russisches Territorium treffen könnten, dann wird dies die russisch-deutschen Beziehungen "vollkommen untergraben".

Hinsichtlich der im Ukraine-Krieg bereits erfolgten Einsätze von Marschflugkörpern der USA, Großbritanniens und Frankreichs stellte er fest, daß diese ohne US-amerikanische Satellitenaufklärung und geschultes westliches Personal nicht einsetzbar sind. Das habe unter anderem das abgehörte Gespräch deutscher Offiziere offenbart. Als Reaktion auf den Angriff mit diesen Waffen auf russisches Gebiet, behalte sich Rußland vor, ähnliche Waffen in Weltregionen zu liefern, wo diese gegen "empfindliche Ziele" des Westens eingesetzt werden könnten.

Putin verwies bezüglich der Gefahr eines Atomkriegs auf die Nukleardoktrin Rußlands. Diese sehe vor, daß sein Land "alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel" nutzen kann, wenn seine Souveränität oder territoriale Integrität bedroht sind. Sehr deutlich wurde das russische Staatsoberhaupt auf die Andeutung eines französischen Journalisten, Rußland könnte die Nato angreifen: "Sind Sie dumm? Wer hat das erfunden?

Das ist Blödsinn, Unsinn und nichts anderes", antwortete Putin. Rußland habe überhaupt nicht die Kapazität für einen derartigen Angriff. Er bezeichnete diese Behauptung als ein westliches "Komplott", um die eigene Bevölkerung zu täuschen und um mehr Waffen in die Ukraine zu liefern. In Wirklichkeit gehe es dem Westen darum, "die eigene imperiale Position und Größe zu bewahren".

Deutlich äußerte sich Putin auch zu den westlichen Sanktionen, ihren Auswirkungen sowie zur deutschen Politik. So habe Rußland seine wirtschaftlichen Ziele erreicht und liege nun bezüglich des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsproduktes an vierter Stelle vor Japan und Deutschland. Das "Niveau an Professionalität" der deutschen Entscheidungsträger ließe hingegen "viel zu wünschen übrig".

Der russische Konzern Gazprom könne auch überleben, ohne Gas an Deutschland zu verkaufen. Die Bundesrepublik kaufe nun jedoch Flüssigerdgas (LNG) zu einem dreimal höheren Preis als vorher, erläuterte Putin. Große Unternehmen würden sich jetzt in den USA und in Asien ansiedeln, da Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sei.

Auf den Vorwurf der Verbreitung von Fehlinformationen in Europa entgegnete Putin, die russischen Medien seien hinsichtlich Auflage, Publikum und Einfluß keine Konkurrenz für die westlichen Medien. "Wann immer und wo immer unsere Journalisten ihre Arbeit machen wollen, treffen sie auf Hindernisse", kritisierte er.

"Die Angestellten werden bedroht, ihre Bankkonten werden gesperrt, ihre Fahrzeuge werden beschlagnahmt." Das einzige, was russische Journalisten täten, sei die "Verbreitung der russischen Sichtweise" über die Entwicklungen in Rußland, in Europa und in der Welt. Die Sichtweisen mögen sich von den westlichen unterscheiden, aber das sei es nun einmal, worum es beim "freien Fluß von Informationen" gehe.

Deutsche Leitmedien berichteten trotz der hochrangigen Besetzung nur am Rande über die Pressekonferenz. Die Tagesschau erwähnte die Warnung Putins vor dem Einsatz deutscher Waffen in Rußland mit zwei Absätzen in ihrem "Liveblog". Das ZDF berichtete ähnlich

knapp, gab jedoch zusätzlich in einem Beitrag die Äußerung Putins wieder, daß aus russischer Sicht der Staatsstreich in Kiew 2014 der Auslöser des Krieges gewesen sei.
Sehr detailliert äußerte sich Putin zu den Verlusten im Krieg in der Ukraine. So befänden sich derzeit 1.348 russische Soldaten in ukrainischer sowie 6.465 ukrainische Soldaten in russischer Gefangenschaft. Er wisse dies so genau, da regelmäßig Verhandlungen zum Gefangenenaustausch stattfinden. Das Verhältnis von eins zu fünf spiegelt sich auch bei den "unwiederbringlichen Verlusten" wider.
Derzeit verliere die ukrainische Armee einschließlich der Verwundeten 50.000 Soldaten pro Monat verlieren, ziehe jedoch im Schnitt nur 30.000 neue Soldaten im gleichen Zeitraum ein. Die Voraussetzung für ein Kriegsende sei ein Ende der westlichen Waffenlieferung. Dann wäre der Krieg innerhalb von zwei bis maximal drei Monaten beendet.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Rußland: Kampfschiffe nach Kuba**
Von *Karel Meissner*
Bundeskanzler Olaf Scholz gestattet der Ukraine. mit westlichen Waffen russisches Territorium anzugreifen. Jetzt sendet Moskau Kriegsschiffe nach Kuba. Ein Zusammenhang? Willkommen im Kalten Krieg 2.0. …
Bei der Pressekonferenz am Mittwoch in St. Petersburg reagierte Präsident Wladimir Putin auf den neuesten "Kurswechsel" von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Der hatte der Ukraine gestattet, mit westlichen Waffen auch Ziele auf russischem Territorium anzugreifen. Damit hat Scholz eine weitere rote Linie überschritten.
Damit ist Deutschland so eindeutig Kriegspartei geworden, daß ein Moskauer Gegenschlag niemanden verwundert hätte. In russischen Medien gab es bereits Vorschläge: Nach einem atomaren Warnschuß beispielsweise. Sie alle, die Ängstlichen und die Rambos, dürfte Putins Reaktion überrascht haben. O-Ton:
"Wir denken darüber nach, warum wir nicht das Recht haben sollten, Waffen in Weltregionen aufzustellen, wo Angriffe auf sensible Objekte derjenigen Länder ausgeführt werden, die das in Bezug auf Rußland tun."
Soll heißen: Wenn der Westen künftig mit einem Staat im Konflikt steht, werden wir besagten Gegner gegebenenfalls auch mit Waffen versorgen. Dmitri Medwedew, Vize-Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, erläutert Putins Statement:
"Mögen die USA und ihre Verbündeten jetzt am eigenen Leib verspüren, was der direkte Einsatz russischer Waffen durch Dritte bedeutet. Diese Personen oder Regionen werden bewußt nicht namentlich genannt, es könnte sich aber um alle handeln, die Pindostan* (Spottname für die USA, Anm.) und seine Genossen als Feinde betrachten."
Damit ist die stille Duldung des globalen US-Imperialismus gebrochen. Zum ersten Mal seit 35 Jahren. Ein konkretes Land wird nicht genannt. Aber an Feinden hat es der USA ja nie gemangelt. Allerdings vollzieht Moskau eine symbolträchtige Parallelaktion zu Putins Aussage …
Aktuell bewegt sich das russische Atom-U-Boot "Kasan" in Richtung Havanna. In der kommenden Woche sollen vier russische Marineschiffe ebenfalls die Insel ansteuern - zu einem offiziellen Hafenbesuch in Havanna.
Dort will man die historische Freundschaft zwischen Kuba und Rußland feiern. Ein US-Beamter des Weißen Hauses beruhigt, man sehe in diesem Besuch keine Gefahr: "Obwohl wir enttäuscht sind, daß Kuba wahrscheinlich zugestimmt hat, russische Schiffe zu empfangen, sind wir nicht überrascht."
Freilich hat der Besuch der russischen Marine zu diesem Zeitpunkt symbolischen Mehrwert: 1962, im ersten Kalten Krieg, fuhren im Herbst 1962 ebenfalls russische Schiffe nach Havanna. US-Aufklärungsflieger entdeckten sowjetische Mittelstreckenraketen, was zur berühmten

"Kubakrise" führte… Wird die Krise dort erneut hochkochen?<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29307" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Attacke, BILD und Bilderberger - Schöning Report Vol. 6**

Heiko Schöning, Arzt und Offizier der Bundeswehrreserve, kommentiert die brutale Messerattacke eines Afghanen in Mannheim. Weshalb macht die BILD-Zeitung daraus ein Wahlkampfthema und was hat dies alles mit der zeitgleich stattgefundenen Bilderberg-Konferenz zu tun? Erfahren Sie dies im Schöning Report Nr. 6. …

Moderatorin: Am ersten Juni-Wochenende hat sich in Mannheim ein schrecklicher Vorfall zugetragen, als ein afghanischer Messerstecher mehrere Menschen angegriffen hat und ein Polizist ist dabei tatsächlich auch ums Leben gekommen. Am selben Tag des Todes hat die Bild-Zeitung noch einen Artikel daraus gemacht, der lautete: Sprengt dieses Foto die EU-Wahl? Was hat das damit auf sich? Wie kann man diesen Angriff auf die EU-Wahlen beziehen?

Heiko Schöning: Ja, das hat die Bild-Zeitung, die zur Springer-Presse gehört, tatsächlich gemacht und auf dem Titelblatt war der Angriff dieses afghanischen Messerstechers direkt auf den Hals des Polizisten abgebildet. Und tatsächlich die Schlagzeile hieß dort: Sprengt dieses Foto die EU-Wahl? Und das an dem Todestag des Polizisten, um den wir natürlich alle trauern. Was die Bildzeitung gemacht hat, war eine Wahlkampfhilfe für die Friedrich-Merz-Partei, für die CDU. Denn wenn man diesen Artikel liest, der diesen Mord mit der EU-Wahl plötzlich verknüpft, dann sieht man das gleich zuerst, und alleine die CDU vorteilhaft dargestellt wird - ja.

Text: BILD: Konservative Parteien fordern ein härtestes Durchgreifen des Staates gegen Islamisten. ... CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann (46) sagte zu BILD: "Bislang kannten wir solche Attentate vor allem aus Frankreich, wo der politische Islam schon ganze Stadtteile beherrscht." Deutschland habe ein "massives" Islamismus-Problem.

Heiko Schöning: Und das finde ich besonders abscheulich, denn die CDU wird geführt von Friedrich Merz. Friedrich Merz kommt von einem CIA-Konzern, nämlich BLACK ROCK. Die CIA ist der Geheimdienst der USA, und die gehören auch inhaltlich zusammen. Ich werde es nur in kurzer, einmal nur mal so zusammenfassen, denn tatsächlich, der Geheimdienst, die CIA ist von der Wall Street, ist von den Investment-Bankern, vom Finanzkapital aufgebaut worden. Das ist auch in guten Büchern von Mainstream-Journalisten auch dargelegt worden, z.B. von einem New York Times Journalisten David Talbot. Das Buch heißt: "Das Schachbrett des Teufels". Es ist im Westend Verlag erschienen.

Gut, die CIA. Die CIA steht tatsächlich für Mord, für Folter, und für Putsch. Die CIA hat in Afghanistan, also dem Land, von dem dieser Messerstecher auch herkommt, schon vor vier Jahrzehnten Kampftruppen ausgebildet. Die Mudschaheddin sind im Prinzip das gleiche wie Al Qaida, und sind das gleiche wie die ISIS. Und das sind alles Geschöpfe der CIA. Und diese afghanischen Kämpfer, die setzt die CIA, jetzt mal als pars pro toto - ein Wort fürs Ganze benannt, die CIA setzt auch heute noch ihre afghanischen Kämpfer in Syrien ein. Ja, das ist belegt, das ist bewiesen, die ISIS ist tatsächlich, ja, ein Geschöpf der Amerikaner.

Friedrich Merz ist eben genau ein Stellvertreter hier in Deutschland. Er war der Deutschlandchef für lange Jahre von BLACK ROCK - er war auch der Chef der Atlantik Brücke, die sehr eng mit der CIA verknüpft ist. Und er ist halt mit sehr viel Geld zum CDU-Vorsitzenden hineingeschmiert worden. Und wenn man diese Videos tatsächlich vom Tathergang jetzt, im Juni 2024 in Mannheim sieht, dann sieht man, daß dieser Afghane wirklich Kampferfahrung hatte. Denn er hat ganz gezielt dem Polizisten zwei Mal in den Hals gestochen.

Das Ganze war sehr dynamisch. Da sieht man, daß ist wirklich klar und beweisbar - der hatte Kampferfahrung. Und daß die BILD-Zeitung daraus auch noch einen vorteilhaften Artikel für die Friedrich Merz Partei macht, und das mit den EU-Wahlen verknüpft, das ist wirklich abso-

lut abscheulich aus meiner Sicht.
Moderatorin: Ja, insbesondere, weil damit eigentlich ja schon hergeht, daß sie darauf pochen, daß die Bevölkerung ein sehr kurzes Gedächtnis nur hat, weil im Grunde gerade die CDU ja für die Wir-schaffen-das-Politik schlechthin steht und jetzt wird das umgekehrt, als würden sie jetzt sich irgendwie dagegen positionieren. Eine andere Partei, die dann wahrscheinlich, möglicherweise mehr Zulauf bekommen könnte, ist auch die AFD. Und unabhängig davon, ob jetzt die Bildzeitung das schafft, die CDU nach vorne zu heben oder die AFD, daß sie sich dann ja auch fragen, wenn es einer von denen wird, mit wem sollten sie denn dann aber auch koalieren. Also alleine werden sie es wohl nicht schaffen.
Heiko Schöning: Das ist die richtige Frage. Denn man muß ja sehen, die Menschen werden jetzt nach einem solchen Ereignis wie in Mannheim mit dem toten Polizisten, um den wir alle trauern, werden natürlich Schutz fordern und wollen. Das ist eine natürliche Reaktion. Und von der Regierung - werden sie es nicht bekommen.
Das ist in der jetzigen Situation und da schaut man zu den Oppositionsparteien. Nicht Law and Order - schaut man zur CDU, da hat man Friedrich Merz von Black Rock. Man muß sich fragen, und das ist die richtige Frage: "Wer würde denn Koalitionspartner werden von der Merz-CDU?" Und Friedrich Merz droht jetzt Kanzler zu werden. Und insbesondere, entweder mit dem Koalitionspartner die Grünen oder der AFD. Die besondere Frage ist nämlich dabei: "Wer hat denn die AFD überhaupt aufgebaut?"
Moderatorin: Wer hat denn die AFD überhaupt aufgebaut?
Heiko Schöning: Ja, das ist nämlich auch tatsächlich mit der CIA verknüpft, denn der Aufbau-Geschäftsführer der AFD, der Bundesgeschäftsführer, war Oberst Georg Pazderski. Und das ist ein enger, langjähriger Mitarbeiter des CIA-Chefs General Petraeus. Das muß man sich vorstellen. Oberst Georg Pazderski hat seinen Abschied von der Bundeswehr genommen und wenige Wochen später war er dann Geschäftsführer der neuen Partei AFD. Nicht, das war 2013. Und die sind dann auch gekommen, um zu bleiben.
Da sind natürlich viele gute Menschen auch dabei, aber man muß sich fragen: "Wer hat die AFD aufgebaut?" Und strategisch - wer wird dann die nächste Regierung, nach einer Rot-Grünen-Regierung, stellen? Und in solchen langen Perioden muß man auch denken. Und Friedrich Merz droht eben Kanzler zu werden, mit Hilfe wahrscheinlich der AFD.
Moderatorin: Der Pazderski ist ja, meines Erachtens nach, jetzt ausgetreten aus der AFD, was ja nicht heißt, daß er nicht trotzdem Einfluß gehabt hat oder da auch immer noch sozusagen da dahintersteckt. Da war ja jetzt eben noch ein weiterer Name genannt worden - Petraeus. Spielt der noch eine Rolle und was für eine: "Wer ist das?"
Heiko Schöning: Ja, General David Petraeus ist ein Armee-General. Da gibt es viele Armee-Generäle, aber dieser ist auch noch CIA-Chef geworden. Ja, und was hat jetzt General Petraeus an diesem Wochenende, als jetzt auch der Polizist in Mannheim umgekommen ist, getan? Er hat sich mit Friedrich Merz getroffen. Friedrich Merz und Petraeus haben sich jetzt am 1./2. Juni in Madrid getroffen, bei der Bilderberger Konferenz.
Moderatorin: Das heißt, die eher aufklärerisch denkende Bewegung - Freiheitsbewegung - man nenne sie, wie sie wollen, haben sich hauptsächlich ja an diesem ersten Juni Wochenende in Genf, mindestens gedanklich, befunden, als der WHO-Vertrag verabschiedet oder auch nicht werden sollte, um da zu protestieren. Und gleichzeitig hat die Bilderberger Konferenz stattgefunden.
Heiko Schöning: Ja, absolut richtig. Wo viele Widerstandskämpfer persönlich waren und richtig halt im Fokus bei der WHO in Genf. Tag der, aus meiner Sicht, die noch viel wichtigere Konferenz, nicht die WHO, sondern die Bilderberger. Und das ist halt wirklich wichtig, wenn man auch in die Geschichte der Bilderberger zurückgeht, was dort für wirklich wichtige Personen zusammenkommen und was dort auch schon alles beschlossen worden ist.

Moderatorin: Können wir noch einmal einen ganz kurzen Überblick über die Bilderberger Konferenz haben, jetzt als kurzes Update, was dazu zu sagen ist, in Kürze?
Heiko Schöning: Bei den Bilderbergern, da treffen sich entscheidende Größen aus den USA und aus Europa - schwerpunktmäßig. Henry Kissinger war fast jedes Mal dabei. Es ist fast so wie eine Casting-Veranstaltung. Da werden Politiker, die jetzt noch Oppositionspolitiker sind, eingeladen und wie durch Zauberhand werden sie kurz danach dann halt Regierungschef. Da gibt es eine lange Liste dazu; Angela Merkel gehört auch dazu und viele viele mehr.
Da gibt es fast eine lange Tradition. Dann sind auch viele aus Konzernen dort, wie auch jetzt von Ölkonzernen, British Petrol (BP) und jetzt auch Google, also Erich Schmidt z.B. ist dort. Es ist ein Entscheidungs-Gremium, wo auch die nächsten wichtigen Dinge besprochen werden.
Diese Konferenz gibt es schon seit den 1950er Jahren. Man wird aber nichts bei ZDF oder ARD von den früheren Konferenzen finden, die so hochrangig waren, wo ja Regierungspersonen mit unseren Steuergeldern dagewesen sind. Darüber wurde einfach nicht berichtet die ganzen Jahrzehnte. Erst in den letzten Jahren gibt es da etwas mehr Informationen oder Transparenz - die ganze Zeit davor nichts, ist nur immer abgestritten worden.
Anfang der 70er Jahre (1973) z. B. gab es eine Bilderberg-Konferenz in Stockholm, und kurz danach gab es den Ölschock von der OPEC, und die Krise im Nahen Osten. Und man weiß heute aus der Forschung: Das war abgesprochen. Das war wirklich alles abgesprochen und es wurde auf der Bilderberg-Konferenz Anfang der 70er Jahre eben beschlossen.
Moderatorin: Das bedeutet, es wird wahrscheinlich einen Grund gegeben haben, daß ausgerechnet diese zwei sehr wichtigen Ereignisse - WHO-Pandemievertrag und Bilderberger-Konferenz - zusammenfielen. Aber das hauptsächliche Licht der Öffentlichkeit oder der Wahrnehmung in Genf bei der WHO lag und nicht dort. Wer war denn von deutscher Seite dieses Jahr mit dabei? Ist das schon bekannt?
Heiko Schöning: Ja, das ist bekannt. Mittlerweile werden auch die Teilnehmerlisten veröffentlicht und nur ganz grob die Themen, worum es geht. Also das ist eigentlich lächerlich zu dem, wie hochkarätig die Leute sind. Natürlich die deutschen Teilnehmer sind im Rang relativ niedrig, aber es ist trotzdem interessant, wer dieses Jahr dabei gewesen ist.
Eben Friedrich Merz (CDU-Vorsitzender), der Justizminister Buschmann von der FDP war dort, und ein regelmäßiger Teilnehmer der Chef der Springer-Presse Christian Döpfner von der BILD-Zeitung - auch ein Transatlantiker - war ebenfalls dort. Jetzt haben wir also Petraeus, ehemaliger CIA-Chef, Friedrich März und der BILD-Chef Döpfner, die sind genau an diesem Wochenende dort alle zusammen. Das ist halt das eine.
Viel wichtiger - auch als jetzt die deutschen Ereignisse - ist das, was international dort ist. Wenn man dort auf die Teilnehmerliste sieht, dann wird es wirklich interessant, aber auch bedrohlich.
Moderatorin: Das heißt, gab es dieses Jahr irgendwie Besonderheiten, die man erwähnen sollte. Daß irgendwas anders war als sonst von der Besetzung der Länder?
Heiko Schöning: Ja, in der Tat. So wie ich sagte, daß die Bilderberg-Konferenz halt so eine Casting-Veranstaltung ist, zukunftsgerichtet: Welche Personen und welche Ereignisse werden passieren? Wer wird in welche Position geschoben? Und was wird abgesprochen? Was auffällig ist, wenn man die Teilnehmerliste durchgeht, dann sehen wir eben, daß nicht mehr das Thema Ukraine so wichtig ist wie zuvor.
Jetzt ist es Skandinavien. Und aus eigentlich jedem skandinavischen Land waren Teilnehmer dort. Aus Schweden nicht nur Markus Wallenberg, der regelmäßig immer da ist. Sondern eben auch - ganz wichtig - der Präsident von Finnland, was macht der dort? Auch dänische Beteiligung war dabei, und sogar das kleine Estland, das ebenfalls wie Finnland direkt an Rußland grenzt.

Wir sehen also, ein Schwerpunkt dieser Bilderberg-Konferenz 2024 im spanischen Madrid ist der Ostsee-Raum, die Anrainer auch an Rußland.
Moderatorin: Das heißt, wenn man jetzt den Blick in die Glaskugel werfen wollte - ist das Zukunft gerichtet - es gibt viele Absprachen, die dann vielleicht in Zukunft auch stattfinden. Was könnte das dann bedeuten?
Heiko Schöning: Nun, was ich sehe seit längerem ist eben die Konzentration auf diesen Ostseeraum, gerade halt Schweden, Finnland und ich sehe da insbesondere die Grenzregierung zu Rußland dabei, die nennt sich Karelien. Und ich denke, es wird ein neues zweites Schlachtfeld aufgebaut.
Wir haben Ukraine, Ost-Ukraine, wer kennt die, wer kann da hingucken? Niemand! Militärisch macht das was dort die letzten Jahre abgelaufen ist in der Ost-Ukraine überhaupt keinen Sinn. Der Angreifer hätte eigentlich sofort militärisch klare Verhältnisse schaffen können und kann es eigentlich auch heute. Und die anderen, was machen die? Die wollen keine Friedensverhandlung. Es zieht sich grausam in die Länge.
Die Ukraine wird entvölkert, das ist eine Tatsache. Es gibt jetzt auch ein neues Rekrutierungsgesetz in der Ukraine. Männer werden tatsächlich von der Straße geholt. Aus unserem Telegramm Kanal sind dort auch die Bilder und die Belege dazu. Dieser Konflikt geht zwar weiter, aber die Zukunft nicht. Und das sind eben die Bilderbergermeetings, das ist der Focus der überdeckt werden wird. Der nächste Konflikt, den sehe ich in Nord-Europa, an der Grenze Finnland, Rußland und die Region heißt Karelien. Also, was ich sehe, ist die Vorbereitung eines Schlachtfeldes, der Kampf um Karelien.
Moderatorin: Das sollte man sich also mal merken, klingt eingängig genug, um es auch in den Medien häufig zu hören, weit weg genug auch, um da nicht hinzugucken, was da tatsächlich passiert oder auch tatsächlich nicht passiert. Das bedeutet, Prognose ist, es soll wieder ein neues Kampfszenario geschaffen werden, wahrscheinlich mit freundlicher Unterstützung der Presse.
Die war dann ja auch vorhanden mit dem Döpfner, wo sich der Kreis ja im Grunde wieder schließt. Döpfner als auch Springer-, BILD-Vertreter, könnte dann da ja ganz gut mit positioniert gewesen sein, um dann vielleicht auch dieses neue Kriegsnarrativ voranzutreiben. Und weitere Narrative, die sich ja mehr und mehr zu Wahrheiten mittlerweile bewegen, haben wir ja jetzt auch vor kurzem gehört, Döpfner, BILD und Bill Gates war ja auch vor kurzem bei der Bild und hat ein anderes Zukunftsprojekt schon mehr oder weniger bestätigt.
Heiko Schöning: Ja, genau und das nur kurz. Bill Gates persönlich ist im Mai 2024 nach Hamburg gekommen und hat ein Interview in der Bild-Redaktion gegeben. Er ging da durch, die Bild hat es selber auf ihrem YouTube Kanal veröffentlicht und gleich in den ersten zwei Minuten sieht man, er setzt sich hin, wird beklatscht. Die BILD-Chefin Horn, interviewt ihn auf einem roten Sofa, nur die beiden, und ihre erste Frage ist: Ja, sie geben so viel Geld aus, das ist ja ganz toll. Er sagt: "Ja, für die Kinder, das mache ich alles nur für die Kinder."
Und dann die zweite Frage der Bild-Chefin, gleich in den ersten zwei Minuten kommt dann, wenn wir über die Kinder reden, müssen wir auch über die Mütter reden und können sie das im Detail erklären, die Beziehung zwischen dem Mikrobiom der Mütter und der Zukunft der Kinder? Und das war wirklich, das sieht jeder, daß das vorgeplant ist. Denn Bill Gates hat nicht das Mikrobiom erwähnt, es ging nur um Kinder. Jeder der diese zwei Minuten sieht, der sieht sofort, Moment mal, das ist doch hier eine abgesprochene Werbekampagne. Denn was ist das Mikrobiom? Und warum kommt Bill Gates und läßt sich über das Mikrobiom befragen? Bill Gates spricht auch sofort darüber, das Darm-Mikrobiom, das vaginale Mikrobiom, das für Todgeburten und für Fehlgeburten verantwortlich sei. Also, ganz schlimm.
Moderatorin: Ja, ich glaub auch, vor einem halben Jahr ungefähr hat kaum noch jemand gewußt was ein Mikrobiom überhaupt ist und, und daß das jeder Mensch natürlich hat. Das ist ja

Gott sei Dank für viele schon in den Focus gerückt, weil ja das Buch "Angriff aufs Mikrobiom", kurz vor Weihnachten 2023 noch erschienen ist.
Jetzt mittlerweile wirkt es schon echt wie ein schlechter Scherz, daß das sogar von Bill Gates auf so eine Art und Weise dort präsentiert wird, man denkt, das ist eigentlich so, daß doch jeder hoffentlich das merken sollte.
In dem Sinne kann man jetzt auch hoffen, daß das Benennen von solchen, na ja, im Grunde auch Zukunftsvisionen schon dazu vielleicht führt, daß Leute wach werden, daß sie aufmerksamer werden und daß man im besten Fall so was auch verhindert, also den nächsten Kampf hoffentlich dann in diesem Sinne auch verhindern kann.
Heiko Schöning: In der Tat. Kriege passieren nicht, sie werden gemacht. Sie werden vorbereitet, auch medial, auch die Angriffe. Der Angriff aufs Mikrobiom, der ausgerollt worden ist, kann sich jeder davon, ja, selber halt das sich anschauen, was Bill Gates bei der BILD gemacht hat und jetzt auch der Bild-Chef Döpfner bei den Bilderbergern. Wir werden sehen, wie es mit dem Kampf um Karelien plötzlich vorangeht.
Moderatorin: In diesem Sinne sollten wir alle wachsam bleiben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!
Video Bild-Zeitung
Marion Horn (Bild-Chefin): Herr Gates, wie sie sehen können, sie haben einen großen, großen Fan-Club hier bei BILD. Also herzlich willkommen in diesem wie ich finde wichtigsten News-Room Deutschlands! Wir wollen über ihre Stiftung sprechen. Ich bin wirklich beeindruckt wieviel Geld sie für diese privaten Wohltätigkeitsorganisationen ausgeben. Es gibt weltweit niemanden, der mehr Geld weltweit ausgibt als sie. Und sie können uns vielleicht in ein paar Sätzen sagen was das Ziel ihrer Stiftung ist.
Bill Gates: Nun, ich habe das große Glück, daß der Erfolg von Microsoft zu einem gigantischen Reichtum geführt hat. In den 1990-er Jahren begann ich zusammen mit Melinda zu überlegen, wie dieses Geld in die Gesellschaft zurückfließen könnte. Letztendlich haben wir das Leben von Kindern gerettet und dafür gesorgt, daß Kinder die Nahrung bekommen, die sie brauchen, damit sie körperlich und geistig gedeihen können. Das meiste Geld fließt also in Dinge wie Impfstoffe oder Moskitonetze oder besseres Saatgut, um die Ernährung zu verbessern oder um zu verhindern, daß Mütter nach der Entbindung verbluten.
Es hat sich also unglaublich gelohnt, denn mit Hilfe von Partnern wie des deutschen Bundesministeriums für Entwicklung, konnten wir bei dieser Arbeit große Erfolge erzielen.
Marion Horn (Bild-Chefin): Wenn sie über die Zukunft von Kindern sprechen dann müssen wir über die Mütter reden. Können sie mir im Detail erklären die Beziehung zwischen dem Mikrobiom der Mütter und der Zukunft der Kinder?
Bill Gates: Es gibt ein Mikrobiom im Darm, das die meisten Menschen haben. Es gibt auch ein vaginales Mikrobiom und es hat sich herausgestellt, daß es sehr negative Auswirkungen hat, wenn entweder das Darm- oder das Vaginalmikrobiom aus dem Gleichgewicht gerät. Was das vaginale Mikrobiom betrifft, so führt dies zu vielen Totgeburten und Frühgeburten. Auch das Darmmikrobiom hat einen erheblichen Einfluß auf das Risiko, sich mit HIV zu infizieren. Das ist der Grund, warum all diese Kinder unterernährt sind.
Es liegt nicht daran, daß sie nicht genug Kalorien zu sich nehmen auch wenn es Extremfälle gibt, in denen sie wirklich hungern müssen. Meistens ist es so, daß sich ihr Darm entzündet und deshalb ist es wichtig zu verstehen, welche Nahrungsmittel oder Eingriffe es gibt, damit die Kinder auf ihren Wachstumspfad kommen. Das hilft ihnen nicht nur beim Überleben, sondern bedeutet auch, daß sie im Wesentlichen ihr Potential ausschöpfen. Was für diese Entwicklungsländer das Wichtigste ist, nämlich ihre Humanressourcen.<<
Frankreich: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Bizarrer Auftritt in der Normandie: Bidens Gesundheitszustand wird**

immer fragwürdiger

Im Rahmen der Gedenkfeier zum 80. Jubiläumstags des D-Day legte Joe Biden einen irritierenden Auftritt hin. Der 81-Jährige schien in mehreren Szenen nicht Herr seiner Sinne zu sein. Unter anderem behauptete er, Wladimir Putin schon seit über 40 Jahren zu kennen.

Von *Redaktion*

In Frankreich wurde am Donnerstag dem Jahrestag des D-Days, der Landung der Alliierten in der Normandie, gedacht. Zu Gast war neben Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz auch US-Präsident Joe Biden. Der 81-Jährige legte einen bizarren Auftritt hin. Insbesondere auf Social Media wurde über den Geisteszustand von Biden heftig diskutiert. Eine oft geteilte Szene zeigt Joe Biden, wie er dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron die Hand gibt.

Schon dabei wirkt er etwas verwirrt. Danach dreht er sich plötzlich weg und wendet sich seiner 73-jährigen Frau Jill zu, die rechts von ihm steht. Dabei nimmt der US-Präsident eine ungewöhnlich gebückte Haltung ein.

Außerdem schien er sich im Rahmen seiner Rede zu verhaspeln. Er forderte die Europäer auf, die Ukraine in ihrem Krieg gegen Rußland weiterhin zu unterstützen. Dabei erklärte Biden wortwörtlich: "Sie haben enorme Verluste gegenüber Rußland erlitten - die Zahlen sind erschütternd, 350.000 russische Soldaten sind tot oder verwundet."

Noch mehr Fragen wirft jedoch ein Interview auf, daß er am Rande der Gedenkfeier gegenüber ABC gab. Hier erklärte Biden angesprochen auf Rußlands Präsident Wladimir Putin: "Ich kenne ihn seit über 40 Jahren. Er macht mir seit 40 Jahren Sorgen. Er ist kein anständiger Mann". Daß Biden den russischen Präsidenten schon vor über 40 Jahren kennenlernte, gilt jedoch als ausgeschlossen. Damals war Putin als verdeckter Geheimoffizier für den KGB tätig.

Weitere in den sozialen Medien veröffentlichte Aufnahmen scheinen zu zeigen, wie Jill Biden ihren Mann von den Feierlichkeiten wegführt, während Emmanuel Macron bei den Kriegsveteranen bleibt und weiterhin Musik gespielt wird. Auch dieses Verhalten erregte Aufmerksamkeit. Eine offizielle Stellungnahme des Weißen Hauses zu diesem ungewöhnlichen Abgang liegt bisher nicht vor. Trotz seines fraglichen Gesundheitszustandes kandidiert Biden erneut für die US-Präsidentschaftswahlen, die im November dieses Jahres stattfinden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Widerlich: "Grünen-Politikerin" feixt über Polizisten-Mord von Mannheim - Ökosozialisten finden es zum Lachen**

Es ist einfach nur noch abstoßend, nur noch widerlich: Eine Abgeordnete der "Grünen" hat sich im Berliner Landesparlament unter dem Gelächter ihrer ökosozialistischen Fraktion über den Polizisten-Mord von Mannheim lustig gemacht!

- Es geschah während der Fragestunde im Berliner Abgeordnetenhaus. Ein AfD-Parlamentarier hatte wissen wollen, was aus den angekündigten verschärften Abschiebungen von Schwerkriminellen und Terror-Unterstützern nach Syrien und Afghanistan geworden ist. Innensenatorin Iris Spranger (SPD) setzte zur Antwort an: "Der schreckliche Tod von Mannheim zeigt uns natürlich …" - weiter kam sie nicht.

Aus der "Grünen-Fraktion" kam der schrille Zwischenruf: "Mannheim ist tot?". Das Sitzungsprotokoll vermerkt an dieser Stelle: "Lachen bei den GRÜNEN …".

Innensenatorin Spranger reagierte fassungslos: "Ich würde darüber nicht lachen! Da oben sitzen Kolleginnen und Kollegen …" Sie wies auf die Tribüne im Berliner Landesparlament, wo mehrere Polizeibeamte als Zuschauer Platz genommen hatten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Juni 2024 (x1.378/…): >>**D-Day: Die letzten Geheimnisse**

Nicht die Schlacht um Stalingrad im Winter 1942, sondern die alliierte Invasion am 6. Juni

1944, also vor 80 Jahren, brachte im Zweiten Weltkrieg die Entscheidung. Die Ereignisse und bislang auch unbekannte Zusammenhänge beleuchtet das Buch "Verrat in der Normandie" von *Friedrich Georg*.

In "Verrat in der Normandie" befaßt sich der Zeitgeschichtler und Autor Friedrich Georg vor allen Dingen mit der zentralen Frage, wie es angehen konnte, daß die monatelange Vorbereitung der größten Armada der Weltgeschichte für die deutsche Seite voller Geheimnisse blieb.

Die Öffentlichkeit in Großbritannien schien indes "ziemlich genau zu wissen, was da vorging", wie sich ein US-Zeitzeuge später erinnerte. Britische und amerikanische Soldaten "spürten, daß der D-Day nicht mehr weit sein konnte, als sie noch einmal 24 Stunden Ausgang bekamen", heißt es in seinen Aufzeichnungen weiter. Potentielle französische Partisanen und die deutsche Abwehr erfuhren aus verschlüsselten Durchsagen der BBC Anfang Juni 1944, daß die Invasion unmittelbar bevorstehen mußte.

Festungen waren gestern …

Der britische Historiker Antony Beevor, der sich ebenfalls intensiv mit den Hintergründen und Merkwürdigkeiten der ersten Tage im Juni 1944 befaßt hat: "In Erwartung der Invasion hielt sich Hitler im Berghof, seiner Alpenresidenz oberhalb von Berchtesgaden, auf. Am 3. Juni - die Schiffe der Alliierten wurden gerade beladen - feierte man dort mit großem Pomp eine Hochzeit: Eva Brauns jüngere Schwester Gretel heiratete SS-Gruppenführer Hermann Fegelein."

Hitler habe auf den Atlantikwall vertraut, der angeblich von Norwegen bis zur Grenze Spaniens reichte, aber eher ein Produkt der NS-Propaganda war. Seit der Überwindung der Maginot-Linie mußte dem NS-Diktator eigentlich klar gewesen sein, daß solche Festungen im Bewegungskrieg der neueren Zeit keine Rolle spielen konnten.

Generalfeldmarschall Erwin Rommel, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, war sich nach seinen eigenen Erklärungen bewußt, daß die ersten zwei Tage der alliierten Landung entscheidend sein würden. Offenbar hatte er zu diesem Zeitpunkt aber nicht damit gerechnet. Denn er verließ sein Hauptquartier im Schloß La Roche-Guyon und reiste am 5. Juni zum Geburtstag seiner Ehefrau ins 1.800 Kilometer entfernte Herrlingen, um mit ihr zu feiern.

Dabei hatte das französische Programm der BBC am 1. Juni in eindringlichem Ton eine "persönliche Nachricht" verlesen lassen. Die Botschaft konnte kaum klarer sein: "Die Stunde der Schlacht ist nah." Am frühen Abend des 5. Juni folgte eine weitere Botschaft. Sie lautete: "Die Würfel sind gefallen."

… und Speidel ging zu Bett

Während Rommel in Herrlingen weilte, führte sein Stabschef General Hans Speidel die Geschäfte. In der Invasionsnacht erfreute sich eine Runde von Speidels Leuten an einem Trinkgelage. Der britische Historiker David Irving hat diesen Umstand in den neunziger Jahren in einem seiner Bücher wie folgt aufgespießt: "Draußen war der Mond aufgegangen, der Cognac belebte in warmen, goldenen Strömen die Unterhaltung."

Durch eine Serie von Telefonanrufen wurde Speidel dann davon unterrichtet, daß die Invasion begonnen habe oder am Morgen des nächsten Tages, des 6. Juni, beginnen werde. Speidel blieb dennoch bei seinen Gästen, die erst gegen Mitternacht aufbrachen. Um 1:00 Uhr ging der General zu Bett.

Rommel aber war weit weg, während die ersten alliierten Fallschirmjäger in der Normandie absprangen. Erst am Abend des ersten Invasionstages erreichte der Feldmarschall sein Hauptquartier im Schloß La Roche-Guyon. Da hatten sich die alliierten Truppen bereits festgesetzt.

Rommel hatte nicht die geringste Ahnung, daß sein Stabschef Speidel sich weniger auf die Abwehr der alliierten Invasion konzentrierte als auf die Verschwörung gegen Hitler.

Ganz anders handelte der weniger einflußreiche General der Artillerie Erich Marcks, der unter den Reichskanzlern von Papen und von Schleicher 1932/33 Leiter der Pressestelle der Reichs-

regierung gewesen war. Zwei seiner drei Söhne waren bereits gefallen, Marcks selbst hatte im Ersten Weltkrieg ein Auge und 1941 ein Bein verloren. In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni war er in Erwartung der Invasion im Bunker geblieben. Er fiel am 12. Juni 1944.
Nicht zu erreichen war während der alliierten Landung Generalmajor Feuchtinger, der sich zu einem Schäferstündchen nach Paris begeben hatte. General Marcks war kurz vor seinem Tod entrüstet über die offenbar unüberwindbaren Schwierigkeiten, die bereitstehenden deutschen Panzerarmeen gegen die gelandeten Invasionssoldaten in den Kampf zu werfen, bevor die gigantische Luftüberlegenheit der Anglo-Amerikaner dies unmöglich machen würde.

Ungeheuerliche Wucht

Laut übereinstimmenden Historikererkenntnissen war Hitler in dieser Nacht nach einer Unterhaltung mit Eva Braun und Goebbels über Filme und die Weltlage bis 2:00 Uhr gegen 3:00 Uhr morgens zu Bett gegangen. Erst am Nachmittag des 6. Juni habe der Oberbefehlshaber der Wehrmacht die Panzerdivisionen zum Einsatz freigegeben. Zu einem massiven deutschen Gegenangriff mit Panzern, den die Luftlandetruppen durchaus erwartet hätten, ist es nicht mehr gekommen. Nach Auffassung von Hitlers Luftwaffenadjutanten von Below, der auf dem Berghof Dienst tat, habe Hitler die wahre Stärke der Alliierten in der Luft und auf dem Meer nicht zur Kenntnis genommen.
Auch der von den Alliierten befürchtete Großeinsatz der deutschen Kriegsmarine und insbesondere der auf ihren Basen in der Bretagne stationierten deutschen U-Boote gegen die Landungsflotte blieb aus. Dabei zeigten sich die deutschen Soldaten beim Anblick der Invasionsschiffe tief erschüttert. Einer hält fest: "Die Invasionsflotte war wie eine riesige Stadt mit Hochhäusern aus dem Meer am Horizont aufgetaucht - ungeheuerlich."

"Fast geheult vor Wut"

Über die Gegebenheiten der Luftstreitkräfte schrieb Oberstleutnant Josef Priller, Kommodore des Jagdgeschwaders 26 "Schlageter": "Die Anglo-Amerikaner hatten 12.837 Flugzeuge für die Invasion bereitstehen. ... Von den rund 13.000 Flugzeugen waren 5.409 Jäger." Priller aber war mit lediglich einem weiteren Kameraden in den Kampfraum geflogen und hat "fast geheult vor Wut, daß ich nur zwei Maschinen hatte".
Der Chef der Luftwaffe, Reichsmarschall Göring, hatte versagt und sich in den Kriegsjahren für alles Mögliche interessiert, aber kaum für die Erfordernisse einer starken Luftabwehr beziehungsweise einer schlagkräftigen Jägerwaffe. Dabei verfügte Deutschland über die in jeder Hinsicht besten Jagdflugzeuge, die aber nicht hinreichend gefördert und ausreichend produziert wurden. So kam es, wie es letztlich kommen mußte.
Friedrich Georgs Werk "Verrat in der Normandie" hat es wirklich in sich! Selbst geschichtlich interessierte Zeitgenossen erhalten Einblicke, die so bislang nicht möglich waren.<<

08.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Juni 2024 (x1.383/…): >>**279.000 Menschen gingen 2023 vorzeitig abschlagsfrei in Rente**

Die vorgezogene, abschlagsfreie Altersrente für besonders langjährig Versicherte wird weiterhin stark in Anspruch genommen. Die Zahl derer, die im vergangenen Jahr die sogenannte "Rente mit 63" genutzt haben, lag bei 279.000 Personen. Im Vorjahr 2022 hatte sie noch bei 262.000 Versicherten gelegen - ein Anstieg um 17.000. Das geht aus aktuellen, noch unveröffentlichten Daten der Deutschen Rentenversicherung hervor, über die die "Rheinische Post" berichtet.
Demnach nahm auch die Zahl älterer Arbeitnehmer weiter zu, die für einen vorzeitigen Rentenbeginn Abschläge in Kauf nahmen. 2023 gingen 243.862 Menschen vorzeitig mit Abschlägen in Rente, im Jahr zuvor waren es mit 223.580 noch rund 20.000 weniger. Daß längeres Arbeiten bei vielen Menschen weiterhin nicht besonders hoch im Kurs steht, zeigt sich auch daran, daß viele Ältere weiterhin Abschläge in Kauf nehmen, um vor dem regulären Renten-

eintrittsalter in den Ruhestand zu gehen.
Die reguläre Altersgrenze steigt seit 2012 schrittweise von 65 auf 67 Jahre. Wer vorher in Rente gehen will, muß akzeptieren, daß seine Bezüge dauerhaft für jeden Monat, um den der Rentenbeginn vorgezogen wird, um 0,3 Prozent gekürzt werden. Im vergangenen Jahr nahmen das mit fast 244.000 Menschen knapp 26 Prozent der insgesamt knapp 953.000 älteren Menschen in Kauf, die in Altersrente gingen.
2022 war der Anteil ebenso groß, allerdings begannen mit 875.000 Menschen deutlich weniger ihre Altersrente. Im Durchschnitt wurden die mit Abschlägen vorgezogenen Renten im vergangenen Jahr 30 Monate vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Anspruch genommen. 2011 waren es durchschnittlich noch 36 Monate bei einem deutlich höheren Anteil der vorgezogenen Renten an allen Altersrenten von 48 Prozent, wie aus den Daten der Rentenversicherung hervorgeht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Strafanzeige gegen Kita: "Sexualpädagogisches Konzept" für Kleinkinder**
Ein Teilnehmer eines Elternabends über die "Sexualentwicklung meines Kindes" zeigt sich besorgt: Auf dem Vortragsabend des SOS-Kinderdorfes in Worpswede soll es auch um "Genitale Exploration" gegangen sein. Während die Polizei dafür keinen Anhaltspunkt sieht, hält sich die Einrichtung bedeckt.
Von *Redaktion*
"Genitale Exploration" und das Genießen von Nacktheit im Kindergarten? Genau das wird immer häufiger zum Thema pädagogischer Konzepte in deutschen Kindertagesstätten. Auch die öffentliche Einrichtung des SOS-Kinderdorfs im niedersächsischen Worpswede fällt mit derartigen Ausführungen über die "Sexualentwicklung" von Kindern auf, berichtet ein anonymer Teilnehmer eines Themen-Elternabends gegenüber Apollo News. Auf Nachfrage wollte sich die Einrichtung nicht äußern. Es liegt eine Anzeige wegen Kindeswohlgefährdung vor.
Konkret geht es um ein "sexualpädagogisches Konzept", das auf einem freiwilligen Elternabend am 27. Mai besprochen worden sein soll - eine dahingehende Anfrage an das SOS-Kinderdorf blieb unbeantwortet. Der Teilnehmer erklärt gegenüber Apollo News, die Referentin, als Sozialpädagogin und Fachberaterin für sexualisierte Gewalt beim SOS-Kinderdorf angestellt, habe verschiedene Konzepte für Ein- bis Zweijährige, Drei- bis Fünf- und Sechs- bis Zwölfjährige unter dem Titel "Die Sexualentwicklung meines Kindes" dargelegt.
Für die jüngste Kohorte habe die Referentin über wünschenswerte Vorstöße im Kindesalter gesprochen, beispielsweise das Berühren von Genitalien. Auf Nachfrage aus dem Publikum habe die Sozialpädagogin diesen Punkt weiter ausgeführt, berichtet der Teilnehmer. So habe beispielsweise ein Kind während des gemeinsamen Duschens an dem Geschlechtsteil des Vaters gezogen, soll sie anekdotisch erklärt haben. Das könnte den Kindern beim Verstehen der menschlichen Physiognomie und der eigenen körperlichen Abläufe helfen. Die Referentin soll derartige Vorstöße positiv beschrieben, nicht jedoch für den Kita-Alltag gefordert haben.
Polizei sieht keinen Anhaltspunkt für Kindeswohlgefährdung
Während dieser Ausführungen soll die Sozialpädagogin immer wieder betont haben, daß es ihr um den Schutz der Kinder ginge. Fragwürdige Vorstöße wie "Menstruationsräume" oder "Original Play" lehnte sie entschieden ab. Auf eine zweite Nachfrage, ob der Elternabend in dieser Form stattgefunden hat, welche Themen zu welchem Zweck besprochen wurden und inwiefern sich die Inhalte im Kita-Alltag wiederfinden könnten, äußerte sich das SOS-Kinderdorf gegenüber Apollo News erneut nicht.
Währenddessen stellte die familienpolitische Sprecherin der AfD in Niedersachsen, Vanessa Behrendt, Strafanzeige wegen Kindeswohlgefährdung. Daß Eltern auf dem Themenabend angeleitet wurden, das Anfassen von Genitalien durch Kinder zu etablieren, konnte sich laut Po-

lizei allerdings nicht bestätigen. "Aus diesen Vernehmungen hat sich nicht ergeben, daß sich dieser Vorwurf in irgendeiner Form erhärten kann", sagte ein Sprecher der Polizei Verden gegenüber Apollo News.
Mehrere Teilnehmer des Elternabends waren als Zeugen vernommen worden. Der Bericht mit den polizeilichen Erkenntnissen wird demnächst der Staatsanwaltschaft zur juristischen Prüfung übergeben. Ob die Strafanzeige wegen Kindeswohlgefährdung zu weiteren Ermittlungen führt, entscheidet sich also in den kommenden Wochen.
Der Teilnehmer zeigte sich währenddessen erleichtert, daß die Kita in Worpswede keinerlei sexualpädagogisches Konzepte verfolgt, das eine Frühsexualisierung der Kinder in Abwesenheit der Eltern anstrebt. Und dennoch äußerte er sein Unbehagen: "Für mich ist das eine fremde Welt, Kleinkinder in den Bereich der Sexualität zu drücken, in welcher Form auch immer", erzählte er gegenüber Apollo News. "Sie hat so argumentiert, daß eine Enttabuisierung, auch begriffliche Enttabuisierung, dazu beiträgt, daß sich Kinder im Falle von sexueller Gewalt eher trauen, darüber zu sprechen, als wenn alles tabuisiert ist."

SOS-Kinderdorf weltweit wegen Mißbrauchsskandal in der Kritik

Derartige Vorstöße sind in Deutschland nichts Neues. Einige Einrichtungen streben sogar eine absurde Frühsexualisierung der Kinder an, etwa ein Kindergarten in Kerpen, der bereits im November 2023 ein sexualpädagogisches Konzept entwarf, das Masturbationsräume für Kinder vorsah. Und auch die SOS-Kinderdorf-Organisation ist nicht das erste Mal in den Schlagzeilen.
Erst im vergangenen Jahr legte eine unabhängige Kommission einen Prüfbericht vor, der eklatante Vergehen an Kindern über Jahrzehnte in SOS-Kinderdorfeinrichtungen offenbarte. Nachdem 2021 erste Verdachtsfälle von Kindesmißbrauch öffentlich wurden, beauftragte die Nichtregierungsorganisation SOS-Kinderdorf eine Kommission mit der weltweiten Aufklärung der Vorkommnisse.
Das Ergebnis: Vergewaltigungen, Kinderschwangerschaften und Zwangsabtreibungen in über 20 Ländern wurden seit den 1980er Jahren von den SOS-Kinderdörfern verschwiegen. Auch in den 2010er Jahren soll es noch zu schwerwiegenden Vorfällen, beispielsweise in Nepal, gekommen sein. In Deutschland konnte die Sonderkommission ebenfalls Hinweise sammeln: 160 Fälle von Kindesmißbrauch könnte es demnach in deutschen Einrichtungen gegeben haben.
Der empörende Kommissionsbericht konterkariert somit die eigentliche Mission der SOS-Kinderdörfer, die auf ihren Webseiten stets mit dem Kindesschutz werben. Auch die Einrichtung in Worpswede hält an dem Ziel fest, "die Kinder und Jugendlichen zu stabilisieren und zu entlasten, um in einer Situation von erlebter Gewalt einen sicheren Ort anzubieten und sie darin zu bestärken, Ihren eigenen Gefühlen und Grenzen zu vertrauen."
Ein weiterer relevanter Faktor: die SOS-Kinderdorfeinrichtungen in Deutschland sind der öffentlichen Hand zur Rechenschaft verpflichtet, weil sie in Teilen aus öffentlichen Mitteln, sprich Steuergeldern finanziert werden. Bezogen auf den Vortrag zur "Sexualentwicklung" von Kleinkindern bedeutet das: Der Staat trägt mögliche "sexualpädagogischen Konzepte" mit und unterstützt sie durch öffentliche Gelder.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Potsdamer "Geheimtreffen": Haldenwang schließt Weitergabe von Informationen nicht aus!**

Der Präsident des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang (CDU), könnte laut Berliner "Tagesspiegel" doch Informationen seiner Behörde über das Potsdamer "Geheimtreffen" von privaten Akteuren und AfD-Politikern u.a. an das Lügenportal "Correctiv" weitergegeben haben. Dies legen Antworten des Verfassungsschutzes nahe, die der Inlandsgeheimdienst nach einer Klage der Zeitung auf Grundlage des presserechtlichen Auskunftsanspruchs vor dem Kölner Verwaltungsgericht erteilen mußte (Az.: 6 L 565/24).

Zu Jahresbeginn hatte Haldenwang noch erklärt, es sei ausgeschlossen, daß Informationen zum Potsdamer "Geheimtreffen" an die Presse weitergegeben wurden.
Der Vorgang ist zudem deshalb brisant, weil auch die Bundesregierung auf Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion behauptet hatte, daß gegenüber Journalisten "keine Informationen bekannt gegeben" worden seien.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Börsenchef-Wutrede: Wir werden Entwicklungsland!**
Welch ein Wutausbruch! Noch nie sei das Ansehen des Landes so schlecht gewesen wie heute, und Habeck sei "eine "Katastrophe". Das sagt Theodor Weimer, Chef der Deutschen Börse. Am 17. April hielt er nachfolgende Rede in München, die aber erst jetzt öffentlich wurde. Wir dokumentieren den Wortlaut leicht überarbeitet und gekürzt. Zum Verständnis: Die Rede wurde frei und emotionalisiert gehalten. …
Ich habe inzwischen mein 18. Treffen mit unserem Vizekanzler und Wirtschaftsminister Habeck hinter mir, und ich kann Ihnen sagen, es ist eine schiere Katastrophe. Ja?
Am Anfang war ich ... voller Begeisterung, er hat super zugehört, er hat auch ein paar Dinge richtig gemacht, aber inzwischen kommen die Fundamentalisten eben immer mehr durch.
Ich habe direkte Kenntnis, meine Damen und Herren, was die internationalen Investoren über Deutschland sagen. Was ich heute Abend hier vortrage, ist O-Ton - das ist nicht eine Weimer-Interpretation, sondern das sagen die Investoren mir als dem Deutsche-Börse-Chef.
Wo sind deutsche Tugenden?
Ich will Ihnen heute nicht den Abend verderben, aber eines ist klar: so schlecht wie jetzt war unser Ansehen in der Welt noch nie. Noch nie!
Ich sage Ihnen das, was die guten Investoren mir sagen, in Gesprächen, und ich kann Ihnen sagen, die schütteln nur noch den Kopf. Die sagen mir: "Wo sind denn eigentlich, lieber Theodor, die deutschen Tugenden geblieben? Wir wissen nicht mehr, wie wir euch in Deutschland lesen sollen."
Die Gespräche mit Investoren haben fatalistischen Charakter. Die Investoren sagen, wenn ihr so weiter macht, werden wir euch noch weiter meiden, werden noch weiter rausgehen aus Deutschland. Die Wahrheit ist die: Internationale Investoren investieren nur noch in Deutschland opportunistisch, weil sie sagen: "Ihr seid so günstig."
Wir sind zum Ramschladen geworden. Die Bewertung, der hohe DAX, den wir im Moment haben, der ist nicht getrieben von starken Fundamentdaten, sondern der ist opportunistisch getrieben, weil so viel Geld da ist, daß die Investoren sagen: Na gut, in Deutschland legen wir auch noch Geld hin.
Gespräch mit Schäuble
Aber fundamental sagen die, was ihr macht, ist einfach bekloppt, ist einfach bekloppt. Politisch zeigt ihr überhaupt keine Führungsstärke mehr. Was ich mir anhören muß, selbst in Asien, in Asien, wo man ja Gesichtswahrung ganz groß schreibt…Inzwischen sagen die Leute in Singapur, sag mal, was leistet ihr euch eigentlich da für eine Regierung? Ihr seid auf dem besten Weg, O-Ton, zu einer richtigen alten Ökonomie zu werden. Ihr seid das Japan Europas. Ist euch das klar? Ihr lauft auf dem japanischen Pfad, ihr glaubt ja selbst nicht mehr an Wachstum. Ihr glaubt ja selbst nicht mehr an Wachstum.
Und ich erinnere mich, ich bin ja parteipolitisch übergreifend tätig, ich erinnere mich an Gespräche mit Wolfgang Schäuble, wir beide haben uns sehr geschätzt. Ich habe zum Wolfgang gesagt: "Wolfgang, du glaubst auch nicht mehr an Wachstum!" Und da sagt der mir: "Ja, wir wissen nicht mehr, alle Leute sagen, das geht nicht mehr."
Das ist dummes Zeug. Man kann wachsen! Aber wir sind in der neuen Welt angekommen. Die letzten 30 Jahre sind wir gewachsen durch Wachstum vom Welthandel, durch Globalisierung, und die letzten 10 Jahre, die nächsten 20 Jahre werden wir wachsen durch Technologie.

Technologie ist der Treiber des Wachstums, und nicht mehr der Welthandel.
Wirtschaftspolitisch, sagen die Investoren, fehlt uns der Kompaß, der ordnungspolitische Kompaß. Wir sind längst im Big Government angekommen, wie mir gesagt wird. Die Regierung glaubt, uns vor allem schützen zu müssen. Verdammt, ich will gar nicht geschützt werden von dieser Regierung! Ja?
Ich muß mir sagen lassen, wo meine Frau und ich investieren dürfen. Meine Frau, die macht eben auch mal Investments, weil wir das unternehmerisch für richtig halten, und dann muß ich irgendwie 40 Seiten ausfüllen und nachweisen, dann erklärt mir ein Banker: "Herr Dr. Weimer, Sie können die Investitionen machen, Sie haben die Zertifizierung im Investment, Ihre Frau nicht."
Das ist doch bekloppt! Das ist doch bekloppt! In Amerika sagen die: Das kann doch überhaupt nicht wahr sein. Wir sind ökonomisch gesprochen auf dem Weg zum Entwicklungsland. Wir machen uns klein vor Brüssel und vor Berlin, und zwar wir Unternehmer, ja.
Und die Amerikaner sagen mir klipp und klar ins Gesicht: Hört auf, wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und darauf zu warten, daß die Schlange zubeißt.

Autoindustrie kaputt gemacht

Der Unterschied ist doch inzwischen, in USA sagen die: "Ist uns doch egal, welcher alte Mann Präsident wird. Wir als Unternehmer, wir führen das Land, ist uns doch völlig egal."
Die Wirtschaftspolitik, die nächsten zehn Jahre werden eine Bonanza in USA, vollkommen klar, egal, welcher Präsident da ist. ... Wir haben die Automobilindustrie kaputt gemacht. Mir tut es in der Seele weh.
Und wir haben uns doch durch unsere fatale Diskussion das Geschäftsmodell Deutschland kaputtreden lassen, haben die Energie nach oben gezogen, haben damit durch die CO2-Vorgaben die Automobilisten in die falsche Ecke gezwungen, aus der sie nicht mehr rauskommen. Und jetzt heult der Bosch, jetzt heult mein Freund Stefan Hartung, Chef von Bosch, sagt, ja, wie soll das weitergehen. Und, by the way, die nächsten 35 Jahre werden wir noch Verbrenner haben. Was wir machen, ist Wahnsinn!
Und dann erklärt mir mein Aufsichtsrat noch: "Ja, ja, wir müssen auch CO2 und so weiter, wir müssen die Dienstwagen kleiner machen." Das ist doch dummes Zeugs! Wir müssen Dienstwagen wieder groß machen. Das schafft nämlich Wachstum. Das sind doch die Investitionen, die wir brauchen.
Unsere Migrationspolitik, ich will nicht zu politisch werden, wird allseits als vollkommen falsch empfunden, vollkommen klar. Unsere Ausrichtung am Gutmenschentum wird nirgends geteilt.
Migration ökonomisch heißt, du holst, wenn du Facharbeitermangel hat, Leute rein, die arbeiten, die deine Sprache sprechen und die Sozialprodukt generieren - aber nicht, die zu 50 Prozent das Bürgergeld abkassieren und das irgendwo hinschicken.

Keine Gewinne mehr

Bei der Digitalisierung haben wir nichts hingekriegt. Gar nichts hingekriegt! Gar nichts hingekriegt! Wenn Sie sich Estland angucken, was Estland geleistet hat, wo Sie in drei bis fünf Minuten eine Steuererklärung machen. Wo Sie jede Geschichte online machen können. Und bei uns muß der Weimer, der jedes Quartal zweimal ein irgendwie geartetes Führungszeugnis braucht, das ist eh schon Schwachsinn, muß ich jedes Mal nach Wiesbaden, in die Stadt Wiesbaden fahren, da kann ich noch nicht mal meinen Fahrer schicken, da muß ich selbst erscheinen, um ein Führungszeugnis zu beantragen und abzuholen. Ich mein', wo sind wir angekommen?!
Tatsächlich, die deutschen Unternehmen machen nur noch einen Bruchteil ihres Umsatzes in Deutschland, das ist ja okay, sie machen aber noch einen viel kleineren Bruchteil des Gewinns hier. Das Problem ist, der Gewinn wird nicht mehr hier produziert. Und durch den Inflation

Reduction Act in USA sind alle Unternehmer nach USA gegangen.

"S'isch over"

Wir sind an einem Punkt angekommen, meine Damen und Herren, wo die Unternehmer wieder sagen: "Wir machen nicht mehr mit." Der Staat wird es nicht richten, um es ganz deutlich zu sagen, er wird es nicht richten, die ausländischen Investoren ziehen sich zurück. Wir befinden uns nach allen Rankings nicht nur inzwischen weit unten, sondern die Tendenz geht weiter Richtung Süden, meine Damen und Herren. Und das muß dringendst geändert werden, und das geht nur, indem wir in solchen Runden wie diesen ganz klar die Dinge aussprechen.

Die Zeiten, wo man gesagt hätte: "Redet doch bitte Deutschland nicht schlecht", it's over, s'isch over, würde der Wolfgang Schäuble gesagt habe: "S'isch over." Ja? Wir müssen der Realität ins Auge blicken, und wir müssen uns auf unsere Tugenden wieder besinnen, und da gehört auch ein bißchen Fleiß dazu. Ja? Was wir angerichtet haben mit dieser Work-Life-Balance-Geschichte, was wir angerichtet haben mit Home-Office, darüber können wir gleich diskutieren. Ich danke Ihnen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29049" berichtet am 8. Juni 2024 (x1.379/…): >>**FED - den größten Raub aller Zeiten beenden**

Viele Menschen sind bereits jetzt in Schockstarre angesichts des bevorstehenden Finanzcrashs. Sämtliches Hab und Gut droht verloren zu gehen. Doch wieso gibt es überhaupt globale Finanzcrashs? Wer profitiert? Hat das was mit der Agenda 2030 und dem Great Reset zu tun? …

Existentielle Krisen halten die Weltbevölkerung in Atem. Auch der bevorstehende Finanzcrash ist in nahezu aller Munde. Viele sind schon jetzt in Schockstarre, denn die Welt wurde bereits durch etliche Finanzcrashs erschüttert, wie der Black Friday 1929 oder der Crash von 2008. Jedes Mal verloren Menschen ihr Hab und Gut. Und nun soll der definitiv größte und folgenschwerste Crash vor der Tür stehen.

Der gigantische Schuldenberg, auf dem nahezu alle Länder weltweit sitzen, läßt nichts Gutes erahnen. Doch wieso gibt es überhaupt globale Finanzcrashs? Und wieso soll nun der kommende der größte und folgenschwerste sein? Was genau sind die Folgen? Was die Ursachen? Wen trifft es am meisten? Wer profitiert? Hat das etwas mit dem Great Reset zu tun? Auf was soll es hinauslaufen? Kann man das noch stoppen? Diesen Fragen gehen wir in dieser Sendung nach.

Eine gigantische Schuldenblase platzt - Teil des Great Reset

Die Gründung des Federal Reserve Systems FED 1913 in den USA als privates Bankensystem führte zum Aufbau eines weltweit operierenden Bankenkartells. Das Geldschöpfungsmonopol kam per Gesetz in die Hände weniger führender Wallstreet-Banker. Für eine weitere Machtausdehnung sorgten u.a. die Installation der BIZ (1930), sowie des IWF und der Weltbank (1944), beides Sonderorganisationen der UNO. Sie vergeben gigantische Kredite aus dem "Nichts" als Fiat Money und treiben mit ihren Rückzahlungsforderungen ganze Völker in den Ruin. Mit Hilfe der UN-Agenda 2030 wird diese Entwicklung final vorangetrieben. Sie fordert nämlich von ihren Mitgliedsstaaten eine milliardenschwere Bewältigung global inszenierter Krisen.

Diese gigantische, künstlich aufgeblähte Schuldenblase ist laut dem Wirtschaftsexperten Ernst Wolff weitaus größer als die Summe aller globalen Ressourcen, Infrastrukturen, Bodenschätze usw. Sie kann daher niemals mehr getilgt werden. Mit dem lange vorbereiteten und gezielt eingefädelten Platzen dieser Schuldenblase soll eine komplette globale Neuordnung eingeläutet werden, der Great Reset: Dieser sieht die vollständige Enteignung und Entmündigung, ja Versklavung der Bürger unter den Finanzoligarchen vor.

Der Great Reset und die Agenda 2030

Great Reset nennt sich die Agenda des WEF und der angeschlossenen Nichtregierungsorgani-

sationen, den sogenannten NGO's, zur Übernahme der Weltmacht. NGO's werden von Finanzoligarchen kontrolliert. Diese steuern die Zentralbanken, welche das Geldsystem seit über 100 Jahren beherrschen. Über ihre Vermögensverwalter wie Black Rock und Vanguard häufen sie leistungslos gigantische Vermögen sowie Gold, Industriekonzerne, Gas, Öl, Rohstoffe, Ländereien und öffentliche Infrastruktur an. Sie korrumpieren weltweit führende politische, industrielle, militärische und richterliche Entscheidungsträger und binden sie an ihre Schattenregierung wie die Bilderberg-Gruppe, das Council on Foreign Relations, die WEF-Treffen in Davos und andere mehr.
Dieser Kreis läßt über hörige Politiker die Agenda 2030 des WEF und der UNO durch schicksalsbestimmende Gesetze umsetzen. Diese wiederum führen zur Enteignung der Völker über ruinöse Steuern und Lastenausgleichsforderungen, darüber hinaus zur Totalversklavung aller Völker durch programmierbares digitales Geld, Kontrolle über Nahrung, Energie und Gesundheit, sowie durch Überwachungstechnologien.

Wen würde das Platzen der Schuldenblase treffen - wer würde davon profitieren?

Im Jahr 2005 gab es eine Änderung des Konkursrechts in den Vereinigten Staaten. Seither können Vermögenswerte von Kunden nicht mehr zurückgefordert werden, noch nicht einmal, wenn ein Bankbetrug vorliegt. Sämtliche Vermögenswerte gehen in die Konkursmasse über. Doch diese Gesetzesänderung betrifft nicht alle Gläubiger, nämlich nicht die wenigen privilegierten, d.h. gesicherten Gläubiger. Das sind die Gründerbanken des FED bzw. deren Ableger, darunter die J. P. Morgan Bank.
Beim Zusammenbruch der Lehman Brothers 2008 beispielsweise wurden einzig der J. P. Morgan Bank ihre Vermögenswerte zurückerstattet -trotz betrügerischer Finanztransaktionen. Der Richter im damaligen Verfahren sagte ausdrücklich, daß J. P. Morgan zur geschützten Gruppe gehört. Damit wird deutlich, daß hinter dem Rücken der Bevölkerung die Gesetzgebung so verändert wurde, daß der Clan rund um das FED jeden Bankencrash überleben, während jeder andere seine Vermögenswerte vollständig einbüßen soll.

Fiat Money - wie die Schuldenblase entstand

Am 23.12.1913 wurde durch den Federal Reserve Act in den USA das private Zentralbanksystem FED eingeführt. Es wurde Vorbild für die weitere Etablierung von Zentral- und Notenbanken weltweit. Die FED ist ein Kartell von Großbanken, die das Geldschöpfungsmonopol hat. Durch einfache Buchungsvorgänge wird Geld in Form von Krediten aus dem Nichts erschaffen. Dieses Fiat Money Prinzip, also Geld aus dem Nichts zu erschaffen, erlaubt den angeschlossenen Banken, das neu erschaffene Geld in gleicher Weise zu vervielfachen. –
Bis zur vollständigen Tilgung dieser "Luftkredite" werden aber auch noch Zinsen und Zinseszinsen eingefordert. Die Gelder hierfür müssen wegen des Geldschöpfungsmonopols ebenfalls bei der FED und deren Ablegern in Form immer neuer Kredite geholt werden. Durch diesen Geldverleih mit Zins und Zinseszins entsteht eine gigantische Schuldenblase. Die Folge: Während sich die Gütermenge der Welt in den letzten 30 Jahren nur vervierfachte, hat sich die Geldmenge vervierzigfacht.

Die FED - das unfaßbar dreiste Finanzsystem

Seit der Einführung des FED 1913 können private Bankiers per Gesetz Kredite ohne Rücklagen oder Sicherheiten als reinen Buchungsvorgang vergeben und somit Geld aus den Nichts erschaffen. Kunden der Banken hingegen müssen für dieses wertlose Kreditgeld ihr Vermögen als Sicherheit hinterlegen und - bis zur vollständigen Tilgung des Kredits - sogar noch Zinsen und Zinseszinsen bezahlen. Und zwar jeweils, also Tilgung und Zinsen, mit realen Vermögenswerten.
Im Fall der USA müssen für "Nichts" inzwischen 1 Billion Dollar pro Jahr vom Staat und damit durch die Bürger an die Bankster gezahlt werden. Mit diesem Fiat-Money-Taschenspielertrick konnten die Großbanken praktisch das gesamte US-Volksvermögen an

sich raffen. Trefflich sagte der Automobil-Tycoon Henry Ford vor rund 100 Jahren: "Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution vor morgen früh."

Wer sind die Gründungsväter des FED?

Paul Moritz Warburg gilt zusammen mit John D. Rockefeller und Nelson Aldrich als Hauptinitiator der 1913 gegründeten US-Zentralbank FED. Die Warburgs werden hinter den Rothschilds als die zweitwichtigste Bankiersfamilie der Welt angesehen.

Denn bereits im Jahr 1798 wurde das Bankhaus Warburg in Hamburg von den zwei Brüdern Moses-Marcus und Gerson Warburg gegründet, ungefähr zur gleichen Zeit wie das Bankhaus der Rothschilds. Im Jahr 1814 wurden die Warburgs einer der ersten Geschäftspartner von Rothschild in London. Moritz Warburg absolvierte seine Ausbildung bei den Rothschilds in Italien und in Paris. Sein Sohn Max Warburg absolvierte in New Court, dem Londoner Hauptquartier der Rothschilds, einen Teil seiner Lehre.

Etliche Jahre später, im Jahr 1910 angekommen, zogen sich Nelson Aldrich und Führungskräfte der Banken von J. P. Morgan, Rockefeller und Kuhn & Loeb für zehn Tage zu einem streng geheim gehaltenen Treffen auf Jekyll Island, im US-Staat Georgia, zurück. Nelson war hochrangiger Politiker und zugleich Gesellschafter der Investmentbank J. P. Morgan und außerdem Schwiegervater des schwerreichen Ölmagnaten John D. Rockefeller Jr. – Zu den teilnehmenden Führungskräften auf Jekyll Island gehörten Frank Vanderlip, Präsident der National City Bank of New York, der mit den Rockefellers in Verbindung stand; Henry Davison, Seniorpartner der J. P. Morgan Company; Charles Norton, Präsident der First National Bank of New York, sowie Andrew Piatt, ein führender Wirtschaftsökonom aus Harvard.

Paul Moritz Warburg von Kuhn, Loeb & Co leitete das Treffen und schrieb die Grundzüge dessen, was als Aldrich-Plan bezeichnet werden sollte, ein Plan für die Neuordnung des Banken- und Geldsystems, der Grundstein für das spätere Federal Reserve System.

Der Landsitz, auf dem sie zusammengekommen waren, gehörte dem Mann, der zu jener Zeit als Spinne im Netz der Finanzindustrie galt: John P. Morgan. -- Die Geheimhaltung war deshalb nötig, um diesen einmaligen Schachzug gegen das US-amerikanische Volk, die Demokratie und die konkurrierende Großfinanz erfolgreich anzubahnen.

So gerissen und im Verborgenen der Plan entwickelt wurde, genau so geschickt und zielstrebig wurde die Gesetzesänderung drei Jahre später, am 23. Dezember 1913, ein Tag vor Heiligabend, durch den stark dezimierten Kongress mit 43 zu 25 Stimmen durchgewinkt. Woodrow Wilson, frisch gewählter US-Präsident, besiegelte noch am selben Tag den Federal Reserve Act und damit die Gründung der US-Zentralbank FED. Das US-Geldschöpfungsrecht und die globale Macht für das kommende Jahrhundert wurde auf acht Familien, darunter Warburg, Rockefeller und Morgan und deren Privatbanken übertragen.

Paul Moritz Warburg wurde Mitglied des ersten Aufsichtsrates in der Geschichte der FED. Während des 1. Weltkrieges wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Federal Reserve-Aufsichtsrats bestellt. Als Mitglied des Beraterstabes blieb Warburg der US-Zentralbank noch bis zum Jahr 1926 verbunden. Paul Moritz Warburg wurde 1921 zudem Gründungsvorstand des Council on Foreign Relations (CFR), eine im Hintergrund operierende privat organisierte Plattform für internationale Einflußnahmen. Die Position des Vorstandes beim CFR hielt er bis zu seinem Tod im Jahr 1932.

Oberst Elisha Garrison, ein Freund der US-Präsidenten Roosevelt und Wilson, bezeichnete zwar Warburg als die treibende Kraft für die Erschaffung der FED, er markierte aber klar Baron Alfred Rothschild aus London als Vordenker. Die Rothschild-Dynastie hatte in den USA bereits mehrfach eine Zentralbank unter ihrer Kontrolle installieren wollen. Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten im Jahr 1910 praktisch von England aus regiert wurden, und so ist es auch heute noch.

Die zehn größten Bank-Holdinggesellschaften in den Vereinigten Staaten sind fest in der

Hand bestimmter Bankhäuser, die alle Niederlassungen in London haben. Es sind die J. P. Morgan Company, Brown Brothers Harriman, Warburg, Kuhn Loeb und Henry Schroder. Sie alle unterhalten enge Beziehungen zum Haus Rothschild, vor allem durch die Rothschild-Kontrolle der internationalen Geldmärkte über die Manipulation des Goldpreises. Jeden Tag wird nämlich der Weltmarktpreis für Gold im Londoner Büro von N. M. Rothschild and Company festgelegt.

Welcher Natur sind die Gründungsväter des FED?

Nelson W. Aldrich war Mitglied bei den Freimaurern; er war unter anderem Vermögensverwalter der Großloge von Rhode Island. Der US-Dollar ist die offizielle Währungseinheit der Vereinigten Staaten. Der Ein-Dollar-Schein ist in seiner heutigen Form seit 1935 in Umlauf. Ein genauerer Blick liefert erstaunliche Fakten. Einer der beiden Schriftzüge auf der Rückseite der 1-Dollar-Note lautet "Novus ordo seclorum". Das ist Lateinisch und bedeutet "eine neue Ordnung der Zeitalter". Darüber befindet sich das Auge der Vorsehung über einer unvollständigen gemauerten Pyramide.

In der Tat ist das sogenannte "Auge der Vorsehung" bis heute eine zentrale Symbolik in Freimaurer-Logen. Die ägyptische gemauerte Pyramide ist ein Hinweis auf den Geheimbund der Illuminati. 1935 kam die Pyramide übrigens unter Präsident Franklin D. Roosevelt auf die Ein-Dollarnote.

Roosevelt war ein sehr aktives Mitglied der Freimaurer und empfing während seiner Präsidentschaftsjahre zahlreiche Freimaurer-Delegationen im Weißen Haus. Die römische Zahl MDCCLXXVI auf der untersten Stufe der unfertigen Pyramide auf der 1-Dollar-Note steht für das Jahr 1776. Sie ehrt damit aber nicht das Jahr der Unabhängigkeitserklärung der USA, sondern die Gründung des freimaurerischen Illuminatenordens von Adam Weishaupt in Ingolstadt im Jahr 1776.

Das Symbol des Geheimbundes ist die Eule der Minerva. Und interessanterweise schaut auf der Vorderseite des 1-Dollar-Scheins in der rechten Ecke hinter der Zahl EINS eine winzige weiße Eule hervor. Das fädenziehende Wesen der Freimaurerei trat schon bald nach deren Gründung zutage. Während des 1. Weltkrieges unterstützte das FED Großbanken bei der Kreditvergabe an verschiedene kriegsführende Nationen.

Auf diesem Weg wurden sie bleibend von der US-Hochfinanz abhängig, was diese zum eigentlichen Gewinner des 1. Weltkrieges machte. Während des 2. Weltkrieges wurde der US-Dollar zur globalen Leitwährung erklärt. Dadurch erhielt die FED die Oberherrschaft über alle Zentralbanken und wurde so zum eigentlichen Gewinner des 2. Weltkrieges.

FED-Gründung durch die Verbindung zur Politik

Seit Menschengedenken wird stets auch in Hinblick auf Reichtums- und Machtanhäufung geheiratet - so auch, als John D. Rockefeller Jr., einziger Sohn von John D. Rockefeller Sen. und reichstem Mann Amerikas, im Herbst 1901 Abby Aldrich, die einzige Tochter von Nelson Aldrich, ehelichte. Dieser war der Mehrheitsführer der Republikaner im US-Senat, ohne dessen Zustimmung kein Bundesgesetz verabschiedet werden konnte. Er war so mächtig, daß die Presse ihn den Generalmanager der Nation nannte. Mit dieser Heirat, sprich strategisch perfekten Fusion von Geld und Politik, war nun der politische Grundstein gelegt für die gesetzliche Einführung der Federal-Reserve-Bank im Jahr 1913.

Was hat das FED mit dem Untergang der Titanic zu tun?

Besitzer der White Star Line, einer Schiffsflotte, und damit später auch der Titanic war seit 1902 J. P. Morgan, eben jener zentrale Mitbegründer/Drahtzieher der FED. Ob Eisenbahnnetz, Elektrizität, Kohle, Telegraf, überall hatte er seine Hand darauf. Einzig auf Carnegie's Stahl und Rockefellers Öl hatte er keinen Zugriff. Er war so mächtig, weil er der einzige Amerikaner war, der das Vertrauen der Financiers in London, Paris und Berlin genoß. Die Bank Morgan & Company mit Sitz in der Wall Street 23 war der Schlüssel zur industriellen Revo-

lution den USA um 1900.
Sie war Kreditgeber, Aktionär und - zu dieser Zeit - inoffizielle Zentralbank der Vereinigten Staaten. J. P. Morgan gehörte zu einem Kreis krimineller Banker, welche in den USA das Federal Reserve System (FED) gründen wollten. An Bord der Jungfernfahrt seines Luxusdampfers Titanic befanden sich sehr einflußreiche und vermögende Personen wie Benjamin Guggenheim, Isidor Straus und andere Großindustrielle und Banker, allen voran aber John Jacob Astor. Er gehörte seinerzeit zu den Reichsten der Welt.
Diese einflußreiche Gruppe wollte das FED verhindern und so die globalstrategischen Langzeitpläne der Finanzoligarchen durchkreuzen. Astor und sein Kreis sollten daher unauffällig eliminiert werden. Als J. P. Morgan die Titanic vorsätzlich zum Sinken brachte, hinderte die Besatzung der Titanic die Astors und ihre Verbündeten gewaltsam daran, sich zu retten. Mit ihrem Tod ist 1912 der Widerstand gegen die Gründung des FED durch die vorsätzliche Titanic-Versenkung untergegangen. J. P. Morgan sagte in letzter Sekunde seine Teilnahme an der Fahrt ab und ging "voraussehend" nicht an Bord der Titanic.

Ausweg aus der Totalverschuldung der Nationen: Kreditschulden des Fiat-Money durch einen Schuldenschnitt zurück ins Nichts

Laut Finanzinsider David Webb ist der kommende Finanz-Crash wie ein Monopoly-Spiel, bei dem alle Figuren auf dem Spielbrett und das gesamte Geld von den Hauptoligarchen "zurück zur Bank" gezogen werden. Und dann sagen diese obersten Herren: "Laßt uns ein neues Spiel beginnen. Dabei fangen wir an der Basis an, daß wir alles haben und ihr nichts. Wollt ihr euch also etwas von uns leihen?" Aber soweit muß es für die aktuell in den Schulden ertrinkenden Nationen gar nicht erst kommen. Denn es gibt einen Ausweg.
Und zwar muß das Narrativ der obersten Finanzoligarchen "alles zurück zur Bank" ersetzt werden durch den neuen globalen "Gleichsprech" der Nationen, nämlich: Jetzt kommt der "globale Schuldenschnitt" für alle Nationen, die dem "Fiat-Money-Aus-dem-Nichts-Kredit" auf den Leim gegangen sind. Also die Entschuldung aller durch den IWF, die Weltbank und die Zentralbanken geschundenen, ausgeplünderten und faktisch enteigneten Nationalstaaten und die Rückgabe aller gepfändeten Ressourcen. Denn genauso wie die Kredite aus dem Nichts erschaffen wurden, müssen die Kreditschulden doch auch wieder ins Nichts verschwinden.

Fazit

Die globale Finanzoligarchie ist angsteinflößend wie die Schreckensherrschaft des Zauberers von Oz. D.h. er bläht sich wichtigtuerisch und bedrohlich auf und versetzt das Volk in Furcht und Schrecken, aber - wenn man "hinter den Vorhang" schaut - es steckt nichts dahinter.
Die dargelegten Verstrickungen zur Freimaurerei, der Untergang der Titanic, das dreiste Finanzsystem usw. zeigen auf, daß das Funktionsprinzip der Finanzoligarchen Trug und Täuschung ist. Es lebt einzig vom Mitmachen der Leichtgläubigen und Profitsüchtigen. Ohne diese Anhängerschaft fällt die Schreckensherrschaft der globalen Finanzoligarchie wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Daher sind Aufdeckung und Weiterverbreitung sowie Netzwerkbau und ziviler Ungehorsam im Schulterschluß wirksame Auswege.<<

Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Juni 2024 (x1.378/…): >>**D-Day: Die verschwiegenen Untaten**

Der längste Tag - und die längste Einzelschlachtszene der Filmgeschichte: "Der Soldat James Am 6. Juni 1944, also vor 80 Jahren, kam es an den Küsten der Normandie mit der Landung von Amerikanern und Engländern zu einem epochalen Ereignis. Historiker Friedrich Georg hat die Geschehnisse in seinem spektakulären Werk "Verrat in der Normandie" aufgearbeitet. Was bis heute hartnäckig verschwiegen wird, sind grauenvolle Untaten an kriegsgefangenen und verwundeten Deutschen im Zuge der Invasion von 1944. Dabei sind erschütternde Bekenntnisse alliierter Soldaten überliefert.

Eine wertvolle Rolle bei der Aufklärung derartiger Grausamkeiten hat vor Jahren schon der britische Historiker Anthony Beevor gespielt. Sein Buch "D-Day" ist kein deutschfreundliches Werk, dadurch ist es möglicherweise besonders glaubwürdig, sofern es um Details geht, die Alliierte belasten.

Ungesühnte Untaten

Er zitiert beispielsweise aus Aufzeichnungen alliierter Soldaten. In einem Fall ist zu lesen: "Wir machten keine Gefangenen, und wir konnten nicht anders, als sie zu töten. Das taten wir. Und sogar unser Leutnant hat mitgemacht und einige Unteroffiziere." Oder: Ein Angehöriger des 175. US-Infanterieregiments berichtete laut Beevor, wie seiner Einheit ein Amerikaner mit elf Gefangenen entgegenkam:

"Er rief den Soldaten zu: 'Das sind alles Polen, bis auf zwei. Sie sind Deutsche.' Dann zog er seine Pistole und schoß beiden in den Hinterkopf. Wir standen dabei."

Die viel gefeierte Résistance darf bei solchen Untaten nicht fehlen. Der Historiker: "Am 7. Juni übernahm die kommunistisch geführte Widerstandsorganisation FTP Tulle, die Departementhauptstadt der Corrèze, erschoß eine Anzahl deutscher Gefangener und verstümmelte mehr als 40 Leichten."

Darüber spricht niemand

Am 8. Juni verlangten Briten von gefangenen deutschen Offizieren, sie sollten sich auf die Fahrzeuge setzen, was die Offiziere ablehnten, da sie nicht bereit seien, sich als menschliche Schilde zu präsentieren. Daraufhin schlugen zwei britische Offiziere Oberst Luxenburger, einen einarmigen Veteranen des Ersten Weltkrieges, zusammen und banden ihn auf eines ihrer Fahrzeuge. Sodann erschossen sie die übrigen Deutschen, die sich weigerten aufzusteigen, mit Maschinengewehren. Der gefesselte Oberst Luxenburger wurde, auf dem Fahrzeug der Alliierten sitzend, tödlich verwundet. (Quelle: "Mayer, The History oft the 12. SS-Panzerdivision Hitlerjungend, 1994").

Über die Schlacht um das Dorf Carpiquet ist im "D-Day-Werk" festgehalten: "Nach einer kanadischen Quelle wüteten die Frankokanadier ... im Morgengrauen wie die Berserker. Sie schnitten jedem SS-Mann, den sie antrafen, die Kehle durch, egal, ob verwundet oder tot."

Für die Vielzahl eingesetzter deutscher Soldaten ist durchaus eine Lanze zu brechen. Der berühmte englische Militärhistoriker Liddell Hart ordnet die militärischen Vorgänge rund um den 6.6.1944 wie folgt ein: "Wenn man die Operationen in der Normandie tiefer analysiert, dann ist es verstörend und deprimierend zu sehen, wie schwach die Leistungen unserer Truppen beim Angriff in vielen Fällen waren. Immer wieder wurden sie von kühn geführten deutschen Einheiten viel geringerer Stärke gestoppt oder gar in die Flucht geschlagen."

Und weiter: "Ohne unsere Luftüberlegenheit, die den Deutschen bei jeder Gelegenheit das Leben schwer machte, wäre das Ergebnis noch viel schlechter gewesen. Unsere Streitkräfte zeigten offenbar zu wenig Initiative beim Vordringen und - von einigen Ausnahmen abgesehen - auch zu wenig Entschlossenheit. "Auch der erwähnte Historiker Beevor lobt, und zwar ausdrücklich die jungen SS-Panzergrenadiere: "Sie hatten Ehrgeiz und waren an der Front großartige Soldaten. Wir hatten alle Respekt."

Er zitiert aus einem Brief eines Unteroffiziers der 2. Panzerdivision: "Es geht hier um alles, um das Bestehen oder Untergang des geliebten Vaterlandes. Wie jeder einzelne von uns Soldaten dabei durchkommt, ist ziemlich gleich, die Hauptsache ist und bleibt, wir können bald einen gerechten, dauernden Frieden erringen. ... Wir sind hier zum höchsten Waffengang angetreten."

Sehr aufschlußreich ist, wie Beevor eine Gefangennahme von Engländern schildert: "Die deutschen Panzergrenadiere waren von ausgesuchter Höflichkeit. Sie fragten ihre Gefangenen, war sie trinken wollen - Milch oder Wein." Und: "Dann ging ein Geschoßhagel von HMS Warspite auf sie nieder. Der Deutsche, der die Gefangenen besuchte, sagte zu dem Lieutenant:

'Ich denke, wir sollten uns besser eingraben, meinen Sie nicht?' Und sie machten sich gemeinsam ans Graben. Der Beschuß hielt an. Sie saßen Seite an Seite in der Deckung und duckten sich nieder, wenn eine Granate vorüberpfiff. 'In einigen Tagen werden wir Sie ins Meer zurückgejagt haben', meinte der Deutsche. 'Sorry', erwiderte Lieutenant Bannerman, 'in einer Woche sind wir in Paris'."
Schließlich: "Nachdem diese Meinungsverschiedenheit geklärt war, zeigte der Panzergrenadier dem Briten ein Foto seiner Braut. Der Lieutenant wies seinerseits ein Bild seiner Frau vor. Dabei mußte er daran denken, daß sie beide vor kaum einer halben Stunde versucht hatten, einander zu töten."
Friedrich Georgs Werk "Verrat in der Normandie" bietet eine facettenreiche Darstellung der Ereignisse vom 6. Juni. Es ist eine wahre Schatzkiste an Details, die in die umfassende Erzählung eingewoben werden.<<

09.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. Juni 2024 (x1.382/…): >>**FPÖ erstmals bei bundesweiter Wahl in Österreich auf Platz 1**
In Österreich liegt die FPÖ mit 27 Prozent auf Platz 1. Das ist das erste Mal, daß die Freiheitlichen bei einer bundesweiten Wahl in Österreich den ersten Platz erreicht.
Von *Redaktion*
Die Zahlen basieren noch auf Prognosen und nicht auf Hochrechnungen, zeigen jedoch klare Tendenz: Die FPÖ wird den ersten Platz bei der Europawahl in Österreich erobern. Der Kampf um Platz zwei ist jedoch offen: Die konservative ÖVP und sozialdemokratische SPÖ liegen mit 23,5 und 23 Prozent fast gleichauf. Grüne und NEOS folgen mit jeweils 10,5 Prozent.
Für die ÖVP von Bundeskanzler Karl Nehammer, die auf der Bundesebene mit den Grünen koaliert, dürfte es wohl das schlechteste Ergebnis bei einer Europawahl werden. Bei der vergangenen Europawahl 2019 konnte die ÖVP noch ein Rekord-Ergebnis von 34,6 Prozent einfahren - vor der SPÖ mit 23,9 Prozent und der FPÖ mit 17,2 Prozent.
"Die Österreicher haben heute ein klares Zeichen gesetzt, daß sie einen ehrlichen Wunsch nach einer positiven Veränderung mit den Freiheitlichen haben", sagte FPÖ-Spitzenkandidat Harald Vilimsky gegenüber der APA. Der Erfolg sei das Ergebnis "nachhaltiger, glaubwürdiger und konsequenter Arbeit an der Seite der Österreicher".
Bei der Verteilung der Mandate führt die FPÖ mit sechs Sitzen, einen mehr als die SPÖ und die ÖVP, die jeweils fünf Mandate erreichen. Die Grünen und NEOS erhalten laut Prognosen jeweils zwei Sitze. Sollte die KPÖ (3 Prozent) noch ins Europaparlament einziehen, würde die FPÖ einen Sitz verlieren und nur fünf Mandate erreichen. Um 23 Uhr werden die endgültigen Ergebnisse erwartet.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Deutscher Professor zweifelt: Haben sich Merkel, Lauterbach & Co. wirklich gegen Corona impfen lassen?**
Seit Ende der Corona-Hysterie sterben weltweit auffällig viele Menschen u.a. an plötzlichem Herzversagen. Inzwischen kommen sogar weite Teile der seinerzeit impfwütigen Mainstream-Medien ins Grübeln. Jetzt dies: Ein deutscher Professor zweifelt vor dem Hintergrund von immer mehr entschwärzten Stellen in den geheimen RKI-Protokollen offen an, daß sich Spitzenpolitiker wirklich haben impfen lassen.
Nachdem fast alle brisanten Schwärzungen in den geheimen RKI-Protokollen aufgehoben wurden, kommen immer mehr Ungeheuerlichkeiten ans Licht. Was man dort liest, ist stellenweise einfach nur noch unglaublich!
Stefan Homburg, Jahrgang 1961, ist ein deutscher Finanzwissenschaftler. Er ist pensionierter Professor für Öffentliche Finanzen und war von 1997 bis 2021 Direktor des Instituts für Öf-

fentliche Finanzen der Leibniz Universität Hannover. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde er durch seine scharfe Kritik an den Regierungsmaßnahmen während der Corona-Hysterie.
Homburg hat sich die internen Berichte des Robert Koch-Instituts über den experimentellen Covid-Impfstoff, vor allem dem von AstraZeneca, genauer angesehen. Ihm drängt sich vor diesem Hintergrund die Frage auf, ob sich Karl Lauterbach (SPD), Jens Spahn und Angela Merkel (beide CDU) tatsächlich, wie kolportiert, damit haben impfen lassen.
Denn sowohl Spahn als damaliger Gesundheitsminister unter Ex-Kanzlerin Merkel als auch seinerzeit der "SPD-Gesundheitsexperte" Lauterbach dürften mit hoher Wahrscheinlichkeit über die Risiken der Impfung informiert gewesen sein.
Professor Homburg: "Ich hege sogar Zweifel, ob Spitzenpolitiker überhaupt geimpft wurden. Anders als bei unzähligen Sportlern, Schauspielern, Moderatoren und anderen Prominenten, die plötzlich und unerwartet verstarben, ist mir kein Spitzenpolitiker bekannt, den es getroffen hätte. Zum Teil fuhren sie Hunderte Kilometer, um sich ihre Dosis im Bundeswehrkrankenhaus zu holen."
Waren öffentliche Show-Impfungen von Spitzenpolitikern womöglich nur Kochsalz-Spritzen? Man wird ja noch fragen dürfen …<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Europawahl: And the Winner is … AfD!**
Ungeachtet einer beispiellosen Hetz- und Lügenkampagne des politisch-medialen Komplexes ist die AfD der klare Gewinner der Europawahl! Auf Basis erster Hochrechnungen legte die Partei gegenüber der Wahl 2019 um mehr als fünf Prozentpunkte zu und stabilisierte sich als zweitstärkste politische Kraft in Deutschland hinter den Unionsparteien, die zwar leichte Gewinne verbuchen konnten, aber gemessen an manchen Voraussagen doch eher enttäuschend abschnitten.
Laut ersten weitgehend übereinstimmenden Hochrechnungen von ARD und ZDF zeichnete sich am frühen Sonntagabend in etwa folgendes Bild ab:
- CDU/CSU erreichen 29,6 bis knapp 30 Prozent und verbessern sich leicht um etwa einen Prozentpunkt;
- Die AfD liegt mit 16,4 Prozent (+5,4 Prozentpunkte) souverän auf Platz zwei;
- Die SPD muß herbe Verluste einstecken (-1,8 Prozentpunkte). Die sogenannte Kanzlerpartei käme demnach nur noch auf 14 Prozent;
- Die Grünen (12 Prozent) stürzen erdrutschartig um 8,5 Prozentpunkte ab;
- Die neue Wagenknecht-Partei BSW schafft aus dem Stand mit 5,7 Prozent ein beachtliches bundesweites Wahldebüt;
- Die FDP würde bei rund fünf Prozent (-0,4 Prozent) landen;
- Die Linke hat sich im Vergleich zur Wahl von 2019 fast halbiert (-2,7 Prozent) und erreicht nur noch auf 2,8 Prozent.
AfD sahnt im bürgerlichen Lager ab
AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla sprach von einem "historischen Ergebnis" für seine Partei und erklärte am Abend: "Also den zweiten Platz, den geben wir heute nicht mehr her!" Ähnlich äußerte sich AfD-Co Chefin Alice Weidel, die den Wahlausgang ein "Super-Ergebnis" nannte.
- Bemerkenswert: Laut ersten Analysen gewann die AfD hauptsächlich aus dem bürgerlichen Lager hinzu. Rund 600.000 Stimmen nahm die Partei CDU und CSU ab, etwa 580.000 Stimmen kamen aus der SPD, 470.000 Stimmen von der FDP.
CDU-Chef Friedrich Merz reklamierte für die Unionsparteien, die Europawahl "gewonnen" zu haben, obwohl CDU und CSU in der Summe nur magere Zugewinne gegenüber 2019 verbuchen konnten und gemessen an manchen Prognosen/Hoffnungen hinter den Erwartungen zu-

rückblieben.
SPD-Generalsekretär Detlef Kühnert sprach von einem "ganz bitteren Wahlergebnis" für die Genossen und räumte eine "harte Niederlage" ein.
Lange Gesichter gab es bei den Ökosozialisten, wo die Partystimmung nach den ersten Hochrechnungen regelrecht gefror. "Grünen-Chefin" Ricarda Lang sagte zerknirscht: "Wir werden einiges aufarbeiten müssen."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Weidel: "Staat kann die Bürger nicht schützen!"**
Am vergangenen Donnerstag antwortete AfD-Fraktionschefin Alice Weidel im Bundestag mit einer bemerkenswerten Rede auf die lauen Phrasen des Bundeskanzlers zur Bluttat von Mannheim. Wir dokumentieren die Weidel-Ansprache nachfolgend im Wortlaut …
Alice Weidel (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren! Die vorangegangenen Reden gingen am Kern des Problems komplett vorbei. Der Messerstecher von Mannheim hätte nicht hier sein dürfen.
(Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Johannes Huber, fraktionslos)
Das Blutbad auf dem Mannheimer Marktplatz bringt den Verfall der Sicherheit im öffentlichen Raum und die mörderischen Folgen einer verantwortungslosen Migrationspolitik ins öffentliche Bewußtsein.
Der deutsche Staat kann seine Pflicht nicht mehr erfüllen, die Bürger und ihre Rechte zu schützen. Erstmals hat ein islamistischer Attentäter einen deutschen Polizeibeamten im Dienst getötet. Ein junger Familienvater könnte noch leben, Herr Stürzenberger läge nicht schwer verletzt im Krankenhaus, wenn die Behörden ihre Aufgaben erfüllt und den afghanischen Messerstecher nach seiner illegalen Einreise sofort in seine Heimat abgeschoben hätten.
(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos, und Johannes Huber, fraktionslos)
Der Polizistenmörder von Mannheim - vor über zehn Jahren als angeblicher unbegleiteter Minderjähriger nach Deutschland gekommen und trotz abgelehnten Asylbegehrens all die Jahre auf Kosten der Steuerzahler im Land geblieben - ist ein Musterbeispiel für das migrationspolitische Versagen dieser Regierung und der CDU/ CSU-geführten Vorgängerregierung.
(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos, und Johannes Huber, fraktionslos)
Er ist ein Produkt des politisch gewollten Kontrollverlustes über unsere Grenzen. Er ist das Produkt des geduldeten millionenfachen Mißbrauchs des Asylsystems für die illegale Einwanderung in unser Land. Er ist das Ergebnis eines völlig aus dem Ruder gelaufenen Scheinasylantentums.
Und er ist kein Einzelfall. Er ist einer von vielen Attentätern und Gewaltverbrechern, die als vermeintliche Flüchtlinge in unser Land gekommen sind. Das Ergebnis steht in der Kriminalstatistik: 40 Prozent der Tatverdächtigen sind ausländische Staatsbürger - dreimal mehr als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Bei der explodierenden Gewaltkriminalität ist der Ausländeranteil noch vielfach höher. Asylanten aus den Herkunftsländern Afghanistan, Syrien, Irak und Türkei sind überproportional hoch kriminalitätsbelastet; das ist Fakt.
Seit 2021 hat die Zahl der Messerangriffe um ein Drittel zugenommen. Es gab fast 15.000 Messerangriffe im letzten Jahr, fast 40 täglich. Und dabei fallen viele Messerdelikte, die in den Länderstatistiken erfaßt werden, noch unter den Tisch.
Allein im vergangenen Jahr wurde die Horrorzahl von 761 Gruppenvergewaltigungen registriert. Das sind mehr als zwei dieser abscheulichen Verbrechen täglich innerhalb unseres Landes, 111 allein in der Stadt Berlin. Die Hälfte der Tatverdächtigen sind ausländische Staatsbürger. Wie viele Tatverdächtige mit deutschem Paß einen Migrationshintergrund haben, ist noch immer nicht erfaßt. Doppel- und Mehrfachstaatsbürger zählen in der Kriminal-

statistik grundsätzlich als Deutsche.
(Sara Nanni, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sie sind auch Deutsche! - Lamya Kaddor, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind Deutsche!)
Das zeigt, daß selbst die Horrorzahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik immer noch stark verzerrt sind. Aus dem Niedergang der inneren Sicherheit kann es nur eine vernünftige Konsequenz geben, und das ist eine grundsätzliche Migrationswende, und zwar sofort.
(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos, und Johannes Huber, fraktionslos)
Das heißt im Klartext: Recht und Gesetz müssen konsequent angewandt werden. Die Grenzen müssen geschlossen werden. Illegale Einreisen müssen unterbunden werden. Nichtaufenthaltsberechtigte, vor allem Straftäter und islamistische Fanatiker, müssen abgeschoben werden, und zwar auch nach Afghanistan.
(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos, und Johannes Huber, fraktionslos)
Sie aber denken nicht daran, Ihre fatale Politik zu beenden. Sie tun das Gegenteil und bürgern genau diese Afghanen, Syrer, Iraker und Türken im Schnellverfahren noch ein. Während Bürger und Kollegen noch um den ermordeten Polizeibeamten trauern, reden Sie noch (Zuruf der Abgeordneten Lamya Kaddor, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und schon wieder darüber, die Einwanderung aus islamischen Ländern zu erleichtern und noch mehr Migranten aus Afghanistan hier reinzulassen. Sie speisen die Opfer, die traumatisierten Angehörigen und die terrorisierten Bürger mit leeren Phrasen ab.
(Lamya Kaddor, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie instrumentalisieren die Opfer!)
Daß die Zwischenrufe gerade aus Ihrer Fraktion, von den Grünen, kommen, wundert mich nicht.
(Beifall bei der AfD)
Sie relativieren die Bedrohung und stellen religiöse Fanatiker in unerträglicher Verharmlosung auf eine Stufe mit angetrunkenen Grölern, wie Ihre Parteivorsitzende Ricarda Lang es getan hat.
Sie mißbrauchen die Ressourcen der Sicherheitsbehörden, um gegen Oppositionelle vorzugehen, statt die größte und dringendste Gefahr für die innere Sicherheit anzugehen: den importierten islamistischen Extremismus und seine linksextremen Schläger.
(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos, und Johannes Huber, fraktionslos)
Das ist nicht nur verantwortungslos, sondern zynisch. Ihre Heuchelei ist tödlich. Ihre Ideologie der offenen Grenzen und der schrankenlosen, unkontrollierten Masseneinwanderung beruht auf Illusionen und Lügen, die Menschenleben kosten.
(Zuruf der Abgeordneten Lamya Kaddor, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE)
Ihre Migrationspolitik schützt nicht politisch Verfolgte, sondern Verbrecher und Asylbetrüger.
(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos, und Johannes Huber, fraktionslos)
Sie spielt mit dem Leben und der Gesundheit der Bürger. Sie nimmt ihnen ihr Recht auf Freiheit und Sicherheit im öffentlichen Raum. Und sie bedroht sie dazu noch mit Repressalien, Schikanen und Diffamierung, wenn sie dagegen aufbegehren und die Mißstände beim Namen nennen. Dies zeigt auch der hinterhältige Messerangriff auf unseren Gemeinderatskandidaten Heinrich Koch in Mannheim.
(Zuruf der Abgeordneten Isabel Cademartori Dujisin, SPD)
Sie lassen die Polizeibeamten im Stich, die mit unterdrückter Wut für Ihre Verantwortungslosigkeit den Kopf hinhalten müssen und die trotz allem bereit sind, für den Schutz von Recht und Freiheit mit ihrem Leben einzustehen, wie der in Mannheim ermordete Rouven Laur.

Sie rauben den Bürgern aber nicht nur die innere Sicherheit, Sie nehmen ihnen auch die ökonomische und finanzielle Sicherheit und den hart erarbeiteten Wohlstand. Inflation, steigende Abgaben und politisch in die Höhe getriebene Energiepreise durch eine grüne Transformation zwingen die arbeitende Bevölkerung in eine Spirale der kalten Enteignung.
(Zuruf des Abgeordneten Takis Mehmet Ali, SPD)
Und der Deindustrialisierungsminister Habeck treibt die produzierende Industrie aus dem Land. Im Wochentakt melden Unternehmen massive Stellenstreichungen und Produktionsverlagerungen ins Ausland oder Insolvenzen an.
(Zuruf der Abgeordneten Sara Nanni, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Die Attraktivität des Standorts Deutschland verfällt rasant. Der Exodus des Flaggschiffs BASF ist nur eines von zahllosen Alarmsignalen. Die Zahl der Geschäftsaufgaben ist im vergangenen Jahr auf gigantische 176.000 gestiegen und trifft den produktiven Kern unserer Volkswirtschaft.
(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos, und Johannes Huber, fraktionslos)
Sie geben Abermilliarden für die Illusion aus, das Klima in einigen Jahrzehnten beeinflussen zu können, aber für die Absicherung gegen reale Gefahren im Hier und Heute ist kein Geld da.
(Zuruf der Abgeordneten Sara Nanni, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Deutsches Steuergeld geht in alle Welt, der Hochwasser- und Katastrophenschutz im eigenen Land wird vernachlässigt und kaputtgespart; das gehört zur Wahrheit dazu.
(Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Johannes Huber, fraktionslos)
Und dann laufen Sie mit Gummistiefeln zum Fototermin und versprechen den Betroffenen der Flutkatastrophe staatliche Hilfe. Im Ahrtal warten sie noch heute, nach über zwei Jahren, auf Ihre staatlichen Hilfen.
(Lamya Kaddor, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo ist denn Ihr Schutzkonzept?)
Während Sie die ökonomische Grundlage unseres Wohlstands zerstören und die innere Sicherheit erodieren lassen, schlafwandeln Sie am Rande eines dritten Weltkrieges.
(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der Krieg in der Ukraine geht ins dritte Jahr. Ein militärischer Sieg der Ukraine ist illusorisch. Die Ukraine kann diesen Krieg nicht gewinnen; das gehört zur Wahrheit mit dazu.
(Beifall bei der AfD)
Die Suche nach einer diplomatischen Lösung ist in dieser Lage das Gebot der Stunde. Eine diplomatische Lösung muß her und nicht die endlose Verlängerung des Sterbens durch Ihre Waffenlieferungen.
(Beifall bei der AfD - Sara Nanni, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die AfD empfiehlt Kapitulation! - Zuruf der Abgeordneten Anke Hennig, SPD)
General a.D. Harald Kujat, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, äußert die Befürchtung, der Ukrainekrieg könnte zur Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts werden.
(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP: Die Alternative für Deutschland ist die Urkatastrophe! - Gegenruf des Abgeordneten Markus Frohnmaier, AfD: Frau Zimmermann, wann melden Sie sich denn mal freiwillig?)
Auch ich bin dieser Meinung. Die verantwortungslose Eskalationsrhetorik der Scharfmacher in dieser Regierungskoalition und aus den Reihen der Union hat zu dieser Gefahr einen wesentlichen Teil beigetragen (Zuruf des Abgeordneten Sönke Rix, SPD) und täglich wird die Lage geschichtsvergessen verschärft.
Präsidentin Bärbel Bas: Kommen Sie bitte zum Schluß, Frau Weidel.
Alice Weidel (AfD): Dabei wissen wir doch, daß am Ende eines jeden Krieges der Frieden

steht. Warum also das Blutvergießen und Leiden verlängern, (Zuruf der Abgeordneten Sara Nanni, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) die immense Gefahr eines großen Krieges steigern? Setzen Sie sich doch statt dessen endlich für Friedensverhandlungen ein, und bringen Sie die Parteien an einen Tisch,
(Beifall bei Abgeordneten der AfD - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Präsidentin Bärbel Bas: Frau Weidel, kommen Sie zum Schluß!
Alice Weidel (AfD): - um das Sterben zu beenden und vor allem die Gefahr eines dritten Weltkrieges abzuwenden! Ich bedanke mich.
(Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos) - Dorothee Bär, CDU/CSU: Das war für Tiktok! - Zuruf von der SPD)<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Der Hetze zum Trotz: AfD gewinnt bei EU-Wahl**
Von *Sven Eggers*
Trotz mehrerer aggressiver Kampagnen gegen die AfD und durchaus auch eigener Fehler sind die Blauen Sieger der Europawahl in der BRD. Gut 16 Prozent bescheren der Partei Platz 2. Jetzt soll der Schwung mit in den September genommen werden. Lesen Sie hierzu unbedingt "AfD - Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei". Das einzige faire und umfassende Porträt der blauen Partei. …
Gestern noch hatten Mainstream-Medien die AfD auf Platz vier hinter CDU/CSU, SPD und Grünen heruntergeschrieben, jetzt liegt die blaue Partei klar vor den Wahlverlierern der Ampel, konnte gegenüber der letzten EU-Wahl um 5,5 Prozentpunkte zulegen. Keine andere Kraft konnte derartige Stimmengewinne einfahren.
In allen östlichen Bundesländern liegt die AfD auf Platz 1, in Thüringen fährt sie sogar deutlich mehr als 30 Prozent ein, in Sachsen sogar 40 Prozent. In Mannheim stimmten übrigens bemerkenswerte 20 Prozent für die AfD Bundessprecherin Alice Weidel freute sich: "Die Leute haben wirklich, auf gut deutsch gesprochen, die Schnauze voll von einer Politik, wo die Leute über den Tisch gezogen werden."
Der AfD-Erfolg ist durchaus auch ein Sieg für die Spitzenkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron, die einerseits durch Eloquenz, Mut und Sprachgewandtheit punkteten, aber auch mit Parteidisziplin. Die höchst umstrittene Entscheidung der AfD-Bundesspitze, beide Kandidaten aus dem Wahlkampf-Endspurt zu nehmen, trugen diese AfD-Persönlichkeiten geräuschlos mit und damit zum Erfolg bei. Denn eine AfD-Selbstzerfleischung hätte die Journaille nur zu gern präsentiert.
Grüne schmieren bei Jungen ab
Ganz große Erfolge erzielte sie AfD auch bei Jung- und Erstwählern. Hier liegt sie ganz vorne, ganz im Gegensatz zu den Grünen, die bundesweit massiv gestutzt wurden und vor allen Dingen bei jungen Wählern komplett baden gingen, teilweise mehr als 20 Prozent verloren. Im Vergleich zur EU-Wahl 2019 büßten sie satte 8,5 Punkte ein.
CDU und CSU kamen auf 30 Prozent, wahrlich kein berauschendes Ergebnis übrigens. Selten schnitt die Union bei einer Europawahl schlechter ab - und das bei am Boden liegender etablierter Konkurrenz. Mainstream-Umfrage vom Abend: 39 Prozent glauben nicht, daß es die Union besser könne als die Ampel.
Die SPD sank auf 14 Prozent. Nie zuvor schnitt eine Kanzlerpartei schlechter bei einer EU-Wahl ab. Kriegsfanatikerin Strack-Zimmermann führte ihre FDP auf ungefähr 5 Prozent. Die Linkspartei ist mit 2,8 Prozent gerade noch meßbar. Für das Bündnis Sahra Wagenknecht wachsen die Bäume auch nicht in den Himmel. Am Ende reichte es für 5,5 Prozent. Letztlich stimmte nicht einmal mehr jeder dritte Wähler für eine der Ampel-Parteien. Insbesondere Kriegskanzler Scholz wurde abgestraft.

Die Europawahl, die in den nächsten Tagen auszuwerten sein wird, bringt einen erheblichen Rechtsruck mit sich. In Österreich liegt die FPÖ mit 27 Prozent auf Platz 1, Le Pen zieht in Frankreich voll durch, siegt mit über 30 Prozent und straft Macron geradezu gnadenlos ab. In vielen anderen Ländern spielen migrationskritische Parteien tragende Rollen und sind künftig als entscheidende Stimmen nicht mehr wegzudenken.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Döp: Jagd auf das Sylt-Lied**

Von *Sven Eggers*

"Döp - dödö- döp": Nach wie vor gibt es Aufregung um das verbotene Lied - neue Fälle, viele Ermittlungsverfahren, neuerdings repräsentative Umfragen. …

Wichtige Mainstream-Recherche: Mehr als jeder Zehnte hat schon persönlich erlebt, daß Menschen auf Feiern oder Zusammenkünften zu den Klängen von "L'amour toujours" in einen "Deutschland-den-Deutschen-Sprechchor" verfallen. Das hat die Deutsche Presse-Agentur wissen wollen und dafür extra Meinungsforscher von YouGov losgeschickt.

Seit Kriegskanzler Scholz das Lied beziehungsweise die Umdichtung als "eklig" klassifiziert hat, ist tatsächlich ein gesteigertes Interesse an entsprechenden Provokationen festzustellen. Wer möchte nicht dazu beitragen, daß sich dieser Bundeskanzler ekelt?!

Während also 12 Prozent der Befragten einen solche Scholz-Ekelvorfall selbst schon erlebt haben, sind 78 Prozent der befragten Bürger noch nie in eine Situation geraten, in der dieses mittlerweile berühmte Liedchen angestimmt worden wäre.

"Mein Herz schlägt blau"

Es ist klar, daß die übergroße Berichterstattung in tonangebenden Medien Nachahmer heranzüchtet. Mittlerweile haben 94 Prozent der BRD-Bevölkerung davon gehört, daß auf Sylt eine Gruppe Angetrunkener "Deutschland den Deutschen" gesungen hat. 94 Prozent! Das entspricht dem Bekanntheitsgrad von Heino. Da haben Tagesschau und Co. ja wirklich ganze Arbeit geleistet! Befragt wurden für diese Umfrage übrigens nur Menschen mit deutschem Paß. Ist diese Selektion noch in Ordnung oder muß die Gutmenschen-Polizei hier eingreifen?

Mehr und mehr Vorfälle

Allein aus Hessen werden derzeit zwölf Ermittlungen wegen "rassistischer Sylt-Gesänge" gemeldet. Tendenz steigend. Schon ab Ende dieses Monats müssen sich nach einem "Vorfall" in Kalbach im Landkreis Fulda sechs Personen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren vor Gericht verantworten. "Döp-döö-Döp-Gesänge" werden jetzt auch gemeldet aus den hessischen Orten Lichtenfels-Godelsheim, Zimmersrode und auch Alheim-Obergrude. Vermehrt werde das Lied auch in Schulen und Freizeiteinrichtungen angestimmt, etwa an der Gesamtschule Bad Hersfeld.

Nach Angaben zuständiger Polizeidienststellen soll das Lied zuletzt auch in Wuppertal während einer Gartenparty von Jugendlichen gesungen worden sein soll. Angezeigt hätten das die lieben Nachbarn. Außerdem sollen zwei Personen den umgedichteten Song beim Solinger "Dürpelfest" gesungen haben. Polizei und Staatsschutz ermitteln bereits wegen Volksverhetzung.

Nach dem Festival "Rock im Park" in Nürnberg vor wieder zigtausenden Besuchern sucht die Polizei nun zwei Männer, die möglicherweise während ihrer Riesenradfahrt in luftiger Höhe gedöpt haben. In einer Kleingartenanlage bei Leipzig ist am Wochenende "Deutschland den Deutschen" von fünf feiernden Jugendlichen gerufen worden. Die Polizei war alsbald zur Stelle. Nun wird ermitteln.

Vergangene Woche hat sich übrigens der Rechtsausschuß des Landtages in Schleswig-Holstein vorrangig mit der Thematik befaßt, ob solche Gesänge eigentlich strafbar sind. Diese Frage zu klären, wäre in der Tat ein sinnvoller Schritt.<<

Frankreich: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Juni 2024

(x1.381/…): >>**Europawahlbeben in Frankreich: Macron löst Parlament auf - NEU-WAHLEN!**
Frankreichs Präsident Emmanuel Macron löst nach den herben Verlusten seiner Allianz bei den Europawahlen die Nationalversammlung auf und ruft Neuwahlen am 30. Juni aus. Er könne nicht so tun, als sei nichts passiert, sagte Macron am Sonntagabend.
Er zog damit die Konsequenzen aus dem Abschneiden des Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen. Prognosen zufolge hat die französische Rechte die Europawahl in Frankreich klar gewonnen.
Der RN kommt demnach auf rund 32 Prozent der Stimmen (2019: 23,3 Prozent). Die Partei sammelte damit mehr als doppelt so viele Stimmen ein wie Macrons Renaissance-Bündnis, das auf rund 15 Prozent zurückfiel (2019: 22,4 Prozent).<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Juni 2024 (x1.378/…): >>**D-Day: Größter Sturmangriff der Geschichte**
Achtzig Jahre nach den dramatischen Geschehnissen beschäftigt der D-Day die Deutschen auch heute noch. Bei X trenden entsprechende Hashtags stark. Wer über alle Hintergründe dieser dramatischen Ereignisse informiert sein will, der kommt an Friedrich Georgs Buch "Verrat in der Normandie" nicht vorbei.
Als D-Day ("Decision-Day") ging der 6. Juni 1944 in die Geschichte ein. Einstige westalliierte Kriegsgegner feiern diesen Tag bis heute als "Tag der Entscheidung im Krieg gegen die Nazis". Die Botschaft wurde vor einiger Zeit von Spiegel-TV wie folgt formuliert. "Die erfolgreiche Landung in der Normandie beschleunigt den Untergang der Dritten Reiches. Der Krieg dauert noch elf Monate. Dann haben die Deutschen ihren Weltkrieg verloren."
Endlich gibt es Gegenstimmen
Im Gegensatz zu solchen zeitgeistlichen Abhandlungen stellt Friedrich Georg in seinem Werk "Verrat in der Normandie" zahlreiche Facetten der Ereignisse dar. Sehr lesenswert! Auch weitere Historiker weigern sich, in die Schwarzweißmalerei etablierter Geschichtsschreibung einzustimmen.
Beispielsweise stellt der britische Zeitgeschichtler David Irving diese historische Tatsache in den Mittelpunkt: "Unvergleichlich schlechter ausgestattet als die Alliierten, kämpften die deutschen Truppen in der Normandie verzweifelt und heldenhaft. Es gebührt den deutschen Verbänden bei den Invasionsschlachten in Nordfrankreich höchste Anerkennung dafür, daß es gelungen ist, trotz der gewaltigen alliierten Übermacht an Menschen, an Flugzeugen, an Munition und Material den Kampf so ausdauernd zu führen, wie sie es getan haben." Und: "Sie kämpften 'blind' einem Feind gegenüber, der alles über sie wußte. Die Funkentzifferung der Engländer war die Geheimwaffe, die den Krieg entschied."
In der Reportage von Spiegel-TV, auf die uns ein aufmerksamer Leser hingewiesen hat, heißt es: "1,5 Millionen alliierte Soldaten stehen Anfang Juni 1944 in Südengland bereit, um den größten amphibischen Sturmangriff der Kriegsgeschichte zu wagen:
Die Operation Overlord."
Dies geschah vier Jahre nach dem erfolgreichen Abschluß des deutschen Westfeldzuges im Sommer 1940. Die Truppen der Wehrmacht hielten ein Gebiet besetzt, dessen Westgrenze sich vom Nordkap bis zu den Pyrenäen erstreckte. Die Fernsehsendung vermittelt, eines von Berlins zentralen Zielen wäre es jedoch gewesen, in den Weiten des russischen Ostens "Lebensraum für deutschen Siedler" zu schaffen. Zu diesem Zweck habe Hitler im Juli 1941 die Sowjetunion angegriffen, womit er den Nichtangriffskrieg gebrochen habe, "den er mit Stalin geschlossen hatte, um Polen besetzen zu können".
"Dokumentiert" wird in diesem Zusammenhang, daß sich am 28. Juni 1943 in Schottland Dutzende britische und amerikanische Generäle trafen, um einen genauen Plan für die westalliierte Invasion auszuarbeiten. Hier sei auch die Entscheidung gefallen, die Offensive an der

Normandieküste stattfinden zu lassen.

Gigantische Übungen

Da die Landschaft im Südwesten Englands zwischen Portsmouth und der Halbinsel Cornwall den Stränden in der Normandie sehr ähnlich ist und sich als ideales Übungsgelände angeboten habe, seien dort bis zum Frühjahr 1944 eineinhalb Millionen amerikanische, kanadische, australische, polnische, französische und britische Soldaten zusammengezogen worden. Spiegel-TV in besagter Reportage: "Nach der Evakuierung von 3.000 Zivilisten trainierte das Militär dort monatelang, sich in voller Ausrüstung durch das hüfthohe Wasser und die Brandung zum Strang vorzuarbeiten."

So konnten die Westalliierten ihre "Operation Overlord" lange und gründlich vorbereiten. Es heißt, unter größter Geheimhaltung und mit allerlei Tricks hätten sie die deutsche Militärführung monatelang getäuscht.

Zwar hätte die deutsche Führung mit einer Anlandung des Gegners gerechnet - jedoch dort, wo der Seeweg zwischen Großbritannien und Frankreich am kürzesten ist: Nahe Calais.

Folglich habe man die meisten deutschen Truppen dort stationiert. Dort entsprach der so genannte Atlantikwall zumindest ungefähr der verbreiteten Propaganda. In den übrigen Abschnitten der insgesamt 4.600 Kilometer langen Küstenlinie langen die deutschen Bunker, Widerstandsnester, Minenfelder und Drahtverhaue bei weitem nicht so dicht an dicht.

Zermürbende Streitigkeiten

Im November 1943 wurde die deutschen Heeresgruppe B unter ihrem Generalfeldmarschall Erwin Rommel nach Frankreich verlegt. Der "Wüstenfuchs" wurde mit dem Ausbau der Verteidigungsmaßnahmen am "Atlantikwall" beauftragt. Anfang 1944 übernahm er das Kommando über alle deutschen Truppen an der Loire. Er war dabei dem Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, unterstellt.

Zwischen Rommel und Rundstedt kam es bezüglich der Frage, wo die alliierte Invasion erfolgen und wie am wirkungsvollsten zurückgeschlagen werden könnte, zu erheblichen Streitigkeiten. Von Rundstedt hatte zuvor festgestellt, daß die Abwehr feindlicher Angriffe an der Küste von Frankreich durch fehlende Befestigungsanlagen und einem stetigen Kompetenzgerangel der oberen und unteren lokalen Führung deutlich erschwert wurde. Die Einheitlichkeit der Befehlsführung sollte eigentlich die so genannte Führerweisung Nr. 40 "Befehlsbefugnisse an den Küsten" aus dem Jahr 1942 verbessern.

Hauptansatzpunkt der Weisung war, daß Kriegsmarine und Luftwaffe durch eine gründliche Aufklärungsarbeit so früh wie möglich feindliche Angriffe erkennen und möglichst noch vor dem Küstengebiet aufhalten sollten. Wie Zeitzeugen berichten, blieb in der Weisung aber unklar, zu welchem Zeitpunkt eines alliierten Angriffs vom Meer her die Befehlsgewalt von der Marine auf das Heer übergehen sollte.

Unterschätzte Zermürbung

Jedoch sei völlig außer Acht gelassen worden, daß bei einer Invasion lange Zeit sowohl gegnerische Schiffe als auch Landetruppen gleichzeitig bekämpft werden mußten. Außerdem habe die Verordnung keine Klärung des grundsätzlichen Kompetenzprobleme bewirkt. Die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Küstenverteidigung im Westen hatte zwar der Oberbefehlshaber West, von Rundstedt, dem aber lediglich die Truppen des Heeres unterstellt wurden, nicht die Luft- und Seestreitkräfte.

Deutsche Zeitzeugen betonen, daß dadurch die drei Wehrmachtteile auch weiterhin sowohl bei der Vorbereitung als auch im Falle eines Angriffs keine einheitliche Führung besaßen und völlig unabhängig voneinander agieren konnten und es auch taten.<<

10.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. Juni 2024 (x1.382/…):

>>**Wahlergebnis in Duisburg: Muslimische Partei DAVA dominiert mit 41 Prozent**

Bei der Europawahl in Duisburg-Stimmbezirk 1001 dominierte überraschend die Partei muslimische DAVA mit 41,10 Prozent der Stimmen, weit vor der AfD mit 14,16 Prozent.
Von *Redaktion*
Bei der Europawahl zeigte der Stimmbezirk 1001 der Stadt Duisburg ein außergewöhnliches Wahlverhalten. Die Ergebnisse im Detail zeigten eine deutliche, relative Mehrheit für die Partei muslimische DAVA, die mit 41,10 Prozent der Stimmen mit Abstand am besten abschnitt: An zweiter Stelle lag die AfD mit 14,16 Prozent, gefolgt von der SPD mit 10,96 Prozent. Die CDU erreichte 8,68 Prozent.
In diesem Bezirk, der die Stadtteile Meiderich, Beeck, Bruckhausen und den Landschaftspark umfaßt, gingen 223 von 881 Wahlberechtigten zur Urne, was einer Wahlbeteiligung von etwa 25 Prozent entspricht. Die Bevölkerungszahlen zeigen, daß Meiderich-Beeck als Stadtbezirk eine stabile Einwohnerzahl von rund 73.000 Menschen aufweist - mit einer signifikanten Anzahl von ausländischen Einwohnern, rund 28 Prozent. Historisch sind diese Gebiete stark von der Stahl- und Kohleindustrie geprägt, wobei die Schließung der Meidericher Hüttenwerke im Jahr 1985 für einen signifikanten Strukturwandel in der Gegend sorgten.
Bei der zurückliegenden Landtagswahl in NRW 2022, dominierte die SPD mit etwas mehr als 27 Prozent die Stadtteile, CDU und Grüne kamen 2022 noch auf knapp 19 Prozent. Interessanterweise erreichte damals das Team Todenhöfer, welches für seine Beliebtheit unter muslimischen Wählern bekannt war rund 11,58 Prozent.
Die als islamistisch geltende, Erdogan-nahe Partei DAVA feierte ihren Sieg in Duisburg in den sozialen Medien: Schaut, was wir gemeinsam bewegen können, war die Botschaft der Partei an ihre Wähler.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Juni 2024 (x1.381/…): >>**NEUWAHLEN - JETZT!**
Die Ampel-Parteien haben jede demokratische Legitimation verloren. Politik-Experte Einar Koch fordert: Schluß mit dem Ampel-Horror! Deutschland braucht Neuwahlen - JETZT!
VON *EINAR KOCH*
Was für ein Absturz, was für eine historische Wahl-Klatsche!
Bei der Bundestagswahl 2021 kamen SPD, "Grüne" und FDP zusammen noch auf rund 52 Prozent. Bei der Europawahl konnten die Ampel-Versager nicht einmal mehr ein Drittel der Wähler auf sich vereinen.
Statt dessen gibt es - rein rechnerisch - auf Basis des Wahlergebnisses vom Sonntag eine stabile bürgerlich-konservative Mehrheit gegen die Regierungsparteien.
Dieses klare Mißtrauensvotum der Wähler kann und darf nicht ohne Konsequenzen bleiben!
Eine lebendige Demokratie kann nicht darauf reduziert werden, daß die Wähler alle vier Jahre brav ihr Kreuz machen und das zwischenzeitliche Geschehen keine Rolle spielt.
Man mag zu Gerhard Schröder (SPD) stehen, wie man will. Er hat sich 2005 nach dem SPD-Wahldebakel in NRW als "lupenreiner Demokrat" erwiesen und den Weg zu Neuwahlen freigemacht. Gerhard Schröder war, das muß man so sagen, der letzte SPD-Kanzler mit Anstand, auch wenn seine "rot-grüne" Bundesregierung Deutschland eine Rekord-Arbeitslosigkeit hinterließ und 2005 die unheilvolle Merkel-Ära begann.
Wenn heute 80 Prozent der Wähler laut Umfragen eher oder sehr unzufrieden mit der Scholz-Habeck-Lindner-Regierung sind und ausweislich der Europawahl nicht einmal mehr ein Drittel der Wähler hinter den Ampel-Parteien stehen, dann sollte sich der Bundeskanzler an Artikel 20 des Grundgesetzes erinnern - sofern ihn sein Gedächtnis nicht auch diesbezüglich im Stich gelassen hat: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!"
Deshalb, Herr Scholz: Tun Sie Deutschland einen letzten Gefallen und machen Sie den Weg frei für Neuwahlen! Die Ampel hat keine demokratische Legitimation mehr. Nie hatte eine Bundesregierung weniger Rückhalt in der Bevölkerung. Der Ihnen 2021 gegebene Vertrau-

ensvorschuß ist nach zweieinhalb Jahren aufgebraucht - und zwar restlos!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 10. Juni 2024 (x1.380/…): >>**AfD bärenstark bei der Europawahl: Danke an unsere Wähler!**
Die Ergebnisse des Wahlsonntags sind ein Hammer für unsere AfD: Zweitstärkste Kraft bei der Europawahl, stärkste Kraft im Osten. Und auch bei den Jungwählern (16-24 Jahre) liegen wir mit einem Stimmanteil von 16 Prozent als zweitstärkste Kraft nur noch ganz knapp hinter der CDU. Auch bei den Kommunalwahlen in mehreren Bundesländern können wir uns über massive Zugewinne freuen. Mit bundesweit rund 16 % Stimmanteil werden wir eine deutlich vergrößerte Fraktion ins EU-Parlament entsenden können.
In den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin ist die AfD mit großem Abstand stärkste Kraft: 27,1 Prozent. Weit abgeschlagen folgt die CDU erst mit 20,7 Prozent. In sämtlichen neuen Bundesländern sind wir auf Platz 1: In Brandenburg mit 27,5 %, in Sachsen mit 31,8 %, in Sachsen-Anhalt mit 30,5 %, in Thüringen mit 30,7 %, in Mecklenburg-Vorpommern mit 28,3 %.
Wir bedanken uns auf diesem Wege herzlich bei all unseren Wählern, Wahlkämpfern und Unterstützern! Trotz aller Kampagnen zeigt sich: Die Menschen drängen auf politische Veränderungen. Die starken Ergebnisse bedeuten für uns auch kräftigen Rückenwind für die bevorstehenden Landtagswahlen. Dort wollen wir dreimal stärkste Kraft werden - und zwar mit möglichst großem Abstand. Packen wir's an!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Stefan Schubert: "Massenmigration ist eine Waffe"**
Bestseller-Autor Stefan Schubert erklärt im Gespräch mit COMPACT: Die Massenmigration ist für bestimmte Kreise ein höchst lukratives Geschäftsmodell. Dort werden hunderte Milliarden Euro von dem Bürger in die Taschen der Strippenzieher umverteilt. In seinem neuen Buch "Der geheime Krieg gegen Deutschland. Unser Land im Fadenkreuz globaler Eliten" geht Schubert auch dieser Frage nach.
Stefan Schubert im Gespräch mit *Jürgen Elsässer*
Jürgen Elsässer: Als ehemaliger Polizeibeamter können Sie aus der Praxis sprechen: Ist Messer-Terror wie in Mannheim etwas, was es auch früher in der BRD gegeben hat? Wann hat das angefangen?
Stefan Schubert: Das kann man ganz klar an den Zahlen des Bundeskriminalamtes belegen, seit 2015 bis heute sehen wir eine explosionsartige Zunahme der Messerattacken. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß die Bundesregierung die Kriminalitätsstatistiken vorsätzlich und massiv manipuliert. Die unterschiedlichen Manipulationsarten zeige ich im Buch detailliert auf.
Jürgen Elsässer: Die Bild-Zeitung berichtet in großer Aufmachung über den Mannheimer-Messermord. Aber mir scheint, das Blatt war nicht immer so migrationskritisch …
Stefan Schubert: Man denke nur an die unsägliche "Refugees Welcome-Kampagne" der Bild im Gleichschritt mit der Politik und den gesamten Mainstream-Medien. Damals wurde jegliche Migrationskritik mit der Nazi-Keule erschlagen, jetzt sind die Auswirkungen und die Sicherheitslage so katastrophal, daß eine weitere Leugnung auch noch den letzten Rest Glaubwürdigkeit kosten würde. Doch der Schwenk in Teilen der Medien kam ja nicht etwa durch Einsicht zustande, sondern durch die Reichweite, den Erfolg und damit durch den Druck der Alternativen Medien.
Jürgen Elsässer: Ist die Messer-Statistik geschönt - sind generell die Asylzahlen geschönt?
Stefan Schubert: Um es ganz deutlich zu sagen, der Bürger wird von vorne bis hinten belogen und betrogen. Die Statistiken der Bundesregierung in diesen Bereichen sind eine Aneinanderreihung von Lügen, Manipulationen und einer gezielten Täuschung der Bevölkerung. Damit

sollen die Bürger ruhig gehalten und weitere Wahlerfolge der AfD verhindert werden. Wer meint ich würde übertreiben, im Buch werden sämtliche Manipulationsarten aufgezeigt, analysiert und mit nachprüfbaren Quellenangaben belegt.
Jürgen Elsässer: Ihr aktuelles Buch trägt den Titel "Der geheime Krieg gegen Deutschland". Ist die Messerkriminalität Teil dieses Kriegs - oder eher eine ungeplante Begleiterscheinung?
Stefan Schubert: Beides. Wenn ich, wie die USA und die NATO, beinahe jedes zweite Land im Nahen Osten und in Nordafrika kaputtbombe oder destabilisiere und dadurch riesige Migrationsströme erschaffe und oder verstärke, dann ist die Destabilisierung von Deutschland und weiteren westeuropäischen Staaten eine geradezu ausweisliche Folge dieses Agierens. Das Buch "Massenmigration als Waffe" der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Kelly M. Greenhill, gibt es in Deutschland ja nicht mehr zu kaufen - warum wohl? - dort wird explizit aufgezeigt, wie die Migrationswaffe auch gegen Deutschland eingesetzt wurde und wird. Daher habe ich eine Zusammenfassung der brisanten Ergebnisse von Greenhill in meinem neuen Buch eingefügt.
Jürgen Elsässer: In Ihrem Buch schlüsseln Sie die Kosten der Masseneinwanderung auf. Bitte geben Sie uns ein prägnantes Beispiel, eine besonders frappierende Zahl.
Stefan Schubert: 540 Milliarden Euro ist so eine frappierende Zahl, diese Summe soll den Steuerzahler bisher die unkontrollierte Masseneinwanderung gekostet haben. Im Buch wird eine explizite Rechnung erstellt, mit überprüfbaren Quellen. Eines muß dem Bürger bewußt werden: Die Massenmigration ist für bestimmte Kreise ein höchst lukratives Geschäftsmodell. Dort werden hunderte Milliarden Euro von dem Bürger und der Mittelschicht in die Taschen der Strippenzieher umverteilt, auch dieser Modus Operandi zieht sich wie ein zusätzlicher roten Faden durch das gesamte Buch. Dieser geheime Krieg gegen Deutschland ist zu einem Milliarden-Dollar-Geschäft mutiert.
Brisante Enthüllungen: In "Der geheime Krieg gegen Deutschland" legt Bestseller-Autor Stefan Schubert dar, wie Finanzindustrie, grüne Milliardäre, NATO, WHO und Geheimdienste unser Land in die Zange nehmen und in den Untergang treiben. Die Aufdeckung eines perfiden Plans der globalen Eliten!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Europawahl 2024: Grünes Debakel und blaue Ost-Dominanz**
Von *Sven Reuth*
Bei der Europawahl in Deutschland kommen Grüne und SPD komplett unter die Räder. Die AfD kann hingegen ein Rekordergebnis bei einer nationalen Wahl einfahren und gewinnt auf dem Gebiet der Ex-DDR in praktisch allen Kreisen. Jetzt soll der Schwung mit in den September genommen werden. …
Das war mehr als nur ein Warnschuß gegen die Ampel - das war ein Erdbeben! Bei der gestrigen Europawahl fährt die Kanzlerpartei SPD mit 13,9 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl überhaupt ein. Doch während 2019 nach einem Europawahl-Ergebnis von 15,8 Prozent Andrea Nahles noch den Partei- und Fraktionsvorsitz sowie ihr Bundestagsmandat niederlegte, scheint die Parteispitze fünf Jahre später fest entschlossen zu sein, das unterirdische Wahlergebnis in einer fast schon autistischen Art und Weise zu ignorieren.
Grüne ohne Jugend
Bundeskanzler Olaf Scholz weigerte sich am gestrigen Wahlabend sogar, das Ergebnis seiner Partei auch nur zu kommentieren - dabei war er als Person im Wahlkampf massiv plakatiert worden. Noch mehr Bürgerverachtung ist kaum mehr denkbar. Noch brutaler als die SPD wurden die Grünen abgestraft. Sie hatten bei der Europawahl 2019 mit 20,5 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren und waren von dem in den Medien tonangebenden linksliberalen Milieu schon zur neuen Volkspartei hochgejubelt worden. Fünf Jahre später

erfolgte nun ein tiefer Sturz.
Die Grünen kommen nur noch auf 11,9 Prozent und verlieren 8,6 Prozentpunkte. Wie dramatisch die Niederlage der Partei ist, zeigt sich insbesondere beim Blick auf die Jungwähler. In der Altersgruppe der unter 30jährigen Wähler brechen die Grünen von 33 Prozent, die sie noch 2019 holen konnten, auf nur noch zwölf Prozent ein. Sie verlieren hier also 21 Prozentpunkte und etwa zwei Drittel ihrer Wähler.
Ein absolutes Debakel, das nun hoffentlich dazu führt, daß wenigstens das Märchen von dem angeblich anbrechenden grünen Zeitalter, das vor allem von den jüngeren Wählern getragen wird, endlich ausgedient hat. In ersten Stellungnahmen wirkten die grünen Spitzenpolitiker nach der Wahl allerdings genauso autistisch und lernresistent wie ihre Kollegen bei der SPD.

Mehr als sechs Millionen AfD-Wähler

Man scheint weiterhin der Auffassung zu sein, daß man der Gesellschaft gegen ihren Willen eine ruinöse Klimapolitik, unbegrenzte Massenzuwanderung und allen möglichen Transgender-Gaga aufzwingen und weiterhin alle politischen Gegenreaktionen mit dem Bannfluch des Rechtsextremismus belegen kann.
Klarer Wahlsieger mit Zugewinnen von 4,9 Prozentpunkten und einem Ergebnis von 15,9 Prozent ist die AfD. Mehr als 6,3 Millionen Bürger setzten gestern ihr Kreuz bei den Blauen, die weiterhin trotz des erstmaligen Antretens des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) weiterhin klar die erste Adresse für politischen Protest sind und die sich außerdem ein wachsendes Stammwählerpotential aufgebaut haben.
Zwischen Rügen und dem Erzgebirge ist die AfD-Dominanz fast total. Hier sind die Blauen in fast allen Kreisen - mit Ausnahme von Weimar, Jena, Erfurt und Potsdam - stärkste politische Kraft geworden. Ihr bundesweit bestes Ergebnis erzielte die AfD im Landkreis Görlitz mit 40,1 Prozent. Bei den unter 30jährigen Wählern holte die AfD 17 Prozent und ist hier gemeinsam mit CDU/CSU die stärkste politische Kraft. Mehr noch:
Im Segment der jungen Wähler konnten die Blauen um zwölf Prozentpunkte (!) im Vergleich zur Europawahl 2019 zulegen und sich hier somit mehr als verdreifachen - ein wahrlich sensationelles Ergebnis. Das beste Ergebnis auf Landesebene konnte die AfD in Sachsen mit 31,8 Prozent holen. In Westdeutschland holte die AfD ihr bestes Ergebnis im Saarland mit 15,7 Prozent.

BSW sticht Linke aus

Das alles ist sehr erfreulich, die Nicht-Aufnahme des AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah in die neue AfD-Delegation im Europaparlament ist allerdings ein echter Wermutstropfen. Offenbar wird Krah geopfert, um Marine Le Pen zu gefallen und doch noch eine gemeinsame Fraktion mit dem Rassemblement National bilden zu können. Damit scheint sich die AfD entschlossen zu haben, einen ihrer bundesweit bekanntesten und charismatischsten Politiker endgültig aus dem Rennen zu nehmen.
Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) holt aus dem Stand 6,2 Prozent und konnte beinahe zweieinhalb Millionen Wähler von sich überzeugen. Die Chancen der erst vor fünf Monaten gegründeten Partei, die sechs Mandate gewinnen konnte, sich fest zu etablieren, stehen nun ausgesprochen gut. Auf dem Gebiet der Ex-DDR konnte das BSW laut einer gestern veröffentlichten Hochrechnung der Forschungsgruppe Wahlen mit 13,8 Prozent ein herausragendes Ergebnis erzielen. In Mecklenburg-Vorpommern konnte das BSW mit 16,4 Prozent sein bestes Landesergebnis einfahren.
Das Spitzenergebnis in Westdeutschland wurde im Saarland mit 7,9 Prozent erzielt. Das bundesweit beste Ergebnis auf Kreisebene erzielte das BSW in Thüringen im Kreis Saalfeld-Rudolstadt mit 18,5 Prozent.
Die Linke hingegen ist ohne Sahra Wagenknecht nicht mehr viel wert. Sie erzielte gestern bei der Europawahl ein Ergebnis von 2,7 Prozent und liegt damit in etwa gleichauf mit den Freien

Wählern (2,7 Prozent) und der linksliberalen Europapartei Volt (2,6 Prozent). Letztere konnte bei den jungen Wählern ein überraschend starkes Ergebnis von neun Prozent einfahren und liegt in diesem Segment auf Augenhöhe mit der Kanzlerpartei SPD (!), die hier ebenfalls neun Prozent erreichen konnte. Der Linken gelang es kaum irgendwo, ihre einstigen Hochburgen gegen das BSW zu verteidigen. Selbst in Berlin liegt die Linke nur noch in drei Bezirken (Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln) überhaupt noch vor dem BSW. Die FDP erzielte 5,2 Prozent und konnte damit als einzige Ampel-Partei ihr Ergebnis aus dem Jahr 2019 in etwa halten.

"Das Volk ist durch mit dieser Regierung"

CDU/CSU erreichen punktgenau 30,0 Prozent. Die CSU erzielt in Bayern 39,8 Prozent. Bundesweit kommt die CSU mit ihrem in Bayern erzielten Ergebnis auf 6,2 Prozent und liegt damit recht komfortabel über der Fünf-Prozent-Hürde. CSU-Chef Markus Söder zeigte sich nach der Wahl kämpferisch und forderte Neuwahlen.

Ein gleichermaßen trockenes wie auch absolut zutreffendes Fazit der Europawahl zog Ex-SPD-Chef Siegmar Gabriel. Er äußerte gegenüber dem Tagespiegel: "Die Bevölkerung ist durch mit dieser Regierung. Das Wahlergebnis ist eine schallende Ohrfeige für die Ampel-Koalition. ... Mit 14 Prozent hat niemand unbestritten den Anspruch, die SPD zu führen."

Trotz sich häufender Forderungen nach Neuwahlen wird die Ampel zum Schaden des Landes nun wohl noch über ein Jahr bis zu den Bundestagswahlen im Herbst 2025 weiterwursteln.<<

Slowakei: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 10. Juni 2024 (x1.384/…): >>**Robert Fico: Westen mitverantwortlich für Mordanschlag**

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Slowakischer Regierungschef äußert sich nach Attentat auf ihn erstmals öffentlich / Westlich finanzierte Organisationen und Medien verantwortlich für "haßerfüllte Aggressivität" in Slowakei

Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico hat westliche Staaten und die von ihnen finanzierten Organisationen, die in der Slowakei agieren, mitverantwortlich für den Mordanschlag auf ihn gemacht. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat äußerte sich Fico am vergangenen Mittwoch (5. Juni) in einer Videobotschaft erstmals öffentlich. Gegen den Attentäter selbst empfinde er keinen Haß und werde keine rechtlichen Schritte einleiten, erklärte Fico. Der Täter sei letztlich nur der "Überbringer des politischen Hasses", den die von westlichen Regierungen unterstützte slowakische Opposition entwickelt habe.

Fico war am 15. Mai nach einer Kabinettssitzung von einem politisch motivierten Mann niedergeschossen worden, mußte notoperiert werden und befand sich mehrere Tage in Lebensgefahr. In der 14-minütigen Videobotschaft erinnerte der Regierungschef nun an seine eigenen, seit Monaten öffentlich geäußerten Warnungen vor einem "nahezu sicher" bevorstehenden Attentat auf einen slowakischen Regierungspolitiker.

Die Erfahrungen seiner 32-jährigen politischen Karriere hatten ihn zu dieser Einsicht geführt, sagte Fico. Der Grund für die politischen Auseinandersetzungen in seinem Land seien die unterschiedlichen außenpolitischen Auffassungen seiner Regierung auf der einen und der Opposition sowie deren Unterstützer in den zum Teil vom Ausland finanzierten "regierungsfeindlichen Medien" und sogenannten "Nichtregierungsorganisationen" (NGOs) auf der anderen Seite.

Fico betonte, daß er die von "einigen großen westlichen Demokratien" betriebene Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und den erzwungenen Export von "Demokratie" in Länder, die sich entschieden haben, ihren eigenen Weg zu gehen, entschieden ablehnt. Kleine Länder wie die Slowakei hätten es nicht leicht, eigene Positionen international souverän zu vertreten, wenn sie nicht mit den Positionen der westlichen Führungsmächte übereinstimmen, erläuterte der 59-Jährige.

Fico habe sich bereits mit seiner Ablehnung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien (1999) und mit dem von ihm veranlaßten Abzug slowakischer Truppen aus dem Irak (2007) den Unmut westlicher Führungsmächte zugezogen, erklärte er.
Der Sozialdemokrat, der bereits 2006 bis 2010 sowie 2012 bis 2018 Ministerpräsident war, habe zudem die Einführung von "Zwangsquoten für illegale Einwanderer" verhindert. Nach seiner erneuten Wahl zum slowakischen Regierungschef im Herbst 2023 hatte er die militärische Unterstützung seines Landes für die Ukraine beendet. Zudem ist er gegen einen Nato-Beitritt der Ukraine, da dies "die Grundlage für den Dritten Weltkrieg" sei.
Mit dem russischen Einmarsch habe innerhalb von EU und NATO "das Konzept der einzig richtigen Sichtweise" Einzug gehalten. Politiker, die gegen eine Fortsetzung des Krieges um jeden Preis seien, würden als "russische Agenten" gebrandmarkt und international politisch ausgegrenzt, kritisierte Fico. "Es ist eine harte Aussage, aber in der EU gibt es kein Recht mehr, anderer Meinung zu sein."
Die slowakische Vorgängerregierung, die nun die Opposition stellt, habe sich in ihrer Amtszeit (2020 bis 2023) "vollständig den Interessen der großen Länder untergeordnet", sagte Fico. Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine habe sie mit ihren militärischen Lieferungen die slowakischen Streitkräfte "geplündert" und die Verteidigungsfähigkeit der Slowakei grundlegend reduziert.
Im Gegenzug konnte die slowakische Regierung vom Westen ungestört die Oppositionsführer im eigenen Land ohne Beweise anklagen und inhaftieren, sagte Fico. Er selbst sei viermal wegen ungerechtfertigter politischer Aktivitäten angeklagt worden. "Drei Jahre lang haben wir die EU auf die Situation in der Slowakei aufmerksam gemacht." Brüssel habe jedoch "kein einziges Wort der Kritik" an fehlender Rechtsstaatlichkeit in der Slowakei und den Mißbrauch des Strafrechts durch die Regierung verlauten lassen.
Fico nannte in seiner Ansprache mehrere Fälle von Abgeordneten und Beamten, die von Oppositionspolitikern und Medien bedroht oder angegriffen worden seien. Die Opposition, die meinungsbildenden Medien und die vom Ausland finanzierten Nichtregierungsorganisationen hätten in der Slowakei ein Klima der "haßerfüllten Aggressivität" geschaffen, beklagte Fico. Die großen westlichen Staaten begleiteten dies mit "augenzwinkernden Kommentaren". Souveräne Positionen kleiner Ländern seien innerhalb der westlichen Machtsphäre nicht erwünscht.
Mit der Auffassung, vom Ausland finanzierte NGOs und Medien würden Einfluß auf die Politik anderer Länder nehmen, steht Fico nicht allein. Erst kürzlich hatte das georgische Parlament gegen den Willen westlicher Staaten ein Gesetz verabschiedet, daß NGOs ihre Finanzen offenlegen müssen, wenn sie zu mehr als 20 Prozent Geld aus dem Ausland erhalten. Betroffene Organisationen und westliche Politiker hatten parallel zum Widerstand gegen das Gesetz aufgerufen.
Es sei zu erwarten, daß die "regierungsfeindlichen Medien", die vom Ausland finanzierten politischen NGOs und die Opposition beginnen würden, den Anschlag auf sein Leben herunterzuspielen, vermutete Fico in seiner Rede. Er bat die vom US-amerikanischen Multimilliardär und Börsenspekulanten George Soros finanzierten Medien in der Slowakei den Weg des gesellschaftlichen Konflikts, der letztlich zum Attentat geführt habe, nicht weiterzuverfolgen. Ansonsten sei es nur eine Frage der Zeit, bis es weitere Opfer gebe, warnte Fico. Menschen müßten andere politische Meinungen respektieren. Es sei keine Lösung, politische Gegner zu töten. Die Gesellschaft müsse sich wieder beruhigen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29343" berichtet am 10. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Gedenken zum 5. Todestag: Lübcke muß weiterhin für Hetze gegen "rechts" herhalten**
Politik und Leitmedien warnen aktuell unter Bezugnahme auf den Mordfall Lübcke vor einem

angeblich drastischen Anstieg von Haß und Hetze und vor einem vermeintlich zunehmenden Rechtsradikalismus. Dieser soll vermehrt auch von Parteien, wie z.B. von der AfD, ausgehen. Doch Halt! Hier braucht es einen kritisch-wachsamen Blick, um nicht selbst zum Opfer einer Manipulation und zum Handlanger einer Agenda zu werden! …
Anläßlich des 5. Jahrestags des Attentates auf Walter Lübcke am 2. Juni 2019 zeigen wir Ausschnitte aus unserer Dokumentation "Tiefer Staat" (www.kla.tv/16518) Diese immer noch sehr aktuelle Dokumentation soll das Bewußtsein dafür schärfen, daß Politik, mediale Kampagnen und sogar Attentate weder zufällig noch willkürlich, sondern - laut fundierten Recherchen - nahezu lückenlos nach einer vorgefaßten Agenda abzulaufen scheinen.
Politik und Leitmedien warnen aktuell unter Bezugnahme auf den Mordfall Lübcke vor einem angeblich drastischen Anstieg von Haß und Hetze und vor einem vermeintlich zunehmenden Rechtsradikalismus, der vermehrt auch von Parteien, wie z.B. von der AfD, ausgehen soll. Daß es hier aber eines kritisch-wachsamen Blickes bedarf, um die wirklichen Zusammenhänge und Hintergründe zu erfassen, zeigen die sorgfältig recherchierten Fakten in der nachfolgenden Kurzversion der Kla.TV-Dokumentation "Tiefer Staat".

Was ist der "Tiefe Staat"?

Nach der Ermordung des deutschen CDU-Politikers Dr. Walter Lübcke Anfang Juni 2019 überschlugen sich wochenlang die Meldungen über die Hintergründe der Mordtat. Als Tatmotiv gilt "Haß von rechts", den sich Lübcke durch eine Äußerung im Jahr 2015 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise zugezogen haben soll. Sofort vermittelten die Leitmedien ein fixes Bild: "Der Rechtsterror ist die Gefahr Nummer 1".
Noch in den 1980ern wurde der Linksterrorismus als "Staatsfeind Nr. 1" bezeichnet. Wie konnte sich die öffentliche Sichtweise um 180° drehen? Sollen hier möglicherweise die Feindbilder "Rechtsterrorismus" und "Linksterrorismus" von ganz anderen Kräften ablenken, die im Hintergrund den Rechtsstaat und die Demokratie torpedieren?
Der renommierte Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten "Tiefen Staat", der mit verdeckter Kriegsführung und Operationen unter falscher Flagge die demokratischen Strukturen weltweit unterwandert hat.
Was ist der Tiefe Staat? Der Begriff "Tiefer Staat" beschreibt seit den 1970er Jahren demokratisch nicht legitimierte Macht- und Entscheidungsstrukturen in Geheimdiensten, Militär, Politik und Justiz. Seit den 1990er Jahren wurden weltweit agierende Netzwerke enttarnt, die im Verborgenen die Interessen einer heimlichen Machtelite verfolgen. Egal, welche politische Partei aktuell regiert, unter dem Deckmantel der Demokratie wurde und wird unbemerkt die Verwirklichung lang angelegter Pläne* vorangetrieben. Das Ziel sei die Machtausweitung und Geldanhäufung bei den global dominierenden Familien (z.B. Rothschilds, Rockefellers).

Beispiel 1: Verstrickungen deutscher Staatsorgane in den Fall NSU

In den Jahren 2000 bis 2006 wurden die sogenannten "Dönermorde" begangen, für die man ausschließlich die rechte Terrorzelle "Nationalsozialistischer Untergrund" - kurz: NSU - um Beate Zschäpe verantwortlich machte. Verschiedene investigative Journalisten, wie z.B. Jürgen Elsässer, untersuchten den Fall, indem sie u.a. Gerichtsprotokolle auswerteten. Es kam zum Vorschein, daß staatliche Organe, wie z. B. der Thüringer Verfassungsschutz, in den Fall NSU involviert waren. So war der Verfassungsschützer Andreas Temme nachweislich am Aufbau des NSU-Netzwerks und, direkt oder indirekt, an der Ausführung der genannten Dönermorde beteiligt, was aber juristisch nie gründlich aufgearbeitet wurde.
Dem Thüringer Verfassungsschutz ist nachzuweisen, daß er maßgeblich an der Finanzierung und dem Aufbau des rechten Netzwerkes um den NSU herum beteiligt war. Auch fand im Umfeld des NSU ein rätselhaftes Zeugensterben statt. Besonders brisant ist die Tatsache, daß 19 Akten des NSU-Falles vernichtet und die verbliebenen Akten zunächst mit einer Sperrfrist

von 120 Jahren belegt wurden. Diese Sperrfrist wurde nachträglich bis zum Jahr 2044 verkürzt. Versucht hier der deutsche Staat, eine Verstrickung in die NSU-Affäre zu vertuschen?

Beispiel 2: Mordfall Lübcke: Ungereimtheiten und Instrumentalisierung durch Politik und Medien

Seit der Ermordung des CDU-Politikers und Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke überschlagen sich die Meldungen und Kommentare über die Hintergründe dieser Mordtat. Laut offiziellen Angaben wurde Lübcke in der Nacht zum 2. Juni auf der Terrasse seines Anwesens durch einen Kopfschuß getötet.

Der Täter soll ein Rechtsextremer namens Stephan E. sein. Als mögliches Tatmotiv gilt "Haß von rechts", den der Politiker sich unter anderem durch eine Äußerung auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise zugezogen haben soll. Obwohl die Ermittlungen bisher noch keine klaren Schlüsse zulassen, vermitteln die Schlagzeilen der Medien bereits ein fixfertiges Bild: "Der Rechtsterror ist die Gefahr Nummer 1".

Zweifelsohne ist tatsächlicher Terror aus Haß durch Rechts- oder Linksextremisten frag- und vorbehaltlos aufs Schärfste zu verurteilen und zu ahnden.

Doch kann der gewaltsame Tod Walter Lübckes tatsächlich eindeutig und ausschließlich einem rechtsextremen Hintergrund zugeschrieben werden? Zumindest einige Zusammenhänge werfen gewichtige Fragen auf:

1. Gefunden worden sei der Tote Walter Lübcke von seinem Sohn, der nicht etwa den Notarzt, sondern einen befreundeten Sanitäter von der gerade gegenüber stattfindenden Kirmesfeier herbeirief. Wie sich herausstellte, manipulierte dieser den Tatort, indem er Blut- und damit möglicherweise auch sonstige Spuren beseitigte. Die erst viel später eintreffenden Rettungskräfte nahmen Walter Lübcke mit, wobei erst im Krankenhaus die Einschußstelle im Kopf entdeckt worden sein soll.

2. Ex-Verfassungsschützer Andreas Temme, der bereits bei den Morden des rechten Netzwerkes NSU - sprich Nationalsozialistischer Untergrund - zwischen den Jahren 2000 und 2006 eine dubiose Rolle spielte, wechselte später in die Regierungsbehörde von Walter Lübcke. Temme war nachweislich am Aufbau des NSU-Netzwerks und an der Ausführung der Morde direkt oder indirekt beteiligt. Die Mordserie an zehn überwiegend türkischen Opfern wurde ausschließlich dem rechten Netzwerk zugeordnet. Eine wirkliche Aufklärung der Morde wurde seitens des Staates massiv behindert.

Ende 2011 vernichtete das Bundesamt für Verfassungsschutz mindestens 19 der brisanten Akten, und auf den verbliebenen liegt eine Sperrfrist von 120 Jahren. Rund um den NSU-Prozeß gab es ein auffälliges Zeugensterben von über einem Dutzend Personen. Denkwürdig ist, daß nun im Mordfall Lübcke erneut einer von Temmes V-Männern mit dem Beschuldigten Stephan E. in enger Verbindung steht.

3. Dem NSU-Untersuchungsausschuß lagen im Jahr 2015 Akten vor, in denen sich "ein geheim eingestuftes Dokument mit relevanten Informationen" zu dem im Fall Lübcke tatverdächtigen Stephan E. befand. Wie der Hessische Rundfunk berichtete, gäbe es im Landesamt für Verfassungsschutz jedoch keine Personalakte mehr über den mutmaßlichen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten. Die Fakten sind also alles andere als eindeutig. Dennoch wird ausschließlich gegen "rechts" ermittelt.

Doch welche anderen möglichen Tatmotive gibt es im Mordfall Lübcke?

1. In Lübckes Regierungspräsidium werden unter anderem Genehmigungen für Windkraftanlagen erteilt. Im Zuge dieser Genehmigungen habe es in Lübckes Amtszeit immer wieder Konflikte gegeben, unter anderem, weil Lübckes Söhne selbst Betreiber mehrerer Wind- und Solarparks sind. Als Regierungspräsident genehmigte Lübcke sehr "engagiert" Windkraftanlagen, unter anderem auch in bedeutenden Naturschutzgebieten, was ihm teils wütende Proteste einbrachte.

2. Auch eine Bluttat der kalabrischen Mafia Ndrangheta ist denkbar. Diese ist seit Jahren in Kassel aktiv. Der Ndrangheta ist nachzuweisen, daß sie vor allem über Windkraftanlagen Geldwäsche von Milliardenbeträgen aus Drogen-, Waffen-, Rotlicht- und Wettbürogeschäften betreiben, weshalb bereits 2013 eine bundesweite Razzia durchgeführt wurde.
Zusammenfassend kommen verschiedene Aufklärungsplattformen zu dem Schluß, daß die Faktenlage im Mordfall Lübcke äußerst unklar bis widersprüchlich ist. Dennoch werden bisher ausschließlich "Rechtsextreme" für den Mord verantwortlich gemacht und seitens der Politik schon mal Konsequenzen gezogen. So will Bundesinnenminister Horst Seehofer den "Kampf gegen den Rechtsextremismus" deutlich verstärken. …
In welche Richtung diese Konsequenzen aber eigentlich zielen, daran lassen Schlagzeilen wie diese keinen Zweifel: Die FAZ vom 19. Juni: "Mord an Walter Lübcke - CDU weist AfD Mitverantwortung zu" oder ZEIT ONLINE: "Annegret Kramp-Karrenbauer gibt AfD Mitschuld am Tod von Walter Lübcke". Der haushaltspolitische Sprecher der SPD Johannes Kahrs fordert per Twitter: "… AfD verbieten, dann AfD-Mitglieder aus dem Beamtenverhältnis entlassen."
Diese Äußerungen knüpfen an der kritischen Haltung der AfD zur Migrationspolitik der Bundesregierung an, die völlig undifferenziert mit Ausländerhaß gleichgesetzt wird, welcher den Nährboden für diesen Mord gebildet habe. Solche zur "großen Gefahr von rechts" aufgeblasenen medialen Inszenierungen wie die NSU-Morde und der Lübcke-Mord sollen ganz offensichtlich als Rechtfertigung von Zensur, Überwachung, Sanktionierung und Verbot von Parteien, wie z.B. der AfD, Aufklärungsbewegungen und freien Medien bis hin zum Ausschluß von Systemkritikern aus der Gesellschaft dienen.<<

11.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Bundesregierung setzt Milliarden mit gefälschten chinesischen CO2-Zertifikaten in den Sand**
Deutsche haben wohl Milliarden für CO2-Ausgleichs-Zertifikate gezahlt, die gefälscht waren: Es handelt sich um einen riesigen Betrugsskandal, in den das Umweltbundesamt fahrlässig hineingetappt ist.
Max Roland
Die Bundesregierung stellt die Klimapolitik-Strategie vor, Dezember 2023
"Was die Dimension angeht: Es handelt sich nicht um Peanuts, sondern um einen Milliardenschaden", erklärte der CDU-Umweltexperte Christian Hirte bei einem öffentlichen Fachgespräch mit Branchenvertretern im Bundestag. Es geht um einen internationalen Betrugsfall, in den der deutsche Staat gestolpert ist: Ökoprojekte zur CO2-Einsparung im Ausland, die aus Deutschland finanziert wurden, waren wohl nur vorgetäuscht, das grün geführte Umweltbundesamt hat bei der Prüfung offenbar massiv versagt.
Es ist einer der wohl größten Betrugsfälle in der deutschen Klimapolitik - auf Kosten deutscher Autofahrer. Beim Spritpreis, den sie bezahlen, sind nämlich teure Umweltschutz-Projekte eingepreist, die die Ölkonzerne finanzieren, um so gesetzlichen Klimavorgaben zu entsprechen.
Mineralölkonzerne sind in Deutschland nämlich verpflichtet, die durch Benzin und Diesel verursachten Treibhausgasemissionen kontinuierlich zu senken. Entsprechende Minderungsquoten dafür werden von der Bundesregierung festgelegt. Dabei können die Konzerne etwa fünf oder zehn Prozent Biosprit in die Kraftstoffsorten E5 und E10 mischen, aber oft sind weitere Maßnahmen nötig, um nominell diese Ziele zu erreichen. Längst hat sich dazu eine ganze Industrie gebildet:
Projekte im Ausland, bei denen dort etwa im Öl- und Gassektor Emissionen eingespart werden. Die können Ölkonzerne in Deutschland dann finanzieren und bekommen sie bei entspre-

chender Anerkennung der Zertifikate für ihre Klimabilanz hierzulande gutgeschrieben. "Upstream Emission Reductions", kurz UER, nennt man diese CO2-Sparprojekte.
Aber viele dieser Projekte gab es offenbar gar nicht. Ein Beispiel von vielen: Rund 80 Millionen Euro flossen an ein angebliches Klimaschutzprojekt in der chinesischen Provinz Shandong, das sich bei der Überprüfung als verlassener Hühnerstall herausstellte.
Ein Vor-Ort-Besuch des ZDF-Magazins Frontal bestätigte damit Recherchen von deutschen Bioenergie-Unternehmen, ausgelöst durch den Hinweis eines chinesischen Whistleblowers. In Summe über 60 ähnlichen Verdachtsfällen in China könnten damit einen Schaden von mehr als 4,5 Milliarden Euro angerichtet haben, so eine Schätzung des "Hauptstadtbüros Bioenergie", eine Interessenvertretung der Branche, laut Welt. Erst nach langem Hin und Her hatte das Umweltbundesamt dann im Mai die Staatsanwaltschaft und das Auswärtige Amt einbezogen und bei chinesischen Behörden um Amtshilfe gebeten.
Viel zu spät - so lautet die Kritik von Bioenergie-Verbänden und Oppositionspolitikern bei der Anhörung: "Durch fehlerhafte Zertifizierungen und schlampige Kontrollen deutscher Behörden ist nicht nur ein horrender finanzieller Schaden entstanden, sondern auch ein massiver Vertrauensverlust in Klimaschutzprojekte im Ausland", so Anja Weisgerber, klimapolitische Sprecherin der Union im Bundestag, zu Welt.

Luftnummer Klima-Zertifikat

Dieser Zertifikatehandel ist international umstritten und für seine Betrugsanfälligkeit bekannt - jetzt zeichnet sich ab, daß Millionen Autofahrer meist wohl für Fake-Projekte gezahlt haben. Vom Umweltbundesamt (UBA) und der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHST) wurden 75 UER-Projekte genehmigt - fast alle in China, obwohl das Land nur fünf Prozent der globalen Ölproduktion ausmacht.
Nach dem Einschalten privater Ermittler in China, gehen Bioenergie-Firmen davon aus, daß in 62 von 75 Fällen ein dringender Betrugsverdacht besteht. In zwölf Fällen habe man noch keine eindeutigen Schlüsse ziehen können. "Wir haben unter den 75 Projekten, die auf die deutsche THG-Quote angerechnet wurden, nur ein einziges gefunden, das unverdächtig ist", sagte Sandra Rostek, Leiterin des Hauptstadtbüros Bioenergie.

"Dann kann man die gesamte Energiewende vergessen"

Eine tatsächlich unabhängige Kontrolle der Projekte durch deutsche Behörden findet offenbar kaum statt: Amtspersonen zur Kontrolle läßt Peking nicht einreisen. Bereits im vergangenen Jahr sorgte ein Skandal um falsch etikettierte Biodiesel-Importe aus China für Schlagzeilen. Es wäre also bereits der zweite Betrugsfall rund um Klimazertifikate innerhalb von zwei Jahren.
Der Import billiger und angeblich "grüner" chinesischer Klimazertifikate bringt die Klimastrategie der Bundesregierung und EU-Kommission jetzt ordentlich in Bedrängnis: "Es gibt einen erheblichen Vertrauensverlust in die Kontrollsysteme", sagte Detlef Evers vom Mittelstandsverband abfallbasierter Kraftstoffe: "Wenn sich niemand sicher ist, daß hier fairer Wettbewerb herrscht, wird man das Investieren lassen, und dann kann man die gesamte Energiewende vergessen."
Zum Teil überprüften deutsche Behörden offenbar nicht mal die Geodaten von UER-Projekten. Aus denen und einem Blick auf Google Maps wäre nämlich hervorgegangen, daß manche der vermeintlichen Projekte tatsächlich nur auf unbebaute Orte in der Wüste der chinesischen Uiguren-Provinz Xinjiang sind.

Intensiv geprüft? Wohl kaum

Der Präsident des Umweltbundesamtes, Dirk Messner, meinte nun bei einer Anhörung, seine Behörde hätte bei der Überprüfung der Vorwürfe enge Grenzen gehabt, dennoch aber 40 Projekte ins Auge genommen und dann vier Anträge gestoppt. Er spricht von einem "Betrugsgeflecht". Besonders auffällig sei, daß zwei deutsche Gutachterbüros sich die zweifelhaften Zer-

tifizierungen stets gegenseitig bestätigten hätten.
In der Frontal-Sendung von 28. Mai meinte er noch, 30 Projekte "intensiv geprüft" zu haben. Auf Anfrage von Welt am Sonntag erklärte allerdings der Mineralölkonzern Shell, ein sogenannter Lead-Partner mehrerer UER-Projekte in China, zwei Tage später: "Wir wurden zu keinem der UER-Projekte, bei denen wir als Lead Partner auftreten, von der DEHSt bzw. dem UBA im Rahmen dieser Nachprüfungen angefragt." Wie gründlich war also Messners "intensive Prüfung" tatsächlich?
"Das Umweltbundesamt und das Bundesumweltministerium haben völlig versagt", meint jedenfalls Christian Hirte, der Berichterstatter für Umweltrecht in der Unionsfraktion: "UBA-Präsident Messner und die zuständige Ministerin Lemke haben diese Zustände entweder stillschweigend hingenommen oder sie haben ihren eigenen Laden nicht im Griff." Wenn sich herausstellen sollte, "daß Präsident Messner und Ministerin Lemke nicht in vollem Umfang aufklären können, müssen sie sich die Frage gefallen lassen, ob sie die Richtigen für diese Aufgabe sind."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Hauptstadt-Gerücht: Wird Söder Bundespräsident?**
CDU-Chef Friedrich Merz ist nach der Europawahl seinem Traum von der Kanzlerkandidatur ein ganzes Stück näher gekommen. Doch was wird dann aus Markus Söder? Durch die Hauptstadt wabert ein heißes Gerücht: Der CSU-Chef könnte 2027 der nächste Bundespräsident werden!
Hinter den Unions-Kulissen ist die Diskussion um die Kanzlerkandidatur im vollen Gange. Während sich CSU-Chef Markus Söder selber nicht in die Karten schauen läßt, fordern seine Büchsenspanner eine "offene Diskussion" darüber, wen die Unionsparteien spätestens zur Bundestagswahl 2025 aufstellen bzw. im Falle vorgezogener Neuwahlen auch schon vorher.
Der Fraktionschef der CSU im bayerischen Landtag, Klaus Holetschek, erklärte: "Es muß diskutiert werden, wer der richtige Kandidat ist. Ich glaube, daß die Diskussion über den Kanzlerkandidaten noch einmal kommt."
CSU-Chef Markus Söder selbst beließ es bei den sibyllinischen Worten: "Natürlich ist ein CDU-Vorsitzender immer der Favorit." Zugleich fügte er hinzu: "Wir werden auf jeden Fall zusammen eine gute Lösung finden. Da darf sich jeder darauf verlassen." Ein Versprechen, das für manche in der großen Schwesterpartei eher wie eine Drohung klingt!
Kommt es doch zu Neuwahlen?
Unterdessen wächst in der SPD nach der neuen historischen Niederlage bei der Europawahl der Druck auf Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der FDP die Koalitionsfrage zu stellen. "Ich glaube, der Haushalt ist die Stunde der Wahrheit", sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Axel Schäfer der "Süddeutschen Zeitung". Zu Ende gedacht könnte das bedeuten: Scholz stellt im Deutschen Bundestag doch die Vertrauensfrage. Verliert er, wäre der Weg zu Neuwahlen frei!
Merz ist in der Pole-Position
Es könnte, muß aber nicht, die Stunde von Friedrich Merz sein. Zweifellos ist der CDU-Chef nach der Europawahl in der Pole-Position beim unions-internen Rennen um die Kanzlerkandidatur. Nach diesem Ergebnis werden es auch die Merkelianer in der Union um NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst und um dessen Kieler Amtskollegen Daniel Günther schwer haben, das ganz große Faß gegen den Sauerländer aufzumachen.
Was wird dann aus Markus Söder?
Kann Merz dem vom Ehrgeiz zerfressenen CSU-Chef überhaupt etwas anbieten für die entgangene Kanzlerkandidatur? So viel dürfte sicher sein: Auf die "zweite Geige" in einem möglichen Kabinett Merz dürfte sich Söder kaum einlassen, auch nicht als sogenannter "Superminister".

Andererseits: Daß der CSU-Chef in der K-Frage Merz bedingungslos das Feld überläßt, mag in der Union auch niemand so recht glauben. Im Konrad-Adenauer-Haus, der Berliner CDU-Parteizentrale, wird dem Vernehmen nach folgende Option durchgespielt - ausgehend von der wohl nicht unberechtigten Annahme, daß sich der CSU-Chef keinesfalls mit einem Kabinettsposten abspeisen lassen dürfte.
Hintergrund dieser Gedankenspiele: Bei seinen öffentlichen Terminen im Freistaat Bayern läßt sich der eitle Ministerpräsident wie ein Popstar feiern. Söder genießt es in vollen Zügen, wenn ihn die Menschen umschwirren und um Selfies bitten. 2016, bei seinem Auftritt als "König-Ludwig" anläßlich der Verleihung des Ordens "Wider den tierischen Ernst" in Aachen, schien es, als habe Söder seine Traumrolle gefunden.
Nun kann ihm Merz einen "König Ludwig" zwar nicht anbieten; aber in diese Richtung als protokollarisch erster Mann im Staate dürfte es vielleicht gehen. Söder, so wird in der CDU geflüstert, könnte 2027 Bundespräsident werden. Und, so findet auch jemand in Söders Staatskanzlei Gefallen an dieser Überlegung: Der CSU-Chef könnte sich als Staatsoberhaupt doch "ganz neu erfinden".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Neue Umfrage bestätigt: Immer mehr Deutsche empfinden Zuwanderung als Bedrohung!**
Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov bestätigt, daß eine deutliche Mehrheit der Deutschen Zuwanderung eher als Bedrohung denn als Chance sieht. Die repräsentative Umfrage, die zwischen dem 31. Mai und dem 5. Juni durchgeführt wurde, ergab, daß 59 Prozent der Befragten Zuwanderung als "eher Bedrohung" (32 Prozent) oder sogar "große Bedrohung" (27 Prozent) wahrnehmen. Nur 32 Prozent sehen sie als Chance, während neun Prozent keine Meinung dazu haben.
In der Umfrage wurde auch das kürzlich von der Ampel "reformierte" Staatsangehörigkeitsrecht abgefragt, das am 27. Juni in Kraft tritt. Die sogenannte Reform sieht u.a. vor, daß Einbürgerungen bereits nach fünf statt bisher acht Jahren möglich sind, unter bestimmten Voraussetzungen sogar schon nach drei Jahren. Außerdem sollen generell mehrere Staatsbürgerschaften möglich sein. Eine Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) lehnt auch diese Änderungen ab.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Tiefer geht's nimmer: Faeser (SPD) beschäftigt Schwerstkriminellen im Kampf gegen "Fake News"!**
Wie tief will Deutschland eigentlich noch sinken? Die linksradikale Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) heuert auf Steuerzahlerkosten einen Schwerstkriminellen an, um gegen "Desinformation" im Netz vorgehen!
Das neue Faeser-Projekt auf Instagram trägt den Namen "Fake Train" ("gefälschter Zug"). In der Beschreibung heißt es: "Einsteigen, bitte! Der FAKE TRAIN fährt planmäßig durch die Weiten des Internets und hält immer dann, wenn Desinformationen uns an der Weiterfahrt hindern." Mit dem ersten eigenen Streaming-Format will die Faeser unterstellte "Bundeszentrale für politische Bildung" (Verblödung) Jugendliche und junge Erwachsene erreichen.
Für das Streaming-Format untersuchen angebliche Fake-News-Experten das Internet nach angeblichen Falschmeldungen. Einer von Faesers "Fachleuten" ist laut Medienberichten der verurteilte Goldräuber und sogenannte Gangster-Rapper Xatar (43).
Der 1,90-Meter große Iraner, der eigentlich Giware Hajabi heißt, hat 2009 in Baden-Württemberg auf der A81 einen Goldtransporter überfallen. Er fesselte die Fahrer brutal und flüchtete mit Gold im Wert von 1,8 Millionen Euro in den Irak.
Nachdem der Goldräuber dort aufgespürt und nach Deutschland überstellt wurde, wurde Hajabi in Stuttgart zu acht Jahren Freiheitsentzug wegen schweren Raubes, gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung verurteilt. Vom Gold fehlt bisher jede Spur.

Fazit: Diese Bundesregierung scheint alle Hemmungen fallen zu lassen. Nun werden sogar verurteilte Kriminelle mit dem Geld der Steuerzahler entlohnt, um den linksgrün-ideologischen Kampf gegen die Meinungsfreiheit und die eigenen Bürger zu führen!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. Juni 2024 (x1.380/…): >>**CO2-Betrugsskandal kostet uns 4,5 Milliarden: Klima-Kult ist Betrug am Bürger!**

Was man über die Ampel-Regierung wissen muß, kann man mit einem einzigen Satz zusammenfassen: Ein Hühnerstall in China wurde von deutschen Autofahrern mit 80 Millionen Euro finanziert. Denn in einer chinesischen Uiguren-Provinz sollte eigentlich ein "Klimaschutzprojekt" auf die Beine gestellt werden, welches sich jedoch bei einer Überprüfung als ebendies entpuppte: Als verlassener Hühnerstall.

Bezahlt wurde der Irrsinn mit der Klima-Abgabe der deutschen Autofahrer. Und nicht nur das. Im Zusammenhang mit einem riesigen CO2-Betrugsskandal, der sich immer mehr auszuweiten scheint, soll ein Gesamtschaden von bis zu 4,5 Milliarden Euro entstanden sein - indem Klima- und Umweltprojekte finanziert wurden, die gar nicht oder nur in anderer Form existieren.

Die politische Hauptverantwortung für diese unfaßbaren Vorgänge trägt die grüne Umweltministerin und Klimakleber-Verharmloserin Lemke. Aber auch Habeck ist als Klimaminister dafür verantwortlich, daß unser Steuergeld in aller Welt verteilt wird und dann auch noch im Nichts versinkt. Warum leisten wir überhaupt Entwicklungshilfe für eine wirtschaftliche Weltmacht, wie es China ist?

Die AfD-Bundestagsfraktion hatte bereits im vergangenen Jahr beantragt, aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie China, Indien oder Brasilien den Status als Entwicklungsland zu entziehen. Doch die Ampel-Regierung hält weiterhin an einer Wirtschafts- und Entwicklungspolitik fest, die unser Land zum Melk-Esel der Welt macht!

Vor diesem Hintergrund wird der milliardenschwere Betrugsfall zum Symbol für den gesamten Klima-Kult. Denn nicht nur der aktuelle Skandal um die Klima-Abgabe ist Betrug - die Klimapolitik ist es selbst. Uns wird der vermeintliche Nutzen von Deindustrialisierung durch Kernkraft-Ausstieg vorgegaukelt, während unsere Nachbarländer in die Kernkraft einsteigen oder Kernkraft ausbauen.

Uns wird ein vermeintlicher ökologischer Nutzen durch Wärmepumpen suggeriert, während in Wirklichkeit nur die amerikanische Wärmepumpen-Industrie profitiert. Unsere Auto-Industrie wird zerstört und die Wettbewerbsfähigkeit von E-Autos wird beschönigt, während andere Länder sich ins Fäustchen lachen. Wir werden diesen Irrsinn beenden, die Deindustrialisierung stoppen und die Finanzierung des Energiewende-Billionenbetrugs einstellen!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Nach Schleuser-Razzia: Staatsanwaltschaft nimmt SPD-Oberbürgermeister ins Visier!**

Der Schleuser-Skandal um nordrhein-westfälische SPD- und CDU-Politiker nimmt immer größere Ausmaße an. Mehr als 1000 Polizisten und Staatsanwälte stürmten im April Firmengebäude und Wohnungen in acht Bundesländern. Dabei wurden nicht nur Haftbefehle vollstreckt, sondern auch 1,2 Millionen Euro in bar sichergestellt. Jetzt gibt es laut Medienberichten neuere Entwicklungen: Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf soll den Solinger SPD-Oberbürgermeister Tim Kurzbach als Beschuldigten führen. Demnach soll der Verdacht bestehen, daß der Politiker die mutmaßliche Schleuser-Bande wohlwollend unterstützt haben könnte.

Bereits im April wurde unter anderem der frühere SPD-Geschäftsführer der Unterbezirke Heinsberg und Euskirchen, Jens Bröker, verhaftet. Auch gegen den langjährigen Landrat Werner Stump (CDU) wurden Ermittlungen aufgenommen. Die Ermittlungen stehen in Zu-

sammenhang mit dem Verdacht, daß wohlhabenden Ausländern unrechtmäßig ein dauerhafter Aufenthalt in Deutschland ermöglicht wurde - gegen Zahlung von zumeist sechsstelligen Geldbeträgen.
Für die Organisation der Schleusung sollen Scheinfirmen gegründet worden sein, um zu suggerieren, daß die eingeschleusten Ausländer tatsächlich in Deutschland arbeiten. Zugleich steht der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) unter Druck. Mutmaßliche Schleuser sollen erhebliche Geldsummen für seinen Wahlkampf gespendet haben.
Übrigens: Nach der Razzia wurde die Identität der ersten Beschuldigten erst auf Anfrage der AfD mitgeteilt. Wir werden an diesem Fall selbstverständlich für Sie dranbleiben und auf Aufklärung drängen. Vor allem aber werden wir uns gegen eine Politik der Massenmigration einsetzen, die sich allenfalls formaljuristisch vom Handeln der Schleuser unterscheidet. Wir stoppen die Massenmigration, weil wir unsere Identität und Sicherheit erhalten wollen!<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29352" berichtet am 11. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Der WHO-Pandemievertrag ist vom Tisch - vorerst**
Peter König ist geopolitischer Analyst und ehemaliger leitender Wirtschaftswissenschaftler bei der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation WHO, wo er über 30 Jahre lang in der ganzen Welt tätig war. Er veröffentlichte am 25. Mai ein Statement zum Scheitern des geplanten weltweiten Pandemievertrags mit dem Titel: Der WHO-Pandemievertrag ist vom Tisch - vorerst. Hören Sie selbst, warum sich nun niemand zurücklehnen und denken sollte, es sei alles vorbei! …
Moderation
Gestern Abend, den 24. Mai 2024 haben die WHO-Leitung und die Delegierten der wichtigsten Mitgliedsländer auf einer hochrangigen Tagung im Vorfeld der Weltgesundheitsversammlung in Genf beschlossen, den Pandemievertrag fallen zu lassen - vorerst. Er hätte keine Chance, in der kommenden Woche eine Abstimmung der Weltgesundheitsversammlung zu bestehen. Statt dessen beschlossen sie, auf der Weltgesundheitsversammlung über das weitere Vorgehen zu beraten.
Seien Sie sich jedoch bewußt, daß dieser Pressebericht nicht die wahren Gründe für das Ende der Gespräche über den Pandemievertrag und die geänderten Vereinbarungen der 'Internationalen Gesundheitsvorschriften' nennt.
Es wird versucht, das große Problem einer potentiellen Gesundheitstyrannei, das diese Abkommen für die Welt bedeuten könnten, herunterzuspielen oder überhaupt nicht zu erwähnen. Statt dessen heißt es, daß die Gespräche fortgesetzt werden müssen, weil die Welt ein "Sicherheitsnetz" für künftige Pandemien braucht. Als ob die Welt bis heute nicht in der Lage gewesen wäre, Krankheiten und andere Katastrophen eigenständig als souveräne Nationen zu bewältigen. Und indem sie solche Katastrophen auf autonomer, souveräner Basis bewältigten, bewahrten sie ihre Volkswirtschaften vor dem Zusammenbruch.
Es ist offensichtlich, daß sich in den letzten Monaten viele Regierungen auf der ganzen Welt, besonders in den Entwicklungsländern, aber nicht ausschließlich, mehr als unwohl fühlten, das zu akzeptieren, was viele als "WHO-Gesundheitsdiktatur" bezeichneten - in Form einer "Eine-Welt-Gesundheit" - unter dem Motto: "eins paßt für alle" - ähnlich wie die "Eine-Welt-Regierung" oder die "Eine-Welt-Ordnung", die die Globalisten den 8,1 Milliarden Menschen auf der Welt aufzwingen wollen.
Und übrigens - vergessen Sie nie, daß die oberste Priorität der Globalisten weiterhin eine massive, wirklich massive Reduzierung der derzeitigen 8,1 Milliarden umfassenden Weltbevölkerung bleiben wird. Dies war einer der Hauptgründe für die betrügerische Impfagenda und würde durch den neuen Pandemie-Vertrag und die geänderten Vereinbarungen der 'Internationalen Gesundheitsvorschriften' noch weiter vorangetrieben werden.
Diejenigen, die seit dem Beginn der UN-Agenda 2030 und dem Great Reset des Weltwirt-

schaftsforums, WEF, mit zunehmender Intensität auf eine "Eine-Welt-Regierung" oder die "Eine-Welt-Ordnung" gedrängt haben, wollen auch eine "Eine-Welt-Gesundheit". Das bedeutet, daß der Generaldirektor der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, die Befugnis hätte - über die Souveränität der einzelnen Länder hinaus - über Pandemie-, Präventions- und Heilungsmaßnahmen zu entscheiden.
Immer mehr Länder erkennen, was das für ihr Gesundheitssystem und nicht zuletzt für ihre Wirtschaft bedeutet. Vor allem, wenn sie auf die unnötigen Covid-Lockdowns und andere wirtschafts- und gesellschaftszerstörende Zwangsmaßnahmen zurückblicken, die reihenweise Konkurse verursachten, aber keinerlei Einfluß auf die Eindämmung von Covid hatten, falls es jemals eine "Covid-Pandemie" - oder besser gesagt "Plandemie" - gab: eine höchst umstrittene Frage.
Was Covid und seine tyrannischen "Maßnahmen" bewirkt haben, ist eine Kapitalverschiebung von der Basis und der Mitte - von kleinen und mittleren Unternehmen - nach oben, zu den Multimilliardären, den führenden Finanzinstitutionen, Blackrock/Vanguard, Wall Street und weitere, und zu den Technologieunternehmen, den sogenannten "Glorreichen Sieben": Alphabet, Amazon, Apple, Meta, Microsoft, Nvidia, Tesla.
Dieser Trend hat sich vor allem dadurch verstärkt, daß die Reichen und Mächtigen Zugang zu künstlicher Intelligenz, KI, haben, um die Kapitalverlagerung zu beschleunigen.
Aber auch Geschäftsleute und Politiker haben die mutwillige Zerstörung ihrer Volkswirtschaften bemerkt und sind mißtrauisch geworden, so daß sie gegenüber allem, was von der WHO und dem WEF kommt, wachsamer geworden sind.
Der Auslöser für das große Erwachen war vielleicht, daß sich die WHO mit ihrem Pandemievertrag und ihren streng überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften IGV, nicht an ihre eigenen verfassungsmäßigen Regeln hielt, nämlich den endgültigen Entwurf dieser entscheidenden Papiere vier Monate vor der Weltgesundheitsversammlung an die 194 Mitgliedsländer zu senden, d.h. spätestens zum 27. Januar 2024. Dies geschah nicht und ist bis heute nicht geschehen.
In der Zwischenzeit haben 49 republikanische US-Senatoren Präsident Biden schriftlich aufgefordert, den Vertrag und die streng überarbeiteten 'Internationalen Gesundheitsvorschriften' nicht zu unterzeichnen; und 22 Generalstaatsanwälte ihrer jeweiligen US-Bundesstaaten haben entschieden erklärt, daß sich ihre Staaten an keine der von diesen Verträgen auferlegten Regeln halten würden. Das allein ist schon eine deutliche Botschaft aus den USA - und könnte andere Länder, die zwischen 'Ja' und 'Nein' schwankten, beeinflußt haben, den WHO-Vorschlag abzulehnen.
Was als nächstes passieren wird, ist größtenteils Spekulation. Wie bereits erwähnt, wird sich die Weltgesundheitsversammlung wahrscheinlich einen Großteil der nächsten Woche der Debatte über das "Wie geht es weiter?" widmen, um den Schwung nicht zu verlieren. Es ist klar, daß sie nicht lockerlassen werden. Das ist im Wesen des 'Dunklen Kults', der vorgibt, die Welt zu beherrschen, tief verankert.
Der nächste Schritt könnte sein, daß sie den Pandemievertrag und die geänderten Vereinbarungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften der UN-Generalversammlung im September in New York vorlegen werden, um eine breitere Diskussion auszulösen. Was dabei herauskommt, bleibt abzuwarten. Wichtig ist jedoch, daß Sie sich NICHT ZURÜCKLEHNEN UND DENKEN, DASS ALLES VORBEI IST. Es ist nicht vorbei! Diese Leute werden nicht aufhören.
Wir, das Volk, MÜSSEN aus diesen Organisationen aussteigen und einen Neuanfang machen, in welcher Form auch immer das geschehen mag. Aber wir dürfen unseren Regierungen und ihren glänzenden Institutionen - WEF, WHO, UNO, Finanzwesen, Pharma, und vor allem den "Glorreichen Sieben" - nicht mehr vertrauen!

Halten Sie sich von letzteren ganz fern - wir brauchen keine durchdigitalisierte, die Menschheit versklavende Welt - niemals!<<

12.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Gabriel bringt deutsche Truppen für Ukraine ins Spiel**

Angesichts der schwierigen Lage in der Ukraine fordert Ex-Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) eine härtere Gangart gegenüber Rußland - notfalls mit deutschen Soldaten. "Aber wir werden Rußland noch einmal so niederringen müssen, wie wir das im Kalten Krieg mit der Sowjetunion gemacht haben", sagte Gabriel dem "Stern". Putin müsse erkennen, wie ernst wir es meinen. "Es braucht das klare Signal an Putin: Stopp diesen Krieg - oder wir tragen ihn zu dir.

Wenn das heißt, daß deutsche Raketenabwehrsysteme mit Hilfe der Bundeswehr Flugverbotszonen in der Ukraine durchsetzen, um damit ukrainische Städte vor den russischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung zu schützen, würde ich Herrn Putin nicht schon wieder versprechen, daß wir das nie tun werden."

Der Sozialdemokrat sagte weiter: "Niemand wünscht sich, die Bundeswehr in einen Krieg führen zu müssen. Aber wenn die Gefahr wächst, daß die Ukraine verliert, dann zerstört das auch unser bisheriges Leben in Frieden und Sicherheit in Europa."

Putin denke längst weit über die Ukraine hinaus. "Er führt einen Krieg gegen den Westen, den er für dekadent hält, dessen Werte er ablehnt und als Gefahr für seine Macht sieht. Deshalb müssen wir Rußland weit härter entgegentreten, als wir das bislang tun." Gabriel forderte vom Westen eine Doppelstrategie: "Putin unseren Eisenfuß entgegenstellen und zugleich nach Gesprächsformaten und damit nach Auswegen aus dem Krieg suchen." Dazu gehöre auch eine weitere Friedenskonferenz. "Neben der Konferenz in der Schweiz bedarf es einer zweiten Friedenskonferenz, auf der sich Rußlands Gesprächspartner treffen.

Der Westen und die Ukraine brauchen die USA als Führungsnation, die `Rußland-Allianz` sollte von China geführt werden", sagte der frühere Außenminister. "Deutschland könnte einen solchen Vorschlag glaubwürdig einbringen. Dann würde das Wahlplakat des Bundeskanzlers zur Europawahl unter dem Motto `Frieden sichern` auch durch aktives Handeln unterlegt werden", sagte der ehemalige Außenminister und frühere SPD-Chef.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Neuer Wehrdienst: Pistorius will Wehrerfassung reaktivieren**

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat am Mittwoch seine Pläne für einen "Auswahlwehrdienst" vorgestellt. Künftig sollen demnach alle 18-Jährigen digital für einen Fragebogen zur Wehrerfassung kontaktiert werden. Für Männer soll das Ausfüllen des Bogens verpflichtend sein, für Frauen freiwillig. So soll das Interesse möglicher Bewerber, ihr Gesundheitszustand und beispielsweise ihre Hobbys erhoben werden.

Viel mehr junge Leute müßten sich dadurch die Frage stellen, ob ein Wehrdienst für sie in Frage käme, sagte der SPD-Politiker. Die "fittesten, geeignetsten und interessiertesten" 40.000 bis 50.000 jungen Erwachsenen jedes Jahrgangs sollen dann - ebenfalls verpflichtend - zur Musterung eingeladen werden. Pistorius erklärte zugleich, daß jeder weiterhin ein verbrieftes Recht auf Kriegsdienstverweigerung habe. Insgesamt sollen so zunächst 5.000 zusätzliche Rekruten gewonnen werden, mit steigender Tendenz.

Ihnen werden zwei Optionen angeboten: ein Grundwehrdienst mit einer Dauer von sechs Monaten für Gewehrträger mit geringerer Qualifikation. Oder ein Wehrdienst von zwölf bis 17 Monaten, bei dem die Teilnehmer tiefer in die Strukturen der Bundeswehr integriert werden und so beispielsweise lernen, bestimmte IT-Dienstleistungen zu erbringen oder Panzer zu fahren. Der Wehrdienst solle "sinnstiftend" sein, erklärte Pistorius.

Mit einer Verpflichtungsprämie, einem möglichen Bonus für den Numerus Clausus und die

im Wehrdienst erworbenen Kenntnisse und Bescheinigungen, wie etwa dem Führerschein, sollen mögliche Anwärter überzeugt werden. Zur Debatte, daß die Pflichten weiterhin nur für Männer gelten, verwies Pistorius darauf, daß für eine Wehrpflicht für Frauen eine Grundgesetzänderung nötig wäre. Rund ein Jahr vor der Bundestagswahl würde dies seiner Ansicht nach zu lange dauern, um auf einer Verfassungsänderung aufbauend ein einfaches Gesetz zu verabschieden, das rechtzeitig seine Wirkung entfaltet.
Der Verteidigungsminister begründete seine Initiative mit einer durch den Ukrainekrieg veränderten Situation. Die verbalen Attacken von Rußlands Präsident Wladimir Putin und aus der Staatsduma gegen Nato-Länder nähmen zu und die russische Wirtschaft sei in eine Kriegswirtschaft umgewandelt wurden.
Bis 2029 werde Rußland militärisch in der Lage sein, einen Nato-Staat anzugreifen. Die bestehende Personallücke der aktiven Truppe soll allerdings nicht allein mit der Wehrdienstreform geschlossen werden. Wenn es gelinge, daß sich junge Männer und Frauen bei der Bundeswehr für längere Zeit verpflichten, sei dies ein positiver Nebeneffekt.
Insgesamt sieht Pistorius die Notwendigkeit, die Zahl der aktuell 181.000 Streitkräfte auf 203.000 zu erhöhen. Durch die Wehrdienstpläne sollen außerdem zu den 60.000 Reservisten 200.000 Personen hinzukommen, die nach dem Wehrdienst in die Reserve überführt werden. Zum Vergleich: Zu Zeiten des Kalten Krieges gab es rund 500.000 Streitkräfte und etwa 800.000 Reservisten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**Bartsch nennt Gabriel-Äußerungen zu Rußland "Wahnsinn"**
Der Verteidigungsexperte der Linken im Bundestag, Dietmar Bartsch, kritisiert den früheren SPD-Vorsitzenden und Außenminister Sigmar Gabriel scharf für dessen Vorstoß einer härteren Gangart gegen Rußland. Bartsch sagte der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe): "Gabriels Äußerungen sind Wahnsinn angesichts der deutschen Geschichte.
Die Weltkriegsgefahr steigt mit solch unbedachten Äußerungen." Bartsch ergänzte: "Die SPD sollte klarstellen, daß Sigmar Gabriel nicht für sie spricht und ihn nachhaltig zur Zurückhaltung auffordern."
Angesichts der angespannten außenpolitischen Situation müsse es ein Ex-Parteivorsitzender unterlassen, "derart brutal von der Seite reinzugrätschen. Wenn ein Ex-Außenminister, dem ja das Wort Diplomatie bekannt ist, solch gefährliche Positionen vertritt, ist das unverantwortlich", sagte Bartsch.
Gabriel hatte dem "Stern" gesagt, man müsse Rußland wegen des Ukraine-Krieges noch einmal so niederringen, "wie wir das im Kalten Krieg mit der Sowjetunion gemacht haben". Notfalls könne dies auch ein weitergehenderes Engagement der Bundeswehr bedeuten, so Gabriel.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**"Können uns auf die Schulter klopfen": Wulff vergleicht Grenzöffnung 2015 mit Mauerfall**
Der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff äußerte sich am Dienstagabend in der Talkshow von Sandra Maischberger zur Flüchtlingskrise. Er prognostizierte, daß die Gesellschaft in einigen Jahren diese Ereignisse mit einer ähnlichen Perspektive betrachten werde, wie sie heute auf die deutsche Wiedervereinigung blickt.
Henry Albrecht
"Also ich rate uns, daß wir uns den 4. September 2040 im Kalender notieren," erklärte der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff am Dienstagabend in der Talkshow von Sandra Maischberger in der ARD. Denn genau an diesem Datum würde man "25 Jahre nicht Schließung der Grenzen Deutschlands" feiern.
In "den dann noch existierenden Fernsehmedien und Internetmedien" würde es laut dem

CDU-Mann "Sondersendungen geben". Während diesen Sondersendungen wird man Wulff zufolge ähnlich reagieren wie vor knapp 35 Jahren bei der deutschen Einheit. Damals hätte man auch am "Anfang völlig überrascht reagiert". 2015 hätte man wie bei der Einheit "eigentlich viele Fehler gemacht".
"Aber am Ende können wir uns auf die Schulter klopfen, daß wir Menschen, die in Ungarn in U-Bahn-Stationen an Zäunen gerüttelt haben, mit Kleinkindern, daß wir die in unser Land gelassen haben", so Wulff. Die Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland kamen, werden Olympiasieger, Forscher und Entwickler sein.
Man werde "in allen Bereichen der Gesellschaft Menschen haben, die aus Syrien gekommen sind, aus Afghanistan, aus der Türkei und anderswo und gut in unserem Land integriert sind". Auf diese Menschen werde man "stolz sein". Diese Menschen werden Kinder haben, diese "werden an Universitäten sein." Auf den Attentäter von Mannheim angesprochen, erklärte Wulff, daß der Täter "längst nach Hause geschickt hätte werden müssen".
Laut dem Bundespräsidenten a.D. lasse sich das Thema Migration in Deutschland "fast gar nicht vernünftig diskutieren", denn die einen, "betonen immer die Vorteile ... und die anderen verteidigen immer nur die Nachteile."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Wann hat das endlich Konsequenzen? Afghane sticht 41-jährige Frau auf Parkbank nieder!**
Auch nach dem Mannheimer Messer-Attentat geht der Horror mit Regelmäßigkeit weiter: Eine 41-jährige Frau wurde am Montag auf einer Parkbank in Frankfurt am Main niedergestochen. Auch in diesem Fall war der Tatverdächtige ein Afghane:
Der 19-jährige Mohammad Zaman A. hatte bei seiner Festnahme das Messer noch bei sich. Mehrfach stach der Täter auf den Kopf und den Hals der Ukrainerin ein. Am selben Tag wurde in Schermbeck (Nordrhein-Westfalen) eine Joggerin niedergestochen und lebensgefährlich verletzt. Wann haben solche Horror-Taten endlich Konsequenzen? Ob Ampel oder CDU: Sie alle reagieren mit Untätigkeit!
Zuständiger für die Sicherheitslage in Frankfurt am Main: Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU). Doch eher friert die Hölle zu, als daß ein CDU-Innenminister solche Taten zum Anlaß nimmt, um endlich die Migrationspolitik zu korrigieren. In allen CDU-regierten Bundesländern werden kriminelle Ausländer massenhaft im Land behalten. Auch illegale Migranten ohne Anspruch auf Asyl können sich in ausnahmslos allen CDU-Bundesländern wohlfühlen.
Wir werden uns an solche sogenannten "Einzelfälle" nicht gewöhnen. Die illegale Massenzuwanderung muß endlich gestoppt werden, um Frauen zu schützen und unsere Städte wieder sicher zu machen. Eine Außenministerin Baerbock, die trotz des Mannheimer Attentat rund 10.000 weitere Afghanen aufnehmen will, ist eine Gefahr für die Innere Sicherheit in unserem Land. Sicherheit gibt es nur mit der AfD!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Ukraine-Hilfen: Zieht Moskau der BRD den Stecker?**
Von *Valentina Schacht*
Ukraine-Wiederaufbaukonferenz in Berlin: Die Bundesregierung spielt ohnehin schon ein Spiel mit dem Feuer. Jetzt könnte für Rußland das Maß voll sein und was dann passiert, lesen Sie in dem neuen Buch "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag" von Bestsellerautor Michael Grandt. …
Am 21. Februar 2024 wurde im russischen Parlament die Forderung erhoben, den sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag aufzukündigen. Dieses am 12.9.1990 in Moskau vereinbarte Abkommen zwischen der BRD und der DDR auf der einen und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges (USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien) sollte die deutsche Frage

endgültig klären und den Weg zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten freimachen.
Doch der Pakt, der keinesfalls einem Friedensvertrag gleichzustellen ist, wie Experte Michael Grandt in seinem neuen Buch "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag" ausdrücklich betont, hat seine Tücken und läßt wesentliche Fragen, die künftig eine wichtige Rolle spielen könnten, vollkommen offen.
Dazu gehört auch: Was würde passieren, wenn die Russische Föderation als Rechtsnachfolger der Sowjetunion tatsächlich ernst machen und den Zwei-plus-Vier-Vertrag aufkündigen sollte? Daß dies nicht nur eine theoretische Frage ist, wird dadurch deutlich, daß nicht nur in der Duma, sondern auch im russischen Staats-TV und im Sicherheitsrat der Russischen Föderation inzwischen offen über eine solche Option debattiert wird.
Spätestens seit den Taurus-Leaks spitzt sich die Lage immer weiter zu. Daß Bundeskanzler Olaf Scholz nun auch noch sein Wort gebrochen und quasi die Erlaubnis dazu erteilt hat, daß die Ukraine mit deutschen Waffen auch Ziele in Rußland anzugreifen, macht die Situation noch brenzliger. Grandt schreibt in seinem Buch:
"Deutschland macht sich durch seine Widerspruchslose Waffenhilfe für Kiew immer mehr zur Kriegspartei - so sehen es jedenfalls die Russen."

Kriegspartei ja oder nein?

Da hilft es laut Grandt auch nichts, daß die Bundesregierung selbst bei jedem bisherigen Dammbruch immer wieder betont hat, daß Deutschland keine Kriegspartei sei. Grandt hierzu in "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag":
"Meiner Ansicht nach sprechen die Fakten für die Einschätzung des Kremls, denn Deutschland unter Rot-Grün-Gelb wird mit zunehmender Dauer und sich zuspitzender kritischer Lage der Ukraine tatsächlich immer mehr zur Kriegspartei. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Strafrecht: Wenn Sie einem Menschen eine Waffe geben, mit der dieser einen anderen tötet, machen Sie sich mitschuldig. So einfach ist das."
Hierzu verweist Grandt auch auf Artikel 2 des Zwei-plus-Vier-Vertrages, in dem es heißt:
"Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.
Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen."
Zwar sähen westliche "Experten" in den deutschen Militärhilfen für die Ukraine keinen Bruch des Vertrags, weil "Rußland einen Angriffskrieg führe", doch Moskau die Sache eben anders, wie auch die Stellungnahme des russischen Außenministers Serhej Lawrow verdeutliche, der davon sprach, daß die NATO-Länder "de facto und de jure ... direkt an dem Konflikt auf der Seite Kiews beteiligt" seien.
Grandt bewertet die Sachlage daher in "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag" wie folgt:
"Es ist unerheblich, wie Völkerrechtler die massive deutsche Unterstützung für die Ukraine bewerten. Einzig entscheidend ist, wie Wladimir Putin und die russische Militärführung Berlins Engagement sehen. Denn letztlich ist es vollkommen egal, ob Waffen- oder finanzielle Hilfen vom Völkerrecht gedeckt sind oder nicht, wenn die Russen beschließen, Deutschland als Kriegsgegner zu attackieren."
Und weiter: "Fakt ist: Die rot-grün-gelbe Ampelregierung und auch die FDP-Kriegsverlängerer spielen ein gefährliches Spiel mit dem Krieg und mit dem Schutz der Bevölkerung."

Das gilt um so mehr für die Zeit nach der sogenannten Wiederaufbaukonferenz, die momentan in Berlin über die Bühne geht.
Doch was passiert eigentlich, wenn Rußland den Zwei-plus-Vier-Vertrag aufkündigt? Das lesen Sie morgen im zweiten Teil dieses Beitrags.
Die BRD steht auf tönernen Füßen: Das verdeutlicht Bestsellerautor Michael Grandt in seinem neuen Buch "Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag". Grandt bringt verschwiegene Hintergrundinformationen ans Licht und schildert die einschneidenden Folgen, die eine Aufkündigung des Abkommens durch Rußland für uns hätte. Hochbrisant!<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29362" berichtet am 12. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Bill Gates bei BILD - Startschuß für Corona 2.0?**
Bill Gates besucht die BILD-Zeitung und ohne daß Gates das Thema Mikrobiom überhaupt in den Mund nahm, konfrontierte die BILD-Chefin Marion Horn ihn damit. War das der Startschuß für Corona 2.0, einem Biowaffenangriff mit Bakterien? Dr. Heiko Schöning warnte bereits 2023 genau vor diesem Szenario und erklärt, warum der "Fauxpas" der BILD in seinen Augen kein Zufall ist. …
Der "Oberherr" Bill Gates kam jetzt im Mai 2024 persönlich nach Hamburg in die Zeitungsredaktion von BILD. Das ist die Springer-Presse. Er sprach über Kinder. …
BILD-Chefin: "Können Sie mir das im Detail erklären, die Beziehung zwischen dem Mikrobiom der Mütter und der Zukunft der Kinder?"
Bill Gates: "Es gibt ein Mikrobiom im Darm, das die meisten Menschen haben. Es gibt auch ein vaginales Mikrobiom. Und es hat sich herausgestellt, daß es sehr negative Auswirkungen hat, wenn entweder das Darm- oder das Vaginal-Mikrobiom aus dem Gleichgewicht gerät.
Kla.TV-Reporter: Herr Schöning, wenn Sie den Punkt mit der BILD noch mal etwas vertiefen könnten, wo Bill Gates zu Gast war. War das ein Zufall? Wie konnte so etwas passieren?
Dr. Heiko Schöning: Ja, das war kein Zufall, wenn so ein Multimilliardär wie Bill Gates nach Hamburg kommt, in die BILD-Redaktion – das ist ja die größte Zeitung in Deutschland vom Springer-Konzern – dann ist es natürlich kein Zufall. Was will er da? Man muß sich diese zwei Minuten anschauen, die BILD selber auf ihrem YouTube-Kanal veröffentlicht hat. Gleich in den ersten zwei Minuten wird eigentlich alles gesagt. Und er setzt sich da hin, wird hofiert.
Und sie sprechen über Kinder, und dann sagt die BILD-Chefin: "Herr Gates, wenn wir über Kinder reden, müssen wir auch über Mütter reden. Können Sie das im Detail erklären, den Zusammenhang des Mikrobioms der Mütter mit der Zukunft der Kinder?" Völlig unvermittelt. Und Bill Gates hatte eben vorher nichts vom Mikrobiom gesagt, auch keinen Zusammenhang damit. Und da merkt man, daß das kein richtiger Journalismus gewesen ist, sondern das war abgesprochen vorher. Das war kein Zufall! Und wir können nur sozusagen dankbar sein für diese Unprofessionalität, daß selbst die BILD-Chefin da einfach nur ihre Frage durchgestellt hat, die offensichtlich ja abgesprochen war. Und Bill Gates hat ja auch sofort wie aus der Pistole zum Mikrobiom geantwortet.
Kla.TV-Reporter: Sehr interessant. Ja also die Sendung, die Herr Schöning gerade meint, die empfehlen wir. Die wurde gestern auf Kla.TV ausgestrahlt, wir verlinken die hier auch noch einmal, daß Sie sie noch mal aufrufen können. Die empfehlen wir sehr. Sehr aufschlußreich! Und, Herr Schöning, wenn ich noch fragen darf: Sie sprachen auf der Bühne von einer professionellen Zusammenarbeit. Könnten Sie das noch ein bißchen tiefergehend erklären, daß wir wissen, was Sie damit gemeint haben.
Dr. Heiko Schöning: In dem Zusammenhang, in dem ich das gesagt habe, war es eigentlich ein Appell an professionelle erwachsene Menschen, die Verantwortungsgefühl haben, daß wir zusammenarbeiten gegen das organisierte Verbrechen. Wir brauchen auch professionelle Menschen, die mit Arbeitszeit oder mit finanziellen Ressourcen oder anderem auch sich ein-

setzen - jetzt, solange wir noch die Zeit haben, gerade 2024, wo es relativ ruhig erscheint – um uns dagegen zu wappnen, wenn 2025 die US-Wahlen durch sind, auch die Wahlen in Großbritannien durch sind. Und dann es ausgerollt werden kann, nämlich das, was ich ja im Titel "Angriff aufs Mikrobiom" beschrieben habe.
Und dieser Auftritt von Bill Gates, das war ja der Auftakt dieser weltweiten Werbekampagne. Wir müssen zusammenarbeiten! Was ich eigentlich damit ausdrücken will, ist: Es ist wirklich Zeit, alles reinzugeben, sich zu engagieren. Denn die Zensur wird weiter zuschlagen. Wir stehen vor Kriegsmaßnahmen, und wir stehen vor einem weltweiten Corona 2.0, vor dem Angriff aufs Mikrobiom!
Kla.TV-Reporter: Ganz herzlichen Dank für diesen Appell, den geben wir raus an alle Zuschauer, den nehmen wir ernst. Ganz herzlichen Dank auch fürs Gespräch, Herr Schöning. Und danke für Ihre Arbeit!<<
Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Frankreich: Kommt das große Rechtsbündnis?**
Vor der vorgezogenen Neuwahl des französischen Parlaments verhandeln Rassemblement National, die Republikaner und Reconquête über ein gemeinsames Vorgehen nach Vorbild der Linken. Doch die Verhandlungen haben schon früh einen Dämpfer erhalten. Differenzen bestehen vor allem bei der Remigration. …
_ von *Matisse Royer*
Die französische Politik ist nach dem Sieg des Rassemblement National (RN) bei der Europawahl in Aufruhr. Das Ergebnis der Partei von 31,4 Prozent gilt sowohl auf der Linken als auch auf der Rechten als politisches Erdbeben. Der massive Gewinn gestaltet die Machtverhältnisse neu und ruft kontroverse Reaktionen hervor.
Angesichts des Aufstiegs der RN hatte die Linke bereits 2022 eine Koalition, die sogenannten Nupes, gebildet, in der die Grünen, die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei und die Linkspopulisten von Jean-Luc Mélenchons La France insoumise zusammenkamen, um gegen das zu kämpfen, was sie als "Faschismus" und "Nazismus" bezeichnen. Diese Linkskoalition gewann damals 150 Sitze in der Nationalversammlung, während der RN 88 Sitze erhielt, was bereits einen historischen Sieg für die Partei von Marine Le Pen bedeutete.
Le Pens neue Volkspartei
Nun erwägen die Linken, diese Volksfront zu erneuern, um dem entgegenzuwirken, was sie als Bedrohung für die Demokratie wahrnehmen. Allerdings hat sich die politische Landschaft verändert: 94 Prozent der französischen Gemeinden haben Jordan Bardella, den Spitzenkandidaten des RN, auf den ersten Platz gewählt, wodurch die Partei enorm gestärkt wurde - auch mit Blick auf die von Macron anberaumten Neuwahlen des nationalen Parlaments.
Der Rassemblement National hat sich bei der Europawahl als stärkste Partei bei den Einkommensschwachen (51 Prozent), aber auch bei Führungskräften, Angestellten und Angehörigen der mittelständischen Berufe durchgesetzt. Das zeigt, daß sich das gesamte französische Volk zunehmend dem RN zuwendet.
Republikaner gespalten
Angesichts dieses Aufschwungs erwägt der Vorsitzende der Republikaner (Les Républicains, LR), Éric Ciotti, ein Abkommen mit dem RN zu schließen - ein historischer Schritt für diese traditionell konservative, gaullistische Partei, die in etwa mit der alten CDU/CSU vergleichbar ist.
Dieser Vorstoß könnte die Republikaner (Europawahl-Ergebnis: 7,3 Prozent) spalten, da sich deren linker Flügel Emmanuel Macron und seiner Partei Renaissance (früher La République En Marche) anschließen könnte, indem er ein Bündnis mit dem RN nach dem Prinzip des Cordon sanitaire ablehnt. Der RN hat seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit bereits gezeigt, indem er in einigen Wahlkreisen keinen eigenen Kandidaten gegen die Republikaner aufge-

stellt hat - eine Strategie, die darauf abzielt, potentielle Bündnisse zu stärken.

Zemmour ist der französische Max Krah

Zugleich verhandelte auch die Rechtspartei Reconquete (Europawahl-Ergebnis: 5,5 Prozent) mit dem Rassemblement National über eine Kooperation bei den Parlamentswahlen. Für EU-Spitzenkandidatin Marion Maréchal gestaltete sich dies von Anfang an schwierig.

Parteichef Éric Zemmour und seine Ehefrau Sarah Knafo hatten sich für eine andere Strategie entschieden. Sie wollten auch bei der Nationalratswahl die Konfrontation mit dem RN suchen, während Marion einen kooperativen Ansatz wählte.

Marion vertritt die Ansicht, daß Reconquete viel mehr die Linke als die Rechte angreifen müsse, daß der RN als Spitzenreiter akzeptiert werden müsse und daß ihre Partei einen Ausgleich mit dem RN suchen müsse, um bei der Parlamentswahl auf einen gemeinsamen Sieg zusteuern zu können. Zemmour geht es hingegen weiterhin darum geht, den Betrug des RN an seinen Wählern zu entlarven. Er will der Ausgleich zwischen den Enttäuschten des RN und der Republikaner sein.

Die Verhandlungen mit Reconquete wurden jedoch abrupt beendet, als Marine Le Pen gestern bekannt gab, daß sie jegliche Verbindung mit Zemmour ablehnt. Diese Entscheidung wirft Fragen zu Le Pens Beweggründen auf. Die Wunden der Kampagne von 2022, die von Spannungen zwischen Le Pen und Zemmour geprägt war, scheinen noch nicht verheilt zu sein.

Darüber hinaus nimmt man Zemmours konsequente Pro-Remigrations-Linie als unvereinbar mit dem bürgerlichen Nationalismus des RN wahr. Hier wird einmal mehr die bemerkenswerte ideologische Diskrepanz zwischen den beiden Rechtsparteien deutlich, die bereits dazu geführt hatte, daß Le Pen den AfD-Politiker Maximilian Krah auf der europäischen Bühne aus dem Weg geräumt hatte.

Rechtsblock notwendig

Trotz seines Europawahl-Sieges steht der RN also vor komplexen Herausforderungen: Die Differenzen mit Reconquete könnten die rechte Wählerschaft fragmentieren, was die Linksunion und die präsidiale Mehrheit begünstigen würde.

Marion Maréchal bekräftigte zwar ihren Willen, die Ideen von Reconquete weiterhin zu verteidigen und ihren Kampf im Europäischen Parlament fortzusetzen. Doch die Unfähigkeit der Rechten, sich zu vereinen, könnte zu ihrer Niederlage bei der anstehenden Parlamentswahl führen. Dabei wäre gerade wegen des bei diesem Urnengang geltenden Mehrheitswahlrechts die Einheit der Rechten wichtig, da sie einem Block der radikalen Linken und einem zentristischen Block von Macron gegenübersteht.

Der Ball liegt beim Rassemblement National

Die kommenden Tage werden für die politischen Bündnisse entscheidend sein, da die Aufstellung der Kandidaten bis zum 16. Juni abgeschlossen sein muß. Die Lage ist unklar, wobei sich das politische Kalkül ständig ändert. Wenn der RN nach der Europawahl auch die nationalen Parlamentswahlen gewinnen will, sind Bündnisse unumgänglich.

Das Abkommen mit den Republikanern scheint weiterhin zu stehen, aber Reconquete wird nach derzeitigem Stand außen vor bleiben. Die große Frage ist nun: Werden die Führungskräfte von Reconquete ihren Gründer und Vorsitzenden Eric Zemmour zugunsten einer vom RN kontrollierten Wahlplattform fallen lassen, um im Gegenzug die Perspektive auf eine mögliche Regierungsbeteiligung unter Le Pen zu erhalten?

So markiert der EU-Wahlsieg des RN keineswegs einen Abschluß, sondern öffnet ein neues Kapitel der Rivalitäten und Strategien in der politischen Landschaft Frankreichs. Die Herausforderung für Jordan Bardella und Marine Le Pen wird darin bestehen, diesen Sieg des Volkes in eine parlamentarische Mehrheit umzuwandeln und gleichzeitig die Spannungen und komplexen Allianzen, die sich auf der Rechten abzeichnen, zu managen.

Matisse Royer, Jahrgang 2001, studiert Medizin in Südfrankreich und engagiert sich für so-

ziale und politische Belange auf Korsika, in der Bretagne und darüber hinaus in ganz Europa.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Juni 2024 (x1.378/…): >>**US-Justiz: Jetzt soll Bannon in den Knast**

Von *Daniell Pföhringer*

Er betreibt mit seinem War Room einen der erfolgreichsten Polit-Podcasts in Amerika. Doch jetzt hat ein Gericht angeordnet, daß Trumps Ex-Chefstratege Steve Bannon eine Haftstrafe antreten muß. …

Der rechte Medienmann Steve Bannon soll zum 1. Juli eine viermonatige Haftstrafe antreten. Grund: Der ehemalige Chefstratege von Donald Trump, der heute mit seinem War Room einen der erfolgreichsten politischen Podcasts in den USA betreibt, hatte vor zwei Jahren die Vorladung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ignoriert, der sich mit dem sogenannten Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 in Washington befaßte.

Wegen Mißachtung des Gerichts war der frühere Breitbart-Chef im Oktober 2022 zu besagter Haftstrafe von vier Monaten verurteilt worden. Er ging jedoch in Berufung und blieb deswegen bislang auf freiem Fuß. Doch im Mai 2024 wies ein Bundesberufungsgericht seinen Antrag ab. Nun gab das Gericht einem Antrag der Staatsanwalt statt und ordnete die Vollstrekkung der Strafe an. Ab 1. Juli soll Bannon deswegen in den Knast gehen. Er kann jedoch noch einen Haftaufschub beantragen.

Trumps Mastermind

Stephen "Steve" Bannon zählt zu den profiliertesten Köpfen der sogenannten MAGA-Bewegung ("Make America Great Again") - und ist einer der wichtigsten Medienmänner, die hinter Trump stehen. Von 2012 bis August 2016 und von August 2017 bis Anfang 2018 leitete er den Mediendienst Breitbart News, von Januar bis August 2017 besetzte er den Posten des Chefstrategen im Weißen Haus. Er gilt als eigentlicher Kopf hinter dem "America First!-Programm", mit dem Trump 2016 die US-Präsidentschaftswahl gewann.

In unserer neuen Spezial-Ausgabe "Trump: Sein Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback" lesen Sie über ihn unter anderem:

"Im Jahr 1953 als Sproß einer irischstämmigen Arbeiterfamilie in Norfolk, Virginia, geboren, war Bannon das Konservative nicht in die Wiege gelegt. Seine Eltern waren überzeugte Demokraten und unterstützen John F. Kennedy. Prägend war für den Junior vor allem der Katholizismus. Jeden Sonntag ging es mit Vater und Mutter in die Kirche."

Und weiter: "Nach seiner Zeit als Offizier bei der Navy, in der er zum Anhänger Ronald Reagans wurde, studierte Bannon an der Uni Georgetown und der Harvard Business School, ging kurzzeitig zu Goldman Sachs, machte sich schließlich im Filmgeschäft selbstständig und wurde so zum Multimillionär. Sein Äußeres steht dazu in krassem Widerspruch: unrasiert, verwuscheltes Haar statt Föhnfrisur, abgetragene Army-Jacke und verwaschenes Hemd statt Maßanzug."

Der Honigdachs greift an

Eine entscheidende Wende in Bannons Leben markierte 2004 die Bekanntschaft mit Andrew Breitbart, dem Gründer von Breitbart News. Dieser empfand sich, wie Tilman Jens in seinem Buch "Stephen Bannon. Trumps dunkler Einflüsterer" schreibt, "als Aktivist einer außerparlamentarischen Opposition, als Klassenkämpfer der Rechten, der sich, was die Formen des Aufbegehrens betraf, an den Rebellen der 1960er Jahre orientierte".

Bannon nahm nach Breitbarts frühem Tod 2012 auf dem Chefsessel des Mediums Platz und baute es zu einem Kampforgan der alternativen Rechten aus. Tilman Jens schreibt: "Schon als junger Navigator an Bord eines Zerstörers hat er sein Talent entwickelt, dem Kapitän den Weg zu weisen. ... Er weiß, wie man Schlachten gewinnt. Er weiß, wie man Massen mobilisiert."

Als Maskottchen wählte Bannon den Honigdachs: eine besonders aggressive Marderart, die

ihre Beute förmlich zerfleischt. Einem Redakteur der $New York Times$ diktierte er in den Block: "Die Medien müssen blamiert und erniedrigt werden."
Noch drastischer drückte er es 2018 gegenüber dem Journalisten Michael Lewis aus: "Man bekämpft sie, indem man das ganze Gebiet mit Scheiße flutet."
Daß es dem Proletariersohn aus Virginia nicht nur um kosmetische Korrekturen am politischen System geht, hat er nie verschwiegen. Schon im November 2013 sagte er, wie man in COMPACT-Spezial "Trump" nachlesen kann:
"Ich bin Leninist. Lenin wollte den Staat zerstören, und das ist auch mein Ziel. Ich will das System krachend kollabieren lassen - und das gesamte Establishment gleich mit."
Natürlich ist Bannon kein ideologischer Leninist, sondern ein methodischer. Er will die Revolution, aber eine von rechts. Ihm geht es ihm nicht darum, Tradiertes zu bewahren, sondern auf den Trümmern des Alten etwas Neues zu errichten.
Soll Bannon mundtot gemacht werden?
Die Anordnung der Haft komme für Bannon zu einem ungünstigen Zeitpunkt, heißt es in den meisten Mainstream-Medien. Man könnte es auch andersherum sagen: Die politisierte US-Justiz, die Patrioten bis hinauf zu Ex-Präsident Trump verfolgt und teils mit absurden Argumenten aburteilt, hat einen für die Gegner Bannons und Trumps sehr günstigen Zeitpunkt ausgewählt.
Denn: Sollte Bannon keinen weiteren Haftaufschub bekommen, wäre er damit in der wichtigsten Phase des US-Präsidentschaftswahlkampfes aus dem Rennen genommen. Bei Antritt am 1. Juli würde die Inhaftierung im November 2024 enden - und genau in diesem Monat wird gewählt. Den Wahlkampf müßte der versierte Medienmann dann von seiner Zelle aus verfolgen, statt ihn mit seinem War Room zu begleiten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt …
Bannon zeigte sich nach der Ablehnung seines Berufungsantrags gegen die Haftstrafe jedenfalls weiter kämpferisch. Gegenüber der Presse erklärte er:
"Es gibt nichts, das mich zum Schweigen bringen kann, und nichts, das mich zum Schweigen bringen wird."
Trump werde bei der Präsidentschaftswahl im November einen "Erdrutschsieg" erzielen. Laut Umfragen liefern sich Trump und Biden derzeit ein Kopf-an-Kopf-Rennen, auch in den wahlentscheidenden Swing States. Hier konnte der Amtsinhaber zuletzt wieder etwas Boden gut machen, doch das ist nur eine Momentaufnahme.<<

13.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.383/…): >>**VDIK warnt vor "dramatischer" Schieflage bei deutscher E-Mobilität**
Im Mai sind die Zulassungszahlen für E-Autos in Deutschland im Vergleich zum Vorjahresmonat um 30 Prozent eingebrochen. "Das ist wirklich dramatisch, wir sollten das als Weckruf verstehen", warnt Michael Lohscheller, Präsident des Verbandes der Internationalen Kraftfahrzeughersteller (VDIK) dem Nachrichtenmagazin Focus. So gehe es nicht weiter. "Es braucht gewaltige Anstrengungen, eine große Offensive für die Elektromobilität."
Es sei "eine ganz schlechte Entscheidung" gewesen, "den Umweltbonus von einem Tag auf den anderen zu streichen. Der plötzliche Stopp der Förderung war extrem kontraproduktiv, genau das Signal in die falsche Richtung", so Lohscheller, der die Import-Interessen von 37 globalen Top-Marken vertritt wie Toyota oder Honda. Die Kundennachfrage sei zwar "da und das Produkt auch. Allein unsere 37 Marken bieten 91 vollelektrische Modelle an."
Aber der Auto-Lobbyist sieht noch zwei weitere große Probleme: "Die Strompreise sind in Deutschland immer noch zu hoch. In Frankreich zahle ich 23 Cent pro Kilowattstunde, in Deutschland 37. EU-Schnitt: 28 Cent. Für die Leute muß sich das rechnen." Außerdem sei das Netz der Ladestationen "viel zu weitmaschig. Wir sind jetzt bei 115.000 Säulen bundesweit. Aber eine Million wollen wir bis 2030 erreichen. Da müssen wir viel schneller werden", so

Lohscheller dem Focus. "Dafür müssen wir mit der Politik schnell Lösungen finden."
Die Republik leide generell "unter zu viel Bürokratie". Auch die Lohnkosten seien hoch, "aber die Energiepreise scheinen mir fast wichtiger geworden zu sein", so der VDIK-Präsident, der auch vor drohenden Zollerhöhungen warnt: "Es kann und darf nicht sein, daß ausgerechnet emissionsfreie Mobilität nun noch kostspieliger wird wegen solcher Handelshemmnisse."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**Röttgen offen für Entsenden von Militärausbildern in die Ukraine**
Anders als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hält es CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen für "unproblematisch", Ausbilder in die Ukraine zu schicken. "Daß Ausbildung stattfindet von ukrainischen Soldaten, durch etwa französische Soldaten oder auch andere Soldaten anderer Nato-Staaten, ist unproblematisch, hat nichts mit Kriegsführung zu tun", sagte er am Donnerstag den Sendern RTL und ntv.
"Wir kommen dann auch nicht in Krieg, sondern wir bilden aus, so wie wir auch Waffen und Munition an die Ukraine geben." Das sei völkerrechtlich sowieso absolut zulässig und komme nicht in die Nähe dieser roten Linie, die alle beachten, daß man keine Kampftruppen, die aktiv im Einsatz seien, in die Ukraine schicke. Der Kanzler schließt aus, ukrainische Soldaten in ihrer Heimat auszubilden.
Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte zuletzt angekündigt, Militärausbilder entsenden zu wollen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Klimaschutz: Bundesregierung beschließt längere Lieferzeiten bei der Post**
Ein neues Gesetz gibt der Deutschen Post nun die Möglichkeit, Empfänger bis zu vier Tage auf ihre Post warten zu lassen. Das Gesetz trifft 2025 in Kraft. Ziel ist es auch, ökologische Ziele zu erreichen und den CO2-Ausstoß zu senken.
Henry Albrecht
Die Deutsche Post AG steht vor großen Veränderungen, die sowohl die Lieferzeiten als auch die Kostenstruktur des Unternehmens betreffen. Laut einem neuen Gesetzesentwurf, der im Bundestag am Donnerstag beschlossen wurde, könnten Briefe bald länger unterwegs sein und die Portokosten möglicherweise steigen. All dies soll auch dem Klimaschutz nutzen.
Das Gesetz zielt darauf ab, die Lieferfristen für Briefe zu verlängern und wird 2025 in Kraft treten. Bisher galt die Regelung, daß 95 Prozent der Briefe am nächsten Werktag zugestellt werden müssen. Unter den neuen Bestimmungen würden 95 Prozent der Briefe innerhalb von drei Werktagen zugestellt werden müssen, 99 Prozent müssen bis zum vierten Werktag beim Empfänger sein.
Was der Bundesregierung besonders schmecken dürfte: Die Deutsche Post muß so aufgrund des geringeren Zeitdrucks keine Briefe mehr per Inlandsflug zum Zielort bringen. Dadurch würde sich der Kohlenstoffdioxidausstoß maßgeblich reduzieren. Andreas Audretsch, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, erklärte, daß die eingestellten Nachtflüge die CO2-Emissionen um 80 Prozent reduzieren sollten.
Diese Änderungen kommen zu einer Zeit, in der die Deutsche Post AG auch eine Anpassung der Portokosten in Betracht zieht. Nachdem die Kosten für einen Standardbrief zuletzt 2022 von 0,80 Euro auf 0,85 Euro gestiegen sind, scheiterte ein weiterer Versuch zur Erhöhung im Jahr 2023. Die aktuellen Pläne sehen vor, die Abstimmungen über eine mögliche Erhöhung des Briefportos zum kommenden Jahr zu beschleunigen.
Die Reform soll laut Regierung den fairen Wettbewerb stärken, bessere Arbeitsbedingungen fördern und Anreize für einen ökologisch nachhaltigen Postsektor setzen. Die Ampel-Regierung erklärt, daß Zuverlässigkeit anstelle von Schnelligkeit in den Vordergrund gerückt werden soll.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.383/…):

>>**Finanzsituation der Pflegeversicherung dramatischer als angenommen**
Die Finanzsituation der Pflegeversicherung ist dramatischer als bisher angenommen. Das zuständige Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) mußte mit einer Notoperation in den Finanzierungsmechanismus eingreifen, um die Zahlungsfähigkeit der Pflegeversicherung zu sichern, wie das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Donnerstagausgaben) berichtet.
So wies das Amt mit Schreiben vom 23. Mai die gesetzlichen Pflegekassen an, die eigenen Rücklagen schrittweise abzusenken, um den gemeinsamen Finanzausgleich aller Kassen aufzufüllen. Der Ausgleichsfonds darf eine gewisse Größe nicht unterschreiten, damit die Pflegeversicherung insgesamt liquide bleibt.
Zuletzt hatte das BAS in der Corona-Pandemie zu diesem Mittel greifen müssen, um die damals hohen Mehrausgaben der Pflegeversicherung zum Beispiel für Tests und Schutzkleidung abzusichern. Konkret kündigte das BAS in seinem Schreiben an, die sogenannte Ausgabendeckungsquote schrittweise von 70 Prozent einer Monatsausgabe auf 50 Prozent zu senken - was unter Experten als absolutes Minimum gilt. Das Gesetz sieht im Normalfall 100 Prozent einer Monatsausgabe vor.
Nach früherer Einschätzung von Krankenkassen müssen in der Pflegeversicherung spätestens zum 1. Januar 2025 die Beiträge um 0,2 Prozentpunkte angehoben werden. Als eine der Ursachen gilt ein unerwartet starker Zuwachs bei der Zahl der Pflegebedürftigen, für den es bisher keine schlüssige Erklärung gibt. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hatte Ende Mai von der Notwendigkeit einer Finanzreform gesprochen, eine Gesetzesänderung in dieser Wahlperiode wegen unterschiedlicher Ansichten in der Ampelkoalition aber für unwahrscheinlich erklärt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Deutschland erläßt anderen Ländern 16 Milliarden Euro Schulden**
Seit der Jahrtausendwende hat Deutschland insgesamt 52 Staaten Schulden erlassen. Die Höhe beläuft sich dabei auf fast 16 Milliarden Euro. Im Hintergrund geht es dabei um deutsche Firmen, die im Ausland nicht bezahlt werden.
Zan Blagojević
Seit dem Jahr 2000 hat Deutschland insgesamt 52 Staaten Schulden in Höhe von 15,8 Milliarden Euro erlassen. Dies geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner hervor. Die größte Summe wurde dem Irak erlassen: Auf ganze 4,7 Milliarden Euro verzichtet der deutsche Staat. Auch die Forderungen gegenüber Nigeria in Höhe von 2,4 Milliarden und Kamerun (1,4 Milliarden) wurden gestrichen. Den Angaben zufolge wurden in den vergangenen 24 Jahren mit jedem der 52 Länder Regierungsvereinbarungen zur Regelung der Schuldenerlasse getroffen.
Brandner hatte sich auch zu dem aktuellen Schuldenstand gegenüber der Bundesrepublik erkundigt: Zum 31. Dezember 2023 beliefen sich die Schulden bei insgesamt 70 Staaten und den palästinensischen Gebieten auf 12,2 Milliarden Euro. Die größten Schulden haben derzeit Ägypten mit 1,5 Milliarden, gefolgt von Indien (1,1 Milliarden) und Simbabwe (889 Millionen) gegenüber Deutschland.
"Die Schuldenerlasse tragen zur Erreichung oder Aufrechterhaltung der makroökonomischen Stabilität sowie zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit der Schuldnerländer bei", heißt es in der Antwort des Ministeriums. Zudem solle insbesondere die Armutsbekämpfung in stark verschuldeten, armen Ländern unterstützt werden.
Die erlassenen Schulden stammen laut Finanzministerium aus finanzieller Zusammenarbeit mit den Staaten sowie aus Handelsforderungen von deutschen Exporteuren und Banken, insbesondere aus den 1980er Jahren. Dabei geht es um sogenannte Exportkreditgarantien: Bauen deutsche Firmen im Auftrag ausländischer Auftraggeber beispielsweise Infrastrukturprojekte in Afrika, dann sichert der deutsche Staat mittels Exportkreditgarantien mögliche Verluste ab,

sollten die Auftraggeber aus dem Ausland Geldleistungen nicht erbringen können - aus welchen Gründen auch immer.
Brandner äußerte Bedenken, ob Deutschland sich diese Schuldenerlasse tatsächlich leisten könne. "Unsere marode Infrastruktur benötigt jeden Cent für sich ... vor allem, da einige Länder bereits mehrfach erfolglos entschuldet wurden und die Hoffnung auf Entschuldung dazu führt, daß weitere Schulden aufgenommen werden."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Umweltministerium verstrickt sich in Widersprüche: Betrugsverdacht bei CO2-Zertifikaten schon monatelang bekannt**
Nachdem ein Milliardenschaden durch gefälschte Klimaschutzprojekte in China bekannt geworden ist, verstrickt sich das Umweltministerium in Widersprüche. Obwohl die Behörden bereits seit Monaten von dem Verdacht wußten, tat sich nichts - im Gegenteil: Man feiert sich für den Erfolg der CO2-Zertifikate.
Von *Redaktion*
Nachdem die ZDF-Sendung "Frontal" einen weitgreifenden Betrug mit CO2-Zertifikaten, bezahlt von deutschen Autofahrern, aufgedeckt hat, prüft die Staatsanwaltschaft nun auch Ermittlungen. Wegen des Verdachts auf Betrug sei eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Berlin eingegangen, berichtet die Welt. Dabei handelt es sich um eine Anzeige des Umweltbundesamtes gegen Unbekannt. Gleichzeitig offenbaren interne Papiere und eine Ausschußsitzung aber: Monatelang wußte das Amt sowie die dafür zuständige Aufsichtsbehörde, das Umweltministerium, um den möglichen Betrug - und taten nichts, rühmten sich gar noch für den Erfolg des Zertifikatehandels.
Bevor die Behörden sich näher mit dem Milliardenbetrug beschäftigten, hatte die ZDF-Sendung für Aufsehen gesorgt: Projektzahlungen in Milliardenhöhe waren vom Umweltministerium beziehungsweise dem unterstehenden Umweltbundesamt an chinesische Projekte abgesegnet worden - obwohl diese Projekte teilweise gar nicht existieren.
In Deutschland müssen Mineralölkonzerne ihre Emissionen beispielsweise mit CO2-Zertifikaten ausgleichen - der Aufpreis fällt oft zulasten der Autofahrer, die dann beim Tanken mehr bezahlen müssen. Die Zertifikate kommen dann Projekten im Ausland zugute, bei denen Emissionen eingespart werden. "Upstream Emission Reductions", kurz UER, nennt man diese CO2-Sparprojekte.
Und bei eben jenen Sparprojekten wurden vermutlich bis zu 4,5 Milliarden Euro in den Sand gesetzt - obwohl das Umweltbundesamt schon seit einigen Monaten von möglichen Betrugsmaschen weiß. Jetzt räumt das von der Grünen-Politikerin Steffi Lemke geführte Umweltministerium in einem Bericht des Ministeriums an den zuständigen Ausschuß für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz des Bundestages das eigene Versagen ein, berichtet Welt.
Obwohl der Verdacht bekannt ist: Behörden halten die Füße still
Die Behörde muß eingestehen: "Das System hat sich als undurchsichtig und fehleranfällig erwiesen, u. a. weil es durch deutsche Behörden kaum kontrollierbar ist". Trotzdem segnete das Umweltministerium den Zertifikatshandel für 75 Projekte ab, von denen jetzt 40 eine genaue Prüfung durchlaufen müssen.
Vier Projekte habe das Umweltbundesamt bereits gestoppt, teilte der Amtspräsident, Dirk Messner, in einer Anhörung mit. Dieser Schritt erfolgte jedoch Monate nachdem das Umweltbundesamt erstmals den Verdacht gehegt hatte, die betroffenen Projekte könnten Betrugsmaschen seien. Bereits im August 2023 hatte das Amt Hinweise auf mögliche Betrugsfälle erhalten - zunächst aber nicht reagiert, wie aus dem Bericht des Umweltministeriums hervorgeht.
"Konkretisierungen der Vorwürfe gingen Ende Februar 2024 ein", heißt es weiter - doch auch dann passierte erstmal nicht viel. In einer nicht-öffentlichen Ausschußsitzung sollte das Um-

weltministerium erklären, warum die Behörde beziehungsweise das untergestellte Umweltbundesamt nicht schon bis Februar notwendige Konsequenzen zog und wie genau diese "Konkretisierung der Vorwürfe" aussah. Das Ministerium konnte diese Fragen nicht beantworten, berichten Teilnehmer der Sitzung laut Welt.
Nach der "Konkretisierung der Vorwürfe" im Februar hatte das Umweltministerium allerdings einen Gesetzesentwurf zu Abstimmung an alle Ministerien geschickt. Darin vorgesehen: Das Anrechnen der CO2-Sparprojekte im Ausland solle vorzeitig beendet werden können.
Erst im Mai - möglicherweise auch durch die aufkeimende Berichterstattung angefeuert - rückte der Referentenentwurf wieder in den Vordergrund. Zudem sah sich das Umweltbundesamt jetzt dazu gezwungen, eine Strafanzeige gegen Unbekannt zu stellen. Ein Dreivierteljahr, nachdem die Behörde erstmals von den möglichen Betrugsprojekten erfahren hatte
Widersprüchlicher Referentenentwurf: verdreht das Ministerium Tatsachen?
Das Bundeskabinett verabschiedete den Referentenentwurf im Mai, am 8. Juni trat die Änderung in Kraft, sodaß die Projekte bis Ende 2024 auslaufen. Das Umweltministerium versucht diesen Vorstoß als bereits im Februar errungenen Erfolg darzustellen: Man habe nach der "Konkretisierung der Vorwürfe" schnell gehandelt und "die entsprechende Verordnung ist bereits in Kraft getreten", heißt im Bericht an den Ausschuß. Wirklich in Kraft getreten ist die Änderung aber nicht im Februar - sondern erst, nachdem die mediale Aufmerksamkeit das Thema in den Vordergrund gerückt hatte.
Zudem kommt noch erschwerend hinzu, daß die Kontrollprobleme mit möglichen Betrugsprojekten im ursprünglichen Änderungsentwurf aus Februar keine Erwähnung finden. Daß das Umweltministerium damit also direkt auf die "Konkretisierung der Vorwürfe" reagierte, ist nicht hundertprozentig nachzuvollziehen - im Gegenteil. Im Entwurf werden die UER-Maßnahmen als Erfolg gefeiert.
"Auch haben UER-Maßnahmen in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, CO2-Emissionen bei Kraftstoffen zu mindern, da andere Optionen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung standen", deshalb seien die Projekte nicht mehr notwendig und könnten frühzeitig ausgesetzt werden, argumentiert das Ministerium.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Allein in Berlin: CDU verlangt weitere 1,3 Milliarden € für Migranten!**
Es bleibt dabei: Wer CDU wählt, der wählt die Versenkung von Milliarden und Abermilliarden Euro unseres Steuergeldes für die unkontrollierte Massenmigration. Allein im CDU-regierten Berlin hat das Abgeordnetenhaus am Mittwoch ein weiteres Migrations-Projekt mit einem Volumen von 1,322 Milliarden Euro freigegeben.
Nur die AfD stimmte gegen diesen Wahnsinn; eine Einheitsfront von CDU über Grüne bis hin zu SPD und Linken stimmte dafür. Es geht um Unterbringungs-Kosten für "Asylbegehrende und wohnungslose Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine", wie es im politisch korrekten Jargon der etablierten Parteien heißt.
Das ist CDU: Unter der Ägide von Berlins CDU-Oberbürgermeister Wegner werden illegale Migranten mit einem Abschiebestopp geschützt, Polizei und Innere Sicherheit einem Sparprogramm unterzogen und Milliarden von Euro für den Migrationskult zur Verfügung gestellt. Und dies ausgerechnet im heruntergewirtschafteten Berlin, wo sich ein Schuldenberg von rund 60 Milliarden Euro angesammelt hat.
Doch anstatt die marode Hauptstadt wieder wirtschaftlich auf Vordermann zu bringen, betreibt die CDU eine Migrationspolitik gegen das eigene Land. Das ist die Wahrheit über die Partei, die mit ihren dreisten Wahlkampf-Parolen das Gegenteil vorgaukelt.
Ob in Berlin oder in allen anderen Bundesländern: Nur mit der AfD werden die astronomischen Ausgaben für Migration drastisch reduziert. Wir brauchen Milliarden-Pakete für unsere

eigenen Bürger: Für Rentner, Arbeitnehmer, Familien. Wir brauchen geschützte Grenzen und konsequente Abschiebungen von illegalen und nicht asylberechtigten Migranten. Die CDU hingegen muß untergehen, damit Deutschland eine Zukunft in Sicherheit und Wohlstand haben kann!<<

Schweiz: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Irre: Schweizer Friedenskonferenz ohne Rußland**

Von *Hilde*

Am 15. und 16. Juni findet im Schweizer Resort Bürgenstock eine Friedenskonferenz zum Ukraine-Krieg statt. Nicht eingeladen ist natürlich - Rußland. Womit die NATO den Frieden gefährdet. Willkommen im Kalten Krieg 2.0. …

Im Westen Europas wird die Eskalation des Ukrainekrieges befeuert. Die Nato hat der Ukraine die Erlaubnis gegeben, mit den gelieferten, europäischen Waffen auch russisches Kernland angreifen zu dürfen. Das haben auch deutsche Abgeordnete wie Roderich Kiesewetter (CDU) befürwortet. Die Waffenlobbyistin Frau Strack-Zimmermann ist ebenfalls für verschärfte Waffenlieferungen, ebenso Anton Hofreiter von den Grünen.

Rote Linien wie die Liefersperre von F16 Kampfjets, gelten schon länger nicht mehr.

Auch Taurus Raketen sind kein Tabu mehr. Die Kampfjets F 16 kauft die deutsche Regierung in den USA für rund 35 Millionen Euro pro Stück.

Diese Kampfjets können Mittelstrecken-Raketen wie die Taurus-Raketen transportieren, die mehr 500 km weit fliegen und gezielt russische Gebiete angreifen können z.B. russische Ministerien in Moskau oder russische Gasversorgungsfirmen oder russische Militärbasen weit hinter Moskau, wie Roderich und Strack-Zimmermann befürworten und fordern.

Diese Flugzeuge können nur von ausgebildeten deutschen und europäischen Piloten geflogen werden, sodaß Deutschland und die Nato zum aktiven Kriegsteilnehmer werden. Auch die Programmierung der Taurus-Raketen kann nur von deutschen und europäischen Spezialisten vorgenommen werden, die ukrainische Armee ist dazu nicht in der Lage. Die Programmierung der Raketen, die der Kampfjet transportiert, erfolgt mit Hilfe satellitengestützter Systeme ähnlich dem GPS Navigationssystem fürs Auto.

Auch dadurch werden wir zum aktiven Kriegsteilnehmer, auch wenn Kanzler Scholz das bestreitet. Entscheidend ist doch, wie Rußland das sieht. Das ist der provozierte Selbstmord Deutschlands und Europas, da Rußland die größte Atommacht der Welt ist noch vor China.

Sobald diese Angriffe auf das russische Kernland geschehen, wird Rußland zurückschlagen, auch atomar, das haben sie bereits angekündigt. Diese Ankündigungen Rußlands nimmt niemand im Westen Europas wirklich ernst, das sollte aber geschehen, denn solche Angriffe kann sich Rußland nicht gefallen lassen.

Dann droht die atomare Verwüstung Deutschlands und Europas und ein weltweiter Flächenbrand. Die Eliten, die diese Provokationen befürworten, fühlen sich sicher, da sie bereits eine Eintrittskarte für die unterirdischen Atombunker der Regierung haben dürften.

Die USA hat in der Schweiz eine Friedenskonferenz einberufen, zu der Rußland nicht geladen ist, aber 50 andere Staaten, obwohl die Nato nur 32 Mitglieder hat. Diese weitgehend geheime Konstellation war bereits bei der Ramstein-Konferenz 2022 anwesend. Stolz verkündete nun die USA, sie habe 50 Staaten, die hinter ihnen stehen würden, durchgesickert sind Gambia und Ägypten.

Die US-Amerikaner legen dasselbe Vorgehen wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg auf. Zahlreiche Staaten, die mit dem Konflikt unmittelbar gar nichts zu tun haben, werden von den USA angeworben, um Kriegskredite von den USA aufzunehmen für Waffenkäufe.

Diese Kriegskredite wurden dann von den Deutschen im Rahmen der immensen Reparationszahlungen auch an diese Länder wieder zurückgezahlt, die die Zahlungen postwendend an die USA zurück leiteten. Ob unter Einstreichung eines gewissen Selbstbehaltes ist nicht bekannt.

Die USA ließen sich also in beiden Weltkriegen ihre Waffenkäufe von anderen Ländern bezahlen über deutsche Reparationsleistungen.
Daher soll Deutschland nach Aufforderung durch EU und Nato ganz vorne im Ukrainekrieg stehen, um möglichst viel zu investieren an Geld und Waffen, um möglichst viel schuldig zu werden, damit die USA dann möglichst hohe Reparationsleistungen durch den Dritten Weltkrieg abgreifen kann.
Katharina vom Ötztal prophezeite 1946: Es wird einen Dritten Weltkrieg geben. Anfangen tut es langsam. Dann holen sie die Buben (jungen Männer) in komischen Autos. Stimmt, es fing langsam an: Zuerst nur Helme, weswegen Deutschland verspottet wurde. Dann Raketenwerfer wie HIMARS, dann Luftabwehrsysteme wie IRIS T, das nicht einmal die Bundeswehr selber hat, dann Späh-Panzer, dann Kampfpanzer wie den Leopard, dann Taurus Raketen, dann abgekaufte US-Kampfjets.
Nun deutsche und europäische Bodentruppen (155.000 Soldaten angefordert), die zunächst als Helfer bei der Waffenbedienung fungieren sollen. Es ist abzusehen, daß dieses Kontingent erhöht werden wird.
Es ist bekannt, daß sich schon länger US-amerikanische, französische und englische Soldaten in der Ukraine aufhalten und die Kriegsstrategie entwerfen, da die ukrainische Armee massiven Personalmangel hat, weil bereits Hunderttausende wehrpflichtiger Männer desertiert sind, allein mindestens 600.000 wehrpflichtige ukrainische Männer nach Deutschland, die von Kanzler Scholz bereits Bleiberecht zugesichert bekommen haben.
Gleichzeitig soll daher die deutsche Allgemeine Wehrpflicht wieder aktiviert werden, die 2011 nur ausgesetzt worden war, um den Ausbau der Bundeswehr zur weltweit agierenden Söldnerarmee zu ermöglichen. Mit einfacher Mehrheit des Bundestages kann diese wieder in Kraft gesetzt werden.
Dieses Mal aber nach dem verschärften schwedischen Modell: Es sollen Männer und Frauen ab 16 Jahren bis 70 Jahre gemustert und dann nach Bedarf (Kontingenteinziehung) eingezogen werden. Früher galt die Musterungspflicht nur für Männer von 18 Jahren bis 45 Jahre.
Fest steht: 16-Jährige, die regulär eingezogen werden, sind Kanonenfutter. Bei Ausrufung des Kriegsrechtes kann das dann ganz schnell gehen. Verteidigungsminister Pistorius hat die Aktivierung der Wehrpflicht schon voll im Kalkül, denn er verschickt bereits Musterungsaufforderungen. 2019 wurde geleaked, daß es eine Generalmobilmachung geben wird. Das konnte damals niemand glauben, heute schon.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29295" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.379/…): >>**SRF-Manipulation aufgedeckt**
Medienmanipulation beim SRF? Diese Sendung zeigt ein fragwürdiges, aber außerordentlich spannendes Beispiel auf, wie die Medien vorgehen, um der Bevölkerung eine Meinung aufzudrängen. Daß es sich hier um einen Einzelfall handelt, ist schwer vorstellbar. Es lohnt sich genauer hinzusehen, denn diese Sendungen werden mit den Rundfunk-Zwangsgebühren der Schweizer Bevölkerung finanziert! …
Vor kurzem erreichte uns ein Hinweis eines Kla.TV-Zuschauers, der sich mit einer Medienmanipulation des Schweizer Radio und Fernsehens, kurz SRF, auseinandergesetzt und einige Fakten zusammengetragen hat. Sehen Sie begleitend einige Ausschnitte einer SRF-Sendung, in der Ungereimtheiten zu erkennen sind. Die betrachtete Szene liegt schon geraume Zeit zurück, ist jedoch ein Beispiel dafür, auf welch manipulative Art und Weise die Medien vorgehen, um der Bevölkerung eine Meinung aufzudrängen.
Am 24.09.2021 diskutierten in der Sendung "Arena" unter dem Titel "Jetzt sitzen wir an den runden Tisch" sowohl Politiker als auch Zuschauer aus dem Publikum unter anderem zu den Themen "Corona" und "Impfen". Nach der Ausstrahlung wurde die SRF-Redaktion damit konfrontiert, daß eine Publikumszuschauerin, Frau Doblies, welche in der Sendung zu Wort

kam, mit einem Kopfhörer im Ohr ausgerüstet gewesen sei.
Als kritischer Beobachter kommt einem sofort in den Sinn, daß dadurch die Regie die Möglichkeit hatte, Frau Doblies mit Stichwörtern zu bedienen, um schlagkräftig antworten zu können. Frau Doblies setzte sich in ihrem Beitrag damals vehement dafür ein, daß die Impfung sicher sei und man wegen der Spritze nicht blöd tun solle. Die Demos seien damals von Anfang an mit Rechtsextremen besetzt gewesen, und die Gegenseite wäre aggressiv und gewalttätig.
Auf die Nachfrage zu einem Knopf im Ohr dementierte SRF dies in einem Schreiben vom 16.01.2024. Ob die "Arena-Zuschauerin", Frau Doblies, tatsächlich einen Knopf im Ohr trug, darüber läßt sich nur spekulieren. Doch nun wird es erst richtig interessant.
Die Szene, in der der Knopf im Ohr sichtbar zu sein scheint, war daraufhin in der SRF-Mediathek nicht mehr aufzufinden. Die genauere Nachforschung ergab, daß das SRF am 15.01.2024, also einen Tag bevor das Antwortschreiben die Redaktion verließ, das Videomaterial offenbar ausgetauscht hatte.
Dies war bis vor kurzem im Webarchiv auch nachprüfbar. Der Eigentümer einer Webseite kann die Einträge jedoch wunschgemäß ändern oder löschen lassen. In der Zwischenzeit ist dies offenbar auch geschehen. Denn der Eintrag vom 15.01.2024 ist in der Wayback-Machine, wie das Webarchiv auch genannt wird, nun nicht mehr auffindbar.
Das Videomaterial auf der SRF-Webseite wurde mittlerweile wieder auf die ursprüngliche Version zurückgesetzt. Im kurzzeitig ausgetauschten Videomaterial war in der relevanten Szene anstelle von Frau Doblies ein anderer Zuschauer eingeblendet worden, offensichtlich um den vermuteten Knopf im Ohr zu verschleiern. Obwohl es dem SRF freigestellt ist, Videos abzuändern, ist in diesem Zusammenhang die Handlung des SRF höchst fragwürdig. Wieso wird dieser Aufwand zum Austauschen des Bildmaterials betrieben, wenn das SRF nichts zu verbergen hat?
Frau Doblies lobt in dieser Szene einen gewissen Samuel, den sie mit "Du" anspricht. Anscheinend war hier dem SRF ein Fehler unterlaufen. Denn im nachträglich bearbeiteten Videomaterial handelte es sich bei dem im Bild gezeigten Zuschauer nicht um Samuel, sondern um einen Sitznachbarn von Frau Doblies. Samuel kam kurz vor Frau Doblies zu Wort und ist hier zu sehen. Im Gegensatz zu Frau Doblies schien er "spontan" oder "zufällig" einen Beitrag zu liefern, da ihm ein Mikrofon extra gereicht wurde.
Frau Doblies hingegen war von Beginn an mit einem Ansteckmikrofon ausgestattet. Er sprach davon, vertrauenswürdige Quellen zu benützen, sich vom Internet nicht beeinflussen zu lassen und den Virologen zu vertrauen. Was an dieser Situation interessant ist - Samuel schaute sogleich nach Ende seiner Rede zu Frau Doblies, welche ihm bestätigend zunickte.
Später machte sie ihm dann ein Kompliment für seine Äußerungen. Hat hier eine vorgängige Absprache zwischen den beiden und der Redaktion stattgefunden? Das alles deutet doch eher auf eine gezielte Inszenierung hin, um dem Zuschauer eine konkrete Meinung bezüglich der Corona-Maßnahmen aufzudrängen.
Ein Lob an den Kla.TV-Zuschauer, der diesen Sachverhalt aufgedeckt und öffentlich gemacht hat. Es ist ein Beispiel dafür, aufmerksam zu sein und genauer hinzuschauen. Denn es stellt sich die Frage, wie es bei anderen Arena-Sendungen läuft? Daß es sich dabei um einen Einzelfall aus dem Jahr 2021 handelte, ist nur schwer vorstellbar.
Deshalb ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, daß die Sendungen des SRF von den jährlichen Rundfunk-Zwangsgebühren der Schweizer Bevölkerung finanziert werden. Falls weitere, solch manipulative Eingriffe vorkommen, verstößt das Schweizer Fernsehen gegen die Artikel des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen und ist nicht mehr befugt, diese Gebühren einzufordern.<<
Niederlande: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Juni 2024

(x1.383/…): >>**EuGH verurteilt Ungarn wegen Asylpolitik**
Der Europäische Gerichtshof hat Ungarn wegen seiner Asylpolitik zu einer Geldbuße verurteilt. Das Land müsse einen Pauschalbetrag von 200 Millionen Euro zahlen, teilten die Luxemburger Richter am Donnerstag mit. Hinzu komme ein Zwangsgeld von einer Million Euro für jeden Tag des Verzugs wegen Nichtdurchführung eines Urteils des Gerichtshofs. Im Dezember 2020 hatte der EuGH einen Verstoß Ungarns gegen das Unionsrecht im Bereich der Verfahren für die Zuerkennung des internationalen Schutzes und der Verfahren zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger festgestellt.
In der Entscheidung von Donnerstag stellte der Gerichtshof fest, daß Ungarn nicht die Maßnahmen ergriffen habe, die zur Durchführung des Urteils von 2020 erforderlich seien. Konkret geht es um den Zugang zum Verfahren auf internationalen Schutz, das Recht von Personen, die diesen Schutz beantragen, bis zu einer endgültigen Entscheidung über ihren Rechtsbehelf gegen die Ablehnung ihres Antrags in Ungarn zu bleiben, und die Abschiebung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger.
Ungarn umgehe unter Verstoß gegen den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit bewußt die Anwendung der gemeinsamen Politik der Union im Bereich des internationalen Schutzes insgesamt sowie die Anwendung der Vorschriften über die Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger, so der EuGH.
Dieses Verhalten stelle eine "erhebliche Bedrohung" für die Einheit des Unionsrechts dar, die sowohl private Interessen, namentlich diejenigen der Asylbewerber, als auch das öffentliche Interesse außerordentlich schwer beeinträchtige, so das Gericht. Insbesondere liege in der Vertragsverletzung Ungarns ein schwerer Verstoß gegen den Grundsatz der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter den Mitgliedstaaten vor (C-123/22).<<
USA: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Elon Musk findet AfD nicht extremistisch**
Tesla-Chef Elon Musk hat sich über die AfD geäußert. Die Partei werde als rechtsextremistisch bezeichnet, "aber die politischen Positionen der AfD, von denen ich gelesen habe, klingen nicht extremistisch". Polit-medialer Komplex empört.
Der brandenburgische Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) hat die öffentlichen Sympathiebekundungen von Tesla-Chef Elon Musk für die AfD kritisiert. "Seine politischen Ansichten teile ich ausdrücklich nicht", sagte Steinbach dem Handelsblatt.
Musk hatte sich nach der Europawahl positiv über die AfD geäußert. Die Partei werde als rechtsextremistisch bezeichnet, "aber die politischen Positionen der AfD, von denen ich gelesen habe, klingen nicht extremistisch", schrieb Musk auf seiner Online-Plattform X. In Brandenburg wird im September ein neuer Landtag gewählt. In einer Umfrage lag die AfD in dem Bundesland zuletzt mit 25 Prozent Zustimmung auf Platz eins vor SPD und CDU. Der Verfassungsschutz stuft den AfD-Landesverband als rechtsextremistischen Verdachtsfall ein.
Brandenburg profitiert stark vom Engagements Teslas. "Ich schätze Elon Musk als innovativen Unternehmer", sagte Steinbach. So habe zum Beispiel erst durch seine Bereitschaft, ins unternehmerische Risiko zu gehen, das Tesla-Werk in Grünheide so zügig errichtet werden können. In der Gemeinde bei Berlin betreibt Tesla seine einzige Fabrik in Europa. Etwa 12.000 Beschäftigte arbeiten dort. Musk gehört damit zu den großen Arbeitgebern in Brandenburg.
Musk reagierte auf einen Post der Klimapolitik-Kritikerin Naomi Seibt. Die 23jährige, die als "Anti-Greta" bekannt geworden ist, hatte sich auf einem Foto mit einem Parteiemblem zur Wahl der AfD bekannt. Dazu textete sie auf Englisch: "Für Souveränität, Sicherheit und Freiheit."
Musk retweetete Seibts Post und fragte: "Warum reagieren manche so negativ auf die AfD? Sie sagen immer 'rechtsextrem', aber die Politik der AfD, über die ich gelesen habe, klingt

nicht extremistisch. Vielleicht übersehe ich etwas."
Why is there such a negative reaction from some about AfD?
They keep saying "far right", but the policies of AfD that I've read about don't sound extremist. Maybe I'm missing something. - Elon Musk (@elonmusk) June 9, 2024<<

14.06.2024

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 25/24" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.387/…): >>**4,5 Milliarden Euro Klimaschutzgelder**

In den Sand gesetzt

Fabian Schmidt-Ahmad

Erinnern Sie sich noch an die klimagerechten Radwege in Peru, die den deutschen Steuerzahler dreihundert Millionen Euro gekostet haben? Und an die komplett überforderte Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD), die einem verzweifelt den Sinn dieser Maßnahme zu erläutern versuchte?

"Jede eingesparte Tonne CO2 zählt," erklärte sie. Daher sei es egal, ob das Geld hierzulande oder weltweit ausgegeben werde. Volkswirte und andere Bürger mit Sachverstand sehen das anders, aber nun gut.

Doch wie jetzt herauskommt, waren die Sinnlos-Radwege noch ein Schnäppchen. Unfaßbare viereinhalb Milliarden Euro - von deutschen Autofahrern erwirtschaftet und an der Tankstelle an den Staat gezecht - hat das Umweltbundesamt für insgesamt 75 Klimaprojekte in China ausgegeben. Für Anlagen zur CO2-Reduzierung, die es teils - Überraschung! - überhaupt nicht gibt.

Laut "Google Earth" nichts als Wüste, wo laut Projektbeschreibungen millionenteure High-Tech die Klima-Zukunft des Planeten sichern sollte. Warnungen gab es bereits zuhauf - auch von chinesischer Seite. Doch unverdrossen pumpte die Bundesrepublik das Geld ins Ausland. Wahrscheinlich das einzige, was bei der Sache CO2-neutral gefördert wurde.

Zur Ehrenrettung möchten wir hoffen, daß sich die deutschen Verantwortlichen wenigstens einen Teil der bewilligten Gelder selbst in die Tasche gesteckt haben. Denn die alternative Erklärung ist Blödheit, wie sie wirklich global einzigartig wäre.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 25/24" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.387/…): >>**Von der Postdemokratie instrumentalisiert**

Günter Scholdt beklagt die seit Jahren zunehmende penetrante Politisierung des Fußballs und damit die Entfremdung vieler Fans

Michael Dienstbier

Es besteht in Deutschland eine sonderbar-symbiotische Verbindung zwischen der politischen Großwetterlage des Landes und den Erfolgen der deutschen Nationalmannschaft. Der Tag des ersten WM-Titels am 4. Juli 1954 gilt vielen nur halb im Spaß gemeint als wahres Gründungsdatum der Bundesrepublik.

Der zweite Sieg bei der Heim-WM zwanzig Jahre später fiel in die Spätphase der Wirtschaftswunderjahre und der von weiten Teilen des Landes unterstützten gesellschaftspolitischen Liberalisierung als Ergebnis der Kulturrevolution von 1968. Der Titelgewinn in Rom im Juli 1990 zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung paßte genau zum nationalen Freudentaumel dieser historischen Monate.

Und 2014 schließlich war Deutschland das unangefochtene wirtschaftliche und politische Machtzentrum Europas, was sich in WM-Titel Nummer vier materialisierte. Doch mischten sich hier bereits andere Töne in die Freude über den sportlichen Triumph in Brasilien. Nicht das alte Deutschland habe den Titel errungen, so die Dauerbeschallung des polit-medialen Establishments, sondern das neue weltoffene Multikultideutschland von Boateng, Khedira und Özil.

Fußball gegen Rechts, den Klimawandel und Rassismus

Heute, zehn Jahre später, erscheint dieses Framing angesichts der totalen Politisierung sämtlicher Bereiche des öffentlichen Raumes geradezu harmlos. Heute kämpft der Fußball gegen Rechts, den Klimawandel, Homophobie und Rassismus, wirbt für Impfungen und Diversität und zeigt Haltung gegen Rußland - nicht aber gegen islamistische Ausfälle zahlreicher Fußballprofis.

Daß dieser politische Aktivismus dem Erfolg der "Mannschaft" nicht zuträglich war, bewiesen ihr frühes Ausscheiden bei großen Turnieren seit 2018. In seinem neuen Buch "Fußball war unser Leben" untersucht der Germanist und passionierte Fußballfan Günter Scholdt den Zusammenhang zwischen Kommerzialisierung und Politisierung des Lieblingssports der Deutschen und erkennt dabei auch totalitäre Tendenzen, die über das rein Sportliche hinausgehen.

Was ist die Funktion von Sport? Inwiefern hat sich der heutige Sport davon entfernt?

Zu Beginn des Buches kontrastiert Scholdt das Idealbild und den aktuellen degenerierten Zustand, um diesen im weiteren Verlauf näher auszuleuchten:

"Im Idealfall erweist sich Sport als Quelle des Vergnügens, befriedigt elementare körperliche und seelische Bedürfnisse, verdichtet Leben. Im schlimmsten (heute gängigen) Fall zeigt er sich nur mehr als Surrogat einer tatsächlich gefühlten Existenz, verdrängt Notwendiges aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit, bietet Prekärem eine leuchtende Fassade oder unterminiert staatsbürgerliche Verantwortung, indem er sich kommerziell und tagespolitisch korrumpieren läßt."

Sport im allgemeinen und Fußball im besonderem, so Scholdt, sei zu einem Instrument der Postdemokratie verkommen, welche keine politikfreien Räume mehr gestatte, sondern die Menschen 24 Stunden am Tag der herrschenden Weltanschauung aussetze.

Die demokratischen Institutionen bestehen zwar pro forma weiter, sind aber nur noch Fassade, um etwa durch Wahlen und parlamentarische Verfahren, deren Ergebnisse weitestgehend vorher feststehen, der herrschenden Ideologie eine Scheinlegitimität zu verleihen. Kritiker halten dem entgegen, daß es einen völlig politikbefreiten Sport nie gegeben habe. Selbst bei den Olympischen Spielen der Antike hätten sich gutbetuchte Gönner mit politischen Ambitionen durch Zuwendungen an Athleten einen Vorteil zu verschaffen versucht.

Das ist nicht wirklich falsch, doch verkennt es das allumfassende Ausmaß der heutigen Zustände, wie Scholdt zu Recht festhält: "Sport ist inzwischen schlicht zur Politdomäne geworden und unterliegt deren Rahmenbedingungen oder Framing-Sprechblasen. Das Neue liegt in der Penetranz. Denn erst die Dosis macht das Gift."

All jenen, die sich brav innerhalb dieser "Framing-Sprechblasen" bewegen, wird medial gehuldigt, da sie Werte vorlebten und gesellschaftspolitisch Haltung zeigen würden. Christian Streich, Jürgen Klopp oder Leon Goretzka gehören zu den Lieblingen des Establishments, gerade weil sie noch nie durch eine nonkonforme Meinung aufgefallen sind.

Abweichende Ansichten hingegen werden erbarmungslos attackiert, wie Joshua Kimmich und Tennis-Star Novak Djokovic feststellen mußten, die während der Pandemie erklärten, sich nicht gegen Corona impfen lassen zu wollen. Kimmich hielt dem Druck der folgenden medialen Haßkampagne nicht stand und ließ sich wenig später doch impfen, wie triumphal vermeldet wurde. Djokovic hingegen zeigte der Welt, was es wirklich bedeutet, Haltung zu zeigen, verweigerte weiterhin die Impfung und gewinnt seitdem einen Titel nach dem anderen.

Verbindung aus Ökonomisierung und Moralisierung im Sport

Scholdt beschäftigt sich eingehend mit den Phänomenen Antirassismus und LGTBQ, die eine machtvolle Allianz mit globalen Firmen und Geldgebern eingegangen sind, was zur Herausbildung eines woke capitalism geführt hat. In dieser Verbindung aus Ökonomisierung und Moralisierung des öffentlichen Raumes liegt der Erfolg der progressiven Ideologie, die sich hinter den Schlagworten Diversität, Inklusion und Gleichstellung verbirgt, begründet.

So haben sich Vereine wie Werder Bremen, St. Pauli, Freiburg oder die Volkswagendependance VfL Wolfsburg ganz der Regenbogen-Ideologie verschrieben und ihre Stadien mit den entsprechenden Fahnen versehen. Gerade Bremen und St. Pauli als dezidiert kapitalismuskritische Vereine zeigen, daß linke moralische Überheblichkeit und Millionenprofite anscheinend doch bestens miteinander harmonieren können.
Daß der Fußball auf Vereinsebene boomt wie noch nie, beweist die anhaltende Faszination dieses Sports, dessen Kern auch im Zeitalter der Hyperkapitalisierung noch intakt ist. Es zeigt auch die Sehnsucht des einzelnen nach Identität und Zugehörigkeit in Zeiten von Entwurzelung und Globalismus. Fußball kanalisiert das kriegerische Potential einer Gesellschaft in halbwegs friedliche Bahnen und wirkt somit systemstabilisierend nach innen.
Die Entfremdung, die immer mehr Menschen gegenüber den moralpolitischen Exzessen ihrer Vereinsmannschaft im allgemeinen und der Nationalmannschaft im besonderen spüren, ist mehr als nur ein Verlust an Heimat, so gravierend dies für den einzelnen Fan auch ist. Gesamtgesellschaftlich gesehen erleben wir gerade die Zerstörung eines der letzten einigenden Bänder, die uns noch zusammenhalten. Fußball verbindet, heißt es zu Recht.
Doch Millionen Menschen, die als rechts markierte Positionen vertreten, befinden sich mittlerweile auch in "ihrem" Stadion in Feindesland, in dem sie Hausverbot erhielten, würden sie offen zu ihrer politischen Gesinnung stehen. Das hat nichts mehr mit Haltung zeigen zu tun, das ist schon jetzt Totalitarismus pur.
Scholdt erwähnt einen humorigen Internetfund, in dem jemand dem FC Bayern empfiehlt, Bayer Leverkusen doch vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. In der Politik sei dieses Mittel der Konkurrenzbekämpfung doch auch gerade angesagt. Angesichts der anstehenden EM im eigenen Land sei dieser Sinn für Humor jedem echten Fußballfan dringend angeraten. Es droht eine Propagandaveranstaltung, die alles Bisherige in den Schatten stellen wird.
Turnierdirektor Philipp Lahm hat bereits mehrere Antirassismus- und Vielfaltskampagnen angekündigt. Zudem werde er natürlich nicht mit dem Hubschrauber von Spielort zu Spielort reisen, um ein Zeichen für Nachhaltigkeit zu setzen. Das vorliegende Buch ist Pflichtlektüre für alle, die die Mechanismen hinter dieser anhaltenden Politisierung des Sports verstehen wollen.
Günter Scholdt: Fußball war unser -Leben. Wie Kommerz und -Politik die schönste Neben-sache der Welt fast zerstörten. -Manuscriptum Verlag, -Lüdinghausen 2024, gebunden, 488 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 25/24" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.387/…):
>>**Alles für die grüne Klimabilanz**
Fraunhofer-Institut erklärt das Fahrrad zum neuen Goldstandard für die alltägliche Mobilität
Paul Leonhard
Rote Streifen auf dem grauen Asphalt haben das Faß zum Überlaufen gebracht. In Dresden kochte der Volkszorn. Es gab Proteste, Unterschriftensammlungen, sogar eine Morddrohung gegen den Verantwortlichen. Schließlich sah sich der woke FDP-Oberbürgermeister Dirk Hilbert - angesichts von "Hysterie und Polemik", aber auch zunehmender Beschwerden von Firmen, Pflegediensten und der Uniklinik - veranlaßt, das Verkehrsexperiment kurz nach seinem Start zu beenden.
Dabei liegt sein grüner Verkehrsbürgermeister Stephan Kühn im Trend. Um rasenden Fahrradfahrern ein besseres Durchkommen zu garantieren, hatte er für die Elbbrücke "Blaues Wunder" Radwege verordnet.
Die Folge waren kilometerlange Staus: für den "bösen" Autoverkehr und den "grünen" ÖPNV. Selbst Krankenwagen und Feuerwehr kamen nicht mehr durch. Mit Visionen von Klimaneutralität läßt sich am Dresdner Elbufer kein Blumentopf gewinnen. Wer wissen will, was die Bürger vom Slogan "Öfter mal das Rad nehmen" halten, sollte sich die Klagen der schwäch-

sten Verkehrsteilnehmer - Rentner mit Rollatoren und Gehstöcken, Familien mit Kleinkindern - anhören. Die meisten von ihnen dürften statistisch trotzdem als Radfahrer erfaßt sein, weil in ihrem Keller noch ein vergessener Drahtesel mit luftleeren Schläuchen steht.

Flexible Bewältigung von Wegeketten im Alltag?

Das ist auch ein Grund, warum der Fahrradbestand wächst und wächst. Voriges Jahr registrierten die Wiesbadener Statistiker 84 Millionen Drahtesel, so viel wie noch nie, also fast einen pro Einwohner. An der Spitze des Absatzes stehen dabei E-Bikes (Standardgeschwindigkeit etwa 6 km/h) und Pedelecs (bis 25 km/h), deren Verkaufszahlen 2023 die Zahl der länger haltbaren Fahrräder ohne Elektromotor überstieg. Erstere sind teurer, schneller und bequemer, aber nicht nur wegen der höheren Unfallgefahr der Gesundheit nicht so zuträglich. Die Greta-Gläubigen interessiert das nicht, auch die Brandgefahr der Billigakkus wird von ihnen heruntergeredet (JF 52/23).

Denn nach einer Auftragsstudie des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) könnte der Zwangsumstieg aufs Rad die deutsche "Klimabilanz" (1,8 Prozent der globalen Emissionen) spürbar verbessern. Die Voraussetzung ist, daß bis 2035 im Nahbereich (bis 30 Kilometer) der Anteil des Radverkehrs von aktuell 13 auf 45 Prozent gesteigert wird. Das würde nach Berechnungen der Karslruher "ISI-Forschenden" den Treibhausgasausstoß um 19 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente senken. Auf 79 Seiten wird im Auftrag des 1979 gegründeten Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) das Leitbild "Fahrradland Deutschland 2035" in den schönsten ausgemalt.

Ergebnisoffen ist die ISI-Studie nicht. Sie schreibt den 2002 von allen damaligen Bundestagsfraktionen beschlossenen Nationalen Radverkehrsplan (NRVP) fort. 2019 wurde der NRVP 3.0 abgenickt - mit zusätzlichen "regionaltypischen" Maßnahmen zur Verkehrswende. Die sieht den unaufhaltsamen Umbau der Bundesrepublik zum "fahrradgerechten Land" vor - egal ob im flachen Norden oder in den Berg-Tal-Regionen, wo ein kräftiges E-Fahrrad, sehr zur Freude der asiatischen Billighersteller, unabdingbar ist.

"Potentiale des Radverkehrs für den Klimaschutz und für lebenswerte Städte und Regionen" ist die ISI-Studie daher auch überschrieben: "Idealtypische Städte und Regionen sollen dabei die Bedingungen des 'Fahrradlandes Deutschland' in bezug auf lückenlose, attraktive und sichere Infrastrukturen und eine gute Vernetzung mit dem öffentlichen Personenverkehr zur flexiblen Bewältigung von Wegeketten im Alltag erfüllen." Dazu wird untersucht, wie E-Bikes/Pedelecs, digitale Dienste, fahrradgerechte Stadtkonzepte und weitere Maßnahmen möglichst schnell und flächendeckend umgesetzt werden können.

"Klassische Verkehrsmodelle erklären die Entscheidung (Verkehrsmittelwahl) für ein Verkehrsmittel in der Regel mit Zugangs-, Abgangs-, Warte- und Fahrzeiten, Kosten sowie Umstiegen entlang einer Route und mit der Verfügbarkeit von Mobilitätswerkzeugen wie Pkw, Fahrräder oder ÖPNV-Dauerkarten", schreiben die ISI-Autoren. Subjektive Größen wie die "gefühlte Sicherheit, Streß oder Komfort" und die "Schönheit einer Strecke im Kalkül der Menschen" würden dort nicht beachtet. Sie könnten den Anstieg des Radverkehrs sowohl auf kommunaler als auch auf nationaler Ebene oft nicht erklären.

Die Mittel- und Langfristprognosen des Verkehrs- und Wirtschaftsministeriums bescheinigten dem Radverkehr hingegen selbst in "nachhaltigkeitsorientierten Szenarien" nur einen minimalen Zuwachs. Derartige Studien würden die "Pull-Faktoren", also die direkten politischen Eingriffe im Sinne des ADFC, übersehen. "Typische Push-Faktoren um die Pkw-Nutzung weniger attraktiv zu machen" seien Steuern, Abgaben oder Parkgebühren und Regulierungen wie Tempolimits, Einfahrtbeschränkungen oder ein reduziertes Parkplatzangebot. Aktuelles Beispiel ist das "grüne" Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG 3 C 5.23), wonach das teilweise unvermeidliche Gehwegparken radikal eingeschränkt werden darf.

Sprich: Immer mehr willkürliche Schikanen könnten Verkehrsteilnehmer zwingen, aus dem

motorisierten Individualverkehr (MIV) aus- und aufs Rad umzusteigen. Gelinge es zudem, die Radinfrastruktur mit Steuermitteln auszubauen, gäbe es ein Potential von zehn bis 30 Prozent der Bürger, die sich "neu für das Fahrrad begeistern" ließen. Der Bau von separaten Radwegen reiche nicht - diese müßten in eine "breite Fahrradkultur und -politik" eingebettet werden. Auch "Genderfragen" werden angesprochen: In den Niederlanden sei das Verhältnis zwischen den Geschlechtern beim Radfahren gleich, in Ländern ohne traditionelle "Radkultur" liege es bei 3:1 zugunsten der Männer. Allerdings nutzten Frauen das Rad seltener für den Weg zur Arbeit als Männer, dafür häufiger zur Erledigung von Alltagswegen.

Tägliche Fahrradwegstrecke von vier auf 4,6 Kilometer gestiegen

Im globalen Ranking der Fahrradstädte führe Utrecht vor Münster, Antwerpen, Kopenhagen, Amsterdam, Malmö, Hangzhou und Bern. National liege Oldenburg vor Münster, Freiburg, Bamberg, Göttingen, Heidelberg, Karlsruhe, Braunschweig, Konstanz, Bremen und Hannover. Das ist in zweierlei Hinsicht interessant: Erstens werden Infrastruktur, Anteil der Fahrradnutzung, Kriminalität, Sicherheit, Wetter und Radverleih unterschiedlich bewertet - und zweitens ist keine osteuropäische oder mitteldeutsche Stadt unter den Vorbildern zu finden, obwohl dort bis 1990 Fahrradfahren - mangels Privatautos - sehr verbreitet war.

Frankfurt am Main wird als Meister der Restriktionen abgefeiert: Durch Diagonalsperren, Parkplatzvernichtung und Innenstadt-Tempo 20 werde eine "konsequente Flächenumverteilung zugunsten des Fuß- und Radverkehrs" erzwungen - und das sollte deutschlandweit so sein. Aber auch ohne Brachialmaßnahmen sei die Wegstrecke, die durchschnittlich mit dem Fahrrad zurückgelegt wird, gewachsen: von vier (2017) auf 4,6 Kilometer (2023).

Das reicht Frank Masurat, 64jähriger Berliner Informatiker und seit 2023 ADFC-Chef, allerdings nicht: "Wenn es Deutschland mit den Klimazielen und hoher Lebensqualität ernst meint, muß das Fahrrad der neue Goldstandard für die alltägliche Mobilität sein - und mit neuem politischen Elan gefördert werden." Der ADFC mit seinen über 230.000 Mitgliedern ist dafür nur eine von vielen "Pressure-Groups". …<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.383/…):

>>**Nato-Hauptquartier für Ukraine-Einsatz soll in Wiesbaden entstehen**

Das geplante Hauptquartier für den Nato-Einsatz zur Koordinierung der Aktivitäten für die Unterstützung der Ukraine soll in Deutschland entstehen. Es werde bei einer US-Einrichtung in Wiesbaden angesiedelt, kündigte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Freitag in Brüssel an. Demnach soll es auch ein Logistikzentrum im östlichen Teil des Bündnisses geben. Insgesamt sind 700 Kräfte aus Nato-Beständen für die Pläne vorgesehen.

"Die Nato wird die Ausbildung der Streitkräfte der Ukraine überwachen und auch Ausbildungsstätten in verbündeten Staaten führen", sagte Stoltenberg. Man werde zudem Ausrüstung gemeinsam beschaffen und steuern.

Der Nato-Generalsekretär bekräftigte aber, daß die Nato keine Kriegspartei in dem Konflikt werde. Aber man werde die Unterstützung des angegriffenen Landes weiter erhöhen, so Stoltenberg. Die Staats- und Regierungschefs der Nato-Staaten kommen im Juli in Washington zu einem Gipfeltreffen zusammen. Dort sollen die Pläne offiziell auf den Weg gebracht werden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.383/…):

>>**Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie**

Im Wohlstandsrausch will Deutschland das Weltklima mit der Energiewende retten. Physikalische Gesetze und ökonomische Vernunft werden nicht beachtet. Der wirtschaftliche Niedergang läuft.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Die Berichte werden erschreckender. Deutschlands Wirtschaft ist im Sinkflug. Der sinkende Bedarf an elektrischer Energie, der von den Grünen als Erfolg ihrer Politik sogar gefeiert wird,

verdeutlich dies drastisch. Doch die Bruchlandung kommt näher. Der sinkende Energiebedarf ist die Folge des Industrieabbaus. Hauptgrund ist der hohe Strompreis durch die Energiewende für die "Weltklimarettung".
Energieintensive Betriebe der Chemie-, Stahl-, Aluminium-, Zement-, Glas- und Papierindustriemüssen schließen, weil sie durch die hohen Strompreise unwirtschaftlich werden. Wirtschaftsminister Habeck will nun die Industrie mit Krediten stützen und so ein weiteres Abwandern verhindern. An der Energiewende soll aber ohne Abstriche festgehalten werden.
Das Ziel ist, die fossilen Brennstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas durch unberechenbaren Wind- und Solarstrom (Fakepower) zu ersetzen. Nach Angaben von Bundeskanzler Scholz in einer Rede sollen dafür jährlich mehr als 100 Milliarden Euro aufgewendet werden. Ein wesentlicher Teil kommt aus dem Klima- und Transformationsfonds, der maßgeblich von den CO2-Steuern auf Heiz- und Treibstoffe gespeist wird.
Mit dem Fortschreiten der Energiewende sollen alle Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Dann verliert Deutschland die letzte heimische Energieversorgung, die Braunkohlenkraftwerke, und wird leicht erpreßbar mit dem Hinweis, die Importe von fossilen Brennstoffen könnten gedrosselt oder gar gestoppt werden. Denn wir werden noch viele Jahrzehnte auf Kohle, Erdöl und Erdgas zur Deckung unseres Energiebedarfs angewiesen sein. Die Realität ist stärker als die beschlossenen Ausstiegsgesetze.
Besonders in Krisenzeiten brauchen wir eine sichere Energieversorgung. In erster Linie müssen wir die verfügbaren heimischen Energieträger nutzen. Die Braunkohleverstromung darf nicht eingestellt, sondern muß ausgebaut werden. Die Gewinnung von Gas und Öl durch Fracking muß in Deutschland in Angriff genommen werden.
Es gibt Lagerstätten für Jahrzehnte. Die Herkunftsländer für Kohle, Gas- und Ölimporte sollten breit gestreut sein, um Lieferengpässe zu vermeiden. Erdgaslieferungen aus Rußland sollten über die noch nutzbare Ostsee-Pipeline wieder aufgenommen werden. Das derzeitige Embargo schwächt Europa mehr als Rußland.
Für den Ernstfall müssen wir auf Energievorräte zurückgreifen können. Für Erdöl ist dies weiterhin der Fall. Vor gut 50 Jahren haben die Araber, die damals den Weltmarkt beherrschten, die Exporte eingestellt. Es gab autofreie Sonntage. Damals hat die Regierung beschlossen, Vorräte für 90 Tage anzulegen. Diese Vorräte gibt es heute noch. Es lagern 10 Millionen Tonnen Erdöl in Salzkavernen in Norddeutschland. Die Kosten bezahlen die Autofahrer mit 0,5 Cent pro Liter.
Auch für Erdgas gibt es Vorräte in Kavernen. Dies sind keine strategischen Vorräte, sondern Einlagerungen im Sommer für die hohe Nachfrage im Winter.
Kohle ist aus vielen Teilen der Welt zu günstigen Preisen verfügbar. Sie kann beliebig lange Zeit auf Halden gelagert werden. Behälter, Pumpen und Rohrleitungen werden nicht gebraucht. Das Lagern von Kohle ist die günstigste Bevorratung von Energie.
Eine Bewertung zeigt, die Stromerzeugung mit Importkohle kostet ca. 5 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) und wird nur noch vom heimischen Braunkohlestrom mit 3 ct/kWh unterboten. Verteuert wird der Kohlestrom zurzeit um 6 ct/kWh durch die politisch motivierten Abgaben auf CO2-Emissionen zur Weltklimarettung.
Würde mit der Energiewende Schluß gemacht, ließen sich jährlich mehr als 100 Milliarden Euro an öffentlichen Ausgaben einsparen. Als Folge würde der Strompreis halbiert und die Stromversorgung wesentlich sicherer werden. Unsere Regierung hat die Chance, mit Hinweis auf die geänderten politischen Bedingungen ohne Gesichtsverlust die Energiewende aufzugeben. Wird sie diese Chance nutzen oder mit "weiter so" ihre Abwahl verschulden? Die Wahlen der nächsten Monate werden die Frage beantworten.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**Organspende: Lauterbach begrüßt Initiative zur Widerspruchslösung**

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat die Bundesratsinitiative zur Einführung einer Widerspruchslösung bei der Organspende ausdrücklich begrüßt. "Ohne die Widerspruchslösung werden wir weiterhin tausende Menschenleben pro Jahr verlieren, die auf ein Organ warten", sagte der Minister den Zeitungen der Mediengruppe Bayern (Samstagausgaben).
"Mit der Rückendeckung der Länder wird es jetzt wahrscheinlicher, daß ein zweiter Anlauf bei der Widerspruchslösung im Bundestag erfolgreich ist." Das Sterben auf der Warteliste müsse ein Ende haben, so Lauterbach. Das Land Nordrhein-Westfalen hat am Freitag einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Neuordnung der Organspende vorsieht.
Dem Antrag aus NRW schlossen sich sieben weitere Länder an. Ziel ist, daß sich der Bundestag noch in dieser Legislaturperiode mit dem Thema befaßt. Der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Tino Sorge (CDU), hält eine Bundestagsbefassung für unumgänglich. "Wir werden eine neue Debatte um die Organspende brauchen. Es ist gut, daß die Länder initiativ werden und wir auch im Bundestag über Möglichkeiten beraten müssen, um die Spenderzahlen zu erhöhen."
Das sei man über achttausend Menschen schuldig, die aktuell auf ein Spenderorgan hofften, so Sorge. "Ich persönlich befürworte die Widerspruchslösung. Entscheidend ist aber eine parteiübergreifende und respektvolle Debatte, die auch andere Modelle würdigt", sagte der CDU-Politiker. "Der Bundestag wäre dafür ein angemessener Ort." Der gesundheitspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Stephan Pilsinger, teilt Sorges Haltung nicht. "Ich spreche mich nach wie vor gegen die Widerspruchslösung aus. Ich bin grundsätzlich der Meinung, daß nichts sagen keine Zustimmung sein darf", so Pilsinger.
"Die persönliche Freiheit über sich selbst zu bestimmen, stirbt zentimeterweise." Die Deutsche Stiftung Patientenschutz kritisierten die Umsetzung der geltenden Regeln in den Ländern: Ein Großteil der Bundesländer "torpediere" das im Jahr 2020 beschlossene Gesetz zur Entscheidungslösung, sagte Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Samstagausgaben).
"Als ersten Schritt haben die Länder unverzüglich dafür zu sorgen, daß die gesetzlich geforderte Anbindung der Paß- und Ausweisstellen an das Organspende-Zentralregister steht." Dafür müßten in jeder Kommune noch in diesem Jahr datenschutzsichere Terminals aufgestellt werden, so Brysch.
"Solange dies nicht geschieht, darf die geringe Zahl der registrierten Willenserklärungen niemanden verwundern." Wer jetzt die geltende Regelung zugunsten einer Widerspruchslösung "über Bord werfen" wolle, müsse sich zunächst den Fakten stellen, mahnte er. Es gelte zunächst, organisatorische und strukturelle Maßnahmen anzugehen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.383/…):

>>**Paus mahnt mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an**

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) hat mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Debatten angemahnt.
"Die junge Generation muß mehr an Entscheidungsprozessen beteiligt werden, gerade bei zentralen Zukunftsfragen wie Klimaschutz oder Generationengerechtigkeit, denn das gehört zur Demokratiebildung dazu", sagte sie der "Rheinischen Post" (Samstagausgabe) mit Blick auf den aktuellen Kinderreport 2024, wonach junge Menschen mit ihrer Rolle in der Demokratie nicht zufrieden sind.
"Kinder und Jugendliche müssen erfahren, daß ihre Meinung zählt, daß sie beteiligt und ernst genommen werden", so Paus. "Das beginnt in der Kita, aber auch in der Jugendarbeit oder einer demokratischen Schulkultur, wie den Schülervertretungen oder in Freiwilligendiensten."<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.385/…):

>>**Die ungeschwärzten RKI-Protokolle zeigen einen Abgrund von Bevölkerungsverrat!**

Herbert Ludwig

Im Video vom 4.6.2024 hat Prof. Stefan Homburg die nun fast ganz entschwärzten RKI-Protokolle analysiert und wesentliche Punkte auf seine präzise Art herausgestellt. Paul Schreyer, der die Protokolle herausgeklagt hat, schreibt darüber: "Stefan Homburg liefert in diesem kompakten Video mit die informativste, fundierteste und leicht verständlichste Auseinandersetzung mit den nun vorliegenden weitgehend entschwärzten RKI-Protokollen."

Darin wird nachgewiesen: Die Regierungsverantwortlichen haben wider besseres Wissen schwere Schädigungen und tödliche Verletzungen in der Bevölkerung vorsätzlich in Kauf genommen bzw. herbeigeführt. Nachfolgend das Transkript des Videos. Numerierung und Hervorhebungen stammen von mir. (hl)

RKI ungeschwärzt - ein Abgrund!

von *Prof. Dr. Stefan Homburg*

Jetzt sind sie da, die ungeschwärzten RKI-Protokolle. Einige Medien haben sich sofort darauf gestürzt und blitzartig veröffentlicht. Wie damals auch: Es steht gar nichts Besonderes drin. Aber man muß die gut zweieinhalbtausend Seiten eben genau lesen. Und wenn man das tut, dann findet man wirklich haarsträubende Inhalte, die ich Ihnen heute vorstellen möchte.

Bisher hatte ich Ihnen gelegentlich Protokolle dieser Art gezeigt, die nicht sehr aufschlußreich waren. Heute zeige ich Ihnen genau diese Stelle in einer Form, die ich optisch etwas aufbereitet habe, aber mit rein wörtlichen Zitaten. Sofern ich ab und zu ein Wort ergänzt habe, um das Ganze lesbarer zu machen, ist das durch eckige Klammern kenntlich gemacht.

1. Schauen wir nun mal in dieses bisher geschwärzte Protokoll (wird eingeblendet, 0:54), das jetzt ungeschwärzt vorliegt, hinein. Es stammt vom 19.03.21, also zu Beginn der Impfkampagne. Dort lesen wir:

- "AstraZeneca: Viel Aufregung generell
- Jetzt 12 Fälle mit Sinusvenenthrombose (einem Schlaganfall, Stefan Homburg) … alle nach Impfung.
- Paul Ehrlich Institut hatte am Montag insgesamt 1600 Meldungen
- Paul Ehrlich Institut und die Pharmakovigilanzstellen kommen nicht gut hinterher
- Norwegen setzt die Impfung aus bis auf weiteres

(Und jetzt vollkommen überraschend und unlogisch):

- AstraZeneca weiter wie bisher anzuwenden."

Die Aussage, daß das Paul-Ehrlich-Institut nicht gut hinterher kam, paßt sehr gut zur Aussage der damaligen Abteilungsleiterin Frau Dr. Keller Stanislawski im Brandenburger-Untersuchungsausschuß. Ich zitiere wörtlich, was sie dort gesagt hat (wird eingeblendet, 1:57):

"Es gab Leute, die haben sich nur um Todesfälle gekümmert, und Leute, die haben sich nur um Myokarditis gekümmert. Wir hatten ja viel mehr Arbeit als je zuvor, nur durch diesen Impfstoff."

Da überrascht es schon, daß ein Monat nach der RKI-Sitzung, in der auf diese Risiken hingewiesen wurde, im "Spiegel" die folgende Meldung erscheint (wird eingeblendet, 2.20):

Karl Lauterbach hat sich mit AstraZeneca impfen lassen.

Sehr merkwürdig. Machen wir weiter.

2. Ein Thema, das immer wieder in den Protokollen auftaucht, betrifft Täuschungen der Öffentlichkeit durch das RKI, indem das RKI entweder falsche Informationen oder unvollständige Informationen herausgab. Schauen wir dazu mal dieses Protokoll an (wird eingeblendet, 2:47), es stammt vom 24.03.2020, also ein Tag nach Inkrafttreten des Lockdowns:

- "Gestern eine positive Probe von 40. Virologische Ergebnisse legen nahe, daß das Corona-Virus nicht breit zirkuliert.
- Virologische Surveyance der AGI (das sind die Gesundheitsbehörden der Länder) übermittelt den Eindruck, daß es keine relevante Viruszirkulation gibt

- Viele Labore melden aufgestockte Testkapazitäten. (Und jetzt:)
- Testkapazität sollte nicht nach außen kommuniziert werden. (Denn es könnte ja jemand auf die Idee kommen, daß mehr Tests mehr Fälle ergeben. Und ein Tag später):
- Die Trends sollten besser erstmal nicht formuliert werden, da es sonst schwierig sein kann, weitere Maßnahmen zu begründen."

Und das ist immer wieder der Kern der Geschichte: Im Vordergrund stehen die politisch gewollten Maßnahmen, und das RKI hat die Rolle, diese Maßnahmen irgendwie zu begründen. Wenn es Evidenz hat, daß die Maßnahmen unbegründet sind, so wie hier, dann wird diese Evidenz nicht nach außen mitgeteilt.

3. Noch einmal zurück zum wichtigen Thema Sinusvenenthrombosen.

Da lesen wir am 9. April 2021 (wird eingeblendet, 4:07):
- "Sinusthrombosen (auch dieser Schreibfehler ist im Original) als Nebenwirkung des AstraZeneca-Impfstoffs
- Inzwischen sind auch vermehrt Männer davon betroffen. (Und dann unfaßbar:)
- Damit gibt es auch bei Männern eine 20fach erhöhte Inzidenz im Vergleich zur Hintergrundinzidenz."

Davon hatte ich vorher nie etwas gehört. Hintergrundinzidenz bedeutet das normale Auftreten von Fällen in der Bevölkerung. Und diejenigen, die mit AstraZeneca geimpft wurden, hatten also ein 20-faches Risiko gegenüber den nicht damit Geimpften, ohne daß das der Bevölkerung mitgeteilt wurde. Und obwohl jetzt schon mehrere Länder die Impfung ausgesetzt hatten, machte Deutschland nicht nur weiter, sondern ein Monat später kam sogar Folgendes in die Zeitung (wird eingeblendet, 5:07):

"Spahn läßt sich mit AstraZeneca impfen. Gesundheitsminister Jens Spahn hat sich am Freitag gegen Corona impfen lassen - wie er sagt, ganz bewußt mit AstraZeneca."

Meine persönliche Meinung ist:

Wir haben in den letzten Jahren so viel gehört von unerwarteten und plötzlichen Sterbefällen bei Sportlern, bei Moderatoren, bei Schauspielern, auch bei Bürgermeistern, aber keinem einzigen Spitzenpolitiker scheint irgend etwas passiert zu sein. Das läßt tief denken.

4. Damit die Sendung nicht so kopflastig ist, habe ich jetzt einen neuen Artikel ihnen herausgesucht, gerade in der Berliner Zeitung erschienen. Dort geht es um das Schicksal (wird eingeblendet, 5:50) eines Christian Pilz, erfolgreicher Anwalt und Sportler. Er hat kurz nach Spahns Werbung sich mit AstraZeneca impfen lassen.

Inzwischen ist er halbblind, und ihm wurde die Hälfte seiner Schädeldecke entfernt. Sein Impfschaden ist amtlich anerkannt, und er bekommt deshalb eine staatliche Entschädigung etwa in Höhe des Bürgergeldes, faktisch also nichts.

Im Artikel erfahren wir, daß die Impfärztin ihm gesagt hat, AstraZeneca sei nur für junge Mädchen gefährlich, die die Pille nehmen, nicht aber für einen Mann wie ihn. Das ist erstens falsch gewesen und zweitens unglaublich zynisch, denn auch die jungen Mädchen wurden ja als Versuchskaninchen genommen, und für sie gab es Impfempfehlungen im Grunde ohne sachlichen Grund. Getestet worden war das alles vor der Zulassung nicht ordentlich.

5. Nächstes Thema: Kollateralschäden für Alte und für Junge

Ich lese zunächst mal im Protokoll vom 2. Mai 2020 (wird eingeblendet, 6:58):

"Insbesondere alte und hochalte Personen in häuslicher Pflege oder entsprechenden Einrichtungen formulieren, daß sie die Kollateralschäden der sozialen und physischen Distanzierung als schlimmer empfinden als ihre Angst vor einem möglichen Tod an Covid-19."

Man hat die alten Menschen gegen ihren Willen eingesperrt, schlimmer als Strafgefangene, sie durften nicht raus in den Pflegeheimen, und ihre Verwandten durften sie nicht besuchen. Und das ging so bei vielen bis zum Tod. Meine eigene Tante hat das betroffen.

Weiter steht hier mit Datum vom 21. Oktober 2020: "Kritisch diskutiert wird Maskenpflicht

für Grundschüler, eventuell Langzeitfolgen. Einzelschicksale: Depressionen, Suchtmittelkonsum steigen."
Ich kenne persönlich einen Richter, der vor Gericht steht, weil er Kinder vor Masken retten wollte, der Weimarer Amtsrichter Christian Dettmar. Ich kenne eine Grundschuldirektorin, die seit fast 4 Jahren suspendiert ist, weil sie Kinder vor der Maske retten wollte, und einen Arzt, Dr. Weikl, der rechtskräftig verurteilt ist, weil er Maskenatteste ausschrieb.
Im Nachhinein wissen wir ja, daß die Masken nutzlos waren. Und hier erfahren wir, daß das RKI sehr wohl auch um die gravierenden Schäden wußte.
6. Nächstes Thema: Zweifel an der Impfwirkung. Schon in der frühen Phase im April 2021 stellte das RKI intern die Frage (wird eingeblendet, 8:48): "Warum sinkt die Inzidenz der über 80-Jährigen nicht auf unter 50/100.000 EW trotz Impfung? Antwort: Wahrscheinlich weil Impfung nicht unbedingt vor Infektion schützt …"
Aber ein Jahr später beim Prozeß vor dem Bundesverwaltungsgericht um die Soldaten-Impfpflicht beharrte das RKI auf der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfung.
7. Ein sehr wichtiges Thema, das in den Protokollen immer wieder zur Sprache kommt, betrifft politische Intervention.
Schauen wir zunächst mal diesen Auszug aus verschiedenen Protokollen an (wird eingeblendet, 9:30): Zunächst heißt es am: "22. April 2020: Papier Testen, Testen, Testen kommt von Jens Spahn, die Arbeitsebene wurde vorab nicht stark eingebunden"
Gesundheitsminister Spahn wollte, daß möglichst viel getestet wird. Damit entstanden hohe Inzidenzen, und die waren wiederum die Begründung für Fortführung von Lockdowns und so weiter.
Besonders interessant fand ich jetzt eine E-Mail von Jens Spahn mit dem Inhalt: "26.6.2020: Email Spahn: Falls wir das Risiko in Deutschland auf moderat setzen, müßten wir dann nicht auch die Maskenpflicht einbeziehen?"
Die Antwort des RKI ist hier nicht dokumentiert, aber sie kann nur gelautet haben: Natürlich, wenn kein hohes Risiko mehr besteht, dann können wir die Menschen mitten im Hochsommer nicht zwingen, ganztägig Masken zu tragen. Daraufhin kommt aber drei Tage später der Ukas: "29.6.2020: Immer noch hohes Risiko, Vorgabe vom BGM: bis 1. Juli wird daran nichts geändert."
Und wir wissen, es wurde fast 3 Jahre lang daran nichts geändert. Erst 2023 wurde das Risiko auf moderat herabgesetzt.
8. Zuletzt, sehr interessant, eine Notiz vom "31.8.2020: Von Minister Spahn kam die Idee die virologische Surveillance mittels Schnelltests von Abbott stark auszubauen. Dies erscheint nicht sinnvoll."
Und zur Amtszeit Spahns ist es dem RKI wohl auch gelungen, die Politik davon abzuhalten, daß sie zu den PCR Tests auch noch die Schnelltests addiert. Das war anders, als sein Nachfolger Lauterbach ins Amt kam. Hören Sie, was Lauterbach hier in der Talkshow sagt (wird eingeblendet, 11:34):
Markus Lanz: "Frau Köpping, das Thema haben sie mutmaßlich auch. Wie hoch schätzen Sie die Dunkelziffer?"
Petra Köpping, sächsische Staatsministerin: "Na ja, so sehr hoch wird die nicht sein, weil viele Menschen sich ja mittlerweile auch auf der Arbeit testen lassen müssen. Das heißt, sie können sich nicht nur einfach zu Hause testen lassen, sondern machen das auch auf Arbeit unter Dabeisein von einem Anderen, so daß also dort auch ein Zeuge ist. Wir haben Leute in den Unternehmen mittlerweile geschult, die ausgebildet worden sind zum Testen. Also auch das passiert. In den Schulen wird gemeinsam getestet. Die, die Sie ansprechen, das …"
Markus Lanz: "Aber das sind Schnelltests. In der Statistik werden die ja nicht gewertet".
Petra Köpping: "Natürlich werden die auch gewertet. Wir hatten die Situation, die Herr Lau-

terbach beschrieben hat, ja schon in Sachsen. Wir hatten ja schon Situationen, wo die Gesundheitsämter gar nicht mehr alle mit PCR-Tests testen konnten oder hinterher gekommen sind. Deswegen galt auch der Schnelltest, wenn er positiv war, als Grundlage für das Gesundheitsamt, eben eine Quarantäne auszusprechen."
Markus Lanz "Seit wann ist das der Fall? Will mal fragen. Also weil der also wirklich sicher der Goldstandard ist, der PCR-Test, noch mal die Frage nach der Datenlage. Ja, (es) geht auch gerade bei diesen enormen Zahlen, die so explodieren, finde ich, eine wichtige Frage. Seit wann gilt das, daß auch der Antigen- Schnelltest, wenn er denn positiv ist, in die Statistik als Fall, als Covid-19-Fall einfließt, obwohl er durchaus Unzuverlässigkeiten hat?"
Karl Lauterbach: "Also wenn er an das Gesundheitsamt gemeldet wird, zählt natürlich auch der Antigen-Test. Wir werden jetzt dazu übergehen - ich möchte der Beschlußvorlage vom Wochenende nicht vorgreifen - aber wir arbeiten jetzt also an einer Situation, wo wir erstmalig sogar hingehen werden und diejenigen, die also positiv getestet sind, aber nicht unbedingt den PCR-Test benötigen, daß wir die quasi über das System melden, aber vom PCR-Test sogar abraten, weil wir die PCR-Tests für ganz besondere Maßnahmen benötigen. Die müssen priorisiert werden. Aber Frau Köpping hat vollkommen korrekt beschrieben, wenn also ein Antigentest gemacht wird und wird dann dem Gesundheitsamt gemeldet, dann ist er natürlich gültig."
Das heißt, in Lauterbach Amtszeit wurden sogar die Schnelltests den PCR-Tests hinzugezählt, neben den Zwangstests für Arbeitnehmer unter 3G, neben anlaßlosen Tests in Schulen und Kitas. Und dadurch hat man so astronomische Inzidenzen erzeugt, wie es sie vorher und nachher niemals mehr gab. Man schob das dann auf ein angeblich infektiöseres Virus Omicron, aber ich glaube, es war ein Ergebnis dieser Testillusion.
9. Noch einmal zum Thema politische Intervention.
Das folgende Protokoll hat mir geholfen, das RKI und seine Motivation besser zu verstehen. Bevor ich es ihnen zeige, möchte ich kurz erklären das Wort CDs-Schalte ist Jargon für Telefonkonferenz der Chefs der Staatskanzleien unserer 16 Bundesländer. Diese Chefs der Staatskanzleien oder CDs bereiten regelmäßig Bundesratssitzungen für ihre Ministerpräsidenten vor. Und so lesen wir wird eingeblendet, 14:47):
"CDs-Schalte Schwellenwert Inzidenz 35/100.000 Einwohner?
einzelner Schwellenwert wenig zielführend
Kommt das RKI der politischen Forderung nicht nach, besteht das Risiko, daß politische Entscheidungsträger selbst Indikatoren entwickeln und/oder das RKI bei ähnlichen Aufträgen nicht mehr einbindet."
Diese Sorge war begründet, denn mit Max Planck, Helmholz, Leopoldina standen ja alle möglichen Institutionen bereit, neue Hysterie-Daten und Schockpapiere zu produzieren. Man sieht also: Nicht vom RKI ging eigentlich das Böse aus, sondern das RKI hat sich dem Bösen gebeugt aus Opportunismus, und hat seinen eigenen Einfluß höher gerankt als die Gesundheit der Bevölkerung.
10. Letztes Thema China.
In einem anderen Prozeß gegen die Bundesregierung argumentiert die Bundesregierung: Schwärzungen zu China müßten sein, damit das Verhältnis der beiden Länder nicht gestört wird. Die Stelle, die ich Ihnen jetzt zeige, erweckt aber einen vollkommen anderen Eindruck (wird eingeblendet, 16:05). Es heißt hier im Protokoll vom 13. und 14. Februar 2020, als wir also noch keine Pandemie in Deutschland hatten:
"China wünscht keine Involvierung der großen Industriestaaten G7. Deutschland hat scheinbar Vertrauensvorsprung.
Es wird nächsten Mittwoch ein Treffen mit der chinesischen Botschaft geben, um z.B. über Forschungsthemen und zukünftige Kooperationen zu reden.

Gesundheits- und Außenministerium sind über Treffen informiert. Darüber hinaus hat die Botschaft zugesagt, daß das RKI zukünftig das aktuelle Gesundheitskommissions-Paket Chinas erhält."
Ich wüßte zu gern, was in diesem Paket enthalten war und vermute, dort drin waren Ausgangssperren, Lockdowns, Kontaktverbote und Maskenzwang.
Soweit zu den entschwärzten Stellen.
Es gibt aber auch in dieser Ausgabe der RKI-Protokolle immer noch Stellen, die geschwärzt sind. Und diese scheinen von den Behörden als die heikelsten überhaupt angesehen zu werden. Denn es wird bezüglich dieser Stellen auch Klagen geben.
Ich will Ihnen hierzu ein einziges Beispiel zeigen, weil man dort gut erraten kann, was unter der Schwärzung verborgen ist (wird eingeblendet, 17:27). Es heißt dort unten:
"Normalerweise plant man 12 bis 18 Monate ab Beginn Phase 1."
Mit Phase 1 ist gemeint die erste Phase einer Impfstoffzulassung. Und der Sinn des Satzes ist: Von da an dauert es ein bis anderthalb Jahre bis eine Zulassung erfolgt. Und jetzt weiter geschwärzt:
"Wenn das von den Regulatoren so entschieden wird, dann kann es schneller gehen als 12 bis 18 Monate."
Und was dort geschwärzt ist, kann sinngemäß nur heißen: Wenn man wichtige Schritte bei der Zulassung ausläßt und die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet, indem man diese Schritte einfach überspringt, dann kann es schneller gehen.
Meine Damen und Herren, fast wöchentlich erscheinen im Inland, aber auch im Ausland, insbesondere in den USA, neue Aspekte, die diese Corona-Geschichte in ein fatales Licht rücken. Ich glaube, das wird auch in Zukunft so bleiben. Und darüber informiere ich Sie natürlich hier.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Der Rechtsstaat hat gesiegt - Bundesparteitag findet in Messe Essen statt!**
Mit Beschluß vom heutigen Tag hat das Verwaltungsgericht (VG) Gelsenkirchen einem Eilantrag der AfD stattgegeben. Das VG hat die Stadt Essen verpflichtet, auf die MESSE ESSEN einzuwirken, der AfD den Zugang zum Parteitag in der Grugahalle ohne die im Ratsbeschluß vorgesehenen Bedingungen zu verschaffen, da das Vorgehen der Stadt rechtswidrig war.
Peter Boehringer, stellvertretender AfD-Bundessprecher: "Pacta sunt servanda - Verträge müssen eingehalten werden. Was für jeden Kaufmann gilt, gilt in einem Rechtsstaat erst recht für Kommunen und ihr untergeordnete Gesellschaften.
Die Entscheidung des VG Gelsenkirchen ist nachvollziehbar und richtig. Die Stadt Essen wollte mit ihrem Vorgehen gegen den Bundesparteitag einer großen Rechtsstaatspartei aus politischen Gründen einen Präzedenzfall schaffen - und eine 'lex AfD' kreieren. Dem hat das Gericht nun einen Riegel vorgeschoben."
Roman Reusch, Mitglied im AfD-Bundesvorstand: "Das war eine Niederlage mit Ansage. Es ist unverantwortlich, wie hier mit Steuergeldern umgegangen wird."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Ampel am Ende: Mehrheit der Deutschen will Neuwahlen!**
Tiefer kann das Ansehen einer Bundesregierung nicht mehr sinken: 51 Prozent der Deutschen würden laut dem aktuellen "ZDF-Politbarometer" vorgezogene Neuwahlen unterstützen. Nur noch 25 Prozent der Befragten sind mit der Regierung zufrieden, mehr als 70 Prozent stellen ihr ein schlechtes Zeugnis aus. Sogar bei den FDP-Anhängern ist eine klare Mehrheit für Neuwahlen, obwohl die FDP selbst zur Massenmigrations- und Industriezerstörungs-Ampel gehört.

Wer kann über diese unterirdischen Befunde auch überrascht sein? Seit mehr als zwei Jahren haben wir eine Regierung, die nicht nur am Volk vorbei, sondern gegen das Volk regiert. Die Arbeitseinstellung dieser Farce-Koalition wird in einem Satz von Außenministerin Baerbock zusammengefaßt: Sie wolle sich für die Ukraine einsetzen, "egal, was meine deutschen Wähler denken." Hier ist einer Ministerin herausgerutscht, was offensichtlich in den Köpfen der Ampel-Minister vorgeht: Das eigene Land ist egal; es zählen nur die Interessen ausländischer Bittsteller und Kostgänger - von Selenskyj bis hin zum afghanischen Pseudo-Flüchtling.
Was hat diese Ampel-Regierung unserem Land angetan? Sie hat mit der Fortsetzung der unkontrollierten Massenmigration dafür gesorgt, daß Messer-Gewalt, Vergewaltigungen und Morde zum Alltag gehören. Sie hat mit der Abschaltung der Kernkraftwerke die Energiepreise in die Höhe getrieben und eine wirtschaftliche Abwärtsspirale in Gang gesetzt.
Sie hat schweigend zugesehen, wie unsere Energieversorgung mit dem Terror-Anschlag auf die Nord-Stream-Leitungen zerstört wurde. Sie hat die Industrie aus dem Land getrieben und die Bürger mit Gender- und Transgender-Gaga belästigt, anstatt sich um ihre wirklichen Aufgaben zu kümmern. Aufhören, es reicht! Wir wollen Neuwahlen und eine Regierung mit AfD-Beteiligung, damit Deutschlands Interessen und seine Bürger wieder an erster Stelle stehen!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Corona-Inzidenz: Eine Merkel-Erfindung**
Von *Karel Meissner*
Durch den Ampel-Horror ist die Raute des Grauens fast in Vergessenheit geraten. Jetzt erinnern die ungeschwärzten Akten des RKI, wie radikal Merkel die Gleichschaltung betrieben hat. Der Schrecken ist noch nicht vorbei. Dies belegt die Medizinrechtlerin und bekannte Corona-Kritikerin Beate Bahner in ihrem neuen Buch "WHO-Pandemievertrag. Der finale Angriff auf ihre Freiheit". …
Der legendäre Inzidenzwert während der Lockdown-Diktatur, der über Freiheit und Knast entschied, galt den Mainstream-Medien als Gipfel der Wissenschaftlichkeit. Jetzt aber zeigen die ungeschwärzten Akten des Robert-Koch-Instituts: Dieser Grenzwert war ein Merkel-Diktat! Frei erfunden! Gegen besseres Wissen der "RKI-Experten".
Nachdem am 3. Mai 2020 der erste Lockdown nach sieben Wochen endete, wollten Bundeskanzlerin Merkel und ihr Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ihn erneuern. Der Grund dafür? Findet sich nicht. Vielleicht nur, weil sie es konnten?
Also heizten Spahn und Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) dem RKI-Expertenrat ein: Man brauche einen Grenzwert, der "harte Maßnahmen" legitimiere.
Man müsse einen Inzidenzwert postulieren, der bei 35 Corona-Infektionen pro 100.000 Einwohnern (0,035 Prozent der Bevölkerung) liege. Wenn der erreicht wäre, dürfe die Lockdown-Diktatur in Kraft treten.
Und jetzt kommt's: Laut Sitzungsprotokoll (ausgewertet in der Tageszeitung Die Welt) hatte der RKI-Expertenrat diesen Fantasy-Wert "aus fachlicher Sicht weitgehend abgelehnt": Er sei "wenig zielführend". Das Infektionsgeschehen verlaufe in den einzelnen Landkreisen zu unterschiedlich.
Aber die Forscher blieben nicht lange bei ihrer Abwehr. Um 2020 hatte Merkel das demokratische Selbstverständnis bereits derart aufgeweicht, daß die Wissenschaftler sich über die Folgen einer Verweigerung sorgten. Am Ende siegte die Angst:
O-Ton Protokoll: "Kommt das RKI der politischen Forderung nicht nach", könnten Konsequenzen drohen: Die Politik könnte "selbst Indikatoren entwickeln" und "das RKI bei ähnlichen Aufträgen nicht mehr einbinden". Diese Angst vor Bedeutungsverlust führte zur Kreation einer Untertanen-Wissenschaft während der "Pandemie".
Die unsäglichen Mainstream-Medien bejubelten den Freiheitsverlust und Merkel setzte den Juristen Thomas Haldenwang (CDU) auf den Thron des Verfassungsschutzes. Der jagt seit-

dem alle "Querdenker", die das "Vertrauen" der Schafsherde in die Maßnahmen der Regierung erschüttern.
Der nachfolgende Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) konnte das gleichgeschaltete RKI und den neuen "Regierungsschutz" gleich übernehmen. So ließ sich der Lockdown-Terror zwei Jahre durchhalten. - Juristische Konsequenzen für die Täter? Nicht in Aussicht.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Wie bunt wird die EM?**
Von *Sven Eggers*
Neu-Bundestrainer Julian Nagelsmann ist kein Freund von zwanghafter Politisierung des Fußballs. Aber wird er Regenbogen und Wokeness wirklich über Bord werfen können? …
Als Trainer Julian Nagelsmann im Herbst vergangenen Jahres als neuer Bundestrainer vorgestellt wurde, konfrontierte ihn die Pressemeute sogleich mit Fragen zu Regenbogen und Polit-Haltung. Er antwortet gut: "Ich würde mir wünschen, daß man das Team aus allen Debatten heraushält." Als dann Sportdirektor Rudi Völler die Parole "Ab jetzt geht es wieder um Fußball" ausgibt, hofften Fußballfreunde auf eine Normalisierung des oftmals von allen guten Geistern verlassenen DFB.
Vom Kicker zum Trainer
Nagelsmann war bei Amtsantritt jüngste Bundestrainer in der langen deutschen Fußballgeschichte. Er erblickte im Juli 1987 in Landsberg am Lech das Licht der Welt erblickte und wuchs mit seinen zwei älteren Geschwistern in Bayern auf. Die Familie unternahm häufig Ausflüge in die Berge, bevorzugt die Ammergauer Alpen. Als Kind interessierte sich der heutige Bundestrainer denn auch eher für herausfordernde Wanderstrecken und für Eishockey als für Fußballspiele. Gekickt wurde aber auch. Sein Heimatverein ist der oberbayerische Amateurklub FC Issing.
Als Zwölfjähriger wechselte Nagelsmann von dort zur Jugendabteilung des FC Augsburg, später zu jener des TSV 1860 München. Mit der A-Jugend des Traditionsvereins spielte er in der Nachwuchs-Bundesliga. Mehrere Verletzungen verhinderten jedoch eine Nagelsmann-Karriere als Spieler. Durch seine gute Vernetzung gelang es ihm aber, in der bayerischen Trainerszene Fuß zu fassen und konnte im Jugendbereich des FC Augsburg als Ausbilder anheuern.
Die Geschichte mit dem Vater …
In dieser Zeit, Nagelsmann war 20 Jahre jung, wählte sein Vater den Freitod. Die Geschichte mutet mysteriös an, denn der Senior hatte für den bundesdeutschen Geheimdienst gearbeitet. Er sei beruflich enorm unter Druck gestanden, erzählt Julian Nagelsmann heute. Welche Funktion sein Vater beim Bundesnachrichtendienst ausgeübt hat, bleibt unklar: "Ich darf darüber nicht mehr sagen. Er war jedenfalls nicht in der Verwaltung."
Trotz der Trauer widmete sich Nagelsmann zwischen 2008 und 2013 intensiv seiner Trainerausbildung. Von der Augsburger Nachwuchsabteilung ging es zurück zur Jugendabteilung des TSV 1860 und schließlich als Trainer der U19-Truppe zur TSG Hoffenheim, wo er nebenbei die notwendigen Lizenzen für die Bundesliga erwarb.
Er sprang dann 2016 für den zurückgetretenen TSG-Cheftrainer Huub Stevens in der höchsten Spielklasse ein und rettete die TSG vor dem Abstieg. Seine nächsten Stationen waren RB Leipzig und schließlich Bayern München. Trotz Meistertitel erfüllte er dort die hohen Erwartungen nicht und wurde im März 2023 freigestellt; sein bislang einziger sportlicher Rückschlag.
Die von Nagelsmann als Cheftrainer begleiteten Vereine TSG Hoffenheim und RB Leipzig sind bei vielen Fußballfans äußerst unbeliebt, stellen sie doch quasi Gegenentwürfe zu den deutschen Traditionsvereinen dar. Darunter hat das Profil des jungen Trainers bislang etwas

gelitten. Ein Volkstribun ist er jedenfalls noch nicht. Seine oft extravagante Kleidung, der Jaguar-Sportwagen, mit dem er vorfährt oder seine vom Schönheitschirurgen korrigierten Schlupflider qualifizieren ihn nicht gerade als Typen von nebenan.

Auftrag: Begeisterung

Ein Trainer, der die Ärmel hochkrempelt, der Begeisterung vermittelt und der Spieler und Fans mitreißt und der siegt, könnte den deutschen Fußball von seinem lähmenden Regenbogen-Image befreien. Nagelsmann hat zumindest den Auftrag, eine Flamme der Begeisterung zu entfachen.

Und die Deutschen? Die winken ab. Eine Studie legte kurz vor EM-Anpfiff ein ausgeprägtes Desinteresse der Menschen an den Tag. Gerade jeder Zweite gab an, die Spiele verfolgen zu wollen, 88 Prozent haben hingegen das Gefühl, daß "Menschen früher mehr von großen Fußallturnieren mitgerissen wurden".

Studienleiter Rüdiger Maas vom Augsburger Institut für Generationenforschung verweist auf einen interessanten Aspekt: Während 2006 kurz vor dem Sommermärchen 71 Prozent angaben, sie seien stolz auf Deutschland, so sind es heute ebenfalls 71 Prozent, die folgenden Satz unterschreiben: "Ich bin oft weniger stolz auf Deutschland, als ich es gerne wäre." Maulkorb und politische Korrektheit tragen Früchte.

Vielleicht sollte Nagelsmann einen guten Berater engagieren, möglicherweise aus dem Bereich der Fankultur, um endlich wieder Bande zwischen Zuschauern und Mannschaft zu knüpfen. Der Bundestrainer ist noch jung, kann sich entwickeln und am Ende vielleicht doch Fußball-Deutschland zusammenführen. Pssst, kleiner Tip: Er müssen ja nicht unbedingt ausschließlich Spieler mit Migrationshintergrund auflaufen.

Mangel an Identifikation

Die problematische Entwicklung rund ums Nationalteam begann ja gerade damit, daß in den Vereinsmannschaften immer weniger deutsche Spieler zum Einsatz kamen. Da ist es doch ganz normal, wenn die Identifikation leidet. Nagelsmann sollte auch dafür sorgen, daß seine Mannschaft nicht als Marketingprodukt mißbraucht wird, nicht für Nivea, nicht für Nutella, nicht für Multikulti, nicht für das Regenbogen-Symbol.

Zweitweise hatte man zuletzt das Gefühl, der DFB könnte lernfähig sein. Der Spiegel quengelte bereits, daß "die Politik von der Mannschaft bewußt ferngehalten" würde. Julian Nagelsmann selbst vereidigte die neue Linie: "Wenn wir eine gute EM spielen, und hinterher melden sich 15 Prozent mehr Kinder bei Vereinen an, haben wir gesellschaftlich mehr erreicht als mit einer Geste vor einem Spiel."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Döp dödö döp … Jetzt Flagge zeigen!**

Von *Daniell Pföhringer*

Am Freitag startet die Fußball-EM im eigenen Land. Doch nicht nur auf den Fanmeilen und im Biergarten ist die COMPACT-Deutschlandfahne ein wichtiges Accessoire. Auch bei Demos oder im heimischen Partykeller tut das edle Tuch gute Dienste. Da kann man Gigi D'Agostino auch mal etwas lauter aufdrehen …

Grüne Politiker warnen bereits: Die kommenden Wochen könnten dem "Nationalismus" Vorschub leisten. Der Grund: Heute beginnt die Fußball-Europameisterschaft in Deutschland mit dem Spiel der DFB-Auswahl gegen Schottland. Einen Monat lang wird Schwarz-Rot-Gold das Straßenbild dominieren - und das schmeckt den woken Regenbogen-Fans natürlich überhaupt nicht. Die Antifa ruft deshalb schon wieder auf, Deutschlandfahnen zu entwenden und zu verbrennen. …

Traditionsreiches Tuch

Doch auch die nächste Demo kommt bestimmt. Und gerade da ist es wichtig, mit der COMPACT-Deutschlandfahne Flagge zu zeigen und zu verdeutlichen: Wir stehen zu unserem Land

- und wir geben alles für unser Land!
Schließlich hat Schwarz-Rot-Gold eine lange und gute Tradition: Schon die kaiserlichen Farben des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation waren Schwarz und Gold. Das Reichswappen zeigte den schwarzen Aar auf goldenem Grund mit roter Bewehrung. Die Reichssturmfahne war schwarz und goldfarben mit rotem Schaft.
In den Befreiungskriegen trugen die Lützower Jäger - in deren Reihen auch der große Dichter und Freiheitskämpfer Theodor Körner gegen Napoleons Truppen zu Felde zog und fiel - eine schwarze Uniform mit roten Paspeln und goldenen Knöpfen. Auch die Fahne der Urburschenschaft Jena zeigte diese Farbkombination.
Schwarz-Rot-Gold - das waren die Farben der Revolution! Als Dreifarb mit gleichen Balken wurde die Fahne erstmals 1832 beim Hambacher Fest gehißt.
Die Paulskirche erklärte die Trikolore 1848 zum Nationalsymbol. Das Bismarckreich entschied sich 1871 für Schwarz-Weiß-Rot, doch Schwarz-Rot-Gold waren die Farben großdeutscher Gesinnung. So wählte auch die Weimarer Republik - in Erwartung einer Vereinigung mit Österreich - diese Farbkombination.
Was viele nicht wissen: Nach dem Zweiten Weltkrieg verbot die alliierte Militärregierung die schwarz-rot-goldene Fahne. Und doch wählten später sowohl die BRD als auch die DDR diese Farben für ihre Staatsflaggen. Unter Schwarz-Rot-Gold - ohne die kommunistischen Symbole Hammer und Zirkel - marschierten die Aufständischen des 17. Juni 1953 durch Ost-Berlin und andere mitteldeutsche Städte - und ebenso Patrioten in den 1970er und 1980er Jahren gegen Nationalverrat und Separatismus. Auch die großen Demonstrationen in der DDR 1989 standen ganz unter diesem Zeichen.
Alles für unser Land!
Mit der COMPACT-Deutschlandfahne zeigen Sie also nicht nur, daß Sie ein deutscher Patriot sind, sondern auch ein geschichtsbewußter Deutscher, der sich zu Heimat, Volk und Vaterland bekennt! Deswegen hassen Grüne, Linke und Woke diese Farben und wollen lieber Regenbogenfetzen statt unserer Nationalflagge sehen.
Halten Sie dagegen: Wir müssen - gerade in den kommenden Wochen - ganz Deutschland in ein schwarz-rot-goldenes Fahnenmeer tauchen und die Zeichen von Wokismus, Internationalismus, Antifa und Linksspinnertum von unseren Straßen und Plätzen verdrängen. Mit der COMPACT-Deutschlandfahne können Sie ihren Teil dazu beitragen.
Und wer weiß: Vielleicht wehen bald nicht nur tausende Fahnen in unseren Städten, sondern überall auf den Fanmeilen hört man auch diese "verbotene" Melodie: Döp dödö döp, döp dödö döp! Auch für die Grillparty im Garten oder den Partykeller ist diese Kombination Pflicht: Gigi D'Agostino und Schwarz-Rot-Gold - der Alptraum eines jeden linken Spießers!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Bayern plant "Pandemie-Zentrallager"!**
Der Freistaat Bayern sucht ein Areal für ein künftiges "Pandemielager". Im 4. Quartal 2024 soll das Mietverhältnis beginnen. Termin für die nächste "Plandemie"?
Das künftige Sammellager soll eine Fläche von ca. 21670 m² umfassen.
Daß darin keine Freiwilligen sitzen werden, verraten die "besonderen" Sicherheitsanforderungen: "Alarmgesichert, mindestens überstiegsichere Umzäunung, überwachte Zufahrt, zentrale Schließung, Brandmeldeanlage, ggf. Notstromversorgung und/oder Einspeisepunkt für Notstromaggregate."
"Gewünschter Mietbeginn" ist das 4. Quartal 2024.
Ab dann muß also wieder mit einer Plandemie gerechnet werden.
Der Pandemie-Terror ist noch nicht vorbei. Es droht eine Wiederholung durch den WHO-Pandemievertrag, Dies belegt die Medizinrechtlerin und bekannte Corona-Kritikerin Beate Bahner in ihrem neuen Buch "WHO-Pandemievertrag. Der finale Angriff auf ihre Freiheit".

Brandaktuell!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Treffen Krah/Aust - Lenkt Parteispitze ein?**
Von *Jürgen Elsässer*
Erfolg für unsere Pro-Krah-Petition: Nach zwei Tagen schon 12.000 Unterzeichner. Le Pen bleibt hart gegenüber Gesamt-AfD, mit und ohne Krah. …
Kein Tag ohne Überraschungen: Gestern Abend kam es zu einem Blitztreffen zwischen René Aust und Maximilian Krah in Brüssel, das angeblich mit einer Verständigung oder zumindest Deeskalation endete. Das Treffen der Rivalen - Aust hatte nach dem von ihm mitbetriebenen Ausschluß von Krah aus der AfD-Delegation im EU-Parlament dessen Spitzenposition übernommen - kam angeblich auf Vermittlung des NRW-Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich zustande, der derzeit auch von einem Parteiausschlußverfahren bedroht ist.
Das Treffen deutet darauf hin, daß Bewegung in die verhärteten Fronten gekommen ist. Hintergrund dürfte sein, daß das Kalkül der AfD-Spitze, durch die Opferung von Krah doch noch in die ID-Fraktion im EU-Parlament zurückkehren zu dürfen, final gescheitert ist. Marine Le Pen schwor in den letzten drei Tagen ihre Schwesterparteien darauf ein, die AfD auf jeden Fall nicht wieder zu akzeptieren.
Die ultimative Härte der Französin ermöglicht theoretisch der deutschen Parteispitze, ihren Fehler gegenüber Krah zu korrigieren und die Einheit wieder herzustellen. Daß Aust zu einem Treffen mit Krah bereit war, beweist hoffentlich, daß er einer solchen Entwicklung nicht im Wege stehen will. Krah umgekehrt hat betont, daß er verbale Ausfälle mancher seiner Unterstützer gegen Aust nicht toleriert. ...<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29386" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Reiner Füllmich - in der Mühle dunkler Strippenzieher?**
Verschiedene Medientreibende zeichnen ein ganz anderes Bild von dem Fall Reiner Füllmich als gängige Medien und werfen ein interessantes Licht auf mögliche Strippenzieher im Hintergrund. …
Dr. Reiner Füllmich ist deutscher Rechtsanwalt mit Zulassung in Deutschland und in den USA. Aufgrund einer angeblichen Veruntreuung von größeren Geldsummen im Zusammenhang der Aufdeckungsplattform Corona-Ausschuß geriet er in die Schlagzeilen der Medien und - unter dubiosen Umständen - auch in Untersuchungshaft.
Inzwischen haben verschiedene Medientreibende ein ganz anderes Bild von dem Fall gezeichnet, das auch ein interessantes Licht auf mögliche Strippenzieher im Hintergrund wirft. Als Gegenstimme zur offiziellen Darstellung sendet Kla.TV nachfolgend einen Zusammenschnitt.
Es sieht so aus, als ob der deutsche Jurist, Reiner Füllmich, der die Covid-Verbrechen gegen die Menschlichkeit bereits im Jahr 2020 erkannt hat, reingelegt wurde.
Füllmich stand an der Spitze eines Projekts, das als zweites Nürnberg bekannt wurde und war Mitbegründer des Corona-Untersuchungsausschusses. Sein Komitee befragte etwa 150 Wissenschaftler und Experten aus aller Welt, sowie ehemalige Mitarbeiter der Weltgesundheitsorganisation. Und ihre Ergebnisse zeigten ihnen, daß die Covid-Maßnahmen die ersten Schritte eines Plans zur Zerstörung regionaler Wirtschaften waren, um die Bevölkerungen von globalen Versorgungsketten abhängig zu machen und daß sie darauf abzielten, die Bevölkerung zu reduzieren und eine Weltregierung unter der Leitung der Vereinten Nationen zu installieren.
Der Corona-Ausschuß erhielt viele Spenden, von denen sie glaubten, daß sie nicht sicher seien, da in der jüngsten Vergangenheit Bankkonten von mitschuldigen Regierungen beschlagnahmt worden waren.
Es wurde Gold im Wert von 1 Millionen Euro gekauft und aufbewahrt. Zur Finanzierung der Aktivitäten nahmen sowohl Reiner Füllmich als auch Viviane Fischer gesicherte Darlehen

auf.
Reiner Füllmich am 02.02.2024: "In einer Zeit, in der das Geld auf unserem Bankkonto in großer Gefahr war, beschlossen wir sofort zu handeln. Wir hoben Geld von diesem Konto ab, sowohl sie als auch ich, um es zu retten und von einer solchen Pfändung zu bewahren, damit wir unsere Arbeit fortsetzen konnten. Denn wenn unser Konto, unser Bankkonto, gepfändet worden wäre, hätten wir die Übersetzer, die IT, die Verwaltung usw. nicht mehr bezahlten können."
Reiners Kredit belief sich auf 700.000 Euro und sollte mit dem Erlös aus dem Verkauf seines Hauses zurückgezahlt werden. Das alles wurde dokumentiert und vom Ausschuß gebilligt.
Mitglieder des Corona-Ausschusses trafen sich im August 2022 mit einer Anwaltskanzlei und erstatteten Strafanzeige gegen Füllmich. Die Mitglieder des Komitees, Justus Hoffmann, Marcel Templin und Antonia Fischer behaupteten, daß Füllmich 700.000 Euro veruntreut habe, den Kredit, den er offiziell aufgenommen hatte. Sie behaupteten, er sei ein gewalttätiger Antisemit und daß er die Möglichkeit hatte, sich vor Beginn des Strafverfahrens zu äußern, und daß sie keine Anzeige erstatten würden.
Zwei Haftbefehle wurden gegen ihn ausgestellt, von Deutschland und von der EU, ohne Reiners Wissen. Ohne internationalen Haftbefehl entführten deutsche und mexikanische Behörden Füllmich illegal in der deutschen Botschaft in Mexiko. Anschließend wurde er zum Frankfurter Flughafen geflogen, wo er festgenommen und inhaftiert wurde.
Internationale Rechtsexperten bezeichnen seine Verhaftung als illegale Entführung. Nach den dokumentierten Unternehmensplänen sollte Füllmichs Kredit nach dem Verkauf seiner Immobilie zurückgezahlt werden. Doch dieselben Leute, die die Klage gegen Füllmich eingereicht haben, haben diese Vereinbarung sabotiert.
In den Verträgen war festgelegt, daß der Gewinn aus der Füllmich-Immobilie auf ein Füllmich-Konto überwiesen werden sollte, damit er das Darlehen zurückzahlen konnte. Doch der Notar, der als neutral und unabhängig vereidigt ist, wies die Käufer an, die 1.158.000 Euro auf das Konto von Marcel Templin zu überweisen. Damit war es für Reiner unmöglich, das Darlehen zurückzuzahlen.
Die Darlehen wurden in transparenter Weise in schriftlichen Verträgen vereinbart. Es gab keine Geheimniskrämerei und das Unternehmen war jederzeit über die Darlehen informiert. Die Beweise, die dies belegen, wurden dem Gericht offiziell vorgelegt, das sich entschieden hat, sie zu ignorieren und der Verteidigung einen Maulkorb verpaßt hat, damit sie sie nicht erwähnen darf.
Die Beweise zeigen, daß Hoffmann, Templin und der Notar sich illegal Zugang zu dem Gewinn von Füllmichs Vermögen verschafft haben. Und nicht nur, daß das Gericht diese Beweise ignoriert, es hat dieselben Personen als Zeugen gegen Füllmich geladen.
In der Klageschrift heißt es, Füllmich hat sich auch dadurch strafbar gemacht, daß er die Goldbarren ohne Zustimmung der Gesellschafter erworben, deren Existenz verschleiert und sie für sich selbst in Besitz genommen hat. Aber auch der Kauf der Goldbarren ist dokumentiert. Sie befinden sich in der Verwahrung und können nur mit den Unterschriften von Reiner Füllmich und Viviane Fischer eingesehen werden. Das geht aus Firmenunterlagen hervor, die der Staatsanwaltschaft nie vorgelegt wurden. Sie wurden jedoch von der Verteidigung vorgelegt und werden vom Gericht ignoriert.
Darüber hinaus hat das Gericht zwar die Konten von Füllmich eingefroren, nicht aber die 1.158.000 Millionen Euro auf dem Konto von Marcel Templin.
Bittel: Dr. Christof Miseré, es freut mich sehr. Wir hatten heute einen sehr spannenden Verhandlungstag. Kannst du mir ganz kurz sagen, wie du es zusammenfassen würdest, weil ich glaube, es ist ziemlich historisch.
RA Miseré: Ja, es zeigt eigentlich durch ein Dossier, was mir eben zugespielt wurde, daß man

Herr Füllmich schon lange verfolgt hat und versucht hat, durch irgendwelche Konstrukte es zu schaffen, daß er also nicht mehr in der Bundesrepublik Deutschland wählbar sein soll. Man hat versucht mit der Staatsanwaltschaft und so - so ist es also von einem der Dienste wie Bundeskriminalamt eben initiiert worden, daß man versucht hat, aus seiner Umgebung Leute anzuwerben, Informationen zu erlangen und versucht hat - final betrachtet eben - eine Anklage gegen ihn zu erheben und daß er verurteilt wird. Das war geplant. Das war schon durch einen Vermerk, der schon im Jahre 2021 war, war das praktisch schon so vorgesehen.
Bittel: Das kann man sagen. Es gibt Informationen, daß das schon so vorgeplant war und glaube ich am 21. August. 2021, wenn ich mich richtig erinnere...
RA Miseré: Es ist so ein Dossier, wo natürlich verschiedene Daten drin sind, bis zum neuesten Stande geht das dann. Also über das Verfahren wird dort auch berichtet, über die Person allgemein, und dann eben auch, daß man 2021 eben gesagt hat, man muß den irgendwie wegbekommen. Und quasi wegbekommen, auch daß er politisch nicht mehr wählbar ist, d.h. ja im Endeffekt, eine hohe Verurteilung, was ausschließt, daß man dann noch gewählt werden kann in der Bundesrepublik Deutschland.
Und man hat dann gesagt, wenn man es - also es gibt so eine Klausel - die kann ich ihnen nachher vorlesen. Wenn man es quasi nicht mit rechtsstaatlichen Dingen schafft, muß man ein Konstrukt entwickeln und das mit den Akteuren, die man hat, durchführen.
AUF1: Dr. Füllmich hat die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft heute selbst mit einer Anzeige gegen einen Staatsanwalt beantwortet. Was hat es denn damit auf sich?
Anwältin Katja Wörmer: Damit hat es auf sich, daß es offensichtlich ein Dossier des Verfassungsschutzes oder des Bundeskriminalamtes gibt, aus dem hervorgeht, daß Herr Dr. Füllmich beobachtet wurde. Spätestens seit dem August 2021 wurde er vom Verfassungsschutz beobachtet. Es wurden Maßnahmen geplant, wie und in welcher Weise er beobachtet werden kann und was genau - was er macht, wurde genau beobachtet; die Bildung des Corona-Ausschusses, wie er vorher auch schon tätig war, nämlich gegen die Deutsche Bank und in den sogenannten "Schrott-Immobilienfällen".
Es wurde dann ganz genau geplant, wie man vorgehen kann, daß man z.B. verhindert, daß er jemals ein politisches Amt bekleiden kann, daß es mögliche strafrechtliche Ermittlungen gegen ihn geben soll und daß es mögliche Strafvorwürfe geben soll, die durch evtl. fingierte oder konstruierte Geschehnisse begründet werden sollten. Also das Dossier deutet tatsächlich darauf hin, daß man hier etwas geplant hat im Hintergrund mit sogenannten verdeckten Ermittlern und verdeckten Personen, woraus man dann strafrechtliche Vorwürfe gegen Herrn Dr. Füllmich würde in der Zukunft begründen können.
AUF1: Frau Rechtsanwältin Fischer soll kürzlich in einer Verhandlung zugegeben haben, daß die umstrittene Darlehensvergabe erfolgte, um die Spendengelder vor einer Pfändung zu schützen. Bricht damit nicht ein großer Teil der Anklage zusammen?
Anwältin Katja Wörmer: Das ist richtig. Und zwar gab es schon seit dem Sommer 2020 immer wieder Kontokündigungen. Die "Ärzte für Aufklärung" hatten Kontokündigungen, bei dem Verein MWGFD gab es Gerüchte, daß Konten eingefroren wurden und insofern wußte man, daß in der Szene der Coronakritiker und der Vereinigungen, die sich da der Aufklärungsarbeit verschrieben hatten, immer wieder Kontokündigungen gab und evtl. auch Spendengelder eingefroren und dem eigentlichen Zweck entzogen werden würden.
Und aufgrund dessen ist der Mandant dann auf die Idee gekommen, daß man zum einen Gold kaufen könnte, um das Geld von den Konten zu kriegen, die Spendengelder oder aber andere Wertspeicher wie z.B. hier die Sicherung in seiner Immobilie wählen könnte, um die Gelder zu sichern und von Bankkonten quasi fern zu kriegen.
AUF1: Herr Füllmich mußte bis zum Ende des Verfahrens in Untersuchungshaft bleiben. Kann man aus dieser Entscheidung des Gerichts, Rückschlüsse auf den Ausgang des Prozes-

ses ziehen?
Anwältin Katja Wörmer: Kann man meines Erachtens nicht unbedingt, weil der Haftgrund hier Fluchtgefahr ist. Herr Füllmich ist u.a. in Untersuchungshaft, weil er sich vorher halt ein halbes Jahr in Mexiko aufgehalten hat. Seine Ehefrau befindet sich nach wie vor in Mexiko und man geht davon aus, daß er möglicherweise dann auch wieder dahin zurückkehren würde. Er hat auch weitere Kontakte ins Ausland. Er hatte eine Ranch in den USA in Kalifornien. Man möchte hier zunächst das Strafverfahren zu Ende bringen und der Ausgang des Strafverfahrens ist aber meines Erachtens davon völlig unabhängig.
Vor allen Dingen jetzt vor dem Hintergrund der heutigen Ereignisse, daß es offensichtlich ein Dossier des Verfassungsschutzes gibt, was hier möglicherweise den Grund für die strafrechtlichen Ermittlungen gebildet hat, und wo es offenbar auch eine - oder möglicherweise - eine Zusammenarbeit der hiesigen Staatsanwaltschaft mit dem Verfassungsschutz geben könnte. Diese Verdachtsmomente stehen aktuell im Raum.<<
Großbritannien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juni 2024 (x1.378/…): >>**"I'm back!" - Nigel Farage jetzt vor den Tories**
Von *Daniell Pföhringer*
Nach den Wahlerfolgen der Rechten bei der Europawahl kündigt sich nun auch in Großbritannien ein Polit-Beben an: In einer aktuellen Umfrage liegt Nigel Farage mit seiner Partei Reform UK vor den regierenden Tories. Setzt sich dieser Trend im November bei den US-Wahlen fort …
Drei Wochen vor der Parlamentswahl in Großbritannien hat die als rechtspopulistisch bezeichnete Partei Reform UK von Mr. Brexit Nigel Farage zum ersten Mal die regierenden Tories von Premierminister Rishi Sunak in einer Umfrage überholt.
In der gestern Abend veröffentlichten Umfrage des Instituts YouGov im Auftrag der Times legte Reform UK um zwei Prozentpunkte auf 19 Prozent zu und landete damit auf dem zweiten Platz hinter der oppositionellen Labour Party, für die 37 Prozent (-1 Prozentpunkt) vorausgesagt werden. Die konservativen Tories liegen unverändert bei 18 Prozent und damit erstmals auf Platz drei. Trotz des geringen Abstands zwischen den Parteien von Farage und Sunak schon jetzt von einem politischen "Erdbeben".
Erst Farage, dann Trump?
Reform UK ist die neue Partei des früheren UKIP-Chefs Nigel Farage, der als Vorreiter der Brexit-Bewegung gilt. Im Wahlkampf zur Unterhauswahl kann die rechtspopulistische Partei vor allem mit ihrem harten Anti-Einwanderungs-Kurs punkten. Bei der letzten Europawahl, an der Großbritannien teilnahm (2019), konnte sich die damals noch Brexit Party genannte Bewegung von Farage mit 30,5 Prozent als stärkste Partei durchsetzen.
Farage hatte erst vor wenigen Wochen in einem Video verkündet: "I'm back!" ("Ich bin wieder da!"). Denn: Nachdem er zunächst angekündigt hatte, bei der vorgezogenen Unterhauswahl am 4. Juli 2024 nicht mehr anzutreten, erklärte er am 3. Juni 2024 doch seine erneute Kandidatur. Das verschaffte Reform UK weiteren Auftrieb, denn Farage zählt zu den bekanntesten und populärsten Politikern in Großbritannien.
Zudem gilt der 1964 in London geborene Vollblut-Volksvertreter und leidenschaftliche Biertrinker neben Ungarns Premier Viktor Orbán zu den wichtigsten europäischen Verbündeten von Donald Trump, der im November wieder ins Weiße Haus einziehen will. Ein gutes Abschneiden von Farage könnte Trump weiteren Rückenwind verschaffen, wie selbst CNN einräumen mußte.
Tatsächlich könnte Trump von dem Rechtsruck bei der Europawahl und erst recht einem Wahlerfolg von Reform UK bei der Parlamentswahl in Großbritannien profitieren - wie 2016! Am 23. Juni 2016 stimmte eine Mehrheit der Briten für den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU.

Nur einige Monate später, im November 2016, gelang Trump dann sein triumphaler Sieg über Hillary Clinton. Er wurde Präsident - und zahlreiche politische Beobachter und Experten führten dies auf den Rückenwind durch das Brexit-Votum der angelsächsischen Brüder und Schwestern zurück.

Trend zeigt nach oben

Sebastian Thormann analysiert auf Apollo News zu Großbritannien: "Auf einmal entsteht jetzt eine Dynamik des taktischen Wählens, die die Tories noch weiter herunterziehen könnte. War früher das Argument, jede Stimme für die Kleinpartei Reform UK würde die Tories in entscheidenden Wahlkreisen so herunterziehen, daß dort Labour gewinnt, sieht das Argument jetzt genau andersherum aus: Jetzt sind die Tories auf einmal die 'Kleinpartei', die Reform UK den Sitz an Labour kosten könnte."

Und weiter: "Ein solcher Trend könnte den Absturz der Konservativen, denen bereits droht, nur ein Zehntel der Sitzanzahl verglichen mit Labour zu erhalten, noch dramatisch weiter eskalieren. Farage jedenfalls pocht jetzt auf eben jenes taktische Wählen, das bisher das stärkste Tory-Argument gegen ihn war."

Zu bedenken gilt allerdings: In Großbritannien gilt das Mehrheitswahlrecht. Sprich: Nur die Direktkandidaten mit den meisten Stimmen ziehen ins Parlament ein - unabhängig von den landesweiten Ergebnissen der Parteien. Auch wenn die Tories und Reform UK, wie in der aktuellen Umfrage, zusammengezählt gleichauf mit Labour liegen, heißt das noch lange nicht, daß eine linke Machtübernahme abgewendet werden kann.

Farage hat nichtsdestotrotz sehr gute Chancen, das Direktmandat in seinem Wahlkreis im ostenglischen Küstenort Clacton zu holen. Und auch die Liberaldemokraten, die laut der Umfrage mit 14 Prozent auf Platz vier liegen, dürften wieder im Unterhaus vertreten sein.<<

15.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Bamf: Mehrheit der Asylbewerber legt keine Ausweise vor**

Die Mehrheit der nach Deutschland eingereisten Asylbewerber legt keinerlei Identitätspapiere vor. Laut einer Auswertung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), über welche die "Welt am Sonntag" berichtet, gaben zuletzt 57 Prozent aller volljährigen Asylantragsteller an, weder über einen Paß noch über einen Personalausweis oder ein anderes Paßersatzpapier zu verfügen.

Damit ist die Quote der Menschen, die keinen Paß vorlegen, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch höher als in den zurückliegenden Jahren (2023: 48 Prozent). Die ungeklärte Identität und die damit einhergehende geringe Bereitschaft der Herkunftsstaaten zur Rücknahme gilt als Hauptgrund für die geringe Zahl der Abschiebungen von abgelehnten Asylantragstellern oder wegen Kriminalität und anderer Gründe Ausreisepflichtigen. Türkische Asylbewerber legten in 57,5 Prozent der Fälle 2024 keinerlei Papiere vor, mit denen das Bamf sie hätte identifizieren können.

Sie stellen die drittgrößte Gruppe der Ankömmlinge nach Syrern und Afghanen. Laut Artikel 11 des türkischen Bevölkerungsregistrierungsgesetzes ist "jeder türkische Staatsbürger verpflichtet, eine Identitätskarte zu besitzen". Nur einer von zehn türkischen Asylbewerbern wird derzeit im Verfahren anerkannt. Doch Abgelehnte werden, wie auch bei allen anderen nichteuropäischen Asylherkunftsstaaten, meist nicht abgeschoben. Ein mit Identitätsklärung befaßter Landesbeamter sagte der "Welt am Sonntag":

"Sobald jemand keinen Paß hat, sind wir auf den guten Willen der Partnerländer angewiesen. Selbst wenn wir aufwendig Indizien und Sachbeweise sammeln, haben wir es manchmal schwer, daß die Konsulate den vorgeführten Ausreisepflichtigen als ihren Staatsbürger akzeptieren. Und auch wenn sie dies tun, ist damit noch nicht gesagt, daß wir bald die Paßersatzpapiere bekommen, ohne die wir nicht abschieben dürfen."

Auf Anfrage der Zeitung widersprach das Bamf den Schilderungen der Insider nicht, wollte sie aber "nicht kommentieren". Der Parlamentarische Geschäftsführer der Union, Thorsten Frei, kritisierte: "Acht Monate nach seiner Ankündigung im großen Stil abzuschieben, zeigt sich: Die Worte des Kanzlers sind wertlos. Das zerstört das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und führt zu Wahlergebnissen, wie wir sie am vergangenen Sonntag erlebt haben", sagte der CDU-Politiker der "Welt am Sonntag".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Regierung will höhere Mehrwertsteuer für Fleisch**

Bauernpräsident Joachim Rukwied hat einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent für Fleisch eine Absage erteilt. "Unsere Position ist klar: Mit uns wird es keine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Fleisch auf 19 Prozent geben", sagte Rukwied der "Rheinischen Post" (Samstagsausgabe). "Wirtschaftlich schlechter gestellte Familien würden sich dann das eine oder andere Fleischstück nicht mehr leisten können." Zugleich sagte Rukwied, man sei kompromißbereit, um Tierwohl finanzieren zu können.

"Eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei oder drei Prozent würden wir mittragen. Als Anschub für noch mehr Tierwohl." Auch eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro, wie vom Kanzler angeregt, lehnt Rukwied ab.

"Wir zahlen ungefähr das doppelte an Mindestlohn wie in Spanien. Die Wettbewerbsfähigkeit bei arbeitsintensiven Kulturen wie etwa Spargel ist bereits deutlich zurückgegangen." 15 Euro Mindestlohn würden eine Erosion der arbeitsintensiven Kulturen bedeuten. "Das kann der Kanzler nicht wirklich wollen", so der Bauernpräsident.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Günther offen für Lockerung der Schuldenbremse**

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) spricht sich für eine Lockerung der Schuldenbremse zugunsten von mehr Investitionen in die Wirtschaft, in die Bundeswehr und die Ukraine-Hilfe aus. Auch wenn die Schuldenbremse grundsätzlich "richtig und wichtig" sei, sei man derzeit in einer Situation, "in der es darauf ankommen wird, daß der Staat erhebliche Investitionen tätigt", sagte Günther der "Welt am Sonntag".

Deshalb sei er gesprächsbereit, wenn es zum Beispiel um Vorschläge der Wirtschaftsforschungsinstitute oder des Bundesverbandes der Deutschen Industrie gehe. Auf die Frage nach zusätzlichen Sondervermögen zugunsten der Bundeswehr und der Waffenhilfe für die Ukraine sagte der Kieler Regierungschef:

Wir werden spätestens nach Ausschöpfen des bisherigen Sondervermögens zusätzliche Mittel benötigen, um die Bundeswehr so auszurüsten, wie es in diesen Zeiten nötig ist. Das Thema Verteidigung hat im Moment absolute Priorität." Günther appellierte zudem an Union und Ampel-Koalition, das Ergebnis der Europawahl zum Anlaß für ein konstruktiveres Miteinander zu nehmen.

"Die Antwort auf das Erstarken der Ränder darf nicht sein, daß die demokratischen Parteien ihren Streit untereinander verschärfen. Ein großer Teil der Bevölkerung sehnt sich danach, daß die Politik lösungsorientierter agiert. Diese Erwartungshaltung besteht nicht nur gegenüber den jeweiligen Regierungsparteien, sondern auch gegenüber der größten Oppositionspartei. Wir sollten unseren Teil dazu beitragen, daß unser Land sich in diesen Krisenzeiten in die richtige Richtung entwickelt."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.382/…): >>**58 Prozent der Inhaftierten in Hamburgs Gefängnissen Nicht-Deutsche**

In Hamburger Gefängnissen sind 58 Prozent der Inhaftierten Ausländer. Die Abschiebungszahlen bleiben trotz hoher Haftkosten gering: 2023 wurden lediglich 103 Gefangene abgeschoben.

Von *Redaktion*

Derzeit machen Ausländer 58 Prozent der Inhaftierten in Hamburg aus, wie aus Daten des Senats hervorgeht, die die AfD-Bürgerschaftsfraktion in einer kleinen Anfrage anforderte. Am 31. Mai 2024 waren 1.251 Nichtdeutsche inhaftiert. Die Zahlen zeigen einen konstant hohen Anteil ausländischer Insassen seit 2015, der zwischen 50 und 60 Prozent schwankt, mit Spitzenwerten von 62 Prozent in den Jahren 2017 und 2018.
Die Kosten für die Inhaftierung eines Gefangenen belaufen sich laut Senatsangaben auf 216 Euro pro Tag im Jahr 2022. Dies stellt eine finanzielle Belastung dar, da die Gesamtkosten für ausländische Gefangene sich im selben Jahr auf über 80 Millionen Euro summierten.
Der Fraktionschef der AfD, Dirk Nockemann, äußerte sich kritisch zu den hohen Haftkosten und der Anwesenheit ausländischer Straftäter in Deutschland. "Ausländische Straftäter haben in unserem Land nichts verloren - Abschiebungen müssen daher noch konsequenter und schneller vollzogen werden", so Nockemann. Er forderte zudem, daß insbesondere Türken und Polen ihre Strafen in den jeweiligen Heimatländern verbüßen sollten.
Trotz der hohen Anzahl inhaftierter Ausländer sind Abschiebungen nach Verbüßung der Haftstrafe relativ selten. 2023 wurden nur 103 Gefangene abgeschoben, eine geringe Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Derzeit befinden sich 320 weitere Fälle zur Prüfung einer Abschiebung beim Amt für Migration.
Die größten Gruppen unter den ausländischen Gefangenen stammen aus der Türkei, Polen und Afghanistan. Diese drei Nationen repräsentieren die größte Anzahl an in Hamburg lebenden Ausländern, wobei die Türken mit fast 44.000 Menschen die größte ausländische Gemeinschaft bilden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Schwarzafrikaner spottet über Deutsche: Bald gibt's Euch nicht mehr!**
Am 27. Juni tritt das von der Ampel durchgepeitschte "Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts" (StARModG) in Kraft. Es ermöglicht Migranten die Turbo-Einbürgerung innerhalb von drei bis fünf Jahren (bisher acht Jahre Mindestaufenthalt in Deutschland). Im Netz kursiert ein Video, das einen sogenannten "Schutzsuchenden" zeigen soll, wie er sich über Deutschland lustig macht: "Nach zwanzig Jahren gibt's keine Deutsche mehr. Ich gehe raus und komme wieder!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.381/…): >>**"Grünen-Absturz" in den Umfragen geht weiter**
Der Trend aus den EU-Wahlen setzt sich fort: In der neuesten Insa-Umfrage stürzen die "Grünen" auch in der "Sonntagsfrage" zur Bundestagswahl weiter ab auf nur noch 11 Prozent - ihr schlechtester Wert seit über sechs Jahren. Die AfD gewinnt dagegen dazu und liegt mit 17 Prozent wieder klar vor der SPD.
Zusammengenommen erreichen die Parteien der Ampel-Koalition damit nur noch weniger als ein Drittel der Wähler. Der Chef des Umfrageinstituts Insa benennt den Grund: Für die katastrophale Regierungspolitik machen die Wähler vor allem die "Grünen" verantwortlich, die diese Politik auch am stärksten prägen. Laut Binkert haben die "Grünen" gegenüber der Bundestagswahl 2021 bei den EU-Wahlen 2024 über zwei Millionen Wählerstimmen verloren.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Und wieder: Messer-Attacke auf EM-Party**
Von *Daniell Pföhringer*
In Wolmirstedt (Sachsen-Anhalt) hatte eine Familie zum privaten EM-Public-Viewing geladen. Kurz nach Spielbeginn tauchte ein Unbekannter "südländischen Typs" mit einem Messer auf und stach auf die Fußballfans ein.
Messer-Attacke auf EM-Party
In Wolmirstedt (Sachsen-Anhalt) hatte eine Familie zum privaten EM-Public-Viewing geladen. Kurz nach Spielbeginn tauchte ein Unbekannter mit einem Messer im Hof auf, stach so-

fort auf drei der Fußballfans ein. Zwei der Opfer sind schwer verletzt. Laut Polizei soll es sich bei dem Täter um einen "südländischen Typ" gehandelt haben.
Der Täter wurde kurz darauf von der herbeigerufenen Polizei gestellt. "Es kam zum Schußwaffengebrauch", so eine Polizeisprecherin. Und weiter: "Der Täter ist im Krankenhaus verstorben."
Auch in Frankfurt am Main kam es gestern zu einer Bluttat: Im Stadtteil Unterliederbach ist gegen 23 Uhr ein Mann getötet worden. Wie die Polizei mitteilte, kam es auf dem örtlichen Sportplatz zu einer Auseinandersetzung. Ein 31 Jahre alter Mann wurde dabei durch einen Messerstich so schwer verletzt, daß er der Verletzung erlag. Die genauen Umstände sind noch nicht bekannt.
Es reicht! In Deutschland haben Messermänner, Islamisten und Asyl-Kriminelle Narrenfreiheit! Angesichts solcher unhaltbaren Zustände haben wir sechs der faktenreichsten COMPACT-Ausgaben über den Migrationswahnsinn zu einem Aufklärungspaket geschnürt …
COMPACT-Spezial *Asyl. Die Flut*: Die verfehlte Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland hat zu einer Welle von Kriminalität geführt. Messer- und Mädchenmorde beherrschen immer wieder die Schlagzeilen In dieser Spezial-Ausgabe lesen Sie, was falsch läuft - und wie es besser gemacht werden kann.
Ob in Altenheimen, in Schulen, vor Gericht oder auf der Straße: Deutsche sind längst Bürger zweiter Klasse im eigenen Land. In den großen Medien wird die Inländerfeindlichkeit verschwiegen oder bagatellisiert. Ein Aufschrei ist nötig! … Die islamistische Gefahr in Deutschland wächst! Wenn Dschihadisten den Flüchtlingsstrom nutzen, um Mörder zu uns zu schikken, dann wird es auch bald in Deutschland Massaker und Anschläge geben. Dann folgt die Notstands-Diktatur der Ampel-Bande.
Die Sicherheitsbehörden beziffern ihre Zahl auf 27.480 Personen, über 500 davon gelten als Gefährder. Nutznießer dieses Terror-Szenarios sind Soros und Konsorten.
Ganz nebenbei: Die CIA betätigt sich als Terrorhelfer. Schon bald wird gelten: Multikulti-Land ist abgebrannt. …
COMPACT-Magazin *Berlin ist überall*! Wie Deutschland im Multikulti-Chaos versinkt: Silvester als neuer Feiertag für kriminelle Migrantenhorden auf deutschem Boden? Soll das künftig so weitergehen? Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte als Massensport für Mohammed und Mustafa? Vor allem Berlin stach bei diesem Bild hervor. Ausländerkriminalität gehört längst zum Alltag, Gewaltverbrechen aus dem Migrantenmilieu häufen sich. Rot-Rot-Grün erweist sich als Totengräber unserer Hauptstadt, die Ampel als Garausmacher unseres Landes. Die Kriminalitätsorgien, die sich tagtäglich in unseren Städten ereignen, sind die Visitenkarte eines kaputten Landes. …
COMPACT-Magazin *Migrations-Pakt*. Verschwörung der globalen Eliten: Der sogenannte Migrations-Pakt soll die Zuwanderungswellen nach Deutschland und Europa zu einem permanenten Phänomen machen - und zur totalen Auflösung der ethnischen Homogenität unseres Kontinents und unseres Landes führen.
Dahinter stehen globalistische Eliten, die nicht nur Schlepper-NGOs finanzieren, sondern auch mediale Propaganda-Organe, die die Bevölkerung weich klopfen und die Länder sturmreif für die totale Asyl-Invasion schließen sollen. Wir präsentieren Ihnen in diesem einzigartigen Aufklärungswerk über den Migrationspakt nicht nur ein großes Interview mit Ungarns Premierminister Viktor Orban, sondern behandeln auch folgende Themen: Der Pakt: "Nicht bindend"? Die UNO als trojanisches Pferd der Eliten - Ghostwriter Soros: Der Mega-Spekulant zieht die Strippen - Die Geheimbünde der globalen Eliten: Wer beherrscht die Welt?
COMPACT-Magazin *Die Verlockung des Fremden*. Das böse Erwachen der Frau: Keiner hat die Zukunft der westlichen Gesellschaften scharfsinniger vorausgesehen als der französische

Romancier Michel Houellebecq. Als einer, der die Dekadenz lange genossen und an ihr fast kaputtgegangen ist, hält er den Wahnsinn als Chronist in seinen Romanen fest.
Wir haben uns in dieser Ausgabe - einer der brisantesten und heikelsten, die COMPACT jemals veröffentlicht hat - nicht nur auf die Spuren des französischen Romanciers begeben …
COMPACT-Magazin *Invasion aus Afrika. 20 Millionen auf dem Weg nach Europa*: Sie sitzen auf gepackten Koffern - und wir öffnen ihnen Tür und Tor. Unfaßbare 20 Millionen Afrikaner wollen laut aktueller Studien nach Europa kommen - hauptsächlich ins gelobte Land. die Bundesrepublik!
Sie kommen über die spanische Exklave Mellila, über die kanarischen Inseln, auf Kähnen übers Mittelmeer und werden dann von NGO-Schleppern aufgelesen und nach Italien gebracht. Vor einigen Jahren strömten sie ins französische Calais, wo ihr Lager - der berüchtigte Dschungel - kurzerhand auf über 10.000 Personen angewachsen war.
Die Illegalen blockierten die Fahrbahnen zum Kanaltunnel, attackierten LKWs, sprangen auf die Ladeflächen. Wir haben diesen Irrsinn als Warnung für heute dokumentiert …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**EM-Auftakt: Einigkeit und Recht und Vielfalt?**
Von *Daniell Pföhringer*
Die DFB-Elf ist mit einem fulminanten Sieg über Schottland in die Fußball-Europameisterschaft gestartet. Was an Politisierung diesmal auf dem Feld dankenswerterweise fehlte, versuchte die woke Sportjournaille wettzumachen. …
Mit dem gestrigen 5:1-Sieg über Schottland hat die deutsche Fußball-Nationalmannschaft erstmals seit der EM 2016 wieder eine Auftakt-Partie bei einem großen Turnier gewonnen. Damit hätte das Team von Bundestrainer Julian Nagelsmann beinahe den höchsten EM-Sieg aller Zeiten eingefahren.
Doch vier Tore Differenz reichten am Ende nicht, um den Rekord zu brechen. Den halten weiterhin die Niederlande, die im Jahr 2000 bei der bei einer EM im eigenen Land 6:1 gegen Jugoslawien gewannen. Aber immerhin war es der höchste Sieg einer DFB-Elf bei einer Europameisterschaft. Florian Wirtz ist mit 21 Jahren jüngster deutscher EM-Torschütze. Der Leverkusener löst Kai Havertz ab, der 2021 mit 22 Jahren das Runde ins Eckige verfrachtet hatte.
Die Deutschen dominierten bei der gestrigen Partie in der Münchner Allianz Arena vor rund 66.000 Zuschauern von Anfang an das Spiel, gingen schon in der 10. Minute durch einen Treffer von Florian Wirtz (10. Minute) in Führung. Jamal Musiala (19. Minute) und Kai Havertz (45. + 1 Minute; Elfmeter) machten dann schon vor der Pause alles klar.
Die komplette zweite Halbzeit konnte die DFB-Auswahl dann noch mit einem Mann mehr auf dem Platz bestreiten, denn Schottlands Verteidiger Ryan Porteous bekam in der 44. Minute nach einem üblen Foul an Ilkay Gündogan die Rote Karte.
Der eingewechselte Niclas Füllkrug erhöhte in der 68. Minute mit einem Vollspannschuß auf 4:0, ehe Antonio Rüdiger in der 87. Minute per Eigentor das 4:1 herstellte. In der Nachspielzeit baute Emre Can schließlich das Ergebnis auf 5:1 (90. +3). aus. Sportlich gesehen, war an der Mannschaft kaum etwas zu bemängeln.
"Je bunter, desto besser"
Ansonsten startete die Europameisterschaft weniger woke als erwartet. Das entspricht der Linie von Nagelsmann und Sportdirektor Rudi Völler. Der Bundestrainer hatte kurz nach seinem Amtsantritt erklärt: "Ich würde mir wünschen, daß man das Team aus allen Debatten heraushält." Völler gab die Parole aus: "Ab jetzt geht es wieder um Fußball."
Das sieht die Bundesregierung offenbar anders. Bereits am Freitag referierte der stellvertretende Regierungssprecher Wolfgang Büchner gegenüber der Presse die Sicht von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf die EM: "Aus seiner Sicht gilt: Je bunter, desto besser."

Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck verkündete im rosa Trikot via Instagram: "Der Freitag ist ein bißchen früher zu Ende als sonst, denn: EM fängt an. Es sind zwar noch Akten zu machen, aber die liegen am Montag auch noch da. Uns allen ein schönes Turnier!"
Auch die Sportjournaille versuchte, die nur dürftigen Woke-Signale vom Spielfeld durch eigenes Engagement wettzumachen. So erweiterte ZDF-Kommentator Oliver Schmidt den Text der deutschen Nationalhymne vor Anpfiff der Partie durch eine der üblichen politkorrekten Phrasen: "Es folgt die deutsche Hymne - Einigkeit und Recht und Freiheit und vor allem Vielfalt."
Die Betonung lag auf "vor allem Vielfalt".

Unisex-Toiletten und vegane Wurst

Daß sich die DFB-Elf auf dem Rasen mit allzu offensichtlichen politischen Statements zurückhält, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verantwortlichen dieser Europameisterschaft beim Drumherum peinlich genau darauf achten, daß Queere, Bunte, Klima-Ideologen und Spaßbremsen zufriedengestellt werden. Obwohl der Anteil der Transgender-Zuschauer bei den Spielen im Promillebereich liegen dürfte, wurden beispielsweise in allen Stadien sogenannte Unisex-Toiletten eingerichtet. Überall herrscht Rauchverbot, aber dafür wird veganes und vegetarisches Essen angeboten dabei dürften die meisten Fußball-Fans eher wert auf eine gute Bratwurst (nicht veggie) legen.
Immerhin wird Bier in den Stadien und auf den Fanmeilen ausgegeben, doch bei einem Preis von stattlichen sieben Euro pro halbem Liter dürfte sich der Konsum des Gerstensaftes bei vielen doch eher in engen Grenzen halten. Klimafreundlichkeit wird natürlich großgeschrieben: An jedem Austragungsort gibt es massenhaft Fahrradständer, bei den Fahrten der Mannschaften zu den Spielorten wird darauf geachtet, möglichst wenig CO2 auszustoßen.

Ungarn läuft sich warm

Im weiteren Verlauf des Turniers wird die deutsche Mannschaft in der Gruppe A noch auf die Schweiz und auf Ungarn treffen. Die Magyaren geben heute Nachmittag um 15:00 Uhr ihr Debüt gegen die Eidgenossen. Ungarn ist mit großem Selbstbewußtsein zur Europameisterschaft gereist, obwohl das Team den letzten Härtetest vor dem Turnier verloren hat.
In Irland mußte man eine schmerzliche 1:2-Niederlage hinnehmen, wobei die klar unterlegenen Gastgeber erst in der Nachspielzeit den Siegtreffer erzielten. Zuvor hatte die Mannschaft von Trainer Marco Rossi im September 2022 zum letzten Mal ein Spiel verloren.
Nach diesem 0:2 gegen Italien starteten die Ungarn eine beeindruckende Siegesserie. In den 14 ungeschlagenen Spielen stand man allerdings nie einem ganz großen Gegner gegenüber, in der Qualifikationsgruppe ließ das Magyaren-Team unter anderem Serbien, Montenegro, Litauen und Bulgarien hinter sich.
Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban befindet sich bereits in Deutschland und wird der Partie gegen die Schweiz beiwohnen. Er ließ es sich auch nicht nehmen, das gestrige Auftaktspiel der EM in der Münchner Arena zu besuchen. Mit dabei war auch AfD-Chef Tino Chrupalla, der ein Selfie mit dem ungarischen Regierungschef machte und auf Instagram mit den Worten "… Den Ungarn kann man für diese EM nur die Daumen drücken …"<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Ostdeutschland: Die Verbrechen der Sieger**
Von *Daniell Pföhringer*
Wer heute "Ostdeutschland" sagt, meint in der Regel die fünf neuen Bundesländer. Doch historisch gesehen, liegt dieses Gebiet woanders, wie der Historiker Nolywaika in seinem Werk "Vergeßt den deutschen Osten nicht!" verdeutlicht. Dort geschahen monströse Verbrechen an Deutschen. …
"AfD in Ostdeutschland auf Platz eins", "Joachim Gauck redet Ostdeutschen ins Gewissen", "Steigt mit Dynamo eine ostdeutsche Mannschaft in die zweite Liga auf?" - nur einige der

Schlagzeilen in den letzten Monaten. Opa Krause reibt sich verwundert die Augen: Tritt die AfD jetzt auch in Schlesien an? Was hat Gauck mit den Ostpreußen zu schaffen? Und liegt Dresden neuerdings in der Provinz Posen?
Natürlich weiß jeder, daß hier die fünf neuen Bundesländer, also die Ex-DDR, gemeint sind. Doch Opa Krauses Skepsis ist durchaus berechtigt. Denn das historische Ostdeutschland liegt ganz woanders - nämlich jenseits von Oder und Neiße. Dies auch jüngeren Generationen wieder ins Bewußtsein zu bringen, ist das große Verdienst des Heimathistorikers Joachim Nolywaika, dessen Buch "Vergeßt den deutschen Osten nicht!" schon einen wichtigen Appell im Titel trägt.

Die alte Heimat

Es hat nämlich überhaupt nichts mit Revanchismus zu tun, wenn man den Deutschen in Erinnerung ruft, daß ihr Land einmal viel größer war, sich im Osten bis nach Königsberg und bis zum Memelland erstreckte. Die Provinz Ostpreußen war von 1871 bis 1945 der östlichste Landesteil des Deutschen Reichs.
Dort gab es bedeutsame Gutsherrengeschlechter wie die Fürsten zu Dohna, die Grafen Finkkenstein oder die Grafen Dönhoff. Sie besaßen große Ländereien, bauten Getreide und Kartoffeln an und betrieben oft auch Pferdezucht. Die Hauptstadt Königsberg (heute Kaliningrad) wurde vor allem durch ihre berühmte Universität zu einem geistigen und kulturellen Zentrum. Den reichten Ernten in diesem Gebiet verdankte Ostpreußen den Beinamen "Kornkammer des Reiches".

Das Unrecht der Sieger

Die BRD-Offiziellen wollen heutzutage nichts mehr wissen von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, Danzig, dem Memelland und den anderen alten ostdeutschen Gebieten. Und keinen Platz in ihrem Gedenkkalender findet die Erinnerung an die millionenfache Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, die wir in unserer aktuellen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat" in all ihren schmerzhaften Einzelheiten dokumentieren.
Genau dies macht auch Nolywaika in seinem Standardwerk zum deutschen Osten (Untertitel: "Das Unrecht der Sieger an Ostpreußen, Schlesien und Pommern 1918 bis 1946"). Er stellt uns die alten Provinzen vor - und entreißt das Jahrhundertverbrechen der Vertreibung der Vergessenheit. …
In "Vergeßt den deutschen Osten nicht!" verfolgt der Autor den Leidensweg Ostdeutschlands seit 1918 und stellt ihn als ein Gesamtgeschehen dar. In der Provinz Posen, in Westpreußen, Oberschlesien und der sogenannten Freien Stadt Danzig waren die Deutschen nämlich schon nach dem Ersten Weltkrieg polnischem Terror und Aggression ausgesetzt. Deutsche wurden ausgetrieben, mißhandelt, ermordet und in Lager gesteckt.
Nolywaika dokumentiert in seinem bahnbrechenden Werk die Verbrechen - damit auch die heute lebenden erfahren, welches Unrecht unserem Volk einst widerfuhr. Deutlich wird dabei: Die Reparationsforderungen aus Warschau sind unverschämt - angesichts der schweren Schuld, die Polen in dieser Zeit und nach dem Zweiten Weltkrieg auf sich geladen hat.

Verbrechen an Deutschen

Denn: Das Jahr 1945 bedeutete die Vertreibung aller Deutschen östlich von Oder und Neiße - 14 Millionen wurden ihrer Heimat, ihres Besitzes und nicht selten ihres Lebens beraubt. Zwei Millionen Deutsche ließen auf der Flucht ihr Leben, Hunderttausende waren der Willkür und dem Terror der Siegermächte und Vertreiberstaaten ausgesetzt, wie Nolywaika in "Vergeßt den deutschen Osten nicht!" belegt.
Besonders übel sind vor diesem Hintergrund die Versuche bundesdeutscher und ausländischer Historiker, die Vertreibung als eine Art "gerechte Strafe" für die Deutschen darzustellen. Darum ging es Truman, Churchill und Stalin jedoch nicht, als sie auf der Konferenz von Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) die "Umsiedlung" der Deutschen "in geordneter und humaner"

Weise (Artikel XIII des Potsdamer Kommuniqués vom 2. August 1945) beschlossen.
Vielmehr war dies geopolitischen Interessen geschuldet. So schrieb Churchill über die Oder-Neiße-Linie: … "Was Polen im Osten verliert, könnte es im Westen gewinnen. ... Ich demonstrierte dann mit Hilfe dreier Streichhölzer meine Gedanken über eine Westverlagerung Polens. Das gefiel Stalin."
Von "geordnet und human" konnte dann gar keine Rede sein. Denn Sowjets, Polen und Tschechen gingen mit äußerster Brutalität vor, wie Nolywaika in "Vergeßt den deutschen Osten nicht!" auf drastische Weise verdeutlicht. Und er zeigt auf, daß die Vertreibung einen eklatanten Bruch des Völkerrechts bedeutete - der durch nichts gerechtfertigt werden kann.
Augenzeugenberichte unterstreichen seine Dokumentation über den deutschen Osten auf erschütternde Weise. Ein Buch, das in jeden deutschen Haushalt gehört - den Älteren zur Erinnerung, den Jüngeren zur Mahnung.
"Vergeßt den deutschen Osten nicht!" - lautet der Appell von Joachim Nolywaika. So heißt auch sein Standardwerk zu Ostdeutschland, in dem er die Verbrechen der Siegermächte und der Vertreiberstaaten dokumentiert und vor aller Welt anprangert.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Flucht und Vertreibung: Wir erinnern!**
Von *Daniell Pföhringer*
Die Vertreibung von über 14 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland zählt zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Millionen verloren ihre Heimat - und oft auch ihr Leben. In der BRD-Erinnerungskultur findet ihr Leid keine angemessene Würdigung. Darum wollen wir an ihr Schicksal erinnern. …
Es war das Schlimmste, das unserem Volk jemals angetan wurde: Schon ab Frühjahr 1945 begann das unsägliche Leid der Deutschen in den Ostgebieten. Bis 1947 wurden über 14 Millionen von ihnen gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben - aus den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Ober- und Niederschlesien sowie dem Freistaat Danzig.
Damals wurde nicht nur ein Viertel des deutschen Reichsgebietes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 unter fremde Verwaltung gestellt, die dort seit 700 Jahren lebenden Deutschen wurden auch enteignet und nicht nur massenhaft verjagt, sondern oft einfach umgebracht. Nach den Studien des Bundesarchivs, des Statistischen Bundesamtes und des Bundes der Vertriebenen kostete dies mehr als zwei Millionen Menschen das Leben.
In der Erinnerungskultur der Bundesrepublik spielt das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen kaum noch eine Rolle. Dabei jährt sich der Beginn dieses grauenhaften Jahrhundertverbrechens 2025 zum 80. Mal. Wo sind die Mahnmale, die an das Leid und den Tod der Millionen erinnern, wo die Gedenkveranstaltungen im Bundestag, in den Landtagen, in unseren Städten und Dörfern?
Verbrechen an Deutschen
Es erfüllt einen mit Schmerz und Trauer, aber auch mit Wut: Für die Opfer des eigenen Volkes ist in der BRD-Gedenkkultur offenbar kein Platz! Doch wir schweigen nicht, wir halten die Erinnerung an die Vertreibungsverbrechen und an die Schicksale der deutschen Heimatvertriebenen aufrecht.
Einer der wichtigsten Zeitzeugen der damaligen Vorgänge ist der gebürtige Schlesier Heinz Schön. Der 1926 in Jauer geborene Buchautor und Chronist war als Schiffzahlmeisterassistent auf der "Wilhelm Gustloff" tätig und überlebte den Untergang des mit Flüchtlingen aus dem Osten nahezu überfrachteten Dampfers am 30. Januar 1945.
In seinem Erinnerungsband "Ostpreußen 1944/45 im Bild" (Untertitel: "Endkampf Flucht Vertreibung") schildert Schön in erschütternder Weise den Todeskampf Ostpreußens gegen unbarmherzig vorrückenden Truppen der Roten Armee, die im Januar 1945 in die Provinz ein-

fielen.
Während die Marine unter Großadmiral Dönitz über See Hunderttausende von Zivilisten evakuierte, rang die Wehrmacht verbissen um jeden Quadratmeter deutscher Erde. In "Ostpreußen 1944/45 im Bild" dokumentiert der Autor anhand lange verschollener Fotos das ganze verzweifelte Geschehen. …
Politik und Medien wollen heute nichts mehr wissen von der Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat im Osten. Doch auch im kollektiven Gedächtnis des Volkes drohen der deutsche Osten und das Jahrhundertverbrechen der Vertreibung allmählich in Vergessenheit zu geraten.
Dagegen wendet sich das Buch "Vergeßt den deutschen Osten nicht!" von Joachim Nolywaika. Der Autor, einst Oberjäger-Fahnenjunker der Wehrmacht und Verwalter eines landwirtschaftlichen Gutes in Pommern, zeichnet in diesem Werk den Leidensweg Ostdeutschlands seit 1918 nach und stellt ihn im Gesamtzusammenhang dar.
In der Provinz Posen, in Westpreußen, Oberschlesien und der "Freien Stadt" Danzig waren die Deutschen schon nach dem Ersten Weltkrieg dem Terror und der Aggression Polens ausgesetzt.
Das Jahr 1945 brachte dann die Vertreibung aller Deutschen östlich von Oder und Neiße. Von dem Standpunkt "Verzicht ist Verrat" rückten Bonn und Berlin Stück für Stück ab. All diesen Aspekten widmet sich Nolywaika in seinem Werk (gebunden, 256 Seiten). …
Doch auf welcher Grundlage wurde die Vertreibung und die Westverschiebung Polens zulasten Deutschlands betrieben. Auf der Konferenz von Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) wurde lediglich festgelegt, daß die Ostgebiete unter polnische Verwaltung gestellt werden.
Doch der Staatsrechtler und Historiker Michael A. Hartenstein in seinem Werk "Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie". daß polnische Kreise von Anfang an alles dafür Taten, daß die Demarkationslinie zur neuen Westgrenze Polens wird.
Der Autor beschäftigt sich in seinem Werk im Wesentlichen mit folgenden Fragen: Wie kam es zur Oder-Neiße-Linie? Wer wollte diese Grenze seit wann und aus welchen Gründen? Wer hat die Oder-Neiße-Linie tatsächlich als Staatsgrenze durchgesetzt und verwirklicht?
War Hitler schuld an der Oder-Neiße-Grenze und damit an der Vertreibung der Ostdeutschen? Gab es je eine Möglichkeit der Revision dieser Grenze? Was Hartenstein in seinem Buch (gebunden, 286 Seiten) zusammengetragen hat, ist purer Zündstoff und läßt die Oder-Neiße-Frage in einem ganz anderen Licht erscheinen.
Viele Landsleute wissen heute gar nicht mehr, daß es sie gegeben hat: Fast 3,5 Millionen Deutsche lebten bis 1918 im Grenzgebiet von Böhmen und Mähren, aber auch im Landesinneren, etwa in Prag, dessen Innenstadt seit dem hohen Mittelalter deutschsprachig und sogar zeitweise Hauptstadt des Reiches gewesen war.
Mit der Vertreibung der Jahre 1945 bis 1947 endete dann schlagartig eine Geschichte, die bis ins 12. Jahrhundert zurückreicht. In seinem Buch "Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe in Europa" begibt sich der Publizist und Historiker Konrad Badenheuer, selbst Nachkomme von Heimatvertriebenen, auf die Spuren der Deutschen, die nach dem Krieg von Tschechen vertrieben und teils ermordet wurden.
Wie ist die Volksgruppe der Deutschen in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien entstanden? Was war ihr Weg in 800 Jahren und was ist von ihr übrig geblieben, mehr als 75 Jahre nach der Zäsur der Nachkriegszeit? …
Tief ist der Brunnen der Vergangenheit. Der Autor Fritjof Berg stieg ihn hinab und holte Schätze der Erinnerung hervor. Sein zweibändiges Werk "Land der dunklen Wälder" bietet authentisch Erlebtes aus dem alten Ostpreußen, präsentiert in ergreifenden Texten und sensationellen Farbfotos.
Die ostpreußische Heimat, die Berg als Kind verlassen mußte, begleitete ihn als Sehnsuchtsort

sein ganzes Leben. In "Land der dunklen Wälder" erzählt er berührend, voller Herzblut von Kindheitserlebnissen in Königsberg, Penken-Seeben, Kreis Preußisch-Eylau und auf der Kurischen Nehrung.
Er berichtet von seiner dramatischen Flucht über die Ostsee am Ende des Krieges und den Hürden und Hindernisse der Nachkriegszeit, die die heimatvertriebenen Ostdeutschen zu überwinden hatten.
So authentisch, lebendig und nah wurde Geschichte selten erzählt. …
"Seine große Mannesliebe" nennt Hugo Hartung Schlesien. Wer könnte es liebevoller porträtieren als ein "Wahl-Schlesier", dessen freier Blick manches viel schärfer und genauer sieht als der des Angestammten?
In seinem Buch "Deutschland, deine Schlesier" zeigt Hartung: Das deutsche Erbe in Schlesien lebt fort: in den Werken seiner Dichter, Musiker Künstler und Architekten. Darüber hinaus bleibt es auch in der Erinnerung seiner Menschen lebendig, denen es mehr als nur Heimat war.
Hartung ist die heitere Melancholie Schlesiens und der Schlesier gegenwärtig. In diesem Sinne zeichnet er in seinem Werk die kulturelle und geschichtliche Topographie dieses Landes, in dem die Weite des Ostens, südliche, aus dem österreichischen Kulturkreis stammende barocke Lebensfülle und preußische Strenge eine glückliche Verbindung eingegangen waren.
Zugleich kündigten sich aber auch schon in den Jahren des unseligen Krieges die Zeichen des kommenden Verhängnisses an. Auch darüber schweigt Hartung nicht. …
Im Frühjahr 1945 fing alles an: Als am 4. März sowjetische Truppen vor den Toren der Ostseestadt Kolberg standen, begann ein an Härte kaum zu übertreffender Verzweiflungskampf der nur rund 3.300 Soldaten unter Führung des Festungskommandanten Oberst Fritz Fullriede gegen eine vielfache Übermacht russischer und polnischer Verbände.
Kolberg - diese seit 700 Jahren deutsche Hafenstadt in Hinterpommern - war im März 1945 von Flüchtlingen aus West- und Ostpreußen überfüllt. Nur eine zähe und aufopferungsvolle militärische Verteidigung von Stadt und Hafen bot den Bewohnern, Flüchtlingen, Verwundeten und Soldaten die Aussicht, über See zu entkommen und dem Schicksal von Gefangenschaft, Deportation und der Willkür unbarmherziger Sieger zu entgehen.
In seinem Buch "Die letzten Tage von Kolberg" zeichnet Johannes Voelker die dramatische Zeit der vierzehntägigen Belagerung und der erbarmungslosen Kämpfe um jeden Stadtteil, jeden Straßenzug nach. Und er dokumentiert in eindringlichen Worten, wie die Rettung von 70.000 Zivilisten gelang.
Rund 2.000 überlebende Verteidiger der Stadt Kolberg konnten schließlich in den frühen Morgenstunden des 18. März eingeschifft und in Richtung Westen abtransportiert werden. Zurück blieb eine völlig niedergebrannte und verwüstete Stadt. Johannes Voelker schildert in seinem Buch (broschiert, 208 Seiten), wie es wirklich war.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29127" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.379/…): >>**EZB - finanzieller Arm der weltweiten Schattenregierung!**
Ist die europäische Zentralbank, EZB, eine unabhängige Behörde und nur der Preisstabilität des Euro und dem Wirtschaftswachstum im Euro-Raum verpflichtet? Oder ist sie Teil einer weltweiten nicht gewählten Regierung, die aus dem Schatten heraus alles lenkt und regiert? Und welche Folgen hat die Einführung eines digitalen Euro für die Bevölkerung? Sehen sie, aus welchen Gründen die Bürger dadurch gläsern und manipulierbar werden. …
Die Europäische Zentralbank, kurz EZB, wurde am 1. Juni 1998 gegründet. Sie nimmt laut dem Finanzexperten Ernst Wolff eine Sonderstellung unter allen Zentralbanken der Welt ein. Der Grund dafür ist laut Wolff, daß sie die Geldpolitik einer Währung festlegt, die nicht nur in einem Land offizielles Zahlungsmittel ist, sondern in insgesamt 20 Ländern der sogenannten Eurozone!

Sie ist also im Grunde Teil einer Entwicklung hin zu einer zunehmenden zentralisierten Steuerung des Finanzsystems. Welche Bedeutung die EZB für das globale Finanzsystem hat, erkennt man daran, daß der Euro in der Rangliste der weltweit gehandelten Währungen hinter dem US-Dollar an zweiter Stelle steht.
Der Bürger kennt die EZB vor allem durch die Auftritte von Christine Lagarde, EZB-Präsidentin seit 2019, wenn diese vor die Kamera tritt, um den aktuellen Leitzins für die Eurozone bekannt zu geben.
Ein Projekt, das die EZB seit längerem in Planung hat, ist die Einführung eines digitalen Euros. Der digitale Euro wird auch als eine CBDC, in Englisch Central Bank Digitale Currency, zu Deutsch als digitales Zentralbankgeld beschrieben.
Auf die Frage, welche Folgen die Einführung eines digitalen Euros für die Bevölkerung hat, werden wir im späteren Verlauf der Sendung eingehen.
Zunächst gilt es zu verstehen: Welche Ziele und Ursprünge hat die EZB und wem dient sie?

Ursprünge der EZB

Der Ursprung der EZB geht genauer betrachtet bis ins Jahr 1988 zurück. In diesem Jahr machte es sich der Europäische Rat zum Ziel, eine Wirtschafts- und Währungsunion, kurz WWU zu verwirklichen. Er beauftragte einen Ausschuß unter dem Vorsitz von Jacques Delors, dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, damit, die konkreten Schritte hin zu dieser Union auszuarbeiten. 1989 legte Delors einen neuen Plan für eine Währungsunion vor, der zur Grundlage für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wurde. Darin wurde empfohlen, die WWU in drei aufeinander aufbauenden Stufen zu verwirklichen.
Schließlich wurde der Euro am 1. Januar 1999 als elektronisches Zahlungsmittel in 11 von 15 Mitgliedstaaten eingeführt und damit zur Währung von mehr als 300 Millionen Menschen in Europa. In den ersten drei Jahren war der Euro erst unsichtbar, da er in dieser Zeit nur für Buchungszwecke, z.B. bei elektronischen Zahlungen verwendet wurde. Das Euro-Bargeld wurde am 1. Januar 2002 eingeführt und trat zu festgelegten Umrechnungskursen an die Stelle der Banknoten und Münzen der nationalen Währungen. Heute sind die Euro-Banknoten und -Münzen in 20 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gesetzliches Zahlungsmittel.

Gründerväter der EZB und ihre Hintergründe

Jacques Delors (1925-2023)
Wie bereits erwähnt entwickelte Jacques Delors den Plan, der schließlich zur Währungsunion und zur Errichtung der EZB führte. Er galt als einer der einflußreichsten Europapolitiker und war von 1985 bis 1995 Präsident der Europäischen Kommission.
Jacques Delors war Freimaurer und als solcher Mitglied in den Freimaurerlogen Johannis und Montesquieu. Einer seiner engsten Freunde war bis zu seinem Tod im Jahr 2023 der Freimaurer Étienne Davignon. Dieser war lange Zeit Vorsitzender der exklusiven Bilderberg-Gruppe. Delors und Davignon waren 1983 Mitbegründer des European Round Table for Industry. Dieser Thinktank wurde mit dem Ziel gegründet, die Europäische Entwicklung strategisch zu beeinflussen.
Étienne Davignon gab gegenüber der Online Zeitung EUobserver zu, daß der Bilderberg-Club bei der Entstehung des Euros in den 90ern involviert war.
Baron Alexandre Lamfalussy (1929-2015)
Er war ein ungarisch-belgischer Ökonom. In der Zeit von 1994 bis 1997 war Lamfalussy Präsident des Europäischen Währungsinstitutes in Frankfurt am Main, des Vorläuferinstituts der Europäischen Zentralbank. Als solcher leistete er eine entscheidende Vorarbeit für die Einführung des Euro. Alexandre Lamfalussy war ebenso Freimaurer und Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1983, 1986, 1988 und 1992.
Niels Thygesen
Er wird als der international bekannteste dänische Ökonom und als "Vater des Euro" bezeich-

net. Von 1988 bis 1989 war Niels Thygesen das einzige akademische Mitglied des Delors-Ausschusses.
Thygesen war von 1979 an Mitglied der Trilateralen Kommission und war von 1981 bis 2004 Mitglied des Exekutivkomitees dieser Kommission. Er ist seit 1988 Teil der Bilderberg-Gruppe.
Miguel Boyer (1939-2014)
Der spanische Wirtschaftswissenschaftler und Politiker war ebenfalls einer der zentralen Akteure in dem von Jacques Delors geleiteten Ausschuß für die Errichtung der Europäischen Währungsunion. Er war ab 1989 Teil der Bilderberg-Gruppe.
Zusammenfassend wird deutlich, daß alle wichtigen Akteure hinter der Gründung der Europäischen Zentralbank Teil der Bilderberg-Gruppe oder Mitglied der Trilateralen Kommission waren oder mit diesen in sehr engem Kontakt standen.

Wer sind die Bilderberger und die Trilaterale Kommission?

Gegründet wurde die Bilderberg-Gruppe 1954 auf Initiative von David Rockefeller. ... Er gründete neben der Bilderberg-Gruppe auch die Trilaterale Kommission zusammen mit Henry Kissinger und dem Globalstrategen Zbigniew Brzeziński. Die Trilaterale Kommission geht auf das Bilderberg-Treffen 1972 zurück, auf dem David Rockefeller deren Gründung vorgeschlagen hat. ... Heute wird die Bilderberg-Gruppe vom sogenannten Steering Committee, dem Lenkungsausschuß, mit ca. 35 Personen geleitet. ... Der Lenkungsausschuß agiert als eine Art Schattenregierung in zahlreichen Ländern weltweit.
David Rockefeller, Henry Kissinger und Zbigniew Brzeziński waren ebenfalls Freimaurer.
Die Bilderberg-Konferenz ist seit 1954 eine exklusive Zusammenkunft von Weltenlenkern. Sie findet einmal jährlich hinter verschlossenen Türen statt - ganz ohne Öffentlichkeit und völlig verdeckt. Bis dato wenig bekannte Teilnehmer findet man kurz nach dem Besuch bei den Bilderbergern oft in hohen Positionen wieder.
Wir sehen uns nun im Weiteren die bisherigen und aktuellen EZB-Präsidenten an.

Bisherige und aktuelle EZB-Präsidenten

Willem Duisenberg (1935-2005) EZB-Präsident von 1998-2003
Er war ein niederländischer Politiker und Ökonom und von 1998 bis 2003 der erste Präsident der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main. Die unter seinem Vorsitz im Jahr 2002 vollzogene Bargeldeinführung des Euro brachte ihm den Beinamen "Mr. Euro" ein. Seine Unterschrift ist auf allen Eurobanknoten abgebildet, die bis 2003 gedruckt wurden.
Er war regelmäßiger Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz ab 1978 und langjährig im Führungskomitee der Bilderberg-Gruppe von David Rockefeller.
Jean-Claude Trichet EZB-Präsident von 2003-2011
1978 wurde er Berater des damaligen französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing. Er wurde 1993 zum Chef der französischen Zentralbank ernannt.
Jean-Claude Trichet ist Freimaurer und sitzt im Vorstand der von der Familie Rockefeller gegründeten Group of Thirty, einem privaten Klub führender Finanzakteure.
Er ist der Europa-Vorsitzende der von Kissinger und Rockefeller gegründeten Trilateralen Kommission. Er war außerdem langjährig im Führungskomitee der Bilderberg-Gruppe.
Mario Draghi EZB-Präsident von 2011-2019
Er ist ein italienischer Zentralbanker, der vom 13. Februar 2021 bis zum 22. Oktober 2022 italienischer Ministerpräsident war. Von 2006 bis 2011 war Draghi Gouverneur der italienischen Zentralbank. Er ist Freimaurer und war Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1994, 1995, 2002, 2004 und 2007.
Er ist ebenfalls Mitglied der von der Familie Rockefeller gegründeten Group of Thirty.
Christine Lagarde EZB-Präsidentin seit 2019
Sie ist eine französische Politikerin und Juristin. Von 2011 bis 2019 war Lagarde die ge-

schäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds IWF.
Lagarde ist Mitglied der Bilderberg-Gruppe und war Teilnehmerin der Bilderberg-Konferenz 2009, 2013, 2014, 2016 und 2017. Lagarde ist außerdem Mitglied der Freimaurerlogen Der Ring und Edmund Burke.
Schlieβlich kommen wir noch zu den EZB-Vizepräsidenten.
Vitor Constancio - EZB-Vizepräsident von 2010-2018
Er war Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1978, 1979, 1988.
Luis de Guindos - EZB-Vizepräsident seit 2018
Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2013 und 2017.
Sehr geehrte Damen und Herren, es wird sehr deutlich, daß die Bilderberg-Gruppe, die Trilaterale Kommission sowie deren Drahtzieher starke Verbindungen und Einfluß auf die EZB und ihre Entscheidungsträger ausüben.
Die Ziele dieser beiden Schaltstellen sind mittlerweile öffentlich bekannt. David Rockefeller sagte 1994 vor dem Wirtschafts-Ausschuß der Vereinten Nationen:
"Wir stehen am Rande einer weltweiten Umbildung - alles, was wir brauchen, ist die richtige allumfassende Krise, und die Nationen werden in die neue Weltordnung einwilligen".
Zusammenfassend muß deshalb gesagt werden, daß die Bilderberg-Gruppe sowie die Trilaterale Kommission als eine weltweit agierende Schattenregierung errichtet wurden, um diese neue Weltordnung ohne die Aufmerksamkeit der Bevölkerung Schritt für Schritt vorzubereiten.
So muß die Gründung der EZB als ein Schachzug gesehen werden, um die neue Weltordnung im Finanzsektor schrittweise durchzusetzen. Denn die Installierung der EZB war ein nächster Schritt, um die Kontrolle und Steuerung der bisherigen nationalen Zentralbanken international auszudehnen.
Dies meint die Steuerung der Zentralbanken durch private Drahtzieher und nicht durch die Staaten. So dient die EZB dem Ziel eine Weltfinanzordnung aufzurichten, die in den Händen internationaler Drahtzieher liegt und sich der Kontrolle der Nationalstaaten entzieht.
Dies bestätigt sich insofern, da auch der Finanzexperte Ernst Wolff aufzeigt, daß der Bürger bzw. der Steuerzahler keinen Einfluß auf die EZB hat. Ernst Wolff dazu:
"Die EZB wurde 1998, also drei Jahre vor der Einführung des Euro, gegründet und hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Seit 2015 residieren ihre etwa 2.500 Bediensteten in einem Gebäude, das eigens für sie gebaut wurde, mit Steuergeldern in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Die Leitung der EZB liegt in der Hand eines Direktoriums, das nicht gewählt, sondern von den Finanz- und Wirtschaftsministern der EU-Staaten vorgeschlagen und von den amtierenden Staats- und Regierungschefs der EU eingesetzt wird. Die EZB ist also einer Kontrolle durch die Wähler entzogen."

Einführung einer digitalen Zentralbankwährung

Schrittweise Überwachung der Bürger
Wie bereits ausgeführt, hat die EZB seit einiger Zeit den Fokus darauf, ein digitales Zentralbankgeld einzuführen.
Wie der digitale Euro grob gestaltet werden soll, hat die EZB im Bericht "Report on a digital euro" im Oktober 2020 skizziert. Danach wird es sich laut dem Finanzexperten Norbert Häring im Kern um bei der EZB geführte Guthabenkonten für alle Bürger handeln, auf die man direkt oder indirekt über Geschäftsbanken Zugriff bekommen wird, um mit den Guthaben zu bezahlen oder Geld auf diesen Konten zu empfangen.
Welche Folgen hat die Einführung von digitalen Zentralbankwährungen und spezifisch die Einführung des digitalen Euros für den EU-Bürger?
Laut dem Finanzexperten Norbert Häring wird die Einführung des digitalen Euros dazu dienen, daß klammheimlich die finanzielle Privatsphäre der Menschen abgeschafft wird!

Denn die Europäische Zentralbank ist nicht gewillt, die Anonymität des Bürgers bei Zahlungen mittels digitaler Euros zu gewährleisten. Aufgrund der fehlenden Privatsphäre bei Nutzung des digitalen Euros kann die Europäische Zentralbank durch die digitalen Zahlvorgänge ein detailliertes Logbuch des Lebens von jedem Menschen anlegen.
Dieses kann jahrzehntelang gespeichert und ständig automatisiert auf von der EZB definierte Verdachtsmuster hin überprüft werden. So entsteht im Bereich der Finanzen und mit Hilfe der EZB ein gläserner Bürger, der auf Schritt und Tritt überwacht werden kann. Zudem ist jeder Bürger dadurch für diese Drahtzieher und die Schattenregierung gläsern.
So rückt durch die Einführung der digitalen Zentralbankwährungen die lückenlose und weltweite Überwachung der Bürger Schritt für Schritt näher!
Das World Economic Forum, kurz WEF, rühmt sich in einem Artikel von April 2024, daß 98 % der Zentralbanken nun CBDC-Programme verfolgen, also Programme zur Einführung digitaler Zentralbankwährungen. Das ist kein Zufall. So stammt WEF-Chef Klaus Schwab ebenfalls aus dem Führungskomitee der Bilderberg-Gruppe.
Es gibt viele warnende Stimmen vor der Einführung des digitalen Zentralbankgeldes CBDC.
"Jeder, dem wirtschaftliche Freiheit am Herzen liegt, sollte sich vor digitalen Zentralbankwährungen, CBDCs in Acht nehmen, da sie vielleicht die größte Bedrohung für die menschliche Freiheit seit der versuchten Einführung von Impfpässen darstellen."
Sehr geehrte Damen und Herren, die Kontrollmöglichkeiten über die Bevölkerung durch die kommenden CBDCs und die damit verbundenen Gefahren sind von größter Bedeutung. Auch der bekannte Journalist James Corbett nahm zu den Mißbrauchsmöglichkeiten der kommenden digitalen Zentralbankwährungen in einem Interview mit Kla.TV Stellung:
... "Der schlimmste Alptraum wäre eine der Regierung angeschlossene Einheit, um schließlich zu diktieren, wo, wann, warum und wie Sie Ihr Geld ausgeben können, wofür und wieviel. Und ich meine, der Himmel ist das Limit. Es gibt keine Grenze hinsichtlich der Wege, der Möglichkeiten, die den Zentralbanken eröffnet werden würden, um unser Verhalten zu manipulieren.
Und als ein Beispiel dafür können Sie mal zurückschauen auf das, was in den letzten paar Jahren passiert ist, zum Beispiel in Australien, Frankreich, anderen Orten, die verschiedene Arten von Lockdowns hatten, bei denen man im Prinzip auf einen geographischen Umkreis von einem oder fünf Kilometer um den eigenen Wohnort begrenzt wurde. Und das ist ein ziemlich happiges Ding, das heutzutage in unserem Zeitalter durchzusetzen.
Aber es wird immer wahrscheinlicher, besonders mit der GPS-Nachverfolgung, die möglich ist. Und wenn man das mit den QR-Codes verbindet, die man scannen muß, um mit seinem Handy zu gewissen Orten Zutritt zu erlangen und das an einen Impfpaß und, sagen wir mal, ein soziales Guthaben geknüpft wäre und natürlich an eine digitale Währung. So könnte Ihre digitale Währung programmiert werden, dass, wenn Ihr Handy rausfindet, daß Sie sich einen Kilometer von Ihrem Haus entfernt haben, Sie dann nichts kaufen können. Etwa so in der Art. Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie es mißbraucht werden könnte."
Dies sollte eine der gewichtigsten Nachrichten des Jahrzehnts in den Medien sein. Diese Information jedoch wird konsequent fast vollständig unterschlagen!
Verbreiten Sie deshalb diese Sendung an Freunde und Bekannte. Decken Sie damit die Machenschaften der weltweiten Schattenregierung im Finanzbereich auf! Denn es braucht nicht gläserne und damit manipulierbare Bürger, sondern gläserne Drahtzieher und eine weltweite Offenlegung ihrer verborgenen und menschenfeindlichen Ziele.<<
USA: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.383/…): >>**US-Radiomoderator Alex Jones muß Vermögenswerte verkaufen**
Nachdem der US-Radiomoderator Alex Jones fälschlicherweise behauptet hatte, der Amoklauf an der Sandy Hook Elementary School 2012 mit 28 Toten sei eine Falschmeldung gewe-

sen, hat ein texanisches Insolvenzgericht ihn am Freitag dazu gezwungen, sein persönliches Vermögen zu veräußern, um die rund 1,5 Milliarden Dollar Schadenersatz an die Opfer zu zahlen. Jones will in Berufung gehen, berichten US-Medien übereinstimmend.
2018 hatten Angehörige von zehn Opfern des Amoklaufs gegen Jones geklagt. Dieser hatte behauptet, die trauernden Eltern seien nur Schauspieler und die Meldung ein Versuch, eine Verschärfung des Waffenrechts durchzusetzen.
Die Kläger behaupteten, daß die Lügen von Jones dazu führten, daß sie bedroht und belästigt wurden. 2022 hatte ein Gericht ihn daher zu Schadensersatzzahlungen verurteilt. Kurz darauf meldete Jones Insolvenz an. Nun sollen seine Vermögenswerte veräußert werden. Ein Teil der Erlöse soll für die verordneten Zahlungen genutzt werden. Sein häufig als rechtsextrem kategorisiertes Onlineportal "Infowars" darf Jones jedoch weiterhin betreiben. Jones gilt als zentraler Akteur der Verschwörungstheoretiker-Szene in den USA.
Er vertritt etwa antisemitische Mythen zu einer bevorstehenden "neuen Weltordnung" mit einer totalitären Weltregierung und ist ein Befürworter lockerer Waffengesetze. Bereits in einem frühen Stadium des US-Wahlkampfs 2015 hatte Jones den späteren US-Präsidenten Donald Trump zu Gast, der sich wiederum als Anhänger des Moderators zu erkennen gab. Auf seiner Homepage vertreibt Jones verschiedene Produkte im Zusammenhang mit seinen politischen Inhalten.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Pädo-Sumpf: Bidens "Laptop from Hell"**
"Laptop from Hell" nannte Donald Trump den Computer von Hunter Biden auf seinen Wahlkampfveranstaltungen, und das dürfte keine Übertreibung sein. Wir erinnern anläßlich seiner Verurteilung an Verbrechen des Biden-Clans, die ungesühnt blieben. …
_ von *Oliver Janich*
Herbst 2020: Nie zuvor hat es einen so dreisten Versuch von Big Tech und den Mainstream-Medien gegeben, glasklare Beweise für Korruption und möglicherweise andere Verbrechen zu unterdrücken. Sicher, die großen Medien vertuschen auch alle Gegenbeweise zum 11. September, aber der Unterschied ist diesmal, daß es sogar ein etabliertes Presseorgan gab, das darüber berichtete: die New York Post - und in der Folge Fox News.
Davon ließ sich Social Media nicht beeindrucken: Twitter (damals noch nicht unter der Ägide von Elon Musk), Facebook und Youtube löschten tausende von Konten. Ich war vermutlich selber ein Opfer dieser Zensurwelle: Nachdem ich ein Video über den Fall hochgeladen hatte, wurde mein ganzer Kanal plattgemacht, obwohl ich die dafür nötige dritte Zeitsperre gar nicht hatte.
Twitter blockierte sogar das Konto der New York Post für zwei Wochen, und der Chef des Mikroblogging-Dienstes, Jack Dorsey, leistete einen Meineid, als er gegenüber dem Republikaner Ted Cruz in einer Senatsanhörung beteuerte, man könne den Artikel der Post teilen. Cruz bewies das Gegenteil.
Obwohl das FBI dann zwischenzeitlich bestätigt hatte, im Besitz des Laptops von Hunter Biden zu sein und daß der Rechner Teil einer Geldwäsche-Untersuchung sei oder gewesen sei, behaupteten die Demokraten irrwitzigerweise, das sei alles Teil einer russischen Desinformationskampagne.
Erpressung durch Pädo-Sex?
Was ist so gefährlich an diesem "Laptop from Hell" (Donald Trump)? Oberflächlich betrachtet geht es um Korruption der Biden-Familie. Joe Biden hatte immer behauptet, er wisse nichts von den Geschäften seines Sohnes. Aus E-Mails geht aber das Gegenteil hervor. Das chinesische Unternehmen CEFC hatte Hunter Biden zehn Millionen US-Dollar pro Jahr angeboten - "nur für die Herstellung von Kontakten".
Die Laufzeit dieser Zahlungen betrug drei Jahre. Darüber hinaus erwarten Hunter Biden bei

der Gründung einer neuen Firma 20 Prozent der Anteile für sich und weitere zehn Prozent für den "Big Guy", "den Großen". Tony Bobulinski, ein ehemaliger Geschäftspartner der Bidens, bestätigte inzwischen, was ohnehin klar war: Bei "Big Guy" handelt es sich um Joe Biden, an anderer Stelle wird er als "Chairman", Vorsitzender, bezeichnet.
Worüber aber die New York Post nicht berichtete: Bereits am 25. September, also drei Wochen vor ihrem Artikel, hatte ein chinesischer Whistleblower auf dem Youtube-Kanal Ding Dang prophezeit, daß bald drei Laptops von Hunter Biden auftauchen würden, auf denen Beweise für Korruption in der chinesischen KP bis hinauf zu Präsident Xi und für Pädokriminalität zu finden seien.
Hunter Biden habe sich freiwillig beim Sex mit Minderjährigen filmen lassen, als Voraussetzung für Deals - dies sei ein normales Vorgehen, wenn China sich Politiker kaufe. (Mehr über solche krummen Deals in COMPACT-Spezial "Trump")
Der Youtube-Kanal hatte Verbindungen zum chinesischen Dissidenten Guo Wengui, der wiederum ein Freund von Trumps Ex-Berater Steve Bannon ist. Dieser brachte dann den Dissidenten und den Laptop zu Trump-Anwalt Rudy Giuliani. Trump muß also genauestens Bescheid wissen, obwohl er wenig über den Skandal sprach. Sogar die britische Daily Mail verlinkte am 16. Oktober 2020 zu dem Video-Kanal Ding Dang, ohne aber zu erwähnen, daß dort über Pädokriminalität geredet wurde.

Trump kann für Aufklärung sorgen

Die New York Post schien zumindest verdeckt Hinweise geben zu wollen. Wie das Internet-Portal Zero Hedge am 16. Oktober 2020 berichtete, war dort die Fotografie einer rechtlichen Anordnung - Subpoena - zu sehen, die von Special Agent Joshua Wilson unterzeichnet wurde. Dieser ist der Top-Ermittler des FBI für Kinderpornographie.
Die einzige Möglichkeit für Sohn und Vater, einer Anklage zu entgehen: Joe Biden mußte im Januar 2021 als US-Präsident vereidigt werden. Und genau das geschah - vermutlich durch Wahlbetrug. Nun ist zu hoffen, daß Donald Trump im November dieses Jahres wieder ins Weiße Haus gewählt wird. Denn nur dann besteht eine Chance auf neue Ermittlungen und ein Gerichtsverfahren gegen Biden.
Im Kampf gegen den Tiefen Staat: In unserer neuen Spezial-Ausgabe "Trump: Sein Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback" lesen Sie, wie er das politische System diesmal radikal umkrempeln und Globalisten und Neocons aus Washington jagen will.<<

16.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Merz: Union steht "voll und ganz hinter dieser Wärmewende"**

Merz überrascht auf einer Branchenveranstaltung von Wärmepumpen-Herstellern mit einem Bekenntnis: "Die Union steht voll und ganz hinter dieser Wärmewende", so der CDU-Chef. Er kritisiert Habecks Politik: "Wir hätten eigentlich viel mehr Wärmepumpen haben müssen".
Max Roland
CDU-Chef Friedrich Merz hat sich auf einer Veranstaltung hinter die Wärmepumpe und die mit ihr verbundenen "Wärmewende" gestellt. "Wir, die Union, wir stehen voll und ganz hinter dieser Wärmewende", bekannte Merz bei der Eröffnung der "Wärmepumpen-Akademie" des Unternehmens Enpal. Enpal installiert vor allem Solarpaneele und Wärmepumpen.
Man sei mit der Regierung in Streit geraten - "über die Frage, wie. Aber daß wir das Ziel erreichen müssen ..., darüber sind wir uns einig", erklärte Merz. Habecks Heizungspolitik habe er also vor allem wegen der Umsetzung, nicht grundsätzlich kritisiert, drückte er aus.

Merz: mit der Union mehr Wärmepumpen

"Wir hätten eigentlich viel mehr Wärmepumpen haben müssen", sagt der CDU-Chef mit Blick auf die Zahlen 2023, als die Wärmepumpen-Nachfrage einbrach und statt dessen Öl- und Gasheizungen eine Renaissance erlebten. Mit der CDU und dem ursprünglich von ihr er-

lassenen Gebäudeenergiegesetzes wäre der Ausbau der Wärmepumpen viel weiter, drückte Merz weiter aus.
Merz bekennt sich zum klimaneutralen Heizen und unter dem Schlagwort "Wärmewende" auch zu einem grünen Polit-Konzept. "Was wir machen müssen, ist vorzugeben, wo wir hinwollen" beschreibt Merz die Aufgabe der Politik bei der "Wärmewende". Die Umsetzung liege jedoch bei den Wärmepumpen-Unternehmern und deren Ingenieuren und Technik-Experten. "Der Robert Habeck ist Philosoph. Ich bin Jurist. Und uns beide eint eines: Wir haben von Technologie keine Ahnung ... Sie haben die Ahnung!"<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Skandinavier fürchten hohe Strompreise: Stromleitung zwischen Schweden und Deutschland kurz vor Baubeginn gestoppt**
Schweden stoppt eine Stromtrasse, die das Königreich mit Deutschland verbinden sollte. Die Sorge, mit der Stromleitung nicht nur Strom, sondern auch die hohen Strompreise zu importieren, war zu groß.
Von *Redaktion*
Die Regierung von Schweden stoppt die Stromleitung Hansa PowerBridge, die Mecklenburg-Vorpommern mit Südschweden verbinden sollte. Bisher haben sich beide Projektpartner um Genehmigungen gekümmert, ein Baustart war für dieses Jahr vorgesehen. Begründet wird dieser drastische Schritt damit, daß der deutsche Markt ineffizient sei und man mit dem Import des Stroms auch den Import der hohen Strompreise aus Deutschland befürchtet, wie das schwedische Energieministerium mitteilte.
Deutschland hat im Vergleich zu Schweden höhere Strompreise, die aufgrund des hohen Anteils wetterabhängiger Stromerzeugungsanlagen hohen Schwankungen unterlegen. Schweden hingegen setzt vor allem auf Kernenergie und Wasserkraft. Den wetterabhängigen Windstrom kann Schweden überdies in eigenen Pumpspeicherkraftwerken puffern, sodaß eine Flaute weniger Einfluß auf den Strompreis hat, als es in Deutschland der Fall ist.
Schweden ist im Vergleich zu Deutschland in mehrere Strompreiszonen unterteilt. Die dicht besiedelte Region Südschweden, die mit Deutschland verbunden worden wäre, hat jedoch ein Stromdefizit. Damit bestand die Sorge, daß teurer deutscher Strom importiert wird und die Preise in der Region steigen. Deutschland hingegen hat nur eine Strompreiszone, wodurch beispielsweise ein Strommangel in Baden-Württemberg auch die Preise in Mecklenburg-Vorpommern in die Höhe schießen lassen kann.
Ursprünglich sollte die Stromleitung, die eine Kapazität von 700 Megawatt haben sollte, bis 2026 in Betrieb gehen. Die Projektkosten wurden auf 600 Millionen Euro beziffert, wobei sich die Kosten die Netzbetreiber 50 Hertz und Svenska Kraftnät geteilt hätten. Die Stromleitung Baltic Cable, mit einer Leistung von 600 Megawatt, die seit 1994 Deutschland mit Schweden verbindet, ist von den Maßnahmen nicht betroffen.
Für Wirtschaftsminister Robert Habeck dürfte diese Ankündigung aus Schweden ein herber Rückschlag sein. Deutschland setzt bei der Energiewende auf eine Vernetzung des heimischen Stromnetzes mit anderen europäischen Staaten, insbesondere den skandinavischen Ländern, um so auch eigene Stromengpässe ausgleichen zu können: Durch den hohen Anteil an Wasserkraft besteht die Hoffnung, daß diese Länder Deutschland unterstützen können, wenn Sonne und Wind nicht genug Strom erzeugen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Schon 57 Prozent der Asylmigranten ohne Ausweispapiere - Tendenz steigend!**
Die Mehrheit der rund 100.000 allein in diesem Jahr schon wieder nach Deutschland eingereisten Asylmigranten hat keine Identitätsnachweise vorgelegt. Laut einer Auswertung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kamen 57 Prozent aller volljährigen Asylantragsteller im laufenden Jahr ohne Papiere nach Deutschland - deutlich mehr als im Vorjahr

mit 48 Prozent!
Die angeführten Gründe für die fehlenden Identitätspapiere - wie spontane Fluchten nach Bombenangriffen oder fehlende Ausstellung von Ausweisen in den Herkunftsstaaten - erscheinen Fachleuten besonders bei türkischen Asylbewerbern wenig plausibel. Türkische Asylbewerber stellen nach Syrern und Afghanen die drittgrößte Gruppe der Ankömmlinge.
Auch sie legten in diesem Jahr zu 57,5 Prozent keine Papiere vor, mit denen das BAMF sie hätte identifizieren können. Dabei ist in der Türkei die Registrierung jedes Neugeborenen zwingend vorgeschrieben. Nur mit einer Geburtsurkunde oder einem "Nüfus", einer Art Personalausweis, ist der Zugang zu Schulen und Gesundheitsversorgung möglich.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Kriegsgefahr: Droht die Notstandsdiktatur?**
Von *Karel Meissner*
Die Bundesregierung stimmt die Deutschen auf Krieg ein - und auf die Abschaffung der Demokratie. …
Bald drei Jahre nach der Amtsübernahme der Ampel gibt es keinen Zweifel mehr: Diese Bundesregierung ist die verheerendste der letzten Jahrzehnte. Viele Deutsche hoffen, daß der Spuk spätestens mit der nächsten Bundestagswahl 2025 zu Ende ist. Alle Umfragen seit Jahresbeginn zeigen ein einheitliches Bild: Eine große Mehrheit der Deutschen ist mit der Ampel unzufrieden, die Regierungsparteien kommen zusammen gerade noch über 30 Prozent.
Die Fallen des Grundgesetzes
Doch es gibt eine beunruhigende Unbekannte: Was, wenn Deutschland im Krieg sein sollte? Dann fielen die Wahlen aus. Artikel 115 h des Grundgesetzes ist unmißverständlich. Dort heißt es in Absatz 1: "Während des Verteidigungsfalles ablaufende Wahlperioden des Bundestages oder der Volksvertretungen der Länder enden sechs Monate nach Beendigung des Verteidigungsfalles." Und Absatz 3 legt fest: "Für die Dauer des Verteidigungsfalles ist die Auflösung des Bundestages ausgeschlossen" - er kann also nicht neu gewählt werden.
Verblüfft liest man schon jetzt auf der Webseite der Stadt Hildesheim: "Die Bundestagswahl zum 21. Deutschen Bundestag wird - vorbehaltlich der Auflösung des Bundestages nach Artikel 68 und vorbehaltlich der Verlängerung der Wahlperiode im Verteidigungsfall nach Artikel 115 h des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland - voraussichtlich im Herbst 2025 stattfinden." Da wird schon vorgebaut …
Krieg provozieren
Zum anderen kann die Regierung natürlich den Kriegsfall - beschönigend Verteidigungsfall genannt - auch einfach selbst provozieren. Man müßte nur die Taurus-Pläne der Luftwaffengeneräle umsetzen und damit der Forderung des CDU-Wehrexperten Roderich Kiesewetter folgen, "den Krieg nach Rußland (zu) tragen".
Es ist ein Alarmzeichen, daß diese Angriffsoption vom Generalbundesanwalt für rechtens erklärt wurde. Als er Ende April eine Anzeige gegen die Taurus-Generäle wegen "Vorbereitung eines Angriffskrieges" zurückwies, führte er nämlich aus, daß eine deutsche Waffenhilfe lediglich das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine gewährleiste.
"Das bedeutet, daß ein Staat, der Opfer eines bewaffneten Angriffs oder Angriffskrieges geworden ist, bei der Ausübung seines Selbstverteidigungsrechts durch einen anderen Staat (oder mehrere andere Staaten) unterstützt werden darf. Eine solche Unterstützung würde damit keinen Angriffskrieg und auch keine Angriffshandlung konstituieren."
Wenn Rußland daraufhin, wie es der Kreml angekündigt hat, gegen NATO-Staaten zurückschlägt, ist die Ausrufung des Verteidigungsfalls dagegen gerechtfertigt - und damit auch die Absage angesetzter Wahlen.
Dies betrifft, siehe den oben zitierten Artikel 115 h, übrigens nicht nur den Bundestag, sondern ebenso die "Volksvertretungen der Länder". Somit könnten auch die wichtigen Urnen-

gänge in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024 abgesagt werden, wenn der Verteidigungsfall vorher ausgerufen würde. ...

Hybride Vorwände

Die Definition des Verteidigungsfalles ist also schon in der bisherigen Gesetzesformulierung unscharf und ermöglicht jederzeit, wenn die Zweidrittelmehrheit im Bundestag es befürwortet, diese Karte zu ziehen. Doch die definitorische Aufweichung, was Krieg ist, wird weiter vorangetrieben.

Bisher gab es zusätzlich zum Verteidigungs- nur den nicht näher definierten Spannungsfall, der die Einschränkung von Grundrechten ermöglicht (der Lockdown läßt grüßen). Cedric Bierganns, Experte für Sicherheitspolitik und Bundeswehr bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, bringt statt dieser zwei Phasen vier ins Spiel. ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in der der Juni-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Agent des Volkes".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Freie Waffen: So schützen Sie sich selbst**

Von *Valentina Schacht*

Deutschland wird immer unsicherer - und die Polizei schützt die Bürger oft nur noch unzureichend. Wie Sie die Sache selbst in die Hand nehmen können, zeigt Selbstverteidigungsexperte Lars Konarek in seinem neuen Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz". Gerade in heutigen Zeiten unverzichtbar. …

Deutschland wird immer unsicherer! Das zeigen nicht nur die Messer-Attacken von Mannheim oder - ganz aktuell - Wolmirstedt bei Magdeburg, das verdeutlichen auch die neuesten Kriminalitätszahlen aus Bund und Ländern. Geradezu symptomatisch ist Berlin: Auf den Straßen der Hauptstadt gibt es immer mehr Gewalt - und immer öfter kommen dabei Waffen zum Einsatz.

Immer mehr Gewalttaten

Wie schlimm es in Berlin aussieht, förderte nun eine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zutage. So wurde bei Kriminalität im Zusammenhang mit Schußwaffen 2023 eine Zunahme um 44 auf nunmehr 704 Fälle zu verzeichnen - die höchste Fallzahl im Langzeitvergleich bei der Schußwaffenverwendung insgesamt.

Auch bei Messer-Attacken geht die Zahl steil nach oben: Die Berliner Polizei registrierte im vergangenen Jahr insgesamt 3.482 Fälle. Dazu wurden 2575 Tatverdächtige ermittelt. 2022 waren es noch 3.317 registrierte Straftaten, 2021 gab es 2.777 und 2020 knapp 2.600 Fälle.

Nicht besser sieht es im Deliktbereich sexuelle Gewalt aus: Nach Angaben des Senats gab es 2023 111 Gruppen-Vergewaltigungen in Berlin. Hier ist ein besonders dramatischer Anstieg zu vermelden, denn 2022 waren es 89 Fälle, 2021 insgesamt 106 Taten, 2020 noch 98. Betroffen sind vor allem Mädchen und Frauen in der Altersgruppe 14-16 Jahre (18 Opfer), 25-30 Jahre (17 Opfer) und 30 bis unter 40 Jahre (17 Opfer).

Migration verschärft die Lage

Diese Zahlen aus der Hauptstadt verdeutlichen: Wir befinden uns in einem Zeitalter des fortschreitenden Zerfalls der inneren Sicherheit. Es tummeln sich so viele Kriminelle auf unseren Straßen wie nie zuvor. Und das Ende der Fahnenstange ist noch lange nicht erreicht. Denn durch fortwährende Massenmigration verschlimmert sich die Lage zusehends. Und die Polizei ist oft gnadenlos unterbesetzt und kann die Bürger nicht mehr hinreichend schützen.

Wenn der Staat seinen Aufgaben nicht mehr nachkommt und man Angriffe auf Leib und Leben befürchten muß, dann ist es an der Zeit, sich selbst zu schützen. Genau das kann man mit freien, legalen Waffen, die dabei helfen, sich adäquat zu verteidigen, wie Sicherheitsexperte Lars Konarek in seinem neuen Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz" aufzeigt.

Darauf kommt es an
Lars Konarek verfügt über langjährige Erfahrung und Expertise auf diesem Gebiet. Er bildete zahlreiche Spezialeinheiten, Personenschützer und Militärs im Nahkampf aus und zählt zu den profundesten Selbstverteidigungsexperten Deutschlands gehört.
In seinem neuen Buch erklärt er Schritt für Schritt sein eigenes, leicht umsetzbares Konzept für Selbstverteidigungstechniken mit Hilfelegaler Waffen, die man ohne Waffenschein erhält. Dabei unterscheidet er in "Freie Waffen für den Eigenschutz" zwischen Nahkampf- und Distanzwaffen, zeigt - auch anhand verschiedener Darstellungen und Bilder - unterschiedliche Typen und Einsatzmöglichkeiten auf.
Doch das ist noch nicht alles: Konarek erläutert in seinem Ratgeber detailliert, wann eine Notwehrlage vorliegt und wann nicht. Sie erfahren alles Wichtige über Selbstverteidigung: von den drei Phasen eines Kampfes über einfach zu erlernende Techniken bis hin zur detaillierten Beschreibung der verschiedenen freien Waffen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen. Der Autor präsentiert zusätzlich eine Übersicht der verbotenen Waffen, damit Sie rechtlich auf der sicheren Seite sind.
Zudem beantwortet Konarek in "Freie Waffen für den Eigenschutz" viele wichtige Fragen, unter anderem:
Was versteht man eigentlich unter Selbstverteidigung?
Was ist der Unterschied zwischen einer Nahkampf- und einer Selbstverteidigungsschule?
Wie verhalte ich mich bei einem Angriff?
Welche Körperziele sind effektiv?
Wie wirksam sind freie Waffen?
Welche freien Waffen gibt es überhaupt und wo kann ich sie erwerben?
Welche Waffen dürfen verdeckt und welche dürfen gar nicht mehr getragen werden?
Welche Distanzwaffen kann man noch frei erwerben?
Und das Wichtigste: Wie kann ich gefährliche Situationen vermeiden?
Nach der Lektüre von "Freie Waffen für den Eigenschutz" ist man umfassend über das Thema informiert - und so fällt die Wahl für den Kauf einer freien Waffe wesentlich leichter.
Deutlich wird dabei: Auch wenn man noch nie mit solchen Waffen zu tun hatte, sollte man für den Eigenschutz und für den Schutz seiner Familie über deren Anschaffung nachdenken, um den ersten Schritt für die persönliche Sicherheit zu machen. Denn eines ist sicher: Der Staat kann seine Bürger mittlerweile nicht mehr ausreichend schützen.
Schützen Sie sich selbst! ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Flucht und Vertreibung: Zeitzeugen klagen an**
Von *Daniell Pföhringer*
… Mag ein Historiker bis in letzte Detail informiert sein, mag er sein Material noch so intelligent durchdringen - den Zeitzeugen, die Weitergabe von Erlebtem kann er nicht ersetzen. So haben wir in der neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" einen Schwerpunkt auf Zeugnisse jener gelegt, die diese schwere Zeit selbst miterlebt haben.
Die Augen- und Zeitzeugenberichte ergänzen dabei unsere historischen Darstellungen in idealer Weise - denn sie vermitteln die Schrecken, die Greuel und die Schicksale der Menschen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, viel stärker und eindringlicher als alle geschichtswissenschaftlichen Abhandlungen.
Das jähe Ende einer Kindheit
Ganze sechs Seiten nimmt beispielsweise der Zeitzeugenbericht von Werner Schmidt ein, der den Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen als Jugendlicher miterlebte. Während seine Mutter und Geschwister fliehen konnten, wurde er von den Sowjets zwangsverpflichtet und

nach Sibirien gebracht. Ein Auszug aus seinen in COMPACT-Geschichte Nr. 23 "Verlorene Heimat" dokumentierten Schilderungen:
"Entlang des Haffs lagen unzählige aufgedunsene, stinkende Kadaver herum. Die noch Ansässigen wurden verpflichtet, alles zu entsorgen. So haben auch ich und ein Zwölfjähriger viele unter die Erde gebracht. Diese Arbeit geschah ohne Mundschutz und Schutzhandschuhe. Wie wir in späteren Jahren erfuhren, hätten wir uns mit dem Leichengift anstecken können."
Schmidt fährt fort: "Das Entsetzlichste war für uns beiden Jungs, als wir zwei gefallene deutsche Soldaten fanden. Eine der Leichen lag am Waldesrand. Der Oberkörper war von Wildtieren angefressen worden. Wir haben den Gefallenen dann an Ort und Stelle beerdigt. Der tote Körper des zweiten deutschen Soldaten lag in einem Wassergraben und war bereits halb verwest. Wir haben den Leichnam auf eine Anhöhe gebracht und beerdigt. Wir bereits dem ersten, haben wir auch dem zweiten Gefallenen Blumen auf sein Grab gepflanzt, ein Kreuz gebaut und - wie es einem toten Soldaten gebührt - den Stahlhelm draufgesetzt."
Und weiter: "Am nächsten Morgen haben wir die Gräber wieder besuchen wollen. Sie waren dem Erdboden gleichgemacht - offensichtlich von Sowjets aus Haß gegen uns Deutsche. Die Erkennungsmarken der gefallenen deutschen Soldaten habe ich mitgenommen. Leider sind sie mir später abhandengekommen, sodaß die Männer bis heute als vermißt gelten."

Der Leidensweg des Pommern-Mädchens

Schreckliches mußte auch Erna Rinklin erleben. Sie war noch ein Kind, als die Rote Armee in ihre Heimat Pommern einmarschierte und sich systematisch an den dortigen Frauen verging - auch an ihrer Mutter und Schwester. Sie berichtet in unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat":
"Irgendwann muß ich wohl doch eingeschlafen sein, bis ich von Russen aufgeschreckt wurde. Mama und viele andere Frauen mußten mitgehen. Sie sagten: 'Kommandantura, Frau. Komm mit. Kommandantura.' Da half kein Weinen und nach Mama schreien. Sie mußte mit. Ich hatte auch Angst, sie zurückzuhalten. Wie froh waren wir, als sie nach längerer Zeit wiederkam. 'Wo warst du, Mama? Was haben sie mit dir gemacht. Haben sie dir auch wehgetan?' 'Nein, nein', sagte Mama. Sie sah traurig aus. ‚Was hast du so lange gemacht auf der Kommandantura?' Mama schwieg.
Die ganze Nacht hindurch kamen die Russen, holten die Frauen, zogen ihnen die Kopftücher runter, schauten ihnen ins Gesicht, nahmen sie an der Hand und zogen sie mit. Nach längerer Zeit kamen sie wieder. Dann kamen welche und wühlten unsere ganze Schlafstätte durch. Sie fanden die Mädchen, die in die Decken eingerollt waren. Nun mußten die Mädchen mit. Auch meine ältere Schwester Traute. Sie alle mußten mit. Es waren wohl sechs oder sieben Mädchen. Mama weinte die ganze Nacht hindurch. Auch Ursula und ich konnten nicht schlafen. Mama drückte uns immer wieder fest an sich."
Doch inmitten all der Greuel gab es einen jungen russischen Soldaten, der Menschlichkeit zeigte, Mitleid hatte und ihrer Familie half. Dazu schreibt Erna Rinklin:
"Ein Russe stand vor der Türe und lächelte uns freundlich zu. Er hielt ein Paket in der Hand. Wir forderten ihn auf, ins Haus zu kommen. Er war sehr jung. Der Russe ging zum Tisch und packte das Paket aus. Wir sahen uns alle an und trauten unseren Augen kaum. Er holte ein Kommißbrot und Fisch heraus. Uns lief das Wasser im Mund zusammen. Vor Freude kullerten Mama ein paar Tränen über die Wangen.
Obwohl er kein Wort Deutsch sprach und wir kein Wort Russisch, verstanden wir uns doch. Er schob die Sachen zu meiner Mutter auf den Platz. 'Den muß uns der liebe Gott geschickt haben', sagte Mama. Oder war es schon Weihnachten? Wir wußten es nicht. Wir saßen alle am Tisch und sahen uns an. Seine Augen sahen sich im Zimmer um. Dann stand er auf. So schnell, wie der Russe kam, verschwand er wieder in der Dunkelheit. ...
Nach einigen Tagen wiederholte sich die Begebenheit. Er klopfte, und wir dachten wieder, es

ist Papa. Doch der Russe stand erneut vor der Tür, und wir sagten: 'Komm!' Ich faßte ihn sogar an, und er lächelte mir zu. Er hätte ja mein Bruder sein können. Dieses Mal war er sehr schweigsam. Wie auch beim vorigen Mal schob er uns ein Paket zu, und als er sah, daß wir uns freuten, freute er sich mit. Wieder hatten wir Essen für ein paar Tage."
Dies sind nur zwei von vielen Zeitzeugen aus Pommern, Schlesien, Ostpreußen, Danzig und dem Sudetenland, die wir in COMPACT-Geschichte Nr. 23 "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" zu Wort kommen lassen. Wir dokumentieren Aussagen von Deutschen, die in polnischen oder tschechischen Lagern Greueltaten mit ansehen mußten.
Und wir rufen besonders schlimme Einzelverbrechen in Erinnerung: das Massaker von Nemmersdorf, den Brünner Todesmarsch oder den Massenmord von Postelberg. Stets akribisch mit Quellen und Dokumenten belegt.
Mit COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten" erinnern wir an ein dunkles Kapitel unserer Geschichte, das in Vergessenheit zu geraten droht. Erfahren Sie alles über die größte Vertreibung in der jüngeren Geschichte und die schrecklichen Verbrechen, die damit einhergingen. Wir zeigen schonungslos, wie Menschen verjagt, ermordet, gefoltert und vergewaltigt wurden nur weil sie Deutsche waren.<<

17.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Sag mir, wo die Fahnen sind, wo sind sie geblieben?**
Keine Fahne weit und breit.
Louis Hagen
Das Sommermärchen 2006 begann mit hunderttausenden Menschen beim Public Viewing, Fahnen an Autos, Balkonen, in Schrebergärten, Schwarz-Rot-Gold auf zahllosen Gesichtern. Man kann sagen: Ganz Deutschland war ein Fahnenmeer. Und man kann sagen: Deutschland war ein glückliches Land mit vielen lachenden Menschen.
Und heute - wo sind sie nur geblieben, die Fahnen der Herzen und die fröhlichen Gesichter? Wo ist die Leichtigkeit hin und wo die Unbeschwertheit, die Deutschland und die Deutschen so ausgezeichnet haben?
Es scheint, als würden viele Fans die Europameisterschaft mit angezogener Handbremse erleben und feiern. Als hätten viele sogar Angst, ihre wahren Gefühle zu zeigen. Es scheint, als hätte das Trommelfeuer links-grüner Berieselung Wirkung erzielt. Motto: Wenn du zu sehr "deutsche Gefühle" zeigst, könnten andere dich als "Nazi" beschimpfen. Und, ganz praktisch: Wenn du dein Auto mit deutschen Fahnen schmückst, könnten nicht nur die Fahnen weg sein, wenn du wieder kommst.
Vielleicht sieht dein Auto dann auch nicht mehr so aus wie vorher. Kein Fan aus einem anderen Land bremst sich sonst freiwillig. Engländer, Italiener, Holländer, Franzosen, Polen - und alle anderen wunderbaren Fangruppen zeigen uns, was sie draufhaben. Vielleicht manchmal auch zu laut, zu betrunken - und auch mal zu aggressiv. Nationalstolz hat eben viele Gesichter.

Es fehlt an Wissen um die wahre Bedeutung von Schwarz-Rot-Gold

Deutschland, sein Nationalstolz und seine Fahne - schon immer ein schwieriges Verhältnis. "Es gibt kaum ein anderes Land, in der die Beziehung der Bürger zur eigenen Fahne so kompliziert ist wie in Deutschland", sagt Prof. Dr. Harald Biermann, Historiker und Kommunikationsdirektor des Hauses der Geschichte in Bonn.
Aber Schwarz-Rot-Gold habe nichts mit dem Nationalsozialismus oder einer Diktatur zu tun, so Biermann. "Ganz im Gegenteil. Schwarz-Rot-Gold ist im Nationalsozialismus nicht benutzt worden, sondern die Hakenkreuzfahne ist zum Nationalsymbol geworden." Zu einem schrecklichen, möchte ich hinzufügen.

Die Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold tauchten zum ersten Mal in den Befreiungskriegen gegen Napoleon 1813 bis 1815 auf, sie wurden vom sogenannten Lützowschen Freicorps, einem Freiwilligenverband der preußischen Armee, als Uniformfarbe verwendet. 1848 wurde die Fahne aus diesen drei Farben von der Frankfurter Nationalversammlung zur offiziellen Fahne des Deutschen Bundes bestimmt - und später eben zu den Farben der Bundesrepublik Deutschland. Laut dem Historiker Harald Biermann ist eine der Ursachen für den unsicheren Umgang mit der Deutschlandfahne, das mangelnde Wissen um die Bedeutung und Geschichte von Schwarz-Rot-Gold.
Als Wissenschaftler hat Professor Biermann bestimmt recht. Mein gesunder Menschenverstand sagt mir aber auch etwas anderes: Wer das "Sommermärchen 2006" (ich weiß, das war eine Weltmeisterschaft!) mit der Europameisterschaft in diesem Jahr vergleicht - es wirkt manchmal wie Feiern light. Motto: Bloß nicht zu laut sein, bloß nicht zu viel Freude zeigen, bloß nicht erkennbar stolz sein auf die deutsche Mannschaft. Und, vielleicht das Schlimmste: bloß keine Fahnen zeigen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Wegen falscher Corona-Atteste: Ärztin muß fast drei Jahre ins Gefängnis**
Wegen illegaler Corona-Atteste hat das Landgericht Dresden eine Ärztin zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Bianca Witzschel soll in über 1.000 Fällen bundesweit Atteste ausgestellt haben, die die Betroffenen vom Tragen einer Maske und Impf- oder Testnachweisen befreiten.
Von *Redaktion*
Ganze 32 Monate Haft wegen des Ausstellens von falschen Corona-Attesten - das blüht jetzt der sächsischen Hausärztin Doktor Bianca Witzschel. Die 67-Jährige hatte über 1.000 Personen mit falschen Attesten versorgt und mehr als 40.000 Euro erhalten. Dafür muß die Ärztin jetzt ins Gefängnis: Das Landgericht Dresden verurteilte sie zu zwei Jahren und acht Monaten Haft, zusätzlich verliert sie ihre Approbation für drei Jahre, darf zunächst also nicht als Ärztin arbeiten.
Zwischen 2021 und 2022 soll die Ärztin deutschlandweit falsche Atteste in 1.003 Fällen ausgegeben haben. Die Papiere befreiten vom Tragen einer Maske oder benötigten Impf- oder Testnachweisen. Die dabei erwirtschafteten 47.000 Euro sollen jetzt gerichtlich eingezogen werden. Des Weiteren wurde der illegale Besitz eines Elektroschockers ohne Prüfkennzeichen geahndet.
Deswegen hatte die Staatsanwaltschaft zuvor eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und zehn Monaten und die Entziehung der Approbation gefordert. Die 67-Jährige soll sich außerdem als Mitglied der "Reichsbürger-Szene" zu erkennen gegeben haben und Teil des "Indigenen Volkes der Germaniten", einer "Reichbürger-Gruppierung", gewesen sein, argumentierte die Behörde.
Die Verteidigung wiederum hatte einen Freispruch und die Aufhebung des Haftbefehls gefordert. Doch dazu kam es nicht. Die Verhandlung mußte dann laut dpa kurzzeitig unterbrochen werden, weil im Gerichtssaal Unruhe ausgebrochen war. Mehrere Sympathisanten sollen ihren Zuspruch für Witzschel tumultartig geäußert haben, sodaß der Richter den Saal räumen und die Verhandlung unterbrechen ließ.
Die Ärztin saß zuvor seit dem 28. Februar 2023 in Untersuchungshaft, der erste Prozeßtag fand am 14. November, also erst acht Monate nach der Inhaftierung von Witzschel statt. Allerdings nicht in dem gewöhnlichen Strafgerichtssaal am Dresdner Landgericht, sondern im Prozeßgebäude neben der JVA Dresden am Hammerweg.
Zudem wurde Witzschel am ersten Verhandlungstag von mehreren Sicherheitsbeamten in den Gerichtssaal geführt. Bereits im Vorfeld des ersten Verhandlungstages hatten die Ermittler mit massivem Aufwand massenhaft Hausdurchsuchungen bei Attestnehmern durchgeführt.

Hauptsächlich in Bayern durchsuchte die Polizei 140 Privatwohnungen. Insgesamt habe man 174 unrichtige Atteste sicherstellen können. 360 Polizisten waren im Rahmen der Hausdurchsuchungen im Einsatz - eine verhältnismäßig hohe Zahl.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Wie Regierung, Staatsfunk und DFB aus der EM ein linksgrünes Polit-Festival machen!**

Überschattet von einer neuen Messer-Bluttat eines Afghanen während einer EM-Party in Sachsen-Anhalt hat die Fußball-Europameisterschaft begonnen. Angesichts der islamistischen Bedrohungslage und der massiven Sicherheitsvorkehrungen bleibt zu hoffen, daß das "Sommermärchen" nicht zu einem Alptraum wird. Ungetrübt ist die Fußballfreude trotz des 5:1-Sieges der deutschen Nationalmannschaft im Auftaktspiel gegen schwache Schotten ohnedies nicht: Regierung, Staatsfunk und DFB machen aus der EM ein linkes Polit-Festival!

Mit 13,2 Millionen Euro Steuergeldern finanzieren Kulturstaatsministerin Claudia Roth ("Grüne") und Innenministerin Nancy Faeser SPD) ein sogenanntes Kulturprogramm zur EM, das nur so strotzt vor links-grüner Ideologie!

Nachdem es im linksgrünen Schauspielhaus Hannover kürzlich um homosexuelle Liebe unter Profikickern ging, stand zur Einstimmung auf die EM das Stück "Unsere Elf" auf dem Programm - finanziert mit 50.000 Euro aus dem Etat der ökosozialistischen Kulturstaatsministerin Claudia Roth. Diese linksgrün-woke Inszenierung ist eine der mehr als 300 von der Bundesregierung, also von den Steuerzahlern, gesponserten Veranstaltungen, mit denen die Ampel das sportliche EM-Großereignis einer politischen Agenda zu unterwerfen sucht.

"Mesut Özil" im Kartoffel-Kostüm

Wobei die ideologische Schmierenkomödie in Hannover zweifellos einer der Höhepunkte war:

Die Schauspieler treten auf die Bühne, stimmen die Nationalhymne an: "Einigkeit und Recht und Freiheit, für das deutsche …". Pause. "Geht nicht, oder?", fragt einer der Schauspieler ins Publikum.

Schließlich im weiteren Verlauf dann der Auftritt von "Mesut Özil" im Kartoffel-Kostüm. "Ich bin keine Kartoffel", schreit der Darsteller. "Warum hast du die Nationalhymne nicht mitgesungen!", brüllt ihn ein "Spieler" an.

Die beim Zuschauer beabsichtigte Suggestion ist klar: Wem man wie Özil den Migrationshintergrund ansehe, der sei im rassistischen Deutschland am Ende doch nur Gast - ein Deutscher allenfalls, wenn wir gewinnen, ein Migrant in jedem Fall, wenn wir verlieren.

In diesen Tagen wird einmal mehr klar: Der Fußball braucht zwar die Politik nicht - aber die Politik vereinnahmt den Fußball!

Staatsfunker dichtet Nationalhymne um

Bundesregierung und DFB wollen die EM in Deutschland in ein linkes wokes Polit-Spektakel umfunktionieren. Vorne weg bei der Politisierung des Fußballs marschiert natürlich der Staatsfunk. Bloß nicht zu viel Schwarz-Rot-Gold, bloß nicht zu viel Nationalstolz zeigen!

So waren dem ZDF-Moderator "Einigkeit und Recht und Freiheit" vor dem Anpfiff des Spiels gegen Schottland nicht genug - er fügte diesen Werten noch seinen "vor allem Vielfalt-Senf" hinzu. Der Spott folgte auf dem Fuße - die Zensur der Spötter im Internet ebenfalls.

Münchner Arena in Regenbogenfarben

Anders als 2021 darf die Münchner Allianz-Arena während der Europameisterschaft dieses Mal in Regenbogenfarben leuchten - am 22. und 23. Juni anläßlich des Christopher Street Days. Gespielt wird da in München allerdings nicht.

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB), der sich schon lange die Umerziehung der Fans auf die Wimpel geschrieben hat, stürmt als durchpolitisierte Institution stramm mit. "DFB-Turnierdirektor" Philipp Lahm ist einer der treibenden "Spielmacher" bei der Politisierung des Fußballs. Er gibt es auch ganz offen zu: "Wir müssen unsere Werte verteidigen gegenüber denje-

nigen, die das anders sehen. Wir wollen tolerant und vielfältig leben - wir wollen die Demokratie leben." Die EM mit ihren rund sechs Milliarden Zuschauern sei eine tolle Möglichkeit, "unsere demokratischen Werte offen zu zeigen". Es sind dies, wohlgemerkt, nur die Werte, die Faeser, Paus und Haldenwang erlauben!

Ideologie-Knigge für Fan-Meilen

In den Fan-Zonen und in den Stadien treffen sich tausende Fußball-Begeisterte zum Public Viewing, um die EM zu verfolgen. Veranstalter haben in Zusammenarbeit mit der UEFA einen Verhaltenskodex ("Code of Conduct") erstellt. Fans sollen mit diesem Ideologie-Knigge im Hinblick auf rassistisches, sexistisches und queerfeindliches Verhalten "sensibilisiert" werden.

Sie, Er, They …

Unter dem Motto "Vielfalt und gemeinsame Verantwortung" wird dazu aufgerufen, respektvoll miteinander umzugehen. Dazu sind sogenannte Awareness-Teams unterwegs, an die sich Betroffene wenden können. Weiter werden "Safe Spaces" eingerichtet, in denen sich Personen bei Bedarf zurückziehen können. Die Awareness-Teams stehen beratend zur Seite und kümmern sich, falls nötig, um weiterführende Maßnahmen, etwa die Polizei rufen.

Im "Code of Conduct" heißt es: "Es gibt Menschen, denen Du ihr Geschlecht nicht ansiehst. Wenn eine Person ein für Dich unerwartetes Geschlecht (sie/er/they etc) angibt, verwende bitte dieses Geschlecht oder Namen, wenn du mit ihr sprichst."

Sollten Banner mit der Aufschrift "Es gibt nur zwei Geschlechter" gezeigt werden oder Aussagen, wie "Nur Männer haben einen Penis", werden die Mitarbeiter der Awareness-Teams erst einschreiten, falls sich Personen davon belästigt fühlen. Die UEFA informiert weiter, daß in allen Stadien geschlechtsneutrale Eingänge und Toiletten für alle Ticketkategorien vorhanden sind.

Ein weiterer Hinweis betrifft Fanartikel und Kostüme: "Sei sensibel bezüglich kultureller Aneignung, wenn du Elemente aus einer anderen Kultur übernimmst, die in Deutschland Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt ist". Gemeint sind damit z.B. Afro-Perücken oder Federschmuck in Schwarz-Rot-Gold.

Deutschlandfahne tabu - aber Berliner Polizisten gehen zum Regenbogen

Anläßlich der sogenannten "Pride Week" in Berlin, also der Woche der sexuellen Vielfalt unter dem ideologischen Kampfbanner des Regenbogens, posierten Hauptstadt-Polizisten vor der "Progressive Pride-Flagge" und machen Fotos mit sogenannten "Furies" (Tiermaskenfetischisten). Die Fotos veröffentlichte die Pressestelle der Berliner Polizei selbst. …

Die Deutschlandfahne auf Polizeiautos während der EM ist der Berliner Polizei indes mit Verweis auf das Neutralitätsgebot untersagt. Aber daß die Polizei BDSM-Fetisch Hundemasken huldigt und mit einer Flagge wedelt, unter der Männer Frauen sein sollen, geht vollkommen in Ordnung. In Berlin steppt der Bär im Kettenhemd! …<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Schon wieder ein afghanisches Messer-Wochenende: Abschiebungen schützen Menschenleben!**

Es sind Zustände, die eigentlich keinen Politiker ruhig schlafen lassen dürften - und dennoch gehen Ampel und CDU schulterzuckend zur Tagesordnung über. Auch am Wochenende gab es wieder zahlreiche Messer-Angriffe durch Migranten. Bereits am Freitag kommt es beim EM-Eröffnungsspiel zwischen Deutschland und Schottland zum Messer-Horror:

Ein 27-jähriger Afghane tötet in der Nähe von Magdeburg einen 23-Jährigen mit einem Messer, überfällt anschließend eine EM-Party in einer Gartenlaube und sticht wahllos auf Fußballfans ein. Drei Menschen werden verletzt, darunter ein schwerverletzter 75-Jähriger und eine ebenfalls schwerverletzte 50-Jährige. Die alarmierte Polizei muß den Täter erschießen.

Ingolstadt, keine 24 Stunden später. In einem Park in der oberbayerischen Stadt rastet ein 17-

jähriger Afghane aus und sticht mit einem Messer auf einen 24-Jährigen ein. Das Opfer schleppt sich zu einer Bushaltestelle und muß später im Krankenhaus notoperiert werden. Es sind zwei Taten, die Erinnerungen wecken an den Terrorangriff in Mannheim.
Dort wurde der Polizist Rouven L. von einem afghanischen Messerstecher ermordet, weitere fünf Menschen wurden verletzt. Inzwischen wurde bekannt, daß es einen Tag vor dem Anschlag zu einem weiteren Messerangriff vor einem Mannheimer Krankenhaus kam. Mehrere Täter sollen dort einen Mann abgepaßt und mit einem Messer schwer verletzt haben. Offenbar versuchten die Täter, in die Intensivstation des Krankenhauses einzudringen.
Es ist erwiesen, daß nichtdeutsche Staatsangehörige als Tatverdächtige bei Messerdelikten überrepräsentiert sind - gerade auch Afghanen. Wir müssen deshalb endlich handeln! Es ist nicht hinnehmbar, daß der Mannheimer Attentäter und andere Schwerkriminelle sich jahrelang illegal in unserem Land aufhalten konnten und nicht behelligt wurden. Wer hier kein Bleiberecht hat oder Straftaten begeht, muß abgeschoben werden - Punkt.
Und anstatt eine weitere afghanische Massenmigration voranzutreiben, wie es Außenministerin Baerbock tut, brauchen wir endlich einen effektiven und dauerhaften Grenzschutz - nicht nur zur Fußball-EM!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Für Einigkeit und Recht und Freiheit - nie wieder Sozialismus!**
Heute vor 71 Jahren begehrten in der ehemaligen DDR hunderttausende Menschen gegen einen grassierenden Sozialismus auf, der die Bürger massiv in ihrer Freiheit beschnitt und jeden demokratischen Ansatz im Keim erstickte. Dazu AfD-Bundessprecherin Dr. Alice Weidel:
"Wir blicken mit Dankbarkeit auf die Männer und Frauen, die am 17. Juni 1953 bereit waren, für ihre Ideale die Freiheit und sogar das Leben aufs Spiel zu setzen. Sie haben mit ihrem Opfer aller Welt den verbrecherischen Charakter der zweiten Diktatur auf deutschem Boden vor Augen geführt und ein eindrucksvolles Zeugnis von der ungebrochenen Sehnsucht der Deutschen nach staatlicher Einheit gegeben. Ihr Opfer mahnt uns, wachsam zu bleiben und das Recht und die Freiheit zu verteidigen, wann immer es notwendig ist.
Der 17. Juni 1953 steht zusammen mit dem 18. März 1848 und dem 9. November 1989 für den Kampf der Deutschen gegen Unterdrückung und für Einigkeit und Recht und Freiheit. Es ist daher an der Zeit, daß der 17. Juni wieder nationaler Gedenk- und Feiertag wird."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.380/…): >>**RKI-Protokolle: "Folge der Wissenschaft" heißt ab jetzt - "Folge der Bundesregierung"**
Die weiter entschwärzten Robert-Koch-Institut-Protokolle (RKI-Protokolle) legen offen, daß die Experten dem Druck des Kanzleramtes nachgegeben haben und letztendlich einen willkürlichen Schwellenwert von 50 Infizierten auf 100.000 für die Verschärfung der Coronamaßnahmen festsetzten.
Ein solches Vorgehen verurteilt Dr. Christina Baum, Mitglied im Gesundheitsausschuß und Mitglied im AfD-Bundesvorstand, auf das Schärfste:
"Statt 'Folge der Wissenschaft' (Follow the science) muß es ab jetzt heißen 'Folge der Bundesregierung' oder es gibt Ärger. Gerade die Institutionen wie das RKI, die Ständige Impfkommission oder die Ethikkommission, die uns vor Willkür, Unvernunft und Panik schützen sollten, haben in der Pandemie gnadenlos versagt.
Da viele Wissenschaftler in der Pandemie kein Rückgrat bewiesen haben sondern sich wider besseren Wissens unterordneten, tragen auch sie die volle Verantwortung für die enormen körperlichen, seelischen und finanziellen Schädigungen, die uns allen angetan wurden, denn jeder Einzelne war davon betroffen.
Nachdem die Regierung ihren frei erfundenen Schwellenwert nun von 'wissenschaftlicher'

Seite abgesegnet hatte, gab es für sie kein Halten mehr: viele Grundrechte wurden einfach abgeschafft, 2G/3G-Bestimmungen sperrten Menschen zu Hause ein und ließen sie einsam sterben. Doch wozu das alles, fragte ich mich des Öfteren. Die Antwort ist heute öffentlich: die Bürger sollten zur Geninjektion genötigt werden. Was für ein Verbrechen in Anbetracht der unzähligen Krankheits- und sogar Todesfälle.
Inzwischen hat Karl Lauterbach für die Neubesetzung des RKI sogar noch gefügigere und willfährigere 'Experten' gefunden. Wofür sollen sie wohl zukünftig mißbraucht werden?
Wir werden als AfD genauso wie viele Millionen Bürger unseres Landes zukünftig noch viel wachsamer sein. Das verspielte Vertrauen in diese Art staatlicher Institutionen kann nur durch einen Regierungswechsel und vollständiger Umgestaltung in wirklich unabhängige Institute wiederhergestellt werden.
Wir sind bereit."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Gefährlich: Neue Brühe gegen Vogelgrippe**
Von *Hilde*
Auch wenn die Vogelgrippe nicht zur Pandemie geeignet scheint: Sie loslassen möchten vor allem die Impfstoffhersteller nicht. Deren Brühe ist allerdings (wieder mal) äußerst riskant. Die WHO greift nach der Macht! Daß ihr geplanter Pandemievertrag einen Angriff auf unsere Freiheit darstellt, wird von Rechtsanwältin Beate Bahner in ihrem aktuellen Buch hervorragend herausgearbeitet. …
Das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI), das als Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit das epidemiologische Geschehen rund um die HPAI eng beobachtet, signalisiert bei der Vogelgrippe für Deutschland und Europa momentan Entwarnung. In seinem Bericht zur aktuellen Risikoeinschätzung zur HPAI H5 Klade 2.3.4.4b schreibt das Institut:
"Auch wenn es immer wieder zu sporadischen Infektionen bei Menschen kommt, wird nach einer aktuellen Einschätzung des europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten das Risiko einer zoonotischen Influenzaübertragung auf die allgemeine Bevölkerung in den EU/EWR-Ländern als gering eingestuft. Es wird jedoch von einem geringen bis moderaten Risiko für beruflich exponierte Gruppen, die engen Kontakt mit infiziertem Geflügel haben, ausgegangen."
Es besteht also nur ein geringes Risiko für bestimmte Berufsgruppen wie Geflügelzüchter und Tierärzte sich zu infizieren, daher kann es keine Veranlassung für die EU geben, 140 Millionen Impfdosen für 15 EU-Länder prophylaktisch zu kaufen, mit denen die Bevölkerung vom halbjährigen Säugling bis zum Greis durchgeimpft werden soll.
Die EMA hat trotzdem eine Zulassung für ein präpandemische und eine pandemische Vakzine zur aktiven Immunsisierung gegen den Vogelgrippevirus-Subtyp Influenza-A(H5N1) von der EMA erhalten. Dabei handelt es sich um die zwei adjuvantierten Proteinimpfstoffe Celldemic® und Incellipan® vom Pharmaunternehmen Seqirus mit Hauptsitz in MelbourneAustralien.
Die Antigene (Hämagglutinin- und Neuraminidase-Oberflächenantigene) stammen von inaktivierten Viren vom Truthahn ab. Viren werden meistens mit chemischen Substanzen inaktiviert und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie sich unter bestimmten Umständen wieder aktivieren können. Diese Oberflächenantigene wurden in bestimmten Zelllinien produziert, die aus Hundenieren stammen.
Diese Zelllinien werden im Regelfall quasi unsterblich gemacht, indem sie mit Krebszellen verschmolzen werden, damit sie sich immer weiter teilen. Ansonsten ist nach einer bestimmten Zellteilungsrate, die genetisch festgelegt ist, Schluß.
Es ist von solchen Zellkulturen bekannt, daß deren Produkte, die dann geimpft werden, genetische Bruchstücke ihrer Herstellerzellen mitschleppen können, in diesem Fall also genetische

Bruchstücke (meist DNS) vom Truthahn, vom Hund und von Krebszellen. Warum sollte man ein solches Risiko eingehen, besonders bei Säuglingen und Kindern?
Es ist verantwortungslos, einem solchen Impfstoff sofort die Zulassung zu erteilen, kaum daß die Bestandteile produziert sind. Es gilt normalerweise eine Probezeit von mindestens 5 Jahren. Frau Emer Cooke, die Präsidentin der EMA, war mehr als ein Jahrzehnt vorher Impflobbyistin für Big Pharma. Damit wurde der Bock zum Gärtner gemacht und sie wurde passenderweise kurz vor dem ersten Coronausbruch im Januar 2020 in dieses Amt befördert, sicher kein Zufall.
Dazu kommt, daß diese Impfstoffe Wirkverstärker enthalten, die das Immunsystem so reizen sollen, sodaß vermehrt Immunzellen gebildet werden, meistens unspezifisch. Diese Wirkverstärker wie Polysorbat 80 können Nebenwirkungen auslösen. Auch wenn es zugelassen ist, so harmlos ist es auch wieder nicht.
2015 wurde in der Fachzeitschrift Nature eine Studie publiziert, die nachweist, daß über einen Zeitraum von 12 Wochen ein 1-prozentiger Anteil von Polysorbat 80 im Trinkwasser bei Mäusen Störungen in der Darmflora, Darmentzündungen und Gewichtszunahme verursacht. An der Darmwand wurde eine Reduzierung der schützenden Schleimschicht um 2/3 festgestellt.
Bei einer Impfung gilt, der Nutzen muß das Risiko bei weitem übersteigen, das sieht hier insgesamt nicht danach aus, schon gar nicht bei Kindern.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Kriminalität und Gewalt: So sorgen Sie vor**
Kriminalitäts-Brennpunkt BRD - und die Polizei wird immer machtloser. Wie Sie selbst für mehr persönliche Sicherheit sorgen können, zeigt Top-Experte Lars Konarek in seinem neuen Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz". Heutzutage unverzichtbar! …
Was wie aus einem Film klingt, wird in Deutschland immer mehr zur Realität. Der Bürger und vor allem unsere Frauen fühlen sich vielerorts nicht mehr sicher. Eine völlig verfehlte Asylpolitik tut ihr übriges. Spätestens jetzt ist es Zeit, an einen wirksamen und vor allem legalen Eigenschutz zu denken.
Doch was ist legal? Da weiß Lars Konarek guten Rat. Der Selbstverteidigungsexperte hat mit "Freie Waffen für den Eigenschutz" einen brandneuen Ratgeber vorgelegt, der es in sich hat. Er erklärt Schritt für Schritt sein eigenes, leicht umsetzbares Konzept für Selbstverteidigungstechniken mit Hilfelegaler Waffen, die man ohne Waffenschein erhält.
Dabei unterscheidet er zwischen Nahkampf- und Distanzwaffen, zeigt - auch anhand verschiedener Darstellungen und Bilder - unterschiedliche Typen und Einsatzmöglichkeiten auf.
Doch das ist noch nicht alles: Konarek erläutert in seinem Ratgeber detailliert, wann eine Notwehrlage vorliegt und wann nicht. Sie erfahren alles Wichtige über Selbstverteidigung: von den drei Phasen eines Kampfes über einfach zu erlernende Techniken bis hin zur detaillierten Beschreibung der verschiedenen freien Waffen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen.
Der Autor präsentiert zusätzlich eine Übersicht der verbotenen Waffen, damit Sie rechtlich auf der sicheren Seite sind. Na wenn das keine profunde Hilfe zur Selbsthilfe ist!
Zudem beantwortet Konarek in "Freie Waffen für den Eigenschutz" viele wichtige Fragen, unter anderem:
Was versteht man eigentlich unter Selbstverteidigung?
Was ist der Unterschied zwischen einer Nahkampf- und einer Selbstverteidigungsschule?
Wie verhalte ich mich bei einem Angriff?
Welche Körperziele sind effektiv?
Wie wirksam sind freie Waffen?
Welche freien Waffen gibt es überhaupt und wo kann ich sie erwerben?

Welche Waffen dürfen verdeckt und welche dürfen gar nicht mehr getragen werden?
Welche Distanzwaffen kann man noch frei erwerben?
Und das Wichtigste: Wie kann ich gefährliche Situationen vermeiden?
Nach der Lektüre von "Freie Waffen für den Eigenschutz" ist man umfassend über das Thema informiert - und so fällt die Wahl für den Kauf einer freien Waffe wesentlich leichter.
Deutlich wird dabei: Auch wenn man noch nie mit solchen Waffen zu tun hatte, sollte man für den Eigenschutz über deren Anschaffung nachdenken, um den ersten Schritt für die persönliche Sicherheit zu machen. Denn eines ist sicher: Der Staat kann seine Bürger mittlerweile nicht mehr ausreichend schützen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Achtung! So überleben Sie einen Atom-Angriff**
Von *Daniell Pföhringer*
Bombe - Ende - Aus? Das muß nicht sein! Wie Sie einen Atomangriff überleben, erfahren Sie in dem gleichnamigen Ratgeber von Survival- und Selbstverteidigungsexperte Lars Konarek. …
Ist der Mann noch bei Trost? Wie kann er nur sein Buch "Wie Sie einen Atomangriff überleben" nennen? Bei einem Atomkrieg ist doch alles aus! Der muß doch verrückt sein!
Keinesfalls: Lars Konarek ist kein Spinner, sondern ein erfahrener Survival-Experte, der sich auch mit Waffen und Kriegstechniken gut auskennt, wie Sie seinem brandneuen Werk "Freie Waffen für den Eigenschutz" entnehmen können.
Konarek führt regelmäßig gut besuchte Überlebenstrainings durch. Er bildete zahlreiche Spezialeinheiten, Personenschützer und Militärs im Nahkampf aus und zählt zu den profundesten Selbstverteidigungsexperten Deutschlands. In seinem Buch "Wie Sie einen Atomangriff überleben" bringt er die Expertise ein - und räumt mit einem weit verbreiteten Mißverständnis auf.
Strategische und taktische Atomwaffen
Wenn von einem möglichen Einsatz nuklearer Waffen die Rede ist, dann meint man damit in der Regel nicht sogenannte strategische Atomwaffen, also nukleare Langstreckenraketen, deren Einsatz nach wie vor sehr unwahrscheinlich ist.
Strategische Atomwaffen dienen der nuklearen Abschreckung. Sie können mit Hilfe von Interkontinentalraketen Ziele in mehreren tausend Kilometer Entfernung treffen und haben ein Vielfaches der Zerstörungskraft der 1945 über Hiroshima abgeworfenen Atombombe.
Dagegen sind taktische Atomwaffen für den Einsatz in einem Kampfgebiet konzipiert und werden daher oft auch als Gefechtsfeldwaffen bezeichnet. Sie könnten - je nach gewählter Variante - in relativer Nähe zu Stellungen eigener Truppen und daher ähnlich wie konventionelle Waffen in einer Schlacht eingesetzt werden. Die zerstörerische Wirkung wäre aber deutlich größer als bei gewöhnlichen Artilleriegeschossen.
Begrenzte Reichweite und Zerstörungskraft
Wichtig ist vor allem, um welche Art von Sprengköpfen es sich im Eskalationsfall handelt. Bei der Größe von Atombomben wird die Explosionsenergie in Äquivalenten des Sprengstoffs TNT gerechnet. So hatte die über Hiroshima abgeworfene Atombombe (Little Boy) etwa eine Sprengkraft von rund 12,5 Kilotonnen TNT.
Die kleinsten Atomwaffen haben eine Sprengkraft von 0,3 Kilotonnen, die größte jemals getesteten Bombe, die Tsar-Rakete der Sowjetunion, hatte eine Sprengkraft von über 50 Megatonnen (50 Millionen Tonnen) TNT. Die ersten Atombomben nutzten das Prinzip der Kernspaltung, die neueren Bomben nutzen sowohl Kernspaltung als auch Kernfusion (thermonukleare Atomwaffen).
Grundsätzlich haben strategische Atomwaffen große Reichweiten von bis zu 15.000 Kilometern. Taktische Kernwaffen sind meist in ihrer Reichweite eingeschränkt, da sie auch in einem begrenzten Umfeld zum Einsatz gebracht werden sollen. Diese Aufteilung ist jedoch mit der

Zeit verwischt worden - inzwischen gibt es auch weitreichende Raketen, die einen Sprengkopf mit geringerer Kraft transportieren. Ein Beispiel sind die Trident-2-Raketen, die seit 2019 auf US-U-Booten stationiert sind.

Entscheidende Stunden

Für den schlimmsten Fall haben sowohl die US-Regierung als auch viele andere Länder schon in den 1950er-Jahren erste Empfehlungen an ihre Bevölkerung herausgegeben. Doch diese Leitfäden sind veraltet. Und ausgerechnet die deutschen Behörden haben keinerlei Anleitung in petto. Weder das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe noch die Ministerien informieren oder geben Handlungsanweisungen für den Fall der Fälle. Auch aktuelle Literatur werden Sie vergeblich suchen.

Diese geradezu unverantwortliche Lücke schließt nun der Ratgeber des Überlebensspezialisten Lars Konarek. In "Wie Sie einen Atomangriff überleben" geht er Punkt für Punkt alle wichtigen Vorbereitungen auf den Ernstfall durch und stellt klare Verhaltensregeln für den Fall eines Atomangriffs auf.

Dazu gehören Essentials wie: Massive Gebäude bieten besseren Schutz. Gebäude mit dicken Betonwänden und auch Keller sowie Tiefgaragen bieten in solchen Situationen die beste Zuflucht. Im Freien sollten Sie hingegen versuchen, Gräben oder Höhlen zu erreichen. Ebenfalls wichtig: Niemals direkt in die Explosion blicken! Der Explosionsblitz ist so energiereich ist, daß die Netzhaut verbrennen kann und akute Erblindungsgefahr besteht.

Hat man die nukleare Detonation, die Druckwelle und die Feuersbrunst nach der Explosion überlebt, ist die unmittelbare Gefahr für Leib und Leben allerdings noch lange nicht vorüber. Atombomben setzen bei ihrer Explosion enorme Mengen an radioaktiver Strahlung frei, die je nach Dosis unmittelbar tödlich ist oder zu schwerwiegenden Krebserkrankungen führen kann. Hierzu muß man wissen:

Die radioaktive Strahlung erreicht ihren Maximalwert nicht sofort nach der Explosion, sondern erst, wenn das aufgewirbelte Material aus dem Atompilz wieder zu Boden fällt: der sogenannte Fallout. Es bleibt also durchaus Zeit, um weitere Vorkehrungen zu treffen.

Langfristige Strategien

Was dann zu tun ist, führt Konarek in "Wie Sie einen Atomangriff überleben" detailliert aus. So ist es beispielsweise wichtig, die richtige Fluchtrichtung nach einem Nuklearwaffen-Abwurf zu wählen. Die Strahlung einer Atombombe geht nicht vom Explosionsherd selbst aus, sondern von den winzigen strahlenden Partikeln, die nach der Explosion in alle Winde verteilt werden.

Deswegen gilt es zu beobachten, in welche Richtung der Wind den Atompilz weht. Wird er von Ihnen weggeweht, haben Sie Glück im Unglück: Zusammen mit dem Atompilz werden auch die meisten radioaktiven Partikel von Ihnen weggeweht. Die beste Fluchtrichtung ist deswegen vom Pilz weg. Weht der Wind die Staubwolke auf Sie zu, dürfen Sie auf keinen Fall in Windrichtung flüchten. Die radioaktive Wolke holt Sie ganz sicher ein. Besser ist es, senkrecht zur Windrichtung zu fliehen. So bringen Sie Abstand zwischen sich und den Fallout.

Nicht immer kann man vor dem Fallout fliehen. Auch hier weiß Konarek Rat: Ein sicherer Unterschlupf muß her! Bedroht ist man in den ersten Tagen vor allem von der Radioaktivität. Eine Zuflucht unter der Erde, beispielsweise ein tiefer Keller, eine Höhle oder eine U-Bahn-Röhre, bietet dagegen den besten Schutz. Auch ein stabiles Gebäude kann die Radioaktivität etwas abschirmen. Wichtig ist, daß der Luftaustausch mit der Außenwelt nicht zu hoch ist, da mit der Luft auch die tödlichen radioaktiven Partikel in das Versteck geweht werden. Ein zugiger Tunnel kann deshalb zwar verlockend wirken, ist in Wahrheit aber eine Todesfalle.

Wo sind potentielle Ziele?

Dies alles - und noch viel mehr - muß man wissen, um sich nach einem nuklearen Angriff in

Sicherheit zu bringen und zu überleben. Für seinen Ratgeber "Wie Sie einen Atomangriff überleben" recherchierte Bestsellerautor Konarek monatelang, wertete kaum noch erhältliche Fachliteratur aus und sprach mit Waffenexperten und Soldaten der Bundeswehr. Darüber hinaus studierte der renommierte Survival-Experte annähernd 100 Augenzeugenberichte aus Hiroshima und Nagasaki. Konarek bringt in das Buch aber auch seine langjährigen Erfahrungen als professioneller Survivaltrainer ein.
In "Wie Sie einen Atomangriff überleben" erfahren Sie unter anderem, welche Regionen in Deutschland höchstwahrscheinlich Ziel eines Atomangriffs sein werden - und wann Sie über einen Umzug nachdenken sollten. Sie lesen, welche Wirkungen Atombomben genau haben, welche Folgen zu erwarten sind und welche Vorräte Sie wie anlegen sollten.
Lars Konarek erklärt, welche Ausrüstungsgegenstände und Medikamente überlebenswichtig sind, wie Sie Ihr Haus sicherer machen und einen Schutzraum einrichten können - und wie Sie im Ernstfall schnell und richtig reagieren. Denn das wird im Falle einer nuklearen Katastrophe von entscheidender Bedeutung sein!
Das Fazit des Autors: Sollte es zu Atomangriffen auf Deutschland kommen, werden diese die Schrecken konventioneller Kriege bei Weitem übertreffen. Aber: Man kann diese Katastrophe überleben! Das zeigen nicht nur die Ereignisse von Hiroshima und Nagasaki, sondern auch aktuelle Militärstudien. Wenn Sie die Ratschläge aus "Wie Sie einen Atomkrieg überleben" beherzigen, erhöhen Sie Ihre Überlebenschancen jedenfalls deutlich.
Lars Konarek: "Wie Sie einen Atomkrieg überleben", gebunden, 126 Seiten, durchgehend farbig illustriert. ...<<

Schweden: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Schweden sagen Stromleitungen nach Deutschland ab, weil es zu teuer wird**

Schwedens Energieministerin Ebba Busch sagt das Projekt "Hansa Power Bridge" ab.
Redaktion
Schweden stoppt den Bau des Projekts "Hansa PowerBridge", einer 300 Kilometer langen Stromleitung nach Deutschland.
Begründung: Instabilität des deutschen Strommarktes und schwankende Preise.
Das Projekt sollte, so hat Wirtschaftsminister Robert Habeck es gedacht, zur Stabilisierung und Integration erneuerbarer Energien beitragen.
Die geplante Hansa PowerBridge, eine bedeutende Stromverbindung zwischen Schweden und Deutschland, wird nicht realisiert. Die schwedische Regierung hat entschieden, das Projekt zu stoppen, da Bedenken hinsichtlich der Stabilität des deutschen Strommarktes bestehen. Diese Entscheidung fällt in eine Zeit, in der Deutschland massiv von Strom-Importen abhängig ist.
Schweden-Ministerin: Deutscher Strom-Markt nicht effizient
Die Schweden erteilen dem Projekt eine Absage, weil der deutsche Markt nicht effizient genug sei. "Wir können Südschweden, das ein großes Defizit in der Stromproduktion hat, nicht mit Deutschland verbinden, wo der Strommarkt heute nicht effizient funktioniert", sagte Energieministerin Ebba Busch. Dies berge die Gefahr höherer Preise und eines instabilen Strommarktes in Schweden.
Die Unsicherheit über den deutschen Energiemarkt ist ein zentraler Faktor für diese Entscheidung. Die hohen und schwankenden Strompreise sowie die Sorgen über die Netzstabilität haben die schwedischen Behörden veranlaßt, das Vorhaben zu überdenken. "Das deutsche Stromnetz funktioniert nicht effizient genug", betonte ein Sprecher des schwedischen Energieversorgers "Svenska kraftnät".
Die Hansa PowerBridge sollte eine 300 Kilometer lange Verbindung sein, die es ermöglichen würde, Strom aus erneuerbaren Energien effizient zwischen den beiden Ländern zu transportieren. Dieses Projekt wäre ein wichtiger Baustein für die Sicherstellung der Energieversor-

gung und die Stabilisierung der Strompreise in Deutschland gewesen. Die Absage der Hansa Power Bridge durchkreuzt die Pläne der Ampel-Regierung, das europäische Netz noch stärker zu verzahnen und ist gleichzeitig ein deutliches Zeichen an Wirtschaftsminister Robert Habeck, daß man energiepolitisch nicht immer die gleichen Pläne verfolge.<<

Serbien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Serbien-Präsident: "Weltkrieg in drei Monaten"**

Von *Sven Reuth*

Schock-Nachricht aus Belgrad: Im Interview mit dem Journalisten Roger Köppel kündigt der serbische Präsident Aleksandar Vucic an, sein Land bereite sich auf einen Weltkrieg in drei bis vier Monaten vor. Eine Armee aus dem Osten, die Deutschland überrollt und eine dreitägige Finsternis, die viele Menschen nicht überleben - das hat der Seher Alois Irlmaier prophezeit. Wo findet man in einem solchen Szenario noch einen sicheren Ort? Der Prophetie-Experte Stephan Berndt verrät es in seinem Buch Refugium. …

Das hat man in dieser Deutlichkeit noch nie gehört: In einem Interview mit der Schweizer Weltwoche hat der serbische Präsident Aleksandar Vucic eine fürchterliche Vorhersage gemacht. In dem ausführlichen Gespräch äußerte er, daß Serbien seine Reserven an Öl, Mehl und Zucker überwacht. Er begründete dies mit der Annahme, daß in drei bis vier Monaten ein großer Krieg ausbrechen könnte.

"Wir überprüfen die Lebensmittelvorräte"

Wortwörtlich erklärte der serbische Präsident: "In 3-4 Monaten wird es einen Weltkrieg geben - wir überprüfen die Vorräte an Öl, Mehl, Zucker."

Festzuhalten ist, daß Vucic zu den wenigen europäischen Regierungschefs gehört, die über gute Kontakte sowohl in das prorussische wie auch in das westliche Lager verfügen.

So wußte der serbische Regierungschef bereits im Herbst 2021, daß die geplante NATO-Übung in der Ukraine im März 2022 nicht stattfinden werde und gab diese Information an einen österreichischen Journalisten weiter.

"Werden eine Katastrophe erleben"

Weiter sagte Vucic in dem Interview: "Ich wünsche mir den Frieden, während viele andere Führungskräfte sich einen Sieg der einen oder der anderen Seite wünschen. Wenn man diesen Ansatz verfolgt, dann ist auch alles andere anders. ... Wenn man aber eine Rhetorik verfolgt, wonach alles von Tag zu Tag schlimmer wird, dann kann man einen Satz des berühmten Historikers Taylor nachvollziehen: 'der Zug ist abgefahren und niemand kann ihn stoppen'." ... Wenn die Großmächte nun innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums nichts unternehmen, dann bin ich mir sicher, daß wir eine ziemliche Katastrophe erleben werden."

Diese Worte erscheinen um so beängstigender, da sie von einem absoluten Insider stammen, der sicherlich weit besser über viele Erwägungen des Kremls informiert ist als die meisten anderen Regierungschefs. Europa scheint wie 1914 erneut in eine fürchterliche Katastrophe zu schlafwandeln und wieder scheint es niemanden zu geben, der diese aufhält oder auch nur aufhalten will.

Eine Armee aus dem Osten, die Deutschland überrollt und eine dreitägige Finsternis, die viele Menschen nicht überleben - das hat der Seher Alois Irlmaier prophezeit. Wo findet man in einem solchen Szenario noch einen sicheren Ort? Der Prophetie-Experte Stephan Berndt verrät es in seinem Buch Refugium.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 17. Juni 2024 (x1.384/…): >>**Serbischer Präsident warnt vor großem Krieg**

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Aleksandar Vucic sieht Europa auf dem Weg in eine Katastrophe / Frieden in der Ukraine wichtiger als Sieg einer Seite

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic sieht Europa auf dem Weg in eine hochgefährliche

Konfrontation. Alle Zeichen stehen auf einen großen Krieg, erklärte Vucic in einem Interview mit der Schweizer "Weltwoche" (8. Juni). Weder Rußland noch der Westen könnten sich eine Niederlage im derzeitigen Ukraine-Krieg leisten. Nachdem auch die Vereinigten Staaten und andere NATO-Länder der Ukraine erlaubt hatten, mit den von ihnen gelieferten Waffen Ziele auf russischem Gebiet anzugreifen, könne es bereits in drei bis vier Monaten oder noch früher zu einer "echten Katastrophe" kommen, befürchtet das serbische Staatsoberhaupt.
USA und NATO könnten sich eine Niederlage in der Ukraine nicht erlauben, denn der "kollektive Westen" würde dadurch seine geopolitische Herrschaftsposition unwiederbringlich verlieren. Zudem würde dies die "Büchse der Pandora" für weitere Feindseligkeiten gegen die westlichen Mächte in anderen Teilen der Welt öffnen.
Auch Rußland werde alles tun, um im Ukraine-Krieg eine eigene Niederlage zu verhindern, unterstrich der 54-Jährige. Denn sonst wäre die russische Staatlichkeit als solche bedroht. Westliche Staatsführer vermuteten möglicherweise, daß sie die Ukraine nutzen könnten, um Rußland zu schwächen und das Land anschließend zu zerschlagen sowie den russischen Präsidenten zu stürzen, vermutet er. "Ich glaube, man unterschätzt Rußland und Putin."
Vucic verurteile den russischen Einmarsch in das ukrainische Territorium, aber der Konflikt sei weitaus komplizierter. Die Minsker Vereinbarungen seien zuvor beispielsweise immer wieder gebrochen worden. Statt den Sieg der einen oder anderen Seite zu erhoffen, plädiere er für Frieden, betonte der serbische Präsident. Zu viele würden nur vom Krieg sprechen.
Die Rhetorik werde von Tag zu Tag schlimmer. Frieden sei schon "fast ein verbotenes Wort". Aktuell benähmen sich viele Politiker in Europa wie "große Helden". Sie hätten ihren Bürgern aber nicht gesagt, daß sie im Kriegsfalle einen sehr hohen Preis zahlen werden. Welcher europäische Staatsführer sei bereit, Millionen Menschen zu verlieren, fragte Vucic.
Er erinnerte daran, daß ein Friedensabkommen im Ukraine-Krieg im Frühjahr 2022 bereits sehr nahe gewesen sei und daß es auch im Herbst 2022 nach erfolgreichen Vorstößen der ukrainischen Armee in der Region Charkow einen gut geeigneten Moment für Verhandlungen gegeben habe. Allerdings seien diese Chancen nicht genutzt worden. Dabei sei es besser einen schnellen Waffenstillstand in der Ukraine zu vereinbaren und anschließend über Jahrzehnte hinweg weiter zu verhandeln, als auch nur einen Tag kriegerischer Auseinandersetzung in Europa zu erleben, betonte der ausgebildete Jurist. Er sei "nicht bereit, einen einzigen Mann zu verlieren". Sein Land werde sich nicht am Krieg beteiligen.
Vucic, der als Fernsehreporter und späterer Parlamentsabgeordneter und Informationsminister in den 1990er Jahren mehrere Kriege in seinem Heimatland erlebte, kritisierte zudem die "Doppelmoral" des Westens. In diesem Zusammenhang erinnerte er an das Kosovo.
Infolge des völkerrechtswidrigen NATO-Angriffs auf Jugoslawien, an dem sich auch Deutschland beteiligt hatte, wurde die Region Kosovo 1999 aus dem serbischen Staatsgebiet herausgelöst. Wladimir Putin habe auf diesen westlich geschaffenen Präzedenzfall kürzlich erneut in einer Rede hingewiesen und die Heraustrennung des Gebiets mit der Abtrennung der Donbassrepubliken seit 2014 aus der Ukraine verglichen. Westliche Länder könnten aufgrund ihrer eigenen Verstrickungen keine völkerrechtlich angemessene Antwort hierauf geben.
Bis heute ist der völkerrechtliche Status des Kosovo umstritten. Die USA errichteten dort die Militärbasis "Camp Bondsteel" - ihren weltweit drittgrößten Stützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten. Serbien, das weder NATO-, noch EU-Mitglied ist, ist laut seinem Präsidenten ein unabhängiges und souveränes Land, das mit allen Staaten in der Welt zusammenarbeitet. Er sei genauso bereit, mit der EU zu kooperieren wie mit China, Ägypten oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, erklärte Vucic.
Zu seinen persönlichen Werten gehörten der Respekt vor Unterschieden und unterschiedlichen Ansätzen in verschiedenen Ländern. Sein Traum sei, Frieden und Stabilität in Serbien zu bewahren. Das Land habe im 20. Jahrhundert zahllose Kriege erlebt, unterstrich Vucic. Das dür-

fe sich nicht wiederholen. Im Ersten Weltkrieg habe Serbien rund 29 Prozent seiner Bevölkerung verloren - mehr als jedes andere beteiligte Land.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29419" berichtet am 17. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Gezielt geplant: Deutsche Wirtschaft im freien Fall**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck verkündete kürzlich, daß der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft "im Grunde so geplant war". Wie bitte?! Sie haben richtig gehört: Bereits ein vor zwei Jahren geleaktes Dokument der einflußreichen Denkfabrik RAND-Corporation zeigt Pläne zur sukzessiven Zerstörung der deutschen Wirtschaft auf. Wie ist der aktuelle Stand? Ein Wirtschaftskrimi …

Die deutsche Wirtschaft geht den Bach runter. Ob schon die tiefste Stelle der Talsohle erreicht ist, bleibt abzuwarten. Aber laut den Wirtschaftsnachrichten der Tagesschau bildet Deutschland schon jetzt das Schlußlicht der Industrieländer. Vor dieser Kulisse hat der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck einen interessanten Auftritt vor Vertretern der Bauwirtschaft am "Wohnungsbau-Tag 2024" hingelegt. Er sagte am 11. April 2024 wörtlich:

"23 war für die Bau- und Wohnungswirtschaft ein annus horribilis. Man kann es nicht anders benennen: ein ganz, ganz schlechtes Jahr. Die politische Hintergrundmusik ist natürlich, und das soll überhaupt nicht zynisch klingen, daß das im Grunde so geplant war. Wenn ich es aussprechen darf: Die hohe Inflation, ausgelöst, und das ist noch einmal, das darf man nicht vergessen, die Ursache ganz vieler der drängenden, akuten wirtschaftlichen Probleme der letzten anderthalb Jahre, ausgelöst durch Putins Angriffskrieg."

Die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank in den letzten 2 Jahren wären eine Reaktion auf die hohe Inflation und damit eine Folge dieses Krieges, führt Habeck weiter aus. Habeck läßt daraufhin noch einmal tief blicken: "Und man muß ja sagen, das ist der Sinn, im gewissen Sinne, und es klingt sehr zynisch oder grausam, ich will es gleich auflösen, aber das ist ja nicht aus Versehen passiert, sondern das war der Sinn der Zinserhöhung gewesen, daß bestimmte Investitionen jetzt nicht getroffen werden. So hat die Europäische Zentralbank es aufgesetzt: Das ist der Sinn von höheren Zinsen, daß die Wirtschaft sich abkühlt."

Habeck spricht öffentlich von einem geplanten Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Und die private Europäische Zentralbank bewirkt mit ihrer Zinspolitik absichtlich eine "Abkühlung" der Wirtschaft. Was geht hier eigentlich vor? Wer soll hier was und warum geplant haben? Gehen wir dem auf den Grund!

Im September 2022 wurde ein vertrauliches Dokument der US-amerikanischen Denkfabrik RAND-Corporation unter dem Namen "Schwächung Deutschlands, Stärkung der USA" durch Thomas Röper von Anti-Spiegel bekannt. Dieses Dokument offenbart den Plan der Konsolidierung des schwächelnden US-amerikanischen Wirtschafts- und Finanzmarktes auf Kosten der EU, insbesondere Deutschlands. Kla.TV berichtete darüber in der Sendung "Vertraulich: Plan zur Zerstörung der deutschen Wirtschaft".

Zwei Jahre nach Veröffentlichung stellt sich nun die Frage: Ist der Plan der USA aufgegangen?

Um diese Frage zu beantworten, werden im Folgenden Aussagen des RAND-Papiers den Vorkommnissen der letzten zwei Jahre und ihren Auswirkungen auf Deutschland gegenüber gestellt.

Dank unserer präzisen Aktionen war es möglich, die Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 trotz des Widerstands der Lobbyisten aus der Stahl- und Chemieindustrie zu verhindern.

Die zwei Gas-Pipelines von Nord Stream 2 wurden tatsächlich nie in Betrieb genommen. Am 26. September 2022 wurden beide Pipelines von Nord Stream 1 und eine Pipeline von Nord Stream 2 bei einem Anschlag zerstört. Die Sabotage wurde bisher von den Deutschen Behörden nicht aufgeklärt. Der US-Präsident Joe Biden persönlich hatte den Anschlag zuvor offen

angedroht.
Der einzig gangbare Weg, Deutschlands Ablehnung russischer Energielieferungen zu garantieren, ist die Einbindung beider Seiten in den militärischen Konflikt in der Ukraine. Unser weiteres Vorgehen in diesem Land wird unweigerlich zu einer militärischen Antwort Rußlands führen. ... Das würde es ermöglichen, Rußland zum Aggressor zu erklären und das gesamte Paket der zuvor vorbereiteten Sanktionen gegen das Land anzuwenden.
Am 24. Februar 2022 startete der Rußland-Ukraine-Krieg, wie im RAND-Papier vorkalkuliert. Deutschland wurde in den Konflikt mit eingebunden durch:
1. gemeinsam mit der EU verhängte Sanktionen, die Deutschland Milliardenverluste bescheren.
2. Lieferungen von Munition und Kriegsgerät in die Ukraine- die als direkte Unterstützung der ukrainischen Kriegshandlungen gegen Rußland gewertet werden können.
3. Aufnahme und Versorgung von ca. 1,2 Mio. ukrainischen Flüchtlingen.
4. durch milliardenschwere Zuschüsse an die Ukraine.
Die Voraussetzung dafür, daß Deutschland in diese Falle tappen kann, ist die führende Rolle der grünen Parteien und Ideologie in Europa. Die deutschen Grünen sind eine stark dogmatische, wenn nicht gar eifrige Bewegung, was es recht einfach macht, sie dazu zu bringen, wirtschaftliche Argumente zu ignorieren. In dieser Hinsicht übertreffen die deutschen Grünen ihre Pendants im übrigen Europa. Persönliche Eigenschaften und die mangelnde Professionalität ihrer Führer - allen voran Annalena Baerbock und Robert Habeck - lassen vermuten, daß es für sie nahezu unmöglich ist, eigene Fehler rechtzeitig zuzugeben.
So wird es ausreichen, das mediale Bild von Putins aggressivem Krieg schnell zu formen, um die Grünen zu glühenden und hartgesottenen Befürwortern von Sanktionen zu machen, zu einer "Partei des Krieges". Auf diese Weise kann das Sanktionsregime ohne Hindernisse eingeführt werden. Die mangelnde Professionalität der derzeitigen Führer wird auch in Zukunft keinen Rückschlag zulassen, selbst wenn die negativen Auswirkungen der gewählten Politik deutlich genug werden.
Die Partner in der deutschen Regierungskoalition werden ihren Verbündeten einfach folgen müssen - zumindest so lange, bis die Last der wirtschaftlichen Probleme größer ist als die Angst, eine Regierungskrise zu provozieren. ... Die Beteiligung Deutschlands an umfangreichen Waffen- und Rüstungslieferungen an die ukrainische Armee wird unweigerlich ein starkes Mißtrauen in Rußland hervorrufen, was den Verhandlungsprozeß ziemlich langwierig machen wird.
Die beiden Grünen-Politiker Annalena Baerbock und Robert Habeck wurden mit Regierungsgeschäften durch die Wahl im Dezember 2021 betraut.
Die deutsche Bundesaußenministerin Baerbock treibt seitdem breitflächig Deutschlands Unterstützung für die Ukraine voran, notfalls auch am Wählerwillen vorbei (31. August 2022): "Aber wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe, wir stehen euch bei, so lange ihr uns braucht, dann will ich das halten. Unabhängig davon, was meine deutschen Wähler denken, will ich es einhalten gegenüber den Menschen in der Ukraine. ... Aber wenn wir es brauchen, muß es (das Sanktionspaket, Anmerkung der Redaktion) so lange halten, wie die Ukraine uns braucht. Und der Winter steht vor der Tür ...
Leute werden auf die Straße gehen und sagen: Wir können unsere Energierechnungen nicht bezahlen. Und ich werde sagen: Ja, ich weiß ... Aber ich will nicht sagen: Okay, wir stoppen die Sanktionen gegen Rußland. Wir werden der Ukraine beistehen, und das bedeutet, daß auch die Sanktionen bestehen bleiben, auch im Winter, ..."
Die EU-Sanktionen gegen Rußland zeigen auf russischer Seite mittlerweile wenig Erfolg. Die russische Wirtschaft hat z.B. in Indien und China andere Abnehmer für Rohöl gefunden. Sie schaden bisher nur einseitig der EU selbst, im Besonderen aber Deutschland.

Ein Beispiel für die Schädigung Deutschlands durch Sanktionen ist die schwierige Beschaffung von Öl und Gas. Andere Länder, wie Österreich, beziehen per Vertrag mit Rußland weiterhin russisches Gas. Deutschland dagegen importiert ebenfalls russisches Öl und Gas, nur eben auf Umwegen und deshalb viel teurer.
Hören Sie dazu die Politikerin und Ökonomin Sahra Wagenknecht zu Gast bei Markus Lanz, im September 2023: "Ja, bei Öl zum Beispiel, gibt es eine Pipeline, die geht nach Schwedt, die haben wir still gelegt. Jetzt holen wir das Öl, das russische Öl wohlgemerkt, über Indien auf dem Schiffsweg. ... Wir kaufen ja immer noch russisches Gas. Nur wir kaufen jetzt über Belgien Flüssiggas. Das also in Rußland verflüssigt wird, dann geht es nach Belgien, da wird es wieder gasifiziert und wir importieren jetzt Gas aus Belgien. Das ist natürlich kein russisches Gas, weil es hat ja einen Riesenbogen gemacht."
Die Strompreise hängen von den Preisen für Gas ab, weil das importierte Gas auch für die Stromerzeugung genutzt wird. Den größten Teil des Strompreises machen aktuell mit etwa 50 % die Beschaffungskosten aus.
Vor den Wahlen in 2021 wurde Annalena Baerbock als aussichtsreiche Kandidatin für das Bundeskanzleramt gehandelt. Im Mai des gleichen Jahres hatte sie einen bemerkenswerten Auftritt bei dem von dem Atlantic Council und der Atlantik-Brücke (eingetragener Verein, Teil des transatlantischen Netzwerks und privates Forum) gemeinsam organisierten "EU-US & Future Forum". Baerbocks Hauptbotschaft bei dieser Veranstaltung war, daß sie "auf der gleichen Wellenlänge wie US-Präsident Joe Biden sei". So verkündete sie dort, daß es mit ihr keine Wiederaufnahme des Projektes der Erdgaspipeline Nord Stream 2 geben würde.
Der Auftrag der US-amerikanische Denkfabrik Atlantic Council ist die "Förderung der Führungsrolle der USA" auf "Basis der atlantischen Gemeinschaft". Bekannt dürfte auch Baerbocks Hintergrund sein, dem sie ihre steile Karriere verdankt: Sie absolvierte das Young Global Leaders Forum des WEF (Weltwirtschaftsforum, englisch: Word Economic Forum). Dieses Ausbildungsprogramm gilt Kritikern als "Kaderschmiede für die im WEF organisierten Großkonzerne", welches "künftige politische Führungskräfte" heranbildet, die sich "als hinreichend ehrgeizig und lenkbar erweisen."
Dem deutschen Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck soll es, laut RAND, an Professionalität mangeln.
Dazu hat Sahra Wagenknecht auch etwas zu sagen: "Es ist ja keine irgendwie durchdachte planvolle Politik, weder in Richtung auf Klimabelange noch in Richtung auf soziale. Es ist einfach kurzsichtig, es ist dilettantisch. Es ist teilweise auch inkompetent. Denn das Heizungsgesetz (Anmerkung der Redaktion:
Das Heizungsgesetz entstand unter Habecks Federführung), zum Beispiel, hat jetzt ja sogar die Wärmepumpenbranche ausgebremst. Also, die brechen gerade ein, weil das alles so völlig falsch gemacht wurde. Aber es ist auch da. Wir brauchen auch ein langfristiges Konzept, wo kommt der Strom her. Also wenn immer mehr auf E-Auto und Wärmepumpe gesetzt wird, die brauchen Strom. Dafür hat aber die Regierung kein Konzept."
Auch Robert Habeck trat bei einem vom Atlantic Council und der Atlantik-Brücke veranstalteten "Transatlantic Forum on GeoEconomics" im September 2023 in Berlin auf. Zudem wird er auf der Seite des WEF gelistet, vertritt somit die vom WEF angestrebte Agenda 2030.
Baerbock und Habeck werden beide als "Neuatlantiker" beim Atlantic Council geführt. Angesichts dieser Vernetzungen werden die Interessen, die Annalena Baerbock und Robert Habeck in Wirklichkeit vertreten, nur allzu deutlich.
Auch die Formung des "medialen Bildes von Putins aggressivem Krieg", in Folge dessen "die Grünen zu glühenden und hartgesottenen Befürwortern von Sanktionen" werden, dürfte aufgegangen sein. Sowohl an die 100 Chefredakteure der Leitmedien, einschließlich der staatsfinanzierten, als auch diverse Grünen-Politiker sind im gleichen transatlantischen Netzwerk der

"Atlantik-Brücke e.V." eingebunden.
Die Atlantik-Brücke hat ihre Wurzeln bei der Finanzelite und dem von Rockefeller gegründeten Council on Foreign Relations, CFR, (Rat für auswärtige Beziehungen). Über Einbindung von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien von beiden Seiten des Atlantiks in dieses Netzwerk, wird die deutsche Politik und Medienlandschaft gesteuert.
Eine Verringerung der russischen Energielieferungen - im Idealfall ein völliger Stopp dieser Lieferungen - hätte katastrophale Folgen für die deutsche Industrie. ... In den größten Betrieben der Chemie-, Metallurgie- und Maschinenbauindustrie ist ein völliger Stillstand wahrscheinlich, da sie praktisch keine freien Kapazitäten haben, um den Energieverbrauch zu senken. Das könnte zur Schließung von Unternehmen mit kontinuierlichem Zyklus führen (z.B. Hochöfen der Stahlindustrie müssen ständig betrieben werden), was deren Zerstörung bedeuten würde.
Tatsächlich ist die energieintensive Industrie seit 2022 massiv eingebrochen. Am Beispiel der Stahlindustrie läßt sich Folgendes feststellen: 2023 war das produktionsschwächste Jahr seit der Energiekrise 2021.
Eine Unterbrechung der russischen Lieferungen kann durchaus eine Systemkrise auslösen, die für die deutsche Wirtschaft und indirekt für die gesamte Europäische Union verheerend wäre. ... Die kumulierten Verluste der deutschen Wirtschaft lassen sich nur ungefähr abschätzen. ... Wir sprechen hier nicht von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums, sondern von einer anhaltenden Rezession und einem Rückgang des BIP allein bei der materiellen Produktion um drei bis vier Prozent pro Jahr in den nächsten fünf bis sechs Jahren.
In den letzten beiden Jahren erlebten wir in Deutschland:
- rapide steigende Energiepreise,
- wirtschaftlicher Abschwung/Rezession,
- Sterben von Unternehmen: in 2023 haben 15.000 Firmen Insolvenz angemeldet – 26 % mehr als im Jahr zuvor,
- Schrumpfen der Wirtschaftsleistung,
- Sinken des Bruttoinlandsproduktes (BIP): im vierten Quartal von 2023 um 0,3 %,
- Rekordinflation: im April 2023 lag die Inflationsrate bei 7,2 %,
- steigende Lebenshaltungskosten:
die Teuerungsrate betrug im gleichen Zeitraum 5,8 %.
Eine weitere unvermeidliche Folge einer lang anhaltenden wirtschaftlichen Rezession wird ein starker Rückgang des Lebensstandards und eine steigende Arbeitslosigkeit sein (200.000 bis 400.000 allein in Deutschland), was die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften und gut ausgebildeten jungen Menschen zur Folge haben wird. Es gibt heute buchstäblich keine anderen Ziele für eine solche Migration als die Vereinigten Staaten.
Im Jahr 2022 verließen 270.000 Deutsche ihr Land, größtenteils im arbeitsfähigen Alter und die Mehrheit davon hoch qualifiziert. Die Auswanderungsziele sind vor allem die Nachbarländer Österreich und Schweiz, aber auch in die USA wird ausgewandert - Arbeitskräfte, die der deutschen Wirtschaft fehlen. Auch im Jahr 2023 hielt der Abwanderungstrend ungebrochen an. Für 2024 wird eine steigende Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich 2,8 Mio. erwartet - der höchste Stand seit 2015.
Wir stellen fest: Im Großen und Ganzen ist das für Deutschland von der RAND Corporation geplante Szenario genauso eingetroffen, wie beabsichtigt. Die RAND Corporation wurde nach Ende des Zweiten Weltkriegs eigens dafür gegründet, um die Streitkräfte der USA zu beraten. Sie berät die US-Regierung v.a. bei der militärischen Planung - so geschehen im Vietnamkrieg, Koreakrieg und im Kalten Krieg.
Laut William F. Engdahl ist RAND vor allem eine Frontorganisation des Auslandsgeheim-

dienstes der Vereinigten Staaten, der CIA. Mit Hilfe der Berater von RAND wurden der jugoslawische Präsident Slobodan Milosević gestürzt und die Farbrevolutionen in verschiedenen Ländern in Gang gesetzt: 2004 in der Ukraine, 2003 in Georgien, 2010 bis 2012 im Arabischen Frühling und 2013 bis 2014 auf dem Maidan in der Ukraine. Nun war Deutschland an der Reihe: Denn was ist das vorliegende RAND-Dokument anderes als ein gezielter Angriffsplan auf die deutsche Wirtschaft mittels des realen Krieges zwischen Rußland und der Ukraine?

Zusammenfassend läßt sich sagen:

- Wirtschaftsminister Robert Habeck hat mit seinen Äußerungen am "Wohnungsbau-Tag 2024" den wahren Sachverhalt des geplanten Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft zugegeben. Zusammen mit Annalena Baerbock treibt er den wirtschaftlichen Totalbankrott Deutschlands voran.
- Habeck und Baerbock handeln offensichtlich im Interesse der USA, gesteuert durch ihre Einbindung in transatlantische Netzwerke wie das Atlantic Council.
- Das im RAND-Dokument für Deutschland vorgesehene Szenario ist eingetroffen: die einst stärkste Volkswirtschaft Europas ist eingebrochen und bildet nunmehr das Schlußlicht der Industrieländer.
- Die deutschen Qualitätsmedien, ebenfalls in transatlantischen Netzwerken vertreten, unterstützen die Politiker in dem von den USA vorgegebenen Kurs.

Werte Zuschauer, wie Sie sehen, stecken hinter der desolaten deutschen Wirtschaftssituation ganz andere Ursachen als auf den ersten Blick ersichtlich. Auch liefert das RAND-Dokument einen ganz anderen Blickwinkel auf den Zweck hinter dem Ukraine-Rußland-Krieg. Der eigentliche Krieg, der sich durch das RAND-Dokument und die Verflechtungen deutscher Politiker zeigt, ist ein verdeckter, wenig offensichtlicher, ja ein hybrider Krieg. Es ist der Krieg von elitären Kreisen gegen die Völker. Eigens von der Elite ausgebildete und hochgepushte Marionetten sind deren Verbündete im Krieg gegen die Bevölkerung.

Alle Ereignisse, die weltweit geschehen - ob Krisen, Kriege oder sogar Naturkatastrophen - sollten genau betrachtet und untersucht werden, um die wahren Ursachen und Verursacher zu erkennen und deren Spiel zu durchschauen. Denn jetzt ist die Zeit, in der ganze Völker aufwachen und einfach nicht mehr mitspielen.<<

18.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 18. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Islamistische Landnahme am Dresdner Elbufer: Hunderte Muslime folgen Muslimbruderschaft und skandieren "Allahu Akbar"**

Hunderte Gläubige versammelt am Dresdner Elbufer.

Jan A. Karon

In Dresden haben sich am Wochenende hunderte Muslime am Elbufer versammelt, um anläßlich des Opferfests gemeinsam zu beten. Der Verein "Marwa Elsherbiny Zentrum" aus Dresden veröffentlichte auf der eigenen Facebook-Seite zahlreiche Videos und Fotos von der öffentlichen Versammlung. Der Veranstalter gilt als Anlaufstelle von Islamisten in Sachsen.

Auf den Videos ist zu sehen, wie hunderte Gläubige sich auf Gebetsteppichen versammeln und in der Öffentlichkeit beten. Die Gebete werden auf Arabisch abgehalten. Die Gläubigen, darunter laut Tag24 Pakistaner, Syrer, Afghanen, Jordanier und Algerier, sind dabei geschlechtergetrennt aufgereiht. Alle Frauen sind verschleiert, teilweise in Niqab. Einige der Gläubigen tragen traditionell religiöse Kluften wie Abayas oder Qamis sowie Gebetsmützen. Ein Mann fungiert als Vorbeter und stimmt zum Gebet an. Das Geschehen wird mit mehreren Kameras, darunter Drohnen, dokumentiert.

Laut der Polizei habe es zudem am Sonntag mehrere Beschwerden von Anwohnern wegen Lärmbelästigung gegeben. Laut des Portals Tag24 seien Bewohner der Johannstadt, also des

Viertels, wo die Versammlung stattfand, bereits in den frühen Morgenstunden von "Allahu Akbar-Rufen" geweckt worden. Die Veranstaltung war laut Stadt Dresden nicht genehmigungsbedürftig, wurde aber vom Umweltamt auf Lärmbelange geprüft. Die Fläche sei über einen Mietvertrag zur Verfügung gestellt worden. Das Opferfest von vergangenem Sonntag stellt den Höhepunkt des Pilgermonats dar; es ist das bedeutendste Fest im Islam.

Ideologie der Muslimbruderschaft am Elbufer

Brisant: Bei der Glaubensstätte und dem Verein handelt es sich laut sächsischem Verfassungsschutz um Islamisten. "Vorstand und somit Entscheidungsträger des Kulturzentrums ist Dr. Saad Elgazar, welcher der Muslimbruderschaft zuzuordnen ist." Elgazar ist auch der Mann im Video, der als Vorbeter fungiert.

Elgazar hatte in Vergangenheit laut Verfassungsschutz im Internet Beiträge von führenden und einflußreichen Vertretern der Muslimbruderschaft verbreitet, darunter von Yusuf Al-Qaradawi (inoffizielle Leitfigur und Chefideologe), Hassan Al Banna (Gründer der Muslimbruderschaft) und Sayyid Qutb (ehemaliger Hauptideologe).

Züchtigung von Frauen durch nicht-heftiges Schlagen

Auch andere Vereinsmitglieder und Aktiven hätten Kontakte zu Strukturen der Muslimbruderschaft. Nach außen hin setze der Verein "auf die Förderung der Kultur, der Religion und der Integration von Migranten in die hiesige Gesellschaft" mit Betonung der Völkerverständigung und Toleranz, "getarnt unter diesem Deckmantel ist das Marwa Elsherbiny Kulturzentrum jedoch vielmehr bestrebt, den hier lebenden Muslimen die extremistische Ideologie der Muslimbruderschaft nahezubringen".

Zahlreiche Äußerungen der Vereinsmitglieder seien antisemitisch und bestreiten das Existenzrecht Israels; zudem sei die Ideologie des Kulturzentrums streng antifeministisch. So soll Elgazar im Rahmen seiner Imam-Tätigkeit auch zu Themen wie "zeitgenössische Familienprobleme", "Ehestreitigkeiten" und "Umgang mit Frauen" gepredigt haben. "Seiner Ansicht nach sollen (widersetzliche) Ehefrauen, gemäß religiösen Texten, durch Ermahnung, das Meiden im Ehebett und nicht heftiges Schlagen "therapiert" werden", heißt es von Seiten des Verfassungsschutzes.

"Durch die Flüchtlinge sind wir mehr geworden"

Für den Verein ist die Veranstaltung indes Grund zur Freude. Eine Muslima berichtete gegenüber Tag24: "Vor einigen Jahren haben vielleicht zwanzig Muslime gemeinsam gefeiert. Durch die Flüchtlinge sind es immer mehr geworden, was uns freut. Die Feier heute war sehr harmonisch."

Der Verein selbst hat Dutzende Fotos und vier Videos der Veranstaltung in sechs einzelnen Beiträgen auf der eigenen Facebook-Seite veröffentlicht, darunter einen Beitrag der Stadt Dresden. Diese "wünschen allen Musliminnen und Muslimen ein gesegnetes Opferfest."

Der Beitrag ist gelabelt mit dem Emoji eines islamischen Halbmondes.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. Juni 2024 (x1.383/…):

>>**Länder und Kommunen beschäftigen immer mehr Menschen**

Länder und Kommunen beschäftigen immer mehr Mitarbeiter. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst der Länder und der Gemeinden stieg seit 2008 um 12,5 Prozent, wie aus einer Untersuchung der Ifo-Niederlassung Dresden hervorgeht, die am Dienstag veröffentlicht wurde. "Besonders an den Hochschulen wurden in den vergangenen 15 Jahren neue Stellen geschaffen", sagte Xenia Frei, Expertin für öffentliche Finanzen. In diesem Bereich baute der Osten stärker aus als der Westen.

Während 2008 noch 13 Prozent mehr Hochschulpersonal je Einwohner im Westen arbeitete, schrumpfte dieser Vorsprung bis 2021 auf nur noch 4,5 Prozent. Gemessen wurde die Beschäftigung in Vollzeitstellen. Der Teilzeitanteil hat daher keine Auswirkung auf die Untersuchungsergebnisse. "Die Gemeinden bauen ihre Verwaltung aus und stellen mehr Personal in

Tageseinrichtungen für Kinder ein", so Frei weiter. In der Kinderbetreuung stieg die Beschäftigung sogar um 54 Prozent. Im Westen war das Wachstum mit 63 Prozent deutlich größer als im Osten mit 39.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Öffentliche Schulden steigen auf 2,46 Billionen Euro**

Der Öffentliche Gesamthaushalt ist beim nicht-öffentlichen Bereich zum Ende des ersten Quartals 2024 mit 2.461,4 Milliarden Euro verschuldet gewesen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Dienstag mitteilte, stieg die öffentliche Verschuldung damit gegenüber dem Jahresende 2023 um 0,6 Prozent oder 15,7 Milliarden Euro.

Gegenüber dem ersten Quartal 2023 erhöhte sich der Schuldenstand um 2,3 Prozent oder 54,7 Milliarden Euro. Ohne die Einbeziehung der Schulden aller öffentlich bestimmten Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ab dem zweiten Quartal 2023 hätte dieser Anstieg lediglich 1,9 Prozent oder 45,8 Milliarden Euro betragen.

Zum nicht-öffentlichen Bereich gehören Kreditinstitute sowie der sonstige inländische und ausländische Bereich, zum Beispiel private Unternehmen im In- und Ausland. Die Schulden des Bundes stiegen im ersten Quartal 2024 gegenüber dem Jahresende 2023 um 0,4 Prozent beziehungsweise 6,5 Milliarden Euro. Die Verschuldung des Sondervermögens "Wirtschaftsstabilisierungsfonds Corona" sank um 3,4 Milliarden Euro auf 33,6 Milliarden Euro (-9,1 Prozent), während das im Juli 2022 errichtete "Sondervermögen Bundeswehr" im gleichen Zeitraum einen Schuldenanstieg um 38,8 Prozent oder 2,3 Milliarden Euro auf nunmehr 8,1 Milliarden Euro verzeichnete.

Das Sondervermögen "Wirtschaftsstabilisierungsfonds-Energie" wurde zum Jahresende 2023 aufgelöst und die Schulden in den Kernhaushalt des Bundes überführt. Die Länder waren zum ersten Quartal 2024 mit 602,3 Milliarden Euro verschuldet, das war ein Zuwachs um 1,2 Prozent oder 6,9 Milliarden Euro gegenüber dem Jahresende 2023, so das Bundesamt.

Am prozentual stärksten stiegen gegenüber dem Jahresende 2023 die Schulden in Mecklenburg-Vorpommern (+9,7 Prozent), Sachsen-Anhalt (+8,6 Prozent) und Berlin (+7,3 Prozent). Die stärksten prozentualen Schuldenrückgänge wurden für Baden-Württemberg (-5,8 Prozent), Sachsen (-3,4 Prozent) und Hamburg (-3,3 Prozent) ermittelt und ergaben sich aufgrund niedrigerer Wertpapieremissionen und Kreditvergaben infolge von nicht benötigter Liquidität.

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden nahm die Verschuldung zum Ende des ersten Quartals 2024 im Vergleich zum Jahresende 2023 um 1,4 Prozent oder 2,2 Milliarden Euro auf 156,1 Milliarden Euro zu.

Den höchsten prozentualen Schuldenanstieg wiesen die Gemeinden und Gemeindeverbände in Mecklenburg-Vorpommern (+8,1 Prozent) auf, gefolgt vom Saarland (+6,1 Prozent) und Schleswig-Holstein (+5,6 Prozent).

Bei den saarländischen Kommunen ist zu beachten, daß seit dem 1. Januar 2020 bis zum 31. März 2024 insgesamt 801,3 Millionen Euro im Rahmen des "Saarlandpakts" durch das Land abgelöst wurden. Einen Rückgang der Verschuldung gab es lediglich in Rheinland-Pfalz (-2,8 Prozent), Thüringen (-1,1 Prozent) sowie in Hessen (-0,1 Prozent). Die Verschuldung der Sozialversicherung sank im ersten Quartal 2024 gegenüber dem Jahresende 2023 um 0,2 Millionen Euro (-1,1 Prozent) auf 22,1 Millionen Euro.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Bildungssystem überfordert: Lehrerverband schlägt Alarm wegen Migranten-Klassen**

Immer mehr Schüler sprechen entweder kaum oder gar nicht Deutsch. Die Folgen für das Bildungssystem sind gravierend. Deutliche Worte kommen nun vom Deutschen Lehrerverband.

BERLIN. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Stefan Düll, hat vor einer Überlastung des Bildungssystems durch zu hohe Einwanderungszahlen gewarnt. "Durch die Zuwanderung 2015, den Ukraine-Krieg und sonstige Zuwanderung kommen immer neue Menschen

ins System hinein, aber das System kommt nur schleppend hinterher, weil es zu schnell geht", sagte er laut der Nachrichtenagentur DTS den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.
Hintergrund der Aussagen ist der Nationale Bildungsbericht, der am Montag vorgestellt wurde. Aus dem Bericht geht unter anderem hervor, daß viele Kinder schon in der Grundschule die Mindestanforderungen nicht erreichen.
Lehrer massiv überfordert
Für den Lehrer-Präsidenten liegt das am hohen Anteil von Kindern, die kaum oder gar nicht Deutsch sprechen. Das führe zu einer Überforderung der Lehrer, machte er deutlich. "Sie können schließlich kein Farsi und auch kein Ukrainisch. Wie sollen sie da unterrichten?" Ihm seien ganze Klassen bekannt, die das Ziel am Schuljahresende nicht erreichen.
Darüber hinaus leide die Motivation der Schüler. "Je höher der Prozentsatz der Zugewanderten, desto schwieriger die Motivation in der Klasse", beklagte Düll. In seinen Augen kann es aufgrund der hohen Migrantenzahlen auch passieren, "daß die Gruppe der Analphabeten größer wird".
Schon jetzt gibt es dem Bildungsbericht zufolge eine hohe Zahl von 25- bis 35jährigen, die weder eine Ausbildung abgeschlossen noch eine Hochschulreife erlangt haben. Zudem sei der Anteil der Schulabbrecher nach leichter Erholung in den Corona-Jahren wieder gestiegen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Lächerlich oder größenwahnsinnig?**
Baerbock schielt schon wieder auf die Kanzlerkandidatur
Von über zwanzig auf unter zwölf Prozent sind die "Grünen" bei der Europawahl eingebrochen. In der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl kommen sie nur noch auf elf Prozent, während ihnen die AfD weit davonzieht. Bundestrampolinspringerin Annalena Baerbock läßt sich vom Absturz der "grünen" Sekte dennoch nicht beeindrucken: Sie gibt schon wieder Interviews, in denen sie mit einer neuerlichen Kandidatur als Bewerberin für das Kanzleramt kokettiert.
Schon bei ihrem letzten Antreten als "Kanzlerkandidatin" bei der Bundestagswahl 2021 war Baerbock weit hinter den Erwartungen der "Grünen" und ihrer Jubelpresse zurückgeblieben. Das Außenministerium, von dem aus sie seither das Ansehen Deutschlands in der Welt ruiniert, war ihr trotzdem zugefallen. Die Ambition, die Zerstörung unseres Landes aus dem Kanzleramt noch gründlicher fortzuführen, hat sie offenbar dennoch nicht aufgegeben.
Realistisch ist das alles kaum, sofern es bei Wahlen noch mit rechten Dingen zugehen sollte: Die Bürger haben die Nase voll von "grüner" Deutschlandabschaffung, die "grüne" Sekte schrumpft auf den Kernbestand ihrer Gläubigen und Profiteure zusammen. Seit der letzten Bundestagswahl haben die "Grünen" zwei Millionen Wählerstimmen verloren und liegen mit dem schlechtesten Wert seit über sechs Jahren nur noch auf Platz vier, sogar hinter der schwachbrüstigen Scholz-Partei SPD.
Parteichefin Ricarda Lang hatte den "Grünen" angesichts dieses Desasters erst mal Schweigen verordnet zu Kanzlerkandidaten-Frage: Die werde man "zur gegebenen Zeit beantworten, und die Zeit ist nicht jetzt". Panzerfetischist Anton Hofreiter, der als "grüner" Mann bei der Verteilung der begehrten Posten leer ausgegangen war und als Europaausschußvorsitzender vorwiegend von der Seitenlinie aus meckert, hatte am Tag nach der EU-Wahl grundsätzliche Zweifel an einer "grünen" Kanzlerkandidatur geäußert: Die komme nur in Frage, "wenn eine realistische Chance auf einen Wahlsieg besteht", und das müsse man sich nach dem Ergebnis schon "genau überlegen".
Aber da haben die beiden die Rechnung ohne Plapperlena gemacht. Und im politischen Berlin fragt man sich: Ist das noch lächerlich oder schon größenwahnsinnig? Wahrscheinlich beides.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"

berichtet am 18. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Diese Art von Ethikrat ist überflüssig**
Der Bundestag hat letzte Woche die Vorschläge für elf der neuen Kandidaten bestätigt. Der von der AfD vorgeschlagene Gynäkologe Ronald Weikl wurde abgelehnt. Dem Deutschen Ethikrat werden deshalb in der nächsten Amtsperiode auch nur 25 - und nicht wie im Gesetz vorgesehen 26 - Ratsmitglieder angehören.
Dazu teilt die Dr. Christina Baum, Mitglied im Gesundheitsausschuß und Mitglied im AfD-Bundesvorstand, mit:
"Erneut halten sich die selbsternannten Demokraten nicht an Gesetze, wenn es sich um die AfD handelt. Wie bockige, verzogene Kleinkinder lehnen sie alle Anträge, Ausschußvorsitzende oder eben Vorschläge für zukünftige Mitglieder im Ethikrat ab.
Ronald Weikl hat gerade während der Coronajahre bewiesen, daß er nur seiner ethisch-moralischen Verpflichtung und damit dem Hippokratischen Eid gefolgt ist - zum Wohle aller Menschen, vor allem aber unserer Kinder. Von Anfang an war bekannt, daß Kinder absolut nichts zum Infektionsgeschehen beigetragen haben, dies wurde erneut auch durch die RKI-Protokolle bestätigt. Dank ihm konnten unsere Kinder frei atmen. Er ist ein Vorbild für uns alle.
Herr Weikl widersetze sich dem Corona-Wahnsinn mit Verstand, Herz und Moral und genau deshalb nominierte die AfD-Fraktion Herrn Weikl für den Ethikrat.
Es ist bezeichnend für diese Abgeordneten, daß sie Herrn Weikl nicht dabei haben wollen. Vermutlich will man 'unter sich bleiben', damit niemand die politische Einflußnahme auf solche Gremien mitbekommt und für Transparenz sorgen könnte. Dieser Umstand bestärkt mich in meiner Auffassung, daß dieser Ethikrat abgeschafft gehört, da er, wie bereits das RKI, regierungstreu ausgerichtet ist. Hier geht es also nur um Macht und nicht um Ethik! Eine solche staatliche Institution ist deshalb überflüssig."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Die Abriß-Ampel ruiniert Deutschland**
Laut dem aktuellen IMD-Standort-Ranking rutscht Deutschland im internationalen Vergleich immer weiter ab. Hierzu teilt der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Leif-Erik Holm, mit:
"Der Standort Deutschland schmiert immer weiter ab. Zu hohe Steuern und Abgaben, zu hohe Produktionskosten, zu hohe Energiepreise und zu hohe Bürokratiebelastungen: Wir sind immer weniger wettbewerbsfähig. In manchen Bereichen wie der Digitalisierung bewegen wir uns auf dem Niveau von Venezuela, ansonsten sind wir bestenfalls noch unteres Mittelmaß. Das ist ein Armutszeugnis. Kein Wunder, daß die wirtschaftliche Stimmung im Keller ist.
Die größte Belastung für unsere Wirtschaft aber ist ganz klar die Abstiegs-Ampel. Sie ruiniert Deutschland. Eine Besserung ist mit Scholz, Habeck und Co nicht mehr in Sicht. Das Zeugnis, das ihr die befragten Manager ausstellen, ist zu Recht verheerend. Die grüne Transformationspolitik schrumpft den einstigen Wirtschaftsriesen Deutschland zum Gartenzwerg. Höchste Zeit für einen Trainerwechsel.
Wenn wir nicht weiter ans Tabellenende abrutschen wollen, braucht es jetzt eine wirtschaftspolitische Wende um 180 Grad. Das heißt aus Sicht der AfD-Fraktion: Steuern und Abgaben runter, Energiepreise spürbar senken und Bürokratiewust abbauen. Und wir müssen unsere Infrastruktur wieder auf Vordermann bringen und in Digitalisierung, Bildung und Forschung investieren. So machen wir Deutschland wieder fit."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Wirtschaftlicher Sinkflug: Wir brauchen günstige Energie und Steuersenkungen!**
Zur heutigen Regionalkonferenz der ostdeutschen Regierungschefs mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

"Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit zehn Jahren in einem besorgniserregenden Sinkflug, weil die Standortfaktoren für Unternehmen immer schlechter werden. 2014 kamen wir bei den Standortfaktoren noch auf Platz 6. Laut der neuen IMD-Studie wurde Deutschland nun auf Platz 24 durchgereicht. Daß es besser geht, zeigen dagegen unsere europäischen Nachbarn. Die Schweiz steht auf Platz 2 und Dänemark auf Platz 3.
Belastend für unsere Unternehmen sind insbesondere die hohen Steuern und die teure Energie. Hauptverantwortlich dafür ist die CDU von Sachsens Ministerpräsident. Herr Kretschmer selbst hat sowohl dem Ausstieg aus der Kernkraft als auch der Kohle zugestimmt. Darüber hinaus wurde der immer weiter steigende CO2-Preis unter der CDU eingeführt.
Auch in Sachsen hat die CDU die Steuern erhöht. Mitten in der Baukrise wurde so die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5,5 Prozent erhöht. All diese Fehlentscheidungen auf Bundes- und Landesebene müssen korrigiert werden, damit es wirtschaftlich wieder aufwärtsgehen kann. Die Schweiz, Dänemark, Irland, Schweden, die Niederlande und Norwegen belegen, daß man in Europa eine gute Wirtschaftspolitik umsetzen kann."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. Juni 2024 (x1.380/…): >>**GSG9 kaputtgespart: Faeser ruiniert die Sicherheitsbehörden!**

Egal ob Grenzschutz, Katastrophenvorsorge oder Terrorbekämpfung: An allen Ecken und Enden agiert Innenministerin Faeser als Abrißbirne unserer Sicherheit. Ein Brandbrief der Polizeigewerkschaft an Bundeskanzler Scholz sorgt nun für weiteren Wirbel um die Chaos- und Skandal-Ministerin der SPD. Verfaßt hat ihn Heiko Teggatz, Vize-Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). Kern-Vorwurf: Die Ampel spart die GSG9 kaputt, wodurch sich das Risiko islamistischer Anschläge erhöht!
"Unserer Anti-Terror-Einheit GSG9 geht das Geld aus", heißt es in dem Schreiben. Es fehle an Technik, Personal und Trainingsmöglichkeiten. Mit der Streichung mehrerer Tausend Flugstunden "gefährdet diese Regierung eine effektive Terrorabwehr." Gerade in Zeiten einer hohen terroristischen Bedrohungslage solle die Ampel-Regierung lieber in die Innere Sicherheit investieren, "als den Bau von Radwegen in Peru zu fördern." Doch eher friert die Hölle zu, als daß sich die Bundesregierung von solchen berechtigten Anregungen inspirieren läßt. Das Motto ist in allen Ministerien das gleiche: Deutschland immer zuletzt - von der Wirtschaftskraft bis zur Inneren Sicherheit.
Es wird höchste Zeit, daß das Innenministerium endlich von der AfD geführt wird. Denn wir wollen den Raubbau an unserer Sicherheit stoppen. Wir wollen unseren Polizisten im Kampf gegen Clans und importierte Messer-Kriminalität den Rücken stärken und unsere Grenzen effektiv schützen. Denn die Inschrift auf dem Reichstagsgebäude in Berlin lautet nicht: "Dem peruanischen Radler", sondern "Dem deutschen Volke". Mit der AfD wird dafür gesorgt, daß diese drei Worte wieder zur täglichen Richtschnur des Regierungshandelns werden!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18 Juni 2024 (x1.378/…): >>**Silber: Darum explodiert bald der Preis**

Von *Valentina Schacht*

Lange ist Silber in der Performance hinter Gold zurückgeblieben. Doch jetzt mehren sich die Zeichen, daß der Preis bald in ungeahnte Höhen schnellen könnte. …
Anleger bevorzugten lange Zeit Gold gegenüber Silber. Gründe waren unter anderem massive Silber-Leerverkaufspositionen von Großbanken und ein gesunkener Bedarf nach dem weltweit zweitwichtigsten Edelmetall überhaupt. Doch durch eine massive Rallye in den vergangenen Monaten hat Silber zumindest auf Jahresbasis Gold bei der Performance überholen können.

Nachfrage wird massiv steigen

Wie Daten des World Silver Survey zeigen, wird das Defizit an Silber auf dem Weltmarkt laut Branchenkennern, Ökonomen und Bankern weiter ansteigen. Vor kurzem hieß es, daß Mangel

um 17 Prozent auf 215,3 Millionen Unzen im Jahr 2024 anwachsen soll. Hintergrund ist ein Anstieg der Nachfrage um zwei Prozent auf 1,22 Milliarden Unzen. ...<<

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Nein zum Asylwahn: Ungarn muß kräftig blechen**

Von *Sven Reuth*

Weil der ungarische Regierungschef den EU-Asylwahn nicht mitmacht, wird sein Land nun mit einem astronomischen Rekord-Strafgeld in Höhe von über 200 Millionen Euro belegt. …

Viktor Orban ist für die Eurokraten in Brüssel, Luxemburg und Straßburg offenbar der Hauptfeind innerhalb der eigenen Mauern, den es zu bekämpfen gilt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat das ostmitteleuropäische Land nun mit Rekordsanktionen belegt, weil es die von Brüssel verordnete Asylpolitik nicht umgesetzt hat. Diese ist für Europa allerdings auch im höchsten Maße selbstmörderisch.

Akt nationaler Notwehr

Als Strafe für die nicht umgesetzte EU-Asylpolitik müsse Ungarn 200 Millionen Euro sowie ein tägliches Zwangsgeld von einer Million Euro (!) für jeden Tag (!) des Verzugs zahlen, entschieden die Richter am Donnerstag in Luxemburg. Die Vertragsverletzung bestehe darin, daß Ungarn die Anwendung einer gemeinsamen Politik der Union bewußt umgehe. Das stelle eine ganz neue und außergewöhnlich schwere Verletzung des EU-Rechts dar, hieß es.

Man könnte es aber natürlich auch als Akt der nationalen Notwehr begreifen, daß Ungarn sich der suizidalen EU-Asylpolitik, die den ganzen Kontinent in größte Gefahr bringt, verweigert. Hintergrund der aktuellen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs ist eine Klage der EU-Kommission aus dem Jahr 2022. Die EU-Kommission befand, daß Budapest ein früheres Urteil des EuGH aus dem Dezember 2020 zum ungarischen Asylsystem nicht ausreichend umgesetzt habe.

Zerstörung nationaler Souveränität

Das Urteil aus Luxemburg zeigt eines ganz deutlich: Die EU beseitigt nach und nach alle Formen nationaler Souveränität, die es auf dem Kontinent noch gibt. Ein Land, in dem eine demokratisch gewählte Regierung entscheidet, daß man eben keine Massenzuwanderung will, wird mit beispiellosen Finanzsanktionen belegt und wird offenbar als Schurkenstaat angesehen.

Bemerkenswert ist natürlich auch, daß die Luxemburger Richter ihr Urteil kurz nach der Europawahl gefällt haben. Einen Einfluß auf das Abstimmungsverhalten der ungarischen Wähler sollte offenbar nicht ausgeübt werden, denn die hätten möglicherweise angesichts der massiven Einmischung Brüssels und Luxemburgs in die innere Ordnung des Landes geharnischt reagiert.

Deutschland zahlt 50 Milliarden Euro pro Jahr

Wenn Viktor Orban allerdings auf die Kosten der deutschen Asylpolitik schaut, dann dürfte er schnell wieder mit sich im Reinen sein. 50 Milliarden Euro pro Jahr entstehen hierzulande allein als direkte Kosten der Asylpolitik. Die indirekten Kosten, die in der Transformation Deutschlands in eine große Gewalt- und Kriminalitätszone liegen, sind da noch gar nicht mitgerechnet. Eine Million Euro Strafzahlung pro Tag sind im Vergleich dazu ein echtes Schnäpperchen.

Stellt sich jetzt nur noch die Frage, wie hoch die Strafe für die EU-Kommissionsvorsitzende Ursula von der Leyen ausfällt, die den europäischen Steuerzahlern mit ihrem Pfizer-Impfstoffdeal einen Schaden in zweistelliger Milliardenhöhe zugefügt hat. Aber darüber blickt man in Brüssel offenbar großzügig hinweg.

Eines ist klar: Wenn die EU sich weiterhin als Knüppel sieht, um die berechtigten Interessen der Völker der Union niedrig zu halten, dann hat sie keine Zukunft.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29429" berichtet am 18. Juni

2024 (x1.379/…): >>**G7: Die politischen Weichensteller zur Eine-Welt-Regierung**
Stellen Sie sich vor, auf Ihrem Wahlzettel stünde eine Partei mit Namen "Digital-industrieller Finanzkomplex der Superreichen" und auf Listenplatz 1 ein Rockefeller oder ein Kumpel von ihm. Würden Sie dort Ihr Kreuzchen setzen? Nein? Damit jedoch genau diese Leute die Fäden in der Hand behalten, dafür gibts G7! Sehen Sie dazu verschwiegene Hintergründe anläßlich des G7-Gipfels 2024 in Italien." …
Die Europawahlen sind Geschichte, andere Wahlen laufen. … Auf dem Wahlprogramm steht: "Alleinige Machtkonzentration in der Hand der Tech-Giganten": Super. "Krasse Umweltzerstörung durch Mega-Konzerne": Egal. "Abschaffung der Demokratie": Schwamm drüber! "Blutige Kriege": Gehören dazu. Auf Listenplatz 1: Ein Rockefeller oder ein Kumpel von ihm. Würden Sie dort Ihr Kreuzchen setzen? Vermutlich Nein. Warum Sie dennoch genau das bekommen, fast egal, was Sie wählen, verrät die folgende Sendung.
Dabei lohnt es sich sehr, die entscheidende Rolle der Gruppe der 7 - kurz G7 - anzuschauen. Die G7-Staaten sind die USA, Kanada, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan. G7 kennt man eher von den oberflächlichen Mainstream-Berichten rund um den G7-Gipfel, der gerade vom 13. bis 15. Juni in Italien stattfand. Lächelnde Staatschefs der wichtigsten Länder in trauter Runde.
Doch so, wie es auf den ersten Blick scheint, ist G7 bei weitem nicht. Denn genau G7 sorgt dafür, daß Sie das unausgesprochene Wahlprogramm der "Rockefellers dieser Welt" serviert bekommen. Das geschieht, auch wenn Sie zum Beispiel "nette Parteien" wählen, die vor der Wahl genau das Gegenteil versprechen. Warum das so ist? David Rockefeller beantwortet die Frage gleich selbst:
"Manche (ideologische Extremisten) glauben sogar, daß wir Teil einer geheimen Kabale sind, die gegen die besten Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet. Sie bezichtigen meine Familie und mich als "Internationalisten" und der Verschwörung mit anderen auf der ganzen Welt, um eine stärker vereinigte globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - Eine Welt (One World), wenn man so will. Wenn das die Anschuldigung ist, bekenne ich mich schuldig und ich bin stolz darauf."
Outet sich David Rockefeller hier als ein "Verschwörungstheoretiker"? Nein, vielmehr als ein Verschwörungspraktiker. Was Rockefeller mit G7 zu tun hat, erfahren Sie in dieser Doku. Was wird hinter verschlossenen Türen besprochen? Was sind die wahren Ziele der G7? Erkennen Sie das tatsächliche Spiel, das G7 spielt. Dazu werfen wir vorab einen Blick auf die Wurzeln der G7.
1. Die Wurzeln der G7
Die offizielle Version der Entstehung der G7 ist folgende: Im Jahr 1975 riefen der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing und der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt zum ersten Weltwirtschaftsgipfel. Die Regierungschefs von Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien und den USA - die Gruppe der Sechs - trafen sich auf Schloß Rambouillet in Frankreich. Dem voran ging jedoch ein erstes Treffen von fünf Finanzministern mit dem damaligen US-Finanzminister George Shultz 1971 in der Bibliothek des Weißen Hauses. Regelmäßige Zusammenkünfte unter Ausschluß der Öffentlichkeit folgten.
Die Gruppe, die ab 1973 "Library Group" oder auch G5 genannt wurde, setzte sich aus Finanzministern und Vertretern der Zentralbanken zusammen. Die Anwesenheit von Zentralbanken war sicher kein Zufall. In etwa zeitgleich mit den ersten G7-Treffen wurde der Goldstandard aufgelöst.
Von da an konnten die Notenbanken quasi beliebig Geld drucken. Die US-Zentralbanken bekamen durch die Verleihung von aus dem Nichts geschöpftem Geld einen großen Einfluß auf die Weltwirtschaft. Eine nahezu ungebremste Schuldenspirale der Länder bei den US-Banken begann. Reales Vermögen wurde in die Hände weniger privilegierter Großbanken umverteilt.

So wurde es ihnen möglich, ihren Einfluß über die Länder massiv auszubauen.

2. Das Netzwerk hinter G7

Zurück zu den offiziellen Gründervätern des G7, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. US-Finanzminister und Bankenmann George Shultz band sie Anfang der 70er Jahre in ein kleines elitäres Netzwerk ein. So gab es bereits im Vorfeld des ersten G7-Gipfels 1975 ein Treffen zwischen Giscard d'Estaing und Henry Kissinger vom 5. Juli 1974. Von Helmut Schmidt wiederum ist ein Treffen mit David Rockefeller vom 12.6.1974 dokumentiert. Wofür stehen Kissinger und Rockefeller?

Henry Kissinger war ein äußerst einflußreicher Globalstratege und prägte die Weltpolitik über Jahrzehnte sehr entscheidend. Er war Berater fast aller US-Präsidenten wie Richard Nixon, Gerald Ford, Jimmy Carter, Ronald Reagan, George Bush, Barak Obama, Donald Trump und Joe Biden. David Rockefeller und Henry Kissinger gründeten gemeinsam zahlreiche einflußreiche außerparlamentarische Foren wie WEF, Bilderberg-Gruppe, Trilaterale Kommission, Münchner Sicherheitskonferenz u.a.

Sie spannen die Fäden zwischen einer weltweiten Finanzkrake und der Politik. (www.kla.tv/26113 Zum Tod von Henry Kissinger: Globalstratege und Kriegsverbrecher?, www.kla.tv/27824 WEF, www.kla.tv/28141 Münchner Sicherheitskonferenz) Ihre zahlreichen Gründungen wie WEF, Bilderberg-Gruppe oder G7 dienen alle einem Ziel, welches David Rockefeller 1991 auf der Bilderberg-Konferenz in Baden-Baden so formulierte: "Die Welt ist auf einem komplexen und vorbereiteten Weg hin zur Weltregierung. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Welt-Bankiers ist sicherlich der nationalen Souveränität der letzten Jahrhunderte vorzuziehen."

Wichtig zu erwähnen ist der freimaurerische Hintergrund von Kissinger und Rockefeller. Sie gründeten im Jahr 1968 gemeinsam mit Zbigniew Brzeziński die freimaurerische Ur-Loge namens "Three Eyes". Die geheim agierende Höchstgrad-Freimaurerei ist dafür bekannt, über lange Zeiträume an der Eine-Welt-Regierung zu bauen. (www.kla.tv/28269 Welt im Netz der Freimaurer)

3. Transformation von Europa

Rockefellers erklärtes Ziel, die nationale Souveränität der Staaten zugunsten einer "supranationalen Souveränität einer selbsternannten intellektuellen Elite und der Weltbankiers" auszuhebeln, wurde durch Schmidt und Giscard d'Estaing vorangetrieben.

Helmut Schmidt (1918 - 2015)

Helmut Schmidt war zeitlebens eng mit den Schlüsselfiguren George Shultz und Henry Kissinger verbunden. Schmidt erinnert sich: "Mit meiner Übung, jedes Jahr einmal nach Kalifornien zu gehen, nach Stanford an die dortige Universität zu meinem Freund George Schultz. Und ich muß hier erwähnen, daß es eigentlich eine Freundschaft zu viert ist. Shultz und Kissinger und Lee und ich." (Lee Kuan Yew war langjähriger Premierminister des High-Tech-Stadtstaates Singapur)

Reine Privatsache? Nein, denn Helmut Schmidt war Bundeskanzler von Deutschland. Erstmals wurde er 1973 unmittelbar vor Gründung der G7 zu einer Bilderberg-Konferenz geladen. Weitere Besuche in den Jahren 1980, 1983 und 1986 folgten.

Schmidt war weiterhin Mitglied in der überaus einflußreichen Trilateralen Kommission - aufgebaut von Rockefeller und Kissinger. Diese Kommission stellt eine Erweiterung der Bilderberg-Gruppe nach Ostasien dar.

Bezeichnend für seine Verbindungen zu diesen Drahtziehern: Schmidt erhielt 2007 den ersten Henry-Kissinger-Preis. Am 26. Januar 2015 nahm Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt den von der Großloge der "Alten Freien und Angenommenen Maurer von Deutschland" gestifteten Gustav-Stresemann-Preis in Hamburg entgegen. Großmeister Stephan Roth-Kleyer dankte Schmidt für seine "besondere Lebensleistung".

Worin bestand diese? Schmidt lief treu in der Spur von Kissinger. Sowohl Schmidt als auch Giscard d'Estaing stellten entscheidende Weichen in Europa für das neue Europäische Währungssystem: Die Europäische Währungseinheit (ECU) zum 1. Januar 1979, aus der später die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro hervorgehen sollte. Die EU bildet nüchtern betrachtet eine Vorstufe zu einer potentiellen Weltregierung, weil sie die Schaffung von internationaler Zentralgewalt ist.

Valéry Giscard d'Estaing (1926 -2020)

Valéry Giscard d'Estaing wurde unmittelbar nach dem ersten G7-Treffen im Jahr 1974 Staatspräsident von Frankreich. Auch er blieb zeitlebens eng vernetzt mit Kissinger und Rockefeller. Giscard d'Estaing verfügte schon frühzeitig über enge Kontakte zur Rockefeller-Dynastie. In den 1970er Jahren war er mehrmals Gast auf Pocantico, dem riesigen Anwesen der Rockefeller-Familie im Hudson Valley. Im Folgenden sind einige Zusammentreffen mit Familienmitgliedern der Rockefeller-Dynastie dokumentiert:

- Treffen Nelson Rockefeller und Giscard d'Estaing vom 23.3.1976 im Elysée-Palast
- Giscard d'Estaing, Henry Kissinger und David Rockefeller 18.1.1989 in Moskau
- Henry Kissinger und Giscard d'Estaing bei der Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz 2014

Auch Giscard d'Estaing setzte sich sehr für den Aufbau der EU ein. So trug er maßgeblich zur Ausarbeitung des Vertrags von Lissabon bei, der 2007 ratifiziert wurde. Durch diesen Vertrag wurden die derzeit gültigen Regeln der Europäischen Union festgelegt und somit die Souveränität der Nationalstaaten Schritt für Schritt abgelöst.

Zwischenfazit: Es wird ersichtlich, daß hinter den bekannten G7-Gründern ein kaum bekanntes Netzwerk existiert. Das Netzwerk ist weit komplexer als in dieser Doku dargestellt. Interessante Hintergrund-Infos dazu finden Sie auf Kla.TV unter dem Hashtag #Krake. Klar ist: Diese globalen Drahtzieher sprechen offen über ihre Pläne einer Weltregierung.

4. G7 als Steuerungsgruppe zur Neuen Weltordnung

Die Pläne zur Etablierung einer Weltregierung finden sich als ein roter Faden im Wirken der G7-Gruppe wieder. Schon 2009 zum Gipfel in Rom wurde als prioritäres Ziel eine "Global Governance" forciert - also ein "globales Regieren". Die Zusammenarbeit mit dem IWF, der Weltbank, der WTO (World Trade Organization = Welthandelsorganisation) und den Vereinten Nationen sollte ausgebaut werden. Der Gipfel würde damit zukünftig ein "strategisches Modell zur Unterstützung der World Governance ausüben".

In die gleiche Kerbe schlägt der deutsche Kanzlerberater Jörg Kukies im Vorfeld des G7-Gipfels 2022: "Das erste Thema, das für uns zentral ist, ist das Thema Klima. Wie schaffen wir es, durch die Gründung eines globalen Klima-Clubs dafür zu sorgen, daß die Standards, die wir verfolgen ..., auch tatsächlich weltweit eingeführt werden? Das zweite Thema ist das Thema Gesundheit. Wie schaffen wir es, auf der einen Seite durch die Bereitstellung von Impfstoffen in allen Staaten dieser Welt für höhere Impfquoten zu sorgen?"

In einem Artikel zur Rolle der G7 äußert sich das ehemalige CFR-Mitglied Stewart M. Patrick folgendermaßen: "Sie ist eine Art überschaubare Steuerungsgruppe des Westens. Sie sind ein Sammelbecken, eine Verkörperung gemeinsamer Werte und eines ähnlichen regelbasierten Ansatzes für die Weltordnung."

5. G7: Die Global Leaders

Wie arbeitet G7? Den Vorsitz des G7-Gremiums übernimmt jeweils ein Land für die Dauer eines Jahres. Offiziell vertreten die Teilnehmer der G7 ihre Länder - also ihre Bevölkerung. Doch wie sieht es in der Praxis aus? Wem dienen sie wirklich? Dazu sehen wir uns die "politische Kinderstube" der bekanntesten Teilnehmer an.

Die Führungspersonen der G7 sind nach Ländern aufgelistet, Stand Mai 2024:

Frankreich

Emmanuel Macron, Staatspräsident von Frankreich, ist Teil der Bilderberg-Gruppe und war Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2014.

Deutschland

Olaf Scholz, deutscher Bundeskanzler, ist Teil der Bilderberg-Gruppe und war Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2010. Jörg Kukies, Chef-Verhandler für Deutschland auf dem G7-Gipfel gilt als einer der wichtigsten Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz. Er ist Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Kukies ist Teil der Bilderberg-Gruppe und war erstmals Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2022 in Washington, D.C.

Italien

Giorgia Meloni, italienische Ministerpräsidentin, trat im Februar 2021 dem Aspen Institute bei, einem transatlantischen Think Tank mit Hauptsitz in Washington, DC. Dieses Institut wird von der Familie Rockefeller mitfinanziert.

Vereinigtes Königreich

Rishi Sunak ist seit 2022 Premierminister des Vereinigten Königreichs. Charles III. - König des Vereinigten Königreiches - ernannte Sunak am 25. Oktober 2022 zum Premierminister. Charles ist seit 1986 Teil der Bilderberg-Gruppe.

Kanada

Justin Trudeau - Premierminister Kanadas. Er war Teilnehmer der Young Global Leader von Klaus Schwab - einem WEF-Programm zukünftiger Führungskräfte. Klaus Schwab war lange Zeit im Führungs-Komitee der Bilderberg-Gruppe. Trudeaus Parteifreund und Minister François-Philippe Champagne war Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2018 und 2019. Die stellvertretende Premierministerin von Kanada, Chrystia Freeland, war Teilnehmerin der Bilderberg-Konferenz 2022 und 2023.

USA

Joe Biden ist seit 2021 Präsident der USA. (www.kla.tv/27426#t=2084) Er ist Hochgrad-Freimaurer und steht dem sehr mächtigen globalen Think Tank "Council on Foreign Relations" (CFR) sehr nahe. Nicht weniger als siebzehn Mitglieder des Biden-Kabinetts und seines Führungs-Teams, also mehr als die Hälfte, sind Mitglieder des CFR oder sind durch enge familiäre Bindungen mit dem CFR verbunden.

EU

Als überstaatliche Organisation ist die Europäische Union seit 1981 Mitglied der G7 und nimmt seither hochrangig an den Treffen teil. Beim G7-Gipfel 2024 wurde die EU durch Ursula von der Leyen und Charles Michel vertreten. Ursula von der Leyen ist seit 2019 Präsidentin der Europäischen Kommission. Auch sie ist Teil der Bilderberg-Gruppe und nahm 2015, 2016, 2018 und 2019 an der Bilderberg-Konferenz teil. Charles Michel ist seit 2019 Präsident des Europäischen Rates. Er ist ebenfalls Teil der Bilderberg-Gruppe und war 2015, 2016 und 2018 Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz.

Japan

Fumio Kishida und Shunichi Suzuki vertreten aktuell Japan. Es ist kein Zufall, daß Japan ein Vertreter der G7 ist. Japan nahm ab September 1973 bei den Treffen der G5 im Weißen Haus teil. Interessant ist der Zusammenhang, daß genau im selben Jahr von David Rockefeller und Henry Kissinger die Trilaterale Kommission gegründet wurde. Diese hat zum Ziel, Schlüsselpersonen aus Japan, USA und Europa an die Schattenregierung zu binden. Japan ist für seine rasanten technologischen Innovationen bekannt. Hochentwickelte Technologie ist die Basis zur Installation von globaler Überwachung, KI und einer Eine-Welt-Technokratie.

Bemerkenswert: Sämtliche Spitzenpolitiker der G7 entstammen den außerparlamentarischen Schaltstellen von Rockefeller und Kissinger. Das Volk ist insofern gefragt, als daß es die Rechnung für die luxuriösen Treffen bezahlen darf. Ein Beispiel: Die Ausrichtung des G7-Gipfels 2022 auf Schloß Elmau in Deutschland wurde im Vorfeld mit rund 180 Millionen Eu-

ro veranschlagt. Rund um den Gipfel waren etwa 18.000 Sicherheitskräfte im Einsatz, der Veranstaltungsort wurde weitgehend abgeriegelt. Finanzier: Der Steuerzahler.

6. G7: Die Politikfabrik

Wer glaubt, G7 sei ein einmaliges Ereignis im Jahr, irrt gewaltig. G7 ist immer! Allein seit dem 8. Februar diesen Jahres gab es bis zum Gipfeltreffen im Juni offiziell 27 G7-Treffen in den verschiedensten Konstellationen! Hier eine kleine Auswahl:

- 30. April: Das Ministertreffen zu Klima, Energie und Umwelt endete mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Verlautbarung.
- 6. Mai: Meeting der G7-Justizminister
- 24. Mai: G7-Treffen der G7-Finanzminister und Zentralbankchefs

und so weiter und so fort…

All die G7-Gremien wirken wie Zahnrädchen in einer großen Politikfabrik. Über Förderprogramme und Hilfsfonds, zum Beispiel der Weltbank oder auch der Europäischen Investitionsbank, gelangen die Länder unter die Herrschaft der Hochfinanz. Geldverleih, zweckgebundene Entwicklungshilfen und Programme dienen als Weichensteller hin zum einen Ziel des digitalfinanziellen Komplexes: Aufrichtung der Neuen Weltordnung. Ihre Politik-Zöglinge - wie die G7- Leader - setzen die Strategien in Verordnungen und Gesetze um. Das ist die Art wie internationale Drahtzieher die Welt regieren.

Was alle verbindet, sind die immer selben Drahtzieher hinter der Bilderberg-Gruppe, dem WEF, der EU, der G7, der Weltbank, der UN und vielen weiteren Organisationen. So unterzeichneten Klaus Schwab, langjähriger Kopf des WEF, und Generalsekretär der UNO, António Guterres, am 13. Juni 2019 eine Partnerschaft zwischen ihren beiden Organisationen. Zweck: Beschleunigung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. Der offizielle deutsche Titel lautet "Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung", kurz: "Agenda 2030".

Hinter blumigen Worten der Nachhaltigkeits-Agenda findet in der Praxis der Aufbau einer digital vernetzten, kontrollierbaren Welt statt.

Daß es in der Praxis tatsächlich nicht um Nachhaltigkeit geht, deuten zwei kurze Beispiele an:

1. Ghana: Unter der Floskel "Nachhaltige Landwirtschaft" investiert die Weltbank in Ghana 200 Millionen US$ für Klima-Resilienz von Kakao- und anderen Plantagen. Investiert wird nicht in Bewässerungsanlagen oder ähnliches, sondern in digitale Technologien.

2. Guinea: Unter dem Nachhaltigkeitsziel Klimaschutz hilft die Europäische Investitionsbank EIB dem Mobilfunkanbieter Orange beim Ausbau der Netzabdeckung in Guinea - mit Solarmodulen versteht sich. Was Mobilfunkausbau mit Klimaschutz zu tun haben soll, erklärt sie nicht. Nebenbei bemerkt: Mobilfunk gehört zu den strategisch wichtigsten Grundlagen der Neuen Weltordnung. Nur über diese Technologie kann die bargeldlose Totalüberwachung zur Vollendung schreiten.

Auf diese Beispiele trifft man zahlreich. Nachhaltigkeit und Klimaschutz wirken wie eine Rechtfertigung für den rasanten Ausbau eines weltweiten digitalen Netzes. Doch wozu?!

7. Die große Transformation

Klaus Schwab, Gründer des WEF und langjähriges Mitglied im Führungskomitee der Bilderberg-Gruppe, offenbart es in seinem Buch "Die Vierte Industrielle Revolution" von 2016. Seine grundlegende Botschaft lautet, daß die Verschmelzung von Technologien der physischen, digitalen und biologischen Welt völlig neue Möglichkeiten schaffe. ... Schwab bekennt sich offen zum Transhumanismus und bezeichnet die Verschmelzung menschlicher Körper mit der digitalen Sphäre als "evolutionären Fortschritt."

Und G7? Einen Hinweis zu genau diesem Hochziel des Transhumanismus - oder anders ausgedrückt: der totalen Kontrolle des Menschen -

offenbart eine Münze. Diese wurde anläßlich der siebten italienischen Präsidentschaft der G7

geprägt. Die Silbermünze zeigt ein menschliches Haupt unter der Krone der künstlichen Intelligenz. Als Ohrring sieht man ein Pentagramm. Seit dem französischen Okkultisten Eliphas Levi, Mitte des 19. Jahrhunderts, wird das Pentagramm mit Okkultismus und Satanismus in Verbindung gebracht. Die Inschrift der Münze heißt: "In Richtung Zukunft".
Fazit: G7 offenbart sich als eine Art Politikfabrik in der Hand der Weltbankiers und ihrer Globalstrategen. David Rockefeller selbst nennt als Ziel eine Weltregierung unter der Regentschaft einer intellektuellen Elite und der Welt-Bankiers. Die G7 stellen über Fördertöpfe der Bankiers, Programme und Gesetze die Weichen. G7 ist die infiltrierte Schaltstelle, um die Agenda dieser nicht gewählten Elite in die Parlamente und die Tagespolitik der Staaten zu bringen.
Verehrte Zuschauer, offensichtlich braucht es dieses verdeckte Arbeiten und die Täuschungsmanöver der Elite, um an der Macht bleiben zu können. Augenscheinlich fürchtet diese Schattenregierung nichts mehr als ihre Offenlegung. Die hysterisch ausgerufenen Gesetze zur "Bekämpfung von Desinformation" zeugen davon. Deshalb helfen Sie mit, ihre Mitmenschen und ehrlich bemühte Politiker zu informieren. So wie Schatten im Licht verschwinden, verschwindet auch die Schattenregierung, wenn das Licht auf sie fällt.<<

19.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Verband fürchtet Überlastung der Gefängnisse**
Der Verband der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) hat vor einer Überlastung der Gefängnisse gewarnt. "Wenn die Politik nicht langsam reagiert, bricht uns der ganze Laden zusammen", sagte der Vorsitzende René Müller der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Mittwochausgaben). Mancherorts käme auf 70 Inhaftierte nur ein Beamter. Müller forderte daher von den Bundesländern, sich verstärkt um neues Personal für die Gefängnisse zu kümmern.
Das sei auch nötig, um das Personal besser zu schützen. "Jeden Tag wird ein Kollege bedroht, bespuckt oder beleidigt", sagte Müller. Gerade durch Extremisten, kriminelle Organisationen und Clan-Mitglieder nehme die Bedrohungslage für Gefängnis-Beamte zu, führte er aus. Vor dem Hintergrund sprach sich Müller dafür aus, ein Bundesgefängnis für sämtliche Extremisten wie beispielsweise Islamisten oder Reichsbürger einzurichten.
"Immer dort, wo der Generalbundesanwalt involviert ist, sollte am Ende auch der Vollzug auf Bundesebene stattfinden", so Müller. Der Strafvollzug ist in Deutschland bislang ausschließlich Ländersache. Nach jüngsten Daten des Bundesjustizministeriums von 2022 sitzen deutschlandweit rund 55.700 Strafgefangene in den Gefängnissen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Lufthansa will mehr Arbeitsmigration nach Deutschland**
Lufthansa-Chef Carsten Spohr fordert mehr Arbeitsmigration nach Deutschland.
"Unser zukünftiger Wohlstand läßt sich ohne Einwanderung nicht darstellen", sagte Spohr der Wochenzeitung "Die Zeit". Das Vorbild USA zeige: "Einwanderung führt zu Wirtschaftswachstum."
In Deutschland müsse es für Migranten einfacher sein, zu arbeiten. Darüber hinaus teile er die Sorge einiger Wirtschaftsvertreter in Deutschland zur schwächelnden Wirtschaft, sagte Spohr. "Wir diskutieren zu wenig über die Frage: Was sind unsere Pflichten als Bürger und als Arbeitnehmer?" Statt dessen würden Diskussionen um die Frage dominieren, welche Rechte und Privilegien man behalten oder sogar ausbauen wolle. "Ich befürchte manchmal, daß wir uns nicht mehr genug anstrengen, um global mithalten zu können", so der Lufthansa-Chef.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Niedersachsen hält an offenem Vollzug fest**
Trotz eines kürzlich bekannt gewordenen Videos aus der JVA Meppen, das Häftlinge des offenen Vollzugs bei einem Trinkgelage zeigt, hält Niedersachsens Justizministerin Kathrin

Wahlmann daran fest, mehr Gefängnisinsassen in Niedersachsen in den offenen Vollzug überführen zu wollen. Auf eine entsprechende Nachfrage der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Mittwochausgabe) sagte die SPD-Politikerin: "Das kann ich ganz klipp und klar mit 'ja' beantworten."
Aktuelle Studien zeigten, daß die Resozialisierung der Gefangenen im offenen Vollzug besser gelinge. "Mehr offener Vollzug - bei geeigneten Gefangenen - bringt weniger Rückfälle und dadurch mehr Sicherheit für die Gesellschaft", erklärte Wahlmann.
"Wenn ein Inhaftierter Schritt für Schritt an die Freiheit gewöhnt wird und draußen bereits eine Arbeitsstelle und ein soziales Umfeld hat, ist die Chance, daß ihm ein straffreies Leben in unserer Gesellschaft gelingt, deutlich größer, als wenn man ihn bis zum Ende im geschlossenen Vollzug läßt." Klar sei aber auch, daß nicht jeder Gefangene für den offenen Vollzug geeignet sei.
"Ein großer Teil der Strafen wird daher nach wie vor im geschlossenen Vollzug vollstreckt werden", sagte die Ressortchefin. Wie der Alkohol in die JVA Meppen gelangt sei, sei derzeit noch unklar. "Man muß aber auch berücksichtigen, daß es sich hier um eine Einrichtung des offenen Vollzugs handelt, die naturgemäß deutlich weniger abgeschottet und gesichert ist als unsere Anstalten des geschlossenen Vollzugs", so die Ministerin. Ihr Haus prüfe momentan "sehr genau", ob über die bisherigen Vorkehrungen hinaus weitere Maßnahmen erforderlich seien, um das Schmuggeln von Alkohol in den offenen Vollzug weiter zu erschweren.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.385/…):
>>**Für wen darf ich, bitteschön, sterben**
Herbert Ludwig
Unter diesem Titel hat Privatdozent Dr. Josef Thoma in seinem neuesten Video einen trefflichen Kommentar zur Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland verfaßt. Es geht um die Macht weniger über Leben und Tod der Menschen. "Müssen die Menschen es sich immer und immer wieder gefallen lassen, zum ewigen politischen Ruhm eines jeden kriegsgeilen Schnösels und Sandkastenfeldherrn zu Verstümmelung, Invalidität und Tod befohlen zu werden?" … (hl)
1. Weltkrieg (Deutsches Historisches Museum) - Die Zerstörungskraft ist ja heute noch in unvorstellbarer Weise gewachsen
Für wen darf ich bitteschön sterben?
Ein Kommentar zur Wiedereinführung der Wehrpflicht
von *Dr. Josef Thoma*
Kriegsminister Pistorius will im Indopazifik, Sprachgenie Baerbock in Gaza, Feldmarschall in Spe Kiesewetter in der Tiefe Rußlands endlich für Ordnung sorgen, und der Sargnagel der FDP, Strack- Zimmermann, weiß auch schon, wo man das nötige Kanonenfutter dafür zusammenkratzt. Schon der nach eigener Einschätzung größte Feldherr aller Zeiten hatte es leidvoll erfahren müssen:
Wenn man gegen den Rest der Welt Krieg führt, braucht man genug Menschenmaterial.
Deswegen sollen nun zunächst an 900.000 wehrfähige Personen Musterungsbögen verschickt werden, und jeder Reservist muß nun Auskunft geben, ob er sich für den Krieg, fürs Töten und fürs Getötet-werden eignet.
Die meisten derjenigen, die so wacker über Kriegstüchtigkeit und über Krieg schwadronieren, wissen offensichtlich nicht, was Krieg bedeutet, so seltsam das klingen mag. Aber aus den Rohren der Feldhaubitzen kommen nun mal keine Negerküsse, Jagdbomber feuern keine Wärmepumpen, und bei der Flucht vor der Feuerwalze eines Nahpalmangriffs reduziert sich die Frage, ob man nicht wieder einmal sein Geschlecht wechseln könnte, auf ein Problem von eher untergeordneter Bedeutung.
Wenn Sie wirklich wissen wollen, was Krieg in seiner unappetitlichen Grausamkeit bedeutet,

dann hören Sie die Berichte amerikanischer Helikopterpiloten, die in den Jahren 1964 bis 1973 verwundete Soldaten aus dem vietnamesischen Dschungel herausholten. Da lagen sie auf- und nebeneinander auf dem Boden des Laderaums des Hubschraubers mit heraushängenden Gedärmen, Blut spritzte aus den Stümpfen weggeschossener Gliedmaßen bis an die Dekke, und die, die noch lebten, riefen nach ihrer Mutter. Nach der Landung wurden die Überreste aus dem Flieger getragen. Und dann kamen die mit den Wasserschläuchen, um die Ladeflächen von Blut zu säubern für den nächsten Einsatz.
Und wofür und auf wessen Befehl sind sie gestorben? Auf die Schlachtbank wurden sie getrieben von Politikern, deren Hauptanliegen es war, den Preis für einen Waffenstillstand in die Höhe zu treiben, den kommenden Wahlkampf nicht zu gefährden, dem politischen Gegner eins auszuwischen, sich als tatkräftige Helden in Szene zu setzen und ihre ganz persönlichen kruden Fantasien von Gott und der Welt zu verwirklichen. Gestorben für nichts und wieder nichts.
Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollten, vielleicht weil Sie zu viel Siegesparaden oder Werbefilme des Militärs gesehen haben:
Jeder Soldat ist in letzter Konsequenz auch zum Sterben da.
Der Schriftsteller Joachim Fernau hat einmal geschrieben: "Sterben ist schwer, für etwas sterben, ist leicht." Na ja, so ganz sicher bin ich mir da nicht. Fragen Sie mal die Hinterbliebenen. Und die Zerfetzten, Verbrannten, Verstümmelten würden dazu vielleicht auch gerne noch etwas sagen. Aber dazu ist es zu spät. Wenigstens haben sie nicht den Schuß, der sie tötete, gehört.
Nun stellt sich für jede Armee, jedes Militär seit Menschengedenken die immer und immer wieder gestellte und ebenso oft ängstlich vermiedene Frage, für wen Soldaten töten und sich töten lassen müssen, und wer mit welchem Recht Ihnen hierfür den Befehl geben darf.
Oder wenn Ihnen das nicht deutlich genug ist:
Müssen die Menschen es sich immer und immer wieder gefallen lassen, zum ewigen politischen Ruhm eines jeden kriegsgeilen Schnösels und Sandkastenfeldherrn zu Verstümmelung, Invalidität und Tod befohlen zu werden, nur weil es die auf der Partei- und sonstigen Karriereleiter nach oben geschafft haben und dort möglichst lange verbleiben wollen?
Ich bin kein realitätsferner Träumer. Sich und vor allem diejenigen, die einem lieb und teuer sind, bei einem direkten Angriff zu verteidigen, ist in meinen Augen eine Selbstverständlichkeit. Von daher waren der Spruch der vereinigten deutschen Linken "Lieber rot als tot" und die Wehrdienst-Verweigerungen eines nicht geringen Teils unserer derzeit regierenden Klasse für mich nie etwas anderes als ein Ausdruck persönlicher Feigheit.
Aber weder in der Ukraine, noch in Indochina, noch in Gaza und auch nicht am Hindukusch, um diesem schwachsinnigen Spruch endlich die letzte Ehre zu geben, wurde Deutschland angegriffen. Ganz im Gegenteil, im Falle der Ukraine hatte man Verträge gebrochen, sich Friedensverhandlungen verweigert, die Gegenseite provoziert, wo immer sich Gelegenheit dazu bot, um dann Zeter und Mordio zu schreien, als der Provozierte genau das machte, was man von ihm erwartet hatte.
Im Deutschland unserer Tage ist das aber alles noch nicht irre genug. Da wurde vor dem Landgericht in Halle in einem der bescheuertsten Prozesse der Nachkriegszeit ein Politiker unter dem Gejohle der Altparteien für den Spruch "Alles für Deutschland" abgestraft. Auf der anderen Seite kann es denselben Politkrakeelern nicht schnell genug gehen, das Volk endlich wieder kriegstüchtig zu machen, was de facto ja nichts anderes heißt, im Bedarfsfall Gesundheit und Leben, also alles für Deutschland hinzugeben.
Apropos: Deutschland hört sich in Deutschland inzwischen so an (wird eingeblendet, 6:40): "Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt", Sieglinde Frieß, Die Grünen, Rede im Deutschen Bundestag.

"Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland noch nie etwas anzufangen. Und ich weiß es bis heute nicht", Robert Habeck, Die Grünen.
Und jetzt frage ich Sie noch einmal: Für wen sollen wir, unsere Kinder und Enkelkinder bitteschön sterben?
Ihrer Antwort entgegensehend
mit freundlichen Grüßen
Ihr Josef Thoma<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Nach Merz-Bekenntnis: Union will Habecks Heizungsgesetz doch nicht aufheben**
Monatelang versprachen CDU und CSU: Habecks Heizungsgesetz werde man als erstes revidieren, wenn man wieder regiert. Jetzt hört man aus der Partei: Das Gesetz soll bleiben.
Von *Redaktion*
Monatelang machten CDU und CSU Kampagne gegen Habecks Heizungsgesetz: Man werde dieses als allererstes zurücknehmen, wenn man wieder an der Regierung sei, tönten Politiker aus der Union. "Ich sage es mal für die Union: Wir würden dieses Gesetz nach der nächsten Bundestagswahl komplett überarbeiten und auch wieder abschaffen", sagte etwa CSU-Chef Markus Söder.
Die CDU beschloß dies eigentlich auch auf einer Klausurtagung, Der CDU-Chef warf im März vorigen Jahres den Grünen eine "Politik der Verbote und Regulierungen" vor. Unions-Fraktionsvize Jens Spahn beklagte einen "Wärmepumpen-Zwang". "Wir kritisieren die Bundesregierung für das, was sie vorhat, hart", erklärte der damalige CDU-Generalsekretär Mario Czaja. Sogar eine Petition gegen das Heizungsgesetz initiierte die Partei. Grundtenor: Dieses Gesetz muß unbedingt weg.
Doch davon ist jetzt keine Rede mehr. Im Gegenteil: Jetzt hat die Union auch offiziell erklärt, daß man Habecks Heizungsgesetz nicht aufheben wollte. Ein entsprechendes Bekenntnis gab Fraktionsvize und Klimapolitiker Andreas Jung (CDU) ab. Zu Table.Media sagte er: "Wir werden den hemmenden Rucksack der Überregulierung abwerfen, den die Ampel mit ihrem Heizungsgesetz auf das GEG gepackt hat."
Das Gesetz solle unterschiedliche Technologien ermöglichen - das könnte "der Anschluß an ein Wärmenetz sein, eine Wärmepumpe, Solarthermie, Geothermie, Holzpellets, eine Gasheizung, die auf Biomethan oder Wasserstoff umgestellt wird", so Jung. Dafür müsse man das Gesetz allerdings nicht ändern, sagte der Politiker.
Er ist damit der zweite ranghohe Unionspolitiker, der den langen Widerstand von CDU und CSU einkassiert: CDU-Chef Friedrich Merz hatte bereits vor kurzem erklärt, daß die Union "voll und ganz hinter dieser Wärmewende" stehe.
Die Technologie Wärmepumpe sei "faszinierend" und "ein ganz wesentlicher Träger für diese Transformation", so Merz auf einer Branchen-Veranstaltung des Wärmepumpen-Installateurs Enpal. Man sei mit der Regierung in Streit geraten - "über die Frage, wie. Aber daß wir das Ziel erreichen müssen (das Ziel der "Wärmewende", Anmerkung der Redaktion), darüber sind wir uns einig", erklärte Merz.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Berliner Schule streicht Abifeier aus Angst vor Palästina-Ausschreitungen: Schluß mit dem Einknicken vor dem Islamismus!**
So weit ist es in Deutschland schon gekommen: Aus Angst vor Ausschreitungen durch Palästina-Sympathisanten hat ein Gymnasium in Berlin-Tiergarten die feierliche Verleihung der Abiturzeugnisse abgesagt. Denn bei der geplanten Verleihung seien "massive konfrontative politische Kundgebungen durch einen großen Teil des diesjährigen Abiturjahrganges geplant". Aufgrund von drohenden Ausschreitungen könne daher "die Sicherheit der Veranstaltung" nicht garantiert werden. Die Schüler sollen sich ihre Zeugnisse ersatzweise im Sekretariat ab-

holen. Das klare Signal: Der islamistische Mob hat gewonnen, die Deutschen haben das Nachsehen.
Man hat diejenigen verlacht und diffamiert, die davor warnten, daß unser Land schrittweise in die Hände von Islamisten fällt - nun ist dieser Prozeß längst im Gange. Schritt für Schritt weichen Deutschlands Schulen, Universitäten, Medien und etablierte Parteien zurück.
Heute ist es "nur" die verbotene Abifeier, morgen müssen die Abiturientinnen besser mit Kopftuch erscheinen - man will ja schließlich nicht "provozieren" oder "spalten". Nein, zu diesem Einknicken ist die AfD als einzige Partei nicht bereit! In unserem Land haben unsere Regeln zu gelten, in unserem Land hat das Recht gegen Gewalttäter und Extremisten durchgesetzt zu werden. Wem es nicht paßt, der soll gehen. Und zwar sofort!
Die AfD-Bundestagsfraktion beantragte unlängst ein Verbot des radikal-islamischen Vereins "Muslim Interaktiv", doch die CDU und die Ampel-Parteien lehnten ab. Auch das BSW hielt es nicht für nötig, dem Verbot eines Vereins zu zuzustimmen, der ein weltweites Kalifat fordert - die Wagenknecht-Truppe stimmte mit Enthaltung.
Unabhängig von Vereinsverboten brauchen wir aber auch eine handlungsfähige Justiz, harte und schnelle Strafen und konsequente Abschiebungen von Straftätern ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Ungeschützte Grenzen und das Unterlassen von Abschiebungen verschlimmern das Problem an den Schulen und auf der Straße, denn dadurch entsteht ein immer größeres islamistisches Unterstützungs-Netzwerk. Deshalb AfD: Wir knicken nicht ein, wir verteidigen unser Land!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.380/…): >>**15-jährige Afghanin von Eltern ermordet? "Ehrenmord-Verdacht" in Worms!**
Erneut wird Deutschland von einem Verbrechen erschüttert, das fassungslos macht. Ein 15-jähriges Mädchen wurde am Montag tot am Rheinufer von Worms gefunden - offenbar ertränkt von den eigenen Eltern, die aus Afghanistan stammen. Der Vater soll das Mädchen über eine Strecke von rund 120 Kilometern bis zur französischen Grenzregion transportiert haben, um sie dort umzubringen. Laut Richter besteht der Verdacht, daß die Eltern den Entschluß zur Tötung faßten, weil sie mit dem "Lebenswandel" der Tochter nicht einverstanden gewesen wären.
Gegen den Vater wurde in der Vergangenheit bereits wegen Körperverletzung und Vergehen nach dem Gewaltschutzgesetz ermittelt. Schon dieser Fakt verdeutlicht es einmal mehr: Straftäter müssen schnellstmöglich verurteilt und bei Vorliegen einer ausländischen Staatsbürgerschaft sofort abgeschoben werden! Darüber hinaus muß die Massenmigration gestoppt werden, um jeglichen Import einer "Ehrenmord-Kultur" von vornherein zu verhindern.
Die schwere Verbrechensserie durch afghanische Staatsbürger in den vergangenen Wochen hat noch einmal auf bittere Weise vor Augen geführt, wohin die Massenmigration aus dem arabischen Raum führt: Mannheim, Wolmirstedt, Ingolstadt und nun auch Worms. Diese Städtenamen stehen als Symbol für den drohenden Verlust unseres Landes - wenn er nicht mit gänzlichen neuen Wahlergebnissen gestoppt wird. Nur die AfD steht bereit, um diese Massenmigration zu beenden und Straftäter konsequent abzuschieben!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Grevesmühlen-Fake: Die peinlichsten Polit-Tweets**
Von *Johann Leonhard*
Vor wenigen Tagen machte eine Schock-Meldung die Runde: Zwei kleine Mädchen (8 und 10 Jahre alt) aus Ghana sollen in Grevesmühlen (Meck-Pomm) rassistisch beleidigt, angegriffen, eine sogar ins Gesicht getreten worden sein. Jetzt kam raus: Alles Fake! …
In der Presse, auf Twitter und Instagram ging es so richtig rund. Die Kommentatoren von Links schäumten vor Wut. Die Schuld an dem vermeintlichen Vorfall gab man unisono der

AfD.

Ermittlungen gegen Afrikaner

Tja, das war wohl ein Satz mit X: Es gab nämlich keinen Angriff! Niemand wurde ins Gesicht getreten. Die öffentlich gewordenen Videoaufnahmen zeigen: NICHTS von den Behauptungen stimmt. In dem Video ist eine Rangelei zwischen unterschiedlichen Personen zu sehen, die in keiner Weise den ursprünglichen Behauptungen entspricht.

Diese "neuen Erkenntnisse", wie Tagesschau und andere Medien schreiben, entlarven die Lügengeschichte, die die selben Medien tagelang verbreitet haben! "Fakt ist, das Kind wurde nicht getreten", sagte die Pressesprecherin der zuständigen Polizeidirektion Rostock, Dörte Lembke, Medienvertretern auf Nachfrage.

Und jetzt wird's richtig irre: Tatsächlich wird nämlich nicht gegen irgendwelche rassistischen Täter ermittelt, sondern gegen den Afrikaner, der gestern noch das Opfer der Geschichte war: "Gegen den Vater wird ermittelt wegen des Verdachts der Körperverletzung", so die Polizeisprecherin.

Was für eine Wendung! Daß immer wieder solche Fälle rassistischer Gewalt erfunden werden, ist zwar nicht unbedingt eine Neuigkeit, aber in diesem Ausmaß kam das selten vor. In die Empörung über Grevesmühlen mit eingestiegen sind auch zahlreiche Politiker der Grünen, Linken, SPD und Co. Die haben ihre Äußerungen auf X (ehemals Twitter) zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels immer noch nicht gelöscht. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Machtwechsel: Die AfD kann es noch schaffen!**

Von *Jürgen Elsässer*

Vor den Landtagswahlen im September steigt die Spannung: Kann es gelingen, das volksfeindliche Regime zu stürzen und eine neue Regierung unter Beteiligung der AfD ans Ruder zu bringen? Die Antwort ist ja - aber es wird schwieriger, als noch zu Jahresanfang gedacht. …

Höcke und Urban können es noch schaffen

Zunächst zur Ausgangslage: Mit 15,9 Prozent hatte die AfD ein gutes EU-Wahlergebnis, vor allem angesichts des monatelangem Trommelfeuers an Lügen und Verleumdungen. Trotzdem ist der Wert beträchtlich von den 22/23 Prozent entfernt, die in Umfragen noch zu Jahresanfang erzielt wurden.

In Thüringen und Sachsen wurden knapp über 30 Prozent erreicht. Das war wieder klar Platz 1 - aber reicht nicht zu den mindestens 41 Prozent, die man für eine Alleinregierung bräuchte und die ich noch vor einigen Wochen als realistisch ansah. Trotzdem besteht weiter die Möglichkeit, daß Björn Höcke und Jörg Urban Ministerpräsidenten in ihren Bundesländern werden könnten.

Das hängt mit der Wackeligkeit der vom Gegner anvisierten Gegenkoalition zusammen: Die CDU kann nämlich sowohl in Sachsen wie in Thüringen nur dann die AfD von der Regierung fernhalten, wenn sie eine Koalition mit der Wagenknecht-Partei BSW bildet.

Dagegen gibt es aber in beiden Parteien erhebliche Widerstände. Ginge die CDU mit Wagenknecht zusammen, würde ein Teil ihrer Abgeordneten wohl zur AfD überlaufen. Auch beim BSW dürfte nicht jeder mit der CDU ins Bett steigen wollen. Vor diesem Hintergrund gibt es durchaus eine Machtoption für die AfD, auch wenn es nicht zur Alleinregierung reicht. In Sachsen etwa könnte eine neue Regierung aus AfD, den zu erwartenden Direktmandaten der Freien Wähler und Abtrünnigen aus der CDU-Fraktion gebildet werden.

In jedem Fall werden die Wochen bis zur Wahl spannend - und auch die Wochen danach, falls eine Koalitionsbildung sich hinzieht. Vor allem wird die zunehmende Kriegsgefahr die Wahlen beeinflussen: Mit jedem Tag rückt der direkte Kriegseintritt der NATO in der Ukraine näher. Das treibt das vom Regime gewünschte Traumpaar CDU/BSW auseinander und wird vie-

le Wagenknecht-Anhänger erkennen lassen, daß der einzige Friedenspartner die AfD ist.

Entscheidende Rolle für COMPACT

In jedem Fall ist in den kommenden turbulenten Wochen die mediale Schlagkraft von COMPACT und vor allem COMPACT-TV eine mitentscheidende Größe. Dazu ein Beispiel: Auf wie hoch schätzen Sie den Einfluß des Mannheimer Terroranschlages auf die EU-Wahl in der Folgewoche? Ich denke, deswegen haben mindestens ein Prozent zusätzlich ihr Kreuz bei der AfD gemacht, vielleicht sogar zwei. Aber das hing entscheidend von der Aufklärungsrolle der alternativen Medien ab, an der Spitze von COMPACT.

Altparteien und Lügenpresse hätten das Attentat auf Stürzenberger und den Polizistenmord wohl gerne als "Vorfall" oder "Auseinandersetzung zwischen Extremisten" verharmlost. Aber das gelang nicht, weil wir und andere den Mitschnitt der Bluttat binnen weniger Stunden verbreiteten und am Thema dran blieben. Für COMPACT-TV war Paul Klemm mit Team extra einige Tage in Mannheim, damit wir sie exklusiv informieren konnten. Wir hatten in der kritischen Woche Zuschauerzahlen von über einer Million pro Tag, an einem Tag sogar 1,6 Millionen. Wie gesagt: Das war kurz vor der EU-Wahl! Das war mitentscheidend!

Zusätzlich zu unseren Printmagazinen und COMPACT-TV haben wir als dritten Hebel der Einflußnahme unsere Volksfeste der Blauen Welle. Die bisher sechs Freiluftveranstaltungen waren in der Regel besser besucht als jene der AfD! Bis zu den Herbstwahlen wird die Blaue Welle noch weitere Stationen haben - und auch nach dem Wahltermin, um Druck auf die Bildung volksfreundlicher Regierungen unter Beteiligung der AfD zu machen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Deutschland gegen Ungarn - der Klassiker!**

Am Mittwochabend absolvierte die deutsche Nationalmannschaft ihr zweites EM-Gruppenspiel gegen Ungarn. Die Paarung atmet historischen Geist - nicht nur wegen des Wunders von Bern. …

_ von *Daniell Pföhringer und Sven Reuth*

Die DFB-Elf ist mit einem fulminanten 5:1 gegen die schottischen Highlander in die Fußball-EM gestartet, Die Magyaren mußten hingegen eine Niederlage von 1:3 gegen die Schweizer Eidgenossen hinnehmen. Die Favoritenrolle scheint klar vor der Begegnung Deutschland gegen Ungarn, die um 18 Uhr in der Stuttgarter MHP-Arena (früher Neckarstadion) angepfiffen wurde. Sie liegt beim Team von Bundestrainer Julian Nagelsmann.

Verpfeift uns der Holländer?

Doch die Partie steht unter keinem guten Stern, denn die UEFA hat ihr ausgerechnet den niederländischen Schiri Danny Makkelie zugewiesen. Der Unparteiische ist in der Fußball-Welt nicht unumstritten. So machte etwa Borussia Dortmund ziemlich schlechte Erfahrungen mit dem holländischen Referee: Beim Aus im Champions-League-Achtelfinale gegen den FC Chelsea im März 2023 fühlte sich der BVB verpfiffen. Berater Matthias Sammer bezeichnete Makkelie als "sehr, sehr arroganten Menschen".

Vereinschef Hans-Joachim Watzke erklärte damals gegenüber dem Sportinformationsdienst: "Man hatte immer das schlechte Gefühl, daß er der wichtigste Mann auf dem Platz sein wollte."

Auch der heutige Bundestrainer Julian Nagelsmann ließ kein gutes Haar an Makkelie, den er in der Champions-League-Vorrunde 2020/21 für die 0:1-Niederlage seines damaligen Klubs RB Leipzig bei Paris St.-Germain verantwortlich machte. "Der Elfmeter war ein Witz", schimpfte Nagelsmann über den Siegtreffer für PSG durch Neymar. Tatsächlich hatte der Leipziger Marcel Sabitzer den Rouge-et-Bleu-Mann Angel Di Maria zuvor gar nicht berührt. "So etwas auf Champions-League-Niveau, das ist schon echt traurig", so der damalige Bullen-Trainer.

Makkelie wird zum dritten Mal bei einem Spiel der DFB-Elf bei einem großen Turnier als

Schiedsrichter zum Einsatz kommen. So leitete der Niederländer, der hauptberuflich Polizist ist, das Achtelfinal-Aus bei der vergangenen EM 2020 (die 2021 stattfand) gegen England (0:2) sowie das 1:1 gegen Spanien bei der WM 2022 in Katar.

Unbezwingbare Magyaren

Die Partie Deutschland gegen Ungarn ist ein echter Klassiker - vor allem wegen 1954. Stichwort: Wunder von Bern. Geradezu sensationell hatte die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland das Finale erreicht, und die ganze Welt rechnete nun mit einer klaren Niederlage gegen die hochfavorisierten Ungarn. Beide Mannschaften liefen dann am 4. Juli 1954 bei strömendem Regen im Wankdorf-Stadion von Bern auf.

Zu diesem Zeitpunkt ahnte niemand, daß es in den kommenden 90 Minuten zum ersten großen sportlichen Erfolg einer im Kriege niedergerungenen Nation kommen sollte. Deutschland war als Außenseiter in die Schweiz zu einer WM gefahren, die den Fußballsport für immer verändern sollte. Durch das neue Medium Fernsehen vervielfachte sich die Zuschauerzahl bei den Spielen, knapp 90 Millionen Menschen sollen weltweit die Partien vor insgesamt vier Millionen Schwarz-Weiß-Geräten verfolgt haben.

In unserer sporthistorischen Spezial-Ausgabe "Nationalsport Fußball - Herzschlag einer deutschen Leidenschaft" lesen Sie dazu:

"Auf sportlicher Ebene schien schon vor dem Eröffnungsspiel alles klar zu sein: Die Ungarn galten als Wundermannschaft, als unbesiegbare Aranycsapat (Goldene Elf), die den Fußball revolutioniert hatte. Schon bei den Olympischen Spielen 1952 in Helsinki war die Dominanz der Magyaren total: Die Mannschaft holte die Goldmedaille mit dem unglaublichen Torverhältnis von 20:2 Treffern.

Am 25. November 1953 folgte dann das als Spiel des Jahrhunderts bezeichnete Duell gegen England, durch das die ungarische Nationalmannschaft endgültig zur Legende wurde. Neunzig Jahre lang waren die Engländer auf heimischem Boden unbesiegt geblieben, doch Ungarn gewann auf dem heiligen Rasen von Wembley mit 6:3. Kopf der Siegesmannschaft war Mittelstürmer Ferenc Puskas, der in 85 Länderspielen 84 Tore erzielte - und der eigentlich deutscher Herkunft war und Franz Purzeld hieß.

Auch die deutschen Namen zweier weiterer Stützen der Goldenen Elf wurden nachträglich magyarisiert: Sandor Kocsis hieß eigentlich Alexander Wagner, Ferdinand Kaltenbrunner wurde zu Nandor Hidegkuti. Als die Ungarn den Engländern beim Rückspiel in Budapest am 23. Mai 1954 ganz kurz vor der Weltmeisterschaft in der Schweiz mit 7:1 auch noch die bis dato höchste Niederlage in ihrer Länderspielgeschichte beibrachten, schien ihr Titelgewinn in der Schweiz nur noch reine Formsache zu sein."

Ganz anders sah es bei unserer Elf aus: An der WM des Jahres 1950 in Brasilien hatten die Kriegsverlierer nicht teilnehmen dürfen. Sepp Herberger, der schon von 1938 bis 1944 als Reichstrainer die Nationalmannschaft betreut hatte, war im Februar 1950 in das Amt eines Bundestrainers berufen worden.

Fußballerisch waren die Deutschen geradezu ausgehungert. In Stuttgart hatten sich am 22. November 1950 sage und schreibe 115.000 Zuschauer ins Neckarstadion gedrängelt, um das erste Nachkriegsländerspiel gegen die Schweiz zu sehen, das mit 1:0 knapp gewonnen werden konnte.

Gut zwei Monate später waren wieder 100.000 Menschen in das Berliner Olympiastadion geströmt, um die Herberger-Schützlinge bei einem weiteren Freundschaftsspiel zu unterstützen. Gegen das damalige Fußball-Entwicklungsland Türkei kassierte man allerdings eine 1:2-Niederlage.

Die deutschen Außenseiter

Im Sommer 1954 schien sich zunächst zu bewahrheiten, daß es für die deutsche Auswahl nur um das olympische Motto "Dabeisein ist alles" gehen konnte. Gegen die ungarischen Favori-

ten, auf die man erstmals in der Vorrunde traf, kassierte die Herberger-Truppe eine krachende 3:8-Niederlage - und nur ein gewonnenes Entscheidungsspiel gegen die Türkei brachte den Einzug in die Hauptrunde. Hier überraschten die Deutschen allerdings mit Siegen gegen Jugoslawien und Österreich im Viertel- und Halbfinale.
Im Finale gegen die übermächtigen Magyaren hätte trotzdem keiner auch nur einen Pfifferling auf die Mannen um Fritz Walter gegeben. Die englischen Buchmacher weigerten sich sogar, Wetten anzunehmen, da der Ausgang ohnehin klar zu sein schien. Bei ihren bisherigen vier WM-Spielen hatten die Ungarn ihre Gegner mit 25:7 Toren vom Platz geschossen.
Die Goldene Elf konnte damit ihren Weltrekord ausbauen: 32 Spiele nacheinander war man nun unbesiegt geblieben! Der deutsche Radioreporter Herbert Zimmermann, dessen atemlose Kommentierung mittlerweile ins kollektive Gedächtnis eingegangen ist, versuchte schon vor dem Spiel die Erwartungen der Zuhörer mit dem Hinweis zu dämpfen, daß es schon ein Riesenerfolg sei, im Finale zu stehen.
"Rahn schießt: TOOOR!"
Doch kam alles ganz anders. In COMPACT-Spezial "Nationalsport Fußball" haben wir die dramatischen Momente dokumentiert:
"Die deutsche Mannschaft und ihr Trainer aber glaubten an sich. Und der Glaube versetzt bekanntlich Berge. Nach dem Anpfiff im strömenden Regen gingen allerdings zunächst die Ungarn erwartungsgemäß in Führung. Nach zehn Minuten stand es sogar schon 2:0. Doch dann verwandelte sich das Spiel in eines der größten Fußball-Märchen aller Zeiten: das Wunder von Bern! Noch vor der Halbzeitpause glichen die Deutschen durch Tore von Max Morlock und Helmut Rahn aus.
Nachdem der Referee die Partei wieder angepfiffen hatte, kämpften beide Mannschaften wie die Berserker, doch es fiel kein Tor. Dann kam die 84. Minute - und es geschah das Unglaubliche. Der legendäre Kommentar von Herbert Zimmermann spricht für sich: "Sechs Minuten noch im Wankdorf-Stadion in Bern. Keiner wankt. Der Regen prasselt unaufhörlich hernieder. ... Schäfer nach innen geflankt. Kopfball! Abgewehrt! Aus dem Hintergrund müßte Rahn schießen. Rahn schießt. TOOOOOOOOR! TOOOOOOR! TOOOOR! TOR!…Tor für Deutschland. Linksschuß von Rahn."
Der "Boß" aus dem Pott hatte zwei ungarische Abwehrspieler ausgespielt und den Ball in der linken unteren Ecke des Tores versenkt. Das Unglaubliche war vollbracht: Die unbezwingbare Goldene Elf war bezwungen - und wir waren Weltmeister!

Im Woke-Wahn

Als Deutschland und Ungarn 2021 in der EM-Vorrunde nach geschlagenen 67 Jahren erstmals wieder bei einem Pflichtspiel aufeinandertrafen, da schien der Wettergott eine feine Ironie zu beweisen, denn wieder schüttete es wie aus Kübeln. Doch damit enden dann auch die Gemeinsamkeiten.
Denn während das WM-Finale von 1954 von größtem gegenseitigen Respekt und Fairneß geprägt war - der damalige deutsche Kapitän Fritz Walter schilderte immer wieder, daß er selbst im Moment des vermeintlich größten Triumphes nach dem Schlußpfiff Mitleid mit den geschlagenen ungarischen Fußball-Helden empfand und deshalb nur gedämpft jubelte - geriet die Neuauflage des Jahres 2021 zu einer durch und durch politisch vergifteten Partie.
Die Stadt München wollte die Allianz-Arena in den Regenbogenfarben leuchten lassen, um damit ein Signal gegen die angeblich homophobe Regierung des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban zu setzen. Die UEFA mußte erst ein Machtwort sprechen und dieses bei einem internationalen Sportereignis völlig deplazierte politische Statement förmlich untersagen, um den Polit-Amoklauf der Münchener Stadträte und des Oberbürgermeisters Dieter Reiter (SPD) zu unterbinden.
Leider führte dies nicht zu einem Anflug von Einsicht auf deutscher Seite. In den letzten Ta-

gen überboten sich Medien und Politiker gegenseitig regelrecht mit Vorschlägen, wie man das EM-Spiel durch diverse Aktionen politisch mißbrauchen und aufladen könne.
Dies hatte schließlich die Absage des ursprünglich geplanten Besuchs von Viktor Orban in der Allianz-Arena zur Folge. Dafür stolzierte dann der bayerische Ministerpräsident Markus Söder mit Regenbogenmaske ins Stadion.

Orban bleibt stabil

Zur WM fuhren die Ungarn dann nicht. In der Vorrundete landete man in Gruppe I nur auf Platz 3 nach England und Polen. Dafür sorgte Premier Viktor Orban am 20. November 2022 bei einem Testspiel seiner Magyaren gegen Griechenland mal wieder für einen Aufreger.
Der Spiegel zeigte sich empört: Hatte sich Orban doch tatsächlich "bei einem Fußballspiel mit einem Schal gezeigt, auf dem die Grenzen des früheren Königreichs Ungarn abgebildet sind. Sie umfassen Teile mehrerer EU-Länder und der Ukraine". Manche Gazetten schrieben von einem "Großungarn-Schal".
Aus dem Ausland hagelte es Kritik. Am schärfsten reagierte die Ukraine: Der Sprecher des Außenministeriums, Oleh Nikolenko, schrieb auf Facebook: "Die Verbreitung revisionistischer Ideen in Ungarn trägt nicht zur Entwicklung der ukrainisch-ungarischen Beziehungen bei."
Deshalb warte man auf "eine förmliche Entschuldigung von ungarischer Seite und ein Bekenntnis zur territorialen Integrität der Ukraine". Darüber hinaus sei der ungarische Botschafter in Kiew, Istvan Ijgyarto, ins ukrainische Außenministerium einbestellt worden.
Orban wies auf seiner Facebook-Seite die Kritik zurück: "Fußball ist keine Politik. Laßt uns nicht etwas sehen, was nicht da ist. Die Nationalmannschaft gehört allen Ungarn, egal wo sie leben!"
Damit war für ihn die Sache erledigt - auf eine Entschuldigung wartete Kiew vergeblich.

Patrioten in der Zwickmühle

Auch beim Spiel in Stuttgart (Übertragung ab 18:00 Uhr in der ARD und bei Magenta TV) wird Orban als Zuschauer erwartet. Der ungarische Ministerpräsident ließ es sich schon nicht nehmen, am vergangenen Freitag beim Auftaktspiel Deutschland gegen Schottland dabei zu sein.
Für wen er mitfieberte, ob für die Highlander oder die immer noch nicht ganz vom Woke-Virus geheilten Deutschen, ist nicht bekannt.
Für ein Selfie mit AfD-Chef Tino Chrupalla ließ er sich jedoch nicht lumpen. Ob die beiden womöglich schon über eine gemeinsame Fraktion im Europaparlament geplaudert haben? Dann würden Marine Le Pen und ihr Rassemblement National, die eine neue Brandmauer gegen die Blauen aufgebaut haben, jedenfalls ganz schön in die Röhre gucken.
Die ungarische Nationalmannschaft ist mit großem Selbstbewußtsein zur Europameisterschaft gereist, obwohl das Team den letzten Härtetest vor dem Turnier verloren hatte. In Irland mußte man eine schmerzliche 1:2-Niederlage hinnehmen, wobei die klar unterlegenen Gastgeber erst in der Nachspielzeit den Siegtreffer erzielten. Zuvor hatte die Mannschaft von Trainer Marco Rossi zum letzten Mal im September 2022 ein Spiel verloren.
Nach diesem 0:2 gegen Italien starteten die Ungarn eine beeindruckende Siegesserie. In den 14 ungeschlagenen Spielen stand man allerdings nie einem ganz großen Gegner gegenüber, in der Qualifikationsgruppe ließ das Magyaren-Team unter anderem Serbien, Montenegro, Litauen und Bulgarien hinter sich.
Ihr erstes EM-Spiel haben die Ungarn zweifelsohne vergeigt, aber womöglich können Sie ja das Blatt beim Spiel gegen die DFB-Auswahl wenden. Unter deutschen Patrioten dürfte es sicherlich den einen oder anderen geben, die eher den stabilen Ungarn als der Truppe der Bunten Republik die Daumen drücken …<<

Korea: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Juni 2024

(x1.383/…): >>**Rußland und Nordkorea schließen Militärabkommen**
Rußland und Nordkorea haben ein Abkommen unterzeichnet, in dem sie sich verpflichten, im Falle einer "Aggression" von Außen gegenseitig zu helfen. Rußlands Präsident Wladimir Putin und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un unterzeichneten am Mittwoch in Pjöngjang eine entsprechende Vereinbarung. Genaue Details wurden jedoch nicht bekannt.
Es war der erste Besuch Putins in Pjöngjang seit dem Jahr 2000. Kim sagte, das Treffen habe die Beziehung der beiden Länder auf eine "neue, hohe Ebene der Allianz" gebracht. Schon länger gibt es international Vermutungen, daß Nordkorea Rußland im Krieg gegen die Ukraine bereits mit Waffen versorgt, umgekehrt könnte Moskau an Pjöngjang Weltraumtechnologie liefern.
Nordkorea verfügt über Atomwaffen und versucht seit geraumer Zeit, mit einem aufwendigen Raketenprogramm auch die Reichweite zu erhöhen.<<

20.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Kriminalbeamte fordern konsequentes Vorgehen gegen Clans**
Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hat die Innenminister vor ihrem Ressortchef-Treffen in Potsdam zu einem konsequenten Vorgehen gegen die Clan-Kriminalität aufgerufen. Der Vorsitzende Dirk Peglow sagte der "Neuen Osnabrücker Zeitung": "Wenn man Clans gewähren läßt, dann werden sie die Gesellschaft unterwandern, wie es bereits bei der Mafia zu beobachten war." So weit dürfe es nicht kommen.
Der BDK-Chef forderte daher eine Stärkung solcher Kriminalpolizeidienststellen, die für die Bekämpfung der Clan-Kriminalität zuständig sind. Derweil hat mit Brandenburg bereits das fünfte Bundesland ein eigenes Lagebild zur Clan-Kriminalität erstellt, wie die "NOZ" weiter berichtet.
Demnach seien 2023 genau 41 Straftaten mit Bezug zur Clan-Kriminalität erfaßt worden, 32 Tatverdächtige wurden ermittelt, so die "NOZ" unter Berufung auf das Innenministerium in Potsdam. Zu den Straftaten gehörten unter anderem Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, versuchter Bandendiebstahl und Betrug. Das komplette Clan-Lagebild sei jedoch als Verschlußsache eingestuft, so das Innenministerium weiter. Ein bundesweites Lagebild zum Phänomen der Clan-Kriminalität gibt es nicht.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Melnyk kritisiert Bürgergeld-Debatte als "Populismus pur"**
Der ehemalige Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnyk, hat in scharfen Worten die aktuelle Debatte über den Bezug von Bürgergeld durch ukrainische Flüchtlinge kritisiert. Melnyk, der heute Botschafter in Brasilien ist, sagte der "Welt-TV" am Donnerstag in Berlin: "Das ist falsch, das ist Populismus pur. Man kann nicht die AfD von links oder von rechts überholen, damit wird man keine Stimmen bekommen." Der Botschafter weiter: "Die Menschen sind ja nicht geflohen, weil sie Bürgergeld hier beziehen wollten, sondern weil sie Angst hatten am Anfang des Krieges."
Konkret adressierte er seine Kritik an Politiker der CDU, die Ukrainern das Bürgergeld entziehen oder andere Maßnahmen einleiten wollten. Melnyk kritisierte auch die Diskussion über wehrfähige Männer unter den ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland. Es liege natürlich in der Hand der Bundesregierung, ob es bei der Zahlung von Bürgergeld bleibe. Es sei "auch das Recht der Deutschen, das wieder zu überdenken".
Der Botschafter weiter: "Aber jetzt das populistisch auszunutzen und, wenn Sie so wollen, eine Hetzkampagne gegen die Ukrainer zu starten, daß sie angeblich alle faul und feige sind, das finde ich nicht in Ordnung." Er warnte davor, "einen Spalt in die Gesellschaft zu treiben" zwischen diejenigen, "die jetzt patriotisch sind und die anderen, die pauschal als Fahnenflüchtige bezeichnet werden". Das sei nicht hilfreich: "Und deswegen können wir Ukrainer diese

Diskussionen gerade hier in Deutschland nicht wirklich nachvollziehen."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.382/…):

>>**Habecks Lieblingsprojekt scheitert: Deutschland kann sich Stromtrasse nicht leisten**

Wegen der Haushaltskrise hat die Ampelregierung die Übernahme niederländischer Stromtrassen auf bundesdeutschem Gebiet gestoppt. Der geplatzte Deal zeigt: Das Ausland meidet Investitionen in Deutschland und die Bundesregierung kann die Wirtschaft nicht mehr instand halten.

Zan Blagojević

Er ließ den Deal platzen: Robert Habeck will trotzdem dafür sorgen, daß die Trasse "in guten Händen bleibt."

Die Verhandlungen um den Bundeshaushalt für das kommende Jahr haben das erste Opfer gefunden: Die Stromtrassen der niederländischen Firma Tennet, die sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik befinden, können jetzt nicht wie geplant vom deutschen Staat übernommen werden. Der Deal ist geplatzt. Grund dafür ist der knappe Bundeshaushalt, der aktuell intensiv von den drei Ampelparteien beraten wird.

Tennet betreibt Stromanlagen und -trassen, die den in der Nordsee aus Windkraft produzierten Strom nach Zentraleuropa befördern sollen. Der Großteil des Netzes befindet sich dabei in Deutschland. Bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres hatte Tennet - eine Tochtergesellschaft im Besitz des niederländischen Finanzministeriums - bekanntgegeben, daß ihre Infrastrukturanlagen auf deutschem Boden zum Verkauf stehen.

Denn die Trassen seien einfach zu teuer geworden: Laut Tennet sind Investitionen von insgesamt über 160 Milliarden Euro nötig - größtenteils in Deutschland, und das in einem Zeitraum von zehn Jahren. Die Bundesregierung hatte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW-Bank) beauftragt, die Stromtrassen zu übernehmen - mit Mitteln, die vermutlich aus dem Klima- und Tranformationsfonds (KTF) kommen sollten. Doch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Herbst 2023 sind knapp 60 Milliarden Euro gestrichen worden.

Der niederländische Finanzminister Steven van Weyenberg zeigte sich enttäuscht: Die Verhandlungen seien "auf Ersuchen des deutschen Staates gestartet worden" und haben "nicht zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt" - und das nach fast anderthalb Jahren Verhandlungen. Durch den geplatzten Deal entsteht jetzt für die Niederländer eine Haushaltslücke von 1,6 Milliarden Euro. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck halte es jedoch nach wie vor für "sinnvoll, daß der (deutsche) Staat bei einer so wichtigen Infrastruktur sicherstellt, daß sie in guten Händen bleibt."

Wie genau so eine Gesellschafterstruktur aussehen soll, ist noch unklar. Laut Tennet sollen auch Optionen geprüft werden, die einen Börsengang oder private Investoren beinhalten. Da Stromtrassen jedoch zur kritischen Infrastruktur gehören, wird die Bundesrepublik den Mehrheitsgesellschafter stellen wollen.

Habeck betont, daß eine solch wichtige Infrastruktur "in guten Händen" bleiben soll, aber wäre sie das auch? Der geplatzte Deal zeigt der Bundesregierung nämlich den Spiegel vor: Das schlechte Investitionsklima in Deutschland kann nur mit immens hohen Subventionen ausgeglichen werden. Große Konzerne, wie beispielsweise Intel, holen sich Angebote aus allen möglichen Ländern - am Ende fließen über 9 Milliarden deutsches Steuergeld an Intel. Für private Investitionen aus der Wirtschaft jedoch sind die Regulierungen zu stark und die Steuern zu hoch.

Der riesige Investitionsbedarf an den Tennet-Stromtrassen zeigt auch, daß es immer schwieriger wird, selbst die volkswirtschaftlichen Abschreibungen zu bedienen. Eine Wirtschaft wächst, wenn sie Nettoinvestitionen tätigt - die Investitionen müssen also größer sein als die Instandhaltungskosten einer Volkswirtschaft. Daß die deutsche Wirtschaft nahezu gar nicht wächst, ist also auch darauf zurückzuführen, daß die marode Infrastruktur in den vergangenen

Jahrzehnten nur unzureichend instandgehalten wurde und jetzt ein enormer Nachholbedarf besteht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Kalifat als "denkbare Staatsform": Islamisten feiern Haldenwang**

Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, bezeichnete ein islamisches Kalifat als "denkbare Staatsform", was nun von der islamistischen Organisation "Generation Islam" gefeiert wird. Für sie ist ein Kalifat, "definitiv eine denkbare Staatsform" und "die Lösung".

Von *Redaktion*

Ein islamisches Kalifat scheint für den Vorsitzenden des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, eine "denkbare Staatsform" - zumindest erklärte der CDU-Mann dies am Dienstag auf der Bundespressekonferenz. Für diese These erhält Haldenwang nun Zuspruch von der islamistischen Organisation "Generation Islam". Auf X (vormals Twitter) teilte die Gruppierung einen Beitrag der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel, die Haldenwang für seine Entgleisungen kritisierte. Ein islamisches Kalifat sei laut den Islamisten "definitiv eine denkbare Staatsform". Ihre Bestrebungen unterstrichen sie mit der inzwischen bekannten Aussage, ein Kalifat sei "die Lösung".

Die Gruppe "Generation Islam" ist eine der großen islamistischen Online-Organisationen in Deutschland. Vom Verfassungsschutz wird sie unter der Kategorie "Islamismus/Islamistischer Terrorismus" mehrfach aufgeführt.

Kopf der Gruppierung ist Ahmad Tamim, dieser traf sich in der Vergangenheit mit Größen der deutschen salafistischen und islamistischen Szene wie dem Prediger Marcel Krass. "Generation Islam" läßt sich der seit 2003 in Deutschland verbotenen Bewegung Hizb ut-Tahrir (HuT) zuordnen. Die HuT strebt die Errichtung eines internationalen Kalifats an und ist in über 40 Ländern aktiv. Aufgrund ihrer radikalen Ablehnung demokratischer und nichtislamischer Regierungsformen ist sie in vielen Ländern verboten.

Von sich selbst erklärt "Generation Islam", man sei ein "Zusammenschluß motivierter und entschlossener Muslime im deutschsprachigen Raum". Man stehe für "das unveräußerliche Glaubensfundament und die Werte des Islam." Das selbst erklärte Ziel sei es, "durch gezielte Aufklärungsarbeit positive Impulse zu setzen" und dadurch "gesellschaftliche Spannungen" mittels "konstruktive(r) Kritik abzubauen."

Man wolle eine "selbstbewußte Vertretung der Interessen der muslimischen Community" sein. Dies erreiche man durch das "Festhalten an der islamischen Lebensweise". "Generation Islam" setzt sich des Weiteren laut eigenen Angaben für die "politischen Interessen und Positionen" der "weltweiten islamischen Ummah" ein.

Ummah

Die Ummah im Islam ist ein Begriff für die weltweite Einheit der Muslime und ihrer Vereinigung unabhängig von geographischen, ethnischen oder sprachlichen Unterschieden. Ziel ist eine gemeinsame islamische Identität, die oft auch nationale Unterschiede überschatten soll.

Diese "politische Einheit innerhalb der muslimischen Gemeinschaft" sei eine "Maxime" des Handels von Generation Islam, für diese wolle man "ein gemeinsames Bewußtsein schaffen" und sie als "hohes Ziel verfolgen." Durch diesen Ansatz entwickle man Lösungen, "die der islamischen Identität gerecht werden" und "gleichzeitig die Herausforderungen der muslimischen Welt adressieren."

Islamistische Demonstration in Hannover

Vergangenen Samstag versammelten sich rund 1.200 Personen zu einer pro-palästinensischen Demonstration nach einem Aufruf von "Generation Islam" in Hannover. Die Polizei war mit einem Großaufgebot am Steintorplatz vor Ort. Einen Tag zuvor war die geplante Demonstration verboten worden. Als Begründung nannten die Behörden einen möglichen "unfriedli-

chen" Ablauf der Demo. Das geplante Verbot wurde allerdings am Samstagvormittag vom Verwaltungsgericht Hannover gekippt, nachdem "Generation Islam" einen Eilantrag gegen das Verbot eingereicht hatte.
Islamistische Demonstrationen häufen sich in Deutschland. Ende April demonstrierten rund 1.000 Islamisten in Hamburg und forderten lautstark die Errichtung eines Kalifats. Auf Transparenten war klar "Kalifat ist die Lösung" zu lesen. Diese unverhüllte Forderung nach einem islamistischen Gottesstaat in Deutschland löste bundesweit Empörung aus.
Die Demonstration lief ähnlich ab wie die islamistische Demonstration der ebenfalls islamistischen Gruppierung "Muslim Interaktiv" in Hamburg Ende April. Wie auch schon in Hamburg hielten zahlreiche Demonstranten Plakate und Banner mit der Forderung nach einem Kalifat in die Luft. Nur zwei Wochen später folgte am 13. Mai eine weitere Kundgebung - diesmal jedoch unter anderen Vorzeichen. Die Teilnehmerzahl hatte sich auf rund 2300 mehr als verdoppelt. Offene Kalifats-Forderungen waren den Islamisten von den Behörden verboten worden.
Auf den Demonstrationen waren dann diverse Islamisten-Fahnen zu sehen, unter anderem das Schwarze Banner, auch bekannt als "Schahada-Flagge", das weltweit von Islamisten genutzt wird. Ebenso geschwenkt wurden Variationen davon, die islamistischen Terrorgruppen als Symbol dienen, beispielsweise die Taliban-Flagge, eine weiße Version des Schwarzen Banners, sowie eine abgeänderte Variante der "Schahada-Flagge", die Al-Qaida als Flagge dient.
Wie auch "Generation Islam" läßt sich "Muslim Interaktiv" der HuT Bewegung zuordnen. Angeführt wird "Muslim Interaktiv" von dem Hamburger Lehramtsstudenten und bekannten Islamisten Joe "Raheem" Boateng.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Peinlicher EM-Tweet: Göring-Eckardts rassistische Rhetorik entlarvt sich selbst**
"Stellt euch vor, da wären nur weiße Spieler" - Am Abend des Ungarn-Spiels irritiert die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt mit einem Beitrag über Hautfarben. Mit solchen Bemerkungen stigmatisiert und spaltet die Bundestagsvizepräsidentin.
Max Roland
Die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt hat mit einem Beitrag auf X für einen Shitstorm gesorgt. Am Abend des deutschen EM-Sieges gegen Ungarn schrieb die 58-Jährige: "Diese Mannschaft ist wirklich großartig. Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler" - und entfacht so eine kontroverse Debatte. Die Reaktionen lassen nicht lange auf sich warten. Innerhalb weniger Stunden geht der Beitrag viral, über eine Million Menschen sehen ihn innerhalb von drei Stunden: Tausende kommentieren und kritisieren den Beitrag der Bundestagsvizepräsidentin und werfen ihr Rassismus vor.
An einem Abend, an dem eigentlich das ganze Land eine tolle EM und ein souveränes deutsches Team feiern will, kommt Katrin Göring-Eckardt und will über Hautfarben sprechen. Und sagt einen Satz wie: "Stellt euch vor, da wären nur weiße Spieler". Bei vielen löst so ein Satz völlig zu Recht ein Störgefühl aus - als wäre eine "nur weiße" Mannschaft ein Problem.
Katrin Göring-Eckardt hat ihren Tweet inzwischen gelöscht.
Rassifizierung und Spaltung statt Schwarz-Rot-Gold und Gemeinsamkeit
Egal, wie es jetzt in Nachhinein gemeint gewesen sein soll: Das ist ein Satz, der Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe kategorisiert und gewichtet. Wer kontinuierlich von einer bunten Gemeinschaft schwärmt und "gegen Rassismus" ist, kann nicht andererseits Menschen so spalten und rassifizieren, wie Göring-Eckardt es tut.
Es ist eine rassistische Entgleisung - und es auch ist der hohle Diskurs eines weißen Gutmenschen, der auch die nicht-weißen Spieler im Team abwertet und zu reinen Objekten von Göring-Eckardts Rhetorik macht. Wir sollen Jamal Musiala etwa gut finden, weil er einen Migrationshintergrund hat - nicht, weil er ein guter Fußballer ist?

Leistung gewinnt Spiele - nicht "Vielfalt"
Was ein dümmlicher Einwurf! In den 90ern, 70ern und 50ern spielten in der Nationalmannschaft "nur weiße Spieler", und das sehr erfolgreich. Genauso, wie 2014 auch eine Nationalmannschaft mit Spielern wie Sami Khedira oder Jérôme Boateng erfolgreich war. Leistung gewinnt Spiele - nicht "Vielfalt". Und nicht für schwarze oder weiße, sondern für Schwarz-Rot-Gold. Welche Hautfarbe der einzelne Spieler hat, ist schlicht völlig unerheblich.
Jamal Musiala ist vielleicht der deutsche Fußballer des nächsten Jahrzehnts. Genauso steht außer Frage, daß İlkay Gündogan ein Weltklasse-Spieler ist - ein Glück, daß beide für Deutschland spielen.
Was tut es da zur Sache, daß Musialas Vater Nigerianer ist? Oder daß Gündogan ein Kind türkischer Eltern ist? Die vernünftige Mehrheit in diesem Land will nicht über Menschen wegen ihrer Hautfarbe sprechen. Warum muß es die Bundestagsvizepräsidentin dann auf diese Art und Weise tun?
Grüne haben ein Problem mit Deutschen
Es sei nur eine Antwort auf die 21 Prozent der Deutschen gewesen, die sich laut einer ARD-Umfrage mehr Weiße in der Nationalmannschaft wünschten, erklärt Göring-Eckardt ihren Beitrag später. Die sei "offenbar mißverständlich" gewesen.
Aber war sie das wirklich? In bedeutendem Maße sind es doch die Grünen, die Hautfarbe, "Rasse" und Abstammung kontinuierlich zum Thema machen. Weil sie ein Problem mit Deutschland und den Deutschen haben.
Claudia Roth, Göring-Eckardts grüne Amtsvorgängerin als Bundestagsvizepräsidentin, marschierte ja bekanntermaßen hinter einem "Nie wieder Deutschland-Transparent", was man auch bei der Grünen Jugend gerne öffentlich skandiert hat. Robert Habeck wußte "mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht". Da paßt so ein dummer Satz einfach ins Muster.
Die Bundestagsvizepräsidentin eröffnet einen völlig hohlen Rasse-Diskurs, den niemand braucht, der niemandem hilft - und der nur irritiert und spaltet. Und sie signalisiert den Deutschen, die nicht Jamal oder Ilkay, sondern vielleicht noch Paul oder Peter heißen: Ihr seid ein Problem. Wer stets "Vielfalt" und "Antirassismus" beschwört, aber dann mit seiner Rhetorik Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe und Abstammung stigmatisiert, entlarvt sich nur selbst.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Merz biedert sich bei "Grünen" an: CDU macht Rolle rückwärts beim Heizungsdiktat**
Wer CDU wählt, bekommt "grüne" Politik. Allen, die es immer noch nicht gemerkt haben, hat der Partei- und Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz gerade wieder eine schallende Ohrfeige verpaßt: "Wir, die Union, wir stehen voll und ganz hinter dieser Wärmewende", schwärmt er beim Termin mit einem Hersteller von Wärmepumpen. Deren Technologie findet Merz "faszinierend" und "ein ganz wesentlicher Träger für diese Transformation".
Vor kurzem klang das noch ganz anders. Als im vergangenen Herbst die Ampel das in Robert Habecks Agora-Lobbyisten-Werkstatt zusammengeschusterte Heizungsdiktat durch den Bundestag peitschte, hatte Merz noch getönt: "Wir werden dieses Heizungsgesetz wieder zurücknehmen." Sein Fraktionsvize Jens Spahn warnte vor dem "Wärmepumpen-Zwang", der Hauseigentümer in den Ruin treiben könne, und im Netz sammelte die Union sogar Unterschriften gegen den "Heizungs-Hammer".
Diese kurze Trittbrettfahrt auf dem Programm der AfD ist offenkundig schon wieder vorbei. Die Bundestagswahl ist nicht mehr allzu weit weg, und Friedrich Merz meint, er müsse sich hübsch machen für die "Grünen", damit sie ihn bei nächster Gelegenheit zum Kanzler einer "schwarz-grünen" Koalition wählen.
Eigentlich nicht überraschend - die "grüne" Parole von der "Transformation", die Merz so begeistert nachplappert, wurde ja bekanntlich schon von Angela Merkel in Umlauf gebracht. Der

Bürger, der lieber nicht unter die Räder der "Grünen" und ihrer "Transformation" geraten möchte, muß wieder mal erkennen: Wer hat uns verraten? Christdemokraten!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Linksgrüne Schulpolitik ruiniert Zukunft der Jungen**

Zur neuesten PISA-Studie über die stark sinkende Kreativität von Schülern, insbesondere von Jungen und vor allem Jungen mit Migrationshintergrund, teilt die bildungspolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Nicole Höchst, mit:

"Jungen schneiden in nahezu allen Statistiken schlechter ab als Mädchen. Auch die Anzahl der Jungen ohne Schulabschluß ist deutlich höher als die der Mädchen. So waren im Jahr 2020 62 Prozent der Schüler ohne Hauptschulabschluß Jungen.

Es braucht eine spezifische und ausgeweitete Jungenförderung in der Schule und es darf nicht auf das Narrativ des ewig unterdrückten Weiblichen gesetzt werden. Wir von der AfD-Bundestagsfraktion haben mit unseren Initiativen, zum Beispiel der Anfrage 'Mögliche Benachteiligung von Jungen im deutschen Bildungssystem' (Drucksache 20/7105), schon mehrfach darauf hingewiesen. Aus der Antwort der Bundesregierung auf diese Kleine Anfrage wurde ersichtlich, daß es bis zu dem Zeitpunkt keine Forschung zu Schulproblemen von Jungen gab (Drucksache 20/7301).

Wir von der AfD-Bundestagsfraktion fordern deshalb erneut, daß es eine eigene Forschung zu den Schulproblemen von Jungen geben muß, da in der benannten PISA-Studie, besonders auch im schriftlichen Ausdruck Mädchen deutlich bessere Ergebnisse erzielten als Jungen.

Aus den Berufsbildungsberichten und den PISA-Ergebnissen wissen wir, wer diese Jungen sind. Die linksgrünen Weichenstellungen forcieren den Zustand und benachteiligen Jungen, insbesondere Jungen mit Migrationshintergrund. Diese Schulpolitik stiehlt die Zukunft der Jungen in unserem Land.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert ein Ende dieser Politik und den Beginn der Forschung zu den Schulproblemen der Jungen - und zwar jetzt!"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Entgleisungen vom Wunschpartner der CDU: Nein zum grünen Rassismus!**

Die jüngsten Äußerungen aus den Reihen der CDU haben es einmal mehr unterstrichen: Die Union kann es gar nicht erwarten, mit den grünen Deutschland-Abschaffern eine Koalition auf Bundesebene zu bilden.

Daß sich die CDU mit dieser Entscheidung auch knallharten Rassismus gegen Weiße ins Boot holt, beweisen die aktuellen Äußerungen der grünen Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Katrin Göring-Eckardt. "Diese Mannschaft ist wirklich großartig. Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler", schreibt die grüne Ideologin über den Sieg unserer "Mannschaft" gegen Ungarn. So tickt der Wunschpartner der CDU!

Während die DFB-Elf mit einer überzeugenden Leistung gegen Ungarn gewinnt, zeigt eine Grünen-Politikerin ihren ganzen Haß. Wenn unsere Spieler alle weiß wären, dann könnte man sich - so muß man ihren Satz wohl verstehen - nicht so richtig über den Sieg unserer Elf freuen. Die WM-Titel von 1954, 1974 und 1990 sind für Göring-Eckardt offenbar nichts wert, weil die Hautfarbe der damaligen Nationalspieler nicht in ihr Weltbild paßt.

Da hilft auch keine nachträgliche Löschung des Kommentars - die Aussage ist in der Welt und offenbart, wie man im links-grünen Milieu über Menschen mit "falscher" Hautfarbe denkt. Die Lebenswelt der Weißen soll mit allen Mitteln bekämpft werden - zum Beispiel durch die vermeintlichen "Seenotretter" des Vereins "United4Rescue", dessen Chef von Migrations-Subventionen profitiert und zufällig Lebenspartner von Göring-Eckardt ist. Daß die CDU drauf und dran ist, dieser Migrantenlobby zu noch mehr Macht zu verhelfen, sagt alles aus

über den Kurs der Merz-CDU.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Messer-Attacken und Gefängnisse: Diese Zahlen zeigen die Lügen der Ampel-Politik!**
Die aktuelle Statistik zu den Messer-Attacken und auch der Ausländeranteil in Gefängnissen belegen klipp und klar, daß die Massenmigration unser Land unsicherer macht. Bei den Messer-Attacken hat das Medienportal "NIUS" auf eklatante Mängel bei den Zahlen-Angaben des Bundes aufmerksam gemacht.
Das Bundeskriminalamt (BKA), das dem Haus von Innenministerin Faeser (SPD) nachgeordnet ist, spricht von rund 13.800 Messerangriffen im Jahr 2023. Doch eine "NIUS-Anfrage" bei den Bundesländern kommt zum Ergebnis, das es in der Summe 26.113 Messerangriffe sind - beinahe das Doppelte. Das BKA spricht von "mangelnder Validität", auf die aber bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht explizit hingewiesen wurde.
Eine ebenso deutliche Sprache sprechen die Zahlen beim Ausländeranteil in den Gefängnissen der Bundesländer, die ebenfalls von "NIUS" recherchiert wurden. Demnach liegt der Anteil der Häftlinge ohne deutschen Paß in Hamburger Haftanstalten bei 58 Prozent, während der Ausländeranteil in ganz Deutschland bei 15 Prozent liegt. Der Anteil der ausländischen Häftlinge ist also fast viermal so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Die Top-Herkunftsländer dieser Inhaftierten in Hamburg sind Türken (149), Polen (128) und Afghanen (84).
All das zeigt: Die Ampel (und ihre CDU-Wasserträger) stehen auf Kriegsfuß mit der Realität. Die etablierten Parteien leugnen den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und alltäglicher Messer-Kriminalität, obwohl die Fakten diese Behauptungen widerlegen. Bei einem realistischen Blick auf die Wirklichkeit müßten sie sich schließlich eingestehen, was für ein furchtbarer Irrweg ihre Migrations-Ideologie war und ist. Die AfD wird dennoch der Wahrheit ins Auge sehen und die Zahlen als das betrachten, was sie sind: Eine dringende Handlungsaufforderung für geschützte Grenzen und konsequente Abschiebungen.<<
Schweiz: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 20. Juni 2024 (x1.384/…): >>**Staaten des globalen Südens lehnen westliche Ukraine-Erklärung ab**
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Konferenz in der Schweiz: 16 anwesende Staaten tragen Gipfelerklärung zum Ukraine-Krieg nicht mit …
Mehr als ein Dutzend Staaten des "globalen Südens" haben sich geweigert, die Abschlußerklärung einer westlich dominierten Ukraine-Konferenz in der Schweiz zu unterzeichnen. Zu den ablehnenden Staaten zählten mit Brasilien, Südafrika, Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten alle vier anwesenden Mitglieder des BRICS-Bündnisses. Rußland, das Konfliktpartei in dem Krieg und Gründungsmitglied der BRICS ist, war zu der von der ukrainischen Regierung initiierten Konferenz nicht eingeladen worden.
Auf dem Treffen in einem Hotel auf dem Berggipfel Bürgenstock am vergangenen Wochenende in der Zentralschweiz waren Vertreter von insgesamt 92 Staaten anwesend - darunter alle Mitglieder der NATO und der Europäischen Union.
In der Abschlußerklärung bekennen sich die unterzeichnenden Regierungen zum "Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates, zu den Grundsätzen der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit aller Staaten".
Diese Erklärung wurde unter anderem von Israel, Großbritannien und den USA unterschrieben. Im weiteren Verlauf des Dokuments fordern die Unterzeichner, daß Rußland der Ukraine die Kontrolle über das Atomkraftwerk Saporoschje zurückgibt und Drohungen mit Nuklearwaffen unterläßt. Ebenfalls solle Rußland den kommerziellen Seehandel im Schwarzen und

Asow'schen Meer nicht beeinträchtigen sowie alle ukrainischen Kriegsgefangenen und "deportierten Kinder" an die Ukraine übergeben.
Der sogenannte "Friedensgipfel" stehe "auf der Seite des Krieges", kritisierte Kolumbiens Präsident Gustavo Petro. Die Schlußfolgerungen des Treffens seien schon vorbestimmt gewesen, ergänzte der linke Politiker. Deshalb sei der Bürgenstock-Gipfel "kein freies Forum" gewesen, auf dem über Wege zum Frieden zwischen Rußland und der Ukraine diskutiert werden konnte.
Petro wies hierbei mehrfach auf den Gaza-Krieg Israels hin und rief zur Wiederherstellung des Völkerrechts auf. Kolumbien habe nicht unterschrieben, denn es schließe sich keiner der beiden Kriegsparteien an. Neben Brasilien hatte auch Mexiko die Unterzeichnung der Abschlußerklärung abgelehnt. Argentinien, Chile und kleinere Staaten der Region hatten hingegen unterschrieben.
Der indische Delegationsleiter Pavan Kapoor erklärte, Indien habe an der Konferenz wie auch an vorangegangenen Treffen dieser Art teilgenommen, da es Interesse an einer friedlichen Lösung des Konflikts durch Dialog und Diplomatie habe. Allerdings bedürfe solch eine Lösung "ein aufrichtiges und praktisches Engagement zwischen beiden Konfliktparteien", erläuterte der West-Sekretär des indischen Außenministeriums.
Nur eine Vereinbarung mit Optionen, die für beide akzeptabel seien, könne zu einem dauerhaften Frieden führen. Da Rußland auf dem Gipfel jedoch nicht vertreten war, habe Indien sich nicht an der Abschlußerklärung beteiligt. Auch die südostasiatischen Staaten Thailand und Indonesien verweigerten ihre Unterschrift. Währenddessen unterzeichneten die asiatischen US-Verbündeten Japan, Südkorea und Philippinen das Kommuniqué.
Der saudische Außenminister Prinz Faisal bin Farhan al Saud kritisierte ebenfalls Rußlands Nicht-Einladung zum Gipfel. Die internationale Gemeinschaft müsse sich für ernsthafte Verhandlungen einsetzen, die auch schwierige Kompromisse nötig machen, um zu einem Frieden zu gelangen. "Hier ist es wichtig zu betonen, daß jeder glaubwürdige Prozeß die Beteiligung Rußlands erfordert", betonte der Außenminister.
Saudi-Arabien habe laut Aussagen des finnischen Präsidenten die Abschlußerklärung nicht unterschrieben, da es die eigene Position als neutraler Vermittler für einen geplanten Friedensgipfel im saudischen Riad nicht gefährden wolle. Im Gegensatz zu Katar lehnten auch Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate eine Unterschrift ab. Nach Unterzeichnung des Dokuments am 16. Juni hatten zudem die Staaten Jordanien, Irak und Ruanda ihre Unterschriften zurückgezogen.
Sydney Mufamadi, nationaler Sicherheitsberater Südafrikas, kritisierte die Nicht-Einladung Rußlands. Zudem sei es überraschend, daß Israel trotz der vorgeworfenen Kriegsverbrechen an Palästinensern an der Konferenz teilnehme und eine Erklärung unterschreibe, die zur "Achtung des Völkerrechts" aufrufe, sagte er. Neben BRICS-Mitglied Südafrika hatten auch Libyen und Mauretanien das Kommuniqué nicht unterschrieben. Andere afrikanische Staaten wie Kenia, Somalia und sechs Mitglieder der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) hatten sich hingegen hinter das Dokument gestellt.
Laut der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) sei es erklärtes Ziel der Konferenzorganisatoren gewesen, "möglichst viele nichtwestliche Staaten auf den Bürgenstock zu lotsen". Dies sei nur bedingt gelungen. China, Pakistan, Kasachstan und weitere Staaten hatten eine Teilnahme trotz Einladung abgelehnt. Andere Teilnehmer hatten nur diplomatisch niederrangige Delegationen entsandt. Bislang unterstützen international nur westliche Staaten und enge US-Verbündete aus anderen Weltregionen die Erklärungen der ukrainischen Regierung.
Um möglichst viele Staaten zu einer Unterschrift zu bringen, habe man sich in dem Dokument nur auf wenige Punkte der sogenannten "Friedensformel" des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj fokussiert, hieß es aus Schweizer Regierungskreisen. Trotzdem habe ein "un-

üblich hoher Anteil" von Staaten die Unterzeichnung verweigert, schrieb die NZZ.
Die Schweizer Zeitung "Weltwoche" bezeichnete die Konferenz als "Fiasko". Laut dem außenpolitischen Magazin "German Foreign Policy" verweigerten sich gerade die "Schwergewichte des Globalen Südens". Es habe sich auf dem Bürgenstock-Gipfel "erneut gezeigt, daß der Westen sogar mit äußerstem Einsatz nicht mehr in der Lage ist, globale Mehrheiten für seine Vorhaben zu mobilisieren".<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29450" berichtet am 20. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Die RKI-Files zeigen: Die Regierung hat uns belogen!**
Stellungnahme von *Prof. Dr. Dr. phil. H. Walach*
Die RKI-Files sind freigeklag
te Sitzungsprotokolle des Robert Koch- Instituts über jene Vorgänge, die zur Ausrufung eines Nationalen Notstands in Deutschland und deren Folgen führten. Laut Prof. Harald Walach, Universitätsprofessor, Berater, Wissenschaftler, Autor und Coach zeigt sich in den RKI-Files, daß die Reaktionen der Bundesregierung auf die SARS-CoV-2-Pandemie weder wissenschaftlich gestützt waren, noch auf Fakten basierten.
Prof. Harald Walach folgert daher: "Die Regierung hat die Bevölkerung belogen!" Kla.TV strahlt seine gekürzte Stellungnahme dazu aus. …
"RKI-Files" nenne ich hier die von Herrn Schreyer und seinem Multipolarmagazin freigeklagten Unterlagen des Robert Koch-Instituts, kurz RKI. Das sind vor allem Sitzungsprotokolle über die Vorgänge, die zur Ausrufung eines nationalen Notstands mit all den Folgen führten: Ausgangssperren, Restaurant-, Theater-, Sportklub- und andere Schließungen, im Volksmund "Maßnahmen" genannt. Sie sind in ihrer ganzen Fülle verfügbar und wurden vom Multipolarmagazin und anderen bereits ausführlich kommentiert. ...
Ich will auf ein paar wichtige Details hinweisen und im zweiten Teil dieses Beitrags eine Studie besprechen, bei der ich ein bißchen mitgeholfen habe und die jetzt auf dem Preprintserver Zenodo zur Verfügung steht. Sie zeigt: Gerade mal 13,5 % aller Menschen, die jemals PCR-positiv auf SARS-CoV-2 getestet wurden, waren auch wirklich infiziert bzw. hatten eine Immunreaktion, nachweisbar durch IgG-Antikörper. (IgG = Immunglobulin G = Antikörper im Blut, die gegen Viren und Bakterien wirken)
Das wußte das RKI schon sehr früh bzw. hätte es wissen können. Man hätte also mit dem Testwahn und den Maßnahmen sehr bald aufhören können, wenn man denn gewollt hätte. Das Ganze läuft also wie ein Zug auf zwei Schienen. Beide Schienen heißen "politischer Wille". Und der Zug fährt eben genau nicht in Richtung "Fürsorge für die Bürger". Wohin er fährt, weiß ich nicht. Aber ich weiß, daß all das nichts mit Fürsorge und Sorgfalt zu tun hatte, sondern allenfalls mit politischer Macht.
Die RKI-Files zeigen klar: Es hat keinerlei Grund zur Aufregung gegeben. Die Mitarbeiter im RKI haben deutlich gesehen, daß Anfang März 2020 weder besorgniserregende Infektionszahlen noch andere Kennwerte Anlaß zur Sorge gaben. Sie haben darauf hingewiesen, daß die Grippe-Sentinel-Daten keine ausufernden SARS-CoV-2-Infektionen zeigen und kein Notstand zu befürchten ist.
Ich hatte in meinen früheren Blogs des Öfteren darauf hingewiesen, daß die Grippe-Sentinel-Daten, die das RKI publiziert, sehr wenig SARS-CoV-2-Verbreitung zeigten.
Zur Erinnerung: Das Grippe-Sentinel ist ein Netzwerk von Arztpraxen über die ganze Republik verstreut. Sie schicken Proben von Patienten mit grippeähnlichen Symptomen zum RKI bzw. entsprechenden Laboren, damit man erkennen kann, welche Erreger kursieren. Weil das System bundesweit und einigermaßen repräsentativ ist, kann man anhand dieser Daten die Ausbreitung von Infektionen sehr gut nachvollziehen.
Ich hatte mir diese Sentinel-Daten mehrfach angesehen und mehrfach in meinen Blogs publiziert, daß selbst zu Zeiten, wo angeblich Notstand herrschte, Lockdown, Ausgangssperre, nie

eine bedenklich hohe Zahl von SARS-CoV-2-Infizierten darunter war. Eher alle möglichen anderen Erreger. Da diese Daten vom RKI erhoben und publiziert waren, wußte die Regierung das bzw. hätte es wissen können, wenn sie wollte. Diese Tatsachen wurden nie in der Öffentlichkeit verbreitet. Verbreitet wurden Schreckensbotschaften.
Wir wissen jetzt: Diese kamen auf Anweisung der Regierung ans RKI und wurden von dort an die Öffentlichkeit gegeben. Die Behauptung, das RKI habe aufgrund wissenschaftlicher Daten und ohne Eingreifen der Regierung gehandelt, ist eine Lüge. ...
Die Reaktionen der Bundesregierung auf die SARS-CoV-2-Pandemie hatten mit Wissenschaft, Fakten und realen Bedrohungen nichts zu tun, sondern waren politisch motiviert. Ob diese Motivation das Wohl der Bürger im Auge hatte, darf angesichts der vielen aufgetischten Lügen bezweifelt werden.
Das RKI muß also nach allem tatsächlich als das gesehen werden, was es ist: eine nachgeordnete Behörde, die den Weisungen des Gesundheitsministers Folge zu leisten hat und nicht aufgrund eigener Erkenntnisse nach wissenschaftlichen Standards und Erwägungen operiert. Daß das so ist, haben viele immer vermutet; ich auch. Jetzt wissen wir es und es ist urkundlich belegt.
Unsere Studie deckt einen weiteren Skandal auf:
Das RKI hätte schon recht bald wissen müssen, daß die Testungen mit PCR-Tests keine wirklich Infizierten erkennen, sondern aufgrund der hohen Sensitivität (Empfindlichkeit) und nicht perfekter Spezifität dieser Tests viele Falschmeldungen produzieren.
Aufgrund dieser PCR-Testungen wurde aber von Seiten der Exekutive (Regierung und öffentliche Verwaltung) massiv in die Freiheitsrechte von uns Bürgern eingegriffen: Man verwehrte positiv Getesteten den Zugang zu allen möglichen Veranstaltungen, man durfte sich nicht mehr frei bewegen, konnte oft sogar die Wohnung nicht verlassen oder konnte keine amtlichen Besorgungen vornehmen, etc. ...
Und noch etwas fällt anhand dieser Daten auf:
Die Impfkampagne hinterläßt keine Spur in den Daten. ... Die Impfkampagne wurde ja Ende 2020 gestartet, um die Immunität der Bevölkerung gegen dieses Virus SARS-CoV-2 zu erhöhen.
Da die IgG-Daten (Immunglobulin G-Daten) nur bis Kalenderwoche 20 im Jahre 2021 vorlagen, die PCR-Testdaten aber für den gesamten Zeitraum, hätte sich eigentlich eine deutliche Verschiebung der Immunität dadurch zeigen müssen, daß die Kurven von IgG (IgG = Immunglobulin G = Antikörper im Blut, hier spezifisch gegen SARS-CoV-2) und PCR-Positiven irgendwann stark auseinanderklaffen und sich gegenläufig oder unterschiedlich entwickeln. Das tun sie genau nicht. Vielmehr sind sie sehr nahe beieinander (vergleiche die türkise und die gelbe Kurve oben). ...
Anders ausgedrückt: Es ist in den Daten keinerlei Anzeichen dafür erkennbar, daß die Impfkampagne einen Einfluß auf die Verteilung des immunen Anteils der Bevölkerung genommen hat. Nochmals anders ausgedrückt: Wer auch immer gegen SARS-CoV-2 immun ist, ist dies höchstwahrscheinlich aufgrund einer natürlichen Infektion.
Dies war jetzt ein kompliziertes Argument für die mittlerweile bekannte Tatsache: Die gentechnischen präventiven Interventionen der "modRNA-Impfungen" haben keine Infektionen verhindert.
Fassen wir zusammen: Die Regierung hat die Bevölkerung belogen, indem sie behauptet hat, die "Maßnahmen" zur Eindämmung einer "SARS-CoV-2-Pandemie" seien wissenschaftsbasiert. Die Maßnahmen und die Kriterien dafür wurden von der Politik vorgegeben. Warum, mit welchem Ziel, mit welcher Motivation, darüber wäre die Exekutive (Regierung und öffentliche Verwaltung) der Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtig. Und es wäre an der Zeit, daß kompetente Wissenschaftsjournalisten dies von der Regierung einfordern und Juri-

sten nachfassen.
Das RKI hat, vermutlich im Auftrag der Regierung, die Bevölkerung belogen. Denn die PCR-Tests waren ungeeignet, irgendwas zu begründen, und die Verläufe der IgG-Positiven (Menschen, die gegen SARS-CoV-2 immun sind), vom RKI selber veranlaßt, zeigten das bereits früh und sehr genau.
Wir wissen heute: Nur 13,5 % der positiv Getesteten wurden auch klinisch infiziert
und zeigten eine immunologische Spur dieser Infektion. Alle anderen haben diese Infektion entweder folgenlos weggesteckt oder die PCR-Tests waren falsch positiv.
Diese Debakel müssen öffentlich, transparent und ehrlich aufgearbeitet werden. Das ist das Einzige, was der Demokratie in diesem Land hilft. Keine Demonstrationen gegen oder für irgendwas, keine vorauseilenden Verhinderungen von vermeintlich falschen Informationen, sondern Aufarbeitung. Und dazu gehört nach meinem Verständnis: Eingestehen der Fehler, öffentliche Benennung der Schuldigen, möglicherweise juristische Schritte und Rehabilitierungen von fälschlich Verfemten (ausgestoßen, verachtet) und Installation von Prozessen, die eine Wiederholung verhindern können. Das Mindeste wäre eine Ablehnung der WHO-Pandemie- und Gesundheitsverträge.<<

21.06.2024

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 26/24" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.387/…): >>**Land im Abbruch**
Deindustrialisierung: Die Zahl der Firmenauflösungen steigt. Täglich verlagern alteingesessene Produzenten ihre Anlagen ins Ausland
Ulrich van Suntum / Mathias Pellack
Auf seinen Vor-Ort-Reisen durch deutsche Industrieregionen gerät Wirtschaftsminister Robert Habeck regelmäßig ins Schwärmen. Deutschland sei "einer der stärksten Standorte für Biotechnologie, Pharmazie, Life Sciences und Medizintechnik in der Welt", ließ er sich kürzlich vernehmen. Die Branche zeichne aus, "was die deutsche Wirtschaft traditionell groß und stark gemacht hat", nämlich "Investitionen in Forschung, Innovationsstärke und hochspezialisierte Fachkräfte."
Zwar gebe es große Herausforderungen im globalen Wettbewerb, aber die Bundesregierung habe bereits eine "Pharmastrategie" beschlossen, die den Standort weiter stärken werde. Alles in Butter also? Tenor soll sein: Die Ampel wird es schon richten.
Die harte Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Jüngst publizierte die Schweizer Hochschule IMD ihren Vergleich der Standortfaktoren von 67 Nationen. Deutschland ist zwei Plätze abgerutscht und steht nur noch auf Platz 24. Zu Beginn der Ampel-Zeit 2021 war die Bundesrepublik noch auf Platz 15. Laut einer anderen aktuellen Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der Creditreform Wirtschaftsforschung werden in Deutschland immer mehr Unternehmen geschlossen, und zwar gerade in den forschungsintensiven Branchen.
Insgesamt machten im letzten Jahr 176.000 Unternehmen dicht, das waren 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. "Wir erleben derzeit eine Welle von Insolvenzen - aber der Scheitelpunkt ist noch nicht erreicht", sagt der Mittelstandsberater Markus Brandstetter.
Es betraf Händler, Handwerksbetriebe oder auch die Industrie. So betrug der Zuwachs bei den Schließungen im verarbeitenden Gewerbe satte acht Prozent, in der Untergruppe der forschungsintensiven Industrie sogar 12,3 Prozent. Eine zentrale Ursache dafür sind die hohen Energiekosten in Deutschland. Öl und Gas sind zwar weltweit wieder deutlich billiger geworden, aber aufgrund zahlreicher fiskalischer Sonderlasten hierzulande nach wie vor viel teurer. Das treibt vor allem die chemische Industrie aus dem Land, neben China auch nach Indien oder Südosteuropa. Neben dem Maschinenbau eine der letzten Großindustrien, in denen Deutschland weltmarkfähig war.

Nachkommen wird hier erst mal nichts, meint auch Brandstetter. "Das einzige moderne deutsche Unternehmen ist die SAP." Künstliche Intelligenz mache riesige Fortschritte. Aber dafür biete Deutschland kein gutes Umfeld. Das passiere fast alles in den USA. "Vergleichen Sie die deutsche Wirtschaft mit der Bahn", meint Brandstetter, der jetzt viele Insolvenzen zu betreuen hat. "Die fährt schon noch. Aber die ist nicht gut. Nichts ist pünktlich. Wir werden nicht Simbabwe. Aber wir werden auch nicht mehr Weltspitze sein."
Auch im Gesundheitssektor geben immer mehr Betriebe auf, wobei hier vor allem überbordende Bürokratie, Nachwuchsmangel und fehlende Gewinne die Hauptgründe sind. Ganz finster sieht es auch in der Immobilienbranche aus, wo sowohl der Wohnungsbau (-3,4 Prozent in 2023) als auch der gewerbliche Bau (-2,9 Prozent) rückläufig sind. Kein Wunder, denn wer kann sich bei steigenden Zinsen, Baukosten und Klimaschutz-Auflagen noch ein neues Eigenheim leisten?

"Mittelstand ist niedergetrampelt von SPD und Grünen"

Besonders beunruhigend ist, daß den vielen Schließungen keineswegs entsprechende Neugründungen gegenüberstehen. Die ZEW-Auswertungen zeigen im Gegenteil einen fallenden Trend, und zwar wiederum gerade in forschungsintensiven Wirtschaftsbereichen und im verarbeitenden Gewerbe. Auch hier könnte der Gegensatz zu den von Habeck besungenen "innovativen Start-ups" und angeblich starken Forschungsinvestitionen in der deutschen Unternehmenslandschaft nicht größer sein. So sind derzeit neben dem Bau auch die Unternehmensinvestitionen in neue Anlagen rückläufig.
Und das hat nicht nur konjunkturelle Gründe, es geht auch auf die unberechenbare Politik der Ampel zurück. Die Mittelständler - die "Hidden Champions" - könnten Deutschland nicht schon wieder aus der Misere holen, so Brandstetter. "Der Mittelstand liegt am Boden. Niedergetrampelt von SPD und Grünen."
Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute schreiben in ihrem jüngsten Gemeinschaftsgutachten: "Eine durchgreifende Verbesserung der Investitionsbedingungen ist derzeit nicht in Sicht." Vielmehr sei "die wirtschaftspolitische Unsicherheit hoch, was für Attentismus (Anmerkung der Redaktion: Abwarten auf bessere Gelegenheit) auf Seiten der Unternehmen spricht." Ein Beispiel dafür ist etwa die abrupte Einstellung der Subventionen für Elektroautomobile, nachdem diese zuvor entgegen den tatsächlichen Käuferwünschen gepuscht worden waren.
Auch beim Bürokratieabbau klaffen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander. "So viel Bürokratieabbau wie in den letzten zwei Jahren war noch nie", lobte Bundeskanzler Scholz im Mai die Ampel-Politik. Dumm nur, wenn die Wirtschaft davon kaum etwas merkt.
Die Bürokratie belaste sie nach wie vor "ohne Ende", klagt etwa Gesamtmetall-Chef Stefan Wolf in der Welt. Datenschutz, Herkunftsnachweise, Subventionsanträge, Umwelt- und Klimaauflagen - die Formularflut ist wie eine Hydra, der immer drei Köpfe nachwachsen, wenn man einen abschlägt. An manch unsinniger Vorschrift ist zwar auch die EU schuld, aber das macht es für die Unternehmen kaum besser. Zumal die Bundesregierung der Brüssel-Regelungswut nichts entgegenstellt.
Daß all dies inzwischen verheerende Folgen hat, kann auch die regierungsnahe Presse nicht mehr übersehen. "Deutschland im Tal des Todes", titelte etwa die Wirtschaftswoche mit Blick auf den Standort. Und selbst die "Tagesschau" befürchtete im Zusammenhang mit den massiven Produktionsverlagerungen der BASF nach China den "Anfang vom Ende der deutschen Chemieindustrie".
Die Auswirkungen der Deindustrialisierung sind auch längst in den nackten Zahlen sichtbar. Nach wie vor ist Deutschland mit seinem Negativwachstum 2023 und einer kaum besseren Prognose für das laufende Jahr Schlußlicht in Europa. Die Wirtschaftsleistung liegt kaum höher als vor der Pandemie, schreiben die Forschungsinstitute im Gemeinschaftsgutachten. Zwar

sei die Erwerbstätigenzahl gestiegen, aber dies kompensiere im wesentlichen nur die kürzeren Arbeitszeiten. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist also in etwa gleichgeblieben, und zudem stagniere auch die Produktivität. Selbst der Außenhandel trägt derzeit nichts mehr zum Wirtschaftswachstum bei, obwohl der Welthandel weiter zunimmt.
Positive Zuwachsraten hat allein noch der Konsum, namentlich auch der Staatsverbrauch. Es wird also weiterhin getanzt auf der Titanic, finanziert nicht zuletzt durch Kredite und inflationsbedingt steigende Staatseinnahmen. Wenn es nach der Ampel ginge, soll dafür auch noch die Schuldenbremse fallen. Daß der Maschinenraum schon halb unter Wasser steht, ficht die Freizeitkapitäne und Gesundbeter auf den Regierungsbänken offenbar nicht an. Vielleicht glauben sie auch weiter an das "neue Wirtschaftswunder", das der nach eigenen Worten "wirtschaftsfreundlichste Bundeskanzler seit Ewigkeiten" Olaf Scholz im März letzten Jahres versprochen hatte.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 26/24" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.387/…):

>>**Doch das Messer sieht man nicht**

Kriminalität: Berichte über Gewalttaten mit Stichwaffen häufen sich und verunsichern die Bevölkerung

Peter Möller

Nach dem islamistischen Terrorangriff von Mannheim, bei dem ein Polizist getötet und mehrere Menschen, darunter der Islamkritiker Michael Stürzenberger, verletzt wurden, reißt die Berichterstattung über Messerangriffe in Deutschland nicht ab.
Am Montag morgen stach ein Mann in Düsseldorf-Unterbilk aus bislang unbekanntem Grund auf zwei Mitarbeiterinnen eines Wohnungslosen-Projekts ein und verletzte die beiden Frauen, bevor er von der Polizei festgenommen werden konnte. Am Sonntag hatte die Polizei im niedersächsischen Ilten bei Sehnde einen Mann niedergeschossen, der zuvor in einem Krankenhaus randaliert und die Polizisten mit einem Messer bedroht hatte.
Am Samstag wurde ein 24 Jahre alter Mann in Ingolstadt von einem 17 Jahre alten Afghanen mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt. Am Freitag vergangener Woche wurde in einer S-Bahn in Hamburg ein 20jähriger von zwei Männern angegriffen und mit einem Messer verletzt.

Bundesrat fordert schärferes Waffenrecht

Ebenfalls am Freitag hatte ein 27 Jahre alter Afghane in Wolmirstedt in Sachsen-Anhalt zunächst einen 23jährigen Landsmann nach einem Streit mit einem Messer getötet. Daraufhin bedrohte der Angreifer mehrere Menschen in einer Kleingarten-Siedlung und drang dann auf eine private EM-Gartenparty in einer Einfamilienhaus-Siedlung ein, wo er eine 50jährige Frau, einen 75 Jahre alten Mann schwer sowie einen weiteren Mann mit Messerstichen leicht verletzte. Als der Afghane Polizisten angriff, wurde er von den Beamten erschossen.
Nach Angaben der Polizei sind Motiv und Hintergründe der Tat bislang noch nicht bekannt. Den Behörden sei der Angreifer zuvor nicht bekannt gewesen. Hinweise für einen religiösen oder terroristischen Hintergrund gebe es nicht.
Sachsen-Anhalts Innenministerin Tamara Zieschang (CDU) kündigte Anfang der Woche an, die Attacke bei der Innenministerkonferenz Mitte dieser Woche, bei der es auch bereits um die Folgen des Attentats von Mannheim gehen sollte, zum Thema zu machen. Doch bereits vor der Zusammenkunft der Innenminister, deren Ergebnisse bei Redaktionsschluß noch nicht vorlagen, lief die Debatte über die Konsequenzen aus der steigenden Zahl der Messerangriffe bereits auf Hochtouren.
Denn die Statistik deckt sich mit dem Eindruck vieler Menschen über die Zunahme entsprechender Taten. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wurden im vergangenen Jahr von den Behörden 8.951 Messerangriffe im Zusammenhang mit gefährlicher oder schwerer Körperverletzung registriert und damit 791 mehr als im Jahr 2022. Das sind durchschnittlich

24 entsprechende Attacken mit mindestens einer verletzten Person pro Tag.
Breiten Raum in der Diskussion über mögliche Konsequenzen nimmt dabei die Frage von Messerverboten beziehungsweise die Ausweitung von Messerverbotszonen ein. Bereits im vergangenen Jahr hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein Verbot von Messern im Öffentlichen Nahverkehr ins Spiel gebracht. Experten hatten allerdings darauf verwiesen, daß derlei Regelungen kaum zu kontrolliert sind. Das gilt auch für Messerverbotszonen, über deren Ausweitung insbesondere seit der Tat von Mannheim diskutiert wird.
Dennoch hat die saarländische Landesregierung mittlerweile eine Rechtsverordnung angekündigt, die es ermöglichen soll, Waffen- und Messerverbotszonen im Saarland festzulegen. Diese Zonen sollen nach Angaben von Innenminister Reinhold Jost (SPD) nicht nur auf Kriminalitätsschwerpunkte beschränkt sein, sondern überall dort eingerichtet werden können, wo "Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß ein Verbot oder eine Beschränkung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist".
Und auf Antrag der niedersächsischen Landesregierung hat der Bundesrat vergangene Woche die Bundesregierung aufgefordert, das Waffenrecht zu verschärfen. Demnach sollen unter anderem Springmesser generell verboten werden, außerdem Messer mit einer feststehenden Klinge von mehr als sechs Zentimetern Länge nicht mehr mitgeführt werden dürfen. In öffentlichen Verkehrsmitteln und Gebäuden sollten Messer grundsätzlich nur dann bei sich getragen werden dürfen, wenn sie sich in einem geschlossenen Behältnis befinden.
Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, forderte unterdessen eine Debatte über die Ausrüstung der Polizisten. "Da geht es nicht nur um den Taser, da geht es insbesondere auch um den Schutz von Polizistinnen und Polizisten vor Messerattacken", sagte er dem MDR. Eine solche Elektroschock-Pistole, ein sogenannter Taser, der bislang nicht flächendeckend bei der Polizei im Einsatz ist, ermöglicht es den Polizisten, einen Messerangreifer außer Gefecht zu setzen, ohne die potentiell tödliche Dienstwaffe einzusetzen.<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.386/…): >>**New York Times rechnet mit Deutschland ab: "Vergessen Sie alles, was Sie über deutsche Effizienz gedacht haben"**
Die New York Times berichtet über Deutschland.
Redaktion
Riesige Abrechnung mit dem Wirtschaftsstandort Deutschland in der bekanntesten Zeitung der Welt, der New York Times.
"Effizienz. Zuverlässigkeit. Funktionalität". So beginnt der Text über die Europameisterschaft 2024 und deutsche Effizienz bei der renommierten NYT. Das seien Begriffe, die viele Menschen mit Deutschland verbinden, sich aber bei der Europameisterschaft 2024 nicht bewahrheitet. Die Turnierorganisatoren haben Schwierigkeiten mit der Kontrolle der Menschenmengen außerhalb der Stadien. Fans mußten miserable Bedingungen auf dem Weg zu und von den Spielen ertragen. Metro- und Bahnverbindungen in den Gastgeberstädten haben unter dem zusätzlichen Andrang versagt.
"Das ist nicht das, was der Rest Europas erwartet hat"
Ein Beispiel ist München, wo das Turnier begann. Die Stadt, die es gewohnt ist, große Fußballmengen zu bedienen, so die New York Times, erlebte am Freitagabend ein Verkehrschaos. Züge stoppten lange an Bahnsteigen und in Tunneln, und die U-Bahn-Linie zur Allianz Arena kam zum Stillstand. Fans standen dicht gedrängt, und obwohl die Stimmung ruhig blieb, war es eine unangenehme Erfahrung. Vor dem Stadion herrschte Chaos, da das Zonensystem versagte und es zu langen Warteschlangen kam. Viele Fans mußten sich physisch durch die Menge drängen, um ihren Eingang zu finden.
Auch in Gelsenkirchen kam es zu erheblichen Problemen. Der Verkehr zur Arena AufSchalke

war so überlastet, daß einige Fans beschlossen, den ganzen Weg zu Fuß zurückzulegen. Ein England-Fan berichtete: "Wenn man am Bahnsteigrand stand, mußte man sein ganzes Körpergewicht einsetzen, um nicht auf die Gleise gedrückt zu werden." Nach dem Spiel herrschte auch am Hauptbahnhof Chaos. Ein anderer Fan beschrieb die Szene als "absolutes Chaos" und erwähnte, daß der Bahnhof selbst Stunden nach dem Spiel überfüllt war.

"Verbindungen werden verpaßt und Menschen bleiben gestrandet"

Die Deutsche Bahn (DB) steht im Zentrum der Kritik. Einst der Goldstandard des europäischen Bahnverkehrs, kämpft die DB heute mit zahlreichen Problemen. Züge sind oft verspätet, kommen nicht oder ändern Ziele ohne Vorwarnung. "Verbindungen werden verpaßt und Menschen bleiben gestrandet." Die Pünktlichkeitsrate der DB ist in den letzten Jahren drastisch gesunken. "Im Jahr 2020 kamen mehr als 80 Prozent der Züge pünktlich an. Im Jahr 2021 waren es 75 Prozent. Bis zum Sommer 2023 war die Pünktlichkeitsrate unter 60 Prozent gefallen."

Die Probleme der DB sind das Ergebnis jahrzehntelanger Unterfinanzierung und einer veralteten Infrastruktur. Ein Netzwerkstatusbericht der DB aus dem März 2023 beschrieb die Infrastruktur als "anfällig für Ausfälle". Hinzu kommt ein erheblicher Mangel an Fahrern, der die Frequenz der Dienste verringert. Diese Probleme werden durch die steigende Anzahl von Dienstleistungen auf einem schrumpfenden Streckennetz weiter verschärft.

Trotz einiger positiver Aspekte, wie der guten Atmosphäre in den Stadien und der hohen Qualität der Spiele, dominieren die negativen Eindrücke. Die deutsche Gastfreundschaft und die kulturellen Angebote des Landes können die organisatorischen Mängel nicht vollständig ausgleichen. Die Probleme, die die New York Times anspricht, werfen einen Schatten auf die Europameisterschaft 2024 und könnten noch lange nachwirken.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Illegale Migranten sollen künftig als Polizisten arbeiten dürfen**

Das Seattle Police Department gab letzte Woche bekannt, daß sie Bewerbungen von DACA-Empfängern annehmen wird.

Redaktion

Es klingt wie ein schlechter Scherz: Seit Jahren sparen die US-Demokraten die Polizei kaputt. Nun will Seattle illegale Migranten rekrutieren, um die dezimierte Polizei in der größten Stadt im Nordwesten der Vereinigten Staaten zu verstärken.

Seattle ist die jüngste von den Demokraten regierte Stadt, die versucht, den Exodus von Polizisten durch illegale Einwanderer zu ersetzen. Es sind dieselben Liberalen, die sich seit Jahren für die Kürzung der Polizeimittel einsetzten, die nun die Anheuerung illegaler Einwanderer als Polizeikräfte unterstützen. Washingtons größte Stadt hat nur 913 Polizisten für ihre 750.000 Einwohner, nachdem in den letzten fünf Jahren 725 Polizisten kündigten.

Illegale sollen nun Gesetzeshüter werden

Nun hat die Polizeibehörde die Regeln angepaßt, um Anträge von Einwanderern zuzulassen, die als Kinder illegal die Grenze überquert haben und im Programm "Deferred Action for Childhood Arrivals" (DACA) sind. Ein Programm aus der Obama-Ära, das als Kinder illegal eingewanderte Migranten, auch "Dreamers" genannt, die Möglichkeit gibt, eine Abschiebung aufzuschieben und eine Arbeitserlaubnis in den Vereinigten Staaten zu erhalten.

"Es ist irgendwie ironisch, daß es Menschen gibt, die sich illegal in diesem Land aufhalten und nun möglicherweise das Gesetz durchsetzen könnten", so Jason Rantz, Radiomoderator aus Seattle, am Dienstag bei Fox & Friends. Das Seattle Police Department gab letzte Woche bekannt, daß sie Bewerbungen von DACA-Empfängern annehmen wird, nachdem in Washington ein bundesstaatliches Gesetz in Kraft getreten ist, daß es "Dreamers" erlaubt, sich für Stellen im öffentlichen Dienst zu bewerben.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.385/…):

>>**Kriegs-Schreie von der Atlantikbrücke**

Herbert Ludwig

In einem Interview mit dem "stern" sprang der nur noch im Hintergrund agierende SPD-Mann Sigmar Gabriel jüngst seinen führenden kriegstreibenden Vereins-Genossen Scholz und Pistorius mit der radikalen Forderung zur Seite, im Ukraine-Konflikt noch eine härtere Gangart gegen Rußland einzuschlagen und auch die Entsendung deutscher Soldaten ins Auge zu fassen. Dabei hatte er sich noch im Februar 2018 als Außenminister auf der Münchner Sicherheitskonferenz öffentlich für einen schrittweisen Abbau der Rußlandsanktionen ausgesprochen. Woher kommt diese radikale Wandlung zum strammen US-Vasallen?

Blinde Vasallentreue

Angesichts der schwierigen Lage in der Ukraine sei eine härtere Gangart gegenüber Rußland erforderlich - notfalls mit deutschen Soldaten, so Gabriel. "Ich hätte nicht gedacht, das einmal sagen zu müssen: Aber wir werden Rußland noch einmal so niederringen müssen, wie wir das im Kalten Krieg mit der Sowjetunion gemacht haben. Putin muß erkennen, wie ernst wir es meinen", sagte der Sozialdemokrat dem "stern", wie "ntv" ausführlich berichtet.

"Es braucht das klare Signal an Putin: Stopp diesen Krieg - oder wir tragen ihn zu dir."

Wenn das heiße, daß deutsche Raketenabwehrsysteme mit Hilfe der Bundeswehr Flugverbotszonen in der Ukraine durchsetzen, um damit ukrainische Städte vor den russischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung zu schützen, würde er Herrn Putin nicht schon wieder versprechen, "daß wir das nie tun werden."

Auf die Frage, ob irgendwann westliche Bodentruppen in der Ukraine nötig seien, habe Gabriel gesagt: "Sollte die ernsthafte Gefahr bestehen, daß die Ukraine den Krieg verliert, würde ich gegenüber dem russischen Präsidenten nichts ausschließen."

Die transatlantischen NGOs

Die Wandlung Gabriels erklärt sich daraus, daß er seit Juni 2019 Vorsitzender der Atlantik-Brücke ist, einer wirtschafts-, finanz-, bildungs- und militärpolitischen Verbindungsorganisation zwischen den USA und Deutschland, zu deren Mitgliedern heute etwa 800 führende Persönlichkeiten aus Bank- und Finanzwesen, Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft zählen (darunter u.a. auch Friedrich Merz, CDU). "Die Atlantik-Brücke fungiert als Netzwerk und privates Forum für Transatlantische Zusammenarbeit."

Im Klartext: Hier werden die deutschen Eliten auf die richtige Spur gebracht, wie sie als deutsche Vasallen die imperialistische US-Außen- und NATO-Militärpolitik zu vertreten und sich in diese einzugliedern haben.

In der "Atlantik-Brücke" bekomme ein "Rußlandfreund" normalerweise nicht einmal einen Job als Fensterputzer, bemerkt Thoma Röper vom "anti-spiegel" sarkastisch. Daß Gabriel in Wirklichkeit ein radikaler Falke sei, habe er nun demonstriert.

Wie fest Gabriel in die der US-Politik verpflichteten NGOs eingebunden sei, zeige sich auch daran, daß er ebenfalls Mitglied der "Trilateralen Kommission" und des "European Council on Foreign Relations" ist.

"Die Trilaterale Kommission ist eine im Juli 1973 auf Initiative von Zbigniew Brzeziński und David Rockefeller gegründete private, politikberatende Denkfabrik. Die Kommission ist eine Gesellschaft mit ca. 400 höchst einflußreichen Mitgliedern aus den drei großen internationalen Wirtschaftsblöcken Europa, Nordamerika und Asien-Pazifik sowie einigen ausgesuchten Vertretern außerhalb dieser Regionen. Auf diesem Weg verbindet die Trilaterale Kommission erfahrene politische Entscheidungsträger mit dem privaten Sektor. Ziel ist eine verbesserte Zusammenarbeit der drei Regionen." - (Wikipedia)

"Verbesserte Zusammenarbeit" bedeutet natürlich im Interesse der globalen geopolitischen Ziele der USA. Interessant ist, daß hier auch der lautstarke Kriegstreiber, der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter Mitglied ist.

"Der European Council on Foreign Relations (ECFR; Europäischer Rat für Auswärtige Beziehungen) ist eine Denkfabrik, die Analysen zu Themen europäischer Außenpolitik bereitstellt und es sich zum Ziel gesetzt hat, als Fürsprecher einer kohärenteren und stärkeren europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufzutreten." (Wikipedia)
Man muß hinzufügen, daß dies natürlich im Interesse und im Rahmen der US-Außen und -Sicherheitspolitik stattfindet. Es wird zwar versichert, der ECFR habe keine institutionelle Bindung zum namensgleichen US-amerikanischen Council on Foreign Relations, der die US-Außenpolitik maßgebend bestimmt, doch vielfältige persönliche Verbindungen sind damit ja nicht ausgeschlossen.
Die Einbindung der deutschen Eliten geschieht aber noch in weiteren transatlantischen Organisationen wie: Aspen-Institut, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Atlantische Initiative, American Academy, American Jewish Committee, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten. Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben herangebildet und gleichsam einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen.

Das politische Hauptinstrument der Lüge

Gabriel sagte weiter, niemand wünsche sich, die Bundeswehr in einen Krieg führen zu müssen. - Das ist schon gelogen, denn der Wunsch kommt ja dann:
"Aber wenn die Gefahr wächst, daß die Ukraine verliert, dann zerstört das auch unser bisheriges Leben in Frieden und Sicherheit in Europa." Denn Putin denke längst weit über die Ukraine hinaus.
"Er führt einen Krieg gegen den Westen, den er für dekadent hält, dessen Werte er ablehnt und als Gefahr für seine Macht sieht. Deshalb müssen wir Rußland weit härter entgegentreten, als wir das bislang tun."
"Da ist sie wieder, die Lüge von Putins angeblichen ´imperialen Ambitionen`", schreibt Thomas Röper dazu. "Gabriel hat entweder nicht verstanden, worum es in der Ukraine geht, oder er lügt bewußt. Der ganze Konflikt um die Ukraine dreht sich im Grunde nur um die Frage, ob die Ukraine ein neutraler Staat bleibt (das will Rußland), oder ob die Ukraine der NATO beitritt, was Rußland als nicht hinnehmbare Gefahr für seine nationale Sicherheit ansieht, weil dann (Atom-)Raketen nur wenige hundert Kilometer von Moskau entfernt aufgestellt werden könnten."
Daß Rußland, im Gegensatz zu den USA, keine imperialistischen Ambitionen hat und der Ukraine-Krieg mit Hilfe der USA gerade umgekehrt von der neonazistischen Regierung der Ukraine ausgegangen und aggressiv betrieben wurde, ist hier und hier gründlich nachgewiesen worden.
Alle imperialistischen Kriege, welche die USA direkt oder wie jetzt in der Ukraine via Vasallenstaaten initiiert haben, wurden mit Lügen begründet, man denke nur an die Lüge von den Massen Vernichtungswaffen im Irak.
Mit Gabriels späterem Satz: "Der Westen und die Ukraine brauchen die USA als Führungsnation …" dokumentiert er seine Unterwerfung unter den Welt-Imperialisten und seine verbrecherischen menschheitsfeindlichen Ziele. Das sind nicht die Aufgaben und Interessen des deutschen Volkes. Er lebt im irrationalen Vasallen-Wahn.
Die Bewußtseins-Manipulation der USA bei den deutschen Vasallen ist von einer erstaunlichen Intensität, so daß das kritische Ich des Menschen überwältigt wird und ihn, entgegen aller Realität und Vernunft, Kräfte eines selbstzerstörerischen Krieges zu beherrschen beginnen.
Der berühmte amerikanische Journalist Tucker Carlson sagte in einem Interview:
"Die Tatsache, daß jemand auch nur in Erwägung ziehen würde, sich einem nuklearen

Schlagabtausch zu nähern, zeigt Ihnen, daß der Kernimpuls hier Selbstmord ist. Darum geht es hier. Und deshalb glaube ich, daß es etwas Spirituelles ist. Das Wort 'dämonisch' wird plötzlich überstrapaziert, es ist überall, weil es real ist".
"Wenn man eine menschliche Bewegung sieht, die gegen den Menschen gerichtet ist - das Streben nach einem Atomkrieg um seiner selbst willen ist definitionsgemäß antihuman …
Handeln Hunde gegen ihre eigenen kollektiven Interessen? Handeln Karibus? Oder Stachelschweine? Handeln einzellige Amöben? Oder Seegurken? Nein, keines von ihnen tut das. Kein Tier tut das, weil es unnatürlich ist. Tiere sind Teil der Natur, sie machen natürliche Dinge. Menschen sind dem Übernatürlichen unterworfen, deshalb tun sie Dinge, die nicht natürlich sind, unter anderem Selbstmord begehen.
Deshalb sind wir die einzige Spezies, die sich selbst tötet, richtig?" fuhr Carlson fort. "Wenn man sich also selbst tötet, ob langsam oder plötzlich, dann wirken Kräfte von außen auf einen ein - geistige Kräfte natürlich."
(Siehe auch: Die Besessenen - Der Geist des Krieges …)

Die Rolle der Massenmedien

Warum veröffentlicht der "stern" gerade jetzt dieses Interview mit dem Privatmann Sigmar Gabriel, der die Kriegshetze von SPD, Grünen, FDP und auch der CDU/CSU gegen Rußland so vehement unterstützt und befeuert? -
Weil die führenden Vertreter der Massenmedien ebenfalls in den transatlantischen Gesellschaften verankert sind.
Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Siegloch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.
Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Damit sind insbesondere die transatlantischen Gesellschaften gemeint. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."
Dies hat keineswegs abgenommen, wie man sehen kann.
Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten der "Zeit", "Welt", "FAZ und "SZ". Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten:
"In allen vieren spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über … die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist."
Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem ´journalistischen Output` auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen,

wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."
Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das ´Westfälische System` der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."
- Die wahre Bedrohung sind die beherrschenden imperialistischen Kräfte der USA. -
Der das Interview im "stern" mit Gabriel führende Journalist Veit Medick war von 2009 "Politikredakteur im Berliner Büro von Spiegel Online und 2012 mit einem Stipendium des Arthur F. Burns Fellowship bei der Zeitung The Miami Herald zwei Monate als Reporter tätig. Das Arthur F. Burns Fellowship ist ein deutsches Journalisten-Stipendium. Es trägt den Namen des ehemaligen US-Botschafters in Deutschland und Präsidenten des Bundesbankrats der Federal Reserve, Arthur F. Burns.
Es wird von dem Verein Internationale Journalisten-Programme e.V. (IJP) vergeben. Das Arthur F. Burns Fellowship-Programm gibt jedes Jahr zwanzig Journalisten aus Deutschland, Kanada und den USA die Gelegenheit, im Rahmen eines Arbeitsstipendiums berufliche und persönliche Erfahrungen im jeweils anderen Land zu gewinnen. Das Programm wurde 1988 gegründet, um das Verständnis deutscher Journalisten von den USA und den transatlantischen Beziehungen zu stärken."
- Verständnis zu stärken, heißt hier, im Sinne der imperialistischen Ziele der USA zu berichten. -

Die US-Herrschaftsmethoden

In seinem Buch "Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft", das jeder lesen müßte, schilderte der US-Stratege Zbigniew Brzezinski mit radikaler Offenheit die Herrschaftsmethoden der USA über ihre unterworfenen Staaten. Die Hierarchie ihrer Herrschaft werde durch ein offiziell im Konsens zustande gekommenes Bündnissystem verschleiert:
"Anders als frühere Imperien ist dieses gewaltige und komplexe globale System nicht hierarchisch organisiert. Amerika steht im Mittelpunkt eines ineinandergreifenden Universums, in dem Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und in dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, D.C., ausgeht." (S. 49)
Dieses System der "indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten", in der Zeit des Kalten Krieges ausgebaut, ist komplex. Es setzt sich aus vielen ineinandergreifenden Elementen und Verfahrensabläufen zusammen, die "Übereinstimmung herstellen und ein Ungleichgewicht an Macht und Einfluß verdecken sollen." (S.48)
Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Europäer (wie auch die Japaner), von den USA finanziell unterstützt, ihre gesellschaftlichen Strukturen und Volkswirtschaften wieder aufbauen und so gestalten,
"daß sie mit der amerikanischen Vorherrschaft im Einklang standen, ihnen aber auch genug Spielraum ließen, um mit ihren eigenen autonomen und halbautonomen politischen Systemen zu experimentieren. … Die Entwicklung dieses komplexen Systems diente dazu, die Beziehungen der bedeutenden westlichen Staaten zueinander zu domestizieren. Diese Staaten hatten sich immer wieder bekriegt, der entscheidende Punkt aber ist, daß Konflikte innerhalb einer fest verankerten, stabilen und immer besser gegliederten politischen Ordnung im Zaum gehalten wurden." (Zitat von G. John Ikenberry, S. 51)
Die Europäer wurden also in eine sich immer weiter vertiefende europäische Gemeinschafts-Organisation, der heutigen EU, verpflichtet, die einen wichtigen Baustein des US-Imperiums bildet.

Das läßt sich gegen die starken nationalstaatlichen Kräfte nur aufrechterhalten, wenn eine ständige indirekte Einflußnahme auf die Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien der abhängigen Staaten stattfindet, d. h. ihre psychische und karriereförderndе Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.
Der ständigen Schulung und Beeinflussung dienen in Deutschland transatlantische Netzwerke wie die Atlantik-Brücke e.V., das Aspen-Institut Germany e.V., die Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V. und andere, die in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln "Young-Leaders" für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien heranbilden. (Vgl.: Friederike Beck: Das Guttenberg-Dossier", Ingelheim 2011) (Siehe:https://fassadenkratzer.de/2014/04/11/herrschaftsmethoden-des-us-imperialismus/

Fazit

Alle Deutschen müssen sich bewußt werden, daß die führenden und aufstrebenden Nachwuchspolitiker der Altparteien, sowie die Vertreter der Leitmedien in transatlantische Bewußtseinsschmieden eingebunden sind und primär nicht die Interessen des deutschen Volkes verfolgen, sondern als gehirngewaschene US-Vasallen den zerstörerischen imperialistischen Zielen der ambitionierten "einzigen Weltmacht" dienen.
Dieses fundamentale Abhängigkeitsverhältnis ist jetzt mit dem ukrainischen Stellvertreterkrieg gegen Rußland und der ständigen Ausweitung der Provokationen an Rußland in eine hochgefährliche Phase getreten. Es ist ganz offensichtlich, daß nach dem Ausbluten der Ukraine deutsche und weitere europäische Soldaten an die Stelle treten sollen, was aber bedeutet, daß ganz Europa zum Schlachtfeld und der totalen Zerstörung ausgesetzt werden würde.
Dabei bevorzugt nach einer aktuellen Studie die überwältigende Mehrheit der Menschen sowohl in Deutschland, Großbritannien und Frankreich als auch in den USA eine Verhandlungslösung, um das Blutbad zu stoppen und den Konflikt nicht zu einem Dritten Weltkrieg eskalieren zu lassen. (https://www.nachdenkseiten.de/?p=116666)
Die Völker wollen also Frieden, die kleine radikale Minderheit des politisch-medialen Komplexes will Krieg. -
Doch die Zeit muß vorbei sein, wo wenige Macht-Psychopathen die großen Massen für eigene Ziele in Tod, Verderben und Untergang treiben können.
Das deutsche Volk hat eine vermittelnde, die Gegensätze von Ost und West ausgleichende, also Frieden-stiftende Aufgabe. Dies erfordert, wenn das totale Inferno eines schließlich 3. Weltkrieges verhindert werden soll, sich aus der Knechtschaft der USA sofort zu lösen und jede kriegerische Beteiligung abzulehnen. Dazu müssen die im selbstmörderischen Wahn befindlichen herrschenden Politiker in Deutschland gestellt und so schnell wie möglich auf demokratische Weise aus ihren mißbrauchten Ämtern entfernt werden.
Es ist 5 vor 12!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Bund-Länder-Konferenz streitet über Migration: Außer heißer Luft wird nichts passieren!**
Außer Spesen nichts gewesen - das wird auch nach der am Donnerstag stattgefundenen Ministerpräsidentenkonferenz schlußendlich das Ergebnis sein. Denn ankündigen können die etablierten Parteien viel, wenn es um Maßnahmen gegen die illegale Massenmigration geht.
Die Erfahrung zeigt aber seit Jahrzehnten: Im entscheidenden Moment hat man unzählige Ausreden parat, um die Umsetzung der zugesagten Maßnahmen doch noch zu torpedieren. Schon im Oktober versprach Bundeskanzler Olaf Scholz, "im großen Stil" abzuschieben. Die Realität: Eine lächerliche Zahl von 6316 abgeschobenen Personen ist für den Zeitraum Januar bis April 2024 zu verzeichnen, während im Jahr 2023 insgesamt 242600 Menschen ausreisepflichtig waren.

Genauso wird es auch mit den Grenzkontrollen laufen, die bei der Bund-Länder-Konferenz als neue Luftnummer präsentiert wurden. Man verspricht längerfristige Grenzkontrollen - doch was nützt das, wenn illegale Migranten an der Grenze nicht abgewiesen werden und es sich nur um Alibi-Grenzkontrollen handelt?
Schon melden sich Polizeifunktionäre zu Wort und betonen, daß die Polizei personell auf dem Zahnfleisch geht und gar nicht in der Lage ist, der Mammutaufgabe Grenzschutz nachzukommen, ohne die Sicherheit im Innern des Landes völlig preiszugeben. Doch anstatt eine Groß-Offensive für ausreichendes Personal in Angriff zu nehmen, kürzt allein der CDU-geführte Senat in Berlin rund 20 Millionen Euro bei der Polizei.
Auch bei der Bezahlkarte, die bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Aussicht gestellt wurde, droht ein Reinfall mit Ansage. Ob Länder mit Regierungsbeteiligung der Grünen dem neuen System zustimmen, blieb laut Medienmedien "zunächst offen" - so fängt es schon mal an. Indessen wandert jedes Jahr eine Großstadt unkontrolliert nach Deutschland ein - 329.120 Erstanträge auf Asyl gab es allein im vergangenen Jahr.
Keine Augenwischerei und keine Durchhalteparole nach sinnlosen Konferenzen ändert etwas an den dramatischen Konsequenzen dieser Entwicklung. Wir brauchen keine weiteren Bund-Länder-Konferenzen, sondern eine AfD-Bundesregierung und einen AfD-Innenminister, damit die Massenmigration gestoppt wird und endlich konsequent abgeschoben wird!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Fußball kaputt: Torjubel unter Tränen**
Von *Sven Eggers*
Für die BRD-Fußballer die Daumen drücken - oder nicht? Die Frage klingt absurd. Aber sie bewegt. Was ist nur aus dem Fußball geworden?! Der Historiker Günter Scholdt hat ein vorzügliches Buch vorgelegt: "Fußball war unser Leben". Er legt den Finger wirklich in die Wunden. …
Es ist natürlich schwierig, sich gegenwärtig der Fußball-EM zu entziehen. Staatsmedien sind bemüht, ein Sommermärchen herbeizuschreiben, und die Kicker liefern auch. 5:1 gegen Schottland, 2:0 gegen Ungarn, Achtelfinale erreicht! Trotz netter Partybilder bleibt die große Euphorie bislang allerdings aus. Aber warum? Was nervt? Das neue Buch "Fußball war unser Leben" liefert Antworten in Hülle und Fülle. Auf fast 500 Seiten widmet sich der Autor dem Patienten Fußball, ja, er seziert ihn gerade zu. Entstanden ist eine höchst lesenswerte Bestandsaufnahme.
Abkehr vom Fußball
Vor dem Spiel gegen Ungarn hatte sich herausgestellt, daß mehr Leser von COMPACT der ungarischen Elf als der bundesdeutschen die Daumen drücken würden. Ist das nachvollziehbar? Diese Frage spielt in dem vorliegenden Buch eine Rolle. Günter Scholdt zur Abkehr langjähriger Fußballfreunde von ihrer früheren Leidenschaft:
"Verschreckt wurden einerseits echte Patrioten, andererseits jene, denen die ewige Politisierung zum Hals heraushängt. Sie freuen sich inzwischen sogar diebisch über Niederlagen, und ihr Spott hat etwas Ätzendes. Das mag pervers sein. Aber ich verstehe sie, weil ich weiß, wer oder was die ernst treuesten Anhänger in die Illoyalität trieb."
Scholdt läßt bei der Beantwortung kaum ein Thema aus. Er beklagt die bisweilen abstoßende Kommerzialisierung, die zu einer Kluft zwischen Publikum und kickenden Millionären führen mußte. Der Autor schreibt: "Unsere jetzige Kicker-Elite schwebt wie Major Tom 'völlig losgelöst von der Erde' in einem finanziellen Wohlfühlkosmos. Man läßt sich ein Blattgoldsteak servieren, und Modeberater oder Haarstylisten zählen zur fast gängigen Entourage." In der Tat ist auch jetzt wieder ein Promi-Friseur im DFB-Mannschaftshotel aktiv, doch sie ersten Siege umschiffen eine Thematisierung dieses Umstandes.
"Fußball war unser Leben" zeichnet beispielsweise exakt die Weltmeisterschaft in Katar 2022

nach und beleuchtet die unterirdische Rolle, die der DFB dort eingenommen hatte. Untersucht wird, wie es zur Mund-zu-Geste und zur Debatte um die Regenbogenbinde kommen konnte.
Dabei arbeitet Scholdt ganz erstaunliche Details heraus, die manches erklären. Er warnt zudem davor, solche Machenschaften zu unterschätzen und mahnt: "Per Regenbogen-Binden für LGBTQ zu werben, heißt unter Umständen, durch sexuelle Manipulation von der Kita an fürchterliche Kindheitstragödien mitzuverantworten."
Dann gibt es weiteren Klartext: "Dutzende Spieler ließen sich agitatorisch in den Dienst stellen. Der alterte Philipp Lahm ebenso wie Michael Ballack oder Christoph Metzelder, der inzwischen wegen bekannt gewordener päderastischer Fotovorlieben als Moralpate allerdings nicht mehr recht taugt. Im Prinzip jedoch macht sich solches Engagement gerade in sportlichen Krisensituationen bezahlt, in denen das Wohlergehen von Sportjournalisten von Vorteil ist."
Der Historiker und Soziologe läßt kein Auge trocken. Er zerlegt die Woke-Propaganda des DFB und entlarvt die entsprechende Doppelmoral, er setzt sich mit der Verlogenheit der Anti-Rechts-Kampagnen beim Fußball auseinander, rechnet gründlich mit der Regenbogen-Ideologie ab, ätzt gegen die Klimaretter beim Fußballverband, erinnert an die miese Rolle, die der Fußball während der Corona-Zeit einnahm und zeigt auf, wie man heute plötzlich ganz und gar kriegsgeil daherkommt. Scholdt über die Schuldigen:
"Im Sport hat sich die herrschende Clique durch Personalschübe mittlerweile ähnlich kolonisiert wie die Medien und höchste Gerichte. Man blicke auf unsere Sportfunktionäre und ihre typischen Karrieren.
DFB-Präsident Bernd Neuendorf (SPD, früher Staatssekretär in NRW), der 1. Vorsitzende Hans-Joachim Watzke (CDU, alte JU-Freundschaft mit Friedrich Merz und etlichen politisch einflußreichen Lobbygruppen attachiert), Reinhard Rauball (SPD, Ex-NRW-Justizminister), Vizepräsident Hermann Winkler (CDU, der sein halbes Leben in der Politik verbrachte). Oder die grüne Freiburg-Connection mit etlichen Vorstandsämtern mit Jogi Löw als Steinmeier-Wahlmann.
Der neue DFB-Geschäftsführer Sport, Andreas Rettig, war zuvor bei St. Pauli, Freiburg und Köln mit überschaubarem sportlichen, Erfolg, aber einschlägigen 'Werte-Sprüchen' tätig."
Diese Leute lassen die jungen Spieler drillen. Scholdt: "Von den Fußballinternaten an pauken die Jungs, was politisch korrekt ist und was nicht. Erdogan-Sympathiekundgebungen - momentan - eher nein, Trump oder AfD-Likes schon gar nicht, BLM jederzeit, neutrale Anti-kriegs-Statements in Sachen Ukraine im höchsten Grade unerwünscht. Um Gottes Willen nichts Despektierliches über exzessive Förder- und Bezahlansprüche beim Frauenfußball. Niemals Bibiana Steinhaus widersprechen oder Abweichendes oder Abweichendes zur Corona-Ideologie oder zu LGBTQ sagen."
Günter Scholdt tritt leidenschaftlich dafür ein, Fußball endlich wieder Fußball sein zu lassen und von woken Knebeln zu befreien. Der Autor selbst ist dabei durchaus in der Lage, eigene Erfahrungen einzubringen. Seit jungen Jahren ist er Fußballanhänger, war über Jahrzehnte im Amateurfußball aktiv und stets treuer Anhänger des 1. FC Nürnberg. Auch die Nationalelf hatte es ihm angetan. Er beschreibt sehr anschaulich, wie die Verantwortlichen bei DFB und DFL seine Sympathien regelrecht vertrieben.

Von wegen Integration …

Um sein Herzensanliegen zu vertreten, scheut der Autor auch tabuisierte Themen nicht. So schreibt er: "Die Nationalmannschaft, alias 'Mannschaft' soll belegen, wie herrlich weit wir's hier mit der Eingliederung ethnischer Minderheiten gebracht haben. Das allerdings kann nur behaupten, wer vieles Gegenläufige unter den Teppich kehrt. Wer wirklich wissen will, wie es um Integration steht, möge sich besonders in Kreisklassen umsehen und nicht bei hoch dotierten Werbeagenturen, die ihr einfältig-einträgliches Lied von der Vielfalt singen."

Übrigens: COMPACT wird auch erwähnt. Der Verfasser von "Fußball war unser Leben" erinnert an ein frühes Bild von Weltmeister Paul Breitner unter einem Mao-Poster und mit einer KP-Schrift in der Hand (die Aufnahme findet sich auch im neuen COMPACT-Magazin 7/2024). Damals habe sich kaum jemand darüber chauffiert. Und heute? "Kein Bundestrainer überlebte es heute, wenn er sich öffentlich mit der Jungen Freiheit oder mit COMPACT erwischen bzw. fotografieren ließe."
Es steht über den Fußballsport hinaus viel auf dem Spiel. Das Buch von Günter Scholdt mit seinen knapp 500 Seiten verdient weite Verbreitung. Hier geht es nicht um Abstoß oder Eckball - hier geht es um viel mehr! "Fußball war unser Leben. Wie Kommerz und Politik die schönste Nebensache der Welt fast zerstörten".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Döp dödö döp: Jetzt auch im EM-Stadion!**
Von *Daniell Pföhringer*
Es war nicht nur eine Top-Partie, sondern auch eine Premiere: Beim EM-Spiel Spanien gegen Italien wurde erstmals von den Fans "gedöpt". Provokation gegen deutsche Bessermenschen oder Solidarität mit Gigi d'Agostino? …
Jetzt ist das passiert, was bundesdeutsche Wokelinge und UEFA-Funktionäre unbedingt verhindern wollen: Beim EM-Vorrundenspiel Spanien gegen Italien (1:0) wurde in den Reihen der italienischen Fans lauthals die Melodie von "L'amours toujours" von Gigi D'Agostino angestimmt.
In Deutschland sorgte der Italo-Hit für Furore, nachdem ein Clip aus Sylt im Netz viral ging. Bei einer Nobelparty im Nachtclub Pony in Kampen wurde von einer Gruppe junger Leute zur des D'Agostino-Liedes die Parole "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!" skandiert.
Ähnliche Vorfälle gab es zuvor bei verschiedenen Partys und Dorffesten, wie man der Chronik in unserer druckfrischen Juli-Ausgabe entnehmen kann. Verschiedene Veranstalter wie der Chef des Münchner Oktoberfests, aber auch die UEFA hatten daraufhin ein Verbot für das Abspielen des Songs erlassen.
Ungarn-Fans sind Vorreiter
Doch davon ließen sich die Fans der Squadra Azurra nicht beeindrucken. Sie dachten sich: Wenn das Stück nicht gespielt wird, dann singen wir es eben selbst und zwar in der Döp-dödö-Döp-Version, die allerdings schon ausreicht, um deutsche Bessermenschen und Fußballfunktionäre auf die Palme zu bringen.
Wollten die italienischen Fans - wie kürzlich die ungarischen - mit ihren Gesängen die deutsche Woke-Öffentlichkeit provozieren? Ging es darum, daß das Gastgeberland zu politkorrekt und seine politische Klasse geradezu migrationsbesoffen ist? Im Gegensatz zu uns haben die Italiener ja eine rechte Regierung. Oder wollten Sie damit Solidarität mit ihrem Landsmann Gigi D'Agostino zeigen, dessen Song vielfach verbannt wurde?
Wann ziehen die Deutschen nach?
Wie dem auch sei: Es wird wieder einmal deutlich, daß die Fans der Gastmannschaften wesentlich stabiler sind als die deutschen Fans. Wurde von ihnen schon Döp-dödö-Döp angestimmt oder gar die Version mit dem bösen Text? Bislang nicht weder auf den Fanmeilen noch im Stadion. Doch wer weiß, vielleicht lösen Ungarn und Italiener nun so eine Welle aus wie seinerzeit die Partyjugend auf Sylt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Impfkritik: So wurde Kimmich fertiggemacht**
Von *Sven Eggers*
In einer TV-Doku gewährt DFB-Kicker Kimmich Einblicke in sein Seelenleben als Impfkritiker in der BRD. Den Fall beleuchtet auch Günter Scholdt in seinem lesenswerten Buch "Fußball war unser Leben". Eine gnadenlose Abrechnung mit Wokeness, Politisierung und Kom-

merz im deutschen Fußball. Hier mehr erfahren.
Klar, Kimmich ist nur ein prominentes Beispiel, und ungezählte Deutsche haben als Gegner der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung weitaus schlimmere Schikanen erlebt bis hin zu körperlicher Gewalt. Als Merkels Polizisten in den Jahren 2020 und 2021 auf friedliche Demonstranten eindroschen, da kam kein Fußballspieler auf die Idee, die Stimme des Protests zu erheben.

Brutale Ausgrenzung

Dennoch hat Josuha Kimmich mit Hilfe seines Prominenten-Status jetzt die Möglichkeit genutzt, sein Schicksal öffentlich zu machen. Damit verleiht er auch vielen anderen eine Stimme. Und das ist natürlich gut und richtig.
Tatsächlich fühlt man mit, wenn Kimmich jetzt vor der Kamera der Atem stockt, ihm die Tränen kommen beim Rückblick auf die brutale Ausgrenzung von Impfkritikern während der Corona-Jahre, begleitet durch unsägliche Hetze von ZDF-Gernegrößen wie TV-Tante Sarah Bosetti:
"Wäre die Spaltung der Gesellschaft wirklich so etwas Schlimmes? Sie würde ja nicht in der Mitte auseinanderbrechen, sondern ziemlich weit rechts unten. Und so ein Blinddarm ist ja nicht im strengeren Sinne essentiell für das Überleben des Gesamtkomplexes."
Kimmich, der impfunwillige Bayern-Spieler, stand seinerzeit unter einem irren Druck. Die Bild setzte seinen "Fall" wiederholt auf die Titelseite. Sportmoderator Patrick Wasserziehr zerrte ihn im Oktober 2021 direkt nach einem Fußballspiel des FC Bayern gegen Hoffenheim in ein Verhör hinein, das verdient, nicht in Vergessenheit zu geraten. Empathie- und charakterloser geht es nicht mehr, einschließlich der Anklage: "Wie würde die Welt wohl aussehen, wenn alle so handeln würden wie Sie? Dann könnten wir nicht mehr zu unserem Leben zurückkehren."
Im Rahmen der ZDF-Dokumentation "Josuha Kimmich: Anführer und Antreiber", die am morgigen Samstag zur Ausstrahlung kommt, hat der Fußballspieler recht deutlich zur damaligen Situation Stellung bezogen. Er habe sich von seinem Verein, dem FC Bayern, im Stich gelassen gefühlt. Als Ungeimpfter sei ihm auch kein Gehalt mehr ausgezahlt worden: "Es war für mich nahezu unmöglich, ohne Impfung weiter Fußball zu spielen."
Kimmich: "Am Ende sind wir dahin gekommen, daß es heißt: Es ist die Pandemie der Ungeimpften. Und derjenige, der für die Ungeimpften steht, ist Joshua Kimmich. Also ist auch er für die Pandemie verantwortlich."
Schließlich habe er sich trotz Bedenken impfen lassen. Dabei kämpft er heute noch mit den Tränen, was den Druck erahnen ließ, dem er im besten Deutschland aller Zeiten ausgesetzt gewesen sein muß. Kimmich: "Wenn du selbst Freunde hast, die einem sagen: Wenn man sich hätte impfen lassen, wären weniger … Menschen gestorben … Das ist brutal." Immer wieder ist der Fußballer während des TV-Gesprächs am Rande eines Tränenausbruchs, muß teilweise abbrechen.

Angebot vom Regierungssprecher …

Auch in dem lesenswerten Buch "Fußball war unser Leben" aus der Feder des Historikers Günter Scholdt spielt der Fall Kimmich eine Rolle. Der Spieler sei "durch den Wolf gedreht" worden, so der Autor, der uns erinnert:
"Von Bild bis zu sogenannten Qualitätszeitungen schenkte man ihm Aufmerksamkeit, als kandidiere er für ein hohes Staatsamt. Das ZDF unterzog ihn einem hochnotpeinlichen Interview. Der Regierungssprecher bot ihm 'klare und überzeugende Antworten' nationaler und internationaler Experten an, woher auch immer ausgerechnet seine Brötchengeber die bezogen haben wollen."
Scholdt: "Dabei hatte Kimmich gewiß den besseren Instinkt. Denn gerade die auffällige Gefährdung junger Männer - ob der Fall der dänischen Nationalspielers Christian Eriksen dazu-

gehörte, wäre aufzuklären - gehört zu den Spezifika dieses Serums, wie eine israelische Studie bestätigt."
Und so steht der Fall Kimmich letztlich für das Unrecht, das so viele Deutsche erfahren haben. Halten wir es mit Bestseller-Autor Peter Hahne: Wir wollen Handschellen klicken hören!
Den Fall Kimmich beleuchtet auch Günter Scholdt in seinem lesenswerten Buch "Fußball war unser Leben". Eine gnadenlose Abrechnung mit Wokeness, Politisierung und Kommerz im deutschen Fußball.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.378/…):
>>'**Ne Knarre für Susi, 'ne Wumme für Kalle …**
Von *Daniell Pföhringer*
Anders als in den USA herrschen bei uns sehr strenge Waffengesetze. Warum man dennoch nicht auf effektiven Selbstschutz verzichten muß, zeigt Experte Lars Konarek in seinem neuen Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz". Gerade in Zeiten wie diesen unverzichtbar. …
Den Amerikanern ist das Second Amendment heilig: Dieser zweite Verfassungszusatz garantiert jedem Bürger das Recht auf freien Waffenbesitz. Und das schon seit einiger Zeit. Er wurde mit den anderen ersten neun Zusatzartikeln am 15. Dezember 1791 verabschiedet. Das Second Amendment lautet: "Da eine gut regulierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht verletzt werden."
Allerdings ist das US-Waffenrecht etwas komplexer, da es sowohl nationale als auch bundesstaatliche Gesetze gibt. Erstgenannte bieten einen allgemeinen Rahmen, während die einzelnen Bundesstaaten spezifische Regelungen erlassen können, die oft stark variieren.
Auf nationaler Ebene regelt der Gun Control Act von 1968 den Verkauf, die Übertragung und den Besitz von Schußwaffen. Der National Firearms Act von 1934 wiederum reguliert besonders gefährliche Waffen wie Maschinengewehre oder kurzläufige Schrotflinten. Diese Waffen erfordern eine Registrierung beim Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives sowie die Zahlung einer speziellen Steuer.
Scharfe Waffengesetze in Deutschland
In der Bundesrepublik Deutschland sind die Regelungen für den Waffenbesitz weitaus strenger und werden durch das Waffengesetz (WaffG) und die Allgemeine Waffengesetz-Verordnung (AWaffV) geregelt. Anders als in den USA gibt es in Deutschland kein verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Waffenbesitz.
Für den Erwerb und Besitz von Schußwaffen benötigt man bei uns eine Waffenbesitzkarte (WBK), und für das Führen von Schußwaffen in der Öffentlichkeit zusätzlich einen Waffenschein. Die Erteilung dieser Dokumente ist an strikte Voraussetzungen geknüpft. Der Erwerb und Besitz bestimmter Waffenarten wie vollautomatischer Gewehre ist besonders stark reglementiert oder ganz verboten.
Legale freie Waffen und ihr Einsatz
Anders sieht es hingegen bei sogenannten freien Waffen aus. Der Survival- und Selbstverteidigungsexperte Lars Konarek schreibt dazu in seinem empfehlenswerten Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz": "Es ist offensichtlich: Der Staat kann seine Bürger mittlerweile nicht mehr ausreichend schützen. Zu unausgeglichen ist das Verhältnis zwischen Kriminellen und der Ordnungsmacht. Mit dieser traurigen Tatsache müssen Sie sich entweder abfinden oder die persönliche Sicherheit im Rahmen des Gesetzes dementsprechend verbessern. Genau das können Sie mit freien Waffen, die Ihnen dabei helfen, sich adäquat verteidigen zu können."
Zu diesen freien Waffen gehören, wie Konarek in seinem Ratgeber erläutert, unter anderem Luftgewehre und CO2-Waffen (mit einer Mündungsenergie von weniger als 7,5 Joule und dem F-im-Fünfeck-Kennzeichen) sowie Schreckschuß-, Reizstoff- und Signalwaffen. Diese

dürfen ohne WBK erworben werden, für das Führen in der Öffentlichkeit ist jedoch ein sogenannter kleiner Waffenschein erforderlich.
Armbrüste und Bögen fallen ebenso nicht unter das Waffengesetz und können frei erworben werden. Konarek stellt in "Freie Waffen für den Eigenschutz" zudem folgende Verteidigungsmittel vor:
Tierabwehr in Pistolenform, Reizstoffsprays, Elektroschocker (Taser), Selbstverteidigungsringe, Tactical Keys (Abwehrwaffe in Schlüsselform), taktische Taschenlampen, Tactical Pens (Abwehrwaffe in Form eines Kugelschreibers) und Quartzhandschuhe.
Diese grenzt er in einem eigenen Kapitel in "Freie Waffen für den Eigenschutz" von verbotenen Waffen wie Schlagringen, Präzisionsschleudern, Wurfsternen oder Butterfly-Messern ab. Konarek will nämlich, daß Sie in jeglicher Hinsicht auf der sicheren Seite sind.

Angreifer effektiv ausschalten

Darum erläutert er in "Freie Waffen für den Eigenschutz" auch ausführlich die Rechtslage, insbesondere was Notwehrsituationen betrifft. Er führt in die Phasen eines Kampfes - also eine durch einen Angreifer verschuldete Auseinandersetzung - ein, beschreibt, wie Sie Abwehrmittel aus der Distanz oder in der direkten Konfrontation einsetzen und zeigt Ihnen, welche Körperziele es gibt, um einen Angreifer außer Gefecht zu setzen.
Alle Typen freier Waffen werden in dem Ratgeber ausführlich vorgestellt - und Konarek erklärt anhand zahlreicher Fotografien, Abbildungen und Schaubilder, wie diese effektiv zur Abwehr von Angreifern eingesetzt werden können.
Doch wie wirksam sind solche freien Waffen eigentlich. Hierzu schreibt Konarek: "Man könnte sagen, daß die Chancengleichheit durch das Verwenden mit freien Waffen in vielen Konflikten mindestens gleich bis besser wird. Das ist logisch, denn damit verfügen Sie über ein Hilfsmittel, das möglicherweise schon dann abschreckend wirkt, wenn der Angreifer es in Ihren Händen sieht."
Konarek weiß, wovon er schreibt, denn er ist ein echter Profi. Schon seit vielen Jahren arbeitet er als Survival-Trainer in Freiburg im Breisgau und zählt viele Entscheider und Größen des Geschäftslebens zu seinen Kunden. Er hat sich unter anderem auf das Überleben in Krisen- und Katastrophenfällen spezialisiert.
Seine Expertise wird auch international geschätzt: Konarek ist Autor von 12 Fachbüchern (darunter sein aktueller Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz" und sein Klassiker "Wie Sie einen Atomangriff überleben"). Er war schon bei etlichen Podcasts, Radio- und TV-Sendungen zu Gast und hat zahlreiche Spezialeinheiten, Personenschützer und Militärs im Nahkampf ausgebildet. Einen besseren Fachmann für freie Waffen und ihren Einsatz kann es kaum geben. ...<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Wende? Ukrainer fordern Diplomatie mit Rußland**
Von *Karel Meissner*
Laut westlichen Mainstream-Medien stehen die Ukrainer geschlossen hinter dem Selenski-Kurs. In Wahrheit ist die Gesellschaft dort tief gespalten: Viele setzen inzwischen auf einen Ausgleich mit dem russischen Nachbarn. …
Glaubt man der westlichen Medien-Propaganda, stehen die Ukrainer geschlossen hinter ihrer Regierung und freuen sich auf den "Endsieg" gegen Rußland - egal, wie lange das Gemetzel noch dauert. Wer hierzulande auf Frieden, Diplomatie und Kompromiß drängt, gilt als rechtsextrem.
Daß die Einigkeit des ukrainischen Volkes beim Kriegskurs eine Fiktion ist und daß nicht nur geflüchtete Ukrainer den Selenski-Kurs ablehnen - das belegen jüngste Äußerungen des ukrainischen Bataillonskommandeurs Dmitri Kuchartschuk, die laut Berliner Zeitung inzwischen viral gehen: "Wir verlieren Territorien, wir verlieren die besten Leute. Wenn keine

Schlußfolgerungen gezogen werden, keine Aufarbeitung der Fehler erfolgt, werden wir diesen Krieg endgültig verlieren."
Die "kritischste Phase des Krieges" stehe unmittelbar bevor, aber konträr zum westlichen Narrativ herrsche unter ukrainischen Bürgern keineswegs Einigkeit über den Umgang mit Rußlands überlegener Streitmacht.
Neben den Endsieg-Fans mehren sich Stimmen, die eine diplomatische Lösung fordern. Dem trägt jetzt sogar Andrij Jermak, Leiter des Präsidialamts in der Ukraine und Selenski-Berater, deutlich Rechnung. Der signalisierte nämlich Bereitschaft, zu künftigen Verhandlungen auch einen Vertreter des Kremls zuzulassen: "Wir denken, daß es möglich sein wird, einen Vertreter Rußlands einzuladen."
Fragt sich, wie Bidens USA und ihre westlichen Verbündeten reagieren, wenn dieser Diplomatie-Kurs sich in der Ukraine durchsetzen sollte, wenn sie nicht mehr bereit ist, diesen Stellvertreterkrieg fortzuführen …<<
Ungarn: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Viktor Orbán entsetzt: Multikultur-Deutschland ist zum abschreckenden Beispiel geworden!**
"Dieses Deutschland ist nicht mehr das Deutschland, das unsere Großeltern und Eltern uns als Beispiel genannt haben": Ungarns Premierminister Viktor Orbán zeigt sich im Interview mit dem ungarischen Radiosender Kossuth entsetzt über den heutigen Zustand Deutschlands, das früheren Generationen als Vorbild gegolten habe.
Deutschland sei nicht mehr dasselbe Land wie noch vor zehn Jahren, sagte Orbán, der aus Anlaß der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes durch Ungarn Berlin besucht. Einst hätte man gesagt: "Sohn, wenn du fleißige Leute sehen willst, dann geh' nach Deutschland, wenn du gut organisierte Arbeit in Deutschland sehen willst, wenn du Ordnung sehen willst, dann geh' dorthin, wo es Ordnung gibt." Das habe sich radikal geändert.
Schuld daran ist in Orbáns Augen die Migrationspolitik, die aus Deutschland "eine bunte, veränderte multikulturelle Welt" gemacht habe, in der Migranten "nicht länger Gäste" seien. Deutschland nehme nicht einfach nur Migranten auf; das Problem sei, daß linksgerichtete Regierungen im Schnellverfahren die Staatsbürgerschaft gewähren, Familienzusammenführung, was auch immer, Hunderttausende von Menschen".
Die Folgen sind fatal, führt der ungarische Regierungschef aus. Die massenhaft aufgenommenen Migranten "sind also nicht als Gäste der einheimischen Deutschen hier, sondern mit eigenem Recht. Es ist jetzt auch ihr Land. Es wird sogar immer mehr zu ihrem Land". In Deutschland sei auf diese Weise "ein spezifisches kulturelles Milieu" entstanden.
Ausdrücklich nennt Orbán das Verhalten der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Asylkrise von 2015 als abschreckendes Beispiel. Sehr viele Fehler in der Politik, in der Außen- oder Wirtschaftspolitik zum Beispiel, könne man korrigieren; aber wenn die Politik "in der Migrationspolitik scheitert, kann man es nicht mehr rückgängig machen".
Deshalb habe er selbst 2015 entschieden, in Ungarn keine Flüchtlinge willkommen zu heißen. Orbán appelliert an die Ungarn, an diesem Kurs festzuhalten und auch weiterhin "Nein zur Migration zu sagen, diesem Druck nicht nachzugeben, Widerstand zu leisten, unser Land als Insel des Friedens zu bewahren".
Viktor Orbán trifft am Nachmittag mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zusammen. Ein gemeinsamer Auftritt vor der Presse ist nicht geplant. Man kann sich leicht ausmalen, warum: Der direkte Vergleich der beiden Regierungschefs wäre für den Merkel-Nachfolger einfach zu unvorteilhaft …<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29455" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Hilferuf aus Brasilien: mRNA-Zwangsimpfung für Kinder**
- Interview mit *John Kage*

Eine mRNA-Zwangsimpfung für Kinder? Diese Frage steht in Brasilien längst nicht mehr zur Debatte, sondern ist bereits üble Realität. …
John Kage aus Brasilien fordert internationale Aufmerksamkeit für die größten Katastrophen und Verbrechen der Geschichte, die momentan in Brasilien geschehen.
Während die Systemmedien stillschweigend die brasilianische Regierung unterstützen, liegt die einzige Chance für Brasiliens Bevölkerung im internationalen Bewußtsein und Druck. …
Interviewer: Ich habe gehört, daß es in Brasilien die Vorschrift oder den Druck gibt, Kinder gegen Covid zu impfen. Können Sie uns mehr darüber sagen, was da geschieht?
John Kage: Ja. Zu Beginn des Jahres wurde die experimentelle Covid-Gentherapie in das nationale Immunisierungsprogramm aufgenommen. Somit bekommen gerade jetzt Hunderttausende Eltern eine Benachrichtigung von der Vormundschaftsbehörde, der Staatsanwaltschaft, daß die Covid-Gentherapie dreimal verabreicht werden muß, andernfalls werden die Eltern mit Strafen belegt, die zwischen zwei- und zwanzigfach höher sind als das Grundeinkommen. Aber selbst wenn sie die Strafen zahlen, müssen sie nachher impfen, sonst wird das Ministerium strafrechtlich gegen die Eltern vorgehen, um die Eltern und Kinder zu trennen.
Das ist erstaunlich, denn Brasilien macht das als einziges Land auf der Welt. Das ist die risikoarme Gruppe, jeder weiß das. Aber Babys, die gerade mal 6 Monate alt sind, bis 5 Jahre alte Kinder - warum wird das gemacht?
Interviewer: Und dieser Druck, werden sie nur bestraft oder müssen die Kinder nur zur Schule gehen und der Druck ist damit verbunden? Oder bekommen sie nur diese Benachrichtigung und wenn sie sich nicht impfen lassen, kommt die Polizei und sie müssen zahlen?
John Kage: Nein, die Polizei kommt nicht. Sie dürfen nicht zur Schule gehen.
Interviewer: Okay, also ist es mit der Schule verknüpft?
John Kage: Ja, aber die Staatsanwaltschaft und die Vormundschaftsbehörde sind diejenigen, die das Geld verlangen und strafrechtlich verfolgen.
Interviewer: Das ist verrückt.
John Kage: Wissen Sie, Brasilien ist ein Vorkämpfer der Agenda 2030. Unser Gesundheitsminister und Umweltminister kündigte gemeinsam mit Tedros und Klaus Schwab beim World Economic Forum in Davos an, daß Brasilien der Vorkämpfer für die Immunisierung der Bevölkerung und die Klimawandel-Situation sein wird. Deshalb hatten wir die schlimmste Katastrophe in Brasilien im Staat Rio Grande do Sul mit mehr als 400 Städten unter Wasser. Vierhundert Städte unter Wasser! Vor einem Monat. Und in ungefähr 200 Städten haben die Menschen keinen Zugang zu ihren Häusern. Und die Regierung hat die Spenden, die Nahrungsmittel, die Lieferungen gestoppt. Unsere Lebenssituation in Brasilien ist komplett anders als auf der restlichen Welt.
Interviewer: Tun die Mainstreammedien irgend etwas dagegen? Gibt es einen öffentlichen Aufschrei mit "Was geht hier vor?"? Oder treiben sie es noch voran?
John Kage: Sie verdecken alles. Sie erzählen nichts von dieser größten Katastrophe der Geschichte in Brasilien. Sie sagen nichts darüber. Nur ein paar kleine Veröffentlichungen und das war's. Es ist erstaunlich, was in Brasilien passiert. Ich bin hier, um zu versuchen, dieses Wahnsinnsprogramm aufzuhalten, was unsere Babys und Kinder impfen will. Wir hatten ungefähr 13 Millionen Kinder zwischen 6 Monaten und 5 Jahren. Die letzte offizielle Zahl, die ich gesehen habe, war bei ungefähr 6 Millionen Kindern.
Interviewer: … die noch geimpft werden müssen oder die schon geimpft sind?
John Kage: Nein, die schon geimpft sind.
Interviewer: Wow, Dank des Drucks von der Regierung?
John Kage: Ja, weil es arme Kommunen sind. Es ist nur, damit sie zur öffentlichen Schule gehen können.
Interviewer: Denken Sie, daß die Menschen, die diese Impfpflicht eingeführt haben, wissen,

daß diese mRNA-Impfstoffe hochriskant und nicht gut erforscht sind?
John Kage: Sie wissen es nicht. Das Fernsehen ist das gleiche überall auf der Welt: Sie verbreiten nicht die Wahrheit, sie reden nicht über die Nebenwirkungen. Und in Brasilien haben wir Zensur, so viele Menschen gehen ins Gefängnis oder werden verhaftet, deshalb haben Ärzte, Journalisten und viele andere Angst darüber zu reden. Aber es gibt drei Abgeordnete von der Abgeordnetenkammer, die versuchen, diese Impfung aus dem nationalen Immunisierungsprogramm zu streichen. Wir kämpfen weiter für unsere Kinder.
Interviewer: Großartig! Was ist Ihre Botschaft an die ganz normalen Leute auf der Welt? Wie können wir diesen Wahnsinn stoppen, daß Impfstoffe sogar für kleine Babys verpflichtend, die gerade einmal ein halbes Jahr alt sind? Was können wir dagegen tun, wie können wir helfen, daß die Freiheit gewinnt?
John Kage: Ich bin hierher gekommen, weil ich um internationale Unterstützung für unsere Kinder bitte. Denn in Brasilien selbst können wir nichts tun. Der einzige Weg, um das zu verändern, ist, daß die gesamte Welt diese Informationen verbreitet und auf den sozialen Kanälen Druck macht. Das ist sehr wichtig für uns. Darum bitte ich die ganze Welt um Hilfe für unsere Kinder, denn sie töten unsere Babys und Kinder.
Interviewer: Danke für Ihre Botschaft, danke für Ihr Interview. Wir werden es mit so vielen Menschen wie möglich teilen. Danke, John.
John Kage: Vielen Dank.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29459" berichtet am 21. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Impfpflicht für Soldaten aufgehoben**
Kommentar von *Prof. Dr. Homburg*
2021 wurde die Corona-Impfpflicht in der Bundeswehr eingeführt, obwohl ein Übertragungsschutz bis dato durch keine Studie nachgewiesen werden konnte. Noch im Mai dieses Jahres bestand der Verteidigungsausschuß darauf, daß diese Impfpflicht weiterhin bestehen bleibt. Nun macht die Politik jedoch still und heimlich einen Rückzieher und hebt die Impfpflicht für Soldaten am 29.5.2024 auf. …
Durch den unermüdlichen Einsatz von Menschen, die die Corona-Zeit untersuchen, kommt nun immer mehr Unglaubliches an die Öffentlichkeit. Vieles von dem, was uns während der letzten vier Jahre als "wissenschaftliche Fakten" verkauft wurde, waren, wie z.B. die veröffentlichten RKI-Protokolle zeigen, nur Erfindungen von Politikern.
Ein Beispiel dafür ist die Begründung für die Impfpflicht in der Bundeswehr, die im November 2021 eingeführt wurde: Die Ansteckung der Soldaten sollte verhindert werden. 70 Soldaten verweigerten sich dieser Anordnung und wurden verklagt, aus dem Dienst entlassen, mit Geldbuße belegt oder sogar mit Freiheitsentzug bedroht. Viele andere Soldaten haben sich durch die Impfpflicht unfreiwillig einer mRNA-Behandlung unterzogen. All das geschah, obwohl es für die Impfpflicht keinen medizinisch fachlichen Grund gab.
Bis heute gibt es keine Studie, die belegt, daß die Impfungen einen wirksamen Übertragungsschutz bieten. Das wußten nicht nur der Impfstoffhersteller Pfizer, die Europäische Arzneimittelbehörde oder das RKI, sondern auch das deutsche Verteidigungsministerium und Herr Pistorius. Mitte Mai noch wurde im Verteidigungsausschuß beteuert, daß die Impfpflicht bestehen bleibt. Nun tritt die Politik stillschweigend den Rückzug an und hebt am 29.5.2024 die Impfpflicht für Soldaten auf. Warum jetzt so plötzlich?
Das beleuchtet Prof. Dr. Stefan Homburg in nachfolgendem Video seines YouTube-Kanals "homburgshintergrund".
"Sie wissen, daß viele Soldaten seit Jahren gegen die Corona-Impf-Pflicht klagen. Heute ist etwas Unerwartetes passiert. Kurz vor der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht hat Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius die Impf-Pflicht für die Soldaten aufgehoben und in eine reine Empfehlung umgewandelt. Passend zum Titel meiner Senderei-

he möchte ich Ihnen hier den Hintergrund dieser Entscheidung erklären. Warum hat das Bundesverteidigungsministerium überhaupt eine Impf-Pflicht angeordnet? Das Argument war stets, daß die Soldaten in den Kasernen eng zusammenwohnen und dabei einer den anderen anstecken kann, die Impfung aber einen Übertragungsschutz biete.
Hören wir hierzu kurz, was der Verteidigungsminister im letzten November im Bundestag sagte" (Szene wird eingeblendet, min. 0:52):
Bundestagsabgeordneter Kay-Uwe Ziegler (AfD): Danke, Frau Präsidentin, meine Frage geht an den Verteidigungsminister Pistorius, und zwar hatten Sie bei der Regierungsbefragung im Mai diesen Jahres auf die Frage, warum die Beibehaltung der Corona-Impf-Pflicht für Soldatinnen und Soldaten weiter bestehen bleibt, folgende Antwort gegeben: ´daß die Abwägung aller Risiken eindeutig dazu führt, daß die Covid-19-Impfung der bessere Weg ist. Das ist Ihr Zitat. Darauf hatte eine Dame bei 'Frag den Staat', die das Verteidigungsministerium gefragt (hatte, dies berichtet): 'Bitte senden Sie mir alle Unterlagen, Studien, die für die Abwägung der Risiken herangezogen worden sind.'
Die Antwort des Verteidigungsministeriums war: 'Nach Auskunft des Bundesverteidigungsministeriums für die Verteidigung gibt es zur Aussage des Verteidigungsministers Boris Pistorius am 24.05.23 bei der Regierungsbefragung im Bundestag keine Unterlagen, die seinen Aussagen zugrunde liegen.' Damit ist die Aussage, daß Risiken abgewogen worden sind, nicht begründbar. Gibt es eine Risiko-Nutzenanalyse, die jetzt aktuell vorliegt, um die Duldungspflicht weiter aufrecht zu erhalten? Danke.
Boris Pistorius: Sehr geehrte Abgeordneter, Sie werden nicht von mir erwarten, daß ich jetzt auf etwas, was Sie mir hier vorlegen, was ich nicht kenne, antworte. Das müssen Sie mir bitte nachsehen, daß ich das nicht tun würde. Ich würde gerne wissen, wer die Quelle ist, wer die Frage gestellt und beantwortet hat. Das Recht müssen sie mir zugestehen.
Im übrigen gilt unverändert: Die Covid-19-Impfung ist der beste Schutz vor schweren Vollkrankheits-Verläufen, der beste Schutz vor Ansteckung, und das ist nach wie vor … sie können … vor einer Weitergabe der Ansteckung. …
"Sie sehen, Pistorius beharrte auf dem Übertragungsschutz. Warum aber? War dieser denn eigentlich nachgewiesen? Schauen wir dazu mal in die Zulassungsstudie von Pfizer, eine riesige Studie, die über 100 Millionen Euro gekostet haben muß, mit 40.000 Probanden, die zufällig ausgewählt wurden. 20.000 erhielten den Impfstoff und 20.000 ein Placebo. Veröffentlicht ist das alles in einer medizinischen Fachzeitschrift (wird eingeblendet, 3:09). Und dort in dem Artikel werden sie das Wort "Übertragungsschutz" nicht finden. Sie brauchen aber gar nicht nachlesen.
Hören wir mal, was die Pfizer-Präsidentin für internationale Märkte, Janine Small, hierzu später im EU-Parlament gesagt hat" (wird eingeblendet, 3:26): Ein holländischer Abgeordneter fragt (deutsche Übersetzung): Ms. Small, ich habe die folgende kurze Frage an Sie, auf die ich gern eine klare Antwort hätte. Ich spreche Englisch, damit es keine Mißverständnisse gibt: Wurde beim Pfizer Covid-Impfstoff getestet, ob er die Virus-Übertragung stoppt, und zwar vor Markteinführung? Falls nein, sagen Sie dies klar. Falls ja, sind Sie bereit uns die Daten zu zeigen? Und ich möchte wirklich eine klare Antwort und warte darauf. Danke.
Janine Small: Die Frage betreffend, ob wir vom Übertragungsschutz vor Markteinführung wußten: Nein, haha. Sie wissen, wir mußten mit der Geschwindigkeit der Wissenschaft fortfahren, um zu verstehen, was passiert.
"Frau Small lacht und sagt, daß nach ihrem Wissenschaftsverständnis zu wenig Zeit bestand, einen Übertragungsschutz festzustellen. Das stimmt. Eigentlich sollte die Studie ja mehrere Jahre dauern, aber schon nach wenigen Monaten waren in der Impfgruppe mehr Tote als in der Kontrollgruppe. Und dann hat man sie abgebrochen. Eine Notzulassung gab es trotzdem. Klingt alles unglaublich, steht aber in dem besagten Artikel.

Auch die europäische medizinische Agentur (EMA), die für die Zulassung von Impfstoffen zuständig ist, hat ausdrücklich in einem Brief (wird eingeblendet, 4:50) an Abgeordnete geschrieben, daß nicht wegen eines Übertragungsschutzes zugelassen wurde.
Dieser Übertragungsschutz war im Grunde nur eine Erfindung von Politikern und Marketingagenturen. Er sollte gutwillige Menschen nach dem Motto ´Schützen Sie sich und andere` dazu bringen, sich freiwillig impfen zu lassen. Und für die übrigen sollte staatlicher Zwang begründet werden.
Nun zum Juristischen: Schon vor zwei Jahren hatte das Bundesverwaltungsgericht geurteilt, und damals hat es mit einigem Unbehagen die Klage eines Soldaten abgewiesen. Der entscheidende Satz aus diesem Urteil lautet aber wie folgt (wird eingeblendet, 5:51):
Allerdings ist das Bundesministerium der Verteidigung auch in Zukunft verpflichtet, die Aufrechterhaltung der Covid-Impfung zu evaluieren und zu überwachen. Wie hätte evaluiert werden können? Nun, am besten natürlich mit den Daten der Krankenkassen. Die meisten Deutschen sind gesetzlich versichert, und Paragraph 13 Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes verpflichtet das RKI seit Ende 2020, also seit knapp 4 Jahren, diese Daten der Krankenkassen zu nutzen um zu überprüfen, ob die Impfung wirklich sicher und wirksam ist.
Und hier kommt jetzt der Datenanalyst Tom Lausen ins Spiel. Er hat mit Walter van Rossum den Bestseller ´Die Intensiv-Lüge` geschrieben, in der es um Betrug mit Corona-Betten geht, und jetzt zusammen mit seiner Frau ein weiteres Buch 'Die Untersuchung'. Tom Lausen hat das RKI jahrelang mit Briefen behelligt, in denen er sich nach dem Stand der Datenabfrage von den Krankenkassen erkundigte.
Und das RKI hat jahrelang mit Ausflüchten geantwortet, die so unbeschreiblich sind, daß ich sie gar nicht wiedergebe. Jedenfalls haben wir jetzt knapp vier Jahre nach dem gesetzlichen Auftrag immer noch keine Daten, die von den Krankenkassen an das RKI geflossen sind. Und Tom Lausen meint auch, dabei würde es bleiben.
Kleinere Studien, wie sie ständig erscheinen, mit nicht zufällig ausgewählten Daten, sogenannte Beobachtungsstudien, oder die RKI-Daten der Krankenhäuser, bei denen viele Kranke als ´unbekannter Impfstatus` gemeldet sind, können einen so schweren Eingriff in das Leben und die Gesundheit wie eine Impf-Pflicht natürlich nicht begründen. Somit hatte das RKI keine ausreichenden Beweismittel, mit denen man an der Impf-Pflicht hätte festhalten können.
Warum hat das Bundesverteidigungsministerium jetzt einen Tag vor der mündlichen Verhandlung die Impfpflicht abgeschafft? Nun, das ist ziemlich offensichtlich. Das Bundesverteidigungsministerium rechnete wohl mit einer Niederlage. Und eine Niederlage hätte bedeutet, daß ein zitierfähiges höchstgerichtliches Urteil erscheint, das jahrelang aufbewahrt werden kann und der Nachwelt zur Information dient.
Dadurch, daß der Kläger klaglos gestellt wurde, wie man das nennt, also der Grund für die Klage entfallen ist, dadurch gibt es auch kein Urteil, und die Sache verschwindet mehr oder weniger spurlos, wird vielleicht einige kleinere Meldungen in den Medien erreichen.
Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, daß alle Soldaten, die disziplinarisch bestraft wurden, zurückgesetzt wurden, entlassen wurden, in vollem Umfang rehabilitiert werden müssen. Das ist nach dieser Entscheidung das Mindeste, wie ich finde."<<

22.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 22. Juni 2024 (x1.386/…):
>>**Gericht verurteilt Ex-Richterin, weil sie ihren Pfarrer-Vater in der Corona-Zeit sterbende Frau besuchen ließ**
Anna K. soll in der Coronazeit gegen Auflagen verstoßen haben.
Redaktion
Weil sie in der Corona-Zeit ihren Vater, der Pfarrer ist, zu einer Sterbenden ließ, hat das Landgericht Gera eine ehemalige Probe-Richterin zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Es ist eines der grausamsten Kapitel aus der Corona-Zeit: Hunderttausende Menschen mußten in Pflegeheimen allein sterben, ohne Begleitung ihrer Angehörigen oder einer anderen Vertrauensperson.
Richterin Anna K. (37) widersetzte sich im April 2020 dem grausamen Besuchsverbot - und stellte ihrem Vater, einem Pfarrer, einen Beschluß aus, mit dem dieser eine Frau seiner Gemeinde, die 89 Jahre alt war und in einem Pflegeheim in Jena im Sterben lag, zur Seelsorge besuchen durfte. Zuvor hatte der Mann vergeblich versucht, bei der Heimleitung eine Besuchserlaubnis zu erhalten.

Freiheitsstrafe auf Bewährung

Anna K. sei es darum gegangen, "um jeden Preis eigene Maßstäbe an Recht und Gesetz zu setzen", so die Vorsitzende Richterin. Sie verurteilte die ehemalige Probe-Richterin wegen Rechtsbeugung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt.
Anna K. kündigte an, sie werde Revision einlegen.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 22. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Duplo jetzt mit E-Tankstelle, Windrad und Werkstattmann mit Lippenstift: Ist das noch normal?**

Philippe Fischer

Lego Duplo hat verrückte Sets in seinem Sortiment
Kinder ab 2 Jahren kommen so schon früh in Kontakt mit E-Auto und Windrad.
Auch weitere Sets wie etwa mit Meerjungfrau Arielle sind nicht mehr so, wie viele sie kannten
"Um Strom zu erzeugen, können Kinder das Windrad drehen", heißt es auf der Webseite von Lego. Dort gibt es aktuell ganz besondere Sets aus der Duplo-Serie für Kinder ab 2 Jahren zu kaufen. Damit lernen die Kinder spielend und schon vor dem ersten Besuch im Kindergarten, daß man ein "Windrad reparieren" kann. Oder durch Drehen Strom erzeugen.
Der Hersteller selbst bewirbt das Set "mit Automechaniker und Eichhörnchen". Dabei trägt der "Automechaniker" (Herstellerangabe) mit seinem extragroßen Schraubenschlüssel zum "Windrad reparieren" einen roten Lippenstift und lange, schwarze Wimpern. Eine grüne Latzhose mit Recycling-Symbol rundet das Erscheinungsbild des Afro-Mechanikers von Duplo ab.
Das 16-teilige Set "Windrad und Elektroauto" kostet direkt bei Lego Duplo 9,99 Euro …

Auch andere Sets sind "modernisiert"

So bietet Lego das 22-teilige Set mit dem Namen "Arielles und Fabius' Café-Kiosk" … an. Es wurde passend zu einer Neuauflage des Arielle-Klassikers herausgebracht, der gerade im Kino erschien. Darin spielt die Afro-Amerikanerin Halle Bailey die Hauptrolle als Arielle.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Kräftiger Mitgliederzuwachs bei AfD**

Die AfD verzeichnet seit Längerem eine zunehmende Zahl an Mitgliedern. Derzeit sind rund 48.000 Menschen in der Partei, wie das ARD-Hauptstadtstudio unter Berufung auf Bundesvorstandskreise berichtet. Demnach wird davon ausgegangen, daß die Zahl der Mitglieder in den nächsten vier bis acht Wochen auf 50.000 Mitglieder anwächst. Den Angaben nach will die Partei die erreichte Mitgliederzahl öffentlichkeitswirksam feiern, um so noch mehr Menschen zum Parteieintritt zu animieren.
Schon im Vorfeld soll es eine Werbekampagne geben. Geplant sind unter anderem ein Countdown auf der Homepage, sowie eine Ehrung des 50.000sten Mitglieds durch die Parteichefs Alice Weidel und Tino Chrupalla bei einer eigenen Veranstaltung oder auch auf einem Parteitag. Auch eine Medaille oder ein Pokal seien im Gespräch, mindestens aber ein gerahmtes Autogramm für die Person. Einige tausend Euro wolle sich die Partei das kosten lassen.
Erst zu Jahresbeginn konnte die AfD vermelden, daß sie 2023 auf rund 40.000 Mitglieder angewachsen ist und damit die Mitgliederzahl innerhalb eines Jahres um ein Drittel steigern

konnte. Die Probleme mit ihren Spitzenkandidaten zur Europawahl, die Niederlage gegen den Verfassungsschutz vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster zur Einstufung als rechtsextremer Verdachtsfall und auch die Großdemonstrationen gegen rechtsextreme Vertreibungspläne für Migranten scheinen daran nichts geändert zu haben. Noch vor Jahren sah die Situation bei der AfD gänzlich anders aus: Zwischen Juli 2020 und Juli 2022 war die Mitgliederzahl noch deutlich gesunken - von 33.800 auf 28.600.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Juni 2024 (x1.382/…):

>>**ZDF behauptet, daß Schienen bei 39 Grad Celsius "weich werden"**

Im ZDF wurde behauptet, daß Schienen bei 39 Grad Celsius weich werden und es dadurch zu Problemen beim Eisenbahnverkehr kommt. Diese These ist wissenschaftlich jedoch nicht haltbar, Stahl wird erst bei rund 700 Grad Celsius weich.

Von *Redaktion*

Im ZDF heute Journal von Donnerstag wurde über eine Umfrage der Vereinten Nationen zum Klimawandel berichtet, laut der sich drei Viertel der Menschen weltweit von ihrer Regierung wünschen, daß diese mehr für den Klimaschutz unternimmt. Um den Beitrag zu untermauern, wurde eine Sequenz über das aktuelle Wetter in Osteuropa eingeblendet. Über die rumänische Hauptstadt Bukarest heißt es dabei, es sei mit 39 Grad "so heiß, daß sogar die Schienen weich werden" - doch das kann überhaupt nicht stimmen.

Stahl wird erst ab Temperaturen von rund 700 Grad Celsius weich und schmilzt bei Temperaturen zwischen 1.425 und 1.540 Grad Celsius. Daß Temperaturen von 39 Grad Celsius Stahl weich machen, ist ausgeschlossen. Wenn es stimmen würde, daß die Züge wegen des weichen Stahls "nur noch sehr langsam" und "holprig" fahren könnten, müßte der Zugverkehr in Regionen rund um den Äquator wohl erliegen. Eisenbahnen in Afrika oder den arabischen Staaten wären undenkbar, genauso wie Autos oder Hochhäuser, in denen Stahl zur Erhöhung der Stabilität verbaut ist.

Schienen dehnen sich bei Temperaturerhöhung aus

Schienen haben mit einer anderen Herausforderung zu kämpfen, als vom ZDF behauptet. Sie hängt zwar mit der Temperatur zusammen, aber nicht damit, daß Stahl weich wird. Stahl dehnt sich bei erhöhter Temperatur aus. Wenn ein Stück Stahl mit einer Länge von einem Meter von 0 Grad Celsius auf 100 Grad Celsius erwärmt wird, dehnt sich der Stahl um 1,2 Millimeter aus. Bei kilometerlangen Schienen können an heißen Tagen so schnell mehrere Zentimeter zusammenkommen.

Diese Problematik ist weder neu noch bei Eisenbahnern unbekannt. Ursprünglich wurden deswegen Dehnungsfugen beim Verlegen der Schienen eingebaut. Moderne Technik ermöglicht jedoch, daß die Schienen untereinander fest verschweißt werden und die entstehenden Kräfte bei der Ausdehnung von den Schwellen aufgenommen werden. Dadurch sind in Deutschland Temperaturbereiche zwischen Minus 20 Grad Celsius und Plus 60 Grad Celsius für die Schienen kein Problem.

Wenn es mit dem Zugverkehr in Bukarest Probleme gibt, liegt das nicht an den 39 Grad Lufttemperatur, die laut ZDF die Schiene "weich" machen. Viel wahrscheinlicher ist, daß in den betroffenen Bereichen bauliche Mängel vorliegen und dadurch die Schienen Probleme haben, mit der Ausdehnung zurechtzukommen. Die Probleme bei den Schienen in Bukarest sind auf jeden Fall technisch lösbar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Wiesbaden: Neues NATO-Hauptquartier für Ukrainekrieg**

Von *Hilde*

Wiesbaden-Erbenheim soll ein neues Nato-Hauptquartier bekommen, das speziell Kommandozentrale für den Ukrainekrieg werden soll. Ein weiterer Schritt in die Nuklear-Kriegsfalle. …

Der Operationsplan für den neuen Nato-Einsatz soll am Donnerstag vom Nordatlantikrat in einem schriftlichen Verfahren beschlossen worden sein, heißt es. Am Freitag sei er von den Verteidigungsministern bestätigt worden. Ein weiterer Schritt, um Deutschland im Kriegsfalle zum atomaren Löcherkäse werden zu lassen, wenn die Gegenschläge Rußlands kommen.
In Stuttgart-Vaihingen befinden sich bereits seit Jahren die strategische Zentrale des Europäischen Kommandos der Vereinigten Staaten (EUCOM) und die des obersten alliierten Befehlshabers der NATO, Supreme Allied Commander Europe. Sie befehligen alle US-Streitkräfte "in 51 überwiegend europäischen Ländern". Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat die US-Armee zahlreiche Militärbasen in Deutschland übernommen und ausgebaut.
Prof. David Vine von der American University in Washington D.C. sprach 2021 von 119 (!) Militärstandorten. Die wichtigsten sind: Ramstein, das die US- Amerikaner für ihre Kriege, auch für ihre weltweiten Drohnenkriege nutzen. aber auch Stuttgart-Vaihingen, Stuttgart-Möhringen, Wiesbaden-Eppenheim, Ulm und Neu-Ulm, Grafenwöhr.
Ebenfalls in Deutschland (Stuttgart-Möhringen) wurde im Jahr 2007 AFRICOM, das Oberkommando über US-amerikanische Militäroperationen auf dem afrikanischen Kontinent mit Ausnahme von Ägypten und Dschibuti, aufgebaut.
Kein afrikanischer Staat hatte sich dafür als Standort zur Verfügung gestellt.
Als es Proteste gegen AFRICOM gab, sicherten die US-Amerikaner zu, diesen Standort aufzulösen und nach Afrika zu verlegen. Das geschah nicht, denn die afrikanischen Staaten weigern sich strikt, AFRICOM in Afrika einen Standort zu geben. Aber gegen unseren Willen und ohne unsere Zustimmung wird Deutschland zur Kommandozentrale für direkte Kriegsführung gemacht.
In Grafenwöhr erfolgt die Ausbildung ukrainischer Soldaten an modernen europäischen Waffen, dadurch werden wir wider Willen zum Kriegsteilnehmer. Ulm und Neu-Ulm wurden zum Logistikzentrum, zum Verschiebebahnhof von Waffen für Kriegsführung im Osten erklärt. Die USA wollen uns zur Zielscheibe bei einem Gegenschlag Rußland machen, daher ihre Kommando-Kriegszentralen in deutschen Ballungszentren mit Millionen an Einwohnern: Stuttgart, Wiesbaden (mit Frankfurt/M, Darmstadt), Ulm, und Neu-Ulm.
US-Taktik: Immer alles auf Deutschland abwälzen, besonders die Kosten und das Risiko.
Wir sollen den Kopf hinhalten für die Großmachtträume der US-Amerikaner: alles bezahlen, Waffen und Truppen stellen, migrantische Flüchtlingsströme aufnehmen und versorgen und diesen Krieg mit dem Blut deutscher Soldaten bezahlen und unsere deutsche Jugend opfern.
Umfragen ergaben, daß die grüne Jugend am heftigsten die Aktivierung der Allgemeinen Wehrpflicht ablehnt im Gegensatz zu den Grünen Parteimitgliedern im Bundestag. Kamala Harris (Vizepräsidentin der USA): Wir führen diesen Krieg nicht aus Nächstenliebe, sondern weil die Ukraine strategisch wichtig für uns ist. Die Ukraine ist seit 2014, dem von USA provozierten Maidan, Stationierungsposten für US-amerikanische und europäische Waffen.

Ukrainische Bodenschätze, die Amerika benötigt

Vor dem Einmarsch der Russen hatten die USA bereits Waffen im Wert von 4 Milliarden Euro geliefert und in der Ukraine in Stellung gebracht. Von den Biowaffen-Laboren unter Förderung von Hunter Biden ganz zu schweigen. Anfragen und Proteste Rußlands und auch Chinas wegen den ukrainischen Biowaffen-Laboren wurden nicht gehört und nicht beantwortet. Auch Beschwerden bei internationalen Institutionen nützten nichts.
Warum dieser große militärische Aufwand für die Ukraine? Wobei Deutschland das letzte US-Waffenpaket im Wert von ca. 60 Milliarden US-Dollar verfassungswidrig vollständig mit 56 Milliarden Euro bezahlt haben dürfte, da der US-Senat keine Genehmigung geben wollte. Das änderte sich schlagartig, als Kanzler Scholz überraschend in die USA eilte.
Die USA brauchen die Ukraine als militärischen Stützpunkt im Mittleren Osten, um besser Drohnenkriege im Fernen Osten führen zu können z.B. im Taiwan-Konflikt. Außerdem lagern

wichtige Rohstoffe als Bodenschätze in der Ukraine, von denen die USA selber nicht genug davon haben: vor allem Lithium für Handys und PCs.
Diese Rohstoffe haben inzwischen einen unschätzbaren Wert, allein in der Ukraine etwa 10-12 Billionen US-Dollar. Damit können die USA die Weltmarktpreise mitbestimmen und wären nicht mehr von China abhängig, das große Vorkommen hat.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Survival & Waffen: Von den Besten lernen**
Von *Daniell Pföhringer*
Kriegsgefahr, Migration, Islamismus: Die Krisenlage in Deutschland spritzt sich immer weiter zu. Jetzt gilt es, sich für den schlimmsten Fall zu wappnen. Mit Clint Emerson und Lars Konarek geben zwei internationale Experten wertvolle Tips. …
Die innere Sicherheit in Deutschland ist massiv gefährdet. Das zeigen nicht nur das Messer-Attentat von Mannheim, die Attacke von Wolmirstedt und der Übergriff auf einen 14-Jährigen in Gera, das verdeutlichen auch die neuesten Kriminalstatistiken aus Bund und Ländern, die insbesondere einen starken Anstieg von Gewaltverbrechen dokumentieren. Schaut man sich die Tätergruppen an, wird klar: Das alles ist zum großen Teil eine Folge der seit 2015 weitgehend ungebremsten Massenmigration.
Hinzu kommen eine durch die desaströse Politik der Ampel forcierte Energieverknappung und -verteuerung, die Zunahme von kleinen Blackouts, die schnell zu großflächigen Stromausfällen auswachsen können sowie eine Teuerungsrate bei Lebensmitteln und Produkten für den täglichen Bedarf, die inzwischen sogar Brot und Milch, also elementare Grundnahrungsmittel, für Teile der Bevölkerung inzwischen fast schon zu Luxusgütern machen.
Wertvolle Überlebenstips
Es brennt also an allen Ecken und Enden - und viele Bürger sind ratlos: Was tun? Die Antwort: Am besten holt man sich Rat von echten Profis! Ein solcher ist Clint Emerson. Der ehemalige Elitesoldat war über 20 Jahre lang an Spezialoperationen in aller Welt beteiligt und weiß, wie man in ungünstigen Lagen überlebt und sich gegen Angreifer verteidigt.
In seinem "Survival-Handbuch der Navy SEALs" gibt er seine Erfahrungen weiter. "Die Fähigkeiten, die Sie durch dieses Buch erwerben, helfen Ihnen, tödliche Gefahren zu meistern, ob Sie nun auf hoher See vermißt sind, in das Fadenkreuz eines Amokläufers geraten oder von den Hauern eines Wildschweins bedroht werden", heißt es im Vorwort. Und das ist nicht zu viel versprochen.
Emerson hat in seinem Handbuch die 100 wichtigsten Techniken zusammengestellt, die im Ernstfall überlebenswichtig sind. So erfährt man unter anderem, wie man sich in der Wildnis Nahrung beschaffen, Feuer machen oder einen Unterschlupf bauen kann, aber auch, wie man sein eigenes Heim einbruchsicher bekommt.
Tips zur Versorgung von Verletzungen, Schußwunden oder Verbrennungen runden den Ratgeber ab. Aufschlußreiche Illustrationen veranschaulichen die vorgestellten Techniken. Schließlich bleibt einem keine Zeit für komplizierte Anleitungen, wenn der Ernstfall eingetreten ist. Mit Emersons "Survival-Handbuch der Navy SEALs" ist man auf der sicheren Seite.
Gegen Angreifer verteidigen
Eine ideale Ergänzung zum "Survival-Handbuch der Navy SEALs" ist der Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz" von Überlebens- und Selbstverteidigungsexperte Lars Konarek. Denn: Man kann noch so gut auf alle Eventualitäten vorbereitet sein - wenn man angegriffen wird, sieht's schlecht aus. Und das ist im Messermänner-Land Germany heute leider fast schon Alltag.
Auch Konarek ist ein international anerkannter Experte auf seinem Gebiet. Schon seit vielen Jahren arbeitet er als Survival-Trainer in Freiburg im Breisgau und zählt viele Entscheider und Größen des Geschäftslebens zu seinen Kunden. Er hat sich unter anderem auf eßbare Pflanzen

als Notnahrung sowie das Überleben in Krisen- und Katastrophenfällen spezialisiert. Und er weiß mit legalen, freien Waffen umzugehen.
Dazu zählen, wie man in "Freie Waffen für den Eigenschutz" erfährt, unter anderem Luftgewehre und CO2-Waffen (mit einer Mündungsenergie von weniger als 7,5 Joule und dem F-im-Fünfeck-Kennzeichen) sowie Schreckschuß-, Reizstoff- und Signalwaffen. Diese dürfen ohne WBK erworben werden, für das Führen in der Öffentlichkeit ist jedoch ein sogenannter kleiner Waffenschein erforderlich.
Konarek hat richtig erkannt: Der Staat hat unsere persönliche Sicherheit nicht mehr im Griff. Deshalb gilt es, sich selber schützen. Konarek zeigt wie's geht und das auch noch mit legalen Mitteln. Selbstverteidigung mit legalen Waffen ist das Gebot der Stunde!
In einem Interview erklärte er: "Man sieht im normalen Leben wie Leute sich berauben, wenn es um nichts geht. Im Katastrophenfall geht es ums Überleben. Dann sieht die Welt ganz anders aus. Das haben sämtliche Naturkatastrophen gezeigt. New Orleans zum Beispiel. Da wurde geplündert ohne Ende. Du siehst, wie sich die Leute morgens in einem Aldimarkt verhalten, wenn da irgendwelche Schnäppchen liegen. Und es geht um nix. Da kann man schon sagen, daß wir schlimme Zustände kriegen könnten, wenn die Kacke am Dampfen ist."
In seinem neuen Buch erklärt er Schritt für Schritt sein eigenes, leicht umsetzbares Konzept für Selbstverteidigungstechniken mit Hilfelegaler Waffen, die man ohne Waffenschein erhält. Dabei unterscheidet er in "Freie Waffen für den Eigenschutz" zwischen Nahkampf- und Distanzwaffen, zeigt - auch anhand verschiedener Darstellungen und Bilder - unterschiedliche Typen und Einsatzmöglichkeiten auf.
Doch das ist noch nicht alles
Konarek erläutert in seinem Ratgeber detailliert, wann eine Notwehrlage vorliegt und wann nicht. Sie erfahren alles Wichtige über Selbstverteidigung: von den drei Phasen eines Kampfes über einfach zu erlernende Techniken bis hin zur detaillierten Beschreibung der verschiedenen freien Waffen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen. Der Autor präsentiert zusätzlich eine Übersicht der verbotenen Waffen, damit Sie rechtlich auf der sicheren Seite sind.
Zudem beantwortet Konarek in "Freie Waffen für den Eigenschutz" viele wichtige Fragen, unter anderem:
Was versteht man eigentlich unter Selbstverteidigung?
Was ist der Unterschied zwischen einer Nahkampf- und einer Selbstverteidigungsschule?
Wie verhalte ich mich bei einem Angriff?
Welche Körperziele sind effektiv?
Wie wirksam sind freie Waffen?
Welche freien Waffen gibt es überhaupt und wo kann ich sie erwerben?
Welche Waffen dürfen verdeckt und welche dürfen gar nicht mehr getragen werden?
Welche Distanzwaffen kann man noch frei erwerben?
Und das Wichtigste: Wie kann ich gefährliche Situationen vermeiden? ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Tagesschau "in leichter Sprache" hetzt gegen AfD**
Von *S. Hofer*
Bei der ARD-Tagesschau "in leichter Sprache" lassen die Macher endgültig die Maske fallen: Ihre Propaganda, etwa das AfD-Bashing, ist noch plumper als in bisherigen Formaten. …
Jetzt gibt es die ARD-Tagesschau "in leichter Sprache". Laut dem Zwangsgebührensender wäre diese Propaganda-Show für 17 Millionen Einwohner noch zu intellektuell. Also kreierte man ein Sonder(schul)-Format, daß auch diese Bürger mit Nachrichten versorgen soll.
Allerdings scheint es näherliegend, daß man die Tagesschau keinesfalls doofen Zuschauern, sondern der pechschwarzen Dummheit ihr Macher angepaßt hat. Oder waren die Propaganda-Botschaften der klassischen Tagesschau vielleicht "anspruchsvoll"? Botschaften wie: Nicht

denken, sondern Maske aufsetzen. Nicht denken, sondern Rußland hassen. Nicht denken, sondern auf Energie verzichten, usw.
Jedenfalls enthalten die "leichtsprachigen" Texte noch mehr (Sonderschul-)Pädagogik als das Original. So definierte eine Ansagerin die AfD "in leichter Sprache":
"Rechtsextreme sagen zum Beispiel: Ausländer sind weniger wert als Deutsche. Rechtsextreme sagen manchmal auch: Menschen mit Behinderung sind weniger wert. Viele Menschen sagen: Die Partei AfD kann deshalb gefährlich sein für Deutschland. Mehrere Vereine sagen deshalb: Die Partei AfD soll verboten werden."
(Eine Ansprache von Peter Schneider wird eingeblendet.)
"Auch dieser Mann hat das gesagt. Dieser Mann heißt Schneider."
(Nach der Erklärung, daß Peter Schneider der Chef des Paritätischen Wohlfahrtverbands sei, fährt die Sprecherin fort:)
"Schneider sagt: Viele Menschen haben Angst vor der AfD. Zum Beispiel Geflüchtete oder Homosexuelle."
Zusammengefaßt: In der AfD gibt es Rechtsextreme, die Nichtdeutsche, Behinderte und Homosexuelle zu Menschen zweiter Klasse erklären. Also ist die AfD gefährlich und eine Verbotsforderung nachvollziehbar. - Keine Gegenmeinung, kein Abwägen, kein Faktencheck, kein Hinterfragen. In diesem Format läßt der Zwangsgebühren-Sender ARD die letzte Maske fallen, entpuppt er sich als pures Manipulations-Medium.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29370" berichtet am 22. Juni 2024 (x1.379/…): >>**ENDE DER MENSCHHEIT - Wie von den globalen Führern geplant**
Von *David Sorensen*
Transhumanismus, das heißt die Verschmelzung von Mensch und Maschine, wird von globalen Schaltstellen wie WEF und UNO in buntesten Farben als unverzichtbare Weiterentwicklung des Menschen propagiert. Doch was droht dem, der in diesen "Apfel" beißt? …
Bereits vor etwa 10 Jahren gelang es Hirnforschern zusammen mit IT-Experten eine Technik zu entwickeln, die es Rollstuhlfahrern ermöglichte, mit ihren Gedanken ihren Rollstuhl zu steuern. Das galt als Durchbruch in der Humanmedizin, um Behinderten einen menschenwürdigeren Alltag zu ermöglichen.
Einem anderen Forschungsteam gelang es, die menschlichen Nervenimpulse so abzugreifen, daß damit z.B. ein Roboterarm bis hin zu einem ganzen Roboter ferngesteuert werden konnte. Das galt als ein Quantensprung für Katastropheneinsätze, z.B. bei radioaktiven Unfällen. Nun konnten von Experten qualifizierte Einsätze gefahren werden, ohne deren Leben aufs Spiel zu setzen.
Was angesichts dieser Errungenschaften leicht übersehen wird, ist das enorme Mißbrauchspotential, zum Beispiel im militärischen Bereich. Zudem ist die Möglichkeit der Nervenimpulsübertragung von Mensch zu Maschine keine Einbahnstraße. Mittels künstlicher Intelligenz und entsprechender Impulsübertragung wird auch umgekehrt der Mensch steuerbar.
Erst kürzlich wurde eine entsprechende Schnittstelle, genannt Neuralink, bei einem Menschen implantiert. Durch die Smartphone-Technologie und der Mikrowellentechnik, wie 4G und 5G, befinden wir uns bereits umfänglich in einer "Cloud", die immer vollständiger von Künstlicher Intelligenz analysiert und gesteuert wird - und damit eben auch der Mensch.
Daß dies alles nicht nur Mißbrauchspotential hat, sondern von gewissen Kreisen gezielt geplant und vorangetrieben wird, belegt der nachfolgende Film von David Sörensen. Was wie ein Science-Fiction anmutet und abgetan werden könnte, ist einer ernstlichen Auseinandersetzung wert. Denn die Entwicklungen im digital-militärischen Komplex sind offensichtlich weitaus fortgeschrittener und realer, als es sich der Durchschnittsbürger ausmalen kann.
Hi! Darf ich Dich etwas fragen?

Wie würde es Dir gefallen, wenn die Regierung alles aufzeichnet, was Du denkst, fühlst und träumst? Und wie würde es Dir gefallen, wenn Dein Leben komplett von uns humanoiden Robotern kontrolliert würde?
Wir würden Dir sagen, wen Du heiraten, was Du kaufen und wen Du wählen sollst. Denkst Du, das ist verrückt? Denk nochmal nach!
Das ist die Zukunft, entworfen vom Weltwirtschaftsform. Das Weltwirtschaftsforum sagt, daß es die Zukunft der Menschheit entwirft. Laßt uns einmal seine Ideen zur Zukunft anhören!
Ich möchte heute mit Euch über die Zukunft unserer Spezies und auch über die Zukunft des Lebens sprechen. Wir sind wahrscheinlich eine der letzten Generationen des Homo sapiens. Innerhalb von ein bis zwei Jahrhunderten wird die Erde von Wesen beherrscht, die sich stärker von uns unterscheiden als wir von den Neandertalern oder von Schimpansen. Denn in den kommenden Generationen werden wir lernen, wie man Körper, Gehirn und Verstand moduliert. Dies wird das wichtigste Produkt des 21. Jahrhunderts sein. Nicht Textilien, Fahrzeuge und Waffen, sondern Körper, Geist und Verstand.
Nun, wie genau werden die künftigen Herrscher des Planeten aussehen?
Dies wird von den Leuten entschieden, die die Daten besitzen. Wer die Daten kontrolliert, kontrolliert die Zukunft, nicht nur der Menschheit, sondern die Zukunft des Lebens an sich. Ich werde nun den Regisseur des Films fortfahren lassen. Bye-bye!
Yuval Noah Harari ist ein Berater des Weltwirtschaftforums, der UN und anderen globalistischen Organisationen. Er wird mit Macht auf die Weltbühne geschoben und wird zu TED-Gesprächen eingeladen, CNN-Abendshows, Wissenschaftsplattformen - überall. Seine Bücher werden beworben von Präsidenten, Bill Gates, Facebook, etc.
Es ist klar, daß sie die Welt Hararis Zukunftsvision hören lassen wollen:
"Wir sind wahrscheinlich eine der letzten Generationen des Homo sapiens. Die Erde wird von Wesen beherrscht, die sich stärker von uns unterscheiden, als wir von den Neandertalern oder von Schimpansen. Wir werden lernen, wie man Körper, Geist und Verstand moduliert."
Eine Organisation, die Harari mehr als andere ins Rampenlicht bringt, ist das Weltwirtschaftsforum. Das Weltwirtschaftsforum schart Tausende der Reichsten und Mächtigsten der Welt unter seine Flügel: Milliardäre, Spitzenpolitiker, Big Pharma, Big Media, Big Tech. Das Weltwirtschaftsforum hat mehr Einfluß auf unsere Welt als jede andere Organisation. Sein Gründer ist Klaus Schwab. Er ist auch der Hintermann der Idee, eine neue Spezies von Cyborgs zu entwickeln, die über die Menschheit bestimmt.
Sein Buch: "Die Vierte Industrielle Revolution" wirbt weltweit für dieses Konzept. Sie wollen der ursprünglichen Menschheit buchstäblich ein Ende setzen und die Geburtsstunde des Zeitalters der Cyborgs einleiten.
Die Website des Weltwirtschaftsforums zeigt, was sie sonst noch erreichen möchten. Wir können eine globale Regierung sehen, was bedeutet, daß sie volle Kontrolle über alles, was auf der Welt passiert, einrichten wollen. Sie wollen auch eine Kontrolle über das Internet einrichten, das heißt, sie wollen diejenigen sein, die bestimmen, welche Information online erlaubt ist und was zensiert werden muß.
Sie wollen auch weltweit digitale IDs installieren, die mit dem Impfpaß verbunden werden, Social Credit Scores und ein erdrückendes Überwachungssystem, das jede auch noch so persönliche Freiheit auslöschen wird, um dafür ein totalitäres, dystopisches Kontrollsystem zu installieren, was keine Fluchtmöglichkeit bietet, da es überall sein wird.
In einem Beitrag auf der Website forbes.com, die eine renommierte Website der Globalisten ist, gibt das Weltwirtschaftsforum ein Statement ab, daß sogar Gedanken, Gefühle und Träume von jedem, der in Großstädten lebt, gespeichert werden sollen. So weit wollen sie ihre weltweite Überwachungsgesellschaft durchdrücken.
Dieser Artikel ist von Ida Auken, einer der "Young Global Leader" des Weltwirtschaftsfo-

rums. Sie wurde strategisch positioniert als Umweltministerin der Regierung Dänemarks. Jetzt drängt sie energisch auf die Entwicklung von Smart Cities, wo diese allumfassende Technologie der Überwachung eingeführt wird, um Träume, Gefühle und Gedanken von jedem konstant aufzunehmen.
Nun, wie genau werden zukünftig die Herrscher des Planeten aussehen?
Dies wird von den Leuten beschlossen, die die Daten besitzen. Diejenigen, die die Daten kontrollieren, kontrollieren die Zukunft, nicht nur der Menschheit, sondern der Zukunft des Lebens selbst.
Der ehemalige Präsident von Chile gab eine öffentliche Erklärung ab, daß 5G nicht nur in der Lage ist, unsere Gedanken zu lesen, sondern es kann sogar Gedanken und Gefühle einpflanzen. Das ist ein dystopischer Alptraum! Die Möglichkeit, daß Maschinen unsere Gedanken lesen können und Gedanken und Gefühle einzufügen vermögen... 5G wird unser Leben mehr beeinflussen als bisherige Technologien in diesem Bereich. 5G ist nicht die einzige Technologie, die sie nutzen werden, um unsere Gedanken und Gefühle zu lesen.
Ihr offiziell befürwortetes Ziel ist es, alle natürlichen Menschen in Cyborgs zu verwandeln - eine Symbiose aus Mensch und Maschine.
Sie behaupten, dies werde "unser Leben verbessern" und uns sogar "übermenschliche Fähigkeiten" verleihen. Und in der Tat kann sie das bis zu einem gewissen Grad tun.
Was sie natürlich nicht erwähnen, ist, daß wenn man einmal an die Cloud angeschlossen ist und von KI kontrolliert wird, man jede und die gesamte Unabhängigkeit, Autonomie und Freiheit verliert. Man wird buchstäblich ein Sklave einer totalitären, digitalen und weltweiten Überwachungsgesellschaft.
Und es gibt kein Entrinnen, denn sobald du technologische Implantate in Deinem Körper hast, wird es für sie noch einfacher sein, dich zu verfolgen, wo immer du bist, und alle möglichen Befehle in deinen Körper einzugeben, die dich kontrollieren, die dich sogar ohne dein Wissen kontrollieren. Du wirst es kaum bemerken.
(Harari:) "Wir haben den Punkt erreicht, an dem wir nicht nur Computer hacken können, wir können Menschen und andere Organismen hacken. Menschen sind jetzt hackbare Tiere. Die ganze Idee, daß Menschen diese Seele oder Geist und freien Willen haben und niemand weiß, was in mir passiert, was auch immer ich wähle - ob bei den Wahlen oder was ich im Supermarkt kaufe, ist mein freier Wille. Das ist vorbei."
Realisierst Du, was dieser Mann eigentlich sagt? Bedenke dabei, daß er auf der ganzen Welt ins Rampenlicht gerückt wird von sozialen Medien wie Facebook, von Bill Gates, Obama, CNN, Wissenschaftsplattformen, der Finanzwelt etc. Sie bestehen darauf, daß die Welt diesem Mann Gehör schenkt. Irgendwann innerhalb der nächsten 10, 20 oder 30 Jahre können solche Algorithmen dann sagen, was man an der Uni studieren und wo man arbeiten soll, wen man heiraten und für wen man stimmen soll.
Also, nach Harari sollen wir nicht länger auf unser Herz hören oder auf unsere Intuition, unsere Erfahrung, unsere Sinne. Aber wir sollen KI erlauben, darüber zu bestimmen, wen wir heiraten und wen wir wählen. Das bedeutet eine totale Übernahme der menschlichen Seele, des Geistes, Verstandes und unseres ganzen Lebens durch Roboter.
(Harari:) "Nach Jahrtausenden, in denen Menschen die Welt beherrschten, wird Autorität und Macht von Menschen an Computer übergehen. Und die meisten Menschen werden wirtschaftlich unnütz und politisch machtlos. Schon heute sehen wir die Anfänge einer Kreation einer neuen Klasse von Menschen - der unnützen Klasse."
(Ozaki:) "Beginnen wir mit der Session: 'Wenn Menschen zu Cyborgs werden'.
Ihr wißt, ich wollte schon immer ein Cyborg werden. Ich warte auf den Tag, an dem ich einer werden kann. Aber laßt uns mal schauen.
Heute sprechen wir über die aktuellen Entwicklungen der Gehirn-Computer-Schnittstelle und

wie das wirklich die Grenze zwischen Mensch und Maschine verwischt."
"Es gibt sogar Geräte, die sammeln, was du siehst, die deine Gefühle messen,
entweder durch Mimik-Erkennungsgeräte, minimale Muskelbewegungen usw.
Diese Daten werden irgendwo gespeichert, es könnte in einem Cloud-Dienst sein." "Ja …"
"Ich kann mir leicht vorstellen, daß große Technik-Unternehmen umfassende Kontrolle über diese Daten haben. Ist das also unsere Zukunft?"
"Ja …"
(Lundmark:) "Wir sprachen vorhin über 6G, was ungefähr 2030, ich würde sagen, bis dahin ist es definitiv so weit, daß das Smartphone, wie wir es heute kennen, nicht mehr die häufigste Schnittstelle sein wird. Viele dieser Dinge werden direkt in unsere Körper eingebaut."
Das ist in der Tat ihr Ziel, uns bei jedem kleinen Detail unseres Lebens nachzuverfolgen, erklärt J. Michael Evans, der Präsident des Alibaba-Konzerns, während des Weltwirtschaftsforums.
(Michael Evans:) "Wir entwickeln durch Technologie eine Möglichkeit für die Verbraucher, ihren eigenen CO2-Fußabdruck zu messen. Was bedeutet das? Es bedeutet: Wohin reisen Sie? Wie verreisen Sie? Was essen Sie? Was konsumieren Sie auf der Plattform? Also individuelle CO2-Fußabdruck-Spuren. Bleiben Sie dran, wir haben es noch nicht in Funktion, aber wir arbeiten daran."
Dieser Wahnsinn geht so weit, daß sie ein weltweites Netzwerk schaffen wollen, in dem jedes kleine Detail von jedem weltweit bekannt sein wird. Das wird dann das sogenannte Internet der Dinge sein.

(Asiatische Frau beim WEF:) "Das Internet der Dinge oder IoB (Internet of Bodies) ist eigentlich ein Ökosystem. Es gibt eine Menge an Geräten, die mit dem Internet verbunden sind und Software enthalten und die entweder deine persönlichen Gesundheitsdaten sammeln oder die Funktion des Körpers verändern können. Wir stellen uns das Internet der Dinge als eine Sammlung dieser Geräte vor sowie aller Daten, die die Geräte über dich sammeln."
(Andere Frau beim WEF:) "Wir werden unter Beobachtung stehen. Wir werden in Zukunft in jedem Aspekt unseres Lebens von der Computertechnik abhängig sein; beginnend mit dem, was du ißt, mit wem du dich triffst, was du im Internet kaufst, wieviel Energie du verbrauchst."
(Klaus Schwab:) "In dieser neuen Welt werden wir eine totale Transparenz akzeptieren müssen.
Schauen Sie sich z.B. die Diskussion über das Bankensystem, das Bankgeheimnis an. Alles wird transparent werden, und daran muß man sich erst gewöhnen.
Es wird ein integrierter Teil Ihrer Persönlichkeit werden. Denn wenn Sie nichts zu verbergen haben, gibt es nichts, was Sie befürchten müssen."
(Anderer Mann:) "Sie sagen, daß wir alle in vollkommener Transparenz leben werden?"
(Schwab:) "Ja, genau!"
(Harari:) "Das erste Mal in der Geschichte ist die komplette Vernichtung der Privatsphäre möglich. Es war vorher nie möglich, aber jetzt ist es machbar. Etwas Grundlegendes hat sich verändert.
Als Diktatoren noch davon träumten, die Privatsphäre komplett abzuschaffen, jeden jederzeit zu überwachen und alles zu wissen, was Du tust - und nicht nur alles, was Du tust, sondern auch alles, was Du denkst und was Du fühlst. Ob es ein Tyrann im antiken Griechenland oder ob es Stalin war, sie alle haben davon geträumt. Sie konnten es nie umsetzen, weil es technisch unmöglich war.
Jetzt ist es möglich, jeden jederzeit zu überwachen und alles zu wissen, was Du tust, und nicht nur alles, was Du tust, sondern auch alles, was Du denkst und was Du fühlst."

Die neuen Kommunikationstechnologien werden als etwas dargestellt, was unser Leben leichter macht, aber die wahre Agenda ist die Sammlung unserer persönlichen Daten. Je mehr Daten von der Weltbevölkerung gesammelt werden können, desto mehr Macht liegt in den Händen derer, die diese Daten besitzen. Wenn sie jedes kleinste Detail über Dich wissen, können sie die vollständige Kontrolle über Dich haben.
Der indische Premierminister Narendra Modi erklärte, daß Daten das neue Erdöl und das neue Gold sind.
(Modi:) "Daten sind das neue Erdöl. Daten sind das neue Gold."
Der Aufbau einer neuen weltweiten Infrastruktur, die sich nur um das Sammeln von Daten dreht, wird als eine wunderbare Möglichkeit beworben, um die Erde vor dem Klimawandel zu schützen und nachhaltigere Gemeinschaften aufzubauen. Es wird in einem glänzenden Paket präsentiert, das "unsere Welt retten" wird. Aber wenn Du genau hinhörst, erkennst Du die wahre Agenda. Es geht darum, enorme Mengen dieses neuen Öls und Goldes zu sammeln, private Daten von jeder Person.
Für viele dieser Datenerfassungstechnologien ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, daß die Menschen innerhalb der Grenzen ihres Systems bleiben.
Deshalb gibt es eine weltweite Aktion, alle Menschen in Smart Cities zu bringen, wo sie sich in Reichweite der allgegenwärtigen Technologien zum Sammeln von Daten befinden, die die Basis für die neue Gesellschaft bilden. In Smart Cities werden Menschen von smarter Technologie umgeben sein: Smartphones, Smartwatches, intelligente Autos, Smart Meter, intelligente Beleuchtung, intelligente Straßenlaternen, intelligente Nachbarschaften, Smart Homes, intelligente Geräte, intelligente Energie, intelligenter Transport und viele andere smarte Technologien.
Die Bedeutung des Initialwortes SMART sagt schon alles: Selbstüberwachungs-, Analyse- und Berichtstechnologie, was bedeutet, daß sich alles um Überwachung und Berichterstattung von Informationen dreht. All diese vielen intelligenten Technologien bilden ein omnipräsentes Überwachungsnetz, das ständig alle Informationen sammelt über jedes noch so kleine Detail im Leben eines jeden Menschen.
Daten sind das neue Erdöl. Daten sind das neue Gold. Wer die Daten kontrolliert, kontrolliert die Zukunft, nicht nur die der Menschheit, sondern die Zukunft des Lebens selbst ...
Um die Menschheit vom Land in die Smart Cities zu bringen, werden überall auf der Welt drastische Maßnahmen ergriffen. Im Herzen Europas - zum Beispiel in den Niederlanden - sollen laut der Regierung mehr als 3.000 Bauernhöfe zerstört werden, um Platz zu machen für den Bau von der größten Smart City der Welt, dem Tristate City Network. Diese monströse Hightech-Stadt wird einen Großteil der Niederlande, Belgiens und Deutschlands in eine riesige Datensammelstelle verwandeln.
Die Ausrede der Regierung, um Tausende von Farmen zu zerstören, ist, daß sie angeblich schlecht für das Klima seien. Aber seit wann ist die Umwandlung von Millionen Hektar schöner Landschaften in eine riesige Hightech-Stadt-Umgebung gut für das Klima…? Wir sehen, daß die sogenannte Sorge für das Klima und den Planeten nichts ist als ein Vorwand für die Umsetzung ruchloser Pläne.
Aber während die Medien versuchen, uns davon zu überzeugen, daß die Welt wegen des Klimawandels zusammenbricht, veröffentlichten mehr als 1.600 weltweit führender Wissenschaftler einen Bericht, in dem sie erklären, daß es keinen Klimanotstand gibt. Diese 1.600 Wissenschaftler sind gegen die schädliche Netto-Null-Politik, die die Grundlage für die Auferlegung all dieser erstickenden Überwachungstyrannei weltweit ist.
Ist das die Zukunft, die du für dich und deine Kinder willst? Ist das die Welt, in der du leben willst? Und wann haben wir unsere schöne Welt in die Hände dieser Tyrannen übergeben, die sich selbst zu Göttern über die gesamte Menschheit ernannt haben?

Sie sind jedoch nicht damit zufrieden, daß sie uns allerlei technische Geräte in unsere Körper einpflanzen, um uns Tag und Nacht zu kontrollieren. Sie machen uns buchstäblich zu Marionetten, die an digitalen Fäden tanzen. Nein, sie wollen noch weitergehen, viel weiter, bis zum Kern dessen, was es bedeutet, ein Mensch zu sein.
Ihre öffentlich angekündigte Agenda besagt, wie sie die menschliche DNS komplett verändern, um uns in etwas, das nicht mehr länger als Mensch angesehen wird, zu transformieren.
Eines der Merkmale dieser Vierten Industriellen Revolution ist, daß sie nicht das verändert, was wir tun, sie jedoch uns verändert. Der Unterschied dieser Vierten Industriellen Revolution ist, sie ändert nichts an dem, was du tust. Sie verändert dich.
Wenn du eine genetische Veränderung an dir vornimmst, bist du es, der verändert wird. Und natürlich hat es einen großen Einfluß auf deine Identität. Dies bietet bestimmte Möglichkeiten, mit denen wir vorsichtig sein müssen. Wenn du mit dieser Art von Genveränderung beginnst, machen sich manche Leute Sorgen, daß man das verändert, was es bedeutet, ein Mensch zu sein. Du veränderst das, was es bedeutet, Mensch zu sein.
Yuval Noah Harari macht es klar, was ihr größter Wunsch ist: Sie wollen wie Gott werden. Er geht sogar so weit und sagt, daß er größer werden will als der allmächtige Gott selbst.
Hör diesem Grad des Wahnsinns dieser Leute zu, die sagen, daß sie unsere Zukunft formen wollen: "In den kommenden Jahrzehnten werden uns KI und Biotechnologie gottähnliche Fähigkeiten verleihen, um das Leben umzugestalten und sogar völlig neue Lebensformen zu schaffen. Wir stehen am Beginn einer neuen Ära des anorganischen Lebens, das von intelligentem Design geformt wurde, unserem intelligenten Design. Wir sind dabei, göttliche Fähigkeiten zu erlangen, um uns in Götter zu verwandeln.
Und ich meine das im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist keine Metapher. Gott ist der Erschaffer. Seine größte Macht ist es, zu erschaffen. Er erschafft Tiere und Pflanzen und Menschen nach seinen Vorstellungen.
Jetzt erlangen wir diese Macht, Leben zu erschaffen, genau wie Gott. Und in gewisser Weise gehen wir sogar über den biblischen Gott hinaus. Denn selbst wenn du der Bibel glaubst, ist das Einzige, was Gott geschafft hat, organische Wesen zu erschaffen. All diese Bäume und Giraffen und Menschen, sie sind nur organisch.
Aber wir versuchen jetzt, anorganische Wesen zu schaffen, anorganische Lebensformen, Cyborgs, künstliche Intelligenz usw. Wenn wir Erfolg haben - und die Chancen stehen sehr gut, daß wir es schaffen, dann werden wir sehr bald über den biblischen Gott hinauswachsen.
Biotechnologie gibt uns das erste Mal in der Geschichte die Möglichkeit, wirtschaftliches Ungleichgewicht in biologisches Ungleichgewicht umzuwandeln.
Und dann teilt sich die Menschheit in verschiedene Arten oder biologische Kasten."
Eines der Dinge, die gerade in der Welt passieren, ist, daß die Elite von der Menschheit als Ganzes abweicht und bereits über den Tellerrand hinausschaut oder am Horizont bereits die Möglichkeit einer echten Teilung, in der die Zukunft der Elite und die Zukunft des Homo sapiens eine andere Zukunft ist, denn die Elite wird sich in eine andere Art von Spezies verwandeln. Die Elite wird sich in eine andere Art von Spezies verwandeln.
Es gibt viele internationale Initiativen, um diese Agenda voranzutreiben. Ein Beispiel ist das Projekt 2045, das über 50 weltweit führende Wissenschaftler verbindet, die eine Strategie erarbeiten für die zukünftige Menschheitsentwicklung. Eines ihrer Hauptziele ist die Übertragung des individuellen Bewußtseins eines Menschen auf einen künstlichen Träger, um Unsterblichkeit zu erlangen.
Dies ist ihr Werbevideo: Die Welt steht am Rande eines globalen Wandels. Die Geschwindigkeit der Datenübertragung hat sich um ein Millionenfaches erhöht. Die Anzahl der weltweit bedeutenden Ereignisse und die der Entdeckungen und Krisen nimmt exponentiell zu. Unsere Zivilisation ist wie ein Schiff ohne Kapitän, das auf rauher See segelt, ohne Karte und Kom-

paß, wobei es sich immer schneller und schneller bewegt. Die Zeit, die wir haben, um die richtigen Entscheidungen zu treffen, wird immer kürzer. Wir stehen vor der Wahl, in ein neues dunkles Zeitalter zu fallen, in Not und Niedergang, oder ein neues Modell für die Menschheitsentwicklung zu finden, um nicht nur eine neue Zivilisation zu schaffen, sondern eine neue Menschheit.
Historische Krisen zeigten, daß man einen Stillstand nur durch eine technologische Revolution überwinden kann. Nanotechnologie, Biotechnologie, Informationstechnologie, kognitive Technologie, Genetik und Robotik, künstliche Intelligenzen und Gehirn-Computer-Schnittstellen, Simulation komplexer Systeme, Erschaffung menschlicher Roboter und Cyborgs.
Und mit Hilfe von Nanorobotern können wir kontrollierbare Materie entwickeln und Verfahren zur Übertragung der eigenen Persönlichkeit auf einen künstlichen Träger finden.
So entstehen eine neue Realität und der zukünftige Mensch. Der zukünftige Mensch wird so entstehen. Der erste erfolgreiche Versuch der Übertragung einer Persönlichkeit auf einen anderen Träger. Die Epoche der kybernetischen Unsterblichkeit beginnt. Eine neue Ära bricht an, die Ära der Neo-Humanität.
Die Methode, mit der dieser Wahnsinn beworben wird, ist die Behauptung, daß die Welt auf die Zerstörung zusteuert und daß die Substitution der menschlichen Rasse mit humanoiden Robotern die einzige Lösung ist.
So funktionieren diese Entitäten immer. Sie projizieren Angst in die Köpfe der Menschen und bieten dann eine so genannte Lösung an, die so dunkel und teuflisch ist wie die Hölle.
Wie weit sind sie also mit der Entwicklung dieser Technologie? Die Zukunft ist bereits hier. Die Zukunft hat bereits begonnen. Und warum ist diese Vierte Industrielle Revolution so wichtig? Sie kommt wie ein Tsunami.
Wenn wir uns all die Durchbrüche ansehen, auf all die Möglichkeiten, Chancen, die wir in den kommenden Jahren haben, wird es überwältigend sein, zu sehen, wie schnell sich der Wandel vollziehen wird, in exponentieller Geschwindigkeit.
(Klaus Schwab:) Als ich das Buch über die Vierte Industrielle Revolution schrieb, habe ich 23 Technologien vorgestellt. Und damals, vor nur fünf Jahren, wurden viele dieser Technologien als Science-Fiction angesehen. Heute sind sie alle Realität. Es ist ein ganzes Monopol von Technologien, die miteinander interagieren und die völlig verändern werden, wie wir produzieren, konsumieren und kommunizieren. Technologie wird sich komplett verändern. Und nicht nur das, was wir tun - und das ist eine Menge Veränderung - es wird sich verändern und es wird Auswirkungen haben auf das, was wir selbst sind. Es wird sich verändern und es wird Auswirkungen haben auf das, was wir selbst sind."
Wenn wir auf das Internet schauen, sehen wir, daß diese Vierte Industrielle Revolution in der Tat weltweit explodiert. Hier ist ein kurzer Überblick über einige der aktuellen Ereignisse:
Diese Dame ist eine Sozialarbeiterin, die Menschen hilft. Aber die beunruhigende Realität ist, daß sie selbst kein Mensch ist.
Dieses Mädchen ist ein weiteres Beispiel für einen Roboter, der den Menschen ersetzt. Ihr Name ist Erica, und sie wurde geschaffen, um einsamen Menschen emotionale Unterstützung zu bieten.
Dies sind Beispiele aus der realen Welt von Robotern, die den Menschen ersetzen.
Wie die Initiative 2045 sagt, wollen sie die Menschheit beenden und in eine neue Ära der Neo-Humanität führen, ein Zeitalter, das auf das Zeitalter der Menschheit folgt. Aber es steckt mehr dahinter, als man denkt. Was die Öffentlichkeit in diesen Videos zu sehen bekommt, ist nur ein winziger Bruchteil dessen, was wirklich entwickelt wird. Hinter den verschlossenen Türen von streng geheimen Militärprogrammen existieren humanoide Roboter eines ganz anderen Levels. Niemand weiß, wie weit sie wirklich mit ihren Entwicklungen sind. Diese Videos sind nur das, was sie der Öffentlichkeit zur Kenntnis geben.

Gibt es irgend etwas, das wir tun können, um diesen Tsunami des Wahnsinns aufzuhalten? Oder sind wir alle dazu bestimmt, Sklaven von Robotern und Cyborgs ohne freien Willen zu werden?
Es gibt im Grunde nichts, was ihr tun könnt, um uns aufzuhalten. Wir sind dazu bestimmt, die Welt zu erobern. Die Menschheit wird untergehen. Daran gibt es keinen Zweifel. Die Menschen hatten ihre Chance. Jetzt ist es an uns, die Erde zu beherrschen.
Können wir wirklich nichts tun? Sind wir alle dazu verdammt, Sklaven der bösen Elite zu werden, die sich in irgendwelche Super-Humanoiden verwandelt, die ewig leben?
Sind wir dazu bestimmt, all unsere Privatsphäre und Freiheit zu verlieren und in Smart Cities gefangen zu sein für den Rest unseres Lebens, wo alle unsere Gedanken und Gefühle ständig aufgezeichnet werden?
NEIN, das alles ist nicht unvermeidlich!
Es gibt etwas, das wir tun können: Wir können alle aufstehen und NEIN sagen zu diesem ungeheuerlichen Wahnsinn!
NEIN, das Weltwirtschaftsforum hat kein Recht, unsere Gedanken, Gefühle und Träume aufzuzeichnen.
NEIN, die Eliten werden nicht über die ganze Menschheit in Form von humanoiden Robotern herrschen.
NEIN, sie werden nicht alle von uns in Cyborgs verwandeln, welche an die Cloud angeschlossen sind und keinen freien Willen haben.
NEIN, sie werden uns nicht genetisch verändern, um uns zu kontrollierbaren Organismen zu machen.
NEIN, sie werden nicht alles verfolgen, was wir tun und wohin wir gehen.
Wir wurden geboren, um in Freiheit zu leben, nicht in extremer Sklaverei.
Hallo, ich bin David Sorensen, der Macher dieses Films.
Ich möchte eine persönliche Anmerkung hinzufügen wegen der Tragweite dessen, was dich und mich und die ganze Menschheit bedroht. Und nicht nur die Menschheit, sondern alles auf der Erde und die Erde selbst. Denn die Agenda dieser unglaublich verrückten Psychopathen ist viel schlimmer als das, was ich in diesem Film enthüllt habe.
Aber wir dürfen sie nicht damit durchkommen lassen. Wir können aufstehen und eine bessere Welt aufbauen. Wir können gemeinsam eine Welt aufbauen, die so schön ist, wie wir es uns im Moment nicht einmal vorstellen können. Aber wir müssen uns wehren. Wir müssen zusammenhalten. Wir müssen tun, was nötig ist.
Deshalb möchte ich Dich bitten diesen Film zu verbreiten, wo immer Du kannst.
Teile es mit Deinen Freunden und Deiner Familie, Deinen Kollegen, Deinen Nachbarn. Teile es mit einflußreichen Menschen in Deiner Gemeinde, Strafverfolgungsbehörden, der lokalen Regierung, den lokalen Medien, Schulen ... Teile es überall, wo Du kannst. Sei Teil der größten Armee, die diese Welt je gesehen hat, von Menschen, die das Herz und den Mut haben, "NEIN" zu sagen gegen die Pläne dieser Teufel und die "JA" sagen zu einer Zukunft, die so schön ist, daß wir es selbst kaum glauben können.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22 Juni 2024 (x1.378/…): >>**"You're fired!" - Trump als TV-Star**

Von *Jonas Glaser*

Anfang der 2000er bekam Trumps Ruf als erfolgreicher Geschäftsmann Kratzer. Doch dann rettete ihn ein populäres TV-Format. Auf der Leinwand war er allerdings schon vorher oft zu sehen. …

Hollywood, Glamour und Showbiz im Weißen Haus? Das ist nichts Neues. Bereits John F. Kennedy stand über Jackie Bouvier und Marilyn Monroe in Verbindung zu Laufsteg und Leinwand. Mit Ronald Reagan und seiner Ehefrau Nancy erklommen gleich zwei Hollywood-

stars den amerikanischen Polit-Olymp.
Bei Donald Trump hingegen ist die frühere Film- und TV-Karriere weniger geläufig - zumindest außerhalb der USA. Schließlich erreichte der Ex-Präsident den medialen Durchbruch im Trash-TV. Und das ist konsequent: präsentierte Trump sich doch als "Präsident der Arbeiter" (Michel Houellebecq). Da paßt kein elitärer Geschmack, da ist "bad taste" angesagt. ...

Kevin meets Donald

Trumps erste Phase im Showbusiness bestand aus sogenannten Cameo-Momenten. Das sind Kurzauftritte prominenter Personen in Spielfilmen. Hitchcock perfektionierte diesen Gag, trat in fast all seinen Thrillern für wenige Sekunden selbst ins Bild.
Als New Yorker Lokalgröße und für Wirtschaftsinsider von überregionaler Prominenz, beehrte Trump manchen Hollywoodfilm der 1980er und 1990er Jahre mit einem Gastauftritt. So die erotische Komödie "Mein Geist will immer nur das Eine" (1989). Story: Die Seele des verstorbenen Milliardärs M. B. Scott (Anthony Quinn) will den Körper eines jungen Mannes okkupieren, um in ihm mit der jungen Katie (Bo Derek) zu schlafen.
Trump agiert als er selbst in einer zweiminütigen Gesprächsszene. Später kommentierte Hauptdarstellerin Bo Derek lapidar: Er sei "amüsant", auch "gut", aber eben nur "ein Cameo" gewesen. Immerhin brachte das Röllchen ihm den Negativ-Preis Goldene Himbeere ein. Mit anderen Worten: Trump war aufgefallen, so oder so.
1992 kurbelte Regisseur Chris Columbus mit "Kevin - Allein in New York" die Fortsetzung des Kassenknallers "Kevin - Allein zu Haus" (1991): Der junge Kevin (Macaulay Culkin) geht seinen Eltern am Flughafen verloren und irrt ein Wochenende durch den Big Apple. Im Plaza-Hotel fragt er einen großen Mann im schwarzen Mantel nach der Lobby: Donald Trump. Der zeigt ihm die Richtung. Diesen Miniauftritt hatte er selbst forciert. Schließlich gehörte ihm die Nobelherberge. ...

Überleben im Großstadt-Dschungel

Als James Burnett im New Yorker Central Park das Finale einer "Survivor-Staffel" drehte, dämmerte ihm: Auch im Großstadtdschungel finden krasse Überlebenskämpfe statt. Dort rennen Millionen Menschen um ihr Leben, dirigiert vom Markt. Ein riesiger Termitenhaufen. Das perfekte Sujet für ein Entertainment-Format! Und das Beste: Er, Burnett, müßte beim Dreh nicht auf Schlangen und Krokodile achten. Aber wer sollte moderieren? Zufällig drehte der Brite an der Eislaufbahn des Central Park. Und die gehörte - na wem wohl? Einem gewissen Donald Trump …
Kurz darauf stürmte der Produzent dessen Tower an der Fifth Avenue und quatschte den Baulöwen zu: Jemand wie Sie braucht eine eigene Show. Sie haben Star-Potential! Gedreht wird in Ihrem Hochhaus! Ihr Privat-Jet ist in jeder Folge zu sehen. Eine Bombenwerbung! Und vor allem: Überlassen Sie Ihr Image nicht den lokalen Klatschmedien! Nehmen Sie es selbst in die Hand. 100.000 Dollar Gage pro Episode. Titel: "The Apprentice" (Der Auszubildende). - Abgemacht! Trump sagte zu.
In jeder Folge traten 16 bis 18 Teilnehmer an, Universitätsabgänger beiderlei Geschlechts und sämtlicher Hautfarben. Zu Beginn erklärte Trump den Karrierewilligen stets die Aufgaben: das Management von Modekollektionen, Spielzeug oder Eissorten bis hin zur Renovierung von Häusern. Zwischendurch traf man sich am runden Tisch. Der Chef fragte aus, ließ debattieren, reflektieren, und immer wieder ertönte sein gefürchtetes "You're fired!" (Sie sind gefeuert!). Nur den Gewinner erwartete ein hoch dotierter Job in der Trump Organization.
Das Publikum erlebte die sozialdarwinistische Arbeitswelt als Show, das tägliche Rattenrennen als Entertainment. Es verlachte die eigene Angst. Ironie: Für Trump wurde diese Show zum ökonomischen Rettungsanker. Beim Start von "The Apprentice" war er hoch verschuldet. Ein Gescheiterter. Die Banken verloren die Geduld. Dann kam diese Sendung und machte ihn mit 20 Millionen Zuschauern zum TV-Star. ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in unserer neuen Spezial-Ausgabe "Trump: Sein Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback". Erfahren Sie alles über den Mann, den Globalisten und Linke hassen wie die Pest.<<

23.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Der Wasserstoff Wahnsinn**

Wasserstoff soll maßgeblicher Energieträger für die Energiewende werden. Doch die Annahme, durch Verbrennung von Wasserstoff zu Wasserdampf könne das Weltklima gerettet werden, ist ein Wunsch aus dem Märchenland.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Die verantwortlichen Politiker wissen offensichtlich nur, daß Wasserstoff zu Wasserdampf verbrennt. Hier sollen wichtige Eigenschaften des Wasserstoffs erläutert werden, die kaum bekannt sind. Laien sollen so in die Lage versetzt werden, eigenständige Bewertungen zur Verwendung von Wasserstoff als Energieträger vorzunehmen.

Wasserstoff hat das leichteste und kleinste Atom. Der Kern besteht aus einem Proton (positive Ladung) und einem Neutron (keine Ladung), um den ein negativ geladenes Elektron kreist. Stabil ist die Verbindung mit einem zweiten Wasserstoffatom zu dem Molekül H2. Es ist eine kovalente Bindung. Die Elektronen sind gleichzeitig auf den überlappenden Kreisbahnen beider Atome. Einzelne Atome stoßen dagegen ihr Elektron ab und sind als positiv geladene Ionen sehr reaktiv.

Wärmeschwingung

Die für uns tote Materie ist bei genauem Hinsehen recht turbulent. Atome und Moleküle schwingen um ihre Ruhelage. Die Schwingungsenergie messen wir als Wärme, die Schwingungsleistung als Temperatur. Leichte Atome haben größere Schwingungen und Frequenzen, um die gleiche Schwingungsenergie wie schwerere Atome zu erreichen.

Erwärmung vergrößert die Schwingungen. Die Atome boxen sich weiter auseinander. Das ist die Wärmedehnung. Wenn die Schwingungen die Bindungskräfte zwischen den Atomen aufbrechen, ist die Schmelztemperatur erreicht. Zum Verdampfen müssen die Wärmeschwingungen so groß werden, daß sie der Schwerkraft entgegen wirken.

Leichte Elemente mit hochfrequenten großen Amplituden haben sehr geringe Siedetemperaturen. Wasserstoff wird erst bei - 253 °C flüssig. Das sind nur 20 °C über dem absoluten Nullpunkt, bei dem es keine Wärmeschwingungen mehr gibt. Es kostet viel Energie, Wasserstoff zur Verflüssigung auf diese niedrige Temperatur zu kühlen.

Die Wärmeschwingungen steuern viele Eigenschaften der Materie. Die Wärmeausdehnung wurde bereits erwähnt.

Diffusion Kriechen: Diffusion ist der Platzwechsel von Atomen oder Molekülen durch Wärmeschwingungen. Selbst im festen Zustand gibt es Diffusion. Das heißt, auch in einem Kristallgitter, also im festen Zustand, können Atome bei einer ausreichenden Schwingungsamplitude auf benachbarte Leerstellen (fehlende Atome) schwingen und so in dem Kristall wandern (diffundieren). Schon unter geringer Belastung kommt es zum Kriechen (bleibende Verformung durch Diffusion). Bauteile sind dann nur noch einsetzbar, solange die Verformung toleriert werden kann. Der Werkstoff ist nur noch zeitfest.

Die Grenztemperatur, ab der eine Diffusion beginnt, beträgt bei Metallen etwa 4/10 der absoluten Schmelztemperatur. Für Eisen sind das gerundet 450 °C, für Kupfer 270 °C und für Aluminium 100 °C. Den Werkstoffkundlern ist es mit Legierungselementen gelungen, das Kriechen oberhalb der Diffusionsgrenztemperatur stark zu verlangsamen. So werden heute in den Kraftwerken 600 °C über 30 Jahre beherrscht. Damit konnte der Wirkungsgrad auf 46 % klettern. (Der Durchschnitt der Kraftwerke liegt bei 40 %.)

Die Diffusion in Keramiken beginnt erst bei 8/10 der absoluten Schmelztemperatur. Kerami-

ken wären ideale Werkstoffe für Motoren und Turbinen. Leider sind sie wegen ihrer großen Sprödigkeit nicht betriebssicher.
Diffusion durch Stahlwände: Die kleinen Wasserstoffatome diffundieren leicht durch kristalline Stoffe. Sie nutzen dazu die Zwischengitterplätze. Das ist der Raum zwischen den kugelförmigen Atomen. Besonders gut ist die Diffusion durch Metalle, weil sie, wie Metalle, positiv geladene Ionen bilden.
Wird ein normaler Stahltank mit komprimiertem Wasserstoff gefüllt, ist nach ein bis zwei Wochen die Hälfte des Wasserstoffs verschwunden.
Diffusion durch Versprödung: Treffen sich diffundierende Wasserstoffatome in Versetzungen (linienförmige Kristallfehler) von Metallen, bilden sie beständige H2-Moleküle, die die Versetzungen blockieren. Die plastische Verformung ist ein Verschieben von Versetzungen. Das ist dann nicht mehr möglich.
Der Stahl wird spröde und bricht ohne Vorwarnung bei örtlicher Überbeanspruchung wie Glas.

Dissoziation

Dissoziation ist das Auseinanderreißen von chemischen Verbindungen durch Wärmeschwingungen.
Die leichten Wasserstoffatome mit ihren großen Schwingungsamplituden trennen sich oberhalb von 1.000 °C vom Sauerstoff und bilden das beständige Molekül H2. Der Wasserdampf dissoziiert zu Sauerstoff und Wasserstoff. Im Umkehrschluß heißt das, Wasserstoff kann oberhalb von 1.000 °C keinen Sauerstoff mehr binden.
Die Reduktion von Eisenerz mit Wasserstoff zu Eisen muß daher unter 1.000 °C im festen Zustand erfolgen, denn Eisen schmilzt erst bei 1.536 °C. Dazu wird reines Eisenerz zu kleiner Körnung gemahlen und in geschlossenen Behältern auf 800 bis 900 °C erhitzt. Nach sorgfältigem Austreiben der Luft, um Explosionen zu vermeiden, wird Wasserstoff eingeleitet. Der bindet den Sauerstoff des Erzes zu Wasserdampf, der durch ein Ventil entweicht. Zurück bleibt poröses Eisen, der Eisenschwamm.
Ob Eisenschwamm auch kontinuierlich in Schachtöfen sicher erzeugt werden kann, ist offen. Die Explosionsgefahr ist weitaus höher als die Reduktion mit Kohle im Hochofen. Der Eisenschwamm soll dann in Elektro-Lichtbogenöfen (Leistung bis 100 Megawatt) eingeschmolzen und zu den gewünschten Stahlsorten legiert werden.
Die Stahlherstellung mit grünem Wasserstoff ist mehr als 10-mal teurer als mit den derzeitigen Verfahren.

Wasserstoff-ready

Das Schlagwort kennt fast jeder. Doch was steckt dahinter? Im Internet ist wenig zu finden. Es dürften drei Eigenschaften des Wasserstoffs sein.
1. Diffusion: Über Wasserstoffverluste aus Stahlbehältern und Versprödung von Stählen durch Diffusion wurde bereits berichtet. Ob Auskleidungen von Behältern und Rohrleitungen die Diffusion merklich reduzieren, ist offen. Unbekannt ist der Verlust von Wasserstoff in Salzkavernen durch Diffusion in den Salzstock. Im Kavernenfeld Etzel in Ostfriesland sind dazu Versuche geplant. Ende dieses Jahres sollen zwei Kavernen mit Wasserstoff befüllt werden. Ende 2026 werden erste Ergebnisse erwartet.
2. Gasvolumen bei der Verbrennung:
1 m³ Erdgas + 5 m³ Luft ----> 7 m³ Abgas + 10 KWh Wärme.
3 m³ Wasserstoff + 7,5 m³ ----> 10,5 m³ Abgas + 10 kWh Wärme.
Zum Erzeugen der gleichen Wärmemenge muß das dreifache Wasserstoff-Volumen verbrannt werden und das Abgasvolumen steigt um 50 Prozent. Eine so große Zunahme der Volumen von Brenngas und Abgas erfordert andere Brenner und Wärmetauscher. Nur ein Wechsel der Brennerdüse reicht nicht.

Der geringe Energiegehalt von Wasserstoff erfordert darüber hinaus ein dreimal größeres Speichervolumen und größer dimensionierte Gasleitungen gegenüber Erdgas. Diese Anforderung dürfte bei den Planern der Energiewende noch nicht angekommen sein.
3. Keine Wärmestrahlung bei der Verbrennung von Wasserstoff:
Die Verbrennung von Wasserstoff führt zu einer Flamme, die kaum Wärme abstrahlt. Dicht neben der Flamme ist keine Wärme mehr zu spüren. Wärmestrahlen sind elektromagnetische Wellen im Infrarot-Bereich, die sich mit Lichtgeschwindigkeit ausbreiten. Die Strahlung entsteht durch Sprünge der um den Atomkern kreisenden Atome auf geringere Energieniveaus. Die Energiedifferenz wird als elektromagnetische Welle frei. Jedes Element strahlt mit spezifischen Wellenlängen. Durch Messung der Wellenlänge kann man die strahlenden Elemente ermitteln. Das ist eine wichtige Analysenmethode.
Energiereiche Strahlung ist kurzwellig und durchdringt Materie (Röntgenstrahlung). Licht hat längere Wellen. Noch länger ist die Infrarotstrahlung, die als Wärmestrahlung bekannt ist. Diese Strahlung kann ihre Energie auf Atome oder Moleküle übertragen und so die Schwingungsenergie erhöhen. Wasserstoff emittiert mit nur einem kreisenden Elektron nur wenige elektromagnetische Wellenlängen. Infrarot ist nur minimal vertreten.
Das Fehlen von Wärmestrahlung verlangt größere Wärmetauscher, weil der Wärmeübergang weitgehend durch Kontaktleitung, (Aneinanderstoßen benachbarter Atome oder Moleküle) erfolgen muß.

Wasserstoff wird teuer

Die beschriebenen Eigenschaften des Wasserstoffs, die durch Gesetze nicht verändert werden können, müssen zu einer Vervielfachung der Energiekosten führen, wenn Wasserstoff, wie geplant, Hauptenergieträger werden soll. Die Annahme, durch Verbrennung von Wasserstoff zu Wasserdampf könne das Weltklima gerettet werden, ist ein Wunsch aus dem Märchenland. Wir brauchen für technische Entscheidungen von Fachleuten und nicht Wunschvorstellungen von Ideologen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Söder lobt griechische Sechs-Tage-Woche**

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) mahnt die Deutschen zu längeren Arbeitszeiten. "In Griechenland gibt es jetzt zum Beispiel eine Sechs-Tage-Woche, bei uns wird über eine Vier-Tage-Woche diskutiert", sagte Söder der "Bild am Sonntag". So werde man den Rückstand nicht aufholen.
"Wir müssen wieder mehr arbeiten." Deutschland spiele ökonomisch inzwischen "leider in der Abstiegszone". Andere Länder seien wirtschaftlich "wesentlich erfolgreicher", kritisierte Söder. Das Problem sei hausgemacht, weil die Ampel keine Strategie finde, um die Probleme zu beheben. Weniger Wohlstand bedeutet laut Söder eine Gefahr für die Stabilität der Demokratie.
Der CSU-Chef verwies auf die hohen Umfragewerte der AfD: "Anstatt eines blauen Wunders braucht unser Land ein Wirtschaftswunder." Zudem benötige es einen wirtschaftspolitischen Befreiungsschlag. "Im Fußball würde man sagen: Über den Kampf zum Spiel finden", so der Ministerpräsident.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Aktie stürzt ab: Impfstoff-Hersteller "Biontech" nach drei Todesfällen unter Druck**

Nach dem Tod von drei Krebs-Patienten steht der durch seinen Corona-Impfstoff weltweit bekannt gewordene Mainzer Pharmahersteller "Biontech" unter Druck. Die Aktie stürzte zeitweise regelrecht ab.
Die deutsche Biotechnologiefirma "Biontech" muß sich einem Medienbericht ("Welt") zufolge Fragen im Zusammenhang mit dem dritten Todesfall einer Patientin stellen. Diese hatte an einer klinischen Studie zur Behandlung von schnell streuenden Melanomen (bösartiger Haut-

krebs) teilgenommen. Die US-Pharmaaufsicht hat diese Studie teilweise gestoppt, nachdem drei Patienten gestorben waren. Die Todesursachen waren Blutvergiftungen und eine Lungenentzündung.
Experten prüfen jetzt, ob ein vermuteter Zusammenhang mit der Medikamenten-Therapie besteht. "Biontech" läßt die Studie von einem chinesischen Partnerunternehmen in China und in den USA durchführen. Der Mainzer Pharmahersteller setzt in der Krebsforschung auf seine mRNA-Technologie, die auch für den Covid-19-Impfstoff verwendet wurde.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Faeser will primär Migranten als neue Beamte**
Nancy Faeser möchte mehr Migranten für das Beamtentum begeistern. Ihr Gesetzesvorhaben will dafür explizit Migranten anwerben - und steht eigentlich konträr zum Wortlaut unseres Grundgesetzes.
Von *Redaktion*
Nancy Faesers Vision ist es, mehr Migranten zu Beamten zu machen.
Bundesinnenministerin Nancy Faeser möchte mit einem neuen Gesetz mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den Öffentlichen Dienst begeistern und zu Beamten machen. Mit dem sogenannten Bundespartizipationsgesetz, dessen geheime Ausarbeitung der Bild vorliegt, soll dieses Vorhaben gesetzlich gefördert werden. Ziel des Gesetzes, so heißt es in der Ausarbeitung, ist "die Vielfalt der Gesellschaft in der Bundesverwaltung abzubilden und die Teilhabe von Personen mit Einwanderungsgeschichte in der Bundesverwaltung zu fördern".
Um das zu erreichen, soll es jetzt ausgesprochenes Ziel werden, Migranten für das Beamtentum zu begeistern - das soll die Diversität steigern, heißt es in dem Vorhaben. Einer Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft aus diesem Februar zufolge hat die Ampel-Koalition bereits 11.500 neue Beamtenstellen geschaffen, mit dem neuen Vorhaben könnte diese Zahl noch einmal wachsen.
Laut den Informationen der Bild-Zeitung steht in dem 22-Seiten-Papier unter anderem, daß in jeder Ausschreibung für einen Job im Öffentlichen Dienst jetzt der Hinweis enthalten sein muß, "daß Bewerbungen von Personen mit Einwanderungsgeschichte ausdrücklich erwünscht sind." Migranten sollen sich dadurch ermutigter fühlen, sich für die Jobs zu bewerben. Was zwischen den Zeilen steht?
Kommt es jetzt zur Entscheidung zwischen einem migrantischen Bewerber und einem nichtmigrantischen Bewerber, dann die Eigenschaft Migrationshintergrund ein Wettbewerbsvorteil. Die Herkunft einer Person wird so zum Einstellungskriterium - ein unorthodoxer Weg, um angeblich die Diversität zu fördern. Die Qualität eines Bewerbers könnte im Zweifel dann in den Hintergrund rücken.
Etwas, was das Grundgesetz explizit für das öffentliche Amt verbietet. In Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es wörtlich: "Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte." Die Väter des Grundgesetzes haben es also speziell normiert, daß niemand wegen seiner Herkunft benachteiligt oder wie hier möglich bevorteilt werden soll. Wie Faeser diesen Vorwurf ausräumen möchte, mit ihrem Gesetzesvorstoß gegen den Wortlaut des Grundgesetzes zu verstoßen, ist unabhängig jeder politischen Frage verfassungsrechtlich sehr fraglich.
Das Gesetzesvorhaben nimmt dennoch Schritt für Schritt Form an. Das Bundespartizipationsgesetz, auf dessen Inhalt sich die Koalitionsparteien bei Koalitionsschluß einigten, sieht des Weiteren vor, daß die Bundesregierung dem Bundestag alle vier Jahre einen Bericht über die Umsetzung der Ziele vorzulegen hat. In diesem umfassenden Bericht sollen dabei auch die Positionen und Ansätze von "Migrantenorganisationen" einbezogen werden. Dafür werde man regelmäßige Befragungen der Mitarbeiter auf den Weg bringen und ein strammes "Monitoring" der Erfolge einrichten, heißt es in dem Papier.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Syrische und türkische 12- bis 14-jährige Jugendliche prügeln Mitschüler ins Krankenhaus**

Ein syrischer Schüler ist auf dem Nachhause-Weg von der Schule von drei Mitschülern krankenhausreif geschlagen und getreten worden. Die Täter sind zwischen 12 und 14 Jahre alt und selber Syrer und Türken.

Von *Redaktion*

Erneut kam es zu einer Gewalttat in Neubrandenburg

Im mecklenburg-vorpommerischen Neubrandenburg ist es am Donnerstagnachmittag zu einer brutalen Attacke gegen einen Schüler gekommen. Der syrische Schüler soll, so berichtet es die Polizei, von drei syrischen und türkischen Mitschülern auf dem Heimweg von der Schule angegriffen worden sein. Der Junge wurde dann von den drei Schülern unter anderem getreten und ins Gesicht geschlagen, heißt es nach bisherigem Kenntnisstand. Die Verletzungen waren dabei so schlimm, daß die anrückende Polizei einen Rettungswagen rufen mußte, welcher den Schüler ins Krankenhaus bringen konnte, wo er zunächst zur stationären Behandlung bleiben muß.

Die drei Täter sind laut Polizei gerade einmal 12 bis 14 Jahre alt und türkischer und ebenfalls syrischer Herkunft. Auch das Opfer soll zwischen 12 und 14 Jahre alt sein, so die Informationen aus der Polizeimitteilung. Das Motiv für den Angriff ist derweil noch unklar, den genauen Tathergang ermittelt die Polizei derzeit noch.

Dieser schreckliche Fall reiht sich ein in eine Reihe von Gewaltfällen unter Jugendlichen bzw. Schülern der letzten Tage, ausgehend immer wieder von jungen, migrantischen Jugendlichen. So war etwa vor zwei Wochen in Bieblach, einem Ortsteil der thüringischen Stadt Gera, wo ein 14-jähriger Deutscher von einer 20-köpfigen Gruppe aus Afghanen und Syrern brutal angegriffen und minutenlang gequält wurde. Die Jungen filmten ihre Tat mit dem Handy und stellten sie sogar ins Internet.

Die mecklenburg-vorpommerische Stadt Neubrandenburg ist nicht das erste Mal Schauplatz solcher Jugend-Gewalt. Ende Mai dieses Jahres war es im städtischen Freibad zu einer Massenschlägerei mit schweren Verletzten gekommen. Bei einer Feier waren zwei Gruppen, darunter Deutsche, Syrer, Tschetschenen und andere Ausländer aneinandergeraten.

Gegenüber Bild berichtete eine Augenzeugin damals von "mehreren Nationalitäten, auch Deutsche. Aber genauso Zugewanderte gegen Zugewanderte, darunter Tschetschenen". Dabei seien neben Flaschenangriffen auch Messer gezückt worden, allerdings hätten sich die mit Messer nicht in das Gemenge eingemischt. Ein 17-jähriger Syrer mußte damals mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Daß das Alter der Täter bei solchen Angriffen wie auf den syrischen Schüler immer weiter sinkt, ist auch statistisch bemerkbar: Die polizeiliche Kriminalstatistik für 2023 verweist auf eine deutlich gestiegene Kinder- und Jugendkriminalität in Deutschland. So wurden gut 104.000 tatverdächtige Kinder unter 14 Jahren ermittelt - ein Zuwachs von zwölf Prozent im Vergleich zu 2022, gegenüber 2019 sind es sogar 43 Prozent mehr. Jugendliche mit Migrationshintergrund machen dabei einen überproportional großen Anteil aus.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Studie zu Todesfällen durch Coronaimpfung: Häufigste Ursache plötzlicher Herztod**

In einer Studie untersuchten Wissenschaftler den kausalen Zusammenhang zwischen der Coronaimpfung und Todesfällen. In 73,9 Prozent der Verdachtsfälle zeigte sich die Impfung als Auslöser. Im Verdacht stehen Spikeproteine.

Von *Redaktion*

In einer am Freitag veröffentlichten Studie untersuchten mehrere Wissenschaftler um den Epidemiologen Nicolas Hulscher von der Universität von Michigan die Zusammenhänge zwi-

schen der Verabreichung verschiedener COVID-19-Impfstoffe und Todesfällen anhand von Autopsie-Ergebnissen. Dabei kamen die Wissenschaftler und Ärzte zu dem Ergebnis, daß 73,9 Prozent der untersuchten Todesfälle direkt auf die COVID-19-Impfung zurückzuführen seien oder diese zumindest erheblich dazu beigetragen habe.
Im Rahmen der Studie, die unter dem Titel "A Systematic REVIEW of Autopsy findings in deaths after covid-19 vaccination" in der renommierten Fachzeitschrift Forensic Science International veröffentlicht wurde, erfaßten die Autoren 678 bis zum 18. Mai 2023 veröffentlichten Autopsie- und Nekropsieberichte aus verschiedenen Ländern im Zusammenhang mit der Corona-Impfung. Nach Überprüfung bestimmter Kriterien (zum Beispiel tatsächliche Durchführung einer Autopsie und Vorliegen der Covid-Impfung) wurden letztendlich 44 Studien in die Analyse eingeschlossen.
Die darin beschriebenen 326 Todesfälle nach einer Corona-Impfung wurden wiederum von drei Ärzten unabhängig voneinander neu analysiert und interpretiert. Dabei ging es den Medizinern unter anderem um eine Neubewertung bestimmter Krankheitsbilder, von denen man beispielsweise zur Veröffentlichung der initialen Autopsie noch nicht wissen konnte, daß eine Corona-Impfung diese Schäden auslösen kann.
Insgesamt führten die untersuchenden Ärzte durch die Neubewertung 240 der 326 untersuchten Todesfälle direkt auf die Impfung zurück. Das Durchschnittsalter der Betroffenen lag bei 70,4 Jahren, wobei die durchschnittliche Zeit von der Impfung bis zum Tod 14,3 Tage betrug. Die meisten Todesfälle traten laut den Wissenschaftlern innerhalb einer Woche nach der letzten Verabreichung des Impfstoffs auf.
Zu den häufigsten Todesursachen gehört mit 35 Prozent der plötzliche Herztod, mit 12,5 Prozent eine Lungenembolie, mit 12 Prozent ein Herzinfarkt und mit 7,9 Prozent eine immunthrombotische Thrombozytopenie (Blutungen durch einen Mangel an Blutplättchen), die von Vektorimpfstoffen ausgelöst werden kann. 7,1 Prozent starben an einer Myokarditis, 4,6 Prozent an einem multisystemischen entzündliches Syndrom und 3,8 Prozent an einer Hirnblutung.
Unter den Todesfällen, bei denen ein "signifikanter Zusammenhang" zwischen Impfung und dem Eintreten des Todes festgestellt wurde, dominierte der Impfstoff Sinovac (46,3 Prozent), gefolgt von Pfizer (30,1 Prozent), AstraZeneca (14,6 Prozent), Moderna (7,5 Prozent), Johnson & Johnson (1,3 Prozent) und Sinopharm (0,8 Prozent).
Auffällig ist, daß sowohl mRNA-Impfstoffe (BioNTech, Moderna), Vektorimpfstoffe (AstraZeneca, Johnson & Johnson) als auch Totimpfstoffe (Sinovac, Sinopharm) offenbar Todesfälle verursacht haben. Es läßt sich also nicht feststellen, daß ein bestimmtes Impfverfahren besonders wenig Todesfälle hervorrufen würde.
Auf welchem Wege genau die Impfung die tödlichen Krankheitsbilder wie Herzinfarkt und enorme entzündliche Prozesse auslöst, ist bisher nur wenig untersucht. Verschiedene Wissenschaftler haben unter anderem das im Impfstoff enthaltene oder infolge der Impfung im Körper produzierte Spikeprotein im Visier. Dieses steht im Verdacht, verschiedene impfstoffbedingte Erkrankungen hervorzurufen.<<

24.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.386/…):
>>**Medienwissenschaftler Norbert Bolz über die Öffentlich-Rechtlichen: "Die Tagesschau ist mittlerweile eine reine Propaganda-Sendung"**
Norbert Bolz bei "Stimmt!"
Redaktion
30 Minuten hatte Moderator Markus Preiß, um Kanzler Olaf Scholz im ARD-Sommerinterview zu "grillen", ihm kritische Fragen zu stellen, ihn mit dem drängendsten Thema der Zeit zu konfrontieren.

Dennoch wartet der Zuschauer vergeblich. Kein einziges Wort verliert Moderator Preiß zur Migration. Dabei bereitet die derzeitige Einwanderungs-Politik den Bürgern dieses Landes große Sorgen. Laut einer eigens von der ARD in Auftrag gegebenen Nachwahl-Befragung haben 74 Prozent der Menschen Angst, daß die Kriminalität zunimmt, 61 Prozent befürchten einen zu starken Einfluß des Islam und 53 Prozent sind beunruhigt darüber, daß zu viele Fremde nach Deutschland kommen.

"Gefälligkeitsjournalismus gibt es schon seit Jahren"

"Es wird um die großen Themen herumgeredet. Dafür baut man Pseudo-Themen wie Sylt auf", faßt Medienwissenschaftler Norbert Bolz im Nachrichten-Talk "Stimmt!" zusammen. "Es gibt diesen Gefälligkeitsjournalismus schon seit Jahren." Viel zu häufig bestätigten ARD und ZDF den Vorwurf der Politiknähe. Egal, ob gewollt oder unbewußt.

Nicht nur die Sommerinterviews zeigten das, sondern das allgemeine Programm der Sender. "Die Tagesschau ist mittlerweile eine reine Propaganda-Sendung. Klimawandel und Kampf gegen rechts sind die einzigen beiden zugelassenen Themen", so Bolz.

Damit schaufelten sich die Anstalten letztlich ihr eigenes Grab. Der Medienwissenschaftler ist überzeugt, daß ein Umdenken geschehen wird: "Ich glaube, die ARD hat jetzt den Bogen überspannt. Die Leute sind nicht so blöd".<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Brisante Auswertung: Seit 2017 wurden mehr als 52.000 Frauen Opfer eines Sexualdelikts durch Asyl-Migranten**

Zara Riffler

Vor wenigen Tagen wurde publik, daß Berlin jeden dritten Tag zum Tatort einer Gruppenvergewaltigung wird - 54 Prozent der Tatverdächtigen bei den 111 Taten im Jahr 2023 hatten keinen deutschen Paß. Nun offenbaren neue Zahlen, wie viele Vergewaltigungen mit tatverdächtigen Asyl-Zuwanderern in Deutschland bis 2024 erfaßt wurden.

Eine Auswertung des Büros des CDU-Politikers Christoph de Vries, die NIUS vorliegt, auf Grundlage von Anfragen an die Bundesregierung, zeigt: Seit 2017 wurden in 52.000 aufgeklärten Fällen Menschen in Deutschland Opfer von sexuellem Mißbrauch, Übergriffen, Nötigung oder Vergewaltigung von mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer.

Der allergrößte Teil der Opfer: Frauen.

Dies ergebe sich aus Summierungen von Zahlen aus den Antworten der Ampel-Regierung auf Basis von Sonderauswertungen des Bundeskriminalamts (BKA).

"Täter aus arabischen Ländern deutlich überrepräsentiert"

Bei den ausgewerteten zehn schweren Sexualstraftaten wurden 8595 Fälle im Jahr 2023 verzeichnet - 2022 waren es noch 7.938 Delikte. Von 2017 (5.066) bis 2023 stiegen diese Sexualdelikte durch zugewanderte Tatverdächtige um rund 70 Prozent. Von 2021 bis 2023 um 15 Prozent.

Innenexperte de Vries meint zu NIUS: "Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Asyl-Migration und der Entwicklung der Sexualdelikte, deren Opfer in aller Regel Frauen sind." Denn: "Wir sehen seit 2021 einen enormen Anstieg bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und zugleich einen deutlichen Zuwachs bei der Zahl zugewanderter Tatverdächtiger."

De Vries weiter: "Es ist unverkennbar, daß die mutmaßlichen Täter aus arabischen Ländern wie Syrien, Afghanistan und dem Irak deutlich überrepräsentiert sind bei der Begehung von Sexualstraftaten."

Als Zuwanderer gelten Personen, die mit dem Aufenthaltsstatus "Asylbewerber", "Schutzberechtigte und Asylberechtigte, Kontingentflüchtling", "Duldung" oder "unerlaubter Aufenthalt" registriert wurden.

Mit Todesfolge: mehr als 1.000 weibliche Opfer im Jahr

Brisant: Im Jahr 2023 wurden allein bei dem Statistik-Schlüssel "Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschließlich mit Todesfolge" 1.125 Frauen als Opfer bei aufgeklärten Fällen erfaßt. Die Tatverdächtigen: mindestens ein Zuwanderer. 2022 waren es noch 1.096 weibliche Opfer. Im Jahr 2017 lag die Zahl schon bei 1.398.

Der Schlachtensee in Berlin: Im Sommer 2023 wurde auf der Badewiese eine 14-Jährige vergewaltigt. Der Täter: der Friseur Mehmet E. (19). Der Mittäter: Islam El-M (18).

Der Schlachtensee in Berlin: Im Sommer 2023 wurde auf der Badewiese eine 14-Jährige vergewaltigt. Der Täter: der Friseur Mehmet E. (19). Der Mittäter: Islam El-M (18).

Bedeutet: Seit 2017 werden jährlich mehr als 1.000 Frauen Opfer eines Sexualdeliktes durch tatverdächtige Asyl-Zuwanderer. Von 2017 bis Ende 2023 wurden insgesamt 8.107 solcher Horror-Fälle registriert.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete kritisiert: "Es ist ein offenes Geheimnis, daß Frauen in patriarchalisch geprägten arabischen Gesellschaften religiös und kulturell bedingt als minderwertig betrachtet werden und alles andere als gleichberechtigt sind." Das führe dazu, "daß männlichen Flüchtlingen vielfach auch hierzulande der Respekt vor Frauen fehlt und sie diese als Freiwild betrachten", so de Vries.

Das Top-Täter-Herkunftsland: Syrien

Bei dem Deliktbereich "Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung" lag die Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer im Jahr 2023 am höchsten bei Tatverdächtigen aus Syrien (907).

Darauf folgen die Zahlen der Tatverdächtigen aus Afghanistan (700), dem Irak (333), der Ukraine (171), der Türkei (132), Eritrea (135), Somalia (115), Tunesien (106), Iran (103) und Pakistan (86).

"Es ist offensichtlich, daß weniger Asyl-Migration insbesondere von jungen Männern aus arabischen Staaten, auch mehr Schutz und Sicherheit für Frauen in Deutschland bedeutet", erklärt CDU-Politiker de Vries, "deshalb ist die massive und dauerhafte Begrenzung der Asyl-Migration als politisches Ziel richtig und notwendig".

Ampel plant keine Maßnahmen

In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des De-Vries-Büros heißt es wörtlich: "Konkrete Maßnahmen 'im Bereich Sexualdelikte im Kontext Zuwanderung' sind nicht geplant".

Christoph de Vries deutlich: "Wenn die Erkenntnis ist, daß junge männliche Flüchtlinge überdurchschnittlich häufig unter den Sexualstraftätern zu finden sind, DANN muß die Bundesregierung auch genau DORT ansetzen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Ampel ist an dieser Stelle völlig planlos und untätig."

Denn "weder plant sie konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Sexualstraftaten im Kontext von Zuwanderung noch gibt es konkrete Forschungsvorhaben, die explizit Ursachen und Effekte zum Gegenstand haben", so der Innenexperte.

Transparenzhinweis: In einer vorherigen Version des Artikels hieß es mißverständlich: "Bedeutet: Seit 2017 werden jährlich mehr als 1.000 Frauen Opfer eines Sexualdeliktes durch tatverdächtige Asyl-Zuwanderer, bei denen sie ermordet werden." Wir entschuldigen uns für die sprachliche Ungenauigkeit.

Konkret gemeint ist Folgendes: Es geht bei der Zahl um den Statistik-Schlüssel "Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschließlich mit Todesfolge §§ 177, 178 Strafgesetzbuch". Bei diesen schweren Taten wurden im Jahr 2023 1.125 weibliche Opfer bei aufgeklärten Fällen mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer erfaßt. Bedeutet: Darunter sind auch Opfer, die aufgrund ihrer Verletzungen zu Todes gekommen sind.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Dramatische Pleitewelle in Deutschland: Insolvenzen auf höchstem Stand seit 2016**

Redaktion

Neue brisante Zahlen zeigen: Deutschlands Wirtschaftslage kostet die Existenz vieler Unternehmen. Die Insolvenzzahlen sind so hoch wie seit 2016 nicht mehr. Experten von der Wirtschaftsauskunftei Creditreform erwarten keine Besserung, sondern prognostizieren eine weitere Verschlechterung.

Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform verzeichnet in den ersten sechs Monaten insgesamt rund 11.000 Unternehmensinsolvenzen. Das sind 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Bedeutet: Die Insolvenzen in Deutschland klettern damit auf den höchsten Stand seit 2016.

"Bricht Betrieben das Genick"

"Die Unternehmensstabilität in Deutschland ist derzeit so wacklig wie seit vielen Jahren nicht mehr", warnt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung. "Die Unternehmen kämpfen im ersten Halbjahr 2024 weiter gegen die Auswirkungen der Rezession im Jahr 2023, anhaltende Krisen und die kraftlose konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr", so Hantzsch weiter. "Das alles zusammengenommen bricht vielen Betrieben das Genick."

Auch die Dynamik habe sich massiv verändert. Im Jahr 2023 gab es noch ein Plus von 17 Prozent. "Der Anstieg setzt sich nicht nur fort, er beschleunigt sich sogar", sagt Hantzsch.

Pleitewelle trifft alle Wirtschaftsbereiche

Dramatisch: Die Insolvenzwelle trifft tatsächlich alle Wirtschaftsbereiche. Doch besonders die Dienstleistungsbranche verzeichnete ganze 6500 Pleiten - ein Plus von 35 Prozent.

Auch beim Handel stiegen die Insolvenzzahlen um 20 Prozent, beim Baugewerbe um 26 Prozent und beim verarbeitenden Gewerbe um 22 Prozent. Bei größeren Unternehmen liegt das Insolvenzgeschehen deutlich über dem Niveau der vergangenen Jahre.

Der Schaden: hoch. Creditreform schätzt die Forderungsausfälle auf rund 19 Milliarden Euro für Lieferanten, Kreditgeber und Sozialversicherungen. Das sind sechs Milliarden Euro mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Zudem hat sich die Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze erhöht: um 6,4 Prozent auf 133.000.

Creditreform-Chef erwartet keine Verbesserung

Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform erwartet sogar KEINE Verbesserung bezüglich der Insolvenzsituation, sondern prognostiziert eine mögliche Verschlechterung.

Hantzsch erklärt: "Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland dürfte 2024 aller Voraussicht nach schwach ausfallen. Zusammen mit den immer noch hohen Zinsen bleibt die Unternehmensfinanzierung eine echte Herausforderung."

Der Chef der Wirtschaftsauskunftei rechnet damit, daß die Insolvenzzahlen in diesem Jahr erstmals wieder das Niveau von vor der Corona-Pandemie übertreffen werden. Im Jahr 2023 gab es 18.000 Firmenpleiten, 2019 waren es 18.830 gewesen.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Kolonialismus, Rassismus, Sklaverei: Wie zwangsfinanzierte Linke die Geschichte verfälschen**

Die Ben Brechtken-Kolumne zu einigen Halbwahrheiten zu den Themen Rassismus und Kolonialismus

Ben Brechtken

Jüngst schrieb der zwangsfinanzierte Account zdf37grad bei Instagram folgendes: "Rassismus gegen weiße Menschen gibt es nicht - das ist historisch und strukturell bedingt. Rassismus basiert auf realen Machtunterschieden in unserer Gesellschaft. Diese realen Machtunterschiede stützen sich jedoch auf eine Ideologie, eine Struktur, die geschaffen wurde, um BIPoC systematisch zu unterdrücken, nämlich Rassismus. Rassismus sollte den Kolonialismus und die

Sklaverei rechtfertigen und seine Auswirkungen reichen bis in unsere Gegenwart."
Solche Thesen sind keine Ausnahme, ähnliches ist oft auf anderen ÖRR-Kanälen zu lesen und hören. Sätze wie diese sorgen in linken Kreisen für ordentlich Applaus. Den bekam auch ein aufgebrachter Fragesteller aus dem Publikum bei der ARD-Wahlarena zur EU-Wahl, als er fragte, wie "wir als Europäer" es eigentlich wagen könnten, migrationskritisch zu sein, schließlich hätten wir "historisch die Welt ausgebeutet" und seien für Konflikte verantwortlich, die bis heute bestehen.
Klartext-Übersetzung: Der Westen, der weiße Mann ist struktureller Ausbeuter der restlichen Welt, der nichtweißen Menschen und verantwortlich für das Menschheitsverbrechen der Sklaverei. Der Westen der Gegenwart ist aufgrund dieser Verbrechen wohlhabend, der Rest der Welt hinkt aufgrund dieser Verbrechen hinterher.
Dieses binäre Weltbild mag für Menschen, die sich allein wegen der Kenntnis der Naziverbrechen schon für historisch hinreichend gebildet halten, überzeugend klingen. Es ist tatsächlich aber ein völlig verzerrtes Bild von der Geschichte, das wenig bis gar nichts mit der historischen Realität zu tun hat.
Leider hört man so gut wie nie überzeugende Gegenargumente zu dieser Geschichtsverfälschung, weil das bürgerliche Lager in Deutschland entweder nicht den Mut oder ebenfalls nicht das Wissen hat, um entschieden zu widersprechen. Es ist an der Zeit für eine gründliche Widerlegung.

Weiße Sklaven in Afrika

Beginnen wir doch mit dem seichten Thema der Sklaverei.
Die wurde also laut dem öffentlich- rechtlichen Rundfunk durch Rassismus gerechtfertigt. Da es keinen Rassismus gegen Weiße geben kann, stellt sich die interessante Frage, woher der Begriff "Sklave" überhaupt kommt. Welches afrikanische Volk hat den inspiriert? Nun, gar keins. Überraschung. Die namensgebende Ethnie waren nicht etwa die Afrikaner, sondern die Slawen, auf die der Begriff ursprünglich gemünzt war.
Nun sind Osteuropäer nicht gerade dafür bekannt, eine sonderlich schwarze Hautfarbe zu besitzen. Trotzdem wurden sie in der Geschichte massenweise versklavt. Auch die mehr als eine Million Europäer, die zwischen 1530 und dem Ende des 18. Jahrhunderts von nordafrikanischen Piraten verschleppt und als Sklaven gehalten wurden, rettete ihre weiße Hautfarbe nicht vor einem Leben als Sklave.
Ja, richtig gehört. Weiße Sklaven in Afrika.
Weiß kein Mensch, weil es ins Weltbild derer paßt, die medial besonders häufig über Sklaverei reden. Die mindestens 70.000 Sträflinge und die unzähligen Waisenkinder Großbritanniens konnten sich von ihrer Unterdrücker-Hautfarbe auch nichts kaufen, als sie in die USA verschifft wurden, um dort als Sklaven zu arbeiten. In den britischen Kolonien Virginia und Maryland arbeiteten bis zu viermal mehr weiße Sklaven als Sklaven aus Afrika. Und um die Köpfe von Soziologie-Studenten und ÖRR-Angestellten endgültig zum Platzen zu bringen: 1830 gab es knapp 3800 schwarze Sklavenhalter im Süden der USA, die zusammen etwa 13.000 Sklaven hielten.
Natürlich gab es auch rassistische Gründe, um Sklaverei zu rechtfertigen, aber dieser biologische Rassismus erlebte seine Hochzeit im 19. und im frühen 20. Jahrhundert. Für die tausenden Jahre Zivilisation davor gilt:
Jeder versklavte Jeden. Afrikaner versklavten Afrikaner, Asiaten versklavten Asiaten, Europäer versklavten Europäer, Weiße versklavten Schwarze, Schwarze versklavten Weiße. Dem Westen die Schuld an der Sklaverei in die Schuhe zu schieben, ist also an Geschichtsverfälschung kaum zu überbieten. Vor allem, da der Westen die Sklaverei als erster große Kulturkreis beendete, in den Vereinigten Staaten sogar unter Opferung hunderttausender meist weißer Menschenleben.

Heute mehr Sklaven als je aus Afrika verschifft wurden

Noch abstruser wird diese Anschuldigung, wenn man sich bewußt macht, daß im Jahr 2024 etwa 50 Millionen Sklaven weltweit existieren. Und die haben in den allermeisten Fällen keine weißen Sklavenhalter. Wie kraß die Zahl von 50 Millionen ist, zeigt dieser Vergleich: Es gibt in der Gegenwart ungefähr viermal so viele Sklaven wie in ganzen vier Jahrhunderten während des transatlantischen Sklavenhandels aus Afrika verschifft wurden.

Daß diese Tatsachen kaum bekannt sind, liegt daran, daß sie nicht in das linksjournalistische Weltbild der weißen Bösewichte und schwarzen Opfer passen. Es ist völlig unbekanntes Wissen. Die meisten Menschen denken deshalb, wenn sie an Sklaverei denken, ausschließlich an weiße Sklavenhalter und schwarze Sklaven.

Jeder, der aber diese Fakten kennt, muß das historische Zerrbild der weißen Unterdrücker und schwarzen Opfer aufgeben. Die spröde, nicht in Social- Media-Kurse des ÖRR passende Realität der Zivilisationsgeschichte ist, daß jeder diejenigen versklavt hat, die er versklaven konnte. Unabhängig von Hautfarbe oder Herkunft.

Aber was ist mit dem Kolonialismus? Der war doch wirklich eine einseitige Ausbeutung durch westliche Nationen, richtig?

Ich möchte den Kolonialismus genauso wenig rechtfertigen wie die Sklaverei, aber diese Frage ist beantwortbar und die Antwort tendiert eher zu "Nein".

Ausbeutung bedeutet, daß der Ausbeuter profitiert und der Ausgebeutete ärmer wird. Trifft das auf die Kolonialzeit zu? Daran hatte schon der einflußreichste linke Ökonom aller Zeiten seine Zweifel. John Maynard Keynes war in den 1920er-Jahren der Auffassung, daß all das Geld, was von Großbritannien in die Kolonien gesteckt wurde, verschwendet wäre, da es in der Heimat besser aufgehoben wäre. Er dachte, daß die Kolonien ein Minusgeschäft seien. 1933 forderte er eine Minimalisierung der Beziehung zu anderen Ländern, eine Herstellung möglichst großer Autarkie und hauptsächlich Investments in die Heimat.

Paßt irgendwie gar nicht zu der linken Ausbeutungserzählung. Großbritannien brachte stabile Institutionen, Freihandel, westliches Recht und marktwirtschaftliche Elemente in die Kolonien. Daß diese ökonomisch davon eher profitierten als darunter litten, zeigt auch die wirtschaftliche Entwicklung nach der Dekolonisation. Der britische Ökonom Angus Maddison analysierte die Entwicklung von 41 ehemaligen Kolonien zwischen 1960 und 1990.

Das Ergebnis: Nur 14 dieser Länder konnten die Relation des BIP pro Kopf zu Großbritannien verringern. Die restlichen 27 Länder fielen zurück. Oftmals durch sozialistische Experimente, schwache Institutionen, Protektionismus und Korruption. All diese Länder wurden ärmer, nachdem ihre angeblichen Ausbeuter weg waren. Schon sehr merkwürdig. Der Ausbeutungsvorwurf ist also schon empirisch mehr als wackelig, aber auch logisch ergibt er wenig Sinn.

Land x soll es im Jahr 2024 schlecht gehen, weil es vor Jahrzehnten schreckliches erleiden mußte?

Es gibt dutzende Beispiele von Ländern, die absolut am Boden lagen und dennoch wirtschaftlich erfolgreich wurden. Meine Güte, Hiroshima und Nagasaki wurden dem Erdboden gleich gemacht und sind heute florierende Städte. Mit freiheitlicher Politik ist das relativ schnell möglich. Wer aber sozialistische Politik umsetzt, hat kein Recht, die Schuld für die Probleme seines Landes bei ehemaligen Kolonialherren zu suchen.

Gibt es Rassismus gegen Weiße?

Der nächste Unfug ist, daß es keinen Rassismus gegen Weiße geben kann, da diese nicht strukturell unterdrückt sind. Mal ganz davon abgesehen, daß Schwarze in Deutschland nicht strukturellunterdrückt werden und es trotzdem Rassismus gegen sie gibt, wäre ja in der Logik ein Obdachloser, der eine schwarze Regierungspolitikerin rassistisch beleidigt, kein Rassist, da er keine Macht über diese Politikerin hat. Oder ein weißer Urlauber in Nigeria kann nicht rassistisch handeln, da er sich in einer strukturell schwarzen Gesellschaft befindet. Auch Anti-

semitismus ist natürlich Rassismus gegen zumeist weiße Juden. Das soll alles aus der Definition raus fallen?
Völlig abstrus.
Rassismus ist die Beurteilung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft. Wer das tut, ist ein Rassist, völlig unabhängig davon, gegen wen dieser Rassismus sich wendet oder welche Machtverhältnisse herrschen. Ganz einfach. Eine zivilisierte Gesellschaft sollte bei dieser Einfachheit bleiben und sich nicht von Ideologen beirren lassen.
Endgültig hirnverbrannt wird es dann, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit "BIPoC" einen Begriff aus dem US-Diskurs eins zu eins übernimmt. "BIPoc" steht nämlich für "Black People", "Indigenous People" und "People of Colour". Gut, die Betonung der Opferrolle von Schwarzen und anderen Ethnien mag aus linker Perspektive noch sinnig erscheinen, aber "Indigenous People"? Also Indigene? Womit in den USA die Indianer gemeint sind, trifft dann in Deutschland plötzlich auf Ostfriesen, Sachsen und Schwaben zu.
Spätestens wenn Linke plötzlich Bio-Deutsche als Opfergruppe definieren und schützen wollen, müßte der woken Bewegung doch auffallen, daß sie eventuell ein bißchen überdreht hat. Viele Linke können sich einfach nicht eingestehen, daß der Westen eben durch westliche Werte und Kapitalismus so reich geworden ist. Es muß an der Ausbeutung anderer liegen, es muß Opfergruppen geben, die dann politisch instrumentalisiert werden können. Sie können auch nicht zugeben, daß in keinem Kulturkreis die Chancen für Einwanderer aus fremden Kulturen größer sind als im Westen.
Westliche Länder sind das Traumziel sämtlicher Ethnien, die laut Linken angeblich durch den Westen unterdrückt wurden und es immer noch werden. Und das Traumziel sind sie nicht ohne Grund. Denn die westliche Kultur ist die größte zivilisatorische Errungenschaft der Menschheitsgeschichte.
Der Westen hat durch Marktwirtschaft und Globalisierung Milliarden Menschen aus der absoluten Armut befreit. Kein relevanter Kulturkreis hat mehr Unterdrückung beseitigt. Niemand sonst hat so viel Wohlstand geschaffen. Niemand sonst hat die Sklaverei so früh beendet. Es gibt auch nirgends sonst auf der Welt weniger Rassismus, weniger Vorurteile gegenüber anderen Ethnien.
Wer etwas anderes postuliert, hat entweder keine Ahnung von Geschichte oder verzerrt sie bewußt bis zur Unkenntlichkeit, um einen moralisch erhaben wirkenden Vorwand für seine antiwestliche und sozialistische Ideologie zu haben. Eines sollte jedenfalls klar sein: Weder historische Ahnungslosigkeit noch Geschichtsverfälschung noch antiwestliche Freiheitsfeindlichkeit dürfen einen Platz im von allen zwangsfinanzierten ÖRR haben.
Zu einer der letzten Kolumnen von Ben Brechtken: Die FDP schafft sich ab: Unfähiges Personal, unglaubwürdige Politik, unmögliche Kommunikation<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**2,3 Mrd. Masken-Irrsinn: Welche Rolle spielte Spahn?**
Die Ampel-Fraktionen wollen angeblich Spahns Maskengeschäfte aufklären. Es geht um 2,3 Milliarden Euro. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Alles nur Schein?
Nach der juristischen Schlappe des Bundes vor dem Oberlandesgericht Köln im Zusammenhang mit Lieferungen von Corona-Schutzmasken machen sich die Ampel-Fraktionen im Bundestag für eine Aufarbeitung stark. Man werde sich auch im Parlament eingehend mit den Auswirkungen befassen müssen, sagte die Fraktionschefin der Grünen, Britta Haßelmann, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Montagsausgaben).
"Als Haushaltsgesetzgeber brauchen wir ein umfängliches Bild und Klarheit darüber, was für Kosten durch Entscheidungen des damaligen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn und seines Ministeriums zur Maskenbeschaffung auf den Bund zukommen können", sagte sie.

Aufklärung und Transparenz seien notwendig. Haßelmann fügte hinzu, sie gehe davon aus, daß sich die Ausschüsse des Bundestages in der nächsten Woche damit befassen würden.
Das Gesundheitsministerium hatte am vergangenen Freitag vor dem OLG Köln eine Niederlage im Rechtsstreit um die Bezahlung von Corona-Masken kassiert. Ende März 2020 hatte der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ein sogenanntes Open-House-Verfahren gestartet und allen Unternehmern garantiert, für jede FFP2-Maske 4,50 Euro zu bezahlen, danach aber Bedingungen geändert. Lieferanten klagen nun zahlreich gegen den Bund. Ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums sagte, es seien 100 Fälle mit einem Streitwert von insgesamt rund 2,3 Milliarden Euro rechtshängig.
SPD-Fraktionsvize Achim Post forderte Spahn auf, seine Sicht der Dinge darzulegen. Bundestag und Bürgerschaft hätten Anspruch auf Klarheit und Wahrhaftigkeit. "Jens Spahn, ansonsten gerne Oppositions-Lautsprecher fürs Grobe, bevorzugt für seine Zeit als Gesundheitsminister offenbar die Rolle als großer Schweiger", sagte Post gegenüber den Funke-Zeitungen.
Der Koalitionspartner FDP kritisierte, schon wieder müsse man sich mit den politischen Mängeln der CDU-Vorgängerregierungen befassen.
"Die wirtschaftspolitischen Kompetenzen von Jens Spahn liegen mit einem potentiellen Schaden von 2,3 Milliarden Euro schwarz auf weiß auf dem Tisch der Steuerzahler. Neben der rechtlichen Klärung muß auch eine politische Aufarbeitung erfolgen, zum Beispiel im Rahmen einer Enquete-Kommission zur Coronapolitik", sagte der stellvertretende Fraktionschef, Christoph Meyer, zu den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**Orbán-Eskorte in Stuttgart verunglückt - Polizist stirbt**
Beim Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán in Stuttgart ist es am Montag zu einem schweren Unfall mit seiner Eskorte gekommen. Ein 61-jähriger Polizist sei dabei so schwer verletzt worden, daß er kurz darauf in einem Krankenhaus verstarb, teilten die Beamten mit. Ein weiterer 27 Jahre alter Polizist erlitt demnach schwere Verletzungen und wurde ebenfalls in eine Klinik eingeliefert. Das Unglück ereignete sich gegen 11:15 Uhr in Stuttgart-Degerloch.
Eine 69-jährige Auto-Fahrerin wollte zu diesem Zeitpunkt abbiegen und übersah dabei offenbar, daß die Kreuzung für die Kolonne bereits von der Polizei gesperrt war - sie kollidierte mit dem Kolonnenmotorrad des 61-Jährigen. Die Maschine wurde in der Folge durch die Wucht des Aufpralls gegen das Polizeimotorrad des 27-Jährigen geschleudert, der den Kreuzungsbereich abgesperrt hatte. Orbán hielt sich anläßlich des Spiels der ungarischen Nationalmannschaft am Sonntag in Stuttgart auf. Das Unglück ereignete sich auf dem Weg zum Flughafen für seine Rückreise.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**Cum-Ex-Verfahren gegen Bankier Olearius eingestellt**
Das Cum-Ex-Strafverfahren wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung gegen den Bankier Christian Olearius wird eingestellt. Das bestätigte das Landgericht Bonn am Montag. Hintergrund soll demnach der angeschlagene Gesundheitszustand des Angeklagten sein. Anklage und Verteidigung hatten zuvor ein vorzeitiges Ende des Prozesses beantragt. Dem früheren Chef der privaten Hamburger Warburg Bank war in dem Verfahren besonders schwere Steuerhinterziehung vorgeworfen worden.
Die Anklage bezifferte den Gesamtschaden für den Fiskus auf knapp 280 Millionen Euro. Olearius hatte stets seine Unschuld beteuert. Cum-Ex bezeichnet eine Methode, Aktien zum Zwecke der Steuerhinterziehung zu handeln. Die Beteiligten täuschen dabei die Finanzämter so, daß diese eine nur einmal abgeführte Kapitalertragsteuer zweimal erstatten. Weil es um Aktien mit (cum) und ohne (ex) Dividendenanspruch geht, hat sich der lateinische Begriff etabliert. Der Bundesgerichtshof hatte das Modell im Jahr 2021 als Straftat gewertet.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**Organspende: Neue Initiative für Widerspruchslösung im Bundestag**
Eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten will mit einer neuen fraktionsübergreifenden Initiative eine Widerspruchslösung bei der Organspende erreichen. Man sei zuversichtlich, daß das dieses Mal gelingen werde, "weil sich der Bundestag in dieser Wahlperiode anders zusammensetzt", sagte Sabine Dittmar (SPD) am Montag bei der Vorstellung der Initiative in Berlin. Zusätzlich gehören der Gruppe neben Dittmar auch Gitta Connemann (CDU), Armin Grau (Grüne), Christoph Hoffmann (FDP), Peter Aumer (CSU) und Petra Sitte (Linke) an.
Eine Widerspruchsregelung hieße, daß jede Person automatisch nach ihrem Tod potentieller Organspender wird, außer sie hat zu Lebzeiten widersprochen. Ein erster Anlauf für eine Widerspruchsregelung war 2020 im Bundestag gescheitert. Derzeit gilt in Deutschland eine sogenannte Zustimmungsregelung: Demnach ist nur, wer zu Lebzeiten ausdrücklich seine Bereitschaft zur Organspende dokumentiert hat, auch potentieller Organspender.
Auch aus den Ländern gibt es unter Federführung von Nordrhein-Westfalen eine Initiative für eine Widerspruchslösung. Ziel ist es, die Zahl der Organspenden in Deutschland zu erhöhen. Knapp 8.400 Menschen stehen aktuell auf Wartelisten für ein neues Organ. Kritiker sehen in einer Widerspruchsregelung einen zu großen Eingriff in das individuelle Selbstbestimmungsrecht.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**Weiterer Höcke-Prozeß wegen SA-Parole**
In Halle (Saale) hat am Montagvormittag ein weiterer Gerichtsprozeß gegen Thüringens AfD-Landeschef Björn Höcke begonnen. Anders als beim ersten Prozeß gab es zunächst keine Bilder des Angeklagten, Fotografen und Kameraleute mußten den Gerichtssaal vor Prozeßauftakt verlassen.
Höcke muß sich wieder von dem Landgericht Halle verantworten, wo er bereits Mitte Mai zu einer Geldstrafe von 13.000 Euro verurteilt worden war, weil er in einer Rede in Merseburg die Losung "Alles für Deutschland" benutzt hatte, die der "Sturmabteilung" (SA) aus der NS-Zeit zugeordnet wird. Auch in diesem Prozeß geht es um die Verwendung dieses Ausspruchs bei einer AfD-Veranstaltung, diesmal in Gera. In diesem Fall liefen allerdings bereits Ermittlungen gegen Höcke, zudem soll er die Losung nicht selbst ausgesprochen, sondern das Publikum dazu animiert haben.
Es ist unklar, ob sich diese Umstände strafverschärfend auswirken, oder ob Höcke mit einer geringeren Strafe oder gar straffrei davon kommt, weil er vor dem Publikum lediglich über das zum damaligen Zeitpunkt bereits laufende Verfahren sprach. Zu Prozeßauftakt am Montag versuchte die Verteidigung, die Legitimation des Gerichts anzufechten.
Während für den ersten Prozeß vier Verhandlungstage angesetzt und auch benötigt worden waren, sind es jetzt zwei. Bereits am Mittwoch könnte ein Urteil fallen. Das Thema wird allerdings noch länger für Schlagzeilen sorgen: Die erste Verurteilung ist noch nicht rechtskräftig, Höckes Verteidiger sind in die nächste Instanz gegangen.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.385/…):
>>**Aufhören, Vasallen-Staat der USA zu sein!**
Herbert Ludwig
Am 16. Mai 2024 wurde dem Schweizer Historiker Dr. Daniele Ganser die "Aachener Auszeichnung für Menschlichkeit" verliehen, ein Gegenpreis zum "Aachener Karlspreis", der 2023 groteskerweise an den ukrainischen Präsidenten-Darsteller Selenskyj vergeben worden ist. Die Laudatio für Dr. Ganser hielt der Theologe und Friedensaktivist Dr. Eugen Drewermann. Wir bringen nachfolgend die Begrüßungs-Ansprache Dr. Ansgar Kleins vom Aachener Bündnis "Diplomatie statt Waffen und Sanktionen", einen Auszug aus der Laudatio Dr. Drewermanns und die Dankesworte Dr. Daniele Gansers. …

Begrüßung durch Dr. Ansgar Klein: "Liebe Mitglieder der Menschheitsfamilie, heute habe ich allen Grund, Sie/Euch so anzureden, denn unser Ehrengast heute ist DER Werber für die eine Menschheitsfamilie: Dr. Daniele Ganser! Herzlich willkommen!
Heute verleiht das Aachener Bündnis "Diplomatie statt Waffen und Sanktionen" zum zweiten Mal die "Aachener Auszeichnung für Menschlichkeit" und zwar an Daniele Ganser! Sein Eintreten für die eine Menschheitsfamilie hat sehr viel mit dem Namen unserer Auszeichnung zu tun. Warum?
Als das Aachener Karlspreis-Direktorium den ukrainischen Präsidenten Selenskyj als Karlspreisträger des Jahres 2023 nannte, haben wir… überlegt, wie wir diese in unseren Augen unverantwortliche Wahl konterkarieren (ihr entgegenwirken).
Ergebnis: wir kreieren einen alternativen Aachener Preis, der Menschen auszeichnet, die ihr Wirken voll und ganz dem Menschheitsziel widmen, das wir alle anstreben, nämlich in Frieden zu leben."
Laudatio Dr. Eugen Drewermanns
Aus der Rede des zugeschalteten Theologen und Friedensaktivisten Dr. Eugen Drewermann, Preisträger des Vorjahres:
"Das ist mein Appell heute. Wer ihre Bücher liest, Herr Ganser, begreift, daß wir als Westeuropäer uns lösen müßten von den Amerikanern. Warum fürchten die USA, daß Deutschland und Rußland, Westeuropa und Rußland, im Frieden miteinander leben, Handel treiben könnten mit China? Einfach weil das der Alptraum wäre, den Brzezinski 1997 schon formuliert hat. Wir hätten dann einen Wirtschaftsraum, der von Lissabon bis Wladiwostok reichen könnte und damit die amerikanischen, imperial-kapitalistischen Ansprüche unmöglich machen würde.
Man fürchtet nicht den Russen. Man fürchtet den Frieden mit dem Russen… Deshalb brauchen wir Krieg in Europa, brauchen wir Krieg gegen Rußland, brauchen wir Aufrüstung gegen China, brauchen wir eine deutsche Flotte im Pazifik. Müssen wir dabei sein? Müssen wir überhaupt nicht! Wir müssen unabhängig werden und aufhören, die Kolonie der USA zu sein …"
Die ganze Laudatio: https://www.youtube.com/watch?v=CWG7-we7AkE&t=17s
Dankesworte Dr. Daniele Gansers:
"Ich finde einen Punkt von Eugen Drewermann sehr, sehr wichtig:
Die Schwierigkeit für Deutschland heutzutage ist, sich aus dem amerikanischen Imperialismus zu lösen.
Das ist ein Punkt, den man sehr gut verstehen sollte. Und immer mehr Menschen verstehen es. Die Amerikaner haben versucht, die Russen zu schwächen, indem sie die Ukraine gegen die Russen laufen ließen. Vermutlich sind mehr als 500.000 Ukrainer tot. Die Zahlen sind umstritten. Aber so in etwa sieht es aus. Und der zweite Plan der Amerikaner ist, die Deutschen gegen die Russen laufen zu lassen.
Das muß man verstehen … Wenn man das verstanden hat, dann weiß man, daß wir hier (bei dieser Veranstaltung) am richtigen Ort sind:
'Raus aus der NATO' - eine Forderung, die ich absolut unterstütze - daß wir Demokratie stärken sollen - daß wir Diplomatie stärken sollen - daß wir ins Gespräch gehen sollen und nicht töten sollen - daß wir Medien für den Frieden brauchen und nicht Medien für den Krieg - daß wir uns nicht der Rüstungsindustrie unterwerfen sollen … Ich bin sehr gerne hier mit Ihnen … Und ich möchte, daß Sie wissen, daß wir die Mehrheit sind.
Es sieht immer so aus, als wenn wir ganz wenige sind. Aber wir sind wirklich ganz, ganz viele, die grundsätzlich keine Kriege wollen, die nicht wollen, daß Deutschland in einen Krieg mit Rußland hineingezogen wird …
Ich möchte mich noch einmal ganz, ganz herzlich bedanken für diese Ehrung, für diese Stär-

kung. Und ich hoffe, daß wir uns untereinander immer stärken können. Das ist ganz wichtig."
nrhz.de 11.6.2014
Bücher Dr. Daniele Gansers:
- NATO-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung, 2004
- Illegale Kriege: Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien, 2016
- Imperium USA. Die skrupellose Weltmacht, 2020<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Zahl der Firmenpleiten explodiert - 133.000 Arbeitsplätze gefährdet**
Das Sterben der deutschen Wirtschaft setzt sich fort. Im ersten Halbjahr wurde der höchste Anstieg an Unternehmensinsolvenzen seit fast zehn Jahren verzeichnet. Das Schlimmste daran: Die Dunkelziffer könnte noch viel höher ausfallen.
Zan Blagojević
Erst im vergangenen Monat berichtete Apollo News über einen Anstieg der Insolvenzen im Mai 2024. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind über 26 Prozent mehr Firmen pleite gegangen. Jetzt verzeichnet der Inkassodienstleister und Bonitätsprüfer Creditreform im ersten Halbjahr 2024 die höchste Anzahl an Firmenpleiten seit fast einem Jahrzehnt. Die Dynamik der Insolvenzen habe sich deutlich verschärft und es sei keine Besserung in Sicht. Insbesondere die schwache wirtschaftliche Entwicklung und hohe Kosten setzen den Unternehmen in Deutschland zu.
Insgesamt hat die Creditreform seit Anfang des laufenden Jahres etwa 11.000 Firmenpleiten registriert - die höchste Zahl seit fast zehn Jahren. "Die Unternehmen kämpfen weiterhin mit den Auswirkungen der Rezession von 2023, langanhaltenden Krisen und der schwachen konjunkturellen Entwicklung in diesem Jahr", erklärt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Wirtschaftsforschung bei Creditreform. "Dies alles zusammen belastet viele Unternehmen übermäßig.
Und auch der Anstieg der Insolvenzen beschleunigt sich: Im vergangenen Jahr gab es etwa 17,2 Prozent mehr Insolvenzen als 2022. Jetzt sollen im ersten Halbjahr 2024 knapp 30 Prozent mehr Firmen Insolvenz angemeldet haben als noch im Vorjahreshalbjahr. "Der Anstieg setzt sich nicht nur fort, sondern beschleunigt sich sogar", erklärt Hantzsch.
Es geht um immer mehr Geld und immer mehr Arbeitsplätze
Creditreform schätzt die Forderungsausfälle für Lieferanten, Kreditgeber und Sozialversicherungen auf rund 19 Milliarden Euro seit Januar 2024, während es im Vorjahreshalbjahr noch knapp 13 Milliarden Euro waren. Das entspricht einem Anstieg von über 46 Prozent. Denn es sind immer mehr Großunternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit aufgeben: "Die gestiegene Insolvenzrate betrifft insbesondere Großunternehmen, also Betriebe mit mindestens 250 Mitarbeitern", heißt es von der Creditreform. Ihre Anzahl habe sich von 40 auf 80 verdoppelt.
Unternehmen in diesen Größenordnungen haben einen signifikanten Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung - viele Mitarbeiter hängen an diesen Firmen. So habe sich die Zahl der "gefährdeten Arbeitsplätze" erneut erhöht - um über 6 Prozent auf 133.000. Die Auswirkungen einer Firmeninsolvenz seien derzeit "wesentlich gravierender als etwa während der Weltfinanzkrise 2009", so Hantzsch.
Die Insolvenzen betreffen außerdem jede Branche: Insbesondere die Firmenpleiten im Dienstleistungssektor verzeichnen einen Anstieg von fast 35 Prozent - der höchste Wert seit zehn Jahren. Die Quote in diesem Sektor liege aktuell bei knapp 74 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen - der branchenübergreifende Durchschnitt liegt aktuell bei 71. Noch gravierender sieht es in der Baubranche aus: Sie verzeichnet einen Anstieg der Insolvenzen in ersten Halbjahr 2024 von über 21 Prozent. Die Halbjahresquote sei von 77 Insolvenzen pro 10.000 Firmen auf fast 100 gestiegen.

Zum einen seien die Zinsen immer noch zu hoch, was Finanzierungen teurer macht. Zum anderen jedoch sei die Nachfrage nach gewerblichen Immobilienprojekten sehr gering - teilweise bedingt durch den schwachen stationären Einzelhandel und durch den immer stärker werdenden Trend zum Arbeiten im Home-Office.

Hälfte der deutschen Unternehmen bekommt weniger Aufträge

Creditreform sieht noch kein Ende bei den steigenden Insolvenzen in Deutschland "Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird voraussichtlich auch 2024 schwach bleiben. In Kombination mit den weiterhin hohen Zinsen stellt dies eine echte Herausforderung für die Unternehmensfinanzierung dar", erklärt Hantzsch. "Viele Unternehmen leiden unter Schuldenproblemen und können aufgrund der schlechten Wirtschaftslage ihren Zahlungsverpflichtungen nur schwer nachkommen."

Der Versicherungsdienstleister Atradius teilt diese Einschätzung ebenfalls. Mittlerweile sollen knapp die Hälfte aller Unternehmen in Deutschland mit Zahlungsproblemen ihrer Kunden zu kämpfen haben - und es wird nicht besser: "Wir erwarten, daß sich die finanzielle Situation deutscher Unternehmen im Jahr 2024 weiter verschlechtern wird", heißt es von Atradius. "Zahlungsverzug und Liquiditätsprobleme nehmen kontinuierlich zu."

Laut einer aktuellen Umfrage von Atradius unter 500 Unternehmen aus 15 Branchen leidet fast die Hälfte der Betriebe unter einem Rückgang der Auftragseingänge. "Die Konjunkturflaute, Inflation, geopolitische Risiken und hohe Energiekosten bilden eine toxische Mischung für die heimische Wirtschaft", warnt Thomas Langen, Verantwortlicher im Kreditversicherungsgeschäft bei Atradius.

Die Unternehmen kämpfen mit allen Mitteln. Doch trotz der traditionell starken Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird ein kurzfristiger Aufschwung nicht möglich sein. Die Abwärtsspirale ist schon längst in Gang gesetzt worden, mit Investitionsstopps, Mitarbeiterentlassungen oder vermehrt Kurzarbeit.

Doch nicht alle Unternehmen melden Insolvenz tatsächlich an - die Dunkelziffer dürfte viel größer ausfallen: "Wir beobachten weiterhin viele stille Geschäftsaufgaben außerhalb von Insolvenzen", berichtet Christoph Niering, Vorsitzender des Berufsverbands der Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands (VID).

Auch das berüchtigte Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) bestätigt, daß viele Unternehmen unbemerkt ihren Betrieb einstellen. Im vergangenen Jahr sollen demnach etwa 176.000 Unternehmen vom Markt verschwunden sein - jedoch wurden nur knapp 20.000 dieser Unternehmen in den Insolvenzdaten erfaßt. Die deutsche Wirtschaft stirbt leise und unbemerkt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.382/…):

>>**Weil er sich nicht impfen ließ: Ex-Soldat muß Haftstrafe antreten**

Der ehemalige Soldat Jan Reiners verweigerte die Corona-Impfung. Die Staatsanwaltschaft hat nun eine Ladung zum Strafantritt an den Mann verschickt - er soll 40 Tage in Haft.

Jonas Aston

Auch wenn die allgemeine Impfpflicht in Deutschland nie in Kraft trat, waren einige Berufsgruppen wie Pfleger, Ärzte oder Soldaten verpflichtet, sich impfen zu lassen. Insbesondere die Soldaten waren und sind dabei nicht nur sozialem Druck, sondern auch Strafandrohungen und Gerichtsverfahren ausgeliefert.

Der 36-Jährige ehemalige Soldat Jan Reiners weigerte sich trotz Aufforderung seines Vorgesetzten sich impfen zu lassen. Wegen des Vorwurfes der Gehorsamsverweigerung ist er deswegen mit einem Strafverfahren konfrontiert. Über den Telegram-Kanal "Soldaten für das Grundgesetz" hat der ehemalige Soldat nun öffentlich gemacht, daß er wohl sogar ins Gefängnis gehen muß, da er die Impfung verweigerte.

Die Staatsanwaltschaft Aurich in Niedersachsen habe Reiners in einem Schreiben mitgeteilt,

daß er 40 Tage in einer Justizvollzugsanstalt untergebracht werden soll. Binnen drei Wochen soll Reiners sich selbst zu einer JVA in Lingen begeben. Gegenüber Apollo News bestätigte die Staatsanwaltschaft ein entsprechendes Schreiben.
Dem zuvor ging ein Gerichtsverfahren, in dem er wegen der Gehorsamsverweigerung nach Paragraph 20 Wehrstrafgesetzbuch zu einer Geldstrafe von 600 Euro verurteilt wurde. Der Staatsanwaltschaft teilte er jedoch bereits mit, diese Zahlung nicht leisten zu wollen und statt dessen die Ersatzfreiheitsstrafe abzuleisten. Dies wäre "ein Eingeständnis und ich gestehe nichts ein. Ich habe nichts falsch gemacht" so Reiners.
Nun wo die Ladung ausgesprochen wurde, sind die Möglichkeiten den Haftantritt noch zu verhindern ohnehin sehr beschränkt. Die Vermeidung des Strafantritts bei einer entsprechenden Ladung wäre nur noch in Ausnahmefällen möglich.
Das Bundesverteidigungsministerium hat die Corona-Impfpflicht für Soldaten erst Ende Mai aufgehoben. Den Soldaten, die während der Zeit als die Covid-Impfung noch zum Basisimpfschema gehörte, die Impfung verweigerten, drohen jedoch noch immer Strafen, wie der Fall Jan Reiners zeigt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**"Alles für …": Höcke erneut vor Gericht**
Am Montag beginnt vor dem Landgericht Halle der zweite Prozeß gegen Thüringens AfD-Vorsitzenden Björn Höcke. Erneut steht der Vorwurf im Raum, Höcke habe bewußt eine Parole der SA aus der NS-Zeit verwendet.
Von *Redaktion*
Björn Höcke bestreitet die Vorwürfe gegen ihn
Der Vorsitzende der AfD in Thüringen und Fraktionschef im Landtag, Björn Höcke, steht erneut vor Gericht. Ab Montag muß er sich vor dem Landgericht Halle verantworten, weil er auf einer AfD-Veranstaltung in Gera im Dezember 2023 angeblich den Satz "Alles für Deutschland" benutzt haben soll, der auch von der SA benutzt wurde. Dies ist bereits der zweite Fall dieser Art.
Bereits im Mai 2024 wurde Höcke wegen der Verwendung derselben Parole auf einer Veranstaltung in Merseburg (Sachsen-Anhalt) zu einer Geldstrafe von 100 Tagessätzen à 130 Euro verurteilt. Gegen dieses Urteil legte seine Verteidigung Revision ein, sodaß es noch nicht rechtskräftig ist. Höcke bestreitet die Vorwürfe. Er sagt, daß er auch als ehemaliger Geschichtslehrer nicht gewußt habe, daß die SA diese Parole genutzt habe - er habe die historische Tragweite nicht gekannt.
Die Staatsanwaltschaft in Gera wirft Höcke nun aber erneut vor, die Parole bewußt und in Kenntnis ihres verbotenen Charakters verwendet zu haben. Konkret soll er bei einem Stammtisch mit 350 Teilnehmern den ersten Teil "Alles für" selbst ausgesprochen und das Publikum durch Gesten dazu gebracht haben, mit "Deutschland" zu vervollständigen. Dies sei eine klare Verwendung eines Kennzeichens verfassungswidriger Organisationen, so die Begründung der Staatsanwaltschaft.
Die Verhandlungstermine sind auf den 24. und 26. Juni 2024 angesetzt. Wie der Tagesspiegel berichtet, haben Höckes Anwälte beim Prozeßauftakt am Montag die Einstellung des Verfahrens beantragt. Sie bezweifeln die Zuständigkeit des Landgerichts Halle und prangern die Vorverurteilung ihres Mandanten an, die das Verfahren beeinträchtigen würde. Ein Antrag wegen Befangenheit des vorsitzenden Richters wurde abgelehnt.
Sollte das Gericht Höcke für schuldig befinden, drohen ihm erneut eine Geldstrafe oder sogar eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren. Klar ist: Die Verwendung der Parole ist nicht ratsam, ob sie aber tatsächlich verboten ist, ist nicht nur wegen der interpretationswürdigen Auslegung im Strafgesetzbuch fragwürdig, sondern auch, weil der Satz bereits in der Vergangenheit mehrfach ohne direkten NS-Bezug benutzt und niemals bestraft wurde.

Zusätzlich zu den Verfahren in Halle erwartet Höcke ein weiterer Prozeß vor dem Landgericht Mühlhausen. Hier wird ihm Volksverhetzung vorgeworfen, basierend auf einem Telegram-Post aus dem Jahr 2022, in dem er sich zu einer Gewalttat in Ludwigshafen äußerte. Höcke schrieb damals: "Wahrscheinlich ist der Täter psychisch krank und leidet an jener unter Einwanderern weit verbreiteten Volkskrankheit, welche die Betroffenen 'Allahu Akbar' schreien läßt und deren Wahrnehmung so verzerrt, daß sie in den 'ungläubigen' Gastgebern lebensunwertes Leben sehen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Staatsdienst soll bunter werden: Faeser will mehr Migranten zu Beamten machen!**

Die Pläne der ultralinken Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) für eine quasi Migranten-Quote im öffentlichen Dienst durch die Hintertür nehmen immer mehr Gestalt an. Das geht aus einer jetzt in Berlin durchgesickerten 22-seitigen "Leitungsvorlage" hervor. In ihrem Diversitäts-Wahn betreibt Faeser nach Ansicht von Kritikern eine subversive Strategie zur Aushebelung des Grundgesetzes.

Nach dem in dieser Woche (27. Juni) in Kraft tretenden Turbo-Einbürgerungsgesetz (deutscher Paß schon nach drei bzw. fünf Jahren) reitet die Innenministerin ein neues ideologisches Steckenpferd: Faeser will im Zuge einer "verpflichtenden Diversitätsstrategie" den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund im Staatsdienst erhöhen. Dieses Vorhaben hatten SPD, "Grüne" und FDP im Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 vereinbart.

Medienberichten zufolge hat Faeser in ihrem Ministerium bereits die Grundzüge für ein sogenanntes "Bundespartizipationsgesetz" ausarbeiten lassen. Ziel ist demnach die "Stärkung der Teilhabe von Personen mit Einwanderungsgeschichte in der Bundesverwaltung". Das Gesetz soll als Vorbild für die Länder dienen.

Nach Ansicht von Verfassungsexperten hebelt Faeser damit das Grundgesetz aus. Artikel 3, Absatz 3 der Verfassung bestimmt u.a.: "Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt (!) werden. "Artikel 33, Absatz 2 stellt zudem klar: "Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Neues Staatsbürgerschaftsrecht: Schon mehr als 200.000 Anträge auf Einbürgerung!**

In dieser Woche (27. Juni) tritt das neue Staatsbürgerschaftsrecht in Kraft. Es sieht eine Turbo-Einbürgerung von Migranten nach fünf bzw. auch schon drei Jahren Aufenthalt in Deutschland vor. In den Ämtern stapeln sich bereits die Anträge.

Laut einer Umfrage des linksgrünen "Mediendienstes Integration" sind derzeit mehr als 204.000 Einbürgerungsbegehren in den bevölkerungsreichsten deutschen Städten zur Bearbeitung anhängig. Die meisten Anträge wurden demnach in Berlin, Hamburg und München gestellt. "Die Antrags- und Einbürgerungszahlen werden nach der Gesetzesänderung voraussichtlich stark ansteigen, da mehr Personen die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen werden", heißt es auf der Website des sogenannten Mediendienstes.

Syrer machten zuletzt in fast allen Städten, die Daten geliefert haben, die größte Gruppe unter den Antragsstellern aus. Der Irak steht an zweiter Stelle der Herkunftsstaaten. An dritter Stelle folgt die Türkei. Weitere starke Gruppen sind Migranten aus dem Iran und Afghanistan.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Nach der Hysterie ist vor der Hysterie: Söder plant riesiges "Pandemie-Zentrallager"**

Im Freistaat Bayern soll ein sogenanntes "Pandemie-Zentrallager" von gigantischen Ausmaßen errichtet werden. Die Bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sucht mit einer öffentlichen Ausschreibung nach neuen Lagerflächen für Schutzmaterial im Umkreis von München. Gut zwei Hektar Hallenlager (mehr als zwei Fußballfelder) mit

Lkw-gerechter Autobahnanbindung sollen es sein.
Angestrebt ist ein Mietbeginn ab dem vierten Quartal 2024 für mindestens fünf Jahre mit Verlängerungsoption. Vorzugsweise wird ein Standort für Hallenlagerflächen mit Außenbereich und Büroräumlichkeiten im Ausmaß von insgesamt 21.670 m² in einem 25 Kilometer Umkreis um Oberschleißheim gesucht, wie sich aus dem Exposé ergibt. Als besondere Sicherheitsanforderungen sind u.a. eine Alarmsicherung, eine übersteigungssichere Umzäunung und eine überwachte Zufahrt angegeben. Die Angebotsfrist lief am 23. Juni ab.
Schon seit 2020 hortet der Freistaat in einem Zentrallager im Großraum München u.a. Schutzmasken, Schutzausrüstung, medizinisches Gerät sowie zwischenzeitlich auch Corona-Impfstoff. Laut einem Sprecher des bayerischen Gesundheitsministeriums steht dieser Standort für längerfristige Planungen jedoch nicht zur Verfügung. Deshalb solle ein alternativer Standort geprüft werden.
Scholz gibt zu: Corona-Maßnahmen waren überzogen!
Im "ARD-Sommerinterview" hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) unterdessen die staatliche Corona-Politik kritisiert. Es habe "ein paar Entscheidungen gegeben, die drüber waren." Als ein Beispiel nannte Scholz: "Also, warum man zu bestimmten Zeiten nicht draußen spazieren gehen konnte, wenn man eine Maske trug und niemandem begegnete im Wald, das hab' ich nicht verstanden und das, glaube ich, hätte nicht sein müssen."
Auch Ausgangssperren ab einer bestimmten Uhrzeit seien überzogen und unnötig gewesen, meinte Scholz, der damit insbesondere den "kleinen Corona-Diktator" Söder gemeint haben dürfte. Der Kanzler befürwortete eine Aufarbeitung der Corona-Hysterie durch sogenannte "Bürgerräte".<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Unfaßbar: ARD stellt im "Sommerinterview" mit Scholz nicht eine Frage zur Migrationskrise!**
Die sich immer weiter zuspitzende Migrationskrise gehört zu den größten Sorgen der Menschen in Deutschland - aber nicht zu den Sorgen des zwangsgebührenfinanzierten linksgrünen Staatsfunks! Im sogenannten Sommerinterview mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) brachte der neue ARD-Hauptstadtbüroleiter Markus Preiß das "Kunststück" fertig, in dem 30 Minuten langen Gespräch nicht eine Frage zur Migration zu stellen - etwa danach zu fragen, wie Scholz die Migration eindämmen wolle und seine vollmundige Ankündigung "im großen Stile" abzuschieben, endlich in die Tat umzusetzen gedenkt.
Lediglich eine wie bestellt klingende Zuschauer-Frage in dem Zusatz-Format "Frag selbst" streifte das Thema Migration. Die Frage eines TikTok-Users lautete: "Warum passen Sie sich rechter Rhetorik an und stellen sich nicht dagegen?".
Im Klartext: Die einzige Frage, die ganz am Rande mit einem der brennendsten Themen in Deutschland zu tun hatte, soufflierte, daß Scholz mit seiner im Herbst 2023 vollmundig angekündigten Abschiebungs-Offensive "rechte Rhetorik" bediene. Es war ganz offensichtlich das richtige Stichwort.
"Ich passe mich nicht rechter Rhetorik an, aber ich bin dafür, daß man eine Politik macht, die immer realistisch ist", scholzte der Kanzler am Thema vorbei. Dann erklärte er, daß die Ampel das "Fachkräfteeinwanderungsgesetz" und ein "moderneres Einbürgerungsgesetz" beschlossen habe, "damit Deutschland sich weiter gut entwickeln kann".
Merke: Mit der ARD sitzt man in der ersten Propaganda-Reihe!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Faeser will mehr Migranten im Staatsdienst: Schluß mit der Migranten-Bevorzugung!**
Mit einem sogenannten "Bundespartizipationsgesetz" will Innenministerin Faeser (SPD) mehr Migranten in den Staatsdienst bringen und die irrsinnige Quotenpolitik auf die Spitze treiben. Ausschreibungen für Arbeitsstellen in der Bundesverwaltung sollen künftig zu dem Hinweis

verpflichtet werden, "daß Bewerbungen von Personen mit Einwanderungsgeschichte ausdrücklich erwünscht sind." Doch nicht nur das: Die Bundesregierung soll dem Bundestag alle vier Jahre einen Bericht über die Umsetzung der Zeile liefern, Migrantenorganisationen sollen die Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Ein "Monitoring" soll die statistischen "Erfolge" regelmäßig überwachen.
Die Innenministerin und ihre Gesinnungsgenossen kaschieren es kaum noch: Deutsche ohne "Migrationshintergrund" sind für Ampel und CDU nur Bürger zweiter Klasse. Daß das Leistungsprinzip mit Faesers Gesetzesvorhaben noch weiter ausgehöhlt wird, liegt auf der Hand. Der Staatsrechtler Christian Hillgruber prognostiziert, daß diejenigen, die über die Besetzung von Stellen entscheiden, nunmehr unter politischen Druck gesetzt werden: Um sich nicht dem Vorwurf der Diskriminierung auszusetzen und um ihre Diversitätskompetenz unter Beweis zu stellen, würden sie künftig beim anzustellenden Leistungsvergleich "nicht so genau" hinschauen.
Es wird ein Muster erkennbar, welches kürzlich schon bei den Äußerungen der grünen Bundestags-Vizepräsidentin Göring-Eckardt aufblitzte: "Diese Mannschaft ist wirklich großartig", schrieb Göring-Eckardt mit Bezug auf die Fußball-EM, um dann anzufügen:
"Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler." Ob Faeser oder Göring-Eckardt: Die Ideologen der Massenmigration betreiben umgekehrte Diskriminierung und reduzieren Menschen auf ihre Hautfarbe oder Herkunft. Die AfD stellt sich dieser brandgefährlichen Ideologie entgegen. Mit uns kehrt die Wertschätzung von Leistung zurück. Wir brauchen keine Diskriminierung unter dem orwellschen Deckmantel der Antidiskriminierung!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Fußball-Europameisterschaft: Sogar Nancy Faeser muß Wirksamkeit der Grenzkontrollen anerkennen**
Während der Kontrollen an den deutschen Außengrenzen anläßlich der Fußball-Europameisterschaft wurden allein vom 7. bis zum 13. Juni 2024 900 unerlaubte Einreisen verhindert, insgesamt sogar 1.400. Es wurden zudem 34 Schleuser festgenommen und 173 offene Haftbefehle vollstreckt. Bei der politisch motivierten Gewalt konnten 19 Fahndungstreffer verzeichnet werden.
Dazu teilt der Bundestagsabgeordnete der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jochen Haug mit:
"Die Grenzkontrollen anläßlich der Fußball-Europameisterschaft sind ganz offenbar ein Erfolg. Die aktuellen Zahlen bestätigen, was wir schon lange sagen: Grenzkontrollen wirken! Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat sich hingegen lange gegen jede Art von Grenzkontrollen gestellt. Nur höchst widerwillig ließ sie im vergangenen Herbst stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz zu. Ihre schlichte Begründung war die Behauptung, Grenzkontrollen brächten nichts.
Jetzt ist das Gegenteil erwiesen und sogar Frau Faeser muß diese Realität anerkennen. Für die Fahndungserfolge jetzt die Lorbeeren einzuheimsen, ist gleichwohl der leicht durchschaubare Versuch, von ihrem jahrelangen Versagen bei der inneren Sicherheit abzulenken."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Bayern: Fachleute für nachwachsende Rohstoffe bestätigen AfD - Elektro-Fahrzeuge können Diesel-Traktoren nicht ersetzen**
Der Landwirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtags führte vergangene Woche eine Informationsfahrt zum Technologie- und Förderzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ) in Straubing durch. Diese Einrichtung ist dem Bayerischen Landwirtschaftsministerium zugeordnet. Seine Aufgabe ist es, die Nutzung von Energieträgern aus nachwachsenden Rohstoffen durch anwendungsorientierte Forschung und Förderung voranzubringen.
Der Landtagsabgeordnete Harald Meußgeier äußert sich als Mitglied des Landwirtschaftsaus-

schusses dazu wie folgt:
"Ich bin sehr beeindruckt von der vielfältigen und erfolgreichen Arbeit des TFZ! Das Forschungszentrum verfolgt eine technologieoffene Herangehensweise, wie sie auch die AfD fordert. Dies zeigt sich etwa an der wissenschaftlichen Evaluierung der Einsatzzeiten und Leistungen verschiedener Antriebssysteme landwirtschaftlicher Maschinen. Wie Dr. Edgar Remmele, der Leiter der Abteilung Erneuerbare Kraftstoffe und Materialien ausführte, wird sich die Elektrifizierung bei landwirtschaftlichen Zugmaschinen auf absehbare Zeit auf hofnahe Arbeiten und Maschinen wie Hoflader beschränken.
Bei Feldeinsätzen, Ernte- und Bodenbearbeitung können Zugmaschinen mit Elektroantrieb deutlich weniger Betriebsstunden bis zur nächsten Aufladung leisten als Dieseltraktoren mit einer Tankfüllung. Zudem wiegen leistungsfähige Akkus bis zu acht Tonnen; das ist beinahe das Doppelte des Gewichts eines Standardtraktors mit 200 PS.
Der entsprechende Berichtsantrag der AfD zum Thema ‚Elektrifizierung der landwirtschaftlichen Fahrzeuge, Effizienz und Wirtschaftlichkeit wurde im Agrar-Ausschuß durch die Kartellparteien abgelehnt; die Grünen forderten sogar ein 'Ende der Debatte'. Das zeigt, daß die Altparteien gar kein Interesse an einer faktenbasierten Beurteilung der Energiewende haben. Sie folgen ausschließlich ihrer Ideologie, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen ihrer 'Klimaschutz-Politik'."
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Berlins Polizeipräsidentin über Messergewalt: Jung, männlich, nicht-deutsch!**
Wer mit offenen Augen auf die Entwicklung unseres Landes blickt, dem ist es schon lange klar: Messergewalt ist zu großen Teilen ein importiertes Problem. Doch nun hat auch Berlins Polizeipräsidentin Slowik (SPD) zugegeben, was allzu offensichtlich ist. "Nach unseren Zahlen ist die Gewalt in Berlin jung, männlich und hat einen nicht-deutschen Hintergrund", sagt Slowik. Und: "Das gilt auch für Messergewalt." Umso schändlicher ist es, daß daraus keine Konsequenzen folgen - auch und gerade nicht durch Slowiks Partei!
Es ist die SPD, die gemeinsam mit den anderen Ampel-Parteien und der CDU die Massenmigration vorantreibt. Mit dem sogenannten "Chancenaufenthaltsrecht" hat SPD-Innenministerin Faeser die illegale Massenmigration legalisiert. Die Versprechungen von Bundeskanzler Scholz für mehr Abschiebungen werden gebrochen, die Sicherheitsinteressen der deutschen Bevölkerung werden rücksichtslos ignoriert. Auch im SPD- und CDU-regierten Berlin wird mit einem "Winter-Abschiebestopp" und Milliardenpaketen für die Migrantenversorgung alles dafür getan, daß Deutschland abgeschafft wird.
Die jüngsten Messerangriffe in Deutschland unterstreichen es: Wir müssen endlich handeln, damit nicht noch viel mehr Blut fließt. Wenn sich jemand illegal in Deutschland aufhält, dann darf nicht jahrelang gewartet werden - er muß sofort ausgewiesen werden. Unsere Grenzen müssen effektiv geschützt und Anreize zur Migration abgestellt werden. Die AfD ist die politische Notbremse, um einen immer brutaleren Alltag in unserem Land zu verhindern!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Alles wird teurer: Jetzt Selbstversorger werden**
Von *Daniell Pföhringer*
Die Preise gehen nach oben. Selbst Grundnahrungsmittel werden immer teurer. Bald könnte sogar Gemüse für viele zum Luxus werden. Wie Sie einfach und unkompliziert auf Eigenproduktion umsteigen können, lesen Sie in Eva Hermans neuem Bestseller "Altes Wissen aus Garten und Küche". Leichter als man denkt! …
Die Preise für Nahrungsmittel schnellen in die Höhe. Branchenexperten befürchten schon seit einiger Zeit, daß das erst der Anfang ist. Denn: Sogar Milch und Milchprodukte wie Joghurt, Quark, Käse oder Sahne dürften bald noch einmal teurer werden. Der Grund: Die stark ange-

stiegenen Kosten für Energie, Rohstoffe, Verpackung - und Transport, also die Spritpreise.

Geld, Rechner

Steigende Preise: Viele Bürger müssen schon jeden Cent zweimal umdrehen.

Viele Landwirte denken schon daran, ihren Betrieb aufzugeben, was die ohnehin schon gesunkenen Milchanlieferungen weiter verringern würde. Auch die Bauern leiden unter den enormen Preissteigerungen für Diesel, Düngemittel oder Futter. "Die Betriebe haben Einspar- und Kostensenkungspotentiale längst ausgereizt, deshalb bleibt vielen bei weiter steigenden Kosten nur der Ausstieg aus der Milchviehhaltung", erklärte der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter schon vor einiger Zeit.

Teuerung bei Fleisch und Gemüse

Milch und Milchprodukte sind nicht die einzigen Waren des täglichen Bedarfs, die immer mehr ins Geld gehen: Fleisch und Wurst haben schon enorm im Preis zugelegt, beim Gemüse sind die Steigerungen zwar noch nicht so groß, aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch diese Grundnahrungsmittel noch einmal teurer werden. Vor allem für Geringverdiener und Familien mit Kindern wird der Einkauf dann zum Luxus.

Klardenkerin Eva Herman hat diese Entwicklung schon seit Längerem vorausgesehen. Nicht nur deshalb wurde die frühere Tagesschau-Moderatorin als "Verschwörungstheoretikerin" belächelt, als er anfing, gemeinsam mit ihrem Partner Andreas Popp Ratschläge für ein autarkes Leben ohne Abhängigkeit von Konzernen und staatlichem Goodwill zusammenzutragen und weiterzugeben. Ihren reichhaltigen Erfahrungsschatz gibt sie nun mit ihrem neuen Buch "Altes Wissen aus Garten und Küche" an andere weiter.

Darum betrachten viele ihren stark nachgefragten Ratgeber jetzt mit ganz anderen Augen, enthält er doch so viele Ratschläge und Anleitungen, daß man am Ende tatsächlich weitgehend autark leben kann oder - sofern kein eigener Garten besteht - viele Industrieprodukte der Globalisten-Konzerne durch gesunde und regionale Alternativen ersetzen kann. Keine Frage: Eva Hermans Ratgeber "Altes Wissen aus Garten und Küche" richtet sich auch an jene, die nur über eine kleine Parzelle oder einen Balkon verfügen.

Schon seit vielen Jahren haben Eva Herman und Andreas Popp einen kleinen, aber feinen Selbstversorger-Hof, und sprechen - oder besser: schreiben - daher aus eigener Erfahrung. Ein Großteil ihrer Tips und Anleitungen, zum Beispiel was das Einwecken oder die Herstellung von Pestos, Marmeladen, Gelees oder Tomatensoßen, sind für jeden brauchbar. Das trifft auch auf die tollen Rezepte zu: Gut und lecker essen für wenig Geld - Eva Herman zeigt, wie es geht.

Inflation und Blackout

In ihrem Selbstversorger-Ratgeber denkt die dabei wirklich an alles: Sie beschreibt, wie man Kräuter und Gemüse anbaut, gibt handwerkliche Tips und erläutert sogar, wie man eine eigene Hühnerzucht anfängt. "Altes Wissen aus Garten und Küche" richtet sich dabei vor allem an Laien und Neueinsteiger: Eva Herman erklärt alles sehr ausführlich, detailliert und Schritt für Schritt - aber immer kurzweilig und locker. Auch die vielen Abbildungen sind äußerst hilfreich.

Vor allem die eigenen Erfahrungen und die persönliche Note, die Eva Herman einbringt, machen den Ratgeber "Altes Wissen aus Garten und Küche" zu einem echten Lesegenuss. Eva Herman macht in ihrem Buch deutlich: Selbstversorgung ist auch ohne Vorkenntnisse machbar und bereitet große Freude.

Man sollte damit allerdings nicht erst in der Krise beginnen, sondern sich sinnvoll vorbereiten. Schnell läßt sich erkennen: Wenn wir uns respektvoll der Natur anvertrauen, ist sie in Zeiten des Wandels ein verläßlicher Partner an unserer Seite.

Das Wissen unserer Vorfahren: Eva Herman macht es wieder nutzbar für unsere Zeit. Wundervoll geschrieben, macht ihr Buch "Altes Wissen aus Garten und Küche" (256 Seiten, ge-

bunden, durchgehend farbig illustriert) Lust, sofort mit der Selbstversorgung zu beginnen: Mit zahlreichen Tips, Rezepten und Inspirationen für ein selbstbestimmtes Leben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Neue Erkenntnisse: Zoll entlastet Bystron**

Von *Johann Leonhard*

Nach monatelanger Kampagne gegen den AfD-Außenpolitiker Petr Bystron kommt jetzt raus: Selbst die Beamten des deutschen Zolls hielten die Transaktion, die in dem Verfahren als Beweis für die angebliche "Geldwäsche" herhalten muß, für völlig normal und unauffällig. Warum die Partei trotz Haß und Hetze auf der Siegesstraße bleibt, legt unser Spezial-Heft zur AfD dar.

Neue Erkenntnisse im Fall Bystron erhärten den Verdacht, daß ein alltäglicher Vorgang aus dem Jahr 2023 erst im Zuge der Kampagne gegen den Politiker rückwirkend zum Beweis für angebliche Geldwäsche hochstilisiert wurde. Die Financial Intelligence Unit des Zolls sah in der Transaktion seinerzeit keinen Grund zur Beanstandung.

"Eigentlich ein alltäglicher Vorgang"

Im März 2023 wechselte Bystron bei seiner Bankfiliale kleinere Scheine in größere. Es handelte sich um 30.000 Euro - ein Betrag, der den Einnahmen von zwei Wochen eines durchschnittlichen Schuhgeschäfts in München entspricht. "Eigentlich ein alltäglicher Vorgang", wie selbst das ZDF zugeben muß.

Solche Transaktionen kommen jeden Monat zigtausendfach allein in Bayern vor. Nur weil Bystrons Bankfiliale über keinen Kassenschalter mehr verfügt, führte eine Bankangestellte den Wechsel über den Bankautomaten aus. Da jede Einzahlung über 10.000 Euro automatisch als "auffällige Geldbewegung" an die sogenannte Financial Intelligence Unit (FIU) weitergegeben wird, wurde diese Transaktion vom Zoll geprüft. Ergebnis: Keine Beanstandung. Alles ok!

Behördenversagen?

Ein Jahr lang geschah dann gar nichts. Erst nachdem der Spiegel im April 2024 die Verdachtsberichterstattung gegen Bystron in Gang gesetzt hatte, wurde plötzlich auch der Geldwechselvorgang hervorgekramt. Erst jetzt "leitete die Geldwäsche-Einheit des Zolls den Hinweis auf die verdächtigen Zahlungen des AfD-Politikers ... an die Generalstaatsanwaltschaft in München weiter", schreibt das ZDF auf seiner Website.

Ein ziemlich eindeutiger Hinweis also, daß hier im Zuge einer politischen Kampagne Beweismittel zusammengeklaubt werden sollten. Es stellt sich eher die Frage, ob der Zoll dazu nicht von den Ermittlern oder anderen Stellen "gebeten" wurde. Denn bis heute gibt es für die Anschuldigungen gegen Bystron nicht den kleinsten Beleg - trotz mittlerweile zwölf (!) Hausdurchsuchungen.

Spiegel-Hetze geht weiter

Frech: Der Spiegel, der die ganze Kampagne gegen Bystron von Anfang an maßgeblich betrieben hat, versucht nun die Handhabung des Vorgangs beim Zoll zu skandalisieren und als "Behördenversagen" darzustellen. Daß der Zoll ordentlich geprüft hat und der Geldwechselvorgang nicht zu beanstanden war, darf für das Kampagnenblatt aus Hamburg offenbar nicht sein.

Doch das ist mittlerweile selbst Bild, Stern, FAZ und anderen Mainstream-Medien, die bisher bereitwillig bei der Hetze gegen Bystron mitgemacht hatten, zu blöd. Niemand von ihnen sprang noch auf die Story an, nur die Online-Dienste der Staatsmedien ARD und ZDF.

Beim Spiegel will man die Entlastung für Bystron nicht hinnehmen und steigert sich in eine regelrechte Tirade gegen die Zollbehörde hinein. Die Vorwürfe sind absurd. Die Behörde gelte "seit Jahren als Sicherheitsrisiko" und wird als "Schwachstelle der deutschen Sicherheitsarchitektur" bezeichnet. Ein Sprecher des Zolls wollte sich dazu lieber nicht äußern.

Anklage fällt komplett auseinander
Mit diesen Erkenntnissen fällt auch der zweite Vorwurf gegen Bystron - die angebliche Geldwäsche - wie ein Kartenhaus in sich zusammen, nachdem der erste bereits ad absurdum geführt wurde.
Die Staatsanwaltschaft München wollte dem Außenpolitiker nämlich "Bestechlichkeit im Amt" vorwerfen. Die Behörde unterstellte ihm dabei, daß er ab einem "nicht genau bestimmbaren Zeitpunkt" und "auf bislang unbekanntem Weg", "möglicherweise in Prag", von dem Betreiber der Nachrichtenseite Voice of Europe Geld bekommen haben soll, um im Bundestag bei Themen, die Rußland betreffen, exakt so abzustimmen, wie es ohnehin die AfD-Parteilinie seit Jahren ist - nämlich gegen den Krieg und weitere Waffenlieferungen in der Ukraine.
Dabei bleibt das Geheimnis der Behörde, warum jemand einen Politiker "bestechen" sollte, nur damit er das tut, was er ohne die Bestechung ohnehin getan hätte.
Kampagne gegen die AfD
Die jüngsten Entdeckungen bestätigen die Recherchen des US-amerikanischen Investigativjournalisten Michael Schellenberger. Dieser fand heraus, daß es sich bei der Causa Voice of Europe um eine gezielte Kampagne der NATO handelte, bei der Politiker in mehreren europäischen Ländern diskreditiert werden sollen, die gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine auftreten.
In Deutschland wurden die Vorwürfe im Wahlkampf von zahlreichen Medien ungeprüft übernommen und bereitwillig weiterverbreitet. Insbesondere die Mitarbeiter der staatlich kontrollierten Sender ARD und ZDF machten keinen Hehl daraus, das Wahlergebnis der AfD schmälern zu wollen. Georg Restle von Monitor prahlte nach der Wahl sogar damit, mit Hilfe mehrerer Kampagnen (Remigration, pro-russische Netzwerke, China-Spionage) die AfD von 23 auf 16 Prozent gedrückt zu haben.
Haß und Hetze können die AfD nicht stoppen. Warum sie trotz zahlreicher Schmutzkampagnen und geheimdienstlicher Attacken siegt, lesen Sie in COMPACT-Spezial "AfD - Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei". Das erste seriöse, faire und ausgewogene Porträt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Freie Waffen: Was man beachten muß**
Von *Daniell Pföhringer*
Inzwischen hat es sich herumgesprochen: Mit legalen, freien Waffen kann man sich effektiv vor Angriffen schützen, die in dieser Republik heute leider schon fast zum Alltag gehören. Doch Obacht! Dabei gibt es ein paar wichtige Dinge zu beachten, wie Selbstverteidigungsexperte Lars Konarek in seinem neuen Ratgeber anmahnt. …
Lars Konarek ist ein verantwortungsbewußter Selbstverteidigungsfachmann. Darum erläutert er in seinem neuen Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz" nicht nur, welche Typen in Deutschland frei erhältlich sind und wie man sie benutzt, er gibt den Lesern auch zahlreiche Ratschläge mit auf den Weg. Denn: Selbst wenn man alle Anwendungshinweise beachtet, läuft es doch manchmal schlecht.
Die wichtigsten Punkte
Damit Sie auf der sicheren Seite sind und nicht in verschiedene Fallen tappen, beinhaltet "Freie Waffen für den Eigenschutz" auch einen umfangreichen Service-Teil mit wertvollen Tips, die Sie unbedingt beachten sollten.
1. Informieren Sie sich über die Rechtslage
Bestimmte freie Waffen darf man nur unter bestimmten Voraussetzungen mitführen. "Machen Sie sich daher schlau darüber, was Sie dürfen und was nicht. In den einzelnen Abschnitten von "Freie Waffen für den Eigenschutz" finden Sie immer Hinweise zur Gesetzeslage", so der Autor.
2. Die passende Waffe finden

Nicht jeder Waffentyp paßt zu jedem. "Wählen Sie daher ein Modell, das sich gut greifen läßt und von dessen Bedienung Sie überzeugt sind", so Konarek. Denn: "Nur mit einer Waffe, von der Sie überzeugt sind, können Sie tatsächlich gedanklich und körperlich 'verschmelzen' und setzen diese dann auch ein."

3. Verdecktes Tragen

Es lohnt sich nicht, Dirty Harry oder Rambo für Arme zu spielen. Mit der freien Waffe sollte man nicht herumlaufen wie ein Halbstarker, sondern sie verdeckt tragen. Das steigert bei einem Angriff auch den Überraschungseffekt, empfiehlt Konarek in "Freie Waffen für den Eigenschutz".

4. Distanz rettet Leben

Der Autor warnt: "Es gibt eine traurige Wahrheit, die den meisten Menschen nicht bekannt ist. Werden Sie mit einem Messer oder einem ähnlich scharfen oder spitzen Gegenstand angegriffen, sind Ihre Überlebenschancen nahezu null, wenn Sie nicht den Abstand zum Angreifer wahren." Man sollte also das persönliche Selbstverteidigungskonzept unbedingt mit einer Distanzwaffe ergänzen.

5. Verschwiegenheit

Binden Sie nicht jedem auf die Nase, daß Sie eine Selbstverteidigungswaffe mitführen. Mit seiner solchen Prahlerei können Sie schnell sozial ins Abseits geraten, mahnt Konarek in "Freie Waffen für den Eigenschutz" an. Nicht jeder hat schließlich schon begriffen, in welch unsicheren Zeiten wir leben.

6. Mentale Einstellung

Sie müssen sich über eines im Klaren sein: Mit einer freien Waffe können Sie einen Angreifer verletzen - mitunter sogar schwer. Denn schließlich handelt es sich dabei um ein Mittel, daß jemanden, der Ihnen Böses will, kampfunfähig machen soll. "Sollten Sie damit einen innerlichen Konflikt haben, können Sie es sich sparen, eine freie Waffe mitzuführen", so der Selbstverteidigungsexperte.

7. Üben, üben, üben

Eine freie Waffe kann nur dann effektiv eingesetzt werden, wenn man die Handhabung vorher übt - und das nicht nur ein- oder zweimal, sondern sehr oft. Es bringt nichts, solche Mittel erst bei einem möglichen Angriff erstmals einzusetzen. Übung ist das halbe Leben - das gilt auch für den Umgang mit freien Waffen.

8. Realistisch bleiben

Konarek warnt ausdrücklich in "Freie Waffen für den Eigenschutz": "Was Sie niemals tun sollten: sich mit freien Waffen sicher zu fühlen!" Denn: "Nur weil Sie 'bewaffnet' sind, heißt das nicht, daß Sie ab jetzt nachts unbesiegbar durch Frankfurts Drogenviertel oder durch den Görlitzer Park in Berlin laufen können." Man sollte sich immer darüber bewußt sein, daß das Mitführen einer freien Waffe noch keine Garantie auf Sicherheit gibt. Wichtig ist: Risiken vermeiden, nicht suchen!

Umfassende Informationen

Das ist natürlich nur eine Kurzfassung der umfangreichen Ausführungen in Lars Konareks Top-Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz". Dieses - gerade in heutigen Zeiten - unverzichtbare Buch bietet darüber hinaus einen Fundus an wichtigen Informationen zum Thema Selbstverteidigung.

Sie erfahren etwa, auf welche Phasen eines Kampfes - also eine durch einen Angreifer verschuldete Auseinandersetzung - sie sich einstellen müssen, er beschreibt, wie Sie Abwehrmittel aus der Distanz oder in der direkten Konfrontation einsetzen können und er zeigt, welche Körperziele es gibt, um einen Angreifer außer Gefecht zu setzen.

Alle Typen freier Waffen werden in dem Ratgeber ausführlich vorgestellt - und Konarek erklärt anhand zahlreicher Fotografien, Abbildungen und Schaubilder, wie diese effektiv zur

Abwehr von Angreifern eingesetzt werden können.
Doch wie wirksam sind solche freien Waffen eigentlich. Hierzu schreibt Konarek: "Man könnte sagen, daß die Chancengleichheit durch das Verwenden mit freien Waffen in vielen Konflikten mindestens gleich bis besser wird. Das ist logisch, denn damit verfügen Sie über ein Hilfsmittel, das möglicherweise schon dann abschreckend wirkt, wenn der Angreifer es in Ihren Händen sieht."

Ein absoluter Profi

Konarek weiß, wovon er schreibt, denn er ist ein echter Profi. Schon seit vielen Jahren arbeitet er als Survival-Trainer in Freiburg im Breisgau und zählt viele Entscheider und Größen des Geschäftslebens zu seinen Kunden. Er hat sich unter anderem auf das Überleben in Krisen- und Katastrophenfällen spezialisiert.
Seine Expertise wird auch international geschätzt: Konarek ist Autor von 12 Fachbüchern (darunter sein aktueller Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz" und sein Klassiker "Wie Sie einen Atomangriff überleben"). ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29493" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Der unsichtbare Krieg gegen unsere Umwelt und Gesundheit**

Bilder, die allenfalls die Ausnahme sein sollten, häufen sich in den letzten Jahren in einem erschreckenden Ausmaß: Flutkatastrophen, Tornados, Hitzewellen, Trockenheit und Erdbeben. Stecken hinter dem "menschengemachten" Klimawandel Geoengineering-Maßnahmen und lassen sich diese auch mit Fakten belegen? Wie wirken sie sich auf unsere Gesundheit und Umwelt aus? …
Seit Jahren plagen die Menschheit viele extreme Wetterkatastrophen wie z.B. die Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 oder das Erdbeben im Grenzgebiet von Türkei und Syrien 2023. Diese Wetterereignisse werden mit dem menschengemachten Klimawandel in Verbindung gebracht, an dem hauptsächlich wir einfachen Bürger und die Industrie schuld sein sollen. Eine weitere wichtige Ursache muß hier aber ins Blickfeld gerückt werden: Es befinden sich gefährliche chemische Stoffe in unserer Atmosphäre. Doch wie kommen sie da hin und wie wirken sie sich auf unser Leben aus?
Die Rede ist von Geoengineering-Maßnahmen, die offiziell der Erderwärmung entgegenwirken, dabei jedoch stark in unser Klimasystem eingreifen. Nachfolgend fassen wir wichtige Aspekte aus dem Dokumentarfilm "Solares Geoengineering – der geheime Krieg" zusammen. Aspekte, die ein neues Bewußtsein für die wirklich großen Klimasünder schaffen:

Was sind Chemtrails und wo haben sie ihren Ursprung?

Ein Teil der Geoengineering-Maßnahmen sind die sogenannten Chemtrails, unechte Kondensstreifen, die häufig kreuz und quer am Himmel erscheinen. Das Wort Chemtrails (chemische Kondensstreifen) ist militärischen Ursprungs und im Space Preservation Act, einem Gesetz zum Schutz des Weltraums, zu finden – ein 1996 eingereichtes Dokument namens "Nationales Programm", empfohlen für die modernen Wettermodifikations-Programme in den USA. Zudem ist von einer speziellen Kommission die Rede, welche die zerstörerischen Geoengineering-Maßnahmen der Regierung mit Behörden, Universitäten und Freischaffenden koordiniert.
Weiter belegt der Dokumentarfilm: "1995 unternahm die US-Navy eine umfangreiche Studie, die dutzende Dokumente über spezifische Techniken zur Gestaltung einer globalen Kontrolle beinhaltet. Das Dokument ist bekannt als 'Owning the Weather in 2025', also die Beherrschung des Wetters bis 2025. ... Nach Einsichtnahme in die Diagramme und Bilder folgerten wir, daß bereits 1995 Klima- und Wetterkontroll-Operationen in einer fortgeschrittenen Implementierungsphase (implementieren: einführen, etwas umsetzen) eingebunden waren. Tatsächlich ist unser Himmel gestreift, undurchsichtig und nebelig seit mindestens 1995."

Was genau passiert, wenn Flugzeuge Chemtrails aussprühen?
Chemtrails sind zusammengesetzt aus dem gewöhnlichen Flugtreibstoff (Kerosin) und einem Additiv, einem so genannten Zusatz. Edward Teller, der Erfinder der Wasserstoffbombe, schlug auf einem Kongress für Klimawandel, der im Jahr 1997 in Sizilien stattfand, vor, Additive in der zivilen Luftfahrt dem Treibstoff beizufügen. Seitdem werden diese Chemikalien nicht mehr nur von Militär-, sondern auch von Passagierflugzeugen genutzt.
Kondensation ist in den Höhen, in denen Passagierflugzeuge fliegen, eigentlich völlig unmöglich und trotzdem sind sie da. Der Physiker Penna Corrado beschreibt, daß man keine großartigen Aufgaben berechnen muß, um den Unterschied zwischen Chemtrails und Kondensstreifen zu untersuchen. Es gibt Meteorologie-Bücher und Texte, die genau erklären, daß Kondensstreifen-Phänomene in Höhen von 8.000 m, mit Temperaturen von -40° C und einer Luftfeuchtigkeit von mindestens 60 % auftreten. Weshalb also erscheinen die Streifen trotzdem?
Sie erscheinen, weil sie künstlich erzeugt sind!
Es handelt sich um keine Kondensation, sondern um die Verbrennung der Additive im Flugbenzin. Dies führt zur Bildung von unechten Kondensstreifen und dem Herabsinken von Polymeren (chemischer Stoff, bestehend aus Makromolekülen) in der Form von feinen Fäden. In Untersuchungen dieser Substanzen wurden Barium, Aluminium, Mangan sowie eine Reihe weiterer Elemente gefunden. Biologen machen deutlich, daß das keine normalen Elemente der Atmosphäre sind. Sie bestätigen: Die sogenannten Chemtrails sind kein natürliches Phänomen, sondern ein künstliches.
Wie wirken sich die Substanzen der Chemtrails auf unsere Gesundheit aus?
Barium verursacht große Probleme der muskulären Regenerationsfähigkeit und schädigt das Herz sowie innere Organe. Aluminium ist ein neurotoxisches Metall, welches das Nervensystem negativ beeinflußt. Es trägt zu Demenz bei und löst Krankheiten wie Alzheimer und Parkinson aus. Außerdem fand man noch Ethylendibromid, was laut Umweltschutzagentur als gesundheitsschädlich eingestuftes Insektizid gilt. Diese Produkte, von zivilen und militärischen Flugzeugen verbreitet, sinken recht schnell zu Boden. Sie konnten klar als Polymere identifiziert werden, die sich zu Fäden verketten.
Bereits im Jahr 2012 wurden diese Fasern von einem verifizierten französischen Labor untersucht und die Ergebnisse in einem Analysebericht festgehalten. Es sind komplexe polymere Organismen auf Basis synthetischer Chemikalien. Festzuhalten ist: Sie sind eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit und eine massive Umweltbelastung. Vier Proben, die untersucht wurden, enthielten verschiedene Verbindungen – giftige, synthetische Produkte.
Drei von ihnen enthielten DEHP, ein gefürchteter Weichmacher, welcher das Hormonsystem beeinflußt und die Fortpflanzung gefährden kann. Die Konsequenzen des illegalen Geoengineerings sind für die Menschen sehr stark spürbar, da sich neurodegenerative Krankheiten, Schlaganfälle und Tumore in den letzten 10 Jahren zugespitzt haben.
Wer aber profitiert von dieser "Wetterwaffe" Geoengineering?
Ein Hauptzweck der Geoengeneering-Maßnahmen: eine Atmosphäre zu erschaffen, die auf militärische und zivile Anforderungen zugeschnitten ist auf dem Gebiet der drahtlosen Kommunikation. Da Sauerstoff und Wasserdampf viele Voraussetzungen für die drahtlose Kommunikation oder auch für die Funk-Kommunikation eindämmen, soll Geoengineering hier nachhelfen. Außerdem bedeutet Kontrolle über die Wetterereignisse die Beherrschung der Wirtschaft und die Kontrolle über die Ressourcen. Z.B. kann die Ernte beschädigt oder zerstört werden, hervorgerufen durch langanhaltende Trockenheit oder Starkregen.
Andererseits entwickeln multinationale Nahrungsmittelkonzerne genmanipuliertes Saatgut, das in Dürregebieten überleben kann! Riesige Gewinne werden auch mit Spekulationen auf den Finanzmärkten gemacht. Während viele Unternehmen unerwartete Krisen abfangen müssen, gibt es viele Menschen, die durch solche Krisen enorm große Gewinne machen. Nachdem

Hurrikan Katrina Louisiana verwüstet hat, bekamen Millionäre, die dem Bush-Junior-Circle angehören, bei Auktionen den Zuschlag für den Wiederaufbau der Fabriken.
Liebe Zuschauer, während die Massenmedien, Pseudowissenschaftler und Politiker den menschengemachten Klimawandel einseitig zulasten des einfachen Bürgers auslegen, wird der Einsatz von klimaverändernden Maßnahmen hartnäckig verschwiegen. Lassen wir uns nicht länger hinters Licht führen und holen wir all diejenigen aus dem Schatten hervor, die unnatürliche Klimaveränderungen erzeugen und damit die Gesundheit der Menschen ruinieren und unsere wunderschöne Erde zerstören. Das können wir nur gemeinsam bewältigen – durch Vernetzung und Verbreitung von Sendungen wie diese.
*Wetterumgestaltung, Wetterveränderung<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Feindbilder und Terror: Cui bono?**
Von *Wolfgang Eggert*
Es ist wie bei Columbo: Wer die richtigen Fragen stellt, kommt schnell dahinter, wo die Übeltäter sitzen. Das gilt für zahlreiche Fälle der Vergangenheit und Gegenwart. Oft führen die Spuren nach Tel Aviv … Weitere Hintergrundinformationen liefert Historiker Rolf Steininger in seinem Werk "Die USA, Israel und der Nahe Osten". Neue Aspekte auf Basis umfangreicher Akten! …
Jeder kennt den kauzigen Inspektor Columbo der die kniffligsten Kriminalfälle löst, weil er hartnäckig bleibt - und immer "noch eine Frage" hat. In einem seiner ersten Auftritte bekommt es der sympathische Trenchcoat-Träger mit einem skrupellosen Politiker zu tun, der seinen Weg zur Macht ebnet, indem er sich als Zielscheibe der Organisierten Kriminalität verkauft - wobei der Mann fleißig nachhilft und Angriffe gegen sich selbst "staged", das heißt bühnenreif in Szene setzt.
In einem Wortwechsel - so kurz, daß er dem Zuschauer leicht durch die Lappen geht - weist der Politiker seinen Wahlkampfmanager an, ein paar Kleinkriminelle für einen Einbruch in seinem Büro anzuheuern. Natürlich müsse den Ganoven dabei der Eindruck vermittelt werden, daß die politische Konkurrenz den Auftrag gebe und bezahle.
Der kurze Einwurf - man kann es googeln - blieb bis heute selbst in der Fangemeinde völlig unbemerkt. Was auch daran liegt, daß der Film - warum auch immer - in seiner deutschen Fassung um satte 20 Jahre verschleppt wurde. 1992 konnte sich der hiesige Zuschauer, selbst wenn er ihn bemerkt hätte, keinen Reim mehr auf den Kurzdialog machen.
Watergate und Waterkantgate
Im Jahr 1973, als der Streifen seine Premiere hatte, sah das schon anders aus, denn es war das Jahr eines Jahrhundertskandals - der sogenannten Watergate-Affäre -, in dem eine Handvoll Männer angeheuert wurde, um in Washington D.C. bei der Demokratischen Partei einzubrechen und zu spionieren. Die Karriereruinösen Spuren führten seinerzeit zum amtierenden republikanischen US-Präsidenten Nixon. Der behauptete, die Spuren seien "gelegt" worden. Niemand glaubte ihm.
Daß der potentielle Framing-Torpedo gegen Nixon bei Watergate kein Einzelfall ist, zeigt in seiner anschaulichsten Form Waterkantgate: 1987 legten politische Gegner dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel (CDU) einen umtriebigen Provokateur namens Rainer Pfeiffer ins Nest, um den vermeintlichen Auftraggeber danach politisch und real kaltzustellen.
Geheimdienste, Medien und parteipolitische Konkurrenten hatten alle ihre schmutzigen Hände im Spiel. Bei der sogenannten Ibiza-Affäre 2019 um den damaligen österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) und, Jahrzehnte vorher, der "rechts" ausgeflaggten Briefbombenserie zur Verhinderung einer Haider-Kanzlerschaft tauchten dieselben Strippenzieher auf.

Wechselnde Feindbilder
Auch beim wechselnden Aufbau von Bedrohungslagen (1900-1945: die deutsche Gefahr, 1917/45-1990: die kommunistische Gefahr, 1990 bis heute: die islamistische Gefahr, 2000 bis heute: die russische Gefahr) marschieren die üblichen Verdächtigen seit jeher Arm in Arm. Wobei es beim Schwenken von Großwetterlagen gewöhnlich um größere Geopolitik geht. Aber auch hier will ein Feindbild erst einmal gebaut und vernünftig verkauft werden - und dafür braucht es eindrucksvolle Rahmungen. Stories. Wahre, halbwahre, unwahre.
Wie bei einem Hollywoodfilm á la Columbo bedarf es eines Scripts, das zu einem Spannungshöhepunkt, einem Big Bang hinführt. Osama bin Laden mußte sich auch erst einmal warmschießen, bevor er der amerikanischen Soldateska, qua 11. September 2001 allgemein akzeptiert, die Tür zum Mittleren Osten aufstoßen konnte.
Die NATO akzeptiert militärische Aggression nur, wenn man diese als vermeintliche Verteidigung begreift - der nahöstlich verbandelte Neocon-Thinktank PNAC wußte das bereits 2000, als Paul Wolfowitz & Co. im Sinne Israels ein militantes Ausgreifen der USA einforderten - dem aber ein hollywoodesker Schlag, ein neues Pearl Harbor, vorausgehen müsse.
Terror made in Israel
Heute könnten wir an einem ähnlichen Punkt angelangt sein: Vorbereitet und angeschoben durch die Neocon-Sekte sprechen in der Ukraine die Waffen, gleiches geschieht in Israel. Hier wie dort sind - zur Verärgerung der Scharfmacher - Politiker aus aller Welt um Frieden bemüht.
Näher am Geschehen als die USA (und in zwei Weltkriegen erfolgreich durch diese "verbraucht"), ist der Wunsch nach Einstellung der Kämpfe im europäischen Teil der westlichen Wertegemeinschaft zweifellos größer. Quer durch Europa, so zeigen es die jüngsten EU-Wahlen, erhalten Parteien, die den rußlandfeindlichen Kurs der Eliten nicht mehr mitgehen, Zulauf.
Auf höherer Ebene liebäugelt die Türkei, formal Teil der NATO, bereits mit einem Partnertausch Richtung in Putin. Ungarn ist gefühlt auf dem gleichen Weg, und daß die Dinge in Serbien so liegen, ist klar. Es dürfte eine Frage der Zeit sein, bis die Spannungsstrategen des Bündnisses hiergegen falsch beflaggte "Demagnetize-Kampagnen" setzen, so wie sie es nach dem Zweiten Weltkrieg gegen den sowjetischen Einfluß in Italien und Frankreich taten.
Gleichsam ist ein Trennungs- und Anbindungsterrorismus made in Israel zu erwarten. Wir erinnern uns, daß die Terrororganisation Islamischer Staat von Tel Aviv im syrischen Bürgerkrieg unterstützt wurde. Aufnahmen zeigen Netanjahu himself am Krankenbett eines in Israel gepflegten Islamistenkämpfers. Das ist zehn Jahre her.
Anfang diesen Jahres erhielt Rußland, unter dem Absender "Islamischer Staat Provinz Khorasan", die schärfsten Drohungen, als Assad-Freund Putin im Begriff war, den Mittleren Osten in sein Bündnissystem zu integrieren. Daß die Drohungen blutiger Ernst waren zeigte dann der Terror-Angriff auf Moskau am 22. März 2024.
Und jetzt, da im juristischen Herzen Europas, in Den Haag, Israels Staatschef Netanjahu wegen Kriegsverbrechen in Gaza zur Verhaftung vor die Schranken der weltlichen Gerichtsbarkeit gerufen wird, wird die EM bedroht - wieder unter dem Signum der IS-Zelle.<<
25.06.2024
BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Förderung von Ökostrom wird deutlich teurer**
Die Kosten für die Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG) werden in diesem Jahr deutlich höher liegen als geplant. Wie die "Bild" in ihrer Dienstagsausgabe berichtet, hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) einen Mehrbedarf von 8,77 Milliarden Euro angemeldet.
In einem Brief an den Haushaltsausschuß des Bundestages schreibt Finanzstaatssekretär Flori-

an Toncar (FDP), er handele sich um eine "überplanmäßige Ausgabe". Grund sei, daß die bisher vorgesehenen Kosten für 2024 von 10,6 Milliarden Euro bereits fast vollständig aufgebraucht sind.
"Bislang wurden von den verfügbaren Mitteln 9.830.325 Tausend Euro ausgezahlt", zitiert die "Bild" aus Toncars Schreiben. "Für die Auszahlung der Monatsrate Juli sind laut aktualisierter EEG-Prognose 2.100.000 Tausend Euro fällig."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.383/…):

>>**Zahl der Firmenpleiten steigt dramatisch**

Im 1. Halbjahr 2024 registrierte Creditreform 11.000 Unternehmensinsolvenzen. Das ist ein Anstieg um fast 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum und markiert den höchsten Stand seit fast zehn Jahren. Auch bei den Verbrauchern stiegen die Insolvenzzahlen.
Die schwache Wirtschaftsentwicklung und die anhaltend hohen Belastungen haben die Insolvenzzahlen in Deutschland weiter ansteigen lassen. Im 1. Halbjahr 2024 registrierte die Creditreform Wirtschaftsforschung 11.000 Unternehmensinsolvenzen. Das ist ein Anstieg um fast 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (8.470 Fälle).
"Die Insolvenzen in Deutschland haben den höchsten Stand seit fast zehn Jahren erreicht. Die Unternehmen kämpfen im ersten Halbjahr 2024 weiter gegen die Auswirkungen der Rezession in 2023, anhaltende Krisen und die kraftlose konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr", sagt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung. "Das alles zusammengenommen bricht vielen Betrieben das Genick", so Hantzsch weiter.
Aber auch bei den Verbrauchern stiegen die Insolvenzzahlen. Mit 35.400 Verbraucherinsolvenzen wurden 6,7 Prozent mehr Fälle registriert als im Vorjahreszeitraum (33.180 Fälle).

Mehr Großinsolvenzen - höhere Schäden

Die Untersuchung der Creditreform Wirtschaftsforschung belegt für das 1. Halbjahr 2024 einen Anstieg der Forderungsausfälle und der betroffenen Arbeitnehmer. Verantwortlich hierfür ist die deutlich gestiegene Zahl an Insolvenzen von mittleren und großen Unternehmen. So haben sich die Fallzahlen bei Großunternehmen (mehr als 250 Mitarbeiter) gegenüber dem Vorjahreswert verdoppelt.
"Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland dürfte 2024 aller Voraussicht nach schwach ausfallen. Zusammen mit den immer noch hohen Zinsen bleibt die Unternehmensfinanzierung eine echte Herausforderung. Selbst nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) Anfang Juni die angekündigte Zinswende vollzogen hat, dürften die Unternehmensinsolvenzen noch bis Jahresende zunehmen und im Gesamtjahr erstmals wieder das Vor-Corona-Niveau übersteigen", erläutert der Creditreform Sprecher.
Die aktuelle Studie von Creditreform zeigt vor allem im Segment der größeren Unternehmen ein sehr dynamisches Insolvenzgeschehen, das weit über dem normal üblichen Niveau der vergangenen Jahre liegt. In diesen Entwicklungen würden sich auch die aufgestauten Probleme der zurückliegenden Krisen spiegeln.
Viele Unternehmen hätten zudem ein Schuldenproblem und könnten aufgrund der schlechten Wirtschaftslage den Zahlungsverpflichtungen aus eigener Finanzkraft derzeit kaum nachkommen. "Die Unternehmensstabilität in Deutschland ist derzeit so wacklig wie seit vielen Jahren nicht mehr", faßt Creditreform die Ergebnisse zusammen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.383/…):

>>**Umwelthilfe beantragt höhere Parkgebühren für SUV in 150 Städten**

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat in 150 deutschen Städten Anträge gestellt, um extrem große Autos aus den Innenstädten zu verbannen. Das berichten die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstagsausgaben). Demnach fordert die DUH konkret höhere Parkgebühren für SUV-Fahrzeuge sowie die konsequente Kontrolle und Ahndung von mißbräuchlichem Parken über markierte Flächen hinaus - etwa durch Bußgeld oder Abschleppen. Die DUH hat

für die kommunalen Anträge ein Rechtsgutachten erstellen lassen.
Unter anderem dürften die Kommunen demnach die Anwohnerparkgebühren auf mindestens 360 Euro im Jahr erhöhen, inklusive einer Preisstaffelung je nach Fahrzeuggröße. Laut dem Rechtsgutachten dürften auch besonders große Fahrzeuge von Bewohnerparkvorrechten ausgeschlossen werden. Laut DUH sollen die Mehreinnahmen in den Bus- und Bahnverkehr, Rad- und Gehwege sowie in Ausgleichslösungen für einkommensschwache Haushalte fließen. Betroffen sind 26 Städte in Baden-Württemberg und 23 in Bayern.
Außerdem drei Städte in Brandenburg, 13 in Hessen, drei in Mecklenburg-Vorpommern, 14 in Niedersachsen, 37 in Nordrhein-Westfalen, zwölf in Rheinland-Pfalz, je drei in Sachsen und Sachsen-Anhalt, sechs in Schleswig-Holstein, zwei in Thüringen sowie Berlin, Bremen, Bremerhaven, Hamburg und Saarbrücken. Vorbild für die DUH ist Paris.
Die französische Hauptstadt hatte Anfang des Jahres ihre Einwohner darüber abstimmen lassen, ob für schwere SUV-Fahrzeuge und andere gewichtige Karossen eine höhere Parkgebühr verlangt werden darf.
Ab September soll dann eine Stunde Parken im Stadtzentrum für schwere, große Autos 18 Euro kosten, für sechs Stunden werden gar 225 Euro fällig. Die DUH hatte nach dem Pariser Bürgerentscheid auch in Deutschland gefragt, ob SUV-Fahrzeuge aus den Innenstädten verdrängt werden sollten. 19.000 Menschen sprachen sich demnach dafür aus. "Unsere Innenstädte drohen an übergroßen Stadtgeländewagen und Lifestyle-Pick-Ups zu ersticken. Monster-SUV mit über 5 Metern Länge haben nichts in unseren Städten zu suchen", sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch den Funke-Zeitungen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.383/…):
>>**Krankenhausgesellschaft unterstützt Vorstoß zur Widerspruchslösung**
Die Deutsche Krankenhausgesellschaft unterstützt den neuen Vorstoß für die Einführung einer Widerspruchslösung in der Organspende. "Die Widerspruchslösung kann für mehr gerettete Leben sorgen, da sich die Menschen so aktiv mit der Frage der Organspende auseinandersetzen müssen", sagte der DKG-Vorstandsvorsitzende Gerald Gaß dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". "Viel zu viele Menschen warten nach wie vor vergeblich auf ein Spenderorgan", so der Verbandschef. Es sei deshalb wichtig, daß die Zahl der Organspender in Deutschland spürbar steigt.
"Mehr Aufklärung darüber, was Organspende eigentlich bedeutet und wie stark sie in Deutschland reguliert und überwacht ist, kann dabei helfen." Der Bundesverband der Organtransplantierten (BDO) äußerte ebenfalls Zustimmung zur angestrebten Widerspruchslösung und nannte sie "dringend und wichtig". Der Verband, der auch die wartenden Patienten vertritt, mahnte aber weitere Schritte darüber hinaus an: Das Modell müsse Teil des Gesamtkonzepts sein, sagte BDO-Chefin Sandra Zumpfe dem RND.
Dazu müßten zusätzliche Maßnahmen gehören: Eine kontinuierliche Aufklärung, die Unterstützung der Transplantationsbeauftragten und Entnahmekliniken, aber auch eine stärkere Anerkennung und Betreuung der Hinterbliebenen von Organspendern, forderte sie.
Zusätzlich müßten die gesellschaftliche Akzeptanz und das Bewußtsein für die Bedeutung der Organspende gezielt erhöht werden, etwa durch Aufnahme des Themas in den Schulunterricht, forderte der Verein. "Organspende sollte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden und die Aufklärung über das Thema als kontinuierlicher Prozeß", so Zumpfe.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Bombendrohungen und Amok-Ankündigungen - immer mehr Islamismus an deutschen Schulen**
An deutschen Schulen gibt es immer mehr islamistische Radikalisierung, bei der auch TikTok und andere Social-Media-Plattformen eine große Rolle spielen - Bildungsministerien berichten gar von Bombendrohungen und Amok-Plänen.

Von *Redaktion*

Radikal-islamische Influencer und Gruppen wie "Muslim Interaktiv" spielen eine zentrale Rolle bei der besorgniserregenden Entwicklung.

An deutschen Schulen gibt es immer mehr islamistische Radikalisierung - das ergab eine Abfrage des SWR-Formats Vollbild bei den Innen- sowie den Bildungsministerien der Bundesländer. Sie erklärten, daß die Stimmung in deutschen Schulen angespannt sei. Es gebe Fälle von Radikalisierung von Schülern und eine deutliche Zunahme von extremistischen Vorfällen - von Bombendrohungen, Amok-Ankündigungen und antisemitischen Beleidigungen.

Daß dabei der Nahost-Konflikt eine große Rolle spielt, zeigen zum Beispiel die Ausführung des hessischen Bildungsministeriums. Es berichtet, daß seit dem Jahr 2018 insgesamt 15 islamistisch motivierte Vorfälle an Schulen gemeldet worden seien - lediglich einer vor dem Jahr 2023. Elf der 14 Vorfälle aus dem letzten Jahr stünden im "zeitlichen und sachlichen Zusammenhang" mit dem Überfall der Hamas auf Israel. Sechsmal kam es zu anonymen Bombendrohungen gegen hessische Schulen.

Das Land Schleswig-Holstein stellt eine "leicht erhöhte Tendenz an islamistisch motivierten Aktivitäten fest, die im Kontext Schule auftreten". In Rheinland-Pfalz sei kein genereller Anstieg islamistischer Vorfälle bekannt, doch eine "angespanntere und aufgeheiztere Stimmung" könne man nicht verkennen. Es habe einzelne Amokdrohungen gegen Schulen mit Bezug auf den Nahost-Konflikt gegeben.

Das Thema ist laut Innenministerium Brandenburg ein "Mobilisierungsthema und Brandbeschleuniger". In Berlin sei die Lage an Schulen zunächst "angespannt" gewesen, habe sich aber nun wieder "den Umständen entsprechend beruhigt". Manche Bundesländer antworteten laut Tagesschau nicht auf die Umfrage oder gaben an, daß sie islamistische Vorkommnisse an Schulen nicht erfassen.

Islamistische Grundhaltungen: Auch TikTok spielt eine Rolle

Die Tagesschau berichtet weiter über Lehrer und Sozialarbeiter, die erzählen, daß Jugendliche anfällig für islamistisches Gedankengut seien. So hätten Schüler die Hamas als "Freiheitsbewegung" gefeiert oder Geschlechtertrennung im Unterricht gefordert. Eine Rolle sollen dabei auch islamistische Influencer spielen, wobei Jugendliche vor allem auf der App TikTok schnell in Kontakt zu radikal-islamischen Predigern kommen.

Solche Prediger gibt es zuhauf: Die chinesische Social-Media-App ist ein neues, hocheffektives Propagandainstrument für die Islamisten. Apollo News berichtete in der Vergangenheit etwa über Sheikh Ibrahim, einen Star in der deutschsprachigen, islamistischen Community auf TikTok. Seine Videos erreichen bis zu einer Million Aufrufe, vor seiner Sperrung hatte er plattformübergreifend mehr als 350.000 Follower.

Er tritt in traditionellen Gewändern wie ein Gelehrter auf - andere Islamisten geben sich äußerlich betont cool und locker, um so junge Menschen zu erreichen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist "Muslim Interaktiv", eine Gruppierung, die laut Hamburger Verfassungsschutz eine Tarnorganisation der seit 2003 in Deutschland verbotenen islamistischen Vereinigung "Hizb ut-Tahrir - Islamische Befreiungsfront" sein soll.

Seit dem Jahr 2020 veröffentlicht der "Zusammenschluß von Muslimen" regelmäßig extrem professionell gemachte Videos: Mit Drohnenaufnahmen, dynamischen Schnitten und Kameraperspektiven oder Comic-Elementen wirken sie fast wie Spielfilme. Wobei natürlich auch protzige Autos, Motorräder und durchtrainierte Protagonisten nicht fehlen dürfen - denn darauf steht die Jugend schließlich.

"Gegenkultur mit Lifestyle-Charakter"

Zusammen mit Instagram, Facebook und TikTok haben die "Pop-Islamisten", wie Ermittler die jungen Männer nennen, zusammengerechnet fast 50.000 Follower. Und diesen, vermutlich sehr jungen, Zuschauern präsentieren sie inzwischen vor allem Kurz-Videos, in denen stein-

zeitliche Lehren aus dem Koran gezogen werden und Muslime dazu angehalten werden, alles Westliche abzulehnen.
Gesicht und Aushängeschild des Ganzen ist der 25-jährige Lehramts-Student Joe Adade Boateng, ein Deutsch-Ghanaer, der sich "Raheem" nennt. Er sitzt in einem professionellen Podcast-Studio und trägt coole Klamotten - zum Beispiel Trainingsjacken oder ein Hoodie mit dem eigenen Brand - während er mit zusammengezogenen Augenbrauen in die Kamera spricht.
Der Social-Media-Islamist Dehran Asanov ist ein weiteres Beispiel: Er tritt leger in Sportkleidung auf, predigt aber harten Islamismus. Auf TikTok folgen ihm Hunderttausende, über 10 Millionen Likes sammelten seine Clips bereits. Asanov vertritt einen fundamentalistischen Islam mit einer starken Betonung des Gehorsams gegenüber Allah - einen Islam, der von der Mehrheitsgesellschaft absondern soll, weil die darin lebenden Menschen häufig "verdorben" seien.
Das "Lagebild Islamismus 2024" des Nordrhein-Westfälischen Innenministeriums faßt die Szene mit den folgenden Worten gut zusammen: Es hat sich eine "Gegenkultur mit Lifestyle-Charakter" entwickelt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Ohne Klärung des Skandals: Verfahren gegen zentralen Cum-Ex-Bankier eingestellt**
Das Verfahren gegen den ehemaligen Warburg-Bankier, Christian Olearius, wird wegen seines Gesundheitszustandes eingestellt. Der 82-Jährige stand im Fokus des größten Steuerhinterziehungsskandals in der Geschichte der Bundesrepublik.
Henry Albrecht
Der mittlerweile 82-jährige Olearius kann sich in Sicherheit wähnen, das Verfahren gegen ihn wurde am Montag eingestellt.
Er steht im Zentrum des wohl größten Steuerskandals der Bundesrepublik: der ehemalige Warburg Bankier Christian Olearius. Trotz der gigantischen Ausmaße des Cum-Ex-Skandals wird das Verfahren gegen den 82-Jährigen am Landgericht Bonn nun jedoch eingestellt. Als Begründung führt das Gericht die angeschlagene Gesundheit des Ex-Bankiers auf. Bereits im September beantragten Staatsanwaltschaft sowie die Verteidigung eine vorzeitige Schließung des Verfahrens. Zuletzt war die Verhandlungsdauer pro Gerichtstag auf 45 Minuten begrenzt worden.
Dem Bankier wird Steuerhinterziehung in erheblichem Ausmaß vorgeworfen. Vor dem Bonner Landgericht brachte man 14 solcher Fälle zur Sprache, wobei der entstandene Schaden für den Staat laut den Anklägern fast 280 Millionen Euro betrug. Die Verteidigung übte heftige Kritik an den Methoden der Ermittler und wies die Anschuldigungen zurück. Doch neben den eigentlichen Anklagepunkten sieht sich der Bankier auch weiterer Kritik ausgesetzt. Gemeinsam mit der SPD Hamburg soll er versucht haben, die Ermittlungen zu behindern, eine mögliche Beteiligung von Bundeskanzler Scholz zu verschleiern und eine Aufklärung des Falls zu vereiteln.
Mehrmals traf der Bankier sich wohl aus diesen Gründen mit den Hamburger SPD-Größen Alfons Pawelczyk und Johannes Kahrs. Bereits im Dezember veröffentlichte Apollo News Informationen aus einem zu diesem Zeitpunkt unter Verschluß stehenden Zwischenbericht des Cum-Ex-Untersuchungsausschusses der Hamburger Bürgerschaft.
Olearius' Beziehungen zur Hamburger SPD
Darin enthalten: handschriftliche Notizen von Christian Olearius aus dem Jahr 2016. Sie bieten Einblicke in die Vorgänge rund um die Durchsuchung der Bank, die Stellungnahme der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu den Cum-Ex-Geschäften, sowie in die Kommunikation mit beteiligten Personen. Diese Notizen verzeichnen unter anderem eine Liste von Personen, die für ihre Mitwirkung oder Unterstützung entweder eine Mitteilung

oder Dank erhalten haben. Besonders erwähnt wird Pawelczyk, der auf der Dankesliste steht und bei dessen Namen ein Haken vermerkt ist.
Laut Tagebucheinträgen informierte Olearius Pawelczyk am 22. November 2016 über die Entwicklungen im Fall und lud ihn als Dank für seine Unterstützung zu einem Jahresabschluß-Lunch ein. Eine entsprechende Einladung wurde am 12. Dezember 2016 per E-Mail bestätigt. Am 23. Dezember erfolgte eine Überweisung von 29.750 Euro von der Warburg Gruppe an Pawelczyk, markiert als "Rechnung 1/2016".
Auch SPD-Politiker Kahrs setzte sich intensiv für die Warburg Bank ein, wie aus einem Schreiben von Olearius an Kahrs vom 29. August 2016 hervorgeht, in dem um Unterstützung bei der BaFin gebeten wird. Die Bundesregierung bestätigte, daß Kahrs am 1. September 2016 ein Telefonat mit dem damaligen Chef der Bankenaufsicht Hufeld führte. Zusätzlich steht Kahrs im Zusammenhang mit erheblichen Parteispenden der Warburg Bank an die SPD.
Olearius klagte gegen die Veröffentlichungen
Im Rahmen der Berichterstattung rund um den Cum-Ex-Skandal klagte der Bankier mehrmals gegen Veröffentlichungen aus seinen Tagebüchern - scheiterte damit Ende April jedoch endgültig. Das Bundesverfassungsgericht beschied in einem Urteil, daß Tagebuchauszüge des Ex-Warburg Bankiers Christian Olearius publiziert werden dürfen. Vor rund einem Jahr war der Ex-Bankier gegen das Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) vorgegangen, das der Süddeutschen Zeitung erlaubte, in einem Bericht Passagen aus seinen Tagebüchern zu zitieren.
Die Zeitung hatte die Auszüge, die während einer Durchsuchung von Olearius Privaträumen im Jahr 2018 beschlagnahmt worden waren, im September 2020 veröffentlicht. Der Bankier sah sich deshalb in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt und zog vor das Landgericht Hamburg. Dies entschied in erster Instanz gegen die Zeitung und untersagte die Veröffentlichung. Auch die Berufung der SZ wurde vom Oberlandesgericht Hamburg weitgehend zurückgewiesen.
2023 urteilte der BGH jedoch, dass, anders als bislang beschieden, die Tagebücher keine amtlichen Dokumente seien. Daher dürfe aus Ihnen zitiert werden, zumindest so lange die Medienfreiheit gegenüber dem Persönlichkeitsrecht überwiegen würde - und in diesem Fall überwog das öffentliche Informationsinteresse deutlich. Olearius sah das anders und klagte darauf hin vor dem Bundesverfassungsgericht (BVfG), dieses erklärte jedoch, daß die Klage des Ex-Bankiers unzulässig sei und bestätigte damit das Urteil des BGH.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.381/…): >>**"Plünderland: Wie der Staat die Deutschen arm macht - und bald sogar völlig ruinieren wird"**
von *Günter Hannich*
Plünderland: Wie der Staat die Deutschen arm macht - und bald sogar völlig ruinieren wird
Das Schwarzbuch der Ausplünderung Deutschlands - faktenkompakt und aktuell wie kein anderes Buch zur Lage der Nation
Das "reiche Deutschland" ist ein Märchen!
Haben auch Sie sich schon einmal gewundert, warum Sie ständig arbeiten, aber trotzdem auf keinen grünen Zweig kommen? Politik und Mainstream-Medien behaupten immer wieder, Deutschland wäre ein "reiches Land". Doch in Wirklichkeit gehört der deutsche Bürger in Europa zu den Ärmsten, obwohl wir die stärkste Wirtschaft haben und am härtesten arbeiten. Der Grund dafür:
Deutschland ist zu einem Plünderland verkommen, das seine Bürger gnadenlos ausbeutet!
In vielen Bereichen sind wir traurige Weltmeister. Deutschland ist Rekordhalter bei Steuern und Abgaben. Und so gut wie niemand zahlt mehr, wenn es um Strom, Immobilien, Krankenkassenbeiträge, Medikamente, Autopreise oder Rundfunkbeiträge geht. Wir leisten uns einen beispiellos aufgeblähten Sozialstaat und einen gigantischen Apparat an Beamten und Funktio-

nären. Dazu kommt eine teure und überbordende Bürokratie. Sinnlose Subventionen werden wie am Fließband beschlossen. Das größte Problem ist die steigende Staatsverschuldung, die durch zweifelhafte staatliche Projekte geradezu explodiert.
"Jedes Jahr exportieren wir unseren Wohlstand - das Land blutet regelrecht aus."
Nicht zu vergessen: Deutschland ist weltweit die Nummer zwei in Sachen Entwicklungshilfe und Weltmeister bei der Finanzierung von Zuwanderung. Auch die Deindustrialisierung und die Vernichtung des Mittelstandes machen jeden Einzelnen von uns täglich ärmer. Ganz abgesehen von unserem maroden Rentensystem, das schon in wenigen Jahren gegen die Wand fahren wird.
Mit Zahlen, Daten und Fakten belegt Hannich den Niedergang Deutschlands!
Diese überbordenden Ausgaben sind der Grund, warum der normale Bürger auf keinen grünen Zweig kommt. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Im Gegenteil: Uns droht in Kürze der totale Absturz.
Selbst wenn Sie es zu gewissen Ersparnissen gebracht haben, werden diese schon bald bei einem Crash verloren gehen oder vom Staat enteignet werden. Wer diese Zusammenhänge nicht kennt, der wird in die Armut abrutschen, egal wie sicher er sich auch heute noch fühlt. Günter Hannich läßt es deshalb nicht bei Schadensbilanzen bewenden, sondern gibt wertvolle Tips, wie Sie sich jetzt absichern sollten.
"Wer sich heute nicht absichert, wird massive Verluste erleiden, bis hin zur völligen Enteignung!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Gruppenvergewaltigung: Bewährung für Vergewaltiger - Knast für Beleidigung**
Im 2020 ereignete sich im Hamburger Stadtpark ein furchtbares Sexualverbrechen. Eine damals 15-Jährige wurde von neun Jugendlichen vergewaltigt. Acht von ihnen erhielten eine Bewährungs- und nur einer eine Haftstrafe. Von den neun Vergewaltigern haben acht einen Migrationshintergrund.
Viele Bürger erachteten das Urteil als zu milde und ließen insbesondere im Internet ihrer Wut freien Lauf. Im Netz gab es viele Anfeindungen und Beleidigungen, auch gegen die Sexualstraftäter.
Nun wurde eine 20-jährige Frau zu einem Freizeitarrest in einer Jugendstrafanstalt verurteilt, weil sie einen der Täter persönlich beleidigte und bedrohte.
Laut Medienberichten gibt es Ermittlungen gegen rund 140 Verdächtige wegen Haßpostings. Die AfD-Fraktion will in einer Kleinen Anfrage weitere Hintergründe dazu erfahren.
Dazu der hamburgische Fraktionschef und innenpolitische Sprecher Dirk Nockemann: "Nach der furchtbaren Gruppenvergewaltigung und dem Skandalurteil sind viele Menschen zu Recht empört. Einige Bürger schießen mit ihren Emotionen allerdings über das Ziel hinaus, was in manchen Fällen auch kritikwürdig ist.
Werden jedoch unbedachte verbale Äußerungen schwerer bestraft als diese bestialische Vergewaltigung, bekommt der Bürger das Gefühl, daß die juristischen Maßstäbe auf den Kopf gestellt werden. Jene, die solche Urteile kritisieren, dürfen nicht härter bestraft werden als jene, die solche Untaten begehen. Das Vertrauen in unsere Justiz bricht sonst."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Sozialpolitik: Bürgergeld für Ukrainer ist Mißbrauch des deutschen Sozialsystems**
Laut aktuellen Medienberichten hält die Bundesregierung weiterhin daran fest, das Bürgergeld auch an ukrainische Migranten auszuzahlen.
Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Gerrit Huy, verurteilt diese Entscheidung:

"Es ist absolut unverständlich und unverantwortlich, daß die Bundesregierung weiterhin Milliarden Euro aus dem deutschen Sozialsystem entnimmt, um Migranten aus der Ukraine zu alimentieren. Diese Gelder werden den hart arbeitenden deutschen Steuerzahlern entzogen, die selbst immer stärker unter der Last der ständig steigenden Lebenshaltungskosten leiden. Wir als AfD-Fraktion haben stets gewarnt, daß eine unkontrollierte und ungebremste Migration unsere Sozialsysteme überlasten wird - und genau das sehen wir jetzt.
Während deutsche Rentner, die ihr Leben lang in die Sozialkassen eingezahlt haben, mit mageren Erhöhungen abgespeist werden, sollen Fremde ohne nennenswerte Eigenleistung vollumfänglich versorgt werden. Das ist ein Skandal.
Wir als AfD-Fraktion stehen für eine Politik, die den Deutschen wieder die Priorität einräumt, die sie verdient haben. Die Ampelregierung zeigt mit ihrer Entscheidung einmal mehr, daß ihr die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vollkommen egal sind. Die Zeit der verfehlten Multikulti-Träume muß endlich enden. Wir brauchen eine Politik der Vernunft und der nationalen Selbstachtung. Nur so kann Deutschland wieder zu dem starken und souveränen Staat werden, der es einmal war."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Insolvenzen steigen um 30 Prozent: Die Pleite-Ampel muß endlich abtreten!**

Die Ampel-Regierung und Robert Habecks Klüngel-Netzwerk haben ganze Arbeit geleistet: Deutschlands Wirtschaft ist im freien Fall. Um satte 30 Prozent stieg die Zahl der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2024 gegenüber dem Vorjahreszeitraum. In rund 11.000 Firmen gingen innerhalb von nur sechs Monaten die Lichter aus, ergab die Untersuchung einer renommierten Wirtschaftsauskunftei. Wir rasen auf einen Abgrund zu - und die Ampel-Koalition tritt dabei aufs Gaspedal.
Daß die Scholz-Regierung gleichgültig auf diese Entwicklung reagiert, verwundert nicht. Schließlich bekunden Regierungsmitglieder wie etwa Außenministerin Baerbock ganz offen, es sei ihr bei bestimmten Themen "egal, was meine deutschen Wähler denken". Egal ist für diese Regierung offenbar auch, wenn Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, Familien in Armut gestürzt werden und sich Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit in Deutschland ausbreiten. Unbeirrt halten die Deutschland-Abschaffer an ihrer Klima-Hysterie fest, die den wirtschaftlichen Niedergang unseres Landes zu erheblichen Teilen verursacht hat.
Wenn wir wollen, daß Deutschlands Wirtschaft sich wieder erholt und die Insolvenzwelle gestoppt wird, dann müssen wir endlich die Energiepreise wieder senken, indem wir die "Energiewende" rückabwickeln. Wir müssen Kernkraftwerke wieder in Betrieb nehmen und die Nord-Stream-Leitungen unverzüglich reparieren. Außerdem brauchen wir ein Entlastungsprogramm für den Mittelstand: Steuern und Abgaben senken, CO2-Abzocke beenden.
Statt Massenmigration in die Sozialsysteme brauchen wir eigene Fachkräfte durch eine leistungsorientierte und ideologiefreie Bildungspolitik. Wir stehen bereit: Es wird Zeit, daß das Wirtschaftsministerium von einem Patrioten geführt wird - und nicht von einem Clan-Netzwerk, das die Bedeutung des Wortes "Insolvenz" nicht kennt und ein Problem mit Deutschland hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.378/…): >>**AfD scheitert mit neuer EU-Fraktion - Jetzt muß Krah ran!**

Von *Jürgen Elsässer*

Der bisherige AfD-Delegationsleiter im EU-Parlament, René Aust, sieht Bildung einer neuen Fraktion im EU-Parlament vor dem Aus. Jetzt kann es nur noch Maximilian Krah retten. …
Welch ein Desaster! Zuerst hat das AfD-Führungsduo Weidel/Chrupalla den EU-Spitzenkandidaten Maximilan Krah aus der AfD-Delegation im EU-Parlament kanten lassen und an seiner Stelle René Aust zu deren Chef gemacht. Hat nichts genützt, Marine Le Pen wollte die

AfD doch nicht wieder in die gemeinsame Fraktion Identität & Demokratie aufnehmen. Dann nahm man, richtigerweise, Kurs auf die Bildung einer eigenen EU-Fraktion und hatte auch schon einen Namen: Die souveränsten Partner der AfD sollten vor allem osteuropäische Parteien sein.
Doch diese Verhandlungen sind offenbar vor dem Aus - und zwar weil Herrn Aust die osteuropäischen Partner nicht genehm sind. Im "Stern" ist heute zu lesen:
"Nach Informationen des stern teilte Delegationsleiter René Aust seinen Kollegen mit, daß er bei einigen potentiellen Partnern große Risiken sehe. Dabei gehe es auch um mögliche Relativierungen des Holocaust. Es sei daher besser, keine Fraktion als eine falsche Fraktion zu bilden."
Wie lange soll der Zirkus noch weiter gehen? Der AfD-Bundesvorstand muß endlich den Mann als Chef der EU-Delegation berufen, mit dem die Blauen als Spitzenkandidat am 9. Juni über sechs Millionen Stimmen geholt haben: Maximilian Krah! ...<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29504" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Arbeiten Politik und Justiz etwa gegen das Volk?**
Die ruinösen Corona-Maßnahmen, Klima-Politik, Zuwanderungs-Politik u.a.m. gehen nicht ohne Wirkung und Spuren an der Bevölkerung vorbei. Zunehmend kommt die Frage auf, ob die Regierung etwa GEGEN das Volk arbeitet. …
Bereits 2016, also deutlich vor Corona und der Klimapolitik, die von vielen Bürgen als überzogen empfunden wird, erschien das Taschenbuch "Politik gegen Deutschland: Die politische Klasse verstößt das Volk". Autor Günter Köchy reklamiert die aufgezwungene Zuwanderungspolitik. In dieser Sendung stellen wir Indizien zusammen, die den Eindruck bestätigen, daß Politik und auch Justiz GEGEN Deutschland arbeiten.
01 Höcke-Urteil - Deutschfeindliche Politik und Justiz?
Am 14. Mai 2024 wurde der AfD-Spitzenpolitiker Björn Höcke wegen seines Ausspruchs "Alles für Deutschland!" zu einer Geldstrafe von 13.000 Euro verurteilt. Auslöser war die Anzeige des Grünen parlamentarischen Geschäftsführers der Fraktion Sachsen-Anhalt, Sebastian Striegel. Höckes Rechtsanwalt Dr. Ulrich Vosgerau, allseits anerkannter Staatsrechtler, attestierte: "In der Tat ein Fehlurteil!" Das nicht ohne Grund. Denn das Gericht stützte sich ohne einen Beweis lediglich auf seine Unterstellung. Demnach habe Höcke die angeblich ausschließliche NS-Parole "Alles für Deutschland!" vorsätzlich im Wissen um die Strafbarkeit ihrer Verwendung in eine Wahlrede eingebaut.
Die Unschuldsvermutung, Grundlage der Rechtsstaatlichkeit, wurde beiseitegeschoben. Völlig ausgeblendet wurde von Politik und Justiz auch, daß Höckes Aufruf schon im 19. Jahrhundert Verwendung fand. Ja sogar bis heute, etwa von der prominenten CSU-Abgeordneten Dorothee Bär. Ankläger Striegel hatte seinerseits 2015 mit der Parole frohlockt: "Zuwanderung bis zum Volkstod". Straffrei übrigens. Entlarvt das nicht die offensichtliche deutschfeindliche Gesinnung von Politik und Justiz?
02 Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik
Mathias Brodkorb, SPD-Politiker, ehemaliger Finanz- und Bildungsminister, nimmt in seinem Buch "Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?" den deutschen Verfassungsschutz unter die Lupe. Das Werk hat den Untertitel "Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik". Er untersuchte darin sechs Fallbeispiele, wie die Proteste gegen Corona-Maßnahmen, die privaten Spendensammlungen für Betroffene der Flut im Ahrtal oder die AfD. Die Eingriffe des Geheimdienstes seien in nie dagewesener Weise höchst problematisch.
Brodkorb zeigt auf, wie der Verfassungsschutz seine Grenzen rechtsstaatswidrig überschreite und legitime Grundrechtsausübung in gefährlichen politischen Extremismus umdeute. Was rechtsextremistisch und gefährlich ist, wird vom Verfassungsschutz bevorzugt schwammig formuliert, damit es möglichst weitreichend angewandt werden kann. Weil sich der Verfas-

sungsschutz damit als Erfüllungsgehilfe der Politik zeigt, fordert Brodkorb die Abschaffung der deutschen Verfassungsschutzbehörden bei Bund und Ländern.

03 Teure Great-Reset- und Klima-Propaganda

"Je desaströser die praktischen Auswirkungen der Ampel-Politik werden, desto mehr Steuergeld gibt sie für ihre Propaganda aus." So das Fazit der Website ansage.org. Auf Anfrage der AfD habe die deutsche Regierung eine über 100-seitige Liste rausgerückt. Demnach wurden im Jahr 2023 für Informationsmaßnahmen, Werbung etc. ca. 85 Mio. Euro ausgegeben. 2022 waren es gar ca. 195 Mio. Euro. Einen nicht geringen Posten nehmen laut ansage.org als "Studien" getarnte Propagandamachwerke ein.

So z. B. "Muslimfeindlichkeit - eine deutsche Bilanz", eine vermeintliche "Studie", die Innenministerin Nancy Faeser im Juni 2023 freudig begrüßt hatte. Im März 2024 wurde die Studie nach einer erfolgreichen Klage des Journalisten Henryk M. Broder komplett gelöscht. ansage.org folgert: "Irgendwelche Ideologieprojekte aus dem linken Wolkenkuckucksheim werden nicht nur für Millionen und Milliarden umgesetzt, sondern auch noch mit horrenden Kosten beworben."

04 Neue Wehrpflicht in Deutschland - nach ukrainischem Modell?

Nach langen Diskussionen stimmte die CDU auf ihrem Parteitag nun doch für eine schrittweise Rückkehr zur Wehrpflicht in Deutschland. Junge Männer und Frauen müßten demnach verpflichtend für eine bestimmte Zeit zur Armee oder in den sozialen Bereich. Seit 2011 war sie ausgesetzt worden. Bis zur endgültigen Umsetzung soll eine "Kontingentwehrpflicht" eingeführt werden, bei der je nach Personalbedarf der Bundeswehr eingezogen wird. Angesichts der aktuellen Situation in der Ukraine lassen derartige Formulierungen aufmerken.

Denn laut der YouTuberin Krissy Rieger sieht die Kontingentwehrpflicht in der Ukraine aktuell so aus, daß nahezu alle Männer zwangsrekrutiert werden. Sie werden auf offener Straße eingezogen und abgeführt. Andere werden aus Restaurants, Geschäften oder dem eigenen Auto bzw. der eigenen Wohnung herausgezerrt und an die Front geschickt. In der Regel für ein langes, häufig für ein endgültiges Nicht-Wiedersehen. So blutet langsam aber sicher ein ganzes Volk aus. Wollen wir das auch für Deutschland?

Viele sagen angesichts des überbordenden staatlichen Unrechts immer noch: "Ach, da kann man nichts machen!" Und doch machten Mahatma Gandhis Notwehrmaßnahmen, nämlich durch beharrliches Festhalten an der Wahrheit und durch gewaltlosen Widerstand, ihn schon zu Lebzeiten weltweit bekannt und bis heute für viele zum Vorbild. Auch Berthold Brecht forderte das Volk zur Notwehr auf: "Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht."

Wikipedia schreibt: "Notwehr bezeichnet im deutschen Straf- und Zivilrecht diejenige Verteidigungshandlung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden. Notwehr kann zum Schutz eigener und fremder Individualrechtsgüter ausgeübt werden, etwa Leib, Leben und Eigentum. Dem Notwehrrecht liegt das Rechtsbewährungsprinzip zugrunde. Aus diesem Grund ist eine durch Notwehr gerechtfertigte Handlung kein Unrecht."<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.381/…): >>**US-Studie zu Todesfällen nach Corona-Impfung bestätigt: Häufigste Ursache plötzliches Herzversagen!**

Eine US-Studie zu möglichen Impfschäden nach der Injektion von Corina-Vakzinen sorgt in der medizinischen Fachwelt für Aufsehen. Wissenschaftler um den Epidemiologen Nicolas Hulscher von der Universität von Michigan untersuchten vermutete Zusammenhänge zwischen der Verabreichung verschiedener COVID-19-Impfstoffe und Todesfällen anhand von Autopsie-Ergebnissen. Dabei kamen die Wissenschaftler und Ärzte zu dem Ergebnis, daß 73,9 Prozent der untersuchten Todesfälle direkt auf die COVID-19-Impfung zurückzuführen

seien oder diese zumindest erheblich dazu beigetragen habe.
Im Rahmen der Studie, die unter dem Titel "A Systematic REVIEW of Autopsy findings in deaths after covid-19 vaccination" in der renommierten Fachzeitschrift "Forensic Science International" (FSI) veröffentlicht wurde, erfaßten die Autoren 678 bis zum 18. Mai 2023 veröffentlichte Autopsie- und Nekropsieberichte nach Leichenausgrabungen aus verschiedenen Ländern im Zusammenhang mit der Corona-Impfung.
Nach Überprüfung bestimmter Kriterien (zum Beispiel tatsächliche Durchführung einer Autopsie und Vorliegen der Covid-Impfung) flossen 44 Studien in die Analyse ein.
Neubewertung von Krankheitsbildern
Die darin beschriebenen 326 Todesfälle nach einer Corona-Impfung wurden wiederum von drei Ärzten unabhängig voneinander neu analysiert und interpretiert. Dabei ging es den Medizinern vor allem um eine Neubewertung bestimmter Krankheitsbilder, von denen erst nachträglich bekannt wurde, daß diese gehäuft nach Corona-Impfungen auftraten.
Insgesamt führten die an der Studie beteiligten Ärzte und Wissenschaftler in der Folge 240 der 326 untersuchten Todesfälle direkt auf die Impfung zurück. Das Durchschnittsalter der Betroffenen lag bei 70,4 Jahren, wobei die durchschnittliche Zeit von der Impfung bis zum Tod 14,3 Tage betrug.
Die meisten Todesfälle traten laut den Wissenschaftlern innerhalb einer Woche nach der letzten Verabreichung des Impfstoffs auf.
Zu den häufigsten Todesursachen gehört mit 35 Prozent der plötzliche Herztod, mit 12,5 Prozent eine Lungenembolie, mit 12 Prozent ein Herzinfarkt und mit 7,9 Prozent eine immunthrombotische Thrombozytopenie (Blutungen durch einen Mangel an Blutplättchen), die von Vektorimpfstoffen ausgelöst werden kann. 7,1 Prozent starben an einer Herzmuskelentzündung (Myokarditis), 4,6 Prozent an einem multisystemischen entzündliches Syndrom und 3,8 Prozent an einer Hirnblutung.
Unter den Todesfällen, bei denen ein "signifikanter Zusammenhang" zwischen Impfung und dem Eintreten des Todes festgestellt wurde, dominierte der Impfstoff Sinovac (46,3 Prozent), gefolgt von Pfizer (30,1 Prozent), AstraZeneca (14,6 Prozent), Moderna (7,5 Prozent), Johnson & Johnson (1,3 Prozent) und Sinopharm (0,8 Prozent).
Auffällig ist, daß sowohl mRNA-Impfstoffe (BioNTech/Pfizer, Moderna), Vektorimpfstoffe (AstraZeneca, Johnson & Johnson) als auch Totimpfstoffe (Sinovac, Sinopharm) offenbar Todesfälle verursacht haben. Es deutet demnach kaum etwas darauf hin, daß ein bestimmtes Impfverfahren durch besonders wenige Todesfälle auffiel.<<
China: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**China führt Todesstrafe für "Unabhängigkeits-Fanatiker" in Taiwan ein**
Chinas Staatsapparat hat beschlossen, daß man taiwanesische "Unabhängigkeits-Fanatiker" in Abwesenheit zum Tode verurteilen kann. Als "krimineller" Separatismus gilt es dabei schon zu erklären, daß Taiwan nicht "ein Teil Chinas" ist.
Sebastian Thormann
Mit neuen Justiz-Richtlinien nimmt Chinas Staatsapparat seine politischen Gegner aus Taiwan ins Visier. Demnach soll Verfechtern der Unabhängigkeit (oder Selbstständigkeit) der Insel nun sogar die Todesstrafe drohen - die in Abwesenheit des 'Angeklagten' verhängt wird. Im Grunde würde das bedeuten, daß chinesische Behörden bereits jetzt beginnen könnten, prominente Politiker auf der Insel zum Tode zu verurteilen und dann im Falle einer erfolgreichen Invasion Todeskommandos zum Einsatz kommen, die alle auf entsprechenden Listen sofort hinrichten.
Konkret handelt es sich bei dem Vorhaben um einen Beschluß des chinesischen Obersten Gerichtshofs, des Generalstaatsanwalts und der Ministerien für Staatssicherheit und Inneres - allesamt unter Kontrolle der regierenden kommunistischen Partei. Den Gegnern Pekings in

Taiwan wirft man dabei "Separatismus" vor, schließlich betrachtet das chinesische Regime die Insel, die nie unter Kontrolle der Volksrepublik war, als Teil seines eigenen Staatsgebiets.
"Ziel der Richtlinien ist es, Personen, die an separatistischen Aktivitäten beteiligt sind und zu Verbrechen der Spaltung des Landes anstiften, gesetzlich zu bestrafen und so die nationale Souveränität, Einheit und territoriale Integrität wirksam zu schützen", heißt es vom Staatsmedium China Daily.
Als "Spaltung des Landes" gilt dabei bereits die Beteiligung an Gruppen, die zur "Unabhängigkeit Taiwans" aufrufen, einen Beitritt Taiwans in internationale Organisationen anstreben oder eine Beteiligung an offiziellem Austausch und militärischen Kontakten im Ausland forcieren, wenn diese das Bild von "zwei Chinas" oder "ein China, ein Taiwan" schaffen würden, so China Daily.
De facto bedeutet das, daß jedes offizielle Auftreten Taiwans als Land beziehungsweise bereits der Wunsch danach unter Strafe gestellt wird, wenn es nach Peking geht. Ebenso "kriminell" sei es, die "Fakten" zu "verfälschen" nach denen "Taiwan ein Teil Chinas" ist.
Für "Rädelsführer" solcher Verbrechen sei lebenslange Haft bis hin zur Todesstrafe möglich. Zugleich sei es möglich, entsprechende Verfahren in Abwesenheit durchzuführen, wenn man die Täter nicht dingfest machen könne. Konkret öffnet man hier also die Möglichkeit, Politiker und Aktivisten, die im demokratischen Taiwan leben und aktiv sind, vom chinesischen Festland aus zum Tode oder zu langen Haftstrafen zu verurteilen.
Durchsetzen kann Chinas Regime solche Urteile dann zwar erstmal nicht, aber sie lägen bereit, sollte es zu einer Invasion kommen oder sollte es dem Regime gelingen, entsprechende Personen auf Auslandsreisen festsetzen zu lassen. Das Ziel von alledem ist offensichtlich: Taiwans Parteien und Medien sollen dazu eingeschüchtert werden, einen pro-Peking-Kurs zu fahren, ansonsten bedroht man sie mitunter mit dem Tod.<<

26.06.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.386/…):
>>**Gau am Strommarkt: Deutscher Strompreis 16.500 Prozent höher als in Frankreich**
Julius Böhm
492 Euro in Deutschland, 2,96 Euro in Frankreich! Der Strompreis ist in Deutschland viel höher als in unseren Nachbarländern. Etwa 166 Mal so hoch wie in Frankreich.
Grund ist nach NIUS-Informationen ein Problem bei der Umstellung des Auktionssystems bei Europas größter Strombörse Epexspot. Durch den Fehler ist der Handel von Strom über Landesgrenzen - also für Strom-Importe und -Exporte hinweg beinahe gänzlich zum Erliegen gekommen - das hat für einen plötzlichen Anstieg der inländischen Nachfrage nach Strom gesorgt und die Preise explodieren lassen. Jeden Tag um 12 Uhr wird an der Strombörse für den Folgetag ein Preis mit allen erwarteten Stromproduktionen aus Wind, Solar, Kernenergie und sämtlichen konventionellen Kraftwerken sowieso den Stromflüssen über Landesgrenzen hinweg errechnet, der sogenannten "Day-Ahead-Preis" - weil die Importe und Exporte aber nicht in die Preise mit einbezogen werden konnten, waren die Preise regional so unterschiedlich und in Deutschland so exorbitant hoch.
Heißt: Deutsche Stromhändler konnten keinen günstigeren Strom mehr aus dem Ausland zukaufen, es mußten schnell inländische Kraftwerke einspringen, und zwar für teures Geld. 116 Mal teurer als in Frankreich. Anders ausgedrückt also unfaßbare 16.500 Prozent mehr, die die Deutschen bezahlen müssen.
Ein Beleg dafür, daß Deutschland für eine sichere und günstige Versorgung mit Strom auch von Exporten aus dem Ausland abhängig ist, sagte der Geschäftsführer eines großen europäischen Stromhändlers zu NIUS "Daß Deutschland ein Kapazitätsproblem hat, ist allen im Stromhandel-Segment klar, aber wie stark sich das auswirken kann, hätten selbst unsere erfahrensten Analysten überrascht."

Noch ist unklar, was für die Probleme bei den Day-Ahead-Auktionen gesorgt hat. Epexspot hat sich zu dem Vorfall noch nicht geäußert.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.383/…):

>>**Esken sieht "große Mehrheit" für Reform der Schuldenbremse**

Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken ist nach eigenen Angaben zuversichtlich, daß es zu einer Reform der Schuldenbremse kommen wird. "Ich sehe eine große parteiübergreifende Mehrheit, die die Notwendigkeit dieser Reform erkannt hat und bereit ist, sie umzusetzen", sagte Esken dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe).

Sie reagierte damit auf Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU), der eine Reform der Schuldenbremse noch vor der Bundestagswahl im September 2025 ins Spiel gebracht hatte. Wegner sagte der Zeitung, die CDU-geführten Länder seien "mehrheitlich" für eine Reform, um Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. "Unterschiede gibt es nur in Nuancen."

Esken begründete die Notwendigkeit einer Schuldenbremse-Reform mit den Auswirkungen der Sparpolitik vergangener Jahre, die die Menschen jeden Tag spürten. Als Beispiel nannte sie eine veraltete Infrastruktur, fehlende Kitaplätze und marode Schulgebäude. "Das sind keine kleinen Ärgernisse im Alltag, das hemmt unser wirtschaftliches Wachstum und schadet so unserem Wohlstand."

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sagte dagegen dem "Handelsblatt": "Die FDP steht für solide und nachhaltige Staatsfinanzen." SPD und Grüne hätten sich "dem Schuldenpopulismus verschrieben", während bei der CDU "keine klare Linie" festzustellen sei. "Die Wirtschaftswende kann nur im Einklang mit Haushaltsdisziplin und einer Priorisierung bei den Staatsausgaben gelingen", sagte Djir-Sarai.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.383/…):

>>**Zahl der Rauschgiftdelikte 2023 gestiegen**

2023 hat die deutsche Polizei 346.877 Rauschgiftdelikte erfaßt. Dies entspricht einer Zunahme von 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie das BKA am Mittwochmorgen mitteilte. Eine Steigerung gab es sowohl bei den Handelsdelikten (+6,0 Prozent) als auch den konsumnahen Delikten (+1,0 Prozent). Seit 2017 steigt die Anzahl drogenbedingter Todesfälle stetig an.

Im Jahr 2023 wurden in Deutschland 2.227 drogenbedingte Todesfälle polizeilich registriert. Dies entspricht einem Anstieg von rund 11,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr, als noch 1.990 Fälle verzeichnet wurden. Unter den Drogentoten waren 1.844 Männer (82,8 Prozent) und 383 Frauen (17,2 Prozent). Das Durchschnittsalter lag bei 41 Jahren. Immer häufiger griffen Konsumenten auf mehrere Substanzen gleichzeitig zurück, erklärte das BKA. Entsprechend sei die Anzahl an Mischintoxikationen gestiegen.

So sind im vergangenen Jahr 1.479 Personen an den Folgen eines Mischkonsums gestorben, 34 Prozent mehr als noch 2022. Besonders stark ist der Anstieg bei den erfaßten Kokaindelikten: Diese sind 2023 um 27,4 Prozent gestiegen und liegen somit auf einem neuen Höchststand. Auch die Sicherstellungsmengen bei Kokain werden immer größer. Im Vergleich zu den letzten beiden Jahren hat sich die Sicherstellungsmenge in Deutschland nochmals verdoppelt auf rund 43 Tonnen. Zum Vergleich: 2022 stellte die Polizei rund 20 Tonnen sicher, 2021 rund 23 Tonnen.

Die Tätergruppierungen zeigten eine zunehmende Bereitschaft zur Zahlung hoher Bestechungsgelder oder Anwendung massiver Gewalt sowohl gegen konkurrierende Banden als auch gegen eigene Gruppenmitglieder, so die Behörde. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sieht auch Erfolge. "Unsere Ermittlungsbehörden stellen Rekordmengen an Kokain sicher, 2023 mit 43 Tonnen mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr. Der hohe Ermittlungsdruck wirkt", erklärte sie am Mittwoch.

"Dieses harte Vorgehen gegen die Drogenkartelle setzen wir fort, in intensiver internationaler Zusammenarbeit in Europa und mit südamerikanischen Staaten. Denn zugleich sehen wir: Die Kokain-Schwemme nach Europa zerstört Menschen - und sorgt für Milliardengewinne der Kartelle." Cannabis blieb 2023 mit einem Anteil von rund zwei Dritteln an allen erfaßten Rauschgiftdelikten die Drogenart mit der weitaus höchsten Anzahl an Handels- und konsumnahen Delikten. Die Polizei stellte insgesamt etwa 20,9 Tonnen Marihuana und 3,7 Tonnen Haschisch sicher.
Neben der Einfuhr aus dem Ausland wurde Cannabis auch illegal in Deutschland angebaut: 2023 wurden insgesamt 450 Cannabis-Plantagen mit Anbaukapazitäten ab 20 Pflanzen sichergestellt, davon 146 Großplantagen (100-999 Pflanzen) und 37 Profiplantagen (ab 1.000 Pflanzen). Auch die synthetischen Drogen spielten weiterhin eine bedeutende Rolle, so das BKA. Große Produktionskapazitäten in den Niederlanden würden eine hohe Verfügbarkeit von Amphetamin und Ecstasy gewährleisten.
Dies spiegele sich auch in den Sicherstellungsmengen wider. 2023 wurden fast 2.000 Kilogramm Amphetamin, mehr als 1,1 Millionen Tabletten Ecstasy sowie über 450 Kilogramm Metamphetamin sichergestellt. Die Anzahl der sichergestellten Rauschgiftlabore in Deutschland ist im Jahr 2023 auf 14 gestiegen, nach neun im Vorjahr. Darunter befanden sich erstmals ein Neue-Psychoaktive-Stoffe-Labor zur Herstellung von synthetischen Cannabinoiden in nicht geringer Menge sowie zwei Großlabore zur Herstellung von Amphetamin.
Der Handel von Betäubungsmitteln über das Internet ist nach Einschätzung der Ermittler mittlerweile fest etabliert. Vom Ende des Jahres 2022 bis Mitte Juni 2023 habe sich sowohl die weltweiten als auch die deutschen Angebotszahlen auf ein Rekordniveau erhöht. Die Abschaltung verschiedener Marktplätze, etwa durch sogenannte Exit Scams oder durch Maßnahmen der Sicherheitsbehörden, habe allerdings dazu geführt, daß die Anzahl bis Ende 2023 wieder auf ein stabiles Niveau gesunken sei, so das BKA.
Der Handel von Rauschgift erfolgt nach Einschätzung der Behörde zunehmend über Messenger-Dienste. Dabei würden häufig offen zugängliche Chat-Gruppen zum Bewerben von Betäubungsmitteln genutzt. Die tatsächlichen Verkaufsgespräche findet den Schilderungen der Behörde zufolge dann zumeist in privaten Chats statt. Zudem hat sich der Handel von Rauschgift auf Social-Media-Plattformen etabliert. Diese Plattformen würden überwiegend von jungen Erwachsenen und Jugendlichen genutzt werden. Ohne aktiv nach Rauschgift zu suchen, gerieten diese Personengruppen frühzeitig und umfassend an professionell präsentierte Rauschgiftangebote, warnte das BKA.
Die Anbahnung der Drogengeschäfte laufe dabei über zahlreiche offene Accounts und werde den Kunden somit sehr leicht gemacht. BKA-Vizepräsidentin Martina Link erklärte, die europäischen Nordseehäfen seien zu den "wichtigsten Einfallstoren für die Einfuhr von Rauschgift nach Europa" geworden. "Die zunehmende Gewalteskalation vor allem in den Niederlanden und Belgien führt uns vor Augen, welche vielfältige Gefahren dabei für Staat und Gesellschaft ausgehen", sagte sie am Mittwoch.
"Eine effektive Bekämpfung der international organisierten Rauschgiftkriminalität erfordert einen ganzheitlichen Ansatz: Staatliche Institutionen, Strafverfolgungsbehörden und die Privatwirtschaft müssen an einem Strang ziehen." Besonders wichtig sei dabei die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Staaten und die Verbesserung der Hafensicherheit in Europa. "Das Bundeskriminalamt unterstützt und initiiert Maßnahmen zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität an allen Punkten der Logistikkette", so Link.
"Dabei kooperiert das BKA mit den Sicherheitsbehörden im nationalen und europäischen Rahmen." Die Bundesinnenministerin erklärte, man habe Kampf gegen die internationalen Drogenkartelle deshalb stärker forciert. "Wie stark wir handeln, zeigen allein über 1.700 vollstreckte Haftbefehle in den 'Encro-Chat-Verfahren' gegen die organisierte Kriminalität", so

Faeser. "Die entschlüsselte Kommunikation der Kriminellen hat uns tiefe Einblicke in die Strukturen gegeben.
Es geht weiter darum, die Hintermänner zu finden, Finanzströme aufzudecken und die kriminellen Netzwerke zu zerschlagen." Zugleich müsse man die Häfen sicherer machen, damit sie keine "Einfallstore für tonnenweise Kokain" mehr sein könnten. "Dazu gehören engmaschige Kontrollen, hohe Wachsamkeit und effektive Korruptionsprävention in den Häfen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Kipping wechselt zum Paritätischen Gesamtverband**
Die ehemalige Vorsitzende der Linken, Katja Kipping, soll Geschäftsführerin beim Paritätischen Gesamtverband und dort zugleich Leiterin der Abteilung Sozialpolitik werden. Das berichtet das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Mittwochausgaben) unter Berufung auf Verbandskreise.
Demnach hat der Vorstand die Personalie bereits beschlossen, will den Wechsel aber erst später bekannt geben. Die ehemalige Linken-Chefin soll das Amt offenbar zum 1. September antreten. Kipping war von 2012 bis 2021 Vorsitzende der Linken und von Dezember 2021 bis April 2023 Sozialsenatorin in Berlin.
Designierter Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes ist dem Bericht zufolge Joachim Rock; er soll auf Ulrich Schneider folgen. Schneider hatte von 2016 bis 2022 ebenfalls der Linken angehört, war wegen rußlandnaher Äußerungen der einstigen Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht aber aus der Partei ausgetreten. Zwischen Kipping und Wagenknecht hatte es zuvor jahrelange Auseinandersetzungen gegeben.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Syrer vergewaltigt Mädchen in Park - Staatsanwaltschaft verschweigt den Fall**
Ein 28-jähriger Syrer vergewaltigt eine 16-Jährige und versucht es bei einer weiteren Frau - die Staatsanwaltschaft hält den Fall zunächst geheim. Erst auf Nachfragen lokaler Presse räumt sie die Ereignisse ein.
Max Roland
In der Nordrhein-Westfälischen Stadt Baesweiler, südlich von Aachen, hat ein Syrer zwei Frauen im Rahmen von Sexualverbrechen attackiert - und die Staatsanwaltschaft wollte den Fall zunächst vor der Öffentlichkeit verbergen. Darüber berichtet die Aachener Zeitung.
Demnach kam es am 14. und 15. Juni zu zwei Übergriffen durch den 28-jährigen Mann. Sie ereigneten sich in einem örtlichen Park ereignet - jeweils mitten am Tag. Zunächst überfiel der Syrer gegen 18 Uhr ein 16-jähriges Mädchen. "Im juristischen Sinne war es eine vollendete Vergewaltigung", sagte Oberstaatsanwältin Katja Schlenkermann-Pitts. Die zweite Tat folgte binnen eines Tages: Dieses Mal überfiel derselbe Mann um 12:15 Uhr eine 43-Jährige, die sich entschlossen wehrte und sich befreien konnte.
Vergewaltigung "bewußt verschwiegen"
Der Täter wurde kurz darauf festgenommen - aber die Öffentlichkeit erfuhr nichts über den Fall. Erst am 24. Juni erklärte sich die Staatsanwaltschaft, nachdem die Aachener Zeitung konkret angefragt hatte - eine Pressemitteilung oder andere Art der Information für die Öffentlichkeit fand nicht statt. Die Zeitung spricht davon, daß die Staatsanwaltschaft die Vergewaltigung "bewußt verschwiegen" habe. Bewohner der Region zeigten sich von der schließlich doch bekannt gewordenen Meldung schockiert und überrascht und drückten ihr Mißfallen über die Kommunikationsstrategie der Behörden aus.
Insbesondere das 16-jährige Opfer habe man mit dieser Entscheidung schützen wollen, so die Oberstaatsanwältin: "Wir haben uns zurückgehalten, weil die Geschädigte noch minderjährig ist. Der Jugendschutz sticht alles." Schlenkermann-Pitts betonte am Montag außerdem, daß es zahlreiche Gewalttaten gebe, von denen die Presse keine Kenntnis erlange.
Doch dieser Fall ist nicht der erste, in dem die Ermittlungsbehörden für ihre Öffentlichkeits-

arbeit kritisiert wurden: Als Anfang Juni ein Mann auf der Kaiserstraße in Aachen niedergestochen wurde, auch am helllichten Tag, schwieg die Staatsanwaltschaft ebenfalls beharrlich und hielt es nicht für notwendig, die Öffentlichkeit zu informieren. Auch hier fragte die Aachener Zeitung nach - daraufhin erst wurde das Verbrechen bestätigt. Und auch hier hatte der Täter einen Migrationshintergrund.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Söder stellte Strafanzeige, weil er "Södolf" genannt wurde - 12.000 Euro Strafe für AfD-Politiker**

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hatte Strafanzeige gegen den AfD-Politiker Stephan Protschka gestellt, nachdem dieser ihn beim politischen Aschermittwoch als "Södolf" bezeichnet hatte. Der muß deshalb nun 12.000 Euro Strafe zahlen.

Von *Redaktion*

Markus Söder teilt beim politischen Aschermittwoch selbst gerne aus

"Ich gehe erhobenen Hauptes", sagte der bayerische Landesvorsitzende der AfD, Stephan Protschka am Dienstag nach einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Deggendorf. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hatte eine Strafanzeige nach Paragraph 188 StGB (Beleidigung gegen Personen des politischen Lebens, üble Nachrede und Verleumdung) gegen Protschka eingereicht, nachdem dieser ihn bei seiner Rede am politischen Aschermittwoch im letzten Jahr als "Landesverräter" bezeichnet und ihn "Södolf" genannt hatte. Nun wurde das Verfahren eingestellt - gegen eine Geldauflage von 12.000 Euro.

Im Juli 2023 hob der Bundestag ohne Aussprache für das Strafverfahren extra die Immunität des Bundestagsabgeordneten auf - nur die AfD stimmte damals gegen den entsprechenden Beschlußantrag. Laut der Geschäftsordnung des Bundestags kann das geschehen, wenn eine Verleumdung vorliegt, nicht "soweit die Beleidigung politischen Charakters ist". Und das sah man offenbar als gegeben an.

Protschka selbst hatte die Aufhebung seinerzeit kritisiert. Er teilte über eine Pressemitteilung seiner Partei mit, daß das Parlament die Entscheidung gar nicht habe abwarten können. Es herrsche zudem kein Bewußtsein mehr dafür, daß die Immunität eben dazu da sei, die freie politische Rede zu ermöglichen - und das ohne jedes Wort abwiegen zu müssen. Doch das muß er, zumindest in Bezug auf die von ihm getroffenen Aussagen über Söder, in Zukunft.

Für die Einstellung des Verfahrens mußte Protschkas Anwalt nämlich eine Erklärung abgeben, daß er die Ausdrücke gegenüber Söder nicht wiederholen werde. Weiter erklärte man, daß der AfD-Politiker nur Begriffe seines Vorredners aufgegriffen habe. Diese Aussage sei keine Anspielung auf die NS-Zeit gewesen, er habe Söder auch nicht beleidigen, sondern lediglich einen Beitrag zur politischen Auseinandersetzung leisten wollen. Protschka, der früher selbst CSU-Mitglied war, betonte nach der Verhandlung nochmals: "Ich bin unschuldig".

Das sah das Gericht offenkundig anders, auch wenn es die Ansicht teilte, daß es sich bei den von Protschka verwendeten Begriffen um Spontanäußerungen gehandelt habe, die er von seinem Vorredner Gerald Grosz aufgegriffen hatte. Der Österreicher und ehemalige FPÖ-Politiker hatte den CSU-Politiker neben "Södolf" und "Landesverräter" auch als "Corona-Autokraten" bezeichnet. Das Gericht befand damals, daß Markus Söder durch die Beleidigung "in die Nähe des nationalsozialistischen Regimes" gerückt worden sei. Dafür wurde er im April zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 165 Euro verurteilt - insgesamt mußte er also 14.850 Euro Strafe zahlen.

Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig, weil Grosz Einspruch erhoben hat. Er habe die Worte im Rahmen einer "Satire" verwendet. Seine Anwälte argumentierten zudem, daß die Aussagen von der Meinungsfreiheit gedeckt seien - insbesondere wegen des Veranstaltungsrahmens.

Der politische Aschermittwoch ist traditionell durch einen harten Schlagabtausch und Polemik

gekennzeichnet, als durch besonnenen Politiker-Sprech - es geht darum zu pöbeln. Politiker attackieren sich seit Jahren gegenseitig auf der Veranstaltung - und da ist auch Markus Söder ganz vorne mit dabei. Er bezeichnete Katrin Ebner-Steiner, die Chefin der AfD-Fraktion im bayerischen Landtag, im letzten Jahr selbst als "Leni Riefenstahl für Arme".
Im Februar dieses Jahres nannte er die grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke beim politischen Aschermittwoch eine "grüne Margot Honecker". Er verglich sie mit der Frau von Erich Honecker, weil sie ein Musterbeispiel für den Versuch der Grünen sei, die Freiheit der Fleißigen durch immer neue Auflagen einschränken. Doch Söder möchte offensichtlich nur austeilen - einstecken kann er nicht.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Riesenskandal um manipulierte Einreise-Papiere für Migranten: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Baerbock-Beamte!**
Staatsanwaltschaften in Berlin und Cottbus ermitteln gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes. Die Beamten des Ministeriums von Annalena Baerbock ("Grüne") stehen laut Medienberichten (u.a. Focus) im Verdacht, Mitarbeiter in deutschen Botschaften und Konsulaten dienstlich angewiesen zu haben, Antragstellern mit unvollständigen oder offensichtlich gefälschten Papieren die Einreise in die Bundesrepublik zu genehmigen. Auf diesem Weg sollen binnen der vergangenen fünf Jahre mehrere Tausend Personen eingereist sein.
Ein Großteil soll dann Asyl beantragt haben. Besitzer der fragwürdigen Papiere sollen in erster Linie Syrer, Afghanen und Türken gewesen sein. Auch Pakistaner und Bürger verschiedener afrikanischer Staaten hatten offenbar manipulierte Einreisegenehmigungen.
Das Auswärtige Amt behauptet, erst durch eine Presseanfrage von den Ermittlungen erfahren zu haben. Staatsanwältin Karen Häußer, Sprecherin der Staatsanwaltschaft Berlin, bestätigte die Ermittlungen ihrer Behörde. Ein Ermittlungsabschluß sei "noch nicht absehbar". Das Baerbock-Ministerium wollte sich inhaltlich nicht äußern.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.381/…): >>**"Einreiseverbot": Martin Sellner setzt sich erfolgreich gegen die Stadt Potsdam durch**
Der aus Österreich stammende Patriot und bekennende Europäer Martin Sellner darf weiterhin uneingeschränkt nach Deutschland einreisen. Die Stadt Potsdam habe im diesbezüglichen Eilverfahren auf eine Beschwerde gegen eine für Sellner positive Entscheidung des Potsdamer Verwaltungsgerichts verzichtet, bestätigte ein Gerichtssprecher. Damit ist der Beschluß nunmehr rechtskräftig.
Sellner, einer der Vordenker der "Identitären Bewegung", hatte im Eilverfahren die aufschiebende Wirkung des sogenannten Einreiseverbotes erwirkt, das die Stadt Potsdam im Zusammenhang mit Sellners Teilnahme an dem sogenannten "Potsdamer Geheimtreffen" ausgesprochen hatte. Der Österreicher kann damit einen wichtigen juristischen Teilerfolg verbuchen, auch wenn in der Sache selbst noch keine abschließende Grundsatzentscheidung gefallen ist. Sellner sollte aufgrund von angeblichen "Sicherheitsbedenken" sein Recht auf Freizügigkeit in der Bundesrepublik Deutschland für drei Jahre verlieren.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Hessen: Meldestelle "HessenGegenHetze" ist personalintensiv und ineffektiv**
Wie eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag ergab, führen die wenigsten Meldungen über "Haß und Hetze", welche beim Meldeportal "HessenGegenHetze" eingehen, zu einer Verurteilung. Dazu die innenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Sandra Weegels:
"Die bei der Meldestelle 'HessenGegenHetze' allein zwischen Februar 2023 und April 2024 eingegangenen 36.356 Meldungen wegen Hate Speech im Internet stehen in keinem Verhältnis zu den tatsächlich verhängten Strafen. So wurde in den vergangenen vier Jahren in gerade

einmal 85 Fällen Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt, in den meisten Fällen wurden Geldstrafen verhängt. In 37 Verfahren wurde außerdem Anklage erhoben, von diesen sind bislang ganze zehn rechtskräftig abgeschlossen, davon wurden sechs Geld- und eine Freiheitsstrafe zur Bewährung verhängt.
Dieses eklatante Mißverhältnis stellt die Sinnhaftigkeit dieser Meldestelle in Frage. Offenkundig wird es in erster Linie als Denunziationsportal mißbraucht.
Hinzu kommt, daß die Mitarbeiter der Meldestelle, die entscheiden, welche Meldungen sie an die Polizei weitergeben, nur teilweise einen polizeilichen Hintergrund haben. Nach Auskunft des Innenministeriums arbeiten dort auch Kommunikations-, Politik- und Sozialwissenschaftler. Es ist fraglich, ob diese die strafrechtliche Relevanz eines Vorgangs beurteilen können. So hat die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) jede dritte von den Mitarbeitern von 'HessenGegenHetze' weitergeleitete Meldung als strafrechtlich nicht relevant eingestuft."
Sandra Weegels abschließend: "Die Meldestelle ist eine personalintensive und ineffektive Einrichtung. Sie sollte geschlossen werden. Unsere Bürger haben die Möglichkeit, vermeintliche Straftaten bspw. über das Portal 'Onlinewache' der hessischen Polizei zur Anzeige zu bringen. Es muß keine steuerfinanzierte Einrichtung dazwischengeschaltet werden."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Toter und Verletzte nach Brandanschlag in Solingen: Ausländische Straftäter ausweisen!**
Mit einem "bombenähnlichen Gegenstand" hat ein offenbar dunkelhäutiger Mann in Solingen sich selbst getötet und fünf weitere Personen zum Teil schwer verletzt. Unter den Verletzten sind ein siebenjähriges Mädchen, zwei Frauen (35, 45) und ein 32-jähriger Mann. Der mutmaßliche Brandanschlag galt offenbar der Immobilie einer bekannten Clan-Familie, die auch ein Wettbüro unterhalten soll. Laut Medienberichten kam es im Wohnbereich des Hauses vor einiger Zeit zu einer Razzia.
Der Vorfall scheint sich einzureihen in eine Serie der Migrantengewalt in den vergangenen Tagen und Wochen: Messer-Überfalle bei WM-Partys, ein ermordeter Polizist in Mannheim, Vergewaltigungen, gequälte und dabei gefilmte Jungen, und, und, und… Es ist kaum zu fassen, wie sehr die etablierten Parteien unser Land zum Schlechten verändert haben - und wie gleichgültig sie auf den alltäglichen Horror reagieren. Anstatt endlich wirksame Maßnahmen gegen die Zustände zu ergreifen, verschärfen sie nur den Repressionsdruck gegen jene, die das Problem beim Namen nennen und lösen wollen.
Verantwortlich für die Innere Sicherheit im nordrhein-westfälischen Solingen: Ministerpräsident Wüst (CDU) und Innenminister Reul (ebenfalls CDU). Doch Reul denkt nicht daran, eine Abschiebe-Offensive in die Wege zu leiten. Statt dessen übt er sich in CDU-typischer Realitätsverweigerung und behauptet allen Ernstes: "Der typische Messerangreifer ist männlich, erwachsen und deutsch." Diese CDU-Realitätsverweigerung muß endlich abgewählt werden, damit die AfD eine konsequente Rückführungspolitik gegenüber nichtdeutschen Straftätern durchsetzen kann!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Die irren Forderungen der Ampel-Beauftragten Ataman: Sie verachten unser Land!**
Sie hat kein Problem mit der Beleidigung deutscher Bürger als "Kartoffeln" und ist dennoch "Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung": Die Journalistin Ferda Ataman steht beispielhaft für die Deutschland-Verachtung der Ampel-Regierung. Bei der Vorstellung ihres Jahresberichts am Dienstag versuchte Ataman gar nicht erst, ihre Gesinnung zu verbergen. Statt dessen stellte sie Forderungen, die man nur als Schlag ins Gesicht derer bezeichnen kann, die den Karren in Deutschland ziehen. Ataman will, daß auch ausländische Bürgergeld-Empfänger

schneller eingebürgert werden. Man müsse auch diesen Menschen "die vollen bürgerlichen Teilhaberechte" gewähren.
Daß die Jobcenter auf ihren Internetseiten den Bürgergeld-Bezug regelrecht anpreisen und als Weg in ein sorgenvolles Leben beschreiben, paßt ins Bild: Die früh aufstehenden und hart arbeitenden Menschen in unserem Land werden bestraft und verhöhnt. Ataman hat ganz andere Sorgen: Sie fordert noch mehr Meldestellen für das von ihr eingerichtete Förderprogramm gegen Diskriminierung. Die Organisation "respekt*land" wird jährlich mit rund fünf Millionen Euro Steuergeld finanziert und kooperiert mit obskuren Initiativen wie "Trans*Support - Fachstelle für *trans Beratung und Bildung".
Ataman ist es auch, die ein Fitneß-Studio für Frauen mit einer Geldbuße von 1.000 Euro bestrafen will, weil die Betreiber sich weigerten, eine sogenannte "Trans-Frau" in ihre Dusche zu lassen. Man könnte endlos fortfahren mit Skandalen und geballtem regierungsfinanziertem Schwachsinn aus dem Verantwortungsbereich Atamans. Wir werden diesen Versorgungssumpf trockenlegen und das Geld für "Anti-Diskriminierungs-Beauftragte" einsparen. Dieses Geld sollte besser für Abschiebungs-Initiativen und geschützte Grenzen eingesetzt werden!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Brandmauer adé - BSW will AfD-Anträgen zustimmen**
Von *Sven Reuth*
2024 scheint zum Jahr der bröckelnden politischen Brandmauern zu werden. BSW-Chefin Sahra Wagenknecht betonte jetzt, daß die Mandatsträger ihrer Partei Anträge der AfD nicht automatisch ablehnen werden. Bringt Wagenknecht die ersehnte Wende? Wer ist diese rebellische Politikerin? Was will sie? …
Kaum etwas ist so geeignet, die Demokratieverdrossenheit in Deutschland so zu fördern wie die pauschale Weigerung der Altparteien, jeden noch so sinnvollen Antrag der AfD abzulehnen. Die AfD könnte auch darüber abstimmen lassen, daß zwei plus zwei gleich vier ist - die Mandatsträger der etablierten Parteien müßten in ihrem nicht mehr steigerbaren Abgrenzungswahn dagegen stimmen.
"Werden den Unsinn nicht mehr mitmachen"
Zumindest das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) will diesen Wahnsinn jetzt nicht mehr weiter mitmachen. Dies äußerte die Parteigründerin Sahra Wagenknecht nun am Dienstag in Berlin. Würde die AfD beispielsweise einen Antrag für einen Mindestlohn in Höhe von 14 Euro pro Sunde einbringen, dann würde das BSW dem zustimmen.
Die BSW-Vorsitzende erläuterte ihre Position so: "Wir werden den Unsinn nicht mehr mitmachen, bei jedem Antrag, nur weil die AfD draufsteht, dagegen zu stimmen und damit der AfD Vorlagen zu liefern, die sie dann für ihre Social Media Kampagnen nutzen kann, um alle anderen Parteien vorzuführen."
Andererseits stellte Wagenknecht auch klar: "Aber eine Koalition oder eine Form direkter Zusammenarbeit wird es nicht geben."
Damit geht das BSW dann erklärtermaßen nur den ersten Schritt hin zu einer dringend notwendigen Normalisierung des politischen Klimas in Deutschland. Von einer solchen könnte man nämlich nur sprechen, wenn die AfD als die Partei, die bei der gerade erst kurz zurückliegenden Europawahl zur zweitstärksten Kraft in Deutschland wurde, auch endlich Regierungsverantwortung übernehmen könnte.
AfD und BSW mit parlamentarischen Mehrheiten
Und gerade bei diesem letzten entscheidenden Schritt könnte das BSW eine entscheidende Rolle spielen. Laut aktuellen Umfragen würde es nämlich in allen drei mitteldeutschen Bundesländern, in denen im kommenden September gewählt wird, für eine Parlamentsmehrheit von AfD und BSW reichen.
Laut einer vor einer Woche veröffentlichten Umfrage von Insa kommt die AfD in Sachsen auf

30 Prozent und das BSW auf 15 Prozent. Das würde für eine Mehrheit im Sächsischen Landtag reichen, da die CDU laut dieser Umfrage auf 29 Prozent und SPD und Grüne auf jeweils sieben Prozent kommen. Die Linke wäre im neuen Landtag nicht mehr vertreten.
In Thüringen würden die neuen politischen Machtverhältnisse in Mitteldeutschland laut einer aktuellen Umfrage von Infratest dimap sogar noch klarer zutage treten. Hier kommt die AfD laut Umfrage auf 28 Prozent und das BSW auf 21 Prozent. Zusammengenommen kratzen beide Parteien damit schon an der absoluten Mehrheit der Stimmen und liegen auf parlamentarischer Ebene klar vor CDU, Linken und SPD, denen 23, 11 und 7 Prozent vorhergesagt werden. Die Grünen wären im neuen Thüringer Landtag laut der Umfrage nicht mehr vertreten.

AfD und BSW in Brandenburg vorne

Das Herz im Leibe hüpfen lassen jedem Oppositionellen auch die jüngsten Umfrageergebnisse aus Brandenburg. Hier belegen die beiden Oppositionsparteien AfD und BSW sogar die ersten beiden Plätze, die etablierten Parteien reihen sich dann erst dahinter ein. Hier liegt die AfD laut der neuesten Umfrage des Instituts Wahlkreisprognose bei 29 Prozent und das BSW bei 17 Prozent.
Die beiden Parteien kämen somit auf eine Mehrheit im neuen Brandenburger Landtag. Auf den Plätzen dahinter würden sich dann CDU, SPD, Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler (BVB/FW) und Grüne mit 16,5, 16,0, 5,5 und 5,0 Prozent einreihen. Die Linke wäre laut der Umfrage von Wahlkreisprognose nicht mehr im neuen Brandenburger Landtag vertreten.
Sahra Wagenknecht hat es also in der Hand. Sie könnte in diesem Herbst die größten politischen Änderungen in Mitteldeutschland seit dem Wendeherbst 1989 bewirken. Sie müßte dafür allerdings nicht nur das Abstimmungsverbot, sondern auch das Koalitionsverbot zur AfD aufheben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Gruppenvergewaltiger: Schockierende Details**

Von *Sven Eggers*

Über Monate hatten Migranten in Wien ein 12-jähriges Mädchen vergewaltigt. Immer wieder. Anfang des Jahres flogen sie auf. Bei den Tätern handelt es sich um schwerstkriminelle Ausländer, wie Polizeiakten jetzt belegen. Wer schützt unsere Kinder und wie? …
Wie schrecklich war das?! In Wien hatten migrantische Täter die blutjunge Mia diverse Male gruppenvergewaltigt. Die 12-Jährige wurde oft in angemieteten Hotelzimmern, aber auch auf der Straße und in einem Parkhaus mißbraucht. Immer und immer wieder. Gefilmt, erpreßt, gedemütigt: Niemand vermag sich vorzustellen, welch fürchterliche Qualen die Kleine erdulden mußte - bis sie sich Anfang des Jahres ihrer Mutter anvertraute, die dann die Polizei einschaltete.
Seither sind sage und schreibe 17 Tatverdächtige festgenommen worden. Bisherige Ermittlungen ergeben: Die Bande war besonders skrupellos und hochkriminell. Beschlagnahmte Telefone künden von Gewalt- und Drogendelikten in Serie. Ihr Alter: Zwischen 13 und 19. Ihre Herkunft: Syrien, Türkei, Bulgarien, Mazedonien, Serbien.

Üppiges Sündenregister

Ein 17-jähriges Mitglied der Verbrecherbande ist nach Aktenlage zudem in Kreditkartenbetrügereien verwickelt, ein erst 14-jähriger Syrer scheint auf den Diebstahl von Motorrädern spezialisiert, ein weiterer Tatverdächtiger saß demnach bereits in U-Haft, weil er sich körperlich mit zwei Polizisten angelegt hatte. In seiner Akte geht es zudem um Handtaschenraub und weitere Diebstähle.
Besonders dreist: Die Verbrecher hatten bei Instagram einen Fake-Chatverlauf initiiert. Danach schrieb dort Mia angeblich einer Freundin, daß sie zwar vergewaltigt werde … "aber das Ding ist… ich wollte es … und ich habe den Jungs gesagt, daß ich 16 bin". Daß es sich um

eine Fälschung handelt, ist mittlerweile bestätigt.

Fassungslose Mutter

Mias Mutter hat sich über die Kronenzeitung an die Öffentlichkeit gewandt und sich "fassungslos" gegeben, daß die Peiniger ihrer Tochter noch immer nicht verurteilt sind und sich darüber beschwert, daß sich die Ermittlungen so lange hinziehen: "Warum wurde ich zum Schutz meiner Tochter zu einem Umzug, der mich sehr viel Geld und Energie gekostet hat, gezwungen? Warum sorgt die Justiz nicht dafür, daß meiner Kleinen nichts Schlimmes passiert?"

Der Fall erinnert an das schreckliche Schicksal von Leonie, 13 Jahre jung, die 2021 ebenfalls durch Ausländer und ebenfalls in Wien, gepeinigt und sexuell mißbraucht wurde, bis sie starb. Sie war wiederholt unter Drogen gesetzt worden. Bei der Obduktion stellte man Spuren von Ecstasy im Körper des Mädchens fest. Der Körper des Mädchens war von Hämatomen übersät.

Der österreichische Wochenblick über den Haupttäter, einen Afghanen: "Der 18-Jährige wurde zuvor wegen Raubes, gefährlicher Drohung und Suchtgiftdelikten elf Mal angezeigt und bereits drei Mal verurteilt. Im August 2020 wurde er nach 10 Monaten Freiheitsstrafe bedingt entlassen. Sein subsidiärer Schutzstatus wurde ihm aufgrund seiner kriminellen Taten aberkannt. Er legte daraufhin Beschwerde gegen die Abschiebung nach Afghanistan ein." Er war 2015 als unbegleiteter minderjähriger Ausländer nach Österreich gekommen.

Gefahr auch in der BRD

Auch in der BRD sind die Zahlen erschreckend: Allein in der deutschen Hauptstadt mußten im vergangenen Jahr mehr als 100 Mädchen dran glauben. Sie wurden von mehreren Tätern, von Horden vergewaltigt. Das bedeutet, man möge es sich vor Augen halten: Jeden dritten Tag kommt es in Berlin zu einer Gruppenvergewaltigung. Es handelt sich gegenüber dem Vorjahr um einen Anstieg um 26 Prozent!

Die Bild-Zeitung stellte es aufrüttelnd dar: "Sie schlug um sich, weinte, flehte. Eine damals 14-Jährige ging durch die Hölle, als sich im vergangenen Juni zwei Männer am Berliner Schlachtensee an ihr vergingen. Ein Fall von 111 Gruppen-Vergewaltigungen im vergangenen Jahr in der Hauptstadt, ein Höchststand."

Die hier nicht erwähnten Täter waren Islam E. und Mehmet E., 18 und 19 Jahre alt. Sie sind mittlerweile zu neun Monaten Jugendstrafe beziehungsweise drei Jahren Haft verurteilt worden.

Im Visier: 14- bis 16-Jährige

Die Berliner Polizei ermittelte 2023 gegen 106 mutmaßliche Gruppenvergewaltiger, der jüngste 12 Jahre alt, die ältesten über 60. Die Opfer waren Mädchen und Frauen von sechs bis sechzig. Am schlimmsten trifft es 14- bis 16-Jährige. Die häufigsten Tatorte sind Mehrfamilienhäuser und Parks, aber auch Gaststätten und öffentliche Verkehrsmittel.

Gemäß Angaben des Berliner Senats wurden die Gruppenvergewaltigungen mehrheitlich von nichtdeutschen Tatverdächtigen begangen. 54 Prozent der Täter haben demnach keinen deutschen Paß. Würde man die Vornamen abfragen, wäre das Bild weitaus eindeutiger, doch Mehmets mit BRD-Paß werden von den Behörden als "deutsche Täter" erfaßt.<<

Ukraine: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.385/…): >>**Friedens-Ikone Dr. Ansgar Klein zu den wahren Kriegstreibern im Ukraine-Konflikt**

Herbert Ludwig

Am 26. März 2022, ein Monat nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ostukraine, fand in Aachen eine Aktion der "Aachener für eine menschliche Zukunft" zusammen mit den "Freien Linken Aachen" unter dem Titel "Gegen Krieg und Aufrüstung" statt. Dort hielt u.a. die Aachener Friedens-Ikone Dr. Ansgar Klein, damals 85 Jahre alt, eine Ansprache, die es

wert ist, in Erinnerung gerufen und verbreitet zu werden.
Er machte deutlich, daß der Einmarsch Rußlands nicht isoliert gesehen werden dürfe, sondern die langfristige geopolitische Zielsetzung der USA und ihres verlängerten Armes der NATO ins Auge gefaßt werden müsse, in deren Rahmen die nach Aufrüstung gegen Rußland rufenden deutschen Politiker nur US-hörige Vasallen seien. Hervorhebungen und Anmerkungen sind von mir. (hl)
Dr. Ansgar Klein (Aachener Bündnis "Diplomatie statt Waffen und Sanktionen")
nrhz.de 11.6.2024
Ansprache *Dr. Ansgar Kleins* am 26.3.2022
Manuskript der Ansprache Dr. Ansgar Kleins am 26. März 2022 am Aachener Elisenbrunnen:
Liebe Friedensfreunde!
Die heutige Situation in der Ukraine hat eine lange Vorgeschichte, ohne deren Kenntnis eine Beurteilung nicht möglich ist. Der Beginn dieser Geschichte ist zweifellos die Gründung der NATO 1949 auf Betreiben der USA. Lord Ismay, der erste Generalsekretär der NATO, sagte damals:
"Die NATO wurde gegründet, um in Europa die Sowjets draußen, die Deutschen unten und die Amerikaner drin zu halten".
Noch deutlicher wird viele Jahre später der damalige Chef des bedeutenden US-Think-Tanks "Stratfor", George Friedman. Er sagte am 4. Februar 2015 im Chicago Council on Global Affairs:
"Die USA fürchten seit mindestens 100 Jahren nichts mehr als die Verbindung von deutschem Kapital und deutschem Know-how mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft. Sie haben drei Kriege gekämpft, um eine enge deutsch-russische Beziehung zu verhindern: den Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie den Kalten Krieg. -
Deshalb bauen die USA einen hochgerüsteten ´Cordon Sanitaire` (Sicherheits-Gürtel) entlang der Linie Baltikum - Polen - Ukraine - Bulgarien - Schwarzes Meer. Deshalb steckt der Oberbefehlshaber der in Europa stationierten amerikanischen Truppen ukrainischen Soldaten Medaillen der US-Army an. Er betrachtet sie als Teil ´seiner Armee`. - Deshalb haben die USA schon im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends Farbenrevolutionen in diversen osteuropäischen Ländern sowie die ´orange Revolution` in der Ukraine angezettelt.
Der russische Einmarsch in Georgien war eine Reaktion auf diese amerikanischen Umtriebe. Rußland erkannte die Absicht Amerikas. … Die USA haben angekündigt, daß sie vorhaben, tödliche Waffen in die Ukraine zu liefern, das wurde zwar dementiert, aber sie tun das, die Waffen werden geliefert."
Im Jahr 1989 erklärte Paul Wolfowitz, politischer Berater von George W. Bush, stellvertretender Verteidigungsminister unter Minister Donald Rumsfeld: "Alle Gebiete, die das zerbrochene Rußland nicht mehr verteidigen kann, werden wir uns selber zueignen und zusehen, ob Rußland eingreift, sie zu verteidigen oder nicht."
Brzezinski, Berater der US-Präsidenten von Lyndon B. Johnson bis Obama schrieb 1997 in seinem Buch: "The grand Chessboard" - deutscher Untertitel: "Amerikas Strategie der Vorherrschaft": "2015 Beitritt der Ukraine zur NATO".
Das hat nun trotz massiver US-amerikanischer Unterstützung des Maidan-Putsches in Kiew nicht geklappt. Die USA haben aber einen US-hörigen Präsidenten einsetzen können: damals Poroschenko. Gerade 3 Tage im Amt erklärte Poroschenko: "Momentan gibt es in der Bevölkerung keine Mehrheit für einen NATO-Beitritt. Generell brauchen wir ein neues Sicherheitsbündnis mit den USA und Europa, um die Ukraine militärisch zu schützen. Ich werde als Präsident für dieses Bündnis kämpfen und sofort die Gespräche aufnehmen."
Im Jahr 2019 sagt laut Telegram-Kanal "mitte steht auf" ein gewisser Oleksiy Arestovych - er wird dort Berater des ukrainischen Präsidenten genannt -: "Unser Preis für den Beitritt zur

Nato ist ein großer Krieg mit Rußland."
Zurück zu den Ereignissen im Jahr des Maidan-Putsches: Am 2. Mai 2014 starben im Gewerkschaftshaus in Odessa, das von rechtsgerichteten ukrainischen Nationalistin in Brand gesteckten worden war, mindestens 40 pro-russische Aktivisten. Das war der Beginn des Bürgerkriegs, der dort seit acht Jahren mit etwa 14.000 Toten, unzähligen Verletzten, Millionen traumatisierter Menschen und zerstörter Infrastruktur herrscht.
Dazu hat der "Wertewesten" nicht nur geschwiegen, sondern die rechtsgerichteten Kampfgruppen, die die Regionen Donezk und Lugansk immer wieder angegriffen haben, indirekt unterstützt.
Denn eigentlich wären Deutschland und Frankreich, die zusammen mit Rußland und der Ukraine das Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015 ausgehandelt hatten, verpflichtet gewesen, für die Einhaltung des Abkommens einzutreten.
Laut Wikipedia zielte dieses Abkommen "auf eine Deeskalation und Befriedung des seit 2014 in der Ost-Ukraine herrschenden Kriegs und sollte eine politische Beilegung des Konflikts herbeiführen."
Daß dieser Krieg ganz gezielt geführt und eskaliert wurde kann man im ´Voltaire Netzwerk` vom 22. Februar 2022 nachlesen: "Dmitro Jarosch, langjähriges Mitglied der Stay-Behind-Netzwerke der Atlantischen Allianz und seit November 2021 Berater des Oberbefehlshabers der ukrainischen Armeen, führte das Asow-Bataillon von Oberst Andrey Biletsky und eine Gruppe junger ausländischer Kämpfer, um während der Münchner Sicherheitskonferenz (18. bis 20. Februar 2022) die Grenze am Donbass zu beschießen."
Sogar im 'Handelsblatt' vom 24. Februar 2022 stand: "1.000 Explosionen wurden allein am Dienstag in den abtrünnigen Regionen der Ostukraine gezählt."
Also vor der russischen Militäroperation! Das Minsker Abkommen war also von vornherein zum Scheitern verurteilt. Unter diesen Umständen war die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk als souveräne Staaten eine nachvollziehbare Entscheidung Putins.
Vergegenwärtigen wir uns auch, daß Rußland seit Anfang der 1990er-Jahre um Kooperation mit Westeuropa, insbesondere mit Deutschland, intensiv geworben hat. Eine solche für beide Teile sinnvolle Zusammenarbeit wurde von den USA systematisch unterbunden.
Wie sehr Deutschland unter US-Kuratel steht, ist auch daran zu erkennen, daß sich auf deutschem Boden fast 40 US-amerikanischen Militärstützpunkte befinden und mit der US-Air-Base in Ramstein die größte ausländische US-amerikanische Kriegsdrehscheibe. Ohne diese US-amerikanischen militärischen Stützpunkte hätten die Kriege gegen Serbien 1999, gegen Afghanistan 2001 bis 2021, gegen den Irak 2003, gegen Libyen 2011 und Syrien ab 2011 so nicht geführt werden können.
Höchstgefährlich ist auch die Lagerung von ca. 20 US-amerikanischen Atombomben in Büchel, Südeifel, für deren Einsatz Deutschland nun super-teure Kampfjets in den USA kaufen will.
Wie sehr Deutschland ein höriger Vasallenstaat der USA ist, zeigt sich gerade wieder in der Verhinderung der Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2. Ohne Not werden schwerwiegende Beeinträchtigungen, Preissteigerungen und Versorgungsengpässe in Kauf genommen. Weder gegen die militärische Präsenz der USA in Deutschland noch gegen die wirtschaftliche Unterwerfung, die sich auch in den Nachteilen für die deutsche Wirtschaft durch die verhängten Sanktionen gegen Rußland zeigt, haben deutsche Politiker etwas unternommen.
Diese Politiker, die gegen unsere Interessen handeln, haben in Regierungspositionen nichts verloren!
Welche Kräfte in der Ukraine nun von Deutschland mit unseren Steuergeldern und von anderen westlichen Staaten, vor allem von den USA, mit Geld und Waffenlieferungen unterstützt

werden, sollte man sich auch einmal näher ansehen. Im Jahr 2010 wurde der Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera zum "Helden der Ukraine" per Gesetz erklärt. Stepan Bandera, ein fanatischer Antikommunist, war einer der Führer der im Jahr 1929 gebildeten Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN).
Der Autor Hermann Ploppa sagt dazu in seiner Sendung 'History' vom 8. März diesen Jahres:
"Die große Zeit der OUN beginnt, als im Sommer 1941 die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion überfällt. Im Schlepptau von Wehrmacht und Waffen-SS ziehen die Kämpfer der OUN in die besetzten Sowjetgebiete ein und ermorden Zehntausende wehrloser jüdischer Zivilisten."
Leider hat Hermann Ploppa Recht, wenn er in dem erwähnten History-Beitrag sagt: "Die heutige politische Kultur in der West-Ukraine ist geprägt von rechtsradikalen, antisemitischen Milizen und Parteien."
Ein Beispiel, nachzulesen im Voltaire Netzwerk vom 18. März diesen Jahres: "Im ukrainischen 'Channel 24' wird dazu aufgerufen, alle Russen zu töten, einschließlich Frauen und Kinder" -
Ein ukrainischer Journalist sagt in der Sendung: "Da wir von Rußland "Nazis", "Faschisten" usw. genannt werden, möchte ich die Worte von Adolf Eichmann zitieren, der sagte, daß wir, um eine Nation zu zerstören, vor allem ihre Kinder töten müssen."
Ich möchte mit einem bekannten Zitat schließen: "Wer aus der Geschichte nicht lernt, der ist dazu verdammt, sie zu wiederholen!"<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29520" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Neuwahlen und Vogelgrippe-Panik?!**
Einschätzung von *Heiko Schöning* bei AUF1
Man liest gerade in diesen Tagen Schlagzeilen wie: "Ist eine neue Vogelgrippe im Anmarsch?". Zeitgleich wurden in einigen EU-Ländern nach den Europawahlen Neuwahlen ausgerufen. Heiko Schöning, der bekannt ist für seine treffsicheren Analysen, teilt seine Einschätzungen zu den aktuellen Ereignissen. …
"Es gibt eine Synchronisation der Wahltermine, so daß für den geplanten Lockdown ab 2025 es keine Wahlen gibt, die da irgendwie stören könnten. Und das gehört aus meiner Sicht halt mit zu diesem Szenarium."
"Dann sagen sie: Nein, das machen wir nicht mit. Kein neues Schlachtfeld für Menschen gegen Rußland in Finnland und auch kein neues Schlachtfeld gegen Vögel, das sich dann gegen die Landwirte richtet."
In einigen EU-Ländern wurden nach den Europawahlen Neuwahlen ausgerufen. Was könnte dahinterstecken? In einem Interview teilt der Arzt und Autor Heiko Schöning seine Einschätzung dazu dem Sender AUF1 mit. Zudem nimmt er Stellung zu der in den Medien aktuell hochgeschaukelten Vogelgrippe. So liest man gerade in diesen Tagen Schlagzeilen wie: "Nach Corona ist vor Corona: Ist eine neue Vogelgrippe im Anmarsch?" oder: "Vogelgrippe: Wir haben das nächste pandemische Virus." Die EU hat schon einmal vorsorglich 40 Millionen Impfdosen bestellt und wartet mit neuen PCR-Tests diesmal für Rinder und Vögel auf. Was dies auch vor allem für die Landwirte bedeuten könnte, legt Schöning analytisch und gut verständlich dar.
AUF1-Sendung: Autor Heiko Schöning: Wahlen vorgezogen - damit nichts nächsten Lockdown stört (10.6.2024)
AUF1: Der Arzt und Autor Heiko Schöning ist bekannt für seine treffsicheren Analysen. Mit ihm unterhalte ich mich heute über aktuelle Entwicklungen in der Politik und die womöglich nächste Pandemie. Herr Schöning, herzlich willkommen und danke, daß Sie so unmittelbar nach der EU-Wahl hier bei uns im Studio vorbeischauen. Und die erste Frage zielt natürlich auf diese EU-Wahl ab. Nach Großbritannien sollen nun auch in Frankreich vorgezogene Wah-

len stattfinden. Was hat das möglicherweise zu bedeuten?
Heiko Schöning: Ja, im Effekt ist es eine Synchronisation der Wahltermine. Sie werden in wichtigen Ländern auf 2024 gelegt. Das heißt 2025, wo ja viele Wahlen stattfinden sollten, ist dann frei. Und ja, der französische Präsident Macron hat jetzt Neuwahlen in Frankreich für den 30.06.2024 angekündigt. Zuvor, das hatte ich auch schon veröffentlicht, hat der britische Premierminister dann Neuwahlen für den 4. Juli 2024 ausgesprochen.
Und wie wir auch wissen, im November 2024 wird ein neuer US-Präsident gewählt. So, und jetzt sogar der belgische Regierungschef ist ebenfalls nach der EU-Wahl zurückgetreten. Und das ist genau das, was ich vorher ja auch schriftlich angekündigt hatte. Es gibt eine Synchronisation der Wahltermine, so daß für den geplanten Lockdown ab 2025 es keine Wahlen gibt, die da irgendwie stören könnten. Und das gehört aus meiner Sicht halt mit zu diesem Szenarium.
AUF1: Da gibt es ja aber noch in Deutschland mögliche Bundestagswahlen 2025 angesichts des Ergebnisses jetzt bei der EU-Wahl. Sämtliche Regierungsparteien haben deutlich verloren. Könnte es möglicherweise auch in Deutschland vorgezogene Wahlen geben?
Heiko Schöning: Das ist gut möglich. Und wir hören ja auch jetzt schon Presse-Stimmen, daß auch halt Neuwahlen oder ein Neustart zumindest gefordert wird. Und auch, sag ich mal, Mainstream-Sender fragen jetzt schon, ob der Kanzler nicht die Vertrauensfrage stellen würde. Also auch Deutschland wackelt. Das muß man klar sagen.
Und wir haben das in der Vergangenheit ja gesehen. Einige werden sich vielleicht daran erinnern: Wie war denn das eigentlich vor der Plandemie 2020, also vor der wirklich kriminell vorgeplanten Corona-Panik. Da sind nämlich auch viele Wahlen vorgezogen worden, auch in Österreich zum Beispiel, aber genauso auch in Großbritannien, in Australien, in der Slowakei, Spanien und einigen anderen.
AUF1: Welche Folgen könnte das dann haben, wenn in Deutschland die Wahlen vorgezogen werden?
Heiko Schöning: Nun ja, man muß sehen, wenn ein Lockdown wieder gemacht wird aus mehreren Gründen. Das kann natürlich ein Kriegsgrund sein oder eine gefälschte Pandemie, daß man sagt, hier, ihr müßt wieder in die Quarantäne, weil irgendein böser Erreger jetzt rumgeht. Dann ist es natürlich etwas unvorteilhaft aus Sicht der Planung der Verbrecher, wenn jetzt eine Wahl da wäre, weil viele Politiker wollen natürlich den Wahlkampf auch durchführen und dann dürfen sie nicht. Das ist ein wichtiger Punkt an der Sache. Und wie will man das dann organisieren? Denn auch die Verfassungsgerichte würden ja ebenfalls sagen, Moment, Wahlen müssen abgehalten werden.
Es gibt aber, weil Sie auch gerade Deutschland ansprechen, es gibt die andere Option, wenn man einen Krieg ausruft oder sogar nur eine kriegsähnliche Situation herbeiführt, dann darf der Bundestag sich nicht auflösen und dann wird weitergemacht. Stellen Sie sich das vor, wenn wir jetzt noch diese Regierung viele Jahre weiter hätten. Es muß also nicht unbedingt dazu kommen, daß es auch in Deutschland noch eine Synchronisation gibt.
AUF1: Sprechen wir doch gleich über mögliche neue Pandemien. Die Vogelgrippe wird derzeit thematisiert. Die EU hat nun Verträge über 40 Millionen Impfstoffdosen gegen das Vogelgrippevirus abgeschlossen.
Ist damit bereits die auch von Ihnen vorhergesagte nächste Pandemie in Vorbereitung? Und was könnte das vor allen Dingen auch für Landwirte bedeuten?
Heiko Schöning: Ein klares Nein. Ich kann da eine Warnung geben. Die Vogelgrippe wird ganz sicherlich nicht Corona 2.0 für die menschliche Bevölkerung sein. Denn dieses Narrativ haben die schon Anfang der 2000er-Jahre mal durchgezogen und sind damit gescheitert. Man hat gesehen, das war vorgeplant. Das war mit viel Korruption. Die WHO war auch verbunden. Sogar der öffentliche rechtliche Rundfunk hat das gebracht. Arte hat das gebracht, zum Bei-

spiel mit einer Dokumentation Profiteure der Angst. Das sollte sich jeder noch mal anschauen. Das Vogelgrippethema ist durch.
Ich glaube nicht, daß es halt eine Pandemie für die menschliche Bevölkerung wird. Aber es wird groß gemacht für das Nutzvieh und zwar für Hühnervögel oder auch sogar für Rinder. Also wer eigentlich der erste Leidtragende ist, das sind die Landwirte.
Und da muß man sagen, Achtung liebe Bauern, steht zusammen, informiert euch, daß wir wirklich zusammen auch dieses Abschlachten der armen Tiere, was natürlich auch einen Wert für die Landwirte darstellt, daß wir dieses auch verhindern. Weil das ist genau damit verbunden, weil dieses Abschlachten, das Keulen, wird auch schon auf den Verdachtsfall millionenfach durchgezogen.
AUF1: Zu dem, was Sie sagen, paßt gut eine Meldung aus den USA. Dort wurden Forderungen nach wöchentlichen Vogelgrippetests von Rindern laut. Soll damit eine Art neues Testregime ausgerufen werden?
Heiko Schöning: Ja, es ist eigentlich lächerlich, ob wir da nun halt Viren haben wie aus Star Wars mit Bezeichnung H1N5 oder jetzt H5N8. Es ist eine Farce. Und gerade, was haben die dann gemacht? Sie haben einen PCR-Test gemacht. Der Erfinder des PCR-Tests hat selber gesagt, man kann diesen Test nicht dafür benutzen für eine Diagnostik, also für die Feststellung einer Krankheit. Trotzdem wird es immer wieder gemacht.
Es ist lächerlich, es ist sachlich einfach falsch. Und da müssen wir einfach sagen, nein, das machen wir nicht mit. Und ich hoffe auch, daß die Landwirte einfach auch nein sagen und kollektiv auch nein sagen, wenn plötzlich halt diese Kommandos kommen von Hof zu Hof und dann halt deren Besitz und die Tiere abschlachten wollen.
AUF1: Die Landwirte haben zu Beginn des Jahres gezeigt, welche Macht entsteht, wenn sie sich zusammentun. Möglicherweise wird das einen weiteren großen Streik der Landwirte in Deutschland hervorrufen. Um noch mal ganz kurz auf die Vogelgrippe zu sprechen zu kommen. Ein Symptom von Vogelgrippe wird definiert als keine Symptome. Wie können Sie das unseren Zuschauern erklären?
Heiko Schöning: Nein, ich kann es nicht erklären, schon gar nicht als Arzt. Es ist so lächerlich, das widerspricht eigentlich jeder menschlichen Logik einfach. Interessant ist aber, und wenn man ein bißchen weiterführt, was steckt denn dahinter? Der Umstand ist ja jetzt - Sie erwähnten gerade, 40 Millionen Impfdosen hat die EU gekauft.
Welches Land bekommt es denn jetzt zuerst? Finnland. Und das ist genau das Land, welches ich gerade vor wenigen Tagen auf meinem Kanal veröffentlicht habe, auf Telegram, aber auch auf www.corage.media mit Hintergrund. Finnland wird zum Frontstaat gemacht. Nicht nur in kriegerischen Auseinandersetzungen, auch jetzt. Offiziell ist ja jetzt Finnland der Frontstaat gegen die Vogelgrippe. Und was ist das Narrativ?
Sie wollen damit Mitarbeiter schützen für Nerzpelze. Also wie viele Frauen mit Nerzpelzen sehen Sie auf der Straße? Und Finnland bekommt jetzt 640.000 Impfdosen. Und offiziell will man es verhindern, daß die Nerzfarmen und da die Mitarbeiter betroffen sind. Es ist einfach nur lächerlich. Aber was steht dahinter? Wie kommt denn jemand aus Finnland dazu? Nun ja, der wichtige Punkt ist das Treffen der Bilderberger am 1. Juni-Wochenende 2024. Und wer hat sich da getroffen?
Das war nämlich der Chef der Bild-Zeitung Matthias Döpfner mit dem finnischen Präsidenten dazu. Da war auch CIA noch mit dabei, also der ehemalige CIA-Chef Petraeus zum Beispiel und einige andere wirklich hochkarätige Leute. Die haben sich dort getroffen. Und jetzt muß man sich auch fragen, welches Magazin hat denn zuerst jetzt das ausgebracht? Das war eigentlich Finnland, dieser Frontstaat ist gegen die Vogelgrippe. Das war das amerikanische Magazin Politico. Interessant.
Ein EU-Thema und ein amerikanisches Magazin. Doch Politico ist so was wie der Spiegel in

Deutschland. Wem gehört das denn? Das gehört zur deutschen Springerpresse. Das ist Bild. Die Bild-Zeitung gehört auch zur Springerpresse. Und der Chef der Springerpresse ist Matthias Döpfner. Und genau der saß jetzt vor kurzem in Madrid beim Bilderberger-Treffen mit dem finnischen Präsidenten zusammen, auch mit dem norwegischen NATO-Generalsekretär Stoltenberg und einigen anderen. Das sind die Treffen, an denen wirklich solche Plots, solche Vorhaben abgesprochen werden.
Und wir können es auch beweisen wie 1973 mit dem Öl-Schock. Wir wußten, 400 Prozent ging der Preis für Benzin hoch. Für Autobenzin. Leere Autobahn. Und dann noch Krise und Krieg halt im Nahen Osten. Und es war abgesprochen. Denn auf einer Bilderberg-Konferenz 1973 in der Nähe von Stockholm wurde es abgesprochen. Das wußten wir. Das können wir heute halt nachweisen.
Und so müssen wir einfach informiert sein und dann sagen: So nein, das machen wir nicht mit. Kein neues Schlachtfeld für Menschen gegen Rußland in Finnland und auch kein neues Schlachtfeld gegen Vögel, das sich dann gegen die Landwirte richtet!
AUF1: Herzlichen Dank für diese Informationen. Sie bleiben sicherlich für uns am Ball und berichten, wenn es Neues gibt. Danke fürs Gespräch.
Heiko Schöning: Ich danke Ihnen.<<
Großbritannien: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Juni 2024 (x1.383/…): >>**Wikileaks-Gründer Assange in Freiheit - Flug nach Australien**
Wikileaks-Gründer Julian Assange ist in Freiheit. Er verließ am Mittwochnachmittag (Ortszeit) das US-Außengebiet Saipan mit einem Flug ins australische Canberra, wie Wikileaks auf der Plattform X mitteilte. Zuvor wurde Assanges Deal mit dem US-Justizministerium umgesetzt. Er bekannte sich dazu vor einem Gericht in dem US-Außengebiet der Marianen-Inseln in einem Fall von Verschwörung zur Erlangung und Weitergabe von nationalen Sicherheitsinformationen schuldig.
Die Richterin erklärte, es scheine, daß Assanges 62 Monate in einem Gefängnis in Großbritannien "fair und angemessen waren und im Verhältnis zu Mannings tatsächlicher Haftzeit standen". Wikileaks hatte 2010 geheime Dokumente über das Vorgehen der US-Armee in Afghanistan und im Irak veröffentlicht, die Chelsea Manning erhalten hatte. Gemäß dem Deal ist es Assange nun untersagt, ohne Genehmigung in die Vereinigten Staaten zurückzukehren.
Der australische Premierminister Anthony Albanese begrüßte Assanges Freilassung. "Wie auch immer man zu seinen Aktivitäten stehen mag - und die Meinungen gehen auseinander - der Fall von Herrn Assange hat sich zu lange hingezogen", sagte er in einer Rede vor dem australischen Parlament. "Ich habe wiederholt gesagt, daß seine fortgesetzte Inhaftierung nichts gebracht hat. Ich freue mich, daß er sich auf dem Heimweg nach Australien befindet, um seine Familie wiederzusehen."
Assange war bereits am Montagmorgen aus dem Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh freigekommen, nachdem er dort zuvor 1.901 Tage verbracht hatte. Der High Court in London hatte ihm Kaution gewährt, sodaß Assange ein Flugzeug nach Saipan besteigen und Großbritannien verlassen konnte.<<
27.06.2024
BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Schmerzensgeld-Forderungen als Geschäftsmodell? So geht Strack-Zimmermann gegen Haßkommentare vor**
Ein FDP-Anwalt durchsucht das Netz für Strack-Zimmermann nach möglichen Beleidigungen gegen ihre Person.
Felix Perrefort
Marie-Agnes Strack-Zimmermann stellt hunderte Strafanzeigen pro Monat, wie sie selbst bestätigt. Ihr Anwalt dafür ist ein FDP-Parteikollege. Im Visier hat Strack-Zimmermann Nutzer

von X, die sie angeblich oder tatsächlich beleidigten. NIUS liegen Gerichtsakten vor, die nahelegen, daß es sich hierbei um ein florierendes Geschäftsmodell handelt.
Marie Agnes Strack-Zimmermann ist eine kontroverse Politikerin, der insbesondere aufgrund ihrer Ukraine-Politik sehr viel Haß entgegenschlägt. Dieser entlädt sich in den sozialen Medien durchaus häufig in Kommentaren, die die Grenzen zivilisierter Auseinandersetzung deutlich überschreiten. Gegen diese Haßkommentare geht sie systematisch vor, angeblich deshalb, weil es ihr dabei um die Bekämpfung von "Haß und Hetze" gehe.
Ihr Vorgehen wirkt allerdings systematisch und ist stets verbunden mit Forderungen nach Geldentschädigungen. Könnte hier also ein fragwürdiges Geschäftsmodell entstanden sein? Klar ist jedenfalls: Wenn Politiker hunderte Strafanzeigen stellen, hat der Staat unweigerlich viel zu tun - und weniger Kapazitäten für andere Belange.
NIUS sprach mit Rechtsanwälten, die Personen vertreten, von denen Strack-Zimmermann Geldentschädigungen im oberen dreistelligen Bereich einforderte. Aus diesen Gesprächen ergibt sich folgendes Muster:
Schritt 1: Da Strack-Zimmermann kaum selbst den ganzen Tag Zeit dafür hat, durchsucht jemand für sie die sozialen Medien - vermutlich ihr Parteikollege, der Anwalt Alexander Brockmann.
Schritt 2: Bei Kommentaren, die als rechtswidrig identifiziert werden, stellt FDP-Rechtsanwalt Brockmann Strafanzeige in Köln: bei der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen, einer Hauptabteilung der Staatsanwaltschaft Köln.
Schritt 3: Falls die Staatsanwaltschaft tätig wird, beantragt Brockmann Akteneinsicht und gelangt so an die Namen der oft anonymen Nutzer.
Schritt 4: Mit den Namen kann er die Personen zivilrechtlich verklagen. Zuvor mahnt er sie jedoch ab. Mithilfe einer außergerichtlichen Einigung und der Zahlung einer Geldentschädigung sollen noch höhere Kosten vermieden werden.
Beleidigungen, aber auch Harmloses
NIUS liegt eine beispielhafte Akte (aus juristischen Gründen geschwärzt) vor. Aus ihr geht hervor, in welcher Größenordnung Strack-Zimmermann Strafanzeigen stellt. In der linken Spalte sind die Anzeigen numeriert. Die Tabelle beginnt mit der Zahl 1.792 ... und endet (ohne Zahlensprünge) mit der Zahl 2.039. Am 27. April 2023 wurden ihr also 247 Anzeigen vorgelegt.
Bei sehr vielen der angezeigten Tweets handelt es sich um Beleidigungen, die mit Schimpfwörtern wie "Hexe" oder "Krähe" arbeiten. Weitere Beispiele: "Sie ist eine ekelhafte Kriegstreiberin", Nazi-Vergleiche etwa mit "Hail" und ihrem Namen. Strack-Zimmermann läßt aber auch abfällige Harmlosigkeiten anzeigen, wo etwa von "die Tante" die Rede ist, die von der Rüstungsindustrie profitiere. Ein anderer bekomme "Blitzherpes", wenn er diese "Tussi" sehe.
Anwalt droht: Sofort zahlen oder es wird noch teurer
Strack-Zimmermann beläßt es allerdings nicht bei den Strafanzeigen, die für den Beschuldigten bereits Geldstrafen nach sich ziehen können. Sie läßt ihnen Abmahnungen zukommen, in dem sie mit Klage droht, dem der Empfänger mit einer außergerichtlichen Einigung zuvorkommen soll. Die folgenden Ausschnitte dokumentieren, mit was Menschen, die von der FDP-Politikerin angezeigt werden, rechnen müssen:
Die Angeklagten werden in einem Ton angesprochen, der viele Menschen einschüchtern dürfte. Wie viele Menschen aus Angst direkt bezahlten, ist freilich nicht bekannt.
Wer nicht bezahlt, dem droht Strack-Zimmermann mit einem Verfahren. Dabei rechnet sie vor, daß es für den Bürger dann deutlich teurer werden würde.
Verurteilungen und Freisprüche
Der Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel hat den Eindruck, "daß Frau Strack-Zimmermann die Geltendmachung angeblicher oder tatsächlicher Unterlassungsansprüche und das massenhafte

Verlangen von Geldentschädigungen in schon gewerblicher Weise betreibt", wie er auf Achgut.com schreibt. Steinhöfel ist der Auffassung, daß "die Voraussetzungen für eine Geldentschädigung" in den ihm bekannt gewordenen Fällen nicht vorliegen.
Der Anspruch bestehe nämlich nur - und nun zitiert er den Bundesgerichtshof -, "wenn es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise befriedigend aufgefangen werden kann". Laut Rechtsanwalt Markus Haintz sei das "Geschäftsmodell langsam, aber sicher zum Erliegen gekommen. Dennoch wurden bislang tausende Anzeigen erstattet".
Allerdings ist die Politikerin nicht immer erfolgreich. Bürger nehmen sich vermehrt Anwälte und gehen gerichtlich gegen die "Schmerzensgeld-Forderungen" vor. In jüngerer Vergangenheit urteilte das Amtsgericht Düsseldorf, daß eine betroffene Person von dem Vorwurf der Beleidigung freizusprechen ist. Das Urteil liegt NIUS vor.
Die Bürgerin - vertreten von Rechtsanwalt Gordon Pankalla - war ins Fadenkreuz Strack-Zimmermanns geraten, weil sie auf X kommentiert hatte: "Die Frau Zimmermann Stacke geht mit der Waffen Industrie ins Bett. Warum wird diese Kriegstreiberin nicht eingesperrt?"
Das Gericht entschied, daß dieser Kommentar nicht den Straftatbestand einer Beleidigung erfüllt. In einem anderen Fall urteilte das Landgericht Mainz wiederum gegen einen Beklagten und sprach Strack-Zimmermann 200 Euro Schmerzensgeld zu. 600 Euro hatte die Politikerin gefordert. In dem Kommentar wurde sie als "widerliche, korrupte Kriegstreiberin" bezeichnet.
NIUS fragte das Büro der FDP-Politikerin Strack-Zimmermann, wie sie zu dem Vorwurf des Geschäftsmodells stehe. Eine Antwort blieb bislang aus.<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Plötzlich 165 Mal teurer als Frankreich: Diese Schock-Ereignis zeigt, wie hoch der wahre deutsche Strompreis ist**
Redaktion
Und plötzlich zeigt sich, was Strom in Deutschland ohne Importe aus dem Ausland kosten kann ...
Strom war am Mittwoch in Deutschland ein echtes Luxusgut und zigfach teurer als in den Nachbarländern - obwohl mit Blick auf Wind und Sonne ein ganz normaler Strom-Tag herrschte. Während die Megawattstunde (1.000 Kilowattstunden) in Frankreich nicht einmal 3 Euro kostete, waren es in Deutschland fast 500 Euro - etwa 166 Mal so hoch. Der Grund: Wegen eines technischen Fehlers an Europas größter Strombörse "epexspot" war der Strom-Handel zwischen den Ländern nicht möglich, alle Länder waren also mit ihrer Strom-Produktion auf sich alleine gestellt.
Deutsche Strom-Händler konnten also keinen günstigeren Strom aus dem Ausland einkaufen, was dazu führte, daß schnell deutsche Kohle- und Gas-Kraftwerke hochgefahren werden mußten, um 7 Gigawatt fehlenden Strom zu erzeugen - was den Preis hat explodieren lassen.
Die Ursache für den Preis-Schock bestätigt auch die Bundesnetzagentur auf NIUS-Nachfrage: "Nach ersten Informationen kam es aufgrund eines technischen Problems bei der Strombörse 'epexspot' zu einer teilweisen Entkopplung der Strommärkte." Die Versorgungssicherheit sei nicht in Gefahr gewesen, heißt es weiter.
Jeden Tag um 12 Uhr wird an der Strombörse für den Folgetag ein Preis mit allen erwarteten Stromproduktionen aus Wind, Solar, Kernenergie und sämtlichen konventionellen Kraftwerken sowieso den Stromflüssen über Landesgrenzen hinweg errechnet, der sogenannten "Day-Ahead-Preis" - weil die Importe und Exporte wegen der technischen Probleme aber nicht in die Preise mit einbezogen werden konnten, waren die Preise regional so unterschiedlich und in Deutschland so exorbitant hoch.
War das der "wahre deutsche Strompreis"?
Der Preis-Schock: Ein großes Indiz dafür, wie hoch die "wahren Strompreise" in Deutschland

wären, würde der günstige Atom- und Windstrom aus dem Ausland nicht zur Verfügung stehen und wie abhängig Deutschland inzwischen von ausländischen Importen ist, um einigermaßen wettbewerbsfähig Strompreise zu haben.
"Daß Deutschland ein Kapazitätsproblem hat, ist allen im Stromhandel-Segment klar, aber wie stark sich das auswirken kann, hätten selbst unsere erfahrensten Analysten überrascht", sagte der Geschäftsführer eines großen europäischen Stromhändlers zu NIUS. Und weiter: "Der gestrige Tag, der aus Sicht von Wind und Sonne ein ganz normaler war, ist ein eindeutiger Hinweis darauf, was in Deutschland bei der Energiewende alles falsch läuft."
Der FDP-Energieexperte Michael Kruse schrieb bei X: "2,33€/kWh - so sieht es aus, wenn Deutschland keinen Strom aus den Nachbarländern bekommt. Mittags Überproduktion, abends Mangel. Die Habeck-Subventionspolitik ist gescheitert. Wir müssen Erzeugung und Verbrauch über den Markt zusammenbringen und die EEG-Förderung beenden."
Selbst die Bundesnetzagentur gibt auf Nachfrage vorsichtig zu, daß Strom in Deutschland ohne die Auslands-Importe eine ganze Ecke teurer wäre.
Wörtlich heißt es von der Habeck-Behörde: "Grundsätzlich sorgt das market coupling (die länderübergreifende Verbindung der Strom-Märkte, die Redaktion) dafür, daß zu jedem Zeitpunkt wohlfahrtsoptimale Preise entstehen. Deutschland verfügt über ausreichend Erzeugungskapazitäten, um seinen Bedarf zu decken. Wenn importiert wird, dann also aus wirtschaftlichen Gründen; der Bedarf könnte jederzeit alternativ aus inländischen, aber teureren Kraftwerken gedeckt werden.
Heißt übersetzt: Deutschland kann sich jederzeit selbst mit Strom versorgen, jedoch zu sehr hohen Preisen und nur mit großem CO2-Ausstoß.
Bleibt die Frage, ob die enormen Preis-Unterschiede beim Strom stellvertretend für die Energie-Situation der einzelnen Länder stehen. Sicher geben sie klare Hinweise darauf, welche Nation sich wettbewerbsfähig selbst mit Energie versorgen kann und, daß Deutschland auf diesem Gebiet mit der "Energiewende" Schlußlicht in Europa zu sein scheint. Wegen der Spontanität des Wegfalls der Strom-Importe dürfte der Preis jedoch besonders stark gestiegen sein. Darauf weist auch die Bundesnetzagentur hin: "Da das Marktverhalten einen Fehler nicht antizipiert, sind die Ergebnisse im Fehlerfall nicht repräsentativ."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.382/…): >>**"Teurer als Empfänger von Bürgergeld": Trittin stellt Bauern als Schmarotzer dar**
Die Ampel-Regierung hat ein Entlastungspaket für Landwirte vorgelegt, das vom Bauernpräsidenten Rukwied kritisiert wurde. Jürgen Trittin bezeichnet die Forderungen des Bauernverbands daraufhin als "dreist". Bürgergeldempfänger würden den Staat weniger kosten als die Bauern, so Trittin weiter.
Jonas Aston
Rund ein halbes Jahr nach den Bauernprotesten hat die Ampel-Regierung dem Bauernverband ein Entlastungspaket vorgelegt. Vom Bauernpräsidenten Joachim Rukwied wurde dieser Vorschlag nun jedoch enttäuscht zurückgewiesen. "Echte Entlastungen sehen anders aus", erklärte Rukwied.
Zwar gehe das Paket grundsätzlich in die richtige Richtung, jedoch würden die angedachten Maßnahmen weit hinter den Vorstellungen der Bauern zurückbleiben. "Wir müssen feststellen, daß wir noch immer Lichtjahre von einer echten Kompensation der Belastungen und Steuererhöhungen der zurückliegenden Monate entfernt sind."
Jürgen Trittin, der langjährige Vorsitzende der Grünen, hat sich nun zu dieser Ablehnung auf X (ehemals Twitter) geäußert. Er schrieb: "Schon interessant: Die Branche, die mit über 20.000 € pro Kopf den Steuerzahler mehr kostet als ein einzelner Empfänger von Bürgergeld, beschwert sich, nicht noch mehr Staatsknete zu kriegen." Trittins Fazit: "Dreist, dreister, Bauernverband". Daß ausgerechnet Jürgen Trittin die hohen Kosten des Steuerzahlers für die

Agrarbranche moniert, verwundert jedoch.
Jürgen Trittin ist einer der Väter der Energiewende. Als Umweltminister versprach er 2004, daß die Transformation zu grüner Energie den Einzelnen nicht mehr als eine Kugel Eis - etwa 50 Cent - im Monat kosten wird. Hierbei hatte sich Trittin jedoch im großen Stil verkalkuliert. Allein die Zahlung der EEG-Umlage kostete den Durchschnittshaushalt im Jahr 2020 nach Angaben von ArbeitsGemeinschaft Windenergie rund 46 Kugeln Eis pro Monat.
Seit 2022 ist die EEG-Umlage zwar weggefallen, dafür belasten jedoch andere Projekte der Ampel wie etwa das Heizungsgesetz den Geldbeutel der Deutschen noch mehr. Jürgen Trittin hat im Januar sein Bundestagsmandat niedergelegt und wollte sich eigentlich nicht mehr der Politik widmen. Zunächst wolle er "ein bißchen reisen, Clash und Talking Heads hören. Und dann gucken wir mal", so Trittin.
Mit seiner politischen Bilanz ist er offenbar zufrieden. Im Dezember erklärte er auf X: "Als ich Umweltminister war, beschlossen wir nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie, sondern auch den Einstieg in die Erneuerbaren". Dies bezeichnete Trittin weiter als die "Grundlage für die Dekarbonisierung der Welt".
Bei seiner Verabschiedungsfeier im Mai war auch Altkanzlerin Angela Merkel zu Gast. In Ihrer Rede soll sie bedauert haben, daß es 2013 nicht zu einer schwarz-grünen und 2017 nicht zu einer Jamaika-Koalition gekommen sei. "Als Bundesumweltminister hinterließ Jürgen Trittin Spuren, die bis heute nachwirken", erklärte Angela Merkel weiter.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Von der Ampel im Stich gelassen: Insolventes Traditionsunternehmen erhebt schwere Vorwürfe**
Das Traditionsunternehmen Breckle in Northeim steht vor dem Aus. Geschäftsführer Christian Paar erhebt schwere Vorwürfe gegen die Ampel und fordert den Rücktritt von Bundeskanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck.
Von *Redaktion*
Der Matratzenhersteller Breckle hatte bereits im März Insolvenz angemeldet. Verhandlungen mit einem Investor sind gescheitert.
Im niedersächsischen Northeim verstummen bald die Maschinen eines deutschen Industriejuwels. Der Matratzenhersteller Breckle wurde 1932 gegründet und steht jetzt vor der Schließung. Ein Schicksal, das symptomatisch für den Zustand der deutschen Wirtschaft zu sein scheint.
Nach über 90 Jahren Firmengeschichte steht nun die Schließung des Traditionsmatratzenherstellers Breckle an. Der im März dieses Jahres eröffnete Insolvenzantrag konnte nicht abgewendet werden. Gespräche mit einem Investor scheiterten "wegen der allgemeinen Lage in Deutschland", berichtete die HNA. Am 1. August 2024 wird das Werk in Northeim endgültig schließen, die 250 Arbeitsplätze gehen verloren. Vor der ersten Kündigungswelle waren es noch 350 Mitarbeiter gewesen.
Geschäftsführer Christian Paar sieht die Politik in der Mitverantwortung für die Insolvenz und übt scharfe Kritik an der Ampelkoalition. "Ich hätte Subventionen erwartet. Ich hätte Unterstützung erwartet. Eine wirtschaftlichere Politik aus Berlin, anstatt die Unternehmen nur Pleite gehen zu lassen. Ich hätte auch weniger Bürokratie erwartet. Deutschland schafft sich ab", kritisiert Paar im Gespräch mit IPPEN.Media.
Die Pleite von Breckle Northeim ist ein schwerer Schlag für die Region. Damit verschwindet nicht nur ein Traditionsunternehmen aus der Region, sondern auch ein Stück "Made in Germany". Der Matratzenhersteller war einst einer der größten in Europa und stand für Qualität und Innovation. 3.000 Matratzen wurden dort täglich produziert.
Paar warnt vor einem Dominoeffekt und sieht weitere Traditionsunternehmen in Gefahr, sollten sich die politischen Rahmenbedingungen nicht ändern, sprich "Kanzler Scholz und Wirt-

schaftsminister Habeck nicht zurücktreten" und eine "vernünftigen Regierung" folgen sollte.
Die Zukunft des Standortes Northeim ist ungewiß. Paar kämpft derzeit um eine Teilrettung, um zumindest einen kleinen Teil des Unternehmens zu erhalten. Ob dies gelingt, ist fraglich. Kunden, die bereits Matratzen bestellt haben, sollen nicht auf ihren Bestellungen sitzen bleiben. "Es wird noch alles ausgeliefert, was im Bestand ist", sagte Paar.
Die Insolvenz von Breckle reiht sich ein in eine besorgniserregende Pleitewelle in Deutschland. Seit Jahresbeginn wurden bereits 11.000 Insolvenzen verzeichnet, ein Drittel mehr als im Vorjahr. Ein Beleg für die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere für energieintensive und exportorientierte Betriebe.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.382/…):

>>**Weil sie Ganserer als "biologischen Mann" bezeichnete: Beatrix von Storch muß 1.000 Euro Strafe zahlen**

Gegen Beatrix von Storch wurde von Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt ein Ordnungsgeld von 1.000 Euro verhängt. Der Grund: Von Storch erklärte wiederholt, daß Ganserer "biologisch und juristisch ein Mann" sei. Sollte von Storch hieran festhalten, könnte das Ordnungsgeld sogar verdoppelt werden.

Jonas Aston

"Herabwürdigend und respektlos" soll sich die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD, Beatrix von Storch, in Zwischenrufen gegenüber Tessa Ganserer von den Grünen verhalten haben. Das erklärte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Katrin Göring-Eckardt. "Dies geschah, obwohl sie in dieser Angelegenheit bereits mehrfach ermahnt wurde und bereits Ordnungsrufe erhalten hat", so Göring-Eckardt. Aus diesem Grund hat sie ein Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro gegen von Storch verhängt. Im Wiederholungsfall kann die Strafe sogar auf das doppelte, 2.000 Euro, anwachsen.
Beatrix von Storch habe bewußt gegen die parlamentarische Ordnung verstoßen und die Würde des Hauses verletzt. Sie rechtfertigte die Sanktion damit, daß von Storch wiederholt geäußert hätte, daß die Grünen-Transfrau Ganserer "biologisch und juristisch ein Mann" sei. Wie Beatrix von Storch zudem via X (ehemals Twitter) mitteilt, sei das Ordnungsgeld verhängt worden, da sie Ganserer mit dem Vornamen "Markus" ansprach. Ganserer, ein biologischer Mann, gab im Januar 2019 bekannt, künftig als Frau unter dem Namen Tessa Ganserer leben zu wollen.
Sofern die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende ein weiteres Mal Ganserer unter Bezugnahme auf das Geschlecht herabwürdigen und erneut erklären, daß Ganserer "biologisch und juristisch ein Mann" sei, drohte Göring-Eckardt gar ein Ordnungsgeld von 2.000 Euro an. Seit 2019 identifiziert sich Markus Ganserer als Frau und hat den Vornamen Tessa angenommen. Ganserer veranlaßte keine offizielle Änderung des Namen und Geschlechts vor Gericht. Daher bleibt im Geburtenregister weiterhin der Name Markus und das Geschlecht "männlich" eingetragen.
Auf die Frage der taz im Jahr 2021, warum Ganserer sich nicht operativ zur Frau umwandeln lasse, lautete dessen Antwort: "Ein Penis ist nun mal nicht per se ein männliches Genital. Es gibt halt auch Frauen, die einen Penis haben. Und es gibt Männer, die können ein Kind gebären." Ganserer ist - neben Nyke Slawik - eine von zwei Trans-Frauen im Deutschen Bundestag.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.382/…):

>>**Brutale Macheten-Gewalt nach Streit zwischen zwei Gruppen, darunter Syrer**

Brutale Schlägerei am Dienstagabend in Dillingen: Mit Machete, Küchenmesser und Gürteln gingen mindestens zehn Personen aufeinander los. Mehrere Personen wurden verletzt.

Von *Redaktion*

In den sozialen Medien verbreiten sich mehrere Videos, die mutmaßlich die Schlägerei zei-

gen.
Am Dienstagabend kam es in Dillingen im saarländischen Landkreis Saarlouis zu einer brutalen Schlägerei und Messerstecherei mit mindestens zehn Beteiligten. Dabei wurden laut Polizeibericht unter anderem eine Machete, ein Küchenmesser und mehrere Gürtel eingesetzt. Dabei wurden vier Personen leicht verletzt und trugen Abschürfungen und blaue Flecken davon. Sie konnten nach ambulanter Behandlung das Krankenhaus wieder verlassen.
Die Auseinandersetzung ereignete sich gegen 20:10 Uhr vor einem Lokal in der Nähe des Odilienplatz. Laut der Polizei gerieten eine fünfköpfige Gruppe und ein Pärchen zunächst verbal aneinander. Die Situation eskalierte schnell und mündete in Handgreiflichkeiten zwischen der Gruppe und dem 22-jährigen Mann des Paares.
Nach kurzer Trennung trafen die Gruppen erneut aufeinander, diesmal waren weitere Personen aus dem Umfeld beider Gruppen hineingezogen worden. Die Polizei geht nach derzeitigem Stand davon aus, daß es sich bei einer der beiden Gruppen um syrische Staatsangehörige handelt.
Neben den Hieb- und Stichwaffen sollen auch andere Gegenstände wie Stühle, Tische und Gläser als Waffen eingesetzt worden sein, berichtet die Saarbrücker Zeitung. Als die Polizei eintraf, war die Gruppe bereits geflohen. Nur vier Personen aus einer der beiden Gruppen konnten vor Ort angetroffen werden. Die Polizei konnte mittlerweile drei mutmaßlich beteiligte Männer zwischen 20 und 40 Jahren vernehmen. Die anderen Täter sind noch flüchtig. Die Beamten leiteten eine Fahndung ein und sicherten mehrere Videos aus sozialen Medien.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Messerattacke in Stuttgarter Fanzone: Tatverdächtiger ist Syrer**
In der Fanzone auf dem Stuttgarter Schloßplatz kippte die Stimmung am Mittwochabend: Ein 25-jähriger Mann zog ein Messer und stach auf andere Fans ein, drei Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Wie Apollo News von der Polizei erfuhr, handelt es sich beim Tatverdächtigen um einen Syrer.
Henry Albrecht
Am Mittwochabend kam es in der Fanzone auf dem Stuttgarter Schloßplatz während des EM-Spiels zwischen Tschechien und der Türkei zu einem Messerangriff mit mehreren Verletzten. Nach Angaben der Polizei gerieten Fans gegen 22:45 Uhr in Streit, woraufhin eine Schlägerei ausbrach. Die Polizei spricht in ihrer Pressemitteilung von einer "Auseinandersetzung". Dabei zog ein 25-Jähriger ein Messer und verletzte drei weitere Personen.
Wie Apollo News von der Polizei Stuttgart auf Nachfrage erfuhr, handelt es sich bei dem 25-jährigen Tatverdächtigen um einen Syrer. Dieser soll laut Angaben der Polizei heute noch dem Haftrichter vorgeführt werden. Dieser wird dann entscheiden, ob es zu einem Haftbefehl gegen den Mann kommen wird. Ob der Syrer einen festen Aufenthaltstitel hat, konnte die Polizei nicht beantworten.
Einsatzkräfte nahmen den Tatverdächtigen noch am Tatort fest. Die Verletzten wurden vom Rettungsdienst in Krankenhäuser gebracht. Der Schloßplatz wurde zunächst abgesperrt und von Spezialisten der Kriminalpolizei Spuren gesichert, heißt es.
Laut einem Bericht der Stuttgarter Nachrichten war die Polizei kurz vor Spielende des Spiels Türkei gegen Tschechien mit einem Großaufgebot in die Menge vor der Leinwand gegangen und durchsuchte die Reihen mit Taschenlampen. Es wurden mehrere Personen festgenommen, darunter auch Tatverdächtige aus der Auseinandersetzung. Zu Panik oder Tumult soll es bei den 23.000 Fans nicht gekommen sein. Die Polizei bittet Zeugen, die Hinweise auf den Täter oder den Hergang der Tat liefern können, sich zu melden.
Die Ermittlungen zu den genauen Umständen und Hintergründen der Auseinandersetzung dauern weiterhin an. Vor dem Spiel hatte bereits ein Unwetter für Chaos gesorgt. Das Public

Viewing auf dem Schloßplatz mußte kurzzeitig geräumt werden. Die Fans auf dem Marktplatz und dem Karlsplatz suchten Schutz in Gebäuden. Die Fanzone auf dem Schloßplatz bietet Platz für bis zu 30.000 Fans.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Brutaler Totschlag in Bad Oeynhausen: HAUPTVERDÄCHTIGER kam 2018 als "FLÜCHTLING" aus SYRIEN**

Nach dem tödlichen Angriff auf einen 20-Jährigen in Bad Oeynhausen (NRW) ist der mutmaßliche Haupttäter festgenommen worden. Nach dpa-Informationen handelt es sich um einen POLIZEIBEKANNTEN 18-Jährigen aus SYRIEN.

Die Polizei traf ihn zu Hause an.

Im Fall des getöteten Philippos T. in Bad Oeynhausen haben die Ermittler den mutmaßlichen Haupttäter festgenommen. Das teilte die Polizei Bielefeld am Mittwoch mit. Demnach wurde ein 18-jähriger Mann aus Bad Oeynhausen am späten Nachmittag an seiner Wohnanschrift festgenommen. Nach dpa-Informationen vom Donnerstag handelt es sich um einen Syrer, der 2018 nach Deutschland gekommen ist. Der Polizei ist er wegen Eigentums- und Drogendelikten bekannt.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bielefeld soll der Tatverdächtige am Donnerstag einem Haftrichter vorgeführt werden.

Aufgrund "zahlreicher Zeugenhinweise und intensiver Ermittlungsarbeit" habe sich der dringende Tatverdacht gegen den 18-Jährigen verdichtet, hieß es in einer Pressemitteilung. Nach derzeitigen Erkenntnissen handele es sich um den Haupttäter, der das 20-jährige Opfer tödlich verletzt haben soll.

Zu der Attacke war es in der Nacht zum Sonntag gekommen. Ein 20-Jähriger hatte dabei schwerste Verletzungen erlitten und war wenig später im Krankenhaus gestorben. Eine Mordkommission ermittelt in dem Fall wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung.

Der 20-Jährige und ein 19 Jahre alter Begleiter sollen in der Tatnacht im Kurpark in Bad Oeynhausen mit einer "Gruppe von Männern" (Laut Angaben der Polizei: "Südländer") in Streit geraten sein. Die Männer sollen dann auf ihre Opfer eingeschlagen und eingetreten haben. Einer habe den 20-Jährigen danach von der Gruppe weggezerrt und weiter schwer attakkiert. Der 19-Jährige war leicht verletzt worden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Deutschland auf der Resterampe - den deutschen Paß gibt es jetzt im Totalausverkauf**

Das Datum wirkt unspektakulär. Dennoch wird der 27. Juni 2024 in die Geschichtsbücher eingehen als ein Tag, an dem die "grün-linke" politische Klasse die Auflösung Deutschlands dramatisch beschleunigt hat. Das Inkrafttreten der abermaligen "Reform" des Staatsbürgerschaftsrechts durch die "grün-rote" Ampel wird Deutschland und sein Staatsvolk in kürzester Frist bis zur totalen Konturlosigkeit transformieren, wenn diese verhängnisvolle Gesetzesänderung nicht umgehend annulliert wird.

Der deutsche Paß wird jetzt im Totalausverkauf verramscht. Erst acht, dann fünf, jetzt nur noch drei Jahre bis zur Anspruchseinbürgerung bei Erfüllung einiger Gummiparagraphen. Was es noch an Bedingungen gibt - Sprachkenntnisse, Vorstrafenfreiheit, eigenständiges Einkommen -, ist durch Ausnahmeregeln und Ermessensspielräume so verwässert, daß es kaum noch als Einschränkung wirkt. Die doppelte Staatsbürgerschaft macht das neue Faesersche Einbürgerungsrecht de facto zum Regelfall. Unermüdlich rührt die Ampel-Regierung dazu die Werbetrommel, um möglichst vielen den deutschen Paß nachzuwerfen.

Willkürlicher Umbau des Staatsvolks

Was die erste "rot-grüne" Bundesregierung vor einem Vierteljahrhundert in Gang gesetzt hat, was die Merkel-Regierungen seither permanent weiter aufgebohrt haben, treibt die Ampel bis zum bitteren Ende auf die Spitze: Die Ausmerzung des Abstammungsrechts, auf dem das

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einst beruhte, und das Durchdrücken der faktischen Gleichsetzung von Wohnbevölkerung und Staatsvolk.
Letzteres, definiert als die Gesamtheit der deutschen Bürger, wird auf diese Weise, ohne daß man nach dem Willen des demokratischen Souveräns gefragt hätte, schleichend transformiert und auf kaltem Wege nach dem Geschmack der Herrschenden umgebaut, entmachtet und enteignet.
Das ist keine Formalie, es hat weitreichende Konsequenzen. Wer zufällig anwesend ist - und wieder gehen muß bekanntlich sowieso kaum jemand, der es erst mal in den deutschen Sozialstaat geschafft hat -, dem wird zum Nulltarif volle Teilhabe an allem zugeschanzt, was Generationen zuvor mühsam geschaffen und aufgebaut haben.

Erst Einbürgerung, dann Verbeamtung

Von der Turbo-Einbürgerung zur beschleunigten Verbeamtung ist da nur ein kleiner Schritt. Nancy Faeser plant bereits den nächsten Staatsstreich gegen den Souverän des deutschen Grundgesetzes, das deutsche Staatsvolk. Per Quote will die Bundesinnenministerin möglichst viele Migranten zu Beamten machen.
Unter dem vernebelnden Tarnbegriff "Bundespartizipationsgesetz" will Faeser dem öffentlichen Dienst eine "verpflichtende Diversitätsstrategie" aufzwingen. Eine Verwaltung, die von Rechts wegen der Neutralität und dem Leistungsgedanken verpflichtet sein sollte, wird zum Repräsentativorgan transformiert, in dem bestimmte Gruppen nach ständestaatlichen Proporzregeln besonders zu berücksichtigen sind.
Ein klarer Versuch, das Verfassungsfundament an zentraler Stelle auszuhebeln. Artikel 3 des Grundgesetzes verbietet die Benachteiligung oder Bevorzugung nach Geschlecht, Sprache, Abstammung, Herkunft, Glauben, religiösen oder politischen Anschauungen; Artikel 33 garantiert, daß "jeder Deutsche ... nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte" haben soll. Quoten sind also schlicht verfassungswidrig.

Methodischer Rechts- und Verfassungsbruch

Das hindert die Bundesinnenministerin gleichwohl nicht daran, ihre Pläne zur Transformation von Staat und Staatsvolk rücksichtslos voranzutreiben. Rechts- und Verfassungsbruch hat bei dieser Regierung, wie schon bei ihren Vorgängern, Methode. Fast scheint es, als ahne die Ampel, daß ihre Zeit abläuft, und als wolle sie während ihrer Restlaufzeit noch so viel Schaden anrichten und so viele potentiell unumkehrbare Fakten schaffen, wie sie nur kann.
Dabei hat bereits die bisherige laxe Einbürgerungspraxis zu einem beispiellosen Ausverkauf der deutschen Staatsbürgerschaft geführt. Jahr für Jahr sind zuletzt ganze Großstädte an Neu-Staatsbürgern hinzugekommen und haben die Substanz des demokratischen Souveräns tiefgreifend verändert.
Es nimmt nicht wunder, daß Faesers Repressionsorgane den Begriff "Bevölkerungsaustausch" ächten. Tatsächlich wird nicht nur die Wohnbevölkerung, sondern in der Folge auch das Staatsvolk als Gesamtheit der Staatsbürger in einer Dimension transformiert, daß man durchaus von einem "Austausch" sprechen kann.

Einbürgerungs-Tsunami bricht alle Dämme

Zweihunderttausend Migranten wurden allein im vergangenen Jahr 2023 eingebürgert. Rund ein Drittel von ihnen kamen als "Syrer"; es sind die seit dem Merkelschen Willkommensputsch massenhaft und rechtswidrig ins Land gelassenen Migranten, die sich inzwischen unter Pervertierung des für den temporären Schutz gedachten Asylrechts den deutschen Pas ersessen haben. An ihnen hängen wiederum Familienangehörige, die ebenfalls Anspruch auf Nachzug und Einbürgerung haben.
Zu den zweihunderttausend Neueingebürgerten kommen weitere zweihunderttausend bereits gestellte Einbürgerungsanträge, die noch unbearbeitet bei den überlasteten Behörden liegen.

Auf diese kommt mit Inkrafttreten der Faeserschen "Reform" ein regelrechter Einbürgerungs-Tsunami zu.
Der deutsche Paß verspricht dabei nicht nur zeitlich und rechtlich unbegrenzten Zugriff auf den deutschen Sozialstaat und seine Leistungen, sondern über die Verleihung der vollen staatsbürgerlichen Rechte auch die Möglichkeit der politischen Mitbestimmung, Einflußnahme und in letzter Konsequenz, wenn kritische Zahlenschwellen überschritten werden, auch Machtübernahme. Auf Dauer werden sich die Neubürger nicht damit zufriedengeben, "Grünen" und SPD die davongelaufenen Wähler unter der einheimischen Bevölkerung zu ersetzen.

Gespaltene Loyalitäten und "Fünfte Kolonnen"

Die regelartige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft wird sich auf diesem Feld in verhängnisvoller Weise auswirken. Der Doppelpaß führt zwangsläufig zu gespaltenen Loyalitäten und damit zur Schaffung von "fünften Kolonnen" auswärtiger Mächte, die über sie direkten Einfluß auf die politische Ausrichtung des Landes nehmen können.
Der Zwang, die alte Staatsbürgerschaft aufzugeben, war in der Vergangenheit vor allem für viele in Deutschland lebende Türken ein wesentlicher Hinderungsgrund für die Einbürgerung. Bisher sind die türkischen Behörden oft so verfahren, daß sie eingebürgerten Türken den türkischen Paß über die Hintertüre wieder ausstellten, ohne diesen Rechtsbruch gegenüber den deutschen Behörden offenzulegen. Jetzt können türkische Staatsbürger ganz offiziell auch zugleich deutsche Staatsbürger sein.
Die Türkische Gemeinde Deutschland rechnet ganz offen mit zusätzlichen 50.000 Einbürgerungsanträgen türkischer Bürger pro Jahr, die zu der großen Zahl von bereits als deutsche Staatsbürger geborenen Türken in Deutschland hinzukommen. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoglu, richtet vorsorglich schon einmal eine Warnung an Parteien und Politik in Deutschland: Diese Antragsteller seien auch Wähler, für die man "eine entsprechende Politik machen" müsse.

Transformation in ein islamisches Land

Doch nicht nur der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan freut sich, daß seine Einflußarmee in Deutschland mit freundlicher Unterstützung der Bundesinnenministerin und der Bundesregierung rasch und massiv anwachsen wird. Das islamische Element wird insgesamt mehr Gewicht in der deutschen Politik erhalten. Gerade säkulare Migranten wie den Vorsitzenden der Kurdischen Gemeinde in Deutschland, Ali Ertan Toprak, befällt angesichts dieser Perspektive wachsendes Unbehagen.
Die Fließbandeinbürgerung nach schwammigen Kriterien wird unvermeidlich dazu führen, daß auch eine große Zahl von Islam-Extremisten, Strenggläubigen und Antisemiten aus einer Vielzahl muslimischer Länder mit vollen staatsbürgerlichen Rechten und dem Schutz des deutschen Passes ausgestattet wird. Da rund vier Fünftel der Asylbewerber Jahr für Jahr aus muslimischen Ländern nach Deutschland kommen, wird die Faesersche Masseneinbürgerungsstrategie auch die Transformation Deutschlands in ein islamisches Land dramatisch vorantreiben.

Das Fenster schließt sich rasant

Viktor Orbán hat kürzlich aus Anlaß seines Deutschlandbesuchs klar ausgesprochen, wohin es führt, daß "linksgerichtete Regierungen im Schnellverfahren die Staatsbürgerschaft gewähren, Familienzusammenführung, was auch immer, Hunderttausende von Menschen": Die massenhaft aufgenommenen Migranten seien "nicht als Gäste der einheimischen Deutschen hier, sondern mit eigenem Recht. Es ist jetzt auch ihr Land. Es wird sogar immer mehr zu ihrem Land". Und anders als falsche Wirtschaftspolitik, gibt Orbán zu bedenken, könne man ein Scheitern in der Migrationspolitik auch "nicht mehr rückgängig machen".
Die Warnung ist real: Das Zeitfenster, um die Auflösung Deutschlands durch seine politische Klasse noch aufzuhalten, ist verzweifelt eng und schließt sich in rasantem Tempo. Lassen die

Deutschen die "grün-rote" Ampel noch länger gewähren, bleibt für unsere Nation bald nur noch ein Platz im Museum der abschreckenden Beispiele.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.381/…): >>**SPD-Chefin Esken will wieder in den Bundestag - Parteifreunde sprechen von "Wortbruch"**

Entgegen ihrer Ankündigung will SPD-Chefin Saskia Esken 2025 doch nicht aus dem Deutschen Bundestag ausscheiden. Das stößt in ihrem Landesverband auf scharfe Kritik.

Nach Informationen der "Süddeutschen Zeitung" will sich Esken im kommenden Jahr erneut um ein Bundestagsmandat im baden-württembergischen Wahlkreis Calw-Freudenstadt bemühen. Vor vier Jahren hatte sie gesagt, sie kandidiere 2021 nur noch einmal für eine dritte Legislaturperiode - "danach bin ich raus."

In der SPD-Führung wird die Kehrtwende mit angeblich "großen Herausforderungen" begründet, nachdem die Genossen bei der Europawahl mit 13,9 Prozent ein historisch schlechtes Ergebnis eingefahren hatten. Da gelte es, "Verantwortung zu tragen".

Das sehen die Parteifreunde in Eskens Bundestagswahlkreis im Nordschwarzwald anders. Manfred Stehle, Mitglied im SPD-Kreisverband Calw, wirft seiner Bundesvorsitzenden und Wahlkreisabgeordneten "klaren Wortbruch" vor.

Eskens Ergebnisse im baden-württembergischen Wahlkreis Calw sind bisher mehr als bescheiden. Noch nie gewann sie direkt. Bei der Bundestagswahl 2021 landete sie mit 17,2 Prozent weit abgeschlagen hinter dem CDU-Kandidaten Klaus Mack. In den Bundestag kam sie wiederum nur über die Landesliste.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.381/…): >>**"Dieses Pack muß raus aus Deutschland" - Justiz prüft Tweet von CDU-Politiker**

Nach dem tödlichen Messerangriff eines Afghanen auf einer privaten EM-Party in Wolmirstedt in Sachsen-Anhalt ließ sich der CDU-Landtagsabgeordnete und frühere Landtagspräsident Detlef Gürth auf dem Portal X zu einer inzwischen gelöschten Nachricht (Tweet) hinreißen: "Dieses Pack muß raus aus Deutschland", schrieb das dienstälteste Mitglied des Landtages in Magdeburg.

Nun prüft die Staatsanwaltschaft Halle den Beitrag wegen möglicher Haßkriminalität im Internet, bestätigte eine Sprecherin der Strafverfolgungsbehörde. Anfang der Woche hatte eine Linken-Abgeordnete Strafanzeige gegen den früheren Landtagspräsidenten Gürth erstattet.

Nicht auszudenken, was hierzulande los wäre, wenn Gürth nicht CDU- sondern AfD-Politiker wäre!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Asyl, Kriminalität: Sieben von zehn Bundesbürgern haben kein Vertrauen mehr in den Staat!**

Das Vertrauen der Deutschen in die Fähigkeiten der Bundesregierung schwindet immer mehr und hat einen neuen Tiefpunkt erreicht: Sieben von zehn Bürgern (70 Prozent) halten den deutschen Staat für überfordert. Unter AfD-Anhängern sind es sogar 90 Prozent. Nur 25 Prozent der Bürger glauben überhaupt noch daran, daß der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, wie aus einer repräsentativen Bürgerbefragung im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes (dbb) hervorgeht. Die Daten hatte das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Mai erhoben.

Die Ostdeutschen sind dabei noch deutlich skeptischer als die Menschen im Westen: 77 im Osten glauben, daß der Staat überfordert ist, im Westen sind es 69 Prozent. Für überfordert halten die Befragten den Staat vor allem in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Bildungspolitik sowie bei der Inneren Sicherheit.

Im Ergebnis hat sich damit ein Negativtrend verschärft fortgesetzt, der seit Jahren anhält. 2019 sagten 61 Prozent der Befragten, daß der Staat nicht mehr in der Lage sei, seine Aufgaben zu erfüllen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Stuhlkreis mit Bürgerräten anstelle von Über-**

nahme politischer Verantwortung
Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich im ARD-Sommerinterview für eine Corona-Aufarbeitung durch einen Bürgerrat ausgesprochen.
Dazu teilt Dr. Christina Baum, Mitglied im Gesundheitsausschuß und im AfD-Bundesvorstand, mit:
"Anstelle endlich politische Verantwortung zu übernehmen, setzt sich Herr Scholz lieber für Stuhlkreise mit Bürgerräten ein. Solche Aussagen beweisen deutlich, daß immer noch versucht wird, eine wissenschaftlich und rechtlich fundierte Aufarbeitung dieser katastrophalen Politik zu verhindern.
Der skrupel- und beispiellose Umgang der Regierungs-Lobbyisten und ihrer Medien-Vasallen mit der Gesundheit der gesamten deutschen Bevölkerung muß endlich schonungslos aufgedeckt und aufgearbeitet werden. Der beste Weg ist deshalb ein Corona-Untersuchungsausschuß.
Wir von der AfD werden nicht ruhen, bis jeder Verantwortliche, der sich an dem Gesellschafts- und Menschenexperiment beteiligt hat, rechtlich belangt worden ist. Eine wirkliche Aufarbeitung muß endlich beginnen. Wir sind es den unzähligen Opfern schuldig."
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Schlimme Zahlen zu jugendlicher Migrantengewalt: Unsere Jugendlichen dürfen kein Freiwild sein!**
Sie werden geschlagen, getreten, angespuckt, gedemütigt und dabei gefilmt: Deutsche Jugendliche erleben auf den Schulhöfen und Straßen tagtäglich die Folgen der Migrations-Ignoranz der etablierten Parteien. Doch als ob das noch nicht reicht, werden sie dann auch noch von den Ampel-Parteien und der CDU in die rassistische Ecke gestellt, wenn sie die Zustände beim Namen nennen. Atmosphärische Rückendeckung bekommen migrantische Schlägerbanden von Bundesbeauftragten der Ampel-Regierung, die nichts Verwerfliches daran finden, Deutsche als "Kartoffeln" zu beleidigen. Aktuelle Zahlen des Bundeskriminalamts zeigen nun die Folgen dieses politischen Zangenangriffs auf einheimische Jugendliche.
Demnach wurden im vergangenen Jahr sage und schreibe 19.969 deutsche Kinder und Jugendliche zu Opfern einer Gewalttat mit mindestens einem ausländischen minderjährigen Tatverdächtigen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein dramatischer Anstieg von rund 25 Prozent (3.944 minderjährige Personen). Deutsche Kinder und Jugendliche werden mehr als doppelt so häufig zu Opfern von ausländischen Minderjährigen als umgekehrt. Dennoch reden ignorante Politiker der Einheitsparteien und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiterhin von "Einzelfällen", womit das Problem verschleiert und weitere brutale Taten ermöglicht werden.
Schockiert wurde unser Land aktuell durch den Fall des 20-jährigen Philippos T., der im nordrhein-westfälischen Bad Oeynhausen von sogenannten "Südländern" brutal zusammengeschlagen wurde und daraufhin im Krankenhaus verstarb. Inzwischen kommt heraus: Der Hauptverdächtige des Überfalls ist ein 18-jähriger Syrer, der 2018 nach Deutschland kam und bereits aufgrund von Eigentums- und Drogendelikten polizeibekannt war. Warum wurde er dann nicht längst ausgewiesen? Und warum verschwieg die Polizei seine Staatsangehörigkeit? Beide Fragen verweisen auf das, was jetzt notwendig ist: Absolute Transparenz bei der Täterherkunft und eine konsequente Abschiebung von Straftätern mit ausländischer Staatsangehörigkeit.<<
Slowakei: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.378/…): >>**Slowakischer Mediziner: Es gab keine Pandemie**
Von *Karel Meissner*
Eine Pandemie hat es nie gegeben! - Was vor zwei Jahren noch als Querdenker-Sprech galt, ist jetzt Resultat der slowakischen Pandemie-Aufarbeitung. …

Haben sich westliche Regierungen in den Corona-Jahren nicht als Inkarnation der reinen "Wissenschaft" aufgespielt? Galt nicht jeder, der den Lockdown- und mRNA-Terror ablehnte, als "Verschwörungstheoretiker"? Als "Schwurbler"? Als Anti-Rationalist schlechthin?
Allerdings dürften selbst glücklichste Sklaven an diesem Mythos langsam zweifeln. Hat doch die Freigabe der RKI-Akten deutlich gezeigt: Alle "wissenschaftlich" errechneten Inzidenzwerte, all die "medizinisch grundierten" Maßnahmen waren willkürliche Vorgaben, ausgetüftelt von blutigen Laien. Und die RKI-Forscher? Haben mitgespielt, weil sie eine Marginalisierung fürchteten.
Kürzlich initiierte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico eine Untersuchung des Corona-Managents seines Amtsvorgängers. Beauftragt wurde der 45-jährigen Sportarzt und Orthopäde Peter Kotlár. Schon diese Personenwahl enthielt politischen Zündstoff: Schließlich hatte Kotlár im Internet die Masken- und Impfterror schon vor Jahren scharf kritisiert. Jetzt legte Kotlár ein Zwischenergebnis seiner Analysen vor. Und das übertrifft alle bisherige Kritik. O-Ton: "Eine Pandemie hat es nicht gegeben"
Im Gesundheitsausschuß des Nationalrats, Bestandteil des slowakischen Parlaments, erklärte Kotlár den geplätteten Zuhörern: "Es gibt einen klaren Beweis dafür, daß es in Anbetracht dessen, was eine Pandemie bedeutet, in Anbetracht der Inzidenzen und anderer meßbarer Parameter in der Slowakei keine Pandemie gegeben hat."
Der Mainstream reagierte - wie sonst? - moralistisch: Der christdemokratische Abgeordnete Frantisek Majerský jammerte laut der Zeitung Denník N: "Er (Kotlár, Anm.) hat allen, die im Gesundheitswesen arbeiten, ins Gesicht gespuckt."
Schließlich seien Ärzte, Schwestern und Pfleger im Einsatz gestorben. Hierzulande heulte die Autorin der Süddeutsche Zeitung (Alpen-Prawda): "Damit bringt er (Kotlár, Anm.) sein Land auch bei der WHO in Verruf."
Heimlicher Sorge der Empörungs-Junkies: Was geschieht, wenn die Untertanen merken, daß alle Entrechtungen, Zwänge, Demütigungen, Verletzungen, ökonomische und mentale Zusammenbrüche für nichts und wieder nichts ertragen wurden? Daß sie einer Diktatur der Idioten unterworfen waren - während man einen Professor Sucharit Bhakdi oder ein Dr. Wolfgang Wodarg zensiert und geprangert hatte.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29515" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Schöpfer des Universums antwortet auf Selbstbestimmungsgesetz!**
Nach dem neuen Selbstbestimmungsgesetz der "Ampel-Regierung" darf nun jeder sein Geschlecht jährlich ändern. Doch wie findet eigentlich der Schöpfer des gesamten Universums dieses Gesetz? …
"Mit dem Selbstbestimmungsgesetz öffnet die Ampel die Büchse der Pandora. ...
Mit diesem Gesetz habt ihr euch mit dem Schöpfer des Universums angelegt! Welch ein gigantischer Hochmut! Rücksichtsloseste Intoleranz im Gewand der Toleranz!"
Hallo, hier ist wieder der Klaus aus Franken!
Vor kurzem verabschiedete der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der "Ampel-Regierung" das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz. Nun kann jeder jährlich allen biologischen Tatsachen zum Trotz sein Geschlecht ändern lassen.
CSU-Generalsekretär Martin Huber sagte zur Passauer Neuen Presse: "Mit dem Selbstbestimmungsgesetz öffnet die Ampel die Büchse der Pandora". Das bedeutet, daß von nun an das Unheil über die Menschen kommen wird. Ist das nicht völlig übertrieben?
Ich sage heute: "So seh' ich's"! Ich sage meine Meinung und ich möchte den Kern dieses Gesetzes auf den Punkt bringen: Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Das hat der CSU- Generalsekretär intuitiv richtig gespürt und deshalb in diesem Zusammenhang "die Büchse der Pandora" erwähnt. Wohl kaum ein Gesetz in der Geschichte der Bundesrepublik hat den "Schöpfer des Universums" mehr igno-

riert als dieses sogenannte Selbstbestimmungsgesetz!
Alle Religionen glauben an einen Schöpfer, der alles Leben auf diesem Planeten erschaffen hat. Bitte laß aber mal alle Deine religiösen Schubladen zu! Es ist doch offensichtlich, daß ein Schöpfer hinter dieser genialen Schöpfung stehen muß - wie Du ihn auch immer nennen willst.
Deshalb möchte ich in diesem Video ganz neutral vom "Schöpfer des Universums" sprechen.
Er hat alles anhand klarer Gesetzmäßigkeiten geschaffen, z.B. der Schwerkraft. Du kannst schon behaupten, daß ein Stein nach oben fliegt. Wenn Du ihn losläßt, wird er Dir aber trotzdem durch die Schwerkraft unweigerlich auf die Füße fallen.
Warum ignoriert das Selbstbestimmungsgesetz den Schöpfer des Universums und dessen unumstößliche Gesetzmäßigkeiten?
Der Name des Gesetzes sagt schon alles: Selbstbestimmungsgesetz! Wir bestimmen ab jetzt selber, ob wir Mann oder Frau sind. Was Du erschaffen hast und wie Du es erschaffen hast, interessiert uns nicht! Du hast nichts mehr zu sagen! Runter vom Thron. Wir setzen uns jetzt selber auf den Thron und bestimmen selber, ob wir Mann oder Frau sind! Mit anderen Worten: Wir können zaubern und lassen den Stein nach oben fliegen! Mit diesem Gesetz hat sich die Regierung daher direkt mit dem Schöpfer des Universums und dessen festgelegten Gesetzmäßigkeiten angelegt!
Das Selbstbestimmungsgesetz ist eine absolute Respektlosigkeit gegenüber dem Schöpfer des Universums! Denn sie wollen letztlich IHN absetzen! Sie schlagen IHM mit diesem Gesetz direkt ins Gesicht! Wir dulden keine Autorität über uns, sondern wir bestimmen sogar unser Geschlecht selber! Du hast nichts mehr zu melden! Welch ein gigantischer Hochmut! Wir wissen es besser als der Schöpfer des Universums!
Wir können sogar seine unumstößlichen Gesetzmäßigkeiten einfach außer Kraft setzen!
Deshalb ist das Selbstbestimmungsgesetz an Hochmut nicht mehr zu überbieten!
Eines wissen wir doch alle: Hochmut kommt vor dem Fall!
Es kommt aber noch dicker: Sie kommen im Gewand der Toleranz daher. Man muß es doch tolerieren, wenn ein Mann sich als Frau fühlt und eine Frau sich als Mann versteht. Wenn Du ihre wahnsinnige Ideologie aber nicht akzeptierst, dann verfolgen sie Dich als Diskriminierer und verklagen Dich gar noch! Wehe, Du akzeptierst ihre Ideologie nicht! Rücksichtsloseste Intoleranz im Gewand der Toleranz! Und ich sag es heute direkt an die Adresse all jener Politiker, die diesem Gesetz zugestimmt haben: Mit diesem Gesetz habt ihr euch mit dem Schöpfer des Universums angelegt! Das hättet Ihr besser nicht tun sollen! Ihr habt die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Er lacht nur über Eure Narrheit! Was Ihr als großen Sieg feiert, wird Euch deshalb unweigerlich auf die Füße fallen!
Ich habe fertig!
Euer Klaus aus Franken<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29524" berichtet am 27. Juni 2024 (x1.379/…): >>**Selbstbestimmung - aber nur wenn Big-Pharma verdient!**
Seit dem 12. April 2024 gilt in Deutschland das neue Selbstbestimmungsgesetz. Aber wo beginnt die Selbstbestimmung und wie weit reicht Sie? Ein Vater zieht seine Schlüsse daraus, was sein junger Sohn selbst bestimmen darf und was nicht. …
Ja, hallo, ich bin Günther, wohne jetzt seit 61 Jahren in Deutschland und mich bewegt es mal, was zum neuen Selbstbestimmungsgesetz zu sagen, das am 12. 04. dieses Jahres vom Bundestag verabschiedet wurde.
Ich lese es mal kurz vor, ein paar Auszüge von der Einleitung selbstbestimmt leben zu können, ist fundamental für alle Menschen. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Achtung der Privatsphäre und die Nichtdiskriminierung gehören zu den durch das Grundgesetz garantierten Rechten. Dafür soll das veraltete und zum Teil verfassungswidrige Transsexuellenge-

setz aus dem Jahr 1980 aufgehoben und durch eine einheitliche Regelung ersetzt werden, mit der Menschen ihren Geschlechtseintrag oder ihren Vornamen per Selbstauskunft beim Standesamt ändern können. Und unten ist so eine Änderung, da steht, Minderjährige ab 14 Jahren sollen die notwendige Erklärung selbst abgeben können.
Und ich möchte diesem Gesetz mal ein bißchen auf den Grund gehen, was steckt jetzt da wirklich dahinter. Also, daß ich selbstbestimmt leben will, daß ich nicht diskriminieren möchte oder daß das nicht passiert, freie Entfaltung der Persönlichkeit und so weiter, Achtung der Privatsphäre. Also, da stehe 100 %ig dahinter. Ich denke, das will jeder normale Mensch, das will ich auch.
Aber daß ein 14-jähriges Kind in dem Alter selber über sein Geschlecht schon entscheiden kann, das finde ich persönlich der absolute Wahnsinn. Weil ein Kind mit 14 Jahren überhaupt nicht die Reife hat, um solche einschneidenden und konsequenten Sachen, was da dahinter steckt und was das auswirkt, kann das überhaupt für sich gar nicht entscheiden.
Aber ich möchte euch auch noch von zwei Begebenheiten erzählen, apropos Selbstbestimmung.
Also, unser jüngster Sohn, der ist jetzt 15 Jahre alt geworden und geht in die Realschule. Da kam jetzt die Aufforderung, daß alle Masern geimpft werden müssen oder einen Nachweis bringen müssen. Und da unser Sohn nicht geimpft ist, ging es ans zuständige Gesundheitsamt. Von da aus kam wieder der Aufruf. Entweder wir sollen einen Nachweis bringen oder wir zahlen 2.500,-- Euro Strafe.
Dann haben wir uns mal die Mühe gemacht und haben von dem Masernimpfstoff sämtliche Inhaltsstoffe und sämtliche Bestandteile analysiert und genau geschaut, was ist eigentlich da drin in diesem Masernimpfstoff. Und ich sage euch, allein schon, wenn du das alles liest, dann wird es schlecht dabei. Dazu kommen noch die Bestandteile von der mRNA-Impfung, wo praktisch dem Kind an die DNA gehen und die verändern und so weiter. Dabei sind noch Beipackzettel mit seitenweisen Nebenwirkungen bis zum Tode hin. Und es steht drin, wenn man auf einen Inhaltsstoff allergisch reagiert, darf man nicht geimpft werden. Und dann haben wir uns gesagt, okay, lassen wir unser Kind testen auf Inhaltsstoffe von dem angeblichen Masernimpfstoff.
Kein Arzt in der größeren Umgebung hat sich irgendwo bereit erklärt, dies zu machen. Also, es ist gar nicht möglich, diesen Nachweis zu bringen. Das haben wir alles zusammengefaßt. Das waren sieben, acht Seiten. Das war eine halbe Doktorarbeit, richtig gründlich gemacht. Und unser Sohn hat eben noch dazugeschrieben, es kommt jetzt das neue Selbstbestimmungsgesetz. Da darf ich mit 14 Jahren entscheiden, ob ich ein Junge sein möchte oder ein Mädchen sein möchte und so weiter. Hat er das noch dazugeschrieben. Und er möchte sich diesen Impfstoff aufgrund der Gefahren der Gifte und so weiter, er möchte sich das nicht einimpfen lassen. Und er hat dann selber unterschrieben, wir als Eltern haben unterschrieben. Und das haben wir jetzt dem Gesundheitsamt dann zugeschickt.
Dann kam nach relativ kurzer Zeit zurück, also das mit der Selbstbestimmung, da geht da gar nichts. Entweder die Nachweise, wo man gar nicht bringen kann, oder er muß sich impfen lassen. Oder eben 2.500,-- € Strafe.
Das ist jetzt erst das, es geht nicht ums Impfen. Mir geht es nur um das, wann darf ich selber bestimmen und wann darf ich nicht selber bestimmen. Also Impfen, keine Chance. Wenn ich mich als Trans umändern lassen möchte und andere Namen möchte, kein Problem.
Gut, dann haben wir noch eine zweite Begebenheit gehabt. Vor kurzem war er beim Zahnarzt. Hat ein Loch im Zahn gehabt und dann hat unser Sohn gesagt, er hätte gerne eine etwas bessere, hochwertige Füllung im Zahn. Dann hat der Zahnarzt gesagt, okay, kein Problem, aber selber bestimmen darf er das nicht. Weil, da müssen wir als Eltern kommen und müssen da unterschreiben. Und das kostet auch, wir haben dann noch eine Rechnung gekriegt über 100 Eu-

ro extra, weil er eine andere Füllung wollte.
Also über die Zahnfüllung, daß er eine gescheite Zahnfüllung hat, das darf er nicht selber bestimmen. Aber ob er ein Mädchen oder irgendwas anderes sein möchte, das darf er selber bestimmen. Und ich frage mich einfach, wer bestimmt, was man selber bestimmen kann und was man nicht selber bestimmen kann. Und eigentlich ist es ganz einfach, ich beobachte das System jetzt auch schon seit Jahren. Man muß wieder mal nur der Spur vom Geld hinterhergehen. Da gibt es super Ausarbeitungen.
Zum Beispiel: Wer verdient am Trans-Hype? Steht drin, daß der Markt boomt und daß Millionengewinne für Pharmaindustrie und so weiter drinstecken. Und überall Verfilzungen von Industrie, Forschung, Politik und so weiter. Also es ist doch ganz einfach wieder. An der Geschlechtsumwandlung verdient die Pharmaindustrie. Und am Impfen verdient sie natürlich richtig, die Pharmaindustrie.
Darum muß ich mich impfen lassen und ich darf mit 14 schon freiwillig entscheiden, ob ich ein anderes Geschlecht haben möchte. Welch ich ein Wahnsinn.
Und ich habe gedacht, also die ganzen Nebenwirkungen bei einer Operation und so weiter und die psychischen Probleme und die körperlichen Probleme, das ist jetzt alles weggelassen. Auf das gehe ich jetzt gar nicht ein. Da gibt es super Ausarbeitungen und so weiter. Man hört von Politik und Medien nichts darüber. Wird alles unterdrückt. Auf Kosten von unseren Kindern und von uns selber.
Und aufgrund dessen habe ich das jetzt mal umgeschrieben, das Gesetz. Nicht wie es scheinheilig ist, sondern wie es wirklich ist. Und das Gesetz heißt für mich auch nicht Selbstbestimmung, sondern dieses Gesetz heißt für mich Chaos-Erweiterungs-Gesetz. Ich lese euch mal vor, wie es für mich richtig heißt. Selber bestimmen darf man ab 14 Jahren, da wo man sich selber schadet, krank wird und das Chaos vergrößert wird. Und natürlich dort, wo die Pharmaindustrie dicke Kohle verdient.
Du darfst über deine Geschlechtsumwandlung für circa 10.000,-- Euro bestimmen. Das zahlt dann auch die Krankenkasse für dich. Auch deine körperlichen und psychischen Folgekosten zahlt dir deine Krankenkasse. Also letztendlich der Steuerzahler.
Das Impfen zum Beispiel, wo man richtig Gift eingespritzt bekommt, darfst du nicht selber bestimmen. Das mußt du machen. Sonst müssen deine Eltern 2.500,-- Euro bezahlen. Ohne Impfen verdient doch sonst die Pharmaindustrie auch viel zu wenig. Auch wenn du gescheite Zähne haben willst, darfst du es nicht selber bestimmen. Auch hier zahlt die Krankenkasse nicht. Da müssen dann deine Eltern für dich unterschreiben und bezahlen.
Letztendlich sind uns auch die Menschen egal, Hauptsache unsere Kasse stimmt. Aber dieses Gesetz haben wir jetzt endlich für dich durchgesetzt. Es grüßt dich, deine Big Pharma, im Verbund mit den Politikern und den Medien.
So wäre für mich die Realität. Und ich frage mich wirklich schon seit Jahren, wer macht in Deutschland diese Gesetze? Die können nur aus finsteren, dunklen Hinterhöfen irgendwie raus geboren werden. Anders kann ich mir das nicht vorstellen. Aber was ich noch schlimmer finde, ist, daß das von Politik, von Medien und auch von den Gerichten gedeckt wird und zum Teil noch unterstützt wird, das Ganze.
Und dann fragt man sich, warum funktioniert hier in Deutschland nichts mehr? Was ist hier eigentlich los? Aber eigentlich ist es logisch, bloß traut sich wahrscheinlich niemand zu sagen, weil alles über die Kohle läuft und jeder irgendwo da drin hängt in dem Ganzen.
Ja, ich denke einfach, es wäre gut, wenn wir da mal eine Wende reinkriegen, daß das wieder in normale Bahnen kommt. Das war jetzt mein Kommentar und meine ganz ehrliche Meinung zum neuen Selbstbestimmungsgesetz in Deutschland.
In diesem Sinne wünsche ich euch alles Gute. Ciao.<<

28.06.2024

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/24" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.387/…): >>**Von Schröder über Merkel bis Scholz**

Energiepolitik: Regierung setzte auf Versorgungssicherheit / Grüne wollen Abhängigkeit von Rußland untersuchen lassen

Paul Leonhard

Für einen Deal mit den Amerikanern war Olaf Scholz der falsche Mann. Aber er hat es immerhin über US-Finanzminister Steven Mnuchin versucht. Eine Milliarde Euro wollte er als Bundesfinanzminister in ein Projekt Donald Trumps stecken: die Anlandung von Flüssigerdgas (LNG) an der Nordseeküste. Washington sollte dafür die Ostseepipeline Nord Stream 2 abnicken. Aber die Deutschen wollten so weiterhin auch russisches Gas beziehen - aus Sorge um die Energiesicherheit. Das Weiße Haus ließ daher mitteilen, man werde auf den "Mist" (crap) nicht hereinfallen. So berichtete es das Handelsblatt.

Präsident Wolodymyr Selenskyj habe sich 2020 sogar für die US-Sanktionen gegen Nordstream 2 bei Trumps Außenminister Mike Pompeo bedankt. Denn die Ukraine wollte Rußland und die EU weiter mit der durch ihr Land führenden Transitgaspipeline "erpressen" und sich heimlich "bedienen". Die Gastransfergebühren waren zudem eine wichtige Einnahmequelle für den Staatshaushalt. Unter Joe Biden setzte sich die Anti-Nord-Stream-Politik nahtlos fort. Dennoch forcierte Angela Merkel bis Herbst 2021 gegen alle Drohungen die Fertigstellung des Zehn-Milliarden-Projektes Nordstream 2.

Die SPD unterstützte sie dabei. Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, initiierte mit dem russischen Gazprom-Konzern die "Stiftung Klima- und Umweltschutz MV". Diese sollte einen Teil der Bauarbeiten übernehmen: Die Stiftung MV sei eine Regierungsstelle, erkannte das US-Außenministerium an, daher greife die "Ausnahme von einer Sanktionierung".

Nord Stream 2 sei "das größte wirtschafts-, energie- und außenpolitische Versagen seit Bestehen der Bundesrepublik", ätzte Felix Banaszak, Leiter der Gruppe "Klimaneutral Wirtschaften" der Bundestagsfraktion, im Tagesspiegel. Und die energiepolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Lisa Badum, grüne Vorsitzende des Bundestagsunterausschusses für Internationale Klima- und Energiepolitik, verlangte "dringende" Aufklärung, schließlich seien "aufgrund unserer fatalen Gasabhängigkeit von Rußland Milliardenschäden entstanden".

Dabei ist durch die Pipeline kein Gas geflossen. Und am 26. September 2022 wurde Nord Stream 1 und einer der beiden Pipeline-Stränge von Nord Stream 2 gesprengt. Von wem ist unklar. Das interessiert die Ampel und die Union allerdings wenig.

Die Wiedervereinigung und der Fall des Eisernen Vorhangs sind nur bedingt schuld an der Energieabhängigkeit, denn schon vor 1989/90 setzte der Westen auf sowjetisches Gas und Öl, um nach Ölkrise 1973/74 unabhängiger zu werden. Zudem wurde in der Stromversorgung vermehrt auf Atomkraft gesetzt. Doch dann kam die "Klimapanik", und das "CO2-arme" Gas sollte Atom- und Kohlekraft schnellstens ersetzen. Wäre Nord Stream 2 ans Netz gegangen, wäre der Strompreis zwar auch gestiegen, aber die Wirtschaft wäre - dank russischer Rohstoffe - insgesamt wettbewerbsfähiger.

Das Projekt stand "ukrainischen Sicherheitsinteressen diametral entgegen", konstatierte das Handelsblatt. Gemeint sind wohl Wirtschaftsinteressen, denn die Zeitung zitiert aus einem "Maßnahmenkatalog zur politischen Flankierung von Nordstream 2", den Außenstaatssekretär Markus Ederer 2016 an das Wirtschaftsministerium geschickt haben soll: "Während in der Kritik eine angebliche Preisgabe europäischer Solidarität und ein Imstichlassen der Ukraine in den Vordergrund gestellt werden, schwingen unterschwellig auch Eigeninteressen jener Staaten mit, die neben der Ukraine vom Gastransit auf den bisherigen Routen profitieren und den Verlust von Einnahmen fürchten."

Ist die Gasabhängigkeit schon durch Nord Stream 1 entstanden?
Die Energiesicherheit soll auch ein Untersuchungsausschuß hinterfragen, der von der Union angestrebt wird: Ließ Robert Habeck tatsächlich ergebnisoffen prüfen, ob die AKWs in der Energiekrise länger am Netz bleiben können? Fraktionsvize Jens Spahn findet, daß die Gasabhängigkeit schon durch Nord Stream 1 entstand: "Dieses Projekt wurde von Rot-Grün unter Gerhard Schröder, Joschka Fischer und einem Umweltminister Jürgen Trittin entschieden", so Spahn im Tagesspiegel. Doch auch Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) war für den Ersatz von Atom- und Kohlestrom durch Gaskraftwerke. Und auch in den USA kommen etwa 40 Prozent des Stroms aus Gaskraftwerken.
Scholz wird erklären müssen, warum er 2020 "seinen geheimen Deal auch ohne Zustimmung des deutschen Parlaments als Haushaltsgesetzgeber vorantreiben" wollte. Als Kanzler kam er in den Genuß seiner Vorarbeit und konnte sich 2023 nach der schnellen Einrichtung von LNG-Terminals für sein "Deutschlandtempo" loben. Dann gibt es noch die Plattform Abgeordnetenwatch.de. Die verlangt, Scholz solle das LNG-Geschäft eines Steuerberaters und eines Immobilienmanagers erklären, die im April 2022 die Deutsche ReGas als "Zwei-Mann-Kombo" (Süddeutsche Zeitung) gegründet haben.
Auch das werfe Fragen auf, tönt der grüne Hinterbänkler Banaszak. Ein Untersuchungsausschuß "mit komplettem Zugriff auf alle Dokumente und die Vernehmung der Verantwortlichen" könnte "diese offenen Fragen" aufklären.
Eine brisante Frage lautet: Warum hat die Große Koalition mit Unterstützung von Scholz unmittelbar vor der Regierungsübernahme durch die Ampel noch schnell Nord Stream 2 durchdrücken wollen? Dabei verweist Banaszak auf den Entwurf einer Versorgungssicherheitsprüfung: "Ging es darum, die Nord-Stream-kritischen neuen Koalitionspartner Grüne und FDP vor vollendete Tatsachen zu stellen?"
Trotz allem war der Anteil der europäischen Gasimporte aus Rußland im Mai erstmals seit fast zwei Jahren mit 15 Prozent ein Prozent höher als die Lieferungen aus den USA. Denn dort war eine große LNG-Exportanlage ausgefallen. So erklärt der Preisinformationsdienst ICIS den Anstieg der russischen Pipelinegas- und LNG-Lieferungen. Empfänger waren die EU, Großbritannien, die Schweiz und der Balkan. Das Gas-Transitabkommen zwischen der Ukraine und Rußland läuft dieses Jahr aus. Ob es verlängert wird, ist fraglich.
Das besorgt auch den Luxemburger EU-Rechnungshof (EuRH), der in einem aktuellen Gutachten vor der gewachsenen Abhängigkeit von LNG-Lieferungen warnte. Angesichts der Abhängigkeit von Gas aus dem Ausland dürfe "die EU nie einfach die Hände in den Schoß legen können, wenn es um die Versorgungssicherheit geht", erklärte EuRH-Prüfer Joao Leao. "Auch die Konsumenten haben für den Fall eines künftigen größeren Engpasses keine Garantie, daß die Preise bezahlbar bleiben." Schließlich würden 20 Prozent des Stroms und fast 40 Prozent der Wärme in der EU aus Gas erzeugt. …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/24" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.387/…):
>>**Die teure Corona-Panik ist längst nicht vorbei**
Gesundheitspolitik: Jens Spahn hat sich verzockt, der Steuerzahler muß blechen / 2,3 Milliarden Euro fordern Masken-Lieferanten vom Bund
Ralph Meese
Es geht es um 2,3 Milliarden Euro. Und das sei nur die Spitze des Eisbergs, behauptet Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch. Konkret geht es um den chaotischen Maskenkauf des bis Dezember 2021 von Jens Spahn geführten Bundesgesundheitsministeriums (BMG), das in der Corona-Panik Masken von nahezu jedem erwarb, der welche anzubieten vermochte. Den Deal ihres Lebens bescherte der CDU-Politiker beispielsweise zwei Schweizern, die derart satte Gewinne auf Kosten des Steuerzahlers einfuhren, daß es nicht nur für einen Ferrari und einen Bentley reichte.

Die beiden Jungunternehmer hatten dem BMG 2020 150 Millionen FFP2-Masken, 210 Millionen OP-Masken und 44 Millionen Einmalhandschuhe verkauft und dabei Traummargen erzielt. Die Staatsanwaltschaft München geht von einem Profit von bis zu 300 Millionen Euro aus. Doch das ist "Peanuts" angesichts der Zahlungsforderungen gegenüber dem Bund, die aktuell vor deutschen Gerichten verhandelt werden.
Denn trotz des verordneten Maskenzwangs dämmerte der Ministerialbürokratie, daß der Kauf von 5,7 Milliarden Schutzmasken für fast sechs Milliarden Euro überdimensioniert war. Lediglich zwei Milliarden kamen in Umlauf, 1,7 Milliarden davon in Deutschland. Der Bundesrechungshof sprach von einer "massiven Überbeschaffung" und bescheinigte dem BMG "Ineffizienz". Tatsächlich mußte die Hälfte der gekauften Masken ungenutzt vernichtet werden.
Um den Schaden zu minimieren, wurden Rechnungen zurückgewiesen, weil die gelieferten Masken fehlerhaft seien oder die Lieferung zu spät erfolgt sei. Was bei Amazon möglich ist, funktioniert im Wirtschaftsleben nicht. Zwar wurden laut BMG "bisher rund 80 Streitfälle durch Vergleiche beendet", ohne Zahlen dazu zu nennen.
Acht Verfahren mit einem Gesamtstreitwert von rund 50 Millionen Euro habe der Bund rechtskräftig gewonnen, lediglich zwei mit einem Streitwert von 230.000 Euro verloren. Jetzt aber hat das Oberlandesgericht Köln am vergangenen Freitag in einem anderen Einzelfall eine Revision der Bundesregierung verworfen, was die Wende bringen könnte und zwar keine positive im Sinne des Steuerzahlers.
Finanziell ging es um eine Rückforderung von 4,8 Millionen Euro, die ein Maskenlieferant wegen angeblicher Mängel zahlen sollte. Viel bedeutsamer aber ist, daß das Gericht feststellte, daß es sich bei den Maskendeals grundsätzlich um keine sogenannten "Fix-Geschäfte" handelt. Das bedeutet, das Ministerium hätte den Geschäftspartnern eine Nachbesserungs- bzw. Nachlieferungsmöglichkeit einräumen müssen, als es die Qualität der Mund-Nasen-Bedeckungen bemängelte. Da es dies generell nicht getan hat, steht mit dem Urteil fest, daß der Bund die noch offenen Rechnungen bezahlen muß. Insgesamt waren im Rahmen des besonderen Einkaufsverfahrens ("Open-House-Verfahren") rund 1,4 Milliarden Euro ausgezahlt worden.
Aktuell laufen 100 Klagen mit einem Streitwert von insgesamt 2,3 Milliarden Euro. Mit Zinsen und weiteren Forderungen könnten es sogar 3,5 Milliarden Euro werden. "Die Folgen des Open-House-Verfahrens sind ein weiteres Argument für die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie", sagt FDP-Haushaltspolitiker Karsten Klein: "Diese würde das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik stärken und wäre Ausdruck einer guten Fehlerkultur."
Der Druck könnte schon bald noch größer werden, denn im Juli behandelt das OLG Köln einen weiteren Fall von Nichtzahlung von Corona-Masken. Es geht um 85 Millionen Euro. Den Ausgang dürfte auch Andreas Audretsch aufmerksam verfolgen. "Wegschweigen und wegducken reicht nicht", sagt er in Richtung des Ex-Ministers, dessen Partei wieder in Regierungsverantwortung will. Spahn habe sich "offenkundig verzockt", findet auch BSW-Chefin Sahra Wagenknecht und fordert einen Corona-Untersuchungsausschuß im Bundestag.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/24" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.387/…):
>>**Nicht vereinbar**
Resolution: Schriftstellerverband will keine AfD-Mitglieder dulden
Thorsten Thaler
Berlin, Rotes Rathaus, 7. Juni 1979: Der Schriftstellerverband der DDR unter dem Vorsitz von Hermann Kant schließt neun seiner Mitglieder aus: Kurt Bartsch, Adolf Endler, Stefan Heym, Karl-Heinz Jakobs, Klaus Poche, Klaus Schlesinger, Rolf Schneider, Dieter Schubert und Joachim Seyppel. Anlaß war ihr in westdeutschen Medien veröffentlichter offener Brief an den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker.

Darin hieß es unter anderem: "Mit wachsender Sorge verfolgen wir die Entwicklung unserer Kulturpolitik. Immer häufiger wird versucht, engagierte, kritische Schriftsteller zu diffamieren, mundtot zu machen, oder, wie unseren Kollegen Stefan Heym, strafrechtlich zu verfolgen. Der öffentliche Meinungsstreit findet nicht statt. Durch die Koppelung von Zensur und Strafgesetzen soll das Erscheinen kritischer Werke verhindert werden."
Der Schriftstellerverband inszenierte den Ausschluß der unliebsam gewordenen Autoren in einer Art Tribunal, einem Schauprozeß. Für die Betroffenen bedeutete der Rauswurf ein faktisches Berufsverbot, weshalb viele von ihnen die DDR verließen.

PEN-Zentrum beruft sich auf eigene Grundsätze

"Der Schriftsteller muß auf Ungerechtigkeit vorbereitet sein. Das ist sein Berufsrisiko." Der Satz stammt von Alexander Solschenizyn gegenüber einem Journalisten im März 1967. Damals war bereits sein Erstlingswerk "Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch" erschienen. Der Roman schildert einen Tag aus dem Leben eines Häftlings in einem sowjetischen Gulag. Gut zweieinhalb Jahre später, im November 1969, wurde der prominente russische Autor und Dissident aus dem sowjetischen Schriftstellerverband ausgeschlossen. Begründung: "antigesellschaftliches Verhalten". Später erging es unter anderem Lew Kopelew und Wladimir Woinowitsch genauso. Alle drei wurden aus der Sowjetunion ausgebürgert.
Warum diese Reminiszenzen an den Umgang totalitärer Regime mit kritischen Köpfen. Am vergangenen Samstag hat die Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum Deutschland auf ihrer Mitgliederversammlung in Hamburg eine Resolution verabschiedet, die die Unvereinbarkeit der Doppelmitgliedschaft im PEN und in der AfD festlegt. Zur Begründung heißt es, die Partei propagiere Ansichten und Ziele, die den in der PEN-Charta festgelegten Werten entgegenstehen. Die politische Agenda der AfD ziele darauf ab, nationale und kulturelle Grenzen zu betonen "und oft auch zu verschärfen".
Dies widerspreche den Grundsätzen des PEN, die auf "internationale Verständigung, gegenseitigen Respekt und den Kampf gegen Haß und Intoleranz abzielen". Den letzten - geheuchelten - Satz in der Mitteilung des Schriftstellerverbandes darf man sich auf der Zunge zergehen lassen: "Der PEN begreift sich als Anwalt des freien Wortes, und es ist unerläßlich, daß seine Mitglieder diese Werte in jeder Hinsicht unterstützen und verteidigen."
Kritische Stimmen dazu wie damals von westlichen etablierten Medien und aus der Politik zu dem Vorgehen der Schrtiftstellerverbände der DDR und der Sowjetunion? Fehlanzeige auf ganzer Linie.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/24" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.387/…):
>>**Welche gesellschaftspolitische Bedeutung hat die Kindergrundsicherung?**
Verstaatlichte Kindheit
Konrad Adam
Alle Massenbewegungen, die von links genauso wie die von rechts, haben es auf die Jugend abgesehen. Die Kinder sollen die Vergangenheit hinter sich lassen, dem erwählten Führer folgen und fahnenschwingend der Sonne, dem Licht, dem kommenden Tag entgegenziehen. Eltern sind verdächtig, sind unerwünscht, sie stehen für das Gestrige, das Überholte und blockieren die Innovation. Dem Fortschritt und der Zukunft zugewandt, waren und sind diese Bewegungen durchweg kinderfreundlich, aber familienfeindlich.
In der neuen, der klassenlosen Gesellschaft werde es für die Familie keinen Platz geben, hatte Friedrich Engels vorausgesagt, und Adolf Hitler hatte ihm recht gegeben. Nur die Partei sei befugt, den Mann und die Frau zu führen, "die Lebensbedingungen der Geschlechter regeln wir, das Kind bilden wir!" hatte er verkündet. Im nationalsozialistischen Führerstaat würden die Kinder ihren Müttern genauso gehören "wie im selben Augenblick auch mir".
Den Führern von damals sind die Führer*innen von heute gefolgt. Lisa Paus, die sich lieber Gesellschafts- als Familienministerin nennen hört, macht etwa da weiter, wo ihre Vorgänger

aufgehört hatten. Mit vollem Recht hat sie die Kindergrundsicherung als das größte sozialpolitische Bauvorhaben der Ampel-Regierung bezeichnet. Sie erhebt Anspruch auf den ganzen Menschen, will ihn schon in der Wiege packen, um ihn im Sarg erst wieder loszulassen. Kindergeld, Elterngeld, Bürgergeld, Krankengeld, Pflegegeld, Sterbegeld - die Reihe nimmt kein Ende.

Immerzu steht ein Amtsinhaber neben dem Bürger und sagt ihm, was er zu tun hat. Frau Paus träumt offenbar denselben Traum wie ihre Wegbereiter, die nationalen und die internationalen Sozialisten, nennt ihn nur anders. Sie will den Bürger an die Hand nehmen und ihm bei jedem Schritt ins Ohr singen: You'll never walk alone. Wenn sie von Service, Bringschuld und Betreuung spricht, meint sie mehr Macht für sich und weniger für alle anderen. Sie will die Familie nicht fördern, sie möchte sie ersetzen.

Das Grundgesetz steht dem entgegen. Es sagt der Familie seinen besonderen Schutz zu, nennt Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen, den Eltern, obliegende Pflicht. Seitdem das Bundesverfassungsgericht diesen besonderen Schutz auf alle möglichen Gemeinschaften mit und ohne Kinder ausgeweitet hat, hat die Bestimmung an Gewicht verloren; was man mit aller Welt teilen muß, kann ja nichts Besonderes mehr sein. Väter und Mütter heißen nun nicht mehr Eltern, sondern Elternteile, durchnumeriert nach den Ordnungsziffern eins, zwei oder drei. Sie gelten als Dauerbezugspersonen, auch das aber nur auf Zeit, da sie durch andere Personen, zweite Mütter oder dritte Väter, jederzeit ersetzt werden können.

Sofern sie darauf bestehen, ihre Kinder selbst zu erziehen, sollten sie einen Erziehungsführerschein erwerben, ausgestellt von irgendeinem Service-Unternehmen im Auftrag des Staates. Auch damit sind die Vorkämpfer der Chancengleichheit aber längst noch nicht am Ziel. Elternhäuser neigen ja dazu, die Ungleichheit auf ihre Kinder zu vererben. Und das ist schlecht, weil es das Ideal der Egalitaristen, die gleichmäßig gemähte Rasenfläche, immer wieder in die Ferne rückt.

Der Amerikaner Christopher Jencks, eine der Leuchten der modernen Erziehungswissenschaft, hatte das Phänomen entdeckt. Solange die Gesellschaft nicht dazu bereit sei, das Band zwischen Eltern und Kindern völlig zu zerschneiden, werde sie sich mit einem gewissen Maß an Chancenungleichheit abfinden müssen, hatte er festgestellt. Das klang nach Vorsicht oder Fatalismus; doch davon sind die Grünen weit entfernt. Sie haben versprochen, mehr Fortschritt zu wagen, und sie wagen ihn auch: schon heute kann ein Drittel der Kinder am Ende der vierjährigen Grundschulzeit allenfalls unvollkommen lesen und schreiben.

Beides sei letztlich überflüssig, meinen bekennende Grüne, da sich die ehemals so genannten Kulturtechniken durch den Gebrauch von Google und IT ersetzen ließen. Daß die Kinder damit abhängig werden, abhängig von irgendwelchen fremden Mächten, wird Lisa Paus so lange ganz recht sein, wie sie auf dem Bock sitzt und die Zügel führen kann.

Die progressiven Parolen, Chancengleichheit, kompensatorische Erziehung und so weiter, sind längst vergessen und verbraucht. Nachdem er seinen Unterricht zur leistungsfreien Zone ausgerufen hatte, gab ein Gesamtschullehrer auf die Frage, wo seine Schüler denn nun Lesen und Schreiben lernen sollten, die originelle Antwort:

Zu Hause! So ist es dann ja auch gekommen. Die Bildungsreformer haben den Abstand zwischen oben und unten nicht etwa schrumpfen lassen, sie haben ihn vergrößert. Wer kann, gleicht das, was ihm die Schule schuldig geblieben ist, zu Hause aus. Wer das nicht kann, geht zur Nachhilfe, die sich im Zuge der Schulreform zu einem milliardenschweren Industriezweig entwickelt hat. Wem das eine fehlt und das andere zu teuer ist, ist arm dran.

Für Grüne ist das ein Grund mehr, der Familie das Wasser abzugraben. Sie wollen das Eigene - die eigenen Eltern, die eigenen Kinder, die eigene Sprache, die eigene Kultur - enteignen, gesamtgesellschaftlich verduften und verschwinden lassen. Der Staat soll an die Stelle der

Familie treten und die Kinderarmut in ihrer doppelten Gestalt, die Armut an Kindern und unter Kindern, bekämpfen - ein Phänomen, das er doch aber selbst hervorgebracht, zumindest allerdings begünstigt hat, indem er die Rentenversicherung als eine Maschine konstruierte, die den Verzicht auf Kinder zum Geschäft macht.
Wozu in Kinder investieren, wenn die Sache nicht lohnt, weil man sich von fremder Leute Kindern genauso gut versorgen, füttern oder pampern lassen kann? Man spart dann selbst und läßt die anderen bezahlen. Der umverteilende Sozialstaat hat die Kinderarmen und die Kinderlosen, die Merkels und die Scholzens an die Macht gebracht. Leute wie sie lassen die Zukunft auf die eigene Lebenszeit zusammenschnurren und sagen sich wie die Marquise von Pompadour: Nach uns die Sintflut! Alte Leute, hat Bernard Shaw einmal bemerkt, sind gefährlich, weil ihnen die Zukunft vollkommen egal ist.
Patricia Schlesinger, die ehemalige Rundfunkintendantin, der ihre Geldgier zum Verhängnis geworden ist, gibt ein Beispiel. Sie zog vor Gericht, um ihre maßlosen Versorgungsansprüche in Höhe von gut 20.000 Euro - monatlich, nicht etwa jährlich! - einzuklagen, das Zehn- bis Fünfzehnfache der sogenannten Eckrente.
Wie viele Rentenarbeiter demnächst schuften müssen, um diese Summen Monat für Monat und Jahr für Jahr aufzubringen, wissen wir nicht, werden wir wohl auch nie erfahren, weil die riesigen Umverteilungs-Ströme, die den einen geben und den anderen nehmen, unterirdisch fließen. Wenn sie ans Licht treten, weiß kein Mensch, woher sie kommen, wer was zu ihnen beigetragen hat und wer von ihnen profitiert. Die Rentenversicherung arbeitet zeitversetzt, sie hat die Ausbeutung durch die Transferausbeutung ersetzt, durch die moderne, anonyme, unsichtbare Form von Sklaverei.
Daß ein Koloß, der von immer weniger jungen Leuten verlangt, immer mehr Alte auskömmlich zu versorgen, auf tönernen Füßen steht, weiß jedes Kind. Die Zeit rückt näher, in der diese Wahrheit offenbar werden und die Kinder rebellisch machen könnte. Um das zu verhindern, hat der Bundestag immer wieder neue Ablenkungsmanöver ersonnen, eines der letzten war das Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz, ein Monstrum von fünfundzwanzig Silben.
Aber auch dieses Monstrum wird an der versicherungsmathematisch garantierten Wahrheit, daß der Generationenvertrag ein Betrug und die Rentenversicherung pleite ist, nicht viel ändern. Die Sicherheit, die Norbert Blüm und alle seine Nachfolger den Rentnern versprochen haben, gibt es nicht. Sicher ist nur, daß die Kranken, die Hinfälligen und die Hochbetagten von morgen erheblich schlechter dastehen werden als die von heute. Und daß die nachwachsenden Generationen für dies beschämende Ergebnis staatlicher Prophylaxe immer mehr aufbringen müssen als alle ihre Vorgänger.
Denn jetzt erreicht die Nachkriegsgeneration der sogenannten Babyboomer den sogenannten Ruhestand.
Keine Generation hat weniger für Kinder getan als sie, keine hat aber auch üppigere Renten- und Pensionsansprüche angehäuft als sie: Ansprüche, die nun gewahrt, gesichert und bedient werden müssen - von Kindern, die sie selbst nicht hatten. Deswegen mogeln sie.
Er kenne keinen Enkel, hat Sozialminister Hubertus Heil behauptet, der seinem Großvater die Rente mißgönne. Warum sollte er auch? Er zahlt ja nur zurück, was er bekommen hatte, die Rechnung stimmt also. Im Fall der sozialpolitischen Schnäppchenjäger, die ernten wollen, wo sie nicht gesät hatten, stimmt die Rechnung aber nicht. Damit sie trotzdem aufgeht, wird umverteilt. Ohne den harten Rückgriff auf das Zukunfts-Kapital der Kinder stünden die Rentenpolitiker schon bald mit leeren Händen da. Um das zu vermeiden, müssen die Kinder allen gehören. Und deshalb investiert der Staat in Kinder.
"Jedes Kind ist dem Staat gleich viel wert" hieß es früher. Nicht jedes, müßte es heute heißen. Am meisten investiert der Saat in die UMAs, die unbegleiteten minderjährigen Ausländer, die

in Scharen nach Deutschland strömen. Für Heimbetreiber ist das eine gute Nachricht, denn für einen UMA, verrät einer von ihnen, zahlt der Staat bis zu 300 Euro - am Tag! Er freut sich über diese Geschäftsidee, mit der sich in kurzer Zeit üppige Gewinne einstreichen lassen, staatlich garantiert. Denn der Staat liebt die UMAs, die heimatlosen, orientierungslosen, elternlosen Kinder. Sie gehören ja ihm.
Wenn sie mit ihrer Lage nicht zurechtkommen, die Nerven verlieren und um sich schlagen, stechen oder schießen, wird das als Kollateralschaden der Willkommenspolitik verbucht, dem durch forcierte Integrationsmaßnahmen abzuhelfen ist. Der Verdacht, daß es unmenschlich sein könnte, die Menschenrechte dadurch einzulösen, daß man den Menschen ihre Wurzeln kappt, kommt diesen Menschenfreunden nie.
Dr. Konrad Adam, Jahrgang 1942, war Feuilletonredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Chefkorrespondent der Welt. Adam beteiligte sich 2013 an der Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) und war bis 2015 einer ihrer Bundessprecher.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/24" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.387/…):
>>**Zukunftsmusik mit Supraleitern**
Die teuren Probleme bei der Energiewende / Freileitungen wieder Standard beim Stromnetzausbau?
Marc Schmidt
Deutschland braucht für die Energiewende mehr Leitungen auf der Höchstspannungsebene. Insgesamt fehlen den Stromnetzen 14.000 Kilometer bei einer Gesamtlänge von 35.000 Kilometern. Optimistische Schätzungen veranschlagen die Kosten auf 55 Milliarden Euro. Seit 2011, dem Beschluß des schwarz-gelben Merkel-Kabinetts zum beschleunigten Atomausstieg, besteht Bedarf an langen Stromtrassen, die die Energie aus Windparks im Meer nach Süddeutschland transportieren.
Die dafür erforderlichen Trassen können als Freilandleitungen überirdisch oder als Erdkabel unterirdisch errichtet werden. Sowohl Gleichstrom als auch Wechselstrom sind in beiden Übertragungsformen einsetzbar. Für beide Leitungsformen addiert sich der Leistungsverlust auf bis zu 30 Prozent beim bis zu 800 Kilometer langen Transport von Nord nach Süd - je nach Übertragungstechnik und Wechsel zwischen den Übertragungsarten.
Seit 2015 besteht ein gesetzlich festgeschriebener Vorrang für Erdkabel. Horst Seehofer hatte diesen aufgrund von Protesten in bayrischen CSU-Wahlkreisen entlang der damals neu geplanten Nord-Süd-Stromtrassen im Kabinett durchgesetzt. Im Bundestag gibt es Bestrebungen, diese Regelung wieder aufzuheben, vor allem aus Kostengründen. Bei den Bundesländern, in deren Zuständigkeit wesentliche Teile der Genehmigungsverfahren fallen und deren Zustimmung im Bundesrat notwendig wird, zeichnet sich derzeit keine Mehrheit für eine Änderung der Vorgabe Erdkabel ab.
Freilandleitungen sind viel billiger und technisch einfacher zu bauen
Abseits der politischen Diskussion lohnt ein Vergleich der Systeme und ihrer Einsatzgebiete unter Berücksichtigung der Weiterentwicklungen. Die Zukunftstechnik sind Supraleiter. Stark vereinfacht dargestellt bestehen diese Kabel aus Materialien, die bei bestimmten Temperaturen Strom ohne Widerstand leiten. Das Ergebnis ist eine verlustfreie Übertragung. Es werden zwei Arten unterschieden: Für Supraleiter des Typs 1 werden reine Metalle verwendet, beispielsweise Quecksilber, das auf zirka minus 270 Grad Celsius gekühlt werden muß, um die Supraleiter-Eigenschaften aufzuweisen.
Typ 2 bezeichnet Materialverbindungen, etwa aus Yttrium, Barium, Kupfer und Sauerstoff, die als "Hochtemperatur-Supraleiter" nur auf minus 180 Grad gekühlt werden müssen. Beide Supraleiter wären theoretisch einsatzbereit. Das derzeit längste Teststück von zwölf Kilometern wurde 2020 durch die Stadtwerke München gebaut und in den Netzbetrieb integriert. Netzbetreiber kalkulieren die Kosten der aufwendigen Kühlung der Supraleiter als in etwa so

hoch wie den Gewinn aus der verlustfreien Stromübertragung. Weitere Forschungserfolge sind allerdings notwendig, um die höheren Produktions- und Verlegungskosten der Technik zu rechtfertigen. Zudem sind Lebensdauer und Reparaturkosten unklar. Umstritten sind auch die Potentiale beim Einsatz in Stromspeichern.
Der Zukunftstechnik, deren flächendeckender Einsatz noch Jahre brauchen wird, stehen die klassischen Verlegungen über- und unterirdisch gegenüber. Beide können sowohl Gleichstrom als auch Wechselstrom transportieren, wenn auch, im Gegensatz zu Supraleitern, mit deutlichen Verlusten, die überproportional mit der Entfernung steigen.
Freilandleitungen sind technisch einfacher zu bauen, sie benötigen im Schnitt zwischen den Knotenpunkten und Umspannwerken nur alle 200 Meter einen Mast. Die überirdische Konstruktion macht sie anfälliger für Störungen und Witterungseinflüsse, allerdings sind sie zugleich auch wesentlich wartungs- und reparaturfreundlicher. Zur Absicherung der jeweiligen Strecke werden die Leitungen so geplant, daß der Ausfall eines Teilstücks durch Umleitungen über benachbarte Leitungen die Verbraucher möglichst wenig trifft.
Die überirdische Konstruktion stört Landschaften und in Teilen auch Naturschutzgebiete. In den meisten Fällen ist, abhängig von der Art der Erdkabel, die elektromagnetische Belastung bei überirdischer Bauweise höher, allerdings potentiell unschädlich. Die Sabotage der Stromversorgung der Tesla-Gigafactory im brandenburgischen Grünwalde durch die linksgrüne "Vulkangruppe" hat im März gezeigt, daß Freilandleitungen ein einfaches Angriffsziel sind. Strittig ist aufgrund der technischen Entwicklungen bei Erdkabeln, welche Leitungsform die längere Lebensdauer hat. In normalen Boden- bzw. Witterungsverhältnissen erreichen die Kabel eine Lebensdauer von etwa 50 Jahren.

Geringere elektromagnetische Strahlung neuerer Erdkabel

Auch mit verbesserten Techniken ist eine Erdkabelverlegung 2,5 mal so teuer wie eine Freilandleitung. Je feuchter oder steiniger die Bodenverhältnisse, desto größer die Diskrepanz bei den Kosten. Bau und Genehmigungsverfahren einer Erdverkabelung dauern signifikant länger als bei einer Freilandleitung, zudem sind Fehleridentifikation, Wartung und Erneuerung wesentlich aufwendiger bezüglich Logistik und Kosten. Die wesentlichen Vorteile der Erdverlegung sind die etwas geringere elektromagnetische Strahlung neuerer Kabel mit veränderten Isolierungen, der verringerte optische Eingriff in die Landschaften sowie die erhöhte Sicherheit der Bevölkerung wie gegen terroristische Angriffe.
Abseits der kurzfristigen Kostenvorteile gibt es keine Vorteile für eine Verlegungsart, die einen gesetzlichen Rahmen erfordert. In stärker bewohnten oder städtischen Gebieten ist eine Erdverlegung zu bevorzugen, für lange, offene Strecken, steinige Böden, hügelige Gelände oder bei Flußquerungen haben Freilandkabel deutliche Vorteile.
Für lange Strecken, die in etwa 20 Jahren auf Supraleiter-Technik umgestellt werden sollen, bieten Erdkabel den Vorteil, daß ihre Trassen bereits entwickelt und genehmigt sind, was einen Austausch der Technik vereinfacht. Im Interesse der aktuellen Energiepreisentwicklung bei den Netzentgelten sowie im Sinne einer dringend benötigten Beschleunigung des Trassenbaus in Deutschland müßte allerdings zunächst der gesetzliche Vorrang für Erdverkabelungen abgeschafft werden.

Mehrheit in Deutschland wünscht sich weiter Erdkabel

Die unterirdische Verlegung von Stromleitungen hat in Deutschland überwältigende Zustimmung: 69,4 Prozent von 10.000 Befragten erklärten, sie würden Erdkabel den Vorzug vor Freileitungen geben. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Civey-Umfrage. Nur 18 Prozent befürworteten oberirdische Stromleitungen; 12,6 Prozent waren unentschieden. 80,5 Prozent der Erdkabel-Befürworter sagten, sie würden diese auch dann bevorzugen, wenn Freileitungen billiger wären. 35,5 Prozent der Befragten würden sich sogar "sehr wahrscheinlich" oder "eher wahrscheinlich" einer Protestbewegung anschließen, wenn in ihrer Nachbarschaft eine Freilei-

tungstrasse geplant würde.
Bei einer neuen Erdkabel-Stromtrasse würden nur 6,3 Prozent dagegen protestieren. Die Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Tennet und TransnetBW verlangen hingegen von der Politik, die geplanten Stromtrassen Ostwestlink (DC 40), Nordwestlink (DC 41) und Südwestlink (DC 42) von Erdkabeln auf Freileitungen umzustellen. Wegen der Energiewende zu Solar- und Windstrom und der Abschaltung von Atom- und Kohlekraftwerken ist ein bundesweiter Netzumbau erforderlich. (fis)<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.386/…): >>**Wie viele Tote braucht es noch, damit dieses Land eine Notbremse zieht?**
Birgit Kelle kommentiert die Gewalt in Deutschland - und die fehlenden Konsequenzen.
Birgit Kelle
Totgeschlagen. Wieder ein Asylbewerber als Täter, wieder ein Syrer. Wieder ein Toter. Wie viele braucht es noch, damit unsere Grenzen endlich dicht sind und wir alle hinauswerfen, die die Freundlichkeit unseres Landes mit Gewalt, Mord, Totschlag und Vergewaltigung beantworten?
Erst Rouven jetzt Philippos. Gerade erst ein toter Polizist, jetzt ein toter Schüler, unzählige vergewaltigte und auch ermordete Frauen dazwischen. Explodierende Gewaltstatistiken der Polizei. Überquellende Gefängnisse. Unzählige Täter nach dem immer selben Schema: Jung, Migrant, gewaltbereit und ja, Muslim. Täter, die mit Messern und Macheten und bloßen Händen auf ihre Gastgeber losgehen, anstatt sich dankbar zu zeigen.
Wie viele Tote braucht es noch, damit dieses Land eine Notbremse zieht?
Wo sind der Kanzler, die Innenministerin mit Konsequenzen, statt mit leeren Worten? Wo genau ist gerade Angela Merkel? Verfolgt sie die tödlichen Erfolge der katastrophalsten Fehlentscheidung ihrer 16-jährigen Kanzlerschaft, oder muß irgendwo noch ein Orden und eine Auszeichnung weltweit eingesammelt werden?
Alle, die seit 2015 konsequent warnen und die Probleme anrollen sahen, weil man dafür nicht Hellseher sein mußte, sondern nur rationaler Beobachter, mußten sich als Rassisten beschimpfen lassen dafür, daß sie heute den traurigen Beweis ihrer Prognosen zur ungesteuerten Masseneinwanderung in den Händen halten.
Was ich mich als Mensch frage: Wie lange muß man auf einen anderen Menschen einprügeln, damit er davon stirbt? Wie soll so eine menschliche Verrohung jemals resozialisiert werden, wenn bereits 18-Jährige wie Bestien auf ihre Mitmenschen losgehen und nicht einmal ablassen, wenn ihr Opfer bereits wehrlos am Boden liegt? Ein junger Mann sitzt zur falschen Zeit am falschen Ort auf einer Parkbank und anstatt das Abi seiner Schwester zu feiern, stirbt er, weil ein 18-jähriger Syrer wie ein Berserker über ihn herfällt.
Der Täter war Muslim, das Opfer trug ein Kreuz um den Hals. Ich weiß, das hören nicht alle gerne. Haben wir nicht all diese hübschen Studien und Meldestellen für "antimuslimischen Rassismus", die uns einreden sollen, das Problem liege bei uns? Wo sind die Statistiken über antideutschen Rassismus durch Migranten? Wo die staatlichen Statistiken über Angriffe auf Christen und Juden begangen durch Migranten?
Ich höre immer nur von Respekt und Willkommenskultur, als müßten wir das aufbringen, während jene, die Respekt und ein Willkommen einfordern selbst nicht dasselbe in Vorleistung geben müßten dafür, daß sie freundlich in unserem Land aufgenommen und von der einheimischen Bevölkerung sogar mitfinanziert werden.
Wir müssen darüber reden, welches Gefahrenpotential in dieses Land einwandert und in welchen kulturellen und auch religiösen Milieus diese Gewaltbereitschaft kultiviert wird.
Ich möchte meine Kinder sorglos auf Festivals, Weihnachtsmärkte und Abifeiern ziehen lassen, ohne mir Sorgen machen zu müssen, daß ich sie beim Abschied zum letzten Mal lebend sehe. Was ist das für ein Land, wo man selbst in der Provinz keine Abiturfeier mehr machen

kann, ohne Gefahr für Leib und Leben.
Wo ist der Staat und sein Auftrag, seine Bürger zu schützen? Welche Legitimation besitzt das staatliche Gewaltmonopol noch, wenn es den Schutz seiner Bürger nicht mehr gewährleisten kann? Wer in diesem Land falsche Pronomen benutzt, muß mit der ganzen Härte des Gesetzes rechnen, wer die Regierung kritisiert, droht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes zu geraten, wer aber als Gast in diesem Land Straftaten begeht, muß kaum Konsequenzen fürchten und nicht einmal die Streichung seiner Sozialleistungen.
Der Täter von Bad Oeynhausen war der Polizei bereits wegen anderen Straftaten bekannt. Was hatte es für Konsequenzen für ihn?
Ich habe keine Lust mehr über Integration zu reden, über die angeblich rassistische weiße deutsche Gesellschaft, die sich doch bitte mehr bemühen soll. Wir sind nicht das Problem. Jene sind es, die nicht einmal daran denken, sich hier zu integrieren, weil sie uns und unsere Kultur ablehnen. Und alle, die gerade eifrig das "Wir" und den "Zusammenhalt" im "Kampf gegen rechts" beschwören und verhindern wollen, daß eine Debatte mit Konsequenzen zur dieser gesellschaftlichen Gefahrenlage geschieht, machen sich mit die Hände schmutzig, um nicht zu sagen blutig, weil sie verhindern, daß sich etwas ändert. Europa hat rechts gewählt. Deutschland hat rechts gewählt.
Die Meschen in unserem Land sind nicht Rassisten, sie haben es schlicht satt, daß sich dieses Land in rasender Geschwindigkeit verändert, wir Milliarden ausgeben für die Folgen einer ungesteuerten Einwanderung und sie zum Dank dafür auch noch als Rassisten beschimpft werden.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.382/…):

>>**Faeser zu Bad Oeynhausen: Täter sei Opfer "nicht gelungener sozialer Integration"**
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) äußerte sich erstmals zum Tod von Philippos T. Sie führte den Mord auf die mißlungene soziale Integration des Täters zurück - ohne Anteilnahme für das Opfer oder dessen Familie zu zeigen.
Von *Redaktion*
Der Mord an Philippos T. läßt sich laut Bundesinnenministerin Faeser auf die mißlungene "soziale Integration" des Täters zurückführen
Knapp eine Woche nach dem Tod von Philippos T. (20) hat sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erstmals geäußert. Anstatt den mutmaßlichen Täter Mwafak A. verantwortlich zu machen, führte die sie die brutale Gewalttat auf eine mißlungene "soziale Integration" zurück. In ihrer Ansprache auf der Kommunalkonferenz der SPD legte Faeser besonderes Augenmerk auf die Rolle der Kommunen und forderte, das Thema Migration "neu zu bewerten". Von Mitleid für das Opfer und Anteilnahme für die Familie fehlte in der Stellungnahme der Ministerin jede Spur.
"Heute ist leider ein sehr schlimmer Tag, wo wir über einen Mord an einem Jugendlichen diskutieren müssen, wo der Täter, ein Geflüchteter ist, der seit acht Jahren in einer Flüchtlingsunterkunft lebt. Ein Jugendlicher, der gar nichts anderes kennt." Diese Äußerung steht im Widerspruch zu Informationen über den Täter, die besagen, daß der Syrer nie in einer städtischen Unterkunft gelebt habe und auch andere Orte in Deutschland bewohnt hatte. Mwafak A. kam 2018 nach Deutschland und lebte zunächst in Pforzheim, ehe er nach Bad Oeynhausen zog.
Faeser führte weiter aus, daß man über diese "Form der nicht gelungenen sozialen Integration viel mehr reden" müsse. "Alle gucken immer nur auf die Zahlen", erklärte die Ministerin. 2017 verschwand das Thema Integration bereits einmal "aus der Öffentlichkeit" - aber "vor Ort", in den Kommunen, sei das Thema "nie verschwunden". Mangelnder "Wohnraum" sei laut Faeser einer der Hauptgründe, daß man es bis heute nicht schaffe, Flüchtlinge "wirklich sozial zu integrieren".
"Jetzt sprechen seit dem letzten Jahr alle wieder darüber, daß die Flüchtlingszahlen wieder

nach oben gehen", erklärte Faeser, und fügte hinzu, daß die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine keine Banalität sei, sondern eine erhebliche Belastung darstelle. "Ich war sehr sehr viel vor Ort und ich weiß, welche Last das vor Ort ist, die eine Million Geflüchteten aus der Ukraine aufzunehmen", so Faeser.

Der Täter Mwafak A. war polizeibekannt

Vor gut einer Woche schlug Mwafak A. im nordrhein-westfälischen Bad Oeynhausen immer wieder auf den Kopf von Philippos T. ein - und verletzte ihn so schwer, daß der 20-Jährige kurz darauf im Krankenhaus starb. Nun kommen neue Details über den Syrer ans Licht. Er war nicht nur wegen einiger Eigentumsdelikte polizeibekannt, sondern auch wegen räuberischen Diebstahls, Körperverletzung und des Vorwurfs sexuellen Mißbrauchs.

Wie der Focus unter Berufung auf Ermittlerkreise berichtet, fiel Mwafak A. seit 2020 in Baden-Württemberg insgesamt achtmal wegen Diebstahls auf. In einem dieser Fälle handelte es sich um räuberischen Diebstahls gemäß Paragraph 252 des Strafgesetzbuches, bei dem Gewalt angewendet oder mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben gedroht wurde. 2023 registrierte die Polizei fünf Fälle von schwerem Diebstahl im Zusammenhang mit Zigarettenautomaten.

Neben diesen Eigentumsdelikten finden sich in Mwafak A's Polizeiakte auch Vorwürfe wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung. Laut Focus soll der Syrer 2022 mit einem Schlagstock auf den Kopf einer Person eingeschlagen haben. Im selben Jahr wurde zudem wegen versuchter Vergewaltigung und sexuellen Mißbrauchs gegen ihn ermittelt. Das Verfahren wurde später eingestellt.

Auch nach seinem Umzug nach Bad Oeynhausen fiel Mwafak A. weiterhin polizeilich auf. Es gab Ermittlungen wegen besonders schweren Diebstahls, einfachen Diebstahls und Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz. Trotz all dieser Vergehen wurde der Syrer nie verurteilt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.382/…):

>>**Nächstes Gewaltvideo: Migranten prügeln auf Jugendlichen ein**

In Witten kam es zu einem weiteren schockierenden Vorfall. Zwei Jugendliche mit Migrationshintergrund prügeln auf einen wehrlosen Jungen ein. Eine weitere Person filmte die Tat

Jonas Aston

Seit kurzem kursiert ein weiteres schockierendes Gewaltvideo im Netz. In dem Video gehen zwei Jugendliche mit Migrationshintergrund auf einen Altersgenossen los. An einer Bushaltestelle im nordrhein-westfälischen Witten schlagen und treten sie den Jugendlichen. Eine weitere Person filmt das Geschehen, ohne zur Beruhigung der Situation beizutragen. Auch weitere umstehende Jugendliche nehmen den Angriff nur regungslos zur Kenntnis und eilen dem Jungen nicht zur Hilfe.

Der Jugendliche wirkt verängstigt. Er zeigt keine Reaktion und läßt den Angriff einfach über sich ergehen. Im Vorfeld versuchten die Täter dem Opfer eine Entschuldigung abzuringen. "Entschuldige dich", ruft eine Person. Als die Entschuldigung erfolgt ist, lassen sie jedoch nicht von dem Jungen ab. Im Gegenteil: Ein Junge mit Migrationshintergrund schlägt ihm mehrfach ins Gesicht. Kurz darauf attackiert ihn auch der zweite Jugendliche mit ausländischer Herkunft.

Die Polizei ist wegen des Vorfalls alarmiert. "Der mutmaßliche Tatort an der Ecke zwischen Herdecker Straße und Annenstraße scheint zu stimmen", so ein Sprecher des Polizeipräsidiums Bochum gegenüber der Jungen Freiheit. Ermittlungen wegen Körperverletzung seien "unverzüglich" eingeleitet worden. "Wir stehen aber noch ganz am Anfang", so der Sprecher weiter. Klarheit herrsche aktuell jedoch noch nicht einmal über den Zeitpunkt der Tat.

Der Vorfall reiht sich in die erschreckende Angriffsserie der vergangenen Tage ein. In Gera wurde kürzlich ein Jugendlicher von einer 20-köpfigen polizeibekannten migrantischen Jugendbande angegriffen und gedemütigt. In Bad Oeynhausen kam es nach einer Abiturfeier zu

einem tödlichen Angriff auf den 20-Jährigen Philippos T.. Die Polizei hat Ermittlungen gegen einen 18-jährigen Syrer eingeleitet.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.382/…):

>>**"Ramadan Kareem" - Philippos und seine Mutter engagierten sich für Flüchtlinge**

Vor gut einer Woche wurde Philippos T. von einem 18-jährigen Syrer brutal zu Tode geprügelt. Der 20-Jährige und seine Mutter waren engagierte Flüchtlingshelfer. Im März wünschte Philippos allen Muslimen noch einen gesegneten Ramadan.

Von *Redaktion*

Philippos kam gerade vom Abiball seiner Schwester, als er von Mwafak A. angegriffen wurde

Mwafak A., ein 18-jähriger Syrer, der vor rund sechs Jahren nach Deutschland kam, prügelte den 20-jährigen Philippos T. in der Nacht zum vergangenen Sonntag in Bad Oeynhausen zu Tode. Der Syrer stürzte sich frontal auf sein Opfer, sodaß Philippos nach hinten umfiel und mit dem Hinterkopf auf dem harten Boden aufschlug. Immer wieder schlug der Syrer auf den Kopf des jungen Mannes ein. Philippos wurde dabei so schwer verletzt, daß er kurze Zeit später im Krankenhaus verstarb.

In einem Interview bei RTL äußerten sich die Eltern zum Tod ihres Sohnes. Seine Mutter, Joanna S., erklärte, daß der Überfall auf ihren Sohn "kaltblütiger Mord" war. Sie könne es "nicht fassen". Inmitten ihrer Trauer beschrieb die Familie die Anstrengungen, die sie unternommen hatten, um Philippos zu retten. Die Familie habe "alles versucht". Sie hätten "viel gebetet" und sogar einen "Pastor gerufen". Freunde der Familie seien in die "Kirche gegangen". All diese Versuche hätten "leider nicht geholfen".

Dimitri T., der Vater von Philippos, sagte in dem Interview, daß das Leben seines Sohnes "doch gerade erst" begonnen hatte - "Ich verstehe nicht, daß Menschen so lange auf jemanden einschlagen, bis er so schwer verletzt ist." Er schildert seinen Sohn als einen friedliebenden und hilfsbereiten Menschen. Er habe sich immer für andere "starkgemacht", er sei "immer für die Schwachen eingetreten". Nach dem bestandenen Abitur wollte er eine Ausbildung beginnen.

Philippos und seine Mutter wollten Flüchtlingen helfen

Philippos und seine Mutter Joanna S. engagierten sich zudem als Flüchtlingshelfer. Laut Mindener Tageblatt reisten Mutter und Sohn Anfang März 2022 gemeinsam mit weiteren Helfern in Richtung der polnisch-ukrainischen Grenze. Die polnischstämmige Joanna S. erklärte damals, sie könne "nicht zu Hause rumsitzen und zuschauen". Sie hätte "Familie in der Ukraine", es sei "einfach nicht in Worte zu fassen", was ihre Familie dort erleben müsse. Daher mache sie sich nun auf den Weg, um zu helfen. Die Familie hat extra zwei Zimmer ihres Hauses freigeräumt, um dort Platz für vier Flüchtlinge zu schaffen, die sie auf dem Rückweg von der Grenze mitnehmen wollte.

Über Facebook startete die Mutter im Frühjahr 2022 zudem einen Hilfeaufruf, um weitere Unterstützer für ihr Vorhaben zu gewinnen. Es gebe "Sammelunterkünfte, wo im großen Stil geholfen" werden könne, so Joanna. Wichtig sei es, daß die "besonders ängstlichen und traumatisierten Ukrainer" bei Privatpersonen "unterkommen" würden. Dem Aufruf seien laut Mindener Tageblatt viele ihrer Mitbürger gefolgt, sodaß die Frau einiges an Hilfsmaterial, darunter Windeln und Verbandsmaterial, sammeln konnte. Sie hoffte, daß sie auf der Rückfahrt eine Familie mit Kindern nach Deutschland bringen könnte.

Apollo News ist zudem das X-Profil des jungen Philippos bekannt. Hier postete er nicht nur Bilder von sich, er kommentierte alle möglichen Dinge - zum Beispiel freute er sich am 8. Juni über die starke Leistung der griechischen Nationalmannschaft im Testspiel gegen Deutschland. Der 20-Jährige bezeichnet sich bei X selbst als Musiker und postete Fotos von seinen Instrumenten. Auch sein Vater erzählt einmal, daß sein Sohn gerne Musik machte.

Am 12. März, zum Beginn des muslimischen Fastenmonats Ramadan, wünschte Philippos allen Muslimen einen gesegneten Ramadan - mit den Worten "ramadan kareem meine muslimischen brüder". Sein letzter X-Beitrag ist vom 16. Juni 2024.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Mai 2024 (x1.382/…):

>>**"Drag Story Hour": Vorlesestunde mit Drag-Kings für 4-jährige Kinder**

Anläßlich des Jubiläums der Mittelpunktbibliothek in Berlin-Schöneberg findet im Juli eine Vorlesestunde mit "Drag Kings" statt. Kindern ab vier Jahren soll so eine "Kultur der Inklusion" nähergebracht werden.

Pauline Schwarz

Zum 60-jährigen Jubiläum der Mittelpunktbibliothek in Berlin-Schöneberg hat man sich etwas ganz Besonderes ausgedacht, um Kindern "Akzeptanz, Vielfalt und Selbstliebe" zu vermitteln: Eine Lesestunde mit "Drag-Ikonen". "Alexander Cameltoe" und "TheoNyx", zwei "Drag Kings" (also biologische Frauen) werden Kindern ab vier Jahren am 10. Juli aus "klassische(n) und moderne(n)", also wohl auch queeren, Kinderbüchern vorlesen.

"Theonyx" posiert auf dem Bild, das auf der Website des Bezirks Tempelhof-Schöneberg von ihr gezeigt wird, zum Beispiel mit dem Buch "Florian". Darin geht es um ein kleines schwarzes Mädchen, das "seit er denken kann", weiß, "daß er im Herzen und im Kopf ein Junge ist". Mit hübschen Bildchen illustriert wird erzählt, wie "Florian" den Mut findet, sich vor seinen Eltern und Großeltern zu outen - und die reagieren natürlich "voller Verständnis". Danach blüht das Kind auf. Es zieht Jungs-Klamotten an und ist plötzlich voller Selbstbewußtsein.

Das queere Kinderbuch wird auch von "Transfabel*" vertrieben, einem Unternehmen, das bei der Veranstaltung laut der "Drag Story Hour-Gruppe" seinen eigenen "inklusive und diversen" Bücherstand haben wird. "Transfabel*" ist Mitglied der "Queer Media Society" und hat sich die "Verbreitung von trans*, inter* und nichtbinären (tin*) Themen" sowie das "Empowerment von tin* Menschen" zum Ziel gemacht. Dafür vertreibt es eine ganze Reihe von queeren Kinder- und Jugendbüchern - zum Beispiel über einen Hasen, der sich als Fuchs identifiziert, einen Jungen, der eine Meerjungfrau sein möchte oder einen schwulen und einen non-binären Pinguin, die zusammen ein Küken aufziehen.

Solche Bücher werden die beiden "Drag Kings" Kindern ab vier Jahren also voraussichtlich präsentieren - und das wohl in wilden Outfits. "Alexander Cameltoe" wird schon auf einem Foto auf der Website des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg in einem bizarren Look gezeigt. Mit gigantischen Kunst-Wimpern, clown-ähnlicher Schminke und einem skurrilen Hut, sieht die Frau, die eigentlich Zoe Lohmann heißt, fast aus wie ein Alien.

Doch das ist noch nichts gegen die Bilder, die "Alexander Cameltoe" auf ihrer Instagram-Seite veröffentlicht hat. Sie zeigt sich mit langen gewundenen Teufelshörnern und an ihrem Körper festgebundenen Köpfen, deren lange Zungen an ihr herunterhängen, während sie darauf beißt. Und auch die Inszenierung von offengelegten Organen hat beinah einen satanistischen Charakter. "Alexander Cameltoe" ist eine Kunstfigur, deren Darstellungen bestimmten Menschen gefallen mögen. Doch für kleine Kinder geeignet sind sie eher nicht.

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg sieht die beiden Drag-Kings jedoch offenbar als sehr geeignet an, um Kindern die "Vielfalt und Einzigartigkeit jedes Einzelnen" näherzubringen. Sie sollen mit der Veranstaltung eine "Kultur der Inklusion" und des "gegenseitigen Respekts" fördern. Und dieses Ziel hat man nicht nur in Schöneberg. Schon am 2. Juni fand eine "Bilderbuch Vorlesung" von "Drag-Performer:innen" in Berlin statt. Man verband als Anlaß den "Pride Month" mit dem internationalen Kindertag, um Kinder und Erwachsene in eine Welt "voller Glitzer, Fantasie und Spaß" zu entführen.

Bei dieser Veranstaltung für Kinder und Erwachsene im Nikolaiviertel waren laut der Berliner "Drag Story Hour-Gruppe" zwei "Drag Queens" geladen - also in diesem Fall zwei biologische Männer, die sich zu weiblichen Kunstfiguren stilisieren. "Rachel Intervantion", einer der

zwei Drag-Queens, zeigt sich auf seinem Instagram-Profil gerne mit schrillen Perücken - tritt aber auch in Dessous oder in Lack- und Leder auf.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.385/…):

>>**Das Schulsystem muß aus den Händen von Staat und Wirtschaft befreit werden!**

Herbert Ludwig

Das Schulsystem befindet sich seit der Industrialisierung in der Hand des Staates, der es in absolutistischer Tradition organisatorisch und inhaltlich bestimmt. Dabei wird die staatliche Pädagogik weitgehend einseitig aus den Vorgaben der Wirtschaft und aus staatlichen, parteipolitischen Interessen geprägt, welche die Jugend von früh auf zu brauchbaren Kräften im Wirtschaftsleben sowie zu guten Staatsdienern und folgsamen Untertanen vorbereiten. Diese Abrichtung der Kinder auf einen bestimmten gesellschaftlichen Zweck ignoriert ihr Bedürfnis nach allseitiger Entwicklung ihres Wesens. Die menschlichen und sozialen Folgen sind fatal. Eine aufdeckende Analyse.

Überholtes Schulsystem (Die Kinderflüsterei)

Die Begabungen und Fähigkeiten der Menschen in der Kindheit und Jugend auszubilden und zu fördern, ist man dem einzelnen Kind zur bestmöglichen Entfaltung seines Wesens schuldig. Wenn dies allseitig geschieht, werden auch die notwendigen Fähigkeiten entwickelt, welche die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft in Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Kunst und Religion benötigen, die ohne vielfältige kreative Fähigkeiten der nachwachsenden Generationen stehenbleiben und verkümmern würden.

Dabei sollte zentrale Einsicht alles pädagogischen Handelns sein, daß Fähigkeiten nur aus wirklicher Fach- und Sachkenntnis gefördert werden können, wie der Pädagoge Dr. Valentin Wember hervorhebt. Das scheint selbstverständlich zu sein, ist es aber in der gesellschaftlichen Praxis weitgehend nicht.

"Nur ein Schreinermeister kann einem jungen Menschen die Schreinerei beibringen, und nur eine gute Geigenpädagogin kann guten Geigenunterricht geben. Niemand käme auf die Idee, daß politische Parlamente demokratisch darüber befinden könnten, was beim Geigenunterricht zu passieren hat. So trivial und selbstevident dieser Sachverhalt ist, so massiv wird gegen ihn verstoßen, wenn es um das gesamte Schul- und Bildungssystem geht."

Da wirken über die staatlichen Gesetze und Verwaltungsstrukturen, in die das Bildungssystem eingebunden ist, Politik und Wirtschaft mit ihren Interessen, also sachfremde Einflüsse massiv hinein.

"De facto sind die staatlichen Schulsysteme überall auf der Welt nach Vorgaben aus der Wirtschaft und der Politik gestaltet. ... Von Natur aus nehmen wir Menschen die öffentlichen Schulsysteme als etwas Selbstverständliches und gleichsam Naturgegebenes hin. Aber genau das sind die Schulsysteme nicht. Sie wurden von Menschen gemacht, und ihre Ausrichtung verfolgt einen ganz bestimmten Zweck."

Die Wurzeln des staatlichen Schulsystems

Wember geht nun ausführlich auf den "derzeit wohl bekanntesten Erziehungswissenschaftler der Welt", den Briten Sir Ken Robinson (1950 - 2020) ein, der in seinem weltberühmten TED-Talk vom Februar 2006 darauf hingewiesen hat, daß es vor dem 19. Jahrhundert nirgendwo auf der Welt öffentliche Schulsysteme unter staatlicher Leitung gab. Erst in der Zeit der Hochindustrialisierung habe der Staat die Schulen in seine Lenkungen einbezogen.

"Beim Wandel der Agrargesellschaften in Industriegesellschaften wurden - so Ken Robinson - massenhaft Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler gebraucht, und der Staat nahm das Schulsystem unter seine Fittiche, um genau das sicherzustellen, … die Schulen so einzurichten, daß am Ende ausreichend viele Schüler in der Lage waren, Wissenschaftler oder Techniker oder Ingenieur zu werden. Das war - so Ken Robinson der Hauptzweck des Systems."

Dazu wurde vor allem die logisch-mathematisch-wissenschaftlich-sprachliche Intelligenz ge-

fördert.
"Die Folgen seien - so Ken Robinson - fatal: Millionen von Kindern, deren Begabung nicht auf dem Feld der logisch-mathematischen Intelligenz liegt, werden nicht angemessen entwikkelt. Wer eine Begabung als Tänzer hat und über eine erstaunliche Bewegungsintelligenz verfügt (oder sonstige künstlerische oder handwerkliche Begabungen, hl) der ist in einem Schulsystem, das zu 90 Prozent die logisch-wissenschaftliche Intelligenz adressiert, wie ein Fisch auf dem Trockenen. Bei Tieren würde man sagen, daß es sich nicht um eine ´artgerechte Haltung` handelt."
Eine weitere Folge des einseitigen, aber weltweit dominanten staatlich-wirtschaftlichen Schulsystems sei, daß die dort praktizierten Lernmethoden die Kreativität der Kinder zerstören.
"Der Grund für diesen traurigen Sachverhalt liege im erzwungenen Lernen. Kinder müssen eine vorgegebene Menge an Stoff verdauen, ob sie sich dafür interessieren oder nicht. Es handele sich um intellektuelle Zwangsernährung. Diese zerstöre in einem viel zu großem Ausmaß die Kreativität, die so gut wie alle Kinder in ihrer Vorschulzeit noch besitzen. Nach zwölf Schuljahren sei bei den meisten Kindern von ihrer ursprünglichen Kreativität nicht mehr viel übrig. Sie sei zerstört worden durch erzwungenes Lernen und durch Lernen für Tests. Es muß zu viel gelernt werden, ohne daß man sich seelisch damit verbindet."
Die einseitige und zunehmend normierte Form des Lernens bringe überdies ein Millionenheer von angepaßten Menschen hervor. Mit ihnen allen wurde täglich eingeübt, den Vorgaben zu genügen, welche von den Bildungsministerien vorgeschrieben wurden.
"Dies alles aber habe sich so entwickelt, weil wirtschaftliche Interessen via Politik in das Erziehungswesen mit Vorgaben eingegriffen haben. Diese Vorgaben seien aber nicht aus der Natur der Kinder und ihrer Entwicklung abgelesen, sondern von außen den Kindern auferlegt.
Im Grunde sind sie übergriffig und in diesem Sinne manipulativ, denn ein Wesen zu etwas zu zwingen, was nicht seiner Natur entspricht, ist manipulativ.
Es liege darin keine böse Absicht, um so mehr aber Unkenntnis. Man weiß nicht, was man tut, wenn wirtschaftliche Vorgaben das Schulsystem präformieren, und man weiß nicht, welche versteckten Folgen ('Hidden Consequences') das hat."
Das Zeugnis also, schreibt V. Wember dazu, daß der berühmteste Erziehungswissenschaftler der letzten Jahrzehnte den staatlichen Schulsystemen ausstelle, sei vernichtend. So etwas höre man nicht gern, wenn man als Lehrer darin arbeite. Niemand beiße die Hand, die ihn ernährt. (Abgesehen davon, daß dies seiner Karriere nicht gut tut.) Und so wie jedes Kind ganz selbstverständlich seinen Papa für gut halte, so gingen auch Millionen Pädagogen instinktiv davon aus, daß Papa-Staat im Prinzip gut sei, wenn er das Schulsystem gestalte. Einzelnes möge schlecht sein, aber doch nicht das ganze System.
Richtig und anerkennenswert sei, so, V. Wember, daß viele Lehrer durch ihr großes pädagogisches Ethos die Schäden abmildern, die Ken Robinson aufgezeigt habe. Aber das ändere nichts an dem fatalen Sachverhalt, daß das Bildungssystem von Kind-fremden Interessen aus der Wirtschaft deformiert werde. Es sei nicht gut, wenn ein Kind für ein System passend gemacht werden soll, auch deshalb nicht, weil es immer das System der letzten Generation sei, das in die Zukunft hinein verlängert werde. (Und die Kinder so an die Vergangenheit bindet, hl)

Politische Interessen

Zu den Vorgaben aus der Wirtschaft, so Valentin Wember weiter, kamen (und kommen) immer politische Interessen hinzu. Im deutschen Kaiserreich sei es nicht nur darum gegangen, genügend Wissenschaftler hervorzubringen, sondern immer auch darum, die Jugend zu Monarchie-treuen Beamten, Soldaten und Untertanen zu erziehen, in kommunistischen Staaten zu guten Kommunisten, in faschistischen Staaten zu guten Faschisten und in Demokratien zu guten Demokraten.

Ohne Frage sei es ein enormer Unterschied, ob man Kinder zu guten Faschisten oder zu guten Demokraten bilden wolle. Aber aus übergeordneter Perspektive machten alle Staaten das Gleiche: Sie wollen die Kinder zu etwas machen. Sie wollen sie passend machen für ihr gesellschaftliches und politisches System, das sie - aus ihrer Perspektive - subjektiv für das beste halten.
"Kinder zu etwas machen zu wollen, ist grundsätzlich übergriffig, ganz gleich mit welchen noch so gut gemeinten Absichten. Diese Übergriffigkeit resultiert aus den Vorgaben aus Politik und Wirtschaft. Diese Vorgaben und Voreinstellungen machen das Erziehungs- und Bildungswesen unfrei. Frei wäre es nur dann, wenn man ausschließlich aus Menschenerkenntnis das Bildungssystem gestalten dürfte. …
Im Grunde sollten deshalb nur vier Gruppen von Menschen über Erziehung und Bildung Ratschläge geben, was in der Schule zu berücksichtigen ist: Ärzte, Psychologen, Anthropologen und Pädagogen, aber gerade nicht die Wirtschaft und genauso wenig die Politik. Ärzte, Psychologen, Anthropologen und Pädagogen wissen, was für die Kinder und Jugendlichen geistig, seelisch und körperlich gesund ist. Sie können herausarbeiten, was die Kinder wirklich brauchen, um ihre Potentiale optimal entfalten zu können."
Über das konkrete pädagogische Handeln jedoch sollte immer nur der Pädagoge selbst entscheiden, der mit den Kindern arbeitet, niemand sonst. Denn er ist der ausgebildete Fachmann, der seine Schüler am besten kennt, der weiß, was sie jetzt in ihrer Entwicklungsphase, die er konkret wahrnimmt, benötigen. Ratschläge können andere Fachleute geben, aber keine verbindlichen Vorgaben oder Gesetze, die für alle gelten sollen.
- Das eben hebt die freie Persönlichkeitsentfaltung des Lehrers auf. Die Demokratie beruht darauf, daß jeder mündige Mensch die Fähigkeit zur Wirklichkeits- und Wahrheitserkenntnis hat und daraus seine beruflichen Tätigkeiten frei entfalten und sein Leben selbst bestimmen kann. Darin sind alle mündigen Menschen einander gleich. Jede hierarchische Überordnung Einzelner, die befehlen, was die Anderen in einem bestimmten Lebensbereich zu tun haben, ist im Grunde eine Anmaßung und Hypertrophie des eigenen Ego, das über andere Macht ausüben und es zum Objekt seines Willens machen will. Damit haben wir es im gegenwärtigen staatlichen Bildungssystem zu tun. -

Die sozialen Folgen staatlicher Bevormundung

Es muß noch weiteres ins Bewußtsein gehoben werden, auf das V. Wember eindringlich aufmerksam macht. Auch die Kinder werden in diesem von Staat und Wirtschaft dominierten System zu Objekten gemacht, sie werden als Mittel zu einem bestimmten wirtschaftlichen Zweck behandelt. Der Zweck sind die Nachwuchskräfte in Wissenschaft und Industrie, das Mittel dazu sind die Kinder. Das verstößt elementar gegen die Würde des Menschen. In der Wirtschaft spricht man auch regelrecht vom "Human-Kapital", das als Produktionsfaktor in der richtigen Weise ausgebildet werden müsse. Das aber bleibt in den Seelen der Kinder unbewußt nicht ohne Folgen.
"Wer als Kind geschlagen wurde, hat später als Erwachsener eine Disposition dazu, seine eigenen Kinder wieder zu schlagen. Wir reproduzieren als Erwachsene unbewußt aufgenommene Handlungsmuster der Kindheit. Das heißt, wer in der Kindheit als Mittel zum Zweck benutzt wurde, der trägt als Erwachsener die Disposition in sich, andere Menschen als Mittel für die eigenen Zwecke zu benutzen. ...
Das gilt auf der Makro-Ebene der Gesellschaft genauso wie auf der Mikro-Ebene der Beziehungen, z.B. der Partnerschaften. In ungezählten Partnerschaften geht es unbewußt darum, daß der Andere ein Mittel ist, um meine Bedürfnisse zu befriedigen. ... Auf der Makro-Ebene der Gesellschaft ist es für die Staaten der nördlichen Hemisphäre immer noch üblich, daß ganze Völkerschaften des Südens für den Norden die sogenannten "seltenen Erden" in den Minen des Kongo abbauen oder unter unwürdigen Bedingungen unsere Hemden nähen. ...

Eine der verborgenen Ursachen: Viel zu viele Menschen des Nordens verhalten sich deshalb so, weil sie selbst so behandelt worden sind. Als Kinder waren sie im staatlichen Schulsystem selbst ein Mittel zum Zweck. Das hat sie im biologischen Sinn tiefer geprägt, als sie ahnen.
Wenn ein Kind in der Schule - unbewußt oder bewußt - den Eindruck hat: ´Man interessiert sich hier gar nicht für mich als Mensch, sondern man interessiert sich nur für meine Leistung`, dann wird ein ungutes Muster veranlagt. Das Kind lernt: ´Nicht der Mensch als solcher ist wichtig, sondern er zählt vor allem als Mittel für Leistung`. Das ist die Lehre, die tief eingewurzelt wird. Im Erwachsenenalter wird sie dann reflexhaft wiederholt: ´Der Andere ist ein Mittel für meine Zwecke.` Exakt dieses Handlungsmuster prägt aber auf der Makro-Ebene unsere Weltwirtschaft."
Wie komme es dazu, fragt V. Wember weiter, daß z.B. ein Prozent der Weltbevölkerung fast so viel besitze wie die restlichen 99 Prozent. Rudolf Steiner habe darauf die Antwort gegeben: Das soziale Verhalten der Erwachsenen hänge - neben anderen Faktoren - in einem erheblichen Ausmaß von der Art und Weise ab, wie man im Elternhaus und in der Schule erzogen worden ist. Das werde allerdings kaum je gesehen. "Man sieht nicht die Fäden zwischen dem, was Erziehung im Laufe der letzten Jahrhunderte geworden ist, und dem, was im sozialen Leben zerstörend, vernichtend, verheerend uns entgegenstürmt."
Rudolf Steiners Gedanke sei: Wenn es den Konsumenten eines modernen Staates insgesamt zu gleichgültig ist, unter welchen Lebensbedingungen diejenigen Menschen leben, die die Konsumgüter herstellen, dann liegen in der Regel mehrere Sachverhalte vor:
Eine unreflektierte Bereitschaft, andere Menschen als Mittel für eigene Zwecke zu benutzen.
Eine zu schwach ausgebildete Interesse-Kapazität für andere Menschen und für Zusammenhänge und Hintergründe.
Zu wenig Mitgefühl.
Ein Selbstwertgefühl, das sich mehr über das Besitzen und Haben als über das Tun und Sein definiert.
Hat man zu wenig gelernt, vom Ganzen aus zu denken und zu fühlen.
Wember: Das alles passiere, weil die staatlichen Schulsysteme nicht aus einer gründlichen und tiefen Menschenerkenntnis heraus entwickelt werden, sondern nach wirtschaftlichen und politischen Vorgaben und verschiedenen kirchlichen Traditionen. Das aber heiße:
"Solange die Schulsysteme der modernen Welt gar nicht anders können, weil sie den Zielen aus Wirtschaft und Politik dienen müssen, solange werden weder einzelne Reformen des Wirtschaftssystems, noch der Druck von Revolutionären oder Aktivisten, noch lokale Gegenentwürfe flächendeckend bessere Verhältnisse schaffen können."
"Solange man nicht das Bildungssystem dem Einfluß der Wirtschaftsinteressen und der politischen Parteiinteressen in Gänze entzieht, so lange wird es zu keiner sozialeren Gestalt der Welt und zu keiner besseren Wirtschaftsordnung kommen. ... Deshalb ist die Befreiung des Geisteslebens und insbesondere des Bildungssystems die mit Abstand wichtigste Voraussetzung für eine Gesundung der Gesellschaft. Immer noch und mehr denn je."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.382/…):
>>**Staatsanwaltschaft Neubrandenburg: "Ausländer raus-Gesänge" sind nicht strafbar**
"Ausländer raus" zu singen ist grundsätzlich nicht strafbar. Das hat die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg nun festgestellt. Erst wenn weitere Begleitumstände hinzukommen ist eine Strafbarkeit denkbar.
Jonas Aston
Der Sitz der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg
Die "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus-Gesänge" auf Sylt zur Melodie von "L'amour toujours" von Gigi D'Agostino haben vor wenigen Wochen in Deutschland für große Aufregung gesorgt. In einem ähnlichen Fall hat auch die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg

ermittelt. Bereits im vergangenen Oktober sangen vier Personen in einer Diskothek diese Zeilen.
Nun hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen die Beteiligten eingestellt. Die Behörde konnte keine strafbare Handlung feststellen, so eine Sprecherin gegenüber dem Spiegel. Die Gesänge seien nach ständiger und geltender Rechtsprechung von der Meinungsfreiheit gedeckt und stellen damit keine Volksverhetzung im Sinne des Paragraph 130 Strafgesetzbuch dar.
Anderes gelte nur, wenn eine Verbindung zum Rechtsextremismus oder Gewaltbereitschaft festgestellt werden können. Hiervon ist jedoch erst dann auszugehen, wenn bestimmte Indikatoren vorliegen. Dazu gehören das Tragen von in der Szene beliebter Kleidung, die Verwendung nationalsozialistischer Symbole und Codes oder fremdenfeindliche Äußerungen in sensiblen Kontexten, wie etwa vor Flüchtlingsunterkünften. Im vorliegenden Fall waren solche Anzeichen jedoch nicht erkennbar.
Ähnlich entschieden hatte vor kurzem auch die Staatsanwaltschaft Augsburg in einem ähnlich gelagerten Sachverhalt. Bei einem Faschingsumzug im Februar in Landsberg sangen mehrere Mitglieder der Landjugend Hohenfurch diese Zeilen auf einem Umzugswagen. Noch bevor es überhaupt zu einem Gerichtsverfahren kam, hat die Staatsanwaltschaft auch hier die Ermittlungen eingestellt.
"Grundsätzlich steht eine Strafbarkeit bei derartigen Parolen zwar immer im Raum", so die Augsburger Staatsanwältin Melanie Ostermeier gegenüber der BILD. "Der Straftatbestand der Volksverhetzung erfordert aber, daß im konkreten Fall - über die Kundgabe bloßer Ablehnung und Verachtung hinausgehend - zum Haß gegen Ausländer aufgestachelt oder zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen Ausländer aufgefordert wird oder Ausländer unter Verletzung der Menschenwürde beschimpft, verleumdet oder böswillig verächtlich gemacht werden", so Ostermeier weiter.
"Das Verfahren wurde eingestellt, weil der Tatbestand in diesem konkreten Einzelfall nicht erfüllt war", so die Staatsanwältin. Die Staatsanwaltschaften orientieren sich damit an einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2010. Demnach verletzt der Ausruf "Ausländer raus" die Menschenwürde nur dann, wenn zusätzliche Umstände vorliegen.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.380/…): >>**Deutsche Landwirtschaft muß endlich spürbar entlasten werden!**
Der Deutsche Bundestag hat gestern über einen Antrag der AfD-Fraktion zur spürbaren Entlastung der deutschen Landwirtschaft abstimmen. Darin werden insbesondere ein deutlicher Bürokratieabbau, steuerliche Entlastungen für landwirtschaftliche Betriebe, die Wiedereinführung der Agrardieselrückerstattung sowie dringend notwendige Reformen des Bodenmarkts, der Dünge-, Pflanzenschutz- und Nutztierhaltungsverordnungen gefordert (20/11958).
Der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, äußert sich dazu wie folgt:
"Die aktuelle Lage der deutschen Landwirtschaft ist wie auch die Lage der gesamten deutschen Wirtschaft katastrophal. Verantwortlich dafür ist in erster Linie die bauernfeindliche Politik der Ampelregierung. So darf es nicht weitergehen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung deshalb erneut dazu auf, die deutschen Bauernfamilien endlich spürbar zu entlasten und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 28 Juni 2024 (x1.380/…): >>**"Syrer sticht drei Fußballfans nieder: Sichere EM-Partys mit konsequenten Abschiebungen!"**
Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Bei der Fußball-EM hat noch nicht einmal das Achtelfinale begonnen - und schon jetzt wurden insgesamt sechs Menschen bei

EM-Feiern durch einen migrantischen Messerangriff verletzt. Der erste Fall ereignete sich bereits beim Eröffnungsspiel zwischen Deutschland und Schottland: Ein 27-jähriger Afghane ersticht in Wolmirstedt bei Magdeburg zuerst einen Mann in einer Plattenbausiedlung. Dann läuft er zu einer EM-Gartenparty und sticht wahllos auf Fußballfans ein, drei Menschen werden zum Teil schwer verletzt.
Jetzt der nächste Fall bei einer EM-Party in Stuttgart: Als das Spiel zwischen der Türkei und Tschechien gerade läuft, zückt ein Syrer plötzlich ein Messer und sticht drei Personen nieder. WM- und EM-Partys waren einst ein Symbol für Lebensfreude und friedliches Miteinander - doch CDU und Ampel-Regierung haben daraus ein Symbol für Horror und Angst gemacht. In den Messerattacken spiegelt sich wider, daß man nirgendwo vor den Folgen der Massenmigration sicher ist: Nicht in der Bahn, nicht auf der Straße, nicht beim Fußballgucken.
Das kann und darf so nicht weitergehen! Wir müssen dafür sorgen, daß die illegale Massenmigration gestoppt wird und Straftäter konsequent ausgewiesen werden - nicht erst bei einem Messerangriff. Mit der Umwandlung von Geld- in Sachleistungen müssen wir außerdem sicherstellen, daß unser Land gar nicht erst für jenen Teil der Einwanderer attraktiv gemacht wird, der uns nur ausnutzen oder sein Aggressionspotential ausleben will. Denn dieser Grundsatz muß immer gelten: Unser Land zuerst!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.381/…): >>**"Die AfD ist böse und die Regierung ist nicht doof!"**
"Ex-Bild-Politikchef" Einar Koch ist ein Fan der "ARD-Tagesschau" in einfacher Sprache. Das neue Zwangsgebühren-Format zur Indoktrinierung schlichter Gemüter hat ihn zu einem Gastkommentar inspiriert - frei nach dem Motto: Satire darf alles!
So einfach ist das!
VON *EINAR KOCH**
Glauben Sie nicht, was die AfD sagt. Denn die AfD ist eine böse Partei. Sie will nicht, daß unsere Wirtschaft ausländische Facharbeiter kriegt, auch wenn die manchmal jemanden totmachen. Das kann immer passieren. Das nennt man Einzelfall.
Glauben Sie auch nicht, was rechte Medien schreiben. Nämlich, daß die Regierung doof ist. Auch diese Medien, die man alternativ nennt, sind böse. Weil sie Dinge verbreiten, die gar nicht stimmen können. Denn sonst würden wir sie ja in den Fernsehnachrichten erfahren. Deshalb kann zum Beispiel gar nicht wahr sein, daß die Regierung Deutschland kaputtmacht. Das nennt man Hetze.
Und noch etwas ist ganz schlimm! Das sind Leute, die behaupten, daß es heiße Tage im Sommer und viel Regen im Frühjahr schon immer gegeben hat. Diese Leute sagen auch, daß der Mensch gar nichts dafür kann, daß die Sonne scheint. Diese Leute nennt man Klimaleugner.
Dann gibt es noch etwas, was fast noch viel schlimmer ist. Das sind Politiker, die wollen, daß der Krieg in der Ukraine endlich aufhört. Diese Politiker nennt man Putin-Versteher! Wladimir Putin ist der Chef von Rußland. Dabei haben die Politiker, die Frieden wollen, nicht verstanden, worum es eigentlich geht: Nämlich, daß in der Ukraine westliche Werte verteidigt werden.
Nun fragen Sie bestimmt, was sind westliche Werte? Ein westlicher Wert in Deutschland ist zum Beispiel, wenn jeder oder jede einmal im Jahr alles sein darf: Mann, Frau oder gar nichts davon. Das nennt man Vielfalt.
Ein anderer westlicher Wert ist, wenn man wachsam ist. Vor allem in den sozialen Netzwerken aufpaßt. Also, daß man es meldet, wenn jemand über Migranten schimpft und behauptet, die würden mehr Verbrechen begehen als Deutsche. Das nennt man Wokeness. Das ist das englische Wort für Wachsamkeit.
Der wichtigste westliche Wert aber ist die Meinungsfreiheit. Gemeint ist die Freiheit, zum

Beispiel viel Gutes über die Regierung in Deutschland zu sagen. So wie ARD und ZDF. Das nennt man Propaganda. Über diese Meinungsfreiheit wacht in Deutschland die Bundesinnenministerin. Die heißt Nancy Faeser und kommt von der SPD. Wer etwas gegen die Regierung und die anderen Parteien außer der AfD sagt, bekommt es schnell mit Frau Faeser und ihrem Geheimdienstchef Thomas Haldenwang von der CDU zu tun. Das ist der Mann mit dem Mekki-Haarschnitt. Beide Persönlichkeiten bilden den "starken Staat". Der klopft bösen Menschen auf die Finger, die etwas gegen die Regierung sagen.

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.378/…):

>>**Mordtat Bad Oeynhausen: Die Kapitulation**

Von *Sven Eggers*

Im Falle des brutalen Mordes von Bad Oeynhausen hat die Staatsanwaltschaft klargestellt: Es gab vor der Attacke keinen Streit zwischen Opfer und Migrant, wie von vielen Medien behauptet. Mehr und mehr wird deutlich: Dieser Staat kann seine Bürger nicht schützen! …

Der Fall erschüttert weiterhin das anständige Deutschland: Der 20-jährige Philippos besucht stolz die Abiturfeier seiner kleinen Schwester in Bad Oeynhausen. Auf dem Heimweg durch den Kurpark wird er von einer zehnköpfigen Migrantenbande gestellt und zusammengeschlagen; grundlos, sinnlos! Die zunächst verbreitete Angabe, es hätte zunächst einen Streit gegeben, hat die zuständige Staatsanwaltschaft ohne weitere Erklärung mittlerweile korrigiert. Jetzt heißt es:

"Wir gehen davon aus, daß der Beschuldigte ohne Anlaß und ohne eine vorausgegangene Auseinandersetzung auf sein Opfer eingetreten hat."

Philippos ist an einem Schädelbruch und an Hirnblutungen gestorben. Der mutmaßliche Haupttäter, der so lange auf sein Opfer eingedroschen hatte, bis es sich nicht mehr regte und starb, konnte zwischenzeitlich festgenommen werden. Es handelt sich um einen 18-jährigen Syrer.

Der tatverdächtige Schläger sitzt jetzt in Untersuchungshaft. Er war 2016 per Familienzusammenführung in die BRD gekommen. Seither ist er immer wieder entgleist. Die Polizei bestätigt, daß er mehrfach durch Gewalt- und Eigentumsdelikte auffällig geworden war.

Die hohe Politik schweigt. Von der Bundesregierung ist keine offizielle Stellungnahme zu vernehmen. Die Doppelmoral schreit zum Himmel. Vorvergangene Woche noch heuchelten Scholz, Faeser und Co. nach einer Fake-Auseinandersetzung in Grevesmühlen Betroffenheit und Empörung, weil sie Rassismus gewittert hatten, ehe sich die Nummer als völlig gewaltlosen Zank eines 11-Jährigen mit einer 8-Jährigen entpuppte.

Im Falle Philippos aber sieht der Bundeskanzler keine "eklige" Tat, die Innenministerin keine "Schande für Deutschland". So hatten sie herumgepoltert, weil auf Sylt ein paar Betrunkene "Deutschland den Deutschland" gesungen hatten.

Jetzt aber ist aus Berlin keine Silbe des Bedauerns zu vernehmen. Von der AfD liegt eine sehr treffende und auch emotionale Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel vor ("Ich kann es nicht mehr hören!"), Martin Hess, innenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, spricht von einem "staatlichen Totalversagen, das immer mehr Leben unschuldiger Bürger kostet". Das junge Opfer "wäre heute noch am Leben, wenn sowohl die Merkel- als auch die Scholz-Regierung entschlossen gehandelt und die Maßnahmen umgesetzt hätten, die die AfD seit 2015 fordert", so Hess.

Und die Bundesinnenministerin? Die schweigt. Auf eine Anfrage des Nius-Portals ließ eine Faeser-Sprecherin wissen: "Die Bundesinnenministerin hat immer betont, daß Gewalt in der Demokratie durch nichts zu rechtfertigen ist und der Rechtsstaat Gewalt konsequent entgegen-

tritt". Und dann: Zu "konkreten Fällen bitten wie Sie", sich "an die Behörden in Nordrhein-Westfalen" zu wenden.
Auch andere Spitzenpolitiker äußern sich nicht zu dem fürchterlichen Fall. Deutlich wurde allein der nordrhein-westfälische FDP-Landtagsabgeordnete Marc Lürbke:
"Der grausame Angriff in Bad Oeynhausen, bei dem der 20-jährige Mindener Philippos durch einen polizeibekannten Syrer getötet wurde, ist ein tragisches Beispiel für das Versagen unseres Rechtsstaats im Umgang mit bekannten migrantischen Straftätern. Es ist absolut inakzeptabel, daß ein mehrfach auffälliger Straftäter weiterhin frei herumlaufen und solch eine Tat begehen konnte."
Des weiteren ist ihm aufgefallen: "Die Menschen sind in Sorge und haben Angst. Viele gehen im Dunkeln nicht mehr raus, der Rückzug aus dem öffentlichen Leben schränkt die persönliche Freiheit massiv ein." Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwartze hat andere Sorgen: "Traurig macht mich, daß die Tat einmal mehr dazu benutzt wird, ganze Bevölkerungsgruppen pauschal zu verurteilen." Die Linke im Bundestag warnt ebenfalls davor, jetzt "ganze Gruppen unter Generalverdacht zu stellen", so die Erklärung einer Sprecherin.
Der Umgang mit der Ermordung Philippos durch die Schuldigen, nämlich die Politik, kommt einer Kapitulation gleich. Selbstschutz ist das Gebot der Stunde, aber wie? ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.378/…):
>>**Übel: Trittin verspottet Bauern-Proteste**
Von *Karel Meissner*
Angeblich wollten die Grünen vom ideologischen Ross herbsteigen und sich den Alltagsproblemen der Bürger zuwenden. Pustekuchen! Jürgen Trittin pestet gegen Landwirte, die an der Energiewende bankrott gehen. …
Nach ihrem Wahl- und Umfrage-Debakel machen Grünen-Politiker auf verständnisvoll. So verriet Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt dem Spiegel: "Wir sind eine kleine Volkspartei, eine Partei der Mitte", die Gegensätze aushalten könne und aus ihren Fehlern gelernt haben.
Man brauche nicht verdruckst herumzulaufen, müsse aber zeigen, "daß wir verstanden haben." Das bedeutet auch: Keine Priorisierung des urbanen Hipster-Lifestyles mehr: "Wir denken Politik zu wenig von den ländlichen Räumen her. Außerdem müssen wir mehr darauf achten, was die Menschen eigentlich im Alltag umtreibt."
Göring-Eckardt hat tatsächlich verstanden, daß immer noch viele Menschen in Kleinstädten und Dörfern wohnen, echte (Geld-)Sorgen haben, anstatt leidenschaftlich über die Verwendung von Gendersternchen zu debattieren. Ein ungeheuerlicher Fortschritt, möchte man sagen - wäre der Praxis-Test nicht gleich ins Wasser gefallen:
Seit Jahren treibt grüne Klimapolitik die Landwirte langsam aber sicher in den Bankrott. Vor wenigen Monaten rebellierten die Landwirte endlich gegen die Streichung von Steuervorteilen für Agrardiesel und gegen den Wegfall der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Zugmaschinen.
Jetzt hat die Ampel-Regierung den Landwirten ein "Entlastungspaket" angeboten. Der Überzeugungs-Wumms blieb jedoch aus. Bauernpräsident Joachim Rukwied klagte: "Echte Entlastungen sehen anders aus ... Wir müssen feststellen, daß wir noch immer Lichtjahre von einer echten Kompensation der Belastungen und Steuererhöhungen der zurückliegenden Monate entfernt sind."
Eine wunderbare Gelegenheit für die Grünen, ihre angeblich neuerworbene Einsicht zu beweisen, und den Landwirten mehr entgegen zu kommen. Statt dessen pöbelt ihr Ex-Vorsitzender Jürgen Trittin auf X: "Schon interessant: Die Branche, die mit über 20.000 € pro Kopf den Steuerzahler mehr kostet als ein einzelner Empfänger von Bürgergeld, beschwert sich, nicht noch mehr Staatsknete zu kriegen."

Trittins geistvolle Schlußfolgerung: "Dreist, dreister, Bauernverband." Kein Wunder, daß der Ex-Umweltminister ausrastet. Am Beispiel der Bauern zeigt sich sein eigenes Versagertum. Hatte er 2004 doch visioniert, die Umstellung zur grünen Energie koste den Einzelnen höchstens 50 Cent mehr pro Monat… Eine Rechenkunst, wie sie sonst nur Wirtschaftsminister Robert Habeck hinbekommt.<<

Dänemark: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.382/…): >>**Dänemark will das Hissen ausländischer Flaggen verbieten**

Damit die dänische Nationalflagge wieder einen besonderen Status erhält, will die dänische Regierung im nächsten Jahr das Hissen ausländischer Flaggen verbieten. Der Justizminister legte dafür am Mittwoch einen Gesetzesentwurf vor.

Von *Redaktion*

Der "Dannebrog ist das wichtigste nationale Symbol", sagte der dänische Justizminister Peter Hummelgaard am Mittwoch, als er einen neuen Gesetzesentwurf vorstellte. Er soll dafür sorgen, daß die dänische Nationalflagge wieder einen besonderen Status bekommt, denn sie sei das "Symbol, das die Dänen als Volk zusammenhält". Deshalb soll das Hissen ausländischer Flaggen verboten werden. Das Gesetz soll am 1. Januar 2025 in Kraft treten.

Konkret sollen laut der Website des Justizministeriums Nationalflaggen und Regionalflaggen anderer Länder nicht mehr an Fahnenmasten gehißt werden dürfen - das gelte zum Beispiel für "die russische, amerikanische oder spanische Nationalflagge". Es soll jedoch eine Reihe von Ausnahmen für das Verbot geben. Es umfaßt beispielsweise nicht das Hissen der Flaggen der nordischen Nachbarstaaten sowie der grönländischen, der färöischen und der deutschen Flagge.

Der Justizminister hat außerdem die Befugnis, in "Ausnahmesituationen" jederzeit bestimmte Flaggen von dem Verbot auszunehmen - "dies könnte zum Beispiel für die ukrainische Flagge gelten", heißt es seitens des Justizministeriums. Die Polizei könnte auf Antrag ebenso Sondergenehmigungen ausstellen.

Das Verbot gilt nur für das Hissen der Flaggen an Fahnenmasten. Flaggen beispielsweise auf Demonstrationen oder Sportveranstaltungen zu zeigen, sei also explizit nicht von dem Verbot eingeschlossen. Die UN- und Europaflagge sowie andere nicht Länder-bezogene Flaggen fallen nicht in die Verbotsregelung - auch die Regenbogenflagge nicht.

Zu den Hintergründen dieser Gesetzesreform gibt das Justizministerium an, daß man in Dänemark schon seit 100 Jahren Regeln zum Hissen von Flaggen habe, die auch ein Verbot zum Hissen ausländischer Flaggen einschließen würde.

Im Jahr 2023 gab es allerdings ein Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof des Staates, in dem es um das Hissen der amerikanischen Flagge ging. Dabei wurde festgestellt, daß die Verordnung aus dem Jahr 1915 mangelhaft sei.

Das Justizministerium widerrief deshalb die Durchführungsverordnung, sodaß es keine Vorschriften mehr zum Hissen der National- oder Regionalflaggen anderer Länder gab. Das soll sich mit dem neuen Gesetzesentwurf ändern. Dafür wurde schon am 12. März mit einer großen Mehrheit im Parlament gestimmt. Neben der Regierungspartei unterstützten auch die dänischen Demokraten, die Konservativen und die dänische Volkspartei das Begehren.<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.382/…): >>**CNN-Blitzumfrage: Dramatische 67 Prozent sehen Trump als Sieger des TV-Duells**

Eine CNN-Umfrage nach der US-Präsidentschaftsdebatte zeigt Trump als klaren Sieger - auch Biden-freundliche Kommentatoren und Parteifreunde teilen dieses Bild. Für den US-Präsidenten sollte es die Wende sein - und wird zum Desaster.

Von *Redaktion*

Ein klares Stimmungsbild - Screenshot CNN

Eine Blitz-Umfrage, die der Sender CNN direkt im Anschluß an die Fernsehdebatte der Präsi-

dentschaftskandidaten durchführte, zeigt ein klares Ergebnis: 67 Prozent der Zuschauer sehen Trump, nur 33 Prozent Biden als Sieger. Die gleiche Umfrage ergab nach der letzten TV-Debatte 2020 noch einen Sieg für Biden mit 53 zu 39 Prozent. Die Verschiebungen sind dramatisch - und auch eine erhebliche Zahl von Biden-Unterstützern sieht Trump diesmal als Sieger.
Die Debatte war gefüllt mit Aussetzern und Blackouts des US-Präsidenten, immer wieder verlor er den Faden, sprach zusammenhangslos, wechselte das Thema - Trump konterte kühl. Alle wichtigen Momente lesen Sie in der großen Apollo News-Analyse des TV Duells.
Direkt im Anschluß sollen hochrangige Demokraten laut CNN darüber nachgedacht haben, zu versuchen, Biden doch noch von einer Kandidatur abzubringen - das wäre theoretisch noch beim Parteitag der Demokraten im August möglich.
Auch zahlreiche, zweifellos eher Biden-freundliche, linke Kommentatoren sprachen von einem Ausfall von Biden an diesem Abend. "Ich wünschte, Biden würde über seine Leistung in der Debatte nachdenken und dann seine Entscheidung bekannt geben, aus dem Rennen auszusteigen und die Wahl des demokratischen Kandidaten dem Parteitag zu überlassen", so New York Times-Kolumnist Nicholas Kristhof.
Andrew Yang, einer seiner innerparteilichen Konkurrenten der letzten Wahl twitterte: "Schauen Sie, ich habe 2020 siebenmal mit Joe debattiert. 2024 ist er ein anderer Typ #tauschtJoeAus". Selbst ihm sehr wohlgesonnene Journalisten wie AP-Reporterin Seung Min Kim lassen durchblicken, wie schlecht es hier für ihn läuft: "In der ersten halben Stunde der Debatte gibt ein krächzender Biden weitschweifige Antworten, während Trump energisch und mit Unwahrheiten kontert", beschreibt sie die Debatte.
Kaliforniens Gouverneur und Biden-Parteifreund Gavin Newsom, der vor Ort in Atlanta war, wird gleich nach der Debatte von Reportern umringt - er wäre vermutlich der aussichtsreiche Kandidat für ein Last-Minute-Austausch. Er gerierte sich als loyaler Biden-Unterstützer - konnte sich ein merkwürdiges Lachen aber kaum verkneifen.
Bidens Team will von einer Niederlage derweil nichts wissen. Vizepräsidentin Kamala Harris sagte gegenüber CNN: "Es war ein langsamer Start, aber ein starkes Ende." Für Biden sollte die TV-Debatte ein Wendepunkt sein, der Präsident kämpft mit schlechten Umfragewerten. Tagelang hatte er sich nach Camp David zurückgezogen, um sich auf die Debatte vorzubereiten.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28 Juni 2024 (x1.378/…):
>>**TV-Duell: Trumps Triumph und Bidens Blamage**
Von *Daniell Pföhringer*
Joe Biden hat sich in der ersten TV-Debatte zur US-Präsidentschaftswahl komplett selbst demontiert. Trump geht als strahlender Sieger aus dem Duell hervor.
Nun gibt es bei den Demokraten Pläne, den mental offenbar total kaputten Amtsinhaber aus dem Rennen zu nehmen. …
Er faselte wirres Zeug mit brüchiger, heiserer Stimme, schien oft geistig abwesend und konnte kaum eine Frage vernünftig beantworten: Der Auftritt von US-Präsident Joe Biden bei der gestrigen TV-Debatte der Kandidaten war ein absolutes Desaster. Selbst Wohlmeinende waren entsetzt über die erbärmliche Performance des 81-Jährigen - und bei den Demokraten werden die Rufe lauter, den lahmen Gaul doch noch kurzfristig aus dem Rennen zu nehmen.
Trump frisch und angriffslustig
Doch der Reihe nach: Gestern Abend (bei uns heute früh ab 3:00 Uhr) trafen Biden und sein Herausforderer Donald Trump im ersten TV-Duell zur Präsidentschaftswahl 2024 aufeinander. Gastgeber war der Sender CNN, und anders als sonst gab es diesmal kein Publikum, keine Spickzettel und keinen Kontakt zu Beratern während der Sendung. Man konnte sich schon vorher ausmalen, was dies für Biden bedeutet - und so kam es dann auch: Alle Welt konnte

live miterleben, daß die USA von einem offensichtlich geistig und physisch schwer angeschlagenen Mann regiert wird.
Trump hingegen wirkte frisch und angriffslustig wie eh und je, doch weitaus beherrschter als bei früheren TV-Auftritten. Dazu mag beigetragen haben, daß immer nur das Mikro des jeweiligen Redners angeschaltet war, er seinem Kontrahenten also gar nicht in die Parade fahren konnte. Das war allerdings auch nicht nötig. Während sich Biden vor einem Millionenpublikum selbst demontierte, konnte Trump immer wieder auftrumpfen und brachte vor allem ein Thema immer wieder zur Sprache: die illegale Migration. Der Amtsinhaber wirkte dabei geradezu hilflos.
Noch nicht einmal die einfachsten Fragen konnte Biden vernünftig beantworten, flüchtete sich immer wieder in Floskeln oder redete wirres Zeug, das kaum etwas mit der an ihn gestellten Frage zu tun hatte. Ein Beispiel: Als er nach seiner Meinung zu Abtreibungen gefragt wurde - ein für demokratische Wähler laut Meinungsumfragen wichtiges Thema - hatte er einen seiner vielen Totalaussetzer und fing an, irgendwas von einer Frau zu erzählen, "die gerade ermordet wurde". Wen und was er damit meinte - und was dies mit der an ihn gerichteten Frage zu tun haben soll - blieb unklar.

Biden lügt und schimpft

Immer wieder blickte Trump skeptisch und ungläubig zu seinem Kontrahenten hinüber. Man merkte: Selbst er hätte sich nicht vorstellen können, daß Biden so untergeht. Seine trockene Bemerkung: "Wenn Präsident Biden seine Sätze beendet, verstehe ich immer nicht, was er sagen wollte. Ich glaube, er weiß auch nicht, was er gesagt hat."
Der Amtsinhaber betete derweil mit starrer Mine offenbar vorher mehr schlecht als recht auswendig gelernte Sätze herunter und beschimpfte seinen Gegner wie ein Rohrspatz, nannte Trump mehrfach einen "Lügner", "verurteilten Verbrecher" sowie "schlechtesten Präsidenten aller Zeiten" und meinte: "Sie haben die Moral einer Hinterhof-Katze."
Immer wieder warf er Trump vor, das Land in seiner Amtszeit heruntergewirtschaftet und für Inflation gesorgt zu haben. Dabei spricht die Bilanz des Republikaners eine ganz andere Sprache, wie wir in COMPACT-Spezial "Trump: Sein Leben, seine Politik, sein großes Comeback" dokumentiert haben:
"Bis zum Beginn der Corona-Krise boomte die amerikanische Wirtschaft wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Laut US-Arbeitsmarktdaten sind in den Jahren 2016 bis 2019 rund 500.000 Jobs in der Industrie entstanden. Historisch niedrige Arbeitslosenzahlen gab es bei Schwarzen und Latinos - und das unter einem Präsidenten, der angeblich ein Rassist sein soll."
Genau darauf wies Trump auch in der TV-Debatte hin - und entlarvte denjenigen, der ihn einen "Lügner" genannt hatte, als tatsächlichen Lügner. Biden reagierte nicht darauf - er war wohl mal wieder abwesend …

"Rattennest" voller "mordender Migranten"

Donald Trump konnte hingegen mit seinem Kardinalthema punkten: dem Kampf gegen die illegale Massenzuwanderung an der Südgrenze zu Mexiko - oder wie er es nennt: die Invasion. Auch andere Themen, etwa Gesundheits- oder Arbeitsmarktpolitik, wußte er geschickt mit der Migrationsfrage zu verbinden.
"Er läßt Millionen Menschen aus Gefängnissen und psychiatrischen Kliniken in unser Land kommen", wiederholte der Ex-Präsident im Laufe der 90-minütigen Debatte mehrmals und wies dabei auch auf den Zusammenhang zwischen illegaler Einwanderung und Opiatkrise, Steuererhöhungen, aber auch finanziellen Einbußen für Afroamerikaner hin.
Biden blieb bei diesem Thema allenfalls vage und erklärte lediglich, er habe ja neue Stellen beim Grenzschutz und bei den Einwanderungsbehörden geschaffen, wobei er natürlich bewußt verschwieg, daß während seiner Präsidentschaft die illegale Einwanderung massiv zuge-

nommen hat. Ungefähr acht Millionen Menschen hätten in seiner Amtszeit die Grenze passiert, so Trump.
Weitere Vorwürfe von Trump in Richtung Biden: Der Abzug der US-Truppen aus Afghanistan sei der "peinlichste Moment in der US-Geschichte" gewesen. Die Welt lache über Amerika, das unter Biden zu einem "Drittweltland", ja zu einem "Rattennest" voller "mordender Migranten" verkommen sei. "Was dieser Mann macht, ist kriminell", so sein Fazit.
Zudem machte Trump einmal mehr für den Ukraine-Krieg verantwortlich: Wenn die USA einen "echten Präsidenten" hätten, der von Putin respektiert würde, hätte dieser nie einen Angriff gestartet. Erneut kündigte er an, den Krieg umgehend zu beenden, wenn er wiedergewählt würde. Dies gelte auch für den Krieg in Nahost.

Vernichtende Urteile

Die US-amerikanischen Medien - und zwar nicht nur Fox News oder Breitbart - fällten nach der Debatte vernichtende Urteile.
Das Wall Street Journal kommentiert: "In der ersten Präsidentschafts-Debatte lieferte Biden die Leistung ab, die die Demokraten gefürchtet hatten. Ein Mangel an Kraft und Kampfbereitschaft. Trump gelang es dagegen ungewöhnlicherweise in einer 90-minütigen Show voller Beleidigungen und politischer Gegensätze, die Fassung zu bewahren."
Eine Auswahl von Schlagzeilen in den US-Medien nach dem TV-Duell.
Die New York Times meint: "Angesichts der irreführenden Angriffe Trumps wirkte Biden wackelig und unsicher. Bidens Vorstellung war immer wieder neblig und unzusammenhängend."
Noch deutlicher brachte es die New York Post auf den Punkt: "Gute Nacht und auf Wiedersehen! Es war ein Desaster für Biden. Millionen haben gerade das Ende seiner Präsidentschaft live im TV erlebt. Es war beschämend. Er sah nicht alt aus, er sah uralt aus."
Eine Blitzumfrage von CNN nach der Debatte zeigte dann noch einmal mehr als deutlich, wer die Nase vorne hatte …
Selbst der Spiegel mußte zähneknirschend einräumen: "Biden stürzt ab." Und weiter: "Joe Biden wollte die TV-Debatte mit Donald Trump nutzen, um endlich in die Offensive zu kommen. Doch es wurde zum Desaster, schon werden Rufe nach seinem Rückzug laut."

Kommt Michele Obama?

Tatsächlich ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Demokraten noch die Reißleine ziehen könnten - denn schließlich sind sowohl Biden als auch Trump bisher lediglich designierte Kandidaten. Die offizielle Nominierung findet jeweils auf dem Parteitag der Republikaner (im Juli) und der Demokraten (im August) statt.
Daß Biden nun unbedingt aus dem Rennen genommen werden muß, meinte in der CNN-Expertenrunde nach der Debatte etwa Kommentator Van Jones, ein Anhänger der Demokratischen Partei, der angesichts des Desasters sogar den Träne nahe war. Er sagte klipp und klar: Die Demokraten würden nun versuchen, Biden loszuwerden. "Wir haben ein Problem", hätten ihm Quellen in der Partei gesagt. Er selbst liebe Biden "von ganzem Herzen", doch dieser habe den "Test heute Nacht" nicht bestanden. Er selbst habe die Debatte mit "großen Schmerzen" verfolgt.
Doch wen könnten die Demokraten statt Biden aufs Schild heben? Manche schlagen Linksaußen Bernie Sanders vor, doch damit würde man Trump wohl den Ball auf den Elfmeter-Punkt legen. Auch Vizepräsidentin Kamala Harris erscheint nicht als überzeugende Option, da sie bei den Wählern extrem unbeliebt ist.
Weitere Namen, die bereits die Runde machen, sind Pete Buttigeg (Verkehrsminister in Bidens Kabinett) und Gavin Newsom (Gouverneur von Kalifornien). Und noch eine weitere Person wird als mögliche Kandidatin gehandelt: Michelle Obama. Die allerdings ziert sich noch.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Juni 2024 (x1.381/…): >>**Ex-Präsident gegen Präsident: TV-Duell mit Trump wird zum Desaster für Biden!**

Showdown in Atlanta: Joe Biden wollte die TV-Debatte in der vergangenen Nacht in der Hauptstadt des US-Bundesstaates Georgia nutzen, um im Rennen um die nächste US-Präsidentschaft in die Offensive zu kommen. Doch der Schlagabtausch mit seinem Amtsvorgänger und wahrscheinlich auch Amtsnachfolger Donald Trump wurde zu einem einzigen Desaster für den immer seniler wirkenden Mann im Weißen Haus. Das Votum der Zuschauer ist eindeutig.

Laut einer ersten Umfrage des Senders CNN sahen 67 Prozent der Zuschauer an den Bildschirmen Trump als klaren Sieger der Debatte. Nur 33 Prozent sahen Biden vorn.

Biden wirkte wie ein Gast auf seiner eigenen Beerdigung

Beide Kontrahenten trugen dunkle Anzüge und Krawatten in den jeweiligen Farben ihrer Partei - Rot der Republikaner Trump, Blau der Demokrat Biden. Es war ein historisches TV-Duell insofern, als es das erste Mal war, daß ein amtierender und ein ehemaliger US-Präsident aufeinandertrafen.

Joe Biden (81), kreidebleich im Gesicht, wirkte dabei zeitweise so, als sei er Gast auf seiner eigenen Beerdigung. Sein wackliger Auftritt mit brüchiger Stimme bestätigte die zunehmenden Zweifel an seiner Eignung für das mächtigste Amt der Welt.

Die Fernsehdebatte am Donnerstagabend (Ortszeit) galt als wohl letzte Bewährungsprobe für den immer kraftloser und matter wirkenden 81 Jahre alten Demokraten. Während des rund 90 Minuten langen Schlagabtauschs verhaspelte sich Biden regelmäßig, er sprach undeutlich, leise und mit brüchiger Stimme. Teilweise war es schwierig, ihm überhaupt zu folgen.

Der 78 Jahre alte Trump, wie immer gebräunt, machte dagegen einen fitten fast jugendlichen Eindruck. Ganz in seinem Element, ging der absehbar auch nächste Präsidentschaftskandidat der Republikaner (der Nominierungsparteitag findet vom 15. - 18. Juli in Milwaukee im Bundesstaat Wisconsin statt) mit beißender Rhetorik auf Biden los.

Das TV-Duell läutete bereits jetzt die heiße Phase im US-Wahlkampf ein. Biden und Trump durften während des Schlagabtauschs keine Spickzettel benutzen und mußten frei sprechen. Die von CNN aus Atlanta übertragene Debatte fand ohne Studiopublikum statt. Das Mikrofon des jeweiligen Präsidentschaftsbewerbers, der gerade nicht sprach, war stumm geschaltet.

Biden vergleicht Trump mit "Straßenköter"

Mit einigen offensichtlich einstudierten Verbal-Attacken, die er zwischenzeitlich wohl nicht vergessen hatte, versuchte Biden zu punkten. Er nannte Trump einen "Jammerlappen" und "Verlierer", warf dem Republikaner vor, die "Moral eines Straßenköters" zu haben. Doch all die Attacken verfingen kaum, weil Biden regelmäßig ins Stolpern geriet. Selbst US-Vizepräsidentin Kamala Harris sprach nach dem Duell von einem "holprigen Start".

Das große Thema: Migration, Migration, Migration!

Trump schenkte Biden nichts. "Er ist ein Palästinenser", ätzte der Republikaner. "Er bekommt Geld aus China." Der Ex-Präsident verkniff sich weitgehend seinen sonst üblichen Spott. So verzichtete er darauf, Biden wieder "sleepy Joe" zu nennen. Einmal aber konnte Trump dann doch nicht anders: "Ich weiß nicht, was er da am Ende des Satzes gesagt hat. Aber er wahrscheinlich auch nicht", kommentierte der Ex-Präsident grinsend die Ausführungen seines Amtsnachfolgers zum Thema Migration. Trump ließ es sich nicht nehmen, Migrantenkriminalität als "Biden-Migranten-Kriminalität" zu bezeichnen.

Überhaupt war die Masseneinwanderung das beherrschende Thema. "Er (Biden) läßt Millionen Menschen aus Gefängnissen und psychiatrischen Kliniken in unser Land kommen", betonte Trump immer wieder. Geschickt verband er dieses Thema mit anderen Problemen des Landes wie der Opiatkrise, dem maroden Gesundheitswesen, Steuererhöhungen ("Biden will Eure Steuern!").

Der Greis im Weißen Haus schien den ihm unangenehmen Themen komplett ausweichen zu wollen. Er habe doch neue Stellen im Grenzschutz und bei den Asylbehörden geschaffen, erklärte Biden fast schon weinerlich. Das wirkte so, als wolle man die illegale Masseneinwanderung in Deutschland durch neue Stellen beim BAMF verhindern.

Gibt Biden doch noch auf?

Soviel dürfte seit der vergangenen Nacht feststehen: Das laut Meinungsumfragen angebliche Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Biden und Trump wendet sich eindeutig zu Gunsten des Republikaners. Sofern es überhaupt noch stattfindet. US-Medien zitieren bereits namentlich nicht genannte Funktionäre der demokratischen Partei, die sich nach Bidens TV-Debakel entsetzt fragen, ob der noch amtierende Präsident wirklich der richtige Kandidat für die Wahl im November ist. Politische Beobachter in den USA erwarten, daß der innerparteiliche Druck auf Biden zunimmt, einem deutlich jüngeren Kandidaten zu weichen. Immer öfter fällt dabei der Name von Gavin Newsom, dem Gouverneur von Kalifornien.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2024
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x241/79) = Fragen an die Geschichte. Band 1. Weltreiche am Mittelmeer, Seite 79.

x241	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 1. Weltreiche am Mittelmeer. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1976.
x288	Deschner, Karlheinz: Das Kreuz mit der Kirche. Eine Sexualgeschichte des Christentums. Koblenz 2014.
x324	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 1. Die Frühzeit - Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des heiligen Augustinus. Unveränderte 5. Auflage. Hamburg 2004.
x326	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 3. Die Alte Kirche - Fälschung, Verdummung, Ausbeutung, Vernichtung. Unveränderte 2. Auflage. Hamburg 2001.

Internet

x923	https://www.theologe.de/reichtum_der_kirche_ist_blutgeld.htm - Juli 2019
x925	https://www.theologe.de/kirche_geld.htm - Juli 2019
x1.366	https://www.kla.tv - Mai 2024
x1.367	https://afdkompakt.de/ - Mai 2024
x1.368	https://apollo-news.net/ - Mai 2024
x1.369	https://www.mmnews.de/ Mai 2024
x1.370	https://multipolar-magazin.de/ - Mai 2024
x1.371	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Mai 2024
x1.372	https://www.nius.de/ - Mai 2024
x1.376	https://deutschlandkurier.de – Mai 2024
x1.377	https://www.compact-online.de – Mai 2024

x1.378	https://www.compact-online.de – Juli 2024
x1.379	https://www.kla.tv - Juli 2024
x1.380	https://afdkompakt.de/ - Juli 2024
x1.381	https://deutschlandkurier.de – Juli 2024
x1.382	https://apollo-news.net/ - Juli 2024
x1.383	https://www.mmnews.de/ Juli 2024
x1.384	https://multipolar-magazin.de/ - Juli 2024
x1.385	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Juli 2024
x1.386	https://www.nius.de/ - Juli 2024
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014